

# Das Arbeitsgebiet der Bundesstatistik

Stand Mitte 1962



STATISTISCHES BUNDESAMT

VERLAG: W. KOHLHAMMER GMBH, STUTTGART UND MAINZ

# Inhalt

	Seite
Vorwort .....	3
Einleitung .....	5
<b>A. Allgemeiner Teil</b>	
Organisation und Aufgaben der Bundesstatistik .....	9
Verbindung zu internationalen Organisationen .....	14
Rechtsgrundlagen der Statistik für Bundeszwecke .....	16
Systematiken .....	18
Anwendung von Stichprobenverfahren .....	21
Anwendung maschineller Verfahren .....	24
Veröffentlichungen .....	28
<b>B. Katalog der Statistiken</b>	
Erläuterungen .....	33
Verzeichnis der Abkürzungen .....	34
Katalog .....	
I. Bevölkerung, Erwerbstätigkeit, Kultur .....	35
II. Ernährung, Landwirtschaft und Forsten .....	52
III. Unternehmen und Arbeitsstätten (ohne Landwirtschaft) .....	64
IV. Industrie und Handwerk .....	67
V. Bauwirtschaft, Bautätigkeit, Wohnungen .....	75
VI. Handel .....	80
VII. Verkehr .....	84
VIII. Geld und Kredit .....	95
IX. Öffentliche Sozialleistungen; Versicherungen .....	101
X. Finanzen und Steuern .....	110
XI. Preise, Löhne, Wirtschaftsrechnungen .....	118
XII. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen .....	129
XIII. Allgemeine Statistik des Auslandes .....	132
Alphabetisches Sachregister zum Katalog der Statistiken .....	133
<b>Anhang</b> (u. a. Rechtsgrundlagen, Auszüge aus Systematiken, Übersichten über Systematiken und Stichprobenverfahren; im einzelnen siehe besondere Übersicht) .....	153

Nachdruck — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe gestattet.

Erschienen im November 1962

Preis DM 12,50



C 09-01397)

## **Vorwort**

Seit der letzten Ausgabe des Bandes über »Das Arbeitsgebiet der Bundesstatistik«, die Mitte 1958 erschien, sind zahlreiche Änderungen und Ergänzungen im statistischen Arbeitsprogramm und in seinen rechtlichen und methodischen Grundlagen eingetreten. Das Statistische Bundesamt hat sich deshalb entschlossen, eine Neuauflage dieses Bandes herauszugeben. Es trägt damit vielfachen Wünschen der Benutzer Rechnung, die anstelle von Ergänzungsheften lieber ein überarbeitetes Nachschlagewerk in die Hand nehmen, das den Rückgriff auf frühere Veröffentlichungen entbehrlich macht.

Der vorliegende Band, der sich im Aufbau und in der Art der Darstellung weitgehend nach seinem Vorgänger richtet, gibt einen vollständigen Überblick über das gesamte Gebiet der amtlichen Bundesstatistik. Die Bemühungen um die Verbesserung und Vervollständigung des statistischen Instrumentariums, die mit der Legalisierung weiterer Statistiken einhergingen, finden ihren Niederschlag im Ausbau des Textteils, der Erweiterung des Anhangs und der Ergänzung des Katalogs der Statistiken, der mit zusätzlichen Hinweisen auf methodische Grundlagen versehen worden ist.

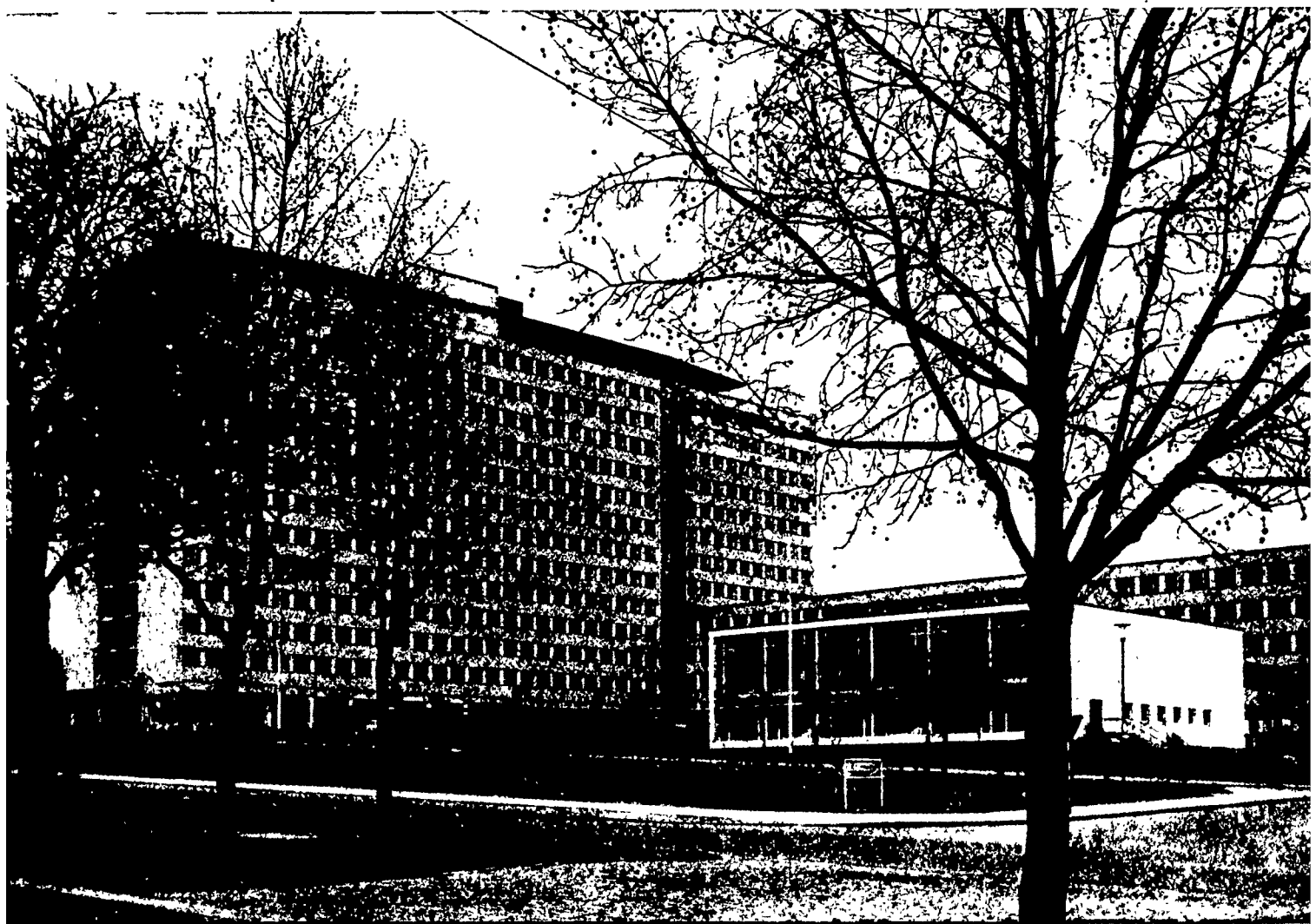
An der Zusammenstellung des Materials waren wieder die obersten Bundesbehörden und andere Dienststellen beteiligt, denen ich an dieser Stelle meinen Dank ausspreche.

Die Veröffentlichung, an der alle Abteilungen des Amtes mitgearbeitet haben, wurde in der Abteilung »Allgemeine Organisation der Statistik, allgemeine Auslandsstatistik« des Lfd. Regierungsdirektors Dr. Szameitat von Frau Dr. Strube im Hauptreferat des Regierungsrates Gerhardt zusammengestellt.

Wiesbaden, im November 1962

**Dr. Gerhard Fürst**

Präsident des Statistischen Bundesamtes



*Statistisches Bundesamt*



## Einleitung

Der vorliegende Band enthält einen allgemeinen Teil (Teil A), einen Katalog der Statistiken (Teil B) und einen Anhang.

Teil A gibt eine textliche Darstellung der organisatorischen, rechtlichen und methodischen Grundlagen der Bundesstatistik. Nach Ausführungen über Organisation und Aufgaben der amtlichen Statistik wird in einem Beitrag über die Rechtsgrundlagen u. a. auf einige Grundsatzfragen eingegangen, die sich seit dem Inkrafttreten des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 (BGBl. I S. 1314) ergeben haben. Die ständig wachsende Mitarbeit des Statistischen Bundesamtes in internationalen und supranationalen Organisationen wird in einem erweiterten Textabschnitt behandelt. Über die Fortschritte, die bei der Weiterentwicklung der Systematiken erzielt wurden, und über den umfassenderen Anwendungsbereich des Stichprobenverfahrens wird in den folgenden Beiträgen berichtet. Ausgebaut wurde auch der Abschnitt über die Anwendung maschineller Verfahren, nachdem sich durch den Einsatz einer elektronischen Großrechenanlage auf diesem Gebiet neue Möglichkeiten ergeben haben. Ein Abschnitt, in dem allgemeine Veröffentlichungsgrundsätze und die Neuordnung des Veröffentlichungssystems des Statistischen Bundesamtes geschildert werden, ist neu aufgenommen worden.

Im Hauptteil der Veröffentlichung (Teil B) werden — wie bisher — in einheitlicher Form, die vom Statistischen Bundesamt und die im Geschäftsbereich der obersten Bundesbehörden bearbeiteten Statistiken in einem nach sachlichen Gesichtspunkten geordneten Katalog der Statistiken nachgewiesen. Die Gliederung des Katalogs nach Hauptabschnitten schließt sich weitgehend der Gliederung des »Statistischen Jahrbuches für

die Bundesrepublik Deutschland« an. Für jede Statistik werden Angaben über die Rechtsgrundlage und Periodizität der Erhebung, den Kreis der Befragten, den Berichtsweg und die Art der dargestellten Tatbestände gemacht. Der Veröffentlichungsnachweis schließt an die im letzten Band gemachten Angaben an. Statistiken, deren Anordnung in nächster Zeit zu erwarten ist, sind im Katalog bereits erwähnt. Das alphabetische Sachregister soll das Auffinden der einzelnen Statistiken und ihrer wichtigsten Tatbestände erleichtern.

Der Anhang enthält außer dem Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke und den hierzu erlassenen Änderungsgesetzen auch die zur Durchführung einzelner Statistiken erlassenen Gesetze und Verordnungen. Die amtlichen Begründungen zu den Gesetzentwürfen wurden mit abgedruckt, weil sie dem Benutzer zusätzliche Auskünfte über die einzelnen Bestimmungen, insbesondere über Zweck, Umfang und Art der Durchführung der Statistiken, vermitteln. In Ergänzung des Textbeitrages über die Systematiken ist eine synoptische Übersicht der in der amtlichen Statistik verwendeten wichtigsten Systematiken mit Angaben über Gliederungstiefe und Anwendungsgebiete abgedruckt worden. Für einige dieser Systematiken wurden außerdem die oberen Gliederungsstufen wiedergegeben. In einer zweiten Synopsis, die die Ausführungen über die Anwendung von Stichprobenverfahren ergänzt, wurden die methodischen Grundlagen der Stichprobenerhebungen und -aufbereitungen, z. B. Auswahlverfahren, Schichtungsmerkmale, Hochrechnungsverfahren u. dgl., zusammengestellt. Das neue Veröffentlichungssystem des Statistischen Bundesamtes ist aus der Übersicht über die vom Amt herausgegebenen Veröffentlichungen zu ersehen.



## **A. Allgemeiner Teil**



## Organisation und Aufgaben der Bundesstatistik

Die mit dem statistischen Nachweis der wesentlichen Tatbestände und Veränderungen unseres wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens verbundenen Aufgaben haben in der Bundesrepublik Deutschland zu einer organisatorischen und institutionellen Ordnung für den Gesamtbereich der Bundesstatistik geführt. Die Durchführung der Statistiken — von der Anforderung der fachlich zuständigen Ministerien bis zur abschließenden Veröffentlichung und allgemeinen Auswertung der Ergebnisse — wickelt sich innerhalb dieses Rahmens ab.

Da die Kenntnis der rechtlichen und organisatorischen Bedingungen, der Verteilung der Zuständigkeiten und Aufgaben sowie des Zusammenwirkens aller beteiligten Stellen für das Verständnis von Aufbau und Arbeitsweise der amtlichen deutschen Statistik erforderlich ist, unterrichtet die folgende kurze Darstellung über die Organisation der Bundesstatistik sowie über den Ablauf der Arbeiten bei Vorbereitung und Durchführung einer Erhebung.

### A. Institutionen und ihre Aufgaben

#### 1. Bundesministerien

Obwohl die Ergebnisse fast aller Bundesstatistiken nicht allein für Zwecke der Regierung und Verwaltung von Bedeutung sind, sondern darüber hinaus auch das Interesse der breiten Öffentlichkeit berühren, sind doch die Bundesministerien die »Auftraggeber« der Bundesstatistik. Sie stellen fest, welches Zahlenmaterial sie für ihre Zwecke benötigen und bestimmen damit den Inhalt der Statistiken. Da sie als Auftraggeber auch an den technisch-methodischen Grundsätzen interessiert sind, nach denen die Statistiken durchgeführt werden, nehmen sie außerdem an den Beratungen in den Fachausschüssen des Statistischen Beirats teil. Sie haben so die Möglichkeit, vor allem bei der Vorbereitung der Bundesstatistiken mitzuwirken.

Die vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten und für allgemeine Zwecke dargestellten Ergebnisse werden von den Bundesministerien noch für ihre speziellen Zwecke ausgewertet.

In eigener Zuständigkeit führen die Bundesministerien im allgemeinen solche Statistiken durch, deren Unterlagen ausschließlich im Geschäftsgang anfallen oder deren Bearbeitung sich vom Geschäftsgang nicht trennen läßt (§ 9 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke). Sie können diese Aufgabe ganz oder teilweise dem Statistischen Bundesamt übertragen, andererseits in Ausnahmefällen aber auch ermächtigt werden, für bestimmte Bundesstatistiken die Aufgaben des Statistischen Bundesamtes ganz oder zum Teil wahrzunehmen, auch wenn es sich nicht um Geschäftsstatistiken handelt.

Wenn auch in erster Linie die Bundesministerien für den Inhalt des statistischen Arbeitsprogramms verantwortlich sind, während die methodische und technische Durchführung grundsätzlich bei den Statistischen Ämtern liegt, so ist die Grenzlinie in der Praxis doch nicht immer leicht zu ziehen. So muß z. B. das Statistische Bundesamt für die Aufstellung Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen auch auf das Programm der Statistiken Einfluß nehmen, während andererseits für ein Bundesressort die methodische Frage, ob und wie das Stichprobenverfahren bei einer Statistik angewendet werden soll, aus sachlichen Gründen wichtig sein kann. Hierin hat sich aber in der Praxis eine recht gute Zusammenarbeit herausgebildet, ohne daß vom Gesetz Art und Umfang der gegenseitigen Beteiligung und Einflußnahme im einzelnen festgelegt worden wären.

#### 2. Statistische Ämter

Der Gesamtbereich der Bundesstatistik wird institutionell im wesentlichen von den Statistischen Ämtern getragen. Ihnen obliegt es in erster Linie, die Statistiken für Bundeszwecke vorzubereiten, zu koordinieren, durchzuführen und ihre Ergebnisse zu veröffentlichen.

Organisation und Aufgabenverteilung der Statistischen Ämter werden von den fachlichen Bedürfnissen und dem allgemeinen Verwaltungsaufbau bestimmt. Die Einrichtung eigener Fachbehörden zur Durchführung der statistischen Aufgaben hat sich in Deutschland seit etwa 100 Jahren bewährt und wurde auch nach dem Zweiten Weltkrieg beibehalten. Sie erleichtert die wissenschaftlich-methodische Einheitlichkeit des gesamten statistischen Arbeitsprogramms und ermöglicht die arbeitstechnische Rationalisierung. Wesentlich geändert hat sich nach dem Zweiten Weltkrieg dagegen die Aufgabenverteilung zwischen den Statistischen Ämtern auf den verschiedenen Ebenen der öffentlichen Verwaltung. Sie entspricht jetzt dem föderativen Staats- und Verwaltungsaufbau des Bundes und führte zu einer auf Bundesebene fachlich zentralisierten, regional jedoch weitgehend dezentralisierten Organisation der amtlichen Statistik.

Die regionale Dezentralisierung entspricht den Bestimmungen des Grundgesetzes, das, abgesehen von den Fällen bundeseigener Verwaltung, die Verwaltungsexekutive grundsätzlich den Ländern zuweist (Art. 83). Hierzu gehört auch im Prinzip die statistische Erhebungs- und Aufbereitungsarbeit.

Die Statistischen Landesämter bedienen sich bei der Durchführung eines Teils der Bundesstatistiken der Mitwirkung der städtischen Statistischen Ämter und der Gemeindeverwaltungen.

Die Koordinierungsfunktion des Statistischen Bundesamtes und die Tätigkeit der verschiedenen statistischen Ausschüsse, über die in Abschnitt 3 kurz berichtet wird, gewährleisten, daß das statistische Arbeitsprogramm nach einheitlichen Grundsätzen und ohne Überschneidung durchgeführt wird.

#### Statistisches Bundesamt

Der Aufbau des Statistischen Bundesamtes, einer selbständigen Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, kann dem im Anhang beigegebenen Organisationsplan entnommen werden. Die Aufgaben des Amtes sind in § 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. September 1953, das in den Ausführungen über die Rechtsgrundlagen<sup>1)</sup> behandelt wird, festgelegt. Sie bestehen im einzelnen darin,

- a) Statistiken für Bundeszwecke (Bundesstatistiken) technisch und methodisch vorzubereiten, auf ihre Einheitlichkeit und Vergleichbarkeit hinzuwirken, ihre Ergebnisse für den Bund zu sammeln, zusammenzustellen und für allgemeine Zwecke darzustellen,
- b) Bundesstatistiken zu erheben und aufzubereiten, wenn es in einem Bundesgesetz bestimmt ist oder soweit die beteiligten Länder zustimmen,
- c) nach Maßgabe von § 9 Satz 2 Geschäftsstatistiken zu bearbeiten,
- d) Statistiken des Auslandes und internationaler Organisationen zu sammeln und darzustellen,
- e) Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen aufzustellen,
- f) an der Vorbereitung der Bundesgesetze, Rechtsverordnungen und allgemeinen Verwaltungsvorschriften auf dem Gebiete der Bundesstatistik mitzuwirken und
- g) auf Anfordern der obersten Bundesbehörden sonstige Arbeiten statistischer und ähnlicher Art durchzuführen sowie Gutachten über statistische Fragen zu erstatten.

Der technischen und methodischen Vorbereitung der einzelnen Bundesstatistiken gehen eingehende wissenschaftliche Arbeiten an der Vervollständigung und Weiterentwicklung des gesamten statistischen Instrumentariums voraus. In engem Zusammenhang

<sup>1)</sup> Vgl. hierzu S. 16 ff.



*Zweigstelle Berlin des Statistischen Bundesamtes*

hiermit steht auch die Aufgabe, die Ergebnisse der verschiedenen Statistiken so zu koordinieren, daß sie in ein wirtschaftsstatistisches Gesamtbild eingeordnet werden können. Den Rahmen hierfür geben die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ab, deren Erstellung dem Amt ausdrücklich vom Gesetzgeber übertragen worden ist.

Die zwischen der Vorbereitung einer Bundesstatistik und der abschließenden Zusammenstellung und Veröffentlichung ihrer Ergebnisse liegende Erhebungs- und Aufbereitungsarbeit gehört in der Regel zu den Aufgaben der Statistischen Landesämter. Es gibt jedoch auch Fälle, in denen diese Aufgaben vom Statistischen Bundesamt wahrgenommen werden. So wird wegen der Bedeutung und der Eigenart des Erhebungsverfahrens die Außenhandelsstatistik, bei der die zu erhebenden Tatbestände im Zusammenhang mit der Tätigkeit der zum Bund gehörenden Zollverwaltung festgestellt werden, zentral beim Statistischen Bundesamt bearbeitet. Auch in einigen anderen Fällen erfolgt die Aufbereitung des statistischen Materials aus sachlichen, methodischen oder technischen Gründen ganz oder teilweise zentral (z. B. Eisen- und Stahlstatistik, Kostenstrukturstatistik, Berlin- und Interzonenhandelsstatistik, Statistik der Wirtschaftsrechnungen, Großhandelsstatistik, Statistik der Fischereifangergebnisse). Die Abgrenzung ist also keineswegs starr, sondern läßt bestimmte Sonderregelungen mit den Statistischen Landesämtern über eine zweckmäßige Arbeitsverteilung zu.<sup>2)</sup>

Das Statistische Bundesamt ist für die Masse der einen breiten Kreis von Konsumenten in Verwaltung und Wirtschaft interessierenden volkswirtschaftlichen Statistiken zuständig, während die Bundesministerien und die übrigen Bundesbehörden in der Hauptsache einige Statistiken für interne Zwecke durchführen. Im Interesse der völligen Objektivität und Neutralität der Amtsarbeiten ist in der amtlichen Begründung des Gesetzes erwähnt, daß der Präsident des Statistischen Bundesamtes in methodischen

und wissenschaftlichen Fragen nicht an fachliche Weisungen gebunden sein soll.

Von ständig wachsender Bedeutung ist die Zusammenarbeit des Statistischen Bundesamtes mit supra- und internationalen Organisationen, auf die noch besonders eingegangen wird (siehe S. 14 f).

Im Zusammenhang mit den Bundestagswahlen hat sich eine besondere Aufgabe dadurch ergeben, daß der Präsident des Statistischen Bundesamtes — in Fortführung der Tradition bei den Reichstagswahlen — zugleich Bundeswahlleiter ist. Er ist ferner Mitglied (und für die 4 Wahlperiode Vorsitzender) der ständigen Wahlkreiskommission.

Zur Durchführung besonderer Aufgaben hat das Statistische Bundesamt Außenstellen in Berlin, Düsseldorf und Hamburg eingerichtet.

Die Zweigstelle Berlin dient der Förderung der besonderen Belange Berlins. Sie führt als ständige Aufgabe vor allem die Aufbereitung der Berlin- und Interzonenhandelsstatistik durch, erstere in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Landesamt Berlin. Einige andere Statistiken, wie die Durchfuhrstatistik im Außenhandel, die Luftfahrtstatistik und die Fischereistatistik, werden in Berlin maschinell aufbereitet. Außerdem steht eine Schreib- und Lesegruppe vor allem für Veröffentlichungsarbeiten zur Verfügung. Ferner werden durch eine besondere Arbeitsgruppe Aufbereitungs- und Konzentrationsarbeiten an statistischen Erhebungen durchgeführt. An größeren, allerdings zeitlich begrenzten Arbeiten werden das im Anschluß an die Volks- und Berufszählung 1961 anfallende Material für die Haushalts- und Familienstatistik sowie die Erhebungspapiere zur Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962 aufbereitet. Daneben werden insbesondere als Sonderarbeiten im Notstandsprogramm durch etwa 400 bis 500 Notstandsangestellte wissenschaftlich wichtige Sonderauswertungen, zumeist an Hand bereits vorliegenden Erhebungsmaterials, z. B. des Mikrozensus, der Hochschulelehrererhebung, Wirtschaftsrechnungen, (I vH) Zusatzerhebung zur Wohnungsstatistik, durchgeführt.

<sup>2)</sup> Die Abweichungen vom Regelfall können den Angaben zu den einzelnen Statistiken im Katalog entnommen werden.

Bei der Außenstelle Düsseldorf liegt die Bearbeitung der sachlich besonders tief gegliederten industriellen Produktionsstatistik für den Bereich Eisen und Stahl<sup>3)</sup>. Die Konzentrierung der eisenschaffenden Industrie in diesem Raum ließ es zweckmäßig erscheinen, auch die statistischen Aufgaben möglichst nahe den befragten Betrieben und in ständiger enger Fühlungnahme mit den interessierten Verbänden durchzuführen.

Im Zusammenhang mit der besonderen Stellung Hamburgs für den Außenhandel wurde für bestimmte Arbeiten, z. B. die Vorprüfung von Anmeldescheinen und die Erledigung von Rückfragen im Rahmen der Außenhandelsstatistik, die Außenstelle Hamburg eingerichtet, wodurch eine enge Verbindung zu den Zollstellen und zur Außenwirtschaft in Hamburg hergestellt wurde. Diese Außenstelle wirkt außerdem bei der Aufbereitung der Luftfrachtstatistik mit.

Einschließlich der Zweigstelle Berlin und der Außenstellen in Düsseldorf und Hamburg beschäftigte das Statistische Bundesamt Mitte 1962 2 498 Personen (darunter in der Zweigstelle Berlin 468, in der Außenstelle Düsseldorf 49 und in der Außenstelle Hamburg 12). Auf die einzelnen Abteilungen gliederte sich dieser Personalstand wie folgt auf.

Abteilung	Personal	
	insgesamt	darunter Zeitan- gestellte
Z Verwaltung .....	388	1
darunter Kanzlei .....	150	
I Allgemeine Organisation der Statistik, Allgemeine Auslandsstatistik .....	806	297
darunter Maschinelle Aufbereitung ....	240	50
Zweigstelle Berlin .....	468	245
II Allgemeine fachliche Koordinierung, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	112	
III Ernährungs- und Landwirtschafts- statistik .....	64	12
IV Industrie- und Handwerksstatistik ....	155	10
darunter Außenstelle Düsseldorf .....	49	
V Handels- und Verkehrsstatistik .....	568	7
darunter Außenstelle Hamburg <sup>4)</sup> .....	12	
VI Statistik der Preise, Löhne und Wirt- schaftsrechnungen, des Wohnungs- und des Sozialwesens .....	174	31
VII Finanz- und Steuerstatistik .....	114	
VIII Bevölkerungs- und Kulturstatistik ....	117	31
	2 498 <sup>5)</sup>	389

Statistische Landesämter

Entsprechend der föderativen Struktur der Bundesrepublik werden die Bundesstatistiken in den meisten Fällen von den Ländern erhoben und zumeist auch bis zur Erstellung von Landesergebnissen aufbereitet. Damit liegt das Schwergewicht der technischen Arbeit bei den Statistischen Landesämtern, die organisatorisch selbständige Landesbehörden<sup>6)</sup>, in ihrer Funktion jedoch in großem Umfang Erhebungs- und Aufbereitungsstellen der Bundesstatistik sind. Hierbei ist zu bedenken, daß die Ergebnisse der Bundesstatistiken in vielen Fällen auch für Landeszwecke benötigt werden.

Daneben sind die Statistischen Landesämter auch Träger der Landesstatistiken, die jedoch einen wesentlich kleineren Teil des gesamten Arbeitsprogramms umfassen. Bei Landesstatistiken, die von mehreren oder von allen Ländern durchgeführt werden (z. B. Schulstatistik), wirkt das Statistische Bundesamt als Koordinierungsstelle, da Bund und Länder an vergleichbaren Ergebnissen interessiert sind.

Dienstsitz und Anschriften der Statistischen Landesämter sowie ihr regionaler Wirkungsbereich, der durch die Landesgrenzen bestimmt wird, sind der kartographischen Darstellung und dem Verzeichnis im Anhang<sup>7)</sup> zu entnehmen.

<sup>3)</sup> Vgl. Katalog der Statistiken S. 71. — <sup>4)</sup> Ohne drei der Abt. IV unterstehende Amtsangehörige. — <sup>5)</sup> Einschließlich Amtsleitung. — <sup>6)</sup> In Niedersachsen werden die statistischen Aufgaben vom Landesverwaltungsamt — Statistik — wahrgenommen. — <sup>7)</sup> Vgl. hierzu S. 298 und S. 299.

In den Stadtstaaten Hamburg und Bremen nehmen die Statistischen Landesämter auch die kommunalstatistischen Aufgaben wahr.

Das gleiche gilt für Berlin, das noch insofern eine Sonderstellung einnimmt, als Bundesgesetze hier nicht ohne besonderes Berliner Gesetz angewendet werden können. Das Statistische Landesamt Berlin wirkt aber praktisch in gleicher Aufgabenstellung wie die übrigen Landesämter an den statistischen Arbeiten mit.

Mit der wirtschaftlichen Eingliederung des Saarlandes in die Bundesrepublik wurden auch die bis dahin noch nicht angeglichenen saarländischen Statistiken vollständig an das Bundesprogramm angepaßt.

Kommunalstatistische Ämter und Dienststellen

Bei einem Teil der Bundesstatistiken werden die Erhebungspapiere direkt von den Statistischen Landesämtern an die Befragten verteilt und auch wieder bei ihnen gesammelt. In zahlreichen anderen Fällen hat es sich als zweckmäßig erwiesen, für die unmittelbare Verteilung und Einsammlung der Fragebogen wie auch für gewisse Prüfungsaufgaben die Verwaltung der kreisfreien Städte, Landkreise und Gemeinden in Anspruch zu nehmen. Das ist vor allem bei den Großzählungen (z. B. Volks- und Berufszählung), aber auch bei laufenden Erhebungen, insbesondere auf dem Gebiet der Bevölkerungs- und Landwirtschaftsstatistik der Fall.

Die Großstädte und größeren Mittelstädte verfügen über eigene Statistische Ämter<sup>8)</sup>, während die kleineren Städte statistische Stellen haben, die als Abteilungen anderer Dienststellen fungieren.

Ähnlich wie die Statistischen Landesämter üben auch die Statistischen Ämter der Städte eine Doppelfunktion aus. Neben der Mitwirkung an Bundes- und Landesstatistiken führen sie die Erhebungen durch, die von der kommunalen Selbstverwaltung für eigene Zwecke benötigt werden.

Die Statistische Abteilung des Deutschen Städtetages vertritt die gemeinsamen Interessen der Städtestatistischen Ämter und ist vor allem um die Vergleichbarkeit und Auswertung der statistischen Ergebnisse bemüht.

In einigen Ländern wurden bei den Landkreisverwaltungen besondere statistische Stellen eingerichtet, die für die Durchführung der Erhebungen in ihrem Zuständigkeitsbereich verantwortlich sind.

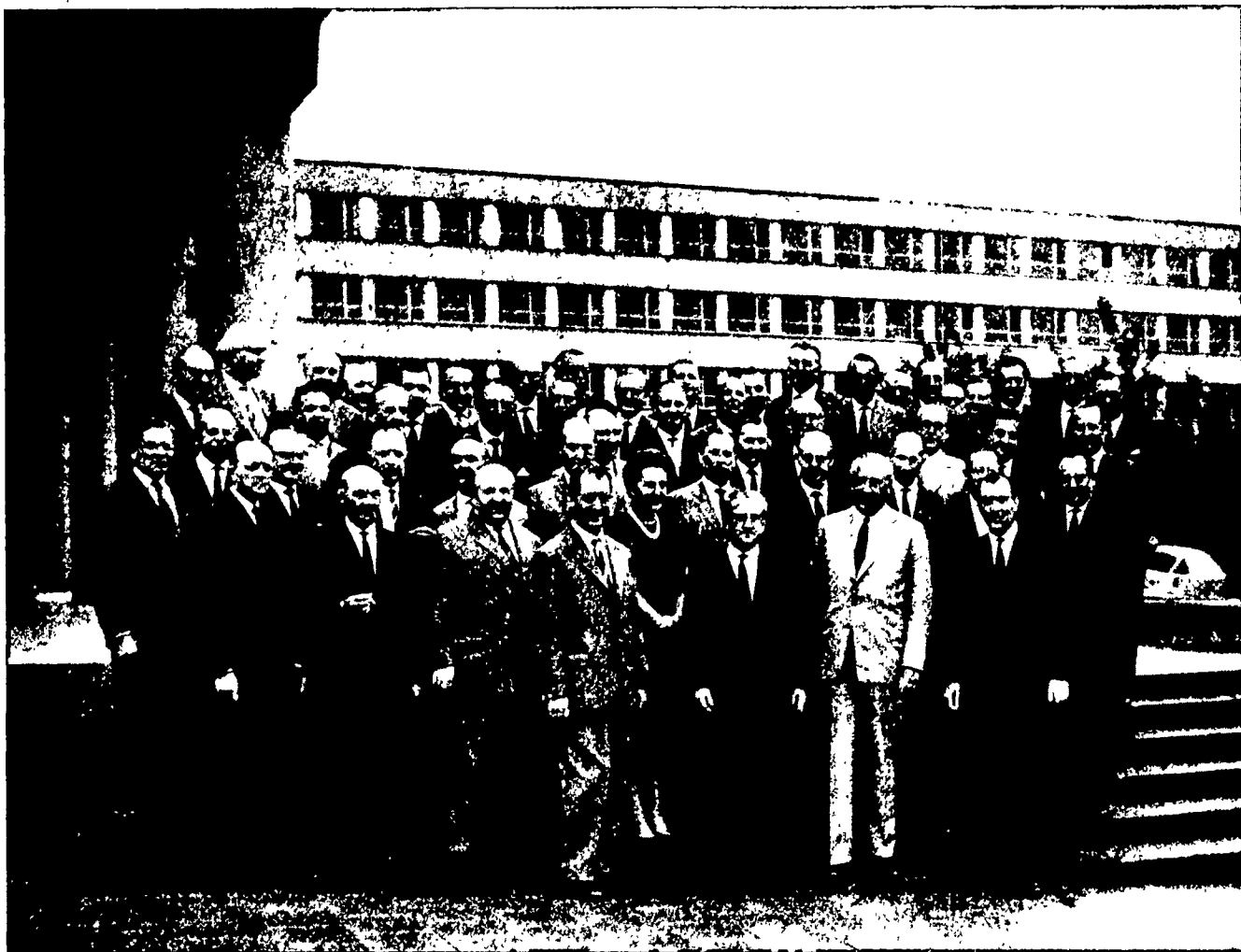
3. Statistische Ausschüsse

Die Vielfalt der Aufgaben, ihre Verteilung auf mehrere Institutionen und die Notwendigkeit einer Koordinierung der getrennten Zuständigkeiten für die Anordnung, Vorbereitung und Durchführung der Bundesstatistiken haben zur Bildung einiger Ausschüsse geführt, denen jeweils ein bestimmter Aufgabenkomplex zugewiesen worden ist. Da in den verschiedenen Ausschüssen teilweise die gleichen Institutionen und Personen vertreten sind, ist die Voraussetzung für eine weitgehende Verzahnung und Abstimmung der Arbeit in den einzelnen Gremien gegeben.

Statistischer Beirat

Im Statistischen Beirat, der durch § 4 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke als beratendes Organ des Statistischen Bundesamtes geschaffen worden ist — bereits seit 1948 arbeitete der Statistische Ausschuß mit etwa gleichen Funktionen<sup>9)</sup> —, sind die ministeriellen Auftraggeber, die durchführenden Statistischen Ämter und die Benutzer der Bundesstatistiken wie auch die Befragten vertreten<sup>10)</sup>. In diesem großen Kreis, der als einziger alle an der Bundesstatistik beteiligten Gruppen umfaßt, werden vornehmlich wichtige methodisch-technische Probleme beraten, aber auch sämtliche die Statistik betreffenden sachlichen Fragen erörtert. Der Beirat tritt im allgemeinen einmal jährlich zusammen und behandelt in großen Zügen das gesamte statistische Arbeitsprogramm sowie aktuelle

<sup>8)</sup> Vgl. hierzu Karte auf S. 298. — <sup>9)</sup> Gesetz über die Errichtung eines Statistischen Amtes des Vereinigten Wirtschaftsgebietes vom 21. Januar 1948 (WiGBl. S. 19). — <sup>10)</sup> Die Zusammensetzung des Beirats ist Abschnitt II § 4 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (vgl. Anhang S. 156) zu entnehmen.



*Teilnehmer der 9. Tagung des Statistischen Beirats am 8. und 9. Mai 1962 in Wiesbaden*

Einzelfragen von besonderem Gewicht. Den Vorsitz führt der Präsident des Statistischen Bundesamtes.

Die detaillierte Beratung einzelner Statistiken und die Erörterung der speziellen methodisch-technischen Fragen findet in den Fachausschüssen statt, die für folgende Gebiete gebildet worden sind:

- Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen
- Systematiken
- Kostenstrukturstatistik
- Landwirtschaftsstatistik
- Industrie- und Handwerksstatistik
- Handels- und Verkehrsstatistik
- Preis- und Lohnstatistik
- Wohnungs- und Baustatistik
- Sozialstatistik
- Finanz- und Steuerstatistik
- Bevölkerungsstatistik
- Flüchtlingsstatistik.

Den Vorsitz in den Fachausschüssen führen die für die betreffenden Gebiete zuständigen Abteilungsleiter des Statistischen Bundesamtes.

Daneben sind für bestimmte Teilgebiete oder Einzelfragen Unterausschüsse und Arbeitskreise teils für ständige, teils für vorübergehende Aufgaben entstanden.

Zur Beratung von Fragen, die vor allem für die Statistischen Ämter von Belang sind, insbesondere das Arbeitsprogramm und seine organisatorische und methodisch-technische Durchführung, treten von Zeit zu Zeit die Amtsleiter zu besonderen Konferenzen zusammen. Allgemeine organisatorische, methodische und technische Fragen werden in folgenden fünf weiteren Gremien behandelt:

- Ausschuß für Organisations- und Verwaltungsfragen,
- Ausschuß für maschinelle Aufbereitung<sup>11)</sup>,
- Arbeitskreis für Öffentlichkeitsarbeit,
- Arbeitskreis für Fragen der mathematischen Methodik,
- Arbeitskreis »Einheitliche Zuordnung der Unternehmen und Betriebe«.

#### **Interministerieller Ausschuß für Koordinierung und Rationalisierung der Statistik**

Seine Aufgabe ist es, die Durchführbarkeit des erforderlichen statistischen Programms unter möglicher Sparsamkeit zu sichern und Notwendigkeit und Dringlichkeit im einzelnen zu beraten. In ihm sind bestimmte Bundesministerien und der Bundesrechnungshof als ständige, andere beteiligte Bundesministerien als nichtständige stimmberechtigte Mitglieder und das Statistische Bundesamt als ständiges beratendes Mitglied vertreten. Während der Interministerielle Ausschuß in früheren Jahren in besonderen Sitzungen und nur unter dem Vorsitz des Bundesministeriums des Innern tagte, tritt er auf Grund einer Vereinbarung unter den Bundesressorts seit Frühjahr 1958 in der Form von Ressortbesprechungen zusammen, zu denen das für die zu behandelnden statistischen Vorhaben federführende Bundesministerium einlädt. Beim Bundesministerium des Innern finden Tagungen des Interministeriellen Ausschusses nur noch dann statt, wenn statistische Fragen von grundsätzlicher Bedeutung zu behandeln sind.

Grundsätzlich befaßt sich der Interministerielle Ausschuß mit dem gesamten Arbeitsprogramm der amtlichen Statistik; er prüft in erster Linie die geplanten neuen Vorhaben, daneben auch das laufende Arbeitsprogramm. Die Beratungsergebnisse werden bei der Entscheidung über die Vorhaben in der vorparlamentarischen und parlamentarischen Prozedur berücksichtigt.

<sup>11)</sup> Vgl. auch S. 24 »Anwendung maschineller Verfahren«.



Die Rationalisierungsbestrebungen des Interministeriellen Ausschusses werden durch die Bundesländer in der Weise unterstützt, daß vor der Behandlung der Bundesstatistiken in diesem Ausschuß die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der einzelnen Vorhaben in besonderen Koordinierungsausschüssen der Länder geprüft werden. Die abschließende Beratung durch die Länder erfolgt in den Ausschüssen des Bundesrates.

Erwähnt sei schließlich, daß einige Bundesministerien besondere statistische Ausschüsse gebildet haben, in denen zur Beratung der sie interessierenden Erhebungen die jeweiligen Fachministerien der Länder vertreten sind.

## B. Ablauf der Bundesstatistiken

Nachdem im Abschnitt A die institutionellen Zusammenhänge gezeigt worden sind, soll nachstehend in einer mehr funktionellen Betrachtung kurz dargestellt werden, wie innerhalb dieses Rahmens die einzelnen Phasen der Erhebung — von ihrer Anregung bis zur Veröffentlichung der Ergebnisse — ablaufen. Die im Anhang<sup>12)</sup> aufgenommene Darstellung veranschaulicht — unter Verzicht auf Einzelheiten der Verzahnung — den Ablauf und gibt in Stichworten die jeweils durchzuführenden Aufgaben sowie die daran beteiligten Institutionen wieder.

### 1. Anregung zur Durchführung einer Bundesstatistik

Bereits eingangs wurde die Zuständigkeit der Bundesministerien, die Durchführung von Bundesstatistiken anzuregen, erwähnt. Solche Anregungen werden von den betreffenden Bundesministerien im allgemeinen mit den entsprechenden Ministerien der Länder beraten und umreißen in großen Zügen die zu klärenden Probleme und die zu erfassenden Tatbestände.

### 2. Vorbereitung

#### (a) Aufnahme der methodisch-technischen Vorarbeiten

Die der Anforderung folgenden Überlegungen und Vorbereitungsarbeiten im Statistischen Bundesamt sind von vornherein darauf gerichtet, Ergebnisse zu liefern, die in ein statistisches Gesamtbild eingeordnet werden können. Es wird angestrebt, für alle Bundesstatistiken einheitliche methodische Grundlagen zu schaffen, um mit Hilfe korrespondierender Fragestellungen und Begriffsbestimmungen sowie durch Verwendung vergleichbarer Systematiken die einzelnen Bausteine zu einem geschlossenen Gebäude zusammenfügen zu können. Orientierungspunkt für die Überlegungen zur Durchführung dieser Aufgabe bilden die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, die im Katalog besonders nachgewiesen sind<sup>13)</sup>. Diese grundlegenden Überlegungen ermöglichen es auch, im Gesamtbild etwa noch vorhandene Lücken zu erkennen und durch die Einbeziehung bisher vernachlässigter Bereiche oder bisher nicht erhobener Tatbestände zu schließen. Andererseits werden auch Überschneidungen und vermeidbare Doppelbefragungen sichtbar, die im Interesse einer kostensparenden Durchführung des gesamten statistischen Programms verhindert bzw. beseitigt werden.

Im einzelnen handelt es sich um folgende Teilprobleme, die bei den ersten Vorbereitungsarbeiten einer Klärung zugeführt werden:

Definition der statistisch zu erfassenden Tatbestände und Merkmale,  
Klassifizierung für den Nachweis der Ergebnisse (Systematiken)<sup>14)</sup>,  
Entwurf eines Fragebogens (Fragestellung),  
Abgrenzung des Kreises der Befragten (Prüfung der Anwendbarkeit des Stichprobenverfahrens)<sup>15)</sup>,  
Erhebungsverfahren (z. B. postalische Befragung, Verwendung von Zählern, Interviewereinsatz),  
Aufbereitungsplan (manuelle oder maschinelle, totale oder repräsentative Aufbereitung),  
Tabellenprogramm,  
Veröffentlichungsprogramm,  
Terminplan,  
Schätzung der Kosten:

#### (b) Beratung des Entwurfs eines Planes für Erhebung und Aufbereitung

Diese in Stichworten skizzierten organisatorisch-methodischen Einzelüberlegungen führen zu einem ersten Entwurf eines Planes für Erhebung und Aufbereitung, der dann vom zuständigen Fachausschuß des Statistischen Beirats beraten wird. Hier findet eine eingehende Diskussion zwischen allen interessierten amtlichen und nichtamtlichen Stellen statt. Dabei wird auch überlegt, ob es zur Entlastung der Befragten oder aus sonstigen Gründen der Rationalisierung geboten ist, das Frageprogramm und das Tabellenprogramm zu verkürzen. Etwaige Anregungen für zusätzliche Fragen oder Erweiterung des Tabellenprogramms im Interesse einer Erhöhung des Erkenntniswertes der Erhebung werden sorgfältig geprüft. Zur Vorbereitung größerer Erhebungen tritt der Fachausschuß wiederholt zusammen. Der Statistische Beirat wird wegen der großen Zahl und der zum Teil recht unterschiedlichen Interessen seiner Mitglieder nicht zur Behandlung eines jeden statistischen Vorhabens zusammengerufen; er wird durch die Protokolle der Fachausschüsse unterrichtet und diskutiert besonders wichtige Punkte bei seinen jährlichen Tagungen.

Dem Fachausschuß wird auch eine erste Schätzung der Erhebungs- und Aufbereitungskosten vorgelegt. Eine Abstimmung über die vermutlich entstehenden Kosten findet vor allem zwischen den durchführenden Statistischen Ämtern statt. Die endgültige Kostenkalkulation wird schließlich in die Haushaltsvoranschläge des Bundes und der Länder übernommen.

#### (c) Entwurf der Rechtsgrundlage

Der Entwurf einer Rechtsgrundlage — Gesetz oder Rechtsverordnung — wird unter Mitwirkung des Statistischen Bundesamtes erarbeitet, sobald die grundsätzlichen methodisch-technischen Probleme geklärt sind. Er wird mit einer Begründung versehen, in welcher Art und Umfang der Statistik sowie Sinn und Zweck der einzelnen Vorschriften erläutert, ferner entstehende zusätzliche Kosten genannt werden. Die Federführung hierfür liegt beim zuständigen Ressort, das auch die Vorlage beim Kabinett veranlaßt.

#### (d) Abschließende Begutachtung der Notwendigkeit einer neuen Erhebung

In einer Ressortbesprechung, die zugleich als Sitzung des Interministeriellen Ausschusses gilt, wird der Entwurf sodann beraten, ehe er der Bundesregierung vorgelegt wird.

#### (e) Erlaß der Rechtsgrundlage

Erst die im Zusammenwirken von Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat (bei Gesetzen) bzw. von Bundesregierung und Bundesrat (bei Rechtsverordnungen) erlassene Rechtsgrundlage verpflichtet die Statistischen Ämter zur Durchführung der Erhebung.

#### (f) Bereitstellung der Mittel durch die Finanzministerien

Sie erfolgt nach Verabschiedung der Rechtsgrundlage und richtet sich nach den Anmeldungen der Statistischen Ämter zu den Haushaltsplänen für die einzelnen Rechnungsjahre.

Hiermit können die technisch-methodischen Vorbereitungen als abgeschlossen und die formalen Erfordernisse als erfüllt angesehen werden.

## 3. Erhebung und Aufbereitung einer Bundesstatistik

Der endgültige Erhebungsplan, der das Muster des Fragebogens, die Termine, den Erhebungsweg, Art und Umfang der Aufbereitung sowie die methodischen Richtlinien umfaßt, wird an alle mitwirkenden statistischen Stellen verteilt und sichert die einheitliche Durchführung der Erhebung. Die dann folgenden Aufgaben werden in den meisten Fällen von den Statistischen Landesämtern übernommen:

Feststellung der Befragten,  
Ausdruck der Zählpapiere,  
Schulung von Zählern und Interviewern (soweit sie für die Erhebung erforderlich sind),  
Versand der Zählpapiere an die Befragten (bzw. an die Gemeinden oder an die Zähler zur weiteren Verteilung) bzw. Einsatz von Interviewern,

<sup>12)</sup> Vgl. S. 269. — <sup>13)</sup> Vgl. hierzu S. 129. — <sup>14)</sup> Vgl. hierzu S. 270. — <sup>15)</sup> Vgl. hierzu S. 21 »Anwendung von Stichprobenverfahren«.

Entgegennahme der rücklaufenden Zahlpapiere, Prüfung auf Vollzähligkeit sowie auf vollständige und richtige Beantwortung.

Mahnverfahren bei säumigen Befragten.

Vorbereitung und Durchführung der Aufbereitung (manuell oder maschinell): Zusammenstellung des Landesergebnisses nach der vorgesehenen regionalen und sachlichen Gliederung.

Mitteilung der Ergebnisse an das Statistische Bundesamt und an das fachlich zuständige Ressort im Lande.

Bei zentraler Durchführung von Bundesstatistiken übernimmt diese Aufgaben das Statistische Bundesamt. Bei dezentraler

Aufbereitung stellen die Statistischen Landesämter die Länderergebnisse dem Bundesamt zur Verfügung, das daraus die Bundesergebnisse zusammenfügt.

### Veröffentlichung und Auswertung der Ergebnisse

Die Erhebung wird mit der Veröffentlichung der Ergebnisse — für die besonderen regionalen Zwecke der Länder in den Statistischen Landesämtern, sonst im Statistischen Bundesamt — abgeschlossen. Neben dieser Darstellung für allgemeine Zwecke durch die Statistischen Ämter werden von den jeweils fachlich interessierten Bundes- und Länderministerien noch spezielle Veröffentlichungen herausgegeben und Auswertungen für ihren Geschäftsbereich vorgenommen.

## Verbindung zu internationalen Organisationen

Zahlreiche internationale Organisationen benötigen international vergleichbares statistisches Material für ihre politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Tätigkeiten und befassen sich daher auch mehr oder minder intensiv mit der methodischen Vereinheitlichung der erforderlichen Statistiken. Durch Förderung des Gedanken- und Erfahrungsaustausches zwischen den Statistikern aller Erdteile und durch Empfehlungen oder auch verbindliche Abkommen über einheitlich anzuwendende statistische Begriffe, Gruppierungen und Methoden haben sie, besonders in den Nachkriegsjahren, wesentlich zur Entwicklung der internationalen Statistik beigetragen.

International vergleichbares statistisches Material ist nicht nur eine unentbehrliche Grundlage für die Arbeit der internationalen Organisationen, es ist ebenso für alle Länder von Nutzen. Denn erst aus dem Vergleich lassen sich vielfach neue Erkenntnisse gewinnen. Die statistische Tätigkeit der internationalen Organisationen entbindet auch die statistischen Zentralämter in den Ländern von der mühseligen und zeitraubenden Arbeit, die ihnen erwachsen würde, wenn sie sich selbst das erforderliche Vergleichsmaterial unmittelbar aus dem Ausland beschaffen müßten. Der durch die internationalen Organisationen ermöglichte intensive Erfahrungsaustausch auf breiter Grundlage wirkt anregend und fördert die rationelle Weiterentwicklung der Länderstatistiken: im Ausland bereits erprobte statistische Methoden können übernommen und so manche Umwege und Kosten erspart werden.

Das Statistische Bundesamt ist an den statistischen Arbeiten vieler internationaler Organisationen in mehr oder minder starkem Maße beteiligt.

### 1. Europäische Organisationen

Von besonderer Bedeutung ist die Verbindung des Statistischen Bundesamtes zur Konferenz Europäischer Statistiker und zum Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften.

Die Konferenz Europäischer Statistiker ist eine ständige Einrichtung, die organisatorisch der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (ECE) in Genf angeschlossen ist. Ihr gehören die Leiter der statistischen Zentralämter aller Mitgliedsländer der ECE an, das sind praktisch alle europäischen Länder und die Vereinigten Staaten. Die methodische Weiterentwicklung der amtlichen europäischen Statistiken und die Verbesserung ihrer Vergleichbarkeit sowie eine gewisse Koordinierung der gleichzeitig von anderen internationalen Organisationen im europäischen Raum in Angriff genommenen statistischen Arbeiten sind ihre wichtigsten Aufgaben. Die Konferenz widmete sich in starkem Maße speziellen Problemen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. In Anlehnung an bereits bestehende Empfehlungen der Vereinten Nationen hat sie europäische Normen für Statistiken der Sachkapitalbildung und des Privaten Verbrauchs ausgearbeitet; umfangreiche Vorarbeiten zielen darauf ab, die Finanzierungsvorgänge im Zusammenhang mit den bisher dargestellten Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen aufzuzeigen. Die Konferenz befaßte sich ferner eingehend mit der Aufstellung europäischer Programme für große Zählungen (Volks-, Berufs- und Woh-

nungszählungen 1960, industriestatistische Weiterhebungen 1963) und für laufende Statistiken, die zur kurzfristigen Beobachtung der Wirtschaftsentwicklung besonders geeignet sind; sie schaltete sich auch wiederholt in die statistische Arbeit der ECE-Fachausschüsse ein und beteiligte sich, teilweise sehr intensiv, an statistischen Projekten anderer Organisationen, z. B. an der Ausarbeitung des europäischen Programms für den Landwirtschaftszensus oder an der Vereinheitlichung landwirtschaftlicher Produktionsindizes durch die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen. Der Gedanken- und Erfahrungsaustausch der Statistiker über zahlreiche statistisch-methodische Probleme sowie auch über praktische Fragen, z. B. über die Ausbildung von Statistikern für die amtliche Statistik oder über den Einsatz von elektronischen Großrechenanlagen für statistische Zwecke, liegt auch im Interesse der Länder und wird daher allgemein begrüßt und gefördert<sup>1)</sup>. Die Konferenz Europäischer Statistiker diente als Vorbild für Einrichtungen ähnlicher Art bei den anderen regionalen Wirtschaftskommissionen der Vereinten Nationen in Latein-Amerika, dem Fernen Osten und neuerdings auch in Afrika.

Durch die Gründung des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften hat die Zusammenarbeit zwischen den 6 Mitgliedsländern (Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Niederlande, Belgien, Luxemburg) erheblich an Bedeutung gewonnen. Sie nimmt heute einen breiten Raum in den Arbeiten der beteiligten nationalen Ämter ein. Das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften ist eine gemeinsame Dienststelle dreier supranationaler Organisationen, nämlich der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) und der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM). Das Amt ist auf Grund der in den Verträgen festgelegten Vollmachten in der Lage, die Statistik in dem kleineren Kreis der 6 europäischen Mitgliedsländer noch sehr viel nachhaltiger zu beeinflussen als die Konferenz Europäischer Statistiker, die nur Empfehlungen geben kann. Mit der Vereinheitlichung der Statistik ist auf vielen Gebieten zugleich angefangen worden. Auf der Grundlage der von anderen internationalen Organisationen bereits geleisteten Arbeiten wurden bisher einheitliche Warensystematiken für die Außenhandels- und Güterverkehrsstatistik sowie eine Wirtschaftszweigsystematik für die Industriestatistik ausgearbeitet. Mit der Aufstellung eines einheitlichen Warenverzeichnisses für die Produktionsstatistik ist begonnen worden. Im Zusammenhang mit den von den Vereinten Nationen allen Ländern empfohlenen industriestatistischen Erhebungen 1963 und dem inzwischen fertiggestellten europäischen industriestatistischen Programm der Konferenz Europäischer Statistiker ist für die 6 Länder ein erweitertes industriestatistisches Programm entworfen worden. Ferner sind Arbeiten zur Aufstellung einheitlicher Input-Output-Tabellen (Produktionsverflechtungen) in Gang gesetzt worden. Die in den Verträgen geforderte »Harmonisierung« des Wirtschaftslebens innerhalb der Gemeinschaften führte auch auf

<sup>1)</sup> Vgl. »Die Statistik in den internationalen Organisationen«, Heft 3: Die Arbeiten der Konferenz Europäischer Statistiker 1953 bis 1959, erschienen in der Reihe »Allgemeine Statistik des Auslandes«.

anderen Gebieten der Statistik zu teilweise sehr weitgehenden Anforderungen. Statistische Ausschüsse und Arbeitsgruppen befassen sich mit der Vereinheitlichung der Landwirtschafts-, Handwerks-, Industrie-, Verkehrs-, Energie-, Arbeitskräfte-, Preis- und Lohnstatistiken, mit Erhebungen in privaten Haushalten, mit den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen u. a.

Im Hinblick auf ihre Bedeutung für die Entwicklung der Statistik sind aus der großen Zahl der bestehenden europäischen Organisationen neben den beiden erwähnten Einrichtungen noch folgende besonders zu erwähnen.

Der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (ECE) ist — wie bereits gesagt — die Konferenz Europäischer Statistiker angeschlossen. Daneben bestehen bei der ECE Fachausschüsse für Landwirtschaft, Forsten, Kohle, Stahl, Gas, Elektrizität, Wohnungsbau und Binnenverkehr, die sich mit praktischen Fragen der europäischen Wirtschaft befassen. Diese Ausschüsse haben zum großen Teil statistische Arbeitsgruppen gebildet, die das für die Untersuchungen benötigte statistische Material in vergleichbarer Form für alle europäischen Länder und die Vereinigten Staaten bereitzustellen haben. Zu den statistischen Arbeiten von größerer Bedeutung gehören die Entwicklung des neuen einheitlichen europäischen Güterverzeichnisses für die gesamte Verkehrsstatistik und die Standardisierung laufender, an große Zählungen anschließender Statistiken, z. B. die Standardisierung laufender Landwirtschaftsstatistiken oder laufender Wohnungs- und Baustatistiken.

Auch der 18 europäische Länder umfassende Europäische Wirtschaftsrat (OEEC), dem nunmehr nach der inzwischen vollzogenen Umwandlung in die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) die Vereinigten Staaten und Kanada als Vollmitglieder angehören, ist im Hinblick auf die Statistik hervorzuheben. Mit der Entwicklung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen hat er sich besonders verdient gemacht. Außerdem wird vereinheitlichtes statistisches Material für die Jahresberichte und für die laufenden Berichte der zahlreichen Fachausschüsse zusammengetragen.

Schließlich sei noch eine der ältesten europäischen Organisationen, die Zentralkommission für die Rheinschiffahrt, genannt, zu deren Zuständigkeit die Rheinschiffahrtstatistik gehört. Die Organisation hat sich darüber hinaus bei der Ausarbeitung des neuen Güterverzeichnisses für die Verkehrstatistik große Verdienste erworben.

## 2. Weltorganisationen

Die Förderung und Vereinheitlichung der Statistik über engere regionale Bereiche hinaus ist eine Angelegenheit der Weltorganisationen, in erster Linie der größten und umfassendsten Organisation, der Vereinten Nationen. Das Statistische Amt der Vereinten Nationen hat auf Veranlassung der Statistischen Kommission der Vereinten Nationen enge Verbindungen mit den statistischen Zentralämtern aller Länder und mit den statistischen Büros internationaler Organisationen hergestellt. Diese liefern dem Amt das für die laufenden, weltumfassenden statistischen Veröffentlichungen benötigte Zahlenmaterial nach bestimmten Richtlinien und beteiligen sich an der Diskussion statistisch-methodischer Fragen, mit der das Ziel verfolgt wird, international einheitliche Statistiken zu erreichen, soweit das unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Voraussetzungen und Gegebenheiten in den einzelnen Ländern möglich ist. Die auf diese Weise vorbereiteten Empfehlungen der Vereinten Nationen bilden den Rahmen für die Gestaltung der internationalen Statistik und dienen gleichzeitig — insbesondere den Entwicklungsländern — als Richtlinie für

den Auf- und Ausbau der Statistiken in den Ländern. Die vorliegenden Empfehlungen der Vereinten Nationen zur Statistik, die teilweise überarbeitete Empfehlungen des früheren Völkerbundes darstellen, betreffen u. a. die Volks-, Berufs- und Wohnungszählungen 1960, die Industriestatistik und speziell die für das Jahr 1963 geplanten weltumfassenden industriestatistischen Erhebungen, die Statistiken der Bevölkerungsbewegung und der internationalen Wanderungen, die Außenhandelsstatistik und das ihr zugrunde liegende einheitliche Warenverzeichnis (SITC), den Handelszensus, die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und die Statistik der Kapitalbildung.

Wichtige Glieder im Rahmen der weltweiten Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Statistik bilden auch die autonomen Sonderorganisationen der Vereinten Nationen, denen die Organisation der Vereinten Nationen die Zusammenstellung, Auswertung, Veröffentlichung und Verbesserung der Statistiken ihres Fachbereichs überläßt. Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO), die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO), die Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO), die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und der Internationale Währungsfonds (IMF) entfalten eine besonders lebhafte statistische Tätigkeit: sie legen der Statistischen Kommission der Vereinten Nationen regelmäßig Berichte über ihre statistischen Arbeiten vor. Die Bundesrepublik ist Mitglied dieser sowie auch der übrigen Sonderorganisationen der Vereinten Nationen<sup>2)</sup>. Das Statistische Bundesamt unterhält deshalb auch Verbindungen zu diesen Organisationen und beteiligt sich an den statistischen Arbeiten. Dabei handelt es sich nicht nur um die Bereitstellung von Zahlenmaterial für die statistischen Veröffentlichungen der Sonderorganisationen, sondern auch um die Beteiligung an den statistisch-methodischen Diskussionen, die der Vereinheitlichung und Verbesserung der Statistik dienen und bereits zur Standardisierung einer Reihe von Statistiken geführt haben. Nur beispielhaft kann hier hingewiesen werden auf Arbeiten der ILO (Internationale Berufssystematik, Wirtschaftsrechnungen, Statistiken der Beschäftigung und der sozialen Sicherheit), der FAO (Weltprogramm für Landwirtschaftszählungen, Ausbau der Fischereistatistik), der WHO (Internationales Verzeichnis der Krankheiten, Verletzungen und Todesursachen, Verbesserung der Gesundheitsstatistiken und ihre Anwendung für die Untersuchung moderner Fragen der Genetik und Strahlenschäden), der UNESCO (Standardisierung der Statistiken über das Erziehungswesen), des IMF (Zahlungsbilanzen) oder der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation (Vereinheitlichung der Luftfahrtstatistiken).

Neben den amtlichen Organisationen spielen auch wissenschaftliche Vereinigungen, Fachvereinigungen usw. für die internationale Zusammenarbeit auf statistischem Gebiet eine Rolle. Zu diesen gehört vor allem das Internationale Statistische Institut, die älteste internationale Einrichtung für die Zusammenarbeit der Statistiker. Die ursprünglichen Aufgaben dieses Instituts sind zum Teil von den Regierungsorganisationen, zunächst vom Völkerbund, später von den Vereinten Nationen übernommen worden: als eine wissenschaftliche Einrichtung für die Aussprache der Statistiker aller Fachrichtungen hat das Institut noch heute seine Bedeutung.

Von anderen Weltorganisationen, bei denen die Statistik einen mehr oder weniger bedeutenden Platz einnimmt, seien hier noch genannt: Internationaler Verein für wissenschaftliche Bevölkerungskunde, Internationale Gesellschaft zur Untersuchung des Volkseinkommens und Volksvermögens, Internationale Handelskammer.

<sup>2)</sup> Vgl. »Die Statistik in den internationalen Organisationen«, Heft 1: Weltorganisationen.

## Rechtsgrundlagen der Statistik für Bundeszwecke

Die rechtlichen Grundlagen für die Bundesstatistik sind im Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. September 1953 (BGBl. I S. 1314), im folgenden »Statistisches Gesetz« genannt, festgelegt<sup>1)</sup>.

Der Wortlaut des Statistischen Gesetzes wurde 1955, soweit er die Kostenverteilung zwischen Bund und Ländern betrifft (§ 8), neu gefaßt. Außerdem wurde der in den Übergangsbestimmungen (§ 16) festgesetzte Zeitraum, in dem für die laufenden Statistiken neue Rechtsgrundlagen geschaffen werden sollten, zweimal — letztmalig bis 1959 — verlängert.

Das Statistische Gesetz regelt umfassend das Organisations-, das Verfahrens- und das materielle Recht der Bundesstatistik. Es unterscheidet sich dadurch wesentlich vom Recht der ausländischen Statistik, das meist nur Rahmenvorschriften enthält, in denen die Aufgaben der Statistischen Ämter festgelegt werden.

Von den acht Abschnitten des Statistischen Gesetzes sind in den vorstehenden Ausführungen die Abschnitte I »Das Statistische Bundesamt«, II »Der Statistische Beirat« und IV »Besondere Verfahrensbestimmungen« bereits behandelt worden. Im folgenden soll auf die übrigen Abschnitte, und zwar insbesondere auf Abschnitt III »Anordnung von Bundesstatistiken«, V »Auskunftspflicht«, VI »Geheimhaltungspflicht« und VII »Strafen und Geldbußen« eingegangen werden.

### Anordnung von Bundesstatistiken

Da die Befragung Privater deren Rechtssphäre unter Umständen stark berührt, ist unter Berücksichtigung rechtsstaatlicher Grundsätze in § 6 bestimmt worden, daß Bundesstatistiken durch Gesetze oder unter gewissen Voraussetzungen durch Rechtsverordnungen anzuordnen sind. Im Interesse des Schutzes der Befragten muß in der Rechtsgrundlage festgelegt sein, auf welche Tatbestände sich die Befragung erstrecken und wer als auskunftspflichtig herangezogen werden darf. Werden bei einer Statistik nicht Private, sondern Behörden oder Einrichtungen des öffentlichen Bereichs befragt, so genügt eine allgemeine Verwaltungsvorschrift oder eine Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern, je nachdem, ob Behörden und Einrichtungen des Bundes oder auch solche der Länder Auskunft erteilen sollen.

Die Besonderheit der Rechtsgrundlagen für die einzelnen Statistiken besteht in der Bestimmung der zu erfassenden Tatbestände. Hier stehen sich der Anspruch des Befragten auf rechtsstaatlichen Schutz gegen Eingriffe in seine persönliche Freiheit und die Forderung von Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft nach einer den wechselnden Bedürfnissen angepaßten Elastizität des Frageprogramms gegenüber. Das statistische Programm muß daher klar und zugleich elastisch formuliert werden. Es ist deshalb in besonderem Maße Wert darauf zu legen, für die zu erfassenden Tatbestände Begriffe zu finden, mit denen sich möglichst viele Einzelfragen abdecken lassen. Diese Übung folgt der Begründung des Statistischen Gesetzes, in der ausdrücklich erwähnt ist, daß die Begriffe »Kreis der Befragten« sowie »die zu erfassenden Tatbestände« dahin zu verstehen sind, daß nicht jede Einzelheit festgelegt, sondern nur der große Rahmen umschrieben werden soll<sup>2)</sup>.

Der dadurch gegebene Spielraum ist nicht zuletzt auch wegen der methodischen Weiterentwicklung der Statistik notwendig. Ferner ist damit eine Entlastung des Gesetzgebers verbunden, der sonst schon wegen kleiner Änderungen in der Fragestellung der einzelnen Statistik bemüht werden müßte. Die Praxis der Gesetzesteknik, die sich entsprechend den vorstehend angegebenen Richtlinien herausgebildet hat, wirkte sich bei den einzelnen Rechtsgrundlagen dahin aus, daß keine umfangreichen Fragenkataloge oder gar Fragebogen zum Bestandteil der Rechtsgrundlage gemacht zu werden brauchten. Außerdem wurden die Gesetze und Verordnungen auch dadurch in ihrem Aufbau übersichtlicher, daß sie von allgemeinen Vorschriften, soweit diese

bereits im Statistischen Gesetz enthalten sind, entlastet wurden, falls nicht Ausnahmeregelungen, z. B. bei der Geheimhaltung, vorgesehen wurden.

Bei der Legalisierung des laufenden statistischen Programms in Form von Gesetzen sind sachlich zusammengehörige Materien nach Möglichkeit zusammengefaßt worden. Hier sind z. B. zu nennen: das Gesetz über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes vom 4. Juli 1957, das Gesetz über die Allgemeine Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe vom 15. Juli 1957, das Gesetz über die Statistik der Seeschifffahrt vom 26. Juli 1957 und in neuerer Zeit das Gesetz über die Durchführung laufender Statistiken im Handel sowie über die Statistik des Fremdenverkehrs in Beherbergungsstätten vom 12. Januar 1960, das Gesetz über die Finanzstatistik vom 8. Juni 1960, das Gesetz über Statistiken der Rohstoff- und Produktionswirtschaft einzelner Wirtschaftszweige vom 11. November 1960. Es ist beabsichtigt, auch die Verkehrsstatistiken und die Steuerstatistiken statt wie bisher durch Verordnungen in Zukunft durch Sammelgesetze anzuordnen.

Der Vorteil einer gesetzlichen Regelung liegt vor allem darin, daß damit die Materie bis auf weiteres normiert und nicht — wie bei Rechtsverordnungen — alle drei Jahre eine neue Regelung erforderlich ist.

Wenn jedoch wegen des endgültigen Programms einer Statistik noch Erfahrungen gesammelt werden müssen, so daß eine Festlegung auf längere Dauer sich nicht empfiehlt, oder wenn die geplante Erhebung nur einmal durchgeführt werden soll, kommt für die Regelung eine Rechtsverordnung in Frage, sofern die voraussichtlichen Kosten 500 000 DM jährlich nicht übersteigen. Diese Verordnungen entlasten die Gesetzgebungsorgane und erlauben eine beschleunigte Schaffung von Rechtsgrundlagen für die einzelnen Statistiken.

Auf die Dauer gesehen, würde es jedoch zu keiner Entlastung der gesetzgebenden Körperschaften führen, wenn Rechtsverordnungen nach Ablauf einer dreijährigen Geltungsdauer ohne Änderungen zwangsläufig erneuert werden müßten. Aus diesem Grunde und zur Gewinnung einer größeren Übersichtlichkeit sollen die zur Zeit noch durch Einzelrechtsverordnungen normierten Statistiken, soweit sie sachlich zusammengehören, in einem Gesetz zusammengefaßt werden, wenn das Programm für die Zukunft im wesentlichen festliegt.

Der Mindestinhalt der statistischen Rechtsgrundlage besteht gemäß § 7 Abs. 1 StatGes in der Bestimmung der zu erfassenden Tatbestände und des Kreises der Befragten. Auch ohne ausdrückliche Erwähnung im Statistischen Gesetz gehören selbstverständlich auch Angaben über den Erhebungsstichtag bzw. -zeitraum und bei laufenden Erhebungen über die Periodizität zum notwendigen Inhalt jeder Rechtsgrundlage. Darüber hinaus können im Bedarfsfalle noch Vorschriften aufgenommen werden über die Repräsentation, die Freiwilligkeit der Auskunftserteilung, die Art und Weise der Durchführung der Statistik, z. B. zentrale Aufbereitung, und über die Geheimhaltung, z. B. Verwendung von Einzelangaben noch für andere als statistische Zwecke oder die Zulassung von Dienstberichterstattungen. Einzelbestimmungen über die Durchführung erübrigen sich im Regelfall im Hinblick auf Artikel 83 GG, wonach die Länder Bundesgesetze als eigene Angelegenheit durchführen. Abweichungen hiervon sind jedoch jeweils in die Rechtsgrundlagen aufzunehmen. So sind z. B. in der Verordnung über die Durchführung einer Eisen- und Stahlstatistik vom 1. August 1957 die Erhebung und Aufbereitung dieser Statistik grundsätzlich dem Statistischen Bundesamt als Aufgabe zugewiesen worden. In den weitaus meisten Fällen sind aber die Statistischen Landesämter die erhebenden und aufbereitenden Stellen.

Der Bundesminister des Innern hat im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Justiz die Ansicht vertreten, daß auch Bundesstatistiken, die auf freiwilligen Auskünften beruhen, einer Rechtsgrundlage bedürfen. Von diesem Grundsatz muß jedoch insoweit eine Ausnahme gelten, als das Statistische Bundesamt

<sup>1)</sup> Vgl. hierzu Szameitat, Klaus: 4 Jahre Statistisches Gesetz. In: Wirtschaft und Statistik, 9. Jahrgang N. F., H. 11, November 1957, S. 577 ff. —  
<sup>2)</sup> Vgl. amtliche Begründung zu § 7 Abs. 1 StatGes.

befugt sein muß, im Rahmen seiner Vorbereitungstätigkeit (§ 2 Nr. 1 und 6 StatGes) Probeerhebungen auf freiwilliger Grundlage durchzuführen. Denn bei der Vorbereitung schwieriger neuer Statistiken kann die Erprobung der Erhebungsorganisation und der Fragestellung durch eine Probeerhebung notwendig sein und auch zu einer Kosteneinsparung beitragen.

Soweit Statistiken auf Rechtsgrundlagen der Europäischen Gemeinschaften beruhen, bestehen gewisse Zweifel, ob und wie weit hierbei die Grundsätze des Statistischen Gesetzes — insbesondere die über Auskunftspflicht und Geheimhaltungspflicht und über Geldbußen — Anwendung finden. Für die Fälle, in denen Rechtsgrundlagen der Europäischen Gemeinschaften keine entsprechenden Vorschriften enthalten, wird eine entsprechende Ergänzung des Statistischen Gesetzes erwogen.

### Auskunfts- und Geheimhaltungspflicht

Das Statistische Gesetz legt die Auskunftspflicht für alle bei einer Bundesstatistik Befragten fest und sichert dafür die grundsätzliche Geheimhaltung der statistischen Einzelangaben durch die mit der Durchführung der Statistik amtlich betrauten Stellen und Personen zu. Ohne Zusicherung der Geheimhaltung kann billigerweise die vorschriftsmäßige Auskunftserteilung nicht erwartet werden.

§ 10 Abs. 1 des Statistischen Gesetzes legt im allgemeinen fest, daß alle natürlichen und juristischen Personen, Behörden und Einrichtungen zur Beantwortung der ordnungsmäßig angeordneten Fragen verpflichtet sind. Wer auskunftspflichtig ist, wird in der Einzelrechtsgrundlage bestimmt. Die Auskunftspflichtigen haben die Auskünfte wahrheitsgemäß, vollständig, fristgemäß und grundsätzlich unentgeltlich, d. h. bei Auskunftserteilung auf dem Postwege unter Übernahme des Portos, zu geben. Weiter ist aus der Tatsache der Unentgeltlichkeit der Angaben zu folgern, daß der Befragte den auskunftsberechtigten Stellen nicht die Kosten, die ihm durch die Bearbeitung der Erhebungsvordrucke — etwa die Kosten für das Personal, das hierfür beschäftigt wird — in Rechnung stellen kann. Nach Auffassung der Ressorts und des Statistischen Bundesamtes, die durch die Rechtsprechung bestätigt wurde<sup>3)</sup>, sind die mit der amtlichen Statistik betrauten Stellen befugt, angemessene Fristen für die Auskunftserteilung zu setzen.

Da die strenge Geheimhaltung der Einzelangaben unter Umständen dazu führen könnte, finanziell kaum vertretbare Doppelbefragungen durchzuführen, sind in § 12 des Statistischen Gesetzes rechtliche Möglichkeiten vorgesehen worden, dies zu vermeiden. Es kann in gewissen Fällen naheliegend und zweckmäßig sein, die mit einem erheblichen Aufwand gewonnenen Zahlen nicht nur für die amtliche Statistik, sondern auch für andere Zwecke zu benutzen. Falls in besonders begründeten Fällen die Verwendung der Einzelangaben für weitere Zwecke zulässig sein soll, kann dies in der Rechtsgrundlage unter Bezeichnung des weiteren Verwendungszweckes vorgesehen werden. So wurde z. B. in § 6 des Viehzählungsgesetzes vom 18. Juni 1956 bestimmt, daß Einzelangaben auch für behördliche Maßnahmen zur Durchführung des Tierzuchtgesetzes und des Viehseuchengesetzes sowie für andere dort näher bezeichnete Zwecke durch die zuständigen Behörden oder die von ihnen beauftragten Stellen verwendet werden dürfen. Ferner sind insbesondere die mit hohen Kosten erstellten Ergebnisse der Volkszählung 1961 auch für nicht-statistische Stellen von großem Interesse. Gemäß § 9 Abs. 2 des Volkszählungsgesetzes vom 13. April 1961 wurde daher die Weiterleitung von bestimmten Einzelangaben für wissenschaftliche Zwecke zugelassen. Auch konnten auf Grund von § 9 Abs. 3 die Gebäude- und Haushaltslisten den Gemeinden zum Vergleich und zur Berichtigung ihrer Unterlagen zur Verfügung gestellt werden.

Um Doppelbefragungen zu vermeiden, ist außerdem die Möglichkeit der Weiterleitung von Einzelangaben auf dem Dienstwege (Dienstberichterstattung) vorgesehen. Nach § 12 Abs. 2 StatGes

sind das Statistische Bundesamt, die Statistischen Landesämter und die sonstigen erhebenden Behörden und Stellen berechtigt und verpflichtet, den fachlich zuständigen obersten Bundes- und Landesbehörden oder den von ihnen bestimmten Stellen auf Verlangen Einzelangaben auf dem Dienstwege weiterzuleiten, wenn und soweit dies in der die Statistik anordnenden Rechtsvorschrift zugelassen und in den Erhebungsdrucksachen bekanntgegeben worden ist.

Diese Möglichkeit ist in verschiedenen Rechtsgrundlagen vorgesehen worden. So bestimmt z. B. das Gesetz über die Allgemeine Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe vom 15. Juli 1957 unter bewußter Beschränkung auf das Notwendige, daß die Weiterleitung von Einzelangaben ohne Nennung des Namens des Auskunftspflichtigen lediglich an die für die Wirtschaft zuständige oberste Bundes- und Landesbehörde zugelassen ist. Die Weiterleitung an diese Behörden unter Nennung des Namens des Auskunftspflichtigen ist nur in Einzelfällen auf Anforderung zulässig. Auch müssen bei der Anforderung die Tatbestände, über die Auskunft gefordert wird, bezeichnet werden.

Da lediglich die Einzelangaben eines Auskunftspflichtigen den Geheimhaltungsschutz genießen, würde es schon genügen, wenn bei der Veröffentlichung statistischer Ergebnisse die Angaben zweier Auskunftspflichtiger zusammengezogen werden. Weil es in diesem Fall jedoch beiden Auskunftspflichtigen möglich wäre, durch Differenzbildung die Angaben des anderen zu erkennen, wird über die gesetzliche Forderung hinaus in der Praxis der Statistischen Ämter eine Zusammenfassung der Angaben von mindestens drei Auskunftspflichtigen vorgenommen.

Die Angabe der Adresse allein stellt noch keine Einzelangabe im Sinne des Statistischen Gesetzes dar, soweit mit ihr nicht gleichzeitig eine Kennzeichnung vorgenommen wird (z. B. Anschriften von Betrieben mit einem Jahresumsatz über 500 000 DM). Die Herausgabe von Anschriften wird jedoch häufig nicht im Rahmen des Aufgabengebietes des Statistischen Bundesamtes liegen und ist daher nur in Ausnahmefällen zulässig.

### Strafen und Geldbußen

Für die Verletzung der Geheimhaltungspflicht ist in das Statistische Gesetz eine besondere Strafvorschrift aufgenommen worden, um außer der Zusicherung der Geheimhaltung der Einzelangaben noch eine weitere Sicherung gegen unzulässige Verwendung dieser Angaben zu schaffen. Es war jedoch bisher nicht erforderlich, eine Strafe wegen Verletzung der Geheimhaltungspflicht zu verhängen, ein Zeichen dafür, daß die Statistischen Ämter die ihnen obliegende Geheimhaltung wahren.

Im Gegensatz zur Verletzung der Geheimhaltungspflicht ist die Verletzung der Auskunftspflicht nicht als Straftat, sondern lediglich als Ordnungswidrigkeit festgelegt worden, weil in ihr nicht eine kriminelle Handlung, vielmehr nur ein mit Bußgeld zu ahndender Verstoß gegen eine Ordnungsvorschrift zu erblicken ist.

Die Verhängung der Geldbußen erfolgt nach den Vorschriften des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OwiG) vom 25. März 1952 (BGBl. I S. 177). Nach § 73 dieses Gesetzes wird die fachlich zuständige oberste Landesbehörde zur Durchführung der Bußgeldverfahren bestimmt, die ihrerseits wieder bestimmte Verwaltungsbehörden mit der Durchführung beauftragen kann.

In der Mehrzahl der Bundesländer sind die Regierungspräsidenten als zuständige Verwaltungsbehörden bestimmt worden; zum Teil können diese wiederum in einigen Fällen die Kreise beauftragen.

Die Verhängung von Bußgeldern konnte jedoch in sehr vielen Fällen vermieden werden, nachdem die auskunftsberechtigten Stellen säumige Auskunftspflichtige gemahnt oder ihnen in geeigneter Form den Zweck und die Notwendigkeit der Erhebungen erläutert hatten, so daß daraufhin die angeforderten Meldungen eingegangen waren.

<sup>3)</sup> OLG Celle, NJW 61, 185.

## Systematiken

Bei den in der Bundesstatistik verwendeten verschiedenartigen, in ihrer Gliederungstiefe stark voneinander abweichenden Systematiken<sup>1)</sup> lassen sich die folgenden Gruppen unterscheiden:

- A. Unternehmens- und Arbeitsstättenstatistiken
- B. Warensystematiken
- C. Personensystematiken
- D. Regionalsystematiken
- E. Sonstige Systematiken.

### A. Unternehmens- und Arbeitsstättenstatistiken

Folgende wichtige auf das Unternehmen bzw. die Arbeitsstätte abgestellte Systematiken werden gegenwärtig in der amtlichen Statistik verwendet:

1. Systematik der Wirtschaftszweige  
daraus abgeleitet:
  - a) Systematik der Wirtschaftszweige für die Arbeitsstättenzählung 1961
  - b) Systematik der Wirtschaftszweige für die Berufszählung 1961
  - c) Systematik der Wirtschaftszweige für die Umsatzsteuerstatistik
  - d) Systematik der Wirtschaftszweige für die Statistik der Kraftfahrzeughalter
2. Systematisches Verzeichnis zum monatlichen Industriebericht
3. Verzeichnis der Handwerkszweige
4. Verzeichnis der Bodennutzungssysteme
5. Bereichsgliederung des Sozialprodukts
6. Internationale Systematik der Wirtschaftszweige (International Standard Industrial Classification of All Economic Activities, revised edition — ISIC rev., Classification Internationale Type, par Industrie, de toutes les branches d'activité économique — CITI rev.)
7. Systematisches Verzeichnis der Industrien in den Europäischen Gemeinschaften (Nomenclature des Industries établies dans les Communautés Européennes — NICE) (ausführliche Fassung in Vorbereitung).  
Außerdem können Ergebnisse noch nach folgenden, bisher verwendeten Systematiken gegliedert sein:
8. Systematisches Verzeichnis der Arbeitsstätten, Ausgabe 1950  
daraus abgeleitet:
  - a) Systematisches Verzeichnis der Unternehmen (vor allem für Zwecke der Steuerstatistik)
  - b) Liste der Wirtschaftszweige und alphabetisches Verzeichnis der Betriebsbenennungen (für die Berufszählung)
9. Verzeichnis der Wirtschaftszweige für die Arbeitsstatistik (mit 8b abgestimmt).

### Systematik der Wirtschaftszweige

Die Systematik der Wirtschaftszweige dient zur Einordnung aller wirtschaftlichen Institutionen nach der Art ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit. Sie hat das für diesen Zweck aufgestellte Systematische Verzeichnis der Arbeitsstätten, Ausgabe 1950, abgelöst und wird bei der Aufbereitung der Großzählungen 1960/62 und der übrigen Erhebungen vom 1. Januar 1962 an verwendet.

Aus der Absicht, die neue Systematik der Wirtschaftszweige möglichst vielseitig verwendbar zu machen, hat sich die Notwendigkeit ergeben, gegenüber dem Verzeichnis von 1950 noch einige weitere Gliederungsmerkmale einzuführen. Dazu gehört die Unterscheidung nach großen wirtschaftlichen Funktionen

(Produktion, letzter Verbrauch, Einkommensumverteilung usw.) und bei den produzierenden Institutionen die Tatsache, ob sie ihr Produktionsergebnis im allgemeinen gegen Entgelt verkaufen und dabei Überschüsse erzielen bzw. durch die Erlöse aus Umsätzen mindestens die Produktionskosten decken oder nicht<sup>2)</sup>.

Demzufolge ergab sich die Bildung folgender Sektoren:

- Unternehmen und Freie Berufe (Abteilung 0 bis 7),
- Organisationen ohne Erwerbscharakter und Private Haushalte (Abteilung 8),
- Gebietskörperschaften und Sozialversicherung (Abteilung 9).

Die Abteilungen 0 bis 7, d. h. die Abteilungen des Sektors »Unternehmen und Freie Berufe« dienen der Klassifizierung von Unternehmen (und der entsprechenden Institutionen der Freien Berufe) und/oder von deren örtlichen bzw. fachlich abgegrenzten Teilen.

Die Gliederung dieses Sektors nach Abteilungen unterscheidet nach Warenproduktion, Warenverteilung (Handel und Verkehr) sowie Dienstleistungen. Innerhalb der Warenproduktion sind in gewissem Umfange die Stufen des Produktionsablaufs berücksichtigt; unter den Dienstleistungen bilden Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe zusammen eine eigene Abteilung.

Gegenüber dem bisherigen Systematischen Verzeichnis der Arbeitsstätten wurde die neue Systematik der Wirtschaftszweige durch Einschieben der »Unterabteilungen« um eine Stufe erweitert. Dies war notwendig, da die Gliederung nach Abteilungen für viele Zwecke zu grob und die nach Gruppen für diese Stufe bereits zu detailliert war. Die nächsten Stufen der Systematik, die »Gruppen«, »Untergruppen« und »Klassen«, dienen der weiteren Verfeinerung. Sie wurden soweit wie möglich den Positionen in vorhandenen bzw. für künftige Zählungen geplanten Spezialsystematiken angepaßt. Hierbei stand der produktionswirtschaftliche Zusammenhang im Vordergrund, d. h., es wurden Institutionen zusammengefaßt, die in erster Linie nach dem Produktionsverfahren, aber auch nach dem Verwendungszweck oder dem Fertigungsstoff in der Regel ein verwandtes Produktionsprogramm, Warensortiment usw. aufweisen. Beim Aufbau der Systematik der Wirtschaftszweige ist ferner die verbandsmäßige Gliederung der Wirtschaft beachtet worden, soweit sie im Prinzip den berücksichtigten Gliederungsmerkmalen entspricht. Im großen und ganzen wurde dabei davon ausgegangen, daß der Zusammenschluß in den Verbänden auch einen produktionswirtschaftlichen Zusammenhang widerspiegelt, so daß auch die Verbandsorganisation weitgehend für die systematische Gliederung benutzt werden konnte. Nicht berücksichtigt wurden Einteilungen nach Rechtsformen, nach der Eintragung in bestimmte Register, die Eintragung in die Handwerksrolle, nach vertraglichen Bindungen, nach soziologischen Gesichtspunkten, z. B. beim Nachweis der Freien Berufe. Außerdem schieden Gesichtspunkte aus, die nur für einzelne Wirtschaftsbereiche gelten oder nur bei sehr detaillierter Befragung zu erfassen wären, darunter z. B. der bisherige Nachweis der Warenhäuser und die bisherige Unterscheidung des Großhandels nach Außenhandel und Binnengroßhandel. Die Berücksichtigung solcher oft ebenfalls sehr wichtigen Merkmale muß Ergänzungsschlüsseln vorbehalten bleiben.

Die Unterscheidung nach Unternehmen und Freien Berufen einerseits, Organisationen ohne Erwerbscharakter, Privaten Haushalten, Gebietskörperschaften und Sozialversicherung andererseits brachte die Notwendigkeit mit sich, die von den verschiedenen Sektoren betriebenen Anstalten und Einrichtungen ebenfalls hiernach zu unterscheiden. Zu diesem Zwecke wurde dem Verzeichnis ein Sonderschlüssel angefügt, der es ermöglicht, die in Betracht kommenden Anstalten und Einrichtungen so nachzuweisen, daß diese bedarfsweise entweder nach der Art ihrer Tätigkeit oder nach der Art ihrer Träger zusammengefaßt werden können.

<sup>1)</sup> Für einen Teil dieser Systematiken werden in einer besonderen Übersicht (Anhang S. 270) in Umrissen Aufbau und Gliederungstiefe wiedergegeben. Auszüge aus wichtigen Systematiken siehe S. 272 ff.

<sup>2)</sup> Vgl. hierzu Bartels, H., Spilker, H.: »Die Systematik der Wirtschaftszweige«. In: Wirtschaft und Statistik, 11. Jahrgang N. F., H. 2, Februar 1959, S. 58.



Kombinierte wirtschaftliche Institutionen, d. h. solche, deren wirtschaftliche Tätigkeit sich über mehrere Positionen der Systematik erstreckt, werden grundsätzlich der Position zugewiesen, der sie schwerpunktmäßig zugehören. Nur in wenigen Fällen sind Kombinationspositionen vorgesehen, und zwar dann, wenn verschiedene Tätigkeiten üblicherweise ohne ausgeprägten Schwerpunkt ausgeübt werden und damit eine Zuordnung nach einer dieser Tätigkeiten a priori unmöglich ist oder zumindest ziemlich sinnlos erscheint.

Die Systematik der Wirtschaftszweige ist für die Anwendung in der Arbeitsstättenzählung 1961 teilweise und für die Anwendung in der Berufszählung 1961 stark gekürzt worden. Auch für andere Statistiken, z. B. für Steuerstatistiken, liegen abgeleitete Fassungen vor bzw. werden sie vorbereitet. In allen Fällen aber, in denen die Systematik der Wirtschaftszweige in gekürzter Form angewandt wird, stellt die gleiche Nummerierung der einander entsprechenden Positionen die Verbindung zur Grundsystematik her.

Neben dieser allgemeinen Systematik werden Wirtschaftszweigsystematiken für spezielle Zwecke benutzt. Der Industriestatistik liegt das Systematische Verzeichnis zum monatlichen Industriebericht zugrunde, das in seiner Gliederung auf das Warenverzeichnis für die Industriestatistik abgestimmt ist, dessen Positionen aber auch mit entsprechenden Positionen der Systematik der Wirtschaftszweige vergleichbar sind. Es wird nicht nur in der laufenden Industrieberichterstattung, sondern auch bei anderen Erhebungen in der Industriestatistik verwendet. Die Handwerksbetriebe werden nach dem Verzeichnis der Handwerkszweige gegliedert, das speziellen Bedürfnissen des Handwerks entspricht und z. B. unberücksichtigt läßt, daß der wirtschaftliche Schwerpunkt eines Handwerksbetriebes unter Umständen außerhalb der Be- und Verarbeitung bzw. der Dienstleistung liegen kann. Es ist mit der Systematik der Wirtschaftszweige deshalb auch nur bedingt vergleichbar. Die landwirtschaftlichen Betriebe können zusätzlich nach Bodennutzungssystemen gegliedert werden, d. h. nach der Art, in der die verschiedenen Anbau- und Kulturarten in einzelnen Betrieben kombiniert sind.

Ein Vergleich mit der »Internationalen Systematik der Wirtschaftszweige (ISIC)« läßt sich auch für die jetzt vorliegende revidierte Fassung dieser Systematik global durchführen. Das gleiche gilt für die vorläufige Ausgabe des »Systematischen Verzeichnisses der Industrien in den Europäischen Gemeinschaften (NICE)«. Das ist von besonderer Bedeutung für die »Bereichsgliederung des Sozialprodukts«, die sowohl auf die Systematik der Wirtschaftszweige wie auf die internationalen Systematiken Bezug nimmt.

Das durch die Systematik der Wirtschaftszweige abgelöste Systematische Verzeichnis der Arbeitsstätten ist ebenfalls sehr vielseitig angewandt worden. Die neue Systematik der Wirtschaftszweige berücksichtigt aber noch weitere Gliederungsmerkmale. Dadurch und durch Änderungen im Handel (vor allem Zusammenfassung von Außenhandel und Binnengroßhandel) ist die — sonst im allgemeinen vorhandene — Vergleichsmöglichkeit mit der bisherigen Systematik eingeschränkt.

## B. Warensystematiken

Für die amtliche Statistik sind folgende wichtige Warensystematiken zu nennen:

1. Systematisches Warenverzeichnis für die Industriestatistik mit der abgeleiteten Fassung:  
Nomenklatur zum Produktions-Eilbericht
2. Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik
3. Deutscher Zolltarif
4. Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik
5. Allgemeine Erzeugnisgliederung der Land-, Forst- und Jagdwirtschaft, Fischerei
6. Systematisches Güterverzeichnis für den Privaten Verbrauch

7. Internationales Warenverzeichnis für den Außenhandel, revidierte Ausgabe (Standard International Trade Classification, revised edition — SITC rev., Classification Type pour le Commerce International — CTCI rev.) und hiermit übereinstimmend:
8. Internationales Warenverzeichnis für den Außenhandel in den Europäischen Gemeinschaften (Classification Statistique et Tarifaire pour le Commerce International — CST)
9. Brüsseler Zolltarifschema — BZT (Brussels Tariff Nomenclature — BTN, Nomenclature Douanière de Bruxelles — NDB)
10. Gemeinsamer Zolltarif der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
11. Einheitliches Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik der Europäischen Gemeinschaften (Nomenclature uniforme de Marchandises pour les Statistiques de Transport — NST)
12. Güterverzeichnis für die europäische Verkehrsstatistik (Classification de Marchandises pour les Statistiques de Transport en Europe — CSTE).

Wie die Aufzählung zeigt, gibt es kein allgemeines Warenverzeichnis, sondern nur solche für spezielle Zwecke. Unter ihnen sind das Warenverzeichnis für die Industriestatistik, das Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik und das Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik von besonderer Bedeutung.

### Warenverzeichnis für die Industriestatistik

Das z. Z. gültige Warenverzeichnis für die Industriestatistik ist im Jahre 1957 neu herausgegeben worden; die nächste Ausgabe ist für Januar 1963 vorgesehen. Die ständige Anpassung an die technische und wirtschaftliche Entwicklung führt zu — meist jährlich erscheinenden — Berichtigungen, die wiederum in mehrjährigen Abständen Neuausgaben notwendig machen.

Das Verzeichnis umfaßt die industriell gewonnenen und durch Be- oder Verarbeitung hergestellten Produkte sowie einige Dienstleistungen, z. B. Montagen und Reparaturen. Die oberste Gruppierung nach sog. »Warengruppen« folgt produktionswirtschaftlichen Zusammenhängen und ist daher eng mit der institutionellen Gliederung verbunden.

Diese Anlehnung an die institutionelle Gliederung hat Schwierigkeiten zur Folge, wenn eine Ware zu den Produkten verschiedener Wirtschaftszweige gehört, weil gleiche Waren nur an einer Stelle aufgeführt werden sollten. Solche Waren wurden nach Möglichkeit der Warengruppe zugeordnet, die der Industriegruppe entspricht, in der die jeweilige Ware überwiegend produziert wird. So sind z. B. Elektro-Vollherde, auch wenn sie Erzeugnisse des Eisen-, Blech- und Metallwarengewerbes sind, unter den elektrotechnischen Erzeugnissen nachgewiesen.

Für die feinere Gliederung nach Warenzweigen, -klassen und -arten stand zwar der produktionswirtschaftliche Zusammenhang im Vordergrund; sie konnte aber nicht nur nach diesem einzigen Gesichtspunkt durchgeführt werden. Hierbei ließ sich eine unterschiedliche Gliederungstiefe in den einzelnen Warengruppen nicht vermeiden.

### Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik

Das Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik lehnt sich in seiner Gliederung eng an den Deutschen Zolltarif an, aus dem Abschnitte, Kapitel und Tarifnummern als Rahmen vollständig übernommen sind, so daß es in dieser Form mit dem Brüsseler Zolltarifschema 1955 (BZT) übereinstimmt.

Diese enge Bindung an den Zolltarif erschwert die Vergleichbarkeit mit dem Warenverzeichnis für die Industriestatistik; an einer weiteren Angleichung der beiden Verzeichnisse wird jedoch ständig gearbeitet.

Die Warennummern als kleinste Bausteine des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik ermöglichen eine Zusammenfassung der Ergebnisse zu Warengruppen und -untergruppen der Ernährungswirtschaft und der Gewerblichen Wirtschaft. Innerhalb der Gewerblichen Wirtschaft werden nach dem

Verarbeitungsgrad Rohstoffe, Halbwaren sowie Fertigwaren-Vorerzeugnisse und -Enderzeugnisse unterschieden. Die Gliederung ist aber seit 1936 praktisch kaum geändert worden und entspricht deshalb nicht mehr voll den heutigen Anforderungen.

Eine Zusammenfassung der Ergebnisse der Außenhandelsstatistik zu den Positionen des Internationalen Warenverzeichnisses für den Außenhandel (CST bzw. rev. SITC) dient vorwiegend dem internationalen Vergleich und der Berichterstattung an die internationalen Organisationen.

Ergebnisse der Außenhandelsstatistik in der Gliederung nach Warengruppen und -zweigen des Warenverzeichnisses für die Industriestatistik ermöglichen einen bedingten Vergleich mit entsprechenden Ergebnissen der Produktionsstatistik.

#### Güterverzeichnis für die Verkehrsstistik

Das neue Güterverzeichnis für die Verkehrsstatik, das ab 1962 das bisherige Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistiken ablöst, ist so aufgebaut, daß es von allen Verkehrsträgern verwandt werden kann. Außerdem ist es mit dem Einheitlichen Güterverzeichnis für die Verkehrsstatik der Europäischen Gemeinschaften (NST) und damit auch mit dem Güterverzeichnis für die europäische Verkehrsstatik (CSTE) und den anderen, bereits genannten internationalen Warenverzeichnissen (SITC und CST), abgestimmt. Die Vergleichbarkeit mit dem früheren deutschen Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistiken ist eingeschränkt, dagegen ist das neue Güterverzeichnis mit dem Warenverzeichnis für den Außenhandel und auch mit dem Warenverzeichnis für die Industriestatistik vergleichbar. Diese vielseitige Verwendbarkeit und die Abstimmung auf bereits vorliegende internationale Systematiken erlaubten kaum die Berücksichtigung rein transporttechnischer Gesichtspunkte.

#### Systematisches Güterverzeichnis für den Privaten Verbrauch

Das Systematische Güterverzeichnis für den Privaten Verbrauch gliedert Waren und Dienstleistungen, soweit sie Käufe von Privaten Haushalten darstellen. Es sind zwei Gliederungsgesichtspunkte zugrunde gelegt, nach Verwendungszwecken und gruppenspezifischen Merkmalen einerseits, nach Dauerhaftigkeit und Wert andererseits. Die Gliederung nach dem Verwendungszweck war deshalb besonders problematisch, weil Käufe — also eine Vorstufe des tatsächlichen Verbrauchs — zu ordnen waren. Die Einteilung selbst lehnt sich an traditionelle Gruppierungen an. Dem zusammengefaßten allgemeinen Zweck »Haushaltsführung« folgen der nicht als »letzter« Verwendungszweck anzusehende Zweck »Verkehr und Nachrichtenübermittlung« sowie »Körper- und Gesundheitspflege«, »Bildung und Unterhaltung«; den Abschluß bilden »Persönliche Ausstattung, Sonstiges«. Aus der »Haushaltsführung« sind Waren, die einen eindeutigen Verwendungszweck erkennen lassen, wie »Nahrungs- und Genußmittel«, »Kleidung, Schuhe«, »Elektrizität, Gas, Brennstoffe u. ä.« sowie die Dienstleistung »Wohnungsmieten u. ä.« getrennt als Hauptgruppen herausgenommen worden. Diese sind dann weiter nach spezifischen Merkmalen untergliedert worden.

Außerdem sind die Waren und Dienstleistungen nach ihrer Dauerhaftigkeit und ihrem Wert geordnet, wobei unterschieden wird zwischen

Verbrauchsgütern und Reparaturen,

Gebrauchsgütern von mittlerer Lebensdauer und/oder begrenztem Wert,

langlebigen, hochwertigen Gebrauchsgütern und Dienstleistungen.

Diese Systematik läßt sich nur in groben Zügen mit dem für die Erhebungen von Wirtschaftsrechnungen verwendeten Systematischen Verzeichnis der Einnahmen und Ausgaben vergleichen, insbesondere, weil es genauer nach Verwendungszwecken und zusätzlich nach Dauerhaftigkeit und Wert gruppiert, aber auch, weil es nicht alle Ausgaben, sondern nur die Käufe der Privaten Haushalte berücksichtigt, und weil es gröber gliedert ist.

#### C. Personensystematiken

Für die Gruppierung von Personen nach wichtigen Merkmalen und Tatbeständen — vor allem in den Statistiken der Bevölkerung und des Erwerbslebens — sind folgende spezielle Systematiken für die amtliche Statistik von Bedeutung:

1. Systematisches Verzeichnis der Berufsbenennungen (enthalten in: Klassifizierung der Berufe, systematisches und alphabetisches Verzeichnis der Berufsbenennungen, Ausgabe 1961)
2. Systematik der Berufe (Berufszählung 1950)
3. Systematik der Berufe (Berufsverzeichnis für die Arbeitsstatistik, Ausgabe 1949)
4. Systematik der Krankheiten, Verletzungen und Todesursachen
5. Verzeichnis der Religionsbenennungen
6. Internationale Standardklassifikation der Berufe (International Standard Classification of Occupations — ISCO).

#### Systematisches Verzeichnis der Berufsbenennungen

Das in der Klassifizierung der Berufe, Ausgabe 1961, enthaltene Systematische Verzeichnis der Berufsbenennungen ersetzt als einheitliche Systematik die bisher getrennten Systematiken der Berufe für die Statistik und für die Arbeitsverwaltung. Ähnlich wie in diesen bisherigen Systematiken werden in der Berufsklassifizierung als »Beruf« die auf Erwerb gerichteten, charakteristische Kenntnisse und Fertigkeiten sowie Erfahrungen erfordernden und in einer typischen Kombination zusammenfließenden Arbeitsverrichtungen verstanden. Es ist zur Begriffsbestimmung nicht mehr erforderlich — wie noch bei den Systematiken der Berufe von 1949 und 1950 —, daß der Beruf die Lebensgrundlage für den Berufstätigen und seine nicht berufstätigen Angehörigen bildet.

Die erste Stufe der Gliederung umfaßt 8 Berufsabteilungen. Den Anfang bilden — entsprechend der großen Linie der Wirtschaftssystematiken — die Berufe des Pflanzenbaues und der Tierwirtschaft, denen die industriellen und handwerklichen sowie die technischen Berufe folgen. Diesen schließen sich die Handels- und Verkehrsberufe sowie die des Gaststättenwesens und der privaten Dienstleistungen an, denen die Berufe der Verwaltung, des Rechtswesens und der Sozialpflege sowie die Berufe des Gesundheitswesens, Geistes- und Kunstlebens nachgeordnet sind. Eine besondere Abteilung umfaßt die Arbeitskräfte mit unbestimmtem Beruf.

Die Berufsabteilungen werden zunächst in Berufsgruppen, diese wieder in Berufsordnungen und zuletzt in Berufsklassen untergliedert. In dieser feinsten Gliederung werden die nach Aufgabenstellung und Arbeitsverrichtung gleichartigen Berufe zusammengefaßt.

Begriffe der Ausbildungsstufe (z. B. Lehrling, Geselle, Meister), der Stellung im Beruf (z. B. Selbständiger, Angestellter, Arbeiter) oder der Stellung im Betrieb (z. B. Vorarbeiter, leitender Angestellter) werden nicht als Merkmal für die Berufsklassifizierung herangezogen.

Doppelberufe sind bei dem Beruf eingeordnet worden, der den Schwerpunkt dieser Kombination bildet.

Die deutsche Berufsklassifizierung ist auf die Internationale Standardklassifikation der Berufe (International Standard Classification of Occupation — ISCO) abgestimmt. Der Vergleich läßt sich weitgehend auf der Ebene der Berufsgattungen (Unit Groups der ISCO) — also auf deren letzter, für statistische Zwecke vorgesehenen Gliederungsstufe — durchführen.

#### Systematik der Krankheiten, Verletzungen und Todesursachen

Die Todesursachen werden nach der Systematik der Krankheiten, Verletzungen und Todesursachen klassifiziert. Das deutsche Verzeichnis, welches sich von der internationalen Systematik ableitet, ist in beschränktem Umfange auch geeignet für die Morbiditätsstatistik und findet in abgeänderter, aber statistisch vergleichbarer Fassung Anwendung in der Krankheitsartenstatistik der Sozialversicherung.

Die Systematik der Todesursachen wird entsprechend internationalen Vereinbarungen in allen Mitgliedsstaaten der Weltgesundheitsorganisation (WHO) benutzt und ist veröffentlicht im



Handbuch der internationalen statistischen Klassifikation der Krankheiten, Verletzungen und Todesursachen (Manual of the International Statistical Classification of Diseases, Injuries and Causes of Death). Eine Revision der Systematik wird in Abständen von etwa 10 Jahren vorgenommen; die nächste Überarbeitung erfolgt voraussichtlich im Jahre 1965. Das Einteilungsprinzip und Richtlinien für die Anwendung der Systematik ergeben sich aus der Einleitung zum Verzeichnis. Für die Zuordnung der Todesursache ist stets das Grundleiden maßgebend. Besteht zwischen zwei tödlichen Krankheiten kein Zusammenhang, wird das Leiden statistisch erfaßt, das zeitlich schneller zum Tode führt. Grundsätzlich wird derzeit nur eine Todesursache für jeden einzelnen Sterbefall statistisch erfaßt.

Von den bedeutenderen Systematiken in diesem Bereich sei noch auf das Verzeichnis der Religionsbenennungen hingewiesen, das bei den Volkszählungen zur Gruppierung der Bevölkerung nach der Zugehörigkeit zu Religionsgemeinschaften benutzt wird.

#### D. Regionalsystematiken

Zur Darstellung der Ergebnisse in regionaler Gliederung wird in der amtlichen Statistik eine Reihe von Verzeichnissen verwendet.

Eine besonders wichtige regionale Systematik ist mit den — auch gesondert veröffentlichten — statistischen Kennziffern der Gemeinden und Verwaltungsbezirke im Amtlichen Gemeindeverzeichnis für die Bundesrepublik Deutschland enthalten, dessen letzte Ausgabe (1957) den Stand von 1956 enthält und bereits das Saarland mit einbezieht. Es enthält alle Gemeinden des Bundesgebietes mit ihrer Bevölkerung und Fläche in der Zuordnung nach administrativen Einheiten. Dort werden die Gemeinden nicht nur nach den Bezirken der inneren Verwaltung, sondern auch nach der Einteilung der Arbeitsverwaltung, der Finanzverwaltung u. dgl. nachgewiesen. Eine neue Auflage wird z. Z. vorbereitet. Dieses Verzeichnis berücksichtigt außerdem auch die naturräumliche Gliederung der Bundesrepublik. Unterschieden werden 367 naturräumliche Haupteinheiten, die zu 68 Gruppen zusammengefaßt werden.

Als Beispiele für Verzeichnisse räumlicher Gliederungen außerhalb der Grenzen der Bundesrepublik Deutschland seien das Länderverzeichnis für die Außenhandelsstatistik sowie das nach Küstenstrecken, Verkehrsbezirken und Erdteilen gegliederte Verzeichnis der Häfen des Auslandes erwähnt.

#### E. Sonstige Systematiken

Von den wichtigeren Systematiken, die sich nicht eindeutig einem der bereits genannten Abschnitte zuordnen lassen oder einem ganz speziellen Zweck dienen, sind u. a. die in der Finanzstatistik verwendeten Systematiken zu nennen:

1. Finanzstatistischer Kennziffernplan
2. Richtlinien zur Statistik der Staatsfinanzen
3. Funktionenplan (Gliederung des Bundeshaushaltsplans nach Aufgabenbereichen) mit Haushaltsquerschnitt.

Der Finanzstatistische Kennziffernplan ordnet die Finanzvorfälle in einer bestimmten Folge und schafft ein einheitliches Schema für die Aufstellung der Haushaltspläne und -rechnungen der Gemeinden und Gemeindeverbände und damit zugleich für die Gemeindefinanzstatistik. Der Kennziffernplan liegt in einer gekürzten Fassung für Gemeinden mit weniger als 3000 Einwohnern, in einer erweiterten Form für die größeren Gemeinden und Gemeindeverbände vor. Er enthält Gliederungsziffern für die einzelnen Verwaltungszweige und Gruppierungsziffern für die Einnahme- und Ausgabearten.

Für die Finanzstatistik der staatlichen Gebietskörperschaften — Bund, Lastenausgleichsfonds, Länder und Stadtstaaten — erfüllen die Richtlinien zur Statistik der Staatsfinanzen die gleiche Funktion; sie sind — im Gegensatz zum kommunalen Bereich — für die Gestaltung der Haushaltspläne und -rechnungen nicht verbindlich. Beide Systematiken können in der Finanzstatistik zusammengefaßt werden.

Außerdem wird für die Erfassung und Veröffentlichung von Haushaltsansätzen der staatlichen und kommunalen Gebietskörperschaften ein — aus dem Funktionenplan des Bundeshaushaltsplanes entwickeltes — Gliederungsschema verwendet, bei dem die Folge der Aufgabengebiete gegenüber den genannten Systematiken variiert ist.

Außer den bereits genannten werden in der amtlichen Statistik noch andere Systematiken und Verzeichnisse verwandt. Sie dienen meist einem speziellen Erhebungszweck und unterteilen daher nur eng begrenzte Tatbestände. Als Beispiel hierfür seien das Verzeichnis der Höheren Schulen, Mittelschulen und Sonderschulen, das Schulträger und Schultyp angibt, und die in Vorbereitung befindliche Systematik der Bauwerke genannt.

Die Verwendung der gleichen Systematik für entsprechende Tatbestände in verschiedenen Erhebungen ist eine wesentliche Voraussetzung für die Vergleichbarkeit von einer Statistik zur anderen. Darüber hinaus muß aber auch dafür gesorgt werden, daß die gleiche statistische Einheit auch wirklich in allen Erhebungen der gleichen systematischen Position zugeordnet wird. Das ist leider nicht immer der Fall, weil der »Schwerpunkt« der wirtschaftlichen (oder der Berufs-) Tätigkeit einer Einheit nicht in allen Erhebungen mit gleicher Gründlichkeit festgestellt werden kann. Der wirtschaftliche Schwerpunkt eines Unternehmens zum Beispiel sollte bei der Tätigkeit liegen, aus der der größte Anteil an der gesamten Wertschöpfung des Unternehmens resultiert. Dieser Anteil kann in den meisten Fällen nur näherungsweise festgestellt werden. Die Hilfsmaßstäbe, die dabei herangezogen werden müssen, führen nicht immer zum gleichen Ergebnis. So wird man, wenn man von der Beschäftigtenzahl in den einzelnen Tätigkeiten ausgeht, leicht zu einem anderen »Schwerpunkt« kommen als dem, der sich ergibt, wenn als Grundlage Umsatzanteile (gegebenenfalls mit »Wertschöpfungsquoten« korrigiert) dienen. Da bei manchen Erhebungen nur das eine oder das andere Merkmal berücksichtigt wird, ist es also nicht verwunderlich, wenn die Zuordnung des einzelnen Unternehmens uneinheitlich wird.

### Anwendung von Stichprobenverfahren

#### Vorzüge und Grenzen des Stichprobenverfahrens

Das Stichprobenverfahren wird in ständig steigendem Maße und mit gutem Erfolg bei der Erhebung und Aufbereitung amtlicher Statistiken angewandt<sup>1)</sup>. Sein vielseitiger Einsatz beruht auf einer Reihe von Vorzügen: Während bei einer Totalstatistik alle Einheiten der zu untersuchenden Gesamtheit vollständig erfaßt und aufbereitet werden müssen, braucht bei einer entsprechenden Stichprobenstatistik nur ein repräsentativer Teil

der Gesamtheit bearbeitet zu werden. Die Beschränkung auf eine Teilmasse (Stichprobe), die ein verkleinertes, aber sonst wirklichkeitsgetreues Abbild der Gesamtheit darstellt, ermöglicht es, den Umfang der zu bearbeitenden Masse herabzusetzen. Das bedeutet: weniger Befragungen, geringere Kosten bei Erhebung und Aufbereitung sowie schnellere Fertigstellung der Ergebnisse. Das Stichprobenverfahren ermöglicht also eine erhebliche Rationalisierung der statistischen Arbeit. Außerdem kann bei einer Stichprobenstatistik mehr Sorgfalt auf jeden einzelnen Fall verwandt werden, als dies im allgemeinen bei einer Totalstatistik möglich ist. Infolgedessen können Fehler, die auf mangelhaften Angaben in den Erhebungsbogen beruhen oder durch die Auf-

<sup>1)</sup> Vgl. hierzu »Stichproben in der amtlichen Statistik«, Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart und Mainz, 1960, sowie Schäffer, K.-A.: Stand der Anwendung des Stichprobenverfahrens in der amtlichen Statistik. In: Wirtschaft und Statistik, 12. Jahrgang N. F., H. 11, November 1960, S. 635 ff.

bereitung hervorgerufen werden, bei Stichprobenstatistiken oft in engeren Grenzen gehalten werden als bei Totalstatistiken. Bei manchen Aufgabenstellungen ist es von vornherein notwendig, ein Stichprobenverfahren anzuwenden, weil eine vollständige Erfassung der statistischen Masse technisch ausgeschlossen ist, oder weil die Fragen aus sachlichen Gründen so schwierig sind, daß richtige Antworten nur durch den Einsatz besonders geschulter Zähler oder Interviewer gesichert werden können.

Selbstverständlich sind der Anwendung des Stichprobenverfahrens gewisse Grenzen gesetzt. Für viele statistische Aufgaben sind Totalstatistiken unentbehrlich. Das gilt für alle Vorhaben, bei denen eine sehr tiefe sachliche und regionale Gliederung der statistischen Masse erforderlich ist, z. B. bei Volkszählungen. Darüber hinaus werden Vollerhebungen in vielen Fällen als Auswahlgrundlage für das Ziehen der Stichproben sowie als Basis für die Durchführung einer gebundenen Hochrechnung gebraucht. Die Nachteile einer Stichprobenstatistik, die man in Kauf nehmen muß, um ihre Vorteile nutzen zu können, sind die sogenannten »Stichprobenfehler«. Die Ergebnisse von Stichprobenstatistiken stimmen fast nie genau mit den Ergebnissen einer entsprechenden idealen Totalstatistik überein, sondern weichen davon zufällig mehr oder weniger stark ab. Bei der praktischen Verwendung von Stichprobenergebnissen muß deshalb stets ihr »Fehlerbereich« berücksichtigt werden.

Die Breite des Fehlerbereiches läßt sich bei Stichproben, die nach dem Zufallsprinzip gezogen worden sind, mathematisch berechnen. Aus diesem Grunde wird in der amtlichen Statistik grundsätzlich das Verfahren der Zufallsauswahl oder ein gleichwertiges Ersatzverfahren<sup>2)</sup> angewandt. Im folgenden werden nur die auf solchen Auswahlverfahren aufgebauten Stichprobenstatistiken behandelt.

### Einsatzstellen des Stichprobenverfahrens

Nach den bisherigen Erfahrungen und der Planung für die nächsten Jahre steht das Stichprobenverfahren bei folgenden Aufgaben im Vordergrund:

#### 1. Einsatz des Stichprobenverfahrens bei der Erhebung

##### a) Beschränkung der Erhebung aus sachlichen Gründen

Von den bisher durchgeführten Stichprobenerhebungen sind als Beispiele die Besondere Erntermittlung, der Mikrozensus und die (1 vH) Erhebungen der Wohnungstatistik zu nennen. Bei der Erntermittlung ist eine vollständige Erfassung von vornherein ausgeschlossen. Die beiden übrigen Statistiken enthalten komplizierte Fragestellungen, die den Einsatz von Interviewern erfordern.

##### b) Beschränkung der Erhebung aus technischen und methodischen Gründen

##### 1. Zwischenschaltung von Stichprobenstatistiken zwischen Totalerhebungen

Hier werden die Statistiken in größeren Zeitabständen weiterhin als Totalstatistiken durchgeführt, damit regional und sachlich tief gegliederte Ergebnisse verfügbar sind. Die zwischen diesen Totalerhebungen liegenden Stichprobenstatistiken beschränken sich auf ein reduziertes Tabellenprogramm, liefern aber Ergebnisse nach dem letzten Stand schneller und mit geringerem Aufwand. Als Beispiele seien die Bodennutzungserhebung und die Handwerksberichterstattung genannt.

##### 2. Aufstocken von Stichprobenstatistiken auf Totalstatistiken

Die Entwicklung geht dahin, bei Großzählungen von vornherein die Erhebungsmerkmale, von denen die Haupterhebungen entlastet werden können, abzutrennen und sie mit Stichprobenerhebungen zu erfassen. Dieses Verfahren eines »mehrgeschossigen« Erhebungsaufbaus ist z. B. bei der Handels- und Gaststättenzählung 1960 angewandt worden.

#### 3. Umstellung von Teilerhebungen auf Stichprobenerhebungen für den Gesamtbereich

Im Gegensatz zu Stichprobenerhebungen sind die Ergebnisse von Teilerhebungen, bei denen nur bestimmte Gruppen der zu untersuchenden Gesamtheit in die Statistik einbezogen werden, in ihrer Verallgemeinerungsfähigkeit stark beschränkt. Es wird deswegen angestrebt, solche Teilerhebungen auf Stichprobenerhebungen umzustellen, die Aussagen für die ganze statistische Masse zulassen. Ein Beispiel sind die Wirtschaftsrechnungen, die bisher nur bei bestimmten Kategorien von Arbeitnehmerhaushalten laufend durchgeführt werden konnten, nunmehr aber als Einkommens- und Verbrauchsstichprobe auf die Gesamtbevölkerung ausgedehnt werden sollen.

#### 2. Einsatz des Stichprobenverfahrens bei der Aufbereitung

##### a) Vorwegaufbereitung auf Stichprobenbasis

Die wichtigsten Ergebnisse einer Totalstatistik können vorweg erstellt werden, indem zunächst eine aus dem Material dieser Statistik gezogene Stichprobe aufbereitet wird. Als Beispiel seien die repräsentativen Vorwegaufbereitungen der Volkszählungen 1946 und 1950 genannt.

##### b) Repräsentative Aufbereitung einiger Tabellengruppen von Totalerhebungen

Bei Großzählungen können meist bestimmte Teile des Tabellenprogramms auf Grund einer Stichprobe aus dem vorhandenen Gesamtmaterial erstellt werden. So beruhte z. B. die Haushaltungstatistik bei der Volkszählung 1950 auf einer Stichprobe. Bei der Volkszählung 1961 sollen die Tabellen zur Haushalts- und Familienstatistik sowie über den Weg zur Arbeitsstätte durch eine Stichprobenaufbereitung aufgestellt werden.

##### c) Repräsentative Aufbereitung von sekundärstatistischem Material

Bei sehr umfangreichem sekundärstatistischem Material kann durch Einsatz des Stichprobenverfahrens vielfach eine erhebliche Senkung der Kosten und Beschleunigung der Aufbereitung erreicht werden; das gilt z. B. für die Statistik des Fernverkehrs mit Kraftfahrzeugen. Darüber hinaus ist das Stichprobenverfahren auch dann zweckmäßig, wenn die Ergebnisse der Statistik infolge der Unvollständigkeit des Materials ohnehin erhebliche systematische Fehler enthalten. Ein Beispiel sind die Lohnsteuerstatistiken.

#### 3. Einsatz des Stichprobenverfahrens zur Nachprüfung

##### a) Kontrolle der Erhebung auf Stichprobenbasis

Die Landwirtschaftsstatistik hat mit der repräsentativen Nachprüfung von Totalstatistiken begonnen, und zwar bei den Bodennutzungserhebungen und den Viehzählungen. Die Ergebnisse der Nachprüfung werden im ersten Beispiel operativ zur Ausschaltung von Fehlern angewandt; im zweiten Beispiel dienen sie deskriptiv zur Bewertung der Viehzählungsergebnisse.

##### b) Kontrolle der Aufbereitung auf Stichprobenbasis

Das Sortieren und Signieren statistischer Unterlagen sowie das Übernehmen der Angaben auf Lochkarten können bei umfangreichen Statistiken — ähnlich wie eine industrielle Massenfertigung — mit Hilfe des Stichprobenverfahrens auf Güte geprüft werden. Das Verfahren der statistischen Qualitätskontrolle wurde erstmals bei den manuellen Sortierarbeiten zur Lohnsteuerstatistik 1955 erprobt. Ein Prüfverfahren für das Ablocken von Belegen wird seit einiger Zeit mit Erfolg angewandt.

Einen allgemeinen Überblick über die wichtigsten Stichprobenstatistiken der letzten Jahre sowie über die für die nächste Zeit

<sup>2)</sup> Die praktisch wichtigste Technik ist die sogenannte »systematische Auswahl«, bei der aus einer geordneten Gesamtheit Einheiten in regelmäßigen Abständen gezogen werden; die erste Einheit muß nach dem Zufallsprinzip bestimmt werden.

geplanten Stichprobenstatistiken gibt die synoptische Übersicht auf S. 286 ff. Eine ausführliche Darstellung von 38 wichtigen Stichprobenstatistiken enthält der umfangreiche Band über »Stichproben in der amtlichen Statistik«. Im ersten Teil dieser Veröffentlichung werden nach einer allgemeinverständlichen Einführung in das Stichprobenverfahren eingehend die methodischen Einzelheiten dargestellt und die praktischen Erfahrungen behandelt, die bei der Planung und Durchführung von Stichprobenstatistiken gesammelt worden sind.

### Aufbau eines Stichprobenplans

Eine Stichprobenstatistik erfordert stets eine sehr gründliche Planung. Dabei müssen jeweils die einzelnen Schritte von der Auswahl der Stichprobenfälle bis zur Errechnung der Ergebnisse aufeinander abgestimmt und mit dem Ziel der Statistik in Einklang gebracht werden. Für die gesamte Planung gilt der Grundsatz, daß unter den gegebenen Voraussetzungen die Ergebnisse der Stichprobenstatistik möglichst rationell und möglichst genau erstellt werden sollen.

Der Stichprobenplan für eine Statistik hängt vor allem von folgenden Einflußgrößen ab:

1. vom Tabellenprogramm der Statistik;
2. von der Eigenart der Fragestellung und von der Erhebungstechnik;
3. von den verfügbaren Unterlagen für die Planung und die Auswahl;
4. von der Variabilität der zu erfassenden Merkmale;
5. vom Stichprobenumfang bzw. Auswahlssatz;
6. von den Genauigkeitsforderungen oder -vorstellungen;
7. von den zumutbaren Kosten der Statistik;
8. von der verfügbaren Zeit.

Diese Einflußgrößen sind zwar grundsätzlich als Plandaten vorgegeben. Sie können jedoch zum Teil durch stichprobenmethodische Erfordernisse modifiziert werden. Vor allem ist zu beachten, daß sich diese Größen bis zu einem gewissen Grade auch gegenseitig beeinflussen und deshalb nicht isoliert betrachtet werden dürfen.

Ein Stichprobenplan besteht aus folgenden drei Hauptteilen:

1. Auswahlverfahren;
2. Verfahren zur Hochrechnung oder Umrechnung der Stichprobenwerte;
3. Verfahren zur Beurteilung der Genauigkeit der Ergebnisse.

Bei der Auswahl der Stichprobe soll ein Miniaturbild der Gesamtheit entstehen. Diese Aufgabe kann auf sehr unterschiedliche Weise gelöst werden. Von besonderer Bedeutung für den Stichprobenplan ist die Festlegung der »Auswahleinheiten«, d. h. der Einheiten, die einem Auswahlvorgang zugrunde liegen. Im Gegensatz zu den Erhebungseinheiten, die sich nach Gesichtspunkten der Erhebungsorganisation ergeben, und den Aufbereitungseinheiten, die durch das Tabellenprogramm bestimmt werden, können die Auswahleinheiten nach methodischen Gesichtspunkten festgelegt werden. Bei »mehrstufigen Auswahlverfahren« werden mehrere Arten von Auswahleinheiten festgelegt; beim Mikrozensus waren z. B. vor der Oktobererhebung 1962 Gemeinden und Wohnungen die Auswahleinheiten, dagegen Haushalte die Erhebungs- und Personen die Aufbereitungseinheiten. Vielfach sind Erhebungseinheiten gleichzeitig auch Auswahleinheiten. Oft werden die Auswahleinheiten so bestimmt, daß sie mehrere Aufbereitungseinheiten einschließen. Eine solche »Klumpenauswahl« liegt z. B. beim Mikrozensus vor, bei dem in ausgewählten Wohnungen alle Personen zu erfassen waren. Der entgegengesetzte Fall wird nur ausnahmsweise angewandt.

Durch eine »Schichtung« oder »Anordnung« der Einheiten vor der Auswahl ist es möglich, die Genauigkeit der Ergebnisse zu verbessern, ohne das Zufallsprinzip zu verletzen. Bei einer Schichtung wird die Gesamtheit in Teile zerlegt und aus jeder so gebildeten »Schicht« gesondert eine Stichprobe gezogen; die Auswahlssätze können dabei von Schicht zu Schicht verschieden

sein. Häufig kann die Genauigkeit auch durch eine günstige Anordnung der Auswahleinheiten in Verbindung mit dem systematischen Auswahlverfahren erheblich gesteigert werden. Großen praktischen Wert hat auch die Kombination von Schichtung und Anordnung; sie wurde bei der Planung des Mikrozensus entwickelt und ist seitdem für viele andere Stichprobenstatistiken nutzbar gemacht worden<sup>3)</sup>.

Die Genauigkeit der Stichprobenergebnisse und die Kosten der Statistik werden wesentlich durch den »Stichprobenumfang« bestimmt, d. h. durch die Anzahl der in die Stichprobe einbezogenen Einheiten: Kleinere Stichproben liefern bei sonst gleichem Stichprobenplan weniger genaue Ergebnisse als größere Stichproben. Für die Genauigkeit ist der Umfang der Stichprobe im allgemeinen von größerer Bedeutung<sup>4)</sup> als der »Auswahlssatz«, d. h. der Anteil der erfaßten Auswahleinheiten.

Das bei der Auswahl verkleinerte Bild der untersuchten Gesamtheit muß im allgemeinen bei der Aufbereitung wieder auf die ursprüngliche Größe gebracht werden. Dieser Vorgang wird Hochrechnung der Stichprobenwerte genannt. Bei der »freien Hochrechnung« werden die Stichprobenwerte mit dem reziproken Wert des Auswahlssatzes bzw. des Auswahlssatzes der betreffenden Schicht multipliziert. Unter gewissen Voraussetzungen kann die Genauigkeit der Stichprobenergebnisse mit Hilfe der »gebundenen Hochrechnung« ganz beträchtlich gesteigert werden. Bei diesen Verfahren (Verhältnis-, Differenzen-, Regressions-Schätzung) werden — im Gegensatz zur freien Hochrechnung — zusätzliche Informationen über die Grundgesamtheit zur Verbesserung der Genauigkeit ausgenutzt. Bei Strukturerhebungen tritt an die Stelle der Hochrechnung meist eine Umrechnung der Stichprobenwerte zu Anteilswerten und Verhältniszahlen.

Eine wichtige Komponente des Stichprobenplans ist das Verfahren zur Beurteilung der Genauigkeit der Ergebnisse. Bei jeder Statistik — also auch bei einer Totalstatistik — unterscheiden sich die Ergebnisse von den »wahren Werten« um gewisse Fehler. Bei Stichprobenstatistiken werden zwei Arten von Fehlern unterschieden: »Zufallsfehler« sind Abweichungen, die darauf zurückzuführen sind, daß nicht alle Einheiten der Gesamtheit, sondern nur die nach dem Zufallsprinzip ausgewählten Einheiten für die Statistik herangezogen werden. »Systematische Fehler« heißen alle Abweichungen, die nicht auf die Auswahl, sondern auf andere Einflüsse zurückzuführen sind, z. B. auf eine unzutreffende Abgrenzung der Grundgesamtheit, unklare Fragestellung, falsche Angaben der Befragten, Antwortverweigerungen, Prestige Gesichtspunkte, Fehler bei der Aufbereitung usw. Während für die Abschätzung von systematischen Fehlern zusätzliche Unterlagen notwendig sind (zur Nachprüfung der systematischen Fehler bei der totalen Viehzählung werden z. B. besondere Kontrollerhebungen durchgeführt), können die Zufallsfehler mit Hilfe einer »Fehlerrechnung« der Größenordnung nach abgeschätzt werden, ohne daß zusätzliches Material benötigt wird.

Die Bedeutung der Fehlerrechnung liegt nicht allein darin, daß sie einen objektiven Maßstab zur Beurteilung der Ergebnisse liefert; sie ermöglicht darüber hinaus auch Verbesserungen des Stichprobenplans und läßt erkennen, in welchen Fällen das Stichprobenverfahren nicht mehr rationell ist. So hat z. B. die Fehlerrechnung zur repräsentativen Baumschulerhebung 1959 gezeigt, daß bei dieser Statistik das Stichprobenverfahren keine Vorteile bringt, weil die Masse der Baumschulbetriebe verhältnismäßig klein und sehr inhomogen ist.

### Künftige Weiterentwicklung des Stichprobenverfahrens

Die im letzten Jahrzehnt gesammelten vielfältigen Erfahrungen aus der Stichprobenpraxis werden zur weiteren Verbesserung der Planung genutzt. Für die Weiterentwicklung des Stichprobenverfahrens dürften vor allem drei Grundsätze<sup>5)</sup> besondere Bedeutung erlangen: das planmäßige Auswechseln von Stichprobeneinheiten, die Quantifizierung der systematischen Fehler sowie

<sup>3)</sup> Vgl. die synoptische Übersicht auf S. 286 ff. — <sup>4)</sup> Vgl. Szameitat, K., Koller, S.: »Über die Genauigkeit und den Umfang von Stichproben«. In: Wirtschaft und Statistik, 10. Jahrgang N. F., H. 1, Januar 1958, S. 10 ff. — <sup>5)</sup> Vgl. auch Schäffer, K.-A.: Stand der Anwendung des Stichprobenverfahrens in der amtlichen Statistik. In: Wirtschaft und Statistik, 12. Jahrgang N. F., H. 11, November 1960, S. 635 ff.

die Verbesserung der Planung und Aufbereitung von Stichprobenstatistiken mit Hilfe elektronischer Rechenanlagen.

Bei laufenden Stichprobenerhebungen muß ein planmäßiges Auswechseln von Stichprobeneinheiten («Rotation der Stichprobe») angestrebt werden. Das dauernde Einbeziehen der gleichen Auskunftspflichtigen ist rechtlich als ungleiche Behandlung anzusehen, falls für das Beibehalten kein sachlicher Grund vorliegt. Die Art und das Ausmaß des Auswechselns hängt von erhebungs- und aufbereitungstechnischen Gesichtspunkten sowie von stichprobenmethodischen Überlegungen ab. In der Regel müssen die Einheiten mit den größten Merkmalswerten ständig erfaßt werden, weil sonst die Zuverlässigkeit der Ergebnisse auf das stärkste gefährdet wird. Diese Gruppe soll jedoch so klein wie irgend möglich gehalten werden. Bei allen übrigen Gruppen müssen bereits bei der Planung die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß die Befragten nach einem angemessenen Zeitraum ausgewechselt werden können. In der Regel ist es zweckmäßig, jeweils nur einen Teil der Stichprobe gegen neue Einheiten auszutauschen. Ein solches Verfahren der »partiellen Rotation« wird z. B. beim Mikrozensus seit 1960 praktisch angewandt.

Eine wesentliche Verbesserung der Aussagekraft statistischer Ergebnisse läßt sich durch eine Quantifizierung der syste-

matischen Fehler erreichen, soweit sie nicht durch geeignete Maßnahmen vermieden bzw. durch operative Kontrollen ausgeschaltet werden können. So ist es z. B. bei Lohnsteuerstatistiken nicht möglich, alle zu Recht ausgegebenen Lohnsteuerkarten zu berücksichtigen, weil nur ein Teil dieser Gesamtheit in die statistischen Ämter gelangt. Die durch die Unvollständigkeit des Materials bedingten systematischen Fehler sind bislang in Größe und Richtung unbekannt. Für die künftigen Lohnsteuerstatistiken ist deshalb eine repräsentative Rücklaufkontrolle vorgesehen, die Unterlagen zur Abschätzung der systematischen Fehler liefern soll.

Durch den Einsatz elektronischer Rechenanlagen kann die Planung von Stichprobenstatistiken sowohl verbessert als auch beschleunigt werden. Dieses Hilfsmittel läßt es u. a. zu, mehrere Stichprobenpläne parallel zueinander durchzurechnen und so den günstigsten Plan zu bestimmen. Ferner wird es mit Hilfe einer Rechenanlage möglich sein, besonders leistungsfähige Stichprobentechniken anzuwenden, die bislang wegen ihres Rechenaufwandes nicht genutzt werden konnten. Schließlich lassen sich auch die zur Beurteilung von Stichprobenergebnissen benötigten Fehlerrechnungen schneller und in größerem Umfang als bisher verwirklichen.

### Anwendung maschineller Verfahren

Die technische Entwicklung hat in den letzten Jahren für die statistischen Aufbereitungsarbeiten eine Reihe neuer Möglichkeiten geschaffen. Die bisher eingesetzten Hilfsmittel sind jedoch dadurch nicht überflüssig geworden. Umfangreiche Erfahrungen ermöglichen es, die für jede Aufgabe optimale Lösung zu finden, wobei sich auch bei einigen Arbeiten die kombinierte Anwendung verschiedener Verfahren als zweckmäßige Lösung ergeben hat. Die Entscheidung ist selbstverständlich auch abhängig von der zur Verfügung stehenden Maschinenkapazität und von der Arbeitsmarktlage.

Bei einfachen und wenig umfangreichen Aufbereitungen wird das manuelle Verfahren nach wie vor angewendet. Hierfür stehen als Hilfsmittel zunächst die einfachen Additionsmaschinen zur Verfügung. Bei den Vierspezies-Rechenmaschinen gibt es neuerdings Geräte, in denen der Rechenprozeß mit elektronischen Einheiten durchgeführt wird. Diese Maschinen ermöglichen es, bei statistischen Auswertungen geringeren Umfangs Verhältniszahlen ohne Einsatz maschineller Aufbereitungsverfahren (z. B. Lochkarten-Verfahren) zu errechnen.



Lochsaal des Statistischen Bundesamtes

Die für viele statistische Arbeiten eingesetzten Buchungsa-  
utomaten mit einer Vielzahl von Speicherwerken haben sich  
bei einer beträchtlichen Zahl von Aufbereitungsarbeiten, bei  
denen die Verwendung der Lochkarte zu teuer wäre, sehr be-  
währt. Allerdings sind die Buchungsa-utomaten etwas störungs-  
anfällig; auch kann ihre Arbeitsgeschwindigkeit nicht über eine  
bestimmte Grenze hinaus gesteigert werden. In den letzten  
Jahren sind Buchungsmaschinen mit elektronischem Rechenwerk  
und umfangreichen internen Speichern entwickelt worden. Ein-  
gebaute Leitwerke ermöglichen den Ablauf komplexer Arbeits-  
vorgänge mit automatischer Steuerung. Diese Geräte, die im  
Laufe der nächsten Zeit auf den Markt kommen werden, sind  
mit Zählwerken, die auch im negativen Bereich arbeiten, zum  
Teil mit einer Vierspezies-Recheneinheit ausgerüstet, so daß bei  
vielen Tabellen in einem Arbeitsgang Verhältnis- und Maßzahlen  
zugleich mit den absoluten Werten erstellt werden können. Für  
die Fehlerrechnungen bei Stichprobenerhebungen wäre z. B. bei  
Einsatz derartiger Maschinen eine Zusammenfassung der ver-  
schiedenen Rechenoperationen in einem Maschinengang möglich.

Für die eigentlichen Massenarbeiten hat das Lochkarten-  
verfahren immer noch besondere Bedeutung. Es ist immer  
dann wirtschaftlich, wenn aus dem gleichen Urmaterial eine  
Vielzahl von Tabellen mit unterschiedlicher Gliederung und  
mehrfachen Merkmalskombinationen zu erstellen ist. Außerdem  
ermöglicht die Lochkarte eine wiederholte oder neue Aufbereitung  
der Daten bei verhältnismäßig niedrigen Kosten. Auch für Stich-  
probenerhebungen, die sich an eine Totalerhebung anschließen,  
ist die Verwendung der Lochkarte sehr zweckmäßig, um die  
Besetzung der einzelnen Schichten festzustellen und das Ziehen  
der Stichprobe auf Grund bestimmter Zufallszahlen durchzu-  
führen.

Von besonderem Interesse war die Entwicklung der Maschinen-  
technik in den letzten Jahren. Bei den Loch- und Prüf-  
maschinen ermöglichen Zusatzfunktionen die automatische  
Übernahme von gleichbleibenden Ordnungsmerkmalen in die  
jeweils folgende Karte. Dadurch sind die bisherigen Verfahren  
des nachträglichen Stanzens von Merkmalen, die in einer größeren  
Zahl von Karten gleichbleiben, und die Lochung von »master-  
cards« mit Abfühlen gleichbleibender Merkmale in einer beson-  
deren Abfühleinheit bei Motorwiederholungslochern wesentlich  
verbessert worden.

Der erhebliche Anteil der Kosten für die Löchung und Prüfung  
von Lochkarten an den Gesamtkosten der maschinellen Arbeiten  
sowie der mit dem Lochen verbundene Zeitaufwand haben einige  
Firmen veranlaßt, Magnetschrift-Lesegeräte zu ent-  
wickeln, die eine vollmaschinelle Bearbeitung der Urbelege  
ermöglichen. In vorgeschriebene Formularfelder werden Magnets-  
schrift-Zahlen mit besonderen Schreibtypen und entsprechend  
präparierten Farbbändern eingetragen. Das gesamte Schreibfeld  
kann im Lesegerät aufgenommen und in eine Rechenanlage zur  
weiteren Bearbeitung übertragen werden. Gleichzeitig können die  
Belege nach einer Stelle des Schreibfeldes sortiert werden.

Es gibt außerdem noch Klarschrift-Lesegeräte, die  
optische Leseeinheiten haben. Das amerikanische Bureau of the  
Census hat ein spezielles automatisches Lesegerät (FOSDIC)  
entwickelt, das bei der amerikanischen Volkszählung vom 1. April  
1960 mit außerordentlichem Erfolg verwendet worden ist. So  
war es möglich, die ersten Ergebnisse dieser Totalzählung bereits  
12 Monate nach dem Stichtag vorzulegen. Es ist anzunehmen,  
daß in einigen Jahren auch in der deutschen amtlichen Statistik  
automatische Lesegeräte eingesetzt werden können.

Die Sortiermaschinen sind in ihrer Leistungsfähigkeit  
durch eine neue Form der Ablage für die einzelnen Sortierfächer  
von bisher 24 000 bis 60 000 auf nunmehr 120 000 Lochkarten-  
durchläufe in der Stunde gesteigert worden. Es hat sich gezeigt,  
daß auch bei Einsatz elektronischer Geräte die Sortiermaschine  
in vielen Fällen für die Ordnung der Lochkarten zweckmäßig ist.

Die Tabelliermaschinen sind in letzter Zeit nicht wesent-  
lich verbessert worden, da hier bereits ein gewisser Höchststand  
erreicht war, und außerdem der Einsatz von elektronischen Ge-  
räten einen gewissen Abschluß in der Entwicklung gebracht hat.

Die neuen elektronischen Anlagen, die zum Teil bereits  
im Laufe des Jahres 1961 in Statistischen Ämtern für praktische

Arbeiten eingesetzt wurden, haben eine wesentliche Änderung  
des gesamten Aufbereitungsverfahrens ergeben. Bisher wurde  
eine Aufgliederung des gesamten, teilweise sehr komplexen  
Arbeitsablaufs in einzelne Arbeitsschritte vorgenommen. Die  
Durchführung jedes Schrittes erfolgte auf Spezialmaschinen, wie  
Kartenmischer, Kartendoppler, Rechenstanzer u. a. m. Die moder-  
nen elektronischen Geräte ermöglichen eine Zusammenfassung  
verschiedener Arbeitsschritte zu einem geschlossenen Arbeits-  
ablauf. Abweichend von der bisherigen Aufspaltung in Spezial-  
geräte steht nun wieder eine »Allzweckmaschine« zur Verfügung,  
die entweder für komplexe Arbeitsgänge oder auch für differen-  
zierte Arbeitsschritte verwendet werden kann.

Im Statistischen Bundesamt sind im Laufe des Jahres 1961  
zwei kleine Elektronenanlagen für praktische Arbeiten eingesetzt  
worden. Abgesehen von Massenarbeiten haben sie sich insbeson-  
dere bei den komplizierten Indexberechnungen gut bewährt. Auch  
bei einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Eingabedaten sind  
diese Geräte noch durchaus wirtschaftlich, da eine Vielzahl  
differenzierter Rechenprozesse in einer bestimmten Folge durch-  
geführt werden kann.

Als Eingabemedien wurden in der ersten Zeit ausschließlich  
Lochkarten verwendet. Da die Umstellung des Arbeitsprogramms  
auf eine Großrechenanlage erst im Laufe des Sommers 1962  
erfolgt ist, wurde bei einem Teil der Massenarbeiten als Zwischen-  
lösung eine vereinfachte Aufbereitung unter Benutzung hierfür  
entwickelter Standardprogramme gewählt, um Arbeitsengpässe  
zu überwinden.

Mitte Juli 1962 ist im Statistischen Bundesamt eine Groß-  
rechenanlage installiert worden, die einen erheblichen Teil  
der bisherigen Lochkarten-Großmaschinen ersetzt<sup>1)</sup>. Es handelt  
sich um ein modernes Gerät mit einem großen Kernspeicher  
(100 000 Ziffern oder 50 000 Alphazeichen); die Arbeitsgeschwin-  
digkeit dieser Maschine ist sehr hoch. Als Beispiel sei erwähnt,  
daß für etwa 14 000 Additionen zehnstelliger Zahlen etwa eine  
Sekunde benötigt wird. Die Anlage ist mit 11 Magnetbandein-  
heiten ausgerüstet, die wahlweise als Ein- bzw. Ausgabegeräte  
dienen und mit einer Geschwindigkeit von 42 300 Zeichen je  
Sekunde lesen bzw. schreiben können. Da die Rechengeschwin-  
digkeit sehr hoch ist, läßt die Anlage Simultanarbeit zu, d. h.:  
es kann gelesen und/oder geschrieben werden, während gleich-  
zeitig gerechnet wird. Die Anlage ist so schnell, daß selbst Hoch-  
geschwindigkeitsdrucker für einen direkten Anschluß zu langsam  
wären. Sie erhält ihre Daten nur über Magnetband und gibt ihre  
Ergebnisse wieder auf Magnetband aus. Daher ist es erforderlich,  
neben der Großrechenanlage noch zwei Kleinanlagen zu verwen-  
den, die die Karte-Band-Operation und das Ausdrucken der  
Ergebnisse bzw. das gelegentliche Stanzen von Karten über-  
nehmen. Alle Arbeiten auf der Großrechenanlage setzen also ein  
Zusammenspiel mit diesen beiden Kleinanlagen voraus, die eben-  
falls Elektronenrechner sind. Diese verfügen über einen schnellen  
Kartenabfühler (48 000 Karten je Stunde), einen Schnelldrucker  
mit einer Leistung von 36 000 Zeilen je Stunde (Schreibwerks-  
breite 132 Zeichen je Zeile). Außerdem können 15 000 Karten  
in der Stunde gestanzt werden.

Die Speicherkapazität beträgt 4000 Zeichen. An jede Anlage  
ist eine Magnetbandeinheit angeschlossen. Charakteristisch für  
die Großrechenanlage ist nicht nur die hohe Geschwindigkeit,  
welche die der Lochkartenmaschinen um ein Vielfaches über-  
trifft, sondern auch die fast vollständige Sicherheit der Arbeit  
durch ein System automatischer interner Kontrollen. Technisch  
bedingte Fehler werden von der Maschine sofort angezeigt.

Die Anlage arbeitet nach dem eingegebenen Programm voll-  
automatisch. Die Sicherheit und Zuverlässigkeit der Rechen-  
arbeiten ist von besonderer Bedeutung, da hier ein maschineller  
Ablauf für einen größeren Arbeitsbereich in einem Zuge ohne  
manuelle Eingriffe erfolgt. Damit werden sonst unvermeidliche  
menschliche Fehlleistungen ausgeschlossen.

Der große Speicher, die hohe Rechengeschwindigkeit, die Viel-  
zahl der Ein- und Ausgabemöglichkeiten und die Tatsache der  
Programmsteuerung ergeben für den Einsatz eine außerordent-

<sup>1)</sup> Vgl. hierzu Szameitat, Klaus/Zindler, H. J.: Zum Beginn des Einsatzes  
einer Großrechenanlage im Statistischen Bundesamt. In: Wirtschaft und  
Statistik, H. 7, Juli 1962, S. 377 ff.



Elektronische Kleinanlage im Statistischen Bundesamt

liche Flexibilität. Es ist daher möglich und in aller Regel auch sinnvoll, Arbeitsabläufe, die bisher auf mehreren verschiedenen Lochkartenmaschinen nacheinander ablaufen mußten, in einem Arbeitsgang zusammenzufassen.

Naturgemäß werden die umfangreichsten und kompliziertesten Aufbereitungsarbeiten auf die Großrechenanlage verlagert. So wird die Außenhandelsstatistik als die größte Amtsarbeit mit ihrer Hilfe aufbereitet, ebenso die Luftfahrt- und Luftfrachtstatistik, der Mikrozensus, die Binnenschiffahrtsstatistik, die Statistik der Güterbewegung auf Eisenbahnen, die Familien- und Haushaltsstatistik zur Volkszählung 1961 u. a. m. Bei diesen Arbeiten werden nicht nur die bisher gelieferten Tabellen schneller angefertigt, sondern es werden gleichzeitig auch zusätzliche Tabellen in tieferer Gliederung oder mit zusätzlichen Details geliefert. Darüber hinaus gestattet es aber die Leistungsfähigkeit der Maschinen, Arbeiten in Angriff zu nehmen, an deren Durchführung bisher nicht gedacht werden konnte. So sind verfeinerte Methoden der Hochrechnung und der Streuungsberechnung für Stichproben geplant, ferner auch die Saisonbereinigung bei Zeitreihen. Die Wahrscheinlichkeitskontrollen, die mit der Großrechenanlage durchgeführt werden können, sind außerordentlich umfangreich und führen zu einer bisher nicht gekannten Genauigkeit der statistischen Ergebnisse. Weitere Verbesserungen sind durch das automatische Einsetzen von Korrekturwerten geplant. Ein wichtiger Schritt für die Zukunft ist auch die Erstellung neuer Tabellen, in denen bei laufenden Statistiken die wesentlichen Veränderungen zu Vormonats- bzw. Vorjahresergebnissen festgestellt und kommentiert werden. Die Herstellung von gedruckten Graphiken als Ergänzung von Tabellen ist ebenfalls ein lohnendes Projekt.

Eine Umstellung auf elektronische Kleinanlagen ist auch für die Arbeiten der Statistischen Landesämter vorgesehen. In der Zeit von Ende 1961 bis Herbst 1962 wurden in den Landesämtern derartige Anlagen installiert, die vorerst für die

Aufbereitung des Zählungswerkes 1960/62 eingesetzt werden. Mit Beendigung dieser Arbeiten im zweiten Halbjahr 1963 sollen die Stammarbeiten von konventionellen Tabelliermaschinen auf diese elektronischen Anlagen umgestellt werden. Damit wird eine Einheitlichkeit der Maschinenausrüstung erreicht, die es erlaubt, die Programmierarbeiten für die einheitlich in allen Landesämtern anfallenden Arbeiten nur an einer Stelle durchzuführen und Abzüge der Programmakten sowie Doppel der Programmkarten an alle anderen Landesämter zu verteilen. Programmabweichungen einzelner Länder können zum Teil durch Änderungen der Einheits-Maschinenprogramme berücksichtigt werden.

Maschinentypen	Zahl der Maschinen am Jahresbeginn					
	1961	1962 <sup>2)</sup>	1963 <sup>3)</sup>	1961	1962	1963 <sup>3)</sup>
	insgesamt			darunter im Statistischen Bundesamt <sup>4)</sup>		
Buchungsautomaten ....	20	18	19	8	8	9
Löcher .....	300	635	645	81	94	104
Prüfer .....	168	388	397	37	46	55
Sortiermaschinen .....	90	122	105	34	36	19
Tabelliermaschinen .....	82	70	59	26	16	5
Kartendoppler und Zeichenlochauromaten	76	74	65	15	12	3
Kartenmischer .....	23	22	18	6	5	1
Elektronen-Statistik- und Kontroll-Maschinen ...	15	18	14	4	4	—
Rechenstanzer .....	10	5	4	2	1	—
Elektronische Kleinanlage .....	2	11	9	—	2	3
Elektronische Großrechenanlage .....	—	—	1 <sup>5)</sup>	—	—	1 <sup>5)</sup>

<sup>2)</sup> Einschließlich der Maschinen für das Zählungswerk 1960/62. — <sup>3)</sup> Vorgesehen. — <sup>4)</sup> Einschließlich Zweigstelle Berlin. — <sup>5)</sup> Juli 1962 in Betrieb genommen.

Bei der Programmierung der Aufbereitungsarbeiten für das Zählwerk 1960/62 wurde bereits in dieser Weise gearbeitet. Die gesamten Programmierarbeiten wurden in Gemeinschaft mit den Statistischen Landesämtern im Ausschuß für maschinelle Aufbereitung vorbereitet und auf die Arbeitsgruppen der einzelnen Statistischen Ämter verteilt. Nach Fertigstellung wurde ein zentraler Test mit allen Programmen durchgeführt, um die Einheitlichkeit der Programme sicherzustellen.

Die aus der Tabelle zu ersiehende Maschinenausstattung beim Statistischen Bundesamt und den Statistischen Landesämtern zeigt, daß bei der Ausstattung mit konventionellen Lochkartenmaschinen die optimale Größenordnung bei einzelnen Ämtern längst überschritten war. Die Umstellung auf elektronische Anlagen bedeutet also nicht nur eine durchaus angebrachte Modernisierung und Verbesserung, sondern auch die Ablösung eines übermäßig großen Maschinenparks, der eine genaue Übersicht und die täglich vorzunehmenden Arbeitsdispositionen sehr erschwerte.

Eine eigene maschinelle Aufbereitungsstelle besteht in der Zweigstelle Berlin des Statistischen Bundesamtes. Dort werden bestimmte laufende Arbeiten, wie z. B. Berlin- und Interzonenhandelsstatistik, Fischereistatistik u. a. m. durchgeführt. Darüber hinaus werden einmalige zentrale Sonderarbeiten größeren Umfanges nach Berlin verlagert, die dort durch Einsatz von Zeitangestellten und kurzfristig angemieteten Maschinen bewältigt werden können. Die dortige Arbeitsmarktlage gestattet es immer noch, jüngere Arbeitskräfte, insbesondere für Loch- und Prüfarbeiten, kurzfristig einzustellen. Dadurch war es in letzter Zeit möglich, Hilfestellung bei Arbeitsengpässen auch für die Statistischen Landesämter zu geben. Für verschiedene Landesämter wird z. B. ein Teil der Loch- und Prüfarbeiten des Zählwerkes 1960/62 in der Zweigstelle Berlin durchgeführt.

Eine Vorstellung über den steigenden Arbeitsanfall, der mit Hilfe des konventionellen Maschinenparks in den letzten

Jahren zu bewältigen war und der das Statistische Bundesamt veranlaßte, eine Modernisierung und damit eine Erweiterung der Kapazität vorzunehmen, gibt die nachfolgende Übersicht über die verarbeiteten Lochkarten.

Jahr	Verarbeitete Lochkarten in Mill.	
	insgesamt	darunter für Außenhandelsstatistik
1953	18,3	14,7
1954	23,2	18,6
1955	25,5	20,5
1956	31,4	21,6
1957	35,1	24,0
1958	37,6	23,4
1959	39,6	25,8
1960	40,1	27,1
1961	42,0	26,0

Aus der Tabelle ist ersichtlich, daß die Steigerung des Lochkartenvolumens in den früheren Jahren zu einem wesentlichen Teil durch die Außenhandelsstatistik bedingt war. Eine weitere sehr erhebliche Steigerung des Arbeitspensums hat sich im Jahre 1961 durch eine Reihe umfangreicher Sonderarbeiten ergeben, z. B. Statistik der Kosten und Leistungen im Güterverkehr, Kostenstrukturstatistik, Umstellung der Indices auf Basisjahr 1958 und (1 vH) Zusatzerhebung zur Wohnungsstatistik 1960.

Ab Berichtsjahr 1962 wird sich eine wesentliche Reduzierung der Zahl der verarbeiteten Lochkarten ergeben. Durch den Einsatz der Großrechenanlage werden Lochkarten nur noch in der ersten Arbeitsphase als Speichermedien benötigt. Nach der Übertragung der Originallochkarten auf Magnetbänder werden alle weiteren Arbeiten nur noch mit Magnetbändern vorgenommen, so daß die bisher benötigten Summenkarten entfallen. Infolgedessen können die Originallochkarten nach Übernahme auf Band sofort vernichtet werden. Die mehrjährige Archivierung der Lochkarten ist nicht mehr notwendig; damit werden beträchtliche Lagerungskosten eingespart.



Elektronische Großrechenanlage im Statistischen Bundesamt



## Veröffentlichungen

Das Statistische Bundesamt gibt zur Unterrichtung der Öffentlichkeit über die wichtigsten Ergebnisse seiner Arbeit jährlich mehr als 300 periodisch oder einmalig erscheinende Veröffentlichungen in einer Gesamtauflage von etwa 750 000 Exemplaren heraus.

### Zweck, Umfang und Inhalt der Veröffentlichungen

Nach § 2 Ziffer 1 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 hat das Statistische Bundesamt die Ergebnisse der Bundesstatistik »für allgemeine Zwecke« darzustellen. Diese Bestimmung, die in der Begründung des Gesetzes nicht näher erläutert wird, ist in der Praxis so interpretiert worden, daß die Veröffentlichungen nicht für die speziellen Zwecke bestimmter Stellen (Behörden, Verbände, Firmen oder einzelner Organisationen) und nicht im Hinblick auf bestimmte Probleme oder geplante Maßnahmen zusammengestellt werden, sondern vielmehr als Grundlage für einen möglichst großen Kreis verschiedener Benutzer zur Verfügung stehen, die das Material jeweils nach ihren besonderen Bedürfnissen und Interessen weiter verarbeiten können.

Der Umfang des zur Veröffentlichung gelangenden Zahlenmaterials unterliegt schon aus Kostengründen gewissen Beschränkungen. Im Regelfall können nur die wichtigsten Ergebnisse publiziert werden. Das führt zwangsläufig zu Zusammenfassungen, bei denen manche interessante Einzelheiten nicht in Erscheinung treten. Bei einer geschickten Auswahl des Materials braucht allerdings der Erkenntniswert einer Veröffentlichung durch die Beschränkung auf das Wesentliche nicht zu leiden. Benutzer, die sich für weiter aufgegliederte Zahlen interessieren, haben die Möglichkeit, diese zusätzlich beim Amt anzufordern, soweit die Vorschriften des »Statistischen Gesetzes« über die Geheimhaltung von Einzelangaben dem nicht entgegenstehen.

Eine weitere Begrenzung im Umfang der Veröffentlichungen ergibt sich aus einer Vereinbarung mit den Statistischen Landesämtern, durch die das Amt im allgemeinen darauf verzichtet hat, in größerem Umfang Zahlen für kleinere Gebietseinheiten darzustellen. Da Regierungsbezirks-, Kreis- und Gemeindezahlen meist in den Veröffentlichungen der Statistischen Landesämter enthalten sind, würde es dem Prinzip einer vernünftigen Arbeitsteilung widersprechen, diese Ergebnisse noch einmal in den Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes zu wiederholen. Es kann allerdings nicht verschwiegen werden, daß dieses Verfahren für die Benutzer der Statistiken, denen nicht nur an den Regionalzahlen eines Landes gelegen ist, unbequem und unrationell ist, da sie eine große Zahl von Veröffentlichungen verschiedener Herausgeber zur Hand nehmen müssen, die sich häufig auch im Aufbau und in der tabellarischen Darstellung voneinander unterscheiden. Das Amt gibt deshalb in einigen Fällen, für die an Zusammenfassungen von Regionalergebnissen für das ganze Bundesgebiet interessierten Benutzer auch Veröffentlichungen mit Zahlen für kleinere Verwaltungseinheiten heraus. Es handelt sich hierbei vor allem um sogenannte »Strukturzahlen«, wie sie etwa im »Amtlichen Gemeindeverzeichnis für die Bundesrepublik Deutschland« sowie in einigen anderen Sonderveröffentlichungen nachgewiesen werden.

Um sicherzustellen, daß regional gegliederte Ergebnisse in sämtlichen Veröffentlichungen der Statistischen Landesämter erscheinen, hat der Arbeitskreis »Veröffentlichungswesen der Statistischen Landesämter« ein Mindestveröffentlichungsprogramm ausgearbeitet, das alle Länder dazu verpflichtet, bestimmte Grunddaten aus den einzelnen Erhebungen einheitlich in ihren Veröffentlichungen nachzuweisen. Weitere Bestrebungen des Arbeitskreises zielen darauf ab, die zum Teil noch unterschiedlich aufgebauten Landesamtsveröffentlichungen so aufeinander abzustimmen, daß dem Benutzer die Ergebnisse nach Möglichkeit in gleicher tabellarischer Darstellung geboten werden.

Ein großer Teil der Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes besteht nur aus Tabellen, denen lediglich eine knappe Erläuterung der Erhebungs- und Darstellungsmethoden

vorangestellt wird. Neben den Statistischen Jahrbüchern und Taschenbüchern sind dies vor allem Veröffentlichungen mit kurzfristigen Ergebnissen laufender Statistiken oder Vor- bzw. Eilberichte zu später erscheinenden ausführlichen Publikationen, denn das Amt hat sich zum Ziel gesetzt, jede fertiggestellte Statistik so schnell wie möglich den Benutzern zur Verfügung zu stellen. Meist geht der Zahlendarstellung eine textliche Beschreibung in der Monatszeitschrift »Wirtschaft und Statistik« voraus. Jahres-, Zählungs- und Sonderveröffentlichungen enthalten demgegenüber in den meisten Fällen einen Textteil. Aus Kostengründen erscheinen bei jährlich wiederkehrenden Veröffentlichungen textliche Darstellungen allerdings im allgemeinen nur im Abstand von zwei bis drei Jahren. Methodische, technische und organisatorische Fragen, die sich nicht nur auf eine bestimmte Statistik beziehen, sondern von allgemeiner Bedeutung sind, werden außer in »Wirtschaft und Statistik« in bestimmten Sonderveröffentlichungen (z. B. Stichprobenband) abgehandelt.

Bei der textlichen Darstellung seiner Ergebnisse beschränkt sich das Amt darauf, die wichtigsten Daten mit Hilfe von Vergleichsmaterial und Verhältniszahlen (Prozent- und Beziehungszahlen, Maßzahlen, Indices) zu beschreiben und mit den für das Verständnis nötigen methodischen Erläuterungen zu versehen. In gewissem Umfang geht damit eine sachliche Analyse der sich in Struktur- und Entwicklungszahlen widerspiegelnden Ursachen Hand in Hand. Das Amt betrachtet es dagegen im allgemeinen nicht als seine Aufgabe, bis zu einer zusammenhängenden Wirtschaftsdiagnose oder zu Berichten über die Wirtschaftslage vorzuschreiten, da eine solche Diagnose sich nicht allein auf quantitatives statistisches Material stützen kann. Diese Aufgabe wird von den Ressorts, der Bundesbank, Instituten, Verbänden und anderen Stellen wahrgenommen.

Für die inhaltliche Abgrenzung der einzelnen Veröffentlichungen gibt es grundsätzlich zwei verschiedene Möglichkeiten.

Es können

entweder Ergebnisse einzelner Statistiken  
oder Zahlenmaterial für bestimmte Tatbestände aus  
verschiedenen Statistiken

dargestellt werden.

Bei den Benutzern wird Interesse an beiden Arten der Veröffentlichung vorausgesetzt werden können. Da eine Zusammenstellung des Materials nach beiden Gesichtspunkten jedoch zu einer Verdoppelung des Veröffentlichungsprogramms führen würde, muß für die Masse der Veröffentlichungen ein Prinzip gewählt werden.

Aus praktischen Gründen ist der Gliederung nach Statistiken der Vorzug zu geben, da die zu einem bestimmten Zeitpunkt anfallenden Ergebnisse einer Statistik möglichst schnell veröffentlicht werden sollen. Außerdem ergeben sich für die Zusammenstellung von Zahlenmaterial aus verschiedenen Statistiken gewisse Schwierigkeiten wegen der technischen, methodischen und sachlichen Unterschiede (Berichtszeiträume, Begriffsabgrenzungen, Erhebungsmethoden, Gruppierungen), die in der Natur und dem Verwendungszweck der einzelnen Statistiken liegen und auch durch die erfolgreichen Bemühungen des Amtes um die fachliche Koordinierung des gesamten statistischen Instrumentariums nicht völlig beseitigt werden können.

Da die einzelnen Statistiken verschiedenartig abgegrenzt sind, enthalten die Veröffentlichungen des Amtes zum Teil Ergebnisse über bestimmte Tatbestände in einzelnen Bereichen (z. B. Beschäftigte in der Industrie, Arbeitskräfte in der Landwirtschaft, Umsätze im Einzel- oder Großhandel), zum Teil aber auch Material über bestimmte Tatbestände für verschiedene oder alle in Betracht kommenden Bereiche (z. B. Preise oder Löhne in den verschiedenen Wirtschaftszweigen, Umsätze in allen von der Umsatzsteuerstatistik erfaßten Zweigen, Kostenstruktur in allen Bereichen).



Sowohl in den Zusammenfassenden Veröffentlichungen, wie z. B. im Statistischen Jahrbuch, im Statistischen Taschenbuch oder in Wirtschaft und Statistik, als auch in den Fachveröffentlichungen werden die Ergebnisse der einzelnen Statistiken nach großen Sachgebieten (z. B. Land- und Forstwirtschaft, Fischerei — Industrie und Handwerk — Außenhandel — Verkehr) zusammengestellt, wobei zur besseren sachlichen Orientierung in manchen Fällen benachbarte Fachgebiete in einem Abschnitt zusammengefaßt werden (z. B. Bauwirtschaft, Bautätigkeit, Wohnungen).

Ergänzend zu den nach Statistiken gegliederten Veröffentlichungen gibt das Amt auch einige Sonderveröffentlichungen heraus, in denen die Ergebnisse für bestimmte Personengruppen (z. B. Frauen, Jugendliche, Vertriebene) aus verschiedenen Statistiken zusammengestellt sind. In Vorbereitung ist eine Veröffentlichung mit allen Angaben, die für den Bereich Industrie in den verschiedenen Statistiken (z. B. Industriestatistik, Preisstatistik, Steuerstatistik usw.) vorhanden sind.

Die Herausgabe solcher Sonderveröffentlichungen wird jedoch auf relativ wenige Fälle beschränkt bleiben müssen, da sowohl die verfügbare Arbeitskapazität als auch die vorhandenen Mittel enge Grenzen setzen.

Um das Auffinden von Zahlen über bestimmte Tatbestände in verschiedenen Statistiken zu erleichtern, sind in das Statistische Jahrbuch »Hinweiseiten« aufgenommen worden, die am Ende jedes Abschnittes auf Ergebnisse für gleichartige oder ähnliche Tatbestände in anderen Abschnitten aufmerksam machen. Daneben unterrichtet der Band über die »Statistische Erfassung der Produktionsgrundlagen, -vorgänge und -ergebnisse in den Bereichen der Wirtschaft« mit Hilfe eines ausführlichen Katalogs darüber, welche statistischen Daten innerhalb der einzelnen Wirtschaftsbereiche für gewisse Tatbestände vorliegen.

Über alle wichtigen Statistiken informiert der vorliegende, in mehrjährigen Abständen erscheinende Band »Das Arbeitsgebiet der Bundesstatistik«, der nach den gleichen großen Sachgebieten wie das Statistische Jahrbuch gegliedert ist und für jede Statistik alle wichtigen Einzelheiten über Rechtsgrundlage, Periodizität, Kreis der Befragten, Berichtsweg, dargestellte Tatbestände und Veröffentlichungen enthält.

Gliederung der Veröffentlichungen

Um den Benutzern der Amtsveröffentlichungen den Überblick über die Vielzahl der verschiedenartigen Publikationen zu erleichtern, sind im Laufe der letzten Jahre gewisse Umstellungen in den Berichtsreihen vorgenommen worden, die Anfang dieses Jahres abgeschlossen wurden und zu einer Neuordnung des Veröffentlichungssystems geführt haben.

Die Veröffentlichungen des Amtes gliedern sich nunmehr in die drei großen Gruppen:

- Zusammenfassende Veröffentlichungen
- Fachveröffentlichungen (Fachserien)
- Systematische Verzeichnisse.

Die Zusammenfassenden Veröffentlichungen enthalten Ergebnisse aus mehreren oder allen Arbeitsgebieten des Amtes. Da sie in Umfang und Format recht unterschiedlich sind, wird auf die Herausgabe unter einem Sammeltitle und in einheitlicher äußerer Ausgestaltung verzichtet. Zu den Zusammenfassenden Veröffentlichungen gehören in erster Linie die der allgemeinen Information dienenden Standardveröffentlichungen:

- Statistisches Jahrbuch,
- Statistisches Taschenbuch,
- Wirtschaft und Statistik,
- Statistischer Wochendienst.

Weiterhin fallen in diese Gruppe die Veröffentlichungen über organisatorische, methodische und technische Fragen, Untersuchungen zur Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftsbeobachtung sowie die Berichte zur allgemeinen Statistik des Auslandes.

Die Fachveröffentlichungen mit Ergebnissen aus den einzelnen Fachgebieten erscheinen im einheitlichen Format DIN A 4 nunmehr ausschließlich — und nicht wie bisher nur teilweise — im Rahmen von »Fachserien«, die sich durch be-

stimmte Kennbuchstaben, Titel und unterschiedliche Farbe des Randstreifens auf dem festen Umschlag wie folgt voneinander unterscheiden:

Kennbuchstabe	Serietitel	Farbe des Randstreifens
A	Bevölkerung und Kultur .....	violett
B	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	hellgrün
C	Unternehmen und Arbeitsstätten ...	mittelbraun
D	Industrie und Handwerk .....	dunkelblau
E	Bauwirtschaft, Bautätigkeit, Wohnungen .....	hellbraun
F	Groß- und Einzelhandel, Gastgewerbe, Fremdenverkehr .....	rosa
G	Außenhandel .....	dunkelgrün
H	Verkehr .....	grau
I	Kapitalmarkt und Zahlungsschwierigkeiten .....	gelb
K	Öffentliche Sozialleistungen .....	orange
L	Finanzen und Steuern .....	blau
M	Preise, Löhne, Wirtschaftsrechnungen .....	dunkelrot
N	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen .....	olivgrün

Jede Fachserie ist in eine bestimmte Zahl von Veröffentlichungsreihen mit laufend oder unregelmäßig erscheinenden Ergebnissen untergliedert. Ergebnisse einmaliger oder in größeren Zeitabständen durchgeführter Großzählungen erscheinen im Rahmen einer Fachserie als Einzelveröffentlichungen.

Die Sammelreihen »Statistik der Bundesrepublik Deutschland« und »Statistische Berichte«, in denen zuletzt nur noch Veröffentlichungen aus kleineren Teilbereichen erschienen, sind eingestellt worden.

Für die Auflösung dieser beiden Sammelreihen und den Übergang auf ein geschlossenes System von Fachserien sprachen verschiedene Gründe. Einerseits vermochten die nicht mit den Veröffentlichungen des Amtes vertrauten Benutzer nur schwer zu übersehen, daß in der Reihe »Statistik der Bundesrepublik Deutschland« die Jahres-, Zählungs- und größeren Sonderveröffentlichungen einer bestimmten Statistik erschienen, in der Reihe »Statistische Berichte« dagegen nur kurzfristige, vorläufige und kleinere sonstige Veröffentlichungen. Andererseits hat aber auch die Erfahrung gezeigt, daß der größte Teil der Bezieher von Veröffentlichungen an den Ergebnissen für ganz bestimmte Statistiken oder für bestimmte Tatbestände interessiert ist. Dieser Umstand hat das Amt dazu bewogen, die bereits vor längerem begonnene Zusammenfassung von Veröffentlichungen aus bestimmten Fachgebieten in Fachserien (z. B. Industrie, Außenhandel, Verkehr) nun auch bei den Veröffentlichungen aus den anderen Gebieten vorzunehmen.

Die innerhalb der jeweiligen Fachserien erscheinenden Veröffentlichungen sind künftig einheitlich mit einer Ordnungs- bzw. Bestellnummer (Kennziffer) versehen, die das Einordnen in Bibliotheken, die Bestellung beim Verlag und auch das Zitieren erleichtern.

Die Systematischen Verzeichnisse erscheinen künftig unter einem gleichlautenden Sammeltitle und nicht wie bisher entweder als Teile einer bestimmten Fachserie oder ohne erkennbare Zuordnung. Die Bildung einer besonderen Veröffentlichungsgruppe für die systematischen Verzeichnisse empfahl sich schon deshalb, weil es sich hierbei nicht um Ergebnisveröffentlichungen, sondern um Hilfsmittel für die Erstellung bestimmter Statistiken handelt. Entsprechend der Art der klassifizierten Tatbestände wird zwischen Unternehmens- und Arbeitsstättensystematiken, Waren-, Personen-, Regional- und sonstigen Systematiken unterschieden (siehe auch Abschnitt »Systematiken«, S. 18).

Einen Überblick über die Veröffentlichungen der einzelnen Berichtsreihen vermittelt die im Anhang auf S. 300 abgedruckte Übersicht.



## **B. Katalog der Statistiken**



# Erläuterungen

## A. Inhalt

Der Katalog gibt einen Überblick über den Gesamtbereich der amtlichen Bundesstatistik. Aufgenommen wurden die vom Statistischen Bundesamt und die von den obersten Bundesbehörden (einschließlich der von nachgeordneten Dienststellen) bearbeiteten Statistiken, deren Ergebnisse ganz oder teilweise veröffentlicht werden, zur Veröffentlichung vorgesehen sind oder Interessenten auf Wunsch zur Verfügung gestellt werden. Außerdem enthält der Katalog auch die wichtigsten Angaben über die Indexberechnungen, die auf Grund der Statistiken vorgenommen werden. — In zeitlicher Hinsicht weist der Katalog alle nach

dem Stand von Mitte 1962 in regelmäßigen Abständen sowie die seit dem 1. Januar 1957 einmalig oder in unregelmäßiger Zeitfolge durchgeführten Statistiken nach. Daneben wird — meist in gekürzter Form und entsprechend dem derzeitigen Stand der Planung — über in Vorbereitung befindliche Statistiken berichtet. Vor dem 1. Januar 1957 durchgeführte Statistiken wurden nur dann aufgenommen, wenn ihre Ergebnisse von größerer Bedeutung und noch nicht durch entsprechende neue Erhebungen überholt sind (z. B. Volkszählung 1950).

## B. Aufbau und Gliederung

Der Aufbau des Kataloges schließt sich mit seiner Einteilung in Abschnitte und Unterabschnitte weitgehend der Gliederung des Statistischen Jahrbuches für die Bundesrepublik Deutschland an. Der Katalog unterrichtet bei den einzelnen Statistiken über:

### 1. Rechtsgrundlage

Grundsätzlich werden die zur Zeit geltenden Rechtsgrundlagen angegeben. Auf die im Anhang des Bandes abgedruckten Gesetze und Verordnungen wird im einzelnen besonders hingewiesen.

### 2. Periodizität

Die Angaben beziehen sich je nach Art der Statistik

- a) auf die Periodizität der Erhebung und Aufbereitung bzw. (bei Sekundärstatistiken) auf die Erfassung oder Berichterstattung und Zusammenstellung;
- b) auf den Zeitpunkt (Stichtag), an dem die Erhebung usw. durchgeführt wurde;
- c) auf den Zeitpunkt oder Zeitraum, für den die Tatbestände ermittelt wurden.

### 3. Kreis der Befragten

Als Befragte werden Personen und Institutionen aufgeführt, an die sich die statistische Befragung unmittelbar wendet. Bei Sekundärstatistiken wird die Stelle angegeben, die sich als erste mit der statistischen Bearbeitung des entsprechenden Materials befaßt. Besonderheiten des Erhebungsverfahrens werden kurz erläutert. Außerdem werden hier oder unter »Bemerkungen« einige Erläuterungen zu Art und Umfang von Teil- oder Stichprobenerhebungen sowie Hinweise auf die synoptische Übersicht über Stichprobenstatistik im Anhang gegeben.

### 4. Berichtsweg

Aus dem »Berichtsweg« ist der Ablauf der Statistik vom Befragten bis zur letzten (veröffentlichenden) Stelle zu sehen. Soweit in besonderen Fällen Statistiken durch das Statistische Bundesamt aufbereitet werden, ist darauf hingewiesen worden, z. B.: StBA (zentrale Aufbereitung).

### 5. Dargestellte Tatbestände

Die Angaben vermitteln einen Überblick über die wichtigsten Tatbestände und Merkmale, soweit hierüber Ergebnisse veröffentlicht werden oder für die Veröffentlichung vorgesehen sind. Sie geben den letzten Stand des Veröffentlichungs- bzw. Erhebungsprogramms wieder. Soweit im Zusammenhang mit den »Tatbeständen« auch die angewendeten Systematiken genannt werden, wird zusätzlich auf die »Übersicht über die wichtigsten in der amtlichen Statistik der Bundesrepublik Deutschland verwendeten Systematiken« sowie gegebenenfalls auf die »Auszüge aus wichtigen Systematiken« im Anhang verwiesen.

### 6. Veröffentlichungen

Die Angaben korrespondieren im allgemeinen mit den »Dargestellten Tatbeständen« (siehe vorstehend unter Ziffer 5). In einigen Fällen sind bestimmte Tatbestände in den an-

gegebenen Veröffentlichungen noch nicht enthalten, da die Ergebnisse erst in später erscheinenden Veröffentlichungen aufgenommen werden können.

#### a) Veröffentlichungsquellen

Nachgewiesen werden die Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes sowie die im Geschäftsbereich der obersten Bundesbehörden herausgegebenen amtlichen Publikationen, in denen Ergebnisse der im Katalog aufgeführten Statistiken veröffentlicht werden.

Es ist zu berücksichtigen, daß das Veröffentlichungssystem neu geordnet worden ist. An die Stelle der früheren Serien »Statistik der Bundesrepublik Deutschland« und »Statistische Berichte« sind nunmehr durchweg Fachserien getreten, über deren Titel und Gliederung im einzelnen die Übersicht über die vom Statistischen Bundesamt herausgegebenen Veröffentlichungen im Anhang auf S. 300 unterrichtet. Die im Rahmen von Fachserien erscheinenden Veröffentlichungen werden mit ihren »Kennziffern« zitiert. Die Fachserien werden durch einen großen lateinischen Buchstaben, die Veröffentlichungsreihen durch eine arabische Ziffer angegeben. Soweit Reihen noch weiter untergliedert sind, wird dies durch Anfügen einer römischen Ziffer angezeigt; so heißt z. B. B 3/II: Fachserie B (Land- und Forstwirtschaft, Fischerei), Veröffentlichungsreihe 3 (Viehwirtschaft), Einzeltitel II (Milch).

Das Statistische Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, in dem regelmäßig ein besonders ausführlicher Quellennachweis enthalten ist, wurde nur dann aufgenommen, wenn es allgemein oder für bestimmte Tatbestände die einzige Veröffentlichungsquelle darstellt. Das gleiche gilt für den Statistischen Wochendienst. Das Statistische Taschenbuch wurde nicht aufgenommen.

#### b) Zeitraum, für den die Veröffentlichungen nachgewiesen werden

Der Katalog weist im allgemeinen bei laufenden Erhebungen die Veröffentlichungen nach, die von Mitte 1958 bis Mitte 1962 erschienen sind. Bei den vom Statistischen Bundesamt herausgegebenen Veröffentlichungen schließt der Nachweis somit an die entsprechenden Angaben des Bandes 182 der Statistik der Bundesrepublik Deutschland an.

Unter »In Vorbereitung« oder »Vorgesehen« werden Veröffentlichungen angekündigt, mit deren Erscheinen in Kürze gerechnet werden kann, bzw. in denen zu einem späteren Zeitpunkt Ergebnisse der betreffenden Statistik mitgeteilt werden sollen.

#### c) Periodizität der Veröffentlichungen

Die bei den einzelnen Veröffentlichungsreihen in Klammern ( ) angegebene Periodizität gibt Aufschluß über die Folge, in der über die Statistik in der betreffenden Reihe berichtet wird.

#### d) Besondere Hinweise

Veröffentlichungen, die eine ausführliche Darstellung der Erhebungsmethoden enthalten, sind durch ein (M), Veröffentlichungen, in denen Erhebungspapiere abgedruckt worden sind, durch ein E hinter der Heft- bzw. Bandnummer gekennzeichnet.

## Verzeichnis der Abkürzungen

### A. Maßeinheiten

BRT	=	Bruttoregistertonne
ha	=	Hektar
km	=	Kilometer
kVA	=	Kilovoltampere
PS	=	Pferdestärke
qm	=	Quadratmeter
t	=	Tonne
tkm	=	Tonnenkilometer
RM	=	Reichsmark

### B. Veröffentlichungen

(Aufbau und Gliederung der Veröffentlichungen  
des Statistischen Bundesamtes siehe Anhang S. 300 ff.)

AuBRD	=	Der Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland
BBW	=	Bauwirtschaft, Bautätigkeit, Wohnungen
E	=	Veröffentlichung mit Abdruck von Erhebungspapieren
FSt	=	Finanzen und Steuern
IndBRD	=	Die Industrie der Bundesrepublik Deutschland
IntMon	=	Internationale Monatszahlen in der Reihe »Allgemeine Statistik des Auslandes«
LFF	=	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei
(M)	=	Veröffentlichung mit einer ausführlichen Darstellung der Erhebungsmethoden
PLW	=	Preise, Löhne, Wirtschaftsrechnungen
StB	=	Statistische Berichte
StBRD	=	Statistik der Bundesrepublik Deutschland
StJb	=	Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland
VkBRD	=	Der Verkehr in der Bundesrepublik Deutschland
WiSta	=	Wirtschaft und Statistik — Textteil —
WiSta *	=	Wirtschaft und Statistik — Tabellenteil »Statistische Monatszahlen« — (Der Stern kennzeichnet den Tabellenteil; z. B. WiSta 57/9*, d. h. Tabellenteil in Heft 9 des Erscheinungsjahres 57. Im übrigen siehe vorstehend unter WiSta)

### C. Sonstige Abkürzungen

BGBI.	=	Bundesgesetzblatt
BRD	=	Bundesrepublik Deutschland
BZBl.	=	Bundeszollblatt
CST	=	Classification Statistique et Tarifaire
ECE	=	Economic Commission for Europe (Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa)
EGKS	=	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EWG	=	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
GATT	=	General Agreement on Tariffs and Trade (Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen)
GG	=	Grundgesetz
GMBI.	=	Gemeinsames Ministerialblatt
GVBl.	=	Gesetz- und Verordnungsblatt
ISIC	=	International Standard Industrial Classification of All Economic Activities
MBliV	=	Ministerialblatt des Reichs- und Preußischen Ministeriums des Innern
Mtbl. BAA	=	Amtliches Mitteilungsblatt des Bundesausgleichsamtes
NICE	=	Nomenclature des Industries établies dans les Communautés Européennes
OECD	=	Organisation for Economic Cooperation and Development
OEEC	=	Organisation for European Economic Cooperation (Europäischer Wirtschaftsrat)
RGBI.	=	Reichsgesetzblatt
RMBI.	=	Reichsministerialblatt
SBZ	=	Sowjetische Besatzungszone
SITC	=	Standard International Trade Classification (Internationales Warenverzeichnis für den Außenhandel)
StatGes	=	Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke
StBA	=	Statistisches Bundesamt
StLA	=	Statistische Landesämter
UN	=	United Nations (Vereinte Nationen)
WiGBI.	=	Gesetzblatt der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes

# I. Bevölkerung, Erwerbstätigkeit, Kultur

## A. Bevölkerungsstand und -bewegung

### 1. Volkszählung

#### a) Volkszählung 1950

(StBRD Band 182 S. 27, lfd. Nr. I A 1 a)

##### Rechtsgrundlage:

Gesetz über eine Zählung der Bevölkerung, Gebäude, Wohnungen, nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und landwirtschaftlichen Kleinbetriebe im Jahre 1950 (Volkszählungsgesetz 1950) vom 27. Juli 1950 (BGBl. S. 335).

##### Periodizität:

Am 13. September 1950 durchgeführt.

##### Kreis der Befragten:

Gesamtbevölkerung.

Nicht erfaßt wurden Angehörige der Besatzungsstreitkräfte, der Besatzungsbehörden, der beglaubigten ausländischen Missionen und der Internationalen Kontrollbehörde für die Ruhr sowie Familienangehörige der vorstehend genannten Personen.

##### Berichtsweg:

Befragte — Gemeinden (Durchführung der Zählung unter Mitwirkung ehrenamtlicher Zähler) — Kreise — StLÄ — StBA.

##### Dargestellte Tatbestände:

Bevölkerung nach Geschlecht, Alter, Familienstand, Religionszugehörigkeit, Wohnort am 1. September 1939; Muttersprache.

Haushaltungen nach Art, Größe, Kinderzahl, Zahl der Einkommensbezieher sowie nach Geschlecht, Alter, Familienstand, Bevölkerungsgruppe, Berufsabteilung und sozialer Stellung des Haushaltungsvorstandes.

Fruchtbarkeit der Ehen.

Körperbehinderte nach dem Alter sowie nach Art, Ursache, Zeitpunkt des Eintritts der Behinderung und Grad der Minderung der Erwerbsfähigkeit.

Außerdem Angaben für Vertriebene nach Geschlecht, Alter, Familienstand, Religionszugehörigkeit, Wohnort am 1. September 1939. Die Haushaltungen der Vertriebenen in der gleichen Gliederung wie die Haushaltungen der Gesamtbevölkerung.

##### Veröffentlichungen:

WiSta 50/2, 8\*, 9, 9\*, 51/1\*, 2, 2\*, 3\*, 4\*, 5\*, 6\*, 7, 7\*, 11, 11\*, 12, 12\*, 52/6, 6\*, 12, 12\*, 53/2, 4, 4\*, 54/5, 5\*, 7, 7\*, 55/10.

StB VIII/8/1 bis 28.

StBRD Band 31, 32, 33, 34 (M), 35 Heft 1 bis 9.

Die Einführung in die methodischen und systematischen Grundlagen der Volks- und Berufszählung gibt StBRD Band 34. Eine ausführliche Darstellung der Organisation und der methodisch-technischen Durchführung des gesamten Zählungswerkes 1950 enthält StBRD Band 31 »Organisation und Technik des Volkszählungswerkes 1950«. Im Anhang dieses Bandes sind Rechtsgrundlagen, Erhebungspapiere, Tabellenprogramme, Systematiken und Signierhilfsmittel sowie sonstige Unterlagen der Aufbereitung abgedruckt.

Einigen Bänden bzw. Heften der Reihe StBRD sind kartographische Darstellungen beigegeben.

Die Zählungsergebnisse wurden zum Teil auch in der Gliederung nach naturräumlichen Einheiten aufbereitet und veröffentlicht (StBRD Band 35 Heft 7).

Über die zur Gesamtzählung erschienenen Veröffentlichungen unterrichtet StBRD Band 50 »Bibliographie zum Volkszählungswerk 1950«.

##### Bemerkungen:

Die durch die Volkszählung ermittelten Bevölkerungszahlen wurden durch die »Fortschreibung des Bevölkerungsstandes« (siehe S. 37, lfd. Nr. I A 4) fortgeschrieben. Für Vertriebene und Zugewanderte siehe S. 40, lfd. Nr. I A 11 a — Stand der Flüchtlingsbevölkerung (Fortschreibung) —.

#### b) Volkszählung 1961

##### Rechtsgrundlage:

Gesetz über eine Zählung der Bevölkerung und der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und Unternehmen im Jahre 1961 sowie über einen Verkehrszensus im Jahre 1962 (Volkszählungsgesetz 1961) vom 13. April 1961 (BGBl. I S. 437). Abdruck im Anhang S. 162.

##### Periodizität:

Am 6. Juni 1961 durchgeführt.

##### Kreis der Befragten:

Gesamtbevölkerung.

Nicht erfaßt wurden Angehörige der im Bundesgebiet einschließlich Berlin (West) stationierten ausländischen Streitkräfte sowie die Mitglieder der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen und die Familienangehörigen dieser Personenkreise.

##### Berichtsweg:

Befragte — Gemeinden (Durchführung der Zählung unter Mitwirkung ehrenamtlicher Zähler) — Kreise — StLÄ — StBA.

##### Dargestellte Tatbestände:

###### Vorgesehen:

Wohnbevölkerung insgesamt nach Geschlecht (darunter Personen mit weiterem Wohnraum), Alters- sowie Geburtsjahre, Familienstand, Religionszugehörigkeit.

Schüler und Studierende nach Geschlecht und Altersgruppen.

Vertriebene, Deutsche aus der SBZ und Sowjetzonenflüchtlinge nach Geschlecht, Familienstand, Religionszugehörigkeit, Jahr des Zuzugs in das Bundesgebiet einschließlich Berlin (West).

Privathaushalte: Zahl und Größe, Miet- bzw. Eigentumsverhältnis.

Anstalten: Zahl und Personenzahl.

Wohnbevölkerung im Anstaltsbereich nach der Art der Anstalt sowie nach Personenkreisen (Personal, Insassen, Vertriebenen- und Flüchtlingeigenschaft).

Ausländer nach Geschlecht, Alters- sowie Geburtsjahre, Familienstand, Staatsangehörigkeit.

Aus den Haushaltslisten von 10% der Zählbezirke werden unter Verwendung von Volks- und Berufszählungsmerkmalen Tabellen für folgende Tatbestände aufgestellt (siehe auch Übersicht auf S. 286):

##### Haushalte:

Einpersonenhaushalte: Personen nach Geschlecht, Altersgruppen, Familienstand, Stellung zum Erwerbsleben, Wirtschaftsbereich und Stellung im Beruf.

Mehrpersonenhaushalte: Gliederung nach Haushaltstyp, Zahl der Haushaltsmitglieder und Verwandtschaftsverhältnis; Anzahl der Generationen, Geschlecht, Altersgruppe sowie Stellung zum Erwerbsleben, Wirtschaftsbereich und Stellung im Beruf des Haushaltungsvorstandes; Zahl und Altersgruppe der Kinder; Zahl der Einkommensbezieher, Unterhaltsquellen. Nachweis auch für Vertriebene, Deutsche aus der SBZ und Sowjetzonenflüchtlinge.

##### Familien:

Gliederung der Familien nach Familien- und Haushaltstyp; nach Alter und Stellung zum Erwerbsleben, Wirtschaftsbereich und Stellung im Beruf des Familienvorstandes bzw. seiner Ehefrau; nach Zahl und Alter der Kinder sowie der

Stellung zum Erwerbsleben der Kinder, Religionszugehörigkeit der Ehepartner sowie der Kinder, Heiratsalter der Ehepartner; wöchentliche Arbeitszeit, täglicher Zeitaufwand für den Hinweg zur Arbeitsstätte und Pendlereigenschaft der erwerbstätigen Mütter.

Abgeschlossene Ausbildung der Ehepartner an einer Berufsfach- oder Fachschule bzw. Universität oder anderen Hochschule; Nachweis auch für Vertriebene, Deutsche aus der SBZ und Sowjetzonenflüchtlinge.

Kriegsgefangene, Zivilinternierte und Zivilverschleppte nach Gewahrsamsmacht und Zeitpunkt der Rückkehr.

Hochschulabsolventen:

Durchschnittliches Berufsalter in Verbindung mit Fachrichtung der Ausbildung und verschiedenen Personen- und Erwerbsmerkmalen.

Veröffentlichungen:

WiSta 56/12; 60/7; 61/4 (M); 62/5, 5\*, 6, 6\*.

Vorgesehen:

Fachserie A, Einzelveröffentlichungen.

Vorberichte 1 bis 3 bereits erschienen.

Bemerkungen:

Die durch die Volkszählung ermittelten Bevölkerungszahlen werden durch die »Fortbeschreibung des Bevölkerungsstandes« (siehe S. 37 lfd. Nr. IA 4) fortgeschrieben. Für Vertriebene und Zugewanderte siehe S. 40 lfd. Nr. IA 11a Stand der Vertriebenen- und Flüchtlingsbevölkerung (Fortbeschreibung).

(Über die mit der Volkszählung verbundene Berufszählung siehe S. 41 lfd. Nr. IB 1b.)

## 2. Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens (Mikrozensus)

(StBRD Band 182 S. 27, lfd. Nr. I A 2)

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Durchführung einer Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens (Mikrozensus) vom 16. März 1957 (BGBl. I S. 213). Abdruck im Anhang S. 167. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Durchführung einer Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens (Mikrozensus) vom 5. Dezember 1960 (BGBl. I S. 873). Abdruck im Anhang S. 169. Neues Mikrozensus-Gesetz in Vorbereitung, das am 1. Januar 1963 in Kraft treten soll.

Periodizität:

Vierteljährliche und jährliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Haushalte und deren Mitglieder in ausgewählten Wohnungen.

Die Erhebung wird nach einem zweistufigen Auswahlverfahren durchgeführt, und zwar a) Auswahl von Gemeinden in Schichtung nach Bundesländern, Größenklassen sowie bevölkerungs- und erwerbsstatistischen Merkmalen der Gemeinden und b) Auswahl von Wohnungen und deren Haushalten in den rund 2 700 ausgewählten (Mikrozensus-)Gemeinden aus dem Material der Wohnungsstatistik vom 25. September 1956, ergänzt durch Unterlagen der Bautätigkeitsstatistik für die Auswahl von nach diesem Zeitpunkt bezogenen Neubauwohnungen und darin lebenden Haushalten. Ab Oktober 1962 wird nach einem Auswahlplan gearbeitet werden, der auf den für die 10% Aufbereitung der Volks- und Berufszählung 1961 ausgewählten Zählbezirken basiert. Als Auswahlseinheiten werden ganze Zählbezirke verwendet; eine Gemeindeschichtung ist wegen der breiten regionalen Streuung der Zählbezirke und der Berücksichtigung regionaler Merkmale für die Anordnung bei der Auswahl nicht mehr erforderlich.

Die Auswahlsätze sind 1% (rund 180 000 Haushalte) im Oktober und 0,1% (rund 18 000 Haushalte) im Januar, April und Juli. Siehe auch Übersicht auf S. 286 ff.

Berichtsweg:

Befragte (Befragung durch Interviewer) — StLÄ — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Bevölkerung:

Bevölkerung nach dem Wohnsitz am 1. September 1939 und dem Besitz eines Bundesvertriebenen- oder Bundesflüchtlingsausweises; Vertriebene nach Herkunftsländern bzw. Wohnsitz am 1. September 1939.<sup>1)</sup>

Wohnbevölkerung nach Altersgruppen, Geschlecht und Krankenversicherungsschutz; Wohnbevölkerung von 15 Jahren und darüber nach Mitgliedschaft in der sozialen Rentenversicherung sowie nach Altersgruppen, Geschlecht und Familienstand. Außerdem Vertriebene, Deutsche aus der SBZ und Sowjetzonenflüchtlinge nach Altersgruppen, Geschlecht und Familienstand.

Haushalte nach Typ, Zahl der Haushaltsmitglieder, Zahl der Einkommensbezieher und nach der Zahl der im Haushalt lebenden Kinder unter 15 Jahren. Mehrpersonenhaushalte nach Geschlecht und Altersgruppen sowie Wirtschaftsbereich und Stellung im Beruf des erwerbstätigen Haushaltsvorstandes; nach Zahl der Generationen.

Familien nach Typ der Familie, Zahl der Familienmitglieder, weiteren wichtigen erwerbsstatistischen und familiensoziologischen Merkmalen.

Erwerbstätigkeit:

Im Erwerbsleben Tätige nach Geschlecht, Wirtschaftsbereichen, Stellung im Beruf, geleisteten Arbeitsstunden, Berufsgruppen, ausgewählten Berufen, Berufsausbildung; nach Art des Krankenversicherungsschutzes und Art der Krankenkassen (teilweise gesonderter Nachweis der Vertriebenen, Deutschen aus der SBZ und Sowjetzonenflüchtlinge).

Tätigkeitsfälle nach Geschlecht, Wirtschaftsbereichen, Stellung im Beruf, Arbeitsdauer; in allen Tätigkeitsfällen geleistete Arbeitsstunden nach Wirtschaftsbereichen und Stellung im Beruf.

Abhängige Erwerbstätige nach Geschlecht, Wirtschaftsbereichen, Stellung im Beruf, Arbeitstagen je Woche, Grund der Arbeitsausfälle (nach Altersgruppen, Wirtschaftsbereichen und Stellung im Beruf), Schichtarbeit, Urlaubsansprüchen, Altersgruppen; bei Arbeitszeit unter 45 Stunden nach Gründen; pflichtversicherte tätige Arbeitskräfte in der sozialen Rentenversicherung nach Altersgruppen, Geschlecht und Stellung im Beruf.

Am Erwerbsleben Beteiligte nach Geschlecht, Wirtschaftsbereichen, Stellung im Beruf, Altersgruppen, Frauen auch nach Familienstand.

Veränderung in der Beteiligung am Erwerbsleben (nach Altersgruppen und Familienstand) und in der Stellung im Beruf; in der vorwiegenden Erwerbstätigkeit durchschnittlich geleistete Arbeitsstunden; Fluktuation in den einzelnen Wirtschaftsbereichen und in den einzelnen Gruppen der Stellung im Beruf.

Fachliche Gliederung nach der »Systematik der Wirtschaftszweige für die Berufszählung« (Ausgabe 1961)« (siehe auch Übersicht im Anhang S. 272).

Veröffentlichungen:

WiSta 57/4 (M); 59/4 (M), 4\*, 7 (M), 7\*, 8 (M), 9 (M), 10, 11 (M), 11\*, 12 (M), 12\*, 60/1 (M), 1\*, 3 (M), 3\*, 4, 4\*, 7, 7\*, 9, 9\*, 12, 12\*, 61/2, 2\*, 4, 4\*, 5, 5\*, 9, 9\*, 10, 10\*, 12, 12\*, 62/2, 3, 3\*, 5, 5\*.

Fachserie A

Reihe 4 (unregelmäßig).

Reihe 5 (unregelmäßig).

Reihe 6/I (vierteljährlich, jährlich).

Reihe 6/III (unregelmäßig).

Vorgesehen:

Reihe 6/Sonderbeiträge (unregelmäßig).

Reihe 7/Sonderbeiträge (unregelmäßig).

Bemerkungen:

Die 0,1%-Erhebungen entfielen 1960 und im Januar 1961; ab 1962 wurden sie für Berlin (West) bis auf weiteres eingestellt. Bei der Mikrozensus-Erhebung im Oktober 1960 wurden auch Fragen für die gemeinsame Stichprobe über die Arbeitskräfte in den Ländern der EWG gestellt. Die Erwerbstätigkeit wird im Mikrozensus nach drei Konzepten erfaßt: nach »Erwerbspersonen« (Gainfully Occupied Persons), »Arbeitskräften« (Labour Force) und »am Erwerbsleben überhaupt Beteiligten«. Das neue, in Vorbereitung befindliche Mikrozensus-Gesetz sieht neben einem festen Grundprogramm ein variables, auf aktuelle Bedürfnisse abgestelltes Zusatzprogramm vor.



### 3. Fortschreibung des Gebietsstandes; Gemeinde- und Ortsnamenänderungen

(StBRD Band 182 S. 28, lfd. Nr. I A 3)

#### Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes vom 4. Juli 1957 (BGBl. I S. 694). Abdruck im Anhang S. 170.

#### Periodizität:

Laufende Fortschreibung.

#### Kreis der Befragten:

Zuständige Dienststellen der Länder.

#### Berichtsweg:

Befragte — StLÄ — Institut für Landeskunde in der Bundesanstalt für Landeskunde — StBA.

#### Dargestellte Tatbestände:

Siehe unter Bemerkungen.

#### Veröffentlichungen:

StBRD Band 198 (1956/57), 245 (1958), 258 (1959)

fortgesetzt in:

Fachserie A, Reihe 1 (jährlich).

Ämtliches Gemeindeverzeichnis für die Bundesrepublik Deutschland, Ausgabe 1957;

vorgesehen: Ausgabe 1961 mit Ergebnissen der Volkszählung 1961.

#### Bemerkungen:

Die Ergebnisse der Fortschreibung werden berücksichtigt bei der regionalen Gliederung der Fortschreibung des Bevölkerungsstandes (siehe lfd. Nr. I A 4) und bei der Erstellung von Vergleichszahlen aus früheren statistischen Erhebungen für den neuen Gebietsstand.

### 4. Fortschreibung des Bevölkerungsstandes

(StBRD Band 182 S. 28, lfd. Nr. I A 4)

#### Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes vom 4. Juli 1957 (BGBl. I S. 694). Abdruck im Anhang S. 170.

#### Periodizität:

Monatliche, vierteljährliche, halbjährliche und jährliche Fortschreibung.

#### Kreis der Befragten:

Die Fortschreibung wird in den StLÄ auf Grund der Ergebnisse der Wanderungsstatistik (siehe lfd. Nr. I A 5) und der Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung (siehe S. 38, lfd. Nr. I A 7) durchgeführt.

#### Berichtsweg:

StLÄ — StBA.

#### Dargestellte Tatbestände:

Stand der Wohnbevölkerung.

Monatlich (für Bundesgebiet): insgesamt nach dem Geschlecht.

Vierteljährlich (für Bundesgebiet und Länder): insgesamt nach dem Geschlecht.

Halbjährlich mit Stichtag 30. Juni und 31. Dezember (für Länder und Kreise): insgesamt (darunter Vertriebene und Zugewanderte) nach dem Geschlecht.

Jährlich mit Stichtag 30. Juni: insgesamt nach 10 Gemeindegrößenklassen (für Länder), Gemeinden mit 20 000 und mehr Einwohnern;

jährlich mit Stichtag 31. Dezember (für Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern sowie mit 2 000 und mehr Einwohnern): insgesamt;

(für Bundesgebiet): insgesamt nach Geburtsjahren bzw. Altersjahren und Geschlecht;

(für Länder): insgesamt nach Altersgruppen und Geschlecht.

In mehrjährigen Abständen (für Gemeinden): insgesamt („Ämtliches Gemeindeverzeichnis“).

Außerdem: Vorausschätzung der Bevölkerung insgesamt nach Geschlecht und Altersgruppen ohne Berücksichtigung der Wanderungen (unregelmäßig).

#### Veröffentlichungen:

WiSta 59/3, 4; 60/2, 4; 61/4; 62/5, 6, 8.

WiSta\* (monatlich).

StB VIII/7 (unregelmäßig)

fortgesetzt in:

Fachserie A, Reihe 1.

I. Bevölkerungsentwicklung (vierteljährlich).

II. Alter und Familienstand der Bevölkerung (jährlich).

III. Bevölkerung der kreisfreien Städte und Landkreise (halbjährlich).

IV. Bevölkerung der Gemeinden:

Gemeinden und Kreise nach Größenklassen sowie Gemeinden

mit 20 000 und mehr Einwohnern (jährlich),

mit 10 000 und mehr Einwohnern (jährlich),

mit 2 000 und mehr Einwohnern (unregelmäßig).

StBRD Band 198 (1956/57), 245 (1958), 258 (1959)

fortgesetzt in:

Fachserie A, Reihe 1 (jährlich).

StB VIII/7/80.

StBRD Band 119

fortgesetzt in:

Fachserie A, Reihe 1/Sonderbeiträge (unregelmäßig),

Reihe 4 (unregelmäßig).

Außerdem:

Ämtliches Gemeindeverzeichnis für die Bundesrepublik Deutschland, Ausgabe 1957 (u. a. mit gemeindeweisen Angaben über Ortsklasse, zuständiges Amtsgericht, Arbeitsamt und Finanzamt sowie mit zusammenfassenden Angaben über Bundestagswahlkreise, Amtsgerichtsbezirke, Arbeits-, Finanz- und Zollamtsbezirke, Handwerks-, Industrie- und Handelskammerbezirke usw.).

In Vorbereitung:

Ämtliches Gemeindeverzeichnis für die Bundesrepublik Deutschland, Ausgabe 1961.

#### Bemerkungen:

Als Fortschreibungsgrundlage dienen zunächst die Ergebnisse der Volkszählung vom 13. September 1950, dann die Bevölkerungszahlen der Wohnungstatistik 1956/57 mit Stichtag 25. September 1956. Ab Juni 1961 bilden die Ergebnisse der Volkszählung vom 6. Juni 1961 die Ausgangsbasis.

Für den Personenkreis der Vertriebenen und Zugewanderten wurde die Fortschreibung bis Ende 1960 durchgeführt.

### 5. Wanderungsstatistik

(StBRD Band 182 S. 28, lfd. Nr. I A 5)

#### Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes vom 4. Juli 1957 (BGBl. I S. 694). Abdruck im Anhang S. 170.

#### Periodizität:

Laufende Erfassung sowie laufende Aufbereitung zu Monats-, Vierteljahres- und Jahresergebnissen.

Für das Volkszählungsjahr 1961 werden die Ergebnisse zum Teil getrennt für die Zeit vor und nach dem Zählungstichtag aufbereitet.

#### Kreis der Befragten:

Einwohnermeldeämter.

#### Berichtsweg:

Befragte — Kreise — StLÄ — StBA.

#### Dargestellte Tatbestände:

Zu- und fortgezogene Personen.

I. Über die Grenzen des Bundesgebietes ohne Berlin

Vierteljährlich und jährlich:

Bund und Länder:

Geschlecht, Herkunfts- und Zielgebiet, Erwerbspersonen, Personen insgesamt und auf 1 000 Einwohner.

Jährlich außerdem:

Bund und Länder:

Geburtsjahre, Altersjahre, Personenkreise (darunter Vertriebene und Zugewanderte), Gemeindegrößenklassen (ab 1962 kombiniert mit Lage in Stadtregionen).

Kreise:

Personen insgesamt.

II. Über die Auslandsgrenzen des Bundesgebietes

Vierteljährlich und jährlich:

Bund und Länder:

Geschlecht, Herkunfts- und Zielgebiet, Personen insgesamt, Erwerbspersonen, Nichterwerbspersonen, Deutsche, Ausländer und Staatenlose, deutsche Rückwanderer.

Jährlich außerdem:  
Bund und Länder:  
Staatsangehörigkeit, Alters- und Geburtsjahre, Altersgruppen, Familienstand, Religionszugehörigkeit.

III. Zwischen dem Bundesgebiet und der sowjetischen Besatzungszone sowie dem Sowjetsektor von Berlin

Vierteljährlich:

Bund:  
Geschlecht.

Halbjährlich und jährlich:

Bund:  
Alters- und Geburtsjahre.  
Länder:  
Altersgruppen.

IV. Innerhalb des Bundesgebietes

1. Von Bundesland zu Bundesland ohne Berlin

Vierteljährlich und jährlich:

Bund und Länder:  
Geschlecht, Herkunfts- und Zielland, Personen insgesamt, Erwerbspersonen.

Jährlich außerdem:

Bund und Länder:  
Nichterwerbspersonen, Altersgruppen, auf 1 000 Einwohner, Personenkreise (darunter Vertriebene und Zugewanderte), Gemeindegrößenklassen (ab 1962 kombiniert mit Lage in Stadtregionen).  
Regierungsbezirke und Kreise:  
Personen insgesamt.

2. Innerhalb der Bundesländer ohne Berlin

Vierteljährlich und jährlich:

Bund, Länder, Regierungsbezirke:  
Personen insgesamt.  
Bund und Länder außerdem:  
Geschlecht.

Jährlich außerdem:

Bund und Länder:  
Personenkreise (darunter Vertriebene und Zugewanderte), Gemeindegrößenklassen (ab 1962 kombiniert mit Lage in Stadtregionen), auf 1 000 Einwohner.  
Regierungsbezirke und Kreise:  
Personen insgesamt.

V. Über die Grenzen von Berlin (West)

Vierteljährlich und jährlich:

Geschlecht, Herkunfts- und Zielgebiet, Personen insgesamt, Erwerbspersonen, Nichterwerbspersonen.

Jährlich außerdem:

Altersgruppen.

VI. Zwischen Berlin (West) und dem Ausland

Vierteljährlich und jährlich:

Geschlecht, Herkunfts- und Zielgebiet, Personen insgesamt, Erwerbspersonen, Nichterwerbspersonen, Deutsche, Ausländer und Staatenlose.

Jährlich außerdem:

Staatsangehörigkeit, Alters- und Geburtsjahre, Altersgruppen, Familienstand, Religionszugehörigkeit.

Veröffentlichungen:

WiSta 58/9, 10; 59/9; 60/1, 7; 61/9; 62/2.

WiSta\* (monatlich).

StB VIII/6 (unregelmäßig),

StB VIII/12 (vierteljährlich und jährlich)

fortgesetzt in:

StBRD Band 218 (1957), 239 (1958)

fortgesetzt in:

Fachserie A, Reihe 3 (jährlich).

Fachserie A, Reihe 3/I (vierteljährlich, jährlich).

Vorgesehen:

Fachserie A, Reihe 3/II (vierteljährlich und jährlich).

Bemerkungen:

Auf Grund der Ergebnisse dieser Statistik und der Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung (siehe lfd. Nr. IA 7) erfolgt die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes (siehe S. 37, lfd. Nr. IA 4). Für die Personenkreise der Vertriebenen und Zugewanderten wurde die Wanderungsstatistik bis Ende 1960 durchgeführt.

## 6. Aus- und Einwanderungsstatistik

(StBRD Band 182 S. 29, lfd. Nr. I A 6)

Rechtsgrundlage:

Erlaß des Bundesministers des Innern vom 29. April 1952 — 6233 A — 261 I/52.

Periodizität:

Laufende Erfassung; monatliche, vierteljährliche und jährliche Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Grenzschutzämter, Überseehäfen, Senatskommissar für das Auswanderungswesen in Bremen; Auswertung der Fahrgastlisten aus der Seeverkehrsstatistik.

Berichtsweg:

Befragte — Bundesgrenzschutzdirektion Koblenz — StBA (zentrale Aufbereitung).

Dargestellte Tatbestände:

Vierteljährlich und jährlich:

Auswanderer insgesamt nach Geschlecht, deutscher und fremder Staatsangehörigkeit, bisherigem Wohnsitz (Land), Grenzübergangsstellen und Zielländern, Auswanderer in den einzelnen Monaten nach Zielländern. Auswanderer über See- und Flughäfen nach dem außereuropäischen Ausland außerdem nach Altersgruppen, Familienstand, Vertriebenen- und Flüchtlingseigenschaft und Berufsgruppen.

Einwanderer insgesamt nach Geschlecht, Altersgruppen, deutscher und fremder Staatsangehörigkeit, Volksgruppen sowie nach Herkunftsländern; außerdem Rückwanderer.

Veröffentlichungen:

WiSta 58/1, 9, 10, 10\*; 59/9, 9\*; 60/7, 7\*, 10, 10\*.

StB VIII/26 (vierteljährlich und jährlich) bis einschließlich Berichtsjahr 1958.

StBRD Band 218 (1957). Ab 1962 Ergebnisse aus der Wanderungsstatistik (siehe lfd. Nr. I A 5 II) in:

Fachserie A, Reihe 3 (jährlich).

Fachserie A, Reihe 3/II (vierteljährlich und jährlich).

Bemerkungen:

Die seit 1953 geführte besondere Aus- und Einwanderungsstatistik wurde wegen der Mängel dieser Statistik ab Berichtsjahr 1959 eingestellt. An deren Stelle wird ab 1. Januar 1962 die Statistik der Wanderungen über die Auslandsgrenzen des Bundesgebietes erweitert.

## 7. Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung

(StBRD Band 182 S. 29, lfd. Nr. I A 7)

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes vom 4. Juli 1957 (BGBl. I S. 694). Abdruck im Anhang S. 170.

Periodizität:

Laufende Erfassung; monatliche, vierteljährliche und jährliche Aufbereitung. Für 1961 werden die Ergebnisse zum Teil getrennt für die Zeit vor und nach dem Zählungstischtag aufbereitet.

Kreis der Befragten:

Standesämter.

Berichtsweg:

Befragte — StLA — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Monatlich (nach dem Registrierort):

Eheschließungen. Lebendgeborene; Totgeborene. Gestorbene insgesamt.

Vierteljährlich mit Monatsergebnissen (Geburten und Sterbefälle nach dem Wohnort):

Eheschließungen. Lebendgeborene insgesamt (darunter unehelich) und nach dem Geschlecht; Totgeborene. Gestorbene nach dem Geschlecht; im ersten Lebensjahr und in den ersten 28 Lebenstagen Gestorbene.

Jährlich (Geburten und Sterbefälle nach dem Wohnort): Eheschließende nach Alters- und Geburtsjahren und bisherigem Familienstand.

Eheschließungen nach Religionszugehörigkeit, Staatsangehörigkeit und bisherigem Familienstand der Ehegatten; Ersterhen, Wiederverheiratungen.

Eheliche und uneheliche Lebend- und Totgeborene nach dem Geschlecht (jeweils nach Kalendermonaten), darunter in Anstalten Geborene. Ehelich Geborene nach Geburtsjahren der Mütter und Gesamtgeburtenfolge, nach Eheschließungsjahren der Mütter und Lebendgeburtenfolge. Ehelich Lebendgeborene nach Eheschließungsjahren und Geburtsjahren der Mütter sowie nach Geburtsjahren und Staatsangehörigkeit der Eltern. Ehelich Erstgeborene nach Geburtsmonat und Ehedauer der Eltern. Ehelich geborene zweite und weitere Kinder nach Geburtenabstand und Gesamtgeburtenfolge. Mehrlingsgeburten nach Geschlechtskombination, Lebend- und Totgeborenen und Legitimität.

Gestorbene nach Geschlecht, Kalendermonaten, Alter, Familienstand, Religionszugehörigkeit. Im ersten Lebensjahr Gestorbene nach Alter, Geschlecht, Legitimität, Geburts- und Sterbemonat.

Außerdem für Vertriebene: Eheschließungen nach der Vertriebeneneigenschaft der Ehegatten; Lebendgeborene (darunter unehelich) und Gestorbene nach Geschlecht. Totgeborene (jeweils nach Kalendermonaten); Gestorbene ferner nach Altersgruppen und Familienstand.

Für Zugewanderte: Lebendgeborene und Gestorbene.

Für das Volkszählungsjahr 1961 werden zusätzlich nachgewiesen: ein Teil der Ergebnisse nach Gemeindearten, ferner durch Tod gelöste Ehen nach Geburtsjahr beider Ehegatten und Eheschließungsjahr; für 1960 und 1962 nur fakultativer Nachweis.

#### Veröffentlichungen:

WiSta 58/7, 9; 59/1, 5, 6, 7, 8, 11; 60/2, 3, 5, 7, 9; 61/1, 3, 4, 7, 9, 10; 62/1, 4.

WiSta\* (monatlich).

Stb VIII/1 (vierteljährlich)

fortgesetzt in:

Fachserie A, Reihe 2/I (vierteljährlich).

StBRD Band 228 (1957), 252 (1958)

fortgesetzt in:

Fachserie A, Reihe 2 (jährlich).

Außerdem als Sonderbeiträge:  
Allgemeine Sterbetafel in WiSta 53/1 und StBRD Band 75

wird fortgesetzt in:

Fachserie A, Reihe 2/Sonderbeiträge.

Abgekürzte Sterbetafel 1957/58 in WiSta 60/5, 5\*; 1958/59 (nach Todesursachen) in WiSta 61/3, 3\*; 1959/60 in WiSta 62/1, 1\*.

Säuglingssterblichkeit in StBRD Band 169

wird fortgesetzt in:

Fachserie A, Reihe 2/Sonderbeiträge.

Fachserie A, Reihe 4 (unregelmäßig).

#### Bemerkungen:

Für die Personenkreise der Vertriebenen und Zugewanderten wurde diese Statistik bis Ende 1960 durchgeführt.

### 8. Statistik der rechtskräftigen Urteile in Ehesachen

(StBRD Band 182 S. 29, lfd. Nr. I A 8)

#### Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes vom 4. Juli 1957 (BGBl. I S. 694). Abdruck im Anhang S. 170.

#### Periodizität:

Laufende Erfassung, jährliche Aufbereitung.

#### Kreis der Befragten:

Landgerichte.

#### Berichtsweg:

Befragte — StLÄ — StBA.

#### Dargestellte Tatbestände:

Gerichtliche Ehelösungen nach der Art des Urteils (Nichtigkeit der Ehe, Aufhebung der Ehe, Ehescheidung), dem Kläger, Gründen; Ehescheidungen nach der Schuld, Eheschließungsjahren, Ehedauer und Kinderzahl, nach Alter, Altersunterschied, Geburtsjahren, Religionszugehörigkeit der Geschiedenen. Geschiedene Männer und Frauen nach Alter und Ehedauer.

#### Veröffentlichungen:

WiSta 58/11; 60/1; 61/2.

StB VIII/13 (jährlich)

fortgesetzt in:

Fachserie A, Reihe 2/II (jährlich).

StBRD Band 228 (1957), 252 (1958)

fortgesetzt in:

Fachserie A, Reihe 2 (jährlich).

### 9. Statistik der standesamtlich beurkundeten Kriegsterbefälle

(StBRD Band 182 S. 30, lfd. Nr. I A 9)

#### Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes vom 4. Juli 1957 (BGBl. I S. 694). Abdruck im Anhang S. 170.

#### Periodizität:

Laufende Erfassung, jährliche Aufbereitung.

#### Kreis der Befragten:

Standesämter.

#### Berichtsweg:

Befragte — StLÄ — StBA.

#### Dargestellte Tatbestände:

Standesamtlich beurkundete Kriegsterbefälle von Angehörigen der deutschen Wehrmacht und von Zivilpersonen nach Staatsangehörigkeit und Todesjahr, von Deutschen nach Altersgruppen und Familienstand.

#### Veröffentlichungen:

StB VIII/28/1, 2, 3

fortgesetzt in:

StBRD Band 228 (1957), 252 (1958)

fortgesetzt in:

Fachserie A, Reihe 2 (jährlich).

### 10. Statistik der gerichtlichen Todeserklärungen

(StBRD Band 182 S. 30, lfd. Nr. I A 10)

#### Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes vom 4. Juli 1957 (BGBl. I S. 694). Abdruck im Anhang S. 170.

#### Periodizität:

Laufende Erfassung, jährliche Aufbereitung.

#### Kreis der Befragten:

Amtsgerichte.

#### Berichtsweg:

Befragte — Standesamt I (Berlin) — StBA (zentrale Aufbereitung).

#### Dargestellte Tatbestände:

Gerichtliche Todeserklärungen von Angehörigen der deutschen Wehrmacht und von Zivilpersonen nach Geschlecht, Staatsangehörigkeit und Todesjahr; von Deutschen nach Altersgruppen und Familienstand.

#### Veröffentlichungen:

StB VIII/28/1, 2, 3

fortgesetzt in:

StBRD Band 228 (1957), 252 (1958)

fortgesetzt in:

Fachserie A, Reihe 2 (jährlich).

### 11. Statistik der Vertriebenen, Flüchtlinge, Deutschen aus der SBZ und Zugewanderten

Inwieweit über diese Personenkreise im Rahmen der amtlichen Statistik berichtet wird, ist aus dem alphabetischen Sachregister bzw. aus den »Dargestellten Tatbeständen« bei den einzelnen Statistiken zu entnehmen. Einen Überblick vermitteln auch der 1955 erschienene Band 114 StBRD (1946 bis 1953), der 1958 erschienene Band 211, der ebenfalls 1958 erschienene Sonderband »Die Deutschen Vertreibungsverluste, Bevölkerungsbilanzen 1939/50 für die deutschen Vertreibungsgebiete« sowie die Statistischen Berichte VIII/6 und VIII/20 sowie die in Fachserie A, Reihe 4 in unregelmäßigen Abständen erscheinenden Veröffentlichungen.

**a) Stand der Vertriebenen- und Flüchtlingsbevölkerung**  
(Ergebnisse der Fortschreibung bzw. des Mikrozensus)  
(StBRD Band 182 S. 30, lfd. Nr. I A 11 a)

**Rechtsgrundlage:**

Gesetz über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes vom 4. Juli 1957 (BGBl. I S. 694). Abdruck im Anhang S. 170. Gesetz über die Durchführung einer Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens (Mikrozensus) vom 16. März 1957 (BGBl. I S. 213). Abdruck im Anhang S. 167. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Durchführung einer Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens (Mikrozensus) vom 5. Dezember 1960 (BGBl. I S. 873). Abdruck im Anhang S. 169. Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (Bundesvertriebenengesetz — BVFG —) vom 19. Mai 1953 (BGBl. I S. 201).

**Periodizität:**

Vierteljährliche und jährliche Fortschreibung bzw. jährliche Erhebung durch den Mikrozensus.

**Kreis der Befragten:**

Die Fortschreibungen erfolgten in den StLÄ im Rahmen der Fortschreibung des Bevölkerungsstandes; bei den Mikrozensus-erhebungen werden die Haushalte und deren Mitglieder befragt.

**Berichtsweg:**

Befragte — StLÄ — StBA.

**Dargestellte Tatbestände:**

Fortschreibung: Vertriebene und Zugewanderte im Bundesgebiet und in den Bundesländern nach Geschlecht und Alter; Mikrozensus: Vertriebene, Sowjetzonenflüchtlinge im Bundesgebiet und in den Bundesländern nach Geschlecht, Altersgruppen, Familienstand, Erwerbstätigkeit.

**Veröffentlichungen:**

StB VIII/6 (unregelmäßig),  
StB VIII/20  
fortgesetzt in:  
Fachserie A, Reihe 4 (unregelmäßig).  
(Siehe auch S. 36, lfd. Nr. I A 2 und S. 37, lfd. Nr. I A 4.)

**Bemerkungen:**

Für die Personkreise der Vertriebenen und Zugewanderten wurden die Fortschreibung sowie die Auszählungen aus der Wanderungsstatistik bis Ende 1960 durchgeführt. Bestandszahlen über Vertriebene (Inhaber eines Bundesvertriebenenausweises A oder B) und Sowjetzonenflüchtlinge (Inhaber eines Bundesflüchtlingsausweises C) und ab 1961 auch für die Deutschen aus der SBZ liefert weiterhin die 1% Erhebung des Mikrozensus. Zahlen über die Wanderung dieser Personkreise werden zur Zeit nicht ermittelt.

**b) Sonderauszählungsprogramm der Wanderungsstatistik**  
(StBRD Band 182 S. 30, lfd. Nr. I A 11 b)

**Rechtsgrundlage:**

Gesetz über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes vom 4. Juli 1957 (BGBl. I S. 694). Abdruck im Anhang S. 170. Vereinbarungen mit den Ländern in Verbindung mit § 97, Abs. 1 des Gesetzes über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (Bundesvertriebenengesetz — BVFG —) vom 19. Mai 1953 (BGBl. I S. 201).

**Periodizität:**

Halbjährliche, zum Teil vierteljährliche Aufbereitung.

**Kreis der Befragten:**

Die Auszählung wurde in den StLÄ der Aufnahmeländer Hamburg, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg an Hand der Unterlagen der Wanderungsstatistik (siehe S. 37, lfd. Nr. I A 5) vorgenommen.

**Berichtsweg:**

Befragte — StLÄ — StBA.

**Dargestellte Tatbestände:**

**Vierteljährlich:**

Die innerhalb des Bundesgebietes von Abgabeländern in die Aufnahmeländer wandernden Vertriebenen (bis 1959).

**Halbjährlich:**

Aus bzw. nach Berlin (West) sowie der sowjetischen Besatzungszone und Sowjetsektor von Berlin zu- und fortgezogene Personen nach Geschlecht, Personenkreisen (Vertriebene, zugezogene Deutsche), Alters- und Bevölkerungsgruppen, nach Alters- und Geburtsjahren sowie bis 1959 die innerhalb des Bundesgebietes von Abgabeländern in die Aufnahmeländer wandernden Vertriebenen nach Altersgruppen. Angaben über die Bevölkerungsgruppen fallen im Rahmen der allgemeinen Wanderungsstatistik — vgl. S. 37, lfd. Nr. I A 5 — an.

**Veröffentlichungen:**

StB VIII/6 (halbjährlich)  
(siehe auch S. 37, lfd. Nr. I A 5).

**Bemerkungen:**

Siehe Bemerkungen zu 11 a).

**c) Statistische Auswertung der Antragsformulare zum Bundesvertriebenenausweis**  
(StBRD Band 182 S. 30, lfd. Nr. I A 11 c)

**Rechtsgrundlage:**

Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (Bundesvertriebenengesetz — BVFG —) vom 19. Mai 1953 (BGBl. I S. 201), § 97, Abs. 2.

**Periodizität:**

Ab Mitte 1953 einmalige Erhebung der im allgemeinen bis zum 31. Dezember 1955 gestellten Anträge; die Aufbereitung wurde im Frühjahr 1958 abgeschlossen.

**Kreis der Befragten:**

Vertriebene und Sowjetzonenflüchtlinge.

**Berichtsweg:**

Befragte — Kreisflüchtlingsverwaltungen — StLÄ — StBA (Aufbereitung teils bei den StLÄ, teils beim StBA).

**Dargestellte Tatbestände:**

Vertriebene und Sowjetzonenflüchtlinge nach Geschlecht, Altersgruppen, Herkunftsgebieten, Stand der wirtschaftlichen und sozialen Eingliederung der Vertriebenen und Sowjetzonenflüchtlinge, Vergleich zu deren Lage vor der Vertreibung bzw. Flucht.

**Veröffentlichungen:**

WiSta 58/4; 60/7.  
StBRD Band 211.

**d) Erhebung über die nicht eingegliederten nichtdeutschen Flüchtlinge in Lagern, Heimen, Anstalten und ähnlichen Einrichtungen**  
(StBRD Band 182 S. 31, lfd. Nr. I A 11 d)

**Rechtsgrundlage:**

Erlaß des Bundesministers für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte vom 11. Juli 1957 (I 5 a — 6946 — 1343/57) auf Grund einer Übereinkunft zwischen dem Hohen Kommissar der UN für das Flüchtlingswesen und der Bundesregierung.

**Periodizität:**

Im Juli und August 1957 nach dem Stand vom 30. Juni 1957 durchgeführt.

**Kreis der Befragten:**

Verwaltungen der Lager, Heime usw.

**Berichtsweg:**

Befragte — Flüchtlingsverwaltungen der Länder — StBA (zentrale Aufbereitung).

**Dargestellte Tatbestände:**

Angaben über die wirtschaftliche und soziale Lage der Flüchtlingshaushalte.

**Veröffentlichungen:**

WiSta 58/2.

## 12. Ausländerstatistik

(StBRD Band 182 S. 31, lfd. Nr. I A 12)

Eine Neuregelung der Ausländerstatistik ist vorgesehen. Ergebnisse über Ausländer in der Gliederung nach verschiedenen Merkmalen fallen bei der Volks- und Berufszählung 1961 an.

## 13. Staatsangehörigkeitsstatistik

(StBRD Band 182 S. 31, lfd. Nr. I A 13)

Rechtsgrundlage:

Vereinbarungen mit den Ländern.

Periodizität:

Jährliche Berichterstattung und Zusammenstellung.

Kreis der Befragten:

Zuständige Behörden der Länder und Bundesverwaltungsamt.

Berichtsweg:

Befragte — Innenministerien der Länder bzw. Bundesverwaltungsamt — StBA (Zusammenstellung und Veröffentlichung).

Dargestellte Tatbestände:

Erwerb und Fortbestand der deutschen Staatsangehörigkeit durch Einbürgerungen und Erklärungen, Staatsangehörigkeitsurkunden für Deutsche. Eingebürgerte Personen nach dem Rechtsgrund. Erwerb und Fortbestand der deutschen Staatsangehörigkeit auf Grund des Zweiten und Dritten Gesetzes zur Regelung von Fragen der Staatsangehörigkeit von 1956 bzw. 1957. Aus der deutschen Staatsangehörigkeit entlassene Personen nach neuen Heimatstaaten

Veröffentlichungen:

StB VIII/24 (jährlich)

fortgesetzt in:

Fachserie A, Reihe 1/V (jährlich).

### B. Erwerbstätigkeit

(siehe auch S. 36, lfd. Nr. I A 2 — Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens [Mikrozensus] —)

## 1. Berufszählung

### a) Berufszählung 1950

(StBRD Band 182 S. 31, lfd. Nr. I B 1a)

Rechtsgrundlage:

Gesetz über eine Zählung der Bevölkerung, Gebäude, Wohnungen, nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und landwirtschaftlichen Kleinbetriebe im Jahre 1950 (Volkszählungsgesetz 1950) vom 27. Juli 1950 (BGBl. S. 335).

Periodizität:

In Verbindung mit der Volkszählung am 13. September 1950 durchgeführt.

Kreis der Befragten:

Gesamtbevölkerung.

Nicht erfaßt wurden Angehörige der Besatzungsstreitkräfte, der Besatzungsbehörden, der beglaubigten ausländischen Missionen und der Internationalen Kontrollbehörde für die Ruhr sowie Familienangehörige der vorstehend genannten Personen.

Berichtsweg:

Befragte — Gemeinden (Durchführung der Zählung unter Mitwirkung ehrenamtlicher Zähler) — Kreise — StLÄ — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Gliederung der Bevölkerung nach Geschlecht und Erwerbstätigkeit. Erwerbspersonen in ihrer beruflichen, betrieblichen und sozialen Gliederung sowie nach Alter, Familienstand und nebenberuflicher Erwerbstätigkeit. Selbständige Berufslose nach Personenkreisen und Alter. Zugehörigkeit der Erwerbspersonen und der Ehefrauen ohne Hauptberuf zu einer Krankenversicherung und ihre voraussichtliche Altersversorgung. Pendelwanderung der Erwerbspersonen.

Außerdem Vertriebene nach Geschlecht und Erwerbstätigkeit, in betrieblicher und sozialer Gliederung. Vertriebene Erwerbspersonen nach ihrer beruflichen Gliederung und ihrer nebenberuflichen Erwerbstätigkeit. Vertriebene Selbständige Berufslose nach Personenkreisen und Alter.

Veröffentlichungen:

WiSta 51/2, 2\*, 3, 3\*, 5, 5\*; 52/2, 8, 9, 9\*; 53/7, 7\*, 8, 8\*, 10, 10\*; 55/2, 2\*, 10.

StB VIII/8/1 bis 28.

StBRD Band 34 (M), 36 Heft 1 bis 3, 37 Heft 1 bis 5.

Im übrigen siehe S. 35, lfd. Nr. I A 1a.

### b) Berufszählung 1961

Rechtsgrundlage:

Gesetz über eine Zählung der Bevölkerung und der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und Unternehmen im Jahre 1961 sowie über einen Verkehrszensus im Jahre 1962 (Volkszählungsgesetz 1961) vom 13. April 1961 (BGBl. I S. 437). Abdruck im Anhang S. 162.

Periodizität:

In Verbindung mit der Volkszählung am 6. Juni 1961 durchgeführt.

Kreis der Befragten:

Gesamtbevölkerung.

Nicht erfaßt wurden Angehörige der im Bundesgebiet einschließlich Berlin (West) stationierten ausländischen Streitkräfte sowie die Mitglieder der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen und die Familienangehörigen dieser Personenkreise.

Berichtsweg:

Befragte — Gemeinden (Durchführung der Zählung unter Mitwirkung ehrenamtlicher Zähler) — Kreise — StLÄ — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Vorgesehen:

(Sämtliche Ergebnisse sind nach dem Geschlecht gegliedert.)

Wohnbevölkerung nach Altersgruppen (für Vertriebene, Deutsche aus der SBZ und Sowjetzonenflüchtlinge nach Altersjahren), Familienstand, Stellung zum Erwerbsleben, überwiegender Unterhaltsquelle; Berufszugehörige nach überwiegender Unterhaltsquelle, Bz-Wirtschaftsabteilung und Stellung im Beruf des Ernährers.

Zivile Erwerbsbevölkerung nach Altersjahren (Frauen auch nach dem Familienstand), Stellung zum Erwerbsleben und Stellung im Beruf; Bz-Wirtschaftsunterabteilungen, sozialer Stellung, Religionszugehörigkeit, Vertriebenen- und Flüchtlingseigenschaft; Bz-Wirtschaftsgruppen, Berufsklassen, Stellung im Beruf, Altersgruppen, überwiegender Unterhaltsquelle; Arbeitsort und Bz-Wirtschaftsabteilungen.

Vertriebene und Deutsche aus der SBZ unter der zivilen Erwerbsbevölkerung (nach Bz-Wirtschaftsabteilungen) sowie unter den Schülern und Studierenden.

Zivile Arbeitende nach Bz-Wirtschaftsunterabteilungen, Stellung im Beruf, Altersgruppen, Wochenarbeitszeit; mit weiterer Tätigkeit nach Berufsklassen, Bz-Wirtschaftsgruppen, Stellung im Beruf.

Nichtarbeitende nach Stellung zum Erwerbsleben vor der Arbeitslosigkeit, Berufsklassen und Bz-Wirtschaftsabteilung der zuletzt ausgeübten Tätigkeit.

Erwerbsbevölkerung, die überwiegend von Rente lebte bzw. überwiegend wirtschaftlich abhängig war nach Altersjahren, Familienstand, Stellung im Beruf.

Überwiegend wirtschaftlich Abhängige nach Altersgruppen, Bz-Wirtschaftsabteilungen und Stellung im Beruf sowie nach der überwiegenden Unterhaltsquelle, Bz-Wirtschaftsabteilung und Stellung im Beruf des Ernährers.

Nichterwerbsbevölkerung nach Selbständigen ohne Erwerb und Angehörigen ohne Erwerb, Altersjahren, Familienstand, Vertriebenen- und Flüchtlingseigenschaft.

Schüler und Studierende nach dem Schul- bzw. Studienort. Zivile Anstaltsbevölkerung nach Anstaltsarten; Personal und Insassen nach Altersgruppen, Bz-Wirtschaftsabteilungen, Stellung zum Erwerbsleben, überwiegender Unterhaltsquelle, Vertriebenen- und Flüchtlingseigenschaft.

Zivile Pendler (getrennt für Auspendler und Einpendler) für alle Gemeinden: nach Berufspendlern (darunter Abhängige) in der Gliederung nach Bz-Wirtschaftsabteilungen sowie nach Schülern und Studierenden, nach Wohnsitz- bzw. Zielgemeinde;

Auspendler aus Wohnsitzgemeinden mit 10 und mehr Auspendlern nach einer bestimmten Zielgemeinde bzw. Einpendler in Zielgemeinden mit 10 und mehr Einpendlern aus einer bestimmten Wohnsitzgemeinde (Pendlerströme): nach Berufspendlern in Gliederung nach Altersgruppen, Wirtschaftsbereich, Vertriebenen- und Flüchtlingseigenschaft sowie nach Schülern und Studierenden.

Weg zur Arbeits- bzw. Ausbildungsstätte für die zivilen Arbeitenden bzw. Schüler und Studierenden (repräsentative Aufbereitung von 10% der Haushaltslisten nach Ländern und Gemeindearten): durchschnittlicher Zeitaufwand für den Weg, wichtigstes benutztes Verkehrsmittel, gegliedert nach Bz-Wirtschaftsunterabteilungen, Stellung im Beruf (darunter Pendler) sowie Schülern und Studierenden (darunter Pendler).

Personen mit abgeschlossener Ausbildung an Berufsfach- bzw. Fachschulen oder Hochschulen nach Altersgruppen und zum Teil Altersjahren, Fachrichtung der Ausbildung, Stellung zum Erwerbsleben, Religionszugehörigkeit (für Frauen auch nach dem Familienstand »verheiratet«); teilweise Nachweis der Vertriebenen- und Flüchtlingseigenschaft.

Zivile Erwerbsbevölkerung mit abgeschlossener Ausbildung an Berufsfach- bzw. Fachschulen oder Hochschulen nach Altersgruppen und zum Teil Altersjahren, Berufsklassen, Fachrichtung der Ausbildung, Stellung im Beruf, Religionszugehörigkeit, Bz-Wirtschaftsunterabteilungen. Teilweise Nachweis für Ausländer sowie der Vertriebenen- und Flüchtlingseigenschaft.

Ausländer nach Staatsangehörigkeit, Stellung zum Erwerbsleben.

Ausländer unter der Erwerbsbevölkerung nach Staatsangehörigkeit, Stellung zum Erwerbsleben, Stellung im Beruf, Berufsklassen, überwiegender Unterhaltsquelle, Bz-Wirtschaftsgruppen.

Ausländer unter den wirtschaftlich Abhängigen nach Staatsangehörigkeit und wirtschaftlichen Merkmalen des Ernährers (für Frauen auch nach dem Familienstand »verheiratet«).

Berufs- und wirtschaftssystematische Gruppierungen wurden nach der »Klassifizierung der Berufe, systematisches und alphabetisches Verzeichnis der Berufsbenennungen, Ausgabe 1961« bzw. nach der »Systematik der Wirtschaftszweige für die Berufszählung 1961« vorgenommen, siehe auch Übersicht im Anhang S. 270 und Auszug aus dem »Systematischen Verzeichnis der Berufsbenennungen (Ausgabe 1961)« auf S. 284.

Veröffentlichungen:

WiSta 56/12; 59/3 (M); 61/4, 7 (M).

Vorgesehen:

Fachserie A, Einzelveröffentlichungen (einmalig).

## 2. Statistik der Arbeitsvermittlung

(StBRD Band 182 S. 31, lfd. Nr. I B 2)

Rechtsgrundlage:

Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (AVAVG) in der Fassung vom 3. April 1957 (BGBl. I S. 321), § 202.

Periodizität:

Monatliche, vierteljährliche, halbjährliche und jährliche Berichterstattung und Zusammenstellung.

Kreis der Befragten:

Arbeitsämter.

Berichtsweg:

Befragte — Landesarbeitsämter — Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.

Dargestellte Tatbestände:

I. Monatlich: Arbeitslose, übrige Arbeitsuchende und offene Stellen, jeweils nach Berufsgruppen.

Vierteljährlich: Schwerbeschädigte nach Berufsgruppen.

Halbjährlich: Arbeitslose Vertriebene nach Berufsgruppen.

Halbjährlich bzw. jährlich: Arbeitslose nach Berufsgruppen, wichtigen Berufsordnungen und Berufen (Merkmale werden von Fall zu Fall festgesetzt).

Jährlich: Arbeitslose nach Alters- und Berufsgruppen.

II. Monatlich: Zugang an Arbeitsuchenden und offenen Stellen sowie Vermittlungen nach Berufsgruppen, darunter Vermittlungen in kurzfristige Beschäftigung, Vermittlungen von Schwerbeschädigten, Vermittlungen auswärtiger Arbeitskräfte, darunter im Rand-, Landesarbeitsamts- und Bundesausgleich.

Veröffentlichungen:

WiSta\* (monatlich).

Fachserie A, Reihe 4 (unregelmäßig).

Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.

Amtliche Nachrichten (monatlich).

Jahreszahlen zur Arbeitsstatistik (jährliche Beilage zu den Amtlichen Nachrichten).

## 3. Jahresstatistik der Berufsberatung

(StBRD Band 182 S. 32, lfd. Nr. I B 4)

Rechtsgrundlage:

Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (AVAVG) in der Fassung vom 3. April 1957 (BGBl. I S. 321), § 202.

Periodizität:

Jährliche Berichterstattung und Zusammenstellung.

Kreis der Befragten:

Arbeitsämter.

Berichtsweg:

Befragte — Landesarbeitsämter — Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.

Dargestellte Tatbestände:

Ratsuchende, Ausbildungsstellen, Berufswünsche und Berufseinnündungen nach Berufen, Schulentlassene nach Schularten, psychologische Eignungsuntersuchungen, Verbleib der Ratsuchenden.

Veröffentlichungen:

Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung:

Sonderheft als Beilage zu den Amtlichen Nachrichten (jährlich).

## 4. Beschäftigtenstatistik

(StBRD Band 182 S. 32, lfd. Nr. I B 5)

Rechtsgrundlage:

Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (AVAVG) in der Fassung vom 3. April 1957 (BGBl. I S. 321), § 202.

Periodizität:

Vierteljährliche, halbjährliche und jährliche Berichterstattung und Zusammenstellung.

Kreis der Befragten:

Arbeitsämter.

Berichtsweg:

Befragte — Landesarbeitsämter — Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.

Dargestellte Tatbestände:

Vierteljährlich (Stand 31. März, 30. Juni, 30. September und 31. Dezember): Gesamtzahl der beschäftigten Arbeitnehmer nach dem Geschlecht.

Halbjährlich (Stand 31. März und 30. September): Beschäftigte Arbeitnehmer nach Wirtschaftszweigen sowie beschäftigte Heimarbeiter.

Jährlich (Stand 30. September): Beschäftigte Jugendliche unter 18 Jahren.

Veröffentlichungen:

WiSta\* (Juni- und Dezemberheft).

Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.

Amtliche Nachrichten (vierteljährlich, halbjährlich bzw. jährlich).

## 5. Erhebung über nichtdeutsche Arbeitnehmer

(StBRD Band 182 S. 32, lfd. Nr. I B 6)

Rechtsgrundlage:

Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (AVAVG) in der Fassung vom 3. April 1957 (BGBl. I S. 321), § 202.

Periodizität:

Vierteljährliche, halbjährliche und jährliche Berichterstattung und Zusammenstellung.

Kreis der Befragten:

Arbeitsämter, Deutsche Kommissionen in Italien, Spanien und Griechenland, Deutsche Verbindungsstelle in der Türkei.

Berichtsweg:

Befragte — Landesarbeitsämter — Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.

Dargestellte Tatbestände:

Vierteljährlich (Stand 31. März, 30. Juni, 30. September und 31. Dezember): Erstmalig erteilte Arbeitserlaubnisse für nichtdeutsche Arbeitnehmer nach Staatsangehörigkeit und Wirtschaftsbereichen; die von den Deutschen Kommissionen im Ausland mit Legitimationskarten ausgestatteten ausländischen Saison- und Dauerarbeitskräfte nach Berufen, Gesamtzahl der beschäftigten nichtdeutschen Arbeitnehmer.

Halbjährlich (Stand 31. Januar und 30. Juni): Beschäftigte nichtdeutsche Arbeitnehmer nach Staatsangehörigkeit und Wirtschaftsbereichen sowie nach der Art der erteilten Arbeitserlaubnis.

Jährlich (Stand 30. September): Beschäftigte nichtdeutsche Arbeitnehmer nach Wirtschaftszweigen.

Veröffentlichungen:

Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.  
Amtliche Nachrichten (vierteljährlich, halbjährlich bzw. jährlich).

## 6. Statistik über Kurzarbeit

(StBRD Band 182 S. 32, lfd. Nr. I B 7)

Rechtsgrundlage:

Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (AVAVG) in der Fassung vom 3. April 1957 (BGBl. I S. 321), § 202.

Periodizität:

Monatliche Berichterstattung und Zusammenstellung.

Kreis der Befragten:

Arbeitsämter.

Berichtsweg:

Befragte — Landesarbeitsämter — Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.

Dargestellte Tatbestände:

Betriebe und Kurzarbeiter nach Wirtschaftszweigen bzw. -gruppen.

Veröffentlichungen:

Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung:  
Amtliche Nachrichten (monatlich).

## 7. Statistik der Grenzgänger

(StBRD Band 182 S. 33, lfd. Nr. I B 8)

Rechtsgrundlage:

Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (AVAVG) in der Fassung vom 3. April 1957 (BGBl. I S. 321), § 202.

Periodizität:

Halbjährliche Berichterstattung und Zusammenstellung.

Kreis der Befragten:

Grenzarbeitsämter.

Berichtsweg:

Befragte — Landesarbeitsämter — Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.

Dargestellte Tatbestände:

Über die Auslandsgrenzen aus- und einpendelnde Arbeitnehmer (Grenzgänger) nach Wirtschaftsabteilungen.

Veröffentlichungen:

Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung:  
Amtliche Nachrichten (halbjährlich).

## C. Gesundheitswesen

### 1. Statistik der Neuerkrankungen an meldepflichtigen Krankheiten

(StBRD Band 182 S. 33, lfd. Nr. I C 1)

Rechtsgrundlage:

Gesetz zur Vereinheitlichung des Gesundheitswesens vom 3. Juli 1934 (RGBl. I S. 531). Dritte Durchführungsverordnung vom 1. April 1935 (RMBl. I S. 327), § 49, Abs. 1 und 2 in Verbindung mit:

Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten beim Menschen (Bundes-Seuchengesetz) vom 18. Juli 1961 (BGBl. I S. 1012).

Für Berlin: Gesetz zur Ergänzung von Vorschriften über Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten (Seuchenbekämpfungs-Ergänzungsgesetz) vom 8. November 1951 (GVBl. für Berlin S. 1105) und Durchführungsverordnung vom 26. März 1952 (GVBl. für Berlin S. 208).

Periodizität:

Laufende Berichterstattung, wöchentliche, vierteljährliche und jährliche Zusammenstellung.

Kreis der Befragten:

Ärzte, Pflegepersonen, Hebammen, Familienhaupt. Leichenschauer; leitende Krankenhausärzte für Krankenanstalten, Schiffsführer.

Berichtsweg:

Befragte — Gesundheitsämter — Medizinalverwaltungen der Länder bzw. StLÄ — StBA (— Bundesgesundheitsamt); ferner auf Grund von Sondervereinbarungen: Medizinalverwaltungen — Bundesgesundheitsamt.

Dargestellte Tatbestände:

Erkrankungs- und Todesfälle an Krankheiten im Sinne des Bundesseuchengesetzes.

Veröffentlichungen:

WiSta 60/4, 4\*; 61/3, 3\*; 62/4, 4\*.

StB VIII/2 (wöchentlich)

fortgesetzt in:

Fachserie A, Reihe 7/1 (wöchentlich, vierteljährlich, jährlich).

StBRD Band 232 (1957), 255 (1958)

fortgesetzt in:

Fachserie A, Reihe 7 (jährlich).

Bundesgesundheitsamt: Bundesgesundheitsblatt.

### 2. Statistik der an aktiver Tuberkulose Erkrankten und Neuerkrankten

(StBRD Band 182 S. 33, lfd. Nr. I C 2)

Rechtsgrundlage:

Beschluß der Tuberkulosereferenten der Länder der Bundesrepublik Deutschland vom Oktober 1951; siehe Federhen, L. (Herausgeber): Der Arzt des Öffentlichen Gesundheitsdienstes, Stuttgart 1952, S. 536

in Verbindung mit:

Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten beim Menschen (Bundes-Seuchengesetz) vom 18. Juli 1961 (BGBl. I S. 1012).

Für Berlin: Gesetz zur Ergänzung von Vorschriften über Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten (Seuchenbekämpfungs-Ergänzungsgesetz) vom 8. November 1951 (GVBl. für Berlin S. 1105) und Durchführungsverordnung vom 26. März 1952 (GVBl. für Berlin S. 208).

Periodizität:

Laufende Berichterstattung über Neuerkrankungen, bei den Kreisärzten wöchentliche Meldungen nach Bundesseuchengesetz ab 1. Januar 1962 erforderlich. Vierteljährliche Zusammenstellung; Stichtag für Bestandsermittlung: letzter Tag des Quartals. Für Neuerkrankungen Wochenmeldung vorgesehen.

Kreis der Befragten:

Ärzte, Pflegepersonen, Hebammen, Familienhaupt, Leichenschauer; leitende Krankenhausärzte für Krankenanstalten; Schiffsführer; ferner Tuberkulose-Fürsorgestellten der Gesundheitsämter.

Berichtsweg:

Befragte — Tuberkulose-Fürsorgestellten der Gesundheitsämter — Medizinalverwaltungen der Länder bzw. StLÄ — StBA (— Bundesgesundheitsamt).

Dargestellte Tatbestände:

Neuerkrankungen und Todesfälle sowie Neuzugänge und Bestand bei den Tbc-Fürsorgestellten. Neuerkrankte und Bestand an Personen mit ansteckender sowie nicht ansteckender aktiver Tuberkulose der Atmungsorgane und mit Tuberkulose anderer Organe (der jährliche Nachweis ist nach Altersgruppen und Geschlecht gegliedert).

Veröffentlichungen:

WiSta 58/7, 7\*; 59/8, 8\*; 60/10, 10\*; 61/12, 12\*.

StB VIII/3

fortgesetzt in:

Fachserie A, Reihe 7/II (vierteljährlich, jährlich).

StBRD Band 232 (1957), 255 (1958)

fortgesetzt in:

Fachserie A, Reihe 7 (jährlich).

Vorgesehen:

Bundesgesundheitsamt: Bundesgesundheitsblatt (Wöchentliche Meldungen über Neuerkrankte).

### 3. Statistik der Schnellmeldungen über Kinderlähmungen

(StBRD Band 182 S. 33, lfd. Nr. I C 3)

Rechtsgrundlage:

Vereinbarungen mit den Ländern.

Periodizität:

Wöchentliche Berichterstattung und Zusammenstellung.

Kreis der Befragten:

Gesundheitsämter.

Berichtsweg:

Befragte — Bundesgesundheitsamt.

Dargestellte Tatbestände:

Erkrankungs- und Sterbefälle an Kinderlähmung.

Veröffentlichungen:

Bundesgesundheitsamt: Bundesgesundheitsblatt.

### 4. Erhebung über die Ursachen von Milzbrandkrankungen bei Menschen

(StBRD Band 182 S. 33, lfd. Nr. I C 4)

Rechtsgrundlage:

Rundschreiben des Bundesministerium des Innern 4212-17-1182/54 vom 9. Juli 1954; gilt auch im Lande Berlin.

Periodizität:

Jährliche Berichterstattung und Zusammenstellung.

Kreis der Befragten:

Gesundheitsämter, beamtete Tierärzte, Gewerbeaufsichtsbeamte.

Berichtsweg:

Befragte (ggf. über Gesundheitsämter) — Medizinalverwaltungen der Länder — Bundesgesundheitsamt.

Dargestellte Tatbestände:

Krankheitsverlauf, Übertragungsweg, gewerbehygienische Ermittlungen.

Veröffentlichungen:

Bundesgesundheitsamt: Bundesgesundheitsblatt (vorgesehen).

### 5. Statistik der Pockenschutzimpfungen

(StBRD Band 182 S. 33, lfd. Nr. I C 5)

Rechtsgrundlage:

Impfgesetz vom 8. April 1874 (RGBl. S. 31); Rundschreiben des Bundesministers des Innern vom 11. Oktober 1954 — 4224 — 03 — 1649/54 —.

Periodizität:

Jährliche Berichterstattung und Zusammenstellung.

Kreis der Befragten:

Gesundheitsämter.

Berichtsweg:

Befragte — Medizinalverwaltungen der Länder — Bundesgesundheitsamt.

Dargestellte Tatbestände:

Impfpflichtige, Impfungen, Impferfolg.

Veröffentlichungen:

Bundesgesundheitsamt: Bundesgesundheitsblatt.

### 6. Todesursachenstatistik

(StBRD Band 182 S. 34, lfd. Nr. I C 8)

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes vom 4. Juli 1957 (BGBl. I S. 694). Abdruck im Anhang S. 170 — in Verbindung mit § 38 des Personenstandsgesetzes vom 3. November 1937 (RGBl. I S. 1146) und der Ersten Verordnung zur Durchführung des Personenstandsgesetzes vom 19. Mai 1938 (RGBl. I S. 533).

Periodizität:

Laufende Erfassung, monatliche, vierteljährliche und jährliche Zusammenstellung.

Kreis der Befragten:

Standesämter (auf Grund der Angaben in den Leichenschau- bzw. Totenscheinen).

Berichtsweg:

Befragte — Gesundheitsämter — StLÄ — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Sterbefälle nach Todesursachen und Geschlecht sowie (nur jährlich) nach Altersgruppen, Mütter- und Säuglingssterblichkeit nach Todesursachen. Allgemeine und standardisierte Sterbeziffern nach Todesursachen. Die Todesursachen werden nach dem »Deutschen Verzeichnis der Krankheiten, Verletzungen und Todesursachen, Ausgabe 1958« (monatlich auszugsweise) und nach dem kurzen »Internationalen Verzeichnis 1958«, Liste B, nachgewiesen (siehe Übersicht im Anhang auf S. 270).

Für das Volkszählungsjahr 1961 erfolgt zusätzlich Gliederung nach Gemeindearten und Familienstand; für 1960 und 1962 nur fakultativer Nachweis.

Veröffentlichungen:

WiSta 58/4, 4\*, 9, 9\*; 59/5, 5\*; 60/2, 2\*; 61/2, 2\*; 62/2, 2\*.

StB VIII/14 (vierteljährlich)

fortgesetzt in:

Fachserie A, Reihe 7/IV (vierteljährlich, jährlich).

StBRD Band 232 (1957), 255 (1958)

fortgesetzt in:

Fachserie A, Reihe 7 (jährlich).

### 7. Krankheitsarten- und Todesursachenstatistik der sozialen Krankenversicherung

(StBRD Band 182 S. 34, lfd. Nr. I C 9)

Rechtsgrundlage:

Freiwillige Statistik auf Grund von Vereinbarungen zwischen dem Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung und den Bundesverbänden der Krankenkassen.

Periodizität:

Jährliche Erfassung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Gesetzliche Krankenkassen (ohne Ersatzkassen).



#### Berichtsweg:

Befragte — Krankenkassenverbände — Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.

#### Dargestellte Tatbestände:

Leistungsfälle nach Krankheitsarten entsprechend dem »Verzeichnis der Krankheiten und Gesundheitsschädigungen für die Statistik der Sozialversicherungsträger, Ausgabe 1962«.

#### Veröffentlichungen:

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung: Sonderhefte.

### 8. Statistik der Heil- und Heilhilfspersonen

(StBRD Band 182 S. 34, lfd. Nr. I C 7)

#### Rechtsgrundlage:

Gesetz zur Vereinheitlichung des Gesundheitswesens vom 3. Juli 1934 (RGBl. I S. 531), Dritte Durchführungsverordnung vom 1. April 1935 (RMBl. I S. 327) §§ 1 und 20 und zusätzliche Anordnungen der Länder.

#### Periodizität:

Jährliche Erhebung (Stichtag 31. Dezember) und Aufbereitung. Monatliche Berichterstattung über Zu- und Abgänge von Ärzten entfällt derzeit.

#### Kreis der Befragten:

Gesundheitsämter.

#### Berichtsweg:

Befragte — Medizinalverwaltungen der Länder bzw. StLÄ — StBA.

#### Dargestellte Tatbestände:

Heil- und Heilhilfspersonen nach Geschlecht und Berufsgruppen (zum Teil außerdem Gliederung nach der Art der Berufsausübung). Facharztanerkennungen; an Ärzte, Zahnärzte und Apotheker erteilte Approbationen. Personal der Gesundheitsämter nach beruflicher Gliederung.

Zahl und Art der Apotheken sowie Personal der Apotheken nach Geschlecht und beruflicher Gliederung.

#### Veröffentlichungen:

WiSta 57/12, 12\*; 58/10, 10\*; 59/11, 11\*; 61/1, 1\*; 62/2, 2\*.

StB VIII/25 (jährlich).

fortgesetzt in: Fachserie A, Reihe 7/III (jährlich).

StBRD Band 232 (1957), 255 (1958).

fortgesetzt in: Fachserie A, Reihe 7 (jährlich).

### 9. Krankenanstaltsstatistik

(StBRD Band 182 S. 34, lfd. Nr. I C 6)

#### Rechtsgrundlage:

Beschluß des Reichsrats vom 17. September 1931 sowie Gesetz zur Vereinheitlichung des Gesundheitswesens vom 3. Juli 1934 (RGBl. I S. 531), Dritte Durchführungsverordnung vom 1. April 1935 (RMBl. I S. 327), § 49.

#### Periodizität:

Jährliche Erhebung (Stichtag 31. Dezember) und Aufbereitung.

#### Kreis der Befragten:

Krankenanstalten.

#### Berichtsweg:

Befragte — Gesundheitsämter — Medizinalverwaltungen der Länder bzw. StLÄ — StBA.

#### Dargestellte Tatbestände:

Öffentliche, freigemeinnützige und private Krankenanstalten. Zweckbestimmung der Krankenanstalten; Fachabteilungen in Allgemeinen Krankenanstalten; Personal, Bettenzahl, Zu- und Abgang von Kranken; Anstaltsgeburten.

#### Veröffentlichungen:

WiSta 57/12, 12\*; 58/11, 11\*; 59/12, 12\*; 61/5, 5\*; 62/3, 3\*.

StB VIII/27 (jährlich).

fortgesetzt in:

Fachserie A, Reihe 7/III (jährlich).

StBRD Band 232 (1957), 255 (1958).

fortgesetzt in:

Fachserie A, Reihe 7 (jährlich).

### D. Schulen und Hochschulen; Sport

#### 1. Erhebung an den allgemeinbildenden Schulen

(StBRD Band 182 S. 34, lfd. Nr. I D 1)

#### Rechtsgrundlage:

Vereinbarungen mit den Ländern und Anordnungen der Länder.

#### Periodizität:

Jährliche Erhebung (Stichtag 15. Mai) und Aufbereitung. In Bayern wird die Erhebung im Oktober durchgeführt.

#### Kreis der Befragten:

Öffentliche und private Volksschulen, Sonderschulen, Mittelschulen, Höhere Schulen (Gymnasien), Schulen mit neu organisiertem Schulaufbau, Freie Waldorfschulen, Abend-schulen und Institute zur Erlangung der Hochschulreife.

#### Berichtsweg:

Befragte — Kultusministerien der Länder — StLÄ — StBA (auf Grund eines Auftrages der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder der Bundesrepublik Deutschland vom 3. Mai 1950 wirkt das StBA bei der Vorbereitung der Schul- und Hochschul-Statistiken koordinierend mit und stellt Bundesergebnisse zusammen).

#### Dargestellte Tatbestände:

(Die Angaben werden für öffentliche und private Schulen nachgewiesen, für letztere meist als »darunter«-Zahlen.)

##### I. Volksschulen:

Schulen, Schulen mit Aufbauzügen (Mittelschulzügen); Schulräume, neuerstellte, alleinbenutzte und mitbenutzte Klassenräume, Behelfsräume, Turnhallen und Räume für Leibesübungen, Zahl der Schülerklassen.

Schüler nach Geschlecht, Geburtsjahr, Schuljahrgang (darunter in Aufbauklassen), Schülerbewegung (Schulanfänger, Schulentlassungen des vergangenen Schuljahres und voraussichtliche am Ende des laufenden Schuljahres), Teilnehmer am fremdsprachlichen Unterricht (darunter in Aufbauklassen).

Hauptamtliche und hauptberufliche Lehrkräfte nach Geschlecht, Dienststellung, Lehrbefähigung (teilweise unter Nachweis der Vertriebenen, Deutschen aus der SBZ und Sowjetzonenflüchtlinge; außerdem Vertriebene und Deutsche aus der SBZ, die im abgelaufenen Schuljahr erstmals im Bundesgebiet einschließlich Berlin (West) in den Schuldienst als Lehrkräfte eingestellt wurden); nebenamtliche und nebenberufliche Lehrkräfte nach Geschlecht.

Außerdem: Konfessioneller Charakter der Schulen (1958); Klassen und Schüler nach Klassigkeit der Schulen (1958), Schülerklassen nach Klassenfrequenzgruppen (1957), Schulkindergärten (1959); Religionszugehörigkeit der Schüler und Lehrkräfte (1958); Vertriebene unter den Schülern an Volks- und Sonderschulen (1959 und 1960); voraussichtliche Zahl der Schulanfänger, voraussichtlicher Bestand an Schülern, voraussichtliche Schulentlassungen (einschließlich Aufbauklassen und Sonderschulen) bis 1970/71; hauptamtliche und hauptberufliche Lehrkräfte nach Altersgruppen (1959).

##### II. Sonderschulen:

Schulen nach Art, Verbindung der Schule mit Heim oder Anstalt; Schülerklassen nach Schularten, neuerstellte, alleinbenutzte und mitbenutzte Schulräume, Behelfsräume.

Schüler nach Geschlecht, Geburtsjahr, Schulbesuchsjahr und Schulentlassungen.

Lehrkräfte (im einzelnen wie bei Volksschulen, ferner nach Schulart).

Außerdem: Religionszugehörigkeit der Schüler (1958), Vertriebene unter den Schülern an Volks- und Sonderschulen (1959 und 1960); hauptamtliche und hauptberufliche Lehrkräfte nach Altersgruppen (1959).

### III. Mittelschulen:

Schulen, Schülerklassen, Schulräume, neuerstellte, alleinbenutzte und mitbenutzte Klassenräume, Behelfsräume, Turnhallen und Räume für Leibesübungen; Schülerklassen nach Schuljahrgängen.

Schüler nach Geschlecht, Geburtsjahr, Schuljahrgang; Teilnehmer am Unterricht in neuen Sprachen (außer in Englisch); nicht versetzte Schüler nach Schuljahrgang; Schülerbewegung (Aufnahmen in die unterste Klasse und Abgänge mit dem Abschlußzeugnis).

Lehrkräfte (im einzelnen wie bei Volksschulen).

Außerdem: Religionszugehörigkeit der Schüler (1958), voraussichtlicher Bestand an Schülern, voraussichtliche Abgänge bis 1970/71; hauptamtliche und hauptberufliche Lehrkräfte nach Altersgruppen (1959).

### IV. Höhere Schulen (Gymnasien):

Im einzelnen wie bei Mittelschulen; ferner: Abgänge mit Versetzung nach der Obersekunda, erteilte Reifezeugnisse, Abiturienten nach Geschlecht und Geburtsjahr.

Außerdem: Höhere Schulen nach Schultypen (1959); Voraussichtlicher Bestand an Schülern, voraussichtliche Abgänge bis 1970/71.

### V. Schulen mit neu organisiertem Schulaufbau:

Schulen nach Schulart: Schulräume, neuerstellte, alleinbenutzte und mitbenutzte Klassenräume, Behelfsräume, Turnhallen und Räume für Leibesübungen; Schülerklassen nach Schulart.

Schüler nach Geschlecht und Schulart.

Lehrkräfte (im einzelnen wie bei Volksschulen).

Außerdem: Hauptamtliche und hauptberufliche Lehrkräfte nach Altersgruppen (1958).

### VI. Freie Waldorfschulen (Rudolf-Steiner-Schulen):

Schulen; Klassenräume (darunter neuerstellte, alleinbenutzte und mitbenutzte), Behelfsräume, Schulturnhallen, Räume für Leibesübungen; Schülerklassen nach Grund- und Oberschule.

Schüler in der Grund- und Oberschule nach Geschlecht.

Lehrkräfte (im einzelnen wie bei Volksschulen).

### VII. Einrichtungen des Zweiten Bildungsweges:

a) Abendmittelschulen und Abendgymnasien (Nachweis ab 1958):

Schulen; Teilnehmer nach Geschlecht (darunter über 20 Jahre); bestandene Abschlußprüfungen; Lehrkräfte mit unter 10 und 10 und mehr Wochenstunden.

b) Institute zur Erlangung der Hochschulreife (Nachweis ab 1961):

wie unter a).

### Veröffentlichungen:

WiSta 60/12.

StB VIII/9 und VIII/20

fortgesetzt in:

Fachserie A, Reihe 10/I (jährlich, Vorbericht und ausführlicher Bericht), Reihe 4 (unregelmäßig).

Verzeichnis der Höheren Schulen, Mittelschulen und Sonderschulen in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West), Stand 1960.

## 2. Erhebung an den berufsbildenden Schulen

(StBRD Band 182 S. 35, lfd. Nr. I D 2)

### Rechtsgrundlage:

Vereinbarungen mit den Ländern und Anordnungen der Länder.

### Periodizität:

Jährliche Erhebung (im November) und Aufbereitung. In Rheinland-Pfalz wird seit 1958 für die Berufs- und Berufsfachschulen die Erhebung im Juni durchgeführt. Im Zusammenhang mit der Verlegung des Stichtages auf den 15. Mai erfolgte in Nordrhein-Westfalen für 1961 keine Erhebung.

### Kreis der Befragten:

Öffentliche und private Berufsschulen, Berufsfachschulen und Fachschulen.

### Berichtsweg:

Befragte — Kultusministerien bzw. sonstige zuständige Ministerien der Länder — StLÄ — StBA.

### Dargestellte Tatbestände:

(Die Angaben werden für öffentliche und private Schulen nachgewiesen, für letztere meist als »darunter«-Zahlen.)

### I. Berufsschulen:

Schulen nach Schularten und fachlichem Ausbau, Werkberufsschulen, Sonderberufsschulen nach Schularten, Berufsaufbaulehrgänge; Schulräume und Schülerklassen nach Arten, neugeschaffene, alleinbenutzte und mitbenutzte Schulräume; Schülerklassen nach Zahl der erteilten Wochenstunden.

Schüler nach Geschlecht, Geburtsjahr, Schuljahrgang, Teilnehmer am Religionsunterricht, Lehrlinge und Anlernlinge nach Berufsgruppen.

Lehrkräfte im einzelnen wie bei Volksschulen; Vertriebene und Sowjetzonenflüchtlinge auch nach Dienststellung und Alter gegliedert; ferner teilbeschäftigte Lehrerinnen.

Außerdem: Erwerbstätigkeit und Beschäftigungsverhältnis der Schüler (1958).

Hauptamtliche und hauptberufliche Lehrkräfte nach Altersgruppen, nebenamtliche Lehrkräfte nach Geschlecht und Zahl der Wochenstunden (1957).

### II. Berufsfachschulen:

Schulen nach Schularten, einer anderen Schule angegliederte Berufsfachschulen; Schulräume nach Art (darunter neugeschaffene), Zahl der Klassen.

Vollschüler nach Geschlecht; Geburtsjahr, Vorbildung, voraussichtlicher Beendigung der Ausbildung, Berufsabteilungen und Berufen; Schüler im ersten Ausbildungsjahr.

Lehrkräfte im einzelnen wie bei Volksschulen; Vertriebene und Sowjetzonenflüchtlinge auch nach Dienststellung und Alter gegliedert; ferner: teilbeschäftigte Lehrerinnen.

### III. Fachschulen:

Schulen nach Schularten, einer anderen Schule angegliederte Fachschulen; Schulräume nach Art (darunter neugeschaffene), Zahl der Klassen.

Fachschüler nach Geschlecht, Geburtsjahr, Vorbildung, Berufen, Schüler im ersten und zweiten Semester nach Geschlecht, nach voraussichtlichem Abschlußjahr des Studiums; ausländische Schüler nach Geschlecht, nach Staatsangehörigkeit und Schulart.

Lehrkräfte im einzelnen wie bei Volksschulen; Vertriebene und Sowjetzonenflüchtlinge auch nach Dienststellung und Alter gegliedert; ferner teilbeschäftigte Lehrerinnen.

### Veröffentlichungen:

StB VIII/15 und VIII/20

fortgesetzt in:

Fachserie A, Reihe 10/II (jährlich, Vorbericht und ausführlicher Bericht), Reihe 4 (unregelmäßig).

StBRD Band 214 (1955 und 1956).

## 3. Erhebung an den Ingenieurschulen, Technikerschulen und Technikerlehrgängen

(StBRD Band 182 S. 35, lfd. Nr. I D 2 V)

### Rechtsgrundlage:

Vereinbarungen mit den Ländern und Anordnungen der Länder.

### Periodizität:

Jährliche Erhebung (im November) und Aufbereitung.

### Kreis der Befragten:

Ingenieurschulen, Technikerschulen und Technikerlehrgänge; Studierende an den Ingenieurschulen (seit 1958).

### Berichtsweg:

Befragte — Kultusministerien bzw. sonstige zuständige Ministerien der Länder — StLÄ — StBA.

#### Dargestellte Tatbestände:

(Die Angaben werden für öffentliche Schulen, private Schulen und ab 1960 für Schulen der Fachrichtung Gartenbau nachgewiesen.)

##### I. Ingenieurschulen:

Schulen nach Schulart bzw. Fachrichtung, Semesterzahl, Zahl der Wochenstunden.

Schulräume nach Art (darunter neugeschaffene).

Studierende nach Geschlecht (darunter ausländische Studierende); Studierende im Vorsemester; deutsche Studierende nach Geschlecht, Geburtsjahr, Familienstand, ständigem Wohnsitz (darunter Vertriebene, Deutsche aus der SBZ und Sowjetzonenflüchtlinge), schulischer Vorbildung, beruflicher Ausbildung, Schulart, Studienbereich, Studiengebiet, Studienfach, Fachsemester, Fachschulreifeprüfung, Vorsemesterbesuch, Teilnahme an Berufsaufbaulehrgängen und Praktikantenunterricht, Finanzierung des Studiums;

ausländische Studierende nach Geschlecht, Studiengebiet, Fachsemester, Staatsangehörigkeit;

von deutschen und ausländischen Studierenden mit Erfolg abgelegte Ingenieurprüfungen nach Fachrichtung.

Hauptamtliche und hauptberufliche Lehrkräfte nach Geschlecht, Ausbildung, Dienststellung, Vertriebenen- und Flüchtlingseigenschaft; außerdem Deutsche aus der SBZ, die im abgelaufenen Schuljahr erstmals im Bundesgebiet einschließlich Berlin (West) in den Schuldienst als Lehrkräfte eingestellt wurden; nebenamtliche und nebenberufliche Lehrkräfte nach Geschlecht und Zahl der erteilten Wochenstunden.

Außerdem: Zahl der eigenen Kinder, Studienunterbrechung, Beruf des Vaters (1959), Lehrkräfte nach Altersgruppen (1959).

##### II. Technikerschulen und Technikerlehrgänge:

Schulen nach Fachrichtung, Semesterzahl und Wochenstunden, Tages- und Abendschulen und Abendlehrgängen, selbständige sowie mit Ingenieurschulen verbundene und berufsbildenden Schulen angegliederte Technikerschulen.

Studierende nach Geschlecht; deutsche Studierende nach Geschlecht, Vertriebenen- und Flüchtlingseigenschaft, Geburtsjahr, schulischer und beruflicher Vorbildung, Fachrichtung, Fachsemester; von deutschen Studierenden mit Erfolg abgelegte Technikerprüfungen nach Fachrichtung und Geschlecht der Studierenden.

#### Veröffentlichungen:

StB VIII/15 und VIII/20

fortgesetzt in:

Fachserie A, Reihe 10/III (jährlich, Vorbericht und ausführlicher Bericht), Reihe 4 (unregelmäßig).

StBRD Band 214 (1955 und 1956).

#### Bemerkungen:

Die Ergebnisse über Ingenieurschulen wurden allmählich aus der Fachschulstatistik herausgelöst und für 1956 erstmalig getrennt veröffentlicht. Ab 1958 sind auch alle Technikerschulen getrennt ausgewiesen und in den Bericht über Ingenieurschulen aufgenommen worden.

#### 4. Erhebung an den lehrerbildenden Anstalten und Einrichtungen

(StBRD Band 182 S. 36, lfd. Nr. I D 3)

##### Rechtsgrundlage:

Vereinbarungen mit den Ländern und Anordnungen der Länder.

##### Periodizität:

Jährliche Erhebung (im Winterhalbjahr) und Aufbereitung.

##### Kreis der Befragten:

Lehrerbildende Anstalten und Einrichtungen aller Art; Studierende der lehrerbildenden Anstalten (seit 1959).

#### Berichtsweg:

Befragte — Kultusministerien bzw. sonstige zuständige Ministerien der Länder — StLÄ — StBA.

#### Dargestellte Tatbestände:

Lehrerbildende Anstalten und Einrichtungen nach Arten; Dauer der Ausbildung.

Alle Studierenden nach Geschlecht, Lehramt (Ausbildungsziel), Art der Anstalten und Einrichtungen; mit Erfolg abgelegte Lehramtsprüfungen nach Lehrämtern; Studienabschlüsse insgesamt und auf 100 Lehrkräfte.

Studierende der lehrerbildenden Anstalten ferner nach ständigem Wohnsitz, Vertriebenen- und Flüchtlingseigenschaft, Art und Zeitpunkt des Erwerbs der Studienberechtigung, Geburtsjahr, Familienstand, Fachsemester, Religionszugehörigkeit, Finanzierung des Studiums; Studierende für das Lehramt an berufsbildenden Schulen nach Fachrichtung und abgeschlossener Berufsausbildung.

Studierende an den lehrerbildenden Einrichtungen nach Geburtsjahr, Religionszugehörigkeit, im 1. und 2. Semester, nach voraussichtlichem Abschlußjahr.

Hauptamtliche und hauptberufliche Lehrpersonen nach Geschlecht, Dienststellung, Ausbildung, Vertriebenen- und Flüchtlingseigenschaft; Deutsche aus der SBZ, die im abgelaufenen Schuljahr im Bundesgebiet einschließlich Berlin (West) erstmals als Lehrpersonen eingestellt wurden; nebenamtliche und nebenberufliche Lehrpersonen nach Geschlecht.

Außerdem: hauptamtliche und hauptberufliche Lehrpersonen nach Altersgruppen (1959/60).

#### Veröffentlichungen:

StB VIII/16 (jährlich) und VIII/20 (unregelmäßig)

fortgesetzt in:

Fachserie A, Reihe 10/IV (jährlich, Vorbericht und ausführlicher Bericht), Reihe 4 (unregelmäßig).

#### Bemerkungen:

Soweit die Studierenden Vollmatrikulierte einzelner Hochschulen sind, werden sie auch in der Hochschulstatistik nachgewiesen.

Nach dem Stand vom 15. November 1959 wurden erstmals die Studierenden an den lehrerbildenden Anstalten mit Individualfragebogen erfaßt. Die Ergebnisse für lehrerbildende Anstalten und lehrerbildende Einrichtungen werden ab 1960 getrennt nachgewiesen.

#### 5. Hochschulstatistik

##### a) Große Hochschulstatistik (Studierende an den Hochschulen)

(StBRD Band 182 S. 36, lfd. Nr. I D 4a)

##### Rechtsgrundlage:

Vereinbarungen mit den Ländern und Anordnungen der Länder.

##### Periodizität:

Jährlich einmal für das Wintersemester erhoben und aufbereitet.

##### Kreis der Befragten:

Studierende an den Universitäten, Technischen, Wissenschaftlichen, Philosophisch-Theologischen und Kirchlichen Hochschulen, Kunst-, Musikhochschulen, der Sporthochschule Köln.

##### Berichtsweg:

Befragte — Hochschulen — StLÄ — StBA.

#### Dargestellte Tatbestände:

Für sämtliche Hochschulen:

Deutsche Studierende nach Geschlecht, Geburtsjahr und Familienstand, ständigem Wohnsitz, Vertriebenen- und Flüchtlingseigenschaft; Studienbereich, Hochschulart, Art und Zeitpunkt des Erwerbs der Hochschulberechtigung.

Grundstudienfach; deutsche Studienanfänger nach Grundstudienfach, ständigem Wohnsitz; ausländische Studierende nach Staatsangehörigkeit und Studiengebiet.

Außerdem: Deutsche und ausländische Studierende nach der wohnlichen Unterbringung und nach Hochschularten (WS 1958/59).

Für Wissenschaftliche Hochschulen ferner:

Deutsche Studierende nach Studienfach, Fachsemester, Berufsziel, Finanzierung des Studiums, Zahl der besuchten Hochschulen.

Außerdem: Hochschulesemester, Beruf des Vaters (1959).

Veröffentlichungen:

StB VIII/4 (jährlich) und VIII/20

fortgesetzt in:

Fachserie A, Reihe 10/V (jährlich, Vorbericht und ausführlicher Bericht),  
Reihe 4 (unregelmäßig).

#### b) Kleine Hochschulstatistik (Hochschulbesuch)

(StBRD Band 182 S. 36, lfd. Nr. 1 D 4b)

Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 5a.

Periodizität:

Halbjährliche Erhebung (Sommersemester und Wintersemester) und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Universitäten, Technische, Wissenschaftliche, Philosophisch-Theologische und Kirchliche Hochschulen, Kunst- und Musikhochschulen, Sporthochschule Köln.

Berichtsweg:

Befragte — StLÄ — StBA (zentrale Aufbereitung).

Dargestellte Tatbestände:

Deutsche und ausländische Studierende und Studienanfänger an den einzelnen Hochschulen nach Geschlecht und Fachrichtung; beurlaubte Studierende, Gasthörer nach Hochschulart; ausländische Studierende im Vorsemester bzw. Studienkolleg.

Veröffentlichungen:

StB VIII/4 (halbjährlich)

fortgesetzt in:

Fachserie A, Reihe 10/V (halbjährlich).

#### 6. Statistik der Hochschullehrer und des wissenschaftlichen Personals an den Wissenschaftlichen Hochschulen

(StBRD Band 182 S. 36, lfd. Nr. 1 D 5)

Rechtsgrundlage:

Vereinbarungen mit den Ländern und Anordnungen der Länder.

Periodizität:

Unregelmäßig, zuletzt mit Stichtag 15. November 1960 durchgeführt.

Kreis der Befragten:

Hochschullehrer, wissenschaftliches Personal.

Berichtsweg:

Befragte — Hochschulen — StLÄ — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Vorgesehen:

Akademische und dienstliche Stellung; Geburtsjahr; Vertriebenen- und Flüchtlingseigenschaft; Jahr der Promotion, Habilitation, ersten Berufung; für die Nachwuchsgruppen: Familienstand, Kinderzahl.

Veröffentlichungen:

WiSta 62/7, 7\*.

Vorgesehen:

Fachserie A, Reihe 10/V (unregelmäßig),  
Reihe 4 (unregelmäßig).

#### 7. Statistik der Hochschulprüfungen

(StBRD Band 182 S. 37, lfd. Nr. 1 D 6)

Rechtsgrundlage:

Vereinbarungen mit den Ländern und Anordnungen der Länder.

Periodizität:

Jährliche Erhebung (im Oktober) und Aufbereitung für die jeweils zurückliegenden 2 Semester.

Kreis der Befragten:

Prüfungsämter bzw. Fakultäten der Wissenschaftlichen Hochschulen.

Berichtsweg:

Befragte — StLÄ — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Von deutschen und ausländischen Studierenden abgelegte, bestandene und nichtbestandene Vorprüfungen, Staats- und Diplomprüfungen, Doktorprüfungen (mit und ohne vorherige Staats- oder Diplomprüfung) nach Geschlecht der Studierenden, Fachrichtung, Hochschulart sowie (für Wintersemester 1959/60 und Sommersemester 1960) nach absolvierten Fachsemestern.

Veröffentlichungen:

StB VIII/4 (jährlich)

fortgesetzt in:

Fachserie A, Reihe 10/V (jährlich, ausführlicher Bericht).

#### 8. Statistik des Lehrernachwuchses für das Lehramt an Höheren Schulen

(StBRD Band 182 S. 37, lfd. Nr. 1 D 7)

Rechtsgrundlage:

Vereinbarungen mit den Ländern und Anordnungen der Länder.

Periodizität:

Ab 1955 jährliche Erhebung (im Januar) und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Anstalts- und Studienseminare bzw. Kultusministerien der Länder.

Berichtsweg:

Befragte — StLÄ — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Zahl der Studien- und Anstaltsseminare.

Studienreferendare nach Geschlecht, Vertriebenen- und Flüchtlingseigenschaft, Fachgruppen, voraussichtlichem Abschlußjahr der pädagogischen Prüfung, Geburtsjahr, Lehrbefähigungen, Ausbildungssemester; mit Erfolg abgelegte pädagogische Prüfungen nach Fachgruppen.

Lehrkräfte an Höheren Schulen, die an der Ausbildung der Studienreferendare beteiligt sind, nach Geschlecht und Entlastung.

Veröffentlichungen:

StB VIII/4 (jährlich)

fortgesetzt in:

Fachserie A, Reihe 10/V (jährlich, ausführlicher Bericht),  
Reihe 4 (unregelmäßig).

#### 9. Bestandserhebung über Turn- und Sportstätten

(StBRD Band 182 S. 37, lfd. Nr. 1 D 8)

Rechtsgrundlage:

Empfehlung der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder vom 21. August 1953.

Periodizität:

Einmalig nach dem Stand vom 31. Dezember 1955 durchgeführt.

Kreis der Befragten:

Gemeinden.

#### Berichtsweg:

Befragte — StLA — StBA.

#### Dargestellte Tatbestände:

Aktive und passive Mitglieder der Turn- und Sportvereine, gegliedert nach dem Geschlecht (aktive Mitglieder auch nach Altersgruppen). Zahl der Gemeinden mit Turn- und Sportstätten nach Arten. Insgesamt vorhandene sowie vereinseigene Turn- und Sportstätten nach Sportfläche in qm und Art der Anlage (Turn- und Sporthallen, Stadien, Sportplätze, Kinderspielplätze, Frei- und Hallenbäder, Tennisplätze, Röllschubbahnen, Wintersportanlagen usw.).

#### Veröffentlichungen:

WiSta 57/5, 5\*.

StB VIII/30/1.

StBRD Band 195.

Die Veröffentlichung der Ergebnisse künftiger Erhebungen über Turn- und Sportstätten und kulturelle Einrichtungen ist vorgesehen in: Fachserie A, Reihe 10/VI.

### E. Rechtspflege

#### 1. Justizstatistik

(StBRD Band 182 S. 38, lfd. Nr. I E 5)

##### Rechtsgrundlage:

Beschluß der Justizminister-Konferenz der Länder vom 8. und 9. November 1955.

##### Periodizität:

Jährliche Berichterstattung und Zusammenstellung.

##### Kreis der Befragten:

Oberlandesgerichte (Zusammenstellung der Ergebnisse an Hand der Geschäftsübersichten der ordentlichen Gerichte und der Staatsanwaltschaften), Bundesgerichtshof.

##### Berichtsweg:

Befragte — Justizministerien der Länder — StLA bzw. Bundesministerium der Justiz — StBA.

##### Dargestellte Tatbestände:

Zahl und Personal der Gerichte und Staats-(Amts-)anwaltschaften, Einwohnerzahlen der Gerichtsbezirke, Einteilung der Kollegialgerichte. Geschäftsanfall bei den ordentlichen Gerichten in erster Instanz und in den Rechtsmittelinstanzen.

##### Veröffentlichungen:

StB VIII/18

fortgesetzt in: Fachserie A, Reihe 9/I (jährlich).

StBRD Band 229 (1957), 251 (1958)

fortgesetzt in: Fachserie A, Reihe 9 (jährlich).

#### 2. Statistik der Arbeitsgerichtsbarkeit

(StBRD Band 182 S. 77, lfd. Nr. IX A 5 a)

##### Rechtsgrundlage:

Verwaltungsvorschriften des Bundes und der Länder.

##### Periodizität:

Monatliche Berichterstattung und vierteljährliche Zusammenstellung.

##### Kreis der Befragten:

I. Arbeits- und Landesarbeitsgerichte;

II. Bundesarbeitsgericht

##### Berichtsweg:

Zu I.: Befragte — Arbeitsministerien der Länder — Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung;

Zu II.: Bundesarbeitsgericht — Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.

##### Dargestellte Tatbestände:

Zahl und Art der Erledigung von Verfahren vor den Gerichten für Arbeitssachen.

#### Veröffentlichungen:

StBRD Band 251 (1958)

fortgesetzt in:

Fachserie A, Reihe 9 (jährlich).

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung:

Arbeits- und Sozialstatistische Mitteilungen (vierteljährlich und jährlich).

#### 3. Statistik über Personalbesetzung und Geschäftsanfall bei den Verwaltungsgerichten

(StBRD Band 182 S. 38, lfd. Nr. I E 6)

##### Rechtsgrundlage:

Vereinbarungen mit den Ländern.

##### Periodizität:

Jährliche Berichterstattung und Zusammenstellung.

##### Kreis der Befragten:

Verwaltungsgerichte, Oberverwaltungsgerichte bzw. Verwaltungsgerichtshöfe, Bundesverwaltungsgericht.

##### Berichtsweg:

Befragte (ggf. über zuständige Ministerien der Länder) — Bundesministerium des Innern.

##### Dargestellte Tatbestände:

Bei den Gerichten der allgemeinen Verwaltungsgerichtsbarkeit I. bis III. Instanz anhängig gewesene, zugegangene und erledigte Verwaltungsrechtssachen. Personalbesetzung (hauptamtliche Richter) bei den Gerichten der allgemeinen Verwaltungsgerichtsbarkeit I. bis III. Instanz.

##### Veröffentlichungen:

StBRD Band 251 (1958)

fortgesetzt in:

Fachserie A, Reihe 9 (jährlich).

#### 4. Statistik der Sozialgerichtsbarkeit

##### a) Statistik der Vorverfahren der Sozialgerichtsbarkeit

(StBRD Band 182 S. 77, lfd. Nr. IX A 5 b)

##### Rechtsgrundlage:

Verwaltungsvorschriften des Bundes und der Länder.

##### Periodizität:

Halbjährliche Berichterstattung und Zusammenstellung.

##### Kreis der Befragten:

Träger der Rentenversicherungen, Unfallversicherung, Arbeitslosenversicherung und Kriegsopferversorgung.

##### Berichtsweg:

Befragte — Arbeitsministerien der Länder — Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung; zur Arbeitslosenversicherung: Arbeitsämter — Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung — Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung. (siehe auch lfd. Nr. 4 c).

##### Dargestellte Tatbestände:

Vorliegende, eingegangene und erledigte Widersprüche, Art der Erledigung.

##### Veröffentlichungen:

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung:

Arbeits- und Sozialstatistische Mitteilungen (halbjährlich).

##### b) Statistik der Sozialgerichtsbarkeit

(StBRD Band 182 S. 77, lfd. Nr. IX A 5 c)

##### Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 4 a.

##### Periodizität:

Halbjährliche Berichterstattung und Zusammenstellung.

##### Kreis der Befragten:

I. Sozialgerichte, Landessozialgerichte;

II. Bundessozialgericht.

#### Berichtsweg:

Zu I.: Befragte — Arbeitsministerien der Länder — Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung;

Zu II.: Bundessozialgericht — Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.

#### Dargestellte Tatbestände:

Vorliegende, eingegangene und erledigte Klagen, Beschwerden, Berufungen und Revisionen, Art der Erledigung.

#### Veröffentlichungen:

StBRD Band 251 (1958)

fortgesetzt in:  
Fachserie A, Reihe 9 (jährlich).

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung:  
Arbeits- und Sozialstatistische Mitteilungen (halbjährlich).

#### c) Statistik über die Tätigkeit der Widerspruchsstellen und der Sozialgerichte für den Geschäftsbereich der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung

(StBRD Band 182 S. 77, lfd. Nr. IX A 5 d)

#### Rechtsgrundlage:

Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (AVAVG) in der Fassung vom 3. April 1957 (BGBl. I S. 321), § 202.

#### Periodizität:

Vierteljährliche Berichterstattung und Zusammenstellung.

#### Kreis der Befragten:

Arbeitsämter.

#### Berichtsweg:

Befragte — Landesarbeitsämter — Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.

#### Dargestellte Tatbestände:

Widersprüche und Klagen, gegliedert nach Sachgebieten und Art der Erledigung.

#### Veröffentlichungen:

Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung:  
Amtliche Nachrichten (vierteljährlich).

### 5. Polizeiliche Kriminalstatistik

(StBRD Band 182 S. 37, lfd. Nr. I E 1)

#### Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Einrichtung eines Bundeskriminalpolizeiamtes (Bundeskriminalamtes) vom 8. März 1951 (BGBl. I S. 165), §§ 2 und 3 sowie Vereinbarungen mit den Ländern und entsprechende Anordnungen der Länder.

#### Periodizität:

Monatliche Berichterstattung und Zusammenstellung.

#### Kreis der Befragten:

Örtliche (Kriminal-) Polizeibehörden.

#### Berichtsweg:

Befragte — Landeskriminalämter (zum Teil über nachgeordnete Kriminalpolizeistellen) — Bundeskriminalamt.

#### Dargestellte Tatbestände:

Jeweils für einzelne Straftatengruppen: bekanntgewordene Fälle, Tatort nach vier Gemeindegrößenklassen, aufgeklärte Fälle, ermittelte Täter nach vier Altersstufen (Erwachsene, Heranwachsende, Jugendliche, Kinder) und Geschlecht. Reisende Täter, nichtdeutsche Täter.

#### Veröffentlichungen:

WiSta 58/4 (M), 61/4.

Bundeskriminalamt: Polizeiliche Kriminalstatistik (jährlich).

### 6. Strafverfolgungsstatistik

(StBRD Band 182 S. 37, lfd. Nr. I E 2)

#### Rechtsgrundlage:

Vereinbarungen mit den Ländern und Anordnungen der Länder.

#### Periodizität:

Laufende Erfassung, jährliche Aufbereitung.

#### Kreis der Befragten:

Strafvollstreckungsbehörden.

#### Berichtsweg:

Befragte — StLÄ — StBA.

#### Dargestellte Tatbestände:

Abgeurteilte und verurteilte Personen (Erwachsene: 21 Jahre und älter, Heranwachsende: 18 bis unter 21 Jahre, Jugendliche: 14 bis unter 18 Jahre) als Täter, Anstifter oder Gehilfen nach Geschlecht, strafbaren Handlungen (jeweils getrennt nach Vollendung und Versuch) und Art der Entscheidung; die Verurteilten ferner nach dem Alter zur Zeit der Tat (Altersgruppen) sowie nach Art und Höhe der erkannten Strafen und der Art der angeordneten Maßnahmen und Maßregeln.

Die verurteilten Jugendlichen und die nach Jugendstrafrecht verurteilten Heranwachsenden ferner nach Schulbildung, Beruf und einigen anderen Merkmalen.

#### Veröffentlichungen:

WiSta 59/5, 5\*, 7, 7\*; 60/3, 3\*, 5, 5\*, 6, 6\*, 10, 10\*; 61/4, 4\*; 62/6.

StB VIII/22 (jährlich), VIII/23 (jährlich)

fortgesetzt in:

Fachserie A, Reihe 9/II (jährlich).

StBRD Band 229 (1957), 251 (1958)

fortgesetzt in:

Fachserie A, Reihe 9 (jährlich).

### 7. Strafvollzugsstatistik

#### Rechtsgrundlage:

Beschluß der Justizministerkonferenz der Länder. Vgl. Rundschreiben LMJ Nordrhein-Westfalen vom 4. April 1960 — 4470 — EC 12 — mitgeteilt im Schreiben des LMJ Nordrhein-Westfalen an das Statistische Landesamt Nordrhein-Westfalen vom 29. September 1960 — 4470 — III C 12.

#### Periodizität:

Stichtagserhebung am 31. März jeden Jahres. Für die Zu- und Abgänge monatliche Berichterstattung und jährliche Aufbereitung. Ab 1961 durchgeführt.

#### Kreis der Befragten:

Strafvollzugsanstalten.

#### Berichtsweg:

Befragte — Justizministerien der Länder — StLÄ — StBA.

#### Dargestellte Tatbestände:

Gefängene und Verwahrte am 31. März des Berichtsjahres nach Alter, Familienstand, Staatsangehörigkeit, Religionszugehörigkeit, Wohnsitz, strafbarer Handlung, Art und Zeitdauer der Strafen und Maßnahmen, Art des Vollzuges, Art und Häufigkeit der Vorstrafen sowie Wiedereinlieferungsabstände.

Gefangenenbewegung nach Art der Strafe oder freiheitsentziehenden Maßregel.

#### Veröffentlichungen:

WiSta 62/7, 7\*.

Fachserie A, Reihe 9/III (jährlich, erstmalig für 1961).

#### Bemerkungen:

Ab 1962 sollen auch die in nicht justizeigenen Anstalten Unterbrachten gezählt werden.

## 8. Bewährungshilfestatistik

Rechtsgrundlage:

Vorgesehen:

Vereinbarungen mit den Justizministerien der Länder.

Periodizität:

Laufende Berichterstattung und jährliche Zusammenstellung (Erstes Berichtsjahr: 1963).

Kreis der Befragten:

Bewährungshelfer.

Berichtsweg:

Befragte — Landesjustizverwaltungen — StLÄ — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Vorgesehen:

Bestand, Zugänge und Abgänge unterstellter Personen nach dem angewandten Strafrecht und der Art der Unterstellung. Personen, bei denen die Unterstellung durch Widerruf oder infolge Bewährung beendet worden ist, nach persönlichen Merkmalen und der strafbaren Handlung.

Veröffentlichungen:

Vorgesehen:

Fachserie A, Reihe 9/IV.

## 9. Auslieferungsstatistik

(StBRD Band 182 S. 38, lfd. Nr. I E3)

Rechtsgrundlage:

Vereinbarungen mit den Justizministerien der Länder.

Periodizität:

Jährliche Berichterstattung und Zusammenstellung.

Kreis der Befragten:

Oberlandesgerichte, Generalstaatsanwälte bei den Oberlandesgerichten.

Berichtsweg:

Befragte — Justizministerien der Länder — Bundesministerium der Justiz.

Dargestellte Tatbestände:

Ein-, Aus- und Durchlieferung, gegliedert nach ersuchten und ersuchenden Ländern und der zugrunde liegenden Straftat. Zahl und Staatsangehörigkeit der Verfolgten. Zahl der Nachtragsersuchen.

Veröffentlichungen:

StBRD Band 210 (1956), 229 (1957), 251 (1958)

fortgesetzt in:

Fachserie A, Reihe 9 (jährlich).

Bundesanzeiger (jährlich).

## 10. Amnestiestatistik

(StBRD Band 182 S. 38, lfd. Nr. I E4)

Rechtsgrundlage:

Vereinbarungen mit den Justizministerien der Länder.

Periodizität:

Bisher einmalig nach dem Straffreiheitsgesetz vom 17. Juli 1954 durchgeführt.

Kreis der Befragten:

Strafvollstreckungsbehörden.

Berichtsweg:

Befragte — Justizministerien der Länder — Bundesministerium der Justiz — StBA (Zusammenstellung der Länderergebnisse).

Dargestellte Tatbestände:

Straferlaß und Einstellung von Strafverfahren, gegliedert nach strafbaren Handlungen.

Veröffentlichungen:

WiSta 56/5.

## F. Wahlen

### 1. Bundestagswahlstatistik

(StBRD Band 182 S. 38, lfd. Nr. I F1)

Rechtsgrundlage:

Wahlgesetze, Verordnungen.

Periodizität:

Wahltermine; zuletzt anlässlich der Bundestagswahl am 17. September 1961 durchgeführt.

Kreis der Befragten:

Rund 60 000 Wahlbezirke.

Berichtsweg:

Befragte — Gemeinden — Kreise (nur bei kreisangehörigen Gemeinden) — Kreiswahlleiter (Kreiswahlausschuß) — Landeswahlleiter (Landeswahlausschuß) — Bundeswahlleiter (Bundeswahlausschuß) — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Wahlberechtigte, Wähler, Wahlbeteiligung, abgegebene ungültige und gültige Erst- und Zweitstimmen; Verteilung der gültigen Erststimmen auf die Wahlkreisbewerber und der gültigen Zweitstimmen auf die Landeslisten. Kandidaten und Gewählte nach Parteizugehörigkeit, Altersgruppen, Wohnsitz und Beruf; bei Gewählten Angabe, ob in Persönlichkeits- oder Listenwahl gewählt.

Sonderauswertung der Ergebnisse der Briefwahl.

Repräsentative Wahlstatistik 1961: In 1126 ausgewählten Wahlbezirken für 2,4 % der Wahlberechtigten durchgeführt, und zwar zwecks Vergleichbarkeit mit der entsprechenden Auszählung 1957 größtenteils in den gleichen Wahlbezirken wie 1957.

Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Geschlecht und Alter der Wahlberechtigten und Wähler sowie nach Art der Kombination der Erst- und Zweitstimmen. Siehe auch Übersicht auf S. 286 ff.

Veröffentlichungen:

WiSta 58/8, 8\*; 61/9, 10, 12; 62/1, 1\*, 2, 2\*, 3.

StB VIII/5

fortgesetzt in:

Fachserie A, Reihe 8, Vorberichte 1 bis 4 (vierteljährlich), Heft 1 bis 4 (vierteljährlich).

## II. Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

### A. Betriebe, Beschäftigte

#### 1. Landwirtschaftliche Betriebszählung

##### a) Landwirtschaftliche Betriebszählung 1949 (StBRD Band 182 S. 39, lfd. Nr. II A 1 a)

###### Rechtsgrundlage:

Gesetz über eine landwirtschaftliche Betriebszählung im Vereinigten Wirtschaftsgebiet vom 2. April 1949 (WiGBI. S. 54) und Erste Durchführungsverordnung vom 9. April 1949 (WiGBI. S. 54); für die französische Besatzungszone landesrechtliche Anordnungen.

###### Periodizität:

Am 22. Mai 1949 durchgeführt. Im Jahre 1953 wurden eine Erhebung über die Benutzung von Schleppern und Bodenfräsen in der Land- und Forstwirtschaft (siehe S. 54, lfd. Nr. II A 4) und 1950 eine Gartenbauerhebung (siehe S. 53, lfd. Nr. II A 2 a) als Nacherhebung zur landwirtschaftlichen Betriebszählung 1949 durchgeführt.

###### Kreis der Befragten:

Rund 2 051 000 land- und forstwirtschaftliche Betriebe (einschließlich Gartenbau- und Weinbaubetriebe) mit einer Betriebsfläche (Gesamtfläche) von 0,5 und mehr ha.

(Die landwirtschaftlichen Kleinbetriebe und Kleingärten unter 0,5 ha Gesamtfläche wurden im Rahmen der Volks- und Berufszählung 1950 erfaßt — siehe S. 35, lfd. Nr. I A 1 a.)

###### Berichtsweg:

Befragte — Gemeinden (örtliche Durchführung der Zählung unter Mitwirkung ehrenamtlicher Zähler) — Kreise — StLÄ — StBA.

###### Dargestellte Tatbestände:

Betriebsgrößen und Besitzverhältnisse;  
Bodenbenutzung;  
Viehhaltung;  
Maschinenverwendung; Personal.

###### Veröffentlichungen:

WiSta 49/12; 50/1, 3\*, 4, 4\*, 5\*, 6, 8, 8\*, 9; 51/2, 2\*, 5, 8, 8\*, 9, 10; 52/1, 1\*, 5, 7, 7\*; 53/1, 1\*, 54/3.

StB III/1/1 bis 29.

StBRD Band 21 bis 27 (Methodische Einführung in StBRD Band 21 Heft 1; textliche Auswertung mit kartographischen Darstellungen in Band 27 Heft 2).

##### b) Landwirtschaftszählung 1960 (Haupterhebung)

###### Rechtsgrundlage:

Gesetz über eine Betriebszählung in der Land- und Forstwirtschaft (Landwirtschaftszählung 1960) vom 13. April 1960 (BGBl. I S. 217). Abdruck im Anhang S. 173.

###### Periodizität:

Haupterhebung am 31. Mai 1960 durchgeführt. Ferner eine monatliche Arbeitskräfteerhebung im Anschluß an die Haupterhebung für die Dauer eines Jahres bis Oktober 1961 (siehe S. 54, lfd. Nr. II A 5 b) sowie Gartenbauerhebung im Juli 1961 (siehe S. 53, lfd. Nr. II A 2 b), Forsterhebung in der Zeit vom April 1961 bis März 1962 (siehe S. 63, lfd. Nr. IIE 4), Binnenfischereierhebung im Juni 1962 (siehe S. 61, lfd. Nr. IIC 8).

###### Kreis der Befragten:

Rund 1 778 500 Inhaber bzw. Bewirtschafter

- von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben und Gesamtflächen ab 0,5 ha Gesamtfläche,
- aller Erwerbsgarten- und Weinbaubetriebe,
- von Erwerbsbetrieben der Binnenfischerei.

(Die landwirtschaftlichen Kleinbetriebe und Kleingärten unter 0,5 ha Gesamtfläche wurden im Rahmen der Volks- und Berufszählung 1961 erfaßt. Siehe S. 35, lfd. Nr. I A 1 b.)

###### Berichtsweg:

Befragte — Gemeinden (örtliche Durchführung der Zählung unter Mitwirkung ehrenamtlicher Zähler) — Kreise — StLÄ — StBA.

###### Dargestellte Tatbestände:

Für die Aufbereitung vorgesehen:

Land- und forstwirtschaftliche Betriebe mit 0,5 und mehr ha Betriebsfläche.

Hauptbetriebsarten, Betriebsgrößen und Besitzverhältnisse: Betriebe nach Größenklassen der Betriebsfläche, der landwirtschaftlichen Nutzfläche, der Waldfläche sowie sonstiger Flächen. Besitzverhältnisse nach Eigen- und Pachtland, Betriebsinhaber nach natürlichen und juristischen Personen sowie Vertriebenen- und Flüchtlingseigenschaft; Dauer der Pacht, Höhe der Pachtvergütung, Zahl der Teilstücke nach Größenklassen der landwirtschaftlichen Nutzfläche.

Bodennutzung: Betriebe (Zahl und Fläche) nach Hauptkulturrarten, Fruchtarten auf dem Ackerland, Sonderkulturen (Reben, Tabak, Hopfen), jeweils gegliedert nach Größenklassen der landwirtschaftlichen Nutzfläche.

Personal: Betriebsinhaber und im gemeinsamen Haushalt lebende Familienangehörige und Verwandte nach Geschlecht, Altersgruppen und Arbeitszeitleistung, Stellung zum Erwerbsleben sowie der überwiegenden Unterhaltsquelle. Familienarbeitskräfte (ständige und nichtständige) und ständige familienfremde Arbeitskräfte nach Geschlecht, Altersgruppen, Stellung im Betrieb, Sozialversicherung. Fachliche Vorbildung der Betriebsleiter und Hausfrauen von Betrieben mit Hauptproduktionsrichtung landwirtschaftliche Erzeugnisse. Größtenteils aufgegliedert nach Größenklassen der landwirtschaftlichen Nutzfläche bzw. Waldfläche.

Nebenbetriebe, Gewerbebetriebe, Gebäude: Verarbeitende Nebenbetriebe der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe, Gewerbebetriebe der Betriebsinhaber, Wohn- und Wirtschaftsgebäude, Werkwohnungen nach Hauptbetriebsarten und Größenklassen der landwirtschaftlichen Nutzfläche bzw. Waldfläche.

Viehhaltung: Betriebe mit Viehhaltung nach Arten der Tiere, Viehbesatz gegliedert nach Pferden, Rindern, Schweinen, Schafen, Hühnern; jeweils nach Zahl der gehaltenen Tiere sowie nach Größenklassen der landwirtschaftlichen Nutzfläche.

Maschinenverwendung: Betriebe mit Zug- und Antriebsmaschinen nach Art, Leistungsstärke, Besitzverhältnissen sowie nach Hauptbetriebsarten und Größenklassen der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Betriebe mit Arbeitsmaschinen und Geräten zur Bodenbearbeitung, Saat, Pflanzenpflege, Düngung, Erntebergung und -verarbeitung, Futtermittelbereitung sowie mit Verwendung von Fördereinrichtungen, Transportmitteln und sonstigen technischen Einrichtungen, jeweils nach Art und Besitzverhältnis sowie Größenklassen der landwirtschaftlichen Nutzfläche.

Betriebswirtschaftliche Tabellen: Betriebe nach Bodennutzungssystemen, landwirtschaftliche Betriebe nach dem Zuerwerb der Besitzerfamilien, betriebswirtschaftliche Struktur, Mechanisierungsstufen und -grad, Arbeitskräfte, Vieh- und Zugkräftebesatz.

###### Veröffentlichungen:

WiSta 60/5 (M), 9 (M); 61/2, 2\*, 5, 5\*; 62/2, 2\*, 5, 5\*, 6, 6\*, 7, 7\*.

StB III/1/30

fortgesetzt in: Fachserie B, Einzelveröffentlichungen; bisher 11 Vorberichte erschienen.

###### Bemerkungen:

Die Haupterhebung wurde mit zwei verschiedenen Fragebogen durchgeführt, dem Betriebsbogen A mit größerem Frageprogramm für die Betriebe mit 2 und mehr ha Betriebsfläche und dem Betriebsbogen B mit gekürztem Frageprogramm für Betriebe mit 0,5 bis unter 2 ha Betriebsfläche (einschließlich Erwerbsgarten-, -obst-, -weinbaubetriebe und Betriebe der Erwerbssteichwirtschaft und -fischzucht unter 0,5 ha Betriebsfläche); dementsprechend werden für die Betriebe mit 2 und mehr ha Betriebsfläche einzelne Tatbestände ausführlicher oder tiefer gegliedert dargestellt.



**c) Zählung der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe unter 0,5 ha (im Rahmen der Volks- und Berufszählung 1950)**  
(StBRD Band 182 S. 39, lfd. Nr. II A 1 c)

Rechtsgrundlage:

Volkszählungsgesetz 1950, § 1, vom 27. Juli 1950 (BGBl. S. 335).

Periodizität:

Im Rahmen der »Volks- und Berufszählung 1950« am 13. September 1950 durchgeführt.

Kreis der Befragten:

Rund 4 551 000 Bewirtschafter einer Fläche von weniger als 0,6 ha.

Berichtsweg:

Befragte — Gemeinden (örtliche Durchführung der Zählung unter Mitwirkung ehrenamtlicher Zähler) — Kreise — StLA — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Zahl und Fläche der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe unter 0,5 ha Gesamtfläche nach Besitzverhältnissen, Kulturarten.

Veröffentlichungen:

WiSta 51/10, 10\*.

StBRD Band 21 Heft 2, Band 24 Heft 1.

**d) Zählung der bewirtschafteten Bodenflächen unter 0,5 ha (im Rahmen der Volks- und Berufszählung 1961)**

Rechtsgrundlage:

Volkszählungsgesetz 1961 vom 13. April 1961 (BGBl. I S. 437), § 3 Nr. 2 b. Abdruck im Anhang S. 162.

Periodizität:

Im Rahmen der Volks- und Berufszählung 1961 am 6. Juni 1961 durchgeführt.

Kreis der Befragten:

Rund 5 000 000 Bewirtschafter einer Fläche von weniger als 0,5 ha.

Berichtsweg:

Befragte — Gemeinden (örtliche Durchführung der Zählung unter Mitwirkung ehrenamtlicher Zähler) — Kreise — StLA — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

(für die Aufbereitung vorgesehen)

Haushalte nach Zahl und Größenklasse der Gesamtfläche, aufgliedert nach Nutzung als Garten-, Acker-, Rebland und sonstigen landwirtschaftlichen Nutzflächen sowie Wald. Die Ergebnisse werden gesondert aufbereitet für Vertriebene mit Bundesvertriebenenausweis A oder B sowie für Bewirtschafter, die nach dem Kriege aus der sowjetischen Besatzungszone oder dem Sowjetsektor von Berlin zugezogene Deutsche sind, darunter Personen mit Bundesflüchtlingsausweis C.

Veröffentlichungen:

Vorgesehen:

Fachserie B, Einzelveröffentlichungen.

**2. Gartenbauerhebung**

**a) Gartenbauerhebung 1950**

(StBRD Band 182 S. 40, lfd. Nr. II A 2 a)

Rechtsgrundlage:

Gesetz über eine landwirtschaftliche Betriebszählung im Vereinigten Wirtschaftsgebiet vom 2. April 1949 (WiGBI. S. 54) in Verbindung mit der Dritten Durchführungsverordnung vom 15. September 1950 (Bundesanzeiger Nr. 194 S. 2). Für die Länder der französischen Besatzungszone landesrechtliche Anordnungen.

Periodizität:

Am 15. Oktober 1950 durchgeführt

Kreis der Befragten:

Rund 200 000 Betriebe, die Gartengewächse zum Verkauf anbauen.

Berichtsweg:

Befragte — Gemeinden (örtliche Durchführung der Erhebung unter Mitwirkung ehrenamtlicher Zähler) — Kreise — StLA — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Betriebsart, Betriebsrichtung, Absatzverhältnisse, Nutzflächen, Arbeitskräfte, technische Einrichtungen.

Veröffentlichungen:

WiSta 51/4, 9\*, 10, 10\*, 11, 11\*; 52/6.

StB III/24/1 bis 8.

StBRD Band 26.

**b) Gartenbauerhebung 1961**

Rechtsgrundlage:

Gesetz über eine Betriebszählung in der Land- und Forstwirtschaft (Landwirtschaftszählung 1960) vom 13. April 1960 (BGBl. I S. 217). Abdruck im Anhang S. 173.

Periodizität:

Im Juli 1961 durchgeführt.

Kreis der Befragten:

Rund 300 000 Betriebe, die gartenbauliche Erzeugnisse und Baumschulerzeugnisse zu Erwerbszwecken anbauen.

Berichtsweg:

Befragte — Gemeinden (örtliche Durchführung unter Mitwirkung ehrenamtlicher Zähler) — Kreise — StLA — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Für die Aufbereitung vorgesehen:

Betriebsart, Betriebstyp, Absatzverhältnis, Besitzverhältnis; Flächenangaben über Gemüse-, Blumen-, Zierpflanzenanbau, Baumschulkulturen und Obstbau; Obstbaumbestände (ertragsfähige und noch nicht ertragsfähige) nach Art und Zahl (teilweise auch nach Baumformen); Unterglasanlagen nach Art und Umfang, Maschinen, Geräte, Transportmittel, Wasserversorgung, Lagerräume; Arbeitskräfte nach Familienzugehörigkeit, Umfang ihrer Tätigkeit im Obst-, Gemüse- und sonstigen Gartenbau sowie nach Art der Tätigkeit.

Veröffentlichungen:

Wista 1960/3 (M).

Vorgesehen:

Fachserie B, Einzelveröffentlichungen.

**3. Weinbaubetriebserhebung 1958**

(StBRD Band 182 S. 40, lfd. Nr. II A 3)

Rechtsgrundlage:

Verordnung über eine Weinbaubetriebserhebung im Jahre 1958 vom 12. März 1958 (Bundesanzeiger Nr. 50 S. 1). Abdruck im Anhang S. 177.

Periodizität:

In den Monaten März bis Mai 1958 durchgeführt.

Kreis der Befragten:

90 865 Betriebe mit Gesamtrebflächen von 20 und mehr Ar und Bewirtschafter einer Rebfläche von weniger als 20 Ar, soweit der Anbau zum Zwecke des Erwerbs erfolgt, sowie Winzergenossenschaften.

Berichtsweg:

Befragte — Gemeinden (örtliche Durchführung der Erhebung unter Mitwirkung ehrenamtlicher Zähler) — Kreise — StLA — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Weinbaubetriebe nach Art und Größenklasse; Betriebsfläche, landwirtschaftliche Nutzfläche und Rebfläche; Weinmosternte, ihre Verwertung und Absatzwege; Arbeitskräfte und technische Einrichtungen; im Weinbau eingesetzte Zugtiere; Düngerzukauf.

Veröffentlichungen:

WiSta 59/2, 2\*, 9, 9\*.

StBRD Band 224.

Bemerkungen:

Die Erhebung wurde in den Ländern Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Bayern durchgeführt.

Im Saarland fand die Erhebung in gleicher Weise statt.

#### 4. Erhebung über die Benutzung von Schleppern und Bodenfräsen in der Land- und Forstwirtschaft 1953 (Schleppererhebung)

(StBRD Band 182 S. 40, lfd. Nr. II A 4)

##### Rechtsgrundlage:

Für 1953: Verordnung, betreffend eine Erhebung über die Benutzung von Schleppern, Bodenfräsen und Mähdreschern in der Land- und Forstwirtschaft vom 6. Mai 1953 (Bundesanzeiger Nr. 88 S. 1).

##### Periodizität:

In mehrjährigen Abständen, zuletzt in der Zeit vom 19. bis 26. Mai 1953 durchgeführt. (Siehe auch unter »Bemerkungen«.)

##### Kreis der Befragten:

Rund 290 000 land- und forstwirtschaftliche Betriebe mit 0,5 und mehr ha Betriebsfläche, Betriebe des Erwerbsgartenbaues und des Erwerbsweinbaues; gewerbliche Lohnunternehmer, Schleppergemeinschaften und Schleppergenossenschaften.

##### Berichtsweg:

Befragte — Gemeinden (örtliche Durchführung der Erhebung) — Kreise — StLÄ — StBA.

##### Dargestellte Tatbestände:

Betriebe, die eigene oder fremde Schlepper oder Mähdrescher benutzen, gegliedert nach Größenklassen der landwirtschaftlich benutzten Fläche. Betriebseigene und betriebsfremde Schlepper, gegliedert nach Baujahren. (Über die mit Mähdreschern abgeernteten Flächen unterrichtet die auf S. 56 unter lfd. Nr. IIB 1 c. aufgeführte Statistik.)

##### Veröffentlichungen:

WiSta 59/3; 61/4, 4\*.

StB III/22 (unregelmäßig; einschließlich Fortschreibungsergebnisse) fortgesetzt in:

Fachserie B, Reihe 5.

StBRD Band 25 Heft 2, Band 94.

##### Bemerkungen:

Fortschreibung des Schlepperbestandes nach Größenklassen der landwirtschaftlichen Nutzfläche bis zum Stand vom 31. Dezember 1959 an Hand der beim Kraftfahrt-Bundesamt registrierten Neuzulassungen. Ferner werden Neuzulassungen und Umschreibungen von Schleppern in der Landwirtschaft nach Größenklassen der landwirtschaftlichen Nutzfläche jährlich bzw. halbjährlich aufbereitet.

Über die Feststellung des Bestandes an Schleppern, sonstiger Antriebs- und Arbeitsmaschinen sowie technischer Einrichtungen im Rahmen der Landwirtschaftlichen Betriebszählung 1949 siehe S. 52, lfd. Nr. IIA 1 a, der Landwirtschaftszählung 1960 siehe S. 52, lfd. Nr. II A 1 b.

#### 5. Statistik der Arbeitskräfte in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben

##### a) Statistik der Arbeitskräfte in landwirtschaftlichen Betrieben 1956/58

(StBRD Band 182 S. 40, lfd. Nr. II A 5)

##### Rechtsgrundlage:

Verordnung über eine Statistik der Arbeitskräfte in landwirtschaftlichen Betrieben vom 18. Juni 1956 (Bundesanzeiger Nr. 117 S. 1). Abdruck im Anhang S. 177.

##### Periodizität:

Im August 1956 Basiserhebung, vom September 1956 bis Juli 1958 monatliche Erhebungen.

##### Kreis der Befragten:

Rund 145 000 ausgewählte Betriebe mit einer landwirtschaftlichen Nutzfläche von 0,5 und mehr ha, Erwerbsgartenbau- und Erwerbsweinbaubetriebe auch unter 0,5 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche.

Die Erhebungen wurden nach dem Stichprobenverfahren durchgeführt. Erfaßt wurden bei der Basiserhebung rund 145 000 Betriebe, das sind etwa 8% aller landwirtschaftlichen Betriebe mit einer landwirtschaftlichen Nutzfläche von 0,5 und mehr ha, bei den Monatserhebungen etwa 10% der in die Basiserhebung einbezogenen Betriebe.

Die Auswahl für die Basiserhebung erfolgte an Hand der Unterlagen der Bodennutzungserhebung nach Betriebsgrößenklassen der landwirtschaftlichen Nutzfläche, für die Monatserhebungen zusätzlich nach Bodennutzungssystemen.

##### Berichtsweg:

Befragte — Gemeinden (örtliche Durchführung der Erhebung unter Mitwirkung ehrenamtlicher Zähler) — Kreise — StLÄ — StBA.

##### Dargestellte Tatbestände:

Basiserhebung: Inhaber der landwirtschaftlichen Betriebe und ihre mit ihnen im gemeinsamen Haushalt lebenden Familienangehörigen nach Alter, Verwandtschaftsverhältnis zum Betriebsinhaber, Erwerbs- und Unterhaltsquellen, Arbeitseinsatz im Betrieb, ihrer Krankenversicherung sowie ihrer Anspruchsberechtigung aus Invaliden- und Angestelltenversicherung, Beamtenversorgung und privater Renten- und Pensionsversicherung. Ständige familienfremde Arbeitskräfte, gegliedert nach Arbeitskräften in Kost und Wohnung und sonstigen Arbeitskräften sowie nach Alter und Stellung im Betrieb. Nichtständige Arbeitskräfte und ihr Arbeitseinsatz im Betrieb.

Monatserhebungen: Veränderungen im Bestand der bei der Basiserhebung erfaßten Personen und deren Arbeitseinsatz im Betrieb im vergangenen Monat.

Außerdem Jahreszusammenstellungen 1956/57 bzw. 1957/58: Betriebsinhaber und ihre mit ihnen im gemeinsamen Haushalt lebenden Familienangehörigen im Wirtschaftsjahr, darunter im Betrieb beschäftigte Personen; Arbeitszeiten dieser Personen in Jahreswerken, aufgegliedert nach Arbeitszeiten in Voll- und Teilbeschäftigung. Ständige und nichtständige familienfremde Arbeitskräfte sowie ihre Arbeitszeiten in Jahreswerken.

##### Veröffentlichungen:

WiSta 57/2, 2\*, 3, 3\*, 4, 4\*; 58/1, 1\*, 12 (M), 12\*.

StB III/27 (unregelmäßig).

Für die Erhebungen 1952 bis 1954:

WiSta 53/10; 54/7, 7\*, 9, 9\*; 55/6, 6\*.

StB III/23 (unregelmäßig).

##### Bemerkungen:

In Hamburg, Bremen und Berlin wurde die Erhebung nicht durchgeführt.

##### b) Arbeitskräfteerhebung in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben 1960/61

##### Rechtsgrundlage:

Gesetz über eine Betriebszählung in der Land- und Forstwirtschaft (Landwirtschaftszählung 1960) vom 13. April 1960 (BGBl. I S. 217). Abdruck im Anhang S. 173.

##### Periodizität:

Monatliche Erhebungen vom November 1960 bis Oktober 1961.

##### Kreis der Befragten:

Ausgewählte Betriebe der Landwirtschaft und des Gartenbaus mit einer landwirtschaftlichen Nutzfläche ab 0,5 ha sowie ausgewählte Forstbetriebe ab 50 ha Waldfläche. Die Erhebungen wurden nach einem einstufigen, tiefgeschichteten Auswahlverfahren durchgeführt. Die ausgewählten zwei Gruppen von Betrieben wurden alternierend jeden zweiten Monat befragt. Jede der beiden Gruppen umfaßte 50 000 (3%) der bei der Landwirtschaftszählung 1960 befragten Betriebe. Die Schichtung erfolgte nach den drei Hauptbetriebsarten Landwirtschaft, Gartenbau und Forstwirtschaft nach Größenklassen der landwirtschaftlichen Nutzfläche bzw. Waldfläche, bei der Landwirtschaft außerdem in den Größenklassen von 5 bis unter 30 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche nach Betrieben mit und ohne ständige familienfremde Arbeitskräfte, in den Größenklassen von 30 und mehr ha landwirtschaftlicher Nutzfläche nach Bodennutzungssystemen. Siehe auch Übersicht auf S. 288.

##### Berichtsweg:

Befragte — Gemeinden — StLÄ — StBA.

##### Dargestellte Tatbestände:

##### Vorgesehen:

Familienangehörige und familienfremde Arbeitskräfte nach Geschlecht, Alter, Arbeitseinsatz im Betrieb im jeweiligen Erhebungsmonat, aufgegliedert nach den Hauptbetriebs-

gruppen Landwirtschaft, Gartenbau und Forstwirtschaft sowie nach Größenklassen der landwirtschaftlichen Nutzfläche bzw. Waldfläche.

Veröffentlichungen:

WiSta 61/5 (M).

Vorgesehen:

Fachserie B, Einzelveröffentlichungen.

Bemerkungen:

In Hamburg, Bremen, Berlin wurde die Erhebung nicht durchgeführt.

Es ist vorgesehen, ab 1963 eine laufende Erhebung über die Arbeitskräfte in der Land- und Forstwirtschaft durchzuführen, und zwar

- a) monatlich in landwirtschaftlichen Betrieben mit einer landwirtschaftlichen Nutzfläche von 2 und mehr ha sowie in für den Markt produzierenden Betrieben auch von 0,5 bis unter 2 ha,
- b) jährlich in Forstbetrieben mit einer Waldfläche von 50 und mehr ha.

## 6. Betriebswirtschaftliche Meldungen aus der Landwirtschaft

(StBRD Band 182 S. 41, lfd. Nr. II A 6)

Rechtsgrundlage:

Die Meldungen werden auf freiwilliger Grundlage erstattet.

Periodizität:

Monatliche, halbjährliche und jährliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Ausgewählte Betriebe der Landwirtschaft.

Berichtsweg:

Befragte — Landwirtschaftskammern bzw. StLÄ — Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Dargestellte Tatbestände:

Monatlich: Vorräte an Getreide und Kartoffeln in der Landwirtschaft (in erster Hand).

Halbjährlich bzw. jährlich: Anbauabsichten.

Nach Bedarf: sonstige betriebswirtschaftlich wichtige Fragen.

Veröffentlichungen:

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:  
Statistischer Monatsbericht (monatlich bzw. halbjährlich und jährlich).  
Statistisches Jahrbuch.

## 7. Buchführungsstatistik landwirtschaftlicher, weinbaulicher und gartenbaulicher Betriebe

(StBRD Band 182 S. 41, lfd. Nr. II A 7)

Rechtsgrundlage:

Landwirtschaftsgesetz vom 5. September 1955 (BGBl I S. 565).

Periodizität:

Jährliche Zusammenstellung (jeweils für das Wirtschaftsjahr vom 1. Juli bis 30. Juni).

Kreis der Befragten:

Landwirtschaftliche Buchstellen (auf Grund der Abschlüsse, die für ausgewählte Betriebe der Landwirtschaft, des Garten- und Weinbaues vorgenommen werden).

Berichtsweg:

Befragte — Landwirtschaftskammern bzw. Landwirtschaftsministerien der Länder — Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Dargestellte Tatbestände:

Feststellung der Einnahmen und Ausgaben, der Rentabilitäts- und Einkommensverhältnisse und des Schuldenstandes der Landwirtschaft, des Garten- und Weinbaues.

Veröffentlichungen:

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Verwendung der Angaben u. a. in dem jährlichen Bericht über die Lage der Landwirtschaft gemäß § 4 des Landwirtschaftsgesetzes (Grüner Bericht). Sonderveröffentlichungen (in zweijährigen Abständen) als Broschüren »Landwirtschaftliche Buchführungsergebnisse«, »Buchführungsergebnisse aus dem Gartenbau« und »Buchführungsergebnisse aus dem Weinbau«.

## 8. Berichterstattung über ländliche Siedlung

(StBRD Band 182 S. 41, lfd. Nr. II A 8)

Rechtsgrundlage:

Vereinbarungen mit den Ländern.

Periodizität:

Jährliche Berichterstattung und Zusammenstellung.

Kreis der Befragten:

Untere Siedlungsbehörden.

Berichtsweg:

Befragte — Landwirtschaftsministerien der Länder — Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Dargestellte Tatbestände:

Beschaffung und Verteilung von Siedlungsland nach dem Reichssiedlungsgesetz vom 11. August 1919 und den Bodenreformgesetzen der Länder. Anfall und Verwendung von Siedlungsland; Landvorrat. Verteilung von Siedlungsland (errichtete Siedlerstellen); Herkunft der Neusiedlerfamilien und der sonstigen auf den Siedlerstellen wohnenden Familien. Eingliederung von Heimatvertriebenen und Flüchtlingen aus der sowjetischen Besatzungszone in landwirtschaftliche Betriebe auf Grund des Flüchtlingssiedlungsgesetzes vom 10. August 1949 und des Bundesvertriebenengesetzes vom 19. Mai 1953 in der Fassung vom 14. August 1957. Anzahl und Größe der übernommenen Betriebe, Finanzierung der Eingliederungsmaßnahmen. Gesamtergebnis der ländlichen Siedlung.

Veröffentlichungen:

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:  
Statistischer Monatsbericht (jährlich).  
Statistisches Jahrbuch.

## 9. Berichterstattung über Flurbereinigung

(StBRD Band 182 S. 41, lfd. Nr. II A 9)

Rechtsgrundlage:

Vereinbarungen mit den Ländern.

Periodizität:

Jährliche Berichterstattung und Zusammenstellung.

Kreis der Befragten:

Untere Flurbereinigungsbehörden.

Berichtsweg:

Befragte — Landwirtschaftsministerien der Länder — Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Dargestellte Tatbestände:

Anhängige und abgeschlossene Flurbereinigungsverfahren und Flächen der Grundstücke. Bearbeitete und bereinigte Flächen. Beteiligte Grundeigentümer und ihre alten und neuen Flurstücke, beteiligte Betriebe und ihr Zusammenlegungsverhältnis, gegliedert nach Betriebsgrößenklassen. Sonstige Ergebnisse der Flurbereinigungsverfahren, in denen neue Grundstücke zugeteilt wurden.

Veröffentlichungen:

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:  
Statistischer Monatsbericht (jährlich).  
Statistisches Jahrbuch.

## 10. Berichterstattung über landwirtschaftliche Ausbildung und Wirtschaftsberatung

(StBRD Band 182 S. 42, lfd. Nr. II A 10)

Rechtsgrundlage:

Vereinbarungen mit den Ländern.

Periodizität:

Jährliche Berichterstattung und Zusammenstellung.

Kreis der Befragten:

Landwirtschaftskammern bzw. zuständige Behörden der Länder.

Berichtsweg:

Befragte — Landwirtschaftsministerien der Länder — Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Dargestellte Tatbestände:

Angaben über praktische Berufsausbildung in Lehrbetrieben, Fach- und Spezialschulen; Landwirtschaftsstudium und Vorbereitungsdienst der Landwirtschaftsreferendare. Zahl der Wirtschaftsberater und der Beratungsringe.

Veröffentlichungen:

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:  
Statistischer Monatsbericht (jährlich).  
Statistisches Jahrbuch.

## B. Bodennutzung und Ernte

### 1. Bodennutzungserhebung

#### a) Bodennutzungsvorerhebung

(StBRD Band 182 S. 42, lfd. Nr. II B 1 a)

Rechtsgrundlage:

Gesetz über Bodennutzungserhebung und Ernteberichterstattung vom 3. Dezember 1958 (BGBl. I S. 895). Abdruck im Anhang S. 178. Für 1959 und 1960 außerdem: Verordnung über die allgemeine Durchführung und die Nachprüfung der Bodennutzungserhebung 1959 vom 23. Februar 1959 (Bundesanzeiger Nr. 38 S. 1). Abdruck im Anhang S. 181. Ferner Verordnung über die allgemeine Durchführung, die Nachprüfung und eine Ergänzung der Bodennutzungserhebung 1960 vom 10. Mai 1960 (Bundesanzeiger Nr. 93 S. 1). Abdruck im Anhang S. 181.

Periodizität:

Jährlich werden in der Zeit von Januar bis Mai die Bodenflächen und der Rechtsgrund ihres Besitzes repräsentativ bei nicht mehr als 10% der Auskunftspflichtigen erfaßt, soweit nicht durch Verordnung eine totale Durchführung angeordnet wird. (Erstmalig totale Vorerhebung für 1959 angeordnet.) Dient zur Vorbereitung und Sicherung der Haupterhebung.

Kreis der Befragten:

Rund 130 000 Inhaber von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben und von Gesamtflächen ab 0,5 ha, die ganz oder teilweise land- oder forstwirtschaftlich genutzt werden, sowie von allen Flächen des Erwerbsgartenbaues und des Erwerbsweinbaues; rund 11 000 Gemeinden (für alle sonstigen Flächen).

Berichtsweg:

Befragte — Gemeinden (örtliche Durchführung der Erhebung unter Mitwirkung ehrenamtlicher Zähler) — Kreise — StLA — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Wirtschaftsfläche. (Die bis 1958 ermittelten Hauptnutzungsarten sowie die landwirtschaftliche Nutzfläche in der Gliederung nach Kulturarten werden ab 1959 durch die Bodennutzungshaupterhebung — siehe lfd. Nr. 1 b — festgestellt.)

Veröffentlichungen:

WiSta 58/7, 10, 10\*; 59/8, 10, 10\*; 60/9, 12, 12\*; 61/1\*, 8, 10, 10\*;  
über Vertriebene 58/3, 3\*; 59/4\*.

StB III/2  
fortgesetzt in:  
Fachserie B, Reihe 1/I (jährlich).

StBRD Band 222 (1958) M, 241 (1959) ME, 262 (1960) ME  
fortgesetzt in:  
Fachserie B, Reihe 1 (jährlich).

Bemerkungen:

Über die Nachprüfung der Erhebung siehe nachstehend unter lfd. Nr. 1 b.

In Berlin, Bremen und Hamburg findet eine Vorerhebung nur statt, wenn durch Verordnung eine totale Durchführung angeordnet ist.

#### b) Bodennutzungshaupterhebung

(StBRD Band 182 S. 42, lfd. Nr. II B 1 b)

Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 1 a.

Periodizität:

Jährliche repräsentative Erhebung im Mai bei nicht mehr als 10% der Auskunftspflichtigen, soweit nicht durch Verordnung eine totale Durchführung angeordnet wird. (Erstmalig totale Haupterhebung für 1960 angeordnet und in Verbindung mit der Landwirtschaftszählung 1960 durchgeführt.) Jährliche Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Rund 130 000 Inhaber von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben und von Gesamtflächen ab 0,5 ha, die ganz oder teilweise land- oder forstwirtschaftlich genutzt werden, sowie von allen Flächen des Erwerbsgartenbaues und des Erwerbsweinbaues; Gemeinden (für alle sonstigen Flächen). Siehe auch Übersicht auf S. 288.

Berichtsweg:

Befragte — Gemeinden (örtliche Durchführung der Erhebung unter Mitwirkung ehrenamtlicher Zähler) — Kreise — StLA — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Gliederung der Wirtschaftsfläche nach Hauptnutzungsarten (landwirtschaftliche Nutzfläche, Waldflächen usw.). Landwirtschaftliche Nutzfläche, gegliedert nach Kulturarten (Ackerland, Wiesen, Viehweiden usw.), Anbauflächen auf dem Ackerland nach Fruchtarten (Getreidearten, Kartoffeln, Zuckerrüben, Futterpflanzen, Gartengewächse, Handelsgewächse usw.).

Von 1952 bis 1955 sowie 1960 bei der Haupterhebung, von 1956 bis 1958 bei der Vorerhebung außerdem: Die Vertriebenen und Sowjetzonenflüchtlinge unter den Inhabern der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe.

Veröffentlichungen:

WiSta 58/7, 10, 10\*; 59/8, 10, 10\*; 60/9, 12, 12\*; 61/1\*, 8, 10, 10\*;  
über Vertriebene 58/3, 3\*; 59/4.

StB III/2  
fortgesetzt in:  
Fachserie B, Reihe 1/I (jährlich).  
StBRD Band 222 (1958) M, 241 (1959) ME, 262 (1960) ME  
fortgesetzt in:  
Fachserie B, Reihe 1 (jährlich).

Bemerkungen:

In Berlin, Bremen und Hamburg findet eine Haupterhebung nur statt, wenn durch Verordnung eine totale Durchführung angeordnet ist. In mehrjährigen Abständen, zuletzt im Jahre 1960, repräsentative Nachprüfung der Bodennutzungsvor- und -haupterhebung mittels Stichproben in nicht mehr als 3 000 Betrieben durch besondere Kommissionen, außer in Berlin, Bremen, Hamburg und im Saarland. Siehe auch Übersicht auf S. 288.

#### c) Bodennutzungsnacherhebung

(StBRD Band 182 S. 42, lfd. Nr. II B 1 c)

Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 1 a.

Periodizität:

Jährliche repräsentative Erhebung im Oktober bei nicht mehr als 10% der Auskunftspflichtigen, soweit nicht durch Verordnung eine totale Durchführung angeordnet wird. (Erstmalig totale Nacherhebung für 1960 angeordnet.) Jährliche Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Rund 130 000 Inhaber von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben und von Gesamtflächen ab 0,5 ha, die ganz oder teilweise land- oder forstwirtschaftlich genutzt werden.

Berichtsweg:

Befragte — Gemeinden (örtliche Durchführung der Erhebung unter Mitwirkung ehrenamtlicher Zähler) — Kreise — StLA — StBA.

#### Dargestellte Tatbestände:

Anbauflächen von Sommer- und Winterzwischenfrüchten (Untersaat, Stoppelsaat) sowie von Futterpflanzen zur Saatguterzeugung. Von 1955 bis 1958 und 1960 außerdem: mit Mähreschern abgeerntete Flächen.

#### Veröffentlichungen:

WiSta 59/1; 60/1; 61/1; 62/1.

StB III/3

fortgesetzt in:

Fachserie B, Reihe 1/II (jährlich).

StBRD Band 222 (1958) M, 241 (1959) M, 262 (1960) M

fortgesetzt in:

Fachserie B, Reihe 1 (jährlich).

Mit Mähreschern abgeerntete Flächen:

WiSta 59/3; 61/4.

StB III/22.

StBRD Band 222 (1958), 262 (1960).

#### Bemerkungen:

In Berlin, Bremen und Hamburg findet eine Nacherhebung nur statt, wenn durch Verordnung eine totale Durchführung angeordnet ist.

#### d) Gemüse-Vorerhebung

(StBRD Band 182 S. 42, lfd. Nr. II B 1 d)

#### Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 1a.

#### Periodizität:

Jährliche Erhebung (Februar) und Aufbereitung.

#### Kreis der Befragten:

Betriebe mit erwerbsmäßigem Anbau von Gemüse oder Erdbeeren in nicht mehr als 20% der Gemeinden.

#### Berichtsweg:

Befragte — Gemeinden (örtliche Durchführung der Erhebung) — Kreise — StLÄ — StBA.

#### Dargestellte Tatbestände:

Beabsichtigter Anbau von ausgewählten Gemüsearten auf dem Freiland. Tatsächliche Anbauflächen der überwinterten Gemüsearten. Erdbeeranbau.

#### Veröffentlichungen:

WiSta 58/9; 59/3; 61/3.

StB III/6 (jährlich)

fortgesetzt in:

Fachserie B, Reihe 2/I (zweimal jährlich — März, Mai).

StBRD Band 223 (1958), 242 (1959) M, 263 (1960)

fortgesetzt in:

Fachserie B, Reihe 2 (jährlich).

#### Bemerkungen:

Die Erhebung wird in Hamburg, Bremen, Berlin nicht durchgeführt.

#### e) Gemüse-Haupterhebung

(StBRD Band 182 S. 43, lfd. Nr. II B 1 e)

#### Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 1a.

#### Periodizität:

Jährliche Erhebung (Juli) und Aufbereitung.

#### Kreis der Befragten:

Betriebe mit erwerbsmäßigem Anbau von Gemüse, Erdbeeren, Zierpflanzen in nicht mehr als 20% der Gemeinden oder total auf Grund besonderer Verordnung.

#### Berichtsweg:

Befragte — Gemeinden (örtliche Durchführung der Erhebung) — Kreise — StLÄ — StBA.

#### Dargestellte Tatbestände:

Anbauflächen von Gemüse, Zierpflanzen auf dem Freiland und in Unterglasanlagen sowie von Erdbeeren. Beabsichtigter Anbau von überwinterten Gemüsearten.

#### Veröffentlichungen:

WiSta 57/11; 58/9, 12\*; 59/10, 10\*; 60/11.

StB III/7 (unregelmäßig)

fortgesetzt in:

Fachserie B, Reihe 2/I.

StBRD Band 223 (1958), 242 (1959), 263 (1960)

fortgesetzt in:

Fachserie B, Reihe 2 (jährlich).

#### Bemerkungen:

Im Jahre 1961 als Teil der Gartenbauerhebung in allen Ländern (auch in Hamburg, Bremen, Berlin) total durchgeführt.

#### f) Erhebung über Anbau und Erträge von Heil- und Gewürzpflanzen

(StBRD Band 182 S. 43, lfd. Nr. II B 1 f)

#### Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 1a.

#### Periodizität:

Jährliche Erhebung (Juli) und Aufbereitung.

#### Kreis der Befragten:

Nicht mehr als 30% der Betriebe mit erwerbsmäßigem Anbau von Heil- oder Gewürzpflanzen (rund 3000 Betriebe).

#### Berichtsweg:

Befragte — Gemeinden (örtliche Durchführung der Erhebung) — Kreise — StLÄ — StBA.

#### Dargestellte Tatbestände:

Anbauflächen und Ernteerträge von Heil- und Gewürzpflanzen nach Arten.

#### Veröffentlichungen:

WiSta 62/4.

StB III/9 (jährlich 2 Berichte)

fortgesetzt in:

Fachserie B, Reihe 2/VI (jährlich 2 Berichte).

StBRD Band 206 (1957), 223 (1958), 242 (1959), 263 (1960)

fortgesetzt in:

Fachserie B, Reihe 2 (jährlich).

#### Bemerkungen:

Die Erhebung wird in Hamburg, Bremen, Berlin nicht durchgeführt.

#### g) Erhebung über die Pflanzenbestände in Baumschulen

(StBRD Band 182 S. 43, lfd. Nr. II B 1 g)

#### Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 1a.

#### Periodizität:

Ab 1958 jährliche Erhebung und Aufbereitung (Juli bis August) durchgeführt.

#### Kreis der Befragten:

30% der Baumschulbetriebe (rund 3000)

#### Berichtsweg:

Befragte — Gemeinden (örtliche Durchführung der Erhebung) — StLÄ — StBA.

#### Dargestellte Tatbestände:

Bestand an Obst- und Ziergehölzen nach Arten und Anbaumerkmalen.

#### Veröffentlichungen:

WiSta 58/12; 60/1; 62/2.

StB III/12 (jährlich 2 Berichte)

fortgesetzt in:

Fachserie B, Reihe 2/IV (jährlich 2 Berichte).

StBRD Band 206 (1957), 223 (1958), 242 (1959), 263 (1960)

fortgesetzt in:

Fachserie B, Reihe 2 (jährlich).

#### Bemerkungen:

Die Erhebung wird in Hamburg, Bremen, Berlin nicht durchgeführt.

## 2. Obstbaumzählung 1958

(StBRD Band 182 S. 43, lfd. Nr. II B 2)

#### Rechtsgrundlage:

Für 1958: Verordnung über die Durchführung einer Obstbaumzählung im Jahre 1958 vom 21. Oktober 1957 (Bundesanzeiger Nr. 204 S. 1). Abdruck im Anhang S. 182.

#### Periodizität:

In mehrjährigen Abständen, zuletzt als Repräsentativerhebung in der Zeit vom 15. Mai bis 15. Juni 1958 in etwa 12% der Gemeinden durchgeführt.

Kreis der Befragten:

Gemeinden (gewinnweise Ermittlungen durch ehrenamtliche Zähler).

Berichtsweg:

Befragte — Kreise — StLÄ — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Obstbaumbestände, gegliedert nach Obstarten, Baumformen, Ertragsfähigkeit und Standorten.

Veröffentlichungen:

WiSta 59/2.

StB III/11/1 bis 3.

StBRD Band 223 (1958) M; 242 (Saarland).

Bemerkungen:

Die Zählung des Jahres 1958 wurde in Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg mit der Zählfläche bzw. dem Gewinn, in den übrigen Ländern mit der Gemeinde als Auswahlinheit durchgeführt. Siehe auch Übersicht auf S. 288. Kreisfreie Städte waren von der Zählung ausgenommen. Bei diesen wurden die Bestände auf andere Weise ermittelt.

### 3. Berichterstattung über Saatanerkennung

(StBRD Band 182 S. 43, lfd. Nr. II B 3)

Rechtsgrundlage:

Vereinbarungen mit den Ländern

Periodizität:

Jährliche Berichterstattung und Zusammenstellung.

Kreis der Befragten:

Saatgutankennungsbehörden.

Berichtsweg:

Befragte — Landwirtschaftskammern bzw. Landwirtschaftsministerien der Länder — Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Dargestellte Tatbestände:

Zur Prüfung bzw. Anerkennung angemeldete sowie feldbesichtigte Anbauflächen von landwirtschaftlichen Hauptfrüchten nach Fruchtarten und von Gemüsesaatgut mit positivem Eignungsbefund. Erträge an geprüftem bzw. anerkanntem Gemüsesaatgut.

Veröffentlichungen:

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:  
Statistischer Monatsbericht (jährlich).  
Statistisches Jahrbuch.

### 4. Ernteberichterstattung

- ✚ a) Berichterstattung über Wachstumstand und Ernte der landwirtschaftlichen Feldfrüchte und des Grünlandes  
(StBRD Band 182 S. 43, lfd. Nr. II B 4 a)

Rechtsgrundlage:

Gesetz über Bodennutzungserhebung und Ernteberichterstattung vom 3. Dezember 1958 (BGBl. I S. 895). Abdruck im Anhang S. 178.

Periodizität:

Von März bis November monatliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Rund 7800 ehrenamtliche Berichtersteller

Berichtsweg:

Befragte — StLÄ — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Wachstumstand bestimmter Feldfrüchte (Roggen, Weizen, Hafer, Kartoffeln, Zuckerrüben usw.) sowie Vorschätzungen und endgültige Schätzungen der Ernteerträge von Ackerfrüchten und des Grünlandes. Infolge Auswinterung umgepflügte oder umzupflügende Flächen.

Veröffentlichungen:

WiSta 58/7, 8, 10, 10\*, 11, 11\*, 12, 12\*; 59/1, 1\*, 6, 8, 10, 10\*, 11, 11\*, 12, 12\*; 60/1, 1\*, 5, 8, 10, 11, 11\*, 12; 61/1, 1\*, 2, 5, 8, 10, 10\*, 11, 11\*; 62/1.

StB III/4 (monatlich für März bis November)

fortgesetzt in:

Fachserie B, Reihe 1/II (unregelmäßig).

StBRD Band 222 (1958), 241 (1959), 262 (1960) M

fortgesetzt in:

Fachserie B, Reihe 1 (jährlich).

- b) Berichterstattung über Wachstumstand und Erträge von Gemüse

(StBRD Band 182 S. 44, lfd. Nr. II B 4 b)

Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 4a.

Periodizität:

Von März bis Oktober monatliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Rund 2900 ehrenamtliche Berichtersteller.

Berichtsweg:

Befragte — StLÄ — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Wachstumstand, Erntevorschätzungen und Ernteschätzungen für Gemüsearten und -sortengruppen, Erdbeeren.

Veröffentlichungen:

WiSta 58/9, 12\*; 59/10, 10\*; 60/11; 61/11.

StB III/5 (monatlich für April bis Oktober)

fortgesetzt in:

Fachserie B, Reihe 2/I (unregelmäßig).

StBRD Band 206 (1957), 223 (1958), 242 (1959), 263 (1960)

fortgesetzt in:

Fachserie B, Reihe 2 (jährlich).

- c) Berichterstattung über Wachstumstand und Erträge des Obstes

(StBRD Band 182 S. 44, lfd. Nr. II B 4 c)

Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 4a.

Periodizität:

Von Mai bis Oktober monatliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Rund 6100 ehrenamtliche Berichtersteller.

Berichtsweg:

Befragte — StLÄ — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Wachstumstand, Erntevorschätzungen und Ernteschätzungen der wichtigsten Obstarten.

Veröffentlichungen:

WiSta 58/9; 59/10; 60/11; 61/11.

StB III/10 (monatlich für Mai bis Oktober)

fortgesetzt in:

Fachserie B, Reihe 2/II (unregelmäßig).

StBRD Band 206 (1957), 223 (1958), 242 (1959), 263 (1960)

fortgesetzt in:

Fachserie B, Reihe 2 (jährlich).

- d) Berichterstattung über Wachstumstand der Reben und Weinmosternte

(StBRD Band 182 S. 44, lfd. Nr. II B 4 d)

Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 4a.

Periodizität:

Von Mai bis November monatliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Rund 1150 ehrenamtliche Berichtersteller.

Berichtsweg:

Befragte — StLÄ — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Stand der Reben und Güte der Trauben, Vorschätzung und Schätzung der Weinmosternte, Wert und Güte des Mostes. Mostgewicht und Säuregehalt.

## Veröffentlichungen:

WiSta 59/1, 60/1, 1\*; 61/1, 1\*; 62/1, 1\*.

StB III/13 (monatlich für Mai bis November)

fortgesetzt in:

Fachserie B, Reihe 2/III (unregelmäßig).

StBRD Band 206 (1957), 223 (1958), 242 (1959), 263 (1960)

fortgesetzt in:

Fachserie B, Reihe 2 (jährlich).

## 5. Besondere Ernteterminnung

(StBRD Band 182 S. 44, lfd. Nr. II B 5)

### Rechtsgrundlage:

Verordnung über die besondere Ernteterminnung für die Jahre 1961, 1962 und 1963 vom 17. April 1961 (Bundesanzeiger Nr. 78 S. 1). Abdruck im Anhang S. 182.

### Periodizität:

Jährliche Ermittlung und Aufbereitung

### Kreis der Befragten:

Kreiskommissionen für besondere Ernteterminnungen.

### Berichtsweg:

Befragte — Landesarbeitsgemeinschaften (Landwirtschaftsministerien der Länder, StLÄ, Sachverständige. Verantwortlich für die Durchführung.) — Zentrale Arbeitsgemeinschaft (Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, StBA, Landwirtschaftsministerien der Länder, StLÄ, Sachverständige. Zuständig für Vorbereitung und Auswertung).

### Dargestellte Tatbestände:

Hektarerträge für Winterroggen, Winterweizen, Sommergerste und Spätkartoffeln.

### Veröffentlichungen:

WiSta 58/10, 10\*, 11, 11\*; 59/10, 10\*, 11, 11\*; 60/10, 11, 11\*; 61/10, 10\*, 11, 11\*.

StB III/4 (Oktober und November)

fortgesetzt in:

Fachserie B, Reihe 1/II.

StBRD Band 222 (1958), 241 (1959), 262 (1960) M

fortgesetzt in:

Fachserie B, Reihe 1 (jährlich).

### Bemerkungen:

Die Ergebnisse werden mittels Schnittpuben auf rund 5600 und Proberodungen auf rund 2700 Feldern gewonnen, die durch Zufallsauswahl ermittelt werden. Bei etwa 15 % dieser Felder werden Volldrusche bzw. Vollrodungen durchgeführt. Siehe auch Übersicht auf S. 290.

Auf Grund der besonderen Ernteterminnung werden die Schätzungen der Ernterträge der übrigen Getreidearten und der Frühkartoffeln (siehe S. 58, lfd. Nr. II B 4a) überprüft und gegebenenfalls berichtet.

## C. Vieh-, Fleisch- und Milchwirtschaft; Fischwirtschaft

### 1. Viehzählungen

#### a) Allgemeine Viehzählung

(StBRD Band 182 S. 44, lfd. Nr. II C 1a)

### Rechtsgrundlage:

Viehzählungsgesetz vom 18. Juni 1956 (BGBl. I S. 522). Abdruck im Anhang S. 182. Gesetz zur Änderung des Viehzählungsgesetzes vom 3. Dezember 1958 (BGBl. I S. 897). Abdruck im Anhang S. 185.

### Periodizität:

Jährliche Erhebung (Stichtag 3. Dezember) und Aufbereitung.

### Kreis der Befragten:

Viehhalter.

### Berichtsweg:

Befragte — Gemeinden (örtliche Durchführung der Zählung unter Mitwirkung ehrenamtlicher Zähler) — Kreise — StLÄ — StBA.

### Dargestellte Tatbestände:

Halter einzelner Tierarten (Haushaltungen und Betriebe). Viehbestand nach Hauptnutztierarten (Pferde, Rindvieh, Schweine, Schafe, Ziegen, Federvieh; Bienenstöcke). Alle zwei Jahre: Verhältnis der Viehbestände (1957 und 1961 nur der Schweine- und Hühnerbestände, 1959 der Schweine- und Milchkuhbestände) zur landwirtschaftlichen Nutzfläche.

### Veröffentlichungen:

WiSta 59/1, 2\*; 60/1, 1\*; 61/1, 2\*; 62/1, 2\*.

StB III/15 (jährlich)

fortgesetzt in:

Fachserie B, Reihe 3/I (vierteljährlich).

StBRD Band 207 (1957), 225 (1958), 243 (1959), 264 (1960)

fortgesetzt in:

Fachserie B, Reihe 3 (jährlich).

### Bemerkungen:

In Hamburg, Bremen und Berlin sowie in kreisfreien Städten und in Städten mit mehr als 50 000 Einwohnern findet die Zählung ab 1953 nur alle 2 Jahre statt.

Die durch die Zählungen ermittelten Bestände und Bestandsveränderungen an Schweinen und Rindvieh werden in allen Ländern außer Hamburg, Bremen und Berlin ab 1956 alle 2 Jahre repräsentativ nachgeprüft. Siehe auch Übersicht auf S. 290.

#### b) Viehwissenschaftszählungen

(StBRD Band 182 S. 45, lfd. Nr. II C 1b)

### Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 1a.

### Periodizität:

Jährlich dreimal (Stichtage 3. März, 3. Juni, 3. September) erhoben und aufbereitet.

### Kreis der Befragten:

Schweinehalter, im Juni auch Rindvieh- und Schafhalter.

### Berichtsweg:

Befragte — Gemeinden (örtliche Durchführung der Zählung unter Mitwirkung ehrenamtlicher Zähler) — Kreise — StLÄ — StBA.

### Dargestellte Tatbestände:

März und September: Schweinehalter, Schweinebestand  
Juni: Schweine-, Rindvieh- und Schafhalter, Schweine-, Rindvieh- und Schafbestand.

### Veröffentlichungen:

WiSta (für März): 59/4, 5\*; 60/4, 5\*; 61/4, 4\*, 62/4, 4\*.

(für Juni): 59/7, 8\*; 60/7, 8\*; 61/7, 8\*; 62/7, 7\*.

(für September): 58/10, 11\*; 59/10, 11\*; 60/10, 12\*; 61/10, 11\*.

StB III/15 (jährlich dreimal)

fortgesetzt in:

Fachserie B, Reihe 3/I (vierteljährlich).

StBRD Band 207 (1957), 225 (1958), 243 (1959)

fortgesetzt in:

Fachserie B, Reihe 3 (jährlich).

### Bemerkungen:

Die Zählungen werden ab 1950 in Hamburg, Bremen und Berlin sowie in kreisfreien Städten und in Städten mit mehr als 50 000 Einwohnern nicht durchgeführt.

Die Zwischenzählungen im März und September werden ab 1954 repräsentativ mit der Zählfläche als Stichprobeneinheit durchgeführt. Die Zwischenzählungen im Juni sind seit 1956 ebenfalls Repräsentativerhebungen. Die Auswahl umfaßt rund 12 000 Zählflächen, das sind 12 % aller Zählflächen. Bei durchschnittlich 20 Schweinehaltern je Zählfläche werden somit etwa 240 000 Schweinehalter in der Stichprobe erfaßt. Siehe auch Übersicht auf S. 290.

Im Anschluß an die Zwischenzählungen des Jahres 1955 wurden über die Bestände und Bestandsveränderungen an Schweinen Feststellungen des Zählfehlers mittels Stichproben durchgeführt. Ab 1956 werden die durch die Zwischenzählung im Juni ermittelten Bestände und Bestandsveränderungen an Schweinen alle zwei Jahre repräsentativ nachgeprüft. Für Rindviehbestände fand nur Juni 1958 eine repräsentative Nachprüfung statt. Siehe auch Übersicht auf S. 290.

## 2. Statistik der Schlachtungen

### a) Monatliche Schlachtungsstatistik (StBRD Band 182 S. 45, lfd. Nr. II C 2a)

#### Rechtsgrundlage:

Bekanntmachung über die Schlachtungs- und Fleischbeschau-statistik vom 2. November 1940 (RMBl. 1940 S. 433).

#### Periodizität:

Laufende Erhebung, monatliche Aufbereitung.

#### Kreis der Befragten:

Schlachtier- und Fleischbeschauer, beschauende Tierärzte und Beschauämter.

#### Berichtsweg:

Befragte — Kreise (Kreistierärzte) — StLÄ — StBA.

#### Dargestellte Tatbestände:

Beschaute gewerbliche Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft, Hausschlachtungen, jeweils gegliedert nach Tierarten (Rinder, Kälber, Schweine, Schafe usw.).

#### Veröffentlichungen:

WiSta 58/8; 59/2; 60/2, 5, 8; 61/2, 8; 62/2.

WiSta\* (monatlich).

StB III/17 (monatlich)

fortgesetzt in:

Fachserie B, Reihe 3/III (monatlich, jährlich).

StBRD Band 225 (1958), 243 (1959), 264 (1960)

fortgesetzt in:

Fachserie B, Reihe 3 (jährlich).

### b) Schlachtgewichtsstatistik

(StBRD Band 182 S. 45, lfd. Nr. II C 2b)

#### Rechtsgrundlage:

Gesetz über eine Schlachtgewichtsstatistik vom 21. Juli 1960 (BGBl. I S. 588). Abdruck im Anhang S. 185.

#### Periodizität:

Laufende Erhebung, monatliche Aufbereitung der Lebendgewichte. Alle 6 Jahre (beginnend 1960) werden an einem Schlachttag im September das Lebend- sowie das Schlachtgewicht der geschlachteten Tiere, und zwar jeweils im 1. Jahr bei Rindern, im 2. Jahr bei Schweinen, im 3. Jahr bei Kälbern und Schafen erhoben. Das 4. bis 6. Jahr sind erhebungsfrei.

#### Kreis der Befragten:

Eigentümer der Schlachttiere, ausgewählte Schlachthöfe, Schlachtvieh- und Schlachtviehgroßmärkte

#### Berichtsweg:

Befragte — StLÄ — StBA.

#### Dargestellte Tatbestände:

Durchschnittliche Schlachtgewichte und Gesamtschlachtmenge aus gewerblichen und Hausschlachtungen von Tieren inländischer Herkunft (mit Ausnahme der Schweine-Hausschlachtungen) und aus Schlachtungen von Auslandstieren, jeweils gegliedert nach Tierarten (siehe lfd. Nr. 2a).

#### Veröffentlichungen:

WiSta 61/2, 8.

StB III/17

fortgesetzt in:

Fachserie B, Reihe 3/III (monatlich, jährlich).

StBRD Band 264 (1960) M

fortgesetzt in:

Fachserie B, Reihe 3 (jährlich).

#### Bemerkungen:

Die Schlachtgewichte werden nach Handelsklassen aufgegliedert. Die Feststellungen beschränken sich in allen Ländern auf einen Schlachthof, dem ein Schlachtviehgroßmarkt angeschlossen ist. In Schleswig-Holstein und Saarland nicht durchgeführt, da kein derartiger Schlachthof vorhanden.

### c) Jährliche Schlachtier- und Fleischbeschaustatistik

(Statistik der Genußtauglichkeit des Fleisches)

(StBRD Band 182 S. 45, lfd. Nr. II C 2 c)

#### Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 2a.

#### Periodizität:

Laufende Erhebung, jährliche Aufbereitung

#### Kreis der Befragten:

Schlachtier- und Fleischbeschauer, beschauende Tierärzte und Beschauämter.

#### Berichtsweg:

Befragte — Kreise (Kreistierärzte) — StLÄ — StBA.

#### Dargestellte Tatbestände:

Beschaute Schlachtungen von Tieren inländischer Herkunft (davon ordnungsgemäße Schlachtungen sowie Notschlachtungen) nach Tierarten (siehe lfd. Nr. 2a). Beanstandete ganze Tierkörper, Fleischviertel und Organe, gegliedert nach Bewertungsgruppen, Tierarten (siehe lfd. Nr. 2a) und Beanstandungsgründen.

#### Veröffentlichungen:

StB III/21 (jährlich)

fortgesetzt in:

Fachserie B, Reihe 3/IV (jährlich).

StBRD Band 225 (1958), 243 (1959), 264 (1960)

fortgesetzt in:

Fachserie B, Reihe 3 (jährlich).

## 3. Berichterstattung über Vieh- und Fleischwirtschaft

(StBRD Band 182 S. 45, lfd. Nr. II C 3)

#### Rechtsgrundlage:

Gesetz über den Verkehr mit Vieh und Fleisch (Vieh- und Fleischgesetz) vom 25. April 1951 (BGBl. I S. 272) und Zweite Durchführungsverordnung zum Vieh- und Fleischgesetz vom 2. Mai 1951 (Bundesanzeiger Nr. 90 S. 1).

#### Periodizität:

Wöchentliche und monatliche Erhebung und Aufbereitung.

#### Kreis der Befragten:

Für Auftriebe, Zufuhren und Preise: Großmärkte. Für Fleischversand: Betriebe der Fleischwarenindustrie, Großschlächter und große Schlachtereien.

#### Berichtsweg:

Befragte — Landwirtschaftsministerien der Länder — Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

#### Dargestellte Tatbestände:

Auftriebe, Fleischzufuhren sowie Lebendviehpreise an den Großmärkten. Versand von Fleisch und Fleischwaren über die Grenzen der Bundesländer.

#### Veröffentlichungen:

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Statistischer Monatsbericht (monatlich, teilweise jährlich).

Statistisches Jahrbuch.

## 4. Tierseuchenstatistik

(StBRD Band 182 S. 46, lfd. Nr. II C 4)

#### Rechtsgrundlage:

Runderlaß des Reichsministers des Innern vom 7. Januar 1942 (MBl. IV. S. 95).

#### Periodizität:

Halbmonatliche Berichterstattung, halbmonatliche und monatliche Zusammenstellung.

#### Kreis der Befragten:

Kreistierärzte.

#### Berichtsweg:

Befragte — Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

#### Dargestellte Tatbestände:

Stand der anzeigepflichtigen Tierseuchen.

#### Veröffentlichungen:

WiSta 58/7\*; 59/8\*; 60/7; 61/8\*; 62/7\*.

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Statistischer Monatsbericht (zusammenfassende Ergebnisse),

Tierseuchenbericht (halbmonatlich, ausführliche Ergebnisse).

Statistisches Jahrbuch (Vierteljahres-Ergebnisse).



## 5. Milcherzeugungs- und -verwendungsstatistik

(StBRD Band 182 S. 46, lfd. Nr. II C 5)

### Rechtsgrundlage:

Verordnung über eine Milchstatistik vom 22. Dezember 1959 (Bundesanzeiger Nr. 247 S. 1). Abdruck im Anhang S. 187.

### Periodizität:

Monatliche Erhebung und Aufbereitung.

### Kreis der Befragten:

Bis zu 1% der Kuhhalter;  
Leiter der Milchsammelstellen und Molkereien;  
Geschäftsführer der Kontrollverbände für Milchleistungsprüfungen, Milchschätzungskommissionen (je eine in jedem kleineren Verwaltungsbezirk). Siehe auch Übersicht auf S. 290.

### Berichtsweg:

Befragte — StLÄ — StBA.

### Dargestellte Tatbestände:

Erzeugung von Kuhmilch insgesamt, sowie Milchertrag je Kuh, Verwendung der Kuhmilch.

### Veröffentlichungen:

WiSta 59/2, 8; 60/2, 5, 8; 61/3, 8; 62/2.

WiSta\* (monatlich).

StB III/16 (monatlich)

fortgesetzt in:

Fachserie B, Reihe 3/II (monatlich, jährlich).

StBRD Band 225 (1958), 243 (1959), 264 (1960)

fortgesetzt in:

Fachserie B, Reihe 3 (jährlich).

### Bemerkungen:

Erhoben an einem Tag jeden Monats:

bei den Kuhhaltern: Erzeugung, Verwendung durch Erzeugerbetriebe, Zahl der Kühe und Zahl der Kälber unter 3 Monaten;

bei den Milchsammelstellen und Molkereien: monatliche Milchlieferung.

Geschätzt monatlich:

Kuhmilcherzeugung sowie Verwendung der Kuhmilch durch die Erzeugerbetriebe.

## 6. Berichterstattung über Molkereiwirtschaft

(StBRD Band 182 S. 46, lfd. Nr. II C 6)

### Rechtsgrundlage:

Gesetz über den Verkehr mit Milch, Milcherzeugnissen und Fetten (Milch- und Fettgesetz) in der Fassung vom 10. Dezember 1952 (BGBl. I S. 811) und Dritte Durchführungsverordnung zum Milch- und Fettgesetz vom 23. November 1951 (Bundesanzeiger Nr. 230 S. 2).

### Periodizität:

Monatliche (teilweise wöchentliche) Erhebung und Aufbereitung.

### Kreis der Befragten:

Molkereien, Käsereien, Dauermilchbetriebe.

### Berichtsweg:

Befragte — Landwirtschaftsministerien bzw. zuständige Behörden der Länder — Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

### Dargestellte Tatbestände:

Milchanlieferung, Milchverarbeitung, Herstellung und Absatz von Milch und Milcherzeugnissen, Erzeugerpreise für Milch.

### Veröffentlichungen:

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Statistischer Monatsbericht,

Statistischer Bericht über die Milch- und Molkereiwirtschaft im Bundesgebiet (jährlich).

Statistisches Jahrbuch.

## 7. Statistik der Fischereifangergebnisse

(StBRD Band 182 S. 46, lfd. Nr. II C 7)

### Rechtsgrundlage:

Gesetz über eine Fischereistatistik vom 21. Juli 1960 (BGBl. I S. 589). Abdruck im Anhang S. 188.

### Periodizität:

Laufende, teilweise monatliche Meldung der einzelnen Fangreisen. Monatliche und jährliche Aufbereitung. Für Bodenseefischerei: monatliche Meldung, monatliche und jährliche Aufbereitung.

### Kreis der Befragten:

Schiffsführer, Reedereien, Fischereigesellschaften, Seefischmarktverwaltungen, Fischverwertungsgenossenschaften, Fischgroßhandlungen, Fischverarbeiter. Bei Bodenseefischerei: Schiffer bzw. Abnahmestellen (Genossenschaften) oder Fischhandlungen. (Insgesamt rund 3 500 Befragte.)

### Berichtsweg:

Befragte — Erhebungsstellen (Seefischmarktverwaltungen, Fischereiämter); bei Bodenseefischerei: Erhebungsstellen (Fischmeister, Wasserschutzpolizei, Hauptzollämter) — StBA (zentrale Aufbereitung).

### Dargestellte Tatbestände:

Für See- und Küstenfischerei: Fangergebnisse (Menge und Erzeugerlös) nach Fisch- bzw. Tierarten, Fanggebieten und -plätzen, nach Reisen, Reise- und Fangtagen, Anlandeplätzen und Verwendungszweck sowie nach Fischereibetriebs- und Fahrzeugarten. Zahl und BRT der Fischereifahrzeuge nach Fischereibetriebsarten und Heimathäfen. Im Einsatz befindliche Fahrzeuge. Bordpersonal in der Dampfer- und Loggerfischerei.

Für Bodenseefischerei: Fangergebnisse (Menge und Erzeugerlös) nach Fischarten

### Veröffentlichungen:

WiSta 57/9; 59/4; 60/1\*, 4, 4\*; 61/4; 62/4, 4\*.

WiSta\* (monatlich).

StB III/25 und 26 (monatlich)

fortgesetzt in:

Fachserie B, Reihe 4/I (monatlich), II (zweimonatlich).

StBRD Band 208 (1957), 226 (1958), 244 (1959), 265 (1960)

fortgesetzt in:

Fachserie B, Reihe 4 (jährlich).

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:  
Jahresbericht für die deutsche Fischerei.

## 8. Binnenfischereierhebung 1962

### Rechtsgrundlage:

Gesetz über eine Betriebszählung in der Land- und Forstwirtschaft (Landwirtschaftszählung 1960) vom 13. April 1960 (BGBl. I S. 217). Abdruck im Anhang S. 173.

### Periodizität:

Im Juni 1962 durchgeführt.

### Kreis der Befragten:

Rund 12 000 Betriebe der Fluß- und Seenfischerei, Teichwirtschaft und Fischzucht.

### Berichtsweg:

Befragte — Gemeinden — Kreise — StLÄ — StBA.

### Dargestellte Tatbestände:

Vorgesehen:

Haupt- und nebenberufliche Betriebsinhaber nach Geschlecht; Familienarbeitskräfte nach Geschlecht und Berufsgruppen; familienfremde Arbeitskräfte nach Geschlecht, Beschäftigungsgruppen und Stellung im Beruf.

Fluß- und Seenfischereibetriebe: Größenklassen der befischten Fläche, Fangergebnisse im Jahre 1961 nach Speise- und Futterfischen, Fischbesatz; Fischereiinventar, Fischereifahrzeuge, Halter- und Kühlanlagen, Kraftfahrzeuge.

Betriebe der Teichwirtschaft und Fischzucht: Art und Größe der Teiche, Erzeugung im Jahre 1961 nach Art, Alter und Menge der Fische; Wirtschaftsinventar, Futtermittelverbrauch 1961, Verluste durch Abwässer und Fischkrankheiten.

### Veröffentlichungen:

WiSta 60/5 (M).

Vorgesehen:

Fachserie B, Einzelveröffentlichungen.

## D. Ernährungswirtschaft

(siehe auch unter II C. Vieh-, Fleisch- und Milchwirtschaft;  
Fischwirtschaft)

### 1. Berichterstattung über Getreidewirtschaft

(StBRD Band 182 S. 47, lfd. Nr. II D 1)

#### Rechtsgrundlage:

Gesetz über den Verkehr mit Getreide und Futtermitteln (Getreidegesetz) vom 4. November 1950 (BGBl. S. 721) und Sechste Durchführungsverordnung zum Getreidegesetz vom 9. August 1952 (BGBl. I S. 415).

#### Periodizität:

Monatliche (Kleinmühlen: vierteljährliche) Erhebung und Aufbereitung.

#### Kreis der Befragten:

Getreidehandel, landwirtschaftliche Genossenschaften, Verarbeitungsbetriebe (Betriebe, die Getreide verarbeiten sowie Teigwarenbetriebe), Mehlfachhandel, Importeure.

#### Berichtsweg:

Befragte — Landwirtschaftsministerien bzw. zuständige Behörden der Länder — Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

#### Dargestellte Tatbestände:

Monatlich: Bestände an Getreide und Getreideerzeugnissen in zweiter Hand. Getreideverkäufe der Landwirtschaft nach Getreidearten. Verarbeitung von Getreide und Herstellung von Getreideerzeugnissen.

Vierteljährlich: Getreide- und Mehلبilanzen.

#### Veröffentlichungen:

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:  
Statistischer Monatsbericht.  
Statistisches Jahrbuch.

### 2. Berichterstattung über Zuckerwirtschaft

(StBRD Band 182 S. 47, lfd. Nr. II D 2)

#### Rechtsgrundlage:

Gesetz über den Verkehr mit Zucker (Zuckergesetz) vom 5. Januar 1951 (BGBl. I S. 47) und Zweite Durchführungsverordnung zum Zuckergesetz vom 7. Juli 1951 (Bundesanzeiger Nr. 132 S. 1).

#### Periodizität:

Monatliche Erhebung und Aufbereitung.

#### Kreis der Befragten:

Zuckerfabriken, Sortimentsgroßhandel, Importeure.

#### Berichtsweg:

Zuckerfabriken und Importeure — Wirtschaftliche Vereinigung Zucker — Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Großhandel — Landwirtschaftsministerien der Länder — Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

#### Dargestellte Tatbestände:

Zuckerbestände, Verarbeitung von Zuckerrüben und Rohzucker, Herstellung und Absatz von Zucker.

#### Veröffentlichungen:

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:  
Statistischer Monatsbericht.  
Statistisches Jahrbuch.

### 3. Berichterstattung über Fettwirtschaft (Nahrungsfette)

(StBRD Band 182 S. 47, lfd. Nr. II D 3)

#### Rechtsgrundlage:

Gesetz über den Verkehr mit Milch, Milcherzeugnissen und Fetten (Milch- und Fettgesetz) in der Fassung vom 10. Dezember 1952 (BGBl. I S. 811) und Dritte Durchführungsverordnung zum Milch- und Fettgesetz vom 23. November 1951 (Bundesanzeiger Nr. 230 S. 2).

#### Periodizität:

Monatliche Erhebung und Aufbereitung.

#### Kreis der Befragten:

Ölmühlen, Margarinefabriken, Fettschmelzen, Schmalzsiedereien und Importeure.

#### Berichtsweg:

Befragte — Einfuhr- und Vorratsstelle für Fette — Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

#### Dargestellte Tatbestände:

Vorräte an Ölfrüchten, Ölen und Fetten; Verkauf von Ölfrüchten in der Landwirtschaft, Verarbeitung von Ölfrüchten, Ölen und Fetten; Herstellung und Absatz von Ölen, Fetten und Margarine.

#### Veröffentlichungen:

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:  
Statistischer Monatsbericht.  
Statistisches Jahrbuch.

## 4. Weinbestandsstatistik

#### Rechtsgrundlage:

Gesetz über Maßnahmen auf dem Gebiete der Weinwirtschaft vom 29. August 1961 (BGBl. I S. 1622). Auszugsweiser Abdruck im Anhang S. 190.

Erste Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über Maßnahmen auf dem Gebiete der Weinwirtschaft vom 27. Juli 1962 (BGBl. I S. 527). (Nicht im Anhang abgedruckt, da erst am 2. August 1962 verkündet.)

EWG-Verordnung Nr. 24 über die schrittweise Errichtung einer gemeinsamen Marktorganisation für Wein vom 4. April 1962 (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. 30 — Seite 989/62 — vom 20. April 1962). Abdruck im Anhang S. 191.

#### Vorgesehen:

Bei allen Weinbaubetrieben und Betrieben (auch von Winzergenossenschaften), die gewerbsmäßig Wein be- oder verarbeiten, lagern oder handeln, sollen periodisch die Bestände an Traubenmaishe, Traubenmost mit Ausnahme von Traubensaft, der zum unmittelbaren Genuß bestimmt ist, sowie an Wein in- und ausländischer Erzeugung erhoben werden. Nicht meldepflichtig sind Gaststätten und Einzelhandelsbetriebe ohne eigenen Kellereibetrieb.

## E. Forst- und Holzwirtschaft

### 1. Berichterstattung über Aufforstung

(StBRD Band 182 S. 47, lfd. Nr. II E 1)

#### Rechtsgrundlage:

Vereinbarung mit den Landwirtschaftsministerien der Länder.

#### Periodizität:

Jährliche Berichterstattung und Zusammenstellung.

#### Kreis der Befragten:

Forstämter.

#### Berichtsweg:

Befragte — zuständige Ministerien der Länder — Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

#### Dargestellte Tatbestände:

Kahlflächen zu Beginn des Forstwirtschaftsjahres, Aufforstungen von Kahlflächen und Ödländereien.

#### Veröffentlichungen:

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:  
Statistischer Monatsbericht (jährlich).  
Statistisches Jahrbuch.

## 2. Berichterstattung über Holzeinschlag und Holzverkauf

(StBRD Band 182 S. 48, lfd. Nr. II E2)

### Rechtsgrundlage:

Verordnung über eine Holzstatistik vom 22. Dezember 1959 (Bundesanzeiger Nr. 247 S. 1). Abdruck im Anhang S. 192. Bezüglich der Holzpreise: Vereinbarungen mit den zuständigen Ministerien der Länder.

### Periodizität:

Monatliche (Rundholzpreise) und vierteljährliche (Holzeinschlag und -verkauf) Erhebung und Aufbereitung.

### Kreis der Befragten:

Forstbetriebe und Forstämter.

### Berichtsweg:

Befragte — zuständige Ministerien der Länder — Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

### Dargestellte Tatbestände:

Monatlich: Durchschnittliche Rundholzpreise in Staatsforsten.

Vierteljährlich: Holzeinschlag und Holzverkauf.

### Veröffentlichungen:

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:  
Statistischer Monatsbericht.  
Statistisches Jahrbuch.

## 3. Berichterstattung über Holzwirtschaft

(StBRD Band 182 S. 48, lfd. Nr. II E3)

### Rechtsgrundlage:

Verordnung über eine Holzstatistik vom 22. Dezember 1959 (Bundesanzeiger Nr. 247 S. 1). Bezüglich der Nadelsschnittholzpreise: Vereinbarungen mit den zuständigen Ministerien der Länder.

### Periodizität:

Monatliche (Nadelsschnittholzpreise) und vierteljährliche (sonstige Tatbestände) Erhebung und Aufbereitung.

### Kreis der Befragten:

Holzbearbeitende Betriebe, Gruben- und Faserholzhandel.

### Berichtsweg:

Befragte — zuständige Ministerien der Länder — Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

### Dargestellte Tatbestände:

Monatlich: Nadelsschnittholzpreise.

Vierteljährlich: Bestände an Rohholz, Holzabfällen, Schnittholz, Furnieren, Sperrholz, Holzfasern und Holzspanplatten.

### Veröffentlichungen:

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.  
Statistischer Monatsbericht (monatlich bzw. vierteljährlich).  
Statistisches Jahrbuch.

### Bemerkungen:

In Niedersachsen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg unter Beteiligung der Statistischen Landesämter in Verbindung mit dem vierteljährlichen Produktionsbericht durchgeführt.

## 4. Forsterhebung 1961

### Rechtsgrundlage:

Gesetz über eine Betriebszählung in der Land- und Forstwirtschaft (Landwirtschaftszählung 1960) vom 13. April 1960 (BGBl. I S. 217). Abdruck im Anhang S. 173. Verordnung über die Forsterhebung der Landwirtschaftszählung 1960 vom 3. März 1961 (Bundesanzeiger Nr. 46 S. 1). Abdruck im Anhang S. 176.

### Periodizität:

Von April 1961 bis März 1962 mit Stichtag vom 1. Oktober 1960 durchgeführt.

### Kreis der Befragten:

Rund 500 000 Bewirtschafter von Forstbetrieben und Waldflächen ab 0,5 ha.

### Berichtsweg:

Befragte — Gemeinden — Kreise — StLÄ — StBA.

### Dargestellte Tatbestände:

#### Vorgesehen:

Forstbetriebe nach Größe, Kultur- und Betriebsart (Hoch-, Plenter-, Mittel-, Niederwald), Besitzart (Bundes-, Landes-, Gemeinde-, Körperschafts-, Privatforsten); Baumarten, Alters- und Ertragsklassen sowie Bestockungsgrad der Bestände; Arbeitskräfte nach Familienarbeitskräften und familienfremden Arbeitskräften sowie nach ständig, nicht ständig und vorübergehend Beschäftigten.

### Veröffentlichungen:

WiSta 60/5 (M).

#### Vorgesehen:

Fachserie B, Einzelveröffentlichungen.

### III. Unternehmen und Arbeitsstätten (ohne Landwirtschaft)

#### 1. Zählung der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten

##### a) Arbeitsstättenzählung 1950

(StBRD Band 182 S. 49, lfd. Nr. III 1 a)

##### Rechtsgrundlage:

Volkszählungsgesetz 1950, § 1, vom 27. Juli 1950 (BGBl. S. 335).

##### Periodizität:

Am 13. September 1950 durchgeführt.

##### Kreis der Befragten:

Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten einschließlich der öffentlichen und öffentlich-rechtlichen Verwaltungen, der selbständigen Angehörigen der freien Berufe; Büros jeglicher Art; Gärtnerei- und Tierzuchtbetriebe, wenn sie keinen eigenen oder gepachteten Boden bewirtschaften; Fischereibetriebe ohne eigene oder gepachtete Wasserflächen. Bundesbahn und Bundespost führten die Erhebung in ihren Geschäftsbereichen selbständig durch. (Insgesamt rund 2 300 000 Arbeitsstätten.)

##### Berichtsweg:

Befragte — Gemeinden (örtliche Durchführung der Zählung unter Mitwirkung ehrenamtlicher Zähler) — Kreise — StLÄ — StBA.

##### Dargestellte Tatbestände:

In der Aufbereitung nach örtlichen Einheiten — Arbeitsstätten — (fachliche Gliederung nach dem »Systematischen Verzeichnis der Arbeitsstätten — Ausgabe 1950 —«, siehe auch Übersicht im Anhang S. 270 und Auszug aus der Systematik auf S. 275):

Arbeitsstätten und Beschäftigte insgesamt (darunter im Handwerk) und nach Betriebsgrößenklassen (nach der Zahl der Beschäftigten); Arbeitsstätten mit Schwerbeschädigten und Knappschaftsvollrentnern; Arbeitsstätten des Einzelhandels und deren Beschäftigte nach Betriebsformen; Beschäftigte nach Geschlecht und Stellung im Betrieb, beschäftigte Vertriebene insgesamt und in Arbeitsstätten des Handwerks Ausstattung der Arbeitsstätten mit Kraftfahrzeugen.

In der Aufbereitung nach Wirtschaftseinheiten — Unternehmen — (fachliche Gliederung wie oben):

Unternehmen und Beschäftigte insgesamt, nach Umsatzgrößenklassen, Rechtsformen der Unternehmen, Kapitalverhältnissen bei Kapitalgesellschaften und Beteiligung der öffentlichen Hand; Handwerksunternehmen und deren Beschäftigte nach Umsatzgrößenklassen sowie Unternehmen des Einzelhandels und deren Beschäftigte nach Zahl der Zweigniederlassungen; Vertriebenenunternehmen, Gesamtumsatz (umsatzsteuerpflichtig und umsatzsteuerfrei) des Kalenderjahres 1949 nach Umsatzgrößenklassen; außerdem gesonderter Nachweis des Umsatzes für Unternehmen mit Beteiligung der öffentlichen Hand, des Handwerks und des Einzelhandels.

##### Veröffentlichungen:

WiSta 52/1, 1\*; 53/9, 12, 12\*; 54/2, 2\*, 3; 56/6.

StB IV/15/1 bis 3.

StBRD Band 44 (M), 45 Heft 1 bis 3, 46 Heft 1 bis 7, 47 Heft 1 (M) und 2 (Kartenwerk).

Über die Organisation und die methodisch-technische Durchführung des gesamten Zählungswerkes 1950 unterrichtet StBRD Band 31.

##### b) Arbeitsstättenzählung 1961

##### Rechtsgrundlage:

Volkszählungsgesetz 1961 vom 13. April 1961 (BGBl. I S. 437). Abdruck im Anhang S. 162.

##### Periodizität:

Am 6. Juni 1961 durchgeführt.

##### Kreis der Befragten:

Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten einschließlich der öffentlichen und öffentlich-rechtlichen Verwaltungen, der selbständigen Angehörigen der freien Berufe; Heimarbeiter; Büros jeglicher Art; Betriebe der gewerblichen Gärtnerei und der Tierzucht; Betriebe der Hochsee- und Küstentischerei. Bundesbahn und Bundespost führten die Erhebung in ihren Geschäftsbereichen selbständig durch.

##### Berichtsweg:

Befragte — Gemeinden (örtliche Durchführung der Zählung unter Mitwirkung ehrenamtlicher Zähler) — Kreise — StLÄ — StBA.

##### Dargestellte Tatbestände:

##### Vorgesehen:

In der Aufbereitung nach örtlichen Einheiten — Arbeitsstätten — (fachliche Gliederung nach der »Systematik der Wirtschaftszweige — Ausgabe 1961 —«, siehe auch Übersicht im Anhang S. 270 und Auszug aus der Systematik S. 272):

Arbeitsstätten (darunter in die Handwerksrolle eingetragen sowie einzige Niederlassungen und Niederlassungen von Unternehmen anderer Wirtschaftsgruppen) und deren Beschäftigte insgesamt; Arbeitsstätten und Beschäftigte nach Arbeitsstättengrößenklassen (nach der Zahl der Beschäftigten); Beschäftigte der Arbeitsstätten (darunter Teilbeschäftigte) nach Geschlecht und Stellung im Betrieb; Arbeitsstätten der Hausgewerbetreibenden, Heimarbeiter und Zwischenmeister und deren Beschäftigte nach der Zahl ihrer fremden Hilfskräfte und nach Arbeitsstättengrößenklassen.

In der Aufbereitung nach Wirtschaftseinheiten — Unternehmen — (fachliche Gliederung wie oben):

Unternehmen und Beschäftigte nach der Rechtsform und nach Unternehmensgrößenklassen (nach der Zahl der Beschäftigten); in die Handwerksrolle eingetragene Unternehmen und deren Beschäftigte sowie Unternehmen von Vertriebenen und Sowjetzonenflüchtlingen und deren Beschäftigte.

Strukturelle und regionale Zusammenhänge zwischen den Unternehmen und ihren Niederlassungen.

##### Veröffentlichungen:

WiSta 56/12; 61/4 (M).

##### Vorgesehen:

Fachserie C, Einzelveröffentlichungen.

#### 2. Kostenstrukturerhebungen

##### a) Erhebung über die Kostenstruktur der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten 1950

(StBRD Band 182 S. 49, lfd. Nr. III 2 a)

##### Rechtsgrundlage:

Volkszählungsgesetz 1950 vom 27. Juli 1950 (BGBl. S. 335), § 2 Abs. 2, in Verbindung mit Erlass des Bundesministers des Innern vom 26. Oktober 1951, Az.: 1335 — 1 B 740/51.

##### Periodizität:

Im allgemeinen einmalig für das Jahr 1950 durchgeführt (Sonderfälle: Bauindustrie nur für 1952, Bekleidungsindustrie für 1950 und 1951, Schiffbau 1950 und 1951, Zahnärzte für 1950, 1951 und 1952).

##### Kreis der Befragten:

Ausgewählte Unternehmen der Industrie und des Handwerks (darunter auch Unternehmen der Bauindustrie und des Bauhandwerks), des Großhandels und Verlagsgewerbes, des Einzelhandels, des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes sowie des Verkehrs; ferner ausgewählte Ärzte und Zahnärzte.

Erfasst wurden rund 43 000 Unternehmen. Der Repräsentationsgrad war in den einzelnen Wirtschafts- und Größenklassen verschieden.

#### Berichtsweg:

Befragte — StLA bzw. Wirtschaftsorganisationen (auch Buchstellen) — StBA; teilweise auch: Befragte — StBA (zentrale Aufbereitung).

Die Erhebung (Auswahl der Unternehmen, Versand und Wiedereinziehen der Fragebogen usw.) wurde teilweise von den StLA, teilweise unter Mitwirkung der Wirtschaftsorganisationen durchgeführt.

#### Dargestellte Tatbestände:

Gesamtleistung; Steuerlicher Umsatz; Wirtschaftlicher Umsatz; Kosten nach Kostenarten; Personalkosten; Steuern und Robertrag. Fachliche Gliederung nach dem »Systematischen Verzeichnis der Arbeitsstätten (Ausgabe 1950)«, siehe auch Übersicht im Anhang S. 270 und Auszug aus der Systematik auf S. 275.

#### Veröffentlichungen:

WiSta 51/10 (M); 55/6, 7, 9, 12; 56/1, 6; 57/2, 10.

StB II/7/1 bis 20 und 28 (Ergebnisse für einzelne Fachzweige).

StBRD Band 49, Heft 1 (Industrie), 2 (Handwerk), 3 (Großhandel und Verlagsgewerbe), 4 (Einzelhandel), 5 (Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe), 6 (Verkehrsgewerbe), 7 (Ärzte und Zahnärzte).

#### Bemerkungen:

Die Erhebung wurde in gleicher Weise für die vorstehenden Bereiche (außer Verlagsgewerbe und Ärzte) auch in Berlin (West) durchgeführt. Die Ergebnisse sind veröffentlicht in StB II/7/21 bis 27.

#### b) Einzeluntersuchungen

Außer der Kostenstrukturhebung 1950 fanden in späteren Jahren noch weitere Untersuchungen statt (im einzelnen siehe unter »Veröffentlichungen«). Sie stimmen in bezug auf die dargestellten Tatbestände im wesentlichen mit den Erhebungen in den gleichen Bereichen im Rahmen der Kostenstrukturhebung 1950 überein.

#### Veröffentlichungen:

Ärztliche Praxis (1954): WiSta 57/2; StB II/7/31.

Zahnärztliche Praxis (1954): WiSta 57/2; StB II/7/29 und 30.

Einzelhandel mit Milch und Milchzeugnissen (1955): WiSta 57/10; StB II/7/32.

Allgemeiner Lebensmittel-Einzelhandel, Einzelhandel mit Fischen und Fischwaren und mit Schokolade und Süßwaren (1955): WiSta 57/10; StB II/7/33.

#### c) Laufende Kostenstrukturstatistik

##### Rechtsgrundlage:

Gesetz über Kostenstrukturstatistik (KoStrukStatG) vom 12. Mai 1959 (BGBl. I S. 245). Abdruck im Anhang S. 192. Für Verkehrsgewerbe: Gesetz über die Statistik der Kosten und Leistungen im Güterverkehr mit Kraftfahrzeugen, mit Binnenschiffen und mit Eisenbahnen im Jahre 1959 (GüVerkStatG 1959) vom 21. Dezember 1958 (BGBl. I S. 988). Abdruck im Anhang S. 242.

##### Periodizität:

Erhebungen in der gewerblichen Wirtschaft sowie bei sonstigen Arbeitsstätten (mit Ausnahme der land- und forstwirtschaftlichen Arbeitsstätten) nacheinander in vierjährigem Turnus, beginnend 1959 für das Berichtsjahr 1958:

1. im ersten Erhebungsjahr:  
in der Industrie (einschließlich Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgung) und im Handwerk;
2. im zweiten Erhebungsjahr:  
im Verkehrsgewerbe und den übrigen unter 1., 3., 4. nicht genannten Arbeitsstätten;
3. im dritten Erhebungsjahr:  
im Großhandel (einschließlich Verlagswesen) und im Handelsvertreter- sowie Handelsmaklergewerbe;
4. im vierten Erhebungsjahr:  
im Einzelhandel sowie im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe.

##### Kreis der Befragten:

Ausgewählte Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft; ferner ausgewählte freie Berufe (z. B. Ärzte, Zahnärzte, Rechtsanwälte, Notare, prüfende sowie wirtschafts- und steuerberatende Berufe). Die Erhebungen werden mit dem

Ziel durchgeführt, von durchschnittlich 5% der Gesamtzahl der Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft und sonstigen Arbeitsstätten für die einzelnen Wirtschaftszweige repräsentative Gesamtergebnisse zu erlangen. Die Auskunfterteilung ist freiwillig.

#### Berichtsweg:

Befragte — StLA bzw. Wirtschaftsorganisationen (auch Buchstellen) — StBA; teilweise auch: Befragte — StBA (in beiden Fällen zentrale Aufbereitung).

Die Erhebung (Auswahl der Unternehmen, Versand und Wiedereinziehen der Fragebogen usw.) wurde teilweise von den StLA, teilweise unter Mitwirkung der Wirtschaftsorganisationen durchgeführt.

#### Dargestellte Tatbestände:

In der Gliederung nach Klassen auf Grund des »Systematischen Verzeichnisses der Arbeitsstätten — Ausgabe 1950 —« (siehe auch Übersicht im Anhang S. 270 und Auszug aus dem Verzeichnis auf S. 275); ab drittem Erhebungsjahr nach der »Systematik der Wirtschaftszweige (Ausgabe 1961)« (siehe auch Übersicht im Anhang S. 270 und Auszug aus der Systematik auf S. 272), zum Teil darüber hinausgehend und — soweit möglich — nach Größenklassen nach der Gesamtleistung der Unternehmen bzw. der freien Berufe (nach Einnahmen bei den Zahnärzten):

Gesamtleistung (Gesamtproduktion) bzw. Einnahmen (bei freien Berufen); steuerlicher Umsatz für das Kalenderjahr, zum Teil untergliedert nach steuerfreiem und steuerpflichtigem Umsatz sowie nach Steuersätzen,

wirtschaftlicher Umsatz für das Geschäftsjahr, gegliedert nach den fachlichen Besonderheiten; Bestandsveränderungen im Geschäftsjahr an Halb- und Fertigerzeugnissen eigener Produktion.

Wert der selbsterstellten Anlagen (bei Industrie und Verkehrsgewerbe); Nettoproduktionswert (bei Industrie); Rohertrag (im Handwerk und Handel); Material- und Warenbezüge (im Handwerk, Handel sowie im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe).

Kosten in Prozent der Gesamtleistung (Gesamtproduktion) bzw. Einnahmen (bei den Zahnärzten):

Stoffverbrauch (teilweise aufgegliedert) und Einstandswert der umgesetzten Handelsware; Verbrauch von Brenn- und Treibstoffen, Energie und dergleichen; Löhne, Gehälter, Sozialkosten (gesetzliche, übrige). Instandhaltungskosten, Steuern (teilweise aufgegliedert).

Mieten und Pachten, steuerliche Abschreibungen und Fremdkapitalzinsen (mit Ausnahme der Industrie); übrige Kosten (bei der Industrie ohne kalkulatorische Kosten), teilweise noch weiter aufgegliedert.

##### Je Unternehmen:

Beschäftigte und Personalkosten wie Löhne, Gehälter, Sozialkosten; ausgewählte Posten des Jahresabschlusses (z. B. Anlagen, Bestände, Forderungen und Verbindlichkeiten auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen).

#### Veröffentlichungen:

WiSta 62/4.

Fachserie C, Reihe 1.

##### Vorgesehen:

I. Industrie und Energiewirtschaft

II. Handwerk

III. Verkehrsgewerbe

IV. Ausgewählte freie Berufe

V. Großhandel und Verlagswesen

VI. Einzelhandel

VII. Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe.

##### Bereits erschienen:

zu I: Vorberichte 1 bis 15, Ergänzungsheft Berlin (West)

III: Vorbericht 1 (Öffentlicher Straßenverkehr)

Vorbericht 2 (nichtbundeseigene Eisenbahnen)

Vorbericht 3 (Seeschifffahrt)

IV: Vorbericht 1 (Zahnärzte)

Vorbericht 2 (Ärzte)

Vorbericht 3 (Rechtsanwälte und Notare).

#### Bemerkungen:

Im ersten 4-Jahres-Turnus werden nur diejenigen Teile des Verkehrsgewerbes herangezogen, die nicht durch die ebenfalls für 1959 durchgeführte »Statistik der Kosten und Leistungen im Güterverkehr mit Kraftfahrzeugen, mit Binnenschiffen und mit Eisenbahnen« erfaßt wurden (siehe Abschnitt VII S. 93, lfd. Nr. F2a). Im Rahmen der Kostenstrukturstatistik wurden der öffentliche Straßenverkehr und die Seeschifffahrt erfaßt.

### 3. Statistik der Kapitalgesellschaften

(StBRD Band 182 S. 50, lfd. Nr. III 3)

Periodizität:

Monatliche Meldung, jährliche Zusammenstellung.

Kreis der Befragten:

Zusammenstellung bei den StLÄ auf Grund von Meldungen der Registergerichte und durch Auswertung von Bekanntmachungen im Bundesanzeiger.

Berichtsweg:

StLÄ — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Bestand und Veränderung von Zahl und Nominalkapital der rund 41 000 Kapitalgesellschaften (Ende 1961) nach Wirtschaftsgruppen, Zu- und Abgänge nach Art der Veränderung; Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung nach Größenklassen des Nominalkapitals (in dreijährigen Abständen, zuletzt für 1959).

Ab 1. Januar 1962 fachliche Gliederung nach der »Systematik der Wirtschaftszweige (Ausgabe 1961)«; siehe auch Übersicht im Anhang S. 270 und Auszug aus der Systematik S. 272.

Veröffentlichungen:

WiSta 59/3, 3\*; 60/3, 3\*; 61/3, 3\*; 62/3, 3\*.

### 4. Bilanzstatistik der Aktiengesellschaften

(StBRD Band 182 S. 50, lfd. Nr. III 4)

Periodizität:

Jährliche Zusammenstellung

Dargestellte Tatbestände:

Wichtige Bilanzposten der Aktiengesellschaften nach Wirtschaftsgruppen, ergänzt durch Angaben über die Posten der Erfolgsrechnungen. Bilanzstruktur, Finanzierungsquellen, Dividenden; Entwicklung der Sachanlagen; Eigentum am Kapital der Aktiengesellschaften (für 1956, 1958 und 1960). Ab 1. Januar 1962 fachliche Gliederung nach der »Systematik der Wirtschaftszweige (Ausgabe 1961)«; siehe auch Übersicht im Anhang S. 270 und Auszug aus der Systematik S. 272.

Veröffentlichungen:

WiSta 58/8, 8\*, 11, 11\*, 12; 59/3\*, 4, 4\*, 8, 8\*, 11, 11\*; 60/5, 5\*, 8, 8\*, 11, 11\*; 61/4, 4\*, 8, 8\*; 62/4, 4\*.

StBRD Band 231 (1957), 250 (1958), 266 (1959)

fortgesetzt in:

Fachserie C, Reihe 2/I (jährlich).

StBRD Band 188

fortgesetzt in:

Fachserie C, Reihe 2/II Sonderbeiträge (unregelmäßig).

Bemerkungen:

Die Statistik wird im StBA an Hand der Veröffentlichungen im Bundesanzeiger und der Geschäftsberichte der Aktiengesellschaften durchgeführt. Einbezogen wurden 1959 und 1960 rund 1 900 Aktiengesellschaften (ohne Banken, Versicherungen und Beteiligungsgesellschaften); Gesellschaften mit Sitz in Berlin werden gesondert dargestellt.

### 5. Statistik der Finanzen der öffentlichen Wirtschaftsunternehmen

(StBRD Band 182 S. 86, lfd. Nr. X A 5)

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Finanzstatistik vom 8. Juni 1960 (BGBl. I S. 322). Abdruck im Anhang S. 247.

Periodizität:

Jährliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Zuletzt rund 650 kommunale Versorgungs- und Verkehrsunternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit, die nach der Eigenbetriebsverordnung geführt werden, in Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern und in Landkreisen (siehe auch Bemerkungen).

Berichtsweg:

Befragte — StLÄ — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Jahresabschlüsse der Unternehmen in Anlehnung an das Veröffentlichungsschema der Aktiengesellschaften (Bilanz, Anlagennachweis, Erfolgsrechnung).

Veröffentlichungen:

WiSta 58/8; 59/6.

StBRD Band 213 (1955), 249 (1956)

fortgesetzt in:

Fachserie C, Reihe 3/I (jährlich).

Bemerkungen:

Es ist vorgesehen, die Statistik auf Versorgungs- und Verkehrsunternehmen in Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern, auf staatliche Wirtschaftsunternehmen, die gemäß § 15 Reichshaushaltsordnung geführt werden, sowie auf kommunale Einrichtungen, die als Eigenbetriebe geführt werden, auszudehnen.

### 6. Statistik der Gewerbeaufsicht

(StBRD Band 182 S. 50, lfd. Nr. III 5)

Rechtsgrundlage:

§ 139 b der Gewerbeordnung.

Periodizität:

Jährliche Berichterstattung und Zusammenstellung.

Kreis der Befragten:

Gewerbeaufsichtsämter.

Berichtsweg:

Befragte — Arbeitsministerien der Länder — Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.

Dargestellte Tatbestände:

Ermittelte Zuwiderhandlungen gegen die Arbeitsschutzvorschriften, Bestrafungen, Nachweis der untersuchten Unfälle (sachliche und persönliche Mängel), unfalltechnische und gewerbehygienische Beanstandungen. Außerdem alle zwei Jahre: Betriebe, Arbeitnehmer, durchgeführte Besichtigungen.

Veröffentlichungen:

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung:

Jahresberichte der Gewerbeaufsicht,

Arbeits- und Sozialstatistische Mitteilungen (jährlich auszugsweise).

## IV. Industrie und Handwerk

### A. Industrieberichterstattung

#### 1. Industriebericht

##### a) Monatlicher Industriebericht

(StBRD Band 182 S. 51, lfd. Nr. IV A 1 a)

##### Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Allgemeine Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe vom 15. Juli 1957 (BGBl. I S. 720). Abdruck im Anhang S. 195. Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes über die Allgemeine Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe vom 26. April 1961 (BGBl. I S. 477). Abdruck im Anhang S. 198. Ferner für Fragen nach dem Auftragsengang und den Auftragsannullierungen: Verordnung über die Durchführung einer Statistik über den Auftragsengang in der Industrie vom 30. November 1960 (Bundesanzeiger Nr. 235 S. 1). Abdruck im Anhang S. 199.

##### Periodizität:

Monatliche Erhebung und Aufbereitung.

##### Kreis der Befragten:

Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten. (Erfasst werden zur Zeit rund 53 300 örtlich und produktionsmäßig zusammenhängende Betriebe, das sind 58% aller Industriebetriebe mit einem Anteil von 98% der Beschäftigten und des Umsatzes der gesamten Industrie. Nicht erfasst werden Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke für die öffentliche Versorgung sowie die Betriebe der Bauindustrie. Für den Kohlenbergbau werden für die Länder Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Saarland die Angaben der »Statistik der Kohlenwirtschaft e. V.« verwendet.)

##### Berichtsweg:

Befragte — StLÄ — StBA.

##### Dargestellte Tatbestände:

###### Monatlich:

Im Rahmen des geplanten Industriezensus 1963 (siehe S. 73, lfd. Nr. IV F 1) ist vorgesehen, für das Kalender- bzw. Geschäftsjahr 1962 weitere Tatbestände zu ermitteln.

Betriebe, Beschäftigte nach Stellung im Betrieb, geleistete Arbeiterstunden, Bruttosumme der Löhne und Gehälter, Inland- und Auslandsumsatz (Gesamtwert der in Rechnung gestellten Lieferungen und Leistungen), Kohleverbrauch und -bestand nach Arten; Heizölverbrauch nach Arten; Fremdbezug, Eigenherzeugung, Abgabe und Verbrauch von Strom; Gasverbrauch.

###### Jährlich:

Betriebe, Beschäftigte und Umsatz (unter Einbeziehung der Kleinbetriebe mit weniger als 10 Beschäftigten — vgl. lfd. Nr. 1 b) nach Betriebsgrößenklassen auf Grund der Beschäftigtenzahlen.

(Diese Tatbestände werden im allgemeinen nach örtlichen Betriebseinheiten, zum Teil auch nach Betriebsteilen, in der Gliederung nach Industriegruppen und -zweigen gemäß dem »Systematischen Verzeichnis zum monatlichen Industriebericht« aufbereitet. Siehe auch Übersicht auf S. 270 und Auszug aus der Systematik auf S. 277.)

##### Veröffentlichungen:

WiSta 58/8, 11; 59/2, 5, 8, 11; 60/2, 5, 8, 11; 61/2, 5, 8, 11; 62/2, 5.

WiSta\* (monatlich).

IndBRD Reihe 1 mit Vorbericht (monatlich, jährlich)

fortgesetzt in:

Fachserie D, Reihe 1 mit Vorbericht (monatlich, jährlich).

IndBRD Reihe 4 Heft 21, 25, 28

fortgesetzt in:

Fachserie D, Reihe 4.

##### Bemerkungen:

Über die Auftragsgänge werden zur Zeit rund 16 600 ausgewählte Industriebetriebe mit im allgemeinen 25 und mehr Beschäftigten befragt. Hiervon werden rund 12 500 Betriebe durch die StLÄ und rund 4 100 durch Fachverbände der Industrie erfasst. Die Zusammenstellung und Veröffentlichung der Bundesergebnisse erfolgt durch das Bundesministerium für Wirtschaft.

##### b) Industriebericht für Kleinbetriebe

(StBRD Band 182 S. 51, lfd. Nr. IV A 1 b)

##### Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Allgemeine Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe vom 15. Juli 1957 (BGBl. I S. 720). Abdruck im Anhang S. 195. Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes über die Allgemeine Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe vom 26. April 1961 (BGBl. I S. 477). Abdruck im Anhang S. 198.

##### Periodizität:

Jährlich einmal für den Monat September erhoben und aufbereitet.

##### Kreis der Befragten:

Alle nicht monatlich erfassten Industriebetriebe, d. h. im allgemeinen Betriebe mit weniger als 10 Beschäftigten. (Erfasst werden zur Zeit rund 39 200 örtlich und produktionsmäßig zusammenhängende Betriebe, das sind 42% aller Industriebetriebe mit 2% der Beschäftigten und des Umsatzes der gesamten Industrie. Nicht erfasst werden Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke für die öffentliche Versorgung sowie die Betriebe der Bauindustrie. Für den Kohlenbergbau werden für die Länder Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Saarland die Angaben der »Statistik der Kohlenwirtschaft e. V.« verwendet.)

##### Berichtsweg:

Befragte — StLÄ — StBA.

##### Dargestellte Tatbestände:

Betriebe, Beschäftigte und Umsatz sowie Vertriebenen- oder Zugewanderteneigenschaft der Betriebe, jeweils nach Industriegruppen und -zweigen gemäß dem »Systematischen Verzeichnis zum monatlichen Industriebericht«. Siehe auch Übersicht auf S. 270 und Auszug aus der Systematik auf S. 277.

##### Veröffentlichungen:

IndBRD Reihe 1, Jahresheft (bis 1959), Reihe 4 Heft 30 (1960)

fortgesetzt in:

Fachserie D, Reihe 4.

Fachserie A, Reihe 4 (unregelmäßig).

#### 2. Zusatzerhebung zum Industriebericht

(StBRD Band 182 S. 51, lfd. Nr. IV A 2)

##### Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Allgemeine Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe vom 15. Juli 1957 (BGBl. I S. 720). Abdruck im Anhang S. 195. Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes über die Allgemeine Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe vom 26. April 1961 (BGBl. I S. 477). Abdruck im Anhang S. 198.

##### Periodizität:

In ein- bis zweijährigen Abständen, zuletzt im Oktober 1960 durchgeführt.

##### Kreis der Befragten:

Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (entsprechend dem monatlichen Industriebericht, siehe lfd. Nr. IV A 1 a).

Berichtsweg:  
Befragte — StLÄ — StBA.

**Dargestellte Tatbestände:**

Für die Erhebung im Oktober 1958: Beschäftigte nach Stellung im Betrieb sowie nach örtlich getrennten Arbeitsstätten, beides für September 1958; Umsatz nach Unternehmen, Wasserversorgung, beides für das Jahr 1957. Für die Erhebung im Oktober 1960: Beschäftigte nach Geschlecht und Stellung im Betrieb für September 1960. Wasserversorgung für das Jahr 1959 (Wasseraufkommen aus Eigenförderung und Fremdbezug, Wassernutzung einschließlich Kreislaufwasser, Wasserableitung).

Zusammen mit der Erhebung im Oktober 1960 wurde eine Erhebung auf freiwilliger Grundlage durchgeführt mit folgenden Tatbeständen: Wert der Gesamtproduktion (Umsatz und firmeninterne Lieferungen, Lagerbestände), Materialverbrauch, Brutto- und Nettoproduktionswerte, Nettoquoten, alles für 1958.

Fachliche Gliederung nach dem »Systematischen Verzeichnis zum monatlichen Industriebericht.« Siehe Übersicht auf S. 270 und Auszug aus der Systematik auf S. 277.

**Veröffentlichungen:**

WiSta 60/6 (M), 6\*, 10 (M), 10\*.  
IndBRD Reihe 4 Heft 24, 27  
fortgesetzt in:  
Fachserie D, Reihe 4 und Reihe 5/II.

**3. Jahreserhebung der Nettoleistung der Industrie**

(StBRD Band 182 S. 51, lfd. Nr. IV A 3)

**Rechtsgrundlage:**

Verordnung über eine Jahreserhebung der Nettoleistung der Industrie vom 12. Januar 1956 (Bundesanzeiger Nr. 11 S. 1).  
Abdruck im Anhang S. 200.

**Periodizität:**

Im März 1956 für das Kalenderjahr 1954 oder für das diesem am nächsten kommende Geschäftsjahr, für das ein Jahresabschluß vorliegt, durchgeführt.

**Kreis der Befragten:**

Alle zur monatlichen Industrieberichterstattung herangezogenen Unternehmen (Stand 30. September 1954); für eine zusätzliche Befragung (siehe unter »Dargestellte Tatbestände«): rund 11000 ausgewählte Unternehmen der Industrie einschließlich Berlin (West). Siehe auch Übersicht auf S. 292 ff.

**Berichtsweg:**

Befragte — StLÄ — StBA.

**Dargestellte Tatbestände:**

Gesamtumsatz (darunter Umsatz an Handelsware); Gesamtwert der Bestände an selbsthergestellten Erzeugnissen, an Handelsware, an Roh-, Hilfs-, Betriebs- und Brennstoffen sowie an sonstigen Vorprodukten (am Anfang und Ende des Berichtsjahres); Gesamtwert der Wareneingänge an Roh-, Hilfs-, Betriebs- und Brennstoffen, sonstigen Vorprodukten sowie an Handelsware, Wert der von anderen Firmen ausgeführten Lohnarbeiten, Brutto- und Nettoproduktionswert, Gesamtzahl der Beschäftigten.

Für ausgewählte Firmen außerdem: Aufgliederung des Gesamtwertes der Materialeingänge nach Warenarten und nach Bezügen aus Gebieten innerhalb und außerhalb der Bundesrepublik, Anteil der Verkäufe an Handelsware am Gesamtumsatz.

Außerdem Sonderaufbereitung der Produktionsstatistik: Aufgliederung der Produktionswerte 1954 aus der Vierteljährlichen Produktionserhebung der Unternehmen und Betriebe nach ihrem Produktionsprogramm sowie Aufgliederung der industriellen Erzeugnisse nach ihrer Herkunft aus den Industriezweigen.

**Veröffentlichungen:**

WiSta 57/7, 58/2.  
IndBRD Reihe 4 Heft 20, 29  
fortgesetzt in:  
Fachserie D, Reihe 4.

**B. Industrielle Produktion**

(Siehe auch S. 116, lfd. Nr. XB 11 — Verbrauchsteuerstatistik —)

**1. Vierteljährliche Produktionserhebung**

(StBRD Band 182 S. 52, lfd. Nr. IV B 1)

**Rechtsgrundlage:**

Gesetz über die Allgemeine Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe vom 15. Juli 1957 (BGBl. I S. 720).  
Abdruck im Anhang S. 195.

**Periodizität:**

Vierteljährliche Erhebung und Aufbereitung

**Kreis der Befragten:**

Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (im wesentlichen wie beim monatlichen Industriebericht S. 67, lfd. Nr. IV A 1a).

**Berichtsweg:**

Befragte — StLÄ — StBA.

**Dargestellte Tatbestände:**

Zum Absatz bestimmte Produktion nach Menge und Wert in der fachlichen Gliederung nach dem »Warenverzeichnis für die Industriestatistik« — siehe auch Übersicht auf S. 270 und Auszug aus dem Warenverzeichnis auf S. 279.

(Für Erzeugnisse, bei denen die Weiterverarbeitung im gleichen Betrieb besonders erfragt wird, werden für die Gesamtproduktion nur die Menge und für die zum Absatz bestimmte Produktion Menge und Wert ausgewiesen.)

**Veröffentlichungen:**

WiSta 59/1; 60/1; 61/1; 62/1.

IndBRD Reihe 3 (vierteljährlich und jährlich)

fortgesetzt in:

Fachserie D, Reihe 3.

Sonderbeiträge über die Entwicklung in einigen Industriezweigen:

WiSta 58/7; 60/9; 61/2.

**Bemerkungen:**

Von insgesamt rund 5500 erfaßten Erzeugnissen werden Angaben für etwa 2300 veröffentlicht. Ein Teil dieser Angaben stammt aus anderen Erhebungen (z. B. Eisen- und Stahlstatistik — siehe S. 71, lfd. Nr. IV D 1 —, Kohlestatistik der »Statistik der Kohlenwirtschaft e. V.«, Statistiken des Bundesamtes für gewerbliche Wirtschaft).

**2. Produktions-Eilbericht**

(StBRD Band 182 S. 52, lfd. Nr. IV B 2)

**Rechtsgrundlage:**

Gesetz über die Allgemeine Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe vom 15. Juli 1957 (BGBl. I S. 720).  
Abdruck im Anhang S. 195.

**Periodizität:**

Monatliche Erhebung und Aufbereitung.

**Kreis der Befragten:**

Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (siehe lfd. Nr. IV A 1a und IV B 1 — Bemerkungen —).

**Berichtsweg:**

Befragte — StLÄ — StBA.

**Dargestellte Tatbestände:**

Produktion (nur Menge) für etwa 500 ausgewählte Erzeugnisse bzw. Erzeugnisgruppen, gegliedert nach der vom »Warenverzeichnis für die Industriestatistik« abgeleiteter Nomenklatur zum Produktions-Eilbericht. Siehe auch Übersicht auf S. 270.

**Veröffentlichungen:**

WiSta\* (monatlich).

IndBRD Reihe 2 (monatlich)

fortgesetzt in:

Fachserie D, Reihe 2.



#### Bemerkungen:

Der monatliche Produktions-Eilbericht dient mit seiner repräsentativen Auswahl wichtiger Industrieerzeugnisse der kurzfristigen globalen Unterrichtung über die Entwicklung der industriellen Produktion und zur Berechnung des Index der industriellen Nettoproduktion sowie zur Berechnung des Index der industriellen Bruttoproduktion für Investitionsgüter und für Verbrauchsgüter, während die Vierteljährliche Produktionserhebung (siehe lfd. Nr. IV B 1) über Menge und Wert der industriellen Produktion in weitgehender warenmäßiger Gliederung unterrichtet.

#### *Index der industriellen Nettoproduktion*

(StBRD Band 182 S. 52, nach lfd. Nr. IV B 2)

Monatliche Berechnung des Index im StBA auf Originalbasis 1950 = 100. Zusammenfassung von rund 380 Produktionsreihen. Gliederung nach 56 Industriegruppen bzw. -zweigen. Beginn der Indexreihen: Januar 1948 (arbeits-tägliche und kalendermonatliche Berechnung). — Darstellung der Berechnungsmethode in WiSta 56/3 und IndBRD Sonderheft 8. Neuberechnung auf Basis 1958 = 100 vorgesehen.

#### Veröffentlichungen:

WiSta\* (monatlich).

WiSta\* (monatlich).

StB IV/8

fortgesetzt in:

IndBRD Reihe 2 mit Vorbericht (monatlich)

fortgesetzt in:

Fachserie D, Reihe 2 mit Vorbericht (monatlich).

IndBRD Sonderheft 8 (M).

#### *Index der industriellen Bruttoproduktion für Investitionsgüter und für Verbrauchsgüter*

Monatliche Berechnung der Indices im StBA auf Originalbasis 1950 = 100. Zusammenfassung von 96 Produktionsreihen für Investitionsgüter und von 90 Produktionsreihen für Verbrauchsgüter; Darstellung nach 5 Warengruppen für Investitionsgüter und nach 6 Warengruppen für Verbrauchsgüter. Rückwirkend berechnet bis 1950, und zwar für die Jahre 1951 bis 1953 nur jährliche Indices, ab Januar 1954 monatliche Indices. Darstellung der Berechnungsmethode in WiSta 60/8. Neuberechnung auf Basis 1958 = 100 vorgesehen.

#### Veröffentlichungen:

WiSta\* (monatlich).

IndBRD Reihe 2 (monatlich)

fortgesetzt in:

Fachserie D, Reihe 2 (monatlich).

#### *Indices der Produktionsergebnisse je Beschäftigten, je Arbeiter und je Arbeiterstunde in der Industrie*

(StBRD Band 182 S. 52, nach lfd. Nr. IV B 2)

Für die gesamte Industrie vierteljährliche, für einzelne Industriegruppen jährliche Berechnung der Indices im StBA auf Originalbasis 1950 = 100. Gegenüberstellung der Nettoproduktion mit den verschiedenen Daten des Arbeitsaufwandes. Gliederung nach 34 Industriegruppen. Beginn der Indexreihen 1949. Darstellung der Berechnungsmethode in WiSta 57/5. Neuberechnung auf Basis 1958 = 100 vorgesehen.

#### Veröffentlichungen:

WiSta 59/5; 60/4; 61/4; 62/3.

WiSta\* (vierteljährlich bzw. jährlich).

IndBRD Reihe 2 (monatlich)

fortgesetzt in:

Fachserie D, Reihe 2 ohne Vorbericht (monatlich).

### C. Energiewirtschaft

Im Rahmen des geplanten Industriezensus 1963 (siehe S. 73, lfd. Nr. IV F 1) ist vorgesehen, für das Kalender- bzw. Geschäftsjahr 1962 bei den öffentlichen Energieversorgungsunternehmen unter Einbeziehung der Fernheizwerke und bei den Unternehmen der Wasserwirtschaft weitere Tatbestände zu ermitteln.

#### 1. Erhebungen bei den Energieversorgungsunternehmen (StBRD Band 182 S. 52, lfd. Nr. IV C 1)

##### Rechtsgrundlage:

Verordnung über die Statistik in der Elektrizitäts- und Gaswirtschaft vom 10. Dezember 1959 (Bundesanzeiger Nr. 241 S. 1). Abdruck im Anhang S. 200.

##### Periodizität:

Jährliche Erhebung und Aufbereitung.

##### Kreis der Befragten:

Unternehmen der öffentlichen Elektrizitätsversorgung und der öffentlichen Gasversorgung.

##### Berichtsweg:

Befragte — Wirtschaftsministerien der Länder — teilweise StLÄ — Bundesministerium für Wirtschaft — StBA.

##### Dargestellte Tatbestände:

Beschäftigte am Jahresende nach Stellung im Betrieb, Arbeiterstunden, Bruttosumme der Löhne und Gehälter, Abgabe an Inlandsverbraucher und Ausland, Erlöse aus Abgaben.

##### Veröffentlichungen:

StJb.

##### Bemerkungen:

Siehe auch Monatsstatistik der öffentlichen Elektrizitätsversorgung (lfd. Nr. IV C 2) und Monatsstatistik der öffentlichen Gasversorgung (lfd. Nr. IV C 3).

#### 2. Monatsstatistik der öffentlichen Elektrizitätsversorgung (StBRD Band 182 S. 53, lfd. Nr. IV C 2)

##### Rechtsgrundlage:

Verordnung über die Statistik in der Elektrizitäts- und Gaswirtschaft vom 10. Dezember 1959 (Bundesanzeiger Nr. 241 S. 1). Abdruck im Anhang S. 200.

##### Periodizität:

Monatliche Erhebung und Aufbereitung.

##### Kreis der Befragten:

Unternehmen der öffentlichen Elektrizitätsversorgung.

##### Berichtsweg:

Befragte — zuständige Behörden der Länder — Bundesministerium für Wirtschaft

##### Dargestellte Tatbestände:

Bruttostromerzeugung nach Kraftquellen; Lieferung an das öffentliche Netz; Industrieinspeisung in das öffentliche Netz, Stromeinfuhr und -ausfuhr, Pumpstromaufwand, Stromverbrauch, Leistung und Belastung nach Kraftquellen, Brennstoffverbrauch und -bestand.

##### Veröffentlichungen:

WiSta\* (monatlich).

IndBRD Reihe 2 (monatlich), Reihe 3 (vierteljährlich)

fortgesetzt in:

Fachserie D, Reihe 2 und 3.

Bundesministerium für Wirtschaft:

Öffentliche Elektrizitätsversorgung der Bundesrepublik Deutschland (monatlich).

Die Elektrizitätswirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland (vierteljährlich).

Die Elektrizitätsversorgung in der Bundesrepublik Deutschland (jährlich).

##### Bemerkungen:

Siehe auch S. 69, lfd. Nr. IV C 1 — Erhebungen bei den Energieversorgungsunternehmen.

### 3. Monatsstatistik der öffentlichen Gasversorgung

(StBRD Band 182 S. 53, lfd. Nr. IV C 3)

#### Rechtsgrundlage:

Verordnung über die Statistik in der Elektrizitäts- und Gaswirtschaft vom 10. Dezember 1959 (Bundesanzeiger Nr. 241 S. 1). Abdruck im Anhang S. 200.

#### Periodizität:

Monatliche Erhebung und Aufbereitung.

#### Kreis der Befragten:

Unternehmen der öffentlichen Gasversorgung (ohne Unternehmen, die ausschließlich Erdgas, Erdöl, Flüssiggas oder Raffineriegas abgeben).

#### Berichtsweg:

Gasversorgungsunternehmen — zuständige Behörden der Länder — Bundesministerium für Wirtschaft.  
Ferngasgesellschaften — Bundesministerium für Wirtschaft.

#### Dargestellte Tatbestände:

Gasaufkommen und -abgabe; Kohleverbrauch und -bestand; Kokserzeugung, -abgabe und -bestand; Rohbenzolerzeugung.

#### Veröffentlichungen:

WiSta\* (monatlich).

IndBRD Reihe 2 (monatlich), Reihe 3 (vierteljährlich).

(In den Veröffentlichungen sind außerdem Angaben über Kokereigas aus anderen Erhebungen enthalten)

fortgesetzt in:

Fachserie D, Reihe 2 und 3.

Bundesministerium für Wirtschaft:

Monatsbericht über die öffentliche Gaswirtschaft.

#### Bemerkungen:

Siehe auch S. 69, Nr. IV C 1 — Erhebungen bei den Energieversorgungsunternehmen.

### 4. Statistik in der öffentlichen Wasserversorgung und im öffentlichen Abwasserwesen

(StBRD Band 182 S. 53, lfd. Nr. IV C 4)

#### Rechtsgrundlage:

Verordnung über die Statistik in der öffentlichen Wasserversorgung und im öffentlichen Abwasserwesen vom 3. April 1958 (Bundesanzeiger Nr. 69 S. 1). Abdruck im Anhang S. 201.

#### Periodizität:

Durchgeführt im Sommer 1958 für das Jahr 1957.

#### Kreis der Befragten:

##### I. Wasserversorgung:

Gemeinden, Wasserversorgungsverbände, Unternehmen der öffentlichen Wasserversorgung.

##### II. Abwasserwesen:

Gemeinden, die Anlagen des öffentlichen Abwasserwesens betreiben, bzw. Abwasserverbände.

#### Berichtsweg:

Befragte — StLÄ bzw. für die Wasserwirtschaft zuständige Behörden der Länder (Aufbereitung bei den StLÄ) — StBA

#### Dargestellte Tatbestände:

Gewinnung und Bezug von Grundwasser, Quellwasser und Oberflächenwasser. Nutzbar abgegebene Wassermenge, gegliedert nach Endverbrauchern und Weiterverteilern; Einwohnerzahl des unmittelbaren Versorgungsgebietes

#### Veröffentlichungen:

WiSta 60/6, 6\*.

IndBRD Reihe 4 Heft 24.

### 5. Erhebung industrieller Stromerzeugungsanlagen

(StBRD Band 182 S. 53, lfd. Nr. IV C 5)

#### Rechtsgrundlage:

Verordnung über die Statistik in der Elektrizitäts- und Gaswirtschaft vom 10. Dezember 1959 (Bundesanzeiger Nr. 241 S. 1). Abdruck im Anhang S. 200.

#### Periodizität:

Jährlich bzw. in mehrjährigen Abständen durchgeführte Erhebung und Aufbereitung.

#### Kreis der Befragten:

Jährlich: Industriebetriebe mit Stromerzeugungsanlagen über 1000 kVA Nennleistung der Stromerzeuger.

In mehrjährigen Abständen: Industriebetriebe mit Stromerzeugungsanlagen bis einschließlich 1000 kVA Nennleistung der Stromerzeuger.

#### Berichtsweg:

Befragte — StLÄ — StBA (zentrale Aufbereitung).

#### Dargestellte Tatbestände:

Industriebetriebe mit Stromerzeugungsanlagen, Beschäftigte in den Anlagen (bis 1958); Zahl und Leistung der Dampfkessel, Nennleistung der Antriebsmaschinen nach Maschinenarten und der Stromerzeuger, Jahreshöchstleistung der Anlagen; Elektrizitätsbezug, -abgabe und -verbrauch.

Außerdem, gegliedert nach Kraftquellen:

Engpaßleistung und verfügbare Leistung der Anlagen; Elektrizitätserzeugung und Brennstoffverbrauch.

(Die genannten Tatbestände werden nach zusammengefaßten Industriegruppen aufbereitet.)

#### Veröffentlichungen:

StB IV/12 unregelmäßig.

IndBRD Reihe 4 Heft 23 (für 1958), Heft 33 (für 1960)

fortgesetzt in:

Fachserie D, Reihe 5/I.

#### Bemerkungen:

In jedem 2. Jahr (zuletzt für 1961) wird die Erhebung nur mit eingeschränktem Frageprogramm durchgeführt.

### 6. Erhebung über Anlagen zur Erzeugung und Umwandlung gasförmiger Brennstoffe in der Industrie (industrielle Gasgeneratoren)

(StBRD Band 182 S. 54, lfd. Nr. IV C 6)

#### Rechtsgrundlage:

Verordnung über die Statistik in der Elektrizitäts- und Gaswirtschaft vom 10. Dezember 1959 (Bundesanzeiger Nr. 241 S. 1). Abdruck im Anhang S. 200.

#### Periodizität:

Jährliche Erhebung und Aufbereitung.

#### Kreis der Befragten:

Industriebetriebe mit Gasgeneratoren.

#### Berichtsweg:

Befragte — StLÄ — StBA (zentrale Aufbereitung).

#### Dargestellte Tatbestände:

Industriebetriebe mit Gasgeneratoren und Spaltanlagen. Gasgeneratoren, gegliedert nach Arten, Leistung und Brennstoffdurchsatz nach Brennstoffarten. Gaserzeugung, gegliedert nach Gasarten und Verwendungszweck.

#### Veröffentlichungen:

StJb.

Vorgesehen:

Fachserie D, Reihe 5/III.

## D. Sonderstatistiken

### 1. Eisen- und Stahlstatistik

(StBRD Band 182 S. 54, lfd. Nr. IV D 1)

Rechtsgrundlage:

Gesetz über Statistiken der Rohstoff- und Produktionswirtschaft einzelner Wirtschaftszweige vom 11. November 1960 (BGBl. I S. 842). Abdruck im Anhang S. 202.

Periodizität:

Monatliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Gruben des Eisenerzbergbaues; Werke der eisenschaffenden Industrie; Eisen-, Stahl- und Tempergießereien; Erzeuger von Legierungsmitteln; Schrott-, Eisen- und Stahlhändler.

Berichtsweg:

Befragte — StBA Außenstelle Düsseldorf (zentrale Erhebung und Aufbereitung).

Dargestellte Tatbestände:

#### I. Eisenerzbergbau

Eisenerze: Förderung, Aufbereitung und Röstung; Versand und Bestände.

#### II. Eisenschaffende Industrie

##### A. Hochofenwerke

Einsatzstoffe: Bezug, Verbrauch und Bestände. Koks: Erzeugung, Bezug, Verbrauch und Bestände. Roheisen nach Sorten: Erzeugung, Versand und Bestände.

##### B. Stahlwerke

Einsatzstoffe: Bezug, Verbrauch und Bestände. Rohstahl nach Herstellungsverfahren: Erzeugung, Versand und Bestände. Thomasschlacke: Erzeugung, Versand und Bestände.

##### C. Walzwerke

Stahlhalbzeug, Walzstahlfertigerzeugnisse, weiterverarbeitete Walzstahlfertigerzeugnisse (jeweils nach Sorten): Erzeugung, Versand und Bestände.

##### D. Schmiede-, Preß- und Hammerwerke

Freiformschmiedestücke, rollendes Eisenbahnzeug: Erzeugung, Versand und Bestände.  
Ferner Angaben über Brennstoff- und Energiewirtschaft, Beschäftigte (gegliedert nach Betriebsteilen), Arbeiterstunden (verfahrene und ausgefallene Stunden), Bruttosumme der Löhne und Gehälter.

#### III. Eisen-, Stahl- und Tempergießereien

Rohstoffverbrauch, Erzeugung, Auftragseingänge und -bestände, Lieferungen, Brennstoff- und Energiewirtschaft; Beschäftigte, Arbeiterstunden (verfahrene und ausgefallene Stunden).

#### IV. Schrottwirtschaft

Verbraucher: Eigenentfall, Bezug, Verbrauch und Bestände. Handel: Zugang, Versand und Bestände; Beschäftigte.

Veröffentlichungen: -

WiSta 60/9.

StB IV/21 (monatlich).

Die Eisen- und Stahlindustrie (Statistische Vierteljahresshefte). (Weitere Veröffentlichungen erfolgen für Angaben, die im Rahmen der Vierteljährigen Produktionserhebung und des Produktions-Eilberichtes (siehe S. 68, lfd. Nr. IV B 1 und IV B 2) nachgewiesen werden.)

### 2. Nichteisen- und Edelmetallstatistik

(StBRD Band 182 S. 54, lfd. Nr. IV D 2)

Rechtsgrundlage:

Gesetz über Statistiken der Rohstoff- und Produktionswirtschaft einzelner Wirtschaftszweige vom 11. November 1960 (BGBl. I S. 842). Abdruck im Anhang S. 202. Bekanntmachung zum Gesetz über Statistiken der Rohstoff- und Produktionswirtschaft einzelner Wirtschaftszweige vom 7. Dezember 1960 (Bundesanzeiger Nr. 240 S. 2). Abdruck im Anhang S. 205.

Periodizität:

Monatliche, für einige Tatbestände vierteljährliche bzw. jährliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Betriebe des Metallerzbergbaues, der Metallgewinnung, der ersten Verarbeitungsstufe und des Metallhandels.

Berichtsweg:

Befragte — Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft (zentrale Erhebung und Aufbereitung).

Dargestellte Tatbestände:

Monatlich: Erzeugung an Erzen, Konzentraten, Rohmaterial und Halbmaterial; Abgabe von Edelmetallen; Auftrags- und Lieferungen bei Betrieben der ersten Verarbeitungsstufe; Bestand an Rohmaterial bei Betrieben der Metallgewinnung.

Vierteljährlich: Verbrauch an Vor-, Roh- und Abfallmaterial. Bestand an Vor- und Abfallmaterial bei den Betrieben der Metallgewinnung sowie an Vor-, Roh- und Abfallmaterial bei den Betrieben der ersten Verarbeitungsstufe und des Metallhandels.

Jährlich: Abgabe von Roh- und Halbmaterial an Abnehmer im Inland.

Veröffentlichungen:

Veröffentlichungen erfolgen für Tatbestände, die im Rahmen der Vierteljährigen Produktionserhebung und des Produktions-Eilberichtes (siehe S. 68, lfd. Nr. IV B 1 und IV B 2) nachgewiesen werden.

### 3. Düngemittelstatistik

(StBRD Band 182 S. 54, lfd. Nr. IV D 3)

Rechtsgrundlage:

Verordnung über die Durchführung einer Düngemittelstatistik vom 1. August 1957 (Bundesanzeiger Nr. 148 S. 2). Abdruck im Anhang S. 205. Verordnung ist am 30. September 1960 außer Kraft getreten. Fortführung zur Zeit auf freiwilliger Basis.

Periodizität:

Monatliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Erzeuger, Importeure und Exporteure von Düngemitteln.

Berichtsweg:

Befragte — StBA (zentrale Erhebung und Aufbereitung).

Dargestellte Tatbestände:

Erzeugung, Einfuhr, Ausfuhr (Lieferungen ab Werk) und Bestände an Düngemitteln (nach Reingehalt an Nährstoffen — Stickstoff, Phosphat, Kali —) sowie an Rohstoffen für die Herstellung von Düngemitteln. Lieferung von Düngemitteln zum Verbrauch in der Landwirtschaft.

Veröffentlichungen:

Über Produktion:

IndBRD Reihe 2 (monatlich), Reihe 3 (vierteljährlich)

fortgesetzt in:

Fachserie D, Reihe 2 und 3 (monatlich, vierteljährlich).

Über Erzeugung, Auslandsbezüge, Bestände, Lieferungen in das Ausland und zum Verbrauch in der Landwirtschaft.

StB IV/10 (monatlich, Jahresbericht 1959/60 und 1960/61)

fortgesetzt in:

Fachserie D, Reihe 6 (monatlich und jährlich).

### 4. Lederstatistik

(StBRD Band 182 S. 55, lfd. Nr. IV D 4)

Rechtsgrundlage:

Gesetz über Statistiken der Rohstoff- und Produktionswirtschaft einzelner Wirtschaftszweige vom 11. November 1960 (BGBl. I S. 842). Abdruck im Anhang S. 202.

Periodizität:

Monatliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Betriebe der ledererzeugenden Industrie.

Berichtsweg:

Befragte — StLÄ — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Zugang, Einarbeitung und Bestand an Häuten und Fellen nach Arten.

Erzeugung, Versand und Bestand an Leder nach Arten.

Veröffentlichungen:

Veröffentlichungen erfolgen für Tatbestände, die im Rahmen der Vierteljährigen Produktionserhebung und des Produktions-Eilberichtes (siehe S. 68, lfd. Nr. IV B 1 und IV B 2) nachgewiesen werden.

## 5. Mineralölstatistik

### Rechtsgrundlage:

Gesetz über Statistiken der Rohstoff- und Produktionswirtschaft einzelner Wirtschaftszweige vom 11. November 1960 (BGBl. I S. 842). Abdruck im Anhang S. 202. Bekanntmachung zum Gesetz über Statistiken der Rohstoff- und Produktionswirtschaft einzelner Wirtschaftszweige vom 7. Dezember 1960 (Bundesanzeiger Nr. 240 S. 2). Abdruck im Anhang S. 205.

### Periodizität:

Monatliche Erhebung und Aufbereitung.

### Kreis der Befragten:

Betriebe, die Mineralölprodukte herstellen oder im Außenhandel bzw. Interzonenhandel beziehen oder liefern.

### Berichtsweg:

Befragte — Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft (zentrale Erhebung und Aufbereitung).

### Dargestellte Tatbestände:

Zugang, Lieferung, Bestand an Mineralölprodukten.

### Veröffentlichungen:

Veröffentlichungen erfolgen für Tatbestände, die im Rahmen der Vierteljährlichen Produktionserhebung und des Produktions-Eilberichts (siehe S. 68, lfd. Nr. IV B1 und IV B2) nachgewiesen werden.

### Bemerkungen:

Weitere Ergebnisse sind Interessenten auf Anforderung zugänglich.

## 6. Textilstatistik

(StBRD Band 182 S. 55, lfd. Nr. IVD 5)

### Rechtsgrundlage:

Gesetz über Statistiken der Rohstoff- und Produktionswirtschaft einzelner Wirtschaftszweige vom 11. November 1960 (BGBl. I S. 842). Abdruck im Anhang S. 202.

### Periodizität:

Monatliche, vierteljährliche bzw. jährliche Erhebung und Aufbereitung.

### Kreis der Befragten:

Betriebe der Chemiefasererzeugung, Spinnstoffaufbereitung und -verarbeitung, Gespinnstverarbeitung, Textilveredelung, des Woll- und Baumwollhandels.

### Berichtsweg:

Befragte — StLÄ — StBA.

### Dargestellte Tatbestände:

Monatlich: Zugang, Abgang, Bestand an Textilrohstoffen nach Arten; Erzeugung, Versand, Bestand an Textilerzeugnissen nach Arten sowie Spindel- und Webstuhlstunden.

Vierteljährlich: Abgang und Bestand an Textilrohstoffen nach Arten beim Woll- und Baumwollhandel.

Jährlich: Beschäftigte und Bestand an Textilmaschinen.

### Veröffentlichungen:

Veröffentlichungen erfolgen für Tatbestände, die im Rahmen der Vierteljährlichen Produktionserhebung und des Produktions-Eilberichtes (siehe S. 68, lfd. Nr. IV B1 und IV B2) nachgewiesen werden.

## 7. Rohtabakstatistik

(StBRD Band 182 S. 55, lfd. Nr. IVD 6)

### Rechtsgrundlage:

Gesetz über Statistiken der Rohstoff- und Produktionswirtschaft einzelner Wirtschaftszweige vom 11. November 1960 (BGBl. I S. 842). Abdruck im Anhang S. 202. Bekanntmachung zum Gesetz über Statistiken der Rohstoff- und Produktionswirtschaft einzelner Wirtschaftszweige vom 7. Dezember 1960 (Bundesanzeiger Nr. 240 S. 2). Abdruck im Anhang S. 205.

### Periodizität:

Vierteljährliche Erhebung und Aufbereitung.

### Kreis der Befragten:

Rohtabak be- und verarbeitende Betriebe, soweit sie zum monatlichen Industriebericht herangezogen werden, und Betriebe des Rohtabakhandels, bei denen der Jahresumsatz an Rohtabak mindestens 50 Zentner beträgt.

### Berichtsweg:

Befragte — Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft.

### Dargestellte Tatbestände:

Zugang, Abgang und Bestand an Rohtabak nach Arten.

### Bemerkungen:

Ergebnisse sind Interessenten auf Anforderung zugänglich.

## E. Handwerk

### 1. Handwerkszählung 1956

(StBRD Band 182 S. 55, lfd. Nr. IV E 1)

### Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Handwerkszählung 1956 (Handwerkszählungsgesetz 1956) vom 12. Juni 1956 (BGBl. I S. 495). Abdruck im Anhang S. 206.

### Periodizität:

Im Sommer 1956 mit Stichtag 31. Mai 1956 durchgeführt.

### Kreis der Befragten:

Betriebe, die in die Handwerksrolle eingetragen sind.

### Berichtsweg:

Befragte — StLÄ — StBA.

(Einige StLÄ haben beim Versand und beim Einzug der Fragebogen die Handwerksorganisationen eingeschaltet.)

### Dargestellte Tatbestände:

In der Aufbereitung nach Handwerksgruppen und -zweigen gemäß dem »Verzeichnis der Handwerkszweige« (siehe Übersicht im Anhang auf S. 270) sowie in weitgehender Untergliederung nach 10 Betriebsgrößenklassen (auf Grund der Zahl der Beschäftigten) und 11 nach der Höhe des Umsatzes:

Betriebe insgesamt. Vor dem 1. Januar 1956 errichtete Betriebe.

Betriebe mit handwerklichem Schwerpunkt sowie handwerkliche Nebenbetriebe gemäß § 3 des Gesetzes zur Ordnung des Handwerks (Handwerksordnung) vom 17. September 1953.

Mit anderen wirtschaftlichen Tätigkeiten (Landwirtschaft, Gaststätte, Verkehrsgewerbe usw.) verbundene Handwerksbetriebe (bei Betrieben mit Landwirtschaft u. a.: selbstbewirtschaftete Gesamtfläche, Größenklassen der landwirtschaftlichen Nutzfläche). Betriebe mit Berechtigung zum Anlernen von Lehrlingen. Innungszugehörigkeit des Inhabers, Eintragung ins Handelsregister, Verbindung mit Ladengeschäft. Ausstattung mit Elektromotoren und sonstigen Antriebsmaschinen. Vertriebenen- und Zugewandertenbetriebe.

Beschäftigte am 31. Mai 1956 insgesamt, nach der Stellung im Betrieb und nach dem Geschlecht. Beschäftigte Schwerbeschädigte und Heimarbeiter. Lohn- und Gehaltsempfänger im Durchschnitt des Jahres 1955. Beschäftigte in Betrieben mit handwerklichem Schwerpunkt sowie in Betrieben, die vor dem 1. Januar 1956 errichtet wurden. Tätige Inhaber. Gesellen und sonstige Facharbeiter nach 9 Altersgruppen. Altersversorgung und Krankenversicherung der Betriebsinhaber. Tätige Inhaber mit Meisterprüfung, sonstige Beschäftigte mit Meisterprüfung. Beschäftigte Vertriebene und Zugewanderte.

Löhne und Gehälter 1955 insgesamt und bei Betrieben mit handwerklichem Schwerpunkt sowie Heimarbeiterlöhne.

Umsätze 1955 insgesamt und gegliedert nach Handwerksumsatz, Handelsumsatz, sonstigem Umsatz. Handwerksumsatz, gegliedert nach Umsatz für Neuherstellung, Reparaturen und Dienstleistungen. Umsatz von Betrieben mit handwerklichem Schwerpunkt (insgesamt Handwerksumsatz, Handelsumsatz, sonstiger Umsatz).

Material- und Wareneingänge 1955 (davon zur Be- oder Verarbeitung sowie Handelsware) insgesamt und in Betrieben mit handwerklichem Schwerpunkt.

Über die dargestellten Tatbestände hinaus wurden noch weitere Ergebnisse (u. a. 1955 erzielter Exportumsatz; Material- und Warenbestände der Inventurbetriebe Ende 1954 und 1955; für 1955 gezahlte Pflichtanteile der Arbeitgeber zur Sozialversicherung) in der Gliederung nach Handwerkszweigen aufbereitet. (Näheres hierüber enthält StBRD Band 203.)

#### Veröffentlichungen:

WiSta 57/9\*; 58/5, 6, 6\*, 8, 8\*; 59/1, 1\*.

StB IV/23/1-3.

StBRD Band 203 Heft 1 bis 7; Sonderheft: Strukturquoten des Handwerks.

schnittliche Auswahlssatz der Stichprobe, die nach Größenklassen geschichtet ist, beträgt etwa 4%. Siehe auch Übersicht auf S. 292 ff.

#### Berichtsweg:

Befragte — StLÄ — StBA.

#### Dargestellte Tatbestände:

Nach Handwerksgruppen und ausgewählten Handwerkszweigen:

- a) Beschäftigte, Gesamtumsatz, Handwerksumsatz,
- b) Wareneingänge und Warenvorräte.

#### Veröffentlichungen:

Fachserie D, Reihe 7 (vierteljährlich, jährlich).

## F. Zusammenfassende Industriestatistiken

### 2. Handwerkszählung 1963 (in Vorbereitung)

#### Rechtsgrundlage:

In Vorbereitung.

#### Periodizität:

Wird voraussichtlich im Sommer 1963 mit Stichtag 31. Mai 1963 durchgeführt.

#### Kreis der Befragten:

Betriebe, die in die Handwerksrolle eingetragen sind.

#### Berichtsweg:

Befragte — StLÄ — StBA.

#### Dargestellte Tatbestände:

##### Vorgesehen:

Das Programm der Handwerkszählung 1963 wird sich weitgehend an das der Zählung vom Jahre 1956 anschließen. Darüber hinaus sind u. a. vorgesehen: Rechtsform des Betriebes, Staatsangehörigkeit des Inhabers, Zeitpunkt der Betriebsübernahme und ausgeübte Tätigkeiten. Besondere Nachweisungen für die Betriebe von Vertriebenen. Deutsches aus der SBZ und Sowjetzonenflüchtlingen.

Außerdem sollen voraussichtlich noch weitere Tatbestände erhoben werden, die zum Frageprogramm des Weltindustrienzensus 1963 gehören.

Fachliche Gliederung vorgesehen nach dem »Verzeichnis der Handwerkszweige«, der »Systematik der Wirtschaftszweige (Ausgabe 1961)« und dem »Systematischen Verzeichnis der Industrien in den Europäischen Gemeinschaften (Ausgabe 1961)«. Auszug aus den Systematiken auf S. 279 ff.; (siehe auch Übersicht im Anhang auf S. 270).

#### Veröffentlichungen:

##### Vorgesehen:

Fachserie D, Einzelveröffentlichungen.

### 3. Handwerksberichterstattung

#### Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Durchführung laufender Statistiken im Handwerk sowie im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe (HwGaStatG) vom 12. August 1960 (BGBl. I S. 689). Abdruck im Anhang S. 211.

#### Periodizität:

Die Tatbestände zu a):

Vierteljährliche Erhebung und Aufbereitung ab 3. Vierteljahr 1960;

die Tatbestände zu b):

Erhebungsjahre 1961 und 1964, in der Folge in Zeitabständen von 4 Jahren.

#### Kreis der Befragten:

Rund 26 000 ausgewählte, in die Handwerksrolle eingetragene Betriebe in ausgewählten Handwerkszweigen.

Die Erhebung wird als Stichprobenstatistik durchgeführt. Als Auswahlunterlagen dienten Fragebogen der Handwerkszählung 1956 sowie Listen der seit dieser Zeit in die Handwerksrolle neu eingetragenen Betriebe, die von den Handwerkskammern zur Verfügung gestellt wurden. Der durch-

### 1. Industriezensus 1963 (in Vorbereitung)

Im Rahmen des industriestatistischen Weltprogramms der Vereinten Nationen für 1963 ist ein Industriezensus vorgesehen, dessen Programm bei den Mitgliedsländern der EWG auch auf die Bedürfnisse der EWG abgestellt ist. Der Zensus wird sich auf die Bereiche Bergbau, verarbeitendes Gewerbe (Industrie und produzierendes Handwerk), Bau- gewerbe, Energie- und Wasserwirtschaft erstrecken. Die Angaben für das produzierende Handwerk sollen aus der entsprechend erweiterten Handwerkszählung 1963 gewonnen werden.

Schwerpunkt des Programms sind die Erhebung von Merkmalen zur Berechnung des Nettoproduktionswertes und die der Investitionen. Aus bereits laufenden Statistiken können die Daten über die Produktion von rund 350 ausgewählten Erzeugnissen und die Daten über die mengenmäßige Brennstoff- und Energieversorgung der Industrie entnommen werden.

#### Rechtsgrundlage:

1. Gesetz über die Allgemeine Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe vom 15. Juli 1957 (BGBl. I S. 720). Abdruck im Anhang S. 195. Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes über die Allgemeine Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe vom 26. April 1961 (BGBl. I S. 477). Abdruck im Anhang S. 198. Zweites Ergänzungsgesetz (in Vorbereitung).
2. Gesetz über die Allgemeine Statistik in der Elektrizitäts- und Gaswirtschaft und die Durchführung des Europäischen Industriezensus in der Versorgungswirtschaft (in Vorbereitung).
3. Gesetz über die Handwerkszählung 1963 (Handwerkszählungsgesetz 1963) (in Vorbereitung).

#### Periodizität:

Einmalig im Jahre 1963 für 1962. Es ist im Gesetzentwurf vorgesehen, die Feststellungen über die Nettoleistung und die Investitionen für den Sektor »Industrie« in Abständen von drei bis fünf Jahren zu wiederholen.

#### Kreis der Befragten:

1. Unternehmen und Betriebe des Bergbaues und der verarbeitenden Industrie (ohne Bauindustrie); zur Erfassung vorgesehen sind alle Mehrbetriebsunternehmen (rund 4 000) mit ihren 10 000 bis 15 000 Betrieben und alle Einbetriebsunternehmen (rund 47 000) mit 10 und mehr Beschäftigten. Von den rund 40 000 Einbetriebsunternehmen mit 1 bis 9 Beschäftigten sind rund 5 000 Unternehmen für eine Stichprobe vorgesehen.
2. Alle Unternehmen der Bauindustrie (rund 4 000).
3. Alle Betriebe des produzierenden Handwerks (einschließlich Bauhandwerk) (rund 700 000) in der »Allgemeinen Erhebung« (Totalerfassung für einige wenige Tatbestände): von diesen Betrieben sollen rund 150 000 ausgewählte Betriebe außerdem in einer Stichprobenerhebung (für die übrigen Merkmale) erfaßt werden.
4. Ausgewählte Unternehmen der Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwirtschaft sowie alle Fernheizwerke (rund 4 000).

#### Berichtsweg:

Befragte — StLÄ — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Vorgesehen:

Für vier Stichtage des Kalenderjahres:

Beschäftigte (nach Geschlecht und Stellung im Betrieb).

Für das Geschäftsjahr 1962:

Geleistete Arbeiterstunden, Bruttolohn- und -gehaltssumme;  
Investitionen (Wert der Zugänge an neu und an gebraucht  
erworbenen sowie an bezogenen und an selbsterstellten  
Sachanlagen);

Verkauf an Sachanlagen (Werte);

Wert der Eingänge (oder des Verbrauchs) an Roh-, Hilfs-  
und Betriebsstoffen (einschließlich Brenn- und Treibstoffen  
und Energie) und an Handelsware;

Wert der vergebenen Lohnarbeiten;

Wert der Lagerbestände (am Anfang und am Ende des Ge-  
schäftsjahres) an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen (ein-  
schließlich Brenn- und Treibstoffen), an selbthergestellten  
Halbfertig- und Fertigerzeugnissen, an Handelsware;

Umsätze (bzw. Lieferungen), aufgeteilt nach eigenen Er-  
zeugnissen und Leistungen, Handelsware, Nebenerzeugnissen  
u. ä.

Für das Kalenderjahr 1962:

Produktion (Menge und Wert) für 350 ausgewählte Erzeug-  
nisse (wird der laufenden Produktionsstatistik entnommen);  
Mengenangaben über die Versorgung (Bezug, Abgabe, Er-  
zeugung und Verbrauch) von Brenn- und Treibstoffen und  
Energie (wird mit Hilfe bereits laufender Statistiken er-  
mittelt).

Gliederung der Ergebnisse vorgesehen nach der »Systematik  
der Wirtschaftszweige (Ausgabe 1961)« und nach dem  
»Systematischen Verzeichnis der Industrien in den Euro-  
päischen Gemeinschaften (Ausgabe 1961)«. Auszug aus den  
Systematiken auf S. 272 ff.; zur »Systematik der Wirt-  
schaftszweige« siehe auch Übersicht im Anhang auf S. 270.

#### **Bemerkungen:**

Wegen der Tatbestände der Vierteljährlichen Produktions-  
erhebung siehe S. 68, lfd. Nr. IV B 1, wegen der Tat-  
bestände für das produzierende Handwerk siehe S. 73,  
lfd. Nr. IV E 2.

## V. Bauwirtschaft, Bautätigkeit, Wohnungen

### 1. Statistik der Wohn- und Mietverhältnisse und des Wohnungsbedarfs (Wohnungsstatistik 1956/57)

#### a) Allgemeine und repräsentative (10 vH) Erhebung 1956

(StBRD Band 182 S. 56, lfd. Nr. V 3a)

##### Rechtsgrundlage:

Gesetz über eine Statistik der Wohn- und Mietverhältnisse und des Wohnungsbedarfs (Wohnungsstatistik 1956/57) vom 17. Mai 1956 (BGBl. I S. 427). Abdruck im Anhang S. 212.

##### Periodizität:

Am 25. September 1956 durchgeführt.

##### Kreis der Befragten:

Haushalte.

Die über die allgemeine Erhebung hinausgehenden Feststellungen der repräsentativen Erhebung wurden bei 10% der Befragten (rund 1 400 000) getroffen. Siehe auch Übersicht auf S. 292.

##### Berichtsweg:

Befragte — Gemeinden (örtliche Durchführung der Erhebung unter Mitwirkung ehrenamtlicher Zähler) — Kreise — StLÄ — StBA.

##### Dargestellte Tatbestände:

###### I. Wohn- und Mietverhältnisse:

Wohnungen nach der Wohnwürdigkeit und nach der Größe der Normalwohnungen. Wohnparteien in Normalwohnungen nach dem Wohnverhältnis, der Personenzahl und nach Geschädigtengruppen. Wohnparteien außerhalb von Normalwohnungen nach Unterkunftsart, Geschädigtengruppen und nach der Größe der Wohnparteien.

Durch die repräsentative Erhebung wurden darüber hinaus ermittelt: Soziale Stellung des Haushaltsvorstandes, vorwiegende Einkommensquelle des Haushaltes, Zahl der von dem Haushalt bewohnten Räume.

Außerdem werden nachgewiesen: Mieten und Mietpreisstufen für normale reine Mietwohnungen nach Baualterstufen, Miete je Wohnung.

###### II. Bevölkerungszählung:

Bevölkerung nach dem Geschlecht und nach Personenkreisen (Vertriebene usw.), jeweils nach Gemeindegrößenklassen; Haushalte (ohne Anstaltshaushalte). Auspendler.

##### Veröffentlichungen:

###### I. Wohn- und Mietverhältnisse:

WiSta 56/11 (M); 57/7, 8, 9, 9\*; 58/12.

StB VI/35/8, 9.

StBRD Band 201 Heft 1, 2.

###### II. Bevölkerungszählung:

WiSta 57/9, 9\*.

StB VIII/8/29 bis 32.

Amtliches Gemeindeverzeichnis für die Bundesrepublik Deutschland, Ausgabe 1957 (Näheres siehe S. 37, lfd. Nr. I A 4).

StBRD Band 198.

#### b) Repräsentative (1 vH) Zusatzerhebung 1957

(StBRD Band 182 S. 56, lfd. Nr. V 3b)

##### Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 1a.

##### Periodizität:

In den Monaten März bis Mai 1957 durchgeführt.

##### Kreis der Befragten:

Ausgewählte Haushalte (Eigentümer, Hauptmieter und Untermieter) in rund 140 000 Wohnungen.

Die Erhebung des Jahres 1957 wurde nach einem zweistufigen Auswahlverfahren (siehe auch Übersicht auf S. 292) durchgeführt, und zwar:

- Auswahl von Gemeinden in Schichtung nach Bundesländern, Größenklassen sowie bevölkerungs- und erwerbsstatistischen Merkmalen der Gemeinden und

- Auswahl von Wohnungen bzw. (bei wohnungslos in Anstalten Eingewiesenen) von Haushalten in den rund 2700 ausgewählten Gemeinden aus den Unterlagen der Wohnungsstatistik vom 25. September 1956. Der Auswahlatz betrug 1% aller Wohnungen bzw. Haushalte.

##### Berichtsweg:

Befragte (Befragung durch Interviewer) — StLÄ (Durchführung der Erhebung) — StBA (zentrale Aufbereitung).

##### Dargestellte Tatbestände:

Ausstattung der Wohnungen, Wohnfläche, Einkommen der Wohnparteien, ihre Wohnwünsche nach Größe, Lage und Ausstattung der Wohnungen und nach der Wohnform, Finanzierungsmöglichkeiten, Mietzahlungsbereitschaft und Untermiete.

##### Veröffentlichungen:

WiSta 59/2, 8, 10.

StB VI/35/10, 11, 12, 13, 14, 17, 18.

StBRD Band 201 Heft 3.

#### c) Repräsentative (1 vH) Zusatzerhebung 1960

##### Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 1a, ferner Verordnung über eine Zusatzerhebung zur Wohnungsstatistik 1956/57 vom 23. Dezember 1959 (Bundesanzeiger Nr. 1 S. 1). Abdruck im Anhang S. 215.

##### Periodizität:

In den Monaten April/Mai 1960 durchgeführt. Erstmalige Wiederholung der Erhebung von 1957.

##### Kreis der Befragten:

Ausgewählte Haushalte (Eigentümer, Hauptmieter und Untermieter) in rund 160 000 Wohnungen.

Die Erhebung des Jahres 1960 wurde nach einem zweistufigen Auswahlverfahren (siehe auch Übersicht auf S. 292, Anmerkungen zu Repräsentative (1 vH) Zusatzerhebung 1957) durchgeführt, und zwar:

- Auswahl von Gemeinden in Schichtung nach Bundesländern, Größenklassen sowie bevölkerungs- und erwerbsstatistischen Merkmalen der Gemeinden und
- Auswahl von Wohnungen (rund 160 000) bzw. Haushalten in rund 2700 ausgewählten Gemeinden. Der Auswahlatz betrug 1% aller Wohnungen (Normal- und Notwohnungen) bzw. Haushalte.

##### Berichtsweg:

Befragte (Befragung durch Interviewer) — StLÄ (Durchführung der Erhebung) — StBA (zentrale Aufbereitung).

##### Dargestellte Tatbestände:

###### Wohnungen:

Gebäude- und Wohnungsart. Baualter, Besitzverhältnis, Raumzahl, Fläche, Ausstattungstyp, Beheizungsart, Belegung mit Haushalten.

###### Haushalte:

Größe; soziale Stellung sowie Altersstufe des Haushaltsvorstandes, Zahl der Pendler, Zeitaufwand sowie Art der Zurücklegung des Weges zur Arbeitsstätte des Haushaltsvorstandes, Wohnverhältnis, Art der Unterbringung, Art der angestrebten Wohnungsnutzung, Haushaltsvorstände nach Besitz und Art des Vertriebenen- bzw. Flüchtlingsausweises, Miete, Mietbelastung, Einkommen.

Die Ergebnisse sind nach Gemeindegrößenklassen und zum Teil auch nach Strukturzonen (Kern- bzw. Randgebiet, Industrie-, Misch- bzw. Agrarzone) gegliedert.

##### Veröffentlichungen:

WiSta 60/10; 61/5, 6, 7, 11; 62/1, 1\*, 7, 7\*.

StB VI/35/20 (M), 21, 23, 24, 25, 26, 27, 28

fortgesetzt in:

Fachserie E, Einzelveröffentlichungen.

## 2. Statistik des Wohnungsbestandes (Fortschreibung)

(StBRD Band 182 S. 57, lfd. Nr. V 4)

Die durch die Wohnungsstatistik 1956/57 ermittelten Wohnungsbestandszahlen werden jährlich fortgeschrieben auf Grund der Ergebnisse der Bautätigkeitsstatistik und der Veränderung aus Freigaben und Inanspruchnahmen von Wohnungen für die im Bundesgebiet stationierten ausländischen Streitkräfte.

Veröffentlichungen:

WiSta 59/9; 60/9; 61/7.

BBW Reihe 6 (jährlich)

fortgesetzt in:  
Fachserie E, Reihe 6 (jährlich).

Bemerkungen:

Die zum Ende jeden Jahres ermittelten Bestände an Normalwohnungen bilden — in Verbindung mit den Vorschriften im Gesetz über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und über ein soziales Miet- und Wohnrecht vom 23. Juni 1960 — die Grundlage zu Wohnungsdefizitberechnungen in den Kreisen.

Veröffentlichungen:

WiSta 59/6 (M), 8; 60/7; 61/7; 62/7.

StB VI/35/15, 16, 19, 22 (M)

fortgesetzt in:  
Fachserie E, Reihe 5 (jährlich).

## 3. Statistische Feststellungen über die bewohnten Gebäude 1961

Rechtsgrundlage:

Gesetz über eine Zählung der Bevölkerung und der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und Unternehmen im Jahre 1961 sowie über einen Verkehrszensus im Jahre 1962 (Volkszählungsgesetz 1961) vom 13. April 1961 (BGBl. I S. 437). Abdruck im Anhang S. 162.

Periodizität:

Am 6. Juni 1961 zusammen mit Volks- und Berufszählung durchgeführt.

Kreis der Befragten:

Grundstücks- bzw. Gebäudeeigentümer.

Berichtsweg:

Befragte — Gemeinden (örtliche Durchführung der Erhebung unter Mitwirkung ehrenamtlicher Zähler) — Kreise — StLÄ — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Vorgesehen:

Gebäude: Art, Eigentumsverhältnis, Zahl der Wohnungen, der Wohnparteien und Personen.

Normalwohngebäude: Art (Ein-, Zwei-, Mehrfamilien-, Bauernhaus, Kleinsiedlerstelle), Typ (an Hand des Baualters, Zustand des Daches, der Bauart sowie Art der Wasserversorgung und Fäkalienbeseitigung ermittelt), Baualter, Zahl der Wohnungen, Ausstattung mit WC und Bad, Zahl der Wohnparteien und Personen.

Veröffentlichungen:

WiSta 61/4.

Vorgesehen:

Fachserie E, Einzelveröffentlichungen.

Bemerkungen:

In zahlreichen, meist größeren Gemeinden fanden in der Zeit von Januar bis Mai 1961 fakultativ totale bzw. partielle Gebäudevorerhebungen statt.

## 4. Kostenstrukturerhebung in der Wohnungswirtschaft für das Jahr 1953

(StBRD Band 182 S. 56, lfd. Nr. V 2)

Rechtsgrundlage:

Verordnung über eine Statistik der Kostenstruktur in der Wohnungswirtschaft im Jahre 1953 vom 5. Juli 1954 (Bundesanzeiger Nr. 128 S. 1).

Periodizität:

Im Jahre 1954 für das Jahr 1953 durchgeführt.

Kreis der Befragten:

Private, gemeinnützige und öffentliche Grundstückseigentümer oder -verwalter.

Berichtsweg:

Befragte — StLÄ — StBA. (zentrale Aufbereitung).

Dargestellte Tatbestände:

Wohngebäude nach Altersgruppen (Altbau, Neubau, Neustbau). Erträge und Aufwendungen, investiertes Fremdkapital und Kapitaldienst, Kosten für durchgeführte und noch erforderliche Reparaturen.

Veröffentlichungen:

StBRD Band 189.

Bemerkungen:

Die Erhebung wurde auf repräsentativer Grundlage durchgeführt. Erfasst wurden rund 10 000 Mehrfamilienhäuser und rund 2000 Einfamilienhäuser.

## 5. Statistik der Bautätigkeit

Die nachstehend unter a) bis d) aufgeführten Statistiken erfassen nur genehmigungspflichtige Bauvorhaben, durch die Wohn- oder Nutzraum zu- oder abgeht bzw. baulich oder in der Zweckbestimmung verändert wird.

### a) Statistik der erteilten Baugenehmigungen

(StBRD Band 182 S. 57, lfd. Nr. V 5 a)

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Durchführung von Statistiken der Bautätigkeit (BauStatG) vom 20. August 1960 (BGBl. I S. 704) Abdruck im Anhang S. 215.

Periodizität:

Laufende Erfassung, monatliche Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Bauherren, Bauaufsichtsbehörden.

Ausfüllen der Zählkarten durch Bauherren bzw. Architekten mit anschließender Überprüfung durch Bauaufsichtsbehörden.

Berichtsweg:

Befragte (ggf. über Bauaufsichtsbehörden) — StLÄ — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Erteilte Baugenehmigungen.

Gebäude, Wohnungen, umbauter Raum, Bruttowohnfläche, veranschlagte reine Baukosten jeweils nach Arten der Baumaßnahmen (Neubau, Wiederaufbau usw.), Gebäudearten (Wohngebäude; für Nichtwohngebäude: Anstaltsgebäude, Bürogebäude usw.) und Bauherrngruppen.

Veröffentlichungen:

WiSta 58/3, 8; 59/3, 5, 11; 60/3, 5, 10; 61/3, 3\*, 8; 62/3.

WiSta\* (monatlich).

BBW Reihe 1 (monatlich ab Januar 1958)

fortgesetzt in:

Fachserie E, Reihe 1 (monatlich).

BBW Reihe 3 (jährlich ab 1956)

fortgesetzt in:

Fachserie E, Reihe 3 (jährlich).

### b) Statistik der Baubeginne

Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 5 a.

Periodizität:

Laufende Erfassung und monatliche Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Bauherren, Bauaufsichtsbehörden.

Berichtsweg:

Befragte — StLÄ — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Baubeginne im Hochbau:

Wohn- und Nichtwohngebäude, Wohnungen, Neu- und Wiederaufbau sowie sonstige Baumaßnahmen, veranschlagte reine Baukosten, Bauherren, Zeitraum seit der Genehmigung

Veröffentlichungen:

Vorgesehen:

Fachserie E, Reihe 1.



**c) Statistik der Baufertigstellungen**  
(StBRD Band 182 S. 57, lfd. Nr. V 5b)

Rechtsgrundlage:  
Siehe lfd. Nr. 5a.

Periodizität:

Laufende Erfassung, monatliche eingeschränkte Aufbereitung zu Zwischenergebnissen, jährliche ausführliche Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Bauherren bzw. Bauaufsichtsbehörden (Meldung der Fertigstellungen durch Bauherren, Meldung der Abgänge infolge Abbruch, Brand usw. durch Bauaufsichtsbehörden).

Berichtsweg:

Befragte (ggf. über Bauaufsichtsbehörden) — StLÄ — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Fertiggestellte Bauvorhaben.

Normale Gebäude, Wohnungen, umbauter Raum, Bruttowohn- bzw. Nutzfläche, veranschlagte reine Baukosten, jeweils nach Arten der Baumaßnahmen (Neubau, Wiederaufbau usw.), außerdem jährlich nach Gebäudearten (für Wohngebäude: Ein- und Zwei- bzw. Mehrfamilienhäuser; für Nichtwohngebäude: Anstaltsgebäude, Bürogebäude usw.) und Bauherrengruppen; für Neubauten: Gebäude und Wohnungen. Normale Gebäude, Wohnungen und Räume nach der Größe, darunter die mit öffentlichen Mitteln geförderten Gebäude, Wohnungen und Räume.

Zeitraum zwischen Genehmigung und Fertigstellung. Außerdem jährlich Feststellung des Abganges an Wohngebäuden, Wohnungen und Wohnräumen infolge Abbruch, Brand usw.

Veröffentlichungen:

WiSta 58/3, 8; 59/3, 5, 11; 60/3, 5, 10; 61/3, 3\*, 8; 62/3.

WiSta\* (monatlich).

BBW Reihe 1 (monatlich ab Januar 1958)

fortgesetzt in:

Fachserie E, Reihe 1 (monatlich).

BBW Reihe 3 (jährlich ab 1956)

fortgesetzt in:

Fachserie E, Reihe 3 (jährlich).

**d) Statistik des Bauüberhanges**

(StBRD Band 182 S. 57, lfd. Nr. V 5c)

Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 5a.

Periodizität:

Jährliche Erfassung (Stichtag 31. Dezember) und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Gemeinden, Bauaufsichtsbehörden. (Vorbereitung der Erhebungspapiere durch StLÄ. Feststellung und Eintragung des Bauzustandes durch Beauftragte der Gemeinde- bzw. Bauaufsichtsbehörden.)

Berichtsweg:

Befragte (ggf. über Bauaufsichtsbehörden) — StLÄ — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Genehmigte Baumaßnahmen, die am Jahresende noch nicht als fertiggestellt gemeldet sind.

Normale Gebäude und Wohnungen (bei Nichtwohngebäuden auch der umbaute Raum) nach dem Bauzustand, den Arten der Baumaßnahmen (Neu- und Wiederaufbau bzw. sonstige Baumaßnahmen), Bauherrengruppen und Genehmigungsdaten. Erloschene Baugenehmigungen.

Veröffentlichungen:

WiSta 60/4; 61/5, 5\*; 62/5, 5\*.

BBW Reihe 3 (jährlich)

fortgesetzt in:

Fachserie E, Reihe 3 (jährlich).

**e) Tiefbaustatistik**

Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 5a.

Periodizität:

Laufende Erfassung und monatliche Meldung.

Kreis der Befragten:

Auftragvergebende Stellen des Bundes, der Länder, der Gemeinden mit 5 000 und mehr Einwohnern, Gemeindeverbände, juristische Personen des öffentlichen und des privaten Rechts, an denen die öffentliche Hand maßgeblich beteiligt ist.

Berichtsweg:

Befragte — StLÄ — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Tiefbaumaßnahmen mit einem Auftragswert ab 25 000 DM nach Bauherren, Art der Baumaßnahme und voraussichtlicher Abwicklungsdauer.

Veröffentlichungen:

WiSta 62/8.

Vorgesehen:

Fachserie E, Reihe 1.

**6. Berichterstattung über die öffentliche Förderung des Wohnungsbaues**

(StBRD Band 182 S. 58, lfd. Nr. V 6)

Rechtsgrundlage:

Vereinbarungen mit den Ländern.

Periodizität:

Monatliche Berichterstattung und Zusammenstellung.

Kreis der Befragten:

Zuständige oberste Landesbehörden.

Berichtsweg:

Befragte — Bundesministerium für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung.

Dargestellte Tatbestände:

Umfang der Bewilligungen und Auszahlungen öffentlicher Mittel durch die Bewilligungsstellen der Länder sowie Anzahl der mit öffentlichen Mitteln geförderten Wohnungen nach Förderungstypen.

Veröffentlichungen:

Bundesministerium für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung: Bundes-Baublatt (monatlich).

**7. Berichterstattung über die Finanzierung des Wohnungsbaues durch die Kapitalsammelstellen**

(StBRD Band 182 S. 58, lfd. Nr. V 7)

Rechtsgrundlage:

Vereinbarungen mit den Spitzenverbänden der Kapitalsammelstellen.

Periodizität:

Monatliche Berichterstattung und Zusammenstellung.

Kreis der Befragten:

Verbände der Kapitalsammelstellen.

Berichtsweg:

Befragte — Bundesministerium für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung.

Dargestellte Tatbestände:

Umfang der Zusagen und Auszahlungen von Wohnungsbaukrediten der Kapitalsammelstellen unter Ausgliederung der Anteile des sozialen Wohnungsbaues.

Veröffentlichungen:

Bundesministerium für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung: Bundes-Baublatt (monatlich).

## 8. Statistik der Bewilligungen im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau

(StBRD Band 182 S. 57, lfd. Nr. V 5 d)

### Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Durchführung von Statistiken der Bautätigkeit (BauStaG) vom 20. August 1960 (BGBl. I S. 704). Abdruck im Anhang S. 215.

### Periodizität:

Laufende Erfassung, vierteljährliche Aufbereitung.

### Kreis der Befragten:

Bewilligungsstellen für öffentliche Mittel bzw. oberste Behörden der Länder

### Berichtsweg:

Befragte — StLÄ — StBA.

### Dargestellte Tatbestände:

Ausgesprochene Bewilligungen für öffentlich geförderte Wohnungsbauvorhaben.

#### Vierteljährlich:

Veranschlagte Finanzierungsmittel für öffentlich geförderte Wohnungsbauvorhaben nach Finanzierungsquellen und Förderungsform.

Die vorgesehenen Gebäude und Wohnungen nach Größe, Arten der Baumaßnahmen (Neubau, Wiederaufbau usw.) und Gebäudearten (Ein- und Zwei- bzw. Mehrfamilienhäuser, sonstige Gebäude); Wohnungen nach Eigentumsformen und Zweckbindung. Durchschnittliche Miete bzw. Belastung je qm und Monat.

Außerdem für voll geförderte Wohnbauten:

Gebäude, Wohnungen, umbauter Raum, Wohnfläche und veranschlagte reine Baukosten nach Größe, Gebäudearten (Ein- und Zwei- bzw. Mehrfamilienhäuser, sonstige Gebäude) und Bauherrengruppen. Gesamtherstellungskosten außerdem nach Kostenbestandteilen.

### Veröffentlichungen:

WiSta 58/1, 11; 59/4, 10; 60/4; 61/5\*, 10; 62/5, 5\*.

BBW Reihe 4 (vierteljährlich und jährlich)

fortgesetzt in:

Fachserie E, Reihe 4 (vierteljährlich).

Fachserie A, Reihe 4 (unregelmäßig).

## 9. Statistik der Wohnraumvergaben

(StBRD Band 182 S. 58, lfd. Nr. V 8)

### Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Durchführung von Statistiken der Bautätigkeit (BauStatG) vom 20. August 1960 (BGBl. I S. 704). Abdruck im Anhang S. 215.

### Periodizität:

Laufende Anschreibungen, vierteljährliche Aufbereitung.

### Kreis der Befragten:

Die für die Wohnraumvergaben zuständigen Behörden.

### Berichtsweg:

Befragte — StLÄ — StBA.

### Dargestellte Tatbestände:

Erstmalige Vergaben von neu geschaffenem oder wieder aufgebaute Wohnraum des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaues. Vergabefälle mit Personenzahl und Raumzahl nach Personengruppen, darunter an Vertriebene und Zugewanderte.

### Veröffentlichungen:

WiSta 59/4; 60/3; 61/4.

StB VI/26 (jährlich).

BBW Reihe 5 (jährlich).

Fachserie A, Reihe 4 (unregelmäßig).

### Bemerkungen:

Die Veröffentlichungen wurden mit dem Jahreshéft 1960 eingestellt, da mit dem allmählichen Abbau der Wohnraumbewirtschaftung in den Kreisen nur noch unvollständige Angaben vorliegen.

## 10. Baubericht

### a) Monatsbericht für das Bauhauptgewerbe

(StBRD Band 182 S. 58, lfd. Nr. V 9 a)

### Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Allgemeine Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe vom 15. Juli 1957 (BGBl. I S. 720). Abdruck im Anhang S. 195. Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes über die Allgemeine Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe vom 26. April 1961 (BGBl. I S. 477). Abdruck im Anhang S. 198.

### Periodizität:

Monatliche Erhebung (mit Ausnahme des Juli, in dem die Totalerhebung — siehe lfd. Nr. 10 b — durchgeführt wird) und Aufbereitung.

### Kreis der Befragten:

Betriebe des Bauhauptgewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten.

Von insgesamt rund 60 000 Betrieben laut Totalerhebung im Juli 1960 werden zur Zeit monatlich rund 16 000 Betriebe mit einem Anteil von rund 80 % der Beschäftigten und des Umsatzes aller Betriebe des Bauhauptgewerbes erfaßt. Die Ergebnisse werden auf alle Betriebe hochgerechnet.

### Berichtsweg:

Befragte — StLÄ — StBA.

### Dargestellte Tatbestände:

Betriebe; Beschäftigte insgesamt und nach fünf Beschäftigtengruppen; Bruttosumme der Löhne und Gehälter. Steuerbarer baugewerblicher Umsatz und geleistete Arbeitsstunden insgesamt, jeweils gegliedert nach Art der Bauten (siehe lfd. Nr. 10 b).

### Veröffentlichungen:

WiSta 58/2, 4, 6, 8, 10, 12; 59/2, 4, 6, 8, 10, 12; 60/2, 4, 6, 8, 10, 12; 61/3, 4, 6, 8, 10, 12; 62/2, 3, 4, 6.

WiSta\* (monatlich).

BBW Reihe 1 (monatlich)

fortgesetzt in:

Fachserie E, Reihe 1.

### Bemerkungen:

Im Rahmen des geplanten Industriezensus 1963 (siehe S. 73, lfd. Nr. IV F 1) ist vorgesehen, für das Kalender- bzw. Geschäftsjahr 1962 weitere Tatbestände zu ermitteln.

### b) Totalerhebung im Bauhauptgewerbe

(StBRD Band 182 S. 58, lfd. Nr. V 9 b)

### Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 10 a.

### Periodizität:

Jährliche Erhebung (Stichtag 31. Juli) und Aufbereitung.

### Kreis der Befragten:

Betriebe des Bauhauptgewerbes.

### Berichtsweg:

Befragte — StLÄ — StBA.

### Dargestellte Tatbestände:

Betriebe (darunter Vertriebenen-, Sowjetzonenflüchtlings- sowie Zugewandertenbetriebe) und Unternehmen, (ab 1961) Arbeitsgemeinschaften, Gewerbebezweig; Beschäftigte insgesamt und nach der Stellung im Betrieb (13 Beschäftigtengruppen). Bruttosumme der im Juli gezahlten Löhne und Gehälter. Baugewerblicher Umsatz im letzten Kalenderjahr insgesamt. Umsatz und geleistete Arbeitsstunden im Juli des laufenden Jahres insgesamt, gegliedert nach Art der Bauten (Wohnbauten, landwirtschaftliche Bauten, gewerbliche und industrielle Bauten, öffentliche und Verkehrsbauten; bei öffentlichen und Verkehrsbauten gesonderte Angaben für Hoch-, Straßen- und sonstigen Tiefbau).

Verfügbare wichtige Geräte: Bestand (Eigentum); eingesetzte (einschließlich gemietete) Geräte.

(Sämtliche Ergebnisse werden nach Betriebsgrößenklassen — nach der Zahl der Beschäftigten — gegliedert sowie für Handwerk und Industrie gesondert ausgewiesen).

Fachliche Gliederung nach der »Systematik der Wirtschaftszweige (Ausgabe 1961)« (siehe auch Übersicht im Anhang S. 270 und Auszug aus der Systematik auf S. 272).

Veröffentlichungen:

BBW Reihe 2 (jährlich)

fortgesetzt in:

Fachserie E, Reihe 2.

Fachserie A, Reihe 4 (unregelmäßig).

## 11. Erhebung über die Wohnverhältnisse der Arbeiter in den Industrien der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl 1958

Rechtsgrundlage:

Vereinbarung mit der Hohen Behörde der Montan-Union vom 8. April 1958.

Periodizität:

Im April und Mai 1958 nach dem Stand vom 1. Februar 1958 durchgeführt.

Kreis der Befragten:

40 000 (von 1,5 Millionen) durch Zufallsauswahl ermittelte Arbeiter des Kohlenbergbaus, des Eisenerzbergbaus und der Eisen- und Stahlindustrie in den Mitgliedstaaten der E.G.K.S., darunter 18 400 Arbeiter in 1 426 Gemeinden der Bundesrepublik.

Berichtsweg:

Befragte (Befragung durch Interviewer) — StLÄ — StBA (Prüfung und Signierung) — Hohe Behörde (Aufbereitung).

Dargestellte Tatbestände:

Arbeiter nach Altersgruppen, Familienstand, Nationalität, Herkunftsland oder -gebiet, Tätigkeitsjahren, Alter bei Beginn der Tätigkeit; Arbeiter in Privathaushalten und Anstaltshaushalten bzw. Privatwohnungen und Gemeinschaftsunterkünften.

Art und Baujahr der privaten und der Anstaltswohngebäude. Art, Ausstattung, Baujahr, Fläche, Raumzahl der Wohnungen, Eigentums- und Mietverhältnisse, Wohnungsbelegung, gemeinsame Wohnungsbenutzung mit anderen Haushalten. Entfernung zwischen Wohnung und Arbeitsstätte, benutzte Beförderungsmittel, Zeitaufwand, Fahrtkostenrückerstattung. Beurteilung der Wohnverhältnisse durch die Arbeiter. Für ausländische Arbeiter gesonderte Darstellung.

Veröffentlichungen:

WiSta 59/12 (M).

Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl:

Statistische Informationen 1958/2 (M), 1959/3 (M), 6.

Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften:

Statistische Informationen 1960/3;

Sozialstatistik 1961/2 (M).

Bemerkungen:

Der Auswahlatz variierte je nach Größe des Reviers bzw. des Industriezweiges zwischen 1 % und 20 %.

Im Gegensatz zum Wohnungsbegriff der deutschen Statistik (bautechnische Einheit) gelten in der Erhebung der Montan-Union als Wohnung die von einem Arbeiter bzw. Arbeiterhaushalt gemieteten und bewohnten Räume.

## VI. Handel

### A. Groß- und Einzelhandel, Gastgewerbe, Fremdenverkehr

#### 1. Handels- und Gaststättenzählung 1960

##### Rechtsgrundlage:

Gesetz über eine Zählung im Handel sowie im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe (Handelszählungsgesetz 1960) vom 27. Mai 1960 (BGBl. I S. 313). Abdruck im Anhang S. 218. Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über eine Zählung im Handel sowie im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe (Handelszählungsgesetz) im Saarland vom 13. Juli 1961 (Bundesanzeiger Nr. 134 S. 1). Abdruck im Anhang S. 221.

##### Periodizität:

##### Grunderhebung

Im Handel mit Stichtag 30. September 1960, im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe mit Stichtag 31. August 1960 durchgeführt.

##### Repräsentative Ergänzungserhebung

1961 bei höchstens 15% der bei der Grunderhebung erfaßten Unternehmen des Einzelhandels, Großhandels, Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes (rund 105 000 Unternehmen) durchgeführt.

Die Auswahl für die Repräsentative Ergänzungserhebung erfolgte länderweise auf Grund einer kombinierten Schichtung nach Wirtschaftsklassen und Umsatzgrößenklassen. Siehe auch Übersicht auf S. 292 ff.

##### Zusatzerhebung für den Außenhandel

1961 bei allen Unternehmen des Außenhandels und allen Unternehmen des Binnengroßhandels mit Ein- und/oder Ausfuhr von mindestens 1 Million DM im Jahre 1959 durchgeführt.

Im Saarland wurde die Zählung ein Jahr nach den für das Bundesgebiet geltenden Terminen durchgeführt.

##### Kreis der Befragten:

Unternehmen des Einzel-, Groß- sowie Außenhandels, des Handelsvertreter- und -maklergewerbes, des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes, des Verlagsbuchhandels, rechtlich unselbständige offene Verkaufsstellen der Industrie.

##### Berichtsweg:

Befragte — StLA — StBA. Für Verlagsbuchhandel zentrale Aufbereitung im StBA, für Ergänzungserhebung, offene Verkaufsstellen der Industrie teilweise im StBA.

##### Dargestellte Tatbestände:

##### Vorgesehen:

##### Grunderhebung

Unternehmen: Rechtsform, gewerbliche Tätigkeit, Eintragung in Handelsregister, in Handwerksrolle, Vertriebenen-, Flüchtlingseigenschaft; Umsatz 1959, dessen Zusammensetzung; Wareneingang, Warenbestand, Rohertrag, Löhne und Gehälter, Außenstände, Beschäftigte nach Stellung im Betrieb, Voll- und Teilbeschäftigte nach Geschlecht und Altersklassen.

Niederlassungen (nicht für Handelsvertreter- und Handelsmaklergewerbe sowie Verlagsbuchhandel): Hauptfunktion; Vertriebenen-, Flüchtlingseigenschaft des Unternehmens (Einzelhandel); Umsatz 1959; Betriebs- und Bedienungsform (Einzelhandel), Betriebsart, Saison, Beherbergungskapazität (Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe), Voll- und Teilbeschäftigte nach Stellung im Betrieb und Geschlecht.

Eigene offene Verkaufsstellen der Industrie: Eröffnungsjahr; Umsatz 1959, dessen Zusammensetzung; Bedienungsform. Voll- und Teilbeschäftigte nach Stellung im Betrieb und Geschlecht.

Gliederung im allgemeinen nach Umsatzgrößenklassen, zum Teil nach Größenklassen (nach der Zahl der Beschäftigten), Gemeindegrößenklassen, Zahl der Zweigniederlassungen;

systematische Gliederung nach den Wirtschaftsklassen der »Systematik der Wirtschaftszweige«. Siehe auch Übersicht im Anhang S. 270 und Auszug aus der Systematik auf S. 272.

Repräsentative Ergänzungserhebung (für Handelsvertreter- und Handelsmaklergewerbe nicht durchgeführt; für Verlagsbuchhandel entsprechende »Tatbestände« bei Grunderhebung ermittelt).

Unternehmen: Umsatz nach Abnehmerkreisen (Einzel-, Großhandel), nach Absatzgebieten (Großhandel), nach dem Zahlungsmodus (Einzelhandel); Aktiva und Schulden am Anfang und Ende des Geschäftsjahres 1959 (für Vertriebenen- und Flüchtlingsunternehmen auch unter Nachweis von Beschäftigten und Umsatz); Anschaffung und Verkauf von Anlagevermögen; Wareneingang nach Warenarten und Beschaffungswegen, nach Bezugsgebieten (Großhandel); Beschäftigte.

Gliederung nach Umsatzgrößenklassen, Wirtschaftsklassen der »Systematik der Wirtschaftszweige (Ausgabe 1961)«. Siehe auch Übersicht im Anhang S. 270 und Auszug aus der Systematik S. 272.

##### Zusatzerhebung für den Außenhandel

Unternehmen nach Art und Grad der Spezialisierung (fachlich, länderweise, fachlich und länderweise, nicht spezialisiert); Umsatz 1959; Wareneingang, Beschäftigte, Importlager, Niederlassungen und Beteiligungen im Ausland.

##### Veröffentlichungen:

WiSta 56/12; 60/7 (M); 62/7.

##### Vorgesehen:

Fachserie F, Einzelveröffentlichungen.

#### 2. Großhandelsstatistik

(StBRD Band 182 S. 59, lfd. Nr. VI A 2)

##### Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Durchführung laufender Statistiken im Handel sowie über die Statistik des Fremdenverkehrs in Beherbergungsstätten (HFV StatG) vom 12. Januar 1960 (BGBl. I S. 6). Abdruck im Anhang S. 222.

##### Periodizität:

Monatliche und jährliche Erhebung und Aufbereitung.

##### Kreis der Befragten:

Rund 7 500 ausgewählte Unternehmen aus 51 Geschäftszweigen des einzelwirtschaftlichen Großhandels und 9 Fachrichtungen der gewerblichen und landwirtschaftlichen Ein- und Verkaufsvereinigungen.

##### Berichtsweg:

Befragte — StBA (zentrale Aufbereitung).

##### Dargestellte Tatbestände:

Monatlich: Entwicklung der Umsatzwerte (Warenabsatz) für ausgewählte Großhandelszweige in Meßzahlen (Basis 1954 = 100). Beginn der Jahresreihen: 1950, der Monatsreihen: Januar 1954. Ab Januar 1962 Umstellung auf Basis 1958 = 100.

Jährlich: Entwicklung der Wareneingänge und Lagerbestände, ab 1959 Anteil des Rohertrages am wirtschaftlichen Umsatz.

Fachliche Gliederung nach der »Systematik der Wirtschaftszweige (Ausgabe 1961)« (siehe auch Übersicht im Anhang S. 270 und Auszug aus der Systematik auf S. 272).

##### Veröffentlichungen:

WiSta 58/10; 59/1, 11; 60/1, 10; 61/1, 6, 11; 62/1.

WiSta\* (monatlich).

StB V/28 (einzelwirtschaftlicher Großhandel, Schnellbericht; monatlich),  
V/37 (einzelwirtschaftlicher Großhandel, monatlich),  
V/38 (Ein- und Verkaufsvereinigung; monatlich ab Mitte 1958),  
V/23 (unregelmäßig)

##### fortgesetzt in:

Fachserie F, Reihe 1 (monatlich und jährlich),  
Reihe 2 (monatlich).

#### Bemerkungen:

Es ist beabsichtigt, demnächst nach Einbeziehung weiterer Geschäftszweige des einzelwirtschaftlichen Großhandels einen Umsatzindex zu errechnen (Basis 1958 = 100).

### 3. Einzelhandelsstatistik

(StBRD Band 182 S. 59, lfd. Nr. VI A 1) ✓

#### Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Durchführung laufender Statistiken im Handel sowie über die Statistik des Fremdenverkehrs in Beherbergungsstätten (HFVStatG) vom 12. Januar 1960 (BGBl. I S. 6). Abdruck im Anhang S. 222.

#### Periodizität:

Monatliche und jährliche Erhebung und Aufbereitung.

#### Kreis der Befragten:

Ausgewählte Fachgeschäfte aus 37 Geschäftszweigen des Einzelhandels sowie Warenhäuser, Versandhandelsunternehmen und Konsumgenossenschaften. (Erfaßt werden zur Zeit rund 24 000 Unternehmen mit 44 000 Verkaufsstellen, deren Umsätze insgesamt etwa 24% des durch die Umsatzsteuerstatistik ermittelten Gesamtumsatzes repräsentieren.)

#### Berichtsweg:

Befragte — StLA — StBA.

#### Dargestellte Tatbestände:

Monatlich: Entwicklung der Umsatzwerte in ausgewählten Geschäftszweigen des Einzelhandels in Meßzahlen, Indexreihen nach 4 Warenbereichen (Werte zu jeweiligen und zu konstanten Preisen). (Basis Monatsdurchschnitt 1954 = 100. Beginn der Reihen: Januar 1954.) Ab Januar 1960 für zwei Umsatzgrößenklassen sowie für Waren- und Kaufhäuser, Versandhandelsunternehmen (Basis Monatsdurchschnitt 1958 = 100).

Jährlich: Entwicklung der Wareneingänge und der Lagerbestände, ab 1959 Anteil des Rohertrages am wirtschaftlichen Umsatz.

Fachliche Gliederung nach »Systematisches Verzeichnis der Arbeitsstätten (Ausgabe 1950)« (siehe auch Übersicht im Anhang S. 270 und Auszug aus der Systematik auf S. 275): ab Berichtsjahr 1962 Gliederung vorgesehen nach der »Systematik der Wirtschaftszweige (Ausgabe 1961)« (siehe auch Übersicht im Anhang S. 270 und Auszug aus der Systematik auf S. 272).

#### Veröffentlichungen:

WiSta 58/7, 12; 59/7, 12; 60/1, 11; 61/1, 6, 7, 10 (M); 62/1, 7.  
WiSta\* (monatlich).

StB V/20 (Schnellbericht; monatlich),  
V/18 (monatlich),  
V/23 (unregelmäßig)

fortgesetzt in:  
Fachserie F, Reihe 3.

### 4. Statistik der Lieferungen und der Bestände eingeführter fester Brennstoffe

#### Rechtsgrundlage:

Verordnung über die statistische Erfassung der Lieferungen und der Bestände eingeführter fester Brennstoffe vom 7. Juli 1959 (Bundesanzeiger Nr. 132 S. 1). Abdruck im Anhang S. 223.

#### Periodizität:

Monatliche Erhebung und Aufbereitung.

#### Kreis der Befragten:

Unternehmen des einschlägigen Einfuhr-, Interzonen- und Zwischenhandels.

#### Berichtsweg:

Befragte — Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft.

#### Dargestellte Tatbestände:

Lieferungen und Bestände eingeführter fester Brennstoffe nach Arten, Abnehmergruppen und empfangende Bundesländer.

#### Veröffentlichungen:

Gesamtergebnisse werden im Rahmen der Kohlestatistik der »Statistik der Kohlenwirtschaft e.V.« monatlich veröffentlicht.

### 5. Berlin- und Interzonenhandelsstatistik

#### a) Statistik des Warenverkehrs zwischen Berlin (West) und dem übrigen Bundesgebiet

(StBRD Band 182 S. 59, lfd. Nr. VI A 3 b)

#### Rechtsgrundlage:

Interzonenhandelsverordnung vom 18. Juli 1951 (BGBl. I S. 463) und Anlage 9 zu Artikel XIII des Berliner Abkommens in der Fassung der Vereinbarung vom 16. August 1960 (Beilage zum Bundesanzeiger Nr. 32 vom 15. Februar 1961).

#### Periodizität:

Laufende Erfassung und Zusammenstellung zu Monats-, Halbjahres- und Jahresergebnissen.

#### Kreis der Befragten:

Als Unterlagen für die Statistik dienen die bei den Zolldienststellen an der Zonengrenze und auf Flughäfen anfallenden Blätter 2 bzw. 3 der Warenbegleitscheine.

#### Berichtsweg:

Zolldienststellen — StBA (zentrale Aufbereitung, technische Aufbereitung bei der Zweigstelle Berlin).

#### Dargestellte Tatbestände:

Waresendungen nach Warenart, Gewicht und Wert in der Gliederung nach dem »Warenverzeichnis für die Industriestatistik« und der ergänzenden »Erzeugnisgliederung für die Land-, Forst-, Jagdwirtschaft und Fischerei« (siehe auch Übersicht im Anhang S. 270 und Auszug aus dem Warenverzeichnis auf S. 279). Außerdem Gliederung nach Verkehrswegen und Verkehrszweigen sowie nach Bundesländern.

#### Veröffentlichungen:

WiSta 59/2; 60/2; 61/2.

WiSta\* (monatlich).

StB V/31 (monatlich). Jahresergebnisse: V/31/92 (1956), 109 (1957), 122 (1958), 135 (1959), 150 (1960)

fortgesetzt in:

Fachserie F, Reihe 5 (monatlich, halbjährlich und jährlich).

#### b) Statistik des Warenverkehrs zwischen den Währungsgebieten der DM-West und der DM-Ost

(StBRD Band 182 S. 59, Nr. VI A 3 a)

#### Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 5 a.

#### Periodizität:

Laufende Erfassung und Zusammenstellung zu Monats-, Halbjahres- und Jahresergebnissen.

#### Kreis der Befragten:

Als Unterlagen für die Statistik dienen die bei den Zolldienststellen des Bundesgebietes einschließlich Berlin (West) anfallenden Blätter 2 bzw. 3 der Warenbegleitscheine und Bezugsgenehmigungen.

#### Berichtsweg:

Zolldienststellen — StBA (zentrale Aufbereitung, technische Aufbereitung bei der Zweigstelle Berlin); für den entsprechenden Warenverkehr von Berlin (West): Berliner Zolldienststellen — Statistisches Landesamt Berlin — StBA.

#### Dargestellte Tatbestände:

Waresendungen nach Warenart und Wert in der Gliederung nach dem »Warenverzeichnis für die Industriestatistik« und der ergänzenden »Erzeugnisgliederung für die Land-, Forst-, Jagdwirtschaft und Fischerei« (siehe auch Übersicht im Anhang S. 270 und Auszug aus dem Warenverzeichnis auf S. 279).

#### Veröffentlichungen:

WiSta\* (monatlich).

StB V/30 (monatlich). Jahresergebnisse: V/30/86 (1956), 101 (1957), 115 (1958), 129 (1959), 144 (1960)

fortgesetzt in:

Fachserie F, Reihe 6 (monatlich, halbjährlich und jährlich).

## 6. Gaststättenstatistik

### Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Durchführung laufender Statistiken im Handwerk sowie im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe (HwGaStatG) vom 12. August 1960 (BGBl. I S. 689). Abdruck im Anhang S. 222.

### Periodizität:

Monatliche Erhebung und Aufbereitung.

### Kreis der Befragten:

Bis zu 15 000 ausgewählte Unternehmen des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes.

### Berichtsweg:

Befragte — StLÄ — StBA.

### Dargestellte Tatbestände:

Vorgesehen:

Meßzahlen des Gesamtumsatzes, darunter Umsatz aus Verpflegung und Getränken sowie Umsatz aus Beherbergung; Meßzahlen der Beschäftigten.

### Veröffentlichungen:

Vorgesehen:  
Fachserie F, Reihe 7 (monatlich).

### Bemerkungen:

Erster Erhebungsmonat Januar 1962.  
Siehe auch Übersicht auf S. 292 ff.

## 7. Statistik des Fremdenverkehrs in Beherbergungsstätten

### a) Statistik der Fremdenmeldungen und Fremdenübernachtungen

(StBRD Band 182 S. 69, lfd. Nr. VII F 1 a)

### Rechtsgrundlage:

Verordnung über die Statistik des Fremdenverkehrs in Beherbergungsstätten vom 20. Januar 1958. Abdruck im Anhang S. 224. Ab Januar 1960: Gesetz über die Durchführung laufender Statistiken im Handel sowie über die Statistik des Fremdenverkehrs in Beherbergungsstätten (HFV StaG) vom 12. Januar 1960 (BGBl. I S. 6). Abdruck im Anhang S. 222.

### Periodizität:

Monatliche Erhebung, monatliche, halbjährliche und jährliche Aufbereitung.

### Kreis der Befragten:

Gewerbliche Beherbergungsstätten (einschließlich Vermieter von Privatquartieren), Sanatorien, Heilstätten, Kuranstalten, Erholungs- und Ferienheime, Kinderheime, Jugendherbergen, Campingplätze in zur Zeit rund 2 400 ausgewählten Berichtsgemeinden (ab April 1961: Gemeinden mit jährlich 3 000 und mehr Fremdenübernachtungen).

### Berichtsweg:

Befragte — Berichtsgemeinden — StLÄ — StBA.

### Dargestellte Tatbestände:

Fremdenmeldungen und Fremdenübernachtungen (darunter Auslandsgäste) in Berichtsgemeinden nach Gemeindegruppen (Großstädte, Heilbäder, Luftkurorte, Seebäder, sonstige Berichtsgemeinden) sowie Fremdenmeldungen und -übernachtungen nach Betriebsarten. Die Meldungen und Übernachtungen der Auslandsgäste insgesamt nach dem Land des ständigen Wohnsitzes.

Fremdenmeldungen und -übernachtungen insgesamt (darunter Auslandsgäste) in Kinderheimen, Jugendherbergen und auf Campingplätzen; die Meldungen und Übernachtungen der Auslandsgäste auf Campingplätzen insgesamt nach dem Land des ständigen Wohnsitzes.

### Veröffentlichungen:

WiSta 59/2, 7; 60/2, 7; 61/2, 7; 62/2, 7.

WiSta\* (monatlich).

StBRD Band 238 (1951 bis 1957)

fortgesetzt in:

Fachserie A, Reihe 8 (unregelmäßig).

StB V/26 (monatlich, halbjährlich und — im Dezember-Bericht — jährlich)

fortgesetzt in:

Fachserie F, Reihe 8/I (monatlich, halbjährlich und jährlich).

### b) Statistik der Beherbergungskapazität

(StBRD Band 182 S. 69, lfd. Nr. VII F 1 b)

### Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 7 a.

### Periodizität:

Jährliche Erhebung (Stichtag 1. April) und Aufbereitung

### Kreis der Befragten:

Gewerbliche Beherbergungsstätten (einschließlich Vermieter von Privatquartieren), Sanatorien, Heilstätten, Kuranstalten, Erholungs- und Ferienheime, Kinderheime, Jugendherbergen, Campingplätze in zur Zeit rund 2 400 ausgewählten Berichtsgemeinden (ab April 1961: Gemeinden mit jährlich 3 000 und mehr Fremdenübernachtungen).

### Berichtsweg:

Befragte — Berichtsgemeinden — StLÄ — StBA.

### Dargestellte Tatbestände:

Betriebe, Fremdenzimmer, Fremdenbetten in Berichtsgemeinden nach Gemeindegruppen (siehe lfd. Nr. 7 a) und Betriebsarten (für Privatquartiere nur Fremdenbetten).

Fremdenbetten in Kinderheimen und Jugendherbergen.

### Veröffentlichungen:

WiSta 59/2\*, 60/2\*, 61/2\*, 62/4\*.

StBRD Band 238 (1951 bis 1957)

fortgesetzt in:

Fachserie F, Reihe 8 (unregelmäßig).

StB V/26 (jährlich)

fortgesetzt in:

Fachserie F, Reihe 8/II.

## B. Außenhandel

(siehe auch S. 80 lfd. Nr. VI A 1 — Handels- und Gaststättenzählung 1960 —)

### 1. Außenhandelsstatistik

(StBRD Band 182 S. 60, lfd. Nr. VI B 1)

Im einzelnen werden nachgewiesen:

I. Generalhandel

II. Spezialhandel

III. Durchfuhr

IV. Zollsollerträge

### Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Statistik des grenzüberschreitenden Warenverkehrs (Außenhandelsstatistik — AHStatGes) vom 1. Mai 1957 (BGBl. I S. 413). Abdruck im Anhang S. 225. Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Statistik des grenzüberschreitenden Warenverkehrs (Außenhandelsstatistik — AHStatDV) vom 2. April 1962 (BGBl. I S. 206).

### Periodizität:

Laufende Erhebung und Aufbereitung zu Monats-, Jahresteil- und Jahresergebnissen.

### Kreis der Befragten:

Zu I und II: Einführer, Ausführer.

Zu III: Besitzer der Waren (Frachtführer) beim Grenzgang.

Zu IV: Zollstellen.

### Berichtsweg:

Zu I, II und III: Befragte — Anmeldestellen (Zollstellen und andere Dienststellen) — StBA (zentrale Aufbereitung).

Zu IV: Befragte — StBA (zentrale Aufbereitung).

### Dargestellte Tatbestände:

Grenzüberschreitender Warenverkehr des Erhebungsgebietes mit dem Ausland (Einfuhr, Ausfuhr und Durchfuhr).

Das Erhebungsgebiet umfaßt z. Z. das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland (ohne die Badischen Zollausschlüsse und bis 5. Juli 1959 ohne Saarland), Berlin (West) und die österreichischen Gemeinden Jungholz und Mittelberg (als Zollausschlüsse).

Ausland im Sinne der Außenhandelsstatistik ist das Gebiet außerhalb des Erhebungsgebietes und außerhalb der Währungsgebiete der DM-Ost. Der Warenverkehr mit den Währungsgebieten der DM-Ost wird nicht in der Außenhandelsstatistik, sondern in der Statistik des Warenverkehrs im Interzonenhandel mit den Währungsgebieten der DM-Ost (siehe S. 81, lfd. Nr. VI A 5 b) dargestellt.

#### I. Generalhandel

Alle ein- und ausgehenden Waren (mit Ausnahme der Waren der Durchfuhr und des Zwischenauslandsverkehrs) nach Menge und Wert sowie nach Herstellungs- und Einkaufsländern (bei der Einfuhr) bzw. Verbrauchs- und Käuferländern (bei der Ausfuhr).

Fachliche Gliederung nach »Warengruppen und -untergruppen der Ernährungswirtschaft und der Gewerblichen Wirtschaft«, regionale Gliederung nach Ländern und Erdteilen entsprechend dem »Länderverzeichnis für die Außenhandelsstatistik« (siehe auch Übersicht auf S. 270).

#### II. Spezialhandel

Im wesentlichen die Waren, die zum Gebrauch, Verbrauch, zur Bearbeitung oder Verarbeitung in das Erhebungsgebiet eingehen und die Waren, die aus der Erzeugung, der Bearbeitung oder Verarbeitung des Erhebungsgebietes stammen und ausgehen. (Siehe auch unter »Bemerkungen«.)

Menge und Wert der Waren in der Gliederung nach einzelnen Verkehrsarten (z. B. Lohnveredelung) und nach Herstellungs- und Einkaufsländern (bei der Einfuhr) bzw. nach Verbrauchs- und Käuferländern (bei der Ausfuhr); die Ausfuhr wird auch nach Bundesländern nachgewiesen.

Diese Tatbestände werden fachlich und regional gegliedert in verschiedenen Kombinationen dargestellt, und zwar:

in fachlicher Gliederung nach einzelnen und nach zusammengefaßten Positionen sowie nach Kapiteln des »Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik« (siehe auch Übersicht im Anhang S. 270 und Auszug aus dem Warenverzeichnis auf S. 280 nach »Warengruppen und -untergruppen der Ernährungswirtschaft und der Gewerblichen Wirtschaft«, nach »Warengruppen und -zweigen des Warenverzeichnisses für die Industriestatistik« sowie nach dem »Internationalen Warenverzeichnis für den Außenhandel« (CST) (siehe auch Übersicht im Anhang S. 270 und Auszüge aus beiden Systematiken auf S. 279 ff.); in regionaler Gliederung nach Ländern und Erdteilen entsprechend dem »Länderverzeichnis für die Außenhandelsstatistik« (siehe auch Übersicht im Anhang S. 270), nach Ländergruppen (OECD, GATT, EWG, EGKS).

#### III. Durchfuhr

Mengen der durch das Erhebungsgebiet durchgeführten Waren (ab 1958 einschließlich des See- und Luftumschlags) in fachlicher Gliederung nach »Warengruppen und -untergruppen der Ernährungswirtschaft und der Gewerblichen Wirtschaft«, in regionaler Gliederung nach Versendungs- und Empfangsländern sowie nach Eingangs- und Ausgangs-Grenzbezirken.

#### IV. Zollsollerträge

Zollsollerträge nach Abschnitten und Kapiteln des Zolltarifs.

#### Veröffentlichungen:

WiSta 61/12 (M).

##### Zu I:

Fachliche Gliederung:  
AuBRD Teil 1 (monatlich)  
fortgesetzt in:  
Fachserie G, Reihe 1 (monatlich).  
Regionale Gliederung:  
AuBRD Teil 1 (jährlich)  
fortgesetzt in:  
Fachserie G, Reihe 1 (jährlich).

##### Zu II:

WiSta (monatlich).  
WiSta\* (monatlich).  
AuBRD Sonderbeiträge (unregelmäßig)  
fortgesetzt in:  
Fachserie G, Reihe 7 (unregelmäßig).  
AuBRD Teil 1 (monatlich und jährlich)  
fortgesetzt in:  
Fachserie G, Reihe 1 (monatlich und jährlich).  
AuBRD Teil 2 (monatlich; Jahresergebnisse im Dezember-Heft), Ergänzungsheft (jährlich)  
fortgesetzt in:  
Fachserie G, Reihe 2 (monatlich; Jahresergebnisse im Dezember-Heft), Ergänzungsheft (jährlich).  
AuBRD Teil 3 (vierteljährlich; Jahresergebnisse im 4. Vierteljahresheft), Ergänzungshefte I und II (jährlich)  
fortgesetzt in:

Fachserie G, Reihe 3 (vierteljährlich; Jahresergebnisse im 4. Vierteljahresheft), Ergänzungshefte 1 und 2 (jährlich).  
AuBRD Teil 5 — englische Ausgabe — (monatlich; Jahresergebnisse im Dezember-Heft)

fortgesetzt in:

Fachserie G, Reihe 5 (monatlich; Jahresergebnisse im Dezember-Heft).

##### Zu III:

AuBRD Teil 6 (monatlich; Jahresergebnisse im Dezember-Heft)

fortgesetzt in:

Fachserie G, Reihe 6 (monatlich; Jahresergebnisse im Dezember-Heft).

##### Zu IV:

AuBRD Teil 2 Ergänzungsheft (ab 1959 jährlich)

fortgesetzt in:

Fachserie G, Reihe 2, Ergänzungsheft (jährlich).

#### Bemerkungen:

Im allgemeinen Erfassung der Waren beim Grenzübergang durch Anmeldescheine.

Die Statistik des Spezialhandels unterscheidet sich von der Statistik des Generalhandels durch die unterschiedliche Behandlung der Angaben über den Lagerverkehr. Der Generalhandel umfaßt vom Lagerverkehr die Einfuhr von Waren auf Lager und die Ausfuhr von Waren aus Lager, während der Spezialhandel nur die Einfuhr von Waren aus Lager enthält.

Ab 1958 probeweise Verzicht auf Aufbereitung der Belege über Ausfuhrsendungen unter 280 DM, statt dessen maschinelle Doppelung der Fälle zwischen 280 und 500 DM. Methodische Änderungen ab 1962 siehe WiSta 1961/12. Siehe auch Übersicht auf S. 292 ff.

#### Indices der Außenhandelsstatistik

(StBRD Band 182 S. 61, nach lfd. Nr. B1)

Monatliche Berechnung im StBA.

Entwicklung der Indices der tatsächlichen Werte, des Volumens und der Durchschnittswerte für die gesamte Einfuhr und Ausfuhr (Spezialhandel), nach »Warengruppen der Ernährungswirtschaft und der Gewerblichen Wirtschaft« sowie nach Teilen des »Internationalen Warenverzeichnisses für den Außenhandel« (CST) (siehe auch Auszug aus dem Warenverzeichnis auf S. 282); Volumindices auch für wichtige Warenuntergruppen. Basis 1954 = 100. Beginn der Reihen: für Jahresergebnisse ab 1952, für die einzelnen Monate ab Januar 1955. (Für 1950 und 1951 Umbasierung der früheren auf Basis 1950 beruhenden Berechnung). Darstellung der Berechnungsmethode in WiSta 58/2.

#### Veröffentlichungen:

WiSta 58/2 (M).

WiSta\* (monatlich).

AuBRD Teil 1 (monatlich und jährlich)

fortgesetzt in:

Fachserie G, Reihe 1 (monatlich und jährlich).

AuBRD Teil 5 (englische Ausgabe — monatlich)

wird fortgesetzt in:

Fachserie G, Reihe 5 (monatlich).

## 2. Außenhandelsstatistik des Auslandes

(StBRD Band 182 S. 61, lfd. Nr. VI B2)

#### Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. September 1953 (BGBl. I S. 1314), § 2 Ziff. 4. Abdruck im Anhang S. 156.

#### Periodizität:

Laufende Auswertung.

#### Dargestellte Tatbestände:

Darstellung des Welthandels, des Außenhandels von Ländern, Ländergruppen und Wirtschaftsräumen in regionaler und fachlicher Gliederung mit Nachweis des Anteils der Bundesrepublik Deutschland; Darstellung des Außenhandels der Partnerländer mit der Bundesrepublik Deutschland nach den ausländischen Statistiken und Gegenüberstellung mit den Ergebnissen der deutschen Außenhandelsstatistik. (Zusammenstellung im StBA an Hand der Außenhandelsstatistiken des Auslandes.)

#### Veröffentlichungen:

Anhang zu AuBRD Teil 1 (monatlich)

fortgesetzt in:

Fachserie G, Reihe 1 (monatlich).

Ergänzungsreihe zu AuBRD:

Der Außenhandel des Auslandes

fortgesetzt in:

Fachserie G, Reihe 8 (unregelmäßig).

AuBRD Sonderbeiträge (in unregelmäßiger Erscheinungsfolge).

## VII. Verkehr

### A. Eisenbahnen

#### 1. Statistik der Deutschen Bundesbahn

(StBRD Band 182 S. 62, lfd. Nr. VII A 1)

Die Deutsche Bundesbahn stellt ihre Statistiken an Hand der vorhandenen umfangreichen betriebsstatistischen Aufzeichnungen zusammen. Nachstehend sind die wichtigsten veröffentlichten Tatbestände aufgeführt.

##### a) Strecken- und Gleislängen

Jährlich: Länge der Haupt- und Nebenbahnen, eingleisig, zweigleisig, elektrisch betrieben.

##### b) Fahrzeugbestände und Energieverbrauch

Jährlich: Lokomotiven, Triebwagen, Personen-, Gepäck- und Güterwagen, jeweils nach Arten (zusammengefaßte Angaben auch monatlich).

Monatlich und jährlich: Verbrauch von Kohle, Strom, Diesellochstoff und Heizöl für die Schienentriebfahrzeuge.

##### c) Betriebsleistungen

Monatlich und jährlich: Zugkilometer, Wagenachskilometer, Tonnenkilometer, Lokomotiv- und Triebwagenkilometer.

##### d) Verkehrsleistungen

Jährlich, zum größten Teil auch monatlich: beförderte Personen, Personenkilometer; beförderte Gepäckmengen, beförderte Gütermengen, Tariftonnenkilometer, mittlere Versandweite. Gütertarifergebnisse nach Entfernungsstufen und Tarifen (jährlich). Güterwagenstellung insgesamt und arbeitstäglich (monatlich und jährlich).

Über die Güterbeförderung nach Güterarten und Verkehrsbezirken siehe lfd. Nr. 2 »Statistik der Güterbewegung auf den Eisenbahnen«.

##### e) Bahnbetriebsunfälle

Jährlich: Zahl der Unfälle, getötete und verletzte Reisende.

##### f) Dienststellen

Jährlich: Ämter und Ausbesserungswerke, Bahnhöfe, Verkehrsdienststellen und technische Dienststellen.

##### g) Personal

Jährlich: Beamte, Angestellte und Arbeiter; Nachwuchskräfte. (Gesamtzahl auch monatlich.)

##### h) Finanzwesen

Jährlich: Abschluß, Gewinn- und Verlustrechnung, Bilanz.

##### Veröffentlichungen:

Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn:  
Die Bundesbahn (Monatsbericht »Die Deutsche Bundesbahn« in jedem zweiten Heft; vorläufiger Jahresrückblick der Deutschen Bundesbahn, jeweils im ersten Januarheft für das abgelaufene Jahr).  
Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbahn (mit statistischem Anhang; erstmalig in neuer Form für das Geschäftsjahr 1957).

Statistisches Bundesamt:  
WiSta\* (monatlich mit Auszügen).  
StJb.

VkBRD Reihe 4 (jährlich)  
fortgesetzt in:  
Fachserie H, Reihe 4 (jährlich).

##### Bemerkungen:

Die wichtigsten der vorgenannten Tatbestände werden auch für die nichtbundeseigenen Eisenbahnen in WiSta und im StJb dargestellt. Die Angaben werden vom Verband Deutscher Nichtbundeseigener Eisenbahnen E. V. geliefert.

#### 2. Statistik der Güterbewegung auf den Eisenbahnen

(StBRD Band 182 S. 62, lfd. Nr. VII A 2)

##### Periodizität:

Laufende Berichterstattung, jährliche Zusammenstellung.

##### Kreis der Befragten:

Die Statistik wird im Geschäftsbereich der Deutschen Bundesbahn zusammengestellt, und zwar für den Binnenverkehr durch maschinelle Aufbereitung der Frachtbriefe, für den grenzüberschreitenden Verkehr auf Grund der Anschreibungen bei den Grenzübergangsbahnhöfen. Die Ergebnisse werden vom StBA veröffentlicht.

##### Dargestellte Tatbestände:

Güterverkehr der Deutschen Bundesbahn und der nichtbundeseigenen Eisenbahnen des öffentlichen Verkehrs (ab 1. Januar 1959 einschließlich des Militärverkehrs). Versand und Empfang nach Verkehrsbezirken.

(Fachliche Gliederung des Güterverkehrs nach dem »Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistiken, Ausgabe 1956«, ab 1. Januar 1962 nach dem »Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik, Ausgabe 1962«. Siehe auch Übersicht auf S. 270 und Auszug aus der Systematik auf S. 283.)

##### Veröffentlichungen:

VkBRD Reihe 4 (jährlich ab 1956)  
fortgesetzt in:  
Fachserie H, Reihe 4 (jährlich).

### B. Binnen- und Seeschifffahrt

(siehe auch S. 120 lfd. Nr. XI A 6 — Statistik der Verkehrspreise und Index der Seefrachtraten —)

#### 1. Binnenschifffahrtsstatistik

##### a) Fortschreibung des Schiffsbestandes der Binnenflotte

(StBRD Band 182 S. 62, lfd. Nr. VII B 1 a)

##### Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Statistik des Schiffs- und Güterverkehrs auf den Binnenwasserstraßen und die Fortschreibung des Schiffsbestandes der Binnenflotte vom 26. Juli 1957 (BGBl. II S. 742). Abdruck im Anhang S. 229.

##### Periodizität:

Laufende Fortschreibung der Zählungsergebnisse vom 1. Januar 1950; jährliche Zusammenstellung der Fortschreibungsergebnisse (Stichtag 31. Dezember).

##### Kreis der Befragten:

Schiffseigner, Registergerichte.

##### Berichtsweg:

Befragte — Bundesministerium für Verkehr (Fortschreibung und Vorausswertung) — StBA (Zusammenstellung und Veröffentlichung der Ergebnisse).

##### Dargestellte Tatbestände:

Fortgeschriebener Bestand an fahrfähigen Binnenschiffen. Zahl und Tragfähigkeit der Schiffe nach Schiffsgattungen und Wasserstraßengebieten; Tragfähigkeit, Antriebsart, Maschinenleistung und Alter der Schiffe nach Schiffsgattungen und -größenklassen; Güterschiffe und Schlepper außerdem nach Breite und Länge der Schiffe.

##### Veröffentlichungen:

WiSta 58/11, 11\*.  
VkBRD Reihe 1 (jährlich ab 1957)  
fortgesetzt in:  
Fachserie H, Reihe 1 (monatlich und jährlich).



**b) Statistik des Schiffs- und Güterverkehrs auf den Binnenwasserstraßen**

(StBRD Band 182 S. 62, lfd. Nr. VII B 1 b)

Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 1a.

Periodizität:

Laufende Anschreibungen, monatliche und jährliche Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Schiffs- oder Floßführer, Frachtführer, Verfrachter.

Berichtsweg:

Befragte — Hafenverwaltungen, Besitzer privater Lösch- und Ladestellen, Gemeindebehörden, Zolldienststellen, Wasserstraßenbehörden — StLA — StBA.

Die Aufbereitung wird von den StLA, vom Statistischen Amt der Stadt Köln, von der Abteilung Wirtschaftsstatistik der Duisburg-Ruhrorter Häfen AG, zum Teil vom StBA vorgenommen. Die zusammenfassende Aufbereitung für Bundeszwecke sowie die Zusammenstellung von Bundesergebnissen — insbesondere der Angaben zur Güterbewegungsstatistik und zur Tonnenkilometerstatistik — führt das StBA durch.

Dargestellte Tatbestände:

Schiffs- und Güterverkehr deutscher und ausländischer Schiffe auf Binnenwasserstraßen des Bundesgebietes.

Monatlich:

Güterverkehr auf den Binnenwasserstraßen nach Gütergruppen und Hauptverkehrsbeziehungen; tonnenkilometrische Leistungen nach Flaggen. Güterumschlag in den Binnenhäfen nach Wasserstraßengebieten und wichtigsten Gütergruppen; Güterumschlag in den wichtigeren Binnenhäfen. Güterverkehr an den Auslands- und Zonengrenzstellen sowie an wichtigeren Schleusen.

Jährlich:

Schiffs-, Güter- und Floßverkehr: in den Binnenhäfen insgesamt nach Wasserstraßengebieten und Flaggen; in den wichtigeren Binnenhäfen, an wichtigen Schleusen und an den Grenzdurchgangsstellen jeweils nach Fahrtrichtungen und Flaggen. Außerdem besondere Nachweisung des Güterverkehrs in den Binnenhäfen nach Verkehrsbezirken (Güterbewegungsstatistik). Seeverkehr der Häfen des Binnenlandes; Umladungen von und zu den Binnenwasserstraßen nach Wasserstraßengebieten und nach Gütergruppen; Güterumschlag in den Binnenhäfen sowie Güterverkehr an den Grenzdurchgangsstellen und an wichtigeren Schleusen; tonnenkilometrische Leistungen nach Wasserstraßenabschnitten. (Die fachliche Gliederung des Güterverkehrs erfolgt nach dem »Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistiken, Ausgabe 1956«, ab 1. Januar 1962 nach dem »Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik, Ausgabe 1962«. Siehe auch Übersicht auf S. 270 und Auszug aus der Systematik auf S. 283.)

Veröffentlichungen:

WiSta 58/3; 59/3, 12; 60/1, 3; 61/3; 62/4.

WiSta\* (monatlich).

VkBRD (monatlich ab Januar 1958).

VkBRD Reihe 1 (jährlich ab 1957)

fortgesetzt in:

Fachserie H, Reihe 1 (monatlich und jährlich).

**c) Statistik über die Verkehrs- und Betriebsunfälle auf den Binnenwasserstraßen**

(StBRD Band 182 S. 63, lfd. Nr. VII B 1 c)

Rechtsgrundlage:

Schreiben des Bundesministers für Verkehr vom 24. Januar 1958 — b 588/4276 vmb/57 II —.

Periodizität:

Laufende Erfassung, jährliche Zusammenstellung.

Kreis der Befragten:

Wasserschutzpolizeibehörden.

Berichtsweg:

Befragte — Bundesministerium für Verkehr (Vorauswertung) — StBA (Zusammenstellung und Veröffentlichung der Ergebnisse).

Dargestellte Tatbestände:

Verkehrs- und Betriebsunfälle deutscher und ausländischer Schiffe auf den Binnenwasserstraßen nach Wasserstraßen, Zahl und Größe der beteiligten Schiffe, nach Ort und Zeit der Unfälle, Unfallursachen und Unfallfolgen.

Veröffentlichungen:

VkBRD Reihe 1 (ab 1959)

fortgesetzt in:

Fachserie H, Reihe 1 (monatlich und jährlich).

Bemerkungen:

Vollständige Ergebnisse erstmalig für 1959 veröffentlicht.

**2. Seeschiffsstatistik**

**a) Seeschiffsbestandsstatistik**

(StBRD Band 182 S. 63, lfd. Nr. VII B 2 a)

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Statistik der Seeschifffahrt vom 26. Juli 1957 (BGBl. II S. 739). Abdruck im Anhang S. 232.

Periodizität:

Laufende Fortschreibung der Zählungsergebnisse vom 31. Dezember 1948; jährliche Zusammenstellung der Fortschreibungsergebnisse.

In Vorbereitung: Zählung (Stichtag 1. Januar 1962) und laufende Fortschreibung der im Bau befindlichen Seeschiffe (Schiffsbauwerke).

Kreis der Befragten:

Schiffseigner, Registergerichte, Bundesamt für Schiffsvermessung.

Berichtsweg:

Befragte — Bundesministerium für Verkehr/Abteilung Seeverkehr (Fortschreibung und Zusammenstellung der Ergebnisse) — StBA (Veröffentlichung).

Dargestellte Tatbestände:

Fortgeschriebener Bestand an Seeschiffen (Zahl und Bruttoreaumgehalt) insgesamt nach Verwendungs- und Antriebsart. Handelsschiffe und Seefischereifahrzeuge nach Größenklassen, Altersklassen, Heimatgebieten sowie nach Schiffsgattungen bzw. Antriebsarten.

Vorgesehen:

Fortgeschriebener Bestand an Seeschiffsbauwerken (Zahl und voraussichtlicher Bruttoreumgehalt) nach Verwendungs- und Antriebsart. Handels- und Seefischereischiffsbauwerke nach Größenklassen, voraussichtlichem Jahr der Ablieferung. Sitz der Bauwerft und Wohnsitz des Bestellers sowie nach Schiffsgattungen bzw. Antriebsarten.

Veröffentlichungen:

Für Seeschiffe:

WiSta 58/11, 11\*.

VkBRD Reihe 2 (jährlich ab 1957)

fortgesetzt in:

Fachserie H, Reihe 2 (monatlich und jährlich).

**b) Seemannsstatistik**

(StBRD Band 182 S. 63, lfd. Nr. VII B 2 b)

Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 2a.

Periodizität:

Erhebungen gelegentlich der Musterungsverhandlungen; halbjährliche Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Besatzungsmitglieder der Seeschiffe unter der Bundesflagge sowie die sonstigen an Bord tätigen Personen.

Berichtsweg:

Befragte — Seemannsämtler (Erhebung) — See-Berufsgenossenschaft Hamburg (Aufbereitung) — Bundesministerium für Verkehr/Abteilung Seeverkehr.

Dargestellte Tatbestände:

Vorgesehen:

Besatzungsmitglieder der Seeschiffe unter der Bundesflagge sowie die sonstigen an Bord tätigen Personen nach Geschlecht, Berufs- und Tätigkeitsmerkmalen.

Veröffentlichungen:

Vorgesehen:

Fachserie A, Reihe 6.

### c) Seeverkehrsstatistik

(StBRD Band 182 S. 63, lfd. Nr. VII B 2 c)

Im folgenden werden nachgewiesen:

- I. Schiffs- und Güterverkehr über See
- II. Schiffs- und Güterverkehr auf dem Nord-Ostsee-Kanal
- III. Personenverkehr über See mit dem Ausland.

#### Rechtsgrundlage:

Zu I bis III: Gesetz über die Statistik der Seeschifffahrt vom 26. Juli 1957 (BGBl. II S. 739). Abdruck im Anhang S. 232 und Verordnung über die Meldestellen für die Seeverkehrsstatistik vom 24. April 1958 (Bundesanzeiger Nr. 80 S. 1), nebst Änderungsverordnung vom 18. März 1960 (Bundesanzeiger Nr. 57 S. 1).

#### Periodizität:

Zu I und II: laufende Anschreibungen, monatliche und jährliche Aufbereitung;

zu III: laufende monatliche Anschreibungen, jährliche Aufbereitung.

#### Kreis der Befragten:

Zu I: Schiffsführer, Verfrachter oder deren Vertreter;

zu II: Meldestellen der Kanalverwaltung;

zu III: Schiffsführer, Verfrachter oder deren Vertreter.

#### Berichtsweg:

Zu I: Befragte — Meldestellen (Zolldienststellen, Wasser- und Schifffahrtsbehörden, Hafenverwaltungen, Besitzer privater Lösch- und Ladestellen, Gemeindebehörden) — Bundesministerium für Verkehr/Abteilung Seeverkehr — StBA. Die Aufbereitung wird für Hamburg, Bremen und Lübeck von den dortigen Statistischen Ämtern, für die übrigen Küstenhäfen vom Bundesministerium für Verkehr durchgeführt. Die zusammenfassende Aufbereitung für Bundeszwecke wird vom StBA vorgenommen. Zusammenstellung der Bundesergebnisse im StBA.

Zu II: Befragte — Wasser- und Schifffahrtsdirektion Kiel (Aufbereitung) — Bundesministerium für Verkehr/Abteilung Seeverkehr — StBA (Veröffentlichung).

Zu III: Befragte — Paßkontrollstellen — zuständige StLA (Aufbereitung) — Bundesministerium für Verkehr/Abteilung Seeverkehr — StBA (Veröffentlichung).

#### Dargestellte Tatbestände:

Zu I:

Monatlich: Schiffsverkehr (Ankunft und Abgang) insgesamt nach Flaggen; in den einzelnen Seehäfen insgesamt. Güterverkehr (Empfang und Versand) insgesamt nach Gütergruppen; in den einzelnen Seehäfen nach Hauptverkehrsbeziehungen.

Jährlich: Schiffsverkehr insgesamt nach Flaggen und Hauptverkehrsbeziehungen; in den wichtigeren Seehäfen nach Verkehrsbereichen, Flaggen; in den einzelnen Seehäfen nach Hauptverkehrsbeziehungen, Schiffs- und Verkehrsarten. Güterverkehr insgesamt nach Hauptverkehrsbeziehungen, Verkehrsbezirken, Flaggen; in den einzelnen Häfen nach Monaten; in den einzelnen deutschen Seeverkehrsbezirken nach Verkehrsbereichen bzw. für das Bundesgebiet nach Verkehrsbezirken (Güterbewegungsstatistik).

(Fachliche Gliederung des Güterverkehrs gemäß dem »Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistiken, Ausgabe 1956«, ab 1. Januar 1962 gemäß dem »Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik, Ausgabe 1962«. Siehe auch Übersicht auf S. 270 und Auszug aus der Systematik auf S. 283.)

Zu II:

Monatlich: Schiffsverkehr nach der Verwendungsart der Fahrzeuge. Güterverkehr insgesamt nach Gütergruppen, Schiffs- und Güterverkehr nach Flaggen.

Jährlich: Schiffsverkehr insgesamt nach der Verwendungsart der Fahrzeuge; Verkehr der Handelsschiffe nach Monaten, Flaggen, Herkunfts- und Bestimmungsgebieten. Güterverkehr auf deutschen und auf fremden Schiffen nach Monaten und Gütergruppen.

(Fachliche Gliederung wie bei I.)

Zu III:

Für die Häfen Hamburg und Cuxhaven sowie die Bremischen Häfen: Reiseart, Ziel- und Herkunftsland der Fahrgäste.

#### Veröffentlichungen:

Zu I und II:

WiSta 60/3; 61/3; 62/4.

WiSta\* (monatlich).

VkBRD Reihe 2 (jährlich)

fortgesetzt in:

Fachserie H, Reihe 2 (jährlich).

Bundesministerium für Verkehr, Abt. Seeverkehr: Der Schiffs- und Güterverkehr über See in den Häfen der Bundesrepublik Deutschland (monatlich bis Dezember 1957)

fortgesetzt in:

VkBRD Reihe 2 (monatlich)

fortgesetzt in:

Fachserie H, Reihe 2 (monatlich).

Zu III:

StJb (ab Jg. 1956, auszugsweise).

VkBRD Reihe 2 (jährlich)

fortgesetzt in:

Fachserie H, Reihe 2 (jährlich).

Bundesministerium für Verkehr, Abt. Seeverkehr: Der Schiffs- und Güterverkehr über See in den Häfen der Bundesrepublik Deutschland (jährlich).

### d) Seeunfallstatistik

(StBRD Band 182 S. 64, lfd. Nr. VII B 2 d)

#### Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 2 a.

#### Periodizität:

Erfassung anlässlich der seeamtlichen Untersuchungen von Seeunfällen; jährliche Zusammenstellung.

#### Kreis der Befragten:

Seeämter.

#### Berichtsweg:

Befragte — Bundesministerium für Verkehr/Abteilung Seeverkehr.

#### Dargestellte Tatbestände:

Seeamtlich untersuchte Seeunfälle.

Zahl und Bruttoreaumgehalt der von Unfällen betroffenen deutschen Schiffe an der Küste des Bundesgebietes und in ausländischen Gewässern sowie Unfälle fremder Schiffe an der Küste des Bundesgebietes, gegliedert nach Ort, Art, Ursache und Folge des Unfalles sowie Zahl der getöteten, verletzten und vermißten Personen.

#### Veröffentlichungen:

VkBRD Reihe 2 (jährlich ab 1957)

fortgesetzt in:

Fachserie H, Reihe 2.

## C. Straßen und Straßenverkehr

### 1. Straßenstatistik

#### a) Straßenbestandsaufnahme und Straßenlängenstatistik der klassifizierten Straßen

(StBRD Band 182 S. 64, lfd. Nr. VII C 1 a)

#### Rechtsgrundlage:

Vereinbarungen des Bundesministeriums für Verkehr mit den zuständigen Ministerien der Länder.

#### Periodizität:

I. Straßenbestandsaufnahme: bisher mit Stichtag 31. März 1951, 31. März 1956 und 1. Januar 1961 durchgeführt. Wiederholung in fünfjährigen Abständen vorgesehen.

II. Straßenlängenstatistik: ab 1951 bis 1960 jährlich mit Stichtag 31. März, ab 1961 jährlich mit Stichtag 1. Januar, mit Ausnahme der Jahre, in denen eine Straßenbestandsaufnahme stattfindet.

#### Kreis der Befragten:

Landesstraßenbauämter.

#### Berichtsweg:

Befragte — oberste Straßenbaubehörden der Länder — Bundesministerium für Verkehr.

#### Dargestellte Tatbestände:

I. Straßenbestandsaufnahme: Gesamte Straßenlänge, Art der Straßendecke, Breite der Fahrbahn, Angabe der freien Strecken, der Ortsdurchfahrten, der befestigten Randstreifen, Art des Unterbaues (jeweils gegliedert nach Bau- lastträgern).

II. Straßenlängenstatistik: Länge der freien Strecken und der Ortsdurchfahrten der klassifizierten Straßen nach Baulastträgern (Bund, Länder, Gemeinden) und der Strecken in der Baulast Dritter (jeweils gegliedert nach Straßenklassen).

Veröffentlichungen:

WiSta 59/6.

StJb.

Für die Straßenlängenstatistik am 31. März 1956 auszugsweise Ergebnisse in:

VkBRD Reihe 5, Teil III: Gemeindestraßen nach dem Stande vom 31. März 1956.

#### b) Statistik der Gemeindestraßen 1956 und 1961

(StBRD Band 182 S. 65, lfd. Nr. VII C 1 b)

Rechtsgrundlage:

Für 1956: Verordnung über die Durchführung einer Statistik der Gemeindestraßen nach dem Stand vom 31. März 1956 vom 15. September 1957 (Bundesanzeiger Nr. 180 S. 1). Abdruck im Anhang S. 236.

Für 1961: Verordnung über die Durchführung einer Statistik der Gemeindestraßen nach dem Stande vom 1. Januar 1961 vom 16. Dezember 1960 (Bundesanzeiger Nr. 247 S. 1). Abdruck im Anhang S. 236.

Periodizität:

Im Jahre 1958 nach dem Stand vom 31. März 1956 durchgeführt.

Im Jahre 1961 nach dem Stand vom 1. Januar 1961 durchgeführt.

Kreis der Befragten:

Gemeinden und Gemeindeverbände.

Berichtsweg:

Für 1956: Befragte — StLÄ — StBA.

Für 1961: Befragte — StLÄ — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Für 1956 und (vorgesehen) für 1961: Straßen in der Baulast der Befragten nach Länge, Straßen- und Deckenarten. Ortsdurchfahrten der klassifizierten Straßen nach Länge, Straßenklassen und Baulastträgern. Nicht klassifizierte Straßen nicht in der Baulast der Befragten nach der Länge. Für Gemeinden mit 20 000 und mehr Einwohnern außerdem: Zahl und Fläche öffentlicher Parkplätze sowie (nur für 1956) die Länge der Gleise von Schienenbahnen im Zuge der Straßen. Für 1961 außerdem vorgesehen: Straßen nach Fahrbahnbreite; Privatstraßen des öffentlichen Verkehrs nach Innerorts- und Außerortsstraßen: Fläche der öffentlichen Parkplätze, Parkstreifen, Parkspuren mit bzw. ohne Parkuhren, Größe der zeitweilig zum Parken verfügbaren Plätze und der markierten Aufstellflächen auf Gehwegen.

Veröffentlichungen:

WiSta 59/6, 10, 10\*.

VkBRD Reihe 5 (1956).

Vorgesehen (für 1961):

Fachserie H, Reihe 5/III (unregelmäßig).

## 2. Statistik des Kraftfahrzeug- und Anhängerbestandes und seiner Veränderungen

(StBRD Band 182 S. 65, lfd. Nr. VII C 2)

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Errichtung eines Kraftfahrt-Bundesamtes vom 4. August 1951 (BGBl. I S. 488), § 2 Abs. 5.

Periodizität:

Jährliche Bestandsermittlung durch Auszählung bzw. im Wege der Fortschreibung; Stichtag 1. Januar für Krafträder, 1. Juli für Kraftwagen und Anhänger. Laufende Berichterstattung und Zusammenstellung der Veränderungen zu Jahresergebnissen, der Zulassungen und Besitzumschreibungen außerdem zu Monats-, Vierteljahres- und Halbjahresergebnissen.

Kreis der Befragten:

Der Kraftfahrzeug- und Anhängerbestand und seine Veränderungen werden im Kraftfahrt-Bundesamt auf Grund der Meldungen der Zulassungsstellen, die zur Fahrzeugbestandskartei zusammengefaßt werden, ermittelt (siehe auch unter »Bemerkungen«).

Berichtsweg:

Siehe »Kreis der Befragten«.

Dargestellte Tatbestände:

I. Kraftfahrzeug- und Anhängerbestand.

Halbjährlich nach Fahrzeugart, Größenklasse und Zulassungsbezirken; jährlich außerdem nach Antriebsart, Baujahr, Hersteller, Typ, Aufbauart, Gewerbe oder Beruf des Halters.

II. Zulassungen von fabrikneuen Kraftfahrzeugen und Anhängern.

Monatlich nach Fahrzeugart und Größenklasse; halbjährlich außerdem nach Hersteller, Typ, Gewerbe oder Beruf des Käufers; jährlich außerdem nach Antriebsart, Zulassungsbezirk.

III. Löschungen der Zulassungen von Kraftfahrzeugen und Anhängern.

Jährlich nach Fahrzeugart, Größenklasse, Baujahr.

IV. Besitzumschreibungen von gebrauchten Kraftfahrzeugen und Anhängern.

Monatlich nach Fahrzeugart und Größenklasse; halbjährlich außerdem nach Gewerbe oder Beruf des Käufers; jährlich außerdem nach Baujahr, Zulassungsbezirk, in mehrjährigen Abständen teilweise auch nach Gewerbe oder Beruf des Verkäufers.

Veröffentlichungen:

Kraftfahrt-Bundesamt:

Statistische Mitteilungen (Bestand halbjährlich, jährlich; — Neuzulassungen monatlich, halbjährlich, jährlich; — Löschungen jährlich; — Besitzumschreibungen monatlich, halbjährlich, jährlich).

Der Bestand an Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern am 1. Juli (jährlich).

Neuzulassungen — Besitzumschreibungen — Löschungen von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern im Jahre ... (jährlich).

Statistisches Bundesamt:

WiSta 58/11\*; 59/11, 11\*, 12\*; 60/10\*; 61/1, 1\*, 3\*, 9\*; 62/3\*, 4\*.

WiSta\* (monatlich).

Bemerkungen:

Bei der Fahrzeugbestandskartei des Kraftfahrt-Bundesamtes handelt es sich um eine Lochkartenkartei, in der jedes nach der Straßenverkehrszulassungsordnung zugelassene und mit einem Kraftfahrzeug- bzw. Anhängerbrief ausgestattete Fahrzeug erfaßt ist.

## 3. Statistik der Fahr- und Fahrlehrerlaubnisse und der Tätigkeit der Technischen Prüfstellen

a) Statistik der Fahr- und Fahrlehrerlaubnisse

(StBRD Band 182 S. 65, lfd. Nr. VII C 3 a)

Im folgenden werden nachgewiesen:

I. Erteilung von Fahr- und Fahrlehrerlaubnissen,

II. Versagungen und Entziehungen von Fahrerlaubnissen.

Rechtsgrundlage:

Zu I: Vereinbarung des Bundesministers für Verkehr mit den zuständigen obersten Landesbehörden (Rundschreiben Bundesminister für Verkehr vom 25. Oktober 1957 — StV 8 — 1301 — 17 — 134 K/57) und entsprechende Durchführungserlasse der Länder.

Zu II: Gesetz über die Errichtung eines Kraftfahrt-Bundesamtes vom 4. August 1951 (BGBl. I S. 488), § 2 Abs. 5.

Periodizität:

Zu I: Jährliche Berichterstattung und Aufbereitung.

Zu II: Laufende Berichterstattung und Zusammenstellung von Halbjahres- und Jahresergebnissen.

Kreis der Befragten:

Zu I: Zulassungsstellen für Kraftfahrzeuge und Technische Prüfstellen für den Kraftfahrzeugverkehr.

Zu II: Die Angaben werden im Kraftfahrt-Bundesamt an Hand der Meldungen der Gerichte, Staatsanwaltschaften und Zulassungsstellen für Kraftfahrzeuge zum Verkehrszentralregister zusammengestellt.

Berichtsweg:

Zu I: Befragte — oberste Verkehrsbehörden der Länder — Kraftfahrt-Bundesamt.

Zu II: Siehe »Kreis der Befragten«.

#### Dargestellte Tatbestände:

Zu I: Erteilte Erlaubnisse nach Art der Fahrerlaubnisklasse und dem Geschlecht der Erwerber, ferner nach Ersterteilungen, Erweiterungen, Wiedererteilungen, Umschreibungen, Erteilungen an Inhaber einer ausländischen Fahrerlaubnis und Ausstellung von internationalen Führerscheinen.

Zu II: Versagte und entzogene Fahrerlaubnisse nach Altersgruppe des Fahrerlaubnisinhabers, Versagungs- und Entziehungsgrund sowie Sperrfristen.

#### Veröffentlichungen:

Kraftfahrt-Bundesamt:

Statistische Mitteilungen (Erlteilungen jährlich, Versagungen und Entziehungen halbjährlich).

Statistisches Bundesamt:

WiSta 61/6.

#### b) Statistik der Tätigkeit der Technischen Prüfstellen für den Kraftfahrzeugverkehr auf dem Gebiet des Kraftfahrzeugwesens

(StBRD Band 182 S. 65, lfd. Nr. VII C 3 b)

#### Rechtsgrundlage:

Vereinbarung des Bundesministers für Verkehr mit den zuständigen obersten Landesbehörden (Rundschreiben Bundesminister für Verkehr vom 20. Juli 1956 — StV 1 — 102 — K/56 und vom 25. Oktober 1957 — StV 8 — 1301 — 17 — 134 K/57) sowie entsprechende Durchführungserlasse der Länder.

#### Periodizität:

Halbjährliche Berichterstattung und Aufbereitung.

#### Kreis der Befragten:

Technische Prüfstellen für den Kraftfahrzeugverkehr.

#### Berichtsweg:

Befragte — Kraftfahrt-Bundesamt.

#### Dargestellte Tatbestände:

Prüfungen zur Erlangung der Fahrerlaubnis, der Fahrlehrerlaubnis sowie einer zusätzlichen Fahrerlaubnis zur Fahrgastbeförderung nach §§ 15 dff. der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung, gegliedert nach Art und Ergebnis der Prüfung, Fahrerlaubnisklasse und Geschlecht der Prüflinge. Prüfungen von Kraftfahrzeugen und Anhängern nach Fahrzeugart, Art der Prüfung sowie Prüfungsergebnis nach Schwere, Art und Sitz der Mängel.

#### Veröffentlichungen:

Kraftfahrt-Bundesamt: Statistische Mitteilungen (halbjährlich).

#### 4. Zusatzerhebung bei den gewerblichen Straßenverkehrsbetrieben 1951

(im Rahmen des Zählungswerkes 1950)

(StBRD Band 182 S. 66, lfd. Nr. VII C 4)

#### Rechtsgrundlage:

Volkszählungsgesetz 1950, § 2 Abs. 2, vom 27. Juli 1950 (BGBl. S. 335).

#### Periodizität:

Zur Ergänzung der »Volkszählung 1950« im Jahre 1951 mit Stichtag 15. Mai 1951 bzw. nach dem Stand vom Mai 1951 durchgeführt.

#### Kreis der Befragten:

Gewerbliche Straßenverkehrsbetriebe (einschließlich Betriebe wichtiger Verkehrsneben- und -hilfsgewerbe).

#### Berichtsweg:

Befragte — StLA — StBA.

#### Dargestellte Tatbestände:

Gewerbliche Straßenverkehrsbetriebe und Verkehrsleistungen im gewerblichen Güterkraftverkehr.

Betriebe; Erwerbstätige nach Geschlecht und Stellung im Betrieb; Fuhrpark nach Fahrzeugarten; Verkehrsleistungen der Lastfahrzeuge; im Personenkraftverkehr tätige sowie zum Güterfernverkehr zugelassene Betriebe (jeweils nach gemeindlichen Betriebseinheiten).

Unternehmen; Erwerbstätige; Fuhrpark nach Fahrzeuggruppen; Unternehmen des Güterkraftverkehrs nach der Zahl der Lastkraftfahrzeuge; Verkehrsleistungen der Unternehmen (jeweils nach Wirtschaftseinheiten); Hauptniederlassungen und Zweigniederlassungen.

Fachliche Gliederung nach dem »Systematischen Verzeichnis der Arbeitsstätten (Ausgabe, 1950)« (siehe auch Übersicht im Anhang auf S. 270 und Auszug aus der Systematik auf S. 275).

#### Veröffentlichungen:

WiSta 52/4, 4\*.

StBRD Band 48.

#### 5. Statistik der Beförderung von Personen mit öffentlichen Straßenverkehrsmitteln

(StBRD Band 182 S. 66, lfd. Nr. VII C 5)

#### Rechtsgrundlage:

Verordnung zur Durchführung einer Statistik der Beförderung von Personen zu Lande vom 12. Juli 1960 (Bundesanzeiger Nr. 135 S. 1). Abdruck im Anhang S. 237. Neue Verordnung in Vorbereitung.

#### Periodizität:

Monatliche Erhebung und Aufbereitung.

#### Kreis der Befragten:

Unternehmen des genehmigungspflichtigen Straßen-Personenverkehrs.

#### Berichtsweg:

Befragte — oberste Verkehrsbehörden der Länder bzw. StLA — Kraftfahrt-Bundesamt.

#### Dargestellte Tatbestände:

I. Im Verkehr mit Straßenbahnen (einschließlich Stadtschnellbahnen, Hoch- und U-Bahnen, Schwebbahnen) und Obussen: Zahl und Art der Unternehmen, Länge der betriebenen Linien und Strecken, beförderte Personen, Personen-km, Einnahmen, Zahl und Art der Fahrzeuge, Wagen-km.

II. Im Verkehr mit Kraftomnibussen:

Zahl und Art der Unternehmen, Zahl und Länge der betriebenen Linien, beförderte Personen, Personen-km, Einnahmen, Zahl und Art der Fahrzeuge, Wagen-km, Verkehrsart.

#### Veröffentlichungen:

Kraftfahrt-Bundesamt:

Statistische Mitteilungen (monatlich).

Statistisches Bundesamt:

WiSta 60/6, 6\*; 61/9, 9\*.

WiSta\* (monatlich).

#### 6. Statistik des Güterverkehrs mit Kraftfahrzeugen

##### a) Repräsentativerhebung über den Güterverkehr mit Kraftfahrzeugen 1952

(StBRD Band 182 S. 66, lfd. Nr. VII C 6 a)

#### Rechtsgrundlage:

Verordnung zur Durchführung einer Statistik über den Güterverkehr mit Kraftfahrzeugen vom 20. Juni 1952 (Bundesanzeiger Nr. 119 S. 1).

#### Periodizität:

Im Juli 1952 bzw. in der Woche vom 7. bis 13. Juli 1952 durchgeführt.

#### Kreis der Befragten:

Ausgewählte Kraftfahrzeughalter (ausgewählt wurden rund 10% des Gesamtbestandes der Lastkraftwagen und Anhänger).

#### Berichtsweg:

Befragte — Zulassungsstellen für Kraftfahrzeuge — Kraftfahrt-Bundesamt — StBA (zentrale Aufbereitung).

#### Dargestellte Tatbestände:

Lastkraftwagen und Anhänger nach Nutzlastklassen und Gewerbebereichen. Anhänger nach Art des Zugfahrzeuges, Nutzlastklassen und Gewerbebereichen. Lastkraftwagen sowie Zugfahrzeuge der Anhänger nach der Besetzung mit Fahrer und Beifahrer.

Leistungen der Fahrzeuge im Monat Juni 1952:

Einsatz- und Nichteinsatztage der Lastkraftwagen und Anhänger nach Nutzlastklassen und Gewerbebereichen. Verkehrsleistungen (km, t) der Lastkraftwagen und Anhänger im Nahverkehr (einschließlich Ortsverkehr) und im Fernverkehr nach Nutzlastklassen und Gewerbebereichen. Verkehrsleistungen (t) der Lastkraftwagen und Anhänger nach Gütergruppen und Gewerbebereichen.

Leistungen der Fahrzeuge in der Woche vom 7. bis 13. Juli 1952:

Verkehrsleistungen (Fahrten, km, t, tkm) der Lastkraftwagen und Anhänger nach Orts-, Nah- und Fernverkehr, nach Entfernungsstufen, nach Werks- und gewerblichem Verkehr sowie nach Nutzlastklassen und Gewerbebereichen.

Veröffentlichungen:

WiSta 53/8.  
StB V/35/1.

#### b) Statistik der im Güterfernverkehr und Werkfernverkehr eingesetzten Fahrzeuge

(StBRD Band 182 S. 67, lfd. Nr. VII C 6b)

Rechtsgrundlage:

Güterkraftverkehrsgesetz (GüKG) vom 17. Oktober 1952 (BGBl. I S. 697), § 60.

Periodizität:

Für den Güter- und Möbelfernverkehr nach dem Stand von Januar 1955, Juli 1957 und Juli 1959 durchgeführt; Wiederholung in zweijährigen Abständen vorgesehen; zwischenzeitliche Fortschreibung. Für den Werkfernverkehr nach dem Stand vom April 1954 und Oktober 1958 durchgeführt; Wiederholung in bestimmten Abständen vorgesehen; zwischenzeitliche Fortschreibung.

(Über Sonderuntersuchungen siehe unter »Bemerkungen«.)

Kreis der Befragten:

Die Statistik wird bei der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr an Hand der dort geführten Karteien bearbeitet.

Dargestellte Tatbestände:

Bei der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr meldepflichtige Fahrzeuge:

I. des gewerblichen Güter- und Möbelfernverkehrs nach Genehmigungsarten, Nutzlastklassen, Ladekapazität, Fahrzeugart, Baujahr, Aufbauten und Herstellern;

II. des Werkfernverkehrs (Lastkraftwagen über 4 t Nutzlast und Zugmaschinen über 55 PS sowie deren Anhänger) nach Gewerbebereichen, Nutzlastklassen, Lade- und Einsatzkapazität. (Die im Werkfernverkehr insgesamt eingesetzten Fahrzeuge werden in der Statistik des Werkfernverkehrs mit Kraftfahrzeugen — lfd. Nr. 6 d — nachgewiesen.)

Veröffentlichungen:

Bundesanstalt für den Güterfernverkehr: Die Verwendung von Lastkraftwagen, Zugmaschinen und Anhängern im gewerblichen Güterfernverkehr und Möbelfernverkehr; herausgegeben im Februar 1957 (Stand: Januar 1955), im Februar 1959 (Stand: Juli 1957) und August 1961 (Stand: Juli 1959), desgl. im Werkfernverkehr; herausgegeben im April 1955 (Stand: April 1954) und im Oktober 1960 (Stand: Oktober 1958).

Bemerkungen:

Die Bundesanstalt für den Güterfernverkehr hat nach dem Stand von Oktober 1956 außerdem Untersuchungen zur Ermittlung eines Schlüssels für die Aufteilung des Kontingents an Genehmigungen im gewerblichen Güterfernverkehr und im Möbelfernverkehr auf die Länder der Bundesrepublik Deutschland durchgeführt und deren Ergebnisse veröffentlicht. Für Strukturuntersuchungen über das Güterfernverkehrsgewerbe wurden nach dem Stand von Oktober 1956 und August 1960 Sonderauszählungen des Karteimaterials vorgenommen (Ergebnisse in Veröffentlichungen vom April 1958 und März 1962. Wiederholungen in bestimmten Abständen vorgesehen).

#### c) Statistik des gewerblichen Güterfernverkehrs mit Kraftfahrzeugen

(StBRD Band 182 S. 67, lfd. Nr. VII C 6c)

Rechtsgrundlage:

Güterkraftverkehrsgesetz (GüKG) vom 17. Oktober 1952 (BGBl. I S. 697), § 57 Abs. 1 und Verordnung über die Durchführung einer Statistik der Beförderungsleistungen im Güterfernverkehr vom 20. April 1956 (Bundesanzeiger Nr. 83 S. 1).

Periodizität:

Monatliche Erhebung und Aufbereitung zu Monats-, Vierteljahres- und Jahresergebnissen.

Kreis der Befragten:

Von der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr beauftragte Frachtenprüfstellen und die Schlüsselungsstelle der Bundesanstalt (Erfassung der Frachtbriefe bzw. — beim Möbelfernverkehr — der Frachtbriefe oder der Monatszusammenstellungen).

Berichtsweg:

Befragte — Kraftfahrt-Bundesamt (technische Aufbereitung) — Bundesanstalt für den Güterfernverkehr.

Dargestellte Tatbestände:

Beförderte Gütermengen, geleistete Tonnenkilometer, Frachteinnahmen.

I. Gewerblicher Güterfernverkehr mit deutschen Lastkraftfahrzeugen: Monatlich nach Entfernungsstufen, Güterhauptgruppen, Tarifklassen; vierteljährlich außerdem nach Heimatländern der Fahrzeuge; jährlich außerdem nach Gewichtsklassen, Versand und Empfang der Verkehrsbezirke sowie zusammengefaßter Verkehrsgebiete (Güterbewegung).

II. Gewerblicher Möbelfernverkehr mit deutschen Lastkraftfahrzeugen: Monatlich nach Entfernungsstufen, Gütergruppen; vierteljährlich außerdem nach Heimatländern der Fahrzeuge; jährlich außerdem nach Versand und Empfang der Verkehrsbezirke sowie zusammengefaßter Verkehrsgebiete (Güterbewegung).

III. Grenzüberschreitender Güterfernverkehr ausländischer Lastkraftfahrzeuge: Monatlich nach Entfernungsstufen, Güterhauptgruppen; vierteljährlich außerdem nach Ein-, Aus- und Durchfuhr sowie Heimatländern der Fahrzeuge; jährlich außerdem nach Tarifklassen, Versand und Empfang der Verkehrsbezirke sowie zusammengefaßter Verkehrsgebiete (Güterbewegung).

(Fachliche Gliederung nach dem »Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistiken, Ausgabe 1956«, ab 1962 nach dem »Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik, Ausgabe 1962«. Siehe auch Übersicht auf S. 270 und Auszug aus der Systematik auf S. 283.)

Veröffentlichungen:

Bundesanstalt für den Güterfernverkehr: Statistische Mitteilungen des Kraftfahrt-Bundesamtes und der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr (monatlich).

Der gewerbliche Güterfernverkehr mit Kraftfahrzeugen 1950 bis 1956 (jährlich), ab 1957 jährliche Darstellung in »Gemeinsamer Bericht der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr und des Kraftfahrt-Bundesamtes«.

Statistisches Bundesamt:

WiSta 58/7; 59/9; 60/7, 7\*; 61/7, 7\*.  
WiSta\* (monatlich).

Bemerkungen:

Die Aufbereitung zu I erfolgt nach dem Stichprobenverfahren durch Auswahl jedes dritten (bis Juni 1957), jedes vierten (bis Dezember 1961) bzw. jedes fünften (ab Januar 1962) Frachtbriefes. Siehe auch Übersicht auf S. 294. Die Statistik zu II und III wird total aufbereitet.

#### d) Statistik des Werkfernverkehrs mit Kraftfahrzeugen

(StBRD Band 182 S. 67, lfd. Nr. VII C 6d)

Rechtsgrundlage:

Güterkraftverkehrsgesetz (GüKG) vom 17. Oktober 1952 (BGBl. I S. 697) § 52 Abs. 3 und Verordnung über Beförderungs- und Begleitpapiere, Fahrtennachweisbücher und die statistische Erfassung der Beförderungsleistungen im Werkfernverkehr vom 29. September 1953 (BGBl. I S. 1464).

Periodizität:

Monatliche Erhebung und Aufbereitung zu Monats-, Vierteljahres- und Jahresergebnissen.

Kreis der Befragten:

Unternehmen mit Werkfernverkehr.

Berichtsweg:

Befragte — Beförderungsteuerstellen (Weiterleitung der Zweitschriften der von den Unternehmen einzureichenden Nachweise über die Beförderungsleistungen im Werkfernverkehr) — Kraftfahrt-Bundesamt.

#### Dargestellte Tatbestände:

Beförderte Gütermenge, geleistete Tonnenkilometer.

I. Werkfernverkehr mit deutschen Lastkraftfahrzeugen: Monatlich nach Entfernungsstufen und Güterhauptgruppen; vierteljährlich außerdem nach Gewerbebereichen, Tarifklassen, Heimatländern der Fahrzeuge; jährlich außerdem nach Versand und Empfang der Verkehrsbezirke sowie zusammengefaßter Verkehrsgebiete (Güterbewegung).

II. Grenzüberschreitender Werkfernverkehr ausländischer Lastkraftfahrzeuge: Monatlich nach Entfernungsstufen, Güterhauptgruppen; vierteljährlich außerdem nach Ein-, Aus- und Durchfuhr sowie Heimatländern der Fahrzeuge; jährlich außerdem nach Tarifklassen, Versand und Empfang der Verkehrsbezirke sowie zusammengefaßter Verkehrsgebiete (Güterbewegung).

(Fachliche Gliederung nach dem »Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistiken, Ausgabe 1956«, ab 1962 nach dem »Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik, Ausgabe 1962«. Siehe auch Übersicht auf S. 270 und Auszug aus der Systematik auf S. 283.)

#### Veröffentlichungen:

Kraftfahrt-Bundesamt:

Statistische Mitteilungen des Kraftfahrt-Bundesamtes und der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr (monatlich). Der Werkfernverkehr mit Kraftfahrzeugen 1954 bis 1956 (jährlich), ab 1957 jährliche Darstellung in »Gemeinsamer Bericht der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr und des Kraftfahrt-Bundesamtes«.

WiSta 58/7; 59/9; 60/7, 7\*; 61/7, 7\*.

WiSta\* (monatlich).

#### Bemerkungen:

Die Aufbereitung zu I erfolgt nach dem Stichprobenverfahren durch Auswahl jedes dritten (bis Dezember 1957), jedes vierten (bis Dezember 1961) bzw. jedes fünften (ab Januar 1962) Beförderungsfalles. Siehe auch Übersicht auf S. 294. Die Statistik zu II wird total aufbereitet.

#### c) Statistik des Güternahverkehrs mit Lastkraftfahrzeugen

##### Rechtsgrundlage:

In Vorbereitung.

##### Periodizität:

Erhebung in unbestimmten Abständen vorgesehen.

##### Kreis der Befragten:

Halter ausgewählter Lastkraftfahrzeuge.

##### Berichtsweg:

Befragte — StBA.

##### Dargestellte Tatbestände:

Vorgesehen:

Beförderte Gütermenge und Tonnenkilometer nach Gütergruppen, Entfernungsstufen, Verkehrsart, Art und Größenklasse des Fahrzeugs, Wirtschaftszweig des Fahrzeughalters.

##### Bemerkungen:

Zur Vorbereitung einer ab 1964 in mehrjährigem Turnus durchzuführenden Stichprobenerhebung fand in den Monaten Januar bis August 1962 bei 6000 Haltern von Lastkraftfahrzeugen eine Probeerhebung auf freiwilliger Basis statt. Berichtet wurde über die Leistungen des Fahrzeuges in einer bestimmten Woche.

##### Veröffentlichungen:

Vorgesehen:

Fachserie H, Reihe 5.

#### 7. Statistik des grenzüberschreitenden Verkehrs mit Kraftfahrzeugen

##### a) Statistik des grenzüberschreitenden Personenverkehrs mit Kraftfahrzeugen

(StBRD Band 182 S. 68, lfd. Nr. VII C 7 a)

##### Rechtsgrundlage:

Verordnung zur Durchführung einer Statistik des grenzüberschreitenden Personenverkehrs mit Kraftfahrzeugen vom 12. Juli 1960 (Bundesanzeiger Nr. 135 S. 1). Abdruck im Anhang S. 238.

##### Periodizität:

Laufende Erfassung; monatliche Berichterstattung und Zusammenstellung.

##### Kreis der Befragten:

Fahrzeugführer bzw. Grenzzollstellen (Anmeldestellen).

##### Berichtsweg:

Befragte — (soweit Fahrzeugführer befragt: über Grenzzollstellen) — Kraftfahrt-Bundesamt.

##### Dargestellte Tatbestände:

In die Bundesrepublik eingefahrene Kraftomnibusse (einschließlich Anhänger), gegliedert nach Heimatstaat des Fahrzeuges, Zahl der Fahrgäste, Einsatz im Linien- oder Gelegenheitsverkehr und (bei deutschen Fahrzeugen) Ziel- und der zurückgelegten Reise. Sonstige Fahrzeuge des Personenverkehrs nach Art und Heimatstaat des Fahrzeuges. Außerdem halbjährlich nach Grenzzollstellen.

##### Veröffentlichungen:

Kraftfahrt-Bundesamt: Statistische Mitteilungen (monatlich).

##### b) Statistik des grenzüberschreitenden Güterverkehrs mit Kraftfahrzeugen

(StBRD Band 182 S. 68, lfd. Nr. VII C 7 b)

##### Rechtsgrundlage:

In Vorbereitung. Zur Zeit: Schreiben des Herrn Bundesministers für Verkehr vom 15. August 1959 — Gesch. Z. StV 3 — 6087 F/59 an das Kraftfahrt-Bundesamt.

##### Periodizität:

Laufende Erhebung und Aufbereitung zu Monats-, Vierteljahres- und Jahresergebnissen

##### Kreis der Befragten:

Fahrzeugführer.

##### Berichtsweg:

Befragte — Grenzzollstellen (Anmeldestellen) — Kraftfahrt-Bundesamt.

##### Dargestellte Tatbestände:

Ein-, aus- und durchgefahrte Lastkraftfahrzeuge.

Monatlich nach Heimatstaaten der Fahrzeuge, Ein- und Ausladeländern, Grenzzollstellen, Menge der beförderten Güter nach Güterhauptgruppen.

Jährlich außerdem Versand und Empfang des Bundesgebietes nach bzw. von dem Ausland: nach Verkehrsbezirken sowie nach ausgewählten Ländern des Auslandes; nach innerdeutschen Verkehrsbezirken, unterteilt nach ausländischen Verkehrsbezirken. Durchfuhr durch das Bundesgebiet nach Versand- und nach Empfangsländern. Von Berlin (West), dem sowjetischen Sektor Berlins und der sowjetischen Besatzungszone durch das Bundesgebiet nach dem Ausland und umgekehrt beförderte Güter.

(Fachliche Gliederung nach dem »Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistiken, Ausgabe 1956«, ab 1962 nach dem »Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik, Ausgabe 1962«. Siehe auch Übersicht auf S. 270 und Auszug aus der Systematik auf S. 283.)

##### Veröffentlichungen:

Kraftfahrt-Bundesamt: Statistische Mitteilungen (monatlich).

WiSta 59/12, 12\*; 60/10, 10\*; 61/8, 8\*.

VkBRD Reihe 5 (ab 1956 jährlich)

fortgesetzt in:

Fachserie H, Reihe 5 (jährlich).

#### 8. Statistik des interzonalen Straßenverkehrs mit Berlin und der sowjetischen Besatzungszone

(StBRD Band 182 S. 68, lfd. Nr. VII C 8)

##### Rechtsgrundlage:

Vereinbarung des Bundesministers für Verkehr mit dem Bundesminister der Finanzen und Erlaß des Bundesministers der Finanzen an die Grenzkontrollstellen vom 20. Dezember 1954 — III A/1 — O 3045 — 18/54 — (BZBl. 1954 S. 454).

##### Periodizität:

Laufende Erfassung, monatliche Berichterstattung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:  
Grenzkontrollstellen.

Berichtsweg:

Befragte — Kraftfahrt-Bundesamt (Berlinverkehr über Senator für Verkehr und Betriebe).

Dargestellte Tatbestände:

Über die Zonengrenze ein- und ausgefahrene Fahrzeuge nach Fahrzeugart, Fahrtrichtung und Übergangsstellen; bei Kraftomnibussen außerdem nach Heimatstandort und Einsatz im Linien- oder Gelegenheitsverkehr, ferner Zahl der Fahrgäste; bei Lastkraftfahrzeugen außerdem Unterscheidung nach dem Heimatstandort, nach beladen oder leer sowie beförderte Gütermenge.

Veröffentlichungen:

Kraftfahrt-Bundesamt:  
Statistische Mitteilungen (monatlich).

## 9. Statistik der Kraftfahrzeugfahrleistungen 1959

Rechtsgrundlage:

Verordnung über eine Statistik der Kraftfahrzeugfahrleistungen des Jahres 1959 vom 11. April 1959 (Bundesanzeiger Nr. 78 S. 1). Abdruck im Anhang S. 238.

Periodizität:

Einmalig für das Berichtsjahr 1959 durchgeführt.

Kreis der Befragten:

Ausgewählte Kraftfahrzeughalter (ausgewählt wurden rund 200 000 der zugelassenen Kraftfahrzeuge, Kraftfahrzeuganhänger sowie Fahrräder mit Hilfsmotor; ausgenommen sind Kraftomnibusse und deren Anhänger sowie Zugmaschinen und Anhänger in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben). Siehe auch Übersicht im Anhang auf S. 294.

Berichtsweg:

Befragte — Kraftfahrt-Bundesamt — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Die durchschnittlichen und Gesamtfahrleistungen der Fahrzeuge im Kalenderjahr 1959 nach Fahrzeugart, Größenklasse, Baujahr, Wirtschaftszweig des Fahrzeughalters und der überwiegenden Benutzung für private oder berufliche Zwecke.

Veröffentlichungen:

WiSta 61/5, 5\*, 9\*, 10.

Fachserie H, Reihe 5, Sonderbeiträge.

Bemerkungen:

Die Beantwortung der Fragen war freiwillig. Für Kraft- und Oberleitungsomnibusse wurden die Fahrleistungsergebnisse der Statistik des Personenverkehrs entnommen und durch Sonderermittlungen über Omnibusse des Werkverkehrs ergänzt. Auf Grund der Ergebnisse der 1959 durchgeführten Erhebung wurden die Fahrleistungen der Kraftfahrzeuge für 1960 schätzungsweise ermittelt.

## 10. Statistik der Straßenverkehrsunfälle

(StBRD Band 182 S. 68, lfd. Nr. VII C9)

Rechtsgrundlage:

Verordnung zur Durchführung einer Straßenverkehrsunfallstatistik vom 11. April 1959 (Bundesanzeiger Nr. 78 S. 1). Abdruck im Anhang S. 238. Ab 1. August 1961: Gesetz zur Durchführung einer Straßenverkehrsunfallstatistik (StVUnfG) vom 18. Mai 1961 (BGBl. I S. 606). Abdruck im Anhang S. 239.

Periodizität:

Laufende Erfassung, monatliche und jährliche Zusammenstellung.

Kreis der Befragten:

Polizeibehörden.

Berichtsweg:

Befragte — StLÄ — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Monatlich: Straßenverkehrsunfälle nach Art des Schadens (Personenschaden, nur Sachschaden), getötete und verletzte Personen (Schnellbericht).

Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden nach Unfallfolgen, Unfallort (Straßenklasse), Art der beteiligten Verkehrsteilnehmer (z. B. Kraftfahrzeuge nach Arten, Straßen-, Eisenbahnen, Fußgänger), bei Unfällen getötete und verletzte Personen nach Art der Verkehrsbeteiligung. Schwere der Verletzung, Altersgruppen.

Verkehrsunfälle mit nur Sachschaden nach der Schadenshöhe (unter 200 DM, von 200 bis unter 500 DM, 500 DM und mehr). Angaben durchweg getrennt für innerhalb und außerhalb von Ortschaften. Unfallopfer bei Unfällen mit Personenschaden in Großstädten.

Jährlich: Tatbestände und Merkmale wie im ausführlichen Monatsbericht. Zusätzlich: Unfälle mit Personenschaden nach Wochentagen und Tagesstunden, Art des Unfalls nach Straßenklassen sowie nach ausgewählten Unfallstellen, nach Nationalität der beteiligten Kraftfahrzeuge, nach Alter und Geschlecht des beteiligten Kraftfahrzeug- bzw. Mopedführers und Art des Fahrzeugs; Unfallopfer nach Art der Verkehrsbeteiligung und Altersgruppen, Unfallursachen nach Ortslagen (nach Straßenklassen nur für 1960); Unfälle nur mit Sachschaden nach Schadenshöhe und Monaten.

Veröffentlichungen:

Statistischer Wochendienst (Schnellbericht).

WiSta 58/2, 4; 59/4, 6, 9, 11; 60/3, 5, 19; 61/3, 5; 62/3, 5, 8

WiSta\* (monatlich).

VkBRD Reihe 6 (monatlich ab Januar 1958, jährlich ab 1955)

fortgesetzt in:

Fachserie H, Reihe 6 (monatlich; jährlich mit 2 Vorberichten).

## D. Luftverkehr

### 1. Luftfahrtstatistik

(StBRD Band 182 S. 68, lfd. Nr. VII D 1 a und b)

Rechtsgrundlage:

Verordnung zur Durchführung einer Luftfahrtstatistik vom 12. März 1959 (Bundesanzeiger Nr. 52 S. 1). Abdruck im Anhang S. 240. Ab 1. Januar 1962: Verordnung zur Durchführung einer Luftfahrtstatistik vom 30. Oktober 1961 (Bundesanzeiger Nr. 210 S. 1). Abdruck im Anhang S. 241.

Periodizität:

Laufende Erhebung, monatliche Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Luftfahrtunternehmen, die eine ständige Vertretung auf Flughäfen unterhalten, Flughafenunternehmer, Flugleiter, Führer der Luftfahrzeuge.

Berichtsweg:

Befragte — Flughafenunternehmer bzw. Flugleiter der sonstigen Luftfahrtgelände bzw. Zollstellen — StBA (zentrale Aufbereitung).

Dargestellte Tatbestände:

Ab April 1959 gesamter ziviler In- und Auslandsluftverkehr der Flugplätze der Bundesrepublik einschließlich Berlin (West).

Gewerblicher Luftverkehr (Linien- und Gelegenheitsverkehr): Durchgeführte Flüge, beförderte Personen, Fracht und Post nach Verkehrsarten, Monaten; Personen-, Güter- und Postbeförderung nach einzelnen Flughäfen. Verkehrsleistungen (Flug-, Personenkilometer, Fracht-, Posttonnenkilometer) auf den Teilstrecken nach Verkehrsarten, nach Monaten; für Linienverkehr nach Richtungen. Personenverkehr nach Verkehrsbeziehungen, und zwar Auslandsverkehr nach Zielländern und Herkunftshäfen der Umsteiger.

Nichtgewerblicher Luftverkehr: Gelandete und gestartete Flugzeuge im Platz-, Überland- und Werkverkehr nach Flugplätzen und -häfen.

Güterverkehr mit Luftfahrzeugen: Bis 1961 Versand nach und Empfang aus dem Ausland nach deutschen Flughäfen, Gütergattungen, Empfangs- und Versandländern, ab 1962 vorgenannter Verkehr zuzüglich Inlandsverkehr. Durchfuhr von Ausland zu Ausland mit Umladung nach Gütergattungen, Versand- und Empfangsländern, Verkehrsbeziehungen. Fachliche Gliederung bis 1961 nach dem »Internationalen

Warenverzeichnis für den Außenhandel (SITC)«, ab 1. Januar 1962 nach dem »Güterverzeichnis für die Verkehrsstistik, Ausgabe 1962« (siehe auch Übersicht im Anhang S. 270 und Auszug aus der Systematik auf S. 283).

**Veröffentlichungen:**

WiSta 58/4; 59/7; 60/4; 61/8; 62/7.

WiSta\* (monatlich).

VkBRD Reihe 3 (monatlich ab Januar 1958 und jährlich)

fortgesetzt in:

Fachserie H, Reihe 3 (monatlich und jährlich).

## E. Post- und Fernmeldewesen

### 1. Statistik der Deutschen Bundespost

(StBRD Band 182 S. 69, lfd. Nr. VII E 1)

Über folgende betriebsstatistische Ermittlungen der Deutschen Bundespost werden Ergebnisse monatlich, vierteljährlich und jährlich veröffentlicht.

#### a) Betriebseinrichtungen

Post- und Postreisedienst:

Monatlich: Ämter, Amtsstellen und Hilfseinrichtungen des Postdienstes (amtliche Abgabestellen für Postwertzeichen, Postbriefkasten, Postfächer, Hausbriefkasten); Werkstätten für Postkraftwagen; Kraftfahrzeuge; Straßenpostnetz der Kraftposten und Landkraftposten (Zahl und Streckenlänge); Grundstücke, Gebäude und Wohnungen der Deutschen Bundespost.

Fernmeldewesen:

Monatlich: Ämter des Fernmeldewesens, Fernsprechnetze, Fernsprechvermittlungsstellen, Nebenstellenanlagen. Telexanschlüsse und Sprechstellen (Hauptanschlüsse, Nebenschlüsse, öffentliche Sprechstellen) auch vierteljährlich und jährlich.

#### b) Verkehrsleistungen

Postdienst:

Monatlich, vierteljährlich und jährlich: Beförderte Brief- und Paketsendungen. Zahl der Zahlkarten, Zahlungs- und Postanweisungen. Einziehung von Gebühren für Ton- und Fernseh-Rundfunkgenehmigungen.

Die Angaben über die Rundfunkgenehmigungen wurden für Ton-Rundfunk bis Stichtag 1. April 1957, für Fernseh-Rundfunk bis Stichtag 1. April 1958 jährlich nach Verwaltungsbezirken zusammengestellt. Nach diesen Stichtagen liegen Angaben über Rundfunkgenehmigungen (Ton und Fernsehen) nur noch nach Postamtsbereichen vor. Die Veröffentlichung durch das StBA erfolgt ab 1962 mit Stichtag 31. Dezember.

Monatlich und jährlich: Wertsendungen, Postaufträge, Nachnahmesendungen, Betrag der Zahlkarten, Zahlungs- und Postanweisungen.

Jährlich: Versorgungs- und Versicherungsrenten, Zeitungsnummernstücke, Erlös von Post- und Sonderpostwertzeichen, Marken der Sozialversicherung und Wechselsteuermarken, Fahrleistungen der Kraftfahrzeuge zur Postbeförderung, mit Landkraftposten beförderte Personen.

Postreisedienst:

Von Kraftposten und Kraftsonderposten gefahrene Motorwagen- und Anhängerkilometer. Beförderte Personen.

Postscheckdienst:

Monatlich, vierteljährlich und jährlich: Postscheckkonten, Guthaben.

Monatlich und jährlich: Gut- und Lastschriften (Stück und Betrag).

Monatlich: Zahl der Buchungen.

Postsparkassendienst:

Monatlich, vierteljährlich und jährlich: Postsparkbücher, Guthaben.

Monatlich und jährlich: Einlagen und Stückzahlungen (Stück und Betrag).

Vierteljährlich: Zahl der Buchungen.

Telegraphie:

Monatlich, vierteljährlich und jährlich: Telegramme.

Telex-Verkehr: Inland in Gebühreneinheiten, mit dem Ausland in Telexminuten (= Zeitminuten).

Fernsprechdienst:

Monatlich, vierteljährlich und jährlich: Orts- und Ferngespräche (handvermittelte und im Selbstwählerdienst nur monatlich und jährlich).

#### c) Personal

Monatlich und jährlich: Personalbestand am Ende des Berichtsabschnittes unterteilt nach Beamten, Angestellten, Arbeitern, Posthaltern und Nachwuchskräften (Teilkkräfte auf volle Kräfte umgerechnet).

Vierteljährlich: Personalbestand im Durchschnitt des Berichtsabschnittes (Teilkkräfte auf volle Kräfte umgerechnet).

Jährlich: Personalbestand nach der Kopfzahl am Ende des Berichtsjahres, unterteilt nach Beamten, Angestellten, Arbeitern, Posthaltern und Nachwuchskräften; Personalbestand im Durchschnitt des Berichtsjahres nach der Verwendung und nach Dienstzweigen.

#### d) Finanzwesen

Vierteljährlich und jährlich: Betriebsrechnung, Gewinn- und Verlustrechnung, Kapitalrechnung, Übersicht über den Ablauf der Investitionen bei den Sachwerten.

Jährlich: Bilanzen, betriebswirtschaftliche Ergebnisrechnung der Dienstzweige und Teildienstzweige.

Veröffentlichungen:

Vierteljahresbericht des Bundesministeriums für das Post- und Fernmeldewesen.

Geschäftsbericht des Bundesministeriums für das Post- und Fernmeldewesen.

WiSta\* (monatlich).

StJb.

VkBRD Reihe 8 (jährlich)

fortgesetzt in:

Fachserie H, Reihe 8 (jährlich).

## F. Zusammenfassende Verkehrsstatistiken

### 1. Verkehrszensus 1962

Rechtsgrundlage:

Gesetz über eine Zählung der Bevölkerung und der nicht-landwirtschaftlichen Arbeitsstätten und Unternehmen im Jahre 1961 sowie über einen Verkehrszensus im Jahre 1962 (Volkszählungsgesetz 1961) vom 13. April 1961 (BGBl. I S. 437). Abdruck im Anhang S. 162.

Periodizität:

Einmalig. Stichtag: 28. September 1962.

Kreis der Befragten:

Rund 130 000 Arbeitsstätten und Unternehmen, die gewerblichen Verkehr mit wirtschaftlichem Schwerpunkt oder nebenbei betreiben sowie bis zu 12 % der Arbeitsstätten und Unternehmen mit Werkverkehr. Siehe auch Übersicht im Anhang auf S. 294.

Berichtsweg:

Befragte — StLÄ — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Vorgesehen:

Arbeitsstätten und Unternehmen nach der Art der Wirtschaftstätigkeit, nach Beschäftigten und Ausstattung mit Verkehrsmitteln und -einrichtungen. Bei Arbeitsstätten und Unternehmen des gewerblichen Verkehrs außerdem Angaben über die Umsatzstruktur.

Fachliche Gliederung nach der »Systematik der Wirtschaftszweige (Ausgabe 1961)« (siehe auch Übersicht im Anhang auf S. 270 und Auszug aus der Systematik auf S. 272).

Veröffentlichungen:

Vorgesehen:

Fachserie H, Einzelveröffentlichungen.

Bemerkungen:

Die Merkmale werden mit verschiedenartigen Erhebungsformularen erfaßt, die den Besonderheiten der einzelnen Wirtschaftszweige und der von ihnen ausgeübten Verkehrsfunktionen angepaßt sind.



## 2. Statistik der Kosten und Leistungen im Güterverkehr 1959

### a) Unternehmenserhebung

#### Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Statistik der Kosten und Leistungen im Güterverkehr mit Kraftfahrzeugen, mit Binnenschiffen und mit Eisenbahnen im Jahre 1959 (GüVerkStatG 1959) vom 21. Dezember 1958 (BGBl. I S. 988). Abdruck im Anhang S. 242.

#### Periodizität:

Im Jahre 1960 für das Berichtsjahr 1959 durchgeführt.

#### Kreis der Befragten:

Ausgewählte Unternehmen des Verkehrsgewerbes, und zwar 3180 Unternehmen des Güterkraftverkehrs, 1132 Binnenschiffahrtsunternehmen, die Deutsche Bundesbahn und 84 nichtbundeseigene Eisenbahnen.

#### Berichtsweg:

Befragte — StBA (zentrale Erhebung und Aufbereitung).

#### Dargestellte Tatbestände:

##### Vorgesehen:

In der Gliederung nach Klassen auf Grund des »Systematischen Verzeichnisses der Arbeitsstätten — Ausgabe 1950« (siehe auch Übersicht im Anhang auf S. 270 und Auszug aus der Systematik auf S. 275), zum Teil darüber hinausgehend und, soweit möglich, nach Größenklassen nach der Gesamtleistung (in DM) der Unternehmen;

Umsatz sowie Gesamtleistung 1959 insgesamt je Unternehmen und je Beschäftigten;

Kosten in % der Gesamtleistung: Personalkosten, Brennstoff-, Treibstoff- und sonstiger Stoffverbrauch, umgesetzte Handelsware, Reparatur- und Instandhaltungskosten, Steuern, Abgaben, Mieten, Abschreibungen, sonstige Kosten;

Beschäftigte, Personalkosten, Posten des Jahresabschlusses am Anfang und Ende des Geschäftsjahres 1959 je Unternehmen.

#### Veröffentlichungen:

##### Vorgesehen:

Fachserie C, Reihe 1/III (vierjährlich).

### b) Fahrzeugerhebung

#### Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 2a.

#### Periodizität:

Im Jahre 1959 durchgeführt.

#### Kreis der Befragten:

Halter von rund 85 000 ausgewählten Kraftfahrzeugen, Zugmaschinen und Kraftfahrzeuganhängern, Eigentümer, Charterer oder Ausrüster von rund 1700 ausgewählten Binnenschiffen, die Bundesbahn und 84 ausgewählte andere Eisenbahnen. Der Repräsentationsgrad war in den einzelnen Verkehrsbereichen und Größenklassen verschieden.

#### Berichtsweg:

Befragte — StBA (zentrale Erhebung und Aufbereitung).

#### Dargestellte Tatbestände:

##### Erfragt wurden:

Für Kraftfahrzeuge: Art der Genehmigung, des Gewerbes des Fahrzeughalters, Gesamtzahl der im Betrieb vorhandenen Fahrzeuge; für jede Fahrt der ausgewählten Motorfahrzeuge in der Berichtswoche: Dauer, Strecke, Kilometerzahl, Art und Gewicht der Ladung (auch der mitgeführten Anhänger), Verkehrsart (gewerblicher Güternah- bzw. -fernverkehr, Werknah- bzw. -fernverkehr, Möbelfernverkehr), Abfertigungsart (Zubringerverkehr, Abholverkehr, Verbindungsverkehr, Haus-Haus-Verkehr); unmittelbar zurechenbare Kosten für die Berichtswoche, wie Personal- und Treibstoffkosten, Versicherungsprämien, Steuern.

Fachliche Gliederung auf Grund einer Systematik in Anlehnung an das Schlüsselverzeichnis des Kraftfahrt-Bundesamtes zur Auszeichnung der Berufe von Kraftfahrzeughaltern.

Für Binnenschiffe und Schlepper: Angaben über den Schiffeigner, seinen Schiffspark; für das ausgewählte Schiff: Name, Gattung, Größe, Maschinenleistung, Baujahr, Schiffspersonal; für jede Reise des Schiffes: Leistungsbericht über Dauer, Ladung, Treibstoffverbrauch, Reiseauslagen, Reiseunterbrechungen nach Art und Dauer; über Schlepper ferner Angaben über den Anhang mit und ohne Ladung.

Für Eisenbahnen wurden betriebsstatistische Angaben herangezogen.

Der Umfang der Veröffentlichung der Ergebnisse wird gemäß § 8 Abs. 2 der Rechtsgrundlage von der Bundesregierung bestimmt; zur Zeit noch keine Entscheidung getroffen.

#### Veröffentlichungen:

Soweit zu einer Darstellung für allgemeine Zwecke geeignet, in Fachserie H (einmalig).

#### Bemerkungen:

Von den ausgewählten Kraftfahrzeughaltern wurden — beginnend Anfang Januar 1959 — in zweiwöchigem Abstand der Reihe nach jeweils etwa 3,9%, von den ausgewählten Binnenschiffen quartalsweise je 25% befragt.

## 3. Statistik der Güterbewegung im internationalen Verkehr

(StBRD Band 182 S. 70, lfd. Nr. VII G 1)

#### Rechtsgrundlage:

Vereinbarung mit dem Inland-Transport-Ausschuß der Wirtschaftskommission für Europa (ECE).

#### Periodizität:

Jährliche Zusammenstellung.

#### Dargestellte Tatbestände:

Güterbewegung im internationalen Verkehr auf Eisenbahnen, Straßen, über See, auf Binnenwasserstraßen und auf dem Luftwege.

Empfang und Versand von Gütern nach ausgewählten, international festgelegten Gütergruppen und nach Verkehrszweigen.

(Die Zusammenstellung wird im StBA an Hand vorhandener statistischer Unterlagen vorgenommen. Für den Güterverkehr auf Eisenbahnen und auf Straßen werden die entsprechenden Angaben von der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn und dem Kraftfahrt-Bundesamt zur Verfügung gestellt.)

#### Veröffentlichungen:

WiSta 58/4, 4\*; 59/5, 5\*.

## 4. Statistik des grenzüberschreitenden Reiseverkehrs

(StBRD Band 182 S. 70, lfd. Nr. VII G 2)

#### Rechtsgrundlage:

Vom Bundesminister des Innern erlassene Dienstanweisung für die Paßkontrolle, Absatz I, Nr. 24 vom 6. Dezember 1954 (GMBI. Ausgabe A S. 575) und Erlaß des Bundesministers des Innern vom 12. Mai 1956 Az.: 62 497 — A — 90 I/56.

#### Periodizität:

Laufende Erfassung, monatliche Zusammenstellung.

#### Kreis der Befragten:

Grenzschutzämter.

#### Berichtsweg:

Befragte — Grenzschutzdirektion Koblenz — StBA.

#### Dargestellte Tatbestände:

Im Reiseverkehr (einschließlich Durchreiseverkehr) und im Grenzverkehr aus dem Ausland einreisende (im Verkehr mit der Tschechoslowakei auch ausreisende) Personen nach Grenzüberschnitten und Grenzübergangsstellen bzw. Flughäfen sowie (im Reiseverkehr einschließlich Durchreiseverkehr) nach der Staatsangehörigkeit der Reisenden. Über die Seehäfen ein- und ausreisende Personen nach Häfen, Herkunfts- und Bestimmungsländern sowie nach der Staatsangehörigkeit. Im Verkehr mit der sowjetischen Besatzungszone und Berlin ein- und ausreisende Personen nach Grenzüberschnitten und Grenzübergangsstellen bzw. — mit Berlin (West) — nach Flughäfen.

#### Veröffentlichungen:

WiSta 60/8; 61/3.

VkBRD Reihe 7 (monatlich ab Januar 1958)  
fortgesetzt in:

Fachserie H, Reihe 7 (monatlich und jährlich).

*Meßzahlen des Personen- und Güterverkehrs*  
(StBRD Band 182 S. 70, nach lfd. Nr. VII G 2)

Monatliche Berechnung im StBA.

Für den Personen- und den Güterverkehr im Bundesgebiet typische Reihen (Personenverkehr: Bundesbahn, Straßenbahn, Omnibus; Güterverkehr: Bundesbahn, Binnenschifffahrt, Seeschifffahrt). Basis 1950 = 100. Beginn der Reihen: Januar 1951. Umbasierung auf 1954 = 100. Beginn der monatlichen Reihen: Januar 1959.

#### Veröffentlichungen:

WiSta\* (monatlich).

### G. Wetterdienst

#### 1. Statistik des Deutschen Wetterdienstes

Rechtsgrundlage:

Gesetz über den Deutschen Wetterdienst vom 11. November 1952 (BGBl. I S. 738) § 3.

Periodizität:

Laufende Erfassung, tägliche, dekadische, monatliche und jährliche Zusammenstellung.

Kreis der Befragten:

Haupt- und nebenamtliche Beobachtungsstationen — Deutscher Wetterdienst.

Die Beobachtungen atmosphärischer Erscheinungen der meisten Kulturstaaten werden im Wege internationalen Austausches übernommen und für die Aufgaben des Dienstes verwertet.

#### Dargestellte Tatbestände:

Luftdruck, -temperatur, -feuchtigkeit; Windrichtung, -stärke; Sichtweite in den unteren Schichten; Bewölkungsmenge, -art; Niederschlagsmenge, -zeiten, -form; Sonnenscheindauer; luftelektrische und optische Erscheinungen; Schneehöhe, -dicke; Erdbodenzustand; Temperatur und Wassergehalt der oberen Bodenschichten; charakteristische Phasen der Entwicklung von Wild- und Kulturpflanzen.

Darstellung erfolgt

- a) in Tabellen: Originalwerte; abgeleitete Werte (Tages-, Dekaden-, Monats-, Jahres-, langjährige Mittel); Summen über entsprechende Zeitabschnitte; Zahl der Tage mit bestimmten Stufenwerten von Temperatur und Niederschlag.
- b) als Diagramme: Monatlich Lufttemperatur, Niederschlagsmenge; Niederschlags- und Temperaturabweichung für die Bundesrepublik.
- c) als Karten:

Täglich: Luftdruck- und Luftmassenverteilung mit Einzelwerten von Temperatur, Wind und Niederschlag für Europa und den größten Teil der nördlichen Hemisphäre; Strömungsverteilung mit Einzelwerten der Temperatur für einzelne Schichten der Troposphäre und unteren Stratosphäre für Ostatlantik-Europa.

Monatlich: Niederschlagsverteilung für die Bundesrepublik; Einzelphasen der Großwetterentwicklung in Europa; Monatsmittel des Luftdruckes und der Temperaturabweichung vom Normalwert für den größten Teil der nördlichen Hemisphäre; Monatsmittel des Luftdruckes, der Lufttemperatur und des Niederschlags für den größten Teil der Erde.

#### Veröffentlichungen:

Deutscher Wetterdienst:

Täglicher Wetterbericht, Klima-Schnellmeldedienst; Medizin-Meteorologischer Bericht; Klimatologische Werte (einmal monatlich im Täglichen Wetterbericht); Monatlicher Witterungsbericht; Großwetterlagen Mitteleuropas; die Witterung in Übersee; Meteorologisches Jahrbuch — Bundesrepublik; Jahresbericht.

#### Bemerkungen:

Der Beratungsdienst umfaßt Wirtschafts-, Flug- und Seewetterdienst.

## VIII. Geld und Kredit

### A. Bankstatistische Gesamtrechnungen

#### 1. Zusammengefaßte statistische Bilanz der Kreditinstitute einschließlich der Deutschen Bundesbank

(StBRD Band 182 S. 71, lfd. Nr. VIII A1)

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Deutsche Bundesbank vom 26. Juli 1957 (BGBl. I S. 745).

Periodizität:

Monatliche Zusammenstellung.

Dargestellte Tatbestände:

Zusammenfassung der Ergebnisse der bilanzstatistischen Erhebungen bei den Kreditinstituten mit der Zentralbankstatistik zu einer Gesamtübersicht über die inländische monetäre Entwicklung.

(Die Zusammenstellung erfolgt an Hand vorliegenden Materials in der Deutschen Bundesbank.)

Veröffentlichungen:

Deutsche Bundesbank: Monatsberichte.

#### 2. Statistik des Bargeldumlaufs und der Bankeinlagen (Geldvolumen)

(StBRD Band 182 S. 71, lfd. Nr. VIII A2)

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Deutsche Bundesbank vom 26. Juli 1957 (BGBl. I S. 745).

Periodizität:

Monatliche Zusammenstellung.

Dargestellte Tatbestände:

Bargeldumlauf und Sichteinlagen (Geldvolumen) sowie sonstige Bankeinlagen nach Einlegergruppen.

(Die Zusammenstellung erfolgt an Hand vorliegenden Materials in der Deutschen Bundesbank.)

Veröffentlichungen:

Deutsche Bundesbank: Monatsberichte.  
WiSta\* (monatlich).

#### 3. Statistische Daten zur Entwicklung der Geldversorgung

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Deutsche Bundesbank vom 26. Juli 1957 (BGBl. I S. 745).

Periodizität:

Vierteljährliche, halbjährliche und jährliche Zusammenstellung.

Dargestellte Tatbestände:

Entwicklung der inländischen Geldversorgung und der hierfür relevanten Positionen der zusammengefaßten statistischen Bilanz der Kreditinstitute einschließlich der Deutschen Bundesbank.

(Die Zusammenstellung erfolgt an Hand vorliegenden Materials in der Deutschen Bundesbank.)

Veröffentlichungen:

Deutsche Bundesbank: Monatsberichte  
(vierteljährlich/halbjährlich im Textteil).

#### 4. Statistische Daten zur Entwicklung der Bankenliquidität

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Deutsche Bundesbank vom 26. Juli 1957 (BGBl. I S. 745).

Periodizität:

Monatliche, vierteljährliche und jährliche Zusammenstellung.

Dargestellte Tatbestände:

Entwicklung der Bankenliquidität und der Inanspruchnahme des Zentralbankkredits durch die Kreditinstitute sowie der hierfür relevanten Positionen des Ausweises der Deutschen Bundesbank.

Veröffentlichungen:

Deutsche Bundesbank: Monatsberichte.

### B. Zentralbank

#### 1. Zentralbankstatistik

(StBRD Band 182 S. 71, lfd. Nr. VIII A3)

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Deutsche Bundesbank vom 26. Juli 1957 (BGBl. I S. 745), § 28.

Periodizität:

Ausweis der Deutschen Bundesbank sowie Noten- und Münzumlauf: bankwöchentliche Zusammenstellung, übrige Zentralbankstatistiken: monatliche Zusammenstellung.

Dargestellte Tatbestände:

Ausweis der Deutschen Bundesbank, Noten- und Münzumlauf, Zentralbankkredite, Zentralbankeinlagen, Währungsreserven der Deutschen Bundesbank.

(Die Zusammenstellung erfolgt an Hand vorliegenden Materials in der Deutschen Bundesbank.)

Veröffentlichungen:

Deutsche Bundesbank: Monatsberichte.

#### 2. Mindestreservenstatistik

(StBRD Band 182 S. 71, lfd. Nr. VIII A4)

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Deutsche Bundesbank vom 26. Juli 1957 (BGBl. I S. 745), § 16.

Periodizität:

Monatliche Zusammenstellung.

Kreis der Befragten:

Für Reservehaltung: mindestreservspflichtige Kreditinstitute

Berichtsweg:

Befragte — Deutsche Bundesbank.

Dargestellte Tatbestände:

Reservehaltung der Kreditinstitute bei der Deutschen Bundesbank nach Bankengruppen und Reserveklassen. Reservesätze.

Veröffentlichungen:

Deutsche Bundesbank: Monatsberichte.

## C. Kreditinstitute

### 1. Halbmonatliche Bankenstatistik

(StBRD Band 182 S. 71, lfd. Nr. VIII B1)

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Deutsche Bundesbank vom 26. Juli 1957 (BGBl. I S. 745), § 18.

Periodizität:

Halbmonatliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

480 ausgewählte Kreditinstitute.

Berichtsweg:

Befragte — Deutsche Bundesbank

Dargestellte Tatbestände:

Kurzfristige Kredite und Einlagen von Wirtschaftsunternehmen und Privaten sowie öffentlichen Stellen, aufgegliedert nach Kredit- und Einlagearten.

Veröffentlichungen:

Deutsche Bundesbank: Monatsberichte.

### 2. Zwischenbilanzstatistik

(StBRD Band 182 S. 71, lfd. Nr. VIII B2)

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Deutsche Bundesbank vom 26. Juli 1957 (BGBl. I S. 745), § 18.

Periodizität:

Monatliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Kreditinstitute mit Ausnahme der kleineren ländlichen Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. Dezember 1953 unter 0,5 Millionen DM lag.

Berichtsweg:

Befragte — Deutsche Bundesbank.

Dargestellte Tatbestände:

Zwischenbilanzen der Kreditinstitute nach Bankengruppen.

Veröffentlichungen:

Deutsche Bundesbank: Monatsberichte.

### 3. Kreditstatistik

(StBRD Band 182 S. 72, lfd. Nr. VIII B3)

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Deutsche Bundesbank vom 26. Juli 1957 (BGBl. I S. 745), § 18.

Periodizität:

Monatliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Kreditinstitute mit Ausnahme der kleineren ländlichen Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. Dezember 1953 unter 0,5 Millionen DM lag.

Berichtsweg:

Befragte — Deutsche Bundesbank.

Dargestellte Tatbestände:

Kurz-, mittel- und langfristige Bankkredite (einschließlich Hypothekarkredite) an Wirtschaftsunternehmen und Private, öffentliche Stellen und Kreditinstitute nach Kreditarten und Bankengruppen.

Veröffentlichungen:

Deutsche Bundesbank: Monatsberichte.

### 4. Kreditnehmerstatistik (Kredite an Nichtbanken nach Verwendungszwecken/Kreditnehmern)

(StBRD Band 182 S. 72, lfd. Nr. VIII B4)

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Deutsche Bundesbank vom 26. Juli 1957 (BGBl. I S. 745), § 18.

Periodizität:

Vierteljährliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Für mittel- und langfristige Kredite: Kreditinstitute im Bundesgebiet (ohne Saarland) und Berlin (West) mit Ausnahme der kleineren ländlichen Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. Dezember 1953 unter 0,5 Millionen DM lag. Für kurzfristige Kredite: rund 730 ausgewählte Kreditinstitute.

Berichtsweg:

Befragte — Deutsche Bundesbank.

Dargestellte Tatbestände:

Kurz-, mittel- und langfristige Bankkredite an Wirtschaftsunternehmen und Private sowie an öffentliche Stellen nach dem Verwendungszweck bzw. nach Kreditnehmergruppen.

Veröffentlichungen:

Deutsche Bundesbank: Monatsberichte.

### 5. Statistik der Teilzahlungs- und Kleinkredite

(StBRD Band 182 S. 72, lfd. Nr. VIII B5)

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Deutsche Bundesbank vom 26. Juli 1957 (BGBl. I S. 745), § 18.

Periodizität:

Für Bestandszahlen: monatliche Erhebung und Aufbereitung, für Umsatzzahlen: vierteljährliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Für Bestandszahlen: Kreditinstitute mit Ausnahme der kleineren ländlichen Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. Dezember 1953 unter 0,5 Millionen DM lag. Für Umsatzzahlen: Teilzahlungskreditinstitute.

Berichtsweg:

Befragte — Deutsche Bundesbank.

Dargestellte Tatbestände:

Bestand der ausstehenden Teilzahlungs- und Kleinkredite der Kreditinstitute. Verwendung der neu beanspruchten Teilzahlungskredite der Teilzahlungskreditinstitute.

Veröffentlichungen:

Deutsche Bundesbank: Monatsberichte.

### 6. Wertpapierstatistik

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Deutsche Bundesbank vom 26. Juli 1957 (BGBl. I S. 745), § 18.

Periodizität:

Monatliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Kreditinstitute mit Ausnahme der kleineren ländlichen Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. Dezember 1953 unter 0,5 Millionen DM lag.

Berichtsweg:

Befragte — Deutsche Bundesbank.

Dargestellte Tatbestände:

Bestände der Kreditinstitute an Schatzwechseln und unverzinslichen Schatzanweisungen, Kassenobligationen, Wertpapieren und Konsortialbeteiligungen nach Bankengruppen. Bestände der Kreditinstitute an Emissionen inländischer öffentlicher Stellen nach Emittenten und Bankengruppen.

Veröffentlichungen:

Deutsche Bundesbank: Monatsberichte.

## 7. Einlagenstatistik

### Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Deutsche Bundesbank vom 26. Juli 1957 (BGBl. I S. 745), § 18.

### Periodizität:

Monatliche Erhebung und Aufbereitung.

### Kreis der Befragten:

Kreditinstitute mit Ausnahme der kleineren ländlichen Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. Dezember 1953 unter 0,5 Millionen DM lag.

### Berichtsweg:

Befragte — Deutsche Bundesbank.

### Dargestellte Tatbestände:

Sicht-, Termin- und Spareinlagen von Wirtschaftsunternehmen und Privaten sowie öffentlichen Stellen nach Bankengruppen, Termineinlagen nach Fristigkeitskategorien und Bankengruppen.

### Veröffentlichungen:

Deutsche Bundesbank: Monatsberichte.

## 8. Sparverkehrsstatistik

(StBRD Band 182 S. 72, lfd. Nr. VIII B 6)

### Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Deutsche Bundesbank vom 26. Juli 1957 (BGBl. I S. 745), § 18.

### Periodizität:

Monatliche Erhebung und Aufbereitung.

### Kreis der Befragten:

Kreditinstitute mit Ausnahme der kleineren ländlichen Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. Dezember 1953 unter 0,5 Millionen DM lag.

### Berichtsweg:

Befragte — Deutsche Bundesbank.

### Dargestellte Tatbestände:

Gutschriften, Lastschriften und Zinsgutschriften im Sparverkehr der Kreditinstitute nach Bankengruppen, Bestände an Spareinlagen von Privatpersonen, Wirtschaftsunternehmen und öffentlichen Stellen sowie Bestände an steuer- und prämienbegünstigten Spareinlagen nach Bankengruppen.

### Veröffentlichungen:

Deutsche Bundesbank: Monatsberichte.

## 9. Statistik der Auslandsforderungen und -verpflichtungen

### Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Deutsche Bundesbank vom 26. Juli 1957 (BGBl. I S. 745), § 18.

### Periodizität:

Monatliche Erhebung und Aufbereitung.

### Kreis der Befragten:

Sämtliche Kreditinstitute, die Auslandsforderungen und -verpflichtungen haben.

### Berichtsweg:

Befragte — Deutsche Bundesbank.

### Dargestellte Tatbestände:

Kurzfristige Forderungen und kurzfristige Verpflichtungen der Kreditinstitute gegenüber dem Ausland nach Arten, Einlagen nach Einlegergruppen.

### Veröffentlichungen:

Deutsche Bundesbank: Monatsberichte.

## 10. Statistik der Größenklassen der Kreditinstitute

### Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Deutsche Bundesbank vom 26. Juli 1957 (BGBl. I S. 745), § 18.

### Periodizität:

Jährliche Zusammenstellung.

### Kreis der Befragten:

Sämtliche Kreditinstitute.

### Berichtsweg:

Befragte — Deutsche Bundesbank.

### Dargestellte Tatbestände:

Zahl der Kreditinstitute nach Bankengruppen in der Verteilung auf Größenklassen nach Bilanzsummen.

### Veröffentlichungen:

Deutsche Bundesbank: Monatsberichte.

## 11. Statistik der Boden- und Kommunalkreditinstitute

(StBRD Band 182 S. 72, lfd. Nr. VIII B 7)

### Rechtsgrundlage:

Hypothekengesetz in der Fassung vom 29. März 1930 (RGBl. I S. 108); Verordnung über die Bekanntmachungspflicht öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten vom 16. November 1929 (RGBl. I S. 205); Gesetz über Schiffspfandbriefbanken (Schiffsbankgesetz) in der Fassung vom 8. April 1943 (RGBl. I S. 241); Erlasse der Bankenaufsichtsbehörden aus dem Jahre 1954; Vereinbarungen mit den Ländern.

### Periodizität:

Monatliche und vierteljährliche Erhebung und Aufbereitung.

### Kreis der Befragten:

67 Boden- und Kommunalkreditinstitute (1961).

### Berichtsweg:

Befragte — StLA — StBA.

### Dargestellte Tatbestände:

Monatlich: Aktiv- und Passivgeschäft (Neugeschäft) der Boden- und Kommunalkreditinstitute. Umlauf an Schuldverschreibungen, gegliedert nach Art der Schuldverschreibungen und Art sowie Sitz der Institute, nach Zinssätzen und Art der Besteuerung. Verpflichtungen aus aufgenommenen langfristigen Darlehen. Gesamtbestand der Ausleihungen nach Darlehnsart, -form und -quelle sowie nach dem Sitz der Institute. Ab Juli 1960 ferner Erstabsatz und Tilgung von Schuldverschreibungen, Bruttoausleihungen.

Vierteljährlich: Umlauf und Deckung von Schuldverschreibungen aus dem Gesamtgeschäft (Neu- und Altgeschäft).

Jährlich: Bestand an langfristigen Darlehen in regionaler Gliederung nach dem Sitz der Kreditnehmer (Neugeschäft).

### Veröffentlichungen:

WiSta 57/4; 58/3; 59/3; 60/3; 61/3; 62/3.

WiSta\* (monatlich).

StB VII/8 (monatlich)

fortgesetzt in:  
Fachserie I, Reihe 1/I (monatlich).<sup>1</sup>

StBRD Band 156, 248

fortgesetzt in:  
Fachserie I, Reihe 1/I (unregelmäßig).

## D. Bausparkassen

### 1. Vierteljahresbericht über das Geschäft der privaten Bausparkassen

(StBRD Band 182 S. 73, lfd. Nr. VIII C 1)

### Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Beaufsichtigung der privaten Versicherungsunternehmen und Bausparkassen vom 6. Juni 1931 (RGBl. I S. 315), § 150.

### Periodizität:

Vierteljährliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Private Bausparkassen.

Berichtsweg:

Befragte — Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen.

Dargestellte Tatbestände:

Verlauf des Bauspargeschäftes im Berichtsvierteljahr: u. a. vorläufige Angaben über eingegangene Bauspareinlagen und Tilgungsbeiträge, Auszahlungen von Bauspareinlagen, Baudarlehen, gekündigte Bauspareinlagen, Geldmittel, Verwaltungskosten, Zinsen auf Bauspareinlagen und aus Baudarlehen sowie die Bestandsbewegung.

Veröffentlichungen:

Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen:  
Veröffentlichungen (vierteljährlich).  
Geschäftsbericht (jährlich).

## 2. Jahresstatistik über die Vermögensanlagen der privaten Bausparkassen

(StBRD Band 182 S. 73, lfd. Nr. VIII C 2)

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Beaufsichtigung der privaten Versicherungsunternehmen und Bausparkassen vom 6. Juni 1931 (RGBl. I S. 315), § 150.

Periodizität:

Jährliche Erhebung und Aufbereitung mit jährlichen Ergänzungen.

Kreis der Befragten:

Private Bausparkassen.

Berichtsweg:

Befragte — Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen.

Dargestellte Tatbestände:

Stand und Entwicklung der Vermögensanlagen im Berichtsjahr: vorläufige Angaben über Anfangs- und Endbestände an Grundstücken, Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen, Wertpapieren, Beteiligungen und Ausgleichsforderungen. Außerdem: Bestand an langfristigen Darlehen in regionaler Gliederung.

Veröffentlichungen:

Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen:  
Geschäftsbericht (jährlich).

## 3. Jahresstatistik der privaten Bausparkassen

(StBRD Band 182 S. 73, lfd. Nr. VIII C 3)

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Beaufsichtigung der privaten Versicherungsunternehmen und Bausparkassen vom 6. Juni 1931 (RGBl. I S. 315), § 150.

Periodizität:

Jährliche Erhebung und Aufbereitung

Kreis der Befragten:

Private Bausparkassen.

Berichtsweg:

Befragte — Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen.

Dargestellte Tatbestände:

Gesamtergebnisse nach Rechtsformen gegliedert und Einzelergebnisse (ab 1960) aus dem Rechnungsabschluß der Bausparkassen (Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung).

Veröffentlichungen:

Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen:  
Geschäftsbericht (jährlich).

## E. Wertpapiermärkte

### 1. Emissionsstatistik

(StBRD Band 182 S. 73, lfd. Nr. VIII D 1)

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Deutsche Bundesbank vom 26. Juli 1957 (BGBl. I S. 745).

Periodizität:

Monatliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Emissionshäuser.

Berichtsweg:

Befragte — Deutsche Bundesbank.

Dargestellte Tatbestände:

Auflegung, Absatz und Umlauf von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien in Nominalwerten, Absatz auch in Kurswerten. Für festverzinsliche Wertpapiere ferner Tilgung und Nettoabsatz, Emissionsbedingungen (Zinssätze, Emissionskurse usw.).

Veröffentlichungen:

Deutsche Bundesbank: Monatsberichte

### 2. Investmentstatistik

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Deutsche Bundesbank vom 26. Juli 1957 (BGBl. I S. 745), § 18.

Periodizität:

Monatliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Investmentgesellschaften mit Sitz im Bundesgebiet.

Berichtsweg:

Befragte — Deutsche Bundesbank.

Dargestellte Tatbestände:

Inventarwert der Investmentfonds, Anzahl der ausgegebenen Anteile, Ausgabepreise, Mittelaufkommen.

Veröffentlichungen:

Deutsche Bundesbank: Monatsberichte.

### 3. Statistik der Effektenkurse

(StBRD Band 182 S. 73, lfd. Nr. VIII D 2)

Periodizität:

Wöchentliche und monatliche Zusammenstellung.

Dargestellte Tatbestände:

Wöchentlich: Kursdurchschnitt der festverzinslichen Wertpapiere nach Wertpapierarten und Zinstypen.

Monatlich: Durchschnittswerte der Kurse, Dividenden und Renditen aller börsennotierten Aktien von Gesellschaften mit Sitz im Bundesgebiet ohne Berlin nach Wirtschaftsgruppen.

Fachliche Gliederung nach dem »Systematischen Verzeichnis der Unternehmen (für die Steuerstatistiken)« mit erheblichen Modifikationen. Siehe auch Übersicht auf S. 270.

(Die Zusammenstellung erfolgt im StBA an Hand der Kursnotierungen an den Börsen des Bundesgebietes.)

Veröffentlichungen:

WiSta 58/1; 59/1; 60/1; 61/1; 62/1.

WiSta\* (monatlich).

Statistischer Wochendienst.

StB VII/27 (monatlich)

fortgesetzt in:

Fachserie I, Reihe 2/II (monatlich).

### *Index der Aktienkurse*

Dargestellte Tatbestände:

Wöchentliche Berechnung im StBA.

430 ausgewählte, an den Börsen des Bundesgebietes notierte Stammaktien (Basis 31. Dezember 1953 = 100). Gliederung nach 4 Hauptgruppen und 33 Wirtschaftsgruppen. Beginn der Indexreihen: Januar 1950.

Veröffentlichungen:

WiSta 58/1; 59/1; 60/1; 61/1; 62/1.

WiSta\* (monatlich).

StB VII/26 (wöchentlich)

fortgesetzt in:

Fachserie I, Reihe 2/I (wöchentlich).

## **4. Renditenstatistik festverzinslicher Wertpapiere**

Periodizität:

Monatliche Aufbereitung.

Dargestellte Tatbestände:

Durchschnittsrenditen der tarifbesteuerten festverzinslichen Wertpapiere (ohne Kassenobligationen und sonstige mittelfristige Papiere) insgesamt und nach Wertpapierarten.

(Berechnet in der Deutschen Bundesbank auf Grund der täglichen Kursnotierungen in den amtlichen Kursblättern in Verbindung mit den bei der Emissionsstatistik anfallenden Angaben wie Nominalverzinsung, Laufzeit und Umlaufbetrag.)

Veröffentlichungen:

Deutsche Bundesbank: Monatsberichte.

## **5. Börsenumsatzstatistik**

(StBRD Band 182 S. 73, lfd. Nr. VIII D 3)

Rechtsgrundlage:

Vereinbarungen mit den Börsen.

Periodizität:

Monatliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Börsen.

Berichtsweg:

Befragte — Deutsche Bundesbank.

Dargestellte Tatbestände:

Meßziffer der Nominalwerte und Durchschnittskurs der im offiziellen Börsenverkehr umgesetzten Wertpapiere

Veröffentlichungen:

Deutsche Bundesbank: Monatsberichte.

## **F. Sonstiges Geldwesen; Zahlungsschwierigkeiten**

### **1. Die Währungen der Welt**

(StBRD Band 182 S. 74, lfd. Nr. VIII E1)

Periodizität:

Vierteljährliche Zusammenstellung (nach dem Stand von Ende März, Juni, September und Dezember).

Dargestellte Tatbestände:

Amtliche Devisenkurse an der Frankfurter Börse (Stichtagskurse und Kursdurchschnitte).

An- und Verkaufskurse der europäischen Zentralbanken für den US-Dollar (gemäß Artikel 9 des Europäischen Währungsabkommens).

Errechnete Paritäten, Niedrigst- und Höchstkurse der multilateral gehandelten europäischen Währungen;

Währungsparitäten (Goldparitäten).

Im Ausland festgestellte Devisenkurse für US-Dollar (Pfund Sterling und Deutsche Mark) und errechnete DM-Vergleichswerte.

(Die Zusammenstellung erfolgt an Hand vorliegenden Materials in der Deutschen Bundesbank.)

Veröffentlichungen:

Deutsche Bundesbank: Die Währungen der Welt (vierteljährlich).

## **2. Statistik der Devisenkurse**

(StBRD Band 182 S. 74, lfd. Nr. VIII E2)

Periodizität:

Börsentägliche Zusammenstellung.

Dargestellte Tatbestände:

Amtliche Devisenkurse an der Frankfurter Börse.

(Die Zusammenstellung erfolgt an Hand vorliegenden Materials in der Deutschen Bundesbank.)

Veröffentlichungen:

Deutsche Bundesbank: Monatsberichte.

## **3. Statistik der Geld- und Zinssätze**

(StBRD Band 182 S. 74, lfd. Nr. VIII E3)

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Deutsche Bundesbank vom 26. Juli 1957 (BGBl. I S. 745).

Periodizität:

Für Tagesgeldsätze tägliche Zusammenstellung, für Geldmarktsätze wöchentliche Zusammenstellung, sonstige Zinssätze bei Veränderung.

Dargestellte Tatbestände:

Diskont- und Lombardsatz, Privatliskontsätze, Geldsätze am Frankfurter Geldmarkt, Soll- und Habenzinsen im Bundesgebiet einschließlich Berlin (West).

(Die Zusammenstellung erfolgt an Hand vorliegenden Materials in der Deutschen Bundesbank.)

Veröffentlichungen:

Deutsche Bundesbank: Monatsberichte.

## **4. Statistik der Ausgleichsforderungen**

(StBRD Band 182 S. 74, lfd. Nr. VIII E4)

Rechtsgrundlage:

Kreditinstitute: Gesetz über die Deutsche Bundesbank vom 26. Juli 1957 (BGBl. I S. 745), § 18.

Versicherungsunternehmen und Bausparkassen: Vereinbarungen.

Periodizität:

Gelegentliche Sondererhebungen mit monatlichen Fortschreibungen.

Kreis der Befragten:

Kreditinstitute, Bausparkassen, Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen.

Berichtsweg:

Befragte — Deutsche Bundesbank.

Dargestellte Tatbestände:

Ausgleichsforderungen der Bundesbank, der Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen und Bausparkassen nach Schuldern und Arten der Ausgleichsforderungen.

Veröffentlichungen:

Deutsche Bundesbank: Monatsberichte.

## **5. Statistik der Hypothekenbewegung**

(StBRD Band 182 S. 74, lfd. Nr. VIII E5)

Rechtsgrundlage:

Vereinbarungen mit den Ländern und Anordnungen der Länder.

Periodizität:

Halbjährliche Erfassung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Amtsgerichte.

Berichtsweg:

Befragte — StLÄ — StBA.

**Dargestellte Tatbestände:**

Eintragungen von Hypotheken, Grund- und Rentenschulden privater Gläubiger und Gläubiger im Ausland auf landwirtschaftlichen sowie auf sonstigen Grundstücken, jeweils nach Art der Grundstücksbelastung.

Eintragungen und Löschungen von Schiffshypotheken auf See- und Binnenschiffen nach Gläubigergruppen.

**Veröffentlichungen:**

WiSta 58/11; 59/11; 60/11; 61/11.

**Bemerkungen:**

Die Eintragungen der von Anstalten (Banken, Versicherungen und öffentlichen Stellen) gewährten Hypothekarkredite werden ab 1961 nicht mehr erfaßt. Auch die Löschungen von Grundpfandrechten werden ab 1961 nicht mehr ermittelt.

**6. Statistik der Konkurse und Vergleichsverfahren**

(StBRD Band 182 S. 74, lfd. Nr. VIII E 6)

**Rechtsgrundlage:**

Vereinbarungen mit den Ländern und Anordnungen der Länder.

**Periodizität:**

Monatliche (für finanzielle Ergebnisse jährliche) Erfassung; monatliche und jährliche Aufbereitung.

**Kreis der Befragten.**

Amtsgerichte.

**Berichtsweg:**

Befragte — StLÄ — StBA.\*

**Dargestellte Tatbestände:**

Monatlich und jährlich: Zahl der Konkurse und Vergleichsverfahren nach Wirtschaftszweigen, Rechtsform der Unternehmen und Höhe der voraussichtlichen Forderungen.

Jährlich: Voraussichtliche finanzielle Ergebnisse der Konkurse und Vergleichsverfahren nach Wirtschaftszweigen und Rechtsform der Unternehmen, Zahl der Konkurse und Vergleichsverfahren von Vertriebenen und Zugewanderten.

Fachliche Gliederung nach der »Systematik der Wirtschaftszweige (Ausgabe 1961)«.

**Veröffentlichungen:**

WiSta 58/2; 59/2; 60/2; 61/2; 62/2;

über finanzielle Ergebnisse: 58/5; 59/4; 60/4; 61/4; 62/5.

WiSta\* (monatlich).

Fachserie A, Reihe 4 (unregelmäßig).

Vorgesehen:

Fachserie I, Reihe 3.

**Bemerkungen:**

Außerdem werden im StBA monatlich Anzahl und Betrag der Wechselproteste zusammengestellt und im WiSta\* veröffentlicht.



## IX. Öffentliche Sozialleistungen; Versicherungen

### A. Sozialversicherung

#### 1. Statistik der Rentenversicherungen (Rentenversicherungen der Arbeiter und der Angestellten, knappschaftliche Rentenversicherung)

##### a) Vierteljahresstatistik der Rentenversicherungen (StBRD Band 182 S. 75, lfd. Nr. IX A 1 a)

Rechtsgrundlage:

Verwaltungsvorschriften des Bundes und der Länder.

Periodizität:

Vierteljährliche Berichterstattung und Zusammenstellung.

Kreis der Befragten:

I. Landesversicherungsanstalten; II. Sonderanstalten; III. Bundesversicherungsanstalt für Angestellte; IV. Knappschaften; V. Rentenrechnungsstellen der Deutschen Bundespost.

Berichtsweg:

Zu I: Befragte — Arbeitsministerien der Länder — Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Landesversicherungsanstalt Oldenburg-Bremen berichtet direkt an Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung); zu II: Befragte — Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung; zu III: Befragte — Bundesversicherungsamt — Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung; zu IV: Befragte — Arbeitsgemeinschaft der Knappschaften — Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung; zu V: Befragte — Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.

Dargestellte Tatbestände:

Rentenansprüche und ihre Erledigung, Rentenbestand, Einnahmen und Ausgaben. In der knappschaftlichen Rentenversicherung zusätzlich die Versicherten.

Veröffentlichungen:

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung:  
Arbeits- und Sozialstatistische Mitteilungen (vierteljährlich).

##### b) Jahresstatistik der Rentenversicherungen (StBRD Band 182 S. 75, lfd. Nr. IX A 1 b)

Rechtsgrundlage:

Reichsversicherungsordnung vom 15. Dezember 1924 (RGBl. I S. 779), § 1358, in Verbindung mit § 2 des Bundesversicherungsamtgesetzes (BVAG) vom 9. Mai 1956 (BGBl. I S. 415); Gesetz über die Errichtung der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte vom 7. August 1953 (BGBl. I S. 857), § 2 Abs. 2.

Periodizität:

Jährliche Berichterstattung und Zusammenstellung.

Kreis der Befragten:

I. Landesversicherungsanstalten; II. Sonderanstalten; III. Bundesversicherungsanstalt für Angestellte; IV. Knappschaften.

Berichtsweg:

Zu I: Befragte — Arbeitsministerien der Länder — Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Landesversicherungsanstalt Oldenburg-Bremen berichtet direkt an Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung); zu II: Befragte — Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung; zu III: Befragte — Bundesversicherungsamt — Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung; zu IV: Befragte — Arbeitsgemeinschaft der Knappschaften — Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.

Dargestellte Tatbestände:

Organisation, Rentenansprüche und Rentenbestand, Ursachen und Zusammensetzung des Rentenzugangs, Einnahmen und Ausgaben, Vermögen.

Veröffentlichungen:

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung:

Die Invalidenversicherung (1949 bis 1951; 1952 bis 1953; 1954 bis 1956).

Die Angestelltenversicherung (1949 bis 1952).

Die knappschaftliche Rentenversicherung (1949 bis 1951; 1952 und 1953; 1954 und 1955; 1956 und 1957).

##### c) Statistik der Betriebsmittel und der Vermögensanlagen in den Rentenversicherungen (StBRD Band 182 S. 75, lfd. Nr. IX A 1 c)

Rechtsgrundlage:

Verwaltungsvorschriften des Bundes und der Länder.

Periodizität:

Halbjährliche Berichterstattung und Zusammenstellung.

Kreis der Befragten:

Siehe lfd. Nr. 1 b.

Berichtsweg:

Siehe lfd. Nr. 1 b.

Dargestellte Tatbestände:

Bestand an Betriebsmitteln. Bestand an und Zugang von langfristigen Vermögensanlagen.

Veröffentlichungen:

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung:  
Arbeits- und Sozialstatistische Mitteilungen (halbjährlich).

#### 2. Statistik der sozialen Krankenversicherung

##### a) Monatsstatistik der sozialen Krankenversicherung (StBRD Band 182 S. 75, lfd. Nr. IX A 2 a)

Rechtsgrundlage:

Verwaltungsvorschriften über das Rechnungswesen bei den Trägern der sozialen Krankenversicherung vom 31. August 1956 (Bundesanzeiger Nr. 174 — Beilage), § 43.

Periodizität:

Monatliche Berichterstattung und Zusammenstellung.

Kreis der Befragten:

Gesetzliche Krankenkassen, und zwar: I. Knappschaftliche Krankenkassen; II. Betriebskrankenkassen der Bundesbahn, der Bundespost, des Bundesministeriums für Verkehr, See-Krankenkasse; III. Übrige Krankenkassen.

Berichtsweg:

Zu I: Befragte — Arbeitsgemeinschaft der Knappschaften — Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung; zu II: Befragte — Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung; zu III: Befragte — aufbereitende Stellen der Länder (StLA oder oberste Arbeitsbehörden der Länder) — Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.

Dargestellte Tatbestände:

Mitglieder, Kranke, Krankenstand, Krankenhausstand.

Veröffentlichungen:

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung:  
Arbeits- und Sozialstatistische Mitteilungen (monatlich).

##### b) Halbjahres- und Jahresrechnung der sozialen Krankenversicherung (StBRD Band 182 S. 75, lfd. Nr. IX A 2 b)

Rechtsgrundlage:

Verwaltungsvorschriften über das Rechnungswesen bei den Trägern der sozialen Krankenversicherung vom 31. August 1956 (Bundesanzeiger Nr. 174 — Beilage), § 41.

Periodizität:

Berichterstattung und Zusammenstellung für das erste Halbjahr jedes Geschäftsjahres und für das Geschäftsjahr.

Kreis der Befragten:

Siehe lfd. Nr. 2a.

Berichtsweg:

Siehe lfd. Nr. 2a.

Dargestellte Tatbestände:

Einnahmen und Ausgaben, Vermögen.

Veröffentlichungen:

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung:

Arbeits- und Sozialstatistische Mitteilungen (halbjährlich).

Sonderheft: Die soziale Krankenversicherung (jährlich).

Vorläufige Ergebnisse der Jahresrechnung in den »Arbeits- und Sozialstatistischen Mitteilungen«.

### c) Jährliche Geschäftsergebnisse der sozialen Krankenversicherung

(StBRD Band 182 S. 76, lfd. Nr. IX A 2 c)

Rechtsgrundlage:

Verwaltungsvorschriften über das Rechnungswesen bei den Trägern der sozialen Krankenversicherung vom 31. August 1956 (Bundesanzeiger Nr. 174 — Beilage), § 42.

Periodizität:

Jährliche Berichterstattung und Zusammenstellung.

Kreis der Befragten:

Siehe lfd. Nr. 2a.

Berichtsweg:

Siehe lfd. Nr. 2a.

Dargestellte Tatbestände:

Personal, Eigenbetriebe, Satzungsbestimmungen, Mitglieder, Leistungsfälle.

Veröffentlichungen:

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung:

Sonderheft: Die soziale Krankenversicherung (jährlich).

## 3. Statistik der gesetzlichen Unfallversicherung

### a) Halbjahresstatistik der gesetzlichen Unfallversicherung

(StBRD Band 182 S. 76, lfd. Nr. IX A 3 a)

Rechtsgrundlage:

Verwaltungsvorschriften des Bundes und der Länder.

Periodizität:

Halbjährliche Berichterstattung und Zusammenstellung.

Kreis der Befragten:

I. Gewerbliche Berufsgenossenschaften; II. Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften, Gemeindeunfallversicherungsverbände, Ausführungsbehörden.

Berichtsweg:

Zu I: Befragte — Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften — Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung; zu II: Befragte — Arbeitsministerien der Länder — Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Gartenbau-Berufsgenossenschaft, Ausführungsbehörden der Bundesbahn, der Bundespost und des Bundesministeriums für Verkehr sowie Bundesausführungsbehörde berichten direkt an Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung).

Dargestellte Tatbestände:

Versicherte, gemeldete und erstmals entschädigte Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten, Renten- und Krankengeldempfänger sowie Ausgaben.

Veröffentlichungen:

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung:

Arbeits- und Sozialstatistische Mitteilungen (halbjährlich).

### b) Geschäfts- und Rechnungsergebnisse der gesetzlichen Unfallversicherung

(StBRD Band 182 S. 76, lfd. Nr. IX A 3 b)

Rechtsgrundlage:

Reichsversicherungsordnung vom 15. Dezember 1924 (RGBl. I S. 779), § 721, in Verbindung mit § 2 des Bundesversicherungsamtgesetzes (BVAG) vom 9. Mai 1956 (BGBl. I S. 415).

Periodizität:

Jährliche Berichterstattung und Zusammenstellung.

Kreis der Befragten:

Siehe lfd. Nr. 3a.

Berichtsweg:

Siehe lfd. Nr. 3a.

Dargestellte Tatbestände:

Personal, Selbstverwaltungsorgane, Betriebe, Versicherte, Vollarbeiter, Entgelte, angezeigte und erstmals entschädigte Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten, Leistungsempfänger, Ausgaben und Einnahmen, Vermögen.

Veröffentlichungen:

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung:

Die gesetzliche Unfallversicherung (jährlich).

### c) Unfallstatistik der Träger der gesetzlichen Unfallversicherung

(StBRD Band 182 S. 76, lfd. Nr. IX A 3 c)

Rechtsgrundlage:

Verwaltungsvorschriften des Bundes und der Länder.

Periodizität:

Jährliche Berichterstattung und Zusammenstellung

Kreis der Befragten:

Siehe lfd. Nr. 3a.

Berichtsweg:

Siehe lfd. Nr. 3a.

Dargestellte Tatbestände:

Angezeigte, erstmals entschädigte sowie tödliche Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten nach den Gegenständen, an denen sich der Unfall ereignet hat, sowie nach den Tätigkeiten der Verletzten im Zeitpunkt des Unfalles und den Unfallvorgängen.

Veröffentlichungen:

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung:

Unfallstatistik der gesetzlichen Unfallversicherung — Hauptergebnisse — (in größeren Abständen).

## 4. Statistik der Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe

### a) Monats- und Halbjahresstatistik der Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe

(StBRD Band 182 S. 76, lfd. Nr. IX A 4 a)

Rechtsgrundlage:

Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (AVAVG) in der Fassung vom 3. April 1957 (BGBl. I S. 321), § 202.

Periodizität:

Monatliche und halbjährliche Berichterstattung und Zusammenstellung.

Kreis der Befragten:

Arbeitsämter.

Berichtsweg:

Befragte — Landesarbeitsämter — Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.

Dargestellte Tatbestände:

Monatlich: Bestand an Hauptbetragsempfängern, Anträge auf Arbeitslosengeld und auf Unterstützung aus der Arbeitslosenhilfe, Maßnahmen gegen mißbräuchliche Inanspruchnahme von Leistungen, getrennt nach Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe.

Halbjährlich: Hauptbetragsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe nach verschiedenen Merkmalen, z. B. nach dem Wochenarbeitsverdienst, nach Altersgruppen sowie Hauptbetragsempfänger in der Arbeitslosenhilfe nach der Dauer des Unterstützungsbezuges.

**Veröffentlichungen:**

Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung:  
Amtliche Nachrichten (monatlich bzw. halbjährlich).

**b) Statistik der Beitragszahler zur Arbeitslosenversicherung**  
(StBRD Band 182 S. 77, lfd. Nr. IX A 4 b)

**Rechtsgrundlage:**

Siehe lfd. Nr. 4a.

**Periodizität:**

Halbjährliche Berichterstattung und Zusammenstellung.

**Kreis der Befragten:**

Krankenkassen, die für die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung die Beiträge erheben.

**Berichtsweg:**

Befragte — Landesarbeitsämter — Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.

**Dargestellte Tatbestände:**

Beitragszahler und Beitragsbefreite.

**Veröffentlichungen:**

Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung:  
Amtliche Nachrichten (halbjährlich).

**c) Statistik der wertschaffenden Arbeitslosenhilfe**

(StBRD Band 182 S. 77, lfd. Nr. IX A 4 c)

**Rechtsgrundlage:**

Siehe lfd. Nr. 4a.

**Periodizität:**

Monatliche Berichterstattung und Zusammenstellung.

**Kreis der Befragten:**

Arbeitsämter.

**Berichtsweg:**

Befragte — Landesarbeitsämter — Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.

**Dargestellte Tatbestände:**

Notstandsarbeiter und Notstandsmaßnahmen nach der Art der Maßnahmen.

**Veröffentlichungen:**

Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung:  
Amtliche Nachrichten (monatlich).

**B. Kriegsofferversorgung, Lastenausgleich**

**1. Statistik der Kriegsofferversorgung**

**a) Vierteljahresstatistik über Versorgungsanträge und Versorgungsberechtigte**

(StBRD Band 182 S. 78, lfd. Nr. IX B 1 a)

**Rechtsgrundlage:**

Verwaltungsvorschriften des Bundes und der Länder.

**Periodizität:**

Vierteljährliche Berichterstattung und Zusammenstellung.

**Kreis der Befragten:**

Versorgungsämter.

**Berichtsweg:**

Befragte — Landesversorgungsämter — Arbeitsministerien der Länder — Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.

**Dargestellte Tatbestände:**

Versorgungsanträge und ihre Erledigung, anerkannte Versorgungsberechtigte (Bestand und Veränderungen).

**Veröffentlichungen:**

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung:  
Arbeits- und Sozialstatistische Mitteilungen (vierteljährlich).  
Bundesversorgungsblatt (vierteljährlich).

**b) Statistik der Auslandsversorgung**

(StBRD Band 182 S. 78, lfd. Nr. IX B 1 b)

**Rechtsgrundlage:**

Verwaltungsvorschriften des Bundes und der Länder.

**Periodizität:**

Halbjährliche, zum Teil nur jährliche Berichterstattung und Zusammenstellung.

**Kreis der Befragten:**

Versorgungsämter.

**Berichtsweg:**

Siehe lfd. Nr. 1a.

**Dargestellte Tatbestände:**

Anträge auf Auslandsversorgung, anerkannte Versorgungsberechtigte mit ständigem Wohnsitz im Ausland.

**Veröffentlichungen:**

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung:  
Bundesversorgungsblatt (halbjährlich bzw. jährlich).

**c) Jährliche Sondererhebung über Versorgungsberechtigte**

(StBRD Band 182 S. 78, lfd. Nr. IX B 1 c)

**Rechtsgrundlage:**

Verwaltungsvorschriften des Bundes und der Länder.

**Periodizität:**

Jährliche Berichterstattung und Zusammenstellung.

**Kreis der Befragten:**

Versorgungsämter.

**Berichtsweg:**

Siehe lfd. Nr. 1a.

**Dargestellte Tatbestände:**

Art und Höhe der Versorgungsbezüge, sonstige Rentenmerkmale (in größeren Zeitabständen gegliedert nach dem Altersaufbau der Versorgungsberechtigten).

**Veröffentlichungen:**

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung:  
Arbeits- und Sozialstatistische Mitteilungen (jährlich).

**d) Statistik der orthopädischen Versorgung der Kriegsbeschädigten**

(StBRD Band 182 S. 78, lfd. Nr. IX B 1 d)

**Rechtsgrundlage:**

Verwaltungsvorschriften des Bundes und der Länder.

**Periodizität:**

Jährliche Berichterstattung und Zusammenstellung.

**Kreis der Befragten:**

Orthopädische Versorgungsstellen.

**Berichtsweg:**

Siehe lfd. Nr. 1a.

**Dargestellte Tatbestände:**

Tätigkeit der orthopädischen Versorgungsstellen, Anträge, Bewilligungen.

Orthopädisch Versorgte nach Art der Beschädigung und nach den wichtigsten benutzten Hilfsmitteln.

**Veröffentlichungen:**

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung:  
Arbeits- und Sozialstatistische Mitteilungen (jährlich).  
Bundesversorgungsblatt (jährlich).

## 2. Statistik der Darlehen und Beihilfen für Kriegsgefangene, deren Angehörige sowie politische Häftlinge

### a) Statistik über die Gewährung von Darlehen und Beihilfen nach dem Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz und nach dem Häftlingshilfegesetz

Rechtsgrundlage:

Statistik-Rundschreiben Nr. 49 vom 7. Februar 1956 und Nr. 67 vom 18. Juni 1957.

Periodizität:

Halbjährliche Berichterstattung und Zusammenstellung (Stichtage: 30. Juni, 31. Dezember).

Kreis der Befragten:

Ausgleichsämter.

Berichtsweg:

Befragte — Landesausgleichsämter — Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte — Bundesausgleichsamt.

Dargestellte Tatbestände:

Zahl und Betrag der Darlehen zum Aufbau oder zur Sicherung der wirtschaftlichen Existenz oder zur Beschaffung von Wohnraum, Zahl und Betrag der Beihilfen zur Beschaffung von Hausrat. Empfänger, gegliedert nach ehemaligen Kriegsgefangenen und ehemaligen politischen Häftlingen.

Veröffentlichungen:

Bundesausgleichsamt:

Statistische Informationen (halbjährlich).

Amtliches Mitteilungsblatt (halbjährlich).

### b) Statistik der Unterhaltsbeihilfen für Angehörige von Kriegsgefangenen

(StBRD Band 182 S. 78, lfd. Nr. IX B 2)

Rechtsgrundlage:

Vereinbarungen mit den Ländern und Anordnungen der Länder.

Periodizität:

Jährliche Erfassung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Landesversorgungsämter.

Berichtsweg:

Befragte — StLA — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Empfänger von Unterhaltsbeihilfen. Parteien mit Personen und Aufwand nach zwei Personengruppen.

Veröffentlichungen:

StB VI/30 (vierteljährlich; für 1960 jährlich).

Bemerkungen:

Die Statistik ist ab Rechnungsjahr 1961 eingestellt.

## 3. Statistik über den Lastenausgleich

### a) Statistik der Schadensfeststellung und Hauptentschädigung

(StBRD Band 182 S. 78, lfd. Nr. IX B 3 a)

Rechtsgrundlage:

Statistik-Rundschreiben Nr. 78 vom 2. April 1959 (Mtbl. BAA S. 245).

Periodizität:

Monatliche Berichterstattung; monatliche, teilweise vierteljährliche Zusammenstellung.

Kreis der Befragten:

Ausgleichsämter.

Berichtsweg:

Befragte — Landesausgleichsämter — Bundesausgleichsamt (Aufbereitung von Ergebnissen über die Schadensfeststellungen vierteljährlich im StBA).

Dargestellte Tatbestände:

Eingang und Bearbeitungsstand der Anträge auf Schadensfeststellung nach Schadensgruppen (Vertreibungsschäden nach Heimatgebieten, Kriegssachschäden, Ostschäden), Anzahl und Betrag der Schadensfeststellungen nach Schadensgruppen und Vermögensarten (land- und forstwirtschaftliches Vermögen usw.) sowie der zuerkannten und erfüllten Ansprüche auf Hauptentschädigung nach Geschädigtengruppen. Erfüllung der Ansprüche, gegliedert nach Barerfüllung, nach Erfüllung durch Begründung von Spareinlagen und Schuldbuchforderungen sowie durch Verrechnung, nach Erfüllung durch Umwandlung von Darlehen und durch Anrechnung von Kriegsschadenrente.

Veröffentlichungen:

Bundesausgleichsamt:

Statistische Informationen (vierteljährlich).

Amtliches Mitteilungsblatt (vierteljährlich).

### b) Statistik der Kriegsschadenrente und der Beihilfen zum Lebensunterhalt

(StBRD Band 182 S. 79, lfd. Nr. IX B 3 b)

Rechtsgrundlage:

Statistik-Rundschreiben Nr. 69 vom 30. August 1957 (Mtbl. BAA S. 376).

Periodizität:

Vierteljährliche Berichterstattung und Zusammenstellung.

Kreis der Befragten:

Ausgleichsämter.

Berichtsweg:

Befragte — Landesausgleichsämter — Bundesausgleichsamt.

Dargestellte Tatbestände:

Stand der Antragsbearbeitung. Empfänger (Berechtigte) von Unterhaltshilfe, Entschädigungsrente und Beihilfen zum Lebensunterhalt nach Geschädigtengruppen.

Veröffentlichungen:

Bundesausgleichsamt:

Statistische Informationen (vierteljährlich).

Amtliches Mitteilungsblatt (vierteljährlich).

### c) Statistik der Hausratentschädigung und der Beihilfen zur Hausrathbeschaffung

(StBRD Band 182 S. 79, lfd. Nr. IX B 3 c)

Rechtsgrundlage:

Statistik-Rundschreiben Nr. 70 vom 30. November 1957 (Mtbl. BAA S. 477).

Periodizität:

Halbjährliche Berichterstattung und Zusammenstellung.

Kreis der Befragten:

Ausgleichsämter.

Berichtsweg:

Befragte — Landesausgleichsämter — Bundesausgleichsamt.

Dargestellte Tatbestände:

Bewilligte Anträge und Beträge nach 1., 2. und 3. Rate sowie nach den Schadensstufen I, II und III. Leistungsempfänger nach Geschädigtengruppen.

Veröffentlichungen:

Bundesausgleichsamt:

Statistische Informationen (halbjährlich).

Amtliches Mitteilungsblatt (halbjährlich).

### d) Statistik der Aufbaudarlehen (gewerbliche Wirtschaft und freie Berufe; Landwirtschaft; Wohnungsbau)

(StBRD Band 182 S. 79, lfd. Nr. IX B 3 d)

Rechtsgrundlage:

Statistik-Rundschreiben Nr. 66 vom 4. Juni 1957 (Mtbl. BAA S. 268), Nr. 72 vom 10. März 1958 (Mtbl. BAA S. 72), Nr. 85 vom 18. Mai 1960 (Mtbl. BAA S. 163).

**Periodizität:**

Halbjährliche, teilweise vierteljährliche Berichterstattung und Zusammenstellung.

**Kreis der Befragten:**

Ausgleichsämter.

**Berichtsweg:**

Befragte — Landesausgleichsämter — Bundesausgleichsamt.

**Dargestellte Tatbestände:**

Aufbaudarlehen nach Bestimmungszweck und Berufsgruppen der Empfänger, nach Größenklassen der übernommenen landwirtschaftlichen Betriebe, nach Zahl und Art der geförderten Wohnungen.

**Veröffentlichungen:**

Bundesausgleichsamt:

Statistische Informationen (halbjährlich, teilweise vierteljährlich).

Amtliches Mitteilungsblatt (halbjährlich, teilweise vierteljährlich).

**e) Statistik der Ausbildungshilfe**

(StBRD Band 182 S. 79, lfd. Nr. IX B 3 e)

**Rechtsgrundlage:**

Durchführungsbestimmungen zur Weisung über die Ausbildungshilfe vom 14. Juni 1957 (Mtbl. BAA S. 258).

**Periodizität:**

Halbjährliche Berichterstattung und Zusammenstellung (Stichtage: 30. Juni, 31. Dezember).

**Kreis der Befragten:**

Ausgleichsämter.

**Berichtsweg:**

Befragte — Landesausgleichsämter — Bundesausgleichsamt.

**Dargestellte Tatbestände:**

Anzahl und Betrag der bewilligten Ausbildungshilfen für Schüler an Mittelschulen und Höheren Schulen, Fach- und Berufsschulen, für Studierende an Hochschulen, für Akademiker im Vorbereitungsdienst, für Lehrlinge und Anlernlinge.

**Veröffentlichungen:**

Bundesausgleichsamt:

Statistische Informationen (halbjährlich).

Amtliches Mitteilungsblatt (halbjährlich).

**f) Statistik des Währungsausgleichs für Sparguthaben Vertriebener**

(StBRD Band 182 S. 79, lfd. Nr. IX B 3 f)

**Rechtsgrundlage:**

Statistik-Rundschreiben Nr. 20 vom 20. Januar 1954 und Nr. 38 vom 6. Mai 1955.

**Periodizität:**

Halbjährliche Berichterstattung und Zusammenstellung (Stichtage: 30. Juni, 31. Dezember).

**Kreis der Befragten:**

Ausgleichsämter.

**Berichtsweg:**

Befragte — Landesausgleichsämter — Bundesausgleichsamt

**Dargestellte Tatbestände:**

Anzahl und Kapital der bewilligten und erteilten Ausgleichsgutschriften.

**Veröffentlichungen:**

Bundesausgleichsamt:

Statistische Informationen (halbjährlich).

Amtliches Mitteilungsblatt (halbjährlich).

**g) Statistik über Darlehen zur Förderung von Heimen**

(StBRD Band 182 S. 79, lfd. Nr. IX B 3 g)

**Rechtsgrundlage:**

Statistik-Rundschreiben Nr. 36 vom 12. Januar 1955.

**Periodizität:**

Jährliche Berichterstattung und Zusammenstellung (Stichtag: 31. Dezember).

**Kreis der Befragten:**

Landesausgleichsämter.

**Berichtsweg:**

Befragte — Bundesausgleichsamt.

**Dargestellte Tatbestände:**

Mit Darlehen geförderte Heime und Einrichtungen der Wohlfahrtspflege (gegliedert nach Heimarten und Trägern der Heime). Schaffung von Plätzen für Geschädigte in Heimen. Gesamtkosten der Heime und hierfür aus dem Ausgleichsfonds gewährte Darlehen.

**Veröffentlichungen:**

Bundesausgleichsamt:

Statistische Informationen (jährlich).

Amtliches Mitteilungsblatt (jährlich).

**h) Statistik über die Tätigkeit der Heimatauskunftstellen und der Vororte**

(StBRD Band 182 S. 80, lfd. Nr. IX B 3 h)

**Rechtsgrundlage:**

Statistik-Rundschreiben Nr. 24 vom 28. April 1954, Nr. 32 vom 30. Dezember 1954, Nr. 62 vom 30. November 1956, Nr. 63 vom 16. Januar 1957, Nr. 77 vom 3. März 1959 und Nr. 94 vom 6. März 1962.

**Periodizität:**

Vierteljährliche Berichterstattung und Zusammenstellung.

**Kreis der Befragten:**

Heimatauskunftstellen.

**Berichtsweg:**

Befragte — Landesausgleichsämter — Bundesausgleichsamt.

**Dargestellte Tatbestände:**

Angemeldete Vertreibungs- und Ostschäden an land- und forstwirtschaftlichem Vermögen, Grundvermögen und Betriebsvermögen. Erstellte Gutachten.

**Veröffentlichungen:**

Bundesausgleichsamt:

Statistische Informationen (vierteljährlich).

Amtliches Mitteilungsblatt (vierteljährlich).

**i) Statistik zum Altspargergesetz**

(StBRD Band 182 S. 80, lfd. Nr. IX B 3 i)

**Rechtsgrundlage:**

Statistik-Rundschreiben Nr. 84 vom 18. Mai 1960 (Mtbl. BAA S. 162).

**Periodizität:**

Halbjährliche Berichterstattung und Zusammenstellung (Stichtage: 30. Juni, 31. Dezember).

**Kreis der Befragten:**

Ausgleichsämter.

**Berichtsweg:**

Befragte — Landesausgleichsämter — Bundesausgleichsamt.

**Dargestellte Tatbestände:**

Bearbeitung von Anträgen, die von den Geldinstituten den Ausgleichsämtern zur Entscheidung zugeleitet wurden. Bearbeitung der den Ausgleichsämtern unmittelbar eingereichten Anträge und der Fälle, in denen gegen die Entscheidung der Geldinstitute die Ausgleichsämter angerufen worden sind.

**Veröffentlichungen:**

Bundesausgleichsamt:

Statistische Informationen (halbjährlich).

Amtliches Mitteilungsblatt (halbjährlich).

## C. Fürsorge, sonstige Sozialleistungsstatistiken

### 1. Statistik der öffentlichen Fürsorge

(StBRD Band 182 S. 80, lfd. Nr. IX C1)

#### Rechtsgrundlage:

Verordnung über die Durchführung von Statistiken auf dem Gebiet der Fürsorge und der Jugendhilfe vom 24. März 1960 (Bundesanzeiger Nr. 60 S. 1). Abdruck im Anhang S. 246.

#### Periodizität:

Jährliche (bis einschließlich Rechnungsjahr 1957 vierteljährliche) Erhebung und Aufbereitung. Außerdem jährliche Zusatzstatistik.

#### Kreis der Befragten:

Rund 600 Bezirks- und Landesfürsorgeverbände bzw. Hauptfürsorgestellen

#### Berichtsweg:

Befragte — StLÄ — StBA.

#### Dargestellte Tatbestände:

Bestand und Veränderungen des Bestandes an laufend unterstützten Parteien und Personen nach der Art der Leistungen Ausgaben und Einnahmen der allgemeinen Fürsorge, der Fürsorge für Zugewanderte, der Tbc-Hilfe und der sozialen Fürsorge (gemäß dem 1. Überleitungsgesetz), gegliedert nach offener und geschlossener Fürsorge sowie nach Art der Leistungen: sonstige Leistungen der Fürsorgeverbände. Außerdem in der geschlossenen Fürsorge: Bestand und Veränderungen des Bestandes an untergebrachten Personen. Zahl der Verpflegungstage und Aufwand, gegliedert nach Art der Heime und Anstalten.

Jährliche Zusatzstatistik. Aufgliederung der Parteien und Personen oder der Aufwendungen nach Empfängergruppen und Leistungsarten. Für 1956 und 1957 wurde die Struktur der laufend Unterstützten der offenen Fürsorge (u. a. Familientyp, Unterstützengruppe, angerechnete Einkommen, Höhe der Unterstützung sowie — für 1956 — Altersgruppen) nachgewiesen. 1958/59 wurden die einmaligen Unterstützungen der offenen wirtschaftlichen Fürsorge (u. a. Unterstützungsfälle; Unterstützengruppen, Anlaß und Verwendungszweck der Unterstützungen), 1960/61 die Struktur der Anstaltsfürsorge (u. a. untergebrachte Personen, Zweck, Art und Dauer der Anstaltsfürsorge) erfaßt.

#### Veröffentlichungen:

WiSta 58/7, 11; 59/3, 10; 60/7, 11; 61/5, 8, 10

StB VI/28 (jährlich)

fortgesetzt in

Fachserie K, Reihe 1 (jährlich).

Fachserie A, Reihe 4 (unregelmäßig).

#### Bemerkungen:

Die jährliche Zusatzstatistik wird auf repräsentativer Grundlage durchgeführt. Für 1956 und 1957 wurden durch Zufallsauswahl (Kombinationen der Anfangsbuchstaben der Familiennamen) rund 10% der für September laufend unterstützten Parteien der offenen Fürsorge (einschließlich sozialer Fürsorge nach dem Bundesversorgungsgesetz sowie Tbc-Hilfe) erfaßt. Für 1958/59 wurden entsprechend 10% der in der Zeit vom 1. Oktober 1958 bis 30. September 1959 einmalig Unterstützten, für 1960/61 10% der Ende März 1960 in Anstaltsfürsorge untergebrachten Personen erfaßt. Siehe auch Übersicht auf S. 296.

### 2. Statistik der öffentlichen Jugendhilfe

(StBRD Band 182 S. 80, lfd. Nr. IX C2)

#### Rechtsgrundlage:

Verordnung über die Durchführung von Statistiken auf dem Gebiet der Fürsorge und der Jugendhilfe vom 24. März 1960 (Bundesanzeiger Nr. 60 S. 1). Abdruck im Anhang S. 246.

#### Periodizität:

Jährliche Erhebung und Aufbereitung.

#### Kreis der Befragten:

Rund 700 Jugendämter und Landesjugendämter bzw. Fürsorgeerziehungsbehörden.

#### Berichtsweg:

Befragte — StLÄ — StBA.

#### Dargestellte Tatbestände:

Tätigkeit der öffentlichen Organe in der Jugendhilfe; Pflegekinderschutz, Amtsvormundschaften, Vaterschaftsfeststellungen, Adoptionen, Gemeindewaisenrat, Schutzaufsicht und sonstige Betreuung gefährdeter Jugendlicher, Amtspflegeschäft bzw. Amtsbeistandschaft, Jugendgerichtshilfe, Bewährungshilfe, Nachweis der vorläufigen und endgültigen Fürsorgeerziehung und freiwilligen Erziehungshilfe sowie der Kosten hierfür. Bestand an Einrichtungen der Jugendhilfe und vorhandene Plätze.

#### Veröffentlichungen:

WiSta 58/12; 59/12; 60/12; 61/10.

StB VI/29 (jährlich)

fortgesetzt in

Fachserie K, Reihe 2 (jährlich).

#### Bemerkungen:

Im Rahmen dieser Statistik wurde auf Grund einer Vereinbarung mit den Ländern im Jahre 1955 (Stichtag 30. April 1955) eine einmalige Erhebung über die unter Vormundschaft stehenden unehelichen Kinder von Besatzungsangehörigen durchgeführt. Ergebnisse hierüber in WiSta 56/9 und StB VI/29/6.

Eine Darstellung der öffentlichen Jugendhilfe an Vertriebenen und Zugewanderten für die Jahre 1957 bis 1961 wird in Fachserie A, Reihe 4 erfolgen.

### 3. Statistik über die sozialen Verhältnisse der Renten- und Unterstützungsempfänger 1953/55

(StBRD Band 182 S. 80, lfd. Nr. IX C3)

#### Rechtsgrundlage:

Verordnung über die Durchführung einer einmaligen Statistik über die sozialen Verhältnisse der Renten- und Unterstützungsempfänger vom 12. August 1953 (Bundesanzeiger Nr. 156 S. 1). Für Teil 2 dieser Statistik (persönliche Befragung eines Teils der Sozialleistungsempfänger): Anordnung zum Vollzug des § 3 der Verordnung über die Durchführung einer einmaligen Statistik über die sozialen Verhältnisse der Renten- und Unterstützungsempfänger vom 31. Januar 1955 (Bundesanzeiger Nr. 23 S. 1).

#### Periodizität:

Teil 1 der Statistik wurde im September und Oktober 1953 (Stand September 1953), Teil 2 von März bis Mai 1955 (Stand Frühjahr 1955) durchgeführt.

#### Kreis der Befragten:

Teil 1: Sozialleistungsträger aller Art; Teil 2: Sozialleistungsempfänger.

Durch Teil 1 dieser Statistik wurden rund 4,5% aller Renten- und Unterstützungsfälle erfaßt (Empfänger, deren Familienname mit L beginnt). Bei Teil 2 wurden 20% der durch Teil 1 ermittelten rund 469 500 Sozialleistungsempfänger durch Interviewer befragt (Klumpenauswahlverfahren). Siehe auch Übersicht auf S. 296

#### Berichtsweg:

Befragte — StBA (zentrale Aufbereitung).

Die Interviewerauswahl sowie die organisatorische Vorbereitung und Durchführung der Interviewerunterweisungen oblag den StLÄ.

#### Dargestellte Tatbestände:

Teil 1:

Sozialleistungsfälle nach Art und Höhe der Renten und Unterstützungen. Einfluß von Familienzuschlägen, Kürzungsvorschriften und Alter der Empfänger auf die ausgezahlten Beträge. Zahl und Gruppierung der Sozialleistungsempfänger, Mehrfachbezug von Sozialleistungen, Schichtung der Sozialleistungsbeträge nach Fällen und Personen.

Teil 2:

Die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse von Haushaltungen, in denen Sozialleistungsempfänger leben (Einkommen nach Arten, Sonderbelastungen, Wohnverhältnisse, Bedeutung der Sozialleistungen im Rahmen des Gesamteinkommens).

#### Veröffentlichungen:

WiSta 54/12, 12\*, 55/2; 56/10.

StBRD Band 137 Heft 1 und 2.

#### 4. Statistik der Lager und Lagerinsassen 1955

(StBRD Band 182 S. 81, lfd. Nr. IX C 4)

##### Rechtsgrundlage:

Verordnung über eine einmalige Statistik der Lager und Lagerinsassen vom 14. Mai 1955 (Bundesanzeiger Nr. 95 S. 1).

##### Periodizität:

Die Statistik wurde einmalig nach dem Stand vom 30. Juni 1955 durchgeführt.

##### Kreis der Befragten:

Träger der Lager bzw. Lagerleitungen oder deren Beauftragte.

##### Berichtsweg:

Befragte — StLA — StBA.

##### Dargestellte Tatbestände:

###### Teil 1 (Lager):

Kriegsfolgenhilfe-(KFH)Lager einschließlich Notunterkünfte Ost mit mehr als 10 Insassen sowie andere kriegsbedingte Lager mit mehr als 20 Insassen: Art und Verwendungszweck der Lager; Art, Verwendung und baulicher Zustand der Gebäude; Zahl und Größe der Unterkunftsräume; Aufnahme-fähigkeit und Belegung nach bestimmten Personengruppen; Gebäude- und Grundstückseigentümer sowie Träger der Lager.

###### Teil 2 (Lagerinsassen):

Insassen der Kriegsfolgenhilfe-Lager sowie anderer kriegsbedingter Lager mit mehr als 20 Insassen und Dauerbelegung: Stellung im Haushalt, Alter, Familienstand und Geschlecht, Dauer des Lageraufenthalts, Zugehörigkeit zur Kriegsfolgenhilfe; Beruf der erwerbstätigen Lagerinsassen, Beruf und Dauer der Arbeitslosigkeit der arbeitslosen Lagerinsassen, Einkommensbezieher nach Haushaltsgröße, Einkommensgruppen in den Haushaltungen.

##### Veröffentlichungen:

WiSta 56/6, 10.  
StBRD Band 167.

### D. Privatversicherungen

#### 1. Statistik über die Vermögensanlagen der Versicherungsunternehmen

##### a) Vierteljahresstatistik über die Vermögensanlagen der größeren Versicherungsunternehmen

(StBRD Band 182 S. 81, lfd. Nr. IX D 1 a)

##### Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Beaufsichtigung der privaten Versicherungsunternehmen und Bausparkassen vom 6. Juni 1931 (RGBl. I S. 315), §§ 150 und 151.

##### Periodizität:

Vierteljährliche Erhebung und Aufbereitung mit jährlichen Ergänzungen

##### Kreis der Befragten:

Lebensversicherungsunternehmen, Pensionskassen, Rückversicherungsunternehmen sowie größere Sach- (einschließlich Haftpflicht- und Unfall-) versicherungsunternehmen mit rund 95% des Bestandes an Vermögensanlagen aller aufsichtspflichtigen Schäden- und Unfallversicherungsunternehmen

##### Berichtsweg:

Befragte — Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen (bei den unter Landesaufsicht stehenden Unternehmen über die Landesaufsichtsbehörden).

##### Dargestellte Tatbestände:

Stand und Entwicklung der Vermögensanlagen: vorläufige Angaben über Anfangs- und Endbestände in Grundstücken, Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen, Wertpapieren, Be-

teiligungen und Ausgleichsforderungen sowie über Zu- und Abgänge bei ausführlicher Gliederung des Zuganges nach Anlagearten: Neuausleihungen von Schuldscheinforderungen und Darlehen, gegliedert nach Wirtschaftszweigen.

Außerdem jährlich: regionale Gliederung von Darlehensbeständen, Darlehensbestände nach Laufzeiten (nur Lebensversicherungsunternehmen) sowie Aufteilung solcher Bestände, die vierteljährlich zusammengefaßt ausgewiesen werden.

##### Veröffentlichungen:

WiSta 59/6; 60/6; 61/6; 62/6.

Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen:

Veröffentlichungen (vierteljährlich).

Geschäftsbericht (jährlich).

Deutsche Bundesbank: Monatsberichte.

#### b) Jahresstatistik über die Vermögensanlagen der nicht zur »Vierteljahresstatistik« berichtenden Versicherungsunternehmen

(StBRD Band 182 S. 81, lfd. Nr. IX D 1 b)

##### Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 1 a.

##### Periodizität:

Jährliche Erhebung und Aufbereitung

##### Kreis der Befragten:

Versicherungsunternehmen, die nicht zur »Vierteljahresstatistik« (siehe lfd. Nr. 1 a) berichten.

##### Berichtsweg:

Befragte — Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen (bei den unter Landesaufsicht stehenden Unternehmen über die Landesaufsichtsbehörden).

##### Dargestellte Tatbestände:

Vermögensbestände nach Anlagearten, bei den Krankenversicherungsunternehmen und den Pensionskassen außerdem Bruttozugänge und Abgänge an Vermögensanlagen während des Geschäftsjahres.

##### Veröffentlichungen:

Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen:  
Geschäftsbericht (jährlich).

#### 2. Statistik der Lebensversicherung

##### a) Vierteljahresstatistik für die Lebensversicherung

(StBRD Band 182 S. 82, lfd. Nr. IX D 2 a)

##### Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Beaufsichtigung der privaten Versicherungsunternehmen und Bausparkassen vom 6. Juni 1931 (RGBl. I S. 315), §§ 150 und 151.

##### Periodizität:

Vierteljährliche Erhebung und Aufbereitung

##### Kreis der Befragten:

Lebensversicherungsunternehmen.

##### Berichtsweg:

Befragte — Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen (bei den unter Landesaufsicht stehenden Unternehmen über die Landesaufsichtsbehörden).

##### Dargestellte Tatbestände:

Geschäftsverlauf in der Lebensversicherung während des Berichtsvierteljahres: vorläufige Angaben über Beiträge, Nebenleistungen der Versicherungsnehmer, Zahlungen für Versicherungsfälle und Rückkäufe, Geldmittel, Bruttozugang und Abgang an Vermögensanlagen, Zu- und Abgang an selbstabgeschlossenen Kapital-Lebensversicherungen und Bestand an selbstabgeschlossenen sonstigen Lebensversicherungen; Verlauf des in Berlin (West) selbstabgeschlossenen Geschäftes — brutto —.

##### Veröffentlichungen:

Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen.  
Veröffentlichungen (vierteljährlich).  
Geschäftsbericht (jährlich).

**b) Nachweisung über den Bestand an Lebensversicherungen**  
(StBRD Band 182 S. 82, lfd. Nr. IX D 2b)

Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 2a.

Periodizität:

Jährliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Lebensversicherungsunternehmen.

Berichtsweg:

Befragte — Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen (bei den unter Landesaufsicht stehenden Unternehmen über die Landesaufsichtsbehörden).

Dargestellte Tatbestände:

Bestandsentwicklung in den einzelnen Zweigen der Lebensversicherung: Bestände am Anfang und am Ende des Geschäftsjahres sowie Zu- und Abgänge während des Geschäftsjahres nach Arten.

Veröffentlichungen:

Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen:  
Geschäftsbericht (jährlich).

**3. Statistische Nachweisung für Pensions- und Sterbekassen**

(StBRD Band 182 S. 82, lfd. Nr. IX D 3)

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Beaufsichtigung der privaten Versicherungsunternehmen und Bausparkassen vom 6. Juni 1931 (RGBl. I S. 315), §§ 150 und 151.

Periodizität:

Jährliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Pensions- und Sterbekassen.

Berichtsweg:

Befragte — Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen (bei den unter Landesaufsicht stehenden Kassen über die Landesaufsichtsbehörden).

Dargestellte Tatbestände:

Mitgliederbestand, Beitragseinnahmen, Zahlungen für Versicherungsfälle, Verwaltungskosten, Vermögenserträge, Gliederung des Vermögens.

Veröffentlichungen:

Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen:  
Geschäftsbericht (jährlich).

**4. Statistik der privaten Krankenversicherung**

**a) Vierteljahresbericht für die private Krankenversicherung**  
(StBRD Band 182 S. 82, lfd. Nr. IX D 4a)

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Beaufsichtigung der privaten Versicherungsunternehmen und Bausparkassen vom 6. Juni 1931 (RGBl. I S. 315), §§ 150 und 151.

Periodizität:

Vierteljährliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Krankenversicherungsunternehmen mit jährlich mehr als 75 000 DM Beitragseinnahme.

Berichtsweg:

Befragte — Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen (bei den unter Landesaufsicht stehenden Unternehmen über die Landesaufsichtsbehörden).

Dargestellte Tatbestände:

Geschäftsverlauf in der Krankenversicherung während des Berichtsvierteljahres: u. a. vorläufige Angaben über Beiträge und Zahlungen für Versicherungsfälle nach Versicherungsarten, über Vermögenserträge, Schadenbearbeitungs-, Ab-

schluß- und laufende Verwaltungskosten sowie über Geldmittel und Zahl der versicherten Personen am Ende der Berichtszeit.

Veröffentlichungen:

Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen:  
Geschäftsbericht (jährlich).

**b) Statistische Jahresnachweisung für die private Krankenversicherung**

(StBRD Band 182 S. 82, lfd. Nr. IX D 4b)

Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 4a.

Periodizität:

Jährliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Krankenversicherungsunternehmen mit jährlich mehr als 75 000 DM Beitragseinnahme.

Berichtsweg:

Befragte — Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen (bei den unter Landesaufsicht stehenden Unternehmen über die Landesaufsichtsbehörden).

Dargestellte Tatbestände:

Jahresergebnisse über den Geschäftsverlauf in der Krankenversicherung mit Angaben zu den unter der lfd. Nr. 4a genannten Tatbeständen; außerdem: Aufteilung der Versicherungsleistungen nach Leistungen an Männer, Frauen und Kinder sowie nach der Art der Leistungen.

Veröffentlichungen:

Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen:  
Geschäftsbericht (jährlich).

**5. Statistik der Schaden- und Unfallversicherung**

**a) Jahresstatistik der größeren Schaden- und Unfallversicherungsunternehmen**

(StBRD Band 182 S. 82, lfd. Nr. IX D 5a)

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Beaufsichtigung der privaten Versicherungsunternehmen und Bausparkassen vom 6. Juni 1931 (RGBl. I S. 315), §§ 150 und 151.

Periodizität:

Jährliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Größere Schaden- und Unfallversicherungsunternehmen einschließlich der Lebensversicherungsunternehmen, die Zweige der Schaden- und Unfallversicherung als Nebenzweige (z. B. Haftpflicht-, Unfall-, Kraftfahrversicherung) betreiben.

Berichtsweg:

Befragte — Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen (bei den unter Landesaufsicht stehenden Unternehmen über die Landesaufsichtsbehörden).

Dargestellte Tatbestände:

Schadenverlauf des selbstabgeschlossenen Geschäfts — brutto — (Beiträge, Versicherungsleistungen und Schadenquoten) nach Versicherungszweigen und Sparten; im Geschäftsjahr gezahlte und zurückgestellte Versicherungsleistungen für Versicherungsfälle aus Vorjahren; Bestand an Tierversicherungen nach Art der Versicherungen und der versicherten Tiere.

Veröffentlichungen:

Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen:  
Geschäftsbericht (jährlich).

**b) Jahresstatistik der unter Bundesaufsicht stehenden kleineren Schaden- und Unfallversicherungsvereine**

(StBRD Band 182 S. 83, lfd. Nr. IX D 5b)

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Beaufsichtigung der privaten Versicherungsunternehmen und Bausparkassen vom 6. Juni 1931 (RGBl. I S. 315), § 150.



Periodizität:

Jährliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Unter Bundesaufsicht stehende kleinere Schaden- und Unfallversicherungsvereine im Sinne von § 53 des vorstehend genannten Gesetzes.

Berichtsweg:

Befragte — Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen.

Dargestellte Tatbestände:

Bestände an Vermögensanlagen am Ende des Geschäftsjahres nach Anlagearten. Versicherungsbeiträge, Zahlungen und Rückstellungen für Versicherungsfälle, Bestand an Tierversicherungen nach Art der Versicherungen und der versicherten Tiere.

Veröffentlichungen:

Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen: Geschäftsbericht (jährlich).

## 6. Schadenursachenstatistik in der Tierlebensversicherung

(StBRD Band 182 S. 83, lfd. Nr. IX D 6)

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Beaufsichtigung der privaten Versicherungsunternehmen und Bausparkassen vom 6. Juni 1931 (RGBl. I S. 315), §§ 150 und 151.

Periodizität:

Jährliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Größere Tierversicherungsunternehmen.

Berichtsweg:

Befragte — Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen (bei einem unter Landesaufsicht stehenden Unternehmen über die Landesaufsichtsbehörde).

Dargestellte Tatbestände:

Zahl der Tiere, für die eine Entschädigung gezahlt wurde, nach Schadenursachen (Krankheitsbezeichnungen).

Veröffentlichungen:

Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen: Geschäftsbericht (jährlich).

## 7. Statistische Jahresnachweisung für die Rückversicherung

(StBRD Band 182 S. 83, lfd. Nr. IX D 7)

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Beaufsichtigung der privaten Versicherungsunternehmen und Bausparkassen vom 6. Juni 1931 (RGBl. I S. 315), § 150, in Verbindung mit der Verordnung über die Beaufsichtigung der inländischen privaten Rückversicherungsunternehmen vom 2. Dezember 1931 (RGBl. I S. 696).

Periodizität:

Jährliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Rückversicherungsunternehmen sowie Erstversicherungsunternehmen, die im Geschäftsjahr 1954 mehr als 1 Million DM Beitragseinnahmen (brutto) in der Rückversicherung erzielten.

Berichtsweg:

Befragte — Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen.

Dargestellte Tatbestände:

Beiträge, Versicherungsleistungen, Deckungsrückstellungen und Schadenrückstellungen.

Veröffentlichungen:

Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen: Geschäftsbericht (jährlich).

## 8. Jahresstatistik der unter Landesaufsicht stehenden kleineren Versicherungsvereine

(StBRD Band 182 S. 83, lfd. Nr. IX D 8)

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Beaufsichtigung der privaten Versicherungsunternehmen und Bausparkassen vom 6. Juni 1931 (RGBl. I S. 315), § 150.

Periodizität:

Bis 1959 jährliche, ab 1960 dreijährliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Unter Aufsicht der Landesaufsichtsbehörden stehende kleinere Versicherungsvereine nach § 53 des vorstehend genannten Gesetzes, und zwar: Pensions- und Sterbekassen sowie Kranken-, Schaden- und Unfallversicherungsvereine.

Berichtsweg:

Befragte — Landesaufsichtsbehörden — Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen.

Dargestellte Tatbestände:

Mitgliederbestand, Versicherungsbeiträge, Zahlungen für Versicherungsfälle, Vermögenswerte, Vermögenserträge sowie Anzahl der versicherten Tiere bei den Tierversicherungsvereinen.

Veröffentlichungen:

Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen: Geschäftsbericht (jährlich); jährliche Wiederholung der Ergebnisse bis zur neuen Erhebung; vgl. Periodizität.

## 9. Einzelergebnisse der Versicherungsunternehmen (aus dem Rechnungsabschluß)

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Beaufsichtigung der privaten Versicherungsunternehmen und Bausparkassen vom 6. Juni 1931 (RGBl. I S. 315), §§ 150 und 151; für Rückversicherungsunternehmen in Verbindung mit der Verordnung über die Beaufsichtigung der inländischen privaten Rückversicherungsunternehmen vom 2. Dezember 1931 (RGBl. I S. 696).

Periodizität:

Jährliche Erhebung und Aufbereitung (ab 1960 durchgeführt).

Kreis der Befragten:

Größere Lebens-, Kranken-, Schaden- und Unfall- sowie Rückversicherungsunternehmen.

Berichtsweg:

Befragte — Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen (bei den unter Landesaufsicht stehenden Unternehmen über die Landesaufsichtsbehörden).

Dargestellte Tatbestände:

Für Lebens-, Kranken-, Schaden- und Unfall- sowie Rückversicherungsunternehmen: Bilanzen, Vermögensanlagen (aufgegliedert), Beiträge, Leistungen für Versicherungsfälle.

Außerdem für Lebensversicherungsunternehmen: Rückkäufe, Versicherungsbestände (selbstabgeschlossenes Geschäft); für Schaden- und Unfallversicherungsunternehmen: Aufgliederung nach 19 Versicherungszweigen; für Rückversicherungsunternehmen: Brutto- und Nettobeiträge, Versicherungsleistungen für eigene Rechnung (aufgegliedert nach 7 Versicherungszweigen) sowie Schadenrückstellungen.

Veröffentlichungen:

Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen: Geschäftsbericht (jährlich).

## X. Finanzen und Steuern

### A. Finanzen von Bund, Ländern und Gemeinden

#### 1. Statistik der Bundes- und Länderfinanzen

##### a) Jährliche Rechnungsstatistik des Bundes und der Länder (StBRD Band 182 S. 84, lfd. Nr. X A 1 a)

###### Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Finanzstatistik vom 8. Juni 1960 (BGBl. I S. 322). Abdruck im Anhang S. 247.

###### Periodizität:

Jährlich nach Rechnungsabschluß erhoben und aufbereitet.

###### Kreis der Befragten:

Bundesministerium der Finanzen, Bundesausgleichsamt und Finanzministerien der Länder.

###### Berichtsweg:

Befragte — StBA. In Hamburg, Niedersachsen, Bremen, Hessen und Rheinland-Pfalz: Befragte — StLÄ — StBA.

###### Dargestellte Tatbestände:

Ausgaben und Einnahmen der Hoheitsverwaltungen. Ausgaben nach Arten (vermögensunwirksame: Personalausgaben, laufende Unterhaltung usw.; vermögenswirksame: Investitionen, Rücklagenbildung usw.). Einnahmen (spezielle Deckungsmittel) nach Arten (vermögensunwirksame: Gebühren, Entgelte, Strafen; vermögenswirksame: Schuldenaufnahmen, Rückflüsse von Darlehen, Entnahmen aus Rücklagen usw.) und Zuschußbedarf, jeweils gegliedert nach Verwaltungszweigen.

Zahlungsverkehr mit Gebietskörperschaften.

Allgemeine Deckungsmittel\* (Steuern, allgemeine Finanzzuweisungen, Erträge des Erwerbsvermögens) und Gesamtabschluß.

###### Veröffentlichungen:

StBRD Band 217 (1956), 237 (1957), 257 (1958)

fortgesetzt in:

Fachserie L, Reihe 1/II (jährlich).

Zusammenfassende Ergebnisse der Statistiken der Staats- und Gemeindefinanzen:

WiSta 59/5; 60/8.

StBRD Band 227 (1955 und 1956), 259 (1957 und 1958)

fortgesetzt in:

Fachserie L, Reihe 1/II (jährlich).

Außerdem Sonderbeiträge über:

Straßenwesen:

WiSta 59/6; 60/2, 5; 62/3.

StB VII/31/3 bis 6

fortgesetzt in:

Fachserie L, Reihe 5 (jährlich).

Wohnungsbau:

StB VII/45/2 (1948 bis 1956).

Schulen, Hochschulen:

WiSta 58/9; 59/9, 10; 61/2, 7, 8, 9.

Fachserie L, Reihe 5 (unregelmäßig).

Sozialwesen, Gesundheitswesen:

WiSta 60/9; 61/4; 62/4, 5.

StB VII/32/2

fortgesetzt in:

Fachserie L, Reihe 5 (unregelmäßig).

Rechtspflege, öffentliche Sicherheit und Ordnung:

WiSta 58/5; 59/5; 60/7, 62/4.

Forstwirtschaft:

WiSta 61/10.

Theater-, Spiel- und Wettunternehmen:

WiSta 59/3, 5; 60/4.

Personalausgaben:

WiSta 58/9; 59/9; 60/7, 7\*; 61/7, 7\*, 11, 11\*; 62/4.

Sonderuntersuchungen:

Aufgaben- und Lastenverteilung auf dem Gebiete des Schulwesens:

StBRD Band 235 (1952 bis 1957).

##### b) Berichtsdienst über die Haushaltseinnahmen und -ausgaben sowie die Kassenlage des Bundes (StBRD Band 182 S. 84, lfd. Nr. X A 1 c)

###### Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 1a.

###### Periodizität:

Monatliche Zusammenstellung, vierteljährliche Berichterstattung.

###### Dargestellte Tatbestände:

Einnahmen und Ausgaben nach Sachgebieten.

Einnahmen aus Steuern, Wirtschaftsunternehmen, Münzwesen, Anleihen; Verwaltungs- und andere Einnahmen, vorverfügte (durchlaufende) Mittel.

Ausgaben für Verteidigungslasten, Sozialleistungen, Bundeshilfe für Berlin, Subventionen, Vorratshaltung, Wohnungsbau und Siedlung.

Andere wichtige Maßnahmen der Wirtschaftsförderung usw. Kassenlage: Mehrausgaben, Mehreinnahmen, Salden der haushaltsmäßig nicht gebuchten Zahlungen, Kassenbestand der Bundeshauptkasse, schwebende Schuld.

###### Veröffentlichungen:

Fachserie L, Reihe 1/III (vierteljährlich).

Bundesanzeiger (vierteljährlich).

Bundesministerium der Finanzen: Ministerialblatt (vierteljährlich).

##### c) Berichtsdienst über die Haushaltseinnahmen und -ausgaben der Länder (StBRD Band 182 S. 84, lfd. Nr. X A 1 d)

###### Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 1a.

###### Periodizität:

Vierteljährliche Berichterstattung und Zusammenstellung.

###### Kreis der Befragten:

Finanzministerien der Länder.

###### Berichtsweg:

Befragte — Bundesministerium der Finanzen bzw. StBA.

###### Dargestellte Tatbestände:

Einnahmen aus Steuern und Zuweisungen sowie aus Vermögensbewegungen, sonstige Einnahmen.

Ausgaben: Zuweisungen und -Abführungen, Ausgaben für Vermögensbewegungen, sonstige Ausgaben.

###### Veröffentlichungen:

Fachserie L, Reihe 1/III (vierteljährlich).

Bundesanzeiger (vierteljährlich).

Bundesministerium der Finanzen: Ministerialblatt (vierteljährlich).

#### 2. Statistik der Gemeindefinanzen

##### a) Jährliche Rechnungsstatistik

(StBRD Band 182 S. 84, lfd. Nr. X A 2 a)

###### Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Finanzstatistik vom 8. Juni 1960 (BGBl. I S. 322). Abdruck im Anhang S. 247.

###### Periodizität:

Jährlich nach Rechnungsabschluß erhoben und aufbereitet

###### Kreis der Befragten:

Gemeinden und Gemeindeverbände (rund 26 000 Gebietskörperschaften).

Berichtsweg:

Befragte — StLÄ — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Ausgaben und Einnahmen der Kämmererverwaltungen.

Ausgaben nach Arten (siehe S. 110 lfd. Nr. 1), Einnahmen (spezielle Deckungsmittel) nach Arten (siehe lfd. Nr. 1) und Zuschußbedarf, jeweils gegliedert nach Verwaltungszweigen und zusammengefaßt nach Art der Gebietskörperschaften (kreisfreie Städte, kreisangehörige Gemeinden, Ämter, Landkreise, Bezirksverbände) oder Gemeindegrößenklassen.

Zahlungsverkehr mit Gebietskörperschaften.

Allgemeine Deckungsmittel (siehe lfd. Nr. 1) und Gesamtabschluß.

Veröffentlichungen:

WiSta 58/12; 61/6.

StBRD Band 216 (1956), 236 (1957), 256 (1958)

fortgesetzt in:

Fachserie L, Reihe 1/II (jährlich).

Außerdem Sonderbeiträge über:

Investitionen und Schulden:

WiSta 58/4; 59/7; 60/4.

Steuereinnahmen:

WiSta 61/4, 4\*.

Wirtschaftsunternehmen, Grund- und Kapitalvermögen:

WiSta 59/6.

Vgl. im übrigen die unter lfd. Nr. X A 1 a genannten Veröffentlichungen.

#### b) Vierteljahresstatistik der Gemeindefinanzen

(StBRD Band 182 S. 85, lfd. Nr. X A 2 b)

Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 2 a.

Periodizität:

Vierteljährliche Erhebung und Aufbereitung

Kreis der Befragten:

Gemeinden und Gemeindeverbände.

Berichtsweg:

Befragte — StLÄ — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Gemeinden und Gemeindeverbände:

Kassenmäßige Steuereinnahmen nach Arten (vgl. Ausführungen unter lfd. Nr. X B 1 b); Allgemeine Finanzzuweisungen und Umlagen (zusammengefaßt nach Art der Gebietskörperschaften, wie lfd. Nr. 2 a).

Kreisfreie Städte, kreisangehörige Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern sowie Gemeindeverbände (ohne Ämter):

Bauinvestitionen (gegliedert nach Schulen, Krankenhäusern, Wohnungsbau, Straßenbau, Stadtentwässerung, sonstigen öffentlichen Einrichtungen, Wirtschaftsunternehmen);

Stand und Bewegung der Neuverschuldung (seit dem 21. Juni 1948 aufgenommene Inlandschulden) nach Art der Schulden.

Veröffentlichungen:

StB VII/41

fortgesetzt in:

Fachserie L, Reihe 1/IV (jährlich).

StB VII/42

fortgesetzt in:

Fachserie L, Reihe 1/III (vierteljährlich).

### 3. Statistik der Schulden von Bund, Ländern und Gemeinden (Gemeindeverbänden)

#### a) Statistik der Bundes- und Länderschulden

(StBRD Band 182 S. 85, lfd. Nr. X A 3 a)

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Finanzstatistik vom 8. Juni 1960 (BGBl. I S. 322). Abdruck im Anhang S. 247.

Periodizität:

Jährliche Erhebung (Stichtag bis Rechnungsjahr 1959/60: 31. März, ab Jahresende 1960: 31. Dezember) und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Bundesministerium der Finanzen, Bundesausgleichsamt, Finanzministerien der Länder.

Berichtsweg:

Befragte — StBA; in Hamburg und Bremen: Finanzsenatoren — StLÄ — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Schulden von Bund, Lastenausgleichsfonds und Ländern.

Inlandschulden, getrennt nach Altverschuldung (bis zum 20. Juni 1948) und Neuverschuldung (seit 21. Juni 1948), gegliedert nach Art der Schulden; Auslandsschulden, Bürgschaften, Zahlungsrückstände.

Veröffentlichungen:

WiSta 58/9, 9\*; 59/9, 9\*; 60/8, 8\*; 61/5, 5\*; 62/5, 5\*.

StBRD Band 215 (1958), 234 (1959), 254 (1960)

fortgesetzt in:

Fachserie L, Reihe 3/I (jährlich).

#### b) Berichtsdienst über den Schuldenstand des Bundes

Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 3 a.

Periodizität:

Vierteljährliche Zusammenstellung.

Dargestellte Tatbestände:

Schuldenstand des Bundes, unterschieden nach fundierter und schwebender Schuld, auf Deutsche Mark und auf ausländische Währung lautende Schuld.

Veröffentlichungen:

Bundesanzeiger (vierteljährlich).

Bundesministerium der Finanzen: Ministerialblatt (vierteljährlich).

#### c) Berichtsdienst über den Schuldenstand der Länder

(StBRD Band 182 S. 85, lfd. Nr. X A 3 b)

Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 3 a.

Periodizität:

Vierteljährliche Berichterstattung und Zusammenstellung.

Kreis der Befragten:

Finanzministerien der Länder.

Berichtsweg:

Befragte — Bundesministerium der Finanzen.

Dargestellte Tatbestände:

Schuldenstand der Länder nach Auslandsschulden, Verpflichtungen aus Ausgleichsforderungen; andere bis zur Währungsumstellung entstandene Inlandschulden; nach der Währungsumstellung entstandene, im Haushalt rechnerisch vereinnahmte Inlandschulden, schwebende Schuld.

Veröffentlichungen:

Bundesanzeiger (vierteljährlich).

Bundesministerium der Finanzen: Ministerialblatt (vierteljährlich).

#### d) Statistik der Gemeindeschulden

(StBRD Band 182 S. 85, lfd. Nr. X A 3 c)

Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 3 a.

Periodizität:

Jährliche Erhebung (Stichtag bis Rechnungsjahr 1959/60: 31. März, ab Jahresende 1960: 31. Dezember) und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Gemeinden und Gemeindeverbände.

Berichtsweg:

Befragte — StLÄ — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände.

Inlandschulden, getrennt nach Altverschuldung (siehe lfd. Nr. 3a) und Neuverschuldung (siehe lfd. Nr. 3a); Auslandschulden, gegliedert nach Art der Schulden; Zusatzangaben über Annuitäten, Laufzeit, Verwendungszweck (wichtigste Verwaltungszweige), innere Verschuldung, Bürgschaften; jeweils zusammengefaßt nach Art der Gebietskörperschaften (siehe lfd. Nr. 2a).

Zinsbedingungen und Fälligkeit in mehrjährigen Abständen.

Veröffentlichungen:

WiSta 58/9, 9\*; 59/9, 9\*; 60/8, 8\*; 61/5, 5\*; 62/5, 5\*.

StBRD Band 215 (1958), 234 (1959), 254 (1960)

fortgesetzt in:

Fachserie L, Reihe 3/I (jährlich).

Bemerkungen:

Vierteljährliche Statistik (siehe lfd. Nr. 2b).

#### 4. Statistik der Haushaltsansätze

##### a) Statistik der Haushaltsansätze des Bundes und der Länder

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Finanzstatistik vom 8. Juni 1960 (BGBl. I S. 322). Abdruck im Anhang S. 247.

Periodizität:

Jährlich.

Kreis der Befragten:

Bund und Länder.

Berichtsweg:

Befragte — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Für Hauptaufgabenbereiche:

Einnahmen des ordentlichen und außerordentlichen Haushalts, darunter Zuweisungen und Zuschüsse sowie Schuldenaufnahmen und Darlehensrückflüsse; Ausgaben des ordentlichen und außerordentlichen Haushalts, darunter Ausgaben für Bauten und größere Instandsetzungen, Darlehen an Dritte sowie Zahlungen an Gebietskörperschaften;

Einnahmen insgesamt und gegliedert nach Steuerarten, sonstigen fortdauernden sowie einmaligen Einnahmen; Ausgaben insgesamt und gegliedert nach fortdauernden sowie allgemeinen und einmaligen Ausgaben.

Veröffentlichungen:

Fachserie L, Reihe 1/I (jährlich).

##### b) Statistik der Haushaltsansätze der Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern und der Gemeindeverbände

Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 4a.

Periodizität:

Jährlich.

Kreis der Befragten:

Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern und Gemeindeverbände.

Berichtsweg:

Befragte — StLÄ — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Jeweils gesondert für den ordentlichen und außerordentlichen Haushalt:

Einnahmen und Ausgaben nach wichtigen Einnahme- und Ausgabearten sowie nach Einzelplänen bzw. Verwaltungszweigen.

Veröffentlichungen:

Fachserie L, Reihe 1/I (jährlich).

#### 5. Statistik des Vermögens der öffentlichen Hand

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Finanzstatistik vom 8. Juni 1960 (BGBl. I S. 322). Abdruck im Anhang S. 247.

Vorgesehen:

Es sollen in fünfjährigen Abständen Bestandshebungen über das Vermögen durchgeführt werden. In der dazwischenliegenden Zeit ist vorgesehen, lediglich die Vermögenszu- sowie -abgänge zwecks Fortschreibung der Bestandszahlen zu erfragen.

Veröffentlichungen:

Vorgesehen:

Fachserie L, Reihe 3/II (jährlich).

#### 6. Statistik des Personalstandes von Bund, Ländern und Gemeinden (Gemeindeverbänden)

##### a) Jährliche Personalstandstatistik

(StBRD Band 182 S. 86, lfd. Nr. X A 4a)

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Finanzstatistik vom 8. Juni 1960 (BGBl. I S. 322). Abdruck im Anhang S. 247.

Periodizität:

Jährliche Erhebung (Stichtag 2. Oktober) und Aufbereitung; in jedem 3. Jahr mit erweiterter Fragestellung.

Kreis der Befragten:

Gebietskörperschaften einschließlich deren Wirtschaftsunternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit; Bundesbahn und Bundespost; außerdem juristische Personen des öffentlichen Rechts, die der unmittelbaren Aufsicht eines Bundesministeriums unterstehen.

Berichtsweg:

Bund: Befragte — StBA.

Länder und Gemeinden: Befragte — StLÄ — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

In jedem dritten Jahr (erstmalig für 1960): Personalstand der Hoheits- und Kammereiverwaltungen, Wirtschaftsunternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit, Bundesbahn und Bundespost nach Aufgabenbereichen, Geschlecht, Dienstverhältnis, Laufbahngruppe, Vertriebenen(-Flüchtlings)-eigenschaft, gegliedert nach Art der Körperschaften bzw. Unternehmen.

Sonderzusammenfassungen für einzelne Personalgruppen wie Ärzte, Lehrpersonen, im Ausbildungsverhältnis Stehende.

In den dazwischenliegenden Jahren: Personalstand im gleichen Erhebungsbereich nach dem Dienstverhältnis in der Gliederung für den staatlichen Bereich nach Aufgabenbereichen, für den kommunalen Bereich nach Art der Körperschaften und Gemeindegrößenklassen.

Veröffentlichungen:

WiSta 58/9; 59/1; 60/6, 6\*; 61/1, 1\*, 5, 5\*, 6, 6\*; 62/1, 1\*, 4, 4\*, 5, 5\*.

StBRD Band 221 (1957)

fortgesetzt in:

Fachserie L, Reihe 4 (jährlich);

Fachserie A, Reihe 4 (unregelmäßig).

Bemerkungen:

Die unter Artikel 131 GG fallenden Personen wurden einmalig durch eine besondere statistische Erhebung im Jahre 1950 erfaßt.

##### b) Personalstrukturerhebung

(StBRD Band 182 S. 86, lfd. Nr. X A 4b)

Rechtsgrundlage:

Für 1950: Vereinbarungen mit den Ländern und Anordnungen der Länder.

Für die nächste Erhebung: in Vorbereitung.

Periodizität:

In mehrjährigen Abständen, zuletzt mit Stichtag 2. September 1950, durchgeführt.

#### Kreis der Befragten:

Gebietskörperschaften einschließlich deren Wirtschaftsunternehmen; Bundesbahn, Bundespost; sonstige Körperschaften des öffentlichen Rechts (siehe »Dargestellte Tatbestände«).

#### Berichtsweg:

Bund: Befragte — StBA.

Länder und Gemeinden: Befragte — StLÄ — StBA.

#### Dargestellte Tatbestände:

Personal der Hoheits- und Kammereiverwaltungen von Bund, Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden; Lehrpersonen an staatlichen und gemeindlichen Schulen; Personal der Wirtschaftsunternehmen. (Jeweils gegliedert nach Verwaltungszweigen, Arten der Unternehmen, Anstellungs- bzw. Dienstverhältnissen, Laufbahnen und Besoldungs- bzw. Vergütungsgruppen.)

Personal der Bundesbahn und Bundespost. Personal von juristischen Personen des öffentlichen Rechts (Anstalten usw.), die der Aufsicht einer Gebietskörperschaft unterstehen.

Im öffentlichen Dienst beschäftigte Vertriebene, Zugewanderte, Heimkehrer, Schwerbeschädigte und Personen, die unter das Gesetz zum Artikel 131 GG fallen.

Personal der Gemeinden und Gemeindeverbände nach Art der Gebietskörperschaften (kreisfreie Städte, Landkreise, kreisangehörige Gemeinden, Bezirksverbände) und nach Gemeindegrößenklassen.

#### Veröffentlichungen:

WiSta 51/7, 12.

StBRD Band 55.

#### Bemerkungen:

Siehe »Bemerkungen« bei lfd. Nr. 6a.

### B. Steuern

#### 1. Kassenmäßige Einnahmen aus Staats- und Kommunalsteuern

(einschließlich Zölle und Lastenausgleichsabgaben)

(StBRD Band 182 S. 84 und 85, lfd. Nr. X A 1 b und 2 b)

##### a) Berichtsdienst über Staatssteuern

#### Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Finanzstatistik vom 8. Juni 1960 (BGBl. I S. 322). Abdruck im Anhang S. 247.

#### Periodizität:

Monatliche Berichterstattung und Zusammenstellung.

#### Kreis der Befragten:

Oberfinanzdirektionen (»reine« Bundessteuern), Finanzministerien der Länder (Ländersteuern einschließlich Bundesanteil an der Einkommen- und Körperschaftsteuer).

#### Berichtsweg:

Befragte — Bundesministerium der Finanzen.

#### Dargestellte Tatbestände:

Kassenmäßige Steuereinnahmen in den Ländern, gegliedert nach Besitz- und Verkehrsteuern, Umsatz- und Umsatzausgleichsteuern, Zöllen und Verbrauchsteuern; aufgeteilt nach Steuereinnahmen des Bundes und der Länder.

#### Veröffentlichungen:

WiSta\* (monatlich).

Fachserie L, Reihe 2 (vierteljährlich).

Bundesanzeiger.

Bulletin der Bundesregierung.

Bundesministerium der Finanzen:

Ministerialblatt des Bundesministers der Finanzen.

##### b) Vierteljahresstatistik der Kommunalsteuern

#### Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 1a.

#### Periodizität:

Vierteljährliche Erhebung und Aufbereitung (Gemeinden mit weniger als 1000 Einwohnern halbjährlich erhoben, für die dazwischenliegenden Vierteljahre geschätzt).

#### Kreis der Befragten:

Gemeinden und Gemeindeverbände (rund 26 000 Gebietskörperschaften).

#### Berichtsweg:

Befragte — StLÄ — StBA.

#### Dargestellte Tatbestände:

Kassenmäßige Steuereinnahmen nach Arten.

#### Veröffentlichungen:

WiSta\* (vierteljährlich).

StB VII/41

fortgesetzt in:

Fachserie L, Reihe 2 (vierteljährlich).

#### 2. Realsteuervergleich

(StBRD Band 182 S. 85, lfd. Nr. X A 2 b)

#### Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Finanzstatistik vom 8. Juni 1960 (BGBl. I S. 322). Abdruck im Anhang S. 247.

#### Periodizität:

Jährliche Erhebung und Aufbereitung.

#### Kreis der Befragten:

Gemeinden (rund 25 000 Gebietskörperschaften).

#### Berichtsweg:

Befragte — StLÄ — StBA.

#### Dargestellte Tatbestände:

Ist-Aufkommen an Realsteuern, Grundbeträge und gewogene Durchschnittshebesätze der Gemeinden sowie Streuung der effektiven Realsteuerhebesätze nach Ländern und Gemeindegrößenklassen.

Realsteuerkraft der einzelnen kreisfreien Städte und der nach einzelnen Landkreisen zusammengefaßten kreisangehörigen Gemeinden.

#### Veröffentlichungen:

StB VII/43

fortgesetzt in:

Fachserie L, Reihe 9 (jährlich).

#### 3. Lohnsteuerstatistik 1957 und 1961

(StBRD Band 182 S. 87, lfd. Nr. X B 1)

#### Rechtsgrundlage:

Für 1957: Verordnung über die Durchführung einer Lohnsteuerstatistik für das Kalenderjahr 1957 vom 4. Juli 1958 (Bundesanzeiger Nr. 128 S. 1). Abdruck im Anhang S. 251. Für 1961: Koordinierungsvereinbarung des Bundes und der Länder (Anlage zum Schreiben des Bundesministers der Finanzen vom 29. August 1961 — Vw/2 — 1422 — 73/61).

#### Periodizität:

In unregelmäßigen Abständen, zuletzt für 1957, durchgeführt; für 1961 in Vorbereitung.

#### Kreis der Befragten:

Die Statistik wird an Hand der Lohnsteuerbelege (Lohnsteuerkarten und Lohnsteuerüberweisungsblätter) durchgeführt, die den StLÄ von den Finanzämtern zur Verfügung gestellt werden.

#### Berichtsweg:

Finanzämter — StLÄ — StBA.

Für 1957 wurden die Lohnsteuerbelege der Lohnsteuerpflichtigen mit einem Bruttolohn von weniger als 16 000 DM (für 1961: von weniger als 20 000 DM) mit einem durchschnittlichen Auswahlsatz von 1,3 % (für 1961: höchstens durchschnittlich 1,5 %) aufbereitet. Die Belege der übrigen Lohnsteuerpflichtigen wurden 1957 total aufbereitet; für 1961 ist gegebenenfalls teilweise repräsentative Aufbereitung vorgesehen.

#### Dargestellte Tatbestände:

Für 1957:

Lohnsteuerpflichtige, Brutto-lohn und Lohnsteuer nach Bruttolohngruppen, Steuerklassen, Geschlecht und Beschäftigungsdauer. Zusätzliche steuerfreie Abzugsbeträge.

Für 1961 außerdem vorgesehen:

Lohnsteuerpflichtige nach der Religionszugehörigkeit, weibliche Lohnsteuerpflichtige aus den Steuerklassen II, III und IV nach Bruttolohngruppen; Lohnsteuerpflichtige mit Lohnsteuerjahresausgleich.

Veröffentlichungen:

WiSta 59/8.

StBRD Band 230 (1955 und 1957)

fortgesetzt in:

Fachserie L, Reihe 6/II (unregelmäßig).

#### 4. Einkommensteuerstatistik 1957 und 1961

(StBRD Band 182 S. 87, lfd. Nr. X B 2)

Rechtsgrundlage:

Für 1957: Verordnung über die Durchführung einer Statistik der veranlagten Einkommensteuer und der veranlagten Körperschaftsteuer für das Kalenderjahr 1957 vom 4. Juli 1958 (Bundesanzeiger Nr. 128 S. 1). Abdruck im Anhang S. 252.

Für 1961: Koordinierungsvereinbarung des Bundes und der Länder (Anlage zum Schreiben des Bundesministers der Finanzen vom 29. August 1961 — Vw/2 — 1422 — 73/61).

Periodizität:

In unregelmäßigen Abständen, zuletzt für 1957 durchgeführt; für 1961 in Vorbereitung.

Kreis der Befragten:

Die Statistik wird an Hand von Durchschriften der Einkommensteuerbescheide durchgeführt, die den StLÄ von den Finanzämtern zur Verfügung gestellt werden.

Berichtsweg:

Finanzämter — StLÄ — StBA.

Für 1957 wurde die Statistik teilweise repräsentativ nach dem Stichprobenverfahren aufbereitet, wobei die Zähl-papiere für die Steuerpflichtigen mit Einkommen von weniger als 16 000 DM mit einem durchschnittlichen Auswahl-satz von 12% einbezogen wurden. Die Belege der übrigen Einkommensteuerpflichtigen wurden total, in der Einkommensgruppe von 16 000 bis 25 000 DM teilweise auch repräsentativ aufbereitet.

Bei der Einkommensteuerstatistik 1961 werden die Belege total aufbereitet.

Dargestellte Tatbestände:

Für 1957:

Gliederung der veranlagten Einkommensteuerpflichtigen, des Einkommens und der Steuerschuld nach Einkommensgruppen und Steuerklassen. Gliederung der veranlagten Lohnsteuerpflichtigen, des Brutto-lohns, der einbehaltenen Lohnsteuer, des Gesamtbetrags der Einkünfte, des Einkommens und der Steuerschuld nach Bruttolohngruppen. Gesamtbeträge für die einzelnen Einkunftsarten, ausgeglichene Verluste, Gesamtbetrag der Einkünfte, Sonderausgaben, steuerbares Einkommen und Sondervergünstigungen.

Für 1961 vorgesehen:

Unbeschränkt Einkommensteuerpflichtige (teilweise gegliedert nach Steuerbelasteten und Nichtsteuerbelasteten):

Nach Größenklassen des Einkommens: Einkünfte, Einkommen, Steuerschuld.

Nach Größenklassen des Gesamtbetrags der Einkünfte: Einkünfte, Einkommen und Steuerschuld der Steuerpflichtigen, gegliedert nach der überwiegenden Einkunftsart und der Zahl der Kinder, für die Kinderfreibeträge gewährt wurden; ausgeglichene Verluste; Sonderausgaben; Sondervergünstigungen und Aufwendungen besonderer Art; Entwicklung des zu versteuernden Einkommensbetrags aus dem Einkommen; Kirchen- und Kirchenlohnsteuer nach der Religionszugehörigkeit der Steuerpflichtigen; veranlagte Lohnsteuerpflichtige, gegliedert nach der Zahl der Kinder, für die Kinderfreibeträge gewährt wurden.

Nach Größenklassen des zu versteuernden Einkommensbetrags: Einkommen und Steuerschuld, gegliedert nach der

Zahl der Kinder, für die Kinderfreibeträge gewährt wurden. Sonderausgliederung der Steuerpflichtigen mit Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft, der Steuerpflichtigen mit Einkünften und Verlusten aus Gewerbebetrieb und einiger freier Berufe. Fachliche Gliederung gemäß dem »Systematischen Verzeichnis der Unternehmen (für die Steuerstatistiken)« — siehe auch Übersicht auf S. 270.

Veranlagte unbeschränkt Lohnsteuerpflichtige:

Nach Bruttolohngruppen: Brutto-lohn, Einkünfte, Einkommen und Einkommensteuerschuld.

Absetzungen für Abnutzung und Substanzverringerung sowie Spesenabzug der Steuerpflichtigen mit Einkommen; Verlustfälle.

Veröffentlichungen:

WiSta 61/3.

FSt Reihe 6/I (1954 und 1957)

wird fortgesetzt in:

Fachserie L, Reihe 6/I (unregelmäßig).

#### 5. Körperschaftsteuerstatistik 1957 und 1961

(StBRD Band 182 S. 87, lfd. Nr. X B 3)

Rechtsgrundlage:

Für 1957: Verordnung über die Durchführung einer Statistik der veranlagten Einkommensteuer und der veranlagten Körperschaftsteuer für das Kalenderjahr 1957 vom 4. Juli 1958 (Bundesanzeiger Nr. 128 S. 1). Abdruck im Anhang S. 252.

Für 1961: Koordinierungsvereinbarung des Bundes und der Länder (Anlage zum Schreiben des Bundesministers der Finanzen vom 29. August 1961 — Vw/2 — 1422 — 73/61).

Periodizität:

In unregelmäßigen Abständen, zuletzt für 1957 durchgeführt; für 1961 in Vorbereitung.

Kreis der Befragten:

Die Statistik wird an Hand von Durchschriften der Körperschaftsteuerbescheide durchgeführt, die den StLÄ von den Finanzämtern zur Verfügung gestellt werden.

Berichtsweg:

Finanzämter — StLÄ — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Für 1957:

Unbeschränkt Körperschaftsteuerpflichtige:

Einkommen und Steuerschuld nach Einkommensgruppen und Körperschaftsarten. Zuschläge zum und Abzüge vom Bilanzgewinn(-verlust). Sondervergünstigungen und Aufwendungen besonderer Art nach Körperschaftsarten. Zu versteuerndes Einkommen und Steuerschuld nach Steuersätzen. Inlandseinkommen und Steuerschuld der beschränkt Steuerpflichtigen nach Einkommensgruppen.

Für 1961 vorgesehen:

Unbeschränkt Körperschaftsteuerpflichtige:

Einkünfte, Einkommen und Steuerschuld nach Körperschaftsarten, gegliedert nach Größenklassen des Einkommens und des Gesamtbetrags der Einkünfte; Einkünfte aus Gewerbebetrieb nach Körperschaftsarten und Wirtschaftsbereichen, gegliedert nach Größenklassen der Einkünfte. Entwicklung des zu versteuernden Einkommens aus dem Bilanzgewinn. Zu versteuerndes Einkommen, Steuersätze und Steuerschuld. Bilanzgewinn(-verlust), Zu- und Abschläge der Verlustfälle. Einkünfte und Verluste der Verlustfälle, gegliedert nach Wirtschaftsbereichen.

Sondervergünstigungen; Aufwendungen besonderer Art; Absetzungen für Abnutzung und Substanzverringerung sowie Spesenabzug der mit Einkommen Veranlagten und der Verlustfälle. Einkünfte, Einkommen und Steuerschuld der Organisationsgesellschaften nach Körperschaftsarten, gegliedert nach Größenklassen des Gesamtbetrags der Einkünfte.

Einkünfte, Inlandseinkommen und Steuerschuld der beschränkt Körperschaftsteuerpflichtigen nach Größenklassen des Gesamtbetrags der Einkünfte.

Veröffentlichungen:

WiSta 60/9.

FSt Reihe 6/I (1954 und 1957)

wird fortgesetzt in:

Fachserie L, Reihe 6/I (unregelmäßig).

## 6. Gewerbesteuerstatistik 1958

### Rechtsgrundlage:

Gesetz über eine Gewerbesteuerstatistik für das Kalenderjahr 1958 vom 23. Dezember 1960 (BGBl. I S. 1071). Abdruck im Anhang S. 252.

### Periodizität:

Einmalig für 1958 durchgeführt.

### Kreis der Befragten:

#### a) Gewerbesteuerhauptstatistik

Die Statistik wurde an Hand von Druckschriften der Gewerbesteuermeßbescheide durchgeführt, die den StLÄ von den Finanzämtern zur Verfügung gestellt wurden.

#### b) Lohnsummensteuerstatistik

Die Statistik wurde an Hand von Lohnsummensteuernachweisungen durchgeführt, die den StLÄ von den Gemeinden übersandt wurden.

#### c) Gewerbesteuermeßbetragstatistik

Die Statistik wurde an Hand von Druckschriften der Zerlegungsbescheide durchgeführt, die den StLÄ von den Finanzämtern zur Verfügung gestellt wurden.

### Berichtsweg:

#### a) Finanzämter — StLÄ — StBA

#### b) Gemeinden — StLÄ — StBA

#### c) Finanzämter — StLÄ — StBA.

### Dargestellte Tatbestände:

#### Gewerbesteuerhauptstatistik:

Steuerpflichtige, Besteuerungsgrundlagen (Berechnung des Gewerbeertrags sowie des Gewerkekaptals unter Aufführung der gewerbesteuerlichen Hinzurechnungen und Kürzungen), Steuermeßbeträge nach dem Ertrag und nach dem Kapital und einheitlicher Steuermeßbetrag. Jeweils für natürliche Personen und Personengesellschaften sowie für juristische Personen, nichtrechtsfähige Vereine und ähnliche Steuerpflichtige, gegliedert nach 18 Wirtschaftsbereichen und innerhalb dieser nach Gewerbeertrags- und Gewerkekaptalsgruppen sowie nach dem »Systematischen Verzeichnis der Unternehmen (für die Steuerstatistiken)« — siehe Übersicht auf S. 270.

#### Lohnsummensteuerstatistik:

Steuerfälle, Lohnsumme, steuerpflichtige Lohnsumme, Steuermeßbetrag, Lohnsummensteuer für natürliche Personen und Personengesellschaften sowie für juristische Personen, nichtrechtsfähige Vereine und ähnliche Steuerpflichtige, gegliedert nach Lohnsummengruppen, nach dem »Systematischen Verzeichnis der Unternehmen (für die Steuerstatistiken)« — siehe Übersicht auf S. 270.

#### Gewerbesteuermeßbetragstatistik:

Steuerpflichtige Unternehmen (ohne Berücksichtigung der Zerlegung) insgesamt, Steuermeßbetrag nach dem Gewerbeertrag und dem Gewerkekaptal, einheitlicher Steuermeßbetrag; zu berücksichtigende Zerlegungsanteile; einheitlicher Steuermeßbetrag nach Zerlegung; Hebesatz; Steuersoll.

Jeweils gesondert für natürliche Personen und Personengesellschaften sowie für juristische Personen, nichtrechtsfähige Vereine und ähnliche Steuerpflichtige, gegliedert nach 8 Wirtschaftsbereichen.

### Veröffentlichungen:

WiSta 62/9.

Vorgesehen:  
Fachserie L, Reihe 9.

### Bemerkungen:

Im Saarland wurde die Statistik nicht durchgeführt.

Für 1960: Koordinierungsvereinbarung des Bundes und der Länder (Schreiben des Bundesministers der Finanzen vom 3. Februar 1960 — Vw/2 — 1427 — 7/60 und vom 23. September 1960 — Fp Vw — 1427 — 25/60).

### Periodizität:

In mehrjährigen Abständen, zuletzt nach dem Stand vom 1. Januar 1960, durchgeführt.

### Kreis der Befragten:

Die Statistik wird an Hand von Druckschriften der Vermögensteuerbescheide durchgeführt, die den StLÄ von den Finanzämtern zur Verfügung gestellt werden.

### Berichtsweg:

Finanzämter — StLÄ — StBA.

### Dargestellte Tatbestände:

Für 1957 und (vorgesehen) für 1960:

Unbeschränkt vermögensteuerpflichtige natürliche Personen (Steuerbelastete und Steuerbefreite): Rohvermögen und Vermögensarten, Schulden und sonstige Abzüge, Gesamtvermögen, Freibeträge — nur bei Steuerbelasteten: steuerpflichtiges Vermögen und Steuerschuld — nach Vermögensgruppen und überwiegender Vermögensart. Für 1960 außerdem: Sonderaufgliederung des sonstigen Vermögens nach Vermögensgruppen; Rohvermögen und Vermögensarten, Gesamtvermögen, steuerpflichtiges Vermögen und Steuerschuld in den kreisfreien Städten und Landkreisen.

Unbeschränkt vermögensteuerpflichtige nichtnatürliche Personen: Einheitswert, Abzüge, Gesamtvermögen, steuerpflichtiges Vermögen und Steuerschuld nach Vermögensgruppen und Rechtsformen. Bei Mindestbesteuerungsfällen: Einheitswert (oder Überschuldungsbetrag), Abzüge, Gesamtvermögen (oder Minusbetrag), Mindestvermögen und Steuerschuld nach Vermögensgruppen und für 1960 außerdem nach Rechtsformen.

Beschränkt vermögensteuerpflichtige natürliche und nichtnatürliche Personen: Rohvermögen und Vermögensarten, Schulden und sonstige Abzüge, Inlandsvermögen, steuerpflichtiges Vermögen und Steuerschuld nach Vermögensgruppen.

### Veröffentlichungen:

WiSta 59/7; 60/11.

StBRD Band 247 (1953), 261 (1957)

wird fortgesetzt in:

Fachserie L, Reihe 6/III (unregelmäßig).

## 8. Statistik der Hauptfeststellung der Einheitswerte des gewerblichen Betriebsvermögens (Einheitswertstatistik) 1957 und 1960

(StBRD Band 182 S. 88, lfd. Nr. X B 4)

### Rechtsgrundlage:

Für 1957: Koordinierungsvereinbarung des Bundes und der Länder (Schreiben des Bundesministers der Finanzen vom 13. Januar 1958 — Vw/3 — 1427 — 33/57).

Für 1960: Koordinierungsvereinbarung des Bundes und der Länder (Schreiben des Bundesministers der Finanzen vom 3. Februar 1960 — Vw/2 — 1427 — 7/60 und vom 23. September 1960 — Fp Vw — 1427 — 25/60).

### Periodizität:

In mehrjährigen Abständen, zuletzt nach dem Stand vom 1. Januar 1960, durchgeführt.

### Kreis der Befragten:

Die Statistik wird an Hand von Druckschriften der Einheitswertbescheide durchgeführt, die den StLÄ von den Finanzämtern zur Verfügung gestellt werden.

### Berichtsweg:

Finanzämter — StLÄ — StBA.

### Dargestellte Tatbestände:

Für 1957:

Anlagevermögen nach Sachanlagen und Finanzanlagen; Umlaufvermögen, darunter Vorratsvermögen; Rohvermögen; Schulden und sonstige Abzüge (Kreditgewinnabgabe, son-

stige langfristige Schulden, übrige Schulden, Abzüge auf Grund von Schachtelbeteiligungen); Einheitswert der gewerblichen Betriebe für die natürlichen und nichtnatürlichen Personen jeweils in fachlicher Gliederung gemäß dem »Systematischen Verzeichnis der Unternehmen (für die Steuerstatistiken)« — siehe auch Übersicht auf S. 270 — und nach Rechtsformen der Unternehmen.

Besitz- und Schuldposten (wie vorstehend) sowie Einheitswert nach Einheitswertgruppen und zusammengefaßten Wirtschaftsbereichen.

Gliederung der Einheitswerte nach Einheitswertgruppen und Rechtsformen.

Für 1957 und (vorgesehen) für 1960:

Zahl der Betriebe natürlicher und nichtnatürlicher Personen sowie Einheitswert dieser Betriebe nach fachlicher Gliederung entsprechend dem »Systematischen Verzeichnis der Unternehmen (für die Steuerstatistiken)« — siehe auch Übersicht auf S. 270 — und Einheitswertgruppen.

Für 1960 vorgesehen:

Anlagevermögen nach Sachanlagen und Finanzanlagen; Umlaufvermögen (Betriebskapital und Vorratsvermögen); Rohvermögen; Schulden und sonstige Abzüge (darunter Rückstellungen für laufende Pensionen und Pensionsansprüche, Abzüge auf Grund von Schachtelbeteiligungen); Einheitswert der gewerblichen Betriebe für die natürlichen und nichtnatürlichen Personen jeweils in fachlicher Gliederung gemäß dem »Systematischen Verzeichnis der Unternehmen (für die Steuerstatistiken)« — siehe auch Übersicht auf S. 270.

Besitz- und Schuldposten (wie vorstehend) sowie Einheitswert nach Einheitswertgruppen und Rechtsformen.

Veröffentlichungen:

WiSta 59/5, 5\*.

StBRD Band 253 (1953):

FSt Reihe 6/IV (1957)

fortgesetzt in:

Fachserie L, Reihe 6/IV (unregelmäßig).

## 9. Erbschaftsteuerstatistik

(StBRD Band 182 S. 88, lfd. Nr. X B 6)

Rechtsgrundlage:

Koordinierungsvereinbarung (Anlage 2 zur Niederschrift über die Besprechung mit den Erbschaftsteuer-Referenten der Länder am 2. und 3. Dezember 1952 in Bonn — BdF IV -S 3730-30/52 — vom 19. Dezember 1952).

Periodizität:

Jährliche Erfassung und Zusammenstellung.

Kreis der Befragten:

Die Statistik wird an Hand der Erbschaftsteuernachweisungen durchgeführt, die den StLA von den Finanzämtern zur Verfügung gestellt werden.

Berichtsweg:

Finanzämter — StLA — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Unbeschränkt Erbschaftsteuerpflichtige.

Reinerwerb, steuerpflichtiger Erwerb und festgesetzte Steuer nach Erwerbsarten, Steuerklassen und Wertstufen. Nachlasse und Zuwendungen (Gesamtnachlaß bzw. -zuwendung, Reinnachlaß bzw. -zuwendung, steuerpflichtiger Nachlaß bzw. Zuwendung und Steuerschuld) nach Wertstufen.

Steuerfreie Ehegattenerwerbe über 20 000 DM nach Wertstufen.

Steuerpflichtiger Erwerb und festgesetzte Steuer der beschränkt Steuerpflichtigen sowie Pauschalversteuerungsfälle.

Unbeschränkt steuerpflichtige Erwerbe nach dem Kalenderjahr, in dem die Steuerschuld entstanden ist (ab Veranlagungsjahr 1955).

Veröffentlichungen:

StB VII/24 (jährlich)

fortgesetzt in:

Fachserie L, Reihe 6/V (jährlich).

## 10. Umsatzsteuerstatistik

(StBRD Band 182 S. 88, lfd. Nr. X B 7)

Rechtsgrundlage:

Für die Berichtsjahre 1956, 1957 und 1958:

Verordnung über die Durchführung von Umsatzsteuerstatistiken für die Kalenderjahre 1956, 1957 und 1958 vom 16. Mai 1957 (BGBl. I S. 532). Abdruck im Anhang S. 254.

Für die Berichtsjahre 1959, 1960 und 1961:

Verordnung über die Durchführung von Umsatzsteuerstatistiken für die Kalenderjahre 1959, 1960 und 1961 vom 1. März 1960 (BGBl. I S. 153). Abdruck im Anhang S. 254.

Periodizität:

Ab Berichtsjahr 1954 jährliche Erhebung und Aufbereitung mit teilweise wechselndem Programm.

Kreis der Befragten:

Finanzämter.

Die Statistik wird an Hand von Zählblättern durchgeführt, in die von den Finanzämtern Angaben aus den Umsatzsteuerüberwachungsbogen übertragen werden.

Berichtsweg:

Finanzämter — StLA — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Steuerpflichtige sowie Gesamtumsatz des Berichtsjahres und des Vorjahres; Umsatz des Berichtsjahres nach Umsatzgrößenklassen (14 bis 17, ab Berichtsjahr 1960 32 Größenklassen); die mit 1% besteuerten Umsätze (steuerpflichtige Großhandelslieferungen) ab 1956; Vorauszahlungsbetrag der Umsatzsteuer; Zahl und Umsatz der Aktiengesellschaften (bis 1957). Die Ergebnisse werden in der fachlichen Gliederung nach dem »Systematischen Verzeichnis der Unternehmen (für die Steuerstatistiken)« — siehe auch Übersicht auf S. 270 — unter besonderer Ausgliederung der in die Handwerksrolle eingetragenen Unternehmen aufbereitet.

Ab 1958: Zahl, Gesamtumsatz und Steuer der Organkreise in wirtschaftlicher Gliederung.

Für das Berichtsjahr 1959 außerdem:

Zusätzliche Gliederung der Steuerpflichtigen nach 59, der des Produzierenden Handwerks nach 42 Umsatzgrößenklassen.

Veröffentlichungen:

WiSta 58/11, 11\*, 12, 12\*; 59/7, 11, 11\*, 12, 12\*; 60/2, 2\*, 8, 11, 11\*, 12, 12\*; 61/2, 2\*, 8, 11, 11\*, 12, 12\*; 62/2, 2\*, 7.

StB VII/10/14.

StBRD Band 219 (1957), 240 (1958), 260 (1959)

fortgesetzt in:

Fachserie L, Reihe 7 (jährlich).

Bemerkungen:

Für 1962 vorgesehen: Eine Erhebung mit umfassendem Programm und fachlicher Gliederung auch nach der »Systematik der Wirtschaftszweige (Ausgabe 1961)« — siehe Übersicht auf S. 270 und Auszug aus der Systematik S. 272.

## 11. Verbrauchsteuerstatistik

(StBRD Band 182 S. 89, lfd. Nr. X B 8)

Rechtsgrundlage:

Erlasse des Bundesministers der Finanzen vom 11. September 1961 III C/3 — V 1601 — 1/61 (BZBl. S. 853) — Tabaksteuer —;

vom 5. Oktober 1960 III C/4 — V 2181 — 14/60 (BZBl. 1960 S. 596) — Biersteuer —;

vom 8. Februar 1961 III C/1 — V 8141 — 2/61 (BZBl. 1961 S. 176) — Mineralölsteuer —;

vom 25. Januar 1962 III C/4 — V 3201 — 1/62 (BZBl. 1962 S. 150) — Schaumweinsteuer —;

vom 18. Januar 1962 III C/4 — V 5201 — 1/62 (BZBl. 1962 S. 147) — Zuckersteuer —;

vom 25. Januar 1962 III C/4 — V 5601 — 1/62 (BZBl. 1962 S. 149) — Salzsteuer —;

vom 25. Januar 1962 III C/4 — V 4501 — 1/62 (BZBl. 1962 S. 148) — Leuchtmittelsteuer —;



vom 25. Januar 1962 III C/2 — V 4201 — 1/62 (BZBl. 1962 S. 154) — Zündwarensteuer —;  
vom 25. Januar 1962 III C/4 — V 6201 — 1/62 (BZBl. 1962 S. 151) Spielkartensteuer —;  
vom 25. Januar 1962 III C/4 — V 6501 — 1/62 (BZBl. 1962 S. 152 — Süßstoffsteuer —.

Für die übrigen Nachweisungen:

Branntwein-Zählordnung. Anlage 4 der Grundbestimmungen zum Gesetz über das Branntweinmonopol vom 8. April 1922 (RGBl. I S. 405).

Essigsäureordnung. Anlage 3 der Grundbestimmungen zum Gesetz über das Branntweinmonopol vom 8. April 1922 (RGBl. I S. 405; Zentralblatt für das Deutsche Reich 1922 S. 865), §§ 71 bis 74. Siehe auch Verordnung vom 26. Juni 1929 (RMBL. S. 422), Abschnitt IV, Ziffer 13.

Periodizität:

Bei den einzelnen Steuern verschiedene Periodizität, und zwar monatliche, vierteljährliche, halbjährliche oder jährliche Berichterstattung und Zusammenstellung (im einzelnen siehe unter »Dargestellte Tatbestände«).

Kreis der Befragten:

Zollämter (auf Grund von Aufzeichnungen der Steuerpflichtigen).

Berichtsweg:

Im allgemeinen: Zollämter — Hauptzollämter — Oberfinanzdirektionen — StBA.

Branntwein: Zollämter — Hauptzollämter — Oberfinanzdirektionen — Bundesmonopolverwaltung für Branntwein, Monopolverwaltung für Branntwein beim Landesfinanzamt Berlin.

Bei der Biersteuerstatistik werden die Nachweisungen von den Oberfinanzdirektionen München und Nürnberg wie bisher auch dem Bayerischen StLA zugestellt.

Dargestellte Tatbestände:

I. Tabaksteuer

Monatlich: Versteuerung von Tabakwaren nach Erzeugnissen sowie Preisklassen und Preisgruppen, Steuereinnahmen.

Halbjährlich: Herstellungsbetriebe nach Art der Betriebe; verarbeiteter inländischer und ausländischer Rohtabak nach Art der Betriebe; Absatz der Erzeugnisse nach Größenklassen; Rohtabakhändler und Tabakwarenhändler; Zigarrensteuerlager.

Jährlich: Gewerblicher Tabakanbau: Tabakpflanze; Zahl und Fläche der mit Tabak bepflanzten Grundstücke; geerntete, Tabakmenge; Gesamtwert der Tabakernte und Durchschnittspreise.

II. Biersteuer

Monatlich: Bierausstoß nach Biergattungen und Bierarten, Bier in Flaschen usw., versteuerte und steuerfrei abgelassene Biermengen.

Jährlich: Brauereien, gewerbliche Braustätten, Hausbrauer, verwendete Braustoffe, Bierausstoß nach Größenklassen, versteuerte Biermengen nach Steuersätzen, steuerfrei abgelassene Biermengen, versteuerte Biereinfuhr.

III. Mineralölsteuer

Monatlich und jährlich: Versteuertes Mineralöl nach Arten und Steuersätzen sowie Steuersollbeträge.

Jährlich: Steuerbegünstigte Verwendung von Mineralöl nach Arten.

IV. Branntweinmonopol

Vierteljährlich: Erzeugung von Branntwein, Absatz von Branntwein zu Trinkzwecken.

Jährlich: Brennereien, Brennrechte, verwendete Stoffe, Erzeugung und Absatz von Branntwein, Ein- und Ausfuhr von Branntwein und Branntweinerzeugnissen, Ausfuhr von Branntwein und Branntweinerzeugnissen gegen Ausfuhrvergütung, Haushaltseinnahmen aus dem Branntweinmonopol,

Branntweinbestände, Branntweinabsatz der Monopolverwaltungen an Trinkbranntweinhersteller nach Größenklassen.

V. Schaumweinsteuer (vierteljährlich)

Herstellungsbetriebe; versteuerter und steuerfreier Absatz; Steuersollbeträge (jeweils für Schaumwein und schaumweinähnliche Getränke).

VI. Zuckersteuer

Vierteljährlich: Versteuerter und steuerfrei ausgeführter Zucker, Steuersollbeträge.

Jährlich: Steuerfrei abgegebener Zucker; Steuervergütung für ausgeführte oder in ein Zollager aufgenommene zuckerhaltige Waren, Betrag der Vergütung.

VII. Salzsteuer (jährlich)

Herstellungsbetriebe; Versteuerung, steuerfreie Ausfuhr nach Salzarten; Steuersollbeträge. Steuerfrei abgelassene Salz mengen nach Salzarten, Vergällungsmitteln und Verwendungszwecken.

VIII. Leuchtmittelsteuer (jährlich)

Herstellungsbetriebe; Bestand an Leuchtmitteln zu Beginn und Schluß des Rechnungsjahres, Versteuerung von steuerpflichtigen Leuchtmitteln sowie steuerfreie Ausfuhr nach Erzeugnisarten; Steuersollbeträge.

IX. Zündwarensteuer (jährlich)

Herstellungsbetriebe; versteuerte Inlandserzeugung und Absatz von Zündwaren; Bestände; Steuersollbeträge.

X. Spielkartensteuer (jährlich)

Herstellungsbetriebe; hergestellte Spiele, versteuerter Inlandsabsatz und versteuerte Einfuhr, unversteuerte Ausfuhr, Steuersollbeträge.

XI. Essigsäuresteuer (jährlich)

Herstellungsbetriebe nach Art der bei der Erzeugung von Essigsäure verwendeten Rohstoffe; Absatz von versteuerter sowie von vergällter und nicht vergällter steuerfreier Essigsäure; Steuersollbeträge.

XII. Süßstoffsteuer (jährlich)

Herstellungsbetriebe; Versteuerung von im Erhebungsgebiet hergestelltem und eingeführtem Süßstoff sowie vom Herstellungsbetrieb steuerfrei ausgeführter bzw. vergällt und steuerfrei abgegebener Süßstoff (jeweils nach Art und Menge); Steuereinnahmen.

Veröffentlichungen:

Über alle Verbrauchsteuern:

WiSta 58/10; 59/8; 60/8; 61/8.

StBRD Band 133

wird fortgesetzt in:

Fachserie L, Reihe 8 (unregelmäßig).

Außerdem:

WiSta 59/4, 4\*; 60/4, 4\* (Tabakgewerbe);

WiSta 59/12; 61/2\* (Braugewerbe);

WiSta\* monatlich: Versteuerung von Tabakwaren, Schaumwein, Zucker, Mineralöl; Bierausstoß, Erzeugung und Absatz von Branntwein.

StB VII/61 (Tabaksteuer, monatlich und halbjährlich)

fortgesetzt in:

Fachserie L, Reihe 8/I (monatlich, halbjährlich).

StB VII/62 (Biersteuer, monatlich und jährlich)

fortgesetzt in:

Fachserie L, Reihe 8/II (monatlich, jährlich).

StB VII/64 (Mineralölsteuer, jährlich)

fortgesetzt in:

Fachserie L, Reihe 8/III (jährlich).

StB VII/66 (Branntweinmonopol, jährlich)

fortgesetzt in:

Fachserie L, Reihe 8/IV (jährlich).

StB VII/60 (Schaumweinsteuer, vierteljährlich)

fortgesetzt in:

Fachserie L, Reihe 8/V (vierteljährlich).

Die Statistischen Berichte für die kleineren Verbrauchsteuern:

VII/63 (Zuckersteuer), VII/65 (Salzsteuer), VII/67 (Leuchtmittelsteuer), VII/68 (Zündwarensteuer), VII/69 (Spielkartensteuer, Essigsäuresteuer und Süßstoffsteuer)

werden fortgesetzt in:

Fachserie L, Reihe 8/VI (jährlich).

## XI. Preise, Löhne, Wirtschaftsrechnungen

### A. Preise, Lebenshaltung

#### 1. Statistik der Erzeuger- und Großhandelsverkaufspreise des Inlandes

(StBRD Band 182 S. 90, lfd. Nr. XI A1)

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Preisstatistik vom 9. August 1958 (BGBl. I S. 605). Abdruck im Anhang S. 255. Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Preisstatistik vom 29. Mai 1959 (Bundesanzeiger Nr. 104 S. 1). Abdruck im Anhang S. 258.

Periodizität:

Erhebung und Aufbereitung grundsätzlich monatlich, bei saisonempfindlichen Waren in kürzeren Zeitabständen.

Kreis der Befragten:

Ausgewählte Betriebe, Genossenschaften, Preisnotierungskommissionen, Marktverwaltungen (rund 4800 Auskunftspflichtige für das Gebiet der Erzeugerpreisstatistik und rund 650 Firmen zur Meldung von Großhandelsverkaufspreisen).

Berichtsweg:

Befragte — StLÄ — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Erzeugerabsatz- bzw. Großhandelseinkaufspreise für 102 land- und forstwirtschaftliche Erzeugnisse sowie für rund 1900 industrielle Rohstoffe, Halb- und Fertigwaren.

Verkaufspreise des Großhandels für rund 800 Waren.

Veröffentlichungen:

WiSta\* (monatlich).

StB VI/6

ab August 1960 PLW Reihe 3 für industrielle Produkte und Reihe 4 für land- und forstwirtschaftliche Produkte (monatlich)  
fortgesetzt in:  
Fachserie M, Reihe 3 (monatlich),  
Reihe 4 (monatlich, jährlich).

Bemerkungen:

Zur Veröffentlichung gelangt nur eine beschränkte Auswahl von Preisen.

Es ist vorgesehen, Maßzahlen der Großhandelsverkaufspreise in der Fachserie M, Reihe 8 zu veröffentlichen.

#### Preisindex ausgewählter Grundstoffe

(StBRD Band 182 S. 90, nach lfd. Nr. XI A1)

Monatliche Berechnung im StBA. Zusammenfassung von 1509 Preisreihen für 102 ausgewählte Grundstoffe land- und forstwirtschaftlicher (34) und industrieller (68) Herkunft (Basis 1950=100 und umbasiert auf 1938=100). Beginn der Indexreihen für Grundstoffe inländischer Herkunft: Juli 1948, für Grundstoffe ausländischer Herkunft: Januar 1950. Darstellung der Berechnungsmethode in WiSta 55/12

Veröffentlichungen:

WiSta (monatlich).

WiSta\* (monatlich).

StB VI/2 ab April 1960 PLW Reihe 2 (monatlich).

PLW Reihe 2 (jährlich)

fortgesetzt in:

Fachserie M, Reihe 2 (monatlich, jährlich).

Bemerkungen:

Neuberechnung des Index auf der Basis 1958 = 100 in Vorbereitung.

#### Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte

(StBRD Band 182 S. 90, nach lfd. Nr. XI A1)

Monatliche Berechnung im StBA. Zusammenfassung von 7725 Preisreihen für rund 1900 Waren aus der industriellen Produktion (Basis 1958 = 100). Gliederung der Waren nach ihrer Herkunft (33 Industriegruppen und 162 Industriezweige). Beginn der Indexreihen: Januar 1955. Darstellung der Berechnungsmethode in WiSta 61/11.

Veröffentlichungen:

WiSta (monatlich).

WiSta\* (monatlich).

PLW Reihe 3 (monatlich, jährlich)

fortgesetzt in:

Fachserie M, Reihe 3 (monatlich, jährlich).

Bemerkungen:

Bildung einer durchlaufenden Reihe für längerfristige Vergleiche durch Verkettung mit dem früheren Index auf Originalbasis 1950 über Januar 1955.

#### Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte

(StBRD Band 182 S. 90, nach lfd. Nr. XI A1)

Monatliche Berechnung im StBA. Zusammenfassung von 699 Preisreihen für 68 Waren der landwirtschaftlichen Produktion (Basis: Durchschnitt der Landwirtschaftsjahre 1957/58 und 1958/59 = 100). Beginn der Indexreihen: Juli 1955. Darstellung der Berechnungsmethode in WiSta 61/12.

Veröffentlichungen:

WiSta (monatlich).

WiSta\* (monatlich).

PLW Reihe 4 (monatlich, jährlich)

fortgesetzt in:

Fachserie M, Reihe 4 (monatlich, jährlich).

Bemerkungen:

Bildung einer durchlaufenden Reihe für längerfristige Vergleiche durch Verkettung mit dem früheren Index auf Basis 1950/51 über den Durchschnitt des Wirtschaftsjahres 1955/1956.

#### Index der Erzeugerpreise für Schnittblumen und Topfpflanzen

Monatliche Berechnung im StBA. Zusammenfassung von 141 Preisreihen für 8 Arten von Schnittblumen und Topfpflanzen. (Basis: Wirtschaftsjahr 1958/59 = 100). Beginn der Indexreihen Juli 1958. Darstellung der Berechnungsmethode in WiSta 62/4.

Veröffentlichungen:

PLW Reihe 4 (monatlich, jährlich)

fortgesetzt in:

Fachserie M, Reihe 4 (monatlich, jährlich).

#### Index der Erzeugerpreise forstwirtschaftlicher Produkte

Monatliche Berechnung im StBA. Zusammenfassung von 1492 Preisreihen für 34 inländische Rohholzarten, -sorten, Güte- und Stärkeklassen (Basis: Forstwirtschaftsjahr 1954 = 100). Beginn der Indexreihen (jeweils gesondert für Staats- sowie Privatforsten): Forstwirtschaftsjahr 1955. Rückrechnung für die Staatsforsten bis Forstwirtschaftsjahr 1950. Darstellung der Berechnungsmethode in WiSta 58/59.

Veröffentlichungen:

WiSta (monatlich).

WiSta\* (monatlich).

PLW Reihe 4 (monatlich, jährlich)

fortgesetzt in:

Fachserie M, Reihe 4 (monatlich, jährlich).

Bemerkungen:

Neuberechnung des Index auf der Basis Forstwirtschaftsjahr 1958 = 100 in Vorbereitung.

#### 2. Statistik der Ein- und Ausführpreise

(StBRD Band 182 S. 90, lfd. Nr. XI A2)

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Preisstatistik vom 9. August 1958 (BGBl. I S. 605). Abdruck im Anhang S. 255.

Periodizität:

Monatliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Etwa 1900 importierende bzw. exportierende Firmen, Verbände.

Berichtsweg:

Befragte — StLÄ — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

2000 Einfuhrpreise und 2600 Ausfuhrpreise für landwirtschaftliche und industrielle Rohstoffe, Halb- und Fertigwaren.

Veröffentlichungen:

(bisher nur für Einfuhrpreise).

WiSta\* (monatlich).

StB VI/20, ab Mai 1960 PLW Reihe 1 (monatlich, jährlich)  
fortgesetzt in:  
Fachserie M, Reihe 1 (monatlich, jährlich).

Bemerkungen:

Zur Veröffentlichung gelangt nur eine beschränkte Auswahl von Preisen.

### *Index der Einkaufspreise für Auslandsgüter*

(StBRD Band 182 S. 90, nach lfd. Nr. XI A 2)

Monatliche Berechnung im StBA. Zusammenfassung von rd. 400 Preisreihen für 50 wichtige landwirtschaftliche und 107 industrielle Einfuhrgüter (Basis 1950 = 100). Gliederung nach 16 Warengruppen gemäß dem Herstellungsbereich bzw. 30 Warengruppen entsprechend dem »Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik« (siehe auch Übersicht im Anhang S. 270 und Auszug aus dem Warenverzeichnis auf S. 280). Beginn der Indexreihen: Januar 1950. Darstellung der Berechnungsmethode in WiSt 53/4.

Veröffentlichungen:

WiSta (monatlich).

WiSta\* (monatlich).

StB VI/20, ab Mai 1960 PLW Reihe 1 (monatlich, jährlich)  
fortgesetzt in:  
Fachserie M, Reihe 1 (monatlich, jährlich).

Bemerkungen:

Vorgesehen ist eine Revision des Index der Einkaufspreise für Auslandsgüter unter gleichzeitiger Verbreiterung der Preisbasis. Ein Index der Ausfuhrpreise ist in Vorbereitung (Basis 1958 = 100; Beginn der jährlichen Reihe voraussichtlich 1954, Beginn der monatlichen Reihe 1958).

### **3. Statistik der Einkaufspreise der Landwirtschaft**

(StBRD Band 182 S. 90, lfd. Nr. XI A 3)

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Preisstatistik vom 9. August 1958 (BGBl. I S. 605). Abdruck im Anhang S. 255. Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Preisstatistik vom 29. Mai 1959 (Bundesanzeiger Nr. 104 S. 1). Abdruck im Anhang S. 258.

Periodizität:

Monatliche Erhebung und Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Genossenschaften, Einzelhandelsgeschäfte, Handwerksbetriebe und Innungen (insgesamt etwa 1800 Befragte).

Berichtsweg:

Befragte — StLÄ — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Einkaufspreise für 102 landwirtschaftliche Betriebsmittel und Dienstleistungen.

Veröffentlichungen:

StB VI/7 ab August 1960 PLW Reihe 4 (monatlich).

PLW Reihe 4 (jährlich)

fortgesetzt in:  
Fachserie M, Reihe 4 (monatlich, jährlich).

Bemerkungen:

Die Erhebung wird in Hamburg, Bremen und Berlin nicht durchgeführt.

### *Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel*

(StBRD Band 182 S. 91, nach lfd. Nr. XI A 3)

Monatliche Berechnung im StBA. Zusammenfassung von 6479 Preisreihen für 102 Waren und Leistungen (Basis: Landwirtschaftsjahr 1958/59 = 100). Beginn der Indexreihen: Juli 1955. Darstellung der Berechnungsmethode in WiSta 61/12.

Veröffentlichungen:

WiSta (monatlich).

WiSta\* (monatlich).

StB VI/7 ab August 1960 PLW Reihe 4 (monatlich).

PLW Reihe 4 (jährlich)

fortgesetzt in:

Fachserie M, Reihe 4 (monatlich, jährlich).

Bemerkungen:

Berechnung einer durchlaufenden Reihe für längerfristige Vergleiche durch Verkettung mit dem früheren Index auf Basis 1950/51 über den Durchschnitt des Wirtschaftsjahres 1955/56.

### **4. Statistik der Verbraucherpreise**

(StBRD Band 182 S. 91, lfd. Nr. XI A 4)

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Preisstatistik vom 9. August 1958 (BGBl. I S. 605). Abdruck im Anhang S. 255. Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Preisstatistik vom 29. Mai 1959 (Bundesanzeiger Nr. 104 S. 1). Abdruck im Anhang S. 258. Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Preisstatistik vom 19. August 1960 (Bundesanzeiger Nr. 160 S. 1). Abdruck im Anhang S. 258. Zweite Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Preisstatistik vom 30. August 1961 (Bundesanzeiger Nr. 171 S. 1). Abdruck im Anhang S. 259.

Periodizität:

Erhebung und Aufbereitung monatlich, für einige ausgewählte Waren wöchentlich (für Wohnungsmieten vierteljährlich).

Kreis der Befragten:

Ausgewählte Betriebe des Einzelhandels, des Handwerks, des Beherbergungs- und Gaststättengewerbes, der öffentlichen Versorgung, Inhaber von Mietwohnungen, z. T. auch Vermieter, in 116 Gemeinden (insgesamt etwa 21 700 Befragte).

Berichtsweg:

Befragte — Gemeinden — StLÄ — StBA.

Feststellung der Preise in den Berichtsstellen durch Ermittler. Für Markenartikel und dergleichen auch direkte Preis-erhebung durch StLÄ bzw. StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Verbraucherpreise für rund 600 Waren und Leistungen (von denen rund 420 veröffentlicht werden).

Veröffentlichungen:

WiSta\* (monatlich).

StB VI/1; ab 22. Juli 1960 PLW Reihe 6 (Meßzahlen; wöchentlich).

StB VI/3; ab April 1960 PLW Reihe 6 (monatlich).

PLW Reihe 6 (jährlich)

fortgesetzt in:

Fachserie M, Reihe 6 (wöchentlich, monatlich, jährlich).

### *Index der Einzelhandelspreise*

(StBRD Band 182 S. 91, nach lfd. Nr. XI A 4)

Monatliche Berechnung im StBA. Zusammenfassung von rund 100 500 Preisreihen für rund 440 Waren (Basis 1950 = 100 sowie umbasiert auf 1958 = 100 und 1938 = 100). Gliederung nach 19 Hauptbranchen und Branchen des Einzelhandels, außerdem nach 37 Warengruppen. Beginn der Indexreihen: Juni 1948. Darstellung der Berechnungsmethode in WiSta 52/9.

Veröffentlichungen:

WiSta (monatlich).

WiSta\* (monatlich).

StB VI/3; ab April 1960 PLW Reihe 6 (monatlich).

PLW Reihe 6 (jährlich)

fortgesetzt in:

Fachserie M, Reihe 6 (monatlich, jährlich).

*Preisindex für die Lebenshaltung*  
(StBRD Band 182 S. 91, nach lfd. Nr. XI A 4)

a) Mittlere Arbeitnehmer-Haushalte  
Monatliche Berechnung im StBA.

Zusammenfassung von rund 141 000 Preisreihen für rund 440 Waren und Leistungen. Basis 1958=100. Verbrauchsschema 1958 für 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit 2 Kindern und monatlichen Lebenshaltungsausgaben im Jahre 1958 von rund 570 DM. Gliederung nach 9 Bedarfsgruppen sowie wichtigen Waren- und Leistungsgruppen. Gesamtindex auch ohne die am stärksten saisonabhängigen Waren (Kartoffeln, Gemüse, Obst, Südfrüchte, Eier, Frischfisch). Darstellung der Berechnungsmethode in WiSta 61/1, 2.

Veröffentlichungen:

WiSta (monatlich).  
WiSta\* (monatlich).  
PLW Reihe 6 (monatlich, jährlich)  
fortgesetzt in:  
Fachserie M, Reihe 6 (monatlich, jährlich).

Bemerkungen:

Bildung einer durchlaufenden Reihe für längerfristige Vergleiche durch Verbindung mit dem früheren Index auf Originalbasis 1950 über Januar 1957. Dadurch Umbasierung des neuen Index auf 1950 = 100 und 1938 = 100 ermöglicht. Darstellung des Verfahrens in WiSta 61/6.

b) Haushalte von Renten- und Fürsorgeempfängern  
Monatliche Berechnung im StBA.

Zusammenfassung von rund 128 000 Preisreihen für 375 Waren und Leistungen. Basis 1958=100. Verbrauchsschema 1958 für 2-Personen-Renten- und -Fürsorgeempfänger-Haushalte mit monatlichen Lebenshaltungsausgaben im Jahre 1958 von rund 260 DM. Gliederung nach 9 Bedarfsgruppen. Darstellung der Berechnungsmethode in WiSta 61/11.

Veröffentlichungen:

WiSta (monatlich).  
WiSta\* (monatlich).  
PLW Reihe 6 (monatlich, jährlich)  
fortgesetzt in:  
Fachserie M, Reihe 6 (monatlich, jährlich).

c) Einfache Lebenshaltung eines Kindes  
Monatliche Berechnung im StBA.

Zusammenfassung von rund 83 000 Preisreihen für 180 Waren und Leistungen, darunter 80 für Ernährung und 30 für Bekleidung. Basis 1958 = 100. Verbrauchsschema 1958 für die einfache Lebenshaltung eines siebenjährigen Kindes bei Unterbringung in einem privaten Haushalt und Betreuung durch die Mutter oder unentgeltlich durch eine andere Person. Gliederung nach 8 Bedarfsgruppen. Darstellung der Berechnungsmethode in WiSta 62/3.

Veröffentlichungen:

WiSta (monatlich).  
WiSta\* (monatlich).  
Fachserie M, Reihe 6 (monatlich, jährlich).

**5. Statistik der Preise für Leistungen des Beherbergungs- und Gaststättengewerbes**

(StBRD Band 182 S. 91, lfd. Nr. XI A 5)

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Preisstatistik vom 9. August 1958 (BGBl. I S. 605). Abdruck im Anhang S. 255.

Periodizität:

- a) Monatliche Erhebung und Aufbereitung.  
Beginn April 1958.
- b) Jährliche Erhebung (für August) und Aufbereitung.  
Beginn 1959.

Kreis der Befragten:

- zu a) rund 210 Betriebe in 11 ausgewählten Großstädten.
- zu b) rund 2500 Betriebe in 108 ausgewählten Gemeinden (Großstädte, Seebäder, sonstige Badeorte, Luftkurorte, andere Fremdenverkehrsgemeinden, Gemeinden ohne besondere Bedeutung für den Fremdenverkehr).

Berichtsweg:

Befragte — (Gemeinden) — StLÄ — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

- zu a) Preise für 18 Leistungen (Übernachtung, Speisen, Getränke).
- zu b) Preise für 20 Leistungen (Übernachtung, Speisen, Getränke).

Veröffentlichungen:

- zu a) PLW Reihe 6 (monatlich, jährlich)  
fortgesetzt in:  
Fachserie M, Reihe 6 (monatlich, jährlich).
- zu b) WiSta 59/12 (M); 60/4; 61/7, 9; 62/4, 6.

**6. Statistik der Verkehrspreise**

(StBRD Band 182 S. 91, lfd. Nr. XI A 6)

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Preisstatistik vom 9. August 1958 (BGBl. I S. 605). Abdruck im Anhang S. 255

Periodizität:

Die Erfassung erfolgt je nach Verkehrsart täglich, monatlich oder vierteljährlich.

Berichtsweg:

Befragte — StBA (siehe auch unter »Dargestellte Tatbestände«, Absatz 2).

Dargestellte Tatbestände:

Eisenbahntarife im Personenverkehr für In- und Ausland, im Güterverkehr für Inland; Frachtraten der deutschen Binnenschifffahrt und der Trampschifffahrt im Seeverkehr; Luftverkehrspreise im Personen- und Güterverkehr (etwa 1600 Preisreihen sowie Indices der Seefrachtraten für 7 Länder). Ferner ab Frühjahr 1961: Post- und Fernmeldegebühren (für Briefe, Pakete, Zeitungen, Ferngespräche, Telegramme), ab Winter 1961/62 auch Fernschreibgebühren, ab Frühjahr 1962 auch Postgebühren im Zahlungsverkehr sowie Gebühren für Personenbeförderungen im Kraftpostdienst.

(Die Zusammenstellung der Ergebnisse erfolgt im Statistischen Bundesamt unter Verwendung von Unterlagen des Amtes für Internationalen Personenverkehr, der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn, der Bundesministerien für Verkehr sowie für Post- und Fernmeldewesen, deutscher Reedereien, ausländischer Agenturen und von Kammern des Auslandes sowie der International Air Transport Association (IATA) und der ihr angehörenden Luftverkehrsgesellschaften bzw. durch unmittelbare Auswertung deutscher und ausländischer Fachzeitschriften. Veröffentlicht wird eine Auswahl von Verkehrspreisen und Indexzahlen.)

Veröffentlichungen:

- PLW Reihe 7 (vierteljährlich)  
fortgesetzt in:  
Fachserie M, Reihe 7 (vierteljährlich).
- \* IntMon ab Oktober 1961.

*Index der Seefrachtraten*

(StBRD Band 182 S. 91, nach lfd. Nr. XI A 6)

Monatliche Berechnung deutscher Seefrachtenindices im Bundesministerium für Verkehr/Abteilung Seeverkehr. Den Berechnungen liegen Angaben über Seefrachtraten zugrunde, die vom Bundesministerium für Verkehr/Abteilung Seeverkehr erhoben werden. Zusammenfassung der Frachtraten von 28 Verkehrsrelationen (Fahrgebieten) der Trampschifffahrt bzw. 1000 Frachtratenpositionen der Linienschifffahrt im seewärtigen Güterumschlag der deutschen Seehäfen (Basis 2. Halbjahr 1954 = 100). Einzelindices nach Betriebsformen (Tramp- und Linienfahrt). Berechnung einer ungewogenen Indexzahl für die Tankerfahrt (Einzelreisen von Rohöltankern von großen Ölplätzen nach Großbritannien/Kontinent), bezogen auf das Scale-Ratensystem; Beginn der Indexreihen: Januar 1955.

Veröffentlichungen:

- WiSta 58/4.
- PLW Reihe 7 (vierteljährlich)  
fortgesetzt in:  
Fachserie M, Reihe 7 (vierteljährlich).
- IntMon ab Oktober 1961.
- Außer den deutschen Seefrachtdindices werden Indexzahlen der Seefrachtraten für 6 weitere Länder dargestellt.

#### Bemerkungen:

Revision des Linienfrachtenindex auf Grund des Güterumschlags deutscher Seehäfen im Jahre 1958. Ab Januar 1960 gesonderte Indices für Stück- und Massengut. (Basis Dezember 1959 = 100).

Revision des Trampfrachtenindex auf Grund des Güterumschlags deutscher Seehäfen im Jahre 1960.

### 7. Statistik der Erzeuger- und Großhandelspreise im Ausland

(StBRD Band 182 S. 92, lfd. Nr. XI A 7)

#### Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. September 1953 (BGBl. I S. 1314), § 2 Ziff. 4. Abdruck im Anhang S. 156.

#### Periodizität:

Hauptsächlich bösrentägliche, daneben wöchentliche und monatliche Erfassung. Wöchentliche, in erweiterter Form monatliche und vierteljährliche Zusammenstellung.

#### Dargestellte Tatbestände:

Erzeuger- und Großhandelspreise wichtiger landwirtschaftlicher und industrieller Rohstoffe, Halb- und Fertigwaren im Ausland (besonders »Weltmarktpreise«) sowie Preisindices (etwa 3000 Preisreihen, etwa 60 Indices).

(Zusammenstellung im StBA auf Grund von Borsenmitteilungen, Preislisten, preisstatistischen Veröffentlichungen des Auslandes.)

#### Veröffentlichungen:

WiSta 58/2, 7.

WiSta\* (monatlich).

StB VI/19, ab April/Mai 1960 PLW Reihe 8 Weltmarktpreise (monatlich)

fortgesetzt in:

Fachserie M, Reihe 8 (monatlich).

PLW Reihe 8, Grundstoffe Teil I bis III (vierteljährlich)

fortgesetzt in:

Fachserie M, Reihe 8 Teil I bis III (vierteljährlich).

IntMon.

Länderberichte.

Veröffentlicht wird nur eine Auswahl von Preisen und Preisindices. Außerdem wird in unregelmäßigen Zeitabständen ein Quellenverzeichnis herausgegeben.

### 8. Statistik der Verbraucherpreise im Ausland

#### a) Verbraucherpreise im Ausland

(StBRD Band 182 S. 92, lfd. Nr. XI A 8 a)

#### Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. September 1953 (BGBl. I S. 1314), § 2 Ziff. 4. Abdruck im Anhang S. 156.

#### Periodizität:

Hauptsächlich monatliche, daneben wöchentliche und vierteljährliche Erfassung.

#### Dargestellte Tatbestände:

Verbraucherpreise für Waren und Leistungen der Lebenshaltung sowie Preisindices der Lebenshaltung und des Einzelhandels im Ausland (etwa 2500 Preisreihen und 100 Indices).

(Zusammenstellung im StBA aus amtlichen statistischen Veröffentlichungen des Auslandes, Mitteilungen der ausländischen Statistischen Ämter, der deutschen Auslandsvertretungen u. a. m.)

#### Veröffentlichungen:

WiSta 58/8.

PLW Reihe 9 (vierteljährlich)

fortgesetzt in:

Fachserie M, Reihe 9 (vierteljährlich).

IntMon.

Länderberichte.

#### b) Internationaler Vergleich der Preise für die Lebenshaltung

(StBRD Band 182 S. 92, lfd. Nr. XI A 8 b)

#### Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 8 a.

#### Periodizität:

Die Vergleiche erfolgen in unregelmäßigen Abständen. Ergebnisse werden monatlich fortgerechnet.

#### Dargestellte Tatbestände:

Verbrauchergeldparitäten der ausländischen Währungen zur RM/DM, berechnet aus Preisvergleichen der Lebenshaltungsgüter für Arbeitnehmerfamilien mittlerer Verbraucherschichten. Bisher wurden Vergleiche mit 50 Ländern berechnet.

(Berechnung im StBA. Die Preisunterlagen werden amtlichen und privaten ausländischen Veröffentlichungen sowie den Ergebnissen der deutschen amtlichen Verbraucherpreisstatistik entnommen und durch eigene Feststellungen ergänzt.)

#### Veröffentlichungen:

WiSta 58/9; 59/1, 4, 9; 60/4, 9; 61/8 (M), 9.

PLW Reihe 9, Ergänzungshäfte 1, 2, 3 (M), 4

fortgesetzt in:

PLW Reihe 10 (monatlich, jährlich)

fortgesetzt in:

Fachserie M, Reihe 10 (monatlich, jährlich).

### 9. Statistik der Baulandpreise

#### Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Preisstatistik vom 9. August 1958 (BGBl. I S. 605). Abdruck im Anhang S. 255.

#### Periodizität:

Monatliche Erhebung, vierteljährliche Aufbereitung.

#### Kreis der Befragten:

516 Finanzämter.

#### Berichtsweg:

Finanzämter — StLÄ — StBA.

#### Dargestellte Tatbestände:

Vorgesehen:

Durchschnittspreise nach Art, Lage und Größe des Grundstücks sowie nach Art des Baugebiets, nach der Person des Veräußerers und Erwerbers sowie des Verwandtschaftsverhältnisses.

#### Veröffentlichungen:

WiSta 62/8.

Vorgesehen:

Fachserie M, Reihe 5/II (vierteljährlich).

### 10. Statistik der Baupreise

(StBRD Band 182 S. 92, lfd. Nr. XI A 9)

#### Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Preisstatistik vom 9. August 1958 (BGBl. I S. 605). Abdruck im Anhang S. 255. Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Preisstatistik vom 29. Mai 1959 (Bundesanzeiger Nr. 104 S. 1). Abdruck im Anhang S. 258.

#### Periodizität:

Vierteljährliche Erhebung (Mitte Februar, Mai, August, November). Aufbereitung vierteljährlich und jährlich.

#### Kreis der Befragten:

Rund 2900 ausgewählte Betriebe der Bauindustrie, des Baugewerbes und des Bauhandwerks.

#### Berichtsweg:

Befragte — StLÄ — StBA (zentrale Aufbereitung).

#### Dargestellte Tatbestände:

Aus rund 17 000 Preisreihen berechnete Meßzahlenreihen für rund 150 ausgewählte Bauleistungen auf der Basis 1958 = 100 bzw. für den Straßenbau 1960 = 100. Beginn der Reihen: Februar 1959 bzw. Februar 1960.

#### Veröffentlichungen:

WiSta 59/11 (M); 60/1, 2, 6; 61/6.

StB VI/21/38.

PLW Reihe 5 (vierteljährlich)

fortgesetzt in:

Fachserie M, Reihe 5 mit Vorberichten (vierteljährlich).

#### Preisindices für Bauwerke

##### a) Preisindex für Wohngebäude

(StBRD Band 182 S. 92, nach lfd. Nr. XI A 9)

Vierteljährliche Berechnung im StBA. Zusammenfassung von 14 500 Preisreihen für Wohngebäude insgesamt, unterteilt nach Bauleistungen am Gebäude, 4 Abschnitten (Erd- und Grundbau-, Roh-, Ausbauarbeiten, haustechnische Anlagen), Baunebenleistungen und einzelnen Bauarbeiten an Hand von Wägungsschemata für 12 verschiedene Typen von Ein-(Zwei-)familien- und 15 verschiedene Typen von Mehrfamiliengebäuden auf der Basis 1958=100.

Die Gewichtung wurde aus den Schlußabrechnungen von ausgewählten Ein- und Mehrfamiliengebäuden abgeleitet, die im Jahre 1958 gebaut wurden.

Beginn der Indexreihen: Februar 1959. Die Indices für Bauleistungen am Gebäude wurden bis 1913 zurückgerechnet.

Veröffentlicht werden in gesonderten Übersichten Indexziffern für Ein-(Zwei-)familiengebäude insgesamt und für Mehrfamiliengebäude insgesamt sowie aus dem Verzeichnis der Bauwerke für das Einfamiliengebäude Typ Nr. 20 und das Mehrfamiliengebäude Typ Nr. 25.

#### Veröffentlichungen:

WiSta 59/11 (M); 60/1, 2, 6, 9; 61/6.

WiSta\* (vierteljährlich).

PLW Reihe 5 (vierteljährlich)

fortgesetzt in:

Fachserie M, Reihe 5 mit Vorberichten (vierteljährlich).

##### b) Preisindex für Nichtwohngebäude

Vierteljährliche Berechnung im StBA. Zusammenfassung von 14 500 Preisreihen sowohl für Bauleistungen am Gebäude als auch für einzelne Bauarbeiten für 2 Typen von Bürogebäuden, 6 Typen von gewerblichen und 4 Typen von landwirtschaftlichen Betriebsgebäuden und einen Typ eines gemischt genutzten Gebäudes. Basis 1958=100. Beginn der Reihen: Februar 1959.

#### Veröffentlichungen:

PLW Reihe 5 (vierteljährlich)

fortgesetzt in:

Fachserie M, Reihe 5 mit Vorberichten (vierteljährlich).

##### c) Preisindex für den Straßenbau

Vierteljährliche Berechnung im StBA. Zusammenfassung von 2 300 Preisreihen zu Indices sowohl für Straßenbauarbeiten insgesamt als auch für einzelne Bauarbeiten an Hand verschiedener Wägungsschemata. Basis 1960=100. Beginn der Reihen: Februar 1960.

#### Veröffentlichungen:

WiSta 62/7 (M).

PLW Reihe 5 (vierteljährlich)

fortgesetzt in:

Fachserie M, Reihe 5 mit Vorberichten (vierteljährlich).

#### Bemerkungen:

Es ist vorgesehen, im Jahre 1963 einen Preisindex der Instandhaltung auf Grund von Preisreihen für etwa 20 Instandhaltungsleistungen auf der Basis 1962=100 an Hand verschiedener Wägungsschemata zu berechnen. Beginn der Reihen: Februar 1962.

## 11. Statistik der Wirtschaftsrechnungen

### a) Erhebungen in Arbeitnehmerhaushalten einer mittleren Verbrauchergruppe (»Indexhaushalte«) und einer unteren Verbrauchergruppe (»Rentnerhaushalte«)

(StBRD Band 182 S. 93, lfd. Nr. XI A 10 a)

#### Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Statistik der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte vom 11. Januar 1961 (BGBl. I S. 18). Abdruck im Anhang S. 259.

#### Periodizität:

Laufende Anschreibungen, monatliche Erhebung und Aufbereitung.

#### Kreis der Befragten:

Mittlere Verbrauchergruppe: Bis zu 400 Vier-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit monatlichen Verbrauchsausgaben von 200 DM bis 350 DM im Jahre 1950.

Untere Verbrauchergruppe: Bis zu 150 Zwei-Personen-Haushalte von Renten- und Fürsorgeempfängern u. ä. mit monatlichen Verbrauchsausgaben unter 140 DM im Jahre 1952.

Die Grenzen der monatlichen Verbrauchsausgaben wurden seitdem der Entwicklung des durchschnittlichen Arbeitnehmerinkommens bzw. der Renten und Unterstützungen jeweils angepaßt und liegen zur Zeit zwischen 600 DM und 800 DM (mittlere Verbrauchergruppe) und unter 300 DM (untere Verbrauchergruppe).

#### Berichtsweg:

Befragte — StLÄ — StBA.

#### Dargestellte Tatbestände:

Monatliche Einnahmen und Ausgaben nach Arten, mengenmäßiger Verbrauch an ausgewählten Waren je Haushalt und je Haushaltsmitglied, durchschnittlich je Mengeneinheit aufgewendeten Beträge für ausgewählte Waren.

#### Veröffentlichungen:

WiSta 58/5, 6, 8, 10; 59/1, 6, 7, 9; 60/1, 4, 6, 9, 12; 61/4, 6, 7; 62/1, 4.

WiSta\* (monatlich).

StB VI/4 (vierteljährlich)

fortgesetzt in:

PLW Reihe 13/I (vierteljährlich, jährlich),

Reihe 13/II (jährlich)

\*fortgesetzt in:

Fachserie M, Reihe 13/I (vierteljährlich, jährlich),

Reihe 13/II (jährlich).

### b) Erhebungen in jährlich wechselnden Verbrauchergruppen

(StBRD Band 182 S. 93, lfd. Nr. XI A 10 b)

#### Rechtsgrundlage:

Gemeinsame Anordnung vom 1. Juni 1949, lfd. Nr. 38 der Anlage zur Gemeinsamen Anordnung. StatGes, § 16 Abs. 1. Abdruck im Anhang S. 156.

#### Periodizität:

Im Jahre 1949, in den Wirtschaftsjahren (Juli bis Juni) 1950/51 und 1951/52 sowie im Jahre 1953 durchgeführt. Jeweils laufende Anschreibungen, monatliche Erhebung, jährliche Aufbereitung.

#### Kreis der Befragten:

1949: 743 Arbeitnehmerhaushalte.

1950/51: 910 Arbeitnehmerhaushalte.

1951/52: 615 Haushalte von Rentnern, Fürsorgeempfängern usw. und 577 Arbeitnehmerhaushalte.

1953: 761 bäuerliche Haushalte (unter 20 ha landwirtschaftlich genutzte Fläche), 193 Landarbeiterhaushalte. Die Erhebungen wurden in Hamburg, Bremen und Berlin nicht durchgeführt.

#### Berichtsweg:

Befragte — StLÄ — StBA.

Die Erhebung von 1953 wurde in den Haushalten mit Erhebungshelfern (in der Regel Landwirtschaftslehrerinnen) durchgeführt.

#### Dargestellte Tatbestände:

Jahreseinnahmen und -ausgaben nach Arten, mengenmäßiger Verbrauch an ausgewählten Waren je Haushalt, je Haushaltsmitglied und je Vollperson, durchschnittlich je Mengeneinheit aufgewendete Beträge für ausgewählte Waren.

Gruppierung der Haushalte nach der Größe, der sozialen Stellung des Haushaltsvorstandes, der Höhe der Verbrauchsausgaben und den Wohnverhältnissen.

#### Veröffentlichungen:

Für 1949 und für 1950/51 (Arbeitnehmerhaushalte): PLW Reihe 13,

Sonderheft 1;

Für 1951/52 (Rentnerhaushalte): PLW Reihe 13, Sonderheft 2;

Für 1953 (bäuerliche und Landarbeiterhaushalte): PLW Reihe 13,

Sonderheft 3.

Für 1937 sind über den Verbrauch in rund 2470 Arbeiterhaushalten bisher nicht veröffentlichte Einzelunterlagen in PLW Reihe 13, Sonderheft 4, Teil I zusammengestellt worden. Im vorgesehenen Teil II werden vom Statistischen Reichsamt zusammengestellte, aber nicht mehr veröffentlichte Ergebnisse sowie vom StBA erstellte Tabellen veröffentlicht werden.

## Bemerkungen:

Für 1957/58 wurde das StBA mit einer Erhebung im Kali- und Steinsalzbergbau, für 1958/59 mit einer Erhebung im Braunkohlenbergbau betraut. Befragt wurden 65 bzw. 164 Haushalte. Es ist vorgesehen, die Ergebnisse in Fachserie M, Reihe 13 zu veröffentlichen.

### c) Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962

(StBRD Band 182 S. 93, lfd. Nr. XI A 10 c)

#### Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 11 a.

#### Periodizität:

Laufende Anschreibungen, monatliche Erhebung, Aufbereitung für ein ganzes Jahr, beginnend Mai 1962. Wiederholung in drei- bis fünfjährigen Abständen.

#### Kreis der Befragten:

Rund 50 000 Haushalte (etwa 0,3% aller Haushalte), davon etwa 35 000 Haushalte Unselbständiger, gegliedert nach 7 sozialen Gruppen (Beamte, Angestellte, Arbeiter, Rentner, Pensionäre, Unterstützungsempfänger, sonstige Nichterwerbstätige) sowie 15 000 Haushalte Selbständiger, unterteilt in selbständige Landwirte und übrige Selbständige. Die Schichtung erfolgte zusätzlich — soweit möglich — nach 5 Einkommensgruppen (bei Landwirten nach Betriebsgrößenklassen der landwirtschaftlichen Nutzfläche) sowie nach der Zahl der Haushaltsmitglieder. Siehe auch Übersicht im Anhang S. 296.

#### Berichtsweg:

Befragte — StLÄ — StBA (zentrale Aufbereitung).

#### Dargestellte Tatbestände:

##### Vorgesehen:

Einkommen der Haushalte nach Quellen (Erwerbstätigkeit, Rente, Pension, eigenes Vermögen, Vermögensminderung oder -auflösung, Verschuldung u. ä.). Ausgaben der Haushalte nach dem Verwendungszweck sowie nach Dauerhaftigkeit und Wert der erworbenen Güter.

Haushalte nach Größe (Personen-, Kinderzahl), Einkommenshöhe, Zahl der Einkommensbezieher, überwiegender Unterhaltsquelle, Wirtschaftsbereich und Stellung im Beruf des erwerbstätigen Haushaltsvorstandes. Ferner Gliederung nach Gemeindegrößenklassen des Wohnorts, Alter des Haushalts, Vertriebeneneigenschaft, Merkmalen der Ausstattung des Haushalts (Wohnverhältnisse, Besitz bestimmter hochwertiger Gebrauchsgüter).

#### Veröffentlichungen:

WiSta 61/10 (M); 62/2 (M).

##### Vorgesehen:

Fachserie M, Einzelveröffentlichungen.

#### Bemerkungen:

Es ist vorgesehen, der Verbrauchsgliederung das »Systematische Güterverzeichnis für den Privaten Verbrauch« (Ausgabe 1962) zugrunde zu legen.

### d) Erhebung in Arbeiterhaushalten der Montan-Industrien

#### Rechtsgrundlage:

Im Auftrag der Hohen Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl im Eisenerz- und Steinkohlenbergbau sowie in der Eisenschaffenden Industrie durchgeführt.

#### Periodizität:

Vom 1. Mai 1956 bis 30. April 1957 durchgeführt.

#### Kreis der Befragten:

238 Arbeiterhaushalte aus dem Steinkohlenbergbau, 100 aus dem Eisenerzbergbau und 114 aus der Eisenschaffenden Industrie mit 4 Haushaltsmitgliedern (Eltern und 2 Kinder unter 14 Jahren). Der Durchschnittslohn des Haushaltsvorstandes lag im Rahmen einer Spanne von  $\pm 20\%$  um den durchschnittlichen Lohn der betreffenden Gruppe.

#### Berichtsweg:

Befragte — StLÄ (teilweise) — StBA.

#### Dargestellte Tatbestände:

Jahreseinnahmen und -ausgaben nach Arten, mengenmäßiger Verbrauch an ausgewählten Waren je Haushalt, durch-

schnittlich je Mengeneinheit aufgewendete Beträge für ausgewählte Waren. Gruppierung der Haushalte nach Industriezweigen, Revieren sowie Unter- und Übertagearbeitern im Bergbau.

#### Veröffentlichungen:

WiSta 59/5, 5\*.

PLW Reihe 13 Sonderheft 5.

## B. Löhne, Gehälter

### 1. Verdienststatistik in Industrie und Handel

(StBRD Band 182 S. 93, lfd. Nr. XI B 1)

#### Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Lohnstatistik vom 18. Mai 1956 (BGBl. I S. 429). Abdruck im Anhang S. 261.

#### Periodizität:

Vierteljährliche Erhebung und Aufbereitung jeweils für den 2. Monat des Quartals.

#### Kreis der Befragten:

Ausgewählte Betriebe der Industrie sowie des Handels, Geld- und Versicherungswesens mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (im Baugewerbe und im Handel, Geld- und Versicherungswesen mit 5 und mehr Beschäftigten, im Bergbau sämtliche Betriebe).

Erfaßt werden Arbeiter und Angestellte in den Abteilungen 1 bis 5 sowie die Angestellten in der Abteilung 6 (entsprechend dem »Systematischen Verzeichnis der Arbeitsstätten, Ausgabe 1950« — siehe auch Übersicht im Anhang S. 270 und Auszug aus der Systematik auf S. 275). Die Auswahlquote beträgt im allgemeinen in allen Wirtschaftsabteilungen rund 25% (im Baugewerbe und im Handel 10%, im Bergbau 100%) der Beschäftigten.

#### Berichtsweg:

Befragte — StLÄ — StBA.

#### Dargestellte Tatbestände:

Durchschnittliche Bruttowochen- und Bruttostundenverdienste, durchschnittlich bezahlte Wochenstunden und durchschnittlich geleistete Wochenarbeitszeit (darunter Mehrarbeitsstunden) der Arbeiter nach Wirtschaftsgruppen, Leistungsgruppen und Geschlecht.

Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der Angestellten nach Wirtschaftsgruppen, Beschäftigungsarten, Leistungsgruppen und Geschlecht.

#### Veröffentlichungen:

WiSta 58/7, 8, 9, 11, 12; 59/2, 3, 6, 8, 9, 11, 12, 60/2, 3, 5, 6, 8, 9, 11, 12; 61/2, 3, 5, 6, 8, 9, 11, 12; 62/3.

WiSta\* (monatlich).

PLW Reihe 15, Teil I: Arbeiterverdienste (vierteljährlich), Heft 1 (M) fortgesetzt in:

Fachserie M, Reihe 15/I (vierteljährlich) mit Eilbericht.

PLW Reihe 15, Teil II: Angestelltenverdienste (vierteljährlich)

fortgesetzt in:

Fachserie M, Reihe 15/II (vierteljährlich) mit Eilbericht.

#### *Index der durchschnittlichen Bruttostunden- und Bruttowochenverdienste und der durchschnittlich bezahlten Wochenstunden der Arbeiter in der Industrie*

(StBRD Band 182 S. 93, nach lfd. Nr. XI B 1)

Vierteljährliche Berechnung im StBA (Basis 1958 = 100) für sämtliche durch die Verdienststatistik in der Industrie (einschließlich Bauwirtschaft) erfaßten Abteilungen. Gesamtindex sowie Gliederung nach Wirtschaftsgruppen, Leistungsgruppen und Geschlecht. Beginn der Indexreihen: 1950.

#### Veröffentlichungen:

WiSta 59/4 (M), 61/12.

WiSta\* (monatlich).

PLW Reihe 15, Teil I

fortgesetzt in:

Fachserie M, Reihe 15/I (vierteljährlich).

## *Index der durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste der Angestellten in Industrie und Handel*

Vierteljährliche Berechnung im StBA (Basis 1958 = 100) für sämtliche durch die Verdienststatistik in Industrie (einschließlich Baugewerbe) und Handel erfaßten Abteilungen. Gesamtindex, Gliederung nach Wirtschaftsgruppen, Beschäftigungsarten, Leistungsgruppen und Geschlecht. Beginn der Indexreihen 1957.

### Veröffentlichungen:

WiSta 62/2 (M).

PLW Reihe 15, Teil II

fortgesetzt in:

Fachserie M, Reihe 15/II (vierteljährlich).

## 2. Verdiensterhebung im Handwerk

(StBRD Band 182 S. 94, lfd. Nr. XI B 2)

### Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Lohnstatistik vom 18. Mai 1956 (BGBl. I S. 429). Abdruck im Anhang S. 261.

### Periodizität:

Halbjährliche Erhebung (Mai und November) und Aufbereitung; erste Erhebung für November 1957.

### Kreis der Befragten:

Ausgewählte Betriebe mit 3 und mehr Beschäftigten in ausgewählten Handwerkszweigen. Erfaßt werden rund 10% der in allen Handwerksbetrieben dieser Größenklasse Beschäftigten.

### Berichtsweg:

Befragte — StLÄ — StBA.

### Dargestellte Tatbestände:

Durchschnittliche Bruttostunden- und Bruttowochenverdienste der männlichen Gesellen und der übrigen männlichen Arbeiter (bei der Herrenschneiderei der männlichen und weiblichen, bei der Damenschneiderei nur der weiblichen Arbeiter), durchschnittlich bezahlte Wochenstunden und durchschnittlich geleistete Wochenarbeitszeit (darunter Mehrarbeitsstunden).

Gliederung jeweils nach Vollgesellen, Junggesellen und übrigen Arbeitern, bei der Herrenschneiderei auch nach dem Geschlecht.

Fachliche Gliederung nach dem »Systematischen Verzeichnis der Arbeitsstätten, Ausgabe 1950«. Siehe auch Übersicht im Anhang S. 270 und Auszug aus der Systematik S. 275.

### Veröffentlichungen:

WiSta 58/10 (M); 59/4, 10; 60/3, 9, 9\*; 61/3, 10.

PLW Reihe 16 (halbjährlich)

fortgesetzt in:

Fachserie M, Reihe 16 (halbjährlich).

## 3. Verdiensterhebung in der Landwirtschaft

(StBRD Band 182 S. 94, lfd. Nr. XI B 3)

### Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Lohnstatistik vom 18. Mai 1956 (BGBl. I S. 429). Abdruck im Anhang S. 261.

### Periodizität:

Jährliche Erhebung für September und Aufbereitung.

### Kreis der Befragten:

Ausgewählte landwirtschaftliche Betriebe mit 20 und mehr ha landwirtschaftlicher Nutzfläche.

Die Betriebe wurden so ausgewählt, daß die Erhebung etwa 10% aller landwirtschaftlichen Arbeiter der erfaßten Arbeitergruppen einbezog. Die Erhebung wird in Hamburg, Bremen, Saarland und Berlin nicht durchgeführt.

### Berichtsweg:

Befragte — StLÄ — StBA.

### Dargestellte Tatbestände:

Brutto-Barverdienste der in die Hausgemeinschaft aufgenommenen familienfremden Arbeitskräfte im Monatslohn, gegliedert nach Geschlecht und 2 Betriebsgrößenklassen;

Brutto-Barverdienste und bezahlte Arbeitsstunden der nicht in die Hausgemeinschaft aufgenommenen männlichen Arbeitskräfte im Stundenlohn (nur für Betriebe der Betriebsgrößenklasse von 50 und mehr ha landwirtschaftlicher Nutzfläche), gegliedert nach 2 Arbeitergruppen.

Fachliche Gliederung nach dem »Systematischen Verzeichnis der Arbeitsstätten, Ausgabe 1950«. Siehe auch Übersicht im Anhang S. 270 und Auszug aus der Systematik S. 275.

### Veröffentlichungen:

WiSta 58/8 (M); 59/1; 60/1, 12; 61/12.

PLW Reihe 14 (jährlich)

wird fortgesetzt in:

Fachserie M, Reihe 14 (jährlich).

## 4. Gehalts- und Lohnstrukturerhebungen

### a) Gehalts- und Lohnstrukturerhebung in der gewerblichen Wirtschaft 1957

(StBRD Band 182 S. 94; lfd. Nr. XI B 4a)

### Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Lohnstatistik vom 18. Mai 1956 (BGBl. I S. 429). Abdruck im Anhang S. 261. Erste Verordnung über die Durchführung einer Sondererhebung zur Lohnstatistik vom 7. Februar 1957 (Bundesanzeiger Nr. 30 S. 1). Abdruck im Anhang S. 265.

### Periodizität:

Teil 1: In mehrjährigen Abständen (3 bis 5 Jahre), zuletzt für Oktober 1957, als Sondererhebung zur Lohnstatistik durchgeführt.

Teil 2: Im Jahr 1958 für das Wirtschaftsjahr 1957 durchgeführt.

### Kreis der Befragten:

Teil 1: Sämtliche Betriebe der gewerblichen Wirtschaft mit 100 und mehr Beschäftigten. Von den Betrieben mit 20 bis 99 Beschäftigten jeder 2. Betrieb. Von den Betrieben mit 10 bis 19 Beschäftigten (in der Wirtschaftsabteilung 6 mit 5 bis 19 Beschäftigten, in den ausgewählten Zweigen und Klassen der Wirtschaftsabteilung 9 mit 2 bis 19 Beschäftigten) jeder 7. Betrieb.

Erfaßt werden Arbeiter und Angestellte in den Wirtschaftsabteilungen 1 bis 5 sowie die Angestellten in der Wirtschaftsabteilung 6 und in ausgewählten Zweigen und Klassen der Wirtschaftsabteilung 9 (jeweils entsprechend dem »Systematischen Verzeichnis der Arbeitsstätten, Ausgabe 1950« — siehe auch Übersicht im Anhang S. 270 und Auszug aus der Systematik auf S. 275. Die Auswahlquote beträgt rund 15% der in diesen Wirtschaftsbereichen insgesamt Beschäftigten, und zwar bei den Betrieben mit 100 und mehr Beschäftigten rund 15%, bei den Betrieben mit 20 bis 99 Beschäftigten rund 30%, bei den Betrieben mit weniger als 20 Beschäftigten sämtliche Arbeitnehmer.

Teil 2: Unternehmen der Wirtschaftsabteilungen 1 bis 6 mit 20 und mehr Beschäftigten, deren Betriebe mit Teil 1 der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1957 erfaßt wurden.

### Berichtsweg:

Befragte — StLÄ — StBA. Zentrale Aufbereitung des Teils 2 im StBA.

### Dargestellte Tatbestände:

Teil 1: Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste (bei Arbeitern auch durchschnittliche Bruttostunden- und Bruttowochenverdienste, bezahlte Wochenstunden und durchschnittlich geleistete Wochenarbeitszeit) nach Geschlecht, Altersstufen, Leistungsgruppen, Lohnart, Dauer der Betriebszugehörigkeit, Tarifen und Berufen. Zusammensetzung und Schichtung der Verdienste.

Teil 2: Aufwendungen der Unternehmen für ihre Arbeitnehmer im Wirtschaftsjahr 1957.

### Veröffentlichungen:

WiSta 59/6, 6\*, 7, 7\*, 9, 9\*; 60/7, 7\*.

StBRD Band 246, Heft 1, 2, 3.



**b) Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1962 in der gewerblichen Wirtschaft und im Dienstleistungsbereich (in Vorbereitung)**

**Rechtsgrundlage:**

Siehe lfd. Nr. 4a und Zweite Verordnung über die Durchführung einer Sondererhebung zur Lohnstatistik vom 8. August 1961 (Bundesanzeiger Nr. 153 S. 1). Abdruck im Anhang S. 265.

**Periodizität:**

Für Oktober 1962 durchzuführen.

**Kreis der Befragten:**

Sämtliche Betriebe der gewerblichen Wirtschaft mit 100 und mehr Beschäftigten. Von den Betrieben mit 20 bis 99 Beschäftigten jeder 2. Betrieb. Von den Betrieben mit 10 bis 19 Beschäftigten (in den Wirtschaftsabteilungen 6 und 9 in ausgewählten Gruppen, Untergruppen und Klassen von 5 bzw. 2 Beschäftigten an) jeder 7. Betrieb (jeweils entsprechend der »Systematik der Wirtschaftszweige« Ausgabe 1961). Siehe auch Übersicht im Anhang S. 270 und Auszug aus der Systematik S. 272.

Erfast werden Arbeiter bzw. Angestellte nur in den Wirtschaftszweigen, in denen sie zahlenmäßig bedeutungsvoll sind. Die Auswahlquote beträgt im allgemeinen 15% der Arbeitnehmer, und zwar werden in den ausgewählten Betrieben bis zu 19 Beschäftigten Angaben für alle Arbeitnehmer erhoben. In den ausgewählten Betrieben von 20 bis 99 Beschäftigten werden für 30% und in den Betrieben mit 100 und mehr Beschäftigten für 15% der Beschäftigten Angaben erfragt. Siehe auch Übersicht im Anhang S. 296.

**Berichtsweg:**

Befragte — StLÄ — StBA.

**Dargestellte Tatbestände:**

**Vorgesehen:**

Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste bei Angestellten (durchschnittliche Wochenarbeitszeiten, Bruttostunden- und Bruttowochenverdienste bei Arbeitern), gesetzliche Abzüge vom Bruttoverdienst, nach Wirtschaftsbereichen, Betriebsgrößenklassen, Leistungsgruppen, Geschlecht, bei Angestellten außerdem nach Beschäftigungsarten, bei Arbeitern nach Lohnformen.

Bruttomonatsverdienste nach Verdienstklassen, Geschlecht und Altersgruppen. Außerdem für Arbeiter: Bruttostundenverdienste nach Verdienstklassen, monatliche Arbeitszeit nach Arbeitszeitklassen.

Effektiver und tariflicher Verdienst der unter eine Tarifregelung fallenden Arbeiter und Angestellten nach Wirtschaftsbereichen und Leistungsgruppen. Betriebe und darin beschäftigte Arbeitnehmer nach 5- bzw. 6-Tage-Woche bzw. abwechselnder 5- und 6-Tage-Woche.

**Veröffentlichungen:**

**Vorgesehen:**

Fachserie M, Einzelveröffentlichungen (einmalig).

**c) Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1953 in der Landwirtschaft**

(StBRD Band 182 S. 94, lfd. Nr. XI B 4b)

**Rechtsgrundlage:**

Verordnung zur Durchführung einer Statistik der Gehalts- und Lohnverhältnisse vom 22. Dezember 1951 (Bundesanzeiger Nr. 249 S. 1) und Durchführungsbestimmungen vom 2. Januar 1953 (Bundesanzeiger Nr. 3 S. 1).

**Periodizität:**

Für Februar 1953 bis Januar 1954 monatlich erhoben; in kleineren Betrieben nur in den Monaten Februar, Mai, September und November 1953. Aufbereitung am Ende des Berichtsjahres.

**Kreis der Befragten:**

Ausgewählte Betriebe mit 5 und mehr ha landwirtschaftlicher Nutzfläche.

Erfast wurden rund 22 000 Betriebe, das sind rund 6,5% aller durch die Landwirtschaftliche Betriebszählung 1949 ermittelten Betriebe mit ständig beschäftigten familienfremden Arbeitskräften.

**Berichtsweg:**

Befragte — StLÄ — StBA.

**Dargestellte Tatbestände:**

Familienfremde Angestellte und Arbeiter (ständig beschäftigte, Saison- und Aushilfsarbeiter) in landwirtschaftlichen Betrieben.

Durchschnittliche Jahres-, Monats- und Stundenverdienste einschließlich Sachleistungen nach Arbeitergruppen, Geschlecht, Familienstand und Kinderzahl, Altersstufen, tariflichen Ortsklassen, Betriebsgrößenklassen; Zusammensetzung und Schichtung der Verdienste.

**Veröffentlichungen:**

WiSta 56/12.

StBRD Band 92, Heft 2.

**d) Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1962 in der Landwirtschaft**

**Rechtsgrundlage:**

Gesetz über die Lohnstatistik vom 18. Mai 1956 (BGBl. I S. 429). Abdruck im Anhang S. 261. Zweite Verordnung über die Durchführung einer Sondererhebung zur Lohnstatistik vom 8. August 1961 (Bundesanzeiger Nr. 153 S. 1). Abdruck im Anhang S. 265.

**Periodizität:**

In Betrieben von 50 und mehr ha landwirtschaftlicher Nutzfläche: Für Februar 1962 bis Januar 1963 monatliche Angaben über die Stundenlöhner; für einen Monat des Erhebungsjahres (August oder September, alternierend) Angaben über die Monatslöhner und die Angestellten.

In Betrieben von 20 bis unter 50 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche: Für einen Monat des Erhebungsjahres (August oder September, alternierend) Angaben über die Landarbeiter und die Hilfsarbeiter im Monatslohn.

**Kreis der Befragten:**

30% der landwirtschaftlichen Betriebe (rund 5000) mit 50 und mehr ha landwirtschaftlicher Nutzfläche und 15% der Betriebe (rund 9000) mit 20 bis unter 50 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche. Siehe auch Übersicht im Anhang S. 296.

**Berichtsweg:**

Befragte — StLÄ — StBA.

**Dargestellte Tatbestände:**

**Vorgesehen:**

Arbeitergruppen und Angestellte (Inspektoren und Verwalter) nach Geschlecht, Familienstand, Kinderzahl, Altersgruppen.

Monatslöhner und Angestellte: Gesamtbruttomonatsverdienste in ihrer Zusammensetzung sowie nach Familienstand und Kinderzahl; Verteilung auf Gesamtbruttomonatsverdienstklassen.

Stundenlöhner: Im Jahr bezahlte Stunden und Gesamtbruttoverdienste in ihrer Zusammensetzung sowie nach Familienstand und Kinderzahl; Verteilung auf Jahresarbeitszeitklassen, Gesamtbruttotojahres- und -stundenverdienstklassen.

**Veröffentlichungen:**

**Vorgesehen:**

Fachserie M, Einzelveröffentlichungen (einmalig).

**Bemerkungen:**

Die Erhebung wird in Hamburg, Bremen und Berlin nicht durchgeführt.

**e) Lohnstrukturerhebung 1962 im Erwerbsgartenbau**

**Rechtsgrundlage:**

Siehe lfd. Nr. 4d.

**Periodizität:**

Für Mai 1962 durchgeführt.

**Kreis der Befragten:**

50% der Gartenbaubetriebe mit Schwergewicht in der Erzeugung von Gemüse, Obst und anderen Gartenbauerzeugnissen (rund 6200 Betriebe).

Erfaßt werden die im Erhebungsmonat vollbeschäftigten, über 14 Jahre alten, familienfremden Arbeitskräfte ohne die nichtgärtnerischen Fachkräfte.

Berichtsweg:

Befragte — StLÄ — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Vorgesehen:

Arbeitergruppe (Gärtnermeister, Obergärtner, Gehilfen, angelernte und ungelernte Arbeiter) nach Geschlecht, Familienstand, Kinderzahl, Altersgruppen.

Durchschnittlich bezahlte Stunden, durchschnittliche Brutto-, Natural- und Gesamtbruttoverdienste, prozentuale Anteile der gesetzlichen Abzüge; Gesamtbruttoverdienste nach Monats- und Stundenverdienstklassen. Durchschnittliche Gesamtbrutto- und Nettostundenverdienste nach Familienstand und Kinderzahl.

Veröffentlichungen:

Vorgesehen:

Fachserie M, Einzelveröffentlichungen (einmalig).

**f) Lohnstrukturerhebung 1952/53 in der Forstwirtschaft**  
(StBRD Band 182 S. 95, lfd. Nr. XI B 4 c)

Rechtsgrundlage:

Verordnung entsprechend lfd. Nr. 4 c und Durchführungsbestimmungen vom 30. September 1952 (Bundesanzeiger Nr. 193 S. 2).

Periodizität:

Für die einzelnen Monate des Forstwirtschaftsjahres 1953 (Oktober 1952 bis September 1953) vierteljährlich erhoben; Aufbereitung vierteljährlich und am Ende des Berichtsjahres.

Kreis der Befragten:

Staatliche und kommunale Forstbetriebe mit 100 und mehr ha Waldfläche.

Erfaßt wurden die Arbeiter, deren Namen mit D, G, L, R, T oder W beginnen, das sind rund 25 % aller im Erhebungsbereich beschäftigten Arbeiter (rund 22 500).

Berichtsweg:

Befragte — StLÄ — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Arbeiter in forstwirtschaftlichen Betrieben.

Durchschnittliche Jahres-, Monats- und Stundenverdienste einschließlich Sachleistungen nach Arbeitergruppen, Geschlecht, Familienstand und Kinderzahl, Altersstufen, Lohnart (Zeit- und Leistungslohn), tariflichen Ortsklassen; Zusammensetzung und Schichtung der Verdienste.

Veröffentlichungen:

WiSta 54/9.

StBRD Band 92, Heft 1.

**g) Lohnstrukturerhebung 1961/62 in der Forstwirtschaft**

Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 4 d.

Periodizität:

Für das Forstwirtschaftsjahr 1962 (1. Oktober 1961 bis 30. September 1962) erhoben und aufbereitet.

Kreis der Befragten:

Staatliche und kommunale Forstbetriebe mit 100 und mehr ha Waldfläche. Erfasst werden 25 % der über 20 Jahre alten ständig beschäftigten Arbeiter (rund 13 500); einbezogen werden alle Arbeiter, deren Familiennamen mit einem der folgenden Buchstaben beginnen: D, G, L, R, T, W.

Berichtsweg:

Befragte — StLÄ — StBA.

Dargestellte Tatbestände:

Vorgesehen:

Arbeitergruppen (Haumeister, Waldfacharbeiter, sonstige Waldarbeiter) in staatlichen und kommunalen Forstbetrieben nach Altersgruppen, Familienstand, Kinderzahl.

Im Jahr bezahlte Stunden, Bruttojahres- und -stundenverdienste in ihrer Zusammensetzung sowie nach Familienstand und Kinderzahl; Verteilung auf Jahresarbeitszeitklassen, Bruttojahres- und -stundenverdienstklassen.

Veröffentlichungen:

Vorgesehen:

Fachserie M, Einzelveröffentlichung (einmalig).

Bemerkungen:

Die Erhebung wird in Hamburg, Bremen und Berlin nicht durchgeführt.

**5. Statistik der Tariflöhne und -gehälter**

**a) Statistik der Tariflöhne und -gehälter**

(StBRD Band 182 S. 95, lfd. Nr. XI B 5)

Periodizität:

Laufende Erfassung der tariflichen Lohn- und Gehaltsätze und halbjährliche Aufbereitung, jeweils nach dem Stand Mai und November.

Dargestellte Tatbestände:

Ausgewählte Tarifverträge. Tarifliche Lohnsätze der höchsten und niedrigsten Lohngruppe und ausgewählter dazwischenliegender Lohngruppen in der höchsten tarifmäßigen Altersstufe. Tarifliche Anfangs- und Endgehälter der höchsten und niedrigsten Gehaltsgruppe und ausgewählter dazwischenliegender Gehaltsgruppen. (Jeweils in der höchsten tarifmäßigen Ortsklasse; in den übrigen Ortsklassen nur die am stärksten besetzte Lohn- bzw. Gehaltsgruppe.)

Für Arbeiter und Angestellte: wichtige tarifliche Regelungen (Arbeitszeit, Urlaub, Bezahlung bei Krankheit, Zuschläge für Überstunden u. ä.) nur jährlich, jeweils nach dem Stand Mai.

(Zusammenstellung im StBA an Hand der vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung [Tarifregister] und von den Sozialpartnern zur Verfügung gestellten Tarifverträge.)

Veröffentlichungen:

PLW Reihe 11 (Teil I: Tariflöhne, Teil II: Tarifgehälter.

Jeweils halbjährliche Ergänzungen)

fortgesetzt in:

Fachserie M, Reihe 11, I und II (halbjährlich).

**Index der Tariflöhne und -gehälter**

(StBRD Band 182 S. 95, nach lfd. Nr. XI B 5)

Vierteljährliche Berechnung im StBA.

I. Für die tariflichen Stundenlöhne in der gewerblichen Wirtschaft und in der öffentlichen Verwaltung: Zusammenfassung von 1727 Lohngruppen aus 454 Lohnтарифen (männliche Arbeiter) bzw. 738 Lohngruppen aus 306 Lohnтарифen (weibliche Arbeiter). Basis 1958 = 100. Gliederung nach 47 Wirtschaftsgruppen bei den Männern und nach 35 Wirtschaftsgruppen bei den Frauen sowie zusammengefaßt für Männer und Frauen und für Wirtschaftsbereiche.

II. Für die tariflichen Monatsgehälter in der gewerblichen Wirtschaft und öffentlichen Verwaltung: Zusammenfassung von 1148 Gehaltsgruppen aus 236 Tarifverträgen (männliche Angestellte) und 657 Gehaltsgruppen aus 215 Tarifverträgen (weibliche Angestellte). Basis 1958 = 100. Gliederung nach 50 Wirtschaftsgruppen bei den Männern und nach 47 Wirtschaftsgruppen bei den Frauen sowie zusammengefaßt für Männer und Frauen und für Wirtschaftsbereiche.

III. Für die Tariflöhne in der Landwirtschaft: Zusammenfassung von 153 Lohnreihen aus sämtlichen 11 Lohnтарифen (Originalbasis November 1950 = 100, umbasiert auf 1958 = 100). Gliederung nach Arbeitergruppen, Stunden- und Monatslöhnen sowie nach Bar- und Gesamtmonatslöhnen.

Veröffentlichungen:

WiSta 58/9 (M), 11 (M); 59/2, 4 (M), 6, 8, 11; 60/2, 5, 8 (M), 11; 61/2, 5, 8, 11, 12 (M); 62/1 (M), 3.

WiSta\* (vierteljährlich).

PLW Reihe 11, Teil III (vierteljährlich)

fortgesetzt in:

Fachserie M, Reihe 11/III (vierteljährlich).

#### Bemerkungen:

Bildung von durchlaufenden Reihen für längerfristige Vergleiche durch Verkettung mit dem früheren Index auf Basis 1950 (bei I und II).

#### Index der tariflichen Wochenarbeitszeiten

Vierteljährliche Berechnung im StBA.

Für die tariflichen Wochenarbeitszeiten in der gewerblichen Wirtschaft und in der öffentlichen Verwaltung: Gliederung nach 47 Wirtschaftsgruppen bei männlichen bzw. 35 bei weiblichen Arbeitern und nach 50 Wirtschaftsgruppen bei männlichen bzw. 47 bei weiblichen Angestellten sowie jeweils zusammengefaßt für Männer und Frauen und für Wirtschaftsbereiche.

Basis 1958 = 100.

#### Veröffentlichungen:

WiSta 60/8 (M); 62/3.

WiSta\* 60/8\*.

PLW Reihe 11, Teil III (vierteljährlich)

fortgesetzt in:

Fachserie M, Reihe 11/III (vierteljährlich).

#### Bemerkungen:

Bildung von durchlaufenden Reihen für längerfristige Vergleiche durch Verkettung mit dem früheren Index auf Basis 1950.

#### Berechnung des gesamtwirtschaftlichen Tariflohn-niveaus

#### Periodizität:

Monatliche Zusammenstellung.

#### Dargestellte Tatbestände:

Entwicklung des gesamtwirtschaftlichen Niveaus der tariflichen Stunden- und Wochenverdienste auf Basis Monatsdurchschnitt 1958 = 100, die Zahl der Beschäftigten, für die Tariflohn erhöhungen in Kraft getreten sind, das Ausmaß der jeweiligen Tariflohn erhöhungen.

(Zusammenstellung in der Deutschen Bundesbank.)

#### Veröffentlichungen:

Deutsche Bundesbank: Monatsberichte.

(Vierteljährlich im Rahmen des Abschnitts »Produktion und Märkte«.)

#### b) Statistik der Tariflöhne und -gehälter im Ausland

#### Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. September 1953 (BGBl. I S. 1314), § 2 Ziffer 4. Abdruck im Anhang S. 156.

#### Periodizität:

Laufende Erfassung, jährliche Zusammenstellung.

#### Dargestellte Tatbestände:

Durchschnittliche tarifliche Stunden-, Tage-, Wochen- oder Monatslöhne, Monats- oder Jahresgehälter — soweit jeweils möglich — nach Geschlecht, Berufen, Arbeitergruppen, Wirtschaftszweigen, Lohnzonen in ausgewählten europäischen und Übersee ländern (Zusammenstellung im StBA auf Grund amtlicher statistischer Veröffentlichungen des Auslandes).

#### Veröffentlichungen:

PLW Reihe 12, Heft 2 (jährlich)

wird fortgesetzt in:

Fachserie M, Reihe 12/II (jährlich).

#### Lohnindices in ausgewählten Ländern

Jährliche Berechnung im StBA auf Grund amtlicher Veröffentlichungen des Auslandes. Indices der tariflichen Stunden- bzw. Wochenlöhne gegliedert — soweit jeweils möglich — nach Geschlecht, Berufen, Arbeitergruppen, Wirtschaftszweigen in ausgewählten europäischen und Übersee ländern.

Die Indices werden einheitlich auf das Jahr 1953 umbasiert.

#### Veröffentlichungen:

PLW Reihe 12, Heft 2 (jährlich)

wird fortgesetzt in:

Fachserie M, Reihe 12/II (jährlich).

#### 6. Statistik der Streiks und Aussperrungen

##### a) Statistik der Streiks und Aussperrungen

(StBRD Band 182 S. 95, lfd. Nr. XI B 6)

#### Rechtsgrundlage:

Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (AVAVG) in der Fassung vom 3. April 1957 (BGBl. I S. 321), § 41. Sechste Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (Anzeigen bei Arbeitskämpfen) vom 22. April 1959 (BGBl. I S. 233).

#### Periodizität:

Laufende Erfassung und vierteljährliche Aufbereitung.

#### Kreis der Befragten:

Von Streik bzw. Aussperrung betroffene Betriebe.

#### Berichtsweg:

Befragte — Arbeitsverwaltungen der Länder — StLA — StBA.

#### Dargestellte Tatbestände:

Von Streik oder Aussperrung betroffene Betriebe mit beteiligten Arbeitnehmern und ausgefallenen Tagewerken nach Wirtschaftsgruppen.

#### Veröffentlichungen:

WiSta 59/2, 2\*; 60/3, 3\*; 61/2, 2\*; 62/2, 2\*.

StB VI/18 (vierteljährlich, jährlich)

fortgesetzt in:

Fachserie A, Reihe 6/IV (vierteljährlich, jährlich).

##### b) Statistik der Streiks und Aussperrungen im Ausland

#### Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. September 1953 (BGBl. I S. 1314), § 2 Ziffer 4. Abdruck im Anhang S. 156.

#### Periodizität:

Laufende Erfassung, jährliche Zusammenstellung.

#### Dargestellte Tatbestände:

Anzahl der Fälle, beteiligte Arbeitnehmer sowie verlorene Arbeitstage, jeweils nach ausgewählten Ländern und — soweit möglich — nach Wirtschaftsabteilungen.

(Zusammenstellung im StBA auf Grund amtlicher statistischer Veröffentlichungen des Auslandes.)

#### Veröffentlichungen:

PLW Reihe 12 (jährlich)

wird fortgesetzt in:

Fachserie M, Reihe 12/I (jährlich).

#### 7. Statistik der Verdienste und Löhne im Ausland

(StBRD Band 182 S. 95, lfd. Nr. XI B 7)

#### Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. September 1953 (BGBl. I S. 1314), § 2 Ziffer 4. Abdruck im Anhang S. 156.

#### Periodizität:

Laufende Erfassung, jährliche Zusammenstellung.

#### Dargestellte Tatbestände:

Durchschnittliche Bruttoverdienste und Arbeitszeiten sowie tarifliche Lohnsätze und Arbeitszeiten der Arbeiter und Angestellten nach Wirtschaftsgruppen, Berufen und Leistungsgruppen in ausgewählten europäischen und Übersee ländern.

Zusammenstellung im StBA auf Grund amtlicher statistischer Veröffentlichungen des Auslandes und ausländischer Zeitschriften.

#### Veröffentlichungen:

PLW Reihe 12 (jährlich)

wird fortgesetzt in:

Fachserie M, Reihe 12/I, II (jährlich).

## 8. Erhebung über die Aufwendungen der Arbeitgeber für Löhne und Lohnnebenkosten 1959, 1960, 1961

### Rechtsgrundlage:

EWG-Verordnung Nr. 10 zur Durchführung einer Lohnerhebung vom 25. August 1960 (nachrichtlich abgedruckt im BGBl. II S. 2292). Abdruck im Anhang S. 266. EWG-Verordnung Nr. 14 zur Durchführung einer Lohnerhebung vom 24. Juli 1961 (nachrichtlich abgedruckt im BGBl. II S. 1605). Abdruck im Anhang S. 267. EWG-Verordnung Nr. 28 zur Durchführung einer Lohnerhebung vom 14. Mai 1962 (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. 41 S. 1277). Abdruck im Anhang S. 268. -

### Periodizität:

Für die Jahre 1959 und 1960 durchgeführt;  
für 1961 angeordnet.

### Kreis der Befragten:

Für 1959:

Betriebe in 14 ausgewählten Industriezweigen.

Für 1960:

Unternehmen in 8 weiteren ausgewählten Industriezweigen.

Für 1961:

Unternehmen in 13 weiteren ausgewählten Industriezweigen.

Bei allen drei Erhebungen wurden bzw. werden Unternehmen (1959: Betriebe) mit mindestens 50 (in Luxemburg mit mindestens 20) Beschäftigten befragt. Die ausgewählten Industriezweige sind jeweils im Anhang der betreffenden Verordnung genannt.

### Berichtsweg:

Befragte — StLÄ — StBA — Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften.

### Dargestellte Tatbestände:

Arbeiter und Angestellte nach Geschlecht; Lohnkosten; Lohnnebenkosten insgesamt und nach Art der Aufwendungen (gesetzliche, tarifliche, zusätzliche); geleistete Arbeitsstunden der Arbeiter in der Gliederung nach Industriezweigen sowie Betriebs- bzw. Unternehmensgrößenklassen nach der Zahl der Beschäftigten.

### Veröffentlichungen:

WiSta 62/4, 6.

PLW Reihe 15, Sonderbeiträge

fortgesetzt in:

Fachserie M, Reihe 15/III.

Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften:  
Sozialstatistik — 1961 — Nr. 3.

## XII. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

### 1. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen für die Bundesrepublik Deutschland

(StBRD Band 182 S. 96, lfd. Nr. XII 1)

#### Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. September 1953 (BGBl. I S. 1314), § 2 Ziffer 5. Abdruck im Anhang S. 156.

#### Periodizität:

Jährliche Berechnung. (Für die Entstehung und Verwendung des Sozialprodukts sowie das Einkommen aus unselbständiger Arbeit sind vierteljährliche bzw. halbjährliche Berechnungen vorgesehen.)

#### Dargestellte Tatbestände:

##### I. Kontensystem

Darstellung des wirtschaftlichen Geschehens in einem abgelaufenen Zeitraum in Form eines geschlossenen Kontensystems (mit doppelter Verbuchung aller aufgezeigten Vorgänge). Im gegenwärtig vorliegenden Kontensystem werden die wirtschaftlichen Institutionen zu drei Sektoren zusammengefaßt: Unternehmen, Staat (einschließlich Sozialversicherung) sowie private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbscharakter. Eine tiefergehende Sektorengliederung ist vorgesehen. Zur Darstellung der wirtschaftlichen Tätigkeiten und damit verbundenen Vorgänge werden für jeden Sektor sieben Konten geführt, die im einzelnen folgende Ausschnitte des wirtschaftlichen Geschehens zeigen:

##### Konto 1: Die Produktion und ihre Verwendung

Verkäufe (einschließlich unterstellter Verkäufe) aus der laufenden Produktion, Vorratsveränderungen; Käufe für laufende Produktionszwecke; Saldo: Beitrag des Sektors zum Bruttoinlandsprodukt.

##### Konto 2: Die Entstehung von Erwerbs- und Vermögenseinkommen

Abschreibungen, gezahlte indirekte Steuern, empfangene Subventionen; Saldo: Beitrag des Sektors zum Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten.

##### Konto 3: Die Verteilung von Erwerbs- und Vermögenseinkommen

Empfangene und verteilte Einkommen aus unselbständiger Arbeit, empfangene und verteilte Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen; Saldo: Anteil des Sektors am Volkseinkommen.

##### Konto 4: Die Umverteilung der Einkommen

Empfangene laufende Übertragungen (indirekte Steuern, direkte Steuern und Sozialversicherungsbeiträge, sonstige); geleistete laufende Übertragungen (direkte Steuern und Sozialversicherungsbeiträge, Subventionen, sonstige); Saldo: Verfügbares Einkommen des Sektors nach der Umverteilung.

##### Konto 5: Letzter Verbrauch und Ersparnis

Käufe (einschließlich unterstellter Käufe) für den letzten Verbrauch (des Staates sowie der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter); Saldo: Ersparnis des Sektors.

##### Konto 6: Die Veränderungen des Reinvermögens

Veränderungen des Sachvermögens: Käufe (einschließlich unterstellter Käufe) für Anlageinvestitionen aus der Produktion, Käufe (minus Verkäufe) von Land und gebrauchten Anlagen, Vorratsveränderungen, Abschreibungen, Verkäufe von Schrott.

Nichtentnommene Gewinne u. ä. der Einzelunternehmen u. dgl., empfangene sowie geleistete Vermögensübertragungen; Saldo: Finanzierungssaldo des Sektors.

##### Konto 7: Die Veränderungen der Forderungen und Verbindlichkeiten

Veränderung der Forderungen und der Verbindlichkeiten des Sektors.

Für die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den inländischen Sektoren und der übrigen Welt ist ein zusammengefaßtes Konto der übrigen Welt eingerichtet.

Die auf den Konten 1 bis 6 des Staatssektors nachgewiesenen Positionen werden auch getrennt für Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherung dargestellt.

(Berechnung im StBA unter Verwendung zahlreicher Statistiken. Die Angaben über die Veränderungen der Forderungen und Verbindlichkeiten sind der Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank entnommen, siehe lfd. Nr. VIII A 1.)

### II. Darstellung des Sozialprodukts und andere Standardtabellen zum Kontensystem

#### Berechnungsmethoden und Beschreibung der Ergebnisse

##### 1. Entstehung des Sozialprodukts:

in jeweiligen Preisen:

Produktionswert bzw. Ertrag und Vorleistungen für 8 zusammengefaßte Bereiche, Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen (gegliedert nach 29 Bereichen), Abschreibungen, Nettoinlandsprodukt, indirekte Steuern, Subventionen, Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten (die 5 vorstehenden Größen gegliedert nach 10 Bereichen); Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt. Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen, Nettosozialprodukt zu Faktorkosten (Volkseinkommen).

in konstanten Preisen:

Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen (gegliedert nach 29 Bereichen), Abschreibungen, Nettoinlandsprodukt zu Marktpreisen, Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt, Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen, Nettosozialprodukt zu Marktpreisen.

##### 2. Verteilung des Volkseinkommens:

Einkommen aus unselbständiger Arbeit, Einkommen der privaten Haushalte (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter) aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, unverteilter Gewinne der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit, Einkommen des Staates aus Unternehmertätigkeit und Vermögen.

##### 3. Verwendung des Sozialprodukts (in jeweiligen und konstanten Preisen):

Privater Verbrauch, Staatsverbrauch (in jeweiligen Preisen, aufgegliedert in Verbrauch für zivile Zwecke und Verteidigung), Anlageinvestitionen (aufgegliedert in Ausrüstungen und Bauten, ferner Käufe von neuen Ausrüstungen und Bauten nach der Herkunft und nach Verwendungszwecken), Vorratsveränderung,

Außenbeitrag (Ausfuhr minus Einfuhr von Waren und Dienstleistungen).

Für den Privaten Verbrauch ist eine Gliederung nach Lieferbereichen und Verwendungszwecken vorgesehen.

4. Einkommen der privaten Haushalte (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter) und seine Verwendung:

Erwerbs- und Vermögenseinkommen, empfangene laufende Übertragungen (gegliedert nach Arten), Gesamteinkommen, geleistete laufende Übertragungen (gegliedert nach Arten), verfügbares Einkommen, Privater Verbrauch, Ersparnis, nichtentnommene Gewinne der Einzelunternehmen u. ä. sowie Privateinlagen u. dgl., geleistete minus empfangene Vermögensübertragungen, Finanzierungssaldo.

5. Der Staat als Teil der Volkswirtschaft:

Der Staat als Produzent, Verbraucher und Investor (Aufwendungen für Verwaltungsleistungen und ihre Verwendung, Anlageinvestitionen des Staates); Umverteilung von Einkommen und Vermögen über den Staat (empfangene und geleistete Übertragungen, gegliedert nach ihrem wirtschaftlichen Charakter sowie nach leistenden bzw. empfangenden Sektoren); Gesamtüberblick über die wirtschaftlichen Beziehungen des Staates zu den übrigen Sektoren und der übrigen Welt (Ausgaben: Käufe von Waren und Dienstleistungen, verteilte Erwerbs- und Vermögenseinkommen, geleistete Übertragungen, Veränderung der Forderungen; Einnahmen: Verkäufe von Verwaltungsleistungen, empfangene Erwerbs- und Vermögenseinkommen, empfangene Übertragungen, Veränderung der Verbindlichkeiten).

#### Veröffentlichungen:

Zu I: Kontensystem:

WiSta 60/6 (M), 10 (M); 61/10, 10\*.

Zu II: Darstellung des Sozialprodukts und andere Standardtabellen zum Kontensystem:

Sozialprodukt und Volkseinkommen:

WiSta 57/3 (M); 58/3 (M), 9 (M); 59/1, 5, 5\*; 60/1, 3, 3\*, 5, 9, 9\*, 10\*; 61/1, 1\*, 9, 9\*, 10.

Einkommen der privaten Haushalte und seine Verwendung:

WiSta 60/3, 10\*, 12 (M); 61/1\*.

Der Staat als Teil der Volkswirtschaft:

WiSta 61/3 (M), 3\*, 10, 10\*.

Die Anlageinvestitionen:

WiSta 62/6 (M).

Fachserie N (vorgesehen).

## 2. Finanzierungsrechnung für die Bundesrepublik Deutschland

#### Periodizität:

Jährliche Zusammenstellung.

#### Dargestellte Tatbestände:

Veränderung der Forderungen und Verpflichtungen der inländischen Sektoren, d. h. der Unternehmen unter besonderer Berücksichtigung der Banken, Bausparkassen und Versicherungsunternehmen, des Staates; untergliedert nach Gebietskörperschaften und Sozialversicherung, sowie der privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter, nach wichtigen Formen der Geldvermögensbildung bzw. der Kreditaufnahme: Veränderung der Forderungen und Verpflichtungen der inländischen Sektoren gegenüber dem Ausland und Berlin (West) nach wichtigen Formen der Geldvermögensbildung bzw. der Kreditaufnahme.

Die Summe der Veränderung der Forderungen bzw. der Verpflichtungen der Sektoren erscheint, von einigen Umstellungen abgesehen, in der Kontengruppe 7 in dem vom StBA aufgestellten Kontensystem Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen für die Bundesrepublik Deutschland. Die Summe der Veränderung der Forderungen bzw. der Verpflichtungen gegenüber dem Ausland und Berlin (West) wird im Kontensystem im Zusammengefaßten Konto der übrigen Welt dargestellt.

(Zusammenstellung in der Deutschen Bundesbank.)

#### Veröffentlichungen:

Deutsche Bundesbank: Monatsberichte, Geschäftsberichte.

## 3. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen des Auslandes

(StBRD Band 182 S. 96, lfd. Nr. XII 3)

#### Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. September 1953 (BGBl. I S. 1314), § 2 Ziffer 4. Abdruck im Anhang S. 156.

#### Dargestellte Tatbestände:

Entstehung und Verwendung des Sozialprodukts sowie Verteilung des Volkseinkommens in anderen Ländern; Kontensysteme des Auslandes.

(Zusammenstellung im StBA aus Veröffentlichungen anderer Länder und internationaler Organisationen.)

#### Veröffentlichungen:

IntMon 60/4, 5, 10; 61/4, 10; 62/1, 4.

Länderberichte.

Stjb.

Fachserie N (vorgesehen).

## 4. Zahlungsbilanzstatistik für die Bundesrepublik Deutschland

#### a) Zahlungsbilanzen

(StBRD Band 182 S. 96, lfd. Nr. XII 4)

#### Rechtsgrundlage:

Außenwirtschaftsgesetz vom 28. April 1961 (BGBl. I S. 481), § 26.

#### Periodizität:

Monatliche Ermittlung und Zusammenstellung.

#### Dargestellte Tatbestände:

Sämtliche statistisch erfaßbaren wirtschaftlichen Transaktionen der Bundesrepublik einschließlich Berlin (West) mit dem Ausland, unterteilt in Warenhandel, Dienstleistungen, unentgeltliche Leistungen, Kapitalleistungen und Devisenbewegungen.

Monatlich: Wichtige Posten für Monate, Vierteljahre und Jahre, ohne regionale Gliederung, Darstellung der Einfuhr auf cif-Basis.

Jährlich: Vorläufige Zusammenstellung mit ausführlicher fachlicher Gliederung und Jahresangaben; darüber hinaus endgültige Zusammenstellung mit regionaler Gliederung sowie Vierteljahres- und Halbjahresangaben; in beiden Fällen Darstellung der Einfuhr auf fob-Basis.

(Ermittlung und Zusammenstellung in der Deutschen Bundesbank unter Verwendung zahlreicher Statistiken.)

#### Veröffentlichungen:

Deutsche Bundesbank: Monatsberichte, Geschäftsberichte.

#### b) Statistik des Dienstleistungsverkehrs (einschließlich unentgeltlicher Leistungen) mit dem Ausland

#### Rechtsgrundlage:

Außenwirtschaftsgesetz vom 28. April 1961 (BGBl. I S. 481), § 26; Außenwirtschaftsverordnung vom 22. August 1961 (BGBl. I S. 1381), §§ 59 ff.

#### Periodizität:

Laufende Erhebung, monatliche Aufbereitung.

#### Kreis der Befragten:

Gebietsansässige, wenn sie im Einzelfall Zahlungen von mehr als 500 DM oder Gegenwert als Entgelt für Dienstleistungen oder unentgeltlich an Gebietsfremde leisten oder von Gebietsfremden entgegennehmen.

#### Berichtsweg:

Befragte — Deutsche Bundesbank.

#### Dargestellte Tatbestände:

Einnahmen und Ausgaben für Dienstleistungen im Außenwirtschaftsverkehr, monatlich nach Arten, jährlich nach Arten und Ländergruppen. Fremde und eigene unentgeltliche Leistungen im Außenwirtschaftsverkehr, monatlich saldiert, jährlich nach Arten und Ländergruppen, getrennt für die Sektoren »Privat« und »Öffentlich«.

#### Veröffentlichungen:

Deutsche Bundesbank: Monatsberichte.

**c) Statistik des langfristigen Kapitalverkehrs mit dem Ausland**

Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 4b.

Periodizität:

Laufende Erhebung, monatliche Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Gebietsansässige, wenn sie im Einzelfall Zahlungen im Kapitalverkehr von mehr als 500 DM oder Gegenwert an Gebietsfremde leisten oder von Gebietsfremden entgegennehmen.

Berichtsweg:

Befragte — Deutsche Bundesbank.

Dargestellte Tatbestände:

Langfristige deutsche Kapitalanlagen im Ausland und langfristige ausländische Kapitalanlagen im Inland, monatlich und vierteljährlich in gekürzter Form, jährliche Entwicklung nach Anlagearten und Ländergruppen, getrennt für die Sektoren »Privat« und »Öffentlich«.

Veröffentlichungen:

Deutsche Bundesbank: Monatsberichte.

**d) Statistik über geleistete und empfangene Zahlungen im Transithandel**

Rechtsgrundlage:

Siehe lfd. Nr. 4b.

Periodizität:

Laufende Erhebung, monatliche Aufbereitung.

Kreis der Befragten:

Gebietsansässige, wenn sie im Einzelfall Zahlungen von mehr als 500 DM oder Gegenwert als Entgelt für Käufe und Verkäufe im Transithandel an Gebietsfremde leisten oder von Gebietsfremden entgegennehmen.

Berichtsweg:

Befragte — Deutsche Bundesbank.

Dargestellte Tatbestände:

Geleistete und empfangene Zahlungen für Käufe und Verkäufe im Transithandel, vierteljährlich, halbjährlich und jährlich nach Ländergruppen.

Veröffentlichungen:

Deutsche Bundesbank: Monatsberichte.

**5. Zahlungsbilanzen des Auslandes**

(StBRD Band 182 S. 96, lfd. Nr. XII 5)

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. September 1953 (BGBl. I S. 1314), § 2 Ziffer 4. Abdruck im Anhang S. 156.

Dargestellte Tatbestände:

Zahlungsbilanzen anderer Länder sowie von Ländergruppen, Auslandshilfe und private Kapitalanlagen der Vereinigten Staaten von Amerika im Ausland, internationale Geld- und Devisenreserven, Tätigkeit des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank.

(Zusammenstellung im StBA aus Veröffentlichungen anderer Länder und internationaler Organisationen.)

Veröffentlichungen:

IntMon 60/12; 61/12.

Länderberichte.

StJb.

Fachserie N (vorgesehen).

### XIII. Allgemeine Statistik des Auslandes

#### 1. Internationale Übersichten

(StBRD Band 182 S. 97, lfd. Nr. XIII 1)

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. September 1953 (BGBl. I S. 1314), § 2 Ziffer 4. Abdruck im Anhang S. 156.

Periodizität:

Laufende Erfassung, monatliche und jährliche Zusammenstellungen.

Dargestellte Tatbestände:

International zusammenfassende Darstellung von statistischen Angaben über Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftsentwicklung.

(Zusammenstellung im StBA. Als Quellen dienen vor allem die vom Statistischen Amt der Vereinten Nationen für das »Monthly Bulletin of Statistics« ausgewählten Reihen sowie die statistischen Veröffentlichungen der internationalen Körperschaften, die den UN angeschlossen sind; die Zahlen werden soweit möglich nach den vorliegenden Originalquellen der betreffenden Länder ergänzt.)

Veröffentlichungen:

IntMon (ab April 1955).

StJB (Internationale Übersichten).

#### 2. Länderberichte

(StBRD Band 182 S. 97, lfd. Nr. XIII 2)

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. September 1953 (BGBl. I S. 1314), § 2 Ziffer 4. Abdruck im Anhang S. 156.

Periodizität:

Laufende Erfassung; Zusammenstellung teils in jährlichem, teils in mehrjährigem Abstand.

Dargestellte Tatbestände:

Zusammenfassende Darstellung von statistischen Angaben für einzelne Länder und Ländergruppen: Gebiet und Bevölkerung, Gesundheitswesen, Unterricht und Bildung, Erwerbstätigkeit, Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Industrie und Bauwirtschaft, Binnenhandel, Außenhandel, Verkehr, Fremdenverkehr, Geld und Kredit, Öffentliche Finanzen, Preise, Löhne, Versorgung und Verbrauch, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen.

(Zusammenstellung im StBA. Als Quellen dienen im allgemeinen die Jahrbücher und die in kürzeren Zeitabständen erscheinenden statistischen Veröffentlichungen der amtlichen

Stellen der betreffenden Länder. Je nach den verfügbaren Quellen kann der Inhalt der Länderberichte voneinander abweichen.)

Veröffentlichungen:

Länderberichte (jeweils Erscheinungsjahr des letzten Berichts angegeben):

Afrikanische Entwicklungsländer:

Heft 1: Ghana, Guinea, Kamerun, Liberia, Togo (1961);

Heft 2: Nigeria (1961);

Heft 3: Äthiopien, Libyen, Sudan (1961);

Heft 4: Kongo (Leopoldville), Ruanda-Urundi (1962);

Heft 5: Elfenbeinküste, Obervolta, Sierra-Leone (1962).

Argentinien (1959); Australien (1957); Belgien, Luxemburg (1959); Brasilien (1959); China-VR (1961); Frankreich (1961); Griechenland (1961); Indien (1960); Indonesien (1958); Irak (1959); Iran (1959); Israel (1958); Italien (1959); Japan (1957); Jordanien (1959); Jugoslawien (1962); Kanada (1958); Libanon (1959); Niederlande (1959); Polen (1961); Saudisch-Arabien und Aden (1959); Schweden (1958); Sowjetunion (1961); Spanien (1960); Südafrikanische Union (1959); Türkei (1959); Vereinigte Arabische Republik und Jemen (1961).

In Vorbereitung: Algerien (1963); Argentinien (1963); Brasilien (1963); Chile (1963); Madagaskar (1962); Mali (1963); Marokko (1962); Mongolei (1962); Niger (1963); Tanganjika (1963); Tunesien (1963); Tschad (1963); Tschechoslowakei (1963); Vereinigtes Königreich 1963).

#### 3. Berichte über die statistische Tätigkeit internationaler Organisationen

(StBRD Band 182 S. 97, lfd. Nr. XIII 3)

Dargestellte Tatbestände:

Zusammenfassende Textdarstellungen über die Entwicklung der Statistik und über die statistisch-methodischen Arbeiten in bedeutenden weltweiten und regionalen Organisationen (Vereinte Nationen und ihre Sonderorganisationen, Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa [ECE], Konferenz Europäischer Statistiker, Europäischer Wirtschaftsrat [OECE], Nachfolgeorganisation seit 30. September 1961: Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung [OECD], die europäischen wirtschaftlichen Zusammenschlüsse, Zentralkommission für die Rheinschifffahrt u. a.).

Bemerkungen:

(Zusammenstellung im StBA. Die Darstellungen stützen sich im wesentlichen auf Dokumente und Veröffentlichungen der internationalen Organisationen.)

Veröffentlichungen:

Allgemeine Statistik des Auslandes: Die Statistik in den internationalen Organisationen,

Heft 1: Weltorganisationen (Stand: Mitte 1955),

Heft 2: Regionale Organisationen (Stand: Juli 1956),

Heft 3: Die Arbeiten der Konferenz Europäischer Statistiker 1953 bis 1959.



# Alphabetisches Sachregister zum Katalog der Statistiken

## Vorbemerkung

Das alphabetische Sachregister bezieht sich auf die im Katalog aufgeführten Statistiken. Die Stichwörter des Registers weisen den Weg zu den einzelnen Statistiken sowohl über deren Bezeichnungen als auch über ihre wichtigsten dargestellten Tatbestände und Begriffe. Um die für ein Sachregister erforderliche Knappheit und Betonung des Charakteristischen zu erreichen, wurden die Bezeichnungen der Statistiken nur dann in ihrem vollen Wortlaut gebracht, wenn Verwechslungen vermieden werden mußten.

Den Stichwörtern für Tatbestände und Begriffe wurden die Statistiken, in denen sie vorkommen, bzw. auch wichtige Begriffe dieser Statistiken zugeordnet. Wo der Hinweis lediglich auf die Bezeichnung der Statistik zu allgemein und damit nicht deutlich genug gewesen wäre, wurde — soweit möglich — nur der Tatbestand oder Begriff angegeben, auf den sich das Stichwort innerhalb der Statistik speziell bezieht (Beispiel: unter »Staatsangehörigkeit« nicht —, Hochschulstatistik, sondern —, Studierende [wissenschaftliche Hochschulen]). Ferner ist zu beachten, daß ein in mehreren Statistiken gleichlautender Tatbestand bzw. Begriff inhaltlich nicht die gleiche Bedeutung zu haben braucht. Auf die Untergliederung eines Stichwortes wurde verzichtet, wenn dieses selbst eindeutig auf die in Frage kommende Statistik hinweist.

Überwiegend findet man die Stichwörter bei den einzelnen Statistiken im Katalog wieder. Um die Unterrichtung so umfassend wie möglich zu gestalten, wurden — soweit zweckmäßig — bei gleichem Begriffsinhalt, aber abweichender Terminologie auch Stichwörter zu einem Oberbegriff zusammengefaßt, wenn in der Statistik selbst andere oder zusammenfassende Bezeichnungen verwandt wurden (Beispiele: unter »Beschäftigte« ist die Landwirtschaftliche Betriebszählung aufgeführt, obwohl in dieser Erhebung von »Personal« gesprochen wird. Unter »Arbeiter« sind auch solche Erhebungen zitiert, bei denen der Katalog lediglich »Stellung im Betrieb« aufweist — vgl. Monatlicher Industriebericht —).

Die Zahlenangaben bei den einzelnen Stichwörtern bedeuten in nachstehender Reihenfolge: Katalogseite, Katalogabschnitt (römische Zahl), Unterabschnitt (großer Buchstabe) und laufende Nummer der Statistik.

## A

Abgeurteilte .....	50/I E 6
Abnehmerkreise .....	80/VI A 1
Absatz s. a. Umsatz	
—, Verbrauchsteuerstatistik .....	116/X B 11
Absatzgebiete (Großhandel) .....	80/VI A 1
Absatzwege	
—, Handels- und Gaststättenzählung 1960 ....	80/VI A 1
—, Weinbaubetriebserhebung 1958 .....	53/II A 3
Abschreibungen	
—, Kosten und Leistungen im Güterverkehr ...	93/VII F 2a
—, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen ....	129/XII 1
Abwasserwesen .....	70/IV C 4
Abzüge	
—, Einheitswerte des gewerblichen Betriebsver-	
mögens .....	115/X B 8
—, Körperschaftsteuer .....	114/X B 5
—, Vermögensteuer .....	115/X B 7
Abzugsbeträge, steuerfreie	
—, Lohnsteuer .....	113/X B 3
Ackerfrüchte, Wachstumstand und Ernte	
s. a. Bodennutzung .....	58/II B 4a
Adoptionen .....	106/IX C 2
Aktien	
—, Auflegung und Absatz .....	98/VIII E 1
—, börsennotierte .....	98/VIII E 3
Aktiengesellschaften	
—, Arbeitsstättenzählung, nichtlandwirtschaft-	
liche (1950, 1961) .....	64/III 1a, b
—, Kapitalgesellschaften, Statistik der .....	66/III 3
—, Bilanzstatistik .....	66/III 4
—, Umsatzsteuerstatistik .....	116/X B 10
Aktienkurse, Indexziffer .....	98/VIII E 3
Aktivgeschäft	
—, Boden- und Kommunalkreditinstitute .....	97/VIII C 11
Altbau (Wohngebäude)	
—, Kostenstruktur .....	76/V 4
Alter, Altersjahre, Altersgruppen (jeweils für	
Personen) s. a. Geburtsjahre	
—, Arbeiter (E. G. K. S.) .....	79/V 11
—, Arbeitskräfte in land- und forstwirtschaft-	
lichen Betrieben .....	54/II A 5a, b
—, Landwirtschaftszählung 1960 .....	52/II A 1b
—, Arbeitslose .....	42/I B 2
—, Ausländer .....	35/I A 1b
—, Aus- und Einwanderer .....	38/I A 6
—, Berufszählung 1950, 1961 .....	41/I B 1a, b
—, Bevölkerung (Mikrozensus) .....	36/I A 2
—, Bevölkerungsbewegung, natürliche .....	38/I A 7
—, Bevölkerungsstand (Fortschreibung) .....	37/I A 4

noch. Alter, Altersjahre, Altersgruppen	
—, Entziehungen von Fahrerlaubnissen .....	87/VII C 3a
—, Erkrankte an Tuberkulose .....	43/I C 2
—, Erwerbspersonen .....	36/I A 2
	41/I B 1a, b
—, Fürsorge, öffentliche .....	106/IX C 1
—, Gehalts- und Lohnstruktur (gewerbliche	
Wirtschaft, Dienstleistungsbereich) .....	124/XI B 4a, b
—, Gehalts- und Lohnstruktur (Landwirtschaft)	125/XI B 4c, d
—, Handels- und Gaststättenzählung 1960 ....	80/VI A 1
—, Handwerkszählung 1956 .....	72/IV E 1
—, Hauptbetragsempfänger (Arbeitslose) .....	102/IX A 4a
—, Kriegssterbefälle, standesamtlich beur-	
kundete .....	39/I A 9
—, Lagerinsassen .....	107/IX C 4
—, Lehrkräfte .....	45/I D 1—4
—, Lohnstruktur (Erwerbsgartenbau) .....	125/XI B 4e
—, Lohnstruktur (Forstwirtschaft) .....	126/XI B 4f, g
—, Mikrozensus .....	36/I A 2
—, Mitglieder von Turn- und Sportvereinen,	
aktive .....	48/I D 9
—, Schüler und Studierende .....	35/I A 1b
	45/I D 1—5
—, Strafverfolgungsstatistik .....	50/I E 6
—, Strafvollzugsstatistik .....	50/I E 7
—, Straßenverkehrsunfälle .....	91/VII C 10
—, Tariflöhne und -gehälter .....	126/XI B 5
—, Täter (polizeiliche Kriminalstatistik) .....	50/I E 5
—, Todeserklärungen, gerichtliche .....	39/I A 10
—, Todesursachen .....	44/I C 6
—, Verurteilte .....	50/I E 6
—, Volkszählung 1950, 1961 .....	35/I A 1a, b
—, Wahlstatistik .....	51/I F 1
—, Wanderungen .....	37/I A 5
—, Wanderungen (Berlin und sowjetische Be-	
satzungszone) .....	40/I A 11b
Alter (nicht auf Personen bezogen)	
—, Seefischereifahrzeuge .....	85/VII B 2a
—, Wohngebäude (Kostenstruktur) .....	76/V 4
Altersversorgung	
—, Berufszählung 1950 .....	41/I B 1a
—, Handwerkszählung 1956 .....	72/IV E 1
—, Mikrozensus .....	36/I A 2
Altgeschäft	
—, Boden- und Kommunalkreditinstitute .....	97/VIII C 11
Altspargengesetz, Statistik zum .....	105/IX B 3i
Altverschuldung	
—, Bundes- und Länderschulden .....	111/X A 3a
—, Gemeindeschulden .....	111/X A 3d
—, Länderschulden .....	111/X A 3c

Amnestiestatistik .....	51/I E 10	noch Arbeiter, Arbeitergruppen	
Ampspflugeschäft .....	106/IX C 2	—, Industriebericht, monatlicher .....	67/IV A 1a
Amtsvormundschaften .....	106/IX C 2	—, Kurzarbeiter .....	43/I B 6
Anbau. Anbauflächen s. a. Bodennutzung		—, Landwirtschaft .....	125/XI B 4d
—, betriebswirtschaftliche Meldungen .....	55/II A 6	—, Land- und forstwirtschaftliche Betriebe ...	54/II A 5a, b
—, Bodennutzungshaupterhebung .....	56/II B 1b	—, Landwirtschaftszählung 1960 .....	52/II A 1b
—, Bodennutzungsnacherhebung .....	56/II B 1c	—, Personalstand von Bund, Ländern und	
—, Gartenbauerhebung 1961 .....	53/II A 2b	Gemeinden .....	112/X A 6a, b
—, Gemüse-Haupterhebung .....	57/II B 1e	—, Straßenverkehrsbetriebe, gewerbliche .....	88/VII C 4
—, Gemüse-Vorerhebung .....	57/II B 1d	—, Verdienste .....	125/XI B 4b.
—, Heil- und Gewürzpflanzen .....	57/II B 1f	—, Wohnverhältnisse (E. G. K. S.) .....	79/V 11
—, Saatgutvermehrungsflächen .....	58/II B 3	Arbeiterhaushalte der Montanindustrien, Wirt-	
Angestellte s. a. Beschäftigte, Erwerbstätige, Personal,		schaftsrechnungen .....	123/XI A 11d
Personalstand, Rentenversicherungen, Verdienste		Arbeiterstunden s. a. Arbeitsstunden, Arbeitszeit	
—, Arbeitsstättenzählung, nichtlandwirtschaft-		—, Eisen- und Stahlstatistik .....	71/IV D 1
liche (1950, 1961) .....	64/III 1a, b	—, Energieversorgungsunternehmen .....	69/IV C 1
—, Aufwendungen der Arbeitgeber für Löhne		—, Industriebericht, monatlicher .....	67/IV A 1a
und Lohnnebenkosten .....	128/XI B 8	—, Mikrozensus .....	36/I A 2
—, Baugewerbe .....	78/V 10a, b	—, Verdiensterhebung im Handwerk .....	124/XI B 2
—, Berufszählung 1950 .....	41/I B 1a	Arbeiterverdienste s. Arbeiter, Verdienste	
—, Bundesbahn .....	84/VII A 1g	Arbeitgeber	
—, Bundespost .....	92/VII E 1c	—, Aufwendungen für Löhne und Lohn-	
—, Energieversorgungsunternehmen .....	69/IV C 1	nebenkosten .....	128/XI B 8
—, Gemeindefinanzen .....	111/X A 2b	Arbeitnehmer s. a. Angestellte, Arbeiter,	
—, Handels- und Gaststättenzählung 1960 ...	80/VI A 1	Beschäftigte, Erwerbstätige, Personal	
—, Handwerkszählung 1956 .....	72/IV E 1	—, beschäftigte nichtdeutsche .....	43/I B 5
—, Industriebericht, monatlicher .....	67/IV A 1a		79/V 11
—, Landwirtschaft .....	125/XI B 4d	—, Beschäftigtenstatistik .....	42/I B 4
—, Monatsverdienste .....	125/XI B 4b, d	—, Einkommensteuerstatistik .....	114/X B 4
—, Personalstand von Bund, Ländern und		—, Gewerbeaufsicht, Statistik der .....	66/III 6
Gemeinden .....	112/X A 6a, b	—, Grenzgänger .....	43/I B 7
—, Straßenverkehrsbetriebe, gewerbliche .....	88/VII C 4	—, Streiks und Aussperrungen .....	115/XI B 6
Angestelltenversicherung s. Rentenversicherungen		Arbeitnehmerhaushalte	
Anhänger s. Kraftfahrzeuge		—, Lebenshaltung (Preisindex) .....	119/XI A 4
Anlagen		—, Internationaler Vergleich der Preise für die	
—, Kostenstrukturstatistik .....	65/III 2c	Lebenshaltung .....	121/XI A 8b
—, Versicherungsunternehmen, private .....	107/IX D 1a, b	—, Wirtschaftsrechnungen .....	122/XI A 11a, d
	108/IX D 5b	Arbeitsausfälle .....	36/I A 2
—, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen ...	129/XII 1	Arbeitsgemeinschaften	
—, Wirtschaftsunternehmen, öffentliche .....	66/III 5	—, Baugewerbe .....	78/V 10b
Anlagevermögen		Arbeitsgerichtsbarkeit, Statistik der .....	49/I E 2
—, Einheitswerte des gewerblichen Betriebs-		Arbeitskräfte s. a. Angestellte, Arbeiter, Arbeitnehmer,	
vermögens .....	115/X B 8	Beschäftigte, Personal	
—, Handels- und Gaststättenzählung 1960 ...	80/VI A 1	—, Arbeitsvermittlung .....	42/I B 2
Anlandeplätze		—, Binnenfischereierhebung 1962 .....	61/II C 8
—, See- und Küstenfischerei .....	61/II C 7	—, Forsterhebung 1961 .....	63/II E 4
Anleihen		—, Gartenbauerhebung 1950, 1961 .....	53/II A 2a, b
—, Haushaltseinnahmen und -ausgaben des		—, land- und forstwirtschaftliche Betriebe ...	54/II A 5a, b
Bundes .....	110/X A 1b	—, Landwirtschaftszählung 1960 .....	52/II A 1b
Annuitäten		—, Mikrozensus .....	36/I A 2
—, Statistik der Gemeindeschulden .....	111/X A 3c	—, nichtdeutsche .....	43/I B 5
Anstalten			79/V 11
—, Anstaltsarten .....	41/I B 1b	—, Verdienste in der Landwirtschaft .....	124/XI B 3, 4c, d
—, Anstaltsbevölkerung .....	35/I A 1b	—, Weinbaubetriebserhebung 1958 .....	53/II A 3
	41/I B 1b	Arbeitslose	
—, Anstaltsgeburtens .....	45/I C 9	—, Arbeitsvermittlung, Statistik der .....	42/I B 2
—, Anstalts Haushalte (E. G. K. S.) .....	79/V 11	—, Lagerinsassen .....	107/IX C 4
—, Anstaltsseminare .....	48/I D 8	Arbeitslosengeld .....	102/IX A 4a
—, Fürsorge, öffentliche .....	106/IX C 1	Arbeitslosenhilfe .....	102/IX A 4a
—, lehrerbildende .....	47/I D 4		103/IX A 4c
Antriebsmaschinen		Arbeitslosenversicherung .....	102/IX A 4a—c
—, Handwerkszählung 1956 .....	72/IV E 1	Arbeitsstätten-Größenklassen .....	64/III 1b
—, Landwirtschaftszählung 1960 .....	52/II A 1b	Arbeitsstättenzählung, nichtlandwirtschaftliche	
—, Stromerzeugungsanlagen, industrielle .....	70/IV C 5	(1950, 1961) .....	64/III 1a, b
Apotheken .....	45/I C 8	Arbeitsstunden s. a. Arbeiterstunden, Arbeitszeit	
Approbationen (Apotheker, Ärzte, Zahnärzte) ..	45/I C 8	—, der Arbeiter (EWG) .....	128/XI B 8
Arbeitende, zivile .....	41/I B 1b	—, Baugewerbe .....	78/V 10a, b
Arbeiter, Arbeitergruppen		—, Gehalts- und Lohnstruktur (gewerbliche	
s. a. Arbeitnehmer, Beschäftigte, Erwerbstätige, Per-		Wirtschaft) .....	124/XI B 4a, b
sonalstand, Rentenversicherungen, Verdienste		—, Mikrozensus .....	36/I A 2
—, Arbeitsstättenzählung, nichtlandwirtschaft-		—, Verdienste im Handwerk .....	124/XI B 2
liche (1950, 1961) .....	64/III 1a, b	—, Verdienste in Industrie und Handel .....	123/XI B 1
—, Arbeitszeit .....	125/XI B 4b	—, Verdienste in der Landwirtschaft .....	124/XI B 3
—, Aufwendungen der Arbeitgeber für Löhne		Arbeitsuchende .....	42/I B 2
und Lohnnebenkosten .....	128/XI B 8	Arbeitsunfälle	
—, Baugewerbe .....	78/V 10a, b	—, Unfallversicherung, gesetzliche .....	102/IX A 3a—c
—, Berufszählung 1950, 1961 .....	41/I B 1a, b	—, Gewerbeaufsicht .....	66/III 6
—, Bundesbahn .....	84/VII A 1g	Arbeitsvermittlung .....	42/I B 2
—, Bundespost .....	92/VII E 1c	Arbeitsweg, Zeitaufwand für	
—, Energieversorgungsunternehmen .....	69/IV C 1	—, Arbeiter (E. G. K. S.) .....	79/V 11
—, Erwerbsgartenbau .....	125/XI B 4e	—, Berufszählung 1961 .....	41/I B 1b
—, Gemeindefinanzen .....	111/X A 2b	—, Gebäude- und Wohnungszählung .....	75/V 1c
—, Handwerkszählung 1956 .....	72/IV E 1		

Arbeitszeit s. a. Arbeiterstunden, Arbeitsstunden			
—, Arbeitskräfte in landwirtschaftlichen Betrieben	54/II A 5a		
—, Gehalts- und Lohnstruktur (gewerbliche Wirtschaft)	124/XI B 4a, b		
—, Landwirtschaftszählung 1960	52/II A 1b		
—, Lohnstruktur (Forstwirtschaft)	126/XI B 4g		
—, Mikrozensus	36/I A 2		
—, Tarifföhne und -gehälter	126/XI B 5		
—, Verdienste im Handwerk	124/XI B 2		
—, Verdienste in Industrie und Handel	123/XI B 1		
—, Verdienste und Löhne im Ausland	127/XI B 7		
—, wöchentliche	35/I A 1b		
Ärzte			
—, Heil- und Heilhilfspersonen	44/I C 7		
—, Kostenstrukturerhebung	64/III 2a, c		
—, Krankenaufenthaltsstatistik	45/I C 9		
Aufbaurdarlehen	104/IX B 3d		
Aufbauklassen, -schulen, -züge	45/I D 1		
Aufforderung	62/II E 1		
Auftragseingänge			
—, Eisen- und Stahlstatistik	71/IV D 1		
—, Industriebericht, monatlicher	67/IV A 1a		
—, Nichteisen- und Edelmetallstatistik	71/IV D 2		
Auftriebe (Schlachttvieh)	60/II C 3		
Aufwand s. a. Ausgaben, öffentliche; Kosten			
—, Fürsorge, öffentliche	106/IX C 1		
—, Unterhaltsbeihilfen für Angehörige von Kriegsgefangenen	104/IX B 2b		
Aufwendungen der Arbeitgeber für Löhne und Lohnnebenkosten	128/XI B 8		
Ausbildung s. a. Berufsausbildung, Schulbildung			
—, berufsbildende Schulen	46/I D 2		
—, Berufszählung 1961	41/I B 1b		
—, Erwerbstätige (Mikrozensus)	36/I A 2		
—, Ingenieurschulen	46/I D 3		
—, landwirtschaftliche Ausbildung und Wirtschaftsberatung	55/II A 10		
—, lehrerbildende Anstalten	47/I D 4		
—, Lehrernachwuchs für das Lehramt an Höheren Schulen	48/I D 8		
—, Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen	45/I D 1		
Ausbildungshilfen	105/IX B 3e		
Ausbildungsstellen			
—, Berufsberatung	42/I B 3		
Ausfuhr s. a. Verbrauchsteuern			
—, Ausfuhrpreise	118/XI A 2		
—, Außenhandelsstatistik	82/VI B 1		
—, Düngemittelstatistik	71/IV D 3		
Ausgaben, öffentliche s. a. Aufwand, Kosten			
—, Bundes- und Länderfinanzen	110/X A 1a		
—, Gemeindefinanzen	110/X A 2a		
—, Haushaltsansätze von Bund, Ländern und Gemeinden	112/X A 4a, b		
—, Haushaltsausgaben der Länder	110/X A 1c		
—, Haushaltsausgaben des Bundes	110/X A 1b		
—, Krankenversicherung, soziale	101/IX A 2b, c		
—, Rentenversicherung	101/IX A 1a, b		
—, Unfallversicherung, gesetzliche	102/IX A 3a, b		
—, Versicherungsvereine, kleinere	109/IX D 8		
Ausgaben, private s. a. Kosten			
—, Landwirtschaft (Buchführungsstatistik)	55/II A 7		
—, Wirtschaftsrechnungen	122/XI A 11a–d		
Ausgleichsforderungen			
—, Bausparkassen, private	98/VIII D 2		
—, Schuldenstand der Länder	111/X A 3c		
—, Statistik der Ausgleichsforderungen	99/VIII F 4		
—, Versicherungsunternehmen	107/IX D 1a		
Ausgleichsgutschriften			
—, Währungsausgleich für Sparguthaben Vertriebener	105/IX B 3f		
Aushilfsarbeiter			
—, Gehalts- und Lohnstruktur (Landwirtschaft)	125/XI B 4c		
Ausländer s. a. Staatenlose, Staatsangehörigkeit			
—, Arbeiter (E. G. K.-S.)	79/V 11		
—, Berufszählung 1961	41/I B 1b		
—, Fremdenverkehr	82/VI A 7a		
—, Kriegssterbefälle	39/I A 9		
—, nichtdeutsche Arbeitnehmer	43/I B 5		
—, Studierende	47/I D 5a, b		
—, Todeserklärungen, gerichtliche	39/I A 10		
—, Volkszählung 1961	35/I A 1b		
—, Wanderungsstatistik	37/I A 5		
Ausländerstatistik	41/I A 12		
Auslandsschulden s. Schulden			
Auslandsforderungen und -verpflichtungen	97/VIII C 9		
Auslandsstatistik			
—, Allgemeine Statistik des Auslandes	132/XIII 1–3		
—, Außenhandel des Auslandes	83/VI B 2		
—, Erzeuger- und Großhandelspreise im Ausland	121/XI A 7		
—, Güterbewegung im internationalen Verkehr	93/VII F 3		
—, Internationale Organisationen, Berichte über die statistische Tätigkeit	132/XIII 3		
—, Internationale Übersichten	132/XIII 1		
—, Länderberichte	132/XIII 2		
—, Lohnindizes in ausgewählten Ländern	127/XI B 5		
—, Lohnzonen in ausgewählten Ländern	127/XI B 5		
—, Preise für die Lebenshaltung, internationaler Vergleich	121/XI A 8b		
Verbraucherpreise im Ausland	121/XI A 8a		
—, Verdienste und Löhne im Ausland	127/XI B 7		
—, Verkehrspreise	120/XI A 6		
—, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen des Auslandes	130/XII 3		
—, Währungen der Welt	99/VIII F 1		
—, Zahlungsbilanzen des Auslandes	131/XII 5		
Auslandsumsatz			
—, Industriebericht, monatlicher	67/IV A 1a		
Auslandsversorgung, Statistik der Ausleihungen	103/IX B 1b		
—, Boden- und Kommunalkreditinstitute	97/VIII C 11		
Auslieferungsstatistik	51/I E 9		
Auspendler			
—, Berufszählung 1950, 1961	41/I B 1a, b		
—, Wohnungsstatistik 1956/57	75/V 1a		
Ausreiseländer	93/VII F 4		
Aussperrungen im In- und Ausland	127/XI B 6a, b		
Aus- und Einwanderungsstatistik	38/I A 6		
Auswinterung	58/II B 4a		
Außenbeitrag	129/XII 1		
Außenhandel s. a. Ausfuhr, Einfuhr			
—, des Auslandes	83/VI B 2		
—, der Bundesrepublik	82/VI B 1		
—, Handels- und Gaststättenzählung 1960	80/VI A 1		
—, Indices	82/VI B 1		
Autos s. Fahrzeuge, Kraftfahrzeuge			

## B

Bahnbetriebsunfälle s. Unfälle			
Bahnhöfe	84/VII A 1f		
Bankeinlagen s. a. Spareinlagen	95/VIII A 2		
Bankenliquidität	95/VIII A 4		
Bankenstatistik, halbmontatliche	96/VIII C 1		
Bankkredite s. Kredit, Kreditstatistik			
Bargeldumlauf	95/VIII A 2		
Baualter	75/V 1c		
	76/V 3		
Bauarbeiterlöhne s. Verdienste			
Baubeginne	76/V 5b		
Baubericht	78/V 10a, b		
Baudarlehen			
—, Bausparkassen, private	97/VIII D 1		
Baufertigstellungen	77/V 5c		
Baugenehmigungen	76/V 5a, d		
Baugewerbe, Bauhauptgewerbe			
—, Handwerkszählung 1956	72/IV E 1		
—, Kostenstruktur	64/III 2a		
—, Monatsbericht für das Bauhauptgewerbe	78/V 10a		
—, Totalerhebung im Bauhauptgewerbe	78/V 10b		
Bauhandwerk s. Baugewerbe			
Bauherren	76/V 5a–e		
	78/V 8		
Bauindustrie s. Baugewerbe			
Bauinvestitionen			
—, Gemeindefinanzen	111/X A 2b		
Baukosten	76/V 5b		
Baulandpreise	121/XI A 9		
Baulastträger			
—, Gemeindestraßen	87/VII C 1b		
—, Straßenbestandsaufnahme und Straßenlängenstatistik	86/VII C 1a		
Baumaßnahmen (Neubau, Wiederaufbau usw.)	76/V 5a–e		
	78/V 8		

Baumschulen, Pflanzenbestände .....	57/II B 1g	Berufszugehörige .....	41/I B 1b
Baunebenleistungen .....	121/XI A 10	Beschäftigte s. a. Angestellte, Arbeiter, Arbeitnehmer, Arbeitskräfte, Beamte, Erwerbstätige, Personal, Personalstand	
Baupreise .....	121/XI A 10	—, Arbeitsstättenzählung, nichtlandwirtschaftliche (1950, 1961) .....	64/III 1a, b
Bausparkassen, private		—, Baugewerbe .....	78/V 10a, b
—, Geschäft (Vierteljahresbericht) .....	97/VIII D 1	—, Beschäftigtenstatistik .....	42/I B 4
—, Rechnungsabschluß (Jahresstatistik) .....	98/VIII D 3	—, Binnenfischerei .....	61/II C 8
—, Vermögensanlagen (Vierteljahresstatistik) ..	98/VIII D 2	—, Eisen- und Stahlstatistik .....	71/IV D 1
Baustoffpreise .....	121/XI A 10	—, Energieversorgungsunternehmen .....	69/IV C 1
Bautätigkeitsstatistik .....	76/V 5a—e	—, Forsterhebung 1961 .....	63/II E 4
	78/V 8	—, Gartenbauerhebung 1950 .....	53/II A 2a
Bauüberhang .....	77/V 5d	—, Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe (Meßzahlen) .....	82/VI A 6
Bauvorhaben .....	77/V 5c	—, Güterverkehr .....	93/VII F 2a
Bauzustand .....	77/V 5d	—, Handels- und Gaststättenzählung 1960 ..	80/VI A 1
Beamte s. a. Arbeitnehmer, Beschäftigte, Erwerbstätige, Personalstand		—, Handwerksberichterstattung .....	73/IV E 3
—, Arbeitsstättenzählung 1961 .....	64/III 1b	—, Handwerkszählung 1956 .....	72/IV E 1
—, Berufszählung 1950, 1961 .....	41/I B 1a, b	—, Heil- und Heilhilfspersonen .....	45/I C 8
—, Bundesbahn .....	84/VII A 1g	—, Industriebericht für Kleinbetriebe .....	67/IV A 1b
—, Bundespost .....	92/VII E 1c	—, Industriebericht, monatlicher .....	67/IV A 1
—, Gemeindefinanzen .....	111/X A 2b	—, Industriezensus 1963 .....	73/IV F 1
Bedarfsgüter der Lebenshaltung .....	121/XI A 8a	—, Jahrerhebung der Nettoleistung der Industrie .....	68/IV A 3
Bedienungsform (Einzelhandel) .....	80/VI A 1	—, Landwirtschaftliche Betriebszählung 1949 ..	52/II A 1a
Beförderung s. Güterverkehr, Personenverkehr		—, Stromerzeugungsanlagen, industrielle .....	70/IV C 5
Beherbergung		—, Tabakwarenherstellung .....	116/X B 11
—, Beherbergungskapazität .....	80/VI A 1	—, Verkehrszensus .....	92/VII F 1
	82/VI A 7b	—, Zusatzerhebung zum Industriebericht .....	67/IV A 2
—, Beschäftigte und Umsatz (Meßzahlen) .....	82/VI A 6	Beschäftigung, kurzfristige	
—, Fremdenmeldungen und -übernachtungen ..	82/VI A 7a	—, Arbeitsvermittlung .....	42/I B 2
—, Kostenstruktur .....	64/III 2a, c	Beschäftigungsdauer	
Beherbungs- und Gaststättengewerbe, Preise für Leistungen .....	120/XI A 5	—, Lohnsteuerstatistik .....	113/X B 3
Beihilfen		Besitzumschreibungen	
—, an ehemalige Kriegsgefangene und ehemalige politische Häftlinge .....	104/IX B 2a	—, Kraftfahrzeuge und Anhänger .....	87/VII C 2
—, zum Lebensunterhalt .....	104/IX B 3b	Besitzverhältnisse	
Beiträge s. a. Einnahmen, private		—, Gartenbauerhebung 1961 .....	53/II A 2b
—, Krankenversicherung, private .....	108/IX D 4a	—, Landwirtschaftliche Betriebszählung 1949 ..	52/II A 1a
—, Lebensversicherung .....	107/IX D 2a	—, Landwirtschaftszählung 1960 .....	52/II A 1b
—, Pensions- und Sterbekassen .....	108/IX D 3	—, Wohnungssstatistik .....	75/V 1c
—, Rückversicherung .....	109/IX D 7	Besoldungsgruppen	
—, Schaden- und Unfallversicherung .....	108/IX D 5a	—, Personalstrukturserhebung .....	112/X A 6b
—, Versicherungsunternehmen .....	109/IX D 9	Beteiligungen	
Beitragszahler, Beitragsbefreite		—, Bausparkassen, private .....	98/VIII D 2
—, Arbeitslosenversicherung .....	103/IX A 4b	—, der öffentlichen Hand (Arbeitsstättenzählung 1950) .....	64/III 1a
Bergbau s. Eisenerzbergbau; Industriebericht; Produktionserhebung, vierteljährliche; Verdienste		—, Versicherungsunternehmen .....	107/IX D 1a
Berlinhandel .....	81/VI A 5a	Betriebe s. a. Unternehmen	
Berlinhilfevergünstigung		—, Arbeitsstättenzählung 1950, nichtlandwirtschaftliche .....	64/III 1a
—, Umsatzsteuer .....	116/X B 10	—, Baugewerbe .....	78/V 10a, b
Beruf (auch Berufsgruppe)		—, Beherbergungsgewerbe .....	82/VI A 7b
—, Arbeitsvermittlung .....	42/I B 2	—, Bierherstellung .....	116/X B 11
—, Aus- und Einwanderer .....	38/I A 6	—, Branntweinherstellung .....	116/X B 11
—, Berufsberatung .....	42/I B 3	—, Einheitswerte des gewerblichen Betriebsvermögens .....	115/X B 8
—, Berufszählung 1950, 1961 .....	41/I B 1a, b	—, Essigsäureherstellung .....	116/X B 11
—, Beschäftigtenstatistik .....	42/I B 4	—, Forsterhebung 1961 .....	63/II E 4
—, Binnenfischerei .....	61/II C 8	—, Gartenbauerhebung 1950, 1961 .....	53/II A 2a, b
—, Empfänger von Aufbaudarlehen .....	104/IX B 3d	—, Gewerbeaufsicht .....	66/III 6
—, Gehalts- und Lohnstruktur (gewerbliche Wirtschaft) .....	124/XI B 4a, b	—, Handwerksberichterstattung .....	73/IV E 3
—, Heil- und Heilhilfspersonen .....	45/I C 8	—, Handwerkszählung 1956 .....	72/IV E 1
—, Kraftfahrzeughalter .....	87/VII C 2	—, Industriebericht für Kleinbetriebe .....	67/IV A 1b
—, Lagerinsassen .....	107/IX C 4	—, Industriebericht, monatlicher .....	67/IV A 1a
—, Mikrozensus .....	36/I A 2	—, mit Kurzarbeit .....	43/I B 6
—, nichtdeutsche Arbeitnehmer .....	43/I B 5	—, Landwirtschaftliche Betriebszählung 1949 ..	52/II A 1a
—, Schüler an berufsbildenden Schulen .....	46/I D 2	—, Landwirtschaftliche Kleinbetriebe .....	53/II A 1c
—, Schüler an Ingenieurschulen .....	46/I D 3	—, Landwirtschaftszählung 1960 .....	52/II A 1b
—, Seemannsstatistik .....	85/VII B 2b	—, Leuchtmittelherstellung .....	116/X B 11
—, Verdienste und Löhne im Ausland .....	127/XI B 7	—, Nichteisen- und Edelmetallstatistik .....	71/IV D 2
—, verurteilte Jugendliche .....	50/I E 6	—, Salzerzeugung .....	116/X B 11
—, Wahlstatistik .....	51/I F 1	—, Schaumweinherstellung .....	115/X B 8
Berufsausbildung s. a. Ausbildung		—, Schlepper benutzende .....	54/II A 4
—, Fortbildungs- und Umschulungslehrgänge ..	42/I B 3	—, Siedlung, ländliche .....	55/II A 8
—, landwirtschaftliche .....	55/II A 10	—, Spielkartenherstellung .....	116/X B 11
Berufsberatung .....	42/I B 3	—, Straßenverkehrsbetriebe, gewerbliche .....	88/VII C 4
Berufsfachschulen, -schüler .....	46/I D 2	—, Streiks und Aussperrungen .....	127/XI B 6
Berufskrankheiten		—, Tabakwarenherstellung .....	116/X B 11
—, Unfallversicherung, gesetzliche .....	102/IX A 3a—c	—, Unfallversicherung, gesetzliche .....	102/IX A 3b
Berufspendler .....	41/I B 1b	—, Vermögensteuer .....	115/X B 7
Berufsschulen, -schüler .....	46/I D 2	—, mit Viehhaltung .....	59/II C 1a
Berufszählung 1950, 1961 .....	41/I B 1a, b	—, Zündwarenherstellung .....	116/X B 11
Berufsziel			
—, Studierende (wissenschaftliche Hochschulen)	47/I D 5a		

Betriebseinrichtungen (Bundespost) .....	92/VII E 1a	Bodenflächen unter 0,5 ha .....	53/II A 1 d
Betriebsfläche s. a. Wirtschaftsfläche		Bodennutzung s. a. Anbau, Anbauflächen	
—, Landwirtschaftliche Kleinbetriebe .....	53/II A 1c	—, Bodenflächen unter 0,5 ha .....	53/II A 1d
—, Landwirtschaftszählung 1960 .....	52/II A 1b	—, Bodennutzungshaupterhebung .....	56/II B 1b
—, Weinbaubetriebserhebung 1958 .....	53/II A 3	—, Bodennutzungsnacherhebung .....	56/II B 1c
Betriebsform (Einzelhandel) .....	80/VI A 1	—, Bodennutzungsvorerhebung .....	56/II B 1a
Betriebsgrößenklassen s. a. Größenklassen, Unternehmungsgrößenklassen		—, Landwirtschaftliche Betriebszählung 1949 .....	52/II A 1a
—, Arbeitsstättenzählung 1950, nichtlandwirtschaftliche .....	64/III 1a	—, Landwirtschaftszählung 1960 .....	52/II A 1b
—, Aufwendungen der Arbeitgeber für Löhne und Lohnnebenkosten .....	128/XI B 8	Bodennutzungssysteme .....	52/II A 1b
—, Baugewerbe, Totalerhebung .....	78/V 10b	Bodenseefischerei .....	61/II C 7
—, Flurbereinigung .....	55/II A 9	Boden- und Kommunkreditinstitute .....	97/VIII C 11
—, Gehalts- und Lohnstruktur (Landwirtschaft), .....	125/XI B 4c, d	Börsenumsatzstatistik .....	99/VIII E 5
—, Handwerkszählung 1956 .....	72/IV E 1	Branntweinmonopol .....	116/X B 11
—, Industriebericht .....	67/IV A 1a	Brauereien .....	116/X B 11
—, Landwirtschaftliche Betriebszählung 1949 ..	52/II A 1a	Brennereien .....	116/X B 11
—, Landwirtschaftszählung 1960 .....	52/II A 1b	Brennstoffe	
—, Verdiensterhebung in der Landwirtschaft ...	124/XI B 3	—, Anlagen zur Erzeugung und Umwandlung gasförmiger Brennstoffe .....	70/IV C 6
—, Weinbaubetriebserhebung 1958 .....	53/II A 3	—, feste Brennstoffe (eingeführte) .....	81/VI A 4
Betriebsinhaber s. a. Selbständige		—, Brennstoffwirtschaft (Eisen- und Stahlstatistik) .....	71/IV D 1
—, Arbeitsstättenzählung 1961 .....	64/III 1b	—, Durchsatz (Gasgeneratoren) .....	70/IV C 6
—, Baugewerbe .....	78/V 10b	—, Elektrizitätsversorgung, öffentliche .....	69/IV C 2
—, Binnenfischereierhebung 1962 .....	61/II C 8	—, Gesamtwert (Jahreserhebung der Nettoleistung der Industrie) .....	68/IV A 3
—, Handels- und Gaststättenzählung 1960 .....	80/VI A 1	—, Verbrauch (Güterverkehr) .....	93/VII F 2a
—, Handwerkszählung 1956 .....	72/IV E 1	—, Verbrauch (Industriebericht, monatlicher) ..	67/IV A 1a
—, Land- und Forstwirtschaft .....	52/II A 1b	—, Verbrauch (industrielle Stromerzeugungsanlagen) .....	70/IV C 5
—, Straßenverkehrsbetriebe .....	88/VII C 4	—, Verbrauch (öffentliche Elektrizitätsversorgung) .....	69/IV C 2
Betriebsleistungen (Bundesbahn) .....	84/VII A 1c	Briefsendungen .....	92/VII E 1 b
Betriebsmittel		Briefwahl (Wahlstatistik) .....	51/I F 1
—, landwirtschaftliche .....	119/XI A 3	Bruttoinlandsprodukt .....	129/XII 1
—, Rentenversicherungen .....	101/IX A 1c	Bruttoproduktionswert	
Betriebsrechnung (Bundespost) .....	92/VII E 1d	—, Jahreserhebung der Nettoleistung der Industrie .....	68/IV A 3
Betriebsunfälle s. Unfälle		Bruttosozialprodukt .....	129/XII 1
Betriebsvermögen		—, Zusatzerhebung zum Industriebericht .....	67/IV A 2
—, Einheitswertstatistik .....	115/X B 8	Bruttoverdienste s. Einkommensteuerstatistik, Lohnsteuerstatistik, Verdienste	
—, Vermögensteuerstatistik .....	115/X B 7	Buchführungsstatistik landwirtschaftlicher, Weinbaulicher und gartenbaulicher Betriebe ...	55/II A 7
—, Vertriebs- und Ostschäden .....	105/IX B 3h	Bundesbahn	
Betriebszählung, landwirtschaftliche (1949) ....	52/II A 1a	—, Güterbewegung auf den Eisenbahnen .....	84/VII A 2
Bevölkerung s. a. Deutsche aus der SBZ, Sowjetzonenflüchtlinge, Vertriebene, Zugewanderte		—, Güterbewegung im internationalen Verkehr .....	93/VII F 3
—, Berufszählung 1950, 1961 .....	41/I B 1a, b	—, Kosten und Leistungen im Güterverkehr ..	93/VII F 2a, b
—, Bevölkerungsbewegung, natürliche .....	38/I A 7	—, Meßziffern des Güter- und Personenverkehrs ..	93/VII F 4
—, Bevölkerungsstand (Fortanschreibung) .....	37/I A 4	—, Personalstandstatistik .....	112/X A 6a
—, Erwerbstätigkeit .....	41/I B 1a, b	—, Personalstrukturserhebung .....	112/X A 6b
—, Mikrozensus .....	36/I A 2	—, Statistik der Deutschen Bundesbahn (Fahrzeugbestände, Betriebsleistungen, Verkehrsleistungen, Personal, Finanzwesen usw.) ...	84/VII A 1
—, Mitgliedschaft in der sozialen Rentenversicherung .....	36/I A 2	—, Tarife im Personen- und Güterverkehr ....	120/XI A 6
—, Volkszählung 1950, 1961 .....	35/I A 1a, b	Bundesbank s. Katalog Abschnitt VIII. Geld und Kredit	
—, Vorausschätzung .....	37/I A 4	Bundesbehörden	
—, Wohnungsstatistik 1956/57 .....	75/V 1a	—, Personalstandstatistik .....	112/X A 6a
Bewährungshilfe .....	51/I E 8	—, Personalstrukturserhebung .....	112/X A 6b
	106/IX C 2	Bundespost	
Bewilligungen		—, Gebühren im Zahlungsverkehr .....	120/XI A 6
—, öffentlich geförderter sozialer Wohnungsbau ..	78/V 8	—, Personalstandstatistik .....	112/X A 6a
—, öffentlich geförderter Wohnungsbau .....	77/V 6	—, Personalstrukturserhebung .....	112/X A 6b
Bezugsgebiete (Großhandel) .....	80/VI A 1	—, Statistik der Deutschen Bundespost (Betriebsleistungen, Verkehrsleistungen, Personal, Finanzwesen) .....	92/VII E 1
Biersteuer .....	116/X B 11	Bundessteuern .....	113/X B 1
Bilanzen		Bundestagswahl .....	51/I F 1
—, Aktiengesellschaften (Bilanzstatistik) .....	66/III 4	Bundes- und Länderfinanzen .....	110/X A 1
—, Bausparkassen, private .....	98/VIII D 3	Bundes-, Länder- und Gemeindeschulden ....	111/X A 3
—, Bundesbahn .....	84/VII A 1h	Bundesvertriebenenausweis, Statistische Auswertung der Antragsformulare .....	40/I A 11c
—, Bundespost .....	92/VII E 1d	Bundesverwaltungsgericht s. Verwaltungsgerichte	
—, Körperschaftsteuerstatistik .....	114/X B 5	Bürgerchaften	
—, Kreditinstitute (zusammengefaßte statistische Bilanz) .....	95/VIII A 1, 3	—, Bundes- und Länderschulden .....	111/X A 3a
—, Kreditinstitute (Zwischenbilanzen) .....	96/VIII C 2		
—, Versicherungsunternehmen .....	109/IX D 9		
—, Wirtschaftsunternehmen, öffentliche .....	66/III 5		
Binnenfischereierhebung 1962 .....	61/II C 8		
Binnenhandel s. a. Berlin- und Interzonenhandel, Einzelhandel, Großhandel			
Binnenschifffahrt			
—, Binnenhäfen .....	85/VII B 1b		
—, Binnenschifffahrtsstatistik .....	84/VII B 1a-c		
—, Binnenschiffsbestände .....	84/VII B 1a		
—, Güterbewegung im internationalen Verkehr ..	93/VII F 3		
—, Kosten und Leistungen im Güterverkehr ...	93/VII F 2a, b		
—, Meßzahlen des Personen- und Güterverkehrs ..	93/VII F 4		
—, Schiffs- und Güterverkehr .....	85/VII B 1b		
—, Verkehrs- und Betriebsunfälle .....	85/VII B 1c		

C

Campingplätze, Übernachtungen .....	82/VI A 7a
Charterverkehr .....	91/VII D 1

## D

Dampferfischerei .....	61/II C 7
Dampfkessel	
—, Stromerzeugungsanlagen, industrielle .....	70/IV C 5
Darlehen	
—, Bausparkassen, private .....	98/VIII D 2
—, Boden- und Kommunalkreditinstitute .....	97/VIII C 11
—, Bundes- und Länderfinanzen .....	110/X A 1a
—, Förderung von Heimen .....	105/IX B 3g
—, Gemeindefinanzen .....	110/X A 2a
—, an ehemalige Kriegsgefangene und ehemalige politische Häftlinge .....	104/IX B 2a
—, Versicherungsunternehmen .....	107/IX D 1a
Darlehensrückflüsse	
—, Statistik der Haushaltsansätze .....	112/X A 4a
Deckungsmittel, allgemeine und spezielle	
—, Bundes- und Länderfinanzen .....	110/X A 1a
—, Gemeindefinanzen .....	110/X A 2a
Deckungsrückstellungen	
—, Rückversicherung .....	109/IX D 7
Deputierte	
—, Gehalts- und Lohnstruktur (Erwerbsgartenbau) .....	125/XI B 4e
—, Gehalts- und Lohnstruktur (Landwirtschaft) .....	125/XI B 4c
—, Lohnstruktur (Forstwirtschaft) .....	126/XI B 4f, d
Deutsche aus der SBZ s. a. Sowjetzonenflüchtlinge, Vertriebene, Vertriebenen- und Flüchtlingseigenschaft, Zugewanderte	
—, Betriebe, (Handwerkszählung 1963) .....	73/IV E 2
—, Bewirtschaftung von Bodenflächen unter 0,5 ha .....	53/II A 1d
—, Lehrkräfte, erstmalig eingestellte .....	45/I D 1-4
—, Mikrozensus .....	36/I A 2
—, Stand der Vertriebenen- und Flüchtlingsbevölkerung .....	40/I A 11a
—, Studierende an Ingenieurschulen .....	46/I D 3
—, Volkszählung 1961 .....	35/I A 1b
Deutsche Bundesbahn s. Bundesbahn	
Deutsche Bundesbank s. Katalog Abschnitt VIII. Geld und Kredit	
Deutsche Bundespost s. Bundespost	
Devisen	
—, Devisenbilanz .....	130/XII 4a
—, Devisenkurse, amtliche .....	99/VIII F 1, 2
—, Devisenreserven (Zentralbankstatistik) .....	95/VIII B 1
Dienstleistungen	
—, Dienstleistungsumsätze .....	130/XII 2
—, Dienstleistungsbilanz .....	130/XII 4a, b
—, Einkaufspreise der Landwirtschaft .....	119/XI A 3
—, Handwerkszählung 1956 .....	72/IV E 1
—, Verbraucherpreise (Ausland) .....	121/XI A 8a
—, Verbraucherpreise (Inland) .....	119/XI A 4
Dienstverhältnis	
—, Personalstand von Bund, Ländern und Gemeinden .....	112/X A 6a, b
Diplomprüfungen .....	48/I D 7
Diskontsatz .....	99/VIII F 3
Dividenden	
—, Statistik der Effektenkurse .....	98/VIII E 3
Doktorprüfungen .....	48/I D 7
Düngemittelstatistik .....	71/IV D 3
Durchfuhr von Gütern	
—, Durchfuhrstatistik .....	82/VI B 1
—, grenzüberschreitender Güterverkehr mit Kraftfahrzeugen .....	90/VII C 7b
—, Luftverkehr .....	91/VII D 1

## E

Edelmetallstatistik .....	71/IV D 2
Effektenkurse .....	98/VIII E 3
Ehefrauen	
—, ohne Hauptberuf (Berufszählung 1950) ....	41/I B 1a
—, Volkszählung 1950, 1961 .....	35/I A 1a, b
Ehegattenerwerbe, steuerfreie	
—, Erbschaftsteuer .....	115/X B 6
Ehelich Lebendgeborene .....	38/I A 7
Ehelösungen, gerichtliche .....	39/I A 8
Ehepartner	
—, Heiratsalter .....	35/I A 1b
—, Schulbildung .....	35/I A 1b
Ehescheidungen .....	39/I A 8

Eheschließungen .....	38/I A 7
Eheschließungsjahre	
—, rechtskräftige Urteile in Ehesachen .....	39/I A 8
Eigentumsverhältnisse	
—, Arbeiterwohnungen (E.G.K.S.) .....	79/V 11
—, Bewilligungen im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau .....	78/V 8
—, bewohnte Gebäude .....	76/V 3
—, Volkszählung 1961 .....	35/I A 1b
Einbürgerungen .....	41/I A 13
Einfuhr	
—, Außenhandelsstatistik .....	82/VI B 1
—, Brennstoffe, feste .....	81/VI A 4
—, Düngemittelstatistik .....	71/IV D 3
—, Einfuhrgüter, industrielle (Preise) .....	118/XI A 2
—, Einfuhrgüter, landwirtschaftliche (Preise) ..	118/XI A 2
—, Index der Einkaufspreise für Auslandsgüter ..	118/XI A 2
—, Indices der Außenhandelsstatistik .....	82/VI B 1
—, Rohtabakstatistik .....	72/IV D 7
Einheitswerte	
—, des gewerblichen Betriebsvermögens .....	115/X B 8
—, Mindestbesteuerungsfälle (Vermögensteuer) ..	115/X B 7
Einkaufspreise	
—, für Auslandsgüter (Index) .....	118/XI A 2
—, der Landwirtschaft .....	119/XI A 3
Einkommen	
—, angerechnete (öffentliche Fürsorge) .....	106/IX C 1
—, Einkommensbezieher (Lagerinsassen) .....	107/IX C 4
—, Einkommensbezieher (Volkszählung 1961) ..	35/I A 1b
—, Einkommensquelle des Haushalts (Wohnungsstatistik 1956/57) .....	75/V 1a
—, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962 ..	123/XI A 11c
—, Einkommensteuerstatistik .....	114/X B 4
—, Einkommensverhältnisse der Landwirtschaft, des Garten- und Weinbaues .....	55/II A 7
—, Körperschaftsteuerstatistik .....	114/X B 5
—, Renten- und Unterstützungsempfänger .....	106/IX C 3
—, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen ...	129/XII 1
—, der Wohnparteien (Wohnungsstatistik 1956/57) .....	75/V 1b
Einkommensentstehung .....	129/XII 1
Einkommensteuerstatistik .....	114/X B 4
Einkommensumverteilung .....	129/XII 1
Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962 ..	123/XI A 11c
Einkommensverteilung .....	129/XII 1
Einkommensverwendung .....	129/XII 1
Einkünfte	
—, Einkommensteuerstatistik .....	114/X B 4
—, Körperschaftsteuerstatistik .....	114/X B 5
Einlagen	
—, Bankeinlagen .....	95/VIII A 2
—, Einlagenstatistik .....	97/VIII C 7
—, Kreditinstitute .....	96/VIII C 1
—, Postsparkassen .....	92/VII E 1b
Einnahmen, öffentliche	
—, Beförderung von Personen mit öffentlichen Straßenverkehrsmitteln .....	88/VII C 5
—, Bundes- und Länderfinanzen .....	110/X A 1a
—, Gemeindefinanzen .....	110/X A 2a
—, Haushaltsansätze von Bund, Ländern und Gemeinden .....	112/X A 4a, b
—, Haushaltseinnahmen des Bundes .....	110/X A 1b
—, Haushaltseinnahmen der Länder .....	110/X A 1c
—, kassenmäßige, aus Staats- und Kommunalsteuern .....	113/X B 1
—, Krankenversicherung, soziale .....	101/IX A 2b
—, Rentenversicherungen .....	101/IX A 1a, b
—, Unfallversicherung, gesetzliche .....	102/IX A 3b
Einnahmen, private s. a. Beiträge	
—, Kostenstrukturstatistik .....	65/III 2c
—, Landwirtschaft, Garten- und Weinbau ....	55/II A 7
—, Pensions- und Sterbekassen .....	108/IX D 3
—, Versicherungsvereine, kleinere .....	109/IX D 8
—, Wirtschaftsrechnungen .....	122/XI A 11a-d
Ein- und Ausfuhrpreise .....	118/XI A 2
Einpendler .....	41/I B 1b
Einwanderer .....	38/I A 6
Einwohner s. Bevölkerung	
Einzelhandel	
—, Arbeitsstättenzählung 1950, nichtlandwirtschaftliche .....	64/III 1a
—, Einzelhandelspreise s. Verbraucherpreise	
—, Einzelhandelsstatistik .....	81/VI A 3
—, Handels- und Gaststättenzählung 1960 .....	80/VI A 1

noch Einzelhandel	
—, Indices der Einzelhandelspreise (Ausland) ..	121/XI A 8a
—, Index der Einzelhandelspreise (Inland).....	119/XI A 4
—, Kostenstrukturhebung .....	64/III 2 a, c
Eisenbahn s. a. Bundesbahn	
—, Eisenbahntarife .....	120/XI A 6
—, Güterbewegung .....	84/VII A 2
—, Güterbewegung im internationalen Verkehr ..	93/VII F 3
—, Kosten und Leistungen im Güterverkehr ..	93/VII F 2a, b
—, Meßzahlen des Personen- und Güterverkehrs ..	93/VII F 4
Eisenerzbergbau .....	71/IV D 1
Eisengießereien .....	71/IV D 1
Eisenschaffende Industrie .....	71/IV D 1
Eisen- und Stahlstatistik .....	71/IV D 1
Elektrizitätsbezug, -abgabe, -verbrauch (Industrie) .....	70/IV C 5
Elektrizitätsversorgung, öffentliche .....	69/IV C 2
Emissionsstatistik s. a. Wertpapiere .....	98/VIII E 1
Energiewirtschaft s. a. Gas, Strom	
—, Eisen- und Stahlindustrie .....	71/IV D 1
—, Verbrauch (Bundesbahn) .....	84/VII A 1b
—, Versorgungsunternehmen .....	69/IV C 1
Erbschaftsteuerstatistik .....	116/X B 9
Erfolgsrechnung	
—, Bilanzstatistik der Unternehmen .....	66/III 4
—, Wirtschaftsunternehmen, öffentliche .....	66/III 5
Ernährungswirtschaft s. a. Landwirtschaft .....	62/II D
Ernte	
—, Erntermittlung, besondere .....	59/II B 5
—, Feldfrüchte und Grünland .....	58/II B 4a
—, Gemüse und Erdbeeren .....	58/II B 4b
—, Heil- und Gewürzpflanzen .....	57/II B 1f
—, Obst .....	58/II B 4c
—, Weinmost .....	58/II B 4d
Ersparnis .....	129/XII 1
Erträge	
—, Kostenstruktur in der Wohnungswirtschaft ..	76/V 4
Erwerb	
—, Erbschaftsteuer .....	116/X B 9
—, Erwerbsbevölkerung, zivile .....	41/I B 1b
Erwerbseinkommen	
—, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen ...	129/XII 1
Erwerbsfähigkeit, Minderung der (Volkszählung 1950) .....	
—, Erwerbslose s. a. Arbeitslose .....	35/I A 1a
—, Mikrozensus .....	36/I A 2
Erwerbspersonen	
—, Berufszählung 1950, 1961 .....	41/I B 1a, b
—, Mikrozensus .....	36/I A 2
—, Wanderungsstatistik .....	37/I A 5
Erwerbstätige s. a. Angestellte, Arbeiter, Arbeitnehmer, Beschäftigte, Personal	
—, Berufszählung 1950, 1961 .....	41/I B 1a, b
—, Mikrozensus .....	36/I A 2
—, Straßenverkehrsbetriebe, gewerbliche .....	88/VII C 4
—, Volkszählung 1950, 1961 .....	35/I A 1a, b
Erwerbsvermögen, Erträge	
—, Bundes- und Länderfinanzen .....	110/X A 1a
—, Gemeindefinanzen .....	110/X A 2a
Erzeugerpreise s. Preise	
Erzeugung s. Bautätigkeitsstatistik, Ernährungswirtschaft, Handwerk, Industrie, Landwirtschaft, Verbrauchsteuern	
Essigsäuresteuer .....	116/X B 11
Export s. Ausfuhr	

## F

Facharztanerkennungen .....	45/I C 8
Fachschulen, Fachschüler .....	46/I D 2
Fahrerlaubnisse .....	87/VII C 3a
Fahrlehrerlaubnisse	
—, erteilte .....	87/VII C 3a
—, Prüfungen .....	88/VII C 3b
Fahrleistungen (Kraftfahrzeuge) .....	91/VII C 9
Fahrzeuge (Land-) s. a. Kraftfahrzeuge	
—, Binnenfischereierhebung 1962 .....	61/II C 8
—, Bundesbahn .....	84/VII A 1b
—, Bundespost .....	92/VII E 1
—, im Güterfernverkehr und Werkfernverkehr eingesetzte .....	89/VII C 6b
—, Güterverkehr mit Kraftfahrzeugen, Repräsentativerhebung .....	88/VII C 6a

noch Fahrzeuge (Land-)	
—, Interzonaler Straßenverkehr mit Berlin und der sowjetischen Besatzungszone .....	90/VII C 8
—, Kraftfahrzeug- und Anhängerbestand .....	87/VII C 2
—, Personenverkehr, grenzüberschreitender .....	90/VII C 7a
—, Prüfung von Kraftfahrzeugen und Anhängern ..	88/VII C 3b
—, Straßenverkehrsmittel, öffentliche .....	88/VII C 5
—, Zusatzerhebung bei den gewerblichen Straßenverkehrsbetrieben .....	88/VII C 4
Fahrzeugerhebung (Güterverkehr) .....	93/VII F 2b
Faktorkosten s. Sozialprodukt	
Familien	
—, Mikrozensus .....	36/I A 2
—, Volkszählung 1961 .....	35/I A 1b
Familienangehörige	
—, Arbeitskräfte (Binnenfischerei) .....	61/II C 8
—, Arbeitskräfte (Forstwirtschaft) .....	54/II A 5b
—, Arbeitskräfte (Gartenbau) .....	63/II E 4
—, Arbeitskräfte (Landwirtschaft) .....	52/II A 1b
—, Arbeitskräfte (Landwirtschaft) .....	54/II A 5a, b
Familienangehörige, mithelfende	
—, Arbeitsstättenzählung 1961 .....	64/III 1b
—, Baugewerbe .....	78/V 10b
—, Berufszählung 1961 .....	41/I B 1b
—, Handels- und Gaststättenzählung 1960 ....	80/VI A 1
—, Handwerk .....	72/IV E 1
—, Land- und Forstwirtschaft .....	52/II A 1b
—, Mikrozensus .....	36/I A 2
—, Straßenverkehrsbetriebe, gewerbliche .....	88/VII C 4
Familienstand	
—, Arbeiter (E. G. K. S.) .....	79/V 11
—, Ausländer .....	35/I A 1b
—, Aus- und Einwanderer .....	38/I A 6
—, Berufszählung 1950, 1961 .....	41/I B 1a, b
—, Eheschließende .....	38/I A 7
—, Gehalts- und Lohnstruktur (Erwerbsgartenbau) .....	125/XI B 4e
—, Gehalts- und Lohnstruktur (Landwirtschaft) ..	125/XI B 4c, d
—, Gestorbene .....	38/I A 7
—, Hochschullehrer und wissenschaftliches Personal .....	48/I D 6
—, Kriegstoterbefälle, standesamtlich beurkundete .....	39/I A 9
—, Lagerinsassen .....	107/IX C 4
—, Lohnstruktur (Forstwirtschaft) .....	126/XI B 4f, g
—, Mikrozensus .....	36/I A 2
—, Strafvollzugsstatistik .....	50/I E 7
—, Studierende (Hochschulen) .....	47/I D 5a
—, Studierende (Ingenieurschulen) .....	46/I D 3
—, Todeserklärungen, gerichtliche .....	39/I A 10
—, Todesursachenstatistik .....	44/I C 6
—, Vertriebene (Volkszählung 1950, 1961) .....	35/I A 1a, b
—, Volkszählung 1950, 1961 .....	35/I A 1a, b
—, Wanderungsstatistik .....	37/I A 5
Fangergebnisse	
—, Binnenfischerei .....	61/II C 8
—, See-, Küsten-, Bodenseefischerei .....	61/II C 7
Feldfrüchte s. a. Vorräte	
—, Wachstumstand und Ernte .....	58/II B 4a
Fernmeldewesen (Bundespost) .....	92/VII E 1a
Fernsehrundfunkgenehmigungen .....	92/VII E 1b
Fernschreibgebühren .....	120/XI A 6
Fertigwaren s. a. Handwerk, Industrie	
—, industrielle (Ein- und Ausfuhrpreise) .....	118/XI A 2
—, industrielle (Erzeugerpreise, Großhandelspreise) .....	118/XI A 1
—, industrielle (Erzeuger- und Großhandelspreise im Ausland) .....	121/XI A 7
—, Industriezensus 1963 .....	73/IV F 1
—, Kostenstrukturstatistik .....	65/III 2c
Fettwirtschaft, Berichterstattung über .....	62/II D 3
Finanzanlagen	
—, Einheitswertstatistik .....	115/X B 8
Finanzen, öffentliche	
—, Bundesbahn .....	84/VII A 1h
—, Bundespost .....	92/VII E 1d
—, Bund, Länder und Gemeinden .....	110/X A 1—3
—, Haushaltsansätze .....	112/X A 4
—, Wirtschaftsunternehmen, öffentliche .....	66/III 5
Finanzierung (Wohnungsbau)	
—, Finanzierungsquellen (öffentlich geförderter sozialer Wohnungsbau) .....	78/V 8
—, durch Kapitalsammelstellen .....	77/V 7



Finanzierungsrechnung für die Bundesrepublik	130/XII 2
Finanzierungssaldo .....	129/XII 1
Finanzzuweisungen	
—, Bundes- und Länderfinanzen .....	110/X A 1a
—, Gemeindefinanzen .....	111/X A 2b
Fischwirtschaft	
—, Binnenfischereierhebung 1962 .....	61/II C 8
—, Fischereifahrzeuge .....	61/II C 7, 8
—, Fischereifangergebnisse (Binnenfischerei) ..	61/II C 8
—, Fischereifangergebnisse (See-, Küsten-, Bodenseefischerei) .....	61/II C 7
—, Fischzucht .....	61/II C 8
Fleischbeschaustatistik .....	60/II C 2c
Fleischwirtschaft .....	60/II C 3
Flüchtlinge s. a. Deutsche aus der SBZ, Sowjetzonen- flüchtlinge, Vertriebene, Vertriebenen- und Flüchtlings- eigenschaft, Zugewanderte	
—, Flüchtlingsbevölkerung (Fortschreibung) ...	40/I A 11a
—, nichtdeutsche Flüchtlinge in Lagern, Heimen usw. ....	40/I A 11d
Flüge, Flughäfen; Flugzeuge, Fluggäste, (An- kunft und Abgang) .....	91/VII D 1
Flurbereinigung .....	55/II A 9
Fördereinrichtungen	
—, Landwirtschaftszählung 1960 .....	52/II A 1b
Förderung s. Industrie	
Forderungen	
—, Baugewerbe, Totalerhebung .....	78/V 10b
—, Boden- und Kommunalkreditinstitute ....	97/VIII C 11
—, Konkurse und Vergleichsverfahren .....	100/VIII F 6
—, Kostenstrukturstatistik .....	65/III 2c
Forsterhebung 1961 .....	63/II E 4
Forst- und Holzwirtschaft .....	62/II E 1—4
Fracht s. Güterverkehr	
Frachtraten s. Verkehrspreise	
Freie Berufe	
—, Einkommensteuer .....	114/X B 4
Fremdenmeldungen, -übernachtungen .....	82/VI A 7a
Fremdenverkehr .....	82/VI A 7a, b
Fremdkapital, investiertes	
—, Kostenstruktur in der Wohnungswirtschaft	76/V 4
Fruchtarten	
—, Bodennutzungshaupterhebung .....	56/II B 1b
—, Landwirtschaftszählung 1960 .....	52/II A 1b
—, Saatgutvermehrungsflächen .....	58/II B 3
Fruchtbarkeit der Ehen	
—, Bevölkerungsbewegung, natürliche .....	38/I A 7
—, Volkszählung 1950, 1961 .....	35/I A 1a, b
Führerscheine s. Fahrerlaubnisse	
Fürsorge	
—, Fürsorgeerziehung .....	106/IX C 2
—, öffentliche (offene und geschlossene) .....	106/IX C 1
—, Zusatzstatistik, jährliche .....	106/IX C 1
Fürsorgeempfängerhaushalte, Lebenshaltung ...	119/XI A 4
Futterpflanzen zur Saatguterzeugung .....	56/II B 1c

## G

Gartenbauerhebung 1950, 1961 .....	53/II A 2a, b
Gas	
—, Gasgeneratoren, industrielle .....	70/IV C 6
—, Gasverbrauch (Industriebericht, monatlicher)	67/IV A 1a
—, Gasversorgungsunternehmen, öffentliche ...	70/IV C 3
Gasthörer .....	48/I D 5b
Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe	
—, Beherbergungskapazität .....	81/VI A 5b
—, Fremdenmeldungen und -übernachtungen ...	81/VI A 5a
—, Handels- und Gaststättenzählung 1960 ....	80/VI A 1
—, Kostenstrukturhebung 1950 .....	64/III 2a
—, Kostenstrukturstatistik .....	65/III 2c
—, Preise für Leistungen .....	120/XI A 5
Gaststättenstatistik .....	82/VI A 6
Gebäude s. a. Wohnbauten, Wohngebäude; Wohnungsbau	
—, Baubeginne .....	76/V 5b
—, Baufertigstellungen .....	77/V 5c
—, Baugenehmigungen .....	76/V 5a
—, Bauüberhang .....	77/V 5d
—, bewohnte (statistische Feststellungen) .....	76/V 3
—, in Lagern .....	107/IX C 4
—, Wohnungsbau, sozialer .....	78/V 8

Gebietskörperschaften	
—, Bundes- und Länderfinanzen .....	110/X A 1a
—, Gemeindefinanzen .....	110/X A 2a
—, Gemeindeschulden .....	111/X A 3d
—, Personalstand von Bund, Ländern und Ge- meinden .....	112/X A 6b
Gebietsstand, Fortschreibung .....	37/I A 3
Geborene .....	38/I A 7
Gebühren	
—, Bundes- und Länderfinanzen .....	110/X A 1a
—, Gemeindefinanzen .....	110/X A 2a
Geburtenfolge .....	38/I A 7
Geburtsjahre s. a. Alter	
—, Bevölkerungsstand (Fortschreibung) .....	37/I A 4
—, Ehelösungen .....	39/I A 8
—, Eheschließende .....	38/I A 7
—, Gestorbene .....	38/I A 7
—, Hochschullehrer und wissenschaftliches Per- sonal .....	48/I D 6
—, Ingenieurschulen .....	46/I D 3
—, Lehrernachwuchs für das Lehramt an Höheren Schulen .....	48/I D 8
—, Mütter .....	38/I A 7
—, Schüler und Studierende .....	45/I D 1—5a
—, Volkszählung 1961 .....	35/I A 1b
—, Wanderung von Vertriebenen (Geburtsjahr- gruppen) .....	40/I A 11b
—, Wanderungstatistik .....	37/I A 5
Gefangene	
—, Strafvollzugsstatistik .....	50/I E 7
Gehälter s. Verdienste	
Gehalts- und Lohnstrukturserhebungen	
—, Dienstleistungsbereich .....	125/XI B 4b
—, Erwerbsgartenbau .....	125/XI B 4e
—, Forstwirtschaft (Lohnstrukturhebung) ...	126/XI B 4f, g
—, gewerbliche Wirtschaft .....	124/XI B 4a, b
—, Landwirtschaft .....	125/XI B 4c, d
Geld- und Devisenreserven, internationale ....	131/XII 5
Geld- und Zinssätze .....	99/VIII F 3
Geldversorgung .....	95/VIII A 3
Geldvolumen .....	95/VIII A 2
Gemeindefinanzen	
—, jährliche Rechnungsstatistik .....	110/X A 2a
—, Realsteuervergleich .....	113/X B 2
—, Vierteljahresstatistik .....	111/X A 2b
Gemeinden	
—, Bevölkerungsstand (Fortschreibung) .....	37/I A 4
—, Gebietsstand (Fortschreibung) .....	37/I A 3
—, Namensänderungen .....	37/I A 3
Gemeindeschulden .....	111/X A 3d
Gemeindestraßen .....	87/VII C 1b
Gemeindeverbände	
—, Gemeindefinanzen .....	111/X A 2b
—, Gemeindeschulden .....	111/X A 3d
—, Personalstand von Bund, Ländern und Gemeinden .....	112/X A 6a, b
Gemüse	
—, Anbau (Haupterhebung) .....	57/II B 1e
—, Anbau (Vorerhebung) .....	57/II B 1d
—, Gemüsesaatgut .....	58/II B 3
—, Wachstumstand und Erträge .....	58/II B 4b
Generalhandel .....	82/VI B 1
Geräte	
—, Baugewerbe (Totalerhebung) .....	78/V 10b
Gerichte	
—, ordentliche (Justizstatistik) .....	49/I E 1
—, Sozialgerichte .....	49/I E 4b
—, Verwaltungsgerichte .....	49/I E 3
Gerichtliche Todeserklärungen .....	39/I A 10
Geschädigte s. Lastenausgleich	
Geschädigtengruppen	
—, Wohnungsstatistik .....	75/V 1a
Geschiedene .....	39/I A 8
Geschlossene Fürsorge s. Fürsorge	
Gesellschaften mit beschränkter Haftung .....	66/III 3
Gestorbene s. a. Sterbefälle, Unfälle	
Gesundheitsämter	
—, Heil- und Heilhilfspersonen .....	45/I C 8
—, Personal .....	112/X A 6a
Getreide	
—, Getreidewirtschaft .....	62/II D 1
—, Vorräte .....	55/II A 6
Gewerbeaufsicht .....	66/III 6
Gewerbesteuerstatistik .....	115/X B 6



## Gewinn- und Verlustrechnung

—, Bausparkassen, private .....	98/VIII D 3
—, Bilanzstatistik der Aktiengesellschaften ....	66/III 4
—, Bundesbahn .....	84/VII A 1h
—, Bundespost .....	92/VII E 1d
Goldparitäten .....	99/VIII F 1
Grenzgänger .....	43/I B 7
Grenzverkehr .....	93/VII F 4

## Größenklassen s. a. Betriebsgrößenklassen, Unternehmensgrößenklassen

—, der Betriebsfläche, landwirtschaftlichen Nutzfläche, Waldfläche (Landwirtschaftszählung 1960) .....	52/II A 1b
—, Bodenflächen unter 0,5 ha .....	53/II A 1d
—, Kreditinstitute .....	97/VIII C 10
—, der landwirtschaftlichen Nutzfläche (Handwerkszählung 1956) .....	72/IV E 1
—, des Nominalkapitals der Kapitalgesellschaften .....	66/III 3

## Großhandel

—, Großhandelslieferungen, steuerpflichtige (Umsatzsteuer) .....	116/X B 10
—, Großhandelspreise (Ausland) .....	121/XI A 7
—, Großhandelsverkaufspreise (Inland) .....	118/XI A 1
—, Großhandelsstatistik .....	80/VI A 2
—, Handels- und Gaststättenzählung 1960 ....	80/VI A 1
—, Kostenstruktur .....	64/III 2a, c
—, Umsätze .....	64/III 1a

## Grundschulden

—, Hypothekenbewegung .....	99/VIII F 5
-----------------------------	-------------

## Grundschuldforderungen

—, Bausparkassen, private .....	98/VIII D 2
—, Versicherungsunternehmen .....	107/IX D 1a
Grundstoffpreise .....	118/XI A 1

## Grundstücke, Anfangs- und Endbestände

—, Bausparkassen, private .....	98/VIII D 2
—, Versicherungsunternehmen .....	107/IX D 1a

## Grundstücksbelastung

—, Hypothekenbewegung .....	99/VIII F 5
-----------------------------	-------------

## Grundvermögen

—, Vertreibungs- und Ostschäden .....	104/IX B 3a
.....	105/IX B 3h

## Grünland

—, Bodennutzungshaupterhebung .....	56/II B 1b
—, Wachstumstand und Ernte .....	58/II B 4a

## Güterbewegung s. a. Güterverkehr, Güterfernverkehr

Güterfernverkehr s. a. Güterverkehr, Warenverkehr	
—, Fahrzeuge, eingesetzte .....	89/VII C 6b
—, gewerblicher, mit Kraftfahrzeugen .....	89/VII C 6c
—, grenzüberschreitender, ausländischer Lastkraftfahrzeuge .....	89/VII C 6c
Güternahmverkehr mit Lastkraftfahrzeugen ....	90/VII C 6c

## Güterumschlag

—, Binnenhäfen .....	85/VII B 1b
----------------------	-------------

## Güterverkehr s. a. Güterfernverkehr, Warenverkehr

—, Binnenwasserstraßen .....	85/VII B 1b
—, Eisenbahnen .....	84/VII A 2
—, Fahrzeugerhebung .....	93/VII F 2b
—, Fernverkehr .....	88/VII C 4, 6a
.....	89/VII C 6b—d

## —, Güterbewegung im internationalen Verkehr

—, Kosten und Leistungen .....	93/VII F 3
--------------------------------	------------

## —, mit Kraftfahrzeugen (Repräsentativerhebung)

.....	88/VII C 6a
—, mit Kraftfahrzeugen, grenzüberschreitender	90/VII C 7b

## —, Luftverkehr, grenzüberschreitender

.....	91/VII D 1
-------	------------

## —, Meßzahlen

.....	93/VII F 4
-------	------------

## —, Nahverkehr

.....	88/VII C 6a
-------	-------------

## —, Nord-Ostsee-Kanal

.....	86/VII B 2c
-------	-------------

## —, über See

.....	86/VII B 2c
-------	-------------

## —, Verkehrspreise

.....	120/XI A 6
-------	------------

## Guthaben, Gutschriften

—, Postscheckdienst .....	92/VII E 1b
---------------------------	-------------

—, Sparverkehrsstatistik .....	97/VIII C 8
--------------------------------	-------------

## H

Habilitationen .....	48/I D 6
----------------------	----------

## Häfen

—, grenzüberschreitender Reiseverkehr .....	93/VII F 4
---	------------

—, Güterumschlag in Binnenhäfen .....	85/VII B 2b
---------------------------------------	-------------

—, Schiffs- und Güterverkehr in Seehäfen .....	86/VII B 2c
--	-------------

—, Seeverkehr der Binnenhäfen .....	85/VII B 2b
-------------------------------------	-------------

.....	86/VII B 2c
-------	-------------

## Häftlinge

—, Beihilfen und Darlehen an ehemalige Häftlinge .....	104/IX B 2a
--	-------------

## Halbwaren s. a. Handwerk, Industrie

—, Ein- und Ausführpreise .....	118/XI A 2
---------------------------------	------------

—, Eisen- und Stahlstatistik .....	71/IV D 1
------------------------------------	-----------

—, Erzeuger- und Großhandelspreise (Ausland) .....	121/XI A 7
--	------------

—, Erzeuger- und Großhandelspreise (Inland) .....	118/XI A 1
---	------------

—, Industriezensus 1963 .....	73/IV F 1
-------------------------------	-----------

—, Kostenstrukturstatistik .....	65/III 2c
----------------------------------	-----------

—, Nichteisen- und Edelmetallstatistik .....	71/IV D 2
--	-----------

## Handel s. Außenhandel, Berlin- und Interzonenhandel,

Einzelhandel, Großhandel, Kostenstrukturerhebungen,

Verdienste

## Handelsregister, Eintragungen

—, Handels- und Gaststättenzählung 1960 ....	80/VI A 1
--	-----------

—, Handwerkszählung 1956 .....	72/IV E 1
--------------------------------	-----------

## Handelsschiffe

—, Seeschiffsbestände .....	85/VII B 2a
-----------------------------	-------------

## Handelsumsatz s. Umsatz

Handelsvertreter- und Handelsmaklergewerbe ..	80/VI A 1
---	-----------

—, Kostenstrukturstatistik .....	65/III 2c
----------------------------------	-----------

Handels- und Gaststättenzählung 1960 .....	80/VI A 1
--	-----------

## Handwerk

—, Beschäftigte .....	64/III 1a, b
-----------------------	--------------

.....	72/IV E 1
-------	-----------

.....	78/V 10b
-------	----------

—, Betriebe .....	64/III 1a, b
-------------------	--------------

.....	72/IV E 1
-------	-----------

.....	78/V 10b
-------	----------

—, Handwerksrolle, Eintragung in .....	80/VI A 1
--	-----------

—, Kostenstruktur .....	64/III 2a, c
-------------------------	--------------

—, Löhne und Gehälter .....	72/IV E 1
-----------------------------	-----------

.....	78/V 10b
-------	----------

—, Preisindex für den Wohnungsbau .....	121/XI A 10
---	-------------

—, Umsatz .....	64/III 1a
-----------------	-----------

.....	72/IV E 1
-------	-----------

.....	78/V 10b
-------	----------

.....	116/X B 10
-------	------------

—, Verdiensterhebung im Handwerk .....	124/XI B 2
--	------------

Handwerksberichterstattung .....	73/IV E 3
----------------------------------	-----------

Handwerkszählung 1956, 1963 .....	72/IV E 1, 2
-----------------------------------	--------------

## Hauptbetragsempfänger

—, Arbeitslosenversicherung und -hilfe .....	102/IX A 4
--	------------

Hauptentschädigung (Lastenausgleich) .....	104/IX B 3a
--	-------------

## Haushalte

—, Bodenflächen unter 0,5 ha .....	53/II A 1d
------------------------------------	------------

—, Lebenshaltung (Preisindex) .....	119/XI A 4
-------------------------------------	------------

—, Mikrozensus .....	36/I A 2
----------------------	----------

—, Renten- und Unterstützungsempfänger ....	106/IX C 3
---	------------

—, mit Viehhaltung .....	59/II C 1a
--------------------------	------------

—, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen ....	129/XII 1
---	-----------

—, Volkszählung 1950, 1961 .....	35/I A 1a, b
----------------------------------	--------------

—, Wirtschaftsrechnungen .....	122/XI A 11 a—d
--------------------------------	-----------------

—, Wohnungsstatistik 1956/57 .....	75/V 1a, c
------------------------------------	------------

Haushaltsansätze, Statistik der .....	112/X A 4
---------------------------------------	-----------

## Haushaltseinnahmen und -ausgaben des Bundes

und der Länder s. Ausgaben, öffentliche

## Haushaltsvorstand

—, Mikrozensus .....	36/I A 2
----------------------	----------

—, Volkszählung 1950, 1961 .....	35/I A 1a, b
----------------------------------	--------------

—, Wohnungsstatistik 1956/57 .....	75/V 1a
------------------------------------	---------

Hausratbeschaffung, Beihilfen .....	104/IX B 3c
-------------------------------------	-------------

Hausratentschädigung .....	104/IX B 3c
----------------------------	-------------

## Hausschlachtungen

—, Schlachtgewichtsstatistik .....	60/II C 2b
------------------------------------	------------

—, Schlachtungsstatistik .....	60/II C 2a
--------------------------------	------------

Hebesatz .....	114/X B 5
----------------	-----------

Heil- und Gewürzpflanzen .....	57/II B 1f
--------------------------------	------------

Heil- und Heilhilfspersonen .....	45/I C 8
-----------------------------------	----------

## Heimarbeiter

—, Arbeitsstättenzählung 1961, nichtlandwirtschaftliche .....	64/III 1b
---	-----------

—, Beschäftigtenstatistik .....	42/I B 4
---------------------------------	----------

—, Handwerkszählung 1956 .....	72/IV E 1
--------------------------------	-----------

Heimatauskunftsstellen .....	105/IX B 3h
------------------------------	-------------

## Heimatvertriebene s. Vertriebene

## Heime

—, mit Darlehen geförderte .....	105/IX B 3g
----------------------------------	-------------

—, Fürsorge, öffentliche .....	106/IX C 1
--------------------------------	------------

Heiratsalter .....	35/I A 1b
--------------------	-----------

## Heizölverbrauch

—, Bundesbahn .....	84/VII A 1b
---------------------	-------------

—, Industriebericht, monatlicher .....	67/IV A 1a
--	------------

Heranwachsende	
—, Kriminalstatistik, polizeiliche	50/I E 5
—, Strafverfolgungsstatistik	50/I E 6
Herkunftslander (Vertriebene)	36/I A 2
Hilfsstoffe s. a. Industrie	
—, Jahreserhebung der Nettoleistung der Industrie	68/IV A 3
Hochbau s. a. Bautätigkeitsstatistik	
—, Baubericht	78/V 10a, b
Hochofenwerke	71/IV D 1
Hochschulen	
—, Hochschulabsolventen (Volkszählung 1961)	35/I A 1b
—, Hochschulbesuch (kleine Hochschulstatistik)	48/I D 5b
—, Hochschullehrer und wissenschaftliches Personal	48/I D 6
—, Hochschulprüfungen	48/I D 7
—, Studierende (große Hochschulstatistik)	47/I D 5a
Hoheitsverwaltungen s. Bundes- und Länderfinanzen	
Holzeinschlag und -verkauf	63/II E 2
Holzwirtschaft	63/II E 3
Hühnerbestand, -haltung	52/II A 1b
Hypotheken	
—, Hypothekarkredite	96/VIII C 3
—, Hypothekenbewegung	99/VIII F 5
—, Hypothekenforderungen (Bausparkassen)	98/VIII D 2
—, Hypothekenforderungen (Versicherungsunternehmen)	107/IX D 1a
<b>I</b>	
Impfungen	44/I C 5
Importlager	80/VI A 1
Index (Indices) s. a. Maßzahlen	
—, Aktienkurse	98/VIII E 3
—, Außenhandel (tatsächliche Werte, Volumen, Durchschnittswerte)	83/VI B 2
—, Einkaufspreise für Auslandsgüter	118/XI A 2
—, Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel	119/XI A 3
—, Einzelhandelspreise	119/XI A 4
—, Einzelhandelspreise im Ausland	121/XI A 8a
—, Erzeugerpreise forstwirtschaftlicher Produkte	118/XI A 1
—, Erzeugerpreise industrieller Produkte	118/XI A 1
—, Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte	118/XI A 1
—, Erzeugerpreise für Schnittblumen und Topfpflanzen	118/XI A 1
—, Grundstoffpreise	118/XI A 1
—, industrielle Bruttoproduktion (Investitions- und Verbrauchsgüter)	68/IV B 2
—, industrielle Nettoproduktion	68/IV B 2
—, Lebenshaltung (Preisindex)	119/XI A 4
—, Lebenshaltung eines Kindes (Preisindex)	119/XI A 4
—, Lebenshaltung (Preisindices) im Ausland	121/XI A 8a
—, Lohnindices in ausgewählten Ländern	127/XI B 5b
—, Monatsverdienste der Angestellten in Industrie und Handel	123/XI B 1
—, Nichtwohngebäude (Preisindex)	121/XI A 10
—, Produktionsergebnisse je Beschäftigten, je Arbeiter und je Arbeiterstunde in der Industrie	68/IV B 2
—, Seefrachtraten	120/XI A 6
—, Straßenbau (Preisindex)	121/XI A 10
—, Stunden- und Wochenverdienste, bezahlte Wochenstunden	123/XI B 1
—, tarifliche Wochenarbeitszeiten	126/XI B 5a
—, Tariflöhne und -gehälter	126/XI B 5a
—, Wohngebäude (Preisindex)	121/XI A 10
Industrie	
—, Arbeiterstunden	67/IV A 1a
—, Beschäftigte	67/IV A 1a, b, 2 69/IV C 1 70/IV C 5 71/IV D 1
—, Betriebe bzw. Unternehmen s. a. Verbrauchsteuern	67/IV A 1a, b 68/IV A 3 70/IV C 5 70/IV C 6 78/V 10b
—, Kostenstruktur	64/III 2a, c
—, Löhne und Gehälter, Bruttosumme	67/IV A 1a

noch: Industrie	
—, Produktion (Menge und Wert) s. a. Verbrauchsteuern	68/IV B 1, 2 69/IV C 1—6
—, Umsatz	67/IV A 1b 68/IV A 3 116/X B 10 123/XI B 1
—, Verdienste (Angestellte und Arbeiter)	124/XI B 4a, b
—, Verkaufsstellen, offene	80/VI A 1
—, Weltindustriezensus 1963	73/IV E 2 73/IV F 1
Industriebericht	
—, für Kleinbetriebe	67/IV A 1b
—, monatlicher	67/IV A 1a
—, Zusatzerhebung	67/IV A 2
Industriezensus 1963	73/IV F 1
Ingenieurprüfungen	46/I D 3
Ingenieurschulen	46/I D 3
Inhaber, tätige Inhaber s. Betriebsinhaber, Selbständige	
Inlandschulden s. Schulden	
Inlandsprodukt	129/XII 1
Internationale Organisationen, statistische Tätigkeit	132/XIII 3
Internationaler Vergleich der Preise für die Lebenshaltung	121/XI A 8b
Internationaler Währungsfonds	131/XII 5
Internationale Übersichten	132/XIII 1
Interzonenhandel	81/VI A 5b
Invalidenversicherung s. Rentenversicherungen	
Invaliditätsversorgung, voraussichtliche s. a. Altersversorgung	
—, Mikrozensus	36/I A 2
Investitionen	
—, Bauhauptgewerbe (Monatsbericht)	78/V 10a
—, Bundes- und Länderfinanzen	110/X A 1a
—, Bundespost	93/VII F 2a
—, Gemeindefinanzen	111/X A 2b
—, Industriebericht, monatlicher	67/IV A 1a
—, Industriezensus 1963	73/IV F 1
—, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	129/XII 1
—, Weltindustriezensus 1963	73/IV E 2 73/IV F 1
Investmentstatistik	98/VIII E 2
<b>J</b>	
Jahresabschlüsse	
—, Bilanzstatistik der Aktiengesellschaften	66/III 4
—, Bundesbahn	84/VII A 1h
—, Bundespost	92/VII E 1d
—, Bundes- und Länderfinanzen	110/X A 1a
—, Gemeindefinanzen	110/X A 2a
—, Güterverkehr	93/VII F 2a
—, Wirtschaftsunternehmen, öffentliche	66/III 5
Jugendgerichtshilfe	106/IX C 2
Jugendherbergen	
—, Übernachtungen	82/VI A 7a
Jugendhilfe, öffentliche	106/IX C 2
Jugendliche	
—, Kriminalstatistik, polizeiliche	50/I E 5
—, Strafverfolgungsstatistik (Verurteilte)	50/I E 6
Justizstatistik	49/I E 1
<b>K</b>	
Kämmereiverwaltungen s. Gemeindefinanzen	
Kapitalbilanz	
—, Zahlungsbilanzstatistik für die Bundesrepublik	130/XII 4a
Kapitalgesellschaften s. a. Körperschaftsteuerstatistik	
—, Arbeitsstättenzählung 1950, nichtlandwirtschaftliche	64/III 1a
—, Bestand und Veränderungen	66/III 3
Kapital-Lebensversicherungen	107/IX D 2a
Kapitalsammelstellen	
—, Finanzierung des Wohnungsbaues	77/V 7
Kapitalverkehr, langfristiger, mit dem Ausland	131/XII 4c
Kassenlage des Bundes	110/X A 1b
Kinder s. a. Kinderzahl	
—, Kriminalstatistik, polizeiliche	50/I E 5
—, Lebenshaltung eines Kindes	119/XI A 4
—, Religionszugehörigkeit	35/I A 1b
Kinderheime	
—, Übernachtungen	82/VI A 7a
Kinderlähmungsfälle	44/I C 3

Kinderzahl s. a. Kinder		
—, Ehelösungen, gerichtliche	39/I A 8	
—, Gehalts- und Lohnstruktur (Landwirtschaft)	125/XI B 4c, d	
—, Hochschullehrer	48/I D 6	
—, Lohnstruktur (Erwerbsgartenbau)	125/XI B 4e	
—, Lohnstrukturhebung (Forstwirtschaft)	126/XI B 4f, g	
—, Mehrlingskinder	38/I A 7	
—, Mikrozensus	36/I A 2	
—, Volkszählung 1950, 1961	35/I A 1a, b	
Klassen, Klassenräume usw.		
—, Schulen, allgemeinbildende	45/I D 1	
—, Schulen, berufsbildende	46/I D 2	
Kleinbetriebe		
—, industrielle	67/IV A 1a, b	
—, landwirtschaftliche	53/II A 1c	
Knappschaftliche Rentenversicherung		
s. Rentenversicherungen		
Kohle s. a. Brennstoffe; Energiewirtschaft; Industriebe-		
richt; Produktionserhebung, vierteljährliche		
—, Kohlebestand	67/IV A 1a	
—, Kohleverbrauch	67/IV A 1a	
Koks		
—, Abgabe	70/IV C 3	
—, Bestand	70/IV C 3	
	71/IV D 1	
—, Bezug, Verbrauch	71/IV D 1	
—, Erzeugung	70/IV C 3	
	71/IV D 1	
Kommunkreditinstitute	97/VIII C 11	
Konfessionalität		
—, Schulen, allgemeinbildende	45/I D 1	
Konkurse und Vergleichsverfahren	100/VIII F 6	
Konten (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen)	129/XII 1	
Körperbehinderte		
s. a. Kriegsbeschädigte, Schwerbeschädigte		
—, Volkszählung 1950	35/I A 1a	
Körperschaftsteuerstatistik s. a. Kapitalgesellschaften	114/X B 5	
Kosten s. a. Aufwand, Ausgaben		
—, Fürsorgeerziehung	106/IX C 2	
—, Güterverkehr	93/VII F 2a, b	
—, Kostenstrukturhebung	64/III 2a	
—, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	129/XII 1	
—, Wohnungsbau, sozialer	78/V 8	
Kostenstrukturhebungen	64/III 2a—c	
Kostenstrukturhebung in der Wohnungswirtschaft für das Jahr 1953	76/V 4	
Kosten und Leistungen im Güterverkehr	93/VII F 2	
Kraftfahrzeuge s. a. Fahrzeuge		
—, Arbeitsstättenzählung 1950, nichtlandwirtschaftliche	64/III 1a	
—, Beförderung von Personen mit öffentlichen Straßenverkehrsmitteln	88/VII C 5	
—, Besitzumschreibungen	87/VII C 2	
—, Bestand und Veränderungen des Bestandes	87/VII C 2	
—, Binnenfischerei	61/II C 8	
—, Bundespost	92/VII E 1a	
—, Fahrleistungen	91/VII C 9	
—, Fahrzeugerhebung	93/VII F 2b	
—, Güterfernverkehr, gewerblicher	89/VII C 6c	
—, im Güterfernverkehr und Werkfernverkehr eingesetzte	89/VII C 6b	
—, Güternahverkehr	90/VII C 6e	
—, Güterverkehr (Repräsentativerhebung)	88/VII C 6a	
—, Güterverkehr, grenzüberschreitender	90/VII C 7b	
—, interzonaler Straßenverkehr	90/VII C 8	
—, Löschungen der Zulassungen	87/VII C 2	
—, Personenverkehr, grenzüberschreitender	90/VII C 7a	
—, Prüfungen (Technische Prüfstellen)	88/VII C 3b	
—, Straßenverkehrsunfälle	91/VII C 9	
—, Werkfernverkehr	89/VII C 6d	
—, Zulassungen	87/VII C 2	
—, Zusatzerhebung bei den gewerblichen Straßenverkehrsbetrieben	88/VII C 4	
Kraftomnibusse (Verkehr)		
s. a. Bundespost, Kraftfahrzeuge		
—, Beförderung von Personen mit öffentlichen Straßenverkehrsmitteln	88/VII C 5	
—, Personenverkehr, grenzüberschreitender	90/VII C 7a	
—, Straßenverkehr, interzonaler	90/VII C 8	
Kraftpostdienst, Gebühren	120/XI A 6	
Kranke		
—, Krankenanstaltsstatistik	45/I C 9	
—, Krankenversicherung, soziale	101/IX A 2a	
Krankenanstaltsstatistik	45/I C 9	
Krankenversicherung		
—, Arbeitskräfte in landwirtschaftlichen Betrieben, Statistik der	54/II A 5a	
—, Ehefrauen ohne Hauptberuf (Berufszählung 1950)	41/I B 1a	
—, Einzelergebnisse aus dem Rechnungsabschluß	109/IX D 9	
—, Erwerbspersonen (Berufszählung 1950)	41/I B 1a	
—, Handwerkszählung 1956	72/IV E 1	
—, Krankenversicherungsschutz (Mikrozensus)	36/I A 2	
—, private	107/IX D 1b	
	108/IX D 4a, b	
—, soziale	101/IX A 2a—c	
—, soziale, Krankheitsarten- und Todesursachenstatistik	44/I C 7	
Krankheiten s. a. Todesursachenstatistik		
—, Berufskrankheiten (gesetzliche Unfallversicherung)	102/IX A 3a—c	
—, Kinderlähmungenfälle	44/I C 3	
—, Krankheitsarten (soziale Krankenversicherung)	45/I C 9	
—, meldepflichtige (Neuerkrankungen)	43/I C 1	
—, Milzbrandkrankungen bei Menschen	44/I C 4	
—, Tuberkulose	43/I C 2	
Kredit s. a. Kreditinstitute		
—, Bankenstatistik, halbmonatliche	96/VIII C 1	
—, Bausparkassen, private	97/VIII D 1, 2	
—, Boden- und Kommunkreditinstitute	97/VIII C 11	
—, Hypothekenbewegung	99/VIII F 5	
—, Kleinkredite	96/VIII C 5	
—, Kredit- und Einlagearten	96/VIII C 1	
—, Kreditnehmerstatistik	96/VIII C 4	
—, Kreditstatistik	96/VIII C 3	
—, Teilzahlungskredite	96/VIII C 5	
—, Zentralbankkredite	95/VIII B 1	
Kreditinstitute s. a. Bausparkassen, private; Kredit		
—, Ausgleichsforderungen	99/VIII F 4	
—, Bankenstatistik, halbmonatliche	96/VIII C 1	
—, Bausparkassen, private	97/VIII D 1—3	
—, Bilanz, zusammengefaßte statistische	95/VIII A 1	
—, Bilanzsumme	97/VIII C 10	
—, Boden- und Kommunkreditinstitute	97/VIII C 11	
—, Gehalts- und Lohnstrukturhebung (gewerbliche Wirtschaft)	124/XI B 4a, b	
—, Größenklassen	97/VIII C 10	
—, Kreditnehmerstatistik	96/VIII C 4	
—, Kreditstatistik	96/VIII C 3	
—, Reservehaltung	95/VIII B 2	
—, Sparverkehrsstatistik	97/VIII C 8	
—, Teilzahlungskredite	96/VIII C 5	
—, Verdienststatistik in Industrie und Handel	123/XI B 1	
—, Zwischenbilanzstatistik	96/VIII C 2	
Kreditnehmerstatistik	96/VIII C 4	
Kreditstatistik	96/VIII C 3	
Kriegsbeschädigte s. a. Körperbehinderte, Kriegsopferversorgung, Schwerbeschädigte, Versorgung		
—, orthopädische Versorgung	103/IX B 1d	
Kriegsgefangene		
—, Beihilfen und Darlehen an ehemalige Kriegsgefangene	104/IX B 2	
—, Unterhaltsbeihilfen für Angehörige von Kriegsgefangenen	104/IX B 2b	
—, Volkszählung 1961	35/I A 1b	
Kriegsopferversorgung	103/IX B 1	
Kriegsschadenrente	104/IX B 3	
Kriegssterbefälle, standesamtlich beurkundete	39/I A 9	
Kriminalstatistik, polizeiliche	50/I E 5	
Kuhmilch, Erzeugung und Verwendung	61/II C 5	
Kulturarbeiten		
—, Bodennutzungshaupterhebung	56/II B 1b	
—, Forsterhebung 1961	60/II C 4	
—, Landwirtschaftszählung 1960	52/II A 1b	
Kurse		
—, Aktienkurse, Indexziffer	98/VIII E 3	
—, Devisenkurse	99/VIII F 2	
—, Effektenkurse	98/VIII E 3	
—, Kurswerte und Nominalwerte der Wertpapierumsätze im offiziellen Börsenverkehr, Index	99/VIII E 5	
—, Währungen der Welt	99/VIII F 1	
Kurzarbeit	43/I B 6	

# L

Lager und Lagerinsassen	107/IX C 4
Lagerbestände	
—, Einzelhandel	81/VI A 3
—, Großhandel	80/VI A 2
—, Zusatzerhebung zum Industriebericht	67/IV A 2
Länderberichte	132/XIII 2
Länderfinanzen s. a. Ausgaben, öffentliche; Einnahmen, öffentliche	110/X A 1a, c
Länderschulden	111/X A 3a, c
Ländersteuern	113/X B 1 a
Landwirte, besteuerte (nach Durchschnittssätzen) s. a. Landwirtschaft	116/X B 10
Landwirtschaft s. a. Anbauflächen, Bodennutzung, Ernährungswirtschaft, Ernte, Vieh- und Fleischwirtschaft, Wachstumsstand	
—, Arbeitskräfte	52/II A 1 a 54/II A 5
—, Aufbaudarlehen (Lastenausgleich)	104/IX B 3 d
—, Besitzverhältnisse	52/II A 1 a
—, Besondere Erntetermineitlung	59/II B 5
—, Betriebe	52/II A 1 a, c 53/II A 2a, 3, 4, 5
—, Betriebsinhaber	54/II A 5
—, betriebswirtschaftliche Meldungen	55/II A 6
—, Buchführungsstatistik	55/II A 7
—, Ernte	57/II B 1 f 58/II B 4a—d, 5
—, Gehalts- und Lohnstruktur	125/XI B 4 c, d
—, Kleinbetriebe	53/II A 1 c
—, landwirtschaftliche Ausbildung und Wirtschaftsberatung	55/II A 10
—, Landwirtschaftliche Betriebszählung 1949	52/II A 1 a
—, Landwirtschaftszählung 1960	52/II A 1 b
—, Milcherzeugung und -verwendung	61/II C 5
—, Schlachtungen	60/II C 2a—c
—, Schlepperbenutzung	54/II A 4
—, Verdienste	124/XI B 3
—, Viehhaltung	52/II A 1 a, b
Landwirtschaftliche Betriebszählung	52/II A 1 a, c
Landwirtschaftszählung 1960	52/II A 1 b
Lastenausgleich	104/IX B 3
Lastenausgleichsfonds, Schulden	111/X A 3a
Lastfahrzeuge, Lastkraftfahrzeuge s. Fahrzeuge, Kraftfahrzeuge	
Lastschriften	
—, Postscheckdienst	92/VII E 1 b
—, Sparverkehrsstatistik	97/VIII C 8
Lebendgeborene	38/I A 7
Lebensalter s. Alter	
Lebenshaltung	
—, eines Kindes	119/XI A 4
—, internationaler Vergleich	121/XI A 8 b
—, Preisindex (Inland)	119/XI A 4
—, Wirtschaftsrechnungen	122/XI A 11 a—d
Lebensversicherung	
—, Einzelergebnisse aus dem Rechnungsabschluß	109/IX D 9
—, Nachweisungen über den Bestand	108/IX D 2 b
—, Vermögensanlagen	107/IX D 1 a, b
—, Vierteljahresstatistik	107/IX D 2 a
Lederstatistik	71/IV D 4
Lehramtsprüfungen	47/I D 4
Lehrkräfte, Lehrpersonen	
—, allgemeinbildende Schulen	45/I D 1
—, berufsbildende Schulen	46/I D 2
—, Hochschullehrer und wissenschaftliches Personal	48/I D 6
—, Ingenieurschulen	46/I D 3
—, lehrerbildende Anstalten	47/I D 4
—, Lehrernachwuchs für das Lehramt an Höheren Schulen	48/I D 8
—, Personalstand von Bund, Ländern und Gemeinden	112/X A 6a, b
—, Vertriebene, Deutsche aus der SBZ und Sowjetzonenflüchtlinge	45/I D 1—4
Leuchtmittelsteuer	116/X B 11
Linien-schiffahrt, Frachtraten	120/XI A 6
Linienverkehr	
—, Luftverkehr	91/VII D 1
—, Personenverkehr mit Kraftfahrzeugen, grenzüberschreitender	90/VII C 7a
Lohnarbeiten	
—, Industriezensus 1963	73/IV F 1

noch Lohnarbeiten

—, Jahreseerhebung der Nettoleistung der Industrie	68/IV A 3
Lohnart	
—, Gehalts- und Lohnstruktur (gewerbliche Wirtschaft)	124/XI B 4a, b
—, Lohnstruktur (Forstwirtschaft)	126/XI B 4f, g
Löhne s. Verdienste	
Löhne und Lohnnebenkosten (Aufwendungen der Arbeitgeber)	128/XI B 8
Lohnsteuerstatistik	113/X B 3
Lohnstrukturserhebungen	
—, Dienstleistungsbereich	125/XI B 4 b
—, Forstwirtschaft	126/XI B 4f, g
—, gewerbliche Wirtschaft	124/XI B 4a, b
—, Landwirtschaft	125/XI B 4c, d
Lohnsummensteuerstatistik	115/X B 6
Lombardsatz	
—, Geld und Zinssätze, Statistik der	99/VIII F 3
Luftfahrtstatistik	
—, Güterverkehr, grenzüberschreitender	91/VII D 1
—, Luftverkehr, allgemeiner	91/VII D 1
—, Luftverkehrspreise	120/XI A 6

# M

Marktpreise s. Sozialprodukt	
Maschinen, landwirtschaftliche	
—, Gartenbauerhebung 1961	53/II A 2b
—, Landwirtschaftliche Betriebszählung 1949	52/II A 1a
—, Landwirtschaftszählung 1960	52/II A 1b
—, Schleppererhebung	54/II A 4
Materialbestand s. a. Warenbestand	
—, Eisen- und Stahlstatistik	71/IV D 1
—, Industriezensus 1963	73/IV F 1
Materialeingang s. a. Wareneingang	
—, Eisen- und Stahlstatistik	71/IV D 1
—, Industriezensus 1963	73/IV F 1
—, Jahreseerhebung der Nettoleistung der Industrie	68/IV A 3
Materialverbrauch s. a. Rohstoffverbrauch	
—, Jahreseerhebung der Nettoleistung der Industrie	68/IV A 3
—, Zusatzerhebung zum Industriebericht	67/IV A 2
Mehrfamilienhäuser	
—, Baufertigstellungen	77/V 5c
—, sozialer Wohnungsbau	78/V 8
Mehrlingsgeburten, -kinder	38/I A 7
Meßzahlen s. a. Index (Indices)	
—, Einzelhandel (Umsatz)	81/VI A 3
—, Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe (Umsatz, Beschäftigte)	82/VI A 6
—, Großhandel (Umsatz)	80/VI A 2
—, Personen- und Güterverkehr	93/VII F 4
Mieten	
—, Güterverkehr	93/VII F 2a
—, Wohnungsbau, sozialer	78/V 8
—, Wohnungsstatistik 1956/57	75/V 1a
Mithelfende Familienangehörige s. Familienangehörige, mithelfende	
Mietverhältnisse	35/I A 1 b 75/V 1a 79/V 11
Mietwohnungen s. Wohnungen	
Mikrozensus (Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens)	36/I A 2
Milcherzeugungs- und -verwendungsstatistik s. a. Molkereiwirtschaft	61/II C 5
Milzbrandkrankungen bei Menschen	44/I C 4
Mindestreservenstatistik	95/VIII B 2
Mineralölstatistik	72/IV D 5
Mineralölsteuer	116/X B 11
Möbelfernverkehr, gewerblicher	89/VII C 6c 93/VII F 2b
Molkereiwirtschaft (Milchanlieferung, -verarbeitung, -absatz, Erzeugerpreise) s. a. Milcherzeugungs- und -verwendungsstatistik	61/II C 6
Monatslöhner (Landwirtschaft)	125/XI B 4d
Monatsverdienste s. Verdienste	
Montan-Industrien, Wirtschaftsrechnungen der Arbeiterhaushalte	123/XI A 11 d
Münzumlaufl	95/VIII B 1
Münzwesen	
—, Haushaltseinnahmen des Bundes	110/X A 1c
Müttersterblichkeit	44/I C 6

# N

Nahrungsmittleinkauf	
—, Wirtschaftsrechnungen	122/XI A 11a, b
Nationalität s. Staatsangehörigkeit	
Naturalverdienste s. Deputate	
Natürliche Bevölkerungsbewegung	38/I A 7
Nebenbetriebe	
—, handwerkliche	72/IV E 1
—, der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe	52/II A 1b
Nettoinlandsprodukt	129/XII 1
Nettoleistung	
—, Bauhauptgewerbe	78/V 10a
—, Energieversorgungsunternehmen	69/IV C
—, Handwerkszählung 1963	73/IV E 2
—, Industrie	67/IV A 1
	68/IV A 3
Nettoproduktion, industrielle (Index)	68/IV B 2
Nettoproduktionswert	65/III 2c
	67/IV A 2
	68/IV A 3
Nettosozialprodukt	129/XII 1
Neubau s. Baumaßnahmen	
Neuverschuldung s. Schulden	
Nichtarbeitende s. a. Arbeitslose, Erwerbslose	
—, Berufszählung 1961	41/I B 1b
Nichtdeutsche Arbeitskräfte	43/I B 5
	79/V 11
Nichteisen- und Edelmetallstatistik	71/IV D 2
Nichterwerbsbevölkerung	41/I B 1b
Nichterwerbspersonen	37/I A 5
Nichtgebietskörperschaften	
—, Personalstrukturhebung	112/X A 6b
Nichtsteuerbelastete s. a. Steuerbefreite	
—, Einkommensteuer	114/X B 4
Nichtwohngebäude s. Bautätigkeitsstatistik	
Niederlassungen	
—, Handels- und Gaststättenzählung 1960	80/VI A 1
Normalwohngebäude (Ein-, Zwei-, Mehrfamilien-, Bauernhaus, Kleinsiedlerstelle)	76/V 3
Nominalkapital	
—, Statistik der Kapitalgesellschaften	66/III 3
Nominalwerte der Wertpapierumsätze	99/VIII E 5
Notbauten	
—, Baufertigstellungen	77/V 5c
Noten- und Münzumlauf	95/VIII B 1
Notstandsarbeit	
—, Arbeitslosenhilfe, wertschaffende	103/IX A 4c
—, Arbeitsvermittlung	42/I B 2
Notwohnungen	
—, Wohnungsstatistik 1956/57	75/V 1a
Nutzfläche, landwirtschaftliche	
—, Bodennutzungshaupterhebung	56/II B 1b
—, Gartenbauerhebung 1950, 1961	53/II A 2a, b
—, Handwerksbetriebe mit Landwirtschaft	72/IV E 1
—, Landwirtschaftszählung 1960	52/II A 1b
—, Viehbestände, Verhältnis zur Nutzfläche	59/II C 1a
—, Weinbaubetriebserhebung 1958	53/II A 3
Nutzungsarten s. Bodennutzung	

# O

Obst	
—, Gartenbauerhebung 1950	53/II A 2a
—, Obstbaumzählung	57/II B 2
—, Pflanzenbestände in den Baumschulen	57/II B 1g
—, Wachstumsstand und Erträge	58/II B 4c
Obstbaumbestände	
—, Gartenbauerhebung 1961	53/II A 2b
—, Obstbaumzählung	57/II B 2
Öffentlicher Dienst (Bedienstete)	
—, Personalstand von Bund, Ländern und Gemeinden	112/X A 6a, b
Omnibusse s. Kraftomnibusse	
Organisationen	
—, internationale, Berichte über die Tätigkeit	132/XIII 3
—, private, ohne Erwerbscharakter	129/XII 1
Orthopädische Versorgung der Kriegsbeschädigten	103/IX B 1d
Ortsklassen	
—, Gehalts- und Lohnstruktur (Landwirtschaft)	125/XI B 4c
—, Lohnstruktur (Forstwirtschaft)	126/XI B 4f
—, Personalstandstatistik	112/X A 6a
—, Tariflöhne und -gehälter	126/XI B 5

Ortsnamenänderungen	37/I A 3
Otschäden	
—, Schadenfeststellung und Hauptentschädigung	104/IX B 3a
—, Tätigkeit der Heimatauskunftstellen	105/IX B 3h

# P

Pacht	
—, Kostenstrukturstatistik	65/III 2c
Pachtbetriebe, landwirtschaftliche	52/II A 1b
Paritäten (Währungs-, Gold-, errechnete)	99/VIII F 1
Passivgeschäft	
—, Boden- und Kommunalkreditinstitute	97/VIII C 11
Pendelwanderung, Pendler	
—, Berufszählung 1950, 1961	41/I B 1a, b
—, Wohnungsstatistik	75/IV 1c
Pensions- und Sterbekassen	108/IX D 3
Personal s. a. Angestellte, Arbeiter, Arbeitnehmer, Arbeitskräfte, Beamte, Beschäftigte, Erwerbstätige, Personalstand	
—, Bundesbahn	84/VII A 1g
—, Bundespost	92/VII E 1c
—, Heil- und Heilhilfspersonen	45/I C 8
—, Krankenanstalten	45/I C 9
—, Krankenversicherung, soziale	102/IX A 2c
—, Landwirtschaftliche Betriebszählung 1949	52/II A 1a
—, Landwirtschaftszählung 1960	52/II A 1b
—, ordentliche Gerichte, Staatsanwaltschaften (Justizstatistik)	49/I E 1
—, Personalstand von Bund, Ländern und Gemeinden	112/X A 6a, b
—, Unfallversicherung, gesetzliche	102/IX A 3b
—, Verwaltungsgerichte	49/I E 3
Personalausgaben	
—, Bundes- und Länderfinanzen	110/X A 1a
—, Gemeindefinanzen	110/X A 2a
	111/X A 2b
Personalstand von Bund, Ländern und Gemeinden s. a. Angestellte, Arbeiter, Beamte	
—, Personalstandstatistik	112/X A 6a
—, Personalstrukturhebung	112/X A 6b
Personenverkehr s. Binnenschifffahrt, Bundesbahn, Bundespost, Fahrzeuge, Kraftfahrzeuge, Luftfahrtstatistik, Seeschifffahrt, Straßenverkehr	
Pferdehaltung, -bestand	
—, Landwirtschaftszählung 1960	52/II A 1b
—, Viehzählung, allgemeine	59/II C 1a
Pflichtanteile der Arbeitgeber zur Sozialversicherung	
—, Handwerkszählung	72/IV E 1
Pockenschutzimpfungen	44/I C 5
Post- und Fernmeldewesen s. Bundespost	
Preise s. a. Index (Indices), Mieten	
—, Baulandpreise	121/XI A 9
—, Baupreise	121/XI A 10
—, Einkaufspreise der Landwirtschaft	119/XI A 3
—, Ein- und Ausfuhrpreise	118/XI A 2
—, Erzeugerpreise für Milch	61/II C 6
—, Erzeuger- und Großhandelspreise (Ausland)	121/XI A 7
—, Erzeuger- und Großhandelsverkaufspreise (Inland)	118/XI A 1
—, Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe (Leistungen)	120/XI A 5
—, Holzpreise	63/II E 3
—, internationaler Vergleich (Lebenshaltung)	121/XI A 8b
—, Lebendviehpreise (Großmärkte)	60/II C 3
—, Verbraucherpreise (Ausland)	121/XI A 8a
—, Verbraucherpreise (Inland)	119/XI A 4
—, Verkehrspreise	120/XI A 6
Privater Verbrauch s. a. Verbrauch	129/XII 1
Privatquartiere	82/VI A 7b
Privatversicherungen	107/IX D 1—9
Produktion s. Bautätigkeitsstatistik, Ernährungs-wirtschaft, Handwerk, Industrie, Landwirtschaft, Verbrauchsteuern	
Produktions-Eilbericht	68/IV B 2
Produktionserhebung, vierteljährliche	68/IV B 1
Produktionsindex s. Index (Indices)	
Produktionskonten	129/XII 1
Produktionswert	129/XII 1

Prüfungen	
—, Hochschulprüfungen	48/I D 7
—, Ingenieurprüfungen	46/I D 3
—, Kraftfahrzeuge	88/VII C 3b
—, Lehramtsprüfungen	47/I D 4
—, pädagogische	48/I D 8

## R

Raum, umbauter	
—, Baufertigstellungen	77/V 5c
—, Baugenehmigungen	76/V 5a
—, Bauüberhang	77/V 5d
—, Wohnungsbau, sozialer	78/V 8
Realsteuervergleich	113/X B 2
Reben, Wachstumstand	58/II B 4d
Rechnungsstatistik, jährliche	
—, Bundes- und Länderfinanzen	110/X A 1a
—, Gemeindefinanzen	110/X A 2a
Rechtsanwälte	
—, Kostenstrukturstatistik	65/III 2c
Rechtsformen der Unternehmen bzw. Betriebe	
—, Arbeitsstättenzählung, nichtlandwirtschaftliche (1950, 1961)	64/III 1a, b
—, Einheitswertstatistik	115/X B 8
—, Handels- und Gaststättenzählung 1960	80/VI A 1
—, Handwerkszählung 1963	73/IV E 2
—, Konkurse und Vergleichsverfahren	100/VIII F 6
—, Vermögensteuerstatistik	115/X B 7
Rechtspflege	49/I E
Reiseverkehr, grenzüberschreitender	93/VII F 4
Religionszugehörigkeit	
—, Berufszählung 1961	41/I B 1b
—, Ehelösungen, gerichtliche	39/I A 8
—, Ehepartner	35/I A 1b
—, Eheschließende	38/I A 7
—, Gestorbene	38/I A 7
—, Kinder	35/I A 1b
—, Lehrkräfte (allgemeinbildende Schulen)	45/I D 1
—, Lohnsteuerstatistik	113/X B 3
—, Schüler (allgemeinbildende Schulen)	45/I D 1
—, Strafvollzugsstatistik	50/I E 7
—, Studierende (lehrerbildende Anstalten)	47/I D 4
—, Vertriebene	35/I A 1a
—, Volkszählung 1950, 1961	35/I A 1a, b
—, Wanderungsstatistik	37/I A 5
Renditen	98/VIII E 3
Renditenstatistik festverzinslicher Wertpapiere	99/VIII E 4
Rentabilitätsverhältnisse (Landwirtschaft, Garten- und Weinbau)	55/II A 7
Rentenempfänger s. a. Versorgung	
—, Berufszählung 1961	41/I B 1b
—, soziale Verhältnisse	106/IX C 3
—, Unfallversicherung, gesetzliche	102/IX A 3a
Renten- und Fürsorgeempfängerhaushalte, Lebenshaltung	119/XI A 4
Rentenschulden	
—, Hypothekendarstellung	99/VIII F 5
Rentenschuldforderungen	
—, Bausparkassen, private	98/VIII D 2
—, Versicherungsunternehmen	107/IX D 1a
Rentenversicherungen (Arbeiter, Angestellte, knappschaftliche Rentenversicherung)	
—, Betriebsmittel und Vermögensanlagen	101/IX A 1c
—, Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe	54/II A 5
—, Jahresstatistik	101/IX A 1b
—, Mitgliedschaft	36/I A 2
—, Vierteljahresstatistik	101/IX A 1a
Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens (Mikrozensus)	36/I A 2
Reservehaltung der Kreditinstitute	95/VIII B 2
Richter (Verwaltungsgerichte)	49/I E 3
Rindviehbestand, -haltung	
—, allgemeine Viehzählung	59/II C 1a
—, Landwirtschaftszählung 1960	52/II A 1b
—, Viehzwischenzählungen	59/II C 1b
Roherttrag	
—, Anteil am wirtschaftlichen Umsatz	80/VI A 2, 3
—, Handels- und Gaststättenzählung 1960	80/VI A 1
—, Kostenstrukturhebung	64/III 2a
—, Kostenstrukturstatistik	65/III 2c
Rohmaterial s. Rohstoffe	

Rohstoffe	
—, Düngemittelstatistik	71/IV D 3
—, industrielle (Erzeuger- und Großhandelsverkaufspreise, Inland)	118/XI A 1
—, industrielle (Ein- und Ausführpreise)	118/XI A 2
—, industrielle (Erzeuger- und Großhandelspreise, Ausland)	121/XI A 7
—, Jahreserhebung der Nettoleistung der Industrie	68/IV A 3
—, Nichteisen- und Edelmetallstatistik	71/IV D 2
Rohstoffverbrauch s. a. Materialverbrauch, Verbrauchsteuern	
—, Eisen- und Stahlstatistik	71/IV D 1
Rohtabakstatistik s. a. Tabaksteuer	72/IV D 7
Rohvermögen	
—, Einheitswertstatistik	115/X B 8
—, Vermögensteuerstatistik	115/X B 7
Rücklagenbildung, -entnahmen	
—, Bundes- und Länderfinanzen	110/X A 1a
—, Gemeindefinanzen	110/X A 2a
Rückversicherung	109/IX D 7
	109/IX D 9
Rückwanderer	
—, Aus- und Einwanderungsstatistik	38/I A 6
—, Wanderungsstatistik	37/I A 5
Rückzahlungen (Postsparkassendienst)	92/VII E 1b
Rundfunk s. Tonrundfunkgenehmigungen	

## S

Saatenanerkennung	58/II B 3
Sachanlagen	
—, Bilanzstatistik der Aktiengesellschaften	66/III 4
—, Einheitswertstatistik	115/X B 8
—, Industriezensus 1963	73/IV F 1
Sachleistungen s. Deputate	
Sachschaden s. Schaden	
Salzsteuer	116/X B 11
Säuglingssterblichkeit	44/I C 6
Schaden	
—, Schadenquoten (Unfallversicherung, gesetzliche)	108/IX D 5a
—, Schadenrückstellungen (Rückversicherungen)	109/IX D 7
—, Schadensfeststellung (Lastenausgleich)	104/IX B 3a
—, Straßenverkehrsunfälle	91/VII C 10
Schaden- und Unfallversicherung	108/IX D 5a
	108/IX D 5b
	109/IX D 9
Schadenursachenstatistik in der Tierlebensversicherung	109/IX D 6
Schafbestand, -haltung	
—, Landwirtschaftszählung 1960	52/II A 1b
Schaumweinsteuer	116/X B 11
Schichtarbeit	36/I A 2
Schifffahrt s. Binnenschifffahrt, Seeschifffahrt	
Schiffsbauwerke	85/VII B 2a
Schiffshypotheken	99/VIII F 5
Schlachtgewichtsstatistik	60/II C 2b
Schlachtvieh- und Fleischbeschaustatistik	60/II C 2c
Schlachtungsstatistik	60/II C 2a
Schleppererhebung (Land- und Forstwirtschaft)	54/II A 4
Schleusen	85/VII B 1b
Schnittholz s. Holzwirtschaft	
Schrottwirtschaft	71/IV D 1
Schulanfänger s. a. Schüler	45/I D 1
Schulbildung s. a. Ausbildung	
—, der Ehepartner	35/I A 1b
—, Fachschüler	46/I D 2
—, verurteilte Jugendliche und Heranwachsende	50/I E 6
Schulden	
—, Berichtsdienst über den Schuldenstand des Bundes	111/X A 3b
—, Berichtsdienst über den Schuldenstand der Länder	111/X A 3c
—, Bundes- und Länderschulden	111/X A 3a
—, Einheitswertstatistik	115/X B 8
—, Gemeindeschulden	111/X A 2b, 3d
—, Lastenausgleichsfonds	111/X A 3a
—, Schuldenaufnahmen (Bundes- und Länderfinanzen)	110/X A 1a
—, Schuldenaufnahmen (Gemeindefinanzen)	110/X A 2a
—, Schuldenaufnahmen (Haushaltsansätze)	112/X A 4a

noch Schulden			
—, Schuldenstand (Landwirtschaft, Garten- und Weinbau) .....	55/II A 7		
—, Vermögensteuerstatistik .....	114/X B 5		
Schuldscheinforderungen			
—, Bausparkassen, private .....	98/VIII D 2		
—, Versicherungsunternehmen .....	107/IX D 1a		
Schuldverschreibungen			
—, Boden- und Kommunalkreditinstitute .....	97/VIII C 11		
Schulen .....	45/I D 1—5		
Schulentlassungen s. a. Berufsberatung			
—, allgemeinbildende Schulen .....	45/I D 1		
Schüler und Studierende			
—, Berufszählung 1961 .....	41/I B 1b		
—, an Schulen und Hochschulen .....	45/I D 1—5		
—, Volkszählung 1961 .....	35/I A 1b		
Schulort .....	41/I B 1b		
Schweinebestand, -haltung			
—, allgemeine Viehzählung .....	59/II C 1a		
—, Landwirtschaftszählung 1960 .....	52/II A 1b		
—, Viehzwischenzählungen .....	59/II C 1b		
Schwerbeschädigte s. a. Körperbehinderte, Kriegsbeschädigte			
—, Arbeitsstättenzählung 1950, nichtlandwirtschaftliche .....	64/III 1a		
—, Arbeitsvermittlung .....	42/I B 2		
—, Handwerkszählung 1956 .....	72/IV E 1		
Seefischerei s. Fischwirtschaft			
Seefrachtraten (Index) .....	120/XI A 6		
Seehäfen			
—, grenzüberschreitender Reiseverkehr .....	93/VII F 4		
—, Seeverkehrstatistik .....	86/VII B 2c		
Seemannsstatistik .....	85/VII B 2b		
Seeschifffahrt			
—, Besatzungsmitglieder .....	85/VII B 2b		
—, Güterbewegung im internationalen Verkehr .....	93/VII F 3		
—, Kostenstrukturstatistik .....	65/III 2c		
—, Meßzahlen des Güter- und Personenverkehrs .....	93/VII F 4		
—, Personenverkehr über See mit dem Ausland .....	86/VII B 2c		
—, Seeschiffsbestände .....	85/VII B 2a		
—, Seefrachtraten (Index) .....	120/XI A 6		
—, Seehäfen .....	86/VII B 2c		
—, Seeunfälle .....	93/VII F 4		
—, Seeverkehr der Häfen des Binnenlandes .....	86/VII B 2d		
—, Seeverkehr der Häfen des Binnenlandes .....	85/VII B 1b		
—, Seeverkehr der Häfen des Binnenlandes .....	86/VII B 2c		
—, Schiffs- und Güterverkehr (Nord-Ostsee-Kanal) .....	86/VII B 2c		
—, Schiffs- und Güterverkehr über See .....	86/VII B 2c		
Seeschiffsbauwerke .....	85/VII B 2a		
Seeverkehrsstatisik .....	86/VII B 2c		
Sektoren			
—, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen ...	129/XII 1		
Selbständige s. a. Inhaber			
—, Berufszählung 1961 .....	41/I B 1b		
—, Landwirtschaftszählung 1960 .....	52/II A 1b		
—, Mikrozensus .....	36/I A 2		
Selbständige Berufslose, Berufszählung 1950 ..	41/I B 1a		
Siedlung, ländliche .....	55/II A 8		
Sowjetzonenflüchtlinge s. a. Deutsche aus der SBZ, Vertriebene, Vertriebenen- und Flüchtlingeigenschaft, Zugewanderte			
—, Betriebe (Bauhauptgewerbe) .....	78/V 10		
—, Bewirtschafter von Bodenflächen unter 0,5 ha .....	53/II A 1d		
—, Bodennutzungshaupterhebung .....	56/II B 1b		
—, Lehrkräfte, erstmalig eingestellte .....	45/I D 1—4		
—, Mikrozensus .....	36/I A 2		
—, Stand der Vertriebenen- und Flüchtlingsbevölkerung .....	40/I A 11a		
—, Statistische Auswertung der Antragsformulare zum Bundesvertriebenenausweis .....	40/I A 11c		
—, Studierende an Ingenieurschulen .....	46/I D 3		
—, Volkszählung 1961 .....	35/I A 1b		
Soziale Krankenversicherung s. Krankenversicherung			
Soziale Rentenversicherung, Mitgliedschaft .....	36/I A 2		
Sozialer Wohnungsbau .....	77/V 6—9		
Soziale Stellung			
—, Erwerbspersonen (Berufszählung 1950, 1961) .....	41/I B 1a, b		
—, Haushaltsvorstände (Mikrozensus) .....	36/I A 2		
—, Haushaltsvorstände (Volkszählung 1950, 1961) .....	35/I A 1a, b		
—, Haushaltsvorstände (Wohnungstatistik 1956/57) .....	75/V 1a		
Soziale Verhältnisse der Renten- und Unterstützungsempfänger .....	106/IX C 3		
Sozialgerichte, Sozialgerichtsbarkeit .....	49/I E 4a—c		
Sozialleistungen, Sozialleistungsempfänger ....	106/IX C 3		
Sozialprodukt			
—, des Auslandes .....	130/XII 3		
—, der Bundesrepublik .....	129/XII 1		
Sozialversicherung s. a. Arbeitslosenversicherung, Krankenversicherung, Rentenversicherungen			
—, Landwirtschaftszählung 1960 .....	52/II A 1b		
Sozialversicherungsbeiträge			
—, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen ..	129/XII 1		
Spaltanlagen .....	70/IV C 6		
Spareinlagen s. a. Bankeinlagen, Kredit, Kreditinstitute			
—, Bausparkassen, private .....	98/VIII D 3		
—, Bundespost .....	92/VII E 1		
—, Sparverkehrsstatistik .....	97/VIII C 8		
—, Währungsausgleich für Sparguthaben Vertriebener .....	105/IX B 3f		
Sparen			
—, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen ..	129/XII 1		
Sparverkehrsstatistik .....	97/VIII C 8		
Spezialhandel			
—, Außenhandelsstatistik .....	82/VI B 1		
Spielkartensteuer .....	116/X B 11		
Sportstätten			
—, Bestandserhebung über Turn- und Sportstätten .....	48/I D 9		
Staat			
—, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen ...	129/XII 1		
Staatenlose s. a. Ausländer, Staatsangehörigkeit			
—, Zu- und Fortgezogene .....	37/I A 5		
Staatsangehörigkeit s. a. Ausländer, Staatenlose			
—, Arbeiter (E. G. K. S.) .....	79/V 11		
—, Arbeitnehmer, beschäftigte nichtdeutsche... ..	43/I B 5		
—, Auslieferungsstatistik .....	51/I E 9		
—, Aus- und Einwanderungsstatistik .....	38/I A 6		
—, Berufszählung 1961 .....	41/I B 1b		
—, Betriebsinhaber .....	73/IV E 2		
—, Eheschließende .....	38/I A 7		
—, Mikrozensus .....	36/I A 2		
—, Reisende (grenzüberschreitender Reiseverkehr) .....	93/VII F 4		
—, Staatsangehörigkeitsstatistik .....	41/I A 13		
—, Strafvollzugsstatistik .....	50/I E 7		
—, Studierende (Ingenieur- und Technikerschulen) .....	46/I D 3		
—, Studierende (wissenschaftliche Hochschulen) ..	47/I D 5a		
—, Volkszählung 1961 .....	35/I A 1b		
—, Wanderungsstatistik .....	37/I A 5		
Staatsanwaltschaften			
—, Justizstatistik .....	49/I E 1		
Staatsprüfungen (Hochschulen) .....	48/I D 7		
Staatsverbrauch			
—, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen ...	129/XII 1		
Stadtschnellbahnen, Verkehr mit .....	88/VII C 5		
Stahlgießereien .....	71/IV D 1		
Stahlwerke .....	71/IV D 1		
Steinkohlenbergbau			
—, s. Arbeitsvermittlung; Industriebericht; Produktions-erhebung, vierteljährliche; Verdienste			
Stellen, offene			
—, Arbeitsvermittlung .....	42/I B 2		
Stellung im Beruf			
—, Berufszählung 1950, 1961 .....	41/I B 1a, b		
—, Binnenfischerei .....	61/II C 8		
—, Mikrozensus .....	36/I A 2		
Stellung im Betrieb			
—, Arbeitskräfte in landwirtschaftlichen Betrieben .....	54/II A 5		
—, Arbeitsstättenzählung, nichtlandwirtschaftliche (1950, 1961) .....	64/III 1a, b		
—, Baubericht .....	78/V 10b		
—, Berufszählung 1950 .....	41/I B 1a		
—, Energieversorgungsunternehmen .....	69/IV C 1		
—, Handels- und Gaststättenzählung 1960 ....	80/VI A 1		
—, Handwerkszählung 1956 .....	72/IV E 1		
—, Industriebericht, monatlicher .....	67/IV A 1a		
—, Landwirtschaftszählung 1960 .....	52/II A 1b		
—, Straßenverkehrsbetriebe, gewerbliche ....	88/VII C 4		
Stellung zum Erwerbsleben			
—, Berufszählung 1961 .....	41/I B 1b		
—, Landwirtschaftszählung 1960 .....	52/II A 1b		
—, Volkszählung 1961 .....	35/I A 1b		



Sterbefälle		
—, Bevölkerungsbewegung, natürliche	38/I A 7	
—, Kinderlähmung	44/I C 3	
—, Todesursachenstatistik	44/I C 6	
Sterbekassen	108/IX D 3	
Sterbeziffern	44/I C 6	
Steuerbefreite s. a. Nichtsteuerbelastete		
—, Vermögensteuer	115/X B 7	
Steuerbelastete		
—, Einkommensteuer	114/X B 4	
—, Körperschaftsteuer	114/X B 5	
—, Lohnsteuer	113/X B 3	
—, Vermögensteuer	115/X B 7	
Steuerberater		
—, Kostenstrukturstatistik	65/III 2c	
Steuereinnahmen		
—, Bundes- und Länderfinanzen	110/X A 1a	
—, Gemeindefinanzen	111/X A 2b	
—, Haushaltseinnahmen des Bundes	110/X A 1b	
—, Haushaltseinnahmen der Länder	110/X A 1c	
—, Staats- und Kommunalsteuern	113/X B 1	
—, Verbrauchsteuern	116/X B 11	
Steuerklassen		
—, Einkommensteuer	114/X B 4	
—, Erbschaftsteuer	116/X B 9	
—, Lohnsteuer	113/X B 3	
Steuermeßbetrag	115/X B 6	
Steuern s. a. einzelne Steuerstatistiken, Kostenstruktur-		
erhebungen, Sozialprodukt, Steuereinnahmen, Steuer-		
sätze usw.		
—, Kosten und Leistungen im Güterverkehr	93/VII F 2a, b	
Steuerpflichtige		
—, Einkommensteuer	114/X B 4	
—, Erbschaftsteuer	116/X B 9	
—, Gewerbesteuer	115/X B 6	
—, Körperschaftsteuer	114/X B 5	
—, Lohnsteuer	113/X B 3	
—, Umsatzsteuer	116/X B 10	
—, Vermögensteuer	115/X B 7	
Steuersätze		
—, Körperschaftsteuer	114/X B 5	
—, Kostenstrukturstatistik	65/III 2c	
—, Umsatzsteuer	116/X B 10	
Steuerschuld		
—, Einkommensteuer	114/X B 4	
—, Erbschaftsteuer	116/X B 9	
—, Körperschaftsteuer	114/X B 5	
—, Vermögensteuer	115/X B 7	
Steuersollbeträge s. Verbrauchsteuern		
Strafaußsetzung	51/I E 8	
Strafen		
—, Straferlaß (Amnestiestatistik)	51/I E 10	
—, Strafverfolgungstatistik	50/I E 6	
—, Strafvollzugsstatistik	50/I E 7	
Straftaten, straffbare Handlungen		
—, Auslieferungsstatistik	51/I E 9	
—, Kriminalstatistik, polizeiliche	50/I E 5	
—, Strafverfolgungstatistik	50/I E 6	
Strafverfolgungstatistik	50/I E 6	
Strafvollzugsstatistik	50/I E 7	
Straßen (Gemeinde-)	87/VII C 1b	
Straßenbahnen, Verkehr mit	88/VII C 5	
Straßenbestandsaufnahme	86/VII C 1a	
Straßenlängenstatistik	86/VII C 1a	
Straßenverkehr		
—, Beförderung von Personen mit öffentlichen		
Straßenverkehrsmitteln	88/VII C 5	
—, Güterbewegung im internationalen Verkehr	93/VII F 3	
—, Güterfernverkehr mit Kraftfahrzeugen, ge-		
werblicher	89/VII C 6c	
—, im Güterfernverkehr und Werkfernverkehr		
eingesetzte Fahrzeuge	89/VII C 6b	
—, Güterverkehr mit Kraftfahrzeugen (Reprä-		
sentativerhebung)	88/VII C 6a	
—, Güterverkehr mit Kraftfahrzeugen, grenz-		
überschreitender	90/VII C 7b	
—, interzonaler, mit Berlin und der sowjetischen		
Besatzungszone	90/VII C 8	
—, Meßzahlen des Personen- und Güterverkehrs	93/VII F 4	
—, Personenverkehr mit Kraftfahrzeugen, grenz-		
überschreitender	90/VII C 7a	
—, Reiseverkehr, grenzüberschreitender	93/VII F 4	
nach: Straßenverkehr		
—, Straßenverkehrsbetriebe, gewerbliche	88/VII C 4	
—, Straßenverkehrsunfälle	91/VII C 10	
—, Werkfernverkehr mit Kraftfahrzeugen	89/VII C 6d	
Streiks im In- und Ausland	127/XI B 6a, b	
Strom		
—, Abgabe	67/IV A 1a	
	70/IV C 5	
—, Ausfuhr	69/IV C 2	
—, Bezug	67/IV A 1a	
	70/IV C 5	
—, Einfuhr	69/IV C 2	
—, Erzeugung	67/IV A 1a	
	70/IV C 5	
—, Stromerzeugungsanlagen, industrielle	70/IV C 5	
—, Verbrauch	67/IV A 1a	
	69/IV C 2, 5	
Strukturzonen	75/V 1c	
	121/XI A 9	
Studienanfänger	47/I D 5a, b	
Studienort	41/I B 1b	
Studienreferendare	48/I D 8	
Studienseminare	48/I D 8	
Studierende	46/I D 3—5	
Stundenlöhner (Landwirtschaft)	125/XI B 4d	
Stundenverdienste s. Verdienste		
Subventionen		
—, Haushaltseinnahmen und -ausgaben des		
Bundes	110/X A 1b	
—, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	129/XII 1	
Süßstoffsteuer	116/X B 11	

## T

Tabak s. Roh-tabakstatistik	
Tabaksteuer	116/X B 11
Tätigkeitsfälle	36/I A 2
Tarife	
—, Bundesbahn	84/VII A 1d
—, gewerblicher Güterfernverkehr mit Kraft-	
fahrzeugen	89/VII C 6c
—, Werkfernverkehr mit Kraftfahrzeugen	89/VII C 6d
Tariflöhne und -gehälter	
—, Ausland	127/XI B 5b
—, Inland	126/XI B 5a
Tariflohniveau, gesamtwirtschaftliches	126/XI B 5a
Technikerprüfungen	46/I D 3
Technikerschulen, -lehrgänge	46/I D 3
Technische Prüfstellen für den Kraftfahrzeug-	
verkehr	88/VII C 3b
Teichwirtschaft	61/II C 8
Teilbeschäftigung	
—, Arbeitskräfte in landwirtschaftlichen Be-	
trieben	54/II A 5
Teilzahlungskredite	96/VIII C 5
Textilstatistik	72/IV D 6
Tiefbau	77/V 5e
	78/V 10b
Tierlebensversicherung	109/IX D 6
Tierseuchen, anzeigepflichtige	60/II C 4
Tierversicherung	109/IX D 8
Tilgungsbeiträge	97/VIII D 1
Todeserklärungen, gerichtliche	39/I A 10
Todesursachenstatistik s. a. Krankheiten	44/I C 6
Tonrundfunkgenehmigungen	92/VII E 1b
Totgeborene	38/I A 7
Trampschiffahrt	120/XI A 6
Transithandel, Zahlungen im	131/XII 4d
Transportmittel	
—, Gartenbauerhebung 1961	53/II A 2b
—, Landwirtschaftszählung 1960	52/II A 1b
Traubenmais, -most	62/II D 4
Treibstoffe, Bezug und Verbrauch	
—, Industriezensus 1963	73/IV F 1
Tuberkulose	
—, Ausgaben für Tuberkulose-Hilfe	106/IX C 1
—, Erkrankte und Neuerkrankte, Todesfälle	43/I C 2
Turnhallen	
—, allgemeinbildende Schulen	45/I D 1
Turn- und Sportstätten	48/I D 8



## U

Überstundenzuschläge	
—, Tariflöhne und -gehälter	126/XI B 5
Übertragungen	
—, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	129/XII 1
Umlagen	
—, Gemeindefinanzen	111/X A 2b
Umlaufvermögen	
—, Einheitswertstatistik	115/X B 8
Umsatz s. a. Absatz	
—, Anteil des Rohertrages	80/VI A 2, 3
—, Baugewerbe	78/V 10a, b
—, Einzelhandel (Meßzahlen)	81/VI A 3
—, Energieversorgungsunternehmen	69/IV C 1
—, Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe (Meßzahlen)	82/VI A 6
—, Großhandel (Meßzahlen)	80/VI A 2
—, Güterverkehr	92/VII F 1, 2a
—, Handels- und Gaststättenzählung 1960	80/VI A 1
—, Handwerksberichterstattung	73/IV E 3
—, Handwerk	72/IV E 1
—, Industrie	67/IV A 1a, b
—, Kostenstrukturerhebung, -statistik	64/III 2a, c
—, Umsatzgrößenklassen	64/III 1a
—, Umsatzsteuerstatistik	80/VI A 1
—, Zusatzserhebung zum Industriebericht	116/X B 10
—, Umsatzsteuerstatistik	67/IV A 2
Umsatzstruktur	116/X B 10
—, Verkehrszensus	92/VII F 1
Umverteilung der Einkommen	129/XII 1
Unehelich Lebendgeborene	38/I A 7
Unfälle	
—, Arbeitsunfälle	66/III 6
—, Binnenschiffe	102/IX A 3c
—, Bundesbahn	85/VII B 1c
—, Seeunfälle	84/VII A 1e
—, Straßenverkehrsunfälle	86/VII B 2d
—, Unfallstatistik der Träger der gesetzlichen Unfallversicherung	91/VII C 10
Unfallversicherung, gesetzliche s. a. Versicherungen, private	102/IX A 3c
Universitäten s. Hochschulen	102/IX A 3a-c
Unterhaltsbeihilfen für Angehörige von Kriegsgefangenen	109/IX D 9
Unterhaltshilfe (Lastenausgleich)	
Unterhaltsquelle	104/IX B 2b
—, Volkszählung 1961	104/IX B 3b
—, Berufszählung 1961	
—, Landwirtschaftszählung 1960	35/I A 1b
Untermiete	41/I B 1b
—, Wohnungsstatistik 1956/57	52/II A 1b
Unternehmen s. a. Betriebe, Kapitalgesellschaften	75/V 1b
—, Arbeitsstättenzählung, nichtlandwirtschaftliche (1950, 1961)	
—, Beschäftigte	64/III 1a, b
—, Bilanzen der Aktiengesellschaften	64/III 1a, b
—, Gewerbesteuermeßbetragsstatistik	69/IV C 1
—, Güterverkehr	66/III 4
—, Handels- und Gaststättenzählung 1960	115/X B 6
—, Jahreserhebung der Nettoleistung der Industrie	93/VII F 2a
—, Kapitalgesellschaften	80/VI A 1
—, Konkurse und Vergleichsverfahren	68/IV A 3
—, Kostenstruktur	66/III 3
—, Rechtsformen	64/III 2a
—, Straßen-Personenverkehr	64/III 1a, b
—, Umsätze	115/X B 8, 10
—, Unternehmensgrößenklassen	88/VII C 5
—, Verkehrsgewerbe	64/III 1a, 2a
—, Verkehrszensus	69/IV C 1
—, Versicherungsunternehmen	116/X B 10
	64/III 1b
	65/III 2c
	80/VI A 1
	93/VII F 2a
	93/VII F 2a
	92/VII F 1
	109/IX D 9

## noch Unternehmen

—, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	129/XII 1
—, Werkfernverkehr	89/VII C 6d
—, Wirtschaftsunternehmen, öffentliche	112/XA 5, 6b
	66/III 5
Unterstützung, Unterstützungsempfänger	
—, Arbeitslosenhilfe	102/IX A 4a
—, Fürsorge, öffentliche	106/IX C 1
—, Renten- und Unterstützungsempfänger	106/IX C 3
Urlaubsansprüche	36/I A 2
Urteile in Ehesachen, rechtskräftige	39/I A 8

## V

Verbindlichkeiten	
—, Kostenstrukturstatistik	65/III 2c
Verbrauch s. a. Lebenshaltung	
—, Brennstoffe	67/IV A 1a
—, Düngemittel in der Landwirtschaft	69/IV C 2, 5
—, Energie	71/IV D 3
—, Heizöl	67/IV A 1a
—, Kohle	69/IV C 2, 5
—, letzter Verbrauch	73/IV F 1
—, Material (Nettoleistung der Industrie)	67/IV A 1a
—, privater (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen)	67/IV A 1a
—, privater (Wirtschaftsrechnungen)	70/IV C 3
—, Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	129/XII 1
—, Staatsverbrauch	68/IV A 3
Verbrauchergeldparitäten	129/XII 1
Verbraucherpreise s. a. Preise	122/XI A 11a-d
—, Ausland	71/IV D 1, 2
—, Inland	73/IV F 1
Verbrauchssteuern	129/XII 1
—, Steuereinnahmen des Bundes und der Länder	121/XI A 8b
—, Steuersollbeträge	121/XI A 8a
—, Verbrauchsteuerstatistik	119/XI A 4
Verdienste	
—, Ausland	113/X B 1
—, Erwerbsgartenbau	116/X B 11
—, Forstwirtschaft	116/X B 11
—, gewerbliche Wirtschaft	127/XI B 7
—, Handels- und Gaststättenzählung 1960	125/XI B 4e
—, Handwerk	126/XI B 4f, g
—, Industrie und Handel	123/XI B 1
—, Industriezensus 1963	124/XI B 4a, b
—, Landwirtschaft	80/VI A 1
—, Tariflöhne	124/XI B 2
Vergleichsverfahren	123/XI B 1
Vergütungsgruppen	124/XI B 4a, b
—, Personalstand von Bund, Ländern und Gemeinden	73/IV F 1
Verkaufsstellen, offene der Industrie	124/XI B 3, 4c, d
Verkehr s. Binnenschifffahrt, Bundesbahn, Bundespost, Fahrzeuge, Güterverkehr, Kraftfahrzeuge, Luftfahrtstatistik, Seeschifffahrt, Straßenverkehr	126/XI B 5
Verkehrsbezirke	100/VIII F 6
—, grenzüberschreitender Güterverkehr mit Kraftfahrzeugen	
—, Güterbewegung auf Eisenbahnen	112/X A 6b
—, Güterfernverkehr, gewerblicher	80/VI A 1
—, Schiffs- und Güterverkehr auf Binnenwasserstraßen	
—, Schiffs- und Güterverkehr über See	90/VII C 7b
—, Werkfernverkehr	84/VII A 2
Verkehrsgewerbe, -wirtschaft	89/VII C 6c
—, Arbeitsstättenzählung, nichtlandwirtschaftliche (1950, 1961)	
—, Kostenstruktur	85/VII B 1b
Verkehrsleistungen s. a. Binnenschifffahrt, Bundesbahn, Bundespost, Fahrzeuge, Kraftfahrzeuge, Luftfahrtstatistik, Seeschifffahrt, Straßenverkehr	86/VII B 2c
Verkehrspreise	89/VII C 6d
Verkehrsteuern	
—, Steuereinnahmen des Bundes und der Länder	120/XI A 6
	64/III 1a, b
	64/III 2a, c

Verkehrsunfälle s. a. Unfälle			
—, Binnenwasserstraßen	85/VII B 1 c		
—, Bundesbahn	84/VII A 1 e		
—, Seeschifffahrt	86/VII B 2 d		
—, Straßenverkehr	91/VII C 9		
Verkehrszensus	92/VII F 1		
Verlagsbuchhandel			
—, Handels- und Gaststättenzählung 1960	80/VI A 1		
Verlagsgewerbe			
—, Kostenstruktur	64/III 2 a, c		
Vermögen s. a. Vermögensanlagen			
—, Krankenversicherung, soziale	101/IX A 2 b		
—, Lastenausgleich	105/IX B 3 h		
—, öffentliche Hand	112/X A 5		
—, Pensions- und Sterbekassen	108/IX D 3		
—, Rentenversicherungen	101/IX A 1 b		
—, Sozialprodukts- und Volkseinkommensberechnung	130/XII 2		
—, Unfallversicherung, gesetzliche	102/IX A 3 b		
—, Vermögensbewegungen (Einnahmen und Ausgaben der Länder)	110/X A 1 c		
—, Vermögenseinkommen (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen)	129/XII 1		
—, Vermögensteuerstatistik	115/X B 7		
—, Vermögensveränderungskonto (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen)	129/XII 1		
—, Versicherungsunternehmen, private	107/IX D 1 b		
—, Versicherungsvereine, kleinere	109/IX D 8		
Vermögensanlagen s. a. Vermögen			
—, Bausparkassen, private	98/VIII D 2		
—, Lebensversicherungsunternehmen	107/IX D 2 a		
—, Rentenversicherungen	101/IX A 1 c		
—, Schaden- und Unfallversicherungsvereine	108/IX D 5 b		
—, Versicherungsunternehmen, private	107/IX D 1 a, b		
Vermögensteuerstatistik	115/X B 7		
Versicherungen, private s. a. Arbeitslosenversicherung; Krankenversicherung; Rentenversicherungen; Unfallversicherung, gesetzliche			
—, Krankenversicherungen, private	108/IX D 4 a, b		
	109/IX D 8		
—, Lebensversicherungen	107/IX D 1 a		
	107/IX D 2 a, b		
	109/IX D 8		
—, Pensions- und Sterbekassen	108/IX D 3		
	109/IX D 8		
—, Rückversicherung	109/IX D 7		
—, Schaden- und Unfallversicherung	108/IX D 5 a		
	108/IX D 5 b		
	109/IX D 8		
—, Schadensursachen in der Tierlebensversicherung	109/IX D 6		
—, Vermögensanlagen	107/IX D 1 a, b		
	107/IX D 2 a		
	108/IX D 5 b		
—, Versicherungsleistungen	108/IX D 3, 4 b, 5 a		
	109/IX D 7		
Versicherungsprämien			
—, Fahrzeugerhebung	93/VII F 2 b		
Versicherungsunternehmen			
—, Einzelergebnisse aus dem Rechnungsab-schluß	109/IX D 9		
Versorgung (gemäß Bundesversorgungsgesetz) s. a. Körperbehinderte, Kriegsbeschädigte, Schwerbeschädigte			
—, Anträge	103/IX B 1 a		
—, Auslandsversorgung	103/IX B 1 b		
—, Berechtigte	103/IX B 1 a, b, c		
—, orthopädische	103/IX B 1 d		
—, Versorgungsbezüge (Art und Höhe)	103/IX B 1 c		
Versorgungsbezüge (öffentlicher Dienst)	111/X A 2 b		
Verteidigungsaufwand, -lasten			
—, Haushaltsausgaben des Bundes	110/X A 1 c		
—, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	129/XII 1		
Vertreibungsschäden (Lastenausgleich)	109/IX B 3 h		
Vertriebene s. a. Deutsche aus der SBZ, Sowjet-zonenflüchtlinge, Vertriebenen- und Flüchtlingeigen-schaft, Zugewanderte			
—, Arbeitslose	42/I B 2		
—, Berufszählung 1950, 1961	41/I B 1 a, b		
—, Beschäftigte (Arbeitsstättenzählung, nicht-landwirtschaftliche)	64/III 1 a, b		
—, Beschäftigte im Handwerk	68/IV B 1		
—, Beschäftigte im öffentlichen Dienst	112/X A 6 b		
noch Vertriebene			
—, Beschäftigte in der Industrie	67/IV A 2		
—, Betriebsinhaber (Landwirtschaftszählung 1960)	52/II A 1 b		
—, Bevölkerungsbewegung, natürliche	38/I A 7		
—, Bevölkerungsstand (Fortschreibung)	37/I A 4		
—, Bewirtschafter von Bodenflächen unter 0,5 ha	53/II A 1 d		
—, Bodennutzungshaupterhebung	56/II B 1 b		
—, Bundesvertriebenenausweis, Bundesflücht-lingsausweis	36/I A 2		
	40/I A 11 a		
	75/V 1 a		
—, Eheschließende	38/I A 7		
—, Haushalte (Volkszählung 1950, 1961)	35/I A 1 a, b		
—, Inhaber von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben	56/II B 1 a		
—, Jahr des Zuzugs	35/I A 1 a, b		
—, Jugendhilfe, öffentliche	106/IX C 2		
—, Konkurse und Vergleichsverfahren	100/VIII F 6		
—, Lehrernachwuchs für das Lehramt an Höheren Schulen	48/I D 8		
—, Lehrkräfte, Lehrpersonen	45/I D 1		
	46/I D 2		
—, Mikrozensus	36/I A 2		
—, Schüler	45/I D 1		
—, Siedlungswesen	55/II A 8		
—, Studierende an Ingenieurschulen	46/I D 3		
—, Unternehmer im Einzelhandel	80/VI A 1		
—, Vertriebenenbevölkerung (Fortschreibung)	40/I A 11 a		
—, Volkszählung 1950, 1961	35/I A 1 a, b		
—, Wanderungsstatistik	37/I A 5		
	40/I A 11 b		
—, Wohnbevölkerung	37/I A 4		
—, Wohnraumvergaben	78/V 9		
—, Wohnungsstatistik 1956/57	75/V 1 a		
Vertriebenenbetriebe, -unternehmen			
—, Arbeitsstättenzählung, nichtlandwirtschaft-liche	64/III 1 a, b		
—, Bauhauptgewerbe	78/IV 10 b		
—, Handels- und Gaststättenzählung 1960	80/VI A 1		
—, Handwerkszählung 1956	72/IV E 1		
—, Handwerkszählung 1963	73/IV E 2		
—, Industrie	67/IV A 1 b, 2		
Vertriebenen- und Flüchtlingeigenschaft s. a. Deutsche aus der SBZ, Sowjetzonenflüchtlinge, Vertriebene, Zugewanderte			
—, Anstaltsbevölkerung	35/I A 1 b		
	38/I A 6		
—, Betriebsinhaber (Land- und Forstwirtschaft)	52/II A 1 b		
—, Hochschullehrer und wissenschaftliches Per-sonal	48/I D 6		
—, Lehrkräfte an Ingenieurschulen	46/I D 3		
—, Lehrkräfte an lehrerbildenden Anstalten und Einrichtungen	47/I D 4		
—, Studierende an Hochschulen	47/I D 5 a		
—, Studierende an lehrerbildenden Anstalten und Einrichtungen	47/I D 4		
—, Studierende an Technikerschulen	46/I D 3		
—, Unternehmen (Handels- und Gaststätten-zählung 1960)	80/VI A 1		
Verurteilte			
—, Strafverfolgungsstatistik	50/I E 6		
Verwahrte			
—, Strafvollzugsstatistik	50/I E 7		
Verwaltungsgerichte	49/I E 3		
Viehbestand und -haltung			
—, allgemeine Viehzählung	59/II C 1 a		
—, Landwirtschaftliche Betriebszählung 1949	52/II A 1 a		
—, Landwirtschaftszählung 1960	52/II A 1 b		
—, Viehwisenzählungen	52/II A 1 b		
Vieh- und Fleischwirtschaft, Berichterstattung	60/II C 3		
Volkseinkommen			
—, des Auslandes	130/XII 3		
—, der Bundesrepublik	129/XII 1		
—, Volksschulen, -schüler	45/I D 1		
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen s. a. Sozialprodukt, Zahlungsbilanzen			
—, des Auslandes	130/XII 3		
—, für die Bundesrepublik	129/XII 1		
Volkszählung 1950	35/I A 1 a		
Volkszählung 1961	35/I A 1 b		
Vorausschätzung der Bevölkerung	37/I A 4		

Vorbildung, schulische	
—, Studierende (Ingenieurschulen) .....	46/I D 3
Vorleistungen	
—, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen ...	129/XII 1
Vorräte (landwirtschaftliche Erzeugnisse)	
—, Getreide und Getreideerzeugnisse .....	55/II A 6
	62/II D 1
—, Kartoffeln .....	55/II A 6
—, Ölf Früchte, Öle, Fette .....	62/II D 3
—, Zucker .....	62/II D 2
Vorratsveränderungen	
—, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen ...	129/XII 1
Vorstrafen .....	50/I E 7
Vorverfahren der Sozialgerichtsbarkeit .....	49/I E 4a
<b>W</b>	
Wachstumstand und Ernte s. a. Ernte	
—, Feldfrüchte und Grünland .....	58/II B 4a
—, Gemüse und Erdbeeren .....	58/II B 4b
—, Obst .....	58/II B 4c
—, Reben .....	58/II B 4d
Wahlstatistik .....	51/I F 1
Währung	
—, Verbrauchergeldparitäten (Internationaler Vergleich der Preise für die Lebenshaltung) ..	121/XI A 8b
Währungen der Welt .....	99/VIII F 1
Währungsausgleich für Sparguthaben Vertriebener .....	105/IX B 3f
Währungsreserven .....	95/VIII B 1
Waldf lächen	
—, Bodennutzungshaupterhebung .....	56/II B 1b
—, Landwirtschaftszählung 1960 .....	52/II A 1b
Walzwerke .....	71/IV D 1
Wanderungen	
—, Aus- und Einwanderungen .....	38/I A 6
—, Sonderauszählung (Vertriebene) .....	40/I A 11b
—, Wanderungsstatistik .....	37/I A 5
Warenbestand s. a. Materialbestand, Verbrauchsteuern	
—, Handels- und Gaststättenzählung 1960 ....	80/VI A 1
—, Handwerksberichterstattung .....	73/IV E 3
—, Handwerkszählung 1956 .....	72/IV E 1
—, Industriezensus 1963 .....	73/IV F 1
Wareneingang s. a. Materialeingang	
—, Handels- und Gaststättenzählung 1960 ....	80/VI A 1
—, Handwerkszählung 1956 .....	72/IV E 1
—, Industriezensus 1963 .....	73/IV F 1
—, Jahreserhebung der Nettoleistung der Industrie .....	68/IV A 3
Warenhandelsbilanz .....	130/XII 4a
Warenverkehr s. a. Güterfernverkehr, Güterverkehr	
—, Außenhandel .....	82/VI B 1
—, Berlin- und Interzonenhandel .....	81/VI A 5a, b
Warenvorräte	
—, Handwerksberichterstattung .....	73/IV E 3
Wasserstraßenabschnitte	
—, Schiffs- und Güterverkehr auf Binnenwasserstraßen .....	85/VII B 1b
Wasserversorgung	
—, öffentliche und öffentliches Abwasserwesen ..	70/IV C 4
—, Zusatzserhebung zum Industriebericht .....	67/IV A 2
Wechselproteste .....	100/VIII F 6
Weg zur Arbeitsstätte	
—, Zeitaufwand .....	35/I A 1b
Wein	
—, Bodennutzungshaupterhebung .....	56/II B 1b
—, Weinbaubetriebserhebung 1958 .....	53/II A 3
—, Weinbestandsstatistik .....	62/II D 4
—, Weinmosternte .....	62/II D 4
	58/II B 4d
Weltbank .....	131/XII 5
Welthandel	
—, Außenhandelsstatistik des Auslandes .....	83/VI B 2
Weltindustriezensus 1963 .....	73/IV E 2
	73/IV F 1
Weltmarktpreise .....	121/XI A 7
Werkverkehr	
—, Fahrzeugerberhebung .....	93/VII F 2b
—, Güterverkehr mit Kraftfahrzeugen (Repräsentativerhebung) .....	88/VII C 6a
—, Werkfernverkehr (eingesetzte Fahrzeuge) ..	89/VII C 6b
—, Werkfernverkehr (inländischer und grenzüberschreitender) .....	89/VII C 6d

Wertpapiere	
—, Bausparkassen, private .....	98/VIII D 2
—, Börsenumsatzstatistik .....	99/VIII E 5
—, Effektenkurse .....	98/VIII E 3
—, Emissionsstatistik .....	98/VIII E 1
—, Investmentfonds .....	98/VIII E 2
—, Renditen, festverzinslicher .....	99/VIII E 4
—, Versicherungen, private .....	107/IX D 1a
Wertpapierstatistik .....	96/VIII C 6
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche	
—, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen ...	129/XII 1
Wetterdienst .....	94/VII G 1
Widerspruchsstellen und Sozialgerichte, Tätigkeit der .....	50/I E 4c
Wiederaufbau	
—, Baubeginne .....	76/V 5b
—, Baufertigstellungen .....	77/V 5c
—, Baugenehmigungen .....	76/V 5a
—, Bauüberhang .....	77/V 5d
Wiedereinlieferungsabstände	
—, Strafvollzugsstatistik .....	50/I E 7
Wirtschaftsfläche s. a. Betriebsfläche	
—, Bodennutzungshaupterhebung .....	56/II B 1b
—, Bodennutzungsvorerhebung .....	56/II B 1a
Wirtschaftsprüfer	
—, Kostenstrukturstatistik .....	65/III 2c
Wirtschaftsrechnungen .....	122/XI A 11 a—c
Wirtschaftsunternehmen, öffentliche	
—, Finanzen .....	66/III 5
—, Personal .....	112/X A 6a
Wochenarbeitsverdienste s. Arbeiter	
Wochenarbeitszeit s. Arbeitszeit	
Wohlfahrtspflege, Einrichtungen der .....	105/IX B 3g
Wohnbauten, Wohngebäude s. a. Gebäude	
—, Abgang infolge Abbruch, Brand usw. ....	77/V 5c
—, Baubericht .....	78/V 10a, b
—, Baufertigstellungen .....	77/V 5c
—, Baugenehmigungen .....	76/V 5a
—, Kostenstruktur in der Wohnungswirtschaft ..	76/V 4
—, Normalwohngebäude (Ein-, Zwei-, Mehrfamilien-, Bauernhaus, Kleinsiedlerstelle) ...	76/V 3
—, sozialer Wohnungsbau .....	78/V 8
Wohnbevölkerung s. a. Bevölkerung	
—, Berufszählung 1961 .....	41/I B 1b
—, Fortschreibung des Standes .....	37/I A 4
—, Mikrozensus .....	36/I A 2
—, Volkszählung 1961 .....	35/I A 1b
Wohnfläche	
—, sozialer Wohnungsbau .....	78/V 8
—, Wohnungsstatistik 1956/57 .....	75/V 1b
Wohnparteien	
—, Wohnungsstatistik 1956/57 .....	75/V 1a—c
Wohnraum s. a. Wohnungen	
—, Abgang .....	76/V 5b
—, Baufertigstellungen .....	76/V 5b
—, Bestand (Wohnungsstatistik 1956/57) ....	75/V 1a, b
—, sozialer Wohnungsbau .....	76/V 5b, d
—, Vergaben von Wohnraum .....	78/V 9
Wohn- und Mietverhältnisse (Wohnungsstatistik 1956/57) .....	75/V 1a—c
Wohnungen s. a. Wohnraum, Wohnungsbau	
—, Abgang .....	77/V 5c
—, der Arbeiter (E. G. K. S.) .....	79/V 11
—, Aufbaudarlehen (Lastenausgleich) .....	104/IX B 3d
—, Baubeginne .....	76/V 5b
—, Baufertigstellungen .....	77/V 5c
—, Baugenehmigungen .....	76/V 5a
—, Bauzustand (Bauüberhang) .....	77/V 5d
—, Bestand (Wohnungsstatistik 1956/57) ....	75/V 1a, b
—, bewohnte Gebäude (statistische Feststellungen) .....	76/V 3
—, Fortschreibung des Bestandes .....	76/V 2
—, mit öffentlichen Mitteln geförderte .....	78/V 8
	77/V 6
—, Wohnungsbau, sozialer .....	77/V 5c
—, Wohnungsstatistik 1956/57 .....	75/V 1a, b
Wohnungsbau s. a. Baupreise, Gebäude, Wohnungen	
—, Aufbaudarlehen (Lastenausgleich) .....	104/IX B 3d
—, Auszahlungen öffentlicher Mittel .....	77/V 6
—, Auszahlungen von Krediten .....	77/V 7
—, Baubericht .....	78/V 10a, b

noch Wohnungsbau	
—, Bautätigkeitsstatistik .....	76/V 5a—e
—, Bewilligungen öffentlicher Mittel .....	78/V 8
	77/V 6
—, Finanzierung durch Kapitalsammelstellen ..	77/V 7
—, Haushaltsausgaben des Bundes .....	110/X A 1b
—, sozialer .....	78/V 8
	77/V 6, 7
Wohnungsbedarf	
—, Wohnungsstatistik 1956/57 .....	75/V 1a—c
Wohnungsbestand (Fortschreibung) .....	76/V 2
Wohnungsdefizitrechnungen .....	76/V 2
Wohnungsstatistik 1956/57 .....	75/V 1a—c
Wohnungswirtschaft	
—, Kostenstrukturerhebung .....	76/V 4
Wohnverhältnisse	
—, Arbeiter (E. G. K. S.) .....	79/V 11
—, Renten- und Unterstützungsempfänger ....	106/IX C 3
—, Wohnungsstatistik 1956/57 .....	75/V 1a, b

## Z

Zahlungsbilanzen	
—, des Auslandes .....	131/XII 5
—, für die Bundesrepublik .....	130/XII 4a
Zahlungsmodus .....	80/VI A 1
Zahlungsschwierigkeiten .....	100/VIII F 6
Zahlungsverkehr mit Gebietskörperschaften	
—, Bundes- und Länderfinanzen .....	110/X A 1a
—, Gemeindefinanzen .....	110/X A 2a
Zahnärzte	
—, Kostenstrukturstatistik .....	65/III 2c
Zeitaufwand für Arbeitsweg	
—, Arbeiter (E. G. K. S.) .....	79/V 11
—, Berufszählung 1961 .....	41/I B 1b
—, Gebäude- und Wohnungszählung .....	75/V 1c
—, Volkszählung 1961 .....	35/I A 1b
Zentralbankkredit .....	95/VIII A 4
Zentralbankstatistik .....	95/VIII A 1, 3
	95/VIII B 1
Zins	
—, Fremdkapitalzinsen .....	65/III 2c
—, Zinsgutschriften .....	97/VIII C 8
	97/VIII D 1
—, Zinssätze, Zinssatzgruppen .....	99/VIII F 3, 5
—, Zinstypen .....	98/VIII E 3

Zivilinternierte, -verschleppte .....	35/I A 1b
Zölle	
—, Steuereinnahmen des Bundes und der Länder	113/X B 1
Zuckersteuer .....	116/X B 11
Zuckerwirtschaft, Berichterstattung .....	62/II D 2
Zugewanderte, Zugezogene s. a. Deutsche aus der SBZ, Sowjetzonenflüchtlinge, Vertriebene, Vertriebenen- und Flüchtlingsseigenschaft	
—, Beschäftigte (Handwerkszählung 1956) ....	72/IV E 1
—, Beschäftigte im öffentlichen Dienst .....	112/X A 6b
—, Fortschreibung des Bevölkerungsstandes ..	37/I A 4
—, Jugendhilfe, öffentliche .....	106/IX C 2
—, Konkurse und Vergleichsverfahren .....	100/VIII F 6
—, Lehrpersonen an wissenschaftlichen Hoch- schulen .....	48/I D 6
—, natürliche Bevölkerungsbewegung .....	38/I A 7
—, Schüler, Lehrkräfte (allgemeinbildende Schulen) .....	45/I D 1
—, Schüler, Lehrkräfte (berufsbildende Schulen)	46/I D 2
—, Stand der Vertriebenen- und Flüchtlings- bevölkerung .....	40/I A 11a
—, Wanderungsstatistik .....	37/I A 5
—, Wanderungsstatistik (Sonderauszählung) ..	40/I A 11b
—, Wohnraumvergaben .....	78/V 9
Zugewandertenbetriebe	
—, Arbeitsstättenzählung 1961 .....	64/III 1b
—, Bauhauptgewerbe .....	78/V 10
—, Handwerkszählung 1956 .....	72/IV E 1
—, Handwerkszählung 1963 .....	73/IV E 2
—, Industriebericht für Kleinbetriebe .....	67/IV A 1
—, Zusatzerhebung zum Industriebericht .....	67/IV A 2
Zulassungen von Kraftfahrzeugen und An- hängern .....	87/VII C 2
Zündwarensteuer .....	116/X B 11
Zusatzerhebung bei den gewerblichen Straßen- verkehrsbetrieben .....	88/VII C 4
Zusatzerhebung zum Industriebericht .....	67/IV A 2
Zuschußbedarf	
—, Bundes- und Länderfinanzen .....	110/X A 1a
—, Gemeindefinanzen .....	110/X A 2a
Zu- und fortgezogene Personen .....	37/I A 5
Zuweisungen und Zuschüsse .....	112/X A 4a
Zweitstimmen	
—, Wahlstatistik .....	51/I F 1
Zwischenbilanzstatistik .....	96/VIII C 2
Zwischenfruchtanbau .....	56/II B 1c

## Anhang

## Inhalt des Anhanges

	Seite
<b>Rechtsgrundlagen</b> (Gesetze mit Begründungen, Rechtsverordnungen)	
Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) .....	156
Änderungen des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) .....	161
Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke .....	161
Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke .....	162
<b>Bevölkerung, Erwerbstätigkeit, Kultur</b>	
Gesetz über eine Zählung der Bevölkerung und der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und Unternehmen im Jahre 1961 sowie über einen Verkehrszensus im Jahre 1962 (Volkszählungsgesetz 1961)	162
Gesetz über die Durchführung einer Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens (Mikrozensus) .....	167
Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Durchführung einer Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens (Mikrozensus) .....	169
Gesetz über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes	170
<b>Ernährung, Landwirtschaft, Forsten</b>	
Gesetz über eine Betriebszählung in der Land- und Forstwirtschaft (Landwirtschaftszählung 1960) ...	173
Verordnung über die Forsterhebung der Landwirtschaftszählung 1960 .....	176
Verordnung über eine Weinbaubetriebserhebung im Jahre 1958 .....	177
Verordnung über eine Statistik der Arbeitskräfte in landwirtschaftlichen Betrieben .....	177
Gesetz über Bodennutzungserhebung und Ernteberichterstattung .....	178
Verordnung über die allgemeine Durchführung und die Nachprüfung der Bodennutzungserhebung 1959	181
Verordnung über die allgemeine Durchführung, die Nachprüfung und eine Ergänzung der Bodennutzungserhebung 1960 .....	181
Verordnung über die Durchführung einer Obstbaumzählung im Jahre 1958 .....	182
Verordnung über die besondere Erntermittlung für die Jahre 1961, 1962 und 1963 .....	182
Viehzahlungsgesetz .....	182
Gesetz zur Änderung des Viehzahlungsgesetzes .....	185
Gesetz über eine Schlachtgewichtsstatistik .....	185
Verordnung über eine Milchstatistik .....	187
Gesetz über eine Fischereistatistik .....	188
Gesetz über Maßnahmen auf dem Gebiete der Weinwirtschaft (auszugsweiser Abdruck) .....	190
Verordnung Nr. 24 über die schrittweise Einrichtung einer gemeinsamen Marktorganisation für Wein	191
Verordnung über eine Holzstatistik .....	192
<b>Industrie und Handwerk</b>	
Gesetz über Kostenstrukturstatistik (KoStrukStatG) .....	192
Gesetz über die Allgemeine Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe .....	195
Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes über die Allgemeine Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe .....	198
Verordnung über die Durchführung einer Statistik über den Auftragseingang in der Industrie .....	199
Verordnung über eine Jahreserhebung der Nettoleistung der Industrie .....	200
Verordnung über die Statistik in der Elektrizitäts- und Gaswirtschaft .....	200
Verordnung über die Statistik in der öffentlichen Wasserversorgung und im öffentlichen Abwasserwesen	201
Gesetz über Statistiken der Rohstoff- und Produktionswirtschaft einzelner Wirtschaftszweige .....	202
Bekanntmachung zum Gesetz über Statistiken der Rohstoff- und Produktionswirtschaft einzelner Wirtschaftszweige .....	205
Verordnung über die Durchführung einer Düngemittelstatistik .....	205
Gesetz über die Handwerkszählung 1956 (Handwerkszählungsgesetz 1956) .....	206
Gesetz über die Durchführung laufender Statistiken im Handwerk sowie im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe (HwGaStatG) .....	211
<b>Bauwirtschaft, Bautätigkeit, Wohnungen</b> (s. a. Industrie und Handwerk)	
Gesetz über eine Statistik der Wohn- und Mietverhältnisse und des Wohnungsbedarfs (Wohnungsstatistik 1956/57) .....	212
Verordnung über eine Zusatzerhebung zur Wohnungsstatistik 1956/57 .....	215
Gesetz über die Durchführung von Statistiken der Bautätigkeit (BauStatG) .....	215
<b>Handel, Gastgewerbe, Verkehr</b>	
Gesetz über eine Zählung im Handel sowie im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe (Handelszählungsgesetz 1960) .....	218
Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über eine Zählung im Handel sowie im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe (Handelszählungsgesetz) im Saarland .....	221
Gesetz über die Durchführung laufender Statistiken im Handel sowie über die Statistik des Fremdenverkehrs in Beherbergungsstätten (HFVStatG) .....	222
Verordnung über die statistische Erfassung der Lieferungen und der Bestände eingeführter fester Brennstoffe .....	223
Verordnung über die Statistik des Fremdenverkehrs in Beherbergungsstätten .....	224
Gesetz über die Statistik des grenzüberschreitenden Warenverkehrs (Außenhandelsstatistik-AHStatGes)	225
Gesetz über die Statistik des Schiffs- und Güterverkehrs auf den Binnenwasserstraßen und die Fortschreibung des Schiffsbestandes der Binnenflotte .....	229

	Seite
Gesetz über die Statistik der Seeschifffahrt .....	232
Verordnung über die Durchführung einer Statistik der Gemeindestraßen nach dem Stand vom 31. März 1956 .....	236
Verordnung über die Durchführung einer Statistik der Gemeindestraßen nach dem Stande vom 1. Januar 1961 .....	236
Verordnung zur Durchführung einer Statistik der Beförderung von Personen zu Lande vom 7. August 1957 .....	236
Verordnung zur Durchführung einer Statistik der Beförderung von Personen zu Lande vom 12. Juli 1960 .....	237
Verordnung zur Durchführung einer Statistik des grenzüberschreitenden Personenverkehrs mit Kraftfahrzeugen vom 12. Juli 1960 .....	238
Verordnung über eine Statistik der Kraftfahrzeugfahrleistungen des Jahres 1959 .....	238
Verordnung zur Durchführung einer Straßenverkehrsunfallstatistik .....	238
Gesetz zur Durchführung einer Straßenverkehrsunfallstatistik (StVUnfG) .....	239
Verordnung zur Durchführung einer Luftfahrtstatistik vom 12. März 1959 .....	240
Verordnung zur Durchführung einer Luftfahrtstatistik vom 30. Oktober 1961 .....	241
Gesetz über die Statistik der Kosten und Leistungen im Güterverkehr mit Kraftfahrzeugen, mit Binnenschiffen und mit Eisenbahnen im Jahre 1959 (GüVerkStatG 1959) .....	242
<b>Öffentliche Sozialleistungen; Versicherungen</b>	
Verordnung über die Durchführung von Statistiken auf dem Gebiet der Fürsorge und der Jugendhilfe .....	246
<b>Finanzen und Steuern</b>	
Gesetz über die Finanzstatistik .....	247
Verordnung über die Durchführung einer Lohnsteuerstatistik für das Kalenderjahr 1957 .....	251
Verordnung über die Durchführung einer Statistik der veranlagten Einkommensteuer und der veranlagten Körperschaftsteuer für das Kalenderjahr 1957 .....	252
Gesetz über eine Gewerbesteuerstatistik für das Kalenderjahr 1958 .....	252
Verordnung über die Durchführung von Umsatzsteuerstatistiken für die Kalenderjahre 1956, 1957 und 1958 .....	254
Verordnung über die Durchführung von Umsatzsteuerstatistiken für die Kalenderjahre 1959, 1960 und 1961 .....	254
<b>Preise, Löhne, Wirtschaftsrechnungen</b>	
Gesetz über die Preisstatistik .....	255
Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Preisstatistik .....	258
Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Preisstatistik ....	258
Zweite Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Preisstatistik .....	259
Gesetz über die Statistik der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte .....	259
Gesetz über die Lohnstatistik .....	261
Erste Verordnung über die Durchführung einer Sondererhebung zur Lohnstatistik .....	265
Zweite Verordnung über die Durchführung einer Sondererhebung zur Lohnstatistik .....	265
Verordnung Nr. 10 zur Durchführung einer Lohnerhebung .....	266
Verordnung Nr. 14 zur Durchführung einer Lohnerhebung .....	267
Verordnung Nr. 28 zur Durchführung einer Lohnerhebung .....	268
<b>Schematische Darstellung der Vorbereitung und Durchführung von Bundesstatistiken</b> .....	269
<b>Systematiken</b>	
Übersicht über die wichtigsten in der amtlichen Statistik der Bundesrepublik Deutschland verwendeten Systematiken .....	270
Auszüge aus wichtigen Systematiken:	
Systematik der Wirtschaftszweige (Ausgabe 1961) .....	272
Systematisches Verzeichnis der Arbeitsstätten (Ausgabe 1950) .....	275
Systematisches Verzeichnis zum monatlichen Industriebericht (Ausgabe 1962) .....	277
Bereichsgliederung des Sozialprodukts (Inlandsprodukts) (Ausgabe 1960) .....	277
Internationale Systematik der Wirtschaftszweige (ISIC) (Ausgabe 1958) .....	278
Systematisches Verzeichnis der Industrien in den Europäischen Gemeinschaften (NICE) (Ausgabe 1961) .....	279
Warenverzeichnis für die Industriestatistik (Ausgabe 1958) .....	279
Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (Ausgabe 1962) .....	280
Internationales Warenverzeichnis für den Außenhandel (CST) (Ausgabe 1961) .....	282
Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik (Ausgabe 1962) .....	283
Systematisches Güterverzeichnis für den Privaten Verbrauch (Ausgabe 1962) .....	284
Systematisches Verzeichnis der Berufsbenennungen (Ausgabe 1961) .....	284
<b>Die methodischen Grundzüge der Stichprobenstatistiken</b> .....	286
<b>Sonstiges</b>	
Statistische Ämter in der Bundesrepublik Deutschland (Übersichtskarte) .....	298
Anschriften der Statistischen Ämter .....	299
Übersicht über die vom Statistischen Bundesamt herausgegebenen Veröffentlichungen .....	300
Organisationsplan des Statistischen Bundesamtes	

# Rechtsgrundlagen

**Vorbemerkung:** Es wird darauf hingewiesen, daß die Begründungen zu den Gesetzen nicht auf den endgültigen Wortlaut der Gesetze, sondern auf die inhaltlich oder in der Bezeichnung der Paragraphen bisweilen abweichenden Gesetzesentwürfe abgestellt sind.

## Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes)

Vom 3. September 1953<sup>1)</sup>

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

### ABSCHNITT I

#### Das Statistische Bundesamt

##### § 1

(1) Das Statistische Bundesamt ist eine selbständige Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern.

(2) Der Präsident des Statistischen Bundesamtes wird vom Bundespräsidenten auf Vorschlag der Bundesregierung ernannt.

##### § 2

Aufgabe des Statistischen Bundesamtes ist es

1. Statistiken für Bundeszwecke (Bundesstatistiken) technisch und methodisch vorzubereiten, auf ihre Einheitlichkeit und Vergleichbarkeit hinzuwirken, ihre Ergebnisse für den Bund zu sammeln, zusammenzustellen und für allgemeine Zwecke darzustellen,
2. Bundesstatistiken zu erheben und aufzubereiten, wenn es in einem Bundesgesetz bestimmt ist oder soweit die beteiligten Länder zustimmen,
3. nach Maßgabe des § 9 Satz 2 Geschäftsstatistiken zu bearbeiten,
4. Statistiken des Auslandes und der internationalen Organisationen zu sammeln und darzustellen,
5. volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen aufzustellen,
6. an der Vorbereitung der Bundesgesetze, Rechtsverordnungen und allgemeinen Verwaltungsvorschriften auf dem Gebiete der Bundesstatistik mitzuwirken,
7. auf Anfordern der obersten Bundesbehörden sonstige Arbeiten statistischer und ähnlicher Art durchzuführen und Gutachten über statistische Fragen zu erstatten.

##### § 3

Das Statistische Bundesamt führt seine Arbeiten nach den Anforderungen des fachlich zuständigen Bundesministers im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel durch.

### ABSCHNITT II

#### Der Statistische Beirat

##### § 4

(1) Das Statistische Bundesamt erhält einen Beirat.

(2) Der Beirat setzt sich zusammen aus

1. dem Präsidenten des Statistischen Bundesamtes oder seinem Vertreter im Amt als Vorsitzenden,
2. je einem Vertreter der Bundesministerien, des Bundesrechnungshofes, der Bank deutscher Länder und der Deutschen Bundesbahn,
3. den Leitern der Statistischen Landesämter oder ihren Vertretern im Amt,
4. je einem Vertreter der kommunalen Spitzenverbände,

5. sieben Vertretern der gewerblichen Wirtschaft und einem Vertreter der Arbeitgeberverbände,

6. drei Vertretern der Gewerkschaften,

7. zwei Vertretern der Landwirtschaft,

8. zwei Vertretern der wirtschaftswissenschaftlichen Institute.

Im Falle der Beschlußfassung haben die Vertreter gemäß Nummern 1 bis 3 nur beratende Stimmen.

(3) Die Landesregierungen sind zu den Sitzungen des Beirats zu laden. Ihre Vertreter müssen jederzeit gehört werden.

(4) Die Vertreter zu Absatz 2 Nummern 4 bis 8 sind durch den Präsidenten des Statistischen Bundesamtes auf Vorschlag der in Frage kommenden Verbände und Einrichtungen zu berufen; der zuständige Bundesminister bestimmt die vorschlagsberechtigten Verbände und Einrichtungen.

(5) Der Beirat kann für bestimmte Sachgebiete ständige Fachausschüsse und für einzelne Fragen Arbeitskreise einsetzen. Zu den Sitzungen des Beirats, der Fachausschüsse und der Arbeitskreise können Sachverständige hinzugezogen werden. Zu den Sitzungen der Fachausschüsse und Arbeitskreise sind die Bundesministerien zu laden und jederzeit zu hören.

(6) Die Tätigkeit im Beirat, in den Fachausschüssen und in den Arbeitskreisen ist ehrenamtlich.

##### § 5

(1) Das Statistische Bundesamt hört bei der Durchführung seiner Aufgaben in methodischen und technischen Fragen den Beirat oder seine Fachausschüsse und Arbeitskreise. In Fällen, die der Beschleunigung bedürfen oder einfach liegen, kann dies auch schriftlich geschehen.

(2) Das Statistische Bundesamt hat die Anregungen und Vorschläge des Beirats zu prüfen und im Rahmen der verwaltungsmäßigen Notwendigkeiten und finanziellen Möglichkeiten zu verwerten.

### ABSCHNITT III

#### Anordnung von Bundesstatistiken

##### § 6

(1) Die Bundesstatistiken werden, soweit nicht im Absatz 2 oder in anderen Rechtsvorschriften Ausnahmen zugelassen sind, durch Gesetz angeordnet.

(2) Die Bundesregierung wird ermächtigt, statistische Erhebungen durch Rechtsverordnungen mit einer Geltungsdauer bis zu drei Jahren anzuordnen, wenn folgende Voraussetzungen gegeben sind:

1. die Ergebnisse der Erhebung müssen zur Erfüllung bestimmter, im Zeitpunkt der Erhebung schon festliegender Bundeszwecke erforderlich sein,
2. die Erhebung darf nicht einen unbeschränkten Personenkreis erfassen,
3. die voraussichtlichen Kosten der Erhebung ohne die Kosten für die Veröffentlichung dürfen beim Bund und bei den Ländern zusammen 500 000 Deutsche Mark jährlich nicht übersteigen.

<sup>1)</sup> BGBl. I S. 1314.



## § 7

(1) Die Anordnung muß die zu erfassenden Tatbestände und den Kreis der Befragten bestimmen. Sie ist auf den Erhebungsvordruck anzugeben.

(2) Bei der Einleitung von Bundesstatistiken, die auf freiwilligen Auskünften beruhen, ist die Freiwilligkeit der Beantwortung den Befragten bekanntzugeben.

## § 8

Die Kosten der Bundesstatistiken tragen der Bund und die Länder nach den bei ihnen entstehenden Arbeiten, soweit nicht durch Gesetz oder Rechtsverordnung etwas anderes bestimmt wird.<sup>1)</sup>

## ABSCHNITT IV

### Besondere Verfahrensbestimmungen

## § 9

(1) Die Bundesminister nehmen die Aufgaben des § 2 bei Statistiken wahr, deren Unterlagen ausschließlich im Geschäftsgang der Bundesbehörden anfallen oder deren Bearbeitung sich vom Geschäftsgang nicht trennen läßt (Geschäftsstatistiken). Sie können diese Aufgaben ganz oder teilweise dem Statistischen Bundesamt übertragen.

(2) Die Bundesregierung kann in besonderen Fällen einen Bundesminister oder die von ihm zu bestimmende Stelle ermächtigen, für bestimmte Bundesstatistiken, auch wenn sie keine Geschäftsstatistiken sind, die Aufgaben des § 2 ganz oder zum Teil wahrzunehmen.

## ABSCHNITT V

### Auskunftspflicht

## § 10

(1) Alle natürlichen und juristischen Personen, Behörden und Einrichtungen sind zur Beantwortung der ordnungsmäßig angeordneten Fragen verpflichtet. Sondergesetzliche Bestimmungen über Berufsgeheimnisse und Amtsverschwiegenheit bleiben unberührt.

(2) Die Antwort ist wahrheitsgemäß, vollständig, fristgemäß und, soweit nichts anderes bestimmt ist, unentgeltlich zu geben.

(3) Sind amtliche Erhebungsvordrucke zur Ausfüllung durch die Befragten vorgesehen, so sind die Antworten auf diesen Erhebungsvordruck zu erteilen. Die Richtigkeit der Angaben ist durch Unterschrift zu bestätigen, soweit es im Erhebungsvordruck vorgesehen ist.

## § 11

Die Verpflichtung der Befragten, Auskunft zu erteilen, besteht gegenüber den mit der Durchführung der Bundesstatistik amtlich betrauten Stellen und Personen.

## ABSCHNITT VI

### Geheimhaltungspflicht

## § 12

(1) Einzelangaben über persönliche oder sachliche Verhältnisse, die für eine Bundesstatistik gemacht werden, sind, soweit durch Rechtsvorschrift (§ 6) nichts anderes bestimmt ist, von den Auskunftsberechtigten geheimzuhalten. Die Vorschriften der §§ 175, 179, 188 Abs. 1 und des § 189 der Reichsabgabenordnung vom 22. Mai 1931 (RGBl. I S. 187) über Beistands- und Anzeigepflichten gegenüber den Finanzämtern gelten insoweit nicht für die Auskunftsberechtigten.

(2) Das Statistische Bundesamt, die Statistischen Landesämter und die sonstigen erhebenden Behörden und Stellen sind

berechtigt und verpflichtet, den fachlich zuständigen obersten Bundes- und Landesbehörden oder den von ihnen bestimmten Stellen auf Verlangen Einzelangaben auf dem Dienstweg weiterzuleiten, wenn und soweit dies in der die Statistik anordnenden Rechtsvorschrift zugelassen und in den Erhebungsvordrucksachen bekanntgegeben worden ist.

(3) Eine Zusammenfassung von Angaben mehrerer Auskunftspflichtiger ist keine Einzelangabe im Sinne dieses Gesetzes.

(4) Veröffentlichungen dürfen keine Einzelangaben im Sinne dieses Gesetzes enthalten.

## ABSCHNITT VII

### Strafen und Geldbußen

## § 13

(1) Wer ein Geschäfts- oder Betriebsgeheimnis, das ihm bei seiner Tätigkeit auf Grund dieses Gesetzes anvertraut worden oder sonst bekannt geworden ist, unbefugt offenbart oder verwertet, oder wer eine nach den Vorschriften dieses Gesetzes geheimzuhaltende Tatsache unbefugt offenbart, wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft.

(2) Handelt der Täter gegen Entgelt oder in der Absicht, sich oder einem Dritten einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen oder jemandem einen Nachteil zuzufügen, so ist die Strafe Gefängnis bis zu zwei Jahren. Daneben kann auf Geldstrafe erkannt werden.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten nur, soweit nicht in anderen Vorschriften eine schwerere Strafe angedroht ist.

(4) Die Strafverfolgung tritt auf Antrag des Verletzten ein.

(5) Die Offenbarung von geheimzuhaltenden Tatsachen an die zuständige Verwaltungsbehörde zum Zwecke der Verfolgung einer Ordnungswidrigkeit wegen unrichtiger oder unvollständiger Angaben nach § 14 ist nicht unbefugt.

## § 14

(1) Eine Ordnungswidrigkeit begeht, wer vorsätzlich oder fahrlässig Auskünfte, zu denen er nach § 10 verpflichtet ist, ganz oder teilweise verweigert oder nicht rechtzeitig erteilt oder unrichtige oder unvollständige Angaben macht.

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu zehntausend Deutsche Mark geahndet werden.

## § 15

Wird eine Ordnungswidrigkeit im Sinne des § 14 in einem Betrieb begangen, so kann gegen den Inhaber oder Leiter und, falls der Inhaber des Betriebes eine juristische Person oder eine Personengesellschaft des Handelsrechts ist, gegen diese eine Geldbuße bis zu zehntausend Deutsche Mark festgesetzt werden, wenn der Inhaber oder Leiter oder der zur gesetzlichen Vertretung Berechtigte vorsätzlich oder fahrlässig seine Aufsichtspflicht verletzt hat und der Verstoß hierauf beruht.

## ABSCHNITT VIII

### Übergangs- und Schlußbestimmungen

## § 16

(1) Laufende Statistiken des Bundes und der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, für die beim Inkrafttreten dieses Gesetzes die Voraussetzungen des Abschnittes III nicht vorliegen, können zwei Jahre<sup>1)</sup> nach Inkrafttreten dieses Gesetzes nicht mehr als Bundesstatistiken durchgeführt werden, wenn die Voraussetzungen nicht bis zu diesem Zeitpunkt geschaffen werden. Bis zum Erlaß dieser Rechtsvorschriften gelten sie in ihrem derzeitigen Umfang als Statistiken für Bundeszwecke.

<sup>1)</sup> Diese Frist wurde inzwischen um vier Jahre, d. h. bis einschließlich 24. September 1959, verlängert (siehe Änderungsgesetze auf S. 161).

<sup>1)</sup> Am 4. Mai 1955 ist eine neue Fassung des § 8 in Kraft getreten (siehe S. 161 unten).

(2) Für die Statistiken nach Absatz 1 gilt bis zum Erlass der Rechtsvorschriften für die Geheimhaltungspflicht die bisherige Regelung.

(3) Für Statistiken, bei denen zur Zeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes ein Bundesminister die Aufgaben des § 2 wahrnimmt, gilt die besondere Ermächtigung der Bundesregierung nach § 9 Abs. 2 als erteilt.

#### § 17

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin. Rechtsverordnungen, die auf Grund der in diesem Gesetz enthaltenen Ermächtigung erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes.

#### § 18

Dieses Gesetz tritt am vierzehnten Tage nach seiner Verkündung in Kraft. Das Gesetz über die Errichtung eines Statistischen Amtes des Vereinigten Wirtschaftsgebietes vom 21. Januar

1948 (WiGBI. S. 19) in der Fassung des § 4 des Gesetzes vom 19. Januar 1949 (WiGBI. S. 9) und die Verordnung über die Erstreckung von Recht der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes auf dem Gebiet der Statistik auf die Länder Baden, Rheinland-Pfalz, Württemberg-Hohenzollern und den bayerischen Kreis Lindau vom 31. März 1950 (Bundesgesetzbl. S. 81) treten zum gleichen Zeitpunkt außer Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 3. September 1953.

Der Bundespräsident  
Theodor Heuss

Der Bundeskanzler  
Adenauer

Der Bundesminister des Innern  
Dr. Lehr

### Begründung<sup>1)</sup>

#### A. Allgemeiner Teil

##### I. Geschichtliches

Im Jahre 1872 wurde das »Kaiserliche Statistische Amt« (seit 1919 »Statistisches Reichsamt«) als zentrale statistische Reichsbehörde errichtet. Nach der Geschäftsinstruktion des Reichskanzlers vom 23. Juni 1872 hatte es folgende Aufgaben:

- a) alle Unterlagen zu sammeln, zu prüfen und zu bearbeiten, die auf Grund von Gesetzen oder auf Anordnung des Reichskanzlers für die Reichsstatistik zu liefern waren,
- b) die Ergebnisse dieser Arbeiten zu veröffentlichen und
- c) sonstige statistische Nachweise zu fertigen und Gutachten über statistische Fragen zu erstatten.

Für einzelne Zweige der Reichsstatistik wurden später besondere Gesetze oder Verordnungen geschaffen, so z. B. für die Außenhandelsstatistik, die Produktionsstatistik der bergbaulichen Betriebe, die Finanzstatistik und die Volkszählungen. Ein Gesetz aber, das das materielle Recht der Statistik umfassend regelte, gab es zunächst nicht.

Erst mit dem Gesetz über die Errichtung eines Statistischen Amtes des Vereinigten Wirtschaftsgebietes vom 21. Januar 1948 (WiGBI. S. 19) wurde der Versuch unternommen, für die Statistik die bisher fehlende allgemeine und umfassende gesetzliche Grundlage zu schaffen.

Das Gesetz grenzte die Zuständigkeit des Statistischen Amtes gegenüber den Verwaltungen des Vereinigten Wirtschaftsgebietes und gegenüber den Ländern ab. Es brachte den Statistischen Ausschuß, der das Statistische Amt in wichtigen Fragen der Koordinierung, der Aufgabenverteilung und auf methodisch-technischem Gebiet zu beraten hatte. Es bestimmte auch allgemein die Rechtsform, in der Statistiken angeordnet werden sollten. Die Regelung war aber unvollständig. Wesentliche Teile des materiellen Rechts der Statistik, wie z. B. die Auskunftspflicht und die Geheimhaltungspflicht, wurden durch sie nicht erfaßt.

Das Gesetz, das zunächst nur für die amerikanische und britische Besatzungszone galt, wurde durch die VO vom 31. März 1950 auch für die französische Besatzungszone für anwendbar erklärt (VO über die Erstreckung von Recht der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebiets auf dem Gebiete der Statistik auf die Länder Baden, Rheinland-Pfalz, Württemberg-Hohenzollern und den bayerischen Kreis Lindau — Bundesgesetzbl. 1950 S. 81). Die Ausdehnung auch auf Westberlin ist vorgesehen (vgl. Drittes Überleitungsgesetz vom 4. Januar 1952 — Bundesgesetzbl. I S. 1). Es gab trotz der erwähnten Mängel eine brauchbare Übergangslösung. Die Zuständigkeitsabgrenzungen und Organisationsformen des Gesetzes wurden zum Vorbild des vor-

liegenden Entwurfs. Sie bedurften aber in Einzelheiten noch einer sorgfältigen Anpassung an die Bestimmungen und Grundgedanken des Grundgesetzes in Anlehnung an die in den letzten Jahren entwickelte Verwaltungspraxis.

Der Entwurf regelt zum ersten Male in der Geschichte der Statistik Deutschlands umfassend das gesamte Organisations- und Verfahrensrecht sowie das materielle Recht der Statistik. Er beschränkt sich allerdings gemäß den Abgrenzungen der Zuständigkeiten nach dem Grundgesetz auf die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistik) (Artikel 73 Ziff. 11 GG).

##### II. Allgemeine Vorbemerkungen

Die umfassende Regelung des gesamten Rechts der Bundesstatistik entspricht einem schon in der Vergangenheit aufgetauchten Bedürfnis. Nach dem Erlass des Grundgesetzes wurde aber die Anpassung an die veränderten staatsrechtlichen Verhältnisse vor allem aus folgenden Gesichtspunkten notwendig:

1. Die Grundsätze des Rechtsstaats und die Gewährleistung der persönlichen Freiheit des Staatsbürgers durch das Grundgesetz verlangen, daß Eingriffe in diese Freiheit durch Gesetz allgemein festgelegt und umrissen werden. Jede statistische Befragung, die sich an Einzelpersonen wendet, enthält aber einen solchen Eingriff.
2. Bund, Länder und auch andere Einrichtungen haben vielfach Interesse an der gleichen Statistik. Dabei decken sich die Anforderungen nicht immer, sondern schneiden und überlagern sich. Es muß daher im Rahmen der Bestimmungen des Grundgesetzes Vorsorge getroffen werden, daß auch bei Bundesstatistiken eine Angleichung vorgenommen wird, die den Erfordernissen der Praxis entspricht, die Verwaltung vereinfacht und Kosten erspart.

##### III. Die einzelnen Abschnitte des Entwurfs

###### 1. Das Statistische Bundesamt (Abschnitt I).

Das Statistische Bundesamt wird als selbständige Bundesoberbehörde auf Grund des Artikels 87 Abs. 3 Satz 1 GG in Verbindung mit Artikel 73 Ziff. 11 GG errichtet. Es ist aus dem Statistischen Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebiets hervorgegangen, das Ende 1949 »mit der Führung der Statistik für Bundeszwecke beauftragt« wurde. Durch die Verordnung zur Auflösung und Überführung von Einrichtungen der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes vom 8. September 1950 (Bundesgesetzbl. S. 678) wurde es dann als »Statistisches Bundesamt« in die Verwaltung des Bundes überführt.

Die Verteilung der Aufgaben zwischen dem Statistischen Bundesamt und den Statistischen Landesämtern und die Berücksichtigung der Länderinteressen entsprechen dem Grundgesetz

<sup>1)</sup> Bundestagsdrucksache Nr. 4168 vom 9. März 1953 (siehe Vorbemerkung auf S. 156 oben).

und den Grundgedanken des föderalistischen Staatsaufbaues. In der Verwaltungspraxis hat sich diese Aufgabenverteilung seit dem Inkrafttreten des Grundgesetzes bereits eingebürgert.

Durch Abschnitt I findet also ein tatsächlich und rechtlich schon bestehender Zustand seine gesetzliche Regelung.

## 2. Der Statistische Beirat (Abschnitt II).

Die vielfach widerstreitenden Belange der statistischen Auftraggeber und der sonst an den statistischen Ergebnissen interessierten Stellen auf der einen Seite, der Träger der statistischen Arbeit und der Geldgeber auf der anderen zwingen schon das Statistische Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes zu einer sorgfältigen Abstimmung auf methodisch-technischem Gebiet. Hierfür stand ihm ein Statistischer Ausschuß zur Seite, in dem alle vorzugsweise an der Statistik des Vereinigten Wirtschaftsgebietes beteiligten Stellen vertreten waren. Der Statistische Ausschuß setzte seine Tätigkeit auch beim »Statistischen Bundesamt« fort. Wegen der besonders wertvollen Facharbeit, die der Ausschuß in seiner beratenden Tätigkeit bisher geleistet hat, soll er als »Statistischer Beirat« in entsprechender Zusammensetzung beibehalten werden.

## 3. Verfahren (Abschnitt III—IV).

- a) Der Abschnitt III hält an der bestehenden Übung fest, daß die großen umfassenden statistischen Erhebungen durch Gesetz angeordnet werden, schafft aber gleichzeitig die grundgesetzlichen Voraussetzungen für eine Anordnung von Bundesstatistiken durch Rechtsverordnung in bestimmten Fällen, die nach Zweck, Inhalt und Ausmaß abgegrenzt werden.

Durch diese Bestimmungen wird erstmalig für alle Bundesstatistiken festgelegt, in welcher Form sie anzuordnen sind.

Für die Anordnung von Erhebungen, bei denen nur Behörden und Einrichtungen des Bundes befragt werden, genügt entsprechend den Grundsätzen des Organisationsrechts eine Verwaltungsvorschrift. Einer ausdrücklichen Vorschrift hierüber im Gesetz bedarf es nicht.

- b) Nach den Vorschriften über die Anordnung von Bundesstatistiken müßten an sich Vorschriften über ihre Durchführung folgen. Da aber nach Artikel 83 GG die Durchführung der Bundesgesetze eigene Angelegenheit der Länder ist, gehört auch ihre gesetzliche Regelung zur Zuständigkeit der Länder. In der Praxis werden die Bundesstatistiken fast ausnahmslos von den Statistischen Landesämtern durchgeführt.

## 4. Auskunft- und Geheimhaltungspflicht (Abschnitt V—VI).

Jede Statistik ist entscheidend davon abhängig, daß einerseits der Befragte zur Auskunftserteilung verpflichtet und andererseits die Geheimhaltung der geforderten Einzelangaben verbürgt ist.

Bisher fehlte eine allgemeine Vorschrift dieser Art. Als Ersatz wurden entsprechende Bestimmungen in die Sondergesetze aufgenommen, die Statistiken anordneten. Es ist notwendig, in den vorliegenden Entwurf nunmehr eine allgemein verbindliche Regelung einzubauen, da es sich um stets gleichbleibende Vorschriften von grundsätzlicher Art handelt, die nicht nur bei Statistiken erforderlich sind, die durch Gesetz, sondern auch bei solchen, die durch Rechtsverordnung oder Verwaltungsvorschrift angeordnet werden.

## 5. Strafen und Geldbußen (Abschnitt VII).

Der Staat ist bei der Durchführung zahlreicher Aufgaben darauf angewiesen, daß die von ihm gestellten statistischen Fragen rechtzeitig, wahrheitsgemäß und vollständig beantwortet werden.

Damit dieser Forderung der notwendige Nachdruck verliehen werden kann, ist das Verweigern der Auskunft oder das Erteilen einer unrichtigen Auskunft als Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße bedroht worden.

Der Befragte muß sich andererseits darauf verlassen können, daß die von ihm gegebenen Auskünfte geheimgehalten werden. Die Geheimhaltungspflicht ist im Abschnitt VI geregelt. Eine Verletzung dieser Geheimhaltungspflicht ist nach § 13 strafbar.

## B. Die einzelnen Bestimmungen

### Zu § 1

Das Statistische Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebiets, das unter der Bezeichnung »Statistisches Bundesamt« gemäß Artikel 130 GG auf den Bund überführt worden ist, hat seinen derzeitigen Sitz in Wiesbaden-Biebrich.

### Zu § 2

Die Zuständigkeiten des Statistischen Bundesamtes sind erschöpfend aufgezählt. Es sind im wesentlichen die gleichen, wie die des Statistischen Amtes des Vereinigten Wirtschaftsgebiets. Neu hinzugekommen ist die Bearbeitung von Geschäftsstatistiken, die ihm von den Bundesministerien ganz oder teilweise übertragen werden kann (vgl. Ziffer 3), das Sammeln und Darstellen der Statistiken des Auslandes und der internationalen Organisationen (vgl. Ziffer 4) sowie das Aufstellen volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (vgl. Ziffer 5). Aber auch die Aufgaben auf dem Gebiete der Auslandsstatistik und der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind nicht neu. Sie werden vom Statistischen Bundesamt zur Befriedigung dringender Bedürfnisse der Bundesregierung seit langer Zeit durchgeführt. Insbesondere die volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen gehören mit zu den dringendsten und wichtigsten Aufgaben des Statistischen Bundesamtes. Sie geben eine für die Bundesministerien unentbehrliche Gesamtschau, die aus fast allen Arbeitsgebieten des Amtes zusammengesetzt ist. Neu ist also nur die ausdrückliche Zuweisung dieser Zuständigkeiten durch das Gesetz.

### Ziffer 1

Zum »Vorbereiten« einer Bundesstatistik gehört insbesondere das Ausarbeiten der Fragebogen und der sonstigen Erhebungspapiere, des Erhebungsverfahrens, des Tabellenprogramms, des Verlaufs der Aufbereitung und des Veröffentlichungsprogramms.

### Ziffer 2

Hier ist absichtlich von der Zustimmung der Länder, nicht von der des Bundesrates, zur Erhebung und Aufbereitung von Bundesstatistiken die Rede. Dadurch wird ausgeschlossen, daß die Länder, die ihre Zustimmung nicht erteilen wollen, im Bundesrat überstimmt werden können. Andererseits wird sichergestellt, daß auch dann, wenn ein Teil der Länder die Zustimmung nicht erteilen will, für diejenigen Länder, die sie dennoch erteilt haben, Bundesstatistiken zentral erhoben und aufbereitet werden können.

### Zu § 3

In § 1 Abs. 1 wird nur die Dienstaufsicht geregelt. Es ist daher eine Vorschrift erforderlich, die klarstellt,

1. daß das Statistische Bundesamt entsprechend seiner Aufgabenstellung als ein den Bedürfnissen aller Ministerien dienendes Verwaltungsorgan den fachlichen Anforderungen des jeweils federführenden Bundesministers zu entsprechen hat und
2. daß das Bundesministerium des Innern insoweit aus seinem Dienstaufsichtsrecht keine Befugnisse zur Erteilung von Weisungen herleitet.

Der Präsident des Statistischen Bundesamtes ist für die ordnungsmäßige Durchführung der Arbeiten dem federführenden Bundesminister verantwortlich. In methodischen und wissenschaftlichen Fragen der Statistik soll er nicht an fachliche Weisungen gebunden sein.

### Zu § 4

#### Absatz 2

Die Zusammensetzung des Statistischen Beirats entspricht im wesentlichen der des bisherigen Statistischen Ausschusses beim Statistischen Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebiets. Als grundsätzlich neue Mitglieder sind Vertreter der Bank deutscher Länder, der Deutschen Bundesbahn, der Arbeitgeberverbände

und der wirtschaftswissenschaftlichen Institute vorgesehen, die im Gesetz über die Errichtung eines Statistischen Amtes des Vereinigten Wirtschaftsgebiets nicht berücksichtigt waren, die aber zum Teil schon jetzt in ständiger Praxis zu den Sitzungen des Statistischen Ausschusses hinzugezogen werden.

#### Absatz 3

Neu ist auch die zusätzliche Festlegung, daß die Landesregierungen zu den Sitzungen des Beirats zu laden sind, und daß ihre Vertreter jederzeit gehört werden müssen. Bisher entsprach dies nur einer Verwaltungsübung. Es erscheint aber richtiger, hieraus eine gesetzliche Verpflichtung zu machen. Die Länder tragen die Kosten der Durchführung der Bundesstatistiken. Sie haben daher ein Interesse daran, daß ihre Ansicht in besonderen grundsätzlichen Fragen, die sich mehr auf die Verwaltung und Finanzierung beziehen, nicht allein von dem statistischen Fachmann, dem Leiter des Statistischen Landesamts, vorgetragen wird, der ständiges Beiratsmitglied ist.

#### Absatz 5

Einem Wunsche der Praxis entsprechend, können nunmehr auch besondere Arbeitskreise eingesetzt werden, die einzelne Fragen bearbeiten sollen. Diese Möglichkeit bestand bis dahin gesetzlich nicht. Sie dient der Entlastung des Beirats.

#### Zu § 5

Der Aufgabenbereich des Beirats entspricht dem des bisherigen Statistischen Ausschusses. Durch den Beirat werden nicht nur die Erfahrungen der Fachleute nutzbar gemacht; er gibt vor allem auch die Möglichkeit, schon frühzeitig die Bedürfnisse der Länder und die Wünsche der interessierten Kreise kennenzulernen, zu erörtern und aufeinander abzustimmen.

#### Zu § 6

Es wird hierzu auf III Ziffer 3 a des Allgemeinen Teils der Begründung verwiesen.

#### Zu § 7

##### Absatz 1

§ 7 dient dem Rechtsschutzbedürfnis der Befragten. Sie sollen prüfen können, ob und in welchem Umfange sie zur Auskunftserteilung verpflichtet sind. Dabei sind entsprechend der Natur der Statistik die Begriffe »Kreis der Befragten« sowie »die zu erfassenden Tatbestände« dahin zu verstehen, daß nicht jede Einzelheit festgelegt, sondern nur der große Rahmen umschrieben werden soll.

##### Absatz 2

Bei den »freiwilligen Statistiken« handelt es sich in der Hauptsache um solche Statistiken, bei denen es wegen der besonderen Art der zu erfassenden Materie untunlich ist, eine Auskunftspflicht zu begründen. Darunter fällt z. B. die Anforderung von laufend geführten Haushaltsbüchern, die als Unterlage für Untersuchungen über die Verbrauchsstruktur dienen. Hier zeitigt die freiwillige Mitarbeit eines kleinen ausgewählten Personenkreises bessere Erfolge als gesetzlicher Zwang.

#### Zu § 8

Die Kostenregelung entspricht der verfassungsrechtlichen Situation. Nach Artikel 83 GG führen die Länder die Bundesgesetze als eigene Angelegenheiten und daher in eigener Finanzverantwortung durch. Insoweit hat § 8 also nur rechtserklärende und nicht rechtsbegründende Bedeutung.

Die Frage, ob und in welchem Umfange den Gemeinden und Gemeindeverbänden die Kosten für die bei ihnen anfallenden Arbeiten zur Durchführung einer Bundesstatistik zu erstatten sind, kann nicht durch Bundesgesetz geregelt werden. Die Regelung muß der Landesgesetzgebung überlassen bleiben.

#### Zu § 9

##### Absatz 1

Die Bestimmung des Absatzes 1 Satz 1 bringt erstmalig eine Definition des Begriffs »Geschäftsstatistik«. In der zurückliegenden Zeit haben sich Schwierigkeiten daraus ergeben, daß

dieser Begriff verschieden ausgelegt wurde. Die für die Geschäftsstatistiken vorgesehene Sonderregelung ist notwendig, weil diese Statistiken aus Gründen der organisatorischen Zweckmäßigkeit und der Kostenersparnis weitgehend den Ressorts vorbehalten bleiben müssen.

#### Absatz 2

Ausnahmsweise kann es aus Zweckmäßigkeitsgründen wünschenswert sein, daß die Bundesministerien nicht nur ihre Geschäftsstatistiken, sondern auch andere Statistiken gemäß § 2 bearbeiten, für die nach der grundsätzlichen Regelung das Statistische Bundesamt zuständig wäre. Hierzu bedarf es jedoch einer besonderen Ermächtigung durch die Bundesregierung, damit nicht durch eine zu häufige Durchbrechung des Grundsatzes dem Statistischen Bundesamt die Erfüllung seiner Aufgaben erschwert oder unmöglich gemacht wird.

#### Zu § 10

##### Absatz 1

Absatz 1 enthält den Grundsatz, daß natürliche und juristische Personen, Behörden und Einrichtungen der statistischen Auskunftspflicht unterliegen. Sie haben die ordnungsmäßig, d. h. nach den Vorschriften des § 6, angeordneten Fragen zu beantworten.

Sondergesetzliche Bestimmungen, z. B. über Berufsgeheimnisse, Amtsverschwiegenheit usw., werden durch die hier normierte Auskunftspflicht nicht berührt. Durch die selbständig begründete Auskunftspflicht werden die Lücken für alle Bundesstatistiken geschlossen, für die eine Auskunftspflicht nicht aus der Verordnung über Auskunftspflicht vom 13. Juli 1923 (Reichsgesetzbl. I S. 723) abgeleitet werden kann.

##### Absatz 2

Absatz 2 erläutert den Inhalt der Auskunftspflicht und bestimmt, daß die Auskünfte grundsätzlich unentgeltlich erteilt werden müssen. Da statistische Arbeiten termingebunden sind und verspätet erteilte Auskünfte nicht nur zwecklos sind, sondern auch den Wert des statistischen Ergebnisses in Frage stellen, war es erforderlich, besonders zu bestimmen, daß die Fragen fristgemäß beantwortet werden müssen.

##### Absatz 3

Die Vorschrift regelt die Form der Auskunftserteilung.

##### Absatz 4

Im Interesse der Richtigkeit und Vollständigkeit der Beantwortung und damit des statistischen Ergebnisses besteht in der Praxis das dringende Bedürfnis, daß sich die Zähler oder sonst mit der Erhebung betrauten Personen an Ort und Stelle von der Richtigkeit der Angaben der Befragten überzeugen. Sehr häufig ist insbesondere bei repräsentativen Erhebungen das Interesse an der wahrheitsgemäßen und vollständigen Auskunft so groß, daß die Vorschriften über Geldbußen nicht ausreichen, um dieses Interesse zu schützen. Durch eine nachträglich auferlegte Geldbuße kann der oft erhebliche Schaden, der durch unrichtige und unvollständige Auskünfte angerichtet wird, nicht wieder gut gemacht werden. Ebenso häufig werden in der Praxis aus Nachlässigkeit, Unachtsamkeit oder Ungewandtheit im Schreiben und beim Lesen der Erhebungspapiere unrichtige Auskünfte ohne Absicht und Vorsatz gegeben.

In allen Fällen, in denen es auf die Richtigkeit auch weniger Einzelangaben entscheidend ankommt, muß daher durch besondere Vorschrift eine Verpflichtung begründet werden, die Nachprüfung der Richtigkeit der Angaben an Ort und Stelle zu dulden. Eine Verpflichtung, den Zählern und den mit der Erhebung betrauten Personen das Betreten der Wohnung zu gestatten, besteht nicht.

##### Absatz 5

Die Vorschrift beschränkt die Verpflichtung, die ja einen Eingriff in die private Rechtssphäre darstellt, auf die Fälle, in denen die Rechtsvorschrift, durch die die Statistik angeordnet wird, auf die Vorschrift des Absatzes 4 ausdrücklich Bezug nimmt. Dadurch soll einer überflüssigen Ausweitung der Verpflichtung des Absatzes 4 entgegengewirkt werden.

#### Zu § 11

Die Vorschrift umreißt den Kreis der Auskunftsberechtigten.

#### Zu § 12

##### Absatz 1

Hier wird der Grundsatz festgelegt, daß alle Einzelangaben von allen Auskunftsberechtigten geheimzuhalten sind und insbesondere nicht zu Auskünften und Anzeigen an die Finanzämter benutzt werden dürfen.

##### Absatz 2

Das Interesse des Auskunftspflichtigen an der Geheimhaltung erstreckt sich aber nicht nur auf das durch Strafvorschriften sanktionierte Verbot der Veröffentlichung oder Bekanntgabe von Einzelangaben, sondern ebenso auf Art und Umfang der Verwertung von Einzelangaben durch die obersten Bundes- und Landesbehörden, für deren Aufgabenbereiche die Statistiken durchgeführt werden. Deshalb bestimmt Absatz 2, daß die Weitergabe von Einzelangaben von der erhebenden Behörde oder Stelle im Wege der dienstlichen Berichterstattung an die fachlich zuständigen obersten Bundes- und Landesbehörden nur zulässig ist, wenn und soweit es den Befragten vorher bekanntgegeben worden ist. Der Rechtsschutz der Befragten erfordert es, daß, wenn schon eine allgemeine statistische Auskunftspflicht begründet wird, die einen Eingriff in die private Rechtssphäre des einzelnen darstellt, dieser auch erfährt, inwieweit und zu welchem Zweck seine Einzelangaben verwertet werden.

##### Absatz 3

Die Vorschrift gibt eine Definition des Begriffs »Einzelangabe«, vor allem um Unsicherheit in der strafrechtlichen Praxis bei der Verfolgung der unbefugten Weitergabe von Einzelangaben zu vermeiden.

#### Zu § 13

Die Strafbestimmung gibt die notwendige Sicherung der Interessen der Befragten an der Geheimhaltung ihrer Angaben.

#### Zu § 14

Während die Verletzung der Geheimhaltungspflicht als Straftat angesehen wird, ist die Verletzung der Auskunftspflicht nur eine Ordnungswidrigkeit. Es ist anzunehmen, daß Geldbußen bis zur Höhe von zehntausend Deutsche Mark ausreichend sein werden, um die Auskunftspflicht in allen Fällen durchzusetzen.

#### Zu § 15

Es ist nicht möglich gewesen, eine abstrakte allgemein verbindliche Definition des Begriffs »Bundesstatistik« oder »Statistik für Bundeszwecke« zu finden. Es wird daher auch in Zukunft von Fall zu Fall geprüft werden müssen, ob eine geplante Statistik eine Bundesstatistik ist.

Für die bei Inkrafttreten des Gesetzes bereits laufenden Statistiken muß daher bestimmt werden, ob sie als »Bundesstatistiken« gelten sollen. Die Weiterführung als Bundesstatistik ist jedoch nur für die Dauer von 2 Jahren möglich. Innerhalb dieser Zeit müssen die Voraussetzungen der Abschnitte III—IV, insbesondere des § 6 nachgeholt werden.

## Änderungen des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. September 1953

I. Auf Grund des § 4 des Gesetzes zur Regelung finanzieller Beziehungen zwischen dem Bund und den Ländern (Viertes Überleitungsgesetz) vom 27. April 1955 (Bundesgesetzbl. I S. 189) erhält § 8 StatGes folgende Fassung:

#### § 8

Die Kosten der Bundesstatistiken werden, soweit sie bei den Bundesbehörden entstehen, vom Bund, im übrigen von den Ländern getragen.

Diese Änderung ist nach § 11 des o. a. Gesetzes am 4. Mai 1955 in Kraft getreten.

II. Die gemäß § 16 Abs. 1 StatGes am 24. September 1955 abgelaufene Frist wurde durch das nachstehend abgedruckte Gesetz um zwei Jahre verlängert.

## Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke

Vom 8. August 1955<sup>1)</sup>

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

#### § 1

In § 16 Abs. 1 Satz 1 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1314) werden die Worte: »zwei Jahre« ersetzt durch die Worte »vier Jahre«.

#### § 2

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (BGBl. I S. 1) auch im Land Berlin.

#### § 3

Dieses Gesetz tritt am 25. September 1955 in Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 8. August 1955.

Der Bundespräsident  
Theodor Heuss

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers  
Blücher

Der Bundesminister des Innern  
Dr. Schröder

## Begründung<sup>2)</sup>

Nach § 16 Abs. 1 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. September 1953 können laufende Statistiken des Bundes und der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, für die beim Inkrafttreten des Statistischen Gesetzes keine Rechtsgrundlagen nach seinem Abschnitt III vorliegen, zwei Jahre nach Inkrafttreten des Statistischen Gesetzes nicht mehr als Bundesstatistiken durchgeführt werden.

Diese Vorschrift verfolgt den Zweck, daß innerhalb der gesetzlichen Frist der Umfang der gesamten Bundesstatistik überprüft wird. Bei dieser Gelegenheit sollte festgestellt werden, ob und in welchem Umfange Statistiken noch durchgeführt werden, auf die in Zukunft verzichtet werden kann. An diesen Feststellungen sind in erster Linie die Länder interessiert, die nach Art. 83 GG und nach § 8 des StatGes grundsätzlich die Kosten

<sup>1)</sup> BGBl. I S. 507. — <sup>2)</sup> Bundestagsdrucksache Nr. 1386 vom 10. Mai 1955 (siehe Vorbemerkung auf S. 156 oben).

der Bundesstatistik zu tragen haben. Eine sinnvolle Beteiligung der Länder setzt eine Abstimmung der Ressortauffassungen in den einzelnen Ländern und darüber hinaus eine zusammengefaßte Stellungnahme aller Länder voraus. Dieses Verfahren bedarf allerdings einer längeren Zeit als bei der Abfassung des StatGes vorausgesehen werden konnte.

Da auf die Einschaltung der Länder bei den zu schaffenden neuen Rechtsgrundlagen nicht verzichtet und es den Ländern nicht zugemutet werden kann, in einer den sachlichen Bedürfnissen abträglichen Eile zu den Vorlagen der Bundesregierung Stellung zu nehmen, ist eine Verlängerung der Frist des § 16 Abs. 1 StatGes erforderlich.

III. Die durch das Änderungsgesetz vom 8. August 1955 um zwei Jahre verlängerte Frist gemäß § 16 Abs. 1 StatGes wird durch das nachstehend abgedruckte Gesetz um zwei

weitere Jahre, d. h. bis einschließlich 24. September 1959, verlängert.

**Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke**

**Vom 15. Juli 1957<sup>1)</sup>**

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

**§ 1**

In § 16 Abs. 1 Satz 1 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1314) in der Fassung des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 8. August 1955 (Bundesgesetzbl. I S. 507) werden die Worte »vier Jahre« ersetzt durch die Worte »sechs Jahre«.

**§ 2**

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

**§ 3**

Dieses Gesetz gilt nicht im Saarland.

**§ 4**

Dieses Gesetz tritt am 25. September 1957 in Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 15. Juli 1957.

Der Bundespräsident  
Theodor Heuss

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers  
Blücher

Der Bundesminister des Innern  
Dr. Schröder

**Gesetz über eine Zählung der Bevölkerung  
und der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und Unternehmen im Jahre 1961  
sowie über einen Verkehrszensus im Jahre 1962  
(Volkszählungsgesetz 1961)**

**Vom 13. April 1961<sup>2)</sup>**

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

**§ 1**

(1) Am 6. Juni 1961 werden eine Volks- und Berufszählung mit Feststellungen über die bewohnten Gebäude sowie eine Zählung der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und Unternehmen (allgemeine Arbeitsstättenzählung) durchgeführt.

(2) Am 30. September 1962 wird ein Verkehrszensus durchgeführt, der alle in § 5 Nr. 1 und 3 bezeichneten Arbeitsstätten und Unternehmen sowie bis zu 15 vom Hundert der in § 5 Nr. 2 bezeichneten Arbeitsstätten und Unternehmen umfaßt.

**§ 2**

Zu den in § 1 bezeichneten Zählungen können Probebefragungen und Kontrollbefragungen sowie eine Gebäudevorerhebung durchgeführt werden.

**§ 3**

Bei der Volks- und Berufszählung werden erhoben:

1. Als Merkmale zu Person, Familie und Haushalt

- a) Angaben zur Person, Stellung zum Haushaltsvorstand, Religionszugehörigkeit, Staatsangehörigkeit, zweiter Wohnsitz; Zuzug in den Geltungsbereich dieses Ge-

setzes, Angaben über Vertriebene, Sowjetzonenflüchtlinge, ehemalige Kriegsgefangene und Internierte; abgeschlossene Ausbildung an einer Berufsfach-, Fach- oder Hochschule;

- b) für abwesende Haushaltsmitglieder außerdem Grund der Abwesenheit und Art der Unterkunft am Aufenthaltsort, für besuchsweise Anwesende Grund der Anwesenheit und ständiger Wohnort;
- c) für bestehende Ehen das Eheschließungsjahr;
- d) Stellung im Erwerbsleben; Arbeitsstätte, Umfang der Erwerbstätigkeit, ausgeübter Beruf, Stellung im Beruf;
- e) für Personen mit getrennter Wohn- und Arbeits- bzw. Ausbildungsstätte, außerdem Angaben über den Weg zur Arbeits- bzw. Ausbildungsstätte;
- f) für Inhaber oder Leiter einer nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätte, außerdem Angaben über die beschäftigten Personen.

2. Für bewohnte Gebäude, Bodenbewirtschaftung und Binnenfischerei

- a) Baujahr, Art und Ausstattung der Gebäude und ihre räumliche Einteilung;
- b) Größe der bewirtschafteten Bodenfläche, Beschäftigung familienfremder Arbeitskräfte; bei bewirtschafteten Gesamtflächen unter 0,5 ha. Art der Nutzung;
- c) Bestand und Art von Binnenfischereibetrieben.

<sup>1)</sup> BGBl. I S. 721. — <sup>2)</sup> BGBl. I S. 437.

#### § 4

Bei der allgemeinen Arbeitsstättenzählung werden erhoben:

1. Art der Arbeitsstätten und Unternehmen und der ausgeübten Tätigkeiten;
2. Zahl und Art der Voll- und Teilbeschäftigten;
3. Rechtsform der Unternehmen;
4. Unternehmen von Vertriebenen und Sowjetzonenflüchtlingen;
5. Art der vorhandenen Transportmittel und Verkehrseinrichtungen sowie Zahl der vorhandenen Kraftfahrzeuge.

#### § 5

Bei dem Verkehrszensus 1962 werden erhoben:

1. Bei Arbeitsstätten und Unternehmen des gewerblichen Verkehrs
  - a) Art und Tätigkeiten dieser Arbeitsstätten und Unternehmen;
  - b) Zahl der Voll- und Teilbeschäftigten nach der Art ihrer im Verkehr ausgeübten Funktionen und nach der Stellung im Betrieb sowie die von ihnen in einem Monat geleisteten Arbeitsstunden;
  - c) Zahl, Art und Kapazität der Transportmittel und Verkehrseinrichtungen;
  - d) Umsatzstruktur, Aufwendungen für wichtige Fremdleistungen und für Löhne und Gehälter im Geschäftsjahr 1961;
  - e) Anschaffung und Verkauf von Anlagevermögen in den Geschäftsjahren 1960 und 1961.
2. Bei Arbeitsstätten und Unternehmen mit Werkverkehr
  - a) Art und Tätigkeiten dieser Arbeitsstätten und Unternehmen im Verkehr;
  - b) Zahl der Voll- und Teilbeschäftigten nach der Art ihrer im Verkehr ausgeübten Funktionen sowie die von ihnen in einem Monat geleisteten Arbeitsstunden;
  - c) Zahl, Art und Kapazität der selbst genutzten Transportmittel und Verkehrseinrichtungen.
3. Bei Arbeitsstätten und Unternehmen, die neben anderen Tätigkeiten auch Verkehrsleistungen für fremde Rechnung ausführen, außer den Angaben zu Nummer 2 auch Angaben über die Erlöse für diese Verkehrsleistungen im Geschäftsjahr 1961.

#### § 6

Auskunftspflichtig sind

1. für die Volks- und Berufszählung die Haushaltsvorstände und die volljährigen Mitglieder der Haushalte sowie die Grundstücks- bzw. Gebäudeeigentümer oder -verwalter oder deren Vertreter;
2. für die allgemeine Arbeitsstättenzählung sowie für den Verkehrszensus die Inhaber oder Leiter der Arbeitsstätten und Unternehmen.

#### § 7

- (1) Die Landesregierungen bestimmen die Erhebungsstellen.
- (2) Zur Übernahme der ehrenamtlichen Zählertätigkeit ist jeder Deutsche vom 18. Lebensjahr an verpflichtet. Die Zählertätigkeit darf nur aus wichtigem Grunde abgelehnt werden.

Jugendliche, die das 16. Lebensjahr vollendet haben, können mit Zustimmung des Erziehungsberechtigten als Zähler eingesetzt werden.

(3) Der Zähler ist berechtigt und verpflichtet, die notwendigen Eintragungen selbst vorzunehmen, soweit dies zur Erfüllung des Zählungszweckes erforderlich und der Auskunftspflichtige hiermit einverstanden ist.

#### § 8

(1) Der Bund, die Länder, die Gemeinden, Gemeindeverbände und sonstige Körperschaften des öffentlichen Rechts sind verpflichtet, ihre Bediensteten auf Anforderung der Erhebungsstellen für die Zählertätigkeit zur Verfügung zu stellen.

(2) Lebenswichtige Tätigkeit öffentlicher Dienste darf durch diese Verpflichtung nicht unterbrochen werden.

#### § 9

(1) Alle mit den Zählungen und Befragungen nach §§ 1 und 2 sowie mit der Bearbeitung der Zählpapiere befaßten Personen sind zur Verschwiegenheit über alle persönlichen und sachlichen Angaben verpflichtet, die bei der Zählung zu ihrer Kenntnis gelangen. Die Vorschriften des § 12 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1314) bleiben unberührt.

(2) Die Weiterleitung von Einzelangaben nach §§ 3 und 4 mit Ausnahme der Angaben über Namen und Anschrift der befragten Personen, Arbeitsstätten und Unternehmen für wissenschaftliche Zwecke ist zugelassen, wenn die Geheimhaltung (§ 12 Abs. 1 und 4 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke) gewährleistet ist.

(3) Die Gebäude- und Haushaltslisten der Volks- und Berufszählung können mit entsprechenden Unterlagen der Gemeinden verglichen werden; die Angaben über den Vor- und Zunamen, das Geburtsdatum und die Anschrift können zur Berichtigung der Melderegister benutzt werden.

#### § 10

Der Bund gewährt den Ländern zum Ausgleich der Mehrbelastungen, die ihnen und den Gemeinden durch dieses Gesetz und die damit zusammenhängenden ergänzenden Zählungen der Landwirtschaft und des Handels auferlegt werden, eine Finanzzuweisung in Höhe von 1,35 DM je Einwohner. Maßgebend ist die Wohnbevölkerung, die das Statistische Bundesamt für den 6. Juni 1961 feststellt. Die Finanzzuweisung ist in drei gleichen Teilbeträgen am 1. Juli 1961, 1. Juli 1962 und 1. Juli 1963 zu zahlen.

#### § 11

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

#### § 12

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 13. April 1961.

Der Bundespräsident  
Lübke

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers  
Ludwig Erhard

Der Bundesminister des Innern  
Dr. Schröder

### Begründung<sup>1)</sup>

#### A. Allgemeine Begründung

Volkszählungen finden als »Bestandsaufnahmen« der Bevölkerung in allen Ländern in gewissen Zeitabständen statt. Sie erfassen die gesamte Bevölkerung in ihrer Gliederung nach Ge-

schlecht, Alter, Beruf und weiteren Merkmalen. Häufig sind sie mit einer Zählung der Wohnungen oder der Arbeitsstätten verbunden.

Die Ergebnisse der letzten Volkszählung in der Bundesrepublik vom September 1950 sind zum großen Teil nicht mehr verwendbar. Die Bevölkerungszahl im Bundesgebiet einschließlich Berlin (West) hat sich von rd. 50 Millionen auf etwa 55 Mil-

<sup>1)</sup> Bundestagsdrucksache Nr. 2255 vom 30. November 1960 (siehe Vorbemerkung auf S. 156 oben).

lionen (Stand Ende 1959) erhöht; darunter befinden sich 3,3 Millionen Zugewanderte aus der SBZ und Berlin. Das Saarland ist in den Geltungsbereich des Grundgesetzes eingegliedert worden. Die Hochkonjunktur hat die beruflichen und sozialen Verhältnisse für große Teile der Bevölkerung beträchtlich geändert. Diese Gründe erfordern eine erneute Zählung. Die Ergebnisse der Zählung sollen als Rahmen für die laufende statistische Beobachtung dienen und ein vollständiges Bild der Bevölkerung in ihrer demographischen und sozialen Struktur und in ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit auch in tiefer regionaler Gliederung geben. Außerdem soll die Zählung für die sogenannte Fortschreibung der Bevölkerung eine neue Grundlage und zuverlässiges Ausgangsmaterial liefern. Durch den Ausbau der laufenden Statistiken ist eine Verlängerung des Zeitraumes zwischen zwei Zählungen, der in den beiden letzten Jahrzehnten im Durchschnitt sechs Jahre betrug, und eine entsprechende Kostenreduzierung möglich geworden.

Die Zählung ist auch für die immer mehr zunehmende internationale Zusammenarbeit von Bedeutung. Die Vereinten Nationen haben für die Jahre um 1960 Volkszählungen mit einem bestimmten Mindestprogramm empfohlen. Fast alle Staaten werden dieser Anregung folgen und sich damit, nachdem zuletzt Zählungen für die Jahre um 1950 empfohlen worden waren, einem zehnjährigen Turnus für allgemeine Volkszählungen nähern. Für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft werden die Ergebnisse der Zählung wertvolles Material liefern und den für die Schaffung eines gemeinsamen Marktes und die mit der sozialen Harmonisierung zusammenhängenden Aufgaben erforderlichen Überblick über die Bevölkerung und Wirtschaft im gesamten Bereich der Wirtschaftsgemeinschaft geben.

Das Zählungsprogramm besteht aus

einer Volks- und Berufszählung und

einer allgemeinen Zählung der Arbeitsstätten und Unternehmen (ohne Landwirtschaft).

Die Zählungen sollen gemeinsam im Mai 1961 durchgeführt werden. Mit der Volks- und Berufszählung sollen einige wohnungsstatistische Feststellungen verbunden werden. Für 1962 ist außerdem eine besondere Zählung der Arbeitsstätten und Unternehmen des gewerblichen Verkehrs oder mit Werkverkehr (Verkehrszensus 1962) vorgesehen.

Die gemeinsame Durchführung einer Volks- und Berufszählung mit einer allgemeinen Arbeitsstättenzählung hat organisatorische und sachliche Vorteile. Die für die Volkszählung erforderliche Einteilung aller Gemeinden in Wahlbezirke und der Einsatz von rd. 650 000 Zählern mit Befragung jedes Haushaltes werden gleichzeitig als geeignete Erhebungsorganisationen angesehen, um bei der Zählung der Arbeitsstätten die vollständige Erfassung aller Arbeitsstätten zu ermöglichen. Hinsichtlich der Angaben der Personen und der Arbeitsstätten über die Art und Zahl der Beschäftigten ergeben sich dabei günstige Vergleichs- und Abstimmungsmöglichkeiten.

Die Volks- und Berufszählung wird, wie schon 1950, den Hauptteil des ganzen Zählungswerkes bilden. Über das traditionelle Erhebungsprogramm hinaus sind einige Fragen nach dem erreichten Ausbildungsgrad und dem Weg zur Arbeitsstätte vorgesehen. Von besonderer Bedeutung ist es, daß die Berufszählung ein umfassendes Bild der Erwerbstätigkeit der Bevölkerung bringen wird. Die laufenden Statistiken auf diesem Gebiet erbrachten bisher nur Ausschnitte oder nur Zahlen von begrenzter sachlicher und regionaler Tiefe. Das Vorhandensein vollständiger, zuverlässiger und zwischen den Wirtschaftsbereichen vergleichbarer Zahlen über den Beschäftigtenstand ist für eine Fülle wirtschafts- und sozialpolitischer Zwecke von größter Bedeutung.

Als Beispiele seien die mit dem sogenannten Grünen Bericht über die Lage der Landwirtschaft und die mit der Rentenanpassung verbundenen Fragen genannt.

Auf eine Wohnungstatistik wurde im Gegensatz zu 1950 verzichtet. Es sollen nur einige gebäude- und wohnungsstatistische Feststellungen getroffen werden, die sich vor allem auf Art und Ausstattung der bewohnten Gebäude erstrecken. Sie werden, da

sich die Wohnungspolitik in den kommenden Jahren stärker der Sanierung von Gebäuden und Wohnungen und der Erstellung besser ausgestatteter Wohnbauten zuwendet, als vorerst ausreichend angesehen.

Die allgemeine Arbeitsstättenzählung erstreckt sich auf sämtliche Wirtschaftsbereiche mit Ausnahme der Landwirtschaft, deren Zählung bereits Ende Mai 1960 stattgefunden hat. Durch diese Rahmen-Erhebung soll ein Überblick über die vorhandenen Arbeitsstätten im weitesten Sinne geschaffen werden. Daher werden auch z. B. die freien Berufe, die Behörden und öffentlichen Einrichtungen sowie die privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter erfaßt. Das Programm ist auf die Ermittlung einiger Strukturdaten, wie Zahl und Art der Arbeitsstätten und der in ihnen beschäftigten Personen, beschränkt. Weitergehende Befragungen bleiben wie bisher Sonderzählungen vorbehalten, die auf die Verhältnisse der einzelnen Bereiche abgestimmt sind und von denen z. B. im Herbst 1960 eine Handels- und Gaststättenzählung durchgeführt wurde.

Eine Sonderzählung stellt auch der im Gesetzentwurf für das Jahr 1962 vorgesehene Verkehrszensus dar. Im Verkehrsbereich sind wirtschaftliche Daten über die institutionellen Einheiten kaum vorhanden; unter Verwendung des bei der Landwirtschaftszählung 1960 und der allgemeinen Arbeitsstättenzählung 1961 gewonnenen Anschriftenmaterials sollen alle in Betracht kommenden Arbeitsstätten und Unternehmen nach Zahl, Art und Kapazität der Verkehrseinrichtungen, nach der Gliederung der Beschäftigten und nach dem Umsatz ermittelt werden. Da Verkehrsfunktionen in bedeutendem Umfang auch von Unternehmen ausgeübt werden, deren Schwerpunkt in anderen Wirtschaftsbereichen liegt (Werkverkehr), sollen diese Unternehmen ebenfalls in die Befragung einbezogen werden.

## B. Besondere Begründung

### Zu § 1

Der vorgesehene Stichtag im Mai 1961 bietet im Verhältnis zu anderen möglichen Terminen für die Durchführung der Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung sachlich, organisatorisch und jahreszeitlich die günstigsten Voraussetzungen. Der Beschäftigtenstand entspricht annähernd dem Jahresdurchschnitt. Die Ermittlung der Gesamtbevölkerung, insbesondere die Zuordnung der Personen zu ihrem ständigen Wohnsitz, ist noch nicht durch die Haupturlaubszeit beeinträchtigt. Auch die ohnehin schwierige Zählergewinnung ist im Mai noch nicht zusätzlich durch die Reisesaison erschwert. Für die Erfassung der landwirtschaftlichen Bevölkerung und den Zählereinsatz auf dem Lande ist der Stichtag günstig, weil die Haupterntezeit noch nicht begonnen hat. Die Gemeinden sind ferner noch nicht durch die Vorbereitung der im September 1961 stattfindenden Bundestagswahlen in Anspruch genommen. Für den Verkehrszensus kann ein genauer Stichtag nicht im voraus festgelegt werden, weil für die auf dem Postwege durchzuführende Erhebung erst das oben in Abschnitt A (letzter Absatz) erwähnte Anschriftenmaterial vorliegen muß. Es kann aber damit gerechnet werden, daß die Befragung etwa im Mai 1962 möglich sein wird. Die Unternehmen des gewerblichen Verkehrs (§ 5 Nr. 1) und solche Unternehmen, die neben dem Werkverkehr auch Verkehrsleistungen für fremde Rechnung ausführen (§ 5 Nr. 3), werden wegen ihrer Bedeutung für den Verkehrsmarkt und die Verkehrspolitik vollzählig erfaßt. An die Unternehmen, die nur Werkverkehr ausüben (§ 5 Nr. 2), werden wesentlich weniger Fragen gestellt. Hier genügt eine repräsentative Erhebung, die im Durchschnitt höchstens bis zu 15 v. H. der Arbeitsstätten und Unternehmen dieser Art erfaßt.

### Zu § 2

Erfahrungen bei früheren Zählungen haben gezeigt, daß räumlich begrenzte Probeerhebungen erheblich zur Verbesserung der Zählungsvorbereitungen und indirekt des Zählungsergebnisses beitragen. Die Fragebogen können auf ihre Verständlichkeit und die Erhebungsorganisation auf ihre Zweckmäßigkeit überprüft und Mängel rechtzeitig abgestellt werden. Gebäudelisten sichern die lückenlose Erfassung der Bevölkerung sowie die vollständige



und richtige Beantwortung der Fragen über die Gebäude. Das Ausfüllen der Gebäudelisten einige Zeit vor dem Zählungstermin — Gebäudevorerhebung — entlastet die Zähler in Fällen, in denen der Eigentümer nicht auf seinem Grundstück wohnt und daher am Zählungstage nicht dort angetroffen werden kann oder sonstige wenig übersichtliche Verhältnisse herrschen.

Kontrollbefragungen während oder nach der Zählung dienen dazu, die Ergebnisse auf ihre Zuverlässigkeit zu prüfen und zu verbessern.

### Zu § 3

Die Volks- und Berufszählung 1961 ermittelt großenteils Tatbestände, die schon seit langem zum Programm der deutschen Volkszählungen gehören, wie Geschlecht, Familienstand, Alter, Stellung zum Haushaltsvorstand, Religionszugehörigkeit, Beruf, Stellung im Beruf und Wirtschaftszweig der Arbeitsstätte der Erwerbstätigen. Andere Fragen wie die nach Vertriebenen- und Flüchtlingseigenschaft ergeben sich aus der besonderen Situation der Bevölkerung der Bundesrepublik und sind bereits in der Zählung von 1950 enthalten gewesen. Aus den genannten Angaben sowie aus der Ermittlung der Kinderzahl lassen sich wichtige Erkenntnisse über die Zusammensetzung der Haushalte und Familien und über die künftige Bevölkerungsentwicklung gewinnen. Die Kenntnis der Haushalts- und Familienstruktur ist wegen ihrer allgemeinen Bedeutung für Staat, Gesellschaft und Wirtschaft wichtig; als wirtschaftende Einheiten beeinflussen Haushalte und Familien durch ihre Nachfrage Verbrauch und Produktion.

Die Haushalts- und Familienstatistik wird zentral durch das Statistische Bundesamt aufbereitet, wobei zur Kostenersparnis nur eine Stichprobe von 10 v. H. der Angaben ausgewertet wird. Ebenso wird bei der Aufbereitung der Angaben über Heimkehrer aus Kriegsgefangenschaft und Internierung und über den Weg zur Arbeitsstätte verfahren.

Außerdem werden verschiedene Merkmale erhoben, die auf Grund internationaler Empfehlungen, auf Wunsch der Bundesministerien oder anderer interessierter Stellen aufgenommen wurden. So werden die Feststellungen über den erreichten Ausbildungsgrad (Berufsfach-, Fach- oder Hochschule) den bisher nicht vorhandenen Überblick über Zahl, Art und Altersgliederung der hochqualifizierten Arbeitskräfte erlauben. Diese Gesamtzahlen bilden die Voraussetzung für Spezialuntersuchungen über das Nachwuchsproblem besonders in technischen und wissenschaftlichen Berufen. Die erstmals gestellten Fragen nach dem Weg zur Arbeits- bzw. Ausbildungsstätte gestatten vergleichende Untersuchungen u. a. über die Leistungsfähigkeit des Nahverkehrs, den Grad der Motorisierung im Berufsverkehr sowie über die Dauer der berufsbedingten Abwesenheit.

Die Fragen über Kriegsgefangenschaft und Internierung gehen auf einen Bundestagsbeschluß vom 2. Juli 1953 zurück, in dem Unterlagen für eine Ausweitung des Kriegsgefangenenentschädigungsgesetzes gefordert werden. Sie sollen ferner Unterlagen für eine Schlußbilanz über diese Seite der Kriegsfolge liefern.

Der Verzicht auf eine umfangreiche Wohnungszählung ermöglicht eine Einschränkung des Zählungsprogramms bei nicht unbeträchtlicher Kosteneinsparung. Die wenigen Fragen nach Baujahr, Art und Ausstattung der bewohnten Gebäude sowie nach der Zahl der in den Gebäuden enthaltenen Wohnungen, die von den Grundstücks- bzw. Gebäudeeigentümern oder -verwaltern bzw. deren Vertretern in den als Leitpapier ohnehin benötigten Gebäudelisten zu beantworten sind, dürften für die Wohnungspolitik der nächstfolgenden Jahre ausreichen.

Die Erfassung der bewirtschafteten Bodenflächen und die Art der Nutzung bei bewirtschafteten Gesamtflächen unter 0,5 ha einschließlich der Kleingärten stellt eine Ergänzung der Angaben in der Landwirtschaftszählung 1960 dar, bei der nur die bewirtschafteten Flächen von 0,5 ha aufwärts ermittelt wurden. Die Erfassung der Kleinstflächen erscheint auch vom ernährungswirtschaftlichen Standpunkt erforderlich. Auch soziologisch ist ihre Erfassung im Zusammenhang mit Zahl und Gliederung der an der Bodenbewirtschaftung beteiligten Personen und Haus-

halte wichtig. Die bei den jährlichen Bodennutzungserhebungen nötigen Schätzungen dieser Flächen müssen außerdem von Zeit zu Zeit durch Totalerhebungen auf den neuesten Stand gebracht werden.

Mit den Fragen nach Vorhandensein und Art von Binnenfischereibetrieben soll das Adressenmaterial für eine später durchzuführende Binnenfischereierhebung beschafft werden.

### Zu § 4

Die allgemeine Arbeitsstättenzählung erfaßt lediglich zu vorhandenem Material noch fehlende Angaben über die Zahl und Art der Arbeitsstätten und Unternehmen, die Rechtsform der Unternehmen und Vertriebenen- oder Flüchtlingseigenschaft ihrer Inhaber sowie die Zahl der beschäftigten Personen nach Geschlecht und Stellung im Betrieb. Bei der heutigen Lage des Arbeitsmarktes ist die zusätzliche Erfassung von Voll- und Teilbeschäftigten notwendig.

Eine Anschlußfrage über die Art der vorhandenen Transportmittel und Verkehrseinrichtungen dient der Adressenermittlung für den Verkehrszensus. Bei Kraftfahrzeugen wird außerdem deren Zahl erfragt.

### Zu § 5

Der für 1962 vorgesehene Verkehrszensus besteht aus einer tiefergehenden Befragung der Unternehmen der gesamten Verkehrswirtschaft — einschließlich Bundesbahn und Bundespost — und aus einer eingeschränkten Befragung der Arbeitsstätten und Unternehmen mit Werkverkehr. Zur Verkehrswirtschaft gehören alle Unternehmen, bei denen die Verkehrstätigkeit für fremde Rechnung (gewerblicher Verkehr) überwiegt, z. B. Unternehmen des gewerblichen Güterfernverkehrs mit Kraftfahrzeugen, Reedereien der See- und Binnenschifffahrt, private und kommunale Unternehmen des öffentlichen Personenverkehrs, Speditionsunternehmen u. ä. Aus den anderen Bereichen (ohne private Haushalte, Bundeswehr, Bundesgrenzschutz und vergleichbare Institutionen) werden diejenigen Arbeitsstätten und Unternehmen einbezogen, deren Fahrzeuge Werkverkehr (Verkehr für eigene Rechnung) betreiben oder nebenbei auch Verkehrsleistungen für fremde Rechnung erbringen.

Durch diese Sonderzählung soll ermittelt werden, welche Kapazitäten den Unternehmen in den verschiedenen Zweigen der Verkehrswirtschaft und der übrigen Wirtschaftsbereiche zur Bewältigung des gesamten volkswirtschaftlichen Verkehrsaufkommens zur Verfügung stehen. Deshalb sollen für alle einbezogenen Unternehmen die einzelnen Verkehrsarten und einige spezielle Verkehrsfunktionen wie beispielsweise die hauptsächlich bedienten Verkehrsrelationen und die überwiegend beförderten Gütergruppen erfragt sowie Feststellungen über Voll- und Teilbeschäftigte, darunter das im Personen- und Güterverkehr eingesetzte Fahr- und Begleitpersonal und deren Arbeitsstunden in einem Stichmonat, sowie über Zahl, Art und Kapazität der Transportmittel und Verkehrseinrichtungen getroffen werden. Bei den Unternehmen, die Werkverkehr betreiben und nebenbei auch Verkehrsleistungen für fremde Rechnung ausführen, werden zusätzlich auch die Erlöse für ihre im Personen- und Güterverkehr erbrachten Leistungen für andere ermittelt.

Da den Unternehmen des gewerblichen Verkehrs, deren Hauptzweck die Verkehrstätigkeit bildet, der größte Teil des Verkehrsaufkommens zufällt, soll der Verkehrszensus zusätzlich besondere Einsichten in deren betriebliche Struktur und Betriebsrechnung vermitteln. Bei diesen Verkehrsunternehmen werden daher neben den oben erwähnten Verkehrsarten und -funktionen auch die sonstigen wirtschaftlichen Tätigkeiten der Unternehmen, ihre Umsatzstruktur, die Aufwendungen für Kraft-, Hilfs- und Betriebsstoffe und Handelsware sowie für Löhne und Gehälter und ferner die letztjährigen Investitionen erfragt. Ein Teil dieser Unterlagen soll gleichzeitig die Berechnung eines Nettoleistungswertes in der Verkehrswirtschaft ermöglichen.

### Zu § 6

Diese Vorschrift bestimmt den Kreis der Auskunftspflichtigen. Die Verpflichtung sowohl der Haushaltsvorstände als auch der volljährigen Mitglieder der Haushalte zu Auskünften für die

Volks- und Berufszählung ist notwendig für Fälle, in denen der Haushaltsvorstand vom Zähler nicht angetroffen wird oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Auskünfte in ausreichendem Maße zu erteilen. Diese Bestimmung trägt den Erfahrungen der statistischen Ämter bei vorausgegangenen Zählungen Rechnung und soll den Zählern ihre Arbeit erleichtern. Bei der Gebäudevorerhebung ist die Auskunftspflicht wegen des Erhebungsgegenstandes auf die Grundstücks- bzw. Gebäudeeigentümer oder -verwalter oder deren Vertreter abgestellt.

Die Auskunftspflicht für Arbeitsstätten und Unternehmen in den §§ 4 und 5 folgt in ihrer Formulierung der in den Rechtsgrundlagen für vergleichbare Erhebungen der letzten Zeit gewählten Form.

Im Hinblick auf die Wichtigkeit der in § 2 aufgeführten Zählungen und Befragungen ist es notwendig, die Auskunftspflicht auch auf diese zu erstrecken.

#### Zu §§ 7 und 8

Die Erhebung wird von den Gemeinden durch Befragung der Haushalte und Arbeitsstätten möglichst mit ehrenamtlichen Zählern durchgeführt. Um die Schwierigkeiten der Volkszählung 1950 und der Wohnungszählung 1956, eine ausreichende Zahl geeigneter Zähler zu bekommen, auszuschalten, sind eindeutige Bestimmungen für die Übernahme des Zähleramtes und die Verpflichtung der Behörden zur Zählerstellung vorgesehen. Die für die Volkszählung benötigten Zähler werden sich zum größten Teil aus Beamten und Angestellten des Bundes, der Länder und Gemeinden rekrutieren.

§ 8 Abs. 2 bezieht sich auf öffentliche Dienste, deren Betrieb keine, wenn auch noch so kurzfristige Unterbrechung erlaubt; dabei ist vor allem an Bundesbahn und Bundespost gedacht. Durch diese Bestimmung sollen jedoch nur die für den technischen Betrieb unbedingt notwendigen Personen von der Zählertätigkeit freigestellt werden.

#### Zu § 9

In Absatz 1 wird die Geheimhaltung aller Einzelangaben gemäß den Bestimmungen des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes.) nochmals ausdrücklich festgelegt. Die Angaben, die der Befragte in Beantwortung der durch das Zählungsgesetz vorgeschriebenen Fragen gemacht hat, dürfen nicht für andere als statistische, insbesondere nicht für steuerliche Zwecke verwendet werden.

Damit jedoch das mit hohem Aufwand erhobene Zahlenmaterial der wissenschaftlichen Auswertung in möglichst großem Umfang zugänglich gemacht werden kann, sollen Hochschulen und wissenschaftlichen Forschungsinstituten für spezielle Forschungsaufgaben auch Einzelangaben zur Verfügung gestellt werden können. Dabei müssen die Angaben über Namen und Anschrift der befragten Personen, Arbeitsstätten und Unternehmen unkenntlich gemacht werden. Die Bestimmungen über die Veröffentlichung von Einzelangaben gelten auch für die auf Grund des Zählungsmaterials vorgenommenen Veröffentlichungen durch die Hochschulen und wissenschaftlichen Forschungsinstitute. Die beim Verkehrszensus gewonnenen Angaben sind von der Weiterleitung ausgeschlossen, da sie einen weitgehenden Einblick in die Betriebsstruktur gewähren.

Als weitere Ausnahme wird den Gemeinden gestattet, die Gebäude- und Haushaltslisten der Volks- und Berufszählung mit den Einwohnerverzeichnissen zu vergleichen. Damit soll die Möglichkeit gegeben werden, die Ermittlungen der Zähler zu kontrollieren und ggf. zu ergänzen und auch die Angaben der Einwohnerverzeichnisse auf Grund der bei der Zählung durch die Zähler getroffenen Feststellungen zu berichtigen. Die Abstimmung dient damit sowohl der Sicherung richtiger und vollständiger Zählungsergebnisse als auch der Berichtigung von Einwohnerverzeichnissen durch die Zählung. Da der Vergleich auf die Angaben über Wohnung, Vor- und Zunamen sowie Geburtsdatum zu beschränken ist, wird die Geheimhaltung für die sachlichen Angaben gewahrt.

#### Zu § 10

Die Vorschrift des § 10 regelt auf Grund von Artikel 106 Abs. 5 Satz 2 GG den Ausgleich der Mehrbelastung, die den Ländern durch die Zählungen gemäß §§ 1 und 2 dieses Gesetzesentwurfs und die durch besondere Gesetze angeordnete Landwirtschaftszählung 1960 sowie die Handelszählung 1960 auferlegt wird. Die Kosten der ergänzenden Sonderzählungen können wegen des Zusammenhangs mit der allgemeinen Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung berücksichtigt werden.

Die Finanzzuweisung von 1,20 DM je Kopf der für den 9. Mai 1961 (Stichtag der Volkszählung) durch das Statistische Bundesamt festzustellenden Wohnbevölkerung beträgt rd. 50 v. H. der vom Statistischen Bundesamt gemeinsam mit den statistischen Landesämtern berechneten Gesamtkosten der Länder für die Durchführung des gesamten Zählungswerkes 1960/62 in Höhe von rd. 134 543 000 DM.

Die Finanzminister und Finanzsenatoren der Bundesländer haben sich auf der 203. Sitzung des Finanzausschusses des Bundesrates (Niederschrift vom 18. Februar 1960 Punkt 10) mit dieser grundsätzlichen Regelung abschließend einverstanden erklärt. Dabei bestand Übereinstimmung darüber, daß die bei den Ländern anfallenden Verwaltungskosten der Statistiken für Bundeszwecke nach § 8 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 13. September 1953 entsprechend dem allgemeinen Lastenverteilungsgrundsatz des Artikels 106 Abs. 4 Nr. 1 GG von den Ländern zu tragen sind. Bei Zählungsvorhaben außergewöhnlichen Ausmaßes, wie die vorliegende, mit erheblichen zusätzlichen Kosten verbundene allgemeine Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung und "die damit sachlich zusammenhängenden Ergänzungszählungen, kann jedoch die den Ländern und Gemeinden dadurch entstehende Mehrbelastung zum Teil durch Finanzzuweisungen des Bundes nach Artikel 106 Abs. 5 Satz 2 GG ausgeglichen werden."

#### C. Kosten

Die Kosten der in diesem Gesetzentwurf gemäß §§ 1 und 2 angeordneten

Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung 1961,  
Verkehrszensus 1962,  
Probe- und Kontrollbefragungen,  
Gebäudevorerhebung

sind mit 117 537 000 DM bei Bund und Ländern (einschließlich Berlin [West]) veranschlagt worden.

Die Finanzzuweisung des Bundes an die Länder geht von dem Gesamtkostenaufwand für die Großzählungen im Zeitraum 1960 bis 1962 aus und bezieht die Kosten der durch besondere Gesetze angeordneten

Betriebszählung in der Land- und Forstwirtschaft (Landwirtschaftszählung 1960 — BGBl. I S. 217) und der

Zählung im Handel sowie im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe (Handelszählungsgesetz 1960 — BGBl. I S. 313)

ein.

Die Gesamtkosten der angegebenen Zählungen betragen bei Bund und Ländern 146 116 000 DM.

Von diesem Betrag entfallen auf

den Bund 11 573 000 DM,

die Länder (einschließlich Gemeinden) 134 543 000 DM.

Bei einer Finanzzuweisung von 1,20 DM je Kopf der am 9. Mai 1961 festgestellten Wohnbevölkerung würden — bei einer für den Zählungstichtag angenommenen Zahl von 56 075 000 Personen — die Länder vom Bund einen Gesamtbetrag von 67 290 000 DM erhalten.

Der genaue Betrag und seine Aufteilung auf die Länder läßt sich abschließend erst feststellen, wenn das Statistische Bundesamt die endgültige Wohnbevölkerungszahl der Länder, ermittelt hat.

Eine Aufteilung der Gesamtkosten auf die einzelnen Zählungen nach Bund und Ländern  
und in persönliche und sächliche Kosten zeigt die nachstehende Übersicht:  
(Beträge in 1000 DM)

Zählung	Bund			Länder			Gesamtkosten in Bund und Ländern
	persön- liche	säch- liche	zu- sammen	persön- liche	säch- liche	zu- sammen	
	Kosten			Kosten			
Landwirtschaftszählung 1960 .....	497	876	1 373	12 430	5 776	18 206	19 579
Handelszählung 1960 .....	520	480	1 000	6 100	1 900	8 000	9 000
Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung 1961*) .....	6 000	2 900	8 900	62 149	42 188	104 337	117 537
Verkehrszensus 1962 .....			300			4 000	
Zählungswerk 1960/62 .....			11 573			134 543	146 116

\*) Einschließlich Feststellungen über bewohnte Gebäude, Bodenbewirtschaftung und Binnenfischerei.  
Die Arbeiten werden, da es sich um eine zeitlich begrenzte Beanspruchung handelt, bei Bund und Ländern durch Aushilfskräfte durchgeführt.

**Gesetz über die Durchführung einer Repräsentativstatistik  
der Bevölkerung und des Erwerbslebens (Mikrozensus)  
Vom 16. März 1957<sup>1)</sup>**

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

**§ 1**

Im Geltungsbereich dieses Gesetzes wird in den Jahren 1956 bis einschließlich 1959 eine Statistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens auf repräsentativer Grundlage (Mikrozensus) vierteljährlich als Bundesstatistik durchgeführt, und zwar einmal jährlich mit einem Auswahlsatz von 1 vom Hundert und dreimal jährlich mit einem Auswahlsatz von 0,1 vom Hundert der Bevölkerung.

**§ 2**

Für diese Statistik werden folgende Tatbestände erfaßt:

1. Anzahl und Namen der zur Haushaltung gehörenden Personen, deren Geschlecht, Alter, Stellung zum Haushaltungsvorstand, Familienstand, Kinderzahl, Staatsangehörigkeit, Vertriebenen (Flüchtlings-)eigenschaft, Wohnsitz und Wohnsitzveränderungen, Körperbehinderung und ihre Ursachen, landwirtschaftliche Nutzfläche der Haushaltung;

2. Beteiligung oder Nichtbeteiligung am Erwerbs- und Berufsleben, im besonderen Beschäftigung und Arbeitslosigkeit, Beruf, Arbeitsstätte, beschäftigte Arbeitskräfte, Arbeitszeit und Versicherungsschutz.

**§ 3**

Auskunftspflichtig sind die volljährigen Mitglieder der Haushaltungen.

**§ 4**

(1) Die Erhebungen werden durch persönliche oder schriftliche Befragung durchgeführt.

(2) Die Auskunftspflichtigen sind berechtigt, auf besonderen Vordrucken erfragte Angaben in verschlossenem Umschlag an das Statistische Landesamt einzusenden.

(3) Die mit der Befragung zu betrauenden Personen sind von den zuständigen Landesbehörden auszuwählen; sie müssen Gewähr für Zuverlässigkeit und Verschwiegenheit bieten.

**§ 5**

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

**§ 6**

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt. Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 16. März 1957.

Der Bundespräsident  
Theodor Heuss

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers  
Blücher

Der Bundesminister des Innern  
Dr. Schröder

**Begründung<sup>2)</sup>**

**I. Allgemeiner Teil**

**Internationale Verpflichtungen**

Die bestehenden deutschen Statistiken reichen nach ihrer Anlage und nach den verwendeten Definitionen nicht aus, die von der Organisation für die wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas

<sup>1)</sup> BGBl. I S. 213. — <sup>2)</sup> Bundestagsdrucksache Nr. 2695 vom 19. September 1956 (siehe Vorbemerkung auf S. 156 oben).

(OECE) geforderten Zahlen über das sogenannte Arbeitskraftvolumen und die Beschäftigungs- und Erwerbslosigkeitsverhältnisse zu liefern. Der beste Weg, die Unterlagen zu gewinnen, besteht in der Durchführung von Repräsentativstatistiken, wie sie vom Rat der Organisation für die wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas den Mitgliedsländern empfohlen [196. Sitzung vom 31. Oktober 1952 — C (52) 227 (Final)] und in einer Reihe europäischer Länder (z. B. England, Frankreich, Italien) mit gutem Erfolg eingeführt wurden.

## Die Aufgaben des Mikrozensus

Aus dem Plan, diese internationalen Verpflichtungen zu erfüllen, hat sich das Vorhaben des deutschen Mikrozensus entwickelt, wobei diese ursprünglichen Ziele mit statistischen Aufgaben verbunden werden, die von Regierung, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft der deutschen amtlichen Statistik gestellt werden und die durch die Notwendigkeit bedingt sind, Veränderungen in der wirtschaftlichen Situation schnell zu erkennen. Die Aufgaben des Mikrozensus sind

1. international vergleichbare Zahlen über das Arbeitskraftvolumen gemäß den Empfehlungen der OEEC und des Internationalen Arbeitsamtes zu gewinnen,
2. ein deutsches Berichtswesen zu schaffen, in dem in regelmäßigen kurzen Abständen schnell, billig und zuverlässig die wichtigsten Veränderungen der bevölkerungs- und erwerbsstatistischen Daten ermittelt werden, um damit die vieljährige Lücke zwischen jeweils zwei Volks- und Berufszählungen zu überbrücken und die Ergebnisse auf dem neuesten Stand zu halten,
3. verbesserte bevölkerungs- und wirtschaftsstatistische Erkenntnisse zu gewinnen, die durch das System der persönlichen Befragung gegenüber der weniger zuverlässigen Ausfüllung der Fragebogen durch die Befragten selbst ermöglicht werden.

Durch die bevölkerungsstatistischen Ergebnisse des Mikrozensus wird nicht nur die vieljährige Spanne zwischen zwei Volkszählungen überbrückt, für die international 10 Jahre empfohlen wird, sondern auch Material zur Beurteilung der Frage geschaffen werden, inwieweit bei künftigen Zählungen ein Teil des Frage- und Aufbereitungsprogramms repräsentativ durchgeführt werden kann.

Ferner kann mit der Organisation des Mikrozensus eine Reihe von wichtigen statistischen Aufgaben mit relativ geringen zusätzlichen Kosten gelöst werden, indem andere Erhebungen, die die persönliche Befragung von Einzelpersonen oder Haushaltungen erfordern, mit dieser Erhebungsorganisation durchgeführt werden. Die beim Mikrozensus einmal jährlich vorgesehene Befragung von 1 v.H. aller Haushaltungen liefert in aller Regel auch bei zusätzlichen Fragen hinreichend große Beobachtungszahlen und brauchbare statistische Ergebnisse.

## Die Kosten

Die Höhe der Kosten für den Mikrozensus hängt vom Umfang des Tabellenprogramms ab. Für ein vorläufiges Programm, das im einzelnen ständiger Beratung und Weiterentwicklung bedarf, würden insgesamt 1 029 500 DM erforderlich werden. Da die Erhebung und Aufbereitung der Statistik den Landesämtern obliegen, entstehen dort rund 92 v.H., beim Bunde 8 v.H. der Kosten. Sie sind nach § 8 des Statistischen Bundesgesetzes auch in diesem Verhältnis von den Ländern und dem Bund zu tragen.

## II. Die einzelnen Vorschriften

### Zu § 1

Diese Vorschrift legt den Bereich und die Periodizität der Erhebung fest. Der Mikrozensus wird vierteljährlich im Bundesgebiet durchgeführt.

Der Mikrozensus bedient sich des modernen, Zeit und Kosten sparenden Repräsentativverfahrens. In einer auf repräsentativer Grundlage durchgeführten Statistik werden die Erhebungsmerkmale nicht bei der Gesamtbevölkerung, sondern nur in einer kleineren Stichprobe erhoben. Diese Stichprobe wird nach den mathematischen Grundsätzen der Wahrscheinlichkeitslehre so ausgewählt, daß sie zuverlässig ein verkleinertes Abbild der Gesamtheit darstellt.

Der Kreis der Befragten erstreckt sich auf die gesamte Bevölkerung, aus der bei jeder Erhebung nur ein bestimmter Teil befragt wird. Erst im Laufe vieler Jahre werden fast alle Haushaltungen einmal für diese Erhebung in Anspruch genommen worden sein. Neben der einmal im Jahr mit einem Auswahlatz von 1 v.H. durchzuführenden Erhebung sind noch drei Erhebungen im Jahr mit einem Auswahlatz von je 0,1 v.H. vorgesehen.

### Zu § 2

In diesem Paragraphen werden die Tatbestände der Erhebung festgelegt. Dabei handelt es sich um Merkmale der Bevölkerung und des Erwerbslebens, im besonderen um solche, die eine genaue Durchleuchtung der Beschäftigungssituation erlauben sollen. Die Definitionen stimmen mit den internationalen Anforderungen überein.

Mit den Erhebungen kann die Erfassung anderer Tatbestände verbunden werden, sofern deren Erfassung rechtlich geregelt ist.

### Zu § 3

Diese Vorschrift regelt die Auskunftspflicht für den Mikrozensus im Sinne des Abschnittes V des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. September 1953 (BGBl. I S. 1314).

### Zu § 4

Im Absatz 1 wird die Befragungsart — in der Regel persönliche Befragung — festgelegt.

Der Absatz 2 räumt dem Befragten die Möglichkeit ein, Angaben, die auf besonderen Vordrücken erfragt werden, auch vor den Ermittlern geheimzuhalten.

Absatz 3 regelt die Zuständigkeit für die Auswahl der Ermittler, deren Zuverlässigkeit und Verschwiegenheit zum Schutz des befragten Staatsbürgers notwendig sind.

### Zu §§ 5 und 6

Diese Vorschriften entsprechen der üblichen Fassung.

# Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Durchführung einer Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens (Mikrozensus)

Vom 5. Dezember 1960<sup>1)</sup>

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

## Artikel 1

Das Gesetz über die Durchführung einer Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens (Mikrozensus) vom 16. März 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 213) wird wie folgt geändert:

1. In § 1 wird die Jahreszahl »1959« durch die Zahl »1962« ersetzt.
2. § 2 wird wie folgt ergänzt:  
»3. Urlaubs- und Erholungsreisen, Einkommenslage, bei erwerbstätigen Müttern Betreuung der Kinder. Diese Tatbestände werden während der Geltungsdauer dieses Gesetzes nur einmal erhoben.«

## Artikel 2

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

## Artikel 3

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 31. Dezember 1959 in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 5. Dezember 1960.

Der Bundespräsident  
Lübke

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers  
Ludwig Erhard

Der Bundesminister des Innern  
Dr. Schröder

## Begründung<sup>2)</sup>

### A. Im allgemeinen

Das Gesetz über die Durchführung einer Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens (Mikrozensus) war zunächst auf 3 Jahre befristet, um diese für die deutsche amtliche Statistik neue Erhebungsart zu erproben. In den Jahren 1957 bis 1959 sind 3 Erhebungen mit einem Auswahlatz von je 1 v. H. und 6 Erhebungen mit einem Auswahlatz von je 0,1 v. H. durchgeführt worden. Es sind also von 17 Millionen Haushalten im Bundesgebiet lediglich 170 000 in jedem der 3 Jahre einmal und 17 000 dreimal befragt worden. Die Ergebnisse haben gezeigt, daß mit dieser modernen statistischen Methode kurzfristig und kostensparend verwaltungspolitisch wichtige Unterlagen geliefert werden können. Erstmalig wurde ein umfassender Überblick über die gesamte Erwerbstätigkeit der Bevölkerung ermöglicht. Es konnten alle Arten und Formen der haupt- und nebenberuflichen Erwerbstätigkeit ermittelt und nach vollbeschäftigten und teilbeschäftigten Personen, nach Arbeitszeiten und großen Wirtschaftsbereichen gegliedert werden. Ein Überblick über Art und Umfang der gesamten Erwerbstätigkeit ist in einer Zeit der Vollbeschäftigung besonders bedeutungsvoll, da hierdurch zunächst einmal das gegenwärtige Arbeitskraftvolumen erfaßt und ein Anhaltspunkt für Möglichkeiten der künftigen Entwicklung gewonnen wird. Mit diesen Informationen über das Arbeitsvolumen ergaben sich z. B. auch neue Daten für wichtige Fragen der Sozialreform sowie bessere Unterlagen für die volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (im besonderen für Produktivitätsberechnungen). Außerdem konnten die Kenntnisse über die Haushalte verbessert und Zahlenangaben über Größe und Gliederung der Familien beigebracht werden, die zur Beurteilung von Fragen eines Familienlastenausgleichs von Bedeutung sind. Für die Personenkreise der Vertriebenen und der Körperbehinderten wurden neue Zahlen bereitgestellt.

Diese Aufgaben bestehen auch für die Zukunft. Hinzu kommt, daß mit der weiteren Entwicklung der europäischen Zusammenarbeit die Forderung nach zuverlässigen und international vergleichbaren Zahlenunterlagen an Bedeutung gewinnen wird. Die von der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft angestrebte Vereinheitlichung der Statistiken der Erwerbstätigkeit ist nur über einheitliche Stichprobenerhebungen möglich. Darüber hinaus wird der Mikrozensus im Rahmen der internationalen Zusammen-

arbeit zur Untersuchung sozialer und ökonomischer Tatsachen und Entwicklungen zu dienen haben.

Das Änderungsgesetz soll die Möglichkeit bieten, den im ersten Abschnitt seiner Anwendung erprobten und bewährten Mikrozensus für weitere 3 Jahre durchzuführen. In diesem Zeitraum wird — neben der Gewinnung weiterer laufender Zahlen über Bevölkerung und Beschäftigung — die methodische Weiterentwicklung und die Verzahnung mit den Ergebnissen der großen Zählungen im Vordergrund stehen. Gleichzeitig kann die Organisation des Mikrozensus für andere Stichprobenerhebungen verwendet werden, wie dies z. B. schon bei der 1 v. H.-Wohnungstatistik 1956/57 der Fall war. Das Gesetz soll bis einschließlich 1962 befristet werden, da durch die Volkszählung 1961 eine neue Grundlage für die Auswahl von Gemeinden und Haushalten zur Verfügung stehen wird und nach dem Vorliegen von Erfahrungen in weiteren 3 Jahren geprüft werden kann, ob die methodische Entwicklung so weit abgeschlossen ist, daß ein unbefristetes Gesetz erlassen werden kann. Zwischen den künftigen Volks- und Berufszählungen hätte der Mikrozensus dann die durch die Veränderung der Verhältnisse überholten Zahlen zu ersetzen und insbesondere die Änderungen in der Erwerbstätigkeit zu erfassen.

Der Mikrozensus wird zur Rationalisierung der gesamten amtlichen Statistik beitragen, da durch diese laufenden Erhebungen der Zeitraum zwischen den großen Volkszählungen von bisher 5 bis 7 Jahren auf etwa 10 Jahre verlängert werden kann.

Seit Bestehen des Mikrozensus haben sich die Forderungen nach zusätzlichen Informationen vermehrt. Nur ein kleiner Teil wäre im Hinblick auf die im bisherigen Gesetz festgelegten Erhebungsmerkmale zu erfüllen gewesen. Um den Mikrozensus als bewegliches Instrument zur Ermittlung wichtiger aktueller Tatbestände verwendbar zu halten, mußte im zweiten Abschnitt seiner Durchführung aus den Forderungen und Wünschen, die im folgenden erläuterte begrenzte Auswahl getroffen werden. Die neuen Tatbestände werden während der Geltungsdauer des Gesetzes nur einmal erhoben werden.

### B. Im einzelnen

Zunächst sollen Unterlagen über den Urlaubs- und Erholungsreiseverkehr geschaffen werden. Der Urlaubs- und Reiseverkehr hat an Umfang und an wirtschaftlicher Bedeutung stark zuge-

<sup>1)</sup> BGBl. I S. 873. — <sup>2)</sup> Bundestagsdrucksache Nr. 1925 vom 21. Juni 1960 (siehe Vorbemerkung auf S. 156 oben).

nommen. Über andere Erhebungen kann z. B. nach Zahl der beteiligten Personen und nach Reisezielen im In- und Ausland nicht ermittelt werden. Die Unterlagen sollen Aufschluß über die wirtschaftliche und soziologische Bedeutung der Reisen und über die verwendeten Verkehrsmittel geben. Außerdem werden dadurch Anhaltspunkte gewonnen, um die Daten der Zahlungsbilanz für den Reiseverkehr zu prüfen.

Mit der Frage nach der Einkommenslage ist nur die Feststellung von Einkommensgruppen, nicht jedoch die genaue Ermittlung der Zusammensetzung und der Höhe der Einzeleinkommen beabsichtigt. Die Ergebnisse werden in erster Linie aus methodischen Gründen benötigt, z. B. zur Schichtung und Auswahl von Material für Verbrauchs- und Einkommenserhebungen.

Bei den erwerbstätigen Müttern soll neben der Zahl der Kinder auch nach der Betreuung der Kinder gefragt werden. Die Erwerbstätigkeit der Frauen mit Kindern hat eine Reihe von Auswirkungen, die zu kennen nicht nur für die Beurteilung des Arbeitskräftepotentials wichtig ist, sondern auch für Fragen der Betreuung und Erziehung der Kinder. Es sollen Auskünfte darüber gewonnen werden, unter welchen Umständen und in welchem Ausmaß die Erwerbstätigkeit von Frauen zu einer Doppelbelastung durch Beruf und Haushalt führt und über welche Art von Betreuung die Kinder erwerbstätiger Mütter verfügen.

## C. Kosten

Für den Mikrozensus waren im Jahre 1955 jährlich rund 1,1 Mio DM Gesamtkosten bei einer 1 v. H.- und drei 0,1 v. H.-Erhebungen berechnet worden. In den folgenden Rechnungsjahren sind jedoch die Ausgaben bei wichtigen Kostenpositionen gestiegen, und zwar durch Erhöhung der Dienstbezüge, der Maschinenmieten und der Honorare und der Fahrtkosten für die Befrager. Auch die Einbeziehung des Saarlandes und die Vergrößerung der Bevölkerungszahl haben die Kosten erhöht. Diese Kostensteigerungen sind in den Haushalten des Bundes und der Länder bereits berücksichtigt worden.

Das Änderungsgesetz wird voraussichtlich folgende zusätzliche Kosten verursachen:

Für weitere methodische Entwicklungsarbeiten und Analysen, die nach den bisherigen Erfahrungen im größeren Umfang als bisher vom Statistischen Bundesamt durchgeführt werden müssen, entstehen zusätzliche Kosten von rund 70 000 DM jährlich. Bei den Statistischen Landesämtern entstehen für die Bearbeitung der zusätzlichen Tatbestände und durch die Befragung der seit der letzten Erhebung verzogenen Haushalte, die eine methodisch-technisch notwendige Ergänzung darstellt, jährlich rund 280 000 DM zusätzliche Kosten.

Den Gemeinden entstehen keine Kosten.

# Gesetz über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes

Vom 4. Juli 1957<sup>1)</sup>

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

## § 1

Um die Veränderungen in Zahl und Zusammensetzung der Bevölkerung und ihre Ursachen im Geltungsbereich dieses Gesetzes festzustellen, wird eine Bundesstatistik durchgeführt. Sie umfaßt

1. die Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung einschließlich der Todesursachenstatistik,
2. die Statistik der Todeserklärungen,
3. die Statistik der rechtskräftigen Urteile in Ehesachen,
4. die Wanderungstatistik und
5. die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes.

## § 2

(1) Für die Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung werden bei Eheschließungen, Geburten und Sterbefällen mit Zählkarten laufend folgende Tatbestände erfaßt:

1. Bei Eheschließungen:
  - a) Tag der Eheschließung,
  - b) Alter, bisheriger Familienstand und Kinder,
  - c) rechtliche Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einer Kirche, Religionsgesellschaft oder Weltanschauungsgemeinschaft, Staatsangehörigkeit und Vertriebenen(Flüchtlings-)eigenschaft;
2. bei Lebend- und Totgeburten:
  - a) Geburtstag, Geschlecht, Angabe über Ehelichkeit oder Unehelichkeit des Kindes,
  - b) Wohngemeinde und Alter der Eltern,
  - c) Beruf, rechtliche Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einer Kirche, Religionsgesellschaft oder Weltanschauungsgemeinschaft, Staatsangehörigkeit und Vertriebenen(Flüchtlings-)eigenschaft der Eltern,

- d) Mehrlingsgeburt und Anstaltsgeburt,
  - e) bei ehelichen Kindern: Ehedauer der Eltern und Geburtenfolge;
3. bei Sterbefällen:
    - a) Sterbetag, Geschlecht, Alter, Familienstand — bei Kindern Angabe über Ehelichkeit oder Unehelichkeit — und Wohngemeinde,
    - b) Beruf, rechtliche Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einer Kirche, Religionsgesellschaft oder Weltanschauungsgemeinschaft, Staatsangehörigkeit und Vertriebenen(Flüchtlings-)eigenschaft,
    - c) bei Verheirateten: Tag der Eheschließung und Alter des überlebenden Ehegatten,
    - d) Anstaltssterbefall,
    - e) Todesursache, bei Sterbefällen innerhalb der ersten vierundzwanzig Lebensstunden auch Lebensdauer.

(2) Die Zählkarten werden von den Standesbeamten und in den Fällen der §§ 18, 19 und 34 des Personenstandsgesetzes vom 3. November 1937 (Reichsgesetzbl. I S. 1146) in der Fassung des Zweiten Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Personenstandsgesetzes vom 18. Mai 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 518) von den dort genannten Stellen ausgefüllt. In den Ländern, in denen ein Leichenschauschein (Totenschein) eingeführt ist, der die in Absatz 1 Nr. 3 Buchstabe e genannten Tatbestände enthält, brauchen diese Tatbestände nicht in die Zählkarten aufgenommen zu werden. Der Leichenschauschein (Totenschein) tritt insoweit an die Stelle der Zählkarte.

(3) Soweit die Angaben, die zum Ausfüllen der Zählkarten nötig sind, nicht aus den Eintragungen in die Personenstandsbücher oder aus anderen vorgelegten Unterlagen hervorgehen, sind die Anzeigenden oder die Eheschließenden, für die Angabe der Todesursache die nach Landesrecht für die Leichenschau zuständigen Ärzte oder sonstigen Personen auskunftspflichtig.

<sup>1)</sup> BGBl. I S. 694.

## § 3

(1) Für die Statistik der Todeserklärungen werden bei Todeserklärungen und Feststellungen der Todeszeit, die durch Gerichte ausgesprochen worden sind, mit Zählkarten laufend folgende Tatbestände erfaßt:

1. Geschlecht, Alter, letzter ständiger Wohnsitz und Familienstand,
2. Beruf, Staatsangehörigkeit und Zugehörigkeit zur Wehrmacht,
3. vermutliche Todesursache und festgestellter Zeitpunkt des Todes.

(2) Die Zählkarten werden vom Standesbeamten des Standesamts I in Berlin (West) ausgefüllt.

## § 4

(1) Für die Statistik der rechtskräftigen Urteile in Ehesachen werden bei gerichtlichen Entscheidungen über Ehescheidungs-, aufhebungs- oder -nichtigkeitsklagen mit Zählkarten laufend folgende Tatbestände erfaßt:

1. Kläger und Widerkläger,
2. Inhalt der Entscheidung (Nichtigkeitserklärung, Aufhebung, Scheidung, Klageabweisung, Schuldausspruch, zugrunde gelegte gesetzliche Bestimmungen),
3. Alter der Ehegatten, Ehedauer und Kinderzahl,
4. rechtliche Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einer Kirche, Religionsgesellschaft oder Weltanschauungsgemeinschaft und Staatsangehörigkeit der Ehegatten.

(2) Die Zählkarten werden von den Urkundsbeamten der Geschäftsstelle des Gerichts erster Instanz nach Rechtskraft des Urteils auf Grund der Gerichtsakten ausgefüllt.

## § 5

Für die Wanderungsstatistik werden bei der An- und Abmeldung die Zu- und Fortzüge (Wohnungswechsel) nach den Meldescheinen mit folgenden Tatbeständen laufend erfaßt:

1. Tag des Bezugs der neuen oder des Auszugs aus der alten Wohnung, alte und neue Wohngemeinde, Haupt- und Nebenwohnsitz,
2. Geschlecht, Alter und Familienstand,
3. Beruf und rechtliche Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einer Kirche, Religionsgesellschaft oder Weltanschauungsgemeinschaft, Staatsangehörigkeit und Vertriebenen-(Flüchtlings-)eigenschaft.

## Begründung<sup>1)</sup>

### A. Allgemeiner Teil

#### I. Aufgaben der Bevölkerungsstatistik

Regierung, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft brauchen für ihre Arbeit Statistiken über Zahl und Zusammensetzung der Bevölkerung. Seit den ersten Anfängen der amtlichen Statistik werden daher in größeren Zeitabständen Bevölkerungszahl und Bevölkerungsgliederung durch Volkszählungen festgestellt. Je stärker jedoch die Bevölkerungsbewegung ist, desto weniger sind in den Zeiträumen zwischen den großen Volkszählungen ihre mit erheblichem Arbeits- und Kostenaufwand gewonnenen Ergebnisse verwertbar.

Der Weg, wenigstens durch jährliche Schätzung der Einwohnerzahl diese Mängel einigermaßen auszugleichen, ist schon lange nicht mehr gangbar. Bei der gegenwärtig besonders starken Bewegung der Bevölkerung müssen monatlich berichtete Bevölkerungszahlen für Bund und Länder verfügbar sein. Darüber hinaus braucht man in vierteljährlichen und jährlichen Abständen Aufschlüsse über die Einwohnerzahl aller Gemeinden und für größere gebietsmäßige Einheiten und darüber, wie die Bevölke-

## § 6

Bei der Fortschreibung des Bevölkerungsstandes ist auf der Grundlage der jeweils letzten allgemeinen Zählung der Bevölkerung nach den Ergebnissen der Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung und der Wanderungsstatistik die Bevölkerung nach Geschlecht, Alter und Vertriebenen-(Flüchtlings-)eigenschaft festzustellen. Hierbei sind Gebietsveränderungen zu berücksichtigen und anzugeben.

## § 7

(1) Die Zählkarten für Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle (§ 2 Abs. 1) und für rechtskräftige Urteile in Ehesachen (§ 4 Abs. 1) sowie die Leichenschauheine (§ 2 Abs. 2) und eine Ausfertigung der Meldescheine (§ 5) sind mindestens monatlich an das Statistische Landesamt, die Zählkarten für Todeserklärungen (§ 3 Abs. 1) an das Statistische Bundesamt zu übersenden. Die Leichenschauheine sind über das Gesundheitsamt zu leiten.

(2) Die Zählkarten für rechtskräftige Todeserklärungen werden durch das Statistische Bundesamt, die übrigen Zählkarten, die Meldescheine und die Leichenschauheine durch die Statistischen Landesämter aufbereitet.

## § 8

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

## § 9

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 4. Juli 1957.

Der Bundespräsident  
Theodor Heuss

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers  
Blücher

Der Bundesminister des Innern  
Dr. Schröder

rung nach Alter und Geschlecht gegliedert ist. Da die Hauptfälle der Bevölkerungsbewegung — Geburten, Sterbefälle, Zuzüge und Fortzüge — in entsprechender sachlicher und zeitlicher Untergliederung zur Verfügung gestellt werden können, ist die Statistik in der Lage, das Ergebnis der jeweils letzten Volkszählung fortzuschreiben und damit laufend neue Bevölkerungszahlen auch für die kleinsten Gebietseinheiten zu liefern.

Der Wert der einzelnen Statistiken erschöpft sich jedoch nicht in der Fortschreibung des Bevölkerungsstandes. Die Statistiken dienen auch dazu, die Bestandteile der Bevölkerungsentwicklung und der Bevölkerungsverschiebungen zu ermitteln.

Die Unterlagen erstrecken sich auch auf Vorgänge wie eheliche und uneheliche Geburten, Säuglingssterblichkeit, Todesursachen, Häufigkeit der Eheschließung, Gründe der Ehescheidungen, Richtung der Binnenwanderung und Zuwanderung aus der sowjetischen Besatzungszone.

Derartige Bevölkerungsstatistiken werden in allen zivilisierten Ländern der Erde durchgeführt. Sie gehören zum klassischen Bestand der amtlichen Statistik. Die Vereinten Nationen und die Weltgesundheitsorganisation haben Empfehlungen über ihren Ausbau und ihre Gestaltung herausgegeben.

<sup>1)</sup> Bundestagsdrucksache Nr. 3005 vom 12. Dezember 1956 (siehe Vorbemerkung auf S. 156 oben).

## II. Bisherige Rechtsgrundlagen

Durch das Gesetz werden weder neue Statistiken eingeführt, noch laufende Statistiken erweitert. Statistiken über Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle wurden in Deutschland schon vom Bundesrat des Deutschen Zollvereins im Jahre 1870 beschlossen. Durch Gesetz vom 11. Juni 1920 (Reichsgesetzbl. S. 1209) wurde in das Gesetz über die Beurkundung des Personenstandes und die Eheschließung vom 6. Februar 1875 (Reichsgesetzbl. S. 23) ein neuer § 82 a eingefügt, nach dem die Standesbeamten »statistische Erhebungen einschließlich solcher über die Zugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft« vorzunehmen hatten. Das Nähere über den Umfang und die Art der Durchführung enthielt § 3 der Verordnung zur Ausführung des Gesetzes über die Beurkundung des Personenstandes und die Eheschließung vom 6. Juli 1920 (Reichsgesetzbl. S. 1399). Das Personenstandsgesetz vom 3. November 1937 (Reichsgesetzbl. I S. 1146) enthält keine ausdrücklichen Vorschriften für die Statistik. Dagegen ermächtigte § 117 der Ersten Verordnung zur Ausführung des Personenstandsgesetzes vom 19. Mai 1938 (Reichsgesetzbl. I S. 533) den Reichsminister des Innern, Art und Umfang der von den Standesbeamten wahrzunehmenden Nebengeschäfte, insbesondere ihre Mitwirkung bei statistischen Erhebungen, zu bestimmen.

Auf dieser Verordnung beruhte die Dienstanweisung für die Standesbeamten und ihre Aufsichtsbehörden vom 9. Januar 1939 (RMBIIV S. 81) mit einem besonderen Abschnitt über die Statistik. Die Dienstanweisung gilt noch heute in der Fassung der Allgemeinen Verwaltungsvorschriften über die Änderung und Ergänzung der Dienstanweisung für die Standesbeamten und ihre Aufsichtsbehörden vom 10. Mai 1952 (BANz. Nr. 94 vom 16. Mai 1952 S. 2). Art und Umfang der genannten Statistiken sind also nur durch die Allgemeinen Verwaltungsvorschriften zur Dienstanweisung geregelt.

Die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes und die Wanderungsstatistik, die die notwendige Voraussetzung für die Fortschreibung ist, werden z. Z. auf Grund von § 12 des Volkszählungsgesetzes 1950 vom 27. Juli 1950 (BGBl. S. 335) durchgeführt.

Für die Statistiken der rechtskräftigen Urteile in Ehesachen und der Todeserklärungen ist bisher noch keine Anordnung vorhanden. Sie werden gemäß Vereinbarungen mit den Ländern durchgeführt.

Nach § 6 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) müssen Bundesstatistiken durch Gesetz oder Rechtsverordnung angeordnet sein. Bundesstatistiken, die diesen Voraussetzungen nicht entsprechen, können gemäß § 16 StatGes 4 Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes (also ab 25. September 1957) nicht mehr als Bundesstatistiken durchgeführt werden. Um dies zu verhindern, muß das vorliegende Gesetz erlassen werden.

## III. Kosten

Die Durchführung der im § 1 des Gesetzes genannten Statistiken kostet nach dem gegenwärtigen Stand der Auszahlungen bei Bund und Ländern einschließlich Berlins (West) jährlich rd. 3,2 Millionen DM. Da es sich um bereits laufende Statistiken handelt, deren Kosten in den Haushaltsplänen schon berücksichtigt sind, und das Auszahlprogramm den Erfordernissen im großen und ganzen genügt, werden keine neuen Mittel benötigt. Die Höhe der Kosten ist in der Hauptsache durch die sehr große Zahl der zu erfassenden Fälle bestimmt. So wurden z. B. für das Bundesgebiet und Berlin (West) im Jahre 1955 in der Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung rd. 454 000 Eheschließungen, 50 000 gerichtliche Ehelösungen, 818 000 Geburten und 572 000 Sterbefälle, sowie in der Wanderungsstatistik fast 4,3 Millionen Umzüge erfaßt. Eine vollständige Erfassung ist notwendig, um u. a. die gesetzlich vorgeschriebene Fortschreibung der Bevölkerung in den Gemeinden (vgl. II., 4. Absatz) durchführen zu können.

## B. Die einzelnen Bestimmungen

### Zu § 1

Die Aufzählung enthält die klassischen Bestandteile der amtlichen deutschen Statistik der Bevölkerungsbewegung und des Bevölkerungsstandes, die meist schon seit vielen Jahren in Deutschland und in allen zivilisierten Ländern der Erde erhoben und aufbereitet werden. Sie umfaßt aber nicht das gesamte Gebiet der Bevölkerungsstatistik, da es nicht möglich ist, dieses Gebiet durch ein einheitliches Gesetz abschließend zu regeln. Das Gesetz ordnet nur die Erfassung der wichtigsten Vorgänge der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes an. Die großen Volkszählungen, mit denen wegen der Rationalisierung in der Regel Berufs-, Betriebs- und Wohnungszählungen verbunden werden, müssen jeweils durch ein besonderes Gesetz geregelt werden, weil die Forderung und Bedürfnisse von Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft je nach der besonderen Aufgabenstellung zur Zeit der Erhebung wechseln. Auch andere Erhebungen auf dem Gebiete der Bevölkerungsstatistik, wie z. B. die Ausländerstatistik oder Repräsentativerhebungen über die Bevölkerungszusammensetzung, bedürfen einer besonderen Rechtsgrundlage.

Die Unterscheidung und getrennte Behandlung der vier Grunderhebungen und der Fortschreibung des Bevölkerungsstandes ist notwendig, da die Tatbestände und die Erhebungswege der vier Grunderhebungen voneinander abweichen.

### Zu § 2

Die Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung liefert die wichtigsten Unterlagen, um demographische Vorgänge zu beurteilen. Sie vermittelt z. B. einen Überblick über die bevölkerungspolitische Lage, über die Erfolge der Gesundheitspolitik und der medizinischen Wissenschaft in der Bekämpfung der Sterblichkeit und über die Lebenserwartung eines Menschen. Sie ermöglicht Schätzungen über die zahlenmäßige Entwicklung der Bevölkerung und damit politische und wirtschaftliche Planungen, ferner die Herstellung von Sterbetafeln, die für die öffentlichen und privaten Rentenversicherungen unentbehrlich sind.

*Absatz 1:* Nach § 7 Abs. 1 StatGes muß ein Gesetz, das eine Statistik anordnet, die zu erfassenden Tatbestände bestimmen. Dabei wird bewußt vermieden, jede mögliche Einzelfrage aufzuzählen, um das Gesetz dadurch nicht überflüssig zu belasten und unübersichtlich zu machen. Die Formulierung und Gliederung der Einzelfragen gehört zu den methodischen und technischen Vorbereitungen (vgl. § 2 Nr. 1 StatGes). Als Beispiel sei hier der Tatbestand »Beruf« erwähnt, der nur dann ausreichend bestimmt werden kann, wenn auch die berufliche Stellung und der Wirtschaftszweig bekannt sind.

Für die angegebenen einzelnen Statistiken wird nur der erforderliche Mindestumfang des Frageprogramms geregelt, das laufend ausgewertet werden soll.

*Absatz 2:* Nach § 7 Abs. 1 StatGes müssen Gesetze und Rechtsverordnungen, die eine Statistik anordnen, auch den Kreis der Befragten bestimmen. Das geschieht in § 2 Abs. 2 S. 2 des Entwurfs. Neben den Zählkarten, die von den Standesbeamten ausgefüllt werden, werden in der Sterbefallstatistik auch die Leichenschaucheine (Totenscheine), die von den Ärzten auszufüllen sind, benutzt. Werden die Leichenschaucheine unmittelbar verwandt, so erhält man genauere Angaben und kann wirtschaftlicher arbeiten. Es ist daher beabsichtigt, im Geltungsbereich dieses Gesetzes einen einheitlichen Leichenschauchein einzuführen, der bestimmten statistischen Forderungen genügt und dann insoweit die Zählkarte ersetzen kann. Bis dieser einheitliche Schein eingeführt ist, sind die Tatbestände ggf. vom Standesbeamten in die Zählkarte einzutragen; später werden sie aus dem Leichenschauchein unmittelbar entnommen; der Standesbeamte wird dann entlastet werden.

*Absatz 3:* Für einige der in Absatz 1 genannten Tatbestände, die nicht aus den Personenstandsbüchern oder aus anderen Unterlagen hervorgehen, müssen für statistische Zwecke zusätzliche Fragen an die Anzeigenden gestellt werden. Deshalb wird die Auskunftspflicht der Anzeigenden festgesetzt, zu denen auch die Ärzte gehören, die die Todesursache bescheinigen.



### Zu § 3

Die Statistik der Todeserklärungen ist zur Ermittlung der Personenverluste im zweiten Weltkrieg im Augenblick besonders bedeutungsvoll.

*Absatz 1* enthält den Katalog der zu erfassenden Tatbestände.

*Absatz 2* gibt als alleinigen Befragten den Standesbeamten des Standesamts I in Berlin (West) an, da alle Todeserklärungen und Todesfeststellungen von diesem Standesamt erfaßt werden.

### Zu § 4

Die Statistik der rechtskräftigen Urteile in Ehesachen liefert das Zahlenmaterial für die Erforschung der Gründe und Ursachen der Ehezerstörungen.

*Absatz 1:* Der Katalog der zu erfassenden Tatbestände berücksichtigt besonders die soziale und soziologische Aufgabenstellung der Bevölkerungsstatistik. Die Angaben über Ehedauer, Kinderzahl und rechtliche Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einer Kirche, Religionsgesellschaft oder Weltanschauungsgemeinschaft dienen dazu, die Ursachen der Ehezerstörung zu ermitteln.

*Absatz 2:* Auskunftspflichtig sind die Urkundsbeamten der Geschäftsstelle des erkennenden Gerichts erster Instanz. Damit wird vermieden, die Parteien des Rechtsstreits zu befragen.

### Zu § 5

Die Wanderungsstatistik ist eine sogenannte Sekundärstatistik. Hier werden keine besonderen statistischen Zählkarten, sondern die ohnehin vorhandenen Meldescheine aufbereitet. Die Statistik dient der Fortschreibung des Bevölkerungsstandes und gibt darüber hinaus die notwendigen Einblicke in Art und Umfang der Wanderungsbewegung innerhalb der Bundesrepublik

und über ihre Grenzen hinaus. Wegen der starken Bevölkerungsverschiebungen durch Krieg und Kriegsfolgen gewinnt die Wanderungsstatistik besondere Bedeutung für alle Maßnahmen und Planungen mit dem Ziel des Bevölkerungsausgleichs. Die Frage nach dem religiösen Bekenntnis wird zur Zeit im Bundesprogramm nicht ausgewertet. Der Tatbestand ist jedoch in dem Gesetz berücksichtigt worden, um den Ländern den Erlaß besonderer Rechtsverordnungen zu ersparen.

### Zu § 6

Wenn der Bevölkerungsstand auf der Grundlage der jeweils letzten allgemeinen Zählung, z. B. einer Volkszählung oder einer vollständigen Wohnungszählung fortgeschrieben wird, so ist das keine besondere Erhebung, sondern es werden dadurch nur die in diesem Gesetz angeordneten Statistiken der natürlichen Bevölkerungsbewegung und der Wanderung ausgewertet. Bei dem Umfang der angeordneten Auswertungen sind die besonderen Belange der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände berücksichtigt worden. Die gebietsmäßige und zeitliche Gliederung wird sich nach den jeweiligen Erfordernissen bei Bund und Ländern richten müssen.

### Zu § 7

*Absatz 1:* Werden die Unterlagen mindestens monatlich übersandt, so wird dadurch eine stoßweise Arbeitsbelastung der Statistischen Ämter vermieden, und der Arbeitsablauf wird wirtschaftlicher.

*Absatz 2:* Aus Gründen der Rationalisierung wird hier ausnahmsweise vorgeschrieben, daß die Zählkarten für die Todeserklärungen zentral aufbereitet werden. Eine solche Erhebung ist nach § 2 Nr. 2 StatGes zulässig.

## Gesetz über eine Betriebszählung in der Land- und Forstwirtschaft (Landwirtschaftszählung 1960)

Vom 13. April 1960<sup>1)</sup>

Der Bundestag hat folgendes Gesetz beschlossen:

### § 1

Im Geltungsbereich dieses Gesetzes wird in den Jahren 1960 bis 1962 eine Betriebszählung in der Landwirtschaft einschließlich des Gartenbaus, des Weinbaus und der Binnenfischerei sowie in der Forstwirtschaft als Bundesstatistik durchgeführt.

### § 2

Die Zählung umfaßt folgende Einzelerhebungen:

1. Haupterhebung,
2. Gartenbauerhebung,
3. Forsterhebung,
4. Binnenfischereierhebung,
5. Arbeitskräfteerhebung.

### § 3

(1) Die Haupterhebung findet im Mai und Juni 1960 statt. Sie erfaßt die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe und Gesamtflächen ab 0,5 Hektar, die ganz oder teilweise land- oder forstwirtschaftlich genutzt werden, sowie alle Flächen des Erwerbsgartenbaus, des Erwerbsweinbaus und alle Teiche und Seen der Erwerbsfischerei.

(2) Die Haupterhebung umfaßt folgende Tatbestände:

1. Kennzeichnung des Betriebs und der Besitzverhältnisse,
2. Vertriebenen-(Flüchtlings-)eigenschaft des Inhabers sowie seine Beitragspflicht zur Altershilfe für Landwirte,

3. Hilfs- und Nebenbetriebe sowie nichtlandwirtschaftliche Betriebe des Inhabers,
4. Hauptproduktionsrichtung,
5. Betriebsflächen und deren Nutzung nach Hauptnutzungsarten, Kulturarten, Pflanzenarten und Pflanzengruppen,
6. Personal- und Arbeitsverhältnisse,
7. Viehbestand,
8. Gebäude,
9. Maschinen und sonstige technische Einrichtungen.

### § 4

(1) Die Gartenbauerhebung findet im Juli 1961 statt. Sie erfaßt alle Betriebe, die gartenbauliche Erzeugnisse und Baumschulerzeugnisse zu Erwerbszwecken anbauen.

(2) Die Gartenbauerhebung umfaßt folgende Tatbestände:

1. Kennzeichnung des Betriebs und der Besitzverhältnisse,
2. Absatzverhältnisse,
3. Betriebsflächen und deren Nutzung nach Hauptnutzungsarten, Kulturarten, Pflanzenarten und Pflanzengruppen,
4. Arbeitskräfte,
5. Maschinen und sonstige technische Einrichtungen.

### § 5

(1) Die Forsterhebung erfaßt alle Betriebe mit einer Waldfläche ab 0,5 Hektar und alle Gesamtwaldflächen ab 0,5 Hektar.

(2) Die Forsterhebung umfaßt folgende Tatbestände:

1. Kennzeichnung des Betriebs und der Besitzverhältnisse,
2. Betriebsplanung,

<sup>1)</sup> BGBl. I S. 217.

3. Betriebsflächen und deren Nutzung nach Betriebs- und Baumarten,

4. Arbeitskräfte.

(3) Die Bundesregierung bestimmt durch Rechtsverordnung, die der Zustimmung des Bundesrates bedarf, den Zeitraum der Erhebung.

#### § 6

(1) Die Binnenfischereierhebung findet im Juni 1962 statt. Sie erfaßt alle Betriebe, die Fluß- oder Seenfischerei, Teichwirtschaft oder Fischzucht zu Erwerbszwecken betreiben.

(2) Die Binnenfischereierhebung umfaßt folgende Tatbestände:

1. Kennzeichnung des Betriebs,
2. Gewässer und deren Bewirtschaftung,
3. Arbeitskräfte,
4. Maschinen und sonstige technische Einrichtungen,
5. Fischereischäden.

#### § 7

(1) Die Arbeitskräfteerhebung findet im Geltungsbereich dieses Gesetzes mit Ausnahme der Länder Berlin, Bremen und Hamburg im Anschluß an die Haupterhebung nach § 3 als monatliche Erhebung für die Dauer eines Jahres bis spätestens Oktober 1961 statt. Sie erfaßt im Bundesdurchschnitt bis zu 3 vom Hundert der bei der Haupterhebung erfaßten Betriebe.

(2) Die Arbeitskräfteerhebung umfaßt den Arbeitseinsatz der Arbeitskräfte sowie Veränderungen im Besitz- und Personenbestand während eines Jahres bis spätestens September 1961.

#### § 8

Auskunftspflichtig sind die Inhaber der in den §§ 3 bis 7 genannten Betriebe und Flächen.

#### § 9

(1) Den mit der Durchführung der Erhebungen beauftragten Personen ist das Betreten der Grundstücke, die Gegenstand der Erhebung sind, zu gestatten.

(2) Ordnungswidrig handelt, wer sich Absatz 1 zuwider weigert, den mit der Durchführung der Erhebungen beauftragten Personen das Betreten der Grundstücke, die Gegenstand der Erhebung sind, zu gestatten. Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße geahndet werden.

#### § 10

Die Befragung der Inhaber der durch die Haupterhebung und die Gartenbauerhebung nach den §§ 3 und 4 dieses Gesetzes erfaßten Betriebe und Flächen entfällt im Jahre 1960 bei der Bodennutzungshaupterhebung und im Jahre 1961 bei der Gemüsehaupterhebung nach den §§ 4 und 7 des Gesetzes über Bodennutzungserhebung und Erntebereichterstattung vom 3. Dezember 1958 (Bundesgesetzbl. I S. 895).

#### § 11

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin. Rechtsverordnungen, die auf Grund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes.

#### § 12

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 13. April 1960.

Der Bundespräsident

Lübke

Für den Bundeskanzler

Der Bundesminister der Justiz

Schäffer

Der Bundesminister für Ernährung,

Landwirtschaft und Forsten

Schwarz

### Begründung<sup>1)</sup>

#### I. Allgemeines

Die seit 1882 in mehrjährigen Zeitabständen durchgeführte landwirtschaftliche Betriebszählung ist die wichtigste Informationsquelle über die Produktionsgrundlagen der Land- und Forstwirtschaft. Ihre Ergebnisse, die nach Betriebsgrößen, Bodennutzungssystemen und anderen Strukturmerkmalen gegliedert werden, vermitteln nicht nur einen einmaligen Gesamtüberblick über die Betriebsverhältnisse zur Zeit der Zählung, sondern bilden für einen längeren Zeitraum die umfassende statistische Grundlage für zahlreiche Zwecke der Wirtschaftspolitik, der Verwaltung und der Forschung. Die letzten landwirtschaftlichen Betriebszählungen fanden 1925, 1933, 1939 und 1949 statt. Da der vor dem Krieg übliche Turnus zwischen den Erhebungen nunmehr überschritten ist und die Ergebnisse der Betriebszählung 1949 wegen der inzwischen eingetretenen erheblichen Strukturveränderungen in der Landwirtschaft überholt sind, ist die Durchführung einer neuen Zählung notwendig. Als Erhebungsjahr kommt 1959 in Betracht.

Insbesondere ist die vorgesehene Landwirtschaftszählung 1959 aus folgenden Gründen dringend erforderlich:

1. Der nach § 4 des Landwirtschaftsgesetzes vom 5. September 1955 (BGBl. I S. 565) von der Bundesregierung jährlich vorzulegende Bericht über die Lage der Landwirtschaft (Grüner Bericht) setzt eine genaue Kenntnis der Betriebsstruktur in der Landwirtschaft und zahlreicher Tatbestände in landwirtschaftlichen Betrieben voraus. Um hierfür eine zuverlässige und zeitnahe Grundlage zu gewinnen, ist von Zeit zu Zeit eine allgemeine Betriebsbefragung erforderlich. Hierdurch sollen die langfristigen Veränderungen der

Gesamtstruktur der Betriebe neu festgestellt werden. Mittels der bereits bestehenden Agrarstatistiken können dann in den folgenden Jahren die kurzfristigen Veränderungen und Entwicklungsercheinungen im einzelnen beobachtet werden.

Die Kenntnis der Agrarstruktur und der Betriebsverhältnisse sowie ihrer Veränderungen ist besonders wichtig für die nach dem Landwirtschaftsgesetz von der Bundesregierung zu treffenden wirtschafts- und agrarpolitischen Maßnahmen, durch welche die naturbedingten und wirtschaftlichen Nachteile der Landwirtschaft gegenüber anderen Wirtschaftsbereichen ausgeglichen, ihre Produktivität gesteigert und die soziale Lage der in der Landwirtschaft tätigen Menschen verbessert werden sollen.

2. Einer genauen Übersicht über die Agrarstruktur bedarf es darüber hinaus zur Bewältigung der durch die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft zu erwartenden landwirtschaftlichen Strukturprobleme. Für die Verhandlungen im Rahmen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ebenso wie für die Beurteilung der Veränderungen, die sich aus der Entwicklung innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ergeben werden, und für die Maßnahmen, die von der Bundesregierung in diesem Zusammenhang zu treffen sein werden, sind neue statistische Feststellungen und Ergebnisse in möglichst breiter Untergliederung erforderlich.
3. Die Ergebnisse einer allgemeinen Betriebszählung in der Land- und Forstwirtschaft stellen, abgesehen vom Agrarbereich, auch in allgemein volkswirtschaftlicher Sicht unentbehrliches Material dar. Die Land- und Forstwirtschaft muß ebenso wie alle anderen Bereiche in eine Gesamt-

<sup>1)</sup> Bundestagsdrucksache Nr. 687 vom 28. November 1958 (siehe Vorbemerkung auf S. 156 oben).

inventur der Volkswirtschaft, wie sie das Zählungswerk 1960 darstellen soll, einbezogen werden. Wenn im vorliegenden Gesetzentwurf vorgesehen wird, die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe zur Sicherung der vollständigen Erfassung und wegen der Breite der agrarpolitisch wichtigen Fragestellung in einer besonderen Zählung zu erfassen, so ist die Landwirtschaftszählung dennoch insoweit als Teilstück der allgemeinen Arbeitsstättenzählung anzusehen, als sie für die Land- und Forstwirtschaft die Produktionsgrundlagen in entsprechender Weise feststellen soll, wie es durch die Arbeitsstättenzählung und die im Anschluß daran vorgesehenen Zählungen für die anderen Wirtschaftszweige geschieht. Ihre Ergebnisse sollen zusammen mit denen der anderen Wirtschaftszweige zu einem Gesamtbild der Volkswirtschaft führen. Dies setzt voraus, daß die Produktionsgrundlagen ebenso weitgehend erfaßt und die ermittelten Tatbestände nach gleichartigen Darstellungseinheiten geordnet werden wie in der Arbeitsstättenzählung. Die zeitliche Trennung der Landwirtschaftszählung von der für 1960 vorgesehenen Arbeitsstättenzählung hat sich gegenüber der bis 1949 gemeinsamen Durchführung als technisch vorteilhaft und arbeitserleichternd erwiesen.

4. Die laufenden landwirtschaftlichen Statistiken sind in den letzten Jahren größtenteils auf repräsentative Erhebungen umgestellt worden, wodurch erhebliche Ersparnisse an Arbeit und Kosten erreicht werden. Die Repräsentativstatistiken setzen jedoch voraus, daß in größeren Zeitabständen allgemeine Erhebungen durchgeführt werden, deren Ergebnisse als Grundlage der Schichtung und der Auswahl von Stichproben sowie zur Hochrechnung der Ergebnisse auf die Gesamtzahl aller Betriebe dienen. Die Landwirtschaftszählung 1959 soll für die nächsten Jahre die Grundlage für die Weiterführung mehrerer Repräsentativstatistiken nach dem Gesetz über Bodenbenutzungserhebung und Ernteberichterstattung bilden.
5. Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) hat die Durchführung einer Weltzählung in der Landwirtschaft um das Jahr 1960 beschlossen. Das Material hierfür soll für die Bundesrepublik durch die Landwirtschaftszählung 1959 beschafft werden, deren Fragestellung das für die Weltzählung vereinbarte Mindestprogramm erfüllt.

## II. Im einzelnen

§ 1 umreißt den Umfang des Gesetzes.

In § 2 werden die Einzelerhebungen der Landwirtschaftszählung aufgeführt.

In den §§ 3 bis 7 sind jeweils die Einzelerhebungen der erfaßten Betriebe sowie Zeit und Gegenstand der Erhebungen angegeben. Um Kosten zu sparen und um eine Überlastung der Zählerorganisation zu vermeiden, sollen die Sonderfragen für die Gartenbau-, Forst- und Binnenfischereibetriebe nicht in der Haupterhebung, sondern im Anschluß an sie durch die Erhebungen nach den §§ 4 bis 6 gestellt werden. Ebenfalls aus Gründen der Zweckmäßigkeit sollen einzelne Tatbestände über Arbeitskräfte durch monatliche repräsentative Erhebungen für ein Wirtschaftsjahr ermittelt werden. Diese Erhebungen ergänzen die Haupterhebung und bilden mit ihr zusammen ein einheitliches Betriebszählungswerk.

Bei der Haupterhebung (§ 3) ist für Betriebe mit weniger als 2 ha Betriebsfläche zur Kosten- und Arbeitersparnis ein gekürzter Fragebogen vorgesehen. Die Angaben über die Größe und Nutzung der Betriebsflächen (§ 3 Abs. 2 Nr. 5) werden zugleich für die Aufbereitung der Bodenbenutzungshaupterhebung nach dem in Vorbereitung befindlichen Gesetz über Bodenbenutzungserhebung und Ernteberichterstattung verwendet (vgl. § 10). Bei der Haupterhebung werden die den auskunftspflichtigen Betriebsinhabern gehörenden Viehbestände erfaßt. Die repräsentative Viehzwischenzählung nach dem Viehzählungsgesetz vom 18. Juni 1956 (BGBl. I S. 522), die am 3. Juni 1959 statt-

findet, erfaßt dagegen nur die Rindvieh-, Schweine- und Schafbestände in etwa 14 v. H. der bestehenden Zählflächen, und zwar nach ihrem Standort und ohne Rücksicht darauf, ob sie zu einem landwirtschaftlichen Betrieb gehören. Soweit die Betriebe zu beiden Zählungen Angaben zu machen haben, kann der Zähler-einsatz am Stichtag der Viehzwischenzählung für beide Zwecke zugleich erfolgen.

Die Gartenbauerhebung (§ 4) soll Ergebnisse über die Struktur aller an der Marktproduktion von Obst, Gemüse und sonstigen Gartenbauerzeugnissen beteiligten Betriebe vermitteln, weil ein ausreichender Überblick über die Struktur dieser Betriebe und über die Anbauverhältnisse der gärtnerischen Kulturen sich aus der allgemeinen Erhebung nicht gewinnen läßt. Da diese Betriebe die verschiedenartigsten Strukturen und Größen aufweisen, sind ihre Verhältnisse besonders unübersichtlich; das Marktangebot nach Menge und Güte ist außerdem viel stärkeren Schwankungen unterworfen als in anderen Zweigen der landwirtschaftlichen Erzeugung. Die letzte Gartenbauerhebung fand 1950 im Anschluß an die landwirtschaftliche Betriebszählung 1949 statt. Die Angaben der vorgesehenen Gartenbauerhebung über den Gemüseanbau (§ 4 Abs. 2 Nr. 3) werden gleichzeitig für die Aufbereitung der Gemüsehaupterhebung 1960 verwendet (vgl. § 10). Bei den Feststellungen über Baumschulen handelt es sich um die Ermittlung der zur Anzucht benutzten Flächen, während in der Baumschulerhebung nach § 8 des Gesetzes über Bodenbenutzungserhebung und Ernteberichterstattung die Bestände nach Art, Zahl und Anzuchtmerkmalen erfaßt werden. Eine Doppelerhebung liegt daher nicht vor.

Die Forsterhebung (§ 5) ist aus wirtschafts- und forstpolitischen Gründen erforderlich. Die letzte allgemeine Forsterhebung, die einen Überblick über die gesamten forstlichen Verhältnisse gab, wurde 1937 durchgeführt. Seit dieser Zeit sind infolge einschneidender Verschiebungen der politischen Grenzen und übermäßiger Nutzungen in der Kriegs- und Nachkriegszeit schwerwiegende Änderungen der Waldfläche und des Altersklassengefüges eingetreten, so daß die Ergebnisse dieser Erhebung praktisch unbrauchbar geworden sind. Die 1948 in der britischen und amerikanischen Besatzungszone durchgeführte und 1950 auf die restlichen Bundesländer erweiterte Forsterhebung erfolgte nicht nach einheitlichen Gesichtspunkten und bietet daher keine zuverlässige Grundlage für die Beurteilung der forstlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik. Die Binnenfischereierhebung (§ 6) soll die notwendige Kenntnis der Struktur und Ertragsverhältnisse der Binnenfischerei, Teichwirtschaft und Fischzucht im Bundesgebiet vermitteln. Bisher liegen hierüber keine Unterlagen vor, so daß die im Interesse der Allgemeinheit und der Fischerei dringend erforderlichen produktionsbiologischen und wasserwirtschaftlichen Maßnahmen sehr erschwert sind.

Zur Ermittlung des Bestandes an Arbeitskräften sind als Ergänzung zur Haupterhebung nach § 3 Abs. 2 Nr. 6 repräsentative Monaterhebungen von einjähriger Dauer vorgesehen (§ 7). Diese sind aus folgenden Gründen notwendig:

Eine genaue Kenntnis über Zahl und Zusammensetzung des Arbeitskräftebestandes ist für die Beurteilung der Lage der Landwirtschaft und der Einkommensverhältnisse sowie für die Entscheidungen über die Förderungsmaßnahmen nach dem Landwirtschaftsgesetz unerlässlich. Wegen der starken — in den einzelnen Betriebsarten und -gruppen durchaus verschiedenen — jahreszeitlichen Schwankungen im Bestand an landwirtschaftlichen Arbeitskräften können brauchbare Feststellungen über diese Arbeitskräfte nicht durch eine einmalige, auf einen Stichtag bezogene Befragungen gewonnen werden. Vielmehr ist hierzu erforderlich, daß die Erhebung sich mindestens auf den Zeitraum eines Jahres bezieht. Erst aus den so gewonnenen Zahlen lassen sich durch Errechnen von Jahresdurchschnittswerten — umgerechnet auf Vollarbeitskräfte — hinreichend aussagefähige Ergebnisse erzielen.

Bei der Ermittlung des Gesamtarbeitskräftebestandes der Landwirtschaft sind monatliche Erhebungen über den Arbeits-einsatz der ständigen und nichtständigen familieneigenen und familienfremden Arbeitskräfte erforderlich, weil im allgemeinen

Aufzeichnungen über den Arbeitseinsatz in den landwirtschaftlichen Betrieben fehlen, so daß die Befragten die Angaben über den Arbeitseinsatz im Betrieb aus dem Gedächtnis machen müssen.

Um die Kosten möglichst gering zu halten, sollen die Erhebungen für den Zeitraum eines Jahres repräsentativ durchgeführt werden. Der Auswahlatz von 3 v.H. der landwirtschaftlichen Betriebe ist der niedrigste, mit dem nicht nur zuverlässige Bundes-, sondern auch Landesergebnisse erzielt werden können. Die Monaterhebungen sollen für die Dauer eines Jahres möglichst früh im Anschluß an die Haupterhebung durchgeführt werden, damit die durchschnittlichen Jahresergebnisse über die Arbeitskräfte rechtzeitig zur Vorbereitung des Grünen Berichts 1961 vorliegen. Mit den Monaterhebungen kann erst begonnen werden, nachdem aus dem Material der Haupterhebung die notwendigen Teilaufbereitungen und die Stichprobenauswahl der Betriebe erfolgt sind; sie müssen aber spätestens bis Oktober 1960 abgeschlossen sein. Da die Feststellungen in den Ländern Berlin, Bremen und Hamburg zur Ermittlung der Bundesergebnisse nicht unbedingt erforderlich sind, sollen diese Länder nicht an den Monaterhebungen beteiligt werden.

Bei der Haupterhebung wird zur Kostenersparnis und zur Entlastung der Auskunftspflichtigen in Betrieben mit weniger als 2 ha Betriebsfläche, die meist nur im Nebenerwerb Landwirtschaft betreiben, auf eine Reihe von Angaben verzichtet. Da diese Angaben für die Gesamtdarstellung der Ergebnisse erforderlich sind, ist vorgesehen, die fehlenden Tatbestände bei diesen Betrieben nachträglich in der ersten Monaterhebung repräsentativ zu erfragen. Hierzu muß der Auswahlatz in der Größenklasse unter 2 ha einmalig von 3 v.H. auf 10 v.H. erhöht werden (vgl. § 3 Abs. 3). Durch das dargelegte Erhebungsverfahren wird der Umfang der Fragestellung bei mehr als 500 000 Auskunftspflichtigen erheblich eingeschränkt, wodurch nach Schätzungen des Statistischen Bundesamtes eine Einsparung von etwa 200 000 DM ermöglicht wird.

§ 8 legt den auskunftspflichtigen Personenkreis fest.

§ 9 soll die Möglichkeit geben, die für die Erhebung in Frage kommenden Grundstücke zu betreten und damit zuverlässige Ergebnisse zu gewährleisten. Soweit militärische Grundstücke in Frage stehen, wird es allgemein genügen, wenn die örtlich zuständigen Militärdienststellen die erforderlichen Auskünfte erteilen, weil die besonderen militärischen Sicherheitsbestimmungen ohnehin vorgehen.

Die Angaben der Betriebe zur Haupterhebung und zur Gartenbauerhebung enthalten einen wesentlichen Teil der Tatbestände der Bodenbenutzungshaupterhebung und der Gemüsehaupterhebung nach dem Gesetz über Bodenbenutzungserhebung und Ernteberichterstattung.

Um Doppelbefragungen zu vermeiden, soll daher nach § 10 auf die Befragung der Betriebe im Rahmen der Bodenbenutzungshaupterhebung des Jahres 1959 und der Gemüsehaupterhebung des Jahres 1960 verzichtet werden.

Für die Gemeinden bleibt dagegen die Auskunftspflicht für alle sonstigen Bodenflächen nach § 4 Abs. 2 Nr. 2 des Gesetzes über Bodenbenutzungserhebung und Ernteberichterstattung sowie die Pflicht, ein Gemeindeergebnis der Bodenbenutzungshaupterhebung 1959 festzustellen, bestehen.

Um die vollständige Erfassung der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe mit den bewirtschafteten Gesamtflächen bei der Haupterhebung zu sichern, müssen die Bodenbenutzungsvorerhebung und Bodenbenutzungshaupterhebung nach §§ 3 und 4 des Gesetzes über Bodenbenutzungserhebung und Ernteberichterstattung im Jahre 1959 allgemein durchgeführt werden. Es ist daher der Erlaß einer entsprechenden Verordnung nach § 9 des genannten Gesetzes geplant.

Die Kosten der Erhebungen sind vom Statistischen Bundesamt insgesamt mit 19,6 Millionen DM veranschlagt worden. Sie verteilen sich wie folgt auf den Bund und die Länder sowie auf 4 Rechnungsjahre:

	Rechnungsjahr				zusammen in 1000 DM
	1958 in 1000 DM	1959 in 1000 DM	1960 in 1000 DM	1961 in 1000 DM	
Bund .....	35	213	610	538	1 396
Länder .....	1 146	9 740	4 420	2 900	18 206
					19 602

Verordnung über die Forsterhebung der Landwirtschaftszählung 1960

Vom 3. März 1961<sup>1)</sup>

Auf Grund des § 5 Abs. 3 des Gesetzes über eine Betriebszählung in der Land- und Forstwirtschaft (Landwirtschaftszählung 1960) vom 13. April 1960 (Bundesgesetzbl. I S. 217) verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

§ 1

Die Forsterhebung nach § 5 des Gesetzes findet in den Monaten April 1961 bis März 1962 statt.

§ 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 11 des Gesetzes über eine Betriebszählung in der Land- und Forstwirtschaft (Landwirtschaftszählung 1960) auch im Land Berlin.

§ 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Bonn, den 3. März 1961.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers

Ludwig Erhard

Der Bundesminister

für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Schwarz

<sup>1)</sup> Bundesanzeiger Nr. 46 S. 1.

# Verordnung über eine Weinbaubetriebserhebung im Jahre 1958

Vom 12. März 1958<sup>1)</sup>

Auf Grund des § 6 Abs. 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 (BGBl. I S. 1314) verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

## § 1

In den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz wird in den Monaten März bis Mai 1958 eine Weinbaubetriebserhebung durchgeführt.

## § 2

Die Erhebung erstreckt sich

1. bei Bewirtschaftern von Rebflächen auf

- a) den Betriebsinhaber, seinen Haupt- und Nebenerwerb sowie die Betriebsleitung;
- b) die Betriebsflächen einschließlich der landwirtschaftlichen Nutzfläche am 1. Oktober 1957 sowie die Rebfläche und ihre Untergliederung am 1. Oktober 1955 und am 1. Oktober 1957;
- c) die Ernten der Jahre 1955 und 1957 und ihre Verwertung;
- d) die im Jahre 1957 im Weinbau und in der Kellerwirtschaft beschäftigten Arbeitskräfte;
- e) den Zukauf von Humusdünger im Jahre 1957;
- f) die Benutzung von Maschinen im Jahre 1957 sowie ihren Bestand;
- g) die Benützung von Zugvieh im Jahre 1957;
- h) den Bestand an Einlagerungsbehältnissen;

2. bei Winzergenossenschaften mit Kellerei auf

- a) den Namen und den Sitz der Genossenschaft sowie die Zahl der Genossen;
- b) den Betriebsort der Kellerei;
- c) die in den Jahren 1955 und 1957 angelieferten Erntemengen;
- d) den Bestand an Maschinen und Einlagerungsbehältnissen.

## § 3

Auskunftspflichtig nach § 10 des Gesetzes sind alle Personen, die Erwerbsweinbau betreiben oder Gesamtrebflächen ab 20 Ar bewirtschaften, sowie die Vorstände der Winzergenossenschaften.

## § 4

Diese Verordnung gilt nach § 4 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (BGBl. I S. 1) in Verbindung mit § 17 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke auch im Land Berlin.

## § 5

Diese Verordnung gilt nicht im Saarland.

## § 6

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Bonn, den 12. März 1958.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers

Ludwig Erhard

Der Bundesminister

für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Lübke

# Verordnung über eine Statistik der Arbeitskräfte in landwirtschaftlichen Betrieben

Vom 18. Juni 1956<sup>2)</sup>

Auf Grund des § 6 Abs. 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 (BGBl. I S. 1314) verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

## § 1

Im Geltungsbereich des Gesetzes mit Ausnahme der Länder Berlin, Bremen und Hamburg wird eine Bundesstatistik der Arbeitskräfte in landwirtschaftlichen Betrieben durchgeführt.

## § 2

Die Statistik gliedert sich in eine Grunderhebung im August 1956 sowie in laufende Monäterhebungen von September 1956 bis Juli 1958.

## § 3

Die Grunderhebung erfaßt im Bundesdurchschnitt bis zu 10 vH, die Monäterhebungen erfassen jeweils bis zu 1 vH der Betriebe, die eine landwirtschaftliche Nutzfläche ab 0,5 Hektar bewirtschaften, und der Betriebe des Erwerbsgartenbaus sowie des Erwerbsweinbaus.

<sup>1)</sup> Bundesanzeiger Nr. 50 S. 1. — <sup>2)</sup> Bundesanzeiger Nr. 117 S. 1.

## § 4

Die Grunderhebung erstreckt sich

1. auf Inhaber, Leiter, Art, Lage und Größe des Betriebes am 1. Juli;
2. auf den Betriebsinhaber und seine im Haushalt lebenden Familienangehörigen und sonstigen Verwandten, ihr Alter sowie ihre Erwerbs- und Unterhaltungsquellen am 1. Juli;
3. auf Veränderungen im Bestand der in Nummer 2 genannten Personen sowie ihren Arbeitseinsatz im Betrieb im Monat Juli;
4. auf die ständig im Betrieb beschäftigten familienfremden Arbeitskräfte, ihr Alter und ihre Stellung im Betrieb am 1. Juli sowie Veränderungen in ihrem Bestand im Monat Juli;
5. auf die Aushilfskräfte und ihren Arbeitseinsatz im Betrieb im Monat Juli;
6. bei den in Nummer 2 genannten Personen auf Krankenversicherung, Lebensversicherung und Anspruchsberechtigung auf Renten- und Pensionsbezüge am 1. Juli.

## § 5

Die Monaterhebungen erstrecken sich auf die Veränderungen im Bestand der bei der Grunderhebung erfaßten Personen sowie auf ihren Arbeitseinsatz im Betrieb im vorangegangenen Monat.

## § 6

Auskunftspflichtig nach § 10 des Gesetzes sind die Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe.

## § 7

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (BGBl. I S. 1) in Verbindung mit § 17 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke auch im Land Berlin.

## § 8

Diese Verordnung tritt am 1. August 1956 in Kraft und am 31. Juli 1959 außer Kraft.

Bonn, den 18. Juni 1956.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers

Blücher

Der Bundesminister

für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Lübke

# Gesetz über Bodennutzungserhebung und Ernteberichterstattung

Vom 3. Dezember 1958<sup>1)</sup>

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

## § 1

Im Geltungsbereich dieses Gesetzes werden Erhebungen über die Bodenflächen und ihre Nutzung (Bodennutzungserhebung) und Berichterstattungen über Wachstumstand und Ernte von Erzeugnissen der Landwirtschaft, des Gartenbaus und des Weinbaus (Ernteberichterstattung) als Bundesstatistik durchgeführt.

## ERSTER ABSCHNITT

### Bodennutzungserhebung

## § 2

Die Bodennutzungserhebung umfaßt folgende Einzelerhebungen:

1. Vorerhebung über die Bodennutzung (Bodennutzungsvorerhebung),
2. Haupterhebung über die Bodennutzung (Bodennutzungshaupterhebung),
3. Erhebung über den Anbau von Zwischenfrüchten und von Futterpflanzen zur Saatguterzeugung (Bodennutzungsnacherhebung),
4. Vorerhebung über den Anbau von Gemüse und Erdbeeren (Gemüsevorerhebung),
5. Haupterhebung über den Anbau von Gemüse, Erdbeeren, Blumen und sonstigen Zierpflanzen (Gemüsehaupterhebung),
6. Erhebung über Heil- und Gewürzpflanzen (Heil- und Gewürzpflanzenenerhebung),
7. Erhebung über die Pflanzenbestände in den Baumschulen (Baumschulerhebung).

## § 3

(1) Bei der Bodennutzungsvorerhebung werden jährlich in der Zeit von Januar bis Mai erfaßt

die Bodenflächen und der Rechtsgrund ihres Besitzes.

(2) Auskunftspflichtig sind

1. die Inhaber und Eigentümer von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben und von Gesamtflächen ab 0,5 Hektar, die ganz oder teilweise land- oder forstwirtschaftlich genutzt werden, sowie von allen Flächen des Erwerbsgartenbaus und des Erwerbsweinbaus,
2. die Gemeinden für alle sonstigen Bodenflächen.

## § 4

(1) Bei der Bodennutzungshaupterhebung werden jährlich im Monat Mai erfaßt

die Nutzung der Bodenflächen und die gegenüber der Bodennutzungsvorerhebung eingetretenen Veränderungen der Betriebsflächen.

(2) Auskunftspflichtig sind

1. die Inhaber von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben und von Gesamtflächen ab 0,5 Hektar, die ganz oder teilweise land- oder forstwirtschaftlich genutzt werden, sowie von allen Flächen des Erwerbsgartenbaus und des Erwerbsweinbaus,
2. die Gemeinden für alle sonstigen Bodenflächen.

## § 5

(1) Bei der Bodennutzungsnacherhebung werden jährlich im Monat Oktober erfaßt

der Anbau von landwirtschaftlichen Zwischenfrüchten und von Futterpflanzen zur Saatguterzeugung.

(2) Auskunftspflichtig sind die Inhaber von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben und von Gesamtflächen ab 0,5 Hektar, die ganz oder teilweise land- oder forstwirtschaftlich genutzt werden.

## § 6

(1) Bei der Gemüsevorerhebung werden jährlich im Monat Februar erfaßt

der Anbau von Wintergemüse und Erdbeeren und der beabsichtigte Anbau von Gemüse.

(2) Auskunftspflichtig sind alle Personen, die Gemüse oder Erdbeeren zu Erwerbszwecken anbauen.

## § 7

(1) Bei der Gemüsehaupterhebung werden jährlich im Monat Juli erfaßt

der Anbau von Gemüse, Erdbeeren, Blumen und sonstigen Zierpflanzen sowie der beabsichtigte Anbau von Wintergemüse.

(2) Auskunftspflichtig sind alle Personen, die Gemüse, Erdbeeren, Blumen oder sonstige Zierpflanzen zu Erwerbszwecken anbauen.

## § 8

(1) Bei der Heil- und Gewürzpflanzenenerhebung wird jährlich im Monat Juli erfaßt

der Anbau von Heil- und Gewürzpflanzen.

(2) Auskunftspflichtig sind alle Personen, die Heil- oder Gewürzpflanzen zu Erwerbszwecken anbauen.

## § 9

(1) Bei der Baumschulerhebung werden jährlich in der Zeit von Juli bis August erfaßt

die Bestände an Obst- und Ziergehölzen nach Art, Zahl und Anzuchtmerkmalen.

<sup>1)</sup> BGBl. I S. 895.

(2) Auskunftspflichtig sind alle Personen, die sich mit der Anzucht der in Absatz 1 genannten Baumschulerzeugnisse befassen.

## § 10

Die Erhebungen nach den §§ 3 bis 9 werden repräsentativ durchgeführt. Der Auswahlsatz soll im Bundesdurchschnitt bei den Erhebungen nach den §§ 3 bis 5 zehn vom Hundert und nach den §§ 8 und 9 dreißig vom Hundert der Auskunftspflichtigen sowie nach den §§ 6 und 7 zwanzig vom Hundert der Gemeinden nicht übersteigen. Der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten kann, soweit dies zur Erzielung der benötigten Ergebnisse geboten ist, durch Rechtsverordnung, die der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmen, daß in einzelnen Jahren die in Satz 1 bezeichneten Erhebungen allgemein durchgeführt werden.

## § 11

In den Ländern Berlin, Bremen und Hamburg finden Erhebungen nach den §§ 3 bis 9 nur statt, wenn sie nach § 10 allgemein durchgeführt werden.

## § 12

Bei den Erhebungen werden die Flächen nach Hauptnutzungsarten, Kulturarten, Pflanzenarten und Pflanzengruppen aufgliedert.

## § 13

(1) Den mit der Durchführung der Erhebungen beauftragten Personen ist das Betreten der Grundstücke, die Gegenstand der Erhebung sind, zu gestatten.

(2) Ordnungswidrig handelt, wer sich Absatz 1 zuwider weigert, den mit der Durchführung der Erhebungen beauftragten Personen das Betreten der Grundstücke, die Gegenstand der Erhebung sind, zu gestatten. Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße geahndet werden.

# ZWEITER ABSCHNITT

## Ernteberichterstattung

## § 14

Die Ernteberichterstattung umfaßt jährlich in den Monaten März bis November Angaben

1. über Merkmale des Wachstumstandes,

Die Erhebungen über die Bodennutzung und die Ernteberichterstattungen gehören zu den ältesten Erhebungen der amtlichen Agrarstatistik. Die Ergebnisse dieser Erhebungen liefern wichtiges Grundlagenmaterial für die agrarpolitischen Maßnahmen des Bundes und der Länder. Die in dem Gesetzentwurf aufgeführten Einzelerhebungen werden vor allem ständig für folgende Zwecke benötigt:

Beurteilung der Versorgungslage an pflanzlichen Nahrungs- und Futtermitteln,

Aufstellung der jährlichen Versorgungspläne für Getreide und Zucker nach den Bestimmungen der Marktordnungsgesetze,

Berechnung des Einfuhrbedarfs,

Beurteilung der weiteren Entwicklung der Erzeugung,

Beratung der Landwirtschaft im Hinblick auf die Gestaltung des Anbaus.

Die in dem vorliegenden Gesetzentwurf bezeichneten Erhebungen wurden bisher bereits auf Grund der Gemeinsamen Anordnung der Verwaltungen des Vereinigten Wirtschaftsgebietes vom

<sup>1)</sup> Bundestagsdrucksache Nr. 323 vom 10. April 1958 (siehe Vorbemerkung auf S. 156 oben).

2. über die Witterungsverhältnisse und -einflüsse,
3. über Pflanzenkrankheiten und -schädlinge und ihre Bekämpfung,
4. über Pflege- und Erntearbeiten,
5. über die zu erwartende und die tatsächliche Ernte und ihre Verwertung.
6. bei Reben zusätzlich über Mostgewicht, Säuregehalt und Wert des Mostes.

## § 15

Die Berichterstattung wird von ehrenamtlichen Berichterstat- tern durchgeführt. Angaben gegenüber den Berichterstat- tern sind freiwillig.

# DRITTER ABSCHNITT

## Schlußvorschriften

## § 16

Die Befugnis der Bundesregierung, Rechtsverordnungen nach § 6 Abs. 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1314) zu erlassen, bleibt unberührt.

## § 17

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin. Rechtsverordnungen, die auf Grund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes.

## § 18

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Bonn, den 3. Dezember 1958.

Der Bundespräsident  
Theodor Heuss

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers  
Ludwig Erhard

Der Bundesminister  
für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten  
Lübke

## Begründung<sup>1)</sup>

1. Juni 1949 (Öffentlicher Anzeiger Nr. 50 vom 25. Juni 1949) in Verbindung mit § 16 Abs. 1 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. September 1953 in der Fassung des Gesetzes vom 15. Juli 1957 (BGBl. I S. 721) durchgeführt. Auf dieser Grundlage kann die Erhebung jedoch ab September 1959 nicht mehr erfolgen, da von diesem Zeitpunkt an Rechtsvorschriften erforderlich sind, die dem Abschnitt III des StatGes Rechnung tragen.

Der Deutsche Bundestag hat zwar auf Vorlage der Bundesregierung vom 30. April 1957 — Drucksache 3433 der 2. Wahlperiode — bereits in seiner 227. Sitzung am 29. August 1957 ein Gesetz über Bodennutzungserhebung und Ernteberichterstattung beschlossen; der Bundesrat hat diesem Gesetz aber in seiner 185. Sitzung am 29. November 1957 seine Zustimmung versagt — BT-Drucksache 32 —. Auf die dort angeführte Begründung wird verwiesen. Ohne ihr beizutreten, berücksichtigt die Bundesregierung bei ihrer neuen Vorlage nunmehr sachlich die Vorschläge des Bundesrates.

Zu den einzelnen Bestimmungen des Entwurfs ist zu bemerken:

§ 1 umreißt den Umfang des Gesetzes.

§ 2 führt die einzelnen Erhebungen im Rahmen der Bodenbenutzung auf. Alle Erhebungen werden auch bisher laufend durchgeführt.

In den §§ 3 bis 8 sind jeweils Zeitpunkt und Gegenstand der Erhebung sowie der Kreis der Auskunftspflichtigen, die über ihren Betrieb Angaben zu machen haben, genannt. Die Bestimmungen entsprechen der bisherigen Durchführung.

§ 9: Um die Auskunftspflichtigen und die Gemeindeverwaltungen möglichst zu entlasten, sollen die Erhebungen weitgehend als Repräsentativerhebungen durchgeführt werden. Die Repräsentativerhebung ist deshalb als die Regel herausgestellt. Dabei sind die Auswahlsätze entsprechend den Bedürfnissen und Erfahrungen bei den einzelnen Erhebungen verschieden. Die Auswahlsätze gelten jeweils für den Bundesdurchschnitt und können bei den einzelnen Ländern verschieden sein.

Satz 3 soll den Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten ermächtigen, die Erhebungen in einzelnen Jahren allgemein (total) durchzuführen. Solche Totalerhebungen sind in bestimmten Zeitabständen notwendig, um die methodischen Voraussetzungen für einwandfreie Repräsentativerhebungen und zuverlässige Erntestatistiken zu sichern. Da Repräsentativerhebungen im wesentlichen nur Ländereegebnisse erbringen, sind Totalerhebungen zeitweise auch zur Erzielung von Kreis- und Gemeindergebnissen erforderlich.

Die in § 10 bezeichnete Aufgliederung der Flächen entspricht der bisherigen Gepflogenheit bei der Durchführung der Erhebungen und ist notwendig. Die bei der Erhebung übliche Aufgliederung sei an folgenden Beispielen erläutert: Unter den Begriff »Nutzung« fällt die grobe Untergliederung der Flächen, z. B. landwirtschaftliche Nutzfläche, Waldfläche, Öd- und Unland, Gebäude- und Hofflächen, Wegeland. Unter »Kulturarten« fallen die Flächen des Ackerlandes, der Wiesen, Viehweiden usw., während unter »Pflanzenarten« die weitere Untergliederung der Kulturarten, z. B. die Anbaufläche der auf dem Ackerland angebauten Nutzpflanzen, anzugeben ist. Zu den »Pflanzengruppen« gehören z. B. Winterroggen, Sommerroggen, gewöhnliche Frühkartoffeln, vorgekeimte Frühkartoffeln, Frühweißkohl, Dauerweißkohl.

§ 11 soll die Möglichkeit geben, die für die Erhebungen in Frage kommenden Grundstücke zu betreten und damit die Erzielung zuverlässiger Ergebnisse zu gewährleisten.

Soweit militärische Grundstücke in Frage stehen, wird es allgemein genügen, wenn die örtlich zuständigen Militärdienststellen die erforderlichen Auskünfte erteilen, weil die besonderen militärischen Sicherheitsbestimmungen ohnehin vorgehen.

Die §§ 12 und 13 enthalten die Vorschriften über die Erntebereichterstattung, die jeweils mit Berichten über den Wachstumsstand beginnt und über die Vorschätzungen zu den endgültigen Ernteschätzungen führt. Das Bundesgebiet ist mit einem Netz von Berichtsbezirken, die jeweils einige Gemeinden umfassen, überzogen, und zwar gesondert für die Berichterstattung über Feldfrüchte und Grünland, Gemüse, Obst und Reben bzw. Weinmost. Für jeden Berichtsbezirk gibt ein ehrenamtlicher Bericht-

erstatte dem Statistischen Landesamt auf bestimmten Vor- drucken Monatsmeldungen, die sich auf die in § 12 festgelegten Gegenstände erstrecken und im wesentlichen Schätzungen der Berichterstatte darstellen. Die neben den Ernteschätzungen für einige Getreidearten und Spätkartoffeln angeordneten besonderen Erntermittlungen, die auf objektiven Erntemessungen beruhen, werden auf Grund gesonderter Rechtsgrundlagen, zuletzt auf Grund der Verordnung über die besondere Erntermittlung für die Jahre 1955, 1956 und 1957 vom 26. Mai 1956 (BANz. Nr. 102 vom 28. Mai 1955), als Stichprobenerhebung durchgeführt.

Aus den Ernteschätzungen der Berichterstatte und den Anbauflächen, die bei den Bodenbenutzungserhebungen ermittelt werden, werden in den Statistischen Landesämtern und im Statistischen Bundesamt die vorläufigen und endgültigen Ernten errechnet.

§ 14 soll klarstellen, daß die Bundesregierung neben den Erhebungen nach diesem Gesetz berechtigt ist, ergänzende Erhebungen durch Rechtsverordnung nach § 6 Abs. 2 StatGes anzuordnen, wenn die besonderen Voraussetzungen der genannten Ermächtigungsvorschrift erfüllt sind. Hierbei ist z. B. an Obstbaumzählungen, an die Feststellung der Vertriebenen (Flüchtlings)-eigenschaft und an repräsentative Nachprüfungen von Erhebungen gedacht, die bereits mehrfach zur Feststellung von Erhebungsfehlern durchgeführt worden sind, zuletzt auf Grund der Verordnung über eine Nachprüfung der Bodenbenutzungserhebungen 1956 und 1957 vom 21. April 1956 (BANz. Nr. 83 vom 28. April 1956).

Die Klarstellung der Rechtslage durch Einfügung einer besonderen Vorschrift ist notwendig, weil der Bundesrat in seiner 185. Sitzung am 29. November 1957 bei Behandlung der Verordnung über Nachprüfungen der Viehzählung (BR-Drucks. Nr. 303/57) im Zusammenhang mit dem ähnlich gelagerten Viehzählungsgesetz vom 18. Juni 1956 (BGBl. I S. 522) die Anordnung ergänzender Erhebungen auf Grund von § 6 Abs. 2 StatGes für unzulässig gehalten hat.

Der vorliegende Gesetzentwurf enthält ein Mindestprogramm, das nur die im Zeitpunkt der Gesetzgebung als notwendig erkannten Dauererhebungen nach § 6 Abs. 1 StatGes anordnet. Die Aufnahme von sogenannten Vorratsermächtigungen wäre damit unvereinbar.

§ 15 enthält die übliche Berlin-Klausel.

§ 16: Das Gesetz soll am 1. Januar 1959 im gesamten Bundesgebiet einschl. Saarland in Kraft treten.

**Kosten:** Wegen der Kosten wird auf die Aufstellung in der Gesetzesbegründung der Drucksache 3433 der 2. Wahlperiode Bezug genommen. Die dortige Aufstellung geht von Vollerhebungen aus. Die Kosten für die nunmehr allgemein geplanten Repräsentativerhebungen können noch nicht angegeben werden. Sie werden bei den Gemeinden wesentlich geringer ausfallen als bisher und bei den Statistischen Landesämtern zumindest in den ersten Jahren nach der Umstellung über dem Voranschlag für Vollerhebungen liegen. Für das Statistische Bundesamt ist mit gleichbleibenden Kosten zu rechnen.



# Verordnung über die allgemeine Durchführung und die Nachprüfung der Bodennutzungserhebung 1959

Vom 23. Februar 1959<sup>1)</sup>

Auf Grund des § 6 Abs. 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1314) wird von der Bundesregierung und auf Grund des § 10 des Gesetzes über Bodennutzungserhebung und Ernteberichterstattung vom 3. Dezember 1958 (Bundesgesetzbl. I S. 895) vom Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten mit Zustimmung des Bundesrates verordnet:

## § 1

Im Jahre 1959 werden die Bodennutzungsvorerhebung nach § 3, die Bodennutzungshaupterhebung nach § 4 und die Bodennutzungsnacherhebung nach § 5 des Gesetzes über Bodennutzungserhebung und Ernteberichterstattung allgemein durchgeführt.

## § 2

Im Jahre 1959 werden in den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein die Bodennutzungsvorerhebung und die Bodennutzungshaupterhebung nachgeprüft.

## § 3

Die Nachprüfungen erfassen die landwirtschaftlichen Betriebe, die durch Zufallsauswahl festgelegt werden. Der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten bestimmt im Benehmen mit den zuständigen Behörden die Zahl der Betriebe und die Aufgliederung auf die Länder. Die Zahl der auszuwählenden Betriebe darf insgesamt 3000 nicht übersteigen.

# Verordnung über die allgemeine Durchführung, die Nachprüfung und eine Ergänzung der Bodennutzungserhebung 1960

Vom 10. Mai 1960<sup>2)</sup>

Auf Grund des § 6 Abs. 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1314) wird von der Bundesregierung und auf Grund des § 10 des Gesetzes über Bodennutzungserhebung und Ernteberichterstattung vom 3. Dezember 1958 (Bundesgesetzbl. I S. 895) vom Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten mit Zustimmung des Bundesrates verordnet:

## § 1

Im Jahre 1960 werden die Bodennutzungshaupterhebung nach § 4 und die Bodennutzungsnacherhebung nach § 5 des Gesetzes über Bodennutzungserhebung und Ernteberichterstattung, im Jahre 1961 wird die Gemüsehaupterhebung nach § 7 des genannten Gesetzes allgemein durchgeführt.

## § 2

Im Jahre 1960 werden bei der Bodennutzungsnacherhebung außer den in § 5 des Gesetzes über Bodennutzungserhebung und Ernteberichterstattung bezeichneten Sachverhalten die mit Mäh-dreschern abgeernteten Flächen erfaßt.

## § 3

Im Jahre 1960 wird in den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein die Bodennutzungshaupterhebung nachgeprüft.

## § 4

Die Nachprüfungen erfassen die landwirtschaftlichen Betriebe, die durch Zufallsauswahl festgelegt werden. Der Bundesminister

## § 4

Bei den Nachprüfungen sind auskunftspflichtig nach § 10 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke die Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe.

## § 5

Die allgemeine Durchführung der Bodennutzungshaupterhebung und der Bodennutzungsnacherhebung sowie die Nachprüfungen entfallen, wenn im Jahre 1959 keine Betriebszählung in der Land- und Forstwirtschaft (Landwirtschaftszählung 1959) stattfindet.

## § 6

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 17 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke und § 17 des Gesetzes über Bodennutzungserhebung und Ernteberichterstattung auch im Land Berlin.

## § 7

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Bonn, den 23. Februar 1959.

Für den Bundeskanzler  
Der Bundesminister der Justiz  
Schäffer

Der Bundesminister  
für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten  
Lübke

für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten bestimmt im Benehmen mit den zuständigen Behörden die Zahl der Betriebe und die Aufgliederung auf die Länder. Die Zahl der auszuwählenden Betriebe darf insgesamt 3000 nicht übersteigen.

## § 5

Bei den Nachprüfungen sind auskunftspflichtig nach § 10 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke die Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe.

## § 6

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 17 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke und § 17 des Gesetzes über Bodennutzungserhebung und Ernteberichterstattung auch im Land Berlin.

## § 7

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Bonn, den 10. Mai 1960.

Für den Bundeskanzler  
Der Bundesminister der Justiz  
Schäffer

Der Bundesminister  
für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten  
Schwarz

<sup>1)</sup> Bundesanzeiger Nr. 38 S. 1. — <sup>2)</sup> Bundesanzeiger Nr. 93 S. 1.

# Verordnung über die Durchführung einer Obstbaumzählung im Jahre 1958

Vom 21. Oktober 1957<sup>1)</sup>

Auf Grund des § 6 Abs. 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 (BGBl. I S. 1314) verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

## § 1

In der Zeit vom 15. Mai bis 15. Juni 1958 wird eine Zählung der auf dauerndem Standort befindlichen Obstbäume (Obstbaumzählung) als Bundesstatistik durchgeführt.

## § 2

(1) Die Obstbäume werden in höchstens 15 vH der Gemeinden nach folgenden Merkmalen gezählt:

Obstarten, Baumformen, Stand der Ertragsfähigkeit und Standort.

(2) In Gemeinden mit mehreren Zählbezirken kann die Zählung auf einzelne Bezirke beschränkt werden.

(3) Die Zähler haben die Merkmale der Obstbäume nach Absatz 1 an Ort und Stelle festzustellen.

## § 3

Auskunftspflichtig nach § 10 des Gesetzes sind die Nutzungsberechtigten von Obstbäumen.

## § 4

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (BGBl. I S. 1) in Verbindung mit § 17 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke auch im Land Berlin.

## § 5

Diese Verordnung gilt nicht im Lande Bremen und im Saarland.

## § 6

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Bonn, den 21. Oktober 1957.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers  
Blücher

Der Bundesminister  
für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten  
Lübke

# Verordnung über die besondere Erntermittlung für die Jahre 1961, 1962 und 1963

Vom 17. April 1961<sup>2)</sup>

Auf Grund des § 6 Abs. 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1314) verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

## § 1

In den Jahren 1961, 1962 und 1963 werden zur Gewinnung zuverlässiger Unterlagen über die Ernte von Getreide und Kartoffeln und für die Aufstellung eines Versorgungsplans nach § 2 des Getreidegesetzes in der Fassung vom 24. November 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 900) besondere Erntermittlungen durch Feststellung der Erträge durchgeführt. Sie erfolgen bei Winterroggen, Winterweizen und Spätkartoffeln in den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein, bei Sommergerste in den Ländern Baden-Württemberg, Bayern und Rheinland-Pfalz.

## § 2

Die Statistik erfaßt die Felder der landwirtschaftlichen Betriebe, die durch Zufallsauswahl festgelegt werden. Der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten bestimmt im Benehmen mit den fachlich zuständigen obersten Landesbehörden die Zahl der Felder und die Aufgliederung auf die Länder. Die Zahl der auszuwählenden Felder darf insgesamt 12 000 nicht übersteigen.

## § 3

Auskunftspflichtig nach § 10 des Gesetzes sind die Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe.

## § 4

Die fachlich zuständigen obersten Landesbehörden erlassen im Benehmen mit dem Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und dem Statistischen Bundesamt die für die Durchführung der besonderen Erntermittlungen erforderlichen Richtlinien an die mit der Erhebung beauftragten Stellen.

## § 5

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 17 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke auch im Land Berlin.

## § 6

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Bonn, den 17. April 1961.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers  
Ludwig Erhard

Der Bundesminister  
für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten  
Schwarz

# Viehzählungsgesetz

Vom 18. Juni 1956<sup>3)</sup>

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

## § 1

(1) Am 3. Dezember jedes Jahres ist eine allgemeine Viehzählung, am 3. der Monate März, Juni und September sind Viehzwischenzählungen. Fällt der Tag auf einen Sonnabend, so wird die Zählung am vorausgehenden Werktag, fällt er auf

einen Sonn- oder Feiertag, so wird sie am folgenden Werktag durchgeführt.

(2) Die allgemeine Viehzählung erfaßt die Bestände an Rindvieh, Pferden, Schweinen, Schafen, Ziegen, Federvieh und Bienenvölkern und alle zwei Jahre, zuerst 1957, ihr Verhältnis zur landwirtschaftlichen Nutzfläche.

(3) Bei den Zwischenzählungen werden die Bestände an Schweinen, bei der Zwischenzählung im Juni außerdem die Bestände an Rindvieh und Schafen erfaßt. Die Zwischenzählungen im März und September werden repräsentativ durchgeführt, die Zwischenzählung im Juni kann repräsentativ erfolgen.

<sup>1)</sup> Bundesanzeiger Nr. 204 S. 1. — <sup>2)</sup> Bundesanzeiger Nr. 78 S. 1. — <sup>3)</sup> BGBl. I S. 522.

(4) In den Ländern Berlin, Bremen und Hamburg sowie in kreisfreien Städten und in Städten über 50 000 Einwohner findet die allgemeine Viehzählung nur alle zwei Jahre, zuerst 1957, statt, Zwischenzählungen fallen weg.

## § 2

Die Ergebnisse der Zählungen im Juni und Dezember werden alle zwei Jahre, zuerst 1956, in den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein repräsentativ nachgeprüft. Die Nachprüfungen erstrecken sich auf die Bestände und Bestandsveränderungen an Rindvieh und Schweinen. Wenn die Zählung im Juni nicht repräsentativ durchgeführt worden ist, werden die Ergebnisse der Zählung im September nachgeprüft; diese Nachprüfung erstreckt sich auf die Bestände und Bestandsveränderungen an Schweinen.

## § 3

Bei den Zählungen und Nachprüfungen werden die Bestände aller oder einzelner Tierarten nach Alter, Geschlecht und Nutzungszweck aufgegliedert.

## § 4

(1) Die Zählungen und Nachprüfungen erfassen die Bestände, die sich am Erhebungstag im unmittelbaren Besitz des Viehhalters befinden, ohne Rücksicht auf das Eigentum oder die sonstigen Rechtsgründe des Besitzverhältnisses.

(2) Auskunftspflichtig ist der Viehhalter; ist er verhindert, so sind seine mit der Viehhaltung befaßten Familienmitglieder und Betriebsangehörigen auskunftspflichtig.

## § 5

(1) Den Zählern ist das Betreten von Grundstücken, Ställen und ähnlichen Räumen, in denen Vieh gehalten wird oder gehalten werden kann, zu gestatten.

(2) Anordnungen der Veterinärbehörden, die den Personenverkehr beschränken, gelten auch für die Zähler. Die Auskunftspflichtigen haben die Zähler auf bestehende Anordnungen hinzuweisen.

(3) Den Zählern stehen die mit der Prüfung der Ergebnisse beauftragten Personen gleich.

## § 6

Die Einzelangaben der Viehhalter und die Feststellungen bei der allgemeinen Viehzählung und bei der Zwischenzählung im Juni dürfen für behördliche Maßnahmen zur Durchführung des Tierzuchtgesetzes und des Viehseuchengesetzes, für die Berechnung der Beiträge zu den öffentlichen Viehseuchenentschädigungskassen und für die Berechnung der öffentlichen Dasselbekämpfungsgebühren durch die zuständigen Behörden oder die von ihnen beauftragten Stellen verwendet werden.

## § 7

(1) Ordnungswidrig handelt, wer sich den Vorschriften des § 5 Abs. 1 zuwider weigert, den Zählern oder Prüfern das Betreten der Ställe oder anderer Örtlichkeiten zu gestatten.

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße geahndet werden.

## § 8

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

## § 9

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft. Gleichzeitig tritt das Gesetz über Viehzählungen vom 31. Oktober 1938 (Reichsgesetzbl. I S. 1532) in der Fassung des Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Gesetzes über Viehzählungen vom 2. August 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 481) außer Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 18. Juni 1956.

Der Bundespräsident

Theodor Heuss

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers

Blücher

Der Bundesminister

für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Lübke

## Begründung<sup>1)</sup>

Zu den wichtigsten statistischen Erhebungen auf dem Gebiete der Ernährung und Landwirtschaft gehört seit Jahrzehnten die Viehzählung. Ihre Ergebnisse bilden eine bedeutende Grundlage für agrarpolitische Maßnahmen des Bundes und der Länder. Sie werden vor allem ständig für die folgenden Zwecke benötigt:

Aufstellung des jährlichen Versorgungsplanes für Vieh und Fleisch nach § 2 des Gesetzes über den Verkehr mit Vieh und Fleisch vom 25. April 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 272),

Aufstellung von Prognosen über die weitere Entwicklung der Viehbestände und Versorgung des Marktes mit Schlachtvieh,

Feststellung des Einfuhrbedarfs an Futtermitteln,

Erstellung einer Milcherzeugungsstatistik,

Durchführung volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen und Feststellung der Nahrungsmittelproduktion,

Beratung der Landwirtschaft, besonders im Hinblick auf Fragen der Zucht- und Nutzungsrichtung und des Umfanges der Viehhaltung.

Die bisherige Rechtsgrundlage der Viehzählungen bildete das Gesetz über Viehzählungen vom 31. Oktober 1938 (Reichsgesetzbl. I S. 1532), das in seinen Bestimmungen über Auskunftspflicht und Strafen durch das Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Gesetzes über Viehzählungen vom 2. August 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 481) geändert worden ist.

Um das Gesetz dem Grundgesetz anzupassen und einige sachliche Änderungen anzubringen, legte die Bundesregierung den gesetzgebenden Körperschaften im Jahr 1952 den Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Gesetzes über Viehzählungen vor. Auf die Begründung dieses Entwurfs und die Stellungnahme zu den Änderungsvorschlägen des Bundesrates im ersten Durchgang (Bundestags-Drucksache Nr. 3971 der 1. Wahlperiode) wird Bezug genommen.

Der Bundestag hat das Gesetz in seiner 237. Sitzung am 25. März 1953 mit einer Reihe von Änderungen beschlossen, und der Bundesrat hat dem Gesetz — in der Folge» Gesetzesbeschluß 1953« genannt — in seiner 105. Sitzung am 24. April 1953 zugestimmt.

Der endgültige Wortlaut ist in der Bundesrats-Drucksache Nr. 159/53 mit Ergänzung zusammengestellt.

Die Bundesregierung hat dem Gesetzesbeschluß 1953 die nach Art. 113 GG erforderliche Zustimmung wegen der in § 7 a (Art. I

<sup>1)</sup> Bundestagsdrucksache Nr. 2102 vom 15. Februar 1956 (siehe Vorbemerkung auf S. 156 oben).

Nr. 11) vorgesehenen Vorschrift über die Kostentragung versagt (vgl. Bundestags-Drucksache 857 der 2. Wahlperiode).

Das Bedürfnis für eine Reform des geltenden Rechts wird durch das inzwischen ergangene Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1314) noch verstärkt, denn Sinn und Zweck dieses Gesetzes ist es unter anderem, für alle Bundesstatistiken gemeinsame Grundvorschriften zu schaffen. Dadurch ist eine wesentliche Vereinfachung gegeben, die auch für die Zukunft eine übersichtlichere Gestaltung des gesamten Rechts der Statistik verspricht.

Durch das StatGes sind eine Reihe von Vorschriften des bisherigen Gesetzes über Viehzählungen, die auch noch im Gesetzesbeschluß 1953 vorgesehen waren, überflüssig geworden. Dies gilt vor allem für die Ermächtigung zum Erlaß von ergänzenden Erhebungen, für die Vorbereitung und Durchführung der einzelnen Zählungen, für die Kostenverteilung sowie für die Geheimhaltungen und die Strafvorschriften.

Da nach dem letzten Stand eine Änderung fast aller bisherigen Vorschriften erforderlich wäre, legt die Bundesregierung zur Vereinfachung ein neues Gesetz unter der Überschrift »Viehzählungsgesetz« vor.

Für die einzelnen Bestimmungen des Entwurfs gilt folgendes:

§ 1 legt Zeitpunkt, Art, Umfang und Gegenstand der einzelnen Zählungen fest.

Die Viehzählungen sollen — wie bisher — Anfang Dezember jedes Jahres als allgemeine Viehzählung und am Anfang der Monate März, Juni und September als Viehzwischenzählungen durchgeführt werden.

Die allgemeine Viehzählung wird jetzt auf die Bestände an Rindvieh, Pferden, Schweinen, Schafen, Ziegen, Federvieh und Bienenvölkern beschränkt. Die noch im Gesetzesbeschluß 1953 im vierjährigen Turnus vorgesehenen Zählungen von Maultieren, Mauleseln, Eseln, Kaninchen und Edelpelztieren sind nicht mehr erwähnt, weil die Bundesregierung in einzelnen Jahren durch besondere Rechtsverordnungen auf Grund des § 6 Abs. 2 StatGes ergänzende Erhebungen anordnen kann. Das gleiche gilt für die im Gesetzesbeschluß 1953 vorgesehenen Erhebungen über die Rassen des gezählten Viehs und über die Ausrüstung viehhaltender Betriebe mit Einrichtungen, die der Viehwirtschaft dienen.

Neben den Beständen der genannten Viehgattungen soll bei der allgemeinen Viehzählung jetzt auch die landwirtschaftliche Nutzfläche der Halter von Schweinen und Hühnern erfragt werden, um eine Abgrenzung der landwirtschaftlichen und der gewerblichen Schweine- und Hühnerhaltung zu ermöglichen und damit die Entwicklung der Erzeugung in den beiden Betriebsformen und ihre Auswirkung auf das Marktgeschehen besser beobachten zu können. Außerdem ist die Trennung dieser beiden Bereiche für die sich aus dem Landwirtschaftsgesetz ergebenden Arbeiten von Bedeutung; sie werden auch eine genauere Berechnung des Anteils der Landwirtschaft am Sozialprodukt ermöglichen.

Die Zwischenzählungen sollen bei Schweinen wie bisher dreimal jährlich und bei Rindvieh und Schafen einmal im Juni durchgeführt werden. Auf die Zwischenzählungen des Rindviehs im März und September kann gegenüber dem Gesetzesbeschluß 1953 verzichtet werden. Dagegen sollen auf Wunsch einiger Länder die Schafe weiterhin auch im Juni gezählt werden. Dies erscheint begründet, weil die Schafe im Sommer vollständiger erfaßt werden können; einmal befinden sich dann die Wanderschafherden an ihren Heimatstandorten, und zum anderen können auch die Mastlämmer einbezogen werden, die nach der letzten allgemeinen Zählung geboren worden sind und vor der nächsten allgemeinen Zählung in der Regel bereits geschlachtet werden.

Die Zwischenzählungen im März und September sollen zur Verbilligung und zur Entlastung der Gemeindeverwaltungen von vornherein nur nach dem repräsentativen Verfahren durch-

geführt werden. Für die Junizählung wird eine gleiche Beschränkung angestrebt, die Vorbereitungen hierzu sind jedoch noch nicht abgeschlossen. Der Entwurf läßt deshalb einen Übergang auf Repräsentativerhebungen offen.

Eine weitere Einschränkung des Umfangs der Viehzählungen bringt der Entwurf in dem Verzicht auf die Durchführung von Zwischenzählungen in den Ländern Berlin, Bremen und Hamburg sowie in kreisfreien Städten und in Städten über 50 000 Einwohner. Hier soll auch die allgemeine Viehzählung nur alle zwei Jahre — erstmals 1957 — stattfinden.

§ 2 sieht in zweijährigen Abständen repräsentative Nachprüfungen der Ergebnisse der Schweine- und Rindviehzählungen in den Monaten Juni und Dezember — erstmals 1956 — in den meisten Bundesländern vor. Solche Nachprüfungen wurden schon früher von einigen Ländern durchgeführt und auf Bundesebene erstmals für die Zählungen im Dezember 1954 sowie im März, Juni und September 1955 durch die Verordnung über Nachkontrollen der Viehzählung vom 18. November 1954 (BAnz. Nr. 224 vom 20. November 1954) angeordnet. Sie sind auch künftig nicht zu entbehren, weil die Zuverlässigkeit der Angaben festgestellt und die Ergebnisse der ständig abweichenden totalen und repräsentativen Zählungen mit Hilfe der Ergebnisse der Nachprüfungen vergleichbar gemacht werden müssen. Solange im Juni totale Zwischenzählungen stattfinden, soll auf die Nachprüfung bei Rindern verzichtet werden; bei Schweinen wird die Nachprüfung in diesem Falle erst bei der — stets repräsentativen — Zwischenzählung im September durchgeführt.

§ 3 sieht eine Aufgliederung der Viehbestände bei den Zählungen und Nachprüfungen nach Alter, Geschlecht und Nutzungszweck bei den einzelnen Tierarten vor.

§ 4 regelt die Auskunftspflicht nach § 10 StatGes. Sie beschränkt sich — wie schon der Gesetzesbeschluß 1953 — auf die Viehhalter und ihre mit der Viehhaltung befaßten Familienmitglieder und Betriebsangehörigen. Klargestellt wird außerdem, daß stets die Bestände zu erfassen sind, welche sich am Erhebungstag tatsächlich beim Viehhalter befinden. Damit kommt es nicht auf das Rechtsverhältnis an, vermöge dessen der Viehhalter das Vieh besitzt. Hierdurch wird die Tätigkeit der Zähler — entsprechend der bisherigen Übung — auf die Feststellung der Tatsachen beschränkt.

§ 5: Wie im Gesetzesbeschluß 1953 ist den Zählern und den mit der Prüfung der Ergebnisse beauftragten Personen das Betreten von Grundstücken und ähnlichen Räumen, in denen Vieh gehalten wird oder gehalten werden kann, zu gestatten. § 5 Abs. 2 entspricht dem bisherigen § 6 Abs. 3.

§ 6 zählt die einzelnen Zwecke auf, für welche die Einzelangaben der Viehhalter bei der allgemeinen Viehzählung verwendet werden dürfen. Gegenüber dem Gesetzesbeschluß 1953 wird auf eine Verwendung der Einzelangaben, die bei den Zwischenzählungen und Nachprüfungen nach § 2 anfallen, verzichtet.

§ 7: Nach § 14 StatGes begeht eine Ordnungswidrigkeit, wer vorsätzlich oder fahrlässig Auskünfte, zu denen er verpflichtet ist, ganz oder teilweise verweigert oder nicht rechtzeitig erteilt oder unvollständige Angaben macht. Diese Vorschrift bedarf einer Ergänzung für die Fälle, in denen sich der Verpflichtete § 5 Abs. 1 zuwider weigert, den Zählern oder Prüfern das Betreten der Ställe und anderer Örtlichkeiten zu gestatten.

§ 8 enthält die übliche Berlin-Klausel.

§ 9 regelt das Inkrafttreten des Gesetzes und das gleichzeitige Außerkrafttreten der bisherigen Vorschriften.

Der Interministerielle Ausschuß für Koordinierung und Rationalisierung der Statistik hat die Erhebungen entsprechend dem vorliegenden Gesetzentwurf einstimmig gebilligt (Dringlichkeitsstufe I).

# Gesetz zur Änderung des Viehzählungsgesetzes

Vom 3. Dezember 1958<sup>1)</sup>

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

## Artikel 1

Das Viehzählungsgesetz vom 18. Juni 1956 (Bundesgesetzbl. I S. 522) wird wie folgt geändert:

1. § 2 erhält folgende neue Fassung:

### § 2

Die Ergebnisse der Zählungen im Juni und Dezember werden alle zwei Jahre, zuerst 1956, in den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein repräsentativ nachgeprüft. Die Nachprüfungen erstrecken sich auf die Bestände und Bestandsveränderungen an Schweinen, bei der Zählung im Dezember auch an Rindvieh. Wenn die Zählung im Juni nicht repräsentativ durchgeführt worden ist, werden die Ergebnisse der Zählung im September nachgeprüft.

2. Hinter § 7 wird folgender neuer § 7a eingefügt:

### § 7a

Die Befugnis der Bundesregierung, Rechtsverordnungen nach § 6 Abs. 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1314) zu erlassen, bleibt unberührt.

## Artikel 2

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

## Artikel 3

Dieses Gesetz gilt nicht im Saarland.

## Artikel 4

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Bonn, den 3. Dezember 1958.

Der Bundespräsident  
Theodor Heuss

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers  
Ludwig Erhard

Der Bundesminister  
für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten  
Lübke

## Begründung<sup>2)</sup>

Das Viehzählungsgesetz vom 18. Juni 1956 (BGBl. I S. 522) enthält, wie seine Entstehungsgeschichte — insbesondere die amtliche Begründung des Regierungsentwurfs (Drucksache 2102 der 2. Wahlperiode) — ergibt, ein Mindestprogramm, durch das die im Zeitpunkt der Gesetzgebung als notwendig erkannten Dauererhebungen nach § 6 Abs. 1 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. September 1953 in der Fassung des Gesetzes vom 15. Juli (BGBl. I S. 721) angeordnet worden sind. Dabei sollte die Ermächtigung der Bundesregierung unberührt bleiben, ergänzende Erhebungen unter den besonderen Voraussetzungen des § 6 Abs. 2 StatGes auf dem Gebiete der Viehzählung durch Rechtsverordnung anzuordnen. Auf diese Befugnis der Bundesregierung wurde in der amtlichen Begründung zum Viehzählungsgesetz mehrfach hingewiesen, ohne daß hiergegen im Gesetzgebungsverfahren Widersprüche erhoben worden sind.

Inzwischen hat der Bundesrat in seiner 185. Sitzung am 29. November 1957 seine Zustimmung zu einer Verordnung der Bundesregierung über — zeitlich begrenzte — Nachprüfungen der Viehzählung (BR-Drucksache Nr. 303/57) außerhalb der bereits in § 2 des Viehzählungsgesetzes vorgesehenen Nachprüfun-

gen unter anderem mit der Begründung abgelehnt, im Viehzählungsgesetz sei keine Ermächtigung zur Erweiterung der Nachkontrollen ausgesprochen. Unter diesen Umständen sei es nicht möglich, die Ermächtigung hierzu aus dem StatGes herzuleiten (BR-Drucksache Nr. 303/57 — Beschluß).

Die Bundesregierung bleibt demgegenüber bei ihrer bisherigen Rechtsauffassung. Sie kann auch auf einen Gebrauch der Ermächtigung des § 6 Abs. 2 StatGes neben dem Viehzählungsgesetz nicht verzichten, wenn sie weiterhin die Gesetze über statistische Einzelerhebungen von sog. Vorratsermächtigungen freihalten will. Es erscheint deshalb notwendig, die Rechtslage durch Ergänzung des Viehzählungsgesetzes im Sinne des Artikels 1 klarzustellen.

Artikel 2 enthält die übliche Berlin-Klausel.

Artikel 3 nimmt das Saarland von dem Gesetz aus, da auch das Viehzählungsgesetz noch nicht auf das Saarland erstreckt ist.

Das Gesetz soll am Tage nach seiner Verkündung in Kraft treten (Artikel 4).

# Gesetz über eine Schlachtgewichtsstatistik

Vom 21. Juli 1960<sup>3)</sup>

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

## § 1

Über die Lebendgewichte und Schlachtgewichte der Rinder, Kälber, Schweine und Schafe für gewerbliche Schlachtungen wird eine Bundesstatistik (Schlachtgewichtsstatistik) durchgeführt.

<sup>1)</sup> BGBl. I S. 897. — <sup>2)</sup> Bundestagsdrucksache Nr. 298 vom 21. März 1958 (siehe Vorbemerkung auf S. 156 oben. — <sup>3)</sup> BGBl. I S. 588.

## § 2

(1) Lebendgewicht im Sinne dieses Gesetzes ist das nach § 8 des Vieh- und Fleischgesetzes vom 25. April 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 272) ermittelte Gewicht.

(2) Schlachtgewicht im Sinne dieses Gesetzes ist das Gewicht des geschlachteten und ausgeweideten Tieres ausschließlich der Haut, des Kopfes vom ersten Halswirbel ab und der im Karpal- oder Tarsalgelenk ausgelösten Gliedmaßen, jedoch einschließlich der Nieren, des Nierenfetts, bei Schweinen auch der Haut, des Kopfes, der Füße und der Flomen.

### § 3

(1) Die Erhebungen über die Lebendgewichte werden auf den Schlachtviehgroßmärkten sowie den Schlachtviehmärkten durchgeführt, für die nach § 15 des Vieh- und Fleischgesetzes die Anwendung der Vorschriften über Marktschlußscheine und über amtliche Notierung angeordnet ist.

(2) Die Erhebungen erfassen monatlich das Gesamtlebendgewicht und die Stückzahl der auf den in Absatz 1 bezeichneten Märkten aufgetriebenen Rinder, Kälber, Schweine und Schafe, aufgegliedert nach Handelsklassen.

### § 4

(1) Die Erhebungen über die Schlachtgewichte werden auf Schlachthöfen durchgeführt, denen ein Großmarkt im Sinne des § 3 des Vieh- und Fleischgesetzes angeschlossen ist. Befinden sich in einem Land mehrere solcher Schlachthöfe, so bestimmt die zuständige Landesbehörde den Schlachthof, auf dem die Erhebung durchgeführt wird.

(2) Die Erhebungen erfassen alle sechs Jahre, beginnend 1960, in drei aufeinanderfolgenden Jahren an einem Schlachttag im Monat September das Lebendgewicht und das Schlachtgewicht der geschlachteten Tiere, und zwar jeweils

- im 1. Jahr bei Rindern,
- im 2. Jahr bei Schweinen,
- im 3. Jahr bei Kälbern und Schafen.

Die Landesregierung kann durch Rechtsverordnung im Benehmen mit dem Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten bestimmen, daß nur ein Teil der geschlachteten Tiere zu erfassen ist, wenn dies für die Erzielung zuverlässiger Ergebnisse ausreicht.

(3) Die Gewichte werden nach Handelsklassen aufgegliedert.

### § 5

(1) Auskunftspflichtig sind die Eigentümer der Schlachttiere zur Zeit der Gewichtsfeststellung sowie die Leiter der Großmärkte, Schlachtviehmärkte und Schlachthöfe.

(2) Die Eigentümer der Schlachttiere sind verpflichtet, den mit der Durchführung der Erhebungen betrauten Personen auf Anforderung die Marktschlußscheine (§ 10 des Vieh- und Fleischgesetzes) vorzulegen.

### § 6

Die Befugnis der Bundesregierung, Rechtsverordnungen nach § 6 Abs. 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1314) zu erlassen, bleibt unberührt.

### § 7

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

### § 8

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 21. Juli 1960.

Der Bundespräsident  
Lübke

Für den Bundeskanzler  
Der Bundesminister für Verkehr  
Seehofer

Der Bundesminister für Ernährung,  
Landwirtschaft und Forsten  
Schwarz

## Begründung<sup>1)</sup>

### I. Allgemeines

Durch die Schlachtgewichtsstatistik werden durchschnittliche Schlachtgewichte von Rindern (Bullen, Ochsen, Kühen, Färsen), Kälbern, Schweinen, Schafen und Pferden ermittelt. Sie werden benötigt zur Berechnung des Fleischanfalls aus inländischer Erzeugung. Dieser ergibt sich aus der Multiplikation der Zahl der geschlachteten Tiere und dem durchschnittlichen Schlachtgewicht je Tier.

Das durchschnittliche Schlachtgewicht wird mit Hilfe feststehender Ausbeutesätze aus dem Lebendgewicht errechnet. Dieses liegt außer bei Pferden bereits auf Grund der nach § 8 des Vieh- und Fleischgesetzes vorgeschriebenen amtlichen Verwiegung vor. Da auch die auf den Schlachtviehmärkten aufgetriebenen Pferde — deren Zahl nur gering ist — üblicherweise verwogen werden, sind für die Schlachtgewichtsstatistik — abgesehen von Verwiegungen zur Überprüfung der Ausbeutesätze (§ 4) — keine besonderen Gewichtsfeststellungen, sondern nur Meldungen erforderlich.

Die für die Berechnung des Fleischanfalls benötigten Zahlen der geschlachteten Tiere werden im Rahmen der Schlachtungsstatistik, einer sogenannten Sekundärstatistik, die bei der Durchführung des Fleischbeschaugesetzes anfällt — vgl. Bekanntmachung vom 2. November 1940 (Reichsministerialbl. S. 433) — festgestellt.

Die Schlachtgewichtsstatistik wird seit 1906 auf Grund freiwilliger Angaben durchgeführt. Für ihre Fortführung bedarf es nach Ablauf der Übergangsfrist gemäß § 16 StatGes in der Fassung des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die

Statistik für Bundeszwecke vom 15. Juli 1957 (BGBl. I S. 721) einer Rechtsgrundlage.

Die laufende Feststellung des Fleischanfalls ist für verschiedene Zwecke unentbehrlich: Wegen der großen Bedeutung der Schlachtvieherzeugung für die Landwirtschaft und wegen der starken jahreszeitlichen Schwankungen ist eine laufende Beobachtung der Erzeugung notwendig, um jederzeit Maßnahmen zur Sicherung des Absatzes von Schlachtvieh und der Versorgung mit Fleisch treffen zu können. Insbesondere muß die Einfuhr möglichst kurzfristig der Nachfrage angepaßt werden können, um Preisschwankungen für Schlachtvieh und Fleisch in engen Grenzen zu halten. Auch für die Aufstellung des Versorgungsplans nach § 2 des Vieh- und Fleischgesetzes ist es erforderlich, die Entwicklung des Fleischanfalls zu kennen. Nach dieser Vorschrift muß jährlich für das kommende Wirtschaftsjahr im Rahmen einer Versorgungsübersicht veranschlagt werden, welche Mengen Vieh und Fleisch aus der inländischen Erzeugung zur Verfügung stehen und welche aus Einfuhren zur Deckung des Bedarfs benötigt werden. Auch diese Versorgungsübersicht muß laufend entsprechend der Marktentwicklung überprüft und gegebenenfalls berichtigt werden.

Außerdem ist die Kenntnis der Fleischerzeugung notwendig für die Berechnung der Nahrungsmittelproduktion und der Verkaufserlöse der Landwirtschaft. Für die zu den genannten Zwecken erforderlichen kurzfristigen Übersichten über die Entwicklung bedarf es einer monatlichen Feststellung des Fleischanfalls und dazu auch der durchschnittlichen Schlachtgewichte.

Aus Ersparnisgründen wird die Statistik nur bei einer beschränkten Zahl von Schlachtviehmärkten durchgeführt.

<sup>1)</sup> Bundestagsdrucksache Nr. 1625 vom 16. Februar 1960 (siehe Vorbemerkung auf S. 156 oben).

## II. Im einzelnen

§ 1 gibt den allgemeinen Gegenstand der Statistik an. Die Erhebungen beschränken sich auf gewerbliche Schlachtungen, da für die Ermittlung durchschnittlicher Schlachtgewichte bei Hausschlachtungen kein Bedürfnis besteht.

In § 2 werden die Begriffe »Lebendgewicht« und »Schlachtgewicht« definiert.

Nach § 3 wird der Umfang der Erhebungen über die Lebendgewichte nach Vieharten und Schlachtviehmärkten abgegrenzt. Um möglichst zuverlässige Ergebnisse zu erhalten, werden die Erhebungen nur an solchen Schlachtviehmärkten durchgeführt, bei denen das Schlachtvieh nach Handelsklassen eingereiht wird. Dies sind nach § 13 des Vieh- und Fleischgesetzes die Großmärkte und nach § 15 des Vieh- und Fleischgesetzes in Verbindung mit § 7 der Schlachtvieh-Handelsklassen- und Notierungsverordnung vom 2. Mai 1951 (BAnz. Nr. 90 vom 12. Mai 1951) diejenigen Schlachtviehmärkte, bei denen die oberste Landesbehörde die Anwendung der Vorschriften über die »amtliche Notierung« angeordnet hat.

Die auf den ausgewählten Märkten festgestellten Lebendgewichte werden in den Statistischen Landesämtern nach Ausbeutesätzen auf Schlachtgewicht umgerechnet. Die so für jede Tierart ermittelten durchschnittlichen Schlachtgewichte werden als repräsentativ für sämtliche Schlachtungen in den Ländern und im Bundesgebiet angesehen und für die Berechnung des Fleischanfalls aus inländischer Erzeugung verwendet.

§ 4: Die derzeit angewandten Ausbeutesätze beruhen auf Feststellungen in der Kriegszeit. Sie bildeten während der Bewirtschaftung die Grundlage für die Bewertung der Schlachttiere bei der Abrechnung. An diesen Ausbeutesätzen wurde daher zunächst unverändert festgehalten. Erst nachdem die Märkte längere Zeit voll beliefert waren und sich im Verbrauch allgemein höhere Ansprüche durchgesetzt hatten und dadurch nach und nach in der Bewertung des Schlachtviehs sowie in seiner Einstufung nach Handelsklassen Verschiebungen eingetreten waren, wurde es erforderlich, die Ausbeutesätze im Hinblick auf etwaige Änderungen zu überprüfen. Obwohl ein solches Bedürfnis bereits in den letzten Jahren bestand, wurde die von Sachverständigen angeregte Überprüfung bis zur Vorbereitung der Rechtsgrundlage für die Schlachtgewichtsstatistik zurückgestellt. Die Ausbeutesätze werden sich in Anpassung der Ausmästung der Tiere an die wechselnde Nachfrage der Verbraucher auch weiterhin ändern. Daher ist eine periodische Überprüfung der Ausbeutesätze vorgesehen. Ein dreijähriger Turnus wird für ausreichend gehalten. Er erscheint erforderlich, um auch bei stärkeren Veränderungen in der Bewertung der Schlachttiere zuverlässige Ausbeutesätze zu gewährleisten.

Für diesen Zweck werden neben den Lebendgewichten auch die Schlachtgewichte — bei Rindern, Kälbern, Schweinen und Schafen nach Handelsklassen unterteilt — an einem Schlachttag festgestellt. Die Feststellung beschränkt sich in jedem Land auf einen Schlachthof, dem ein Schlachtviehgroßmarkt angeschlossen ist. Da ein solcher in Schleswig-Holstein und im Saarland nicht besteht, werden die Erhebungen nach § 4 in diesen Ländern nicht durchgeführt.

Zur Arbeitserleichterung und Kostenersparnis ist außerdem vorgesehen, daß die Gewichtsfeststellung jeweils im ersten Jahr bei Rindern, im zweiten Jahr bei Schweinen und im dritten bei Kälbern, Schafen und Pferden erfolgt. Weiterhin können die Länder im Benehmen mit dem Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten die Gewichtsfeststellungen bis zu dem Umfang einschränken, der die Erzielung zuverlässiger Ergebnisse noch gewährleistet.

§ 5 bestimmt den Kreis der Auskunftspflichtigen und den Umfang ihrer Verpflichtungen.

§ 6: Der vorliegende Gesetzentwurf enthält ein Mindestprogramm, das nur die zur Zeit als notwendig anerkannten Dauererhebungen nach § 6 Abs. 1 StatGes anordnet. § 6 soll klarstellen, daß die Bundesregierung neben den Erhebungen nach diesem Gesetz berechtigt ist, ergänzende Erhebungen durch Rechtsverordnung nach § 6 Abs. 2 StatGes anzuordnen, wenn die besonderen Voraussetzungen der genannten Ermächtigungsvorschrift erfüllt sind. Zur Zeit sind zwar solche ergänzenden Erhebungen nicht in Aussicht genommen. Die vorsorgliche Klarstellung der Rechtslage durch eine besondere Vorschrift ist jedoch notwendig, weil der Bundesrat in seiner 185. Sitzung am 29. November 1957 bei Behandlung der Verordnung über Nachprüfung der Viehzählung (BR-Drucks. Nr. 303/57) im Zusammenhang mit dem Viehzählungsgesetz vom 18. Juni 1956 (BGBl. I S. 522) die Anordnung ergänzender Erhebungen auf Grund von § 6 Abs. 2 StatGes für unzulässig gehalten hat. Entsprechende Vorschriften über eine Ermächtigung der Bundesregierung zum Erlass ergänzender Rechtsverordnungen sind bereits in das Gesetz über Bodennutzungserhebung und Ernteberichterstattung vom 3. Dezember 1958 (BGBl. I S. 895) und in das Gesetz zur Änderung des Viehzählungsgesetzes vom 3. Dezember 1958 (BGBl. I S. 897) aufgenommen worden.

## III. Kosten

Die Schlachtgewichtsstatistik gehört seit langem zum laufenden Arbeitsprogramm des Statistischen Bundesamtes und der Statistischen Landesämter. Die Mittel sind deshalb in den Haushalten von Bund und Ländern bereits enthalten. Zusätzliche Haushaltsmittel werden nicht benötigt.

## Verordnung über eine Milchstatistik

Vom 22. Dezember 1959<sup>1)</sup>

Auf Grund des § 6 Abs. 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1314) verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

### § 1

Über die Erzeugung und Verwendung von Kuhmilch werden Erhebungen und Schätzungen als Bundesstatistik durchgeführt.

### § 2

#### (1) Die Erhebungen erfassen

##### 1. an einem Tag jeden Monats

- a) die Erzeugung von Kuhmilch,
- b) die Verwendung von Kuhmilch durch die Erzeuger,

- c) die Zahl der Kühe und der unter drei Monate alten Kälber,

#### 2. monatlich die Anlieferung von Kuhmilch bei den Milchsammelstellen oder Molkereien.

#### (2) Die Schätzungen erfassen monatlich

1. die Erzeugung von Kuhmilch,
2. die Verwendung von Kuhmilch durch die Erzeuger.

### § 3

Die Erhebungen nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 werden repräsentativ durchgeführt. Der Auswahlatz beträgt im Bundesdurchschnitt bis zu 1 vom Hundert der Betriebe, in denen Kühe gehalten werden.

<sup>1)</sup> Bundesanzeiger Nr. 247 S. 1.

#### § 4

##### (1) Auskunftspflichtig sind

1. für die Erhebungen nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 die Kuhhalter, für Erhebungen nach § 2 Abs. 1 Nr. 2 die Leiter der Milchsammelstellen und der Molkereien,
2. für die Angaben, die den Schätzungen nach § 2 Abs. 2 zugrunde gelegt werden, die Geschäftsführer der Kontrollverbände für Milchleistungsprüfungen.

(2) Die mit der Durchführung dieser Verordnung betrauten Stellen können verlangen, daß ihnen die Angaben schriftlich eingereicht werden.

#### § 5

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbin-

dung mit § 17 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke auch im Land Berlin.

#### § 6

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1960 in Kraft und am 31. Dezember 1962 außer Kraft.

Bonn, den 22. Dezember 1959.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers  
Ludwig Erhard  
Der Bundesminister für Ernährung,  
Landwirtschaft und Forsten  
Schwarz

## Gesetz über eine Fischereistatistik

Vom 21. Juli 1960<sup>1)</sup>

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

#### § 1

Über die Hochsee- und Küstenfischerei sowie über die Fischerei im Bodensee wird eine Bundesstatistik (Fischereistatistik) durchgeführt.

#### § 2

(1) Bei Anlandungen deutscher Hochseefischereifahrzeuge innerhalb des Geltungsbereichs dieses Gesetzes werden für jede Fangreise erfaßt

1. Fangfahrzeug,
2. Fanggerät,
3. Fangreise,
4. Fanggebiet,
5. Fangergebnis,
6. Absatzart,
7. Art der Verarbeitung an Bord.

##### (2) Auskunftspflichtig sind

1. für die Sachverhalte nach Absatz 1 Nr. 1 bis 4 und 7 die Leiter der Fischereibetriebe,
2. für die Sachverhalte nach Absatz 1 Nr. 5 und 6
  - a) die Leiter der Seefischmarktverwaltungen bei Anlandungen auf Seefischmärkten,
  - b) im übrigen die Leiter der Fischereibetriebe.

#### § 3

(1) Bei Anlandungen deutscher Küstenfischereifahrzeuge innerhalb des Geltungsbereichs dieses Gesetzes werden monatlich die in § 2 Abs. 1 Nr. 4 bis 6 bezeichneten Sachverhalte sowie das Anlandegebiet erfaßt.

##### (2) Auskunftspflichtig sind

1. für den Sachverhalt nach § 2 Abs. 1 Nr. 4 und für das Anlandegebiet die Leiter der Fischereibetriebe,
2. für die Sachverhalte nach § 2 Abs. 1 Nr. 5 und 6
  - a) die Leiter der Seefischmarktverwaltungen bei Anlandungen auf Seefischmärkten,
  - b) die Leiter der Fischverwertungsgenossenschaften, Fischgroßhandlungen und Fischverarbeitungsbetriebe für die unmittelbar an diese abgegebenen Fangergebnisse,
  - c) im übrigen die Leiter der Fischereibetriebe.

<sup>1)</sup> BGBl. I S. 589.

#### § 4

(1) Bei Anlandungen deutscher Hochsee- oder Küstenfischereifahrzeuge außerhalb des Geltungsbereichs dieses Gesetzes werden monatlich die in § 2 Abs. 1 Nr. 1 und 3 bis 5 bezeichneten Sachverhalte sowie der Anlandungsort erfaßt.

(2) Auskunftspflichtig sind die Leiter der Fischereibetriebe.

#### § 5

(1) Bei Anlandungen ausländischer Hochsee- oder Küstenfischereifahrzeuge unmittelbar vom Fangplatz aus im Geltungsbereich dieses Gesetzes werden monatlich die in § 2 Abs. 1 Nr. 1, 5 und 6 bezeichneten Sachverhalte erfaßt.

(2) Auskunftspflichtig sind

1. die Leiter der Seefischmarktverwaltungen bei Anlandungen auf Seefischmärkten,
2. im übrigen die Abnehmer der Fangergebnisse.

#### § 6

(1) Bei Anlandungen von Fangergebnissen der Bodenseefischerei im Geltungsbereich dieses Gesetzes werden monatlich die in § 2 Abs. 1 Nr. 4 und 5 bezeichneten Sachverhalte erfaßt.

(2) Auskunftspflichtig sind

1. die Leiter der Fischverwertungsgenossenschaften und Fischhandlungen für die unmittelbar an diese abgegebenen Fangergebnisse, ■
2. im übrigen die Leiter der Fischereibetriebe.

#### § 7

Die Fischereistatistik wird vom Statistischen Bundesamt erhoben und aufbereitet.

#### § 8

(1) In den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein sind Erhebungsstellen durch die Landesregierungen zu bestimmen, soweit der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten nicht Bundesbehörden mit den Erhebungen beauftragt. Juristische Personen des bürgerlichen Rechts können zu Erhebungsstellen bestimmt werden, wenn diese sich hierzu bereit erklären; sie unterliegen insoweit der staatlichen Aufsicht.

(2) Die Erhebungsstellen haben für rechtzeitige und vollständige Abgabe der Meldungen zu sorgen, die eingegangenen Meldungen auf Richtigkeit und Vollständigkeit zu prüfen und, wenn nötig, ihre Ergänzung und Berichtigung zu veranlassen.



## § 9

Die Befugnis der Bundesregierung, Rechtsverordnungen nach § 6 Abs. 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1314) zu erlassen, bleibt unberührt.

## § 10

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin. Rechtsverordnungen, die auf Grund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes.

## § 11

(1) Dieses Gesetz tritt am 1. Oktober 1960 in Kraft.

(2) Gleichzeitig treten außer Kraft

1. das Gesetz über die Statistik der Fischereifangergebnisse vom 6. Juli 1938 (Reichsgesetzbl. I S. 798),
2. die Erste Verordnung zur Durchführung und Ergänzung des Gesetzes über die Statistik der Fischereifangergebnisse vom 15. Juli 1938 (Reichsgesetzbl. I S. 997),

3. die Ausführungsanordnung zur Ersten Verordnung zur Durchführung und Ergänzung des Gesetzes über die Statistik der Fischereifangergebnisse vom 30. Januar 1950 (Bundesanzeiger Nr. 33 vom 16. Februar 1950),
4. die Ausführungsbestimmungen und Ausführungsanweisungen zu der Ersten Verordnung zur Durchführung und Ergänzung des Gesetzes über die Statistik der Fischereifangergebnisse.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 21. Juli 1960.

Der Bundespräsident  
Lübke

Für den Bundeskanzler  
Der Bundesminister für Verkehr  
Seehofer

Der Bundesminister für Ernährung,  
Landwirtschaft und Forsten  
Schwarz

## Begründung<sup>1)</sup>

### I. Allgemeines

Die Fischereistatistik erfaßt die wichtigsten Betriebsergebnisse der Hochsee- und Küstenfischerei sowie der Bodenseefischerei. Sie wird bereits seit 1906 durchgeführt. Als Rechtsgrundlagen bestehen z. Z. das Gesetz über die Statistik der Fischereifangergebnisse vom 6. Juli 1938 (RGBl. I S. 798) und die Erste Verordnung zur Durchführung und Ergänzung des Gesetzes über die Statistik der Fischereifangergebnisse vom 15. Juli 1938 (RGBl. I S. 997). Auf Grund dieser Verordnung sind folgende Vorschriften erlassen worden:

Erste Ausführungsanweisung vom 2. Dezember 1938 (Reichsanzeiger Nr. 282 vom 3. Dezember 1938);

Zweite Ausführungsanweisung vom 14. Januar 1939 (Reichsanzeiger Nr. 25 vom 30. Januar 1939);

Dritte Ausführungsanweisung vom 17. März 1941 (Reichsanzeiger Nr. 65 vom 18. März 1941);

Ausführungsbestimmungen

vom 27. Januar 1939 (Reichsanzeiger Nr. 25 vom 30. Januar 1939),

vom 6. Juli 1939 (Reichsanzeiger Nr. 163 vom 18. Juli 1939),

vom 19. November 1940 (Reichsanzeiger Nr. 275 vom 22. November 1940);

Ausführungsanordnung vom 30. Januar 1950 (Bundesanzeiger Nr. 33 vom 16. Februar 1950).

Diese Vorschriften sind teilweise aufgehoben oder durch neuere Regelungen ersetzt worden. Ein Teil der dort vorgesehenen Erhebungen, insbesondere die Erhebungen über die Binnenfischerei — mit Ausnahme der Bodenseefischerei —, wird nicht mehr als Bundesstatistik durchgeführt. Soweit die Bestimmungen noch fortgelten, entsprechen sie in mancher Hinsicht nicht mehr den heutigen staatsrechtlichen Anschauungen. Es ist daher erforderlich, die Rechtsgrundlagen für die Fischereistatistik zu erneuern und dabei an das System des StatGes anzupassen.

Die Statistik soll, abgesehen von einigen Vereinfachungen, im derzeitigen Umfang weitergeführt werden. Ihre Notwendigkeit ergibt sich aus der Bedeutung der Fischwirtschaft in der Gesamtwirtschaft der Bundesrepublik und insbesondere der Küstenländer. Unter den Fischereinationen steht die Bundesrepublik in der Welt an 9., in Europa an 3. Stelle. Die internationale Fischereientwicklung ist gekennzeichnet durch eine

laufende Ausweitung der Fanggebiete in den Weltmeeren. Hieraus ergibt sich eine ständig zunehmende internationale Verflechtung der Belange aller Fischereinationen.

Die Fischereistatistik auf dem Gebiet der Seefischerei hat demzufolge die Aufgabe, für folgende Zwecke Unterlagen zu liefern:

1. Maßnahmen auf Grund des Fischgesetzes vom 31. August 1955 (BGBl. I S. 567), insbesondere Versorgungsplan, Liefervereinbarungen, Einfuhrbeschränkungen,
2. meeresbiologische Forschung über die Erschließung und Nutzung lohnender Fanggebiete,
3. Interessenabstimmung im internationalen Bereich,
4. Rationalisierung zur Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit.

Für die unter Nr. 1 bis 3 angegebenen Zwecke ist die monatliche Feststellung der Anlandungen notwendig. Da die Fischerei überwiegend von unberechenbaren Naturfaktoren abhängig ist (z. B. Witterung, wechselnde Standorte und Größe der Fischschwärme), kann weder auf Grund zurückliegender Erfahrungen noch durch die jeweilige Einsatzplanung der Fischereiboote ein Überblick über die zu erwartenden Anlandungen gewonnen werden. Für den angestrebten jahreszeitlichen Mengenausgleich und die Marktstützung im Rahmen des Fischgesetzes, durch welche diese Unsicherheiten und Schwierigkeiten ausgeglichen werden sollen, sind daher kurzfristige Regulierungen notwendig. Sie sind nur möglich, wenn ein genauer Überblick über die jeweils zur Verfügung stehenden Gesamtfänge besteht.

Monatliche Erhebungsergebnisse werden außerdem für verschiedene internationale Organisationen benötigt, an denen die Bundesrepublik beteiligt ist (z. B. Internationales Übereinkommen über die Fischerei im Nordwestatlantik, Internationaler Rat für Meeresforschung). Sie dienen dort als Grundlage für Entscheidungen über Maßnahmen zur Erhaltung der Fischbestände.

Für die Bodenseefischerei bestehen internationale Verpflichtungen für gemeinsame Fischereiförderungsmaßnahmen auf Grund der »Übereinkunft zwischen Baden, Bayern, Liechtenstein, Österreich, der Schweiz und Württemberg betreffend die Anwendung gleichartiger Bestimmungen für die Fischerei im Bodensee vom 5. Juli 1893 — Bregenzer Abkommen —« (veröffentlicht im Badischen Gesetz- und Verordnungsbl. 1894 S. 135). Für die Durchführung dieser Förderungsmaßnahmen ist eine monatliche Fischereistatistik unerlässlich. Sie wird daher seit Jahrzehnten in allen Anliegerstaaten durchgeführt.

<sup>1)</sup> Bundestagsdrucksache Nr. 1626 vom 16. Februar 1960 (siehe Vorbemerkung auf S. 156 oben).

## II. Im einzelnen

### § 1

gibt den allgemeinen Gegenstand der Statistik an.

### Zu §§ 2 bis 6

Die §§ 2 und 3 behandeln die Erfassung der Anlandungen der Hochsee- und Küstenfischerei im Bundesgebiet, während § 4 entsprechende Bestimmungen für die Auslandsanlandungen deutscher Fahrzeuge enthält. In § 5 werden die Meldungen der ausländischen Seefischereifahrzeuge über die Anlandungen im Bundesgebiet geregelt. § 6 betrifft die Erfassung der Bodenseefischerei. In allen Paragraphen ist der Umfang der Fischereistatistik durch Angabe der zu erfassenden Tatbestände abgegrenzt und jeweils der Kreis der Auskunftspflichtigen festgelegt.

### Zu § 7

Die Fischereistatistik wird aus sachlichen und methodischen Gründen zweckmäßig zentral aufbereitet. Eine Zwischenaufbereitung in den betroffenen Ländern wäre bei der geringen Zahl der Erhebungsstellen je Land wenig rationell. Daher wird die Fischereistatistik bereits seit ihrer Einführung im Jahre 1906 zentral durchgeführt. Diese Art der Durchführung soll beibehalten werden.

### Zu § 8

Zur Vereinfachung des Erhebungsverfahrens sollen die Erhebungen dort, wo die Anlandungen über zentrale Absatzeinrichtungen (z. B. Seefischmarktgesellschaften, Fischereigenossenschaften) verkauft werden oder sonstige örtliche Stellen für die Erfassung der Fänge zur Verfügung stehen, auch künftig durch sogenannte Erhebungsstellen erfolgen. Dieses Verfahren hat sich bereits seit langem bewährt. Die für die zentrale Erfassung der

Fangergebnisse geeigneten örtlichen Stellen können mit ihrer Zustimmung vom Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten durch Rechtsverordnung zu Erhebungsstellen bestimmt werden.

### Zu § 9

Der vorliegende Gesetzentwurf enthält ein Mindestprogramm, das nur die z. Z. als notwendig anerkannten Dauererhebungen nach § 6 Abs. 1 StatGes anordnet. § 9 soll klarstellen, daß die Bundesregierung neben den Erhebungen nach diesem Gesetz berechtigt ist, ergänzende Erhebungen durch Rechtsverordnung nach § 6 Abs. 2 StatGes anzuordnen, wenn die besonderen Voraussetzungen der genannten Ermächtigungsvorschrift erfüllt sind. Zur Zeit sind zwar solche Erhebungen nicht in Aussicht genommen. Die vorsorgliche Klarstellung der Rechtslage durch eine besondere Vorschrift ist jedoch notwendig, weil der Bundesrat in seiner 185. Sitzung am 29. November 1957 bei Behandlung der Verordnung über Nachprüfungen der Viehzählung (BR-Drucks. Nr. 303/57) im Zusammenhang mit dem Viehzählungsgesetz vom 18. Juni 1956 (BGBl. I S. 522) die Anordnung ergänzender Erhebungen auf Grund von § 6 Abs. 2 StatGes für unzulässig gehalten hat. Entsprechende Vorschriften über eine Ermächtigung der Bundesregierung zum Erlass ergänzender Rechtsverordnungen sind bereits in das Gesetz über Bodennutzungserhebung und Ernteberichterstattung vom 3. Dezember 1958 (BGBl. I S. 895) und in das Gesetz zur Änderung des Viehzählungsgesetzes vom 3. Dezember 1958 (BGBl. I S. 897) aufgenommen worden.

## III. Kosten

Die Fischereistatistik gehört seit langem zum laufenden Arbeitsprogramm des Statistischen Bundesamtes. Die Mittel sind deshalb im Haushalt bereits enthalten. Zusätzliche Haushaltsmittel werden nicht benötigt.

### Auszugsweiser Abdruck:

## Gesetz über Maßnahmen auf dem Gebiete der Weinwirtschaft

Vom 29. August 1961<sup>1)</sup>

### § 4

#### Meldepflicht

(1) Weinbaubetriebe und Betriebe, die gewerbsmäßig Wein be- oder verarbeiten, lagern oder handeln, einschließlich der Betriebe von Winzergenossenschaften, sind verpflichtet, zu festzusetzenden Stichtagen ihre Bestände an Traubenmaische, Traubenmost mit Ausnahme von Traubensaft, der zum unmittelbaren Genuß bestimmt ist, sowie Wein in- und ausländischer Erzeugung zu melden. Dies gilt nicht für Gaststätten und Einzelhandelsbetriebe, sofern sie keinen eigenen Kellereibetrieb haben.

(2) Der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (Bundesminister) bestimmt durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates, welchen Stellen, zu welchen Terminen, mit welchem Inhalt und in welcher Form die Meldungen nach Absatz 1 zu erstatten sind, ferner, von welchen Stellen und in welcher Weise die Meldungen auszuwerten sind.

### § 5

#### Bestands- und Einfuhrübersicht

Der Bundesminister stellt im Dezember jedes Jahres fest, welche Mengen an Wein inländischer Erzeugung zur Verfügung stehen und welche Mengen an Auslandsweinen unter Berücksichtigung zwischenstaatlicher Verpflichtungen für das folgende Kalenderjahr eingeführt werden können. Der Stabilisierungsfonds für Wein ist anzuhören.

<sup>1)</sup> BGBl. I S. 1622.

### § 6

#### Auskunftspflicht

(1) Soweit es erforderlich ist, um die Erfüllung der Meldepflicht nach § 4 zu überwachen, können die von der Landesregierung bestimmten Behörden

1. von den meldepflichtigen Betrieben Auskunft über die meldepflichtigen Tatbestände verlangen;
2. bei den meldepflichtigen Betrieben innerhalb der üblichen Geschäftszeiten die schriftlichen Unterlagen einsehen und prüfen.

(2) Die Inhaber der Betriebe oder deren Vertreter sind verpflichtet, die verlangten Auskünfte zu erteilen, die Geschäftsunterlagen vorzulegen und ihre Prüfung sowie das Betreten von Geschäftsräumen und Grundstücken zu dulden.

(3) Verwaltungsangehörige, die von der zuständigen Behörde beauftragt worden sind, Auskünfte zu verlangen, geschäftliche Unterlagen einzusehen oder zu prüfen, dürfen die Räume und Grundstücke der Betriebe betreten. Das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13 des Grundgesetzes) wird insoweit eingeschränkt.

(4) Der zur Erteilung einer Auskunft Verpflichtete kann die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung ihn selbst oder einen der in § 383 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 der Zivilprozeßordnung bezeichneten Angehörigen der Gefahr strafrechtlicher Verfolgung oder eines Verfahrens nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten aussetzen würde.

**Geheimhaltungspflicht**

(1) Die mit der Entgegennahme und Auswertung von Meldungen nach § 4 und mit der Überwachung der Erfüllung der Meldepflichten nach § 6 beauftragten Verwaltungsangehörigen dürfen fremde Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse, die ihnen bei ihrer Tätigkeit auf Grund dieses Gesetzes bekanntgeworden sind, nicht unbefugt offenbaren oder verwerten, auch wenn sie nicht mehr im Dienst sind oder wenn ihre Tätigkeit beendet ist. Dies gilt auch für andere Personen, die durch dienstliche Be-

richterstattung von den in Satz 1 bezeichneten Tatsachen Kenntnisse erhalten.

(2) Die durch Auskünfte und Maßnahmen nach § 6 erlangten Kenntnisse und Unterlagen dürfen nicht für ein Besteuerungsverfahren einschl. eines Steuerstrafverfahrens oder ein Verfahren wegen Devisenzuwerhandlungen verwendet werden. Die Vorschriften der §§ 175, 179, 188 Abs. 1 und des § 189 der Reichsabgabenordnung vom 22. Mai 1931 (Reichsgesetzbl. I S. 186) über Beistands- und Anzeigepflichten gegenüber den Finanzämtern gelten insoweit nicht.

**Verordnung Nr. 24****über die schrittweise Errichtung einer gemeinsamen Marktorganisation für Wein<sup>1)</sup>**

Der Rat der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft —  
gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere auf Artikel 43;  
auf Vorschlag der Kommission;  
nach Anhörung des Europäischen Parlaments;  
in Erwägung nachstehender Gründe:

Mit dem Funktionieren und der Entwicklung des Gemeinsamen Marktes für landwirtschaftliche Erzeugnisse muß die Gestaltung einer gemeinsamen Agrarpolitik Hand in Hand gehen, die vor allem eine gemeinsame Organisation der Agrarmärkte für die einzelnen Erzeugnisse umfassen muß.

Die von den einzelnen Mitgliedstaaten in ihrem Staatsgebiet verfolgte Weinpolitik ist jeweils sehr unterschiedlich; unabhängig von der eingeschlagenen Politik sind ständige Überschüsse die Ursache für ernsthafte Schwierigkeiten in der Weinwirtschaft bestimmter Erzeugerländer.

Der Erlös aus der Weinerzeugung bildet einen wesentlichen Bestandteil des landwirtschaftlichen Einkommens; die gemeinsame Marktorganisation muß durch Anpassung der Versorgung an den Bedarf auf eine Stabilisierung der Märkte und der Preise abzielen, wobei insbesondere von einer Politik der Qualitätsförderung auszugehen ist.

Damit die zur Durchführung dieser Anpassung erforderlichen Maßnahmen getroffen werden können, sind die Kenntnis der Produktionsmöglichkeiten und eine jährliche Schätzung des Umfangs der verfügbaren Traubenmost- und Weinmengen erforderlich.

Die Einrichtung und Führung eines Weinbaukatasters, die Einführung einer Pflicht zur Meldung der Ernteerträge und Bestände sowie die Aufstellung einer jährlichen Vorbilanz sollen die für die Marktkennntnis unerlässlichen statistischen Angaben erbringen.

Die Einzelheiten zur Durchführung dieser Maßnahmen sind so festzulegen, daß die Angaben innerhalb der Gemeinschaft miteinander vergleichbar sind, wobei die besonderen Gegebenheiten in jedem Mitgliedstaat zu berücksichtigen sind.

Es entspricht der Politik der Qualitätsförderung, daß die Merkmale festgelegt werden, die ein Qualitätswein bestimmter Anbaubereiche aufweisen muß.

Um die Durchführung der in Aussicht genommenen Maßnahmen zu erleichtern, ist ein Verfahren vorzusehen, durch das im Rahmen eines Verwaltungsausschusses eine enge Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und der Kommission herbeigeführt wird. —

hat folgende Verordnung erlassen:

**Artikel 1**

Die Mitgliedstaaten richten bis zum 30. Juni 1963 ein Weinbaukataster ein, das auf dem laufenden gehalten wird.

Dieses Kataster beruht auf der allgemeinen Erfassung des Weinbaubereichs und enthält mindestens folgende Angaben:

- a) die gesamte beplante Rebfläche,
- b) die beplante Rebfläche nach Art der Erzeugung,

- c) die Bewirtschaftungsform der Betriebe,
- d) die Aufteilung der Weinbaubetriebe nach der Anbaufläche,
- e) die Aufteilung der Rebflächen nach dem Alter der Rebstöcke,
- f) die Rebsorten nach Anbaujahren.

**Artikel 2**

1. Jedes Jahr, zum ersten Mal im Jahre 1962, melden

- a) die Traubenmost- und Weinerzeuger die von ihnen in dem betreffenden Jahr erzeugten Mengen;
- b) die Traubenmost- und Weinerzeuger sowie der Handel, mit Ausnahme des Einzelhandels, ihre Most- und Weinbestände, gleichviel ob diese aus der Ernte des laufenden Jahres oder aus vorangegangenen Ernten stammen. Aus dritten Ländern eingeführte Traubenmoste und Weine sind gesondert anzugeben.

2. Soweit die Entwicklung der gemeinsamen Weinpolitik nicht erfordert, daß die Bestandsmeldungen vor der Ernte zu einem Zeitpunkt abgegeben werden, der nach dem Verfahren des Artikels 7 festzulegen ist, werden die Ernte- und die Bestandsmeldungen gleichzeitig bis zum 31. Dezember in jedem Mitgliedstaat abgegeben.

3. Diese Bestimmung schließt nicht aus, daß Mitgliedstaaten zwei verschiedene Zeitpunkte für die Bestands- und die Erntemeldungen beibehalten, sofern die Verwendung der Angaben durch die Gemeinschaft auf Grund einer entsprechenden Ergänzung weiterhin möglich bleibt.

**Artikel 3**

Zu Beginn jedes Jahres stellt die Kommission eine Vorbilanz zur Feststellung der verfügbaren Mengen und zur Schätzung des Bedarfs der Gemeinschaft auf, wobei auch die voraussichtlichen Ein- und Ausfuhr aus und nach dritten Ländern zu berücksichtigen sind.

**Artikel 4**

1. Der Rat erläßt bis zum 31. Dezember 1962 nach dem Verfahren des Artikels 43 Absatz (2) des Vertrags eine Gemeinschaftsregelung für Qualitätsweine bestimmter Anbaubereiche.

2. Diese Gemeinschaftsregelung, die den herkömmlichen Produktionsbedingungen Rechnung zu tragen hat, soweit diese die Politik der Qualitätsförderung und die Verwirklichung des Gemeinsamen Marktes nicht beeinträchtigen, stützt sich auf folgende Gesichtspunkte:

- a) Abgrenzung des Anbaubereichs,
- b) Rebsorten,
- c) Anbaumethoden,
- d) Methoden der Weinbereitung,
- e) natürlicher Mindestalkoholgehalt,
- f) Hektarertrag,
- g) Untersuchung und Bewertung der organoleptischen Merkmale.

<sup>1)</sup> Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. 30 S. 989/62 und BGBl. II S. 758.

3. Neben diesen Gesichtspunkten können die Mitgliedstaaten unter Berücksichtigung der ständigen und der Verkehrssitte entsprechenden Gepflogenheiten zusätzliche Produktionsbedingungen und Merkmale für Qualitätsweine bestimmter Anbaugebiete festlegen.

#### Artikel 5

Die Einzelheiten der Anwendung der Artikel 1, 2 und 3 werden nach dem Verfahren des Artikels 7 innerhalb von sechs Monaten nach Inkrafttreten dieser Verordnung festgelegt.

#### Artikel 6

1. Es wird ein Verwaltungsausschuß für Wein — im folgenden »Ausschuß« genannt — aus Vertretern der Mitgliedstaaten unter dem Vorsitz eines Vertreters der Kommission eingesetzt.

2. In diesem Ausschuß werden die Stimmen der Mitgliedstaaten nach Artikel 148 Absatz (2) des Vertrags gewogen. Der Vorsitzende nimmt an der Abstimmung nicht teil.

#### Artikel 7

1. Sehen die Bestimmungen dieser Verordnung ausdrücklich die Anwendung des in diesem Artikel festgelegten Verfahrens vor, so befaßt der Vorsitzende entweder von sich aus oder auf Antrag des Vertreters eines Mitgliedstaates den Ausschuß.

2. Der Vertreter der Kommission unterbreitet einen Entwurf der zu treffenden Maßnahmen. Der Ausschuß nimmt zu diesen Maßnahmen innerhalb einer Frist, die der Vorsitzende entsprechend der Dringlichkeit der zu prüfenden Fragen bestimmen

kann, Stellung. Die Stellungnahme kommt mit einer Mehrheit von zwölf Stimmen zustande.

3. Die Kommission erläßt Maßnahmen, die sofort anwendbar sind. Entsprechen jedoch diese Maßnahmen nicht der Stellungnahme des Ausschusses, so werden sie dem Rat von der Kommission alsbald mitgeteilt; in diesem Fall kann die Kommission die Anwendung der von ihr beschlossenen Maßnahmen binnen einer Frist von höchstens einem Monat nach dieser Mitteilung aufschieben.

Der Rat kann mit qualifizierter Mehrheit binnen einer Frist von einem Monat anders entscheiden.

#### Artikel 8

Der Ausschuß kann jede andere Frage prüfen, die ihm der Vorsitzende von sich aus oder auf Antrag des Vertreters eines Mitgliedstaates vorlegt.

#### Artikel 9

Am Ende der Übergangszeit beschließt der Rat mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission unter Berücksichtigung der erworbenen Erfahrungen über die Aufrechterhaltung oder Änderung der Bestimmungen des Artikels 7.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Geschehen zu Brüssel am 4. April 1962.

Im Namen des Rates

Der Präsident

M. COUVE de MURVILLE

### Verordnung über eine Holzstatistik

Vom 22. Dezember 1959<sup>1)</sup>

Auf Grund des § 6 Abs. 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1314) verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

#### § 1

Über die Erzeugung und Vorratshaltung an Rohholz und an Erzeugnissen der Holzbearbeitung wird eine Bundesstatistik durchgeführt.

#### § 2

Die Statistik erfaßt vierteljährlich

1. den Einschlag und die Veräußerung von Rohholz,
2. die Bestände und Bestandsveränderungen an Rohholz und an Erzeugnissen der Holzbearbeitung,
3. die Bestände, Verladungen und Bestandsveränderungen an Gruben- und Schichtnutzderbholz.

#### § 3

Auskunftspflichtig sind

1. für die Erhebungen nach § 2 Nr. 1 die Leiter der Betriebe, die Rohholz erzeugen, in den Ländern Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein nur, wenn die bewirtschaftete Waldfläche mindestens 50 Hektar beträgt,
2. für die Erhebungen nach § 2 Nr. 2 die Leiter der Betriebe, die Holz bearbeiten,

3. für die Erhebungen nach § 2 Nr. 3 die Leiter der Betriebe, die Gruben- oder Schichtnutzderbholz zu gewerblichen Zwecken erwerben, veräußern oder vorrätig halten.

#### § 4

Die zuständige Landesbehörde leitet die Landesergebnisse dem Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zu.

#### § 5

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 17 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke auch im Land Berlin.

#### § 6

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1960 in Kraft und am 31. Dezember 1962 außer Kraft.

Bonn, den 22. Dezember 1959.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers  
Ludwig Erhard

Der Bundesminister für Ernährung,  
Landwirtschaft und Forsten  
Schwarz

### Gesetz über Kostenstrukturstatistik (KoStrukStatG)

Vom 12. Mai 1959<sup>2)</sup>

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

#### § 1

In der gewerblichen Wirtschaft sowie bei sonstigen Arbeitsstätten (mit Ausnahme der land- und forstwirtschaftlichen Arbeitsstätten) werden beginnend mit dem Jahre 1959 (1. Erhebungsjahr) (jährlich Kostenstrukturserhebungen als Bundesstatistik durchgeführt. Die Erhebungen erstrecken sich

1. im ersten Erhebungsjahr auf die Industrie (einschließlich Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgung) und das Handwerk;
2. im zweiten Erhebungsjahr auf das Verkehrsgewerbe und die übrigen unter den Nummern 1, 3 und 4 nicht genannten Arbeitsstätten;
3. im dritten Erhebungsjahr auf den Großhandel (einschließlich Verlagswesen) sowie das Handelsvertreter- und Handelsmaklergewerbe;
4. im vierten Erhebungsjahr auf den Einzelhandel sowie das Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe.

<sup>1)</sup> Bundesanzeiger Nr. 247 S. 1. — <sup>2)</sup> BGBl. I S. 245.

In den folgenden Jahren wiederholen sich die Erhebungen bei den unter den Nummern 1 bis 4 bezeichneten Bereichen in der gleichen Reihenfolge.

## § 2

Der Bundesminister für Wirtschaft kann zum Zweck einer zeitlichen Anpassung der Kostenstrukturerhebungen an andere statistische Erhebungen durch Rechtsverordnung die Reihenfolge der Erhebungen bei den vier in § 1 bezeichneten Bereichen abändern.

## § 3

(1) Die Kostenstrukturerhebungen nach § 1 erfassen folgende Tatbestände:

1. den Wert
  - a) des steuerlichen und wirtschaftlichen Umsatzes,
  - b) des Warenbestandes,
  - c) der selbst erstellten Anlagen;
2. den Wert des Wareneingangs;
3. die Kosten, untergliedert nach Kostenarten;
4. die beschäftigten Personen.

(2) Bei Gruppen von Unternehmen und sonstigen Arbeitsstätten, bei denen ihrer Art nach die unter Absatz 1 bezeichneten Tatbestände zur Beurteilung des Kostengefüges nicht ausreichen, werden zusätzlich Posten der Jahresbilanz (Anlagen, Außenstände, Schulden) erfragt.

(3) Außer den in Absatz 1 und Absatz 2 bezeichneten Tatbeständen werden Angaben zur Kennzeichnung der Art der Unternehmen und sonstigen Arbeitsstätten erhoben, die zu einer zutreffenden Beurteilung der statistischen Zuordnung erforderlich sind.

## § 4

Die Angaben zu den in § 3 Abs. 1 und 2 bezeichneten Tatbeständen beziehen sich jeweils auf ein dem Erhebungsjahr vorangegangenes Kalenderjahr oder Geschäftsjahr.

## § 5

(1) Die Erteilung der Auskunft durch die Befragten zu den Erhebungen nach § 1 ist freiwillig im Sinne des § 7 Abs. 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1314).

(2) Die Erhebungen werden mit dem Ziel durchgeführt, von 5 vom Hundert der Gesamtzahl der Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft und sonstigen Arbeitsstätten (§ 1) für die einzelnen Wirtschaftszweige repräsentative Gesamtergebnisse zu erlangen.

## § 6

(1) Der Bundesminister für Wirtschaft kann für den Bereich des Saarlandes zur Gewinnung repräsentativer Landesergebnisse im Benehmen mit der Regierung des Saarlandes durch Rechtsverordnungen den Beginn, die Zeitfolge und den Umfang der Erhebungen abweichend von den Vorschriften der §§ 1 und 5 Abs. 2 regeln.

(2) Absatz 1 gilt für die Dauer von fünf Jahren nach Inkrafttreten dieses Gesetzes im Saarland (§ 9).

## § 7

Die Kostenstrukturstatistik wird vom Statistischen Bundesamt durchgeführt.

## § 8

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin. Rechtsverordnungen, die auf Grund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes.

## § 9

Dieses Gesetz gilt im Saarland vom Ende der Übergangszeit nach Artikel 3 des Saarvertrages vom 27. Oktober 1956 (Bundesgesetzbl. II S. 1587) an.

## § 10

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 12. Mai 1959.

Der Bundespräsident  
Theodor Heuss

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers  
Ludwig Erhard

Der Bundesminister für Wirtschaft  
Ludwig Erhard

## Begründung<sup>1)</sup>

### A. Allgemeiner Teil

#### I. Die Bedeutung der Kostenstrukturstatistik in betrieblicher und volkswirtschaftlicher Sicht

Die amtliche Statistik im Bereich der Wirtschaft ist vornehmlich auf die statistische Messung der Leistungen (Produktion, Umsatz usw.) ausgerichtet. Statistiken, die den dafür erforderlichen Aufwand und dessen strukturelle Entwicklung zum Gegenstand haben, gehören bisher nicht zum festen Bestandteil der für die Beobachtung des Wirtschaftsablaufs in größerem Rahmen durchgeführten amtlichen Statistik. Der Grund dafür ist hauptsächlich darin zu sehen, daß sich der Wirtschaftsverlauf und das Marktgeschehen anhand der Leistungen einfacher ermitteln und schneller überschauen lassen als anhand von Statistiken über den Aufwand. Die Ansicht, daß damit aber nur Teilkenntnisse über die Zusammenhänge des Wirtschaftsablaufs vermittelt werden können und daß die traditionellen Unterrichtungen über Produktion und Umsatz einer Ergänzung durch Kenntnisse über die Entwicklung der Kostenstruktur und der Kostenrelationen bedürfen, um z. B. Maßnahmen der Wirtschaftspolitik

und deren Nebenwirkungen in einer hochtechnisierten und komplizierten Wirtschaft richtig erkennen und beurteilen zu können, besteht schon seit längerer Zeit sowohl bei der Verwaltung wie bei der Wirtschaft.

Neben der Kenntnis der Kosten- und Preisrelationen für die einzelnen Erzeugnisse gewinnt die Beobachtung dieser Zusammenhänge im Rahmen von Wirtschaftszweigen und ganzen Wirtschaftsbereichen auch in der Wirtschaft immer mehr an Bedeutung. Ein Überblick über die Kostenstruktur in größerem Zusammenhang der Wirtschaftszweige vermag den Unternehmen Anhaltspunkte über die Entwicklung der Wirtschaftlichkeit im ganzen und für die Bedeutung der einzelnen Kostenfaktoren in der Produktion in Ansehung der technischen Entwicklung zu geben. Die eigenen Betriebsvergleiche der Wirtschaft, die vorzugsweise für kleinere homogene Erzeugnisgruppen aufgestellt werden, gewinnen an Bedeutung, wenn sich ihr Schema aufgrund von Kostenstrukturstatistiken in das Gesamtschema der Branche einfügen läßt. Insbesondere für die mittelständische gewerbliche Wirtschaft dürfte dabei die notwendige Klärung ihrer Situation erleichtert werden, da in diesem Bereich Schwierigkeiten in der Geschäftspolitik zum Teil von dem mangelnden Überblick über die Kostenstruktur herrühren.

<sup>1)</sup> Bundestagsdrucksache Nr. 770 vom 5. Januar 1959 (siehe Vorbemerkung auf S. 156 oben).

Gesteigerte Bedeutung ist diesen durch Kostenstrukturserhebungen zu vermittelnden Kenntnissen im Hinblick auf die Bildung wirtschaftspolitischer Zusammenschlüsse (Gemeinsamer Markt, Freihandelszone) zuzumessen für eine zutreffende Beurteilung der Lage der deutschen Wirtschaftszweige im Vergleich zu denjenigen anderer Länder, die z. T. bereits über Unterlagen dieser Art verfügen.

Für die Berechnung der Entstehung des Sozialprodukts und der dafür geleisteten Beiträge der einzelnen Wirtschaftsbereiche bilden Kostenstrukturstatistiken (in Verbindung mit den bestehenden Umsatzstatistiken) die wichtigste Grundlage. Die Beiträge der Wirtschaftsbereiche zum Sozialprodukt müssen durch Differenzbildung ermittelt werden, indem von den addierten Bruttoproduktionswerten (bzw. Gesamtleistungen) aller zu einem Wirtschaftsbereich gehörenden Unternehmen der Wert aller jener Waren und Dienstleistungen abgezogen wird, die die Unternehmen des betreffenden Bereichs für laufende Produktionszwecke von anderen Unternehmen gekauft und im Berichtszeitraum verbraucht haben (»Vorleistungen« im Sinne der Sozialproduktsberechnung). Die verbleibende Differenz umfaßt die »Wertschöpfung« des Bereichs (Löhne und Gehälter einschließlich Sozialleistungen, Fremdkapitalzinsen und Betriebsgewinn), die verbrauchsbedingten Abschreibungen und die indirekten Steuern. Diese drei Bestandteile werden in der Sozialproduktsberechnung getrennt ausgewiesen, da mit ihrer Hilfe die üblichen Sozialproduktgrößen (Nettosozialprodukt zu Faktorkosten oder Volkseinkommen, Nettosozialprodukt zu Marktpreisen, Brutto-sozialprodukt zu Marktpreisen) gebildet werden.

Aus der Summe der Beiträge der Wirtschaftsbereiche ergibt sich ein zusammengefaßtes Bild der Entstehung des Sozialprodukts im Produktionsprozeß. Die Berechnung führt nicht nur zu Angaben über die Höhe und Entwicklung des gesamten Sozialprodukts; sie zeigt vielmehr auch die Bedeutung der einzelnen Wirtschaftsbereiche im Rahmen des Ganzen und die Unterschiede in der Entwicklung dieser Bereiche. Sie bietet ferner gewisse Anhaltspunkte für Fragen der Einkommensverteilung.

Sozialprodukts- bzw. Volkseinkommenszahlen und von ihnen abgeleitete Produktivitätsmeßziffern werden für viele Zwecke der staatlichen Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik gebraucht, so z. B. für die laufende Beobachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung durch das Bundeswirtschaftsministerium, die Bundesbank usw., für die Beurteilung der Auswirkungen finanzpolitischer Maßnahmen auf den Wirtschaftsablauf und als Grundlage für Steuervorausschätzungen durch das Bundesfinanzministerium, als gesetzlich festgelegte Unterlage für die Anpassung der Renten an die Entwicklung des Volkseinkommens usw. durch das Bundesarbeitsministerium und den Sozialbeirat, als Maßstab für einen Vergleich der Wirtschaftskraft der Bundesländer durch Bundes- und Länderministerien usw. Auch die internationalen Organisationen wie der Europäische Wirtschaftsrat (OEEC), die Montan-Union (EGKS) und neuerdings die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) brauchen in starkem Maße Sozialprodukts- und Produktivitätszahlen und auf ihnen aufgebaute Vorausschätzungen als Unterlage für einen Vergleich der wirtschaftlichen Lage und der wirtschaftlichen Entwicklung ihrer Mitgliedsländer.

## II. Aufbau und Anlage der Kostenstrukturstatistik

Für die Sozialproduktsberechnungen muß eine ausreichende Zahl von laufenden Statistiken zur Verfügung stehen, um aktuelle, methodisch vergleichbare und zuverlässige Ergebnisse zu erlangen. Auf die Bedeutung von Kostenstrukturserhebungen ist in diesem Zusammenhang bereits hingewiesen worden. Die erste und bisher einzige Kostenstrukturserhebung in der Nachkriegszeit (durchgeführt aufgrund des Volkszählungsgesetzes, 1950, BGBl. S. 335) hat Daten für 1950 erbracht. Der Wert der bisher lediglich durch Fortschreibung gewonnenen Ergebnisse ist inzwischen recht zweifelhaft geworden. Die Kostenrelationen können sich im Laufe der Zeit ändern, weil sich die Zusammensetzung der Produktion (des Sortiments usw.), die Produktionsmethoden, der Kapitaleinsatz usw. ändern und weil sich die Preise für die einzelnen Kostenbestandteile unterschiedlich entwickeln. Mit dem

vorliegenden Gesetzentwurf sollen Kostenstrukturserhebungen in regelmäßigem Turnus als dauernder Bestandteil der allgemeinen Wirtschaftsstatistik eingeführt werden. Die Erhebungen sollen, um die Wirtschaft so wenig wie möglich zu belasten, auf repräsentativer Grundlage in der Weise durchgeführt werden, daß der gleiche Bereich in der Regel nur alle 4 Jahre einmal befragt wird. Innerhalb der 4 Jahre sollen die Erhebungen in den Bereichen jeweils nacheinander stattfinden, um eine gleichmäßige Arbeitsverteilung bei der erhebenden Stelle zu erzielen und die Lieferung aktueller Ergebnisse zu ermöglichen (§ 1). Der Gesetzentwurf sieht eine Ermächtigung für den Bundesminister für Wirtschaft vor, die Reihenfolge der Erhebungen bei den einzelnen Bereichen im Bedarfsfall durch Rechtsverordnung den technischen und sachlichen Erfordernissen anzupassen (§ 2).

Die Kostenstrukturserhebungen erstrecken sich auf Nachweisungen über den Wert des steuerlichen und wirtschaftlichen Umsatzes, des Warenbestandes und der selbsterstellten Anlagen, über den Wert des Wareneingangs und über die Kosten, die nach Kostenarten untergliedert werden (§ 3 Abs. 1), also auf Angaben, die sich aus der Buchhaltung entnehmen lassen, sowie auf die beschäftigten Personen. In Bereichen, in denen es notwendig ist, Posten der Jahresbilanz zur Beurteilung der Kostenstruktur heranzuziehen, sollen auch diese erfragt werden (§ 3 Abs. 2).

Die Kostenstrukturserhebungen sollen wie schon im Jahre 1950 nach dem Prinzip der Freiwilligkeit durchgeführt werden. Das lebhafte Interesse der Wirtschaft an den Kostenstrukturuntersuchungen läßt eine ausreichende Beteiligung erwarten, um den für notwendig gehaltenen Repräsentationsgrad von etwa 5 vom Hundert der Gesamtzahl der in § 1 bezeichneten Unternehmen und sonstigen Arbeitsstätten zu erreichen (§ 5).

In Anbetracht der kleinen Zahl der jährlich anfallenden Erhebungsbogen und im Hinblick auf die Notwendigkeit einer einheitlichen Klärung von Zweifelsfragen, die wegen der Schwierigkeit der Materie und der Unterschiedlichkeit des betrieblichen Rechnungswesens bei der Prüfung der Erhebungsbogen auftreten können, ist eine zentrale Durchführung der Kostenstrukturstatistik durch das Statistische Bundesamt vorgesehen (§ 6).

## B. Besonderer Teil

### Zu § 1

In § 1 wird die Statistik angeordnet; dabei werden die Bereiche in ihrer fachlichen Abgrenzung und in der Reihenfolge festgelegt, in der die Kostenstrukturserhebungen durchgeführt werden. Im Regelfall wird der jeweilige Bereich nur alle 4 Jahre zu den Erhebungen herangezogen. Die 4 Bereiche setzen sich so zusammen, daß von Jahr zu Jahr eine möglichst gleichmäßige Arbeitsverteilung bei der erhebenden Stelle (§ 6) erzielt wird.

Im ersten 4-Jahres-Turnus werden nur diejenigen Teile des Verkehrsgewerbes (§ 1 Nr. 2) zur Kostenstrukturstatistik herangezogen, die nicht durch die für 1959 vorgesehene besondere »Statistik der Kosten und Leistungen im Güterverkehr mit Kraftfahrzeugen, mit Binnenschiffen und mit Eisenbahnen« erfaßt werden.

### Zu § 3

In § 3 werden die durch die Kostenstrukturserhebungen zu erfassenden statistischen Tatbestände in der bei statistischen Gesetzen üblichen Weise im Rahmen festgelegt.

Die Angaben über den steuerlichen Umsatz (§ 3 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe a) werden gebraucht, um die Ergebnisse der auf schmäler repräsentativer Basis beruhenden Kostenstrukturstatistiken mit Hilfe der jährlichen totalen Umsatzsteuerstatistiken auf Gesamtergebnisse heraufschätzen zu können.

Die Angaben über den wirtschaftlichen Umsatz, über die Veränderungen der Bestände an eigenen Erzeugnissen und über die selbsterstellten Anlagen (§ 3 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe a bis c) dienen dazu, den Bruttoproduktionswert (bzw. die Gesamtleistung) zu errechnen. Der wirtschaftliche Umsatz wird den Verhältnissen des jeweiligen Wirtschaftsbereichs entsprechend auf-

gegliedert, da sich hieraus wichtige Aufschlüsse für die Kostenstruktur ergeben.

Der Wareneingang (§ 3 Abs. 1 Nr. 2) wird im allgemeinen nur in den Bereichen erhoben, in denen der Materialverbrauch bzw. Wareneinsatz nicht direkt erfragt werden kann, sondern aus Wareneingang und Veränderungen der Bestände an Rohstoffen usw. und Handelsware ermittelt werden muß.

Die Kosten (§ 3 Abs. 1 Nr. 3) werden nach Kostenarten gegliedert, z. B. nach Stoffverbrauch und umgesetzter Handelsware, Verbrauch von Brenn- und Treibstoffen, Energie u. dgl., Instandhaltungskosten, Mieten, Pachten, Personalkosten, Steuern (so weit sie Kosten sind), Abschreibungen usw. Wo es im Hinblick auf den Verwendungszweck der Ergebnisse oder aus erhebungstechnischen Gründen (z. B. zum Zwecke der Prüfung der Angaben) erforderlich ist, werden die aufgeführten Kostenarten noch weiter unterteilt, so z. B. die Personalkosten in Löhne, Gehälter, gesetzliche Sozialkosten, übrige Sozialkosten. Bei der Gliederung nach Kostenarten wird auf die Eigenart der Wirtschaftsbereiche und die Besonderheiten des betrieblichen Rechnungswesens Rücksicht genommen.

Angaben über die beschäftigten Personen (§ 3 Abs. 1 Nr. 4) werden zur Beurteilung der Personalkosten und für die Bildung wichtiger Beziehungszahlen (Produktivitätszahlen, Umsatz je Beschäftigten usw.) benötigt.

Posten der Jahresbilanz (§ 3 Abs. 2), bei denen es sich im wesentlichen um Angaben über Anlagen, Außenstände und

Schulden handelt, werden nur bei solchen Wirtschaftsbereichen erfragt, bei denen es für eine zutreffende Beurteilung der Kostenstruktur notwendig ist.

## Zu § 5

Der Repräsentationsgrad von durchschnittlich 5 vom Hundert der Gesamtzahl aller in § 1 bezeichneten Unternehmen und sonstigen Arbeitsstätten ist je nach den sachlichen Erfordernissen in den einzelnen Wirtschaftszweigen und Umsatzgrößenklassen unterschiedlich. So müssen z. B. in Bereichen mit uneinheitlicher Kostenstruktur verhältnismäßig mehr Unternehmen erfaßt werden als in Bereichen mit überwiegend einheitlicher Kostengestaltung. Um die notwendige Zahl brauchbar beantworteter Fragebogen zu erhalten — bei der Freiwilligkeit der Erhebungen (§ 5 Abs. 2) und der unterschiedlichen Qualität des betrieblichen Rechnungswesens ist erfahrungsgemäß mit größeren Ausfällen zu rechnen —, soll im Bedarfsfall eine größere Zahl von Unternehmen (höchstens 15 vom Hundert der Gesamtzahl) zur Teilnahme an der Erhebung aufgefordert werden.

## C. Kostenberechnung

An neuen Ausgaben entstehen für die Kostenstrukturstatistik nach Berechnung des Statistischen Bundesamts einmalige Aufwendungen in Höhe von 160 000 DM und laufende Aufwendungen in Höhe von jährlich 100 000 DM. Die Kosten trägt der Bund.

# Gesetz über die Allgemeine Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe

Vom 15. Juli 1957<sup>1)</sup>

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

## § 1

In der Industrie und im Bauhauptgewerbe werden statistische Erhebungen als Bundesstatistik durchgeführt.

## § 2

Auskunftspflichtig sind:

### 1. Gruppe 1

Alle Betriebe der Industrie und des Bergbaus mit Ausnahme der Betriebe der Bauindustrie und der Unternehmen der öffentlichen Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgung.

### 2. Gruppe 2

Alle Betriebe des Bauhauptgewerbes.

## § 3

(1) Bei höchstens 70 000 der nach § 2 Nr. 1 auskunftspflichtigen Betriebe erfassen die Erhebungen folgende Tatbestände:

### I. monatlich

1. die Beschäftigten,
2. die Arbeitsstunden,
3. die Brutto Lohn- und Bruttogehaltssummen,
4. den Umsatz,
5. den Verbrauch, den Zugang und den Bestand an Brennstoffen,
6. die Erzeugung, die Gewinnung, den Bezug, die Abgabe und den Verbrauch von Elektrizität und von Gas,
7. die Produktion nach einer für die Industriegruppen repräsentativen Auswahl von höchstens 700 Waren oder Warengruppen;

### II. vierteljährlich,

1. die Gesamtproduktion nach Waren,
2. die Reparatur-, Montage- und Lohnveredelungsarbeiten;

## III. alle zwei Jahre

1. die Gewinnung, den Anfall, den Bezug, die Abgabe, den Gebrauch und den Verbrauch von Wasser,
2. den Anfall, die Behandlung und den Verbleib des Abwassers.

(2) Bei den übrigen nach § 2 Nr. 1 auskunftspflichtigen Betrieben erfassen die Erhebungen jährlich folgende Tatbestände:

1. die Beschäftigten,
2. den Umsatz.

## § 4

(1) Bei höchstens 20 000 der nach § 2 Nr. 2 auskunftspflichtigen Betriebe erfassen die Erhebungen folgende Tatbestände:

### I. monatlich

1. die Beschäftigten,
2. die Arbeitsstunden,
3. die Brutto Lohn- und Bruttogehaltssummen,
4. den Umsatz;

### II. jährlich

1. die Geräteausstattung,
2. die Forderungen aus betrieblichen Leistungen und Lieferungen.

(2) Bei den übrigen nach § 2 Nr. 2 auskunftspflichtigen Betrieben erfassen die Erhebungen einmal jährlich die in Absatz 1 Ziff. I und II bezeichneten Tatbestände.

## § 5

Außer den in §§ 3 und 4 bezeichneten Tatbeständen werden Angaben zur Kennzeichnung des Betriebes erhoben, die zu einer zutreffenden Beurteilung der Meldepflicht und der statistischen Zuordnung der Betriebe erforderlich sind.

## § 6

Die Erhebungsvordrucke sind der erhebenden Stelle zu den auf den Vordrucken bezeichneten Berichtsterminen einzureichen.

<sup>1)</sup> BGBl. I S. 720.

## § 7

(1) Die Weiterleitung von Einzelangaben nach § 12 Abs. 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes.) vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1314) durch die erhebenden Behörden an die für die Wirtschaft zuständige oberste Bundes- und Landesbehörde ohne Nennung des Namens des Auskunftspflichtigen ist zugelassen.

(2) Die Weiterleitung von Einzelangaben unter Nennung des Namens des Auskunftspflichtigen an die in Absatz 1 bezeichnete Behörde ist auf Anforderung in Einzelfällen zulässig. Bei der Anforderung sind die Tatbestände nach §§ 3 und 4, über die Auskunft gefordert wird, zu bezeichnen. Der betroffene Auskunftspflichtige ist unverzüglich von der Weiterleitung der Einzelangaben unter Angabe des Zwecks der Anforderung zu unterrichten.

(3) Abweichend von den Vorschriften der Absätze 1 und 2 gilt für das Land Berlin folgende Regelung:

Die Weiterleitung von Einzelangaben nach § 12 Abs. 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke an die fachlich zuständige oberste Bundes- und Landesbehörde ist zugelassen.

## § 8

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

## I. Rechtsgrundlage

Die nach dem Jahre 1945 zunächst in den einzelnen Besatzungsgebieten wieder aufgenommenen vielgestaltigen Statistiken in der Industrie und im Bauhauptgewerbe sind in der Bundesrepublik zu einem einheitlichen und rationellen Erhebungssystem zusammengefaßt worden, das der allgemeinen und fachlichen Unter- richtung über die konjunkturelle, saisonale und strukturelle Ent- wicklung der Industrie- und Bauwirtschaft dient.

In seinen Ursprüngen geht das industrie- und baustatistische Erhebungssystem auf Statistiken zurück, die in weniger einheit- licher Form schon seit der Jahrhundertwende im ehemaligen Reichsgebiet für Zwecke der Wirtschaftsbeobachtung und — be- sonders was die Produktionsstatistiken anbelangt — für die fach- lichen Aufgaben der Handelspolitik (Vorbereitung der Handels- vertragsverhandlungen usw.) entwickelt wurden.

Eine einheitliche Rechtsgrundlage erhielt die Industrie- und Baustatistik erst in der Nachkriegszeit durch die auf Grund des Gesetzes über die Errichtung eines Statistischen Amtes des Ver- einigten Wirtschaftsgebietes vom 21. Januar 1948 (WiGBI. S. 19) in der Fassung des Gesetzes vom 19. Januar 1949 (WiGBI. S. 9) erlassene »Gemeinsame Anordnung der Verwaltung des Ver- einigten Wirtschaftsgebietes zur Durchführung von Statistiken« vom 1. Juni 1949 (Öffentlicher Anzeiger für das Vereinigte Wirt- schaftsgebiet Nr. 50 vom 25. Juni 1949). Durch die Verordnung über die Erstreckung von Recht der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes auf dem Gebiet der Statistik auf die Länder Baden, Rheinland-Pfalz, Württemberg-Hohenzollern und den bayerischen Kreis Lindau vom 31. März 1950 (Bundesgesetzbl. S. 81) haben das genannte Gesetz sowie die »Gemeinsame An- ordnung« Geltung für das gesamte Gebiet der Bundesrepublik erhalten.

Nach § 16 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1314) in der Fassung vom 8. August 1955 (Bundesgesetzbl. I S. 507) muß für die Allgemeine Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe bis zum 25. Sep- tember 1957 eine den Vorschriften des genannten Gesetzes entspre- chende neue gesetzliche Grundlage geschaffen werden. Der vorlie- gende Gesetzentwurf soll demgemäß den im wesentlichen unver- änderten Fortbestand dieser Statistik ermöglichen. Dabei geht der Entwurf von der Absicht aus, die Statistik durch dieses Gesetz in einem Umfang zu regeln, der auf lange Sicht als Standard der allgemeinen statistischen Beobachtung der wirtschaftlichen Entwicklung im Industrie- und Bausektor gilt. Spezialstatistiken

<sup>1)</sup> Bundestagsdrucksache Nr. 3056 vom 4. Januar 1957 (siehe Vorbemerkung auf S. 156 oben).

## § 9

Dieses Gesetz gilt im Saarland vom Ende der Übergangszeit nach Artikel 3 des Saarvertrages vom 27. Oktober 1956 (Bundes- gesetzbl. II S. 1587) an.

## § 10

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft. Die Bestimmung in § 4 Abs. 1 Ziff. II Nr. 2 tritt drei Jahre nach Inkrafttreten dieses Gesetzes außer Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 15. Juli 1957.

Der Bundespräsident  
Theodor Heuss

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers  
Blücher

Der Bundesminister für Wirtschaft  
Ludwig Erhard

## Begründung<sup>1)</sup>

über andere Tatbestände bleiben ebenso wie weitergehend spe- zialisierte Fachstatistiken auf einzelnen Teilgebieten der Indu- strie einer Regelung durch besondere Rechtsvorschriften vor- behalten. Zur Unterscheidung von solchen Spezialstatistiken wird das im vorliegenden Gesetz geregelte wirtschaftsstatistische Er- hebungsprogramm als Allgemeine Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe bezeichnet.

## II. Bedeutung und Umfang der Allgemeinen Industrie- und Baustatistik

Der Aufbau der Allgemeinen Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe entspricht einem Gesamtplan, der in diesem größten Bereich innerhalb der deutschen Wirtschaft, auf den nahezu 45 v. H. der in der Wirtschaft beschäftigten Arbeitskräfte entfallen und der etwa 52 v. H. des Nettosozialprodukts der Bun- desrepublik aufbringt, ein einheitlich ausgerichtetes Instrumen- tarium der Wirtschaftsbeobachtung schafft, das unter geringst- möglichem Kostenaufwand bei der Verwaltung und bei der Wirt- schaft die Entwicklung dieses Bereiches sowohl in den großen Zusammenhängen im Rahmen der Volkswirtschaft wie auch in seinen Teilbereichen bis zu den einzelnen Produktionszweigen erkennen läßt.

Die Verwaltung erhält damit die Unterlagen, die es ihr ermög- lichen, den Wirtschaftsablauf in der Industrie und im Bauhaupt- gewerbe laufend zu verfolgen, Störungen oder Diskrepanzen in der Entwicklung frühzeitig zu erkennen und die Wirtschafts- und Handelspolitik den Erfordernissen der sozialen Marktwirtschaft anzupassen. Die Unternehmungen selber können an Hand der Er- gebnisse dieser Statistik den Stand ihrer eigenen Entwicklung im Rahmen ihrer Branche und in größeren Zusammenhängen er- kennen, ihre Produktionsgestaltung nach der Marktlage aus- richten und Erkenntnisse für die Förderung ihrer Produktivität schöpfen.

Für die internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit liefert die Statistik wichtige Arbeitsunterlagen.

Diesen vielseitigen Aufgaben entsprechend setzt sich die Allge- meine Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe aus einem System monatlicher und vierteljährlicher Erhebungen zu- sammen, die durch Jahreserhebungen ergänzt werden.

1. Monatlich erfassen die Industriestatistik (Industriebericht) und die Baustatistik (Baubericht) die Bewegung der Arbeits- kräfte, die gezahlten Lohn- und Gehaltssummen, die aufgewen-



deten Arbeitsstunden und den Umsatz. Besonderes Augenmerk richtet sie ferner auf eine monatliche Unterrichtung über die Brennstoff, Elektrizitäts- und Gasversorgung der Industriebetriebe, die im größeren Zusammenhang wichtige Anhaltspunkte für die Weiterentwicklung der verschiedenen Energieträger liefert und bei festen Brennstoffen zugleich den Anforderungen der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl für die Beobachtung des gemeinsamen Marktes Rechnung trägt.

2. Monatlich ermittelt die Industriestatistik ferner in Form einer Eilmeldung zum Industriebericht (Produktions-Eilbericht) für eine repräsentative Auswahl wichtiger Industrieerzeugnisse (z. Z. etwa 600 Waren oder Gruppen von Waren) frühzeitige Angaben über den Produktionsausstoß. Diese dienen in erster Linie zur Berechnung des Index der industriellen Produktion und ermöglichen eine schnelle globale Unterrichtung über die Entwicklungstendenzen der industriellen Produktion.

3. Vierteljährlich unterrichtet die industrielle Produktionsstatistik (vierteljährlicher Produktionsbericht) in einer durch die fachlichen Bedürfnisse der Handelspolitik bestimmten vollständigen warenmäßigen Gliederung über die industrielle Produktion nach mengen- und wertmäßigen Größen. Ursprünglich mit dem monatlichen Industriebericht verbunden, ist diese Produktionsstatistik erst nach der Währungsreform aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung auf die vierteljährliche Periodizität umgestellt worden, die sich unter den gegenwärtigen Verhältnissen und auch auf weitere Sicht als zweckmäßig erwiesen hat. Sie dient, wie schon die um die Jahrhundertwende im Deutschen Reich eingerichteten amtlichen Produktionserhebungen, der fachlichen Unterrichtung der Wirtschaftsverwaltung über die produktionswirtschaftlichen Zusammenhänge für handelspolitische Zwecke (Vorbereitung von Handelsvertragsverhandlungen, Zollpolitik usw.) und bildet gleichzeitig für die Industriewirtschaft, sowohl bei den Organisationen wie bei den einzelnen Unternehmen, eine besonders wichtige Unterrichtsquelle für die Gestaltung ihrer Produktionspolitik und ihrer Marktbeobachtung.

Die vorstehend beschriebene Monats- und Vierteljahresstatistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe bildet das Kernstück der laufenden Wirtschaftsbeobachtung in diesen Bereichen. Im Interesse einer schnellen Unterrichtung und aus Gründen der Kostenersparnis werden z. Z. Klein- und Kleinstbetriebe von der Monats- und Vierteljahresstatistik ausgenommen mit dem Ergebnis, daß die laufende Statistik auf etwa 55 000 Industriebetriebe (ohne Bauindustrie) und etwa 17 000 Betriebe des Bauhauptgewerbes im Bundesgebiet einschließlich Berlin (West) beschränkt werden. Das sind etwa 55 v. H. der insgesamt z. Z. vorhandenen Industriebetriebe und rd. 25 v. H. aller Betriebe des Bauhauptgewerbes.

Um jedoch den Gesamtüberblick über die Entwicklung der Industrie und des Bauhauptgewerbes sowie die Kontrolle über den Erfassungsgrad der laufenden Statistik zu behalten, werden die kurzfristigen Statistiken durch jährlich einmal durchzuführende Erhebungen in zwei Richtungen ergänzt:

1. Bei den der Monatsberichterstattung unterliegenden Betrieben werden jährlich einmal Tatbestände erfragt, deren Erfassung zur Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung zwar wichtig ist, auf deren monatliche Feststellung aber aus Gründen der Vereinfachung verzichtet werden kann.

Neben Angaben zur Evidenzhaltung der Erhebungskarteien (allgemeine Betriebsmerkmale) handelt es sich dabei in der Industrie um Feststellungen über die Zusammensetzung der Belegschaften (für sozialpolitische Zwecke) und um Unterlagen über die Wasserversorgung der Betriebe, deren Kenntnis im Zusammenhang mit den allgemeinen Problemen der Wasserwirtschaft ein dringendes Anliegen der Bundesverwaltung und der Länderverwaltungen auf lange Sicht darstellt, im Bauhauptgewerbe um Angaben über die Geräteausstattung, die über die Kapazitätsentwicklung dieses Wirtschaftszweiges für die wirtschaftspolitischen Zielsetzungen langfristig bedeutungsvolle Aufschlüsse vermitteln.

2. Über die Masse der durch die Monatsstatistik nicht erfaßten Klein- und Kleinstbetriebe der Industrie und des Bauhauptgewerbes erbringt eine jährlich einmal durchgeführte Erhebung

einfacher Art lediglich Angaben über die Beschäftigtenzahl und den Umsatz; bei den bauhauptgewerblichen Betrieben erstreckt sie sich auch auf die geleisteten Arbeiterstunden, die Lohn- und Gehaltssummen und die Baugeräteausstattung.

### III. Aufbau des Gesetzes

In den §§ 1 und 2 wird der Gesamtumfang der Allgemeinen Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe im Hinblick auf den Kreis der dafür Auskunftspflichtigen in seinem Rahmen festgelegt.

Als Betriebe des Bauhauptgewerbes im Sinne des § 2 Nr. 2 gelten ohne Rücksicht auf ihre Betriebsgröße sowie auf ihre Zugehörigkeit zur Industrie oder zum Handwerk:

1. die Betriebe des Hoch-, Tief- und Ingenieurbaus, der Zimmererei und Dachdeckerei;
2. die Spezialbetriebe für Brunnen- und Pumpenbau, Tiefbohrungen, Schornstein-, Feuerungs-, Industrieofen- und Isolierbau sowie für Abbruch;
3. die Betriebe des Verputzer-, Stukkateur- und Gipsergewerbes.

Als Betriebe im Sinne des § 2 Nr. 2 gelten auch Arbeitsgemeinschaften. Die Teilung des § 2 in die Nr. 1 und 2 ist notwendig, da bei einheitlicher Grundkonzeption der gesamten in diesem Gesetz geregelten Statistik die in den folgenden §§ 3 und 4 zu treffenden Regelungen im einzelnen für Industriebetriebe (§ 3) und für Betriebe des Bauhauptgewerbes (§ 4) aus sachlichen Gründen sowohl nach der Periodizität der Erhebungen wie nach der Art der Fragestellung zum Teil voneinander abweichen.

In den §§ 3 und 4 werden die durch die Statistik zu erfassenden Tatbestände bestimmt und der Kreis der Befragten im einzelnen festgelegt.

Den in der Begründung zu § 7 StatGes dargelegten Grundsätzen entsprechend werden die zu erfassenden Tatbestände im Rahmen festgelegt, um dem Rechtsschutzbedürfnis der Auskunftspflichtigen zu genügen.

Die §§ 5 und 6 enthalten ergänzende Vorschriften zu den Regelungen in den §§ 3 und 4.

Die Vorschrift in § 5 soll es ermöglichen, außer den in den §§ 3 und 4 bezeichneten zahlenmäßig zu erfassenden Tatbeständen auch Betriebsmerkmale in den Erhebungen zu erfragen, wie die Zugehörigkeit zu wirtschaftlichen Organisationen, die Charakterisierung des Betriebs als Vertriebenbetrieb und die Art des Produktionsprogramms bei solchen Betrieben, deren Produktion nicht nach Art und Menge erfaßt wird (vgl. § 3 Abs. 2).

Die Vorschrift in § 6 ermöglicht es, die für die einzelnen Teilgebiete der Industrie- und Baustatistik unterschiedlichen Einsendefristen der Erhebungsvordrucke den Erfordernissen der amtlichen Unterrichtung und den Auskunftsmöglichkeiten der Befragten in terminlicher Hinsicht anzupassen.

Der § 7 regelt im Hinblick auf die Vorschriften in § 12 StatGes die Handhabung der Geheimhaltungsbestimmungen für die Industrie- und Baustatistik.

Die Vorschrift in Absatz 1 soll die schon bisher für den Dienstgebrauch uneingeschränkt zulässige Weiterleitung der tabellari- schen Ergebnisse der Produktionsstatistik an das BMW ermöglichen, auch wenn die Tabellen infolge der weitergehenden Aufspaltung der Tabellenpositionen in gewissen Fällen Zahlenangaben enthalten, die sich nur auf eine Firma beziehen, ohne daß dabei der Name des Auskunftspflichtigen sichtbar gemacht wird.

Mit der Vorschrift in Absatz 2 wird das bei der Industrie- und Baustatistik bisher auf der Verordnung über Auskunftspflicht vom 13. Juli 1923 (Reichsgesetzbl. I S. 723) beruhende Auskunftsrecht der fachlich zuständigen obersten Bundes- und Landesbehörden abgelöst und nach Maßgabe der Vorschrift in § 12 Abs. 2 StatGes geregelt. Die Vorschrift sieht eine Einschränkung auf besondere Einzelfälle vor, wobei die Tatbestände, über die Auskunft gefordert wird, außerdem ausdrücklich bezeichnet werden sollen.

Die Unterrichtung über Angaben einzelner Betriebe hinsichtlich Beschäftigung, Produktion, Inland- und Auslandsatz, Energieverbrauch usw. dient den obersten Wirtschaftsbehörden zur Erfüllung der ihnen obliegenden Aufgaben bei der Förderung der Wirtschaft. Derartige Unterlagen bilden für diese Behörden die einzige Unterrichtsquelle über fachliche und regionale Auswirkungen der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung auf die industriellen Unternehmungen, die vor allem für die Beurtei-

lung der Entwicklung der Kapazitäten oder Produktionsprogramme, bei der Außenhandelsbetreuung, bei Maßnahmen für Notstands- und Grenzgebiete Bedeutung hat.

IV. Kosten der Statistik

Die Kosten der in diesem Gesetz geregelten Statistik ergeben sich nach dem Stande des Jahres 1955 in Annäherungswerten aus der nachfolgenden Übersicht:

Erhebung gemäß:	Länderkosten im Rechnungsjahr 1954/55 in 1000 DM	Bundeskosten im Rechnungsjahr 1954/55 in 1000 DM	Insgesamt  in 1000 DM
§ 3 Abs. 1 — I. 1. bis 6.	2 440	157	2 597
§ 3 Abs. 1 — I. 7.	680	317	997
§ 3 Abs. 1 — II.	550	240	790
§ 3 Abs. 1 — III. *)	190	21	211
§ 3 Abs. 2	220	7	227
§ 4 Abs. 1 — I.	460	45	505
§ 4 Abs. 1 — II. und § 4 Abs. 2	290	22	312
	4 830	809	5 639

\*) In Verbindung mit jährlich einmaligen weiter untergegliederten Fragestellungen gemäß § 3 Abs. 1 Ziff. I Nr. 1.

Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes über die Allgemeine Statistik in der Industrie  
und im Bauhauptgewerbe

Vom 26. April 1961<sup>1)</sup>

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Das Gesetz über die allgemeine Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe vom 15. Juli 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 720) wird wie folgt ergänzt:

Dem § 7 wird folgender Absatz 4 angefügt:

»(4) Einzelangaben über die Zahl der Beschäftigten (§ 3 Abs. 1 I. Nr. 1) können ohne Nennung des Namens des Auskunftspflichtigen weitergeleitet werden an

- 1. Dienststellen des Bundes und der Länder,
- 2. sonstige zur Erfüllung einer Verwaltungsaufgabe herangezogene Stellen und Personen,

die von der für die Wirtschaft zuständigen obersten Bundes- oder Landesbehörde bestimmt werden. Eine Weiterleitung an die in Nummer 2 bezeichneten Stellen und Personen ist nur zulässig, wenn die Geheimhaltung nach § 12 Abs. 1 und 4 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke gewährleistet ist.«

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

Artikel 3

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.  
Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 26. April 1961.

Der Bundespräsident  
Lübke

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers  
Ludwig Erhard

Der Bundesminister für Wirtschaft  
Ludwig Erhard

Begründung<sup>2)</sup>

Zur Erfüllung von Verwaltungsaufgaben, insbesondere auch für Raumforschung und Landesplanung, besteht ein dringendes Erfordernis, die Beschäftigtenzahl von Industriebetrieben in weitgehender regionaler Gliederung (Kreise, Gemeinden) den in Betracht kommenden Stellen und Personen zur Verfügung stellen zu können.

Obwohl es sich bei den Beschäftigtenzahlen um einen Tatbestand handelt, der mehr oder weniger offenkundig ist, konnten nach § 7 Abs. 1 und 2 des Gesetzes solche Unterlagen bisher nicht an alle in Betracht kommenden Stellen weitergeleitet werden. Mit der Einfügung des neuen Absatzes 4 soll diesem Anliegen Rechnung getragen werden, das sich im Rahmen des Grundgedankens des § 12 Abs. 2 StatGes hält.

<sup>1)</sup> BGBl. I S. 477. — <sup>2)</sup> Bundestagsdrucksache Nr. 2202 vom 8. November 1960 (siehe Vorbemerkung auf S. 156 oben).

# Verordnung über die Durchführung einer Statistik über den Auftragseingang in der Industrie

Vom 30. November 1960<sup>1)</sup>

Auf Grund des § 6 Abs. 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1314) verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

## § 1

Über die Entwicklung der Nachfrage bei einzelnen Industriezweigen wird eine Bundesstatistik durchgeführt.

## § 2

Die Statistik erfaßt monatlich

1. die angenommenen Aufträge aus dem Inland und aus dem Ausland;
2. die stornierten Aufträge aus dem Inland und aus dem Ausland.

Als angenommene Aufträge gelten auch unmittelbare Verkäufe vom Lager einschließlich auszuführender Reparaturen, Lohnarbeiten und Montagen.

## § 3

(1) Auskunftspflichtig nach § 10 des Gesetzes sind die Industriebetriebe.

(2) Die Statistik ist im Geltungsbereich dieser Verordnung mit Ausnahme des Landes Berlin auf eine repräsentative Zahl von höchstens 12 000 Betrieben der in der Anlage bezeichneten Industriezweige zu beschränken.

(3) Die Meldungen sind bis zum 12. des auf den Berichtsmonat folgenden Monats der zuständigen Landesbehörde einzureichen.

## § 4

(1) Die zuständigen Landesbehörden leiten bis zum 25. Tage des dem Berichtsmonat folgenden Monats das Landesergebnis dem Bundesminister für Wirtschaft und dem Statistischen Bundesamt zu.

(2) Die Weiterleitung von Einzelangaben nach § 12 Abs. 2 des Gesetzes an die für die Wirtschaft zuständige oberste Bundes- und Landesbehörde ohne Nennung des Namens des Auskunftspflichtigen ist zugelassen.

(3) Abweichend von der Vorschrift des Absatzes 2 gilt für das Land Berlin folgende Regelung:

Die Weiterleitung von Einzelangaben nach § 12 Abs. 2 des Gesetzes an die fachlich zuständige oberste Bundes- und Landesbehörde ist zugelassen.

## § 5

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 17 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke auch im Land Berlin.

## § 6

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1961 in Kraft. Sie tritt mit Ablauf des 31. Dezember 1963 außer Kraft.

Bonn. den 30. November 1960.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers  
Ludwig Erhard

Der Bundesminister für Wirtschaft  
Ludwig Erhard

## Anlage

zur Verordnung über die Durchführung einer Statistik über den Auftragseingang in der Industrie.

### Industriezweige gemäß § 3 Abs. 2 der Verordnung

Natursteinindustrie  
Zementindustrie  
Kalkindustrie  
Gips- und Kreide-Industrie  
Ziegelindustrie  
Feuerfeste Industrie  
Betonsteinindustrie  
Kalksandsteinindustrie  
Isolier- und Leichtbauplattenindustrie  
Kraftwagenindustrie (einschließlich Herstellung von Motoren und Straßenzugmaschinen)  
Kraftradindustrie (einschließlich Herstellung von Motoren und Mopeds)  
Herstellung von Aufbauten (z. B. Karosserien) und Anhängern  
Fahrrad- und Kinderwagenindustrie (einschließlich Herstellung von Krankenfahrstühlen)  
Schiffbau  
Elektrotechnische Industrie  
Heiz- und Kochgeräte-Industrie  
Blechwarenindustrie  
Feinblechpackungsindustrie  
Schloß- und Beschlagindustrie

Fahrrad- und Kfz-Teile-Industrie  
Schneidwaren- und Besteckindustrie  
Metallwarenindustrie  
Metallkurzwarenindustrie  
Werkzeugindustrie (ohne Herstellung von Präzisionswerkzeugen und -meßzeugen)  
Porzellanindustrie  
Steingut- und Feinsteinzeugindustrie  
Ton- und Töpferwarenindustrie  
Sanitärkeramische Industrie  
Herstellung von technischer und chemisch-technischer Keramik  
Baukeramische Industrie  
Schleifmittelindustrie  
Flachglaserzeugende Industrie  
Hohlglaserzeugende Industrie  
Holzmöbel- und Polstermöbelindustrie  
Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe erzeugende Industrie  
Tapetenindustrie  
Herstellung von Schreibwaren und Bürobedarf aus Papier und Pappe (einschließlich Buchbinderei)  
Herstellung von Spezialpapieren und Verpackungsmitteln aus Papier und Pappe  
Sonstige Papier und Pappe verarbeitende Industrie  
Kunststoffverarbeitende Industrie

<sup>1)</sup> Bundesanzeiger Nr. 235 S. 1.

Ledererzeugende Industrie  
Schuhindustrie  
Kammgarnspinnereien  
Streichgarnspinnereien  
Zwei-, Drei-, Vierzylinder- und Vigognespinnereien  
Flachsspinnereien  
Hanfspinnereien  
Hartfaserspinnereien  
Tuch- und Kleiderstoffwebereien (auch mit eigener Spinnerei)  
Baumwollwebereien (auch mit eigener Spinnerei)  
Teppich- und Möbelstoffindustrie

Seiden- und Samtwebereien  
Leinenwebereien  
Jutewebereien (auch mit eigener Spinnerei)  
Schwerwebereien  
Wirkereien und Strickereien (ohne Flachstrumpfabteilungen)  
Flachstrumpfwirkereien (einschließlich Flachstrumpfabteilungen)  
Herren- und Knabenoberbekleidungsindustrie  
Damen-, Mädchen- und Kinderoberbekleidungsindustrie  
Wäsche-Industrie (einschließlich Herstellung von Haus-, Bett- und Tischwäsche)

## Verordnung über eine Jahreserhebung der Nettoleistung der Industrie

Vom 12. Januar 1956<sup>1)</sup>,

Auf Grund des § 6 Abs. 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. September 1953 (BGBl. I S. 1314) verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

### § 1

Zur Ermittlung der Nettoleistung der Industrie wird eine einmalige Erhebung durchgeführt.

### § 2

(1) Die Erhebung erstreckt sich auf folgende Tatbestände:

1. Gesamtumsatz an eigenen Erzeugnissen und Leistungen sowie an Handelsware;
2. Gesamtwert der Bestände an selbsthergestellten fertigen und halbfertigen Erzeugnissen am Anfang und Ende des Berichtsjahres;
3. Gesamtwert der Wareneingänge sowie der Bestände am Anfang und Ende des Berichtsjahres an Rohstoffen, sonstigen Vorprodukten, Hilfs-, Betriebs-, Brenn- und Treibstoffen und Handelsware sowie der Bezüge an Energie;
4. Wert der von anderen Firmen ausgeführten Lohnarbeiten;
5. Gesamtzahl der Beschäftigten.

(2) Die Erhebung erstreckt sich außerdem bei den in § 3 Abs. 3 genannten Unternehmen der Industrie auf folgende weitere Tatbestände:

1. Aufgliederung des Gesamtwertes der Wareneingänge (Absatz 1 Nummer 3) nach Warengruppen und nach Bezügen aus Gebieten innerhalb und außerhalb der Bundesrepublik;
2. Anteil der Verkäufe an den Handel am Gesamtumsatz.

(3) Die Angaben nach Absatz 1 und Absatz 2 beziehen sich auf das Kalenderjahr 1954 oder das diesem am nächsten kommende Geschäftsjahr, für das der Abschluß vorliegt.

### § 3

(1) Auskunftspflichtig sind alle zur monatlichen Industrieberichterstattung herangezogenen Unternehmen der Industrie nach dem Stand vom 30. September 1954.

(2) Die Erhebung nach § 2 Abs. 1 wird bei allen auskunftspflichtigen Unternehmen durchgeführt.

(3) Die ergänzende Erhebung nach § 2 Abs. 2 wird bei höchstens 11 000 der in Absatz 1 genannten Unternehmen durchgeführt.

### § 4

Nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (BGBl. I S. 1) in Verbindung mit § 17 des Gesetzes gilt diese Verordnung auch im Land Berlin.

### § 5

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Bonn, den 12. Januar 1956.

Für den Bundeskanzler  
Der Bundesminister der Finanzen  
Schäffer

Der Bundesminister für Wirtschaft  
Ludwig Erhard

## Verordnung über die Statistik in der Elektrizitäts- und Gaswirtschaft

Vom 10. Dezember 1959<sup>2)</sup>

Auf Grund des § 6 Abs. 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1314) verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

### § 1

In der Elektrizitäts- und Gaswirtschaft wird eine Bundesstatistik durchgeführt.

### § 2

In der Elektrizitätswirtschaft erfaßt die Statistik

1. bei Unternehmen der öffentlichen Elektrizitätsversorgung:
  - A. Monatlich
    - a) Erzeugung, Bezug und Abgabe von Elektrizität,
    - b) Leistung und Belastung der Anlagen zur Erzeugung, zum Bezug und zur Abgabe von Elektrizität,
    - c) Vorräte an Speicherwasser für die Erzeugung von Elektrizität,
    - d) Verbrauch und Bestand an Brennstoffen;

<sup>1)</sup> Bundesanzeiger Nr. 11 S. 1. — <sup>2)</sup> Bundesanzeiger Nr. 241 S. 1.

#### B. Jährlich

- a) Abgabe von Elektrizität und Erlös aus dieser Abgabe,
- b) Beschäftigte,
- c) Arbeitsstunden,
- d) Bruttolohn- und Bruttogehaltssummen;

#### 2. bei den übrigen Unternehmen, die Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität besitzen:

##### Jährlich

- a) Erzeugung und Bezug von Elektrizität,
- b) Leistung und Belastung der Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität,
- c) Verbrauch an Brennstoffen für die Erzeugung von Elektrizität,
- d) Beschäftigte in den unter b) genannten Anlagen.

### § 3

In der Gaswirtschaft erfaßt die Statistik

#### 1. bei Unternehmen der öffentlichen Gasversorgung mit Ausnahme der in Nummer 2 bezeichneten Unternehmen:

##### A. Monatlich

- a) Erzeugung, Gewinnung, Bezug, Umwandlung, Speicherung, Verwendung und Abgabe von Gas,
- b) Erzeugung von Koks und Nebenprodukten,
- c) Verbrauch und Bestand an Rohstoffen für Erzeugung und Umwandlung von Gas;

##### B. Jährlich

- a) Leistung der Anlagen zur Erzeugung, Umwandlung und Speicherung von Gas,
- b) Gasabgabe und Erlös aus dieser Abgabe,
- c) Beschäftigte,
- d) Arbeitsstunden,
- e) Bruttolohn- und Bruttogehaltssummen;

#### 2. Bei Unternehmen der öffentlichen Gasversorgung, die ausschließlich Erdgas, Erdölgas, Flüssiggas oder Raffineriegas an Dritte abgeben:

##### Jährlich

Gewinnung, sonstiger Anfall, Bezug, Umwandlung, Speicherung, Verwendung und Abgabe von Gas;

#### 3. bei den übrigen Unternehmen mit Anlagen, bei deren Betrieb Gas durch Erzeugung, Gewinnung oder auf andere Weise anfällt, umgewandelt oder gespeichert wird:

##### Jährlich

- a) Erzeugung, Gewinnung, sonstiger Anfall, Bezug, Umwandlung, Speicherung, Verwendung und Abgabe von Gas,
- b) Leistung der Anlagen zur Erzeugung, Umwandlung und Speicherung von Gas,
- c) Verbrauch an Rohstoffen für Erzeugung und Umwandlung von Gas.

### § 4

(1) Auskunftspflichtig nach § 10 des Gesetzes sind Unternehmen, die Anlagen zur Erzeugung oder Abgabe von Elektrizität (§ 2) oder Anlagen besitzen, bei deren Betrieb Gas durch Erzeugung, Gewinnung oder auf andere Weise anfällt, umgewandelt, gespeichert oder abgegeben wird (§ 3).

(2) Die Auskünfte sind auf Anfordern gesondert für die einzelnen Betriebe der Unternehmen zu erteilen.

(3) Die Meldungen sind der für die Energiewirtschaft zuständigen obersten Landesbehörde oder der von dieser bestimmten Stelle einzureichen.

### § 5

Die Statistiken nach § 2 Nr. 2 und § 3 Nr. 2 und 3 werden nach § 2 Nr. 2 des Gesetzes vom Statistischen Bundesamt aufbereitet.

### § 6

Die Weiterleitung von Einzelangaben nach § 12 Abs. 2 des Gesetzes an den Bundesminister für Wirtschaft und an die für die Energiewirtschaft zuständige oberste Landesbehörde ist zugelassen.

### § 7

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 17 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke auch im Land Berlin.

### § 8

Diese Verordnung tritt am 25. November 1959 in Kraft. Sie tritt mit Ablauf des 24. November 1962 außer Kraft.

Bonn, den 10. Dezember 1959.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers  
Ludwig Erhard

Der Bundesminister für Wirtschaft  
Ludwig Erhard

## Verordnung über die Statistik in der öffentlichen Wasserversorgung und im öffentlichen Abwasserwesen

Vom 3. April 1958<sup>1)</sup>

Auf Grund des § 6 Abs. 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. September 1953 (BGBl. I S. 1314) verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

### § 1

In der öffentlichen Wasserversorgung und im öffentlichen Abwasserwesen werden im Jahre 1958 Erhebungen als Bundesstatistik durchgeführt.

### § 2

Die Statistik erfaßt für das dem Erhebungsjahr vorangegangene Kalenderjahr folgende Tatbestände:

#### I. In der öffentlichen Wasserversorgung:

1. Gewinnung und Bezug von Grundwasser, Quellwasser und Oberflächenwasser;
2. Abgabe von Wasser;
3. Einwohnerzahl des Versorgungsgebietes;

#### II. Im öffentlichen Abwasserwesen:

1. Abwasseranfall;
2. Fortleitung, Behandlung und Verbleib des Abwassers;
3. Einwohnerzahl des an die öffentliche Kanalisation angeschlossen Gebietes.

<sup>1)</sup> Bundesanzeiger Nr. 69 S. 1.

### § 3

(1) Auskunftspflichtig nach § 10 des Gesetzes sind Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts, Unternehmen und andere Einrichtungen, die Anlagen der öffentlichen Wasserversorgung und des öffentlichen Abwasserwesens betreiben.

(2) Die Meldungen nach § 2 sind unter Verwendung der amtlichen Erhebungsvordrucke zu den auf diesen angegebenen Meldeterminen der zuständigen obersten Landesbehörde oder der von dieser bestimmten Stelle einzureichen.

(3) Besitzt ein Auskunftspflichtiger an getrennten Orten Betriebe mit selbständigen Wasserversorgungs- oder Entwässerungsgebieten, so ist für diese einzelnen Betriebe jeweils gesondert zu berichten.

### § 4

Die Weiterleitung von Einzelangaben nach § 12 Abs. 2 des Gesetzes an die für die Wasserversorgung und das Abwasserwesen zuständigen obersten Bundes- und Landesbehörden oder die von diesen bestimmten Stellen ist zugelassen.

### § 5

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (BGBl. I S. 1) in Verbindung mit § 17 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke auch im Land Berlin.

### § 6

Diese Verordnung gilt nicht im Saarland.

### § 7

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1958 in Kraft.

Bonn, den 3. April 1958.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers  
Ludwig Erhard

Der Bundesminister für Wirtschaft  
Ludwig Erhard

## Gesetz über Statistiken der Rohstoff- und Produktionswirtschaft einzelner Wirtschaftszweige

Vom 11. November 1960<sup>1)</sup>

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

### § 1

In folgenden Wirtschaftsbereichen werden Erhebungen als Bundesstatistik durchgeführt:

1. in der Eisen- und Stahlwirtschaft (§ 2),
2. in der Nichteisen- und Edelmetallwirtschaft (§ 3),
3. in der Mineralölwirtschaft (§ 4),
4. in der Textilwirtschaft (§ 5),
5. in der Lederwirtschaft (§ 6),
6. in der Tabakwirtschaft (§ 7).

### § 2

(1) Die Erhebung in der Eisen- und Stahlwirtschaft (§ 1 Nr. 1) erfaßt monatlich folgende Tatbestände:

1. Erzeugung, Zugang, Abgang und Bestand an hergestellten und gehandelten Erzeugnissen;
2. Auftragseingang und Auftragsbestand;
3. Zugang, Abgang und Bestand an Roh- und Hilfsstoffen;
4. Erzeugung, Zugang, Abgang und Bestand an Brennstoffen und Energie;
5. Beschäftigte, Arbeitszeit, Bruttolohn- und Bruttogehaltssummen;
6. Anzahl und Zustand der Schmelzeinheiten in Hochofen- und Stahlwerksbetrieben.

(2) Auskunftspflichtig sind die Betriebe

1. des Eisenerzbergbaus,
2. der Eisenschaffenden Industrie,
3. mit Erzeugung von Eisen-, Stahl- und Temperguß,
4. mit Erzeugung von Legierungsmitteln,
5. des Schrotthandels,
6. des Eisen- und Stahlhandels.

### § 3

(1) Die Erhebung in der Nichteisen- und Edelmetallwirtschaft (§ 1 Nr. 2) erfaßt folgende Tatbestände:

1. monatlich
  - a) Erzeugung an Erzen, Konzentraten, Rohmaterial und Halbmateriale,
  - b) Abgabe von Edelmetallen in Form von Roh- und Halbmateriale und von chemischen Verbindungen an edelmetallverarbeitende Betriebe bei den Betrieben der Metallgewinnung.

- c) Auftragseingang und Lieferungen bei Betrieben der ersten Verarbeitungsstufe (Betriebe, die Nichteisenmetalle in Form von Vormaterial, Rohmaterial oder Abfallmaterial für andere Zwecke als die der Metallgewinnung verarbeiten),

- d) Bestand an Rohmaterial bei Betrieben der Metallgewinnung;

2. vierteljährlich

- a) Verbrauch an Vor-, Roh- und Abfallmaterial,
- b) Bestand an Vor- und Abfallmaterial.

- c) Bestand an Rohmaterial bei Betrieben der ersten Verarbeitungsstufe und des Metallhandels;

3. jährlich

Abgabe von Roh- und Halbmateriale an Abnehmer im Inland.

(2) Auskunftspflichtig zu der Erhebung nach Absatz 1 sind die Betriebe des Metallergbergbaus, der Metallgewinnung, der ersten Verarbeitungsstufe und des Metallhandels.

### § 4

(1) Die Erhebung in der Mineralölwirtschaft (§ 1 Nr. 3) erfaßt monatlich Zugang, Lieferung und Bestand an Mineralölprodukten.

(2) Auskunftspflichtig sind alle Betriebe, die Mineralölprodukte herstellen oder im Verkehr mit einem Gebiet außerhalb des Geltungsbereichs dieses Gesetzes beziehen oder liefern

### § 5

(1) Die Erhebung in der Textilwirtschaft (§ 1 Nr. 4) erfaßt folgende Tatbestände:

1. bei Betrieben der Textilindustrie und der Chemiefasererzeugung

- a) monatlich  
Zugang, Abgang und Bestand an Textilrohstoffen, Erzeugung, Versand und Bestand an Textilerzeugnissen,  
Spindel- und Webstuhlstunden bei Spinnereien und Webereien,

- b) jährlich  
Beschäftigte,  
Bestand an Textilmaschinen;

2. bei Betrieben des Woll- und Baumwollhandels  
vierteljährlich  
Abgang und Bestand an Rohstoffen.

<sup>1)</sup> BGBl. I S. 842.

(2) Auskunftspflichtig sind

1. zu Absatz 1 Nr. 1 die Betriebe
  - a) der Chemiefasererzeugung,
  - b) der Spinnstoffaufbereitung,
  - c) der Spinnstoffverarbeitung,
  - d) der Gespinnstverarbeitung,
  - e) der Textilveredelung;
2. zu Absatz 1 Nr. 2 die Betriebe des Woll- und Baumwollhandels.

§ 6

(1) Die Erhebung in der Lederwirtschaft (§ 1 Nr. 5) erfaßt monatlich folgende Tatbestände:

1. Zugang, Einarbeitung und Bestand an Häuten und Fellen;
2. Erzeugung, Absatz und Bestand an Leder.

(2) Auskunftspflichtig sind die Betriebe, die Leder erzeugen.

§ 7

(1) Die Erhebung in der Tabakwirtschaft (§ 1 Nr. 6) erfaßt vierteljährlich  
Zugang, Abgang und Bestand an Rohtabak sowie die Mengen an Rohtabak, über die Einfuhrverträge abgeschlossen sind.

(2) Auskunftspflichtig zu der Erhebung nach Absatz 1 sind die Betriebe, die

1. Rohtabak be- oder verarbeiten;
2. mit Rohtabak handeln.

(3) Die Erhebung nach Absatz 1 wird durchgeführt

1. bei den in Absatz 2 Nr. 1 bezeichneten Betrieben, die auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Allgemeine Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe vom 15. Juli 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 720) zu Erhebungen herangezogen werden;
2. bei den unter Absatz 2 Nr. 2 bezeichneten Betrieben, bei denen der Jahresumsatz an Rohtabak mindestens 50 Zentner beträgt.

§ 8

Die Statistiken nach §§ 2, 3, 4 und 7 werden vom Statistischen Bundesamt erhoben und aufbereitet; die Vorschrift des § 9 Abs. 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1314) bleibt unberührt.

§ 9

Die Weiterleitung von Einzelangaben nach § 12 Abs. 2 StatGes durch die erhebenden Behörden an den Bundesminister für Wirtschaft oder die von ihm bestimmte Stelle sowie an die für die Wirtschaft zuständige oberste Landesbehörde ist zugelassen.

§ 10

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 11

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Oktober 1960 in Kraft. Gleichzeitig treten außer Kraft

1. die Verordnung über die Statistik in der Textilwirtschaft vom 29. August 1959 (Bundesanzeiger Nr. 169 vom 4. September 1959),
2. die Verordnung über die Durchführung einer Eisen- und Stahlstatistik vom 4. August 1960 (Bundesanzeiger Nr. 154 vom 12. August 1960).

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.  
Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 11. November 1960.

Der Bundespräsident  
Lübke

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers  
Ludwig Erhard  
Der Bundesminister für Wirtschaft  
Ludwig Erhard

## Begründung<sup>1)</sup>

### I. Rechtsgrundlagen der Statistik

Mit dem vorliegenden Gesetz werden Bundesstatistiken geregelt, die in einigen Industriezweigen in Ergänzung der auf Grund des Gesetzes über die Allgemeine Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe vom 15. Juli 1957 (BGBl. I S. 720) in der gesamten Industrie durchgeführten Statistik schon seit längerer Zeit notwendig sind und die bisher auf Rechtsverordnungen nach § 6 Abs. 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. September 1953 (BGBl. I S. 1314) beruhen. Diese Rechtsverordnungen, die nach § 6 Abs. 2 StatGes nur mit einer auf 3 Jahre begrenzten Geltungsdauer erlassen werden können, sind im Laufe der Jahre seit Inkrafttreten des StatGes schon mehrfach erneuert worden, da sich die unveränderte Fortführung dieser Statistiken aus wirtschaftspolitischen Gründen als unerlässlich erwiesen hat. Vier der z. Z. geltenden Rechtsverordnungen verlieren ihre Gültigkeit mit Ablauf des 30. September 1960. Es entspricht dem § 6 Abs. 1 StatGes, daß langfristig benötigte Bundesstatistiken durch Gesetz angeordnet werden. In dem vorliegenden Gesetzentwurf werden daher die Rechtsvorschriften, über die Anordnung, der Statistiken im Bereich der

Eisen- und Stahlwirtschaft

Nichteisen- und Edelmetallwirtschaft

Mineralölwirtschaft

Textilwirtschaft

Lederwirtschaft

Tabakwirtschaft

zusammengefaßt. Dieses Gesetz tritt an Stelle der nachstehend aufgeführten Rechtsverordnungen, die gleichzeitig mit Verkündung des Gesetzes außer Kraft gesetzt werden (§ 11), soweit nicht schon vor diesem Zeitpunkt ihre Geltungsdauer abgelaufen ist:

1. die Verordnung über die Durchführung einer Eisen- und Stahlstatistik vom 1. August 1957 (Bundesanzeiger Nr. 148 vom 6. August 1957)
2. die Verordnung über die Durchführung einer Nichteisen- und Edelmetallstatistik vom 1. August 1957 (Bundesanzeiger Nr. 148 vom 6. August 1957)
3. die Verordnung über die Durchführung einer Lederstatistik vom 24. September 1957 (Bundesanzeiger Nr. 186 vom 27. September 1957)
4. die Verordnung über die Durchführung einer Rohtabakstatistik vom 1. August 1957 (Bundesanzeiger Nr. 148 vom 6. August 1957)
5. die Verordnung über die Statistik in der Textilwirtschaft vom 29. August 1959 (Bundesanzeiger Nr. 169 vom 4. September 1959).

Um die unveränderte Weiterführung dieser Statistiken zu sichern, soll das Gesetz mit Wirkung vom 1. Oktober 1960 in Kraft treten. Lediglich auf dem Gebiet der Mineralölwirtschaft sieht das Gesetz die Neuschaffung einer Rechtsgrundlage vor, da für die schon seit langer Zeit erstellte Mineralölversorgungsbilanz über die bereits auf Grund anderweitiger Gesetzgebung verfügbaren Angaben über Produktion und Außenhandel hinaus auch Angaben zur Vorratsbewegung benötigt werden. Diese An-

<sup>1)</sup> Bundestagsdrucksache Nr. 1808 vom 28. April 1960 (siehe Vorbemerkung auf S. 156 oben).

gaben werden zwar schon bisher von privater Seite zur Verfügung gestellt, jedoch sollen in Anbetracht der besonderen wirtschaftspolitischen Bedeutung der Mineralölbilanz auch die diesbezüglichen Auskünfte auf eine Rechtsgrundlage gestützt werden.

## II. Zweck und Bedeutung der Statistik

Die besondere Lage der Wirtschaftszweige, auf welche sich dieses Gesetz bezieht und die sich auch aus der besonders engen rechtlichen und wirtschaftlichen internationalen Integration ergibt, zwingt dazu, über die auf Grund des Industriestatistischen Gesetzes in der gesamten Industrie einheitlichen Tatbestandsmerkmale hinaus Vorgänge im Wirtschaftsablauf dieser Zweige statistisch zu durchleuchten, um der Verwaltung und der Wirtschaft die für die laufenden internationalen Verhandlungen notwendigen Unterrichtungen und Überblicke zu verschaffen. Dabei ist in bezug auf die einzelnen unter dieses Gesetz fallenden Wirtschaftsbereiche folgendes zu bemerken:

Die wirtschaftlichen Vorgänge in der deutschen Eisen- und Stahlindustrie sind für die Gesamtwirtschaft der Bundesrepublik von besonderer Bedeutung, da diese Industrie eine ihrer wesentlichen und in hohem Grade konjunkturrempfindlichen Schlüsselindustrien ist. Die amtlichen Stellen müssen daher durch eine amtlich geführte Statistik über den Wirtschaftsablauf in der Eisen- und Stahlindustrie unterrichtet sein.

Die Unterlagen werden ferner benötigt, um die wirtschaftliche Entwicklung der Eisen- und Stahlindustrie der Bundesrepublik im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl ausreichend verfolgen und der Hohen Behörde die erforderlichen Unterlagen zur Verfügung stellen zu können. Darüber hinaus dient die Fachstatistik zur Erfüllung zwischenstaatlicher Verpflichtungen im Rahmen der OEEC und der ECE.

Die Bundesrepublik ist bei dem geringen Umfang ihrer eigenen Erzvorkommen in der Versorgung mit Nichteisenmetallen und Edelmetallen weitgehend von der Einfuhr abhängig. Diese Lage bedingt eine kurzfristige, spezifizierte Unterrichtung des Bundesministeriums für Wirtschaft über Erzeugung, Verbrauch und Bestand von Nichteisenmetallen und über die Abgabe von Edelmetallen an die Verbraucher, um den Strukturwandel auf dem Nichteisengebiet zu beobachten und Marktstörungen zu vermeiden. Sie wird außerdem benötigt zur Erfüllung eingegangener internationaler Vereinbarungen über den Austausch statistischer Informationen auf dem Gebiet der Metallwirtschaft.

Die Erhebung in der Mineralölwirtschaft soll Verbrauchs- und Bestandszahlen feststellen und dadurch zusammen mit den aus Produktions- und Außenhandelsstatistiken bereits verfügbaren Daten ein Gesamtbild der Mineralölwirtschaft liefern. Die Bundesregierung benötigt diese Unterlagen, um sich jederzeit einen zahlenmäßig verlässlichen Überblick über die Entwicklung des Mineralölmarktes in der Bundesrepublik, insbesondere des Heizölmarktes in seiner Verbindung zum Gesamtenergiemarkt verschaffen zu können. Ein solcher Überblick ist auch als Unterlage für die Verhandlungen im Rahmen der EWG und zur Erfüllung der internationalen Auskunftsverlangen unerlässlich.

Die Textilwirtschaft ist in besonders starkem Maße von der Einfuhr ihrer Rohstoffe abhängig. Im Jahre 1959 wurden an textilen Rohstoffen für annähernd 1,8 Milliarden DM eingeführt, das sind rd. 23 v.H. der Gesamteinfuhr an gewerblichen Rohstoffen und etwa 90 v.H. des textilen Rohstoffbedarfs (ohne Chemiefaser). Die Einfuhrabhängigkeit unterwirft die deutsche Textilwirtschaft in empfindlicher Weise den Schwankungen der internationalen Rohstoffmärkte, die wiederum den Zufälligkeiten des Aufkommens in Übersee ausgesetzt sind. In den internationalen Verhandlungen im Rahmen der OEEC, des GATT und insbesondere der EWG müssen die Vertreter der Bundesregierung mit neuestem statistischem Zahlenmaterial ausgestattet sein, um ihre Stellungnahme entsprechend begründen zu können und um nicht von vornherein gegenüber den anderen Mitgliedsländern entscheidend im Nachteil zu sein. In diesem Zusammenhang wird auf die sehr spezifizierten, stets auf dem neuesten Stand befindlichen Textilstatistiken der anderen EWG-Mitgliedsländer hingewiesen.

Die genannten Gründe machen die monatliche Beobachtung der Rohstoffbewegung in der Gliederung nach Zu- und Abgang und Bestand in den verschiedenen Zweigen und Stufen der Textilindustrie und die vierteljährliche Beobachtung der Textilrohstoffe nach Abgang und Bestand beim Woll- und Baumwollhandel notwendig. Die Veränderungen und Spannungen in der heimischen Versorgung mit Rohmaterialien schlagen sich aber sehr schnell auch in der Produktion nieder, bei der sich zudem noch der in der Textilindustrie typische saisonale Rhythmus entscheidend auswirkt. Deshalb ist die monatliche Unterrichtung über die Produktionsentwicklung und ihre fabrikatorischen Zusammenhänge in den einzelnen Teilbereichen der Textilindustrie geboten.

Monatliche Angaben über Spindel- und Webstuhlstunden (§ 5 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe a) bilden die Grundlage für die Beobachtung der Kapazitätsausnutzung, die sich ihrerseits auf eine jährliche Feststellung des Bestandes an Spindeln und Webstühlen (§ 5 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe b) stützt. Vergleiche mit den textilen Produktionskapazitäten der Textilwirtschaften wichtiger Nachbar- und Entwicklungsländer machen im Hinblick auf die Schaffung eines europäischen Marktes und den wachsenden Wettbewerb überseeischer Gebiete Kapazitätsunterlagen unentbehrlich.

Die ledererzeugende Industrie ist in ihrer Rohstoffversorgung bei Großviehhäuten bis zu 50 v.H. und bei Kleintierfellen bis zu 90 v.H. einfuhrabhängig.

Die Lieferungen aus den Haupterzeugerländern sind infolge von — vielfach politisch bedingten — Preis- und Kursmanipulationen erheblichen Schwankungen unterworfen, die unter Umständen den weitgehenden Ausfall eines Lieferlandes zur Folge haben. Die amtlichen Stellen müssen aus handelspolitischen Gründen über Zugang, Verarbeitung und Bestand (letzterer einschließlich der Umlaufmenge) laufend unterrichtet sein, um im Bedarfsfalle durch Erschließung zusätzlicher Einfuhrquellen eine gleichmäßige Versorgung zu ermöglichen. Des weiteren wird auch für die Arbeiten im Rahmen eines gemeinsamen europäischen Häutemarktes Zahlenmaterial über die Rohstoffversorgung benötigt.

Der in der Bundesrepublik verarbeitete Rohtabak ist zu etwa 80 v.H. ausländischen und zu etwa 20 v.H. inländischen Ursprungs.

Der inländische Tabakanbau erzeugt zwei verschiedene Arten Tabak, und zwar die für die Herstellung von Zigarren verwendeten Zigarrenguttabake und die bei der Herstellung von Rauchtabak und schwarzen Zigaretten Verwendung findenden sogenannten Schneidguttabake. Für bestimmte steuerlich begünstigte Preisklassen des Rauchtabaks und der schwarzen Zigaretten enthält das Tabaksteuergesetz hinsichtlich der zu verwendenden Mindestmengen von Inlandtabak besondere Vorschriften. Da nur durch Kenntnis der Bevorratung richtige Dispositionen sowohl von Pflanzern als auch von Industrie und Handel getroffen werden können, sind zuverlässige Angaben über die Rohtabakbestände bei Industrie und Handel erforderlich.

Der ausländische Rohtabak wird aus mehr als 35 Ländern bezogen. Er ist handels- und wirtschaftspolitisch ein bedeutsamer Faktor. Daher ist eine umfassende Unterrichtung über die Bestandsbewegung bei ausländischen Rohtabaken auch in sortenmäßiger Hinsicht und auch Provenienzen bei Handelsvertragsverhandlungen zwischen den Erzeugerländern und der Bundesrepublik von Wichtigkeit; sie bildet die Voraussetzung für Entscheidungen, die beim Aushandeln von Wert und Menge der Einfuhr und neuerdings auch bei Hilfsstellung gegenüber den unterentwickelten Ländern zu treffen sind. So wäre es z.B. ohne Kenntnis der vorhandenen Rohtabakbestände nicht möglich, Abnahme- oder Unterstützungszusagen gegenüber Lieferländern zu geben oder nicht erfüllbaren Forderungen in dieser Hinsicht entgegenzutreten. Eine wichtige Unterlage bildet die Rohtabakstatistik im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit, dies besonders innerhalb der EWG und bei den GATT-Verhandlungen. Da Tabak, der im Staatshaushalt eines jeden Landes eine große Rolle spielt, immer ein schwieriges Problem darstellt, muß die Bundesrepublik in der Lage sein, in gleicher Weise wie die Länder mit Monopol oder staatlich gelenkter Wirtschaft gewünschte Angaben machen zu können.



### III. Durchführung der Statistik

Von den Ländern werden die Statistiken nach §§ 5 und 6 wie bisher erhoben und aufbereitet. Die Statistiken nach §§ 2, 3, 4 und 7 werden vom Bund zentral durchgeführt. Es ist vorgesehen, daß die Statistik nach § 2 wie bisher vom Statistischen Bundesamt und die Statistiken nach §§ 3, 4 und 7 nach Maßgabe des § 9 Abs. 2 StatGes vom Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft erhoben und aufbereitet werden.

Die Weiterleitung von Einzelangaben (§ 9), die bereits in den entsprechenden Verordnungen vorgesehen war, ist aus sachlichen

Gründen notwendig, um den binnenwirtschaftlichen Erfordernissen und im Falle der Stahlstatistik (§ 2) den Anforderungen der Hohen Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl gemäß Artikel 47 des Montanvertrages entsprechen zu können.

### IV. Kosten der Statistik

Zusätzliche Kosten entstehen nicht, da die Erhebungen von den beauftragten Verwaltungsstellen nur in dem bisherigen Umfang weitergeführt werden.

## Bekanntmachung zum Gesetz über Statistiken der Rohstoff- und Produktionswirtschaft einzelner Wirtschaftszweige

Vom 7. Dezember 1960<sup>1)</sup>

1. Mit der Wahrnehmung der Aufgaben gemäß §§ 3, 4 und 7 des Gesetzes über Statistiken der Rohstoff- und Produktionswirtschaft einzelner Wirtschaftszweige vom 11. November 1960 (Bundesgesetzbl. I S. 842) habe ich das Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft in Frankfurt a. M. beauftragt.

2. Die gemäß §§ 3, 4 und 7 des Gesetzes einzureichenden Meldungen sind jeweils innerhalb von 10 Tagen nach Ablauf des Meldezeitraumes unter Verwendung der amtlichen

Erhebungsvordrucke in je einer Ausfertigung dem Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft und der fachlich zuständigen obersten Landesbehörde einzureichen.

Bonn, den 7. Dezember 1960.

Der Bundesminister für Wirtschaft  
In Vertretung  
Westrick

## Verordnung über die Durchführung einer Düngemittelstatistik

Vom 1. August 1957<sup>2)</sup>

Auf Grund des § 6 Abs. 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1314) verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

### § 1

Über die Versorgung mit Düngemitteln wird eine Bundesstatistik durchgeführt.

### § 2

Die Statistik erfaßt monatlich folgende Tatbestände:

1. Erzeugung, Einfuhr, Ausfuhr und Bestand an stickstoff-, phosphat- und kalihaltigen Düngemitteln und Mehrnährstoffdüngern und an Rohstoffen für die Herstellung von Düngemitteln, jeweils aufgliedert nach Arten;
2. Lieferung dieser Düngemittel und Rohstoffe an Verarbeiter;
3. Zugang und Abgang an diesen Düngemitteln.

### § 3

(1) Auskunftspflichtig nach § 10 des Gesetzes sind die Betriebe, die Düngemittel und Rohstoffe zur Herstellung von Düngemitteln erzeugen, einführen, ausführen und erstmalig in den Verkehr bringen.

(2) Die Meldungen nach § 2 sind monatlich bis zum 12. Tage des dem Berichtsmonat folgenden Monats in vier Ausfertigungen der fachlich zuständigen obersten Landesbehörde oder der von ihr bestimmten Stelle einzureichen.

(3) Die Weiterleitung von Einzelangaben nach § 12 Abs. 2 des Gesetzes ist zugelassen.

### § 4

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 17 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke auch im Land Berlin.

### § 5

Diese Verordnung gilt nicht im Saarland.

### § 6

Diese Verordnung tritt am 1. Oktober 1957 in Kraft. Sie tritt mit Ablauf des 30. September 1960 außer Kraft.

Bonn, den 1. August 1957.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers  
Blücher

Der Bundesminister für Wirtschaft  
Ludwig Erhard

<sup>1)</sup> Bundesanzeiger Nr. 240 S. 2. — <sup>2)</sup> Bundesanzeiger Nr. 148 S. 2.

# Gesetz über die Handwerkszählung 1956 (Handwerkszählungsgesetz 1956)

Vom 12. Juni 1956<sup>1)</sup>

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

## § 1

Im Kalenderjahr 1956 wird eine Handwerkszählung als Bundesstatistik durchgeführt.

## § 2

Die Handwerkszählung erfaßt die in der Anlage zu diesem Gesetz bezeichneten Tatbestände.

## § 3

Die Handwerkszählung erstreckt sich auf alle nach § 6 des Gesetzes zur Ordnung des Handwerks (Handwerksordnung) vom 17. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1411) in der Handwerksrolle eingetragenen Betriebe.

## § 4

(1) Die Handwerkskammern stellen den für die Durchführung der Zählung zuständigen Landesbehörden die Anschriften der nach § 3 auskunftspflichtigen Betriebe auf Anfordern zur Verfügung.

(2) Soweit bei der Durchführung der Zählung Handwerkskammern und Kreishandwerkerschaften zur Mitwirkung herangezogen werden, unterliegen sie den Vorschriften des § 12 Abs. 1 und des § 13 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1314).

## § 5

Die Weiterleitung von Einzelangaben aus Abschnitt A (Allgemeines) Nummern 1 bis 7 der Anlage zu diesem Gesetz nach § 12 Abs. 2 StatGes an die zuständige Handwerkskammer zur Ergänzung der Handwerksrolle ist zugelassen.

## § 6

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

## § 7

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.  
Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 12. Juni 1956.

Der Bundespräsident  
Theodor Heuss

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers  
Blücher

Der Bundesminister für Wirtschaft  
Ludwig Erhard

## Begründung<sup>2)</sup>

Das Handwerk hat mit 800 000 Betrieben und rund 3,8 Millionen Beschäftigten bei einem Jahresumsatz von über 35 Milliarden DM einen wesentlichen Anteil an der deutschen Volkswirtschaft. Seine Wertschöpfung von etwa 10 Milliarden DM wird nur von der Industrie mit 52,5 Milliarden DM und von der Land- und Forstwirtschaft mit 12,3 Milliarden DM übertroffen.

Die Kenntnis über diesen wichtigen Zweig der deutschen Wirtschaft ist daher sowohl für die Bundesregierung und die Länderregierungen als auch für die wissenschaftlichen Institutionen und für die weitere Öffentlichkeit von wesentlicher Bedeutung. Aus diesem Grunde wurde bereits im Jahre 1949 eine Handwerkszählung veranstaltet. Sie erbrachte erstmalig nach dem Kriege einen Überblick über die wesentlichsten Tatbestände im Handwerk des Bundesgebietes wie Zahl der Betriebe, Beschäftigte, Umsatz und dessen Unterteilung nach Neuherstellung, Reparaturen, Dienstleistungen und Handelsumsatz, Verbindung mit anderen Wirtschaftsbereichen, Anteil der Vertriebenen und Zuwanderer.

Die Wirtschaftsstruktur im Jahre 1949 war aber noch entscheidend von den außergewöhnlichen Verhältnissen aus der Zeit vor der Währungsreform beeinflusst, so daß die Ergebnisse dieser Zählung inzwischen überholt und für aktuelle wirtschaftspolitische Maßnahmen nicht mehr brauchbar sind. Während über die seither erfolgten Veränderungen in anderen Wirtschaftsbereichen hinreichend Kenntnisse auf Grund regelmäßig durchgeführter amtlicher Statistiken vorliegen, fehlen über das Handwerk zuverlässige Unterlagen völlig. Diese Unterlagen werden

aber dringend benötigt von den obersten Bundes- und Landesbehörden für Wirtschaft, Landwirtschaft und Ernährung, Arbeit, Vertriebene usw. nicht nur für gewerbe-, arbeitsmarkt- und sozialpolitische Maßnahmen, sondern auch für Vorhaben in den Zonenrand- und Sanierungsgebieten sowie für die Beobachtung der langfristigen Strukturwandlungen innerhalb der Handwerkswirtschaft und hinsichtlich ihrer Stellung in der gesamten Wirtschaft der Bundesrepublik. Die Handwerkszählung wird eine zuverlässige Grundlage für die Fortschreibung von Größenordnungen schaffen, welche die strukturelle und konjunkturelle Weiterentwicklung des Handwerks erkennen lassen.

Der Umfang der Zählung entspricht im allgemeinen demjenigen der Zählung von 1949. Lediglich für den betriebswirtschaftlichen Bereich werden die Wareneingänge und bei einem Teil der Betriebe die Material- und Warenbestände neu aufgenommen.

Da die Zählung alle in die Handwerksrolle eingetragenen Betriebe erfaßt, ist die Mitwirkung der Handwerkskammern insofern erforderlich, als nur bei diesen Stellen das Anschriftenmaterial vorliegt. Gleichzeitig ist vorgesehen, daß aus dem Abschnitt A des Zählungsbogens die Nrn. 1 bis 7 in Form einer Zweitschrift den Handwerkskammern zur Verfügung gestellt werden können, da diese Unterlagen unter das Auskunftsrecht der Handwerkskammern gemäß § 16 der Handwerksordnung fallen.

Die Zählung bedarf nach § 6 Abs. 1 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1314) der Anordnung durch ein Bundesgesetz.

<sup>1)</sup> BGBl. I S. 495. — <sup>2)</sup> Bundestagsdrucksache Nr. 2179 vom 2. März 1956 (siehe Vorbemerkung auf S. 156 oben).

	Nicht ausfüllen
<b>A. ALLGEMEINES</b>	
1. a) Vor- und Familienname des Betriebsinhabers oder Name der in das Handelsregister eingetragenen Firma	
<div style="display: flex; justify-content: space-between;"> <div style="width: 45%;">Betriebssitz: Gemeinde</div> <div style="width: 45%;">Kreis</div> </div> <div style="display: flex; justify-content: space-between; margin-top: 10px;"> <div style="width: 30%;">Straße</div> <div style="width: 10%;">Nr.</div> <div style="width: 30%;">Telefon: Amt</div> <div style="width: 10%;">Nr.</div> </div>	
b) Erster Inhaber (Name)	geb. am:
<div style="display: flex; justify-content: space-between;"> <div style="width: 45%;">Meisterprüfung abgelegt im Jahre</div> <div style="width: 45%;">bei Handwerkskammer</div> </div>	
c) Zweiter Inhaber (Name)	geb. am:
<div style="display: flex; justify-content: space-between;"> <div style="width: 45%;">Meisterprüfung abgelegt im Jahre</div> <div style="width: 45%;">bei Handwerkskammer</div> </div>	
2. Hauptsächlich ausgeübtes Handwerk (Handwerkszweig) nach beiliegendem Verzeichnis:	
3. Betreiben Sie außer Handwerk noch Landwirtschaft, eine Gaststätte, ein Verkehrsgewerbe, Handel (mit nicht selbst hergestellten Erzeugnissen) oder eine andere wirtschaftliche Tätigkeit?	ja oder nein
wenn ja:	
a) welche:	
b) überwiegt die handwerkliche Tätigkeit gegenüber jeder einzelnen der unter a) angegebenen Tätigkeiten; liegt also der wirtschaftliche Schwerpunkt des Betriebes gemessen an der Zahl der dafür eingesetzten Beschäftigten oder der geleisteten Arbeitsstunden im Handwerk?	ja oder nein
4. Gehört zum Handwerksbetrieb ein Ladengeschäft der gleichen Branche (auch Verkaufsraum oder Annahmestelle)?	ja oder nein
5. Ist der Betrieb handwerklicher Nebenbetrieb eines Unternehmens des Handels, der Landwirtschaft, der Industrie, des Verkehrs, der Energieversorgung oder eines sonstigen Wirtschaftszweiges?	ja oder nein
wenn ja:	
a) welchem Wirtschaftszweig gehört das Unternehmen an?	
b) wird der Nebenbetrieb von einer Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts betrieben (wie Bund, Land, Gemeinde, Gemeindeverband, Zweckverband, Sozialversicherungsträger)?	ja oder nein
6. Ist der Inhaber des Handwerksbetriebes im Handelsregister eingetragen?	ja oder nein
7. Besitzt der Betriebsinhaber (oder der Betriebsleiter) die Befugnis zur Anleitung von Handwerkslehrlingen?	ja oder nein
wenn ja:	
a) auf Grund einer Meisterprüfung im Handwerk?	ja oder nein
b) auf Grund einer Verleihung im Handwerk?	ja oder nein

			Nicht ausfüllen
8. Wenn Landwirtschaft einschl. Gartenbau (Eigenland und Pachtland — jedoch nicht Deputatland — zusammen) betrieben wird:			
a) wie groß ist die selbstbewirtschaftete Gesamtfläche? <sup>1)</sup>	Hektar	Ar	
b) wie groß ist die landwirtschaftliche Nutzfläche? <sup>2)</sup>	Hektar	Ar	
<div>1) Hier sind auch Waldland, Haus- und Hofraum, Wege, Gewässer usw. einzubeziehen. 2) Hierzu rechnen Acker, Gartenland, Wiese, Weide, Rebfläche, Obstanlagen, Baum- schulen und Korbweidenanlagen.</div>			
9. Arbeitet der Handwerksbetrieb			
a) ganz oder überwiegend im eigenen Gebäude bzw. auf eigenem Grundstück?		ja oder nein	
b) ganz oder überwiegend in gemieteten Räumen bzw. auf gemietetem oder gepachtetem Grundstück?		ja oder nein	
10. Machen Sie jährlich eine Inventur?			
		ja oder nein	
11. Melden Sie zur Industrieberichterstattung?			
		ja oder nein	
12. Gehört der Betriebsinhaber (oder der Betriebsleiter) einer Innung an?			
		ja oder nein	

B. ALTERSVERSORGUNG UND KRANKENVERSICHERUNG DES INHABERS			Nicht ausfüllen
1. In welcher Form haben Sie Ihre Altersversorgung geregelt?			
a) durch Angestelltenversicherung?		ja oder nein	
b) durch Lebensversicherung?		ja oder nein	
c) durch Halbversicherung (Halbdeckung in der Angestelltenversicherung)?		ja oder nein	
d) durch sonstige Versicherungen (z. B. Invalidenversicherung, Spezialversicherungen wie für Schornsteinfeger, Bäcker u. a.)?		ja oder nein	
e) Beziehen Sie bereits eine Rente aus einer dieser Versicherungen oder ist Ihnen eine Lebensversicherungssumme ausgezahlt worden?		ja oder nein	
2. Sind Sie Mitglied einer Krankenversicherung?			
a) bei einer Krankenkasse der Sozialversicherung (also einer Orts-, Land-, Betriebs-, Innungs-, Knappschaftskranken- kasse, einer Ersatzkasse oder der Seekasse)?		ja oder nein	
b) bei einer anderen Krankenkasse?		ja oder nein	

C. BESCHÄFTIGTE AM 31. 5. 1956		Zahl der Beschäftigten		
1. Beschäftigte Personen nach der Stellung im Betrieb		Insgesamt	darunter	
			weiblich	Vertriebene Zugewanderte
a) Tätige Inhaber .....				
b) Mithelfende Familienangehörige .....				
c) Betriebsleiter im Arbeitsmervverhältnis .....				
d) Gesellen und sonstige Facharbeiter .....				
e) Angelernte und ungelernte Arbeiter .....				
f) Handwerkslehrlinge (einschl. Umschüler) .....				
g) Anlernlinge .....				
h) Technische und kaufmännische Angestellte einschl. Gewerbegehilfnnen ...				
i) Technische und kaufmännische Lehrlinge .....				
Beschäftigte insgesamt (ohne Heimarbeiter): .....				

2. Wieviel Beschäftigte (ohne Inhaber) haben die Meisterprüfung in einem Handwerk bestanden?

insgesamt  
darunter weiblich

3. Wieviel Heimarbeiter werden beschäftigt? (Hier sind nur solche Personen zu zählen, für die der Betrieb eine Heimarbeiterkarte führt.)

insgesamt  
darunter weiblich

4. Wieviel Schwerbeschädigte sind im Betrieb tätig?

Schwerbeschädigte sind Personen, die von der für die Durchführung des Bundesversorgungsgesetzes zuständigen Behörde als solche anerkannt sind, und Personen, die durch behördliche Entscheidung den Schwerbeschädigten gleichgestellt sind.

a) Tätige Inhaber  
b) Sonstige Beschäftigte

5. Altersgliederung der tätigen Inhaber, Gesellen und sonstigen Facharbeiter:

Stellung im Betrieb	unter 25 Jahre	25 bis unter 30 Jahre	30 bis unter 35 Jahre	35 bis unter 40 Jahre	40 bis unter 45 Jahre	45 bis unter 50 Jahre	50 bis unter 60 Jahre	60 bis unter 65 Jahre	65 Jahre und mehr
a) Tätige Inhaber .....									
b) Gesellen und sonstige Facharbeiter .....									

D. LÖHNE, GEHÄLTER UND SOZIALBEITRÄGE IM KALENDERJAHR 1955

(einschl. Erziehungsbeihilfen für Lehrlinge)

(Für Inhaber und für mithelfende Familienangehörige, die in keinem Lohn- oder Lehrverhältnis stehen, ist kein Betrag anzusetzen. Handwerkliche Nebenbetriebe machen nur Angaben für diesen Nebenbetrieb.)

1. Bruttosumme der gezahlten Löhne (ohne Heimarbeiterlöhne) einschl. der gewährten Naturalbezüge (z. B. Kost, Logis)
2. Bruttosumme der gezahlten Löhne für Heimarbeiter
3. Bruttosumme der gezahlten Gehälter einschl. der gewährten Naturalbezüge (z. B. Kost, Logis)
4. Arbeitgeberanteile zu den Beiträgen zur Sozialversicherung
5. Beiträge zur Berufsgenossenschaft (Unfallversicherung)
6. Durchschnittliche Zahl der Lohn- und Gehaltsempfänger (ohne Heimarbeiter) im Kalenderjahr 1955 (Wo die Zahl der Lohn- und Gehaltsempfänger im Laufe des Jahres stark geschwankt hat, kann die Zahl geschätzt werden.)

Wert in vollen DM

E. ANTRIEBSMASCHINEN UND STROMVERBRAUCHENDE GERÄTE IM HANDWERKS BETRIEB (ohne Kraftfahrzeuge)

1. Elektro-Motoren (einschl. Einzelantrieb und eingebauter oder fest verbundener Motoren)
2. Sonstige stromverbrauchende Geräte und Gegenstände (ausgenommen für Raumbeleuchtung und Raumheizung)
3. Sonstige Antriebsmaschinen (hierher gehören Benzin-, Diesel-, Gas-, Windmotoren, Dampfmaschinen, Dampfturbinen, Wasserturbinen)

Stück	installierte / Gesamtleistung
	kW
	kW
	PS

F. UMSÄTZE IM KALENDERJAHR 1955

Die Umsatzangaben müssen auch die umsatzsteuerfreien Beträge enthalten. Bei fehlenden Unterlagen sollen die Aufteilung in Handwerks-, Handels- und sonstigen Umsatz sowie die Anteile am Handwerksumsatz gewissenhaft geschätzt und durch ein ☒ Kreuz gekennzeichnet werden. Handwerkliche Nebenbetriebe machen nur Angaben für diesen Nebenbetrieb.

1. Gesamtumsatz (ohne landwirtschaftlichen Umsatz)

Dieser setzt sich zusammen aus:

a) Handwerksumsatz

- Neuherstellung, Installation und Montage  
Reparaturen (für fremde Rechnung)  
Dienstleistungen (Friseure [z. B. Haarschneiden usw.,  
aber nicht Perückenmacherei], Färber, Gebäudereiniger usw.)

Handwerksumsatz insgesamt:

b) Handelsumsatz (Verkauf von fertig bezogenen Waren; Erzeugnisse, die selbst hergestellt oder bearbeitet oder eingebaut oder montiert werden, gehören zum Handwerksumsatz)

c) Sonstiger Umsatz (ohne landwirtschaftlichen Umsatz)

Gesamtumsatz (wie oben):

2. Von dem Gesamtumsatz entfallen auf:

- a) direkten Export (ohne Interzonenhandel)  
b) Export über den Handel (ohne Interzonenhandel), soweit bekannt

3. Besteht Ihr Umsatz überwiegend aus Lieferungen oder Leistungen an private Personen (also nicht an Behörden, Firmen usw.)?

ja oder nein

G. WARENEINGANG IM KALENDERJAHR 1955

(nach dem Wareneingangsbuch oder Material- und Warenkonto)

Wareneingang insgesamt:

- davon (gegebenenfalls geschätzt):  
1. Material zur Bearbeitung oder Verarbeitung  
2. Handelsware (Waren zum unmittelbaren Verkauf)

Die folgende Frage ist nur von den Betrieben zu beantworten, die jährlich eine Inventur machen:

H. MATERIAL- UND WARENBESTÄNDE

1. Fertigerzeugnisse und halbfertige Erzeugnisse aus eigener Werkstatt (einschl. angefangene Arbeiten)  
2. Bezogene Rohstoffe, Einbauteile, Zubehörteile  
3. Handelsware

insgesamt:

\*) Falls die Inventur nicht zum Jahresschluß durchgeführt wird, ist der Wert der Vorräte am nächstliegenden Inventurstichtag anzugeben.

Wenn zu den Abschnitten D, F, G und H wegen Neugründung bzw. Neuübernahme des Betriebes keine Angaben oder nur Teilangaben gemacht werden konnten, wird gebeten, den Monat und das Jahr der Neugründung bzw. der Übernahme hier anzugeben: Monat Jahr

Ich versichere, daß ich die Fragen nach bestem Wissen und Gewissen beantwortet habe.

Ort und Datum

Stempel und Unterschrift

# Gesetz über die Durchführung laufender Statistiken im Handwerk sowie im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe (HwGaStatG)

Vom 12. August 1960<sup>1)</sup>

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

## § 1

Über die Geschäftstätigkeit und den Wirtschaftsablauf im Handwerk und im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe werden laufende Repräsentativ-Erhebungen als Bundesstatistik durchgeführt. Die Erhebungen umfassen

1. eine Umsatz-Schnellstatistik in wichtigen Zweigen des Handwerks (Handwerksstatistik),
2. eine Umsatz-Schnellstatistik im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe (Gaststättenstatistik).

## § 2

- (1) Die Handwerksstatistik (§ 1 Nr. 1) erfaßt

1. vierteljährlich den Umsatz sowie die Zahl der Beschäftigten,
2. in den Jahren 1962 und 1965 für die Erhebungsjahre 1961 und 1964, in der Folge in Zeitabständen von 4 Jahren, die Wareneingänge und die Warenvorräte.

(2) Auskunftspflichtig sind die nach § 6 des Gesetzes zur Ordnung des Handwerks (Handwerksordnung) vom 17. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1411) in der Handwerksrolle eingetragenen Betriebe.

(3) Die Handwerksstatistik wird bei höchstens 35 000 der in Absatz 2 bezeichneten Betriebe durchgeführt.

## § 3

(1) Die Gaststättenstatistik (§ 1 Nr. 2) erfaßt monatlich den Umsatz sowie die Zahl der Beschäftigten.

(2) Auskunftspflichtig sind die Unternehmen des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes. Bei Unternehmen mit mehreren Niederlassungen sind auch die einzelnen Niederlassungen auskunftspflichtig.

(3) Die Gaststättenstatistik wird bei höchstens 15 000 der in Absatz 2 bezeichneten Unternehmen durchgeführt.

## § 4

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

## § 5

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 12. August 1960.

Der Bundespräsident  
Lübke

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers  
Ludwig Erhard

Der Bundesminister für Wirtschaft  
Ludwig Erhard

## Begründung<sup>2)</sup>

### I. Notwendigkeit und Bedeutung der Berichterstattung im Rahmen der Wirtschaftsstatistik

Bei den Wirtschaftsbereichen der Industrie, des Groß- und Einzelhandels werden bereits seit geraumer Zeit für die kurzfristige Beobachtung der strukturellen, konjunkturellen und saisonalen Entwicklung gesetzlich angeordnete Statistiken durchgeführt. Für das vornehmlich mittelständisch strukturierte Handwerk und Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe dagegen fehlt es an entsprechenden statistischen Unterlagen völlig, obwohl beide Bereiche nahezu 1 Million Betriebe zählen, die jährlich über 70 Milliarden DM umsetzen.

Im *Handwerk* wurden in den Jahren 1949 und 1956 Zählungen durchgeführt, die alle Handwerksbetriebe erfaßten und einen tiefgegliederten Einblick in die langfristigen Entwicklungstendenzen ermöglichten. In der dynamischen Wirtschaft ergeben sich jedoch ständig Veränderungen erheblichen Umfanges, auf deren Beobachtung nicht verzichtet werden kann, wenn die sich vollziehenden Umschichtungen mit ihren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rückwirkungen möglichst frühzeitig erkannt werden sollen. Im Gegensatz zu den umfangreichen Frageprogrammen der Zählungen genügt für die kurzfristige Orientierung eine repräsentative und damit kostensparende Erfassung von ausgewählten Handwerksbetrieben. Der Zentralverband des Deutschen Handwerks hat bereits im Laufe der letzten 10 Jahre freiwillige Befragungen in einigen Bundesländern durchgeführt. Es gelang aber nicht, in allen Ländern eine für Bundeszwecke ausreichende Statistik zu entwickeln, wenn auch für einzelne regionale Gebiete Ergebnisse von allgemein anerkanntem Werte erzielt wurden. Unter dem Gesichtspunkt der zunehmenden Bedeutung von wirtschaftspolitischen Maßnahmen auf dem Gebiete

der mittelständischen Bereiche wird eine amtlich erhobene und durchgeführte Handwerksberichterstattung dringlich, die sich jedoch auf diejenigen Zweige beschränken soll, die in stärkerem Maße konjunkturellen und saisonalen Einflüssen unterliegen oder wegen ihrer Bedeutung oder wegen ihrer Strukturveränderungen sorgfältig beobachtet werden müssen. Die Handwerksberichterstattung hat eine monatliche Beobachtung der Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung dieser Handwerkszweige zum Hauptgegenstand. Darüber hinaus ist vorgesehen, in Abständen von 4 Jahren den Wareneingang und die Warenbestände zu erfassen. Für die Ermittlung des Beitrages des gesamten Handwerks zum Sozialprodukt ist eine fachliche Gliederung nach Handwerkszweigen erforderlich, um zwischen den Kostenstrukturerhebungen Anhaltspunkte für eine Schätzung des Materialverbrauchs und der Gesamtvorräte des Handwerks zu gewinnen. Für die repräsentative Erfassung des gesamten Handwerks mit rd. 750 000 Betrieben wird eine Stichproben-Auswahl von höchstens 35 000 Betrieben der verschiedenen Größenklassen ausreichen, um die Entwicklung des Handwerks in regionaler und fachlicher Gliederung darstellen zu können.

Ebenso wie im Handwerk fehlt es auch im *Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe* an jeglichem amtlichen statistischen Material, das kurzfristige Analysen auf diesem Gebiete zuläßt. Das Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe erfuhr im letzten Jahrzehnt beachtliche Wandlungen. Auf Kosten des Warenverkehrs sind die Dienstleistungen in den Vordergrund getreten, bei denen vornehmlich die Leistungen für den Reiseverkehr von Jahr zu Jahr zugenommen haben, die ihren Niederschlag in den Umsätzen der Gaststätten und Hotels fanden. Die vorgesehene Statistik soll somit einen Indikator liefern, der die in jüngster Zeit zunehmende Verlagerung des Verbrauchs auf Grund der Veränderung von Beschäftigung und Umsatz im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe anzeigen würde, zumal die statistischen

<sup>1)</sup> BGBl. I S. 689. — <sup>2)</sup> Bundestagsdrucksache Nr. 1547 vom 18. Januar 1960 (siehe Vorbemerkung auf S. 156 oben).

Unterlagen über die Verwendung der Einkommen kurzfristig wenig Aufschluß über diese Tendenzen geben. Die in der Fremdenverkehrsstatistik nachgewiesenen Beherbergungen reichen für die Darlegung dieses Sachverhalts nicht aus. Die Berichtspflicht

für mittels Stichprobe ausgewählte 15 000 von insgesamt 165 000 Unternehmen des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes dürfte sicherstellen, daß auch ein zureichender Repräsentationsgrad für die Ergebnisse nach Ländern sichergestellt ist.

II. Kostenberechnung

Die Durchführung des o.g. Gesetzes wird nach den Schätzungen der Statistischen Landesämter und des Statistischen Bundesamtes folgende neue Kosten erfordern:

A. Handwerksstatistik (§ 1 Nr. 1)

	insgesamt DM	davon	
		persönliche Kosten DM	sächliche Kosten DM
1. Kosten der Statistischen Landesämter .....	566 000	395 000	171 000
2. Kosten des Statistischen Bundesamtes .....	65 000	32 000	33 000
3. insgesamt .....	631 000	427 000	204 000

B. Gaststättenstatistik (§ 1 Nr. 2)

	insgesamt DM	davon	
		persönliche Kosten DM	sächliche Kosten DM
Kosten der Statistischen Landesämter .....	140 000	100 000	40 000

Beim Statistischen Bundesamt werden zusätzliche Haushaltsmittel nicht benötigt.

Gesetz über eine Statistik  
der Wohn- und Mietverhältnisse und des Wohnungsbedarfs (Wohnungsstatistik 1956/57)  
Vom 17. Mai 1956<sup>1)</sup>

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

- (1) Im Geltungsbereich dieses Gesetzes wird eine Statistik der Wohn- und Mietverhältnisse und des Wohnungsbedarfs (Wohnungsstatistik 1956/57) durchgeführt.
- (2) Die Wohnungsstatistik 1956/57 besteht aus einer allgemeinen Erhebung, einer repräsentativen Erhebung und einer repräsentativen Zusatzerhebung.

(3) Die allgemeine Erhebung und die repräsentative Erhebung werden im September 1956, die repräsentative Zusatzerhebung wird erstmalig in den Monaten März bis Mai 1957 durchgeführt. Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnungen mit Zustimmung des Bundesrates repräsentative Zusatzerhebungen für die Jahre 1958, 1960 und 1962 anzuordnen.

§ 2

Bei der allgemeinen Erhebung sind die folgenden Tatbestände zu erfassen:

- hinsichtlich der Wohnungen
  - die Art der Wohnungen,
  - die Größe der Wohnungen nach ihrer Raumzahl und die Wohnungsmiete;
- hinsichtlich der Wohnparteien
  - die Haushaltsmitglieder nach Alter, Geschlecht, Familienstand, Stellung zum Haushaltungsvorstand und Zugehörigkeit zu einer Geschädigtengruppe sowie Arbeitsort und Wohnsitz,
  - die gegenwärtige Unterbringung nach Wohnform und Mietverhältnis;
- hinsichtlich der Anstalten  
die Anstaltsinsassen und das Personal nach Alter, Geschlecht, Familienstand und Zugehörigkeit zu einer Geschädigtengruppe.

§ 3

Bei der repräsentativen Erhebung sind über die Feststellungen nach § 2 hinaus die folgenden Tatbestände zu erfassen:

- für eine Auswahl von 10 vom Hundert der Wohnungen die Belegung der Wohnungen mit Wohnparteien und Personen;
- für die in den gemäß Nummer 1 ausgewählten Wohnungen lebenden Wohnparteien
  - die soziale Stellung des Haushaltungsvorstandes,
  - die vorwiegende Einkommensquelle der Haushaltung,
  - die Zahl der von der Haushaltung bewohnten Räume.

§ 4

Bei der repräsentativen Zusatzerhebung sind über die Feststellungen nach §§ 2 und 3 hinaus die folgenden Tatbestände zu erfassen:

- für eine Auswahl von 10 vom Hundert der bei der repräsentativen Erhebung erfaßten Wohnungen
  - die Ausstattung der Wohnungen,
  - die Wohnfläche nach qm;
- für die in den gemäß Nummer 1 ausgewählten Wohnungen lebenden Wohnparteien
  - die Einkommen,
  - die Wohnwünsche nach Größe, Lage und Ausstattung der Wohnungen und nach der Wohnform,
  - die Finanzierungsmöglichkeiten und die Mietzahlungsbereitschaft,
  - die Untermiete.

§ 5

(1) Auskunftspflichtig nach § 10 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1314) sind die Haushaltungsvorstände, Wohnungsinhaber und Grundstückseigentümer oder -verwalter oder deren Vertreter. Die Auskünfte nach § 4 Nr. 2 Buchstabe a sind freiwillig.

<sup>1)</sup> BGBl. I S. 427.



(2) Die zu erfassenden Tatbestände werden für die allgemeine Erhebung und die repräsentative Erhebung mittels Erhebungsvordrucke, für die repräsentative Zusatzerhebung im Wege der mündlichen Befragung erhoben.

#### § 6

Die repräsentative Zusatzerhebung für das Jahr 1957 wird durch das Statistische Bundesamt aufbereitet.

#### § 7

Zur Durchführung der Erhebungen werden ehrenamtliche Zähler bestellt.

#### § 8

(1) Die Behörden des Bundes, der Länder, der Gemeinden und der Gemeindeverbände sowie die sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts sind verpflichtet, ihren Beamten, Angestellten und Arbeitern in dem von den Erhebungsstellen angeforderten Umfang Gelegenheit zur Ausübung der Zählertätigkeit unter Fortzahlung der Bezüge zu geben.

(2) Lebenswichtige öffentliche Betriebe dürfen durch die Verpflichtung nach Absatz 1 in ihrer Tätigkeit nicht unterbrochen werden.

#### § 9

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin. Rechtsverordnungen, die auf Grund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes.

#### § 10

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 17. Mai 1956.

Für den Bundespräsidenten  
Der Präsident des Bundesrates  
von Hassel

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers  
Blücher

Der Bundesminister für Wohnungsbau  
Dr. Preusker

### Begründung<sup>1)</sup>

#### I. Allgemeiner Teil

Durch die intensive Wohnungsbautätigkeit der vergangenen Jahre ist es zwar gelungen, die durch Kriegszerstörungen und Vertreibung entstandene beispiellose Wohnungsnot zu mildern und die unerträgliche Beengung der Wohnungsverhältnisse aufzulockern. Unbeschadet dessen stehen aber vor allem für die kommenden 5 bis 7 Jahre noch große Aufgaben an, wenn die Wohnungsnot bis dahin annähernd beseitigt, das Mietenproblem gelöst und die Wohnungswirtschaft im ganzen Schritt für Schritt in den Bereich der sozialen Marktwirtschaft eingegliedert werden soll. Im übrigen haben sich im vergangenen Jahr fünf durch die wirtschaftlichen Entwicklungstendenzen, durch die Wanderungsbewegung, die gesetzliche Umsiedlung u. a. m. erhebliche räumliche Verschiebungen in den Wohnungsverhältnissen vollzogen, wie sich auch die Unterversorgung mit Wohnungen innerhalb der einzelnen Bevölkerungsgruppen in unterschiedlichem Maße verändert und verbessert hat. Es ist eine Erfahrungstatsache aus der Wohnungspolitik des Bundes, der Länder und der Wohnungswirtschaft selbst, daß das empirische Rüstzeug, das aus der Wohnungszählung vom 13. September 1950 sowie aus den Fortschreibungen und den laufenden Statistiken gewonnen werden kann, nicht ausreicht, die wohnungspolitischen Maßnahmen im Hinblick auf die veränderten Verhältnisse zielbezogener als bisher und mit noch größerer Aussicht auf Erfolg zu treffen. Im Rahmen der wohnungspolitischen Zielsetzung spielt der allmähliche Abbau der hohen generellen Subventionen für den Wohnungsbau eine besondere Rolle.

Die der Erhebung der Wohn- und Mietverhältnisse und des Wohnungsbedarfs im einzelnen gestellten Aufgaben sind folgende:

1. Die seit Jahren fortgeschriebenen und z. T. geschätzten Unterlagen für die Verteilung der Wohnbauförderungsmittel des Bundes auf die Länder und für die Aufschlüsselung der Förderungsmittel innerhalb der Länder reichen nach allseitiger Auffassung für eine sachlich vertretbare Aufschlüsselung nicht mehr aus. Es ist notwendig, aus einer neuen Feststellung der Wohnparteien und der Wohnungen neue und zuverlässige Unterlagen über die Höhe des meßbaren Wohnungsdefizits zu gewinnen. Nach den Vorbereitungsarbeiten für die Erhebung sollen diese Feststellungen als Vorergebnis bereits einige Monate nach Durchführung der Erhebung, im Spätsommer nächsten Jahres, vorliegen.

<sup>1)</sup> Bundestagsdrucksache Nr. 2145 vom 29. Februar 1956 (siehe Vorbemerkung auf S. 156 oben).

2. Bei den wohnungspolitischen Maßnahmen der vergangenen Jahre konnte bisher nicht genügend darauf Bedacht genommen werden, auch den vorhandenen Wohnungsbestand möglichst weitgehend für die Wohnungsverversorgung, insbesondere der einkommensschwachen Bevölkerungskreise, nutzbar zu machen. Maßnahmen in dieser Richtung müssen davon ausgehen, festzustellen, wie sich die Wohnparteien und Haushaltungen in der Bundesrepublik gegenwärtig auf den vorhandenen Wohnungsbestand verteilen, wie es um das Zusammenwohnen mehrerer Familien in einer Wohnung steht, wie hoch die Wohndichte im einzelnen ist u. a. m. Aus diesen Feststellungen und aus Ermittlungen über die künftigen Absichten der Haushaltungen können Schlüsse darüber abgeleitet werden, in welchem Umfang und welche Art von Wohnraum mit fortschreitender Bautätigkeit am Markt als Angebot in Erscheinung treten kann.
3. Die Bemühungen der Wohnungspolitik um eine Förderung der individuellen Eigentumsbildung in der Wohnungswirtschaft werden wesentlich gefördert werden können, wenn ermittelt wird, inwieweit gegenwärtig in den einzelnen Bevölkerungsschichten und Gebietsteilen die Familien schon als Eigentümer wohnen oder zur Miete oder Untermiete und inwieweit konkrete Absichten auf Eigentumsbildung bestehen.
4. Die weiteren mietpolitischen Entscheidungen können organisch nur von einem zahlenmäßig fundierten Bild des gegenwärtigen Mietgefüges und der Mietabstufung im einzelnen ausgehen. Dabei kommt den Feststellungen über die Auswirkung des Ersten Bundesmietengesetzes vom 27. Juli 1955 (BGBl. I S. 458) eine besondere Bedeutung zu.
5. Die aus den gegebenen Einkommensverhältnissen und der Miethöhe resultierende Mietbelastung der Haushaltungen und Familien ist Ausgangspunkt für Überlegungen und Entscheidungen, wie die ermittelte angestrebte Verbesserung der individuellen Wohnverhältnisse hinsichtlich Art, Größe und Ausstattung der Wohnungen und der geäußerten Mietzahlungsbereitschaft verwirklicht werden kann.
6. Auch gegenwärtig leben noch größere Teile der Bevölkerung in Notwohnungen und sonstigen Notunterkünften. Wenn diese unzureichenden Behausungen baldmöglichst beseitigt werden sollen, muß erst festgestellt werden, welchen Umfang sie haben, wo sie liegen und wer darin wohnt.

7. Die wesentlichen Unterschiede in der gegenwärtigen Wohnungsversorgung der einzelnen Bevölkerungsgruppen stellen die Aufgabe, daß untersucht wird, inwieweit insbesondere die Vertriebenen, die durch Wohnungsverlust Kriegssachgeschädigten und die aus der sowjetischen Besatzungszone Geflüchteten gegenwärtig noch unzureichend untergebracht sind. Bei der besonderen Bedeutung, die der Lastenausgleichsfonds für die Förderung des Wohnungsbaues der Lastenausgleichsberechtigten hat, ist die Feststellung der wohnlichen Unterbringung der Lastenausgleichsberechtigten ein besonderes Anliegen.
8. Neben diesen aus der Wohnungspolitik kommenden Aufgaben berücksichtigt der Gesetzentwurf auch Anforderungen, welche anderen Aufgaben dienen. Seitens der Länder wurde die Feststellung neuer Bevölkerungszahlen für die Gemeinden für erforderlich gehalten, um Unterlagen für Fragen des Finanzausgleichs und Schlüsselberechnung zu gewinnen. Außerdem soll die Fortschreibung der Bevölkerungszahlen in Bund, Ländern und Gemeinden auf eine neue Grundlage gestellt werden. Damit in Zusammenhang steht die Forderung nach Feststellung der Zahl der Personen nach einzelnen Geschädigtengruppen des letzten Krieges im Rahmen der Bevölkerungszahlen. Schließlich werden für die vom Bundesrat auf seiner Sitzung vom 3. Dezember 1954 — BR-Drucksache 374/54 — (Beschluß vom 4. Dezember 1954) angeregte Überarbeitung des Ortsklassenverzeichnisses Unterlagen über die Wohnungsmieten benötigt, welche von Angehörigen des öffentlichen Dienstes in den einzelnen Gemeinden gezahlt werden. Da auch hierfür die Unterlagen aus der Wohnungszählung 1950 nicht ausreichen, soll die Gelegenheit der Durchführung von Erhebungen in allen Wohnungen für Zwecke der Wohnungsstatistik auch dazu benutzt werden, um die für diesen letzten Zweck erforderlichen Unterlagen zu beschaffen.

Einzelheiten über die vorgesehenen Regelungen sind im Besonderen Teil dieser Begründung näher erläutert. Die Gesamtkosten der Statistik belaufen sich nach Voranschlägen, die unter Verwendung von Stellungnahmen der Länder und des Deutschen Städtetages vom Statistischen Bundesamt aufgestellt wurden, auf rund 17 Millionen DM. Soweit schon jetzt übersehbar, würde die öffentliche Wohnungsbauförderung bei Fortführung der bisherigen Maßnahmen in den kommenden 5 bis 7 Jahren insgesamt etwa 15 bis 20 Milliarden DM öffentliche Mittel von Bund, Ländern und Gemeinden sowie aus dem Lastenausgleich erfordern. Wenn die Ergebnisse der neuen Erhebung nur die Wirkung haben, daß in den kommenden Jahren 1 Milliarde DM der sonst erforderlichen öffentlichen Mittel eingespart werden könnte, so sind die Kosten der Erhebung mit 1,7 v. H. dieses Betrages schon um ein Vielfaches aufgewogen.

## II. Besonderer Teil

### Zu § 1

Die Wohnungsstatistik 1956 wird aus Gründen der Kostenersparnis dreiteilig durchgeführt. Das Hauptgewicht der Feststellungen über die Wohnverhältnisse und über den Wohnungsbedarf liegt bei der repräsentativen Auswertung, in die 10 v. H. der Wohnungen und Wohnparteien einbezogen werden. Weil aus erhebungstechnischen Gründen bestimmte wichtige Angaben über den evtl. Wohnungsbedarf im Rahmen dieser 10 v. H.-Erhebung nicht erfaßt werden können, ist außerdem eine repräsentative Zusatzerhebung vorgesehen, welche sich der Interviewbefragung bedient.

Beide Erhebungen sind so angelegt, daß die Ergebnisse der repräsentativen Zusatzerhebung auf die Ergebnisse der 10 v. H.-Erhebung übertragen werden können.

Den von Bundesdienststellen und vor allem von Dienststellen der Länder und Gemeinden angemeldeten Anforderungen auf regionale, weitgehend aufgegliederte Zahlen wird durch Vorschaltung einer Totalerhebung vor die genannten Repräsentativerhebungen entsprochen. Diese Totalerhebung ist auf die Grundtatbestände erstreckt, die für die verschiedenen Zwecke benötigt

werden und wird — aus Gründen der Kostenersparnis — nur in Form eines einfachen Auswertungsprogramms aufbereitet. Im übrigen dienen die gleichen Feststellungen zusammen mit den zusätzlichen Feststellungen der Teilerhebungen den bereits erwähnten ausführlichen Repräsentativaufbereitungen. Darüber hinaus ermöglicht die Totalerhebung auch eine den wissenschaftlichen Anforderungen voll entsprechende Auswahltechnik für die Repräsentativerhebungen und kommt insofern auch deren Ergebnissen zugute.

Aus diesem Grunde werden die Totalerhebung und die Repräsentativerhebung auch in einem Zuge durchgeführt. Der Erhebungsstichtag im Monat Mai ist vorgesehen, weil die Hauptergebnisse der Totalerhebung bereits bei den Beratungen über die Verteilung der Förderungsmittel im Spätsommer 1956 verwendet werden sollen. Die repräsentative Zusatzerhebung wird dagegen nachträglich durchgeführt, weil das Erhebungsmaterial der 10 v. H.-Stichprobe die Grundlage für die Auswahl der zu besuchenden Haushaltungen in der Zusatzerhebung bildet. Bei der Wahl des Erhebungszeitraumes für die repräsentative Zusatzerhebung mußte berücksichtigt werden, daß die Erhebung nicht während der Hauptreisezeit angesetzt wird, aber auch nicht in zu großem Abstand von den vorhergehenden Erhebungen stattfindet.

§ 1 Abs. 3 sieht auch eine Ermächtigung der Bundesregierung vor, die repräsentative Zusatzerhebung in zweijährigem Turnus bis 1962 zu wiederholen. Durch diese Wiederholung sollen jeweils diejenigen Tatbestände für die aktuelle Ausrichtung der Wohnungspolitik erfragt werden, die einem kurzfristigen Wandel unterliegen oder eventuell in Zukunft neu in den Blickpunkt der Wohnungspolitik treten. Die Ermächtigung der Bundesregierung in diesem Gesetz ist notwendig, weil die repräsentativen Zusatzerhebungen voraussichtlich nicht im Rahmen der Bestimmungen des § 6 Abs. 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1314) durchgeführt werden können.

### Zu § 2

Hier werden die Tatbestände festgelegt, welche für die Erstellung der Grundzahlen in feiner regionaler Gliederung (gemeindeweise) erforderlich sind. Diese dienen wohnungspolitischen Zwecken durch die Ermittlungen des Wohnungsdefizits und der Notunterkünfte unter besonderer Berücksichtigung der Vertriebenen und Zugewanderten wie der Lastenausgleichsberechtigten. Außerdem ist bei den festgelegten Tatbeständen berücksichtigt, daß von den Ländern und Gemeinden eine neue Feststellung der Wohnbevölkerungszahl für notwendig erklärt wurde. Die Feststellung über die Wohnungsmieten soll die heutige Mietpreissituation nach den beiden inzwischen erfolgten Mietpreismaßnahmen darstellen und die Möglichkeit bieten, für die Überprüfung des Ortsklassenverzeichnisses die von den im öffentlichen Dienst beschäftigten Personen gezahlten Wohnungsmieten gemeindeweise nachzuweisen.

### Zu § 3

Die hier festgelegten Tatbestände bilden mit den im § 2 festgelegten Angaben zusammen die Grundlage, um diese persönlichen und wohnungsmäßigen Verhältnisse der Wohnparteien genau feststellen und den echten Wohnungsbedarf aus den Ergebnissen der Aufbereitung ablesen zu können.

Durch die 10 v. H.-Erhebungen werden etwa 1,7 Millionen Haushaltungen in 1,3 Millionen Wohnungen befragt. Diese Auswahlquote ist so bemessen, daß noch ausreichend gesicherte statistische Zahlen entsprechend dem vorgesehenen Auswertungsprogramm in regionaler Gliederung (teilweise bis auf Stadtkreise und Landkreise hinab) erwartet werden können. Das Auswahlverfahren ist so angelegt, daß Berechnungen der entsprechenden Zahlen für die gesamte Bevölkerung möglich sind.

### Zu § 4

Für die richtige Beurteilung der Wohnverhältnisse und des Wohnungsbedarfs sind über die in §§ 2 und 3 erfaßten Tatbestände hinaus auch verschiedene Angaben notwendig, welche nur auf dem Wege der mündlichen Befragung gewonnen werden

können. Die hierfür in Frage kommenden Tatbestände sind in § 4 im einzelnen festgelegt. Der Umstand, daß diese Feststellungen nur auf dem Wege der Befragung erfolgen können, macht eine Verringerung des Umfangs der Auswahlmasse erforderlich. Es werden deshalb nur 10 v. H. der nach § 3 erfaßten Repräsentativauswahl (d. s. 1 v. H. der insgesamt vorhandenen Wohnungen und Wohnparteien) mündlich befragt. Es sind dies rund 170 000 Wohnparteien in rund 130 000 Wohnungen.

#### Zu § 5

Der Kreis der zu befragenden Personen wurde entsprechend den zu erhebenden Tatbeständen und den Erfahrungen aus der Zählung 1950 festgelegt. Die Befragten sollen gemäß § 10 des Statistischen Gesetzes auskunftspflichtig sein. Auf den Zwang zur Auskunftserteilung soll lediglich bei den Einkommensfeststellungen verzichtet werden, um einen Druck auf die Befragten, der bei diesem Fragenkomplex zu falschen Angaben führen könnte, zu vermeiden.

#### Zu § 6

Für die zusammengefaßte Aufbereitung der Unterlagen aus der repräsentativen Zusatzerhebung für 1956 spricht die Erfahrung, daß das schwierige Gebiet der Wohnungswünsche und der Einkommen nicht voraussehbare und daher nicht vorher durch Richtlinien für eine dezentrale Aufbereitung regelbare Fragen aufwerfen wird. Aus der ersten Erhebung werden jedoch ausreichende Erfahrungen gesammelt werden können, um zu beurteilen, ob sich bei künftigen Erhebungen die Aufbereitung entsprechend den allgemeinen Grundsätzen der Arbeitsteilung regeln läßt. Deshalb ist die Regelung auf die Erhebung des

Jahres 1956 beschränkt. Es ist vorgesehen, die entsprechenden Arbeiten bei der Zweigstelle des Statistischen Bundesamts in Berlin durchführen zu lassen.

#### Zu §§ 7 und 8

Wie bei der Zählung von 1950 sollen die Erhebungen für die Wohnungsstatistik 1956 durch ehrenamtlich bestellte Zähler durchgeführt werden. Dies gilt auch für die Ermittler bei der mündlichen Befragung, schließt aber den Spesenersatz nicht aus. Nach allgemeiner Erfahrung ist es schwierig, ehrenamtliche Mitarbeiter aus privaten Bevölkerungskreisen zu gewinnen. Aus diesem Grunde ist durch den § 8 den Erhebungsstellen die Möglichkeit geboten, auf das Personal der Behörden des Bundes, der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und der sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts zurückzugreifen.

#### Zu § 9

Die Erhebungen sollen außer auf die neun Länder des Bundesgebiets auch auf West-Berlin ausgedehnt werden. Dabei ist berücksichtigt, daß die Wohnverhältnisse und der Wohnungsbedarf in Berlin getrennt von denen des Bundesgebiets beurteilt werden.

#### Zu § 10

Das Gesetz soll möglichst zum Beginn des Jahres 1956 in Kraft treten, damit die Vorbereitungsarbeiten für die Erhebung — die (mit Ausnahme der Interview-Feststellungen) mit Stichtag 14. Mai 1956 durchgeführt werden soll — rechtzeitig eingeleitet und durchgeführt werden können.

### Verordnung über eine Zusatzerhebung zur Wohnungsstatistik 1956/57

Vom 23. Dezember 1959<sup>1)</sup>

Auf Grund des § 1 Abs. 3 des Gesetzes über eine Statistik der Wohn- und Mietverhältnisse und des Wohnungsbedarfs (Wohnungsstatistik 1956/57) vom 17. Mai 1956 (Bundesgesetzbl. I S. 427) verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

#### § 1

Im Geltungsbereich des Gesetzes über die Wohnungsstatistik 1956/57 wird im Jahre 1960 eine repräsentative Zusatzerhebung zur Wohnungsstatistik 1956/57 durchgeführt.

#### § 2

Bei der repräsentativen Zusatzerhebung sind die im § 4 in Verbindung mit den §§ 2 und 3 des Gesetzes über die Wohnungsstatistik 1956/57 angeführten Tatbestände zu erfassen.

#### § 3

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 9 des Gesetzes über die Wohnungsstatistik 1956/57 auch im Land Berlin.

#### § 4

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Bonn, den 23. Dezember 1959.

Für den Bundeskanzler.

Der Bundesminister für Verkehr  
Seehofer

Der Bundesminister für Wohnungsbau  
Lücke

### Gesetz über die Durchführung von Statistiken der Bautätigkeit (BauStatG)

Vom 20. August 1960<sup>2)</sup>

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

#### § 1

Im Geltungsbereich dieses Gesetzes werden laufend Statistiken

1. der Bautätigkeit im Hochbau (Hochbaustatistik) und im Tiefbau (Tiefbaustatistik) sowie
2. der erstmaligen Wohnraumvergaben (Wohnraumvergabe-statistik) durchgeführt.

#### § 2

(1) Die Hochbaustatistik erfaßt die genehmigungs- oder zustimmungspflichtigen und die anzeigepflichtigen Baumaßnahmen,

<sup>1)</sup> Bundesanzeiger Nr. 1 S. 1. — <sup>2)</sup> BGBl. I S. 704.

bei denen Wohnraum oder anderer Nutzraum durch Bautätigkeit zu- oder abgeht, baulich verändert oder einem anderen Verwendungszweck zugeführt wird oder durch baupolizeiliche Maßnahmen, Schadensfälle oder Abbruch verlorengeht.

(2) Sie erstreckt sich auf Feststellungen über die genehmigten, begonnenen und fertiggestellten Bauvorhaben und auf den Bauzustand am Jahresende. Sie erfaßt dabei Lage, Art, Größe, Ausstattung, Baukosten und Bauherren der Gebäude, Wohnungen und Wohnräume sowie die Art der Baumaßnahme.

(3) Bei Baumaßnahmen des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaues erstreckt sie sich außerdem auf Feststellungen über die Bewilligungen öffentlicher Mittel und die Art ihres Einsatzes, über die Gesamtkosten in der Aufgliederung nach § 5 der

Zweiten Berechnungsverordnung vom 17. Oktober 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 1719), die Finanzierung, die Grundstücksgröße und die Rechtsform der Nutzung sowie über die Zweckbindung der geförderten Wohnungen und die genehmigten Durchschnittsmieten.

### § 3

Die Tiefbaustatistik erfaßt die vergebenen Tiefbauaufträge mit einem Auftragswert von 25 000 Deutsche Mark und mehr nach Bauherren, Art der Baumaßnahme, Auftragswert und voraussichtlicher Abwicklungsdauer.

### § 4

Die Wohnraumvergabestatistik erfaßt die erstmaligen Vergaben neugeschaffener Wohnungen und Wohnräume des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaues sowie eine Aufgliederung der Vergaben nach Personengruppen.

### § 5

Auskunftspflichtig sind

1. für die Hochbaustatistik die Bauherren, die Bauaufsichtsbehörden, die Bewilligungsstellen und für die Feststellung des Bauzustandes am Jahresende auch die Gemeinden,
2. für die Tiefbaustatistik die auftragvergebenden Stellen des Bundes, der Länder, der Gemeinden mit 5000 und mehr Einwohnern, der Gemeindeverbände, der sonstigen juristischen Personen des öffentlichen Rechts und der juristischen

Personen des privaten Rechts, an denen die öffentliche Hand maßgeblich beteiligt ist,

3. für die Wohnraumvergabestatistik die für die Wohnraumvergaben zuständigen Behörden.

### § 6

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

### § 7

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft, mit Ausnahme des § 3 und des § 5 Nr. 2, die am 1. Januar 1960 in Kraft treten.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 20. August 1960.

Der Bundespräsident

Lübke

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers

Ludwig Erhard

Der Bundesminister für Wohnungsbau

Lücke

Der Bundesminister für Wirtschaft

Ludwig Erhard

## Begründung<sup>1)</sup>

### A. Allgemeiner Teil

1. Die Bautätigkeitsstatistik gehört zu den Dauerstatistiken, die schon seit dem ersten Weltkriege durchgeführt werden. In der Nachkriegszeit lebte die Bautätigkeitsstatistik (Hochbau) zunächst in den einzelnen Bundesländern wieder auf. Durch die Verordnung über die Durchführung einer Statistik der Bautätigkeit und der Wohnraumvergaben vom 24. März 1953 (BGBl. I S. 78) wurde für die Bautätigkeitsstatistik eine bundeseinheitliche Rechtsgrundlage geschaffen und damit zugleich die Wohnraumvergabestatistik angeordnet.

Seit dem Auslaufen dieser Verordnung — am 31. Dezember 1955 — werden sie auf Grund der

- a) Verordnung über die Durchführung der Statistik der Bautätigkeit vom 3. Oktober 1956 (BAnz. Nr. 196 vom 9. Oktober 1956) und
- b) Verordnung über die Durchführung der Statistik der Wohnraumvergaben vom 22. Dezember 1956 (BAnz. Nr. 250 vom 28. Dezember 1956)

fortgeführt, die mit Ablauf des 9. Oktober bzw. 28. Dezember 1959 außer Kraft treten.

2. Auf die Bautätigkeitsstatistik kann nicht verzichtet werden, weil es sich hierbei um eines der wichtigsten Instrumente der Wirtschafts- und Konjunkturbeobachtung handelt, das gerade auch in dem Wirtschaftssystem einer sozialen Marktwirtschaft zur Beeinflussung der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung und der Baukonjunktur im besonderen von größtem Wert und damit staatspolitisch unabdingbar ist. Die Überprüfung der Erhebungsprogramme auf Einsparungsmöglichkeiten hat ergeben, daß der im Gesetzentwurf vorgesehene Umfang der Erhebungen zur laufenden Beobachtung der Baukonjunktur unbedingt erforderlich und eine Beschränkung der Erhebungen nur auf eine repräsentative Auswahl nicht möglich ist. Die Ergebnisse der Bautätigkeitsstatistik dienen insbesondere der laufenden Unterrichtung des Bundestages und des Bundesrates sowie der Bundesregierung über die allgemeine Bautätigkeit und die Wohnungsbautätigkeit im besonderen. Sie bilden außerdem eine unentbehrliche Grundlage für die zu treffenden Dispositionen der ein-

schlägigen Fachministerien des Bundes (insbesondere BMWi, BMWo, BMV, BMA, BMF) sowie auch für die kreditpolitischen Entscheidungen der Deutschen Bundesbank. Ein sehr großes Interesse an den Ergebnissen der Bautätigkeitsstatistik besteht außerdem bei den Bundesländern, den Städten und Gemeinden und den einschlägigen Organisationen.

3. Die Bautätigkeitsstatistik ist unter konjunktur- und baupolitischen Gesichtspunkten in ihrer bisherigen Form nicht ausreichend, weil in der zeitlichen Beobachtung des Ablaufs der Bauvorhaben zwischen der Erteilung der Baugenehmigung und der Baufertigstellung eine Lücke klafft. Nicht alle genehmigten Bauvorhaben werden ausgeführt, und auch bei den in Angriff genommenen Vorhaben liegen zwischen Genehmigung und Beginn der Bauarbeiten unterschiedlich lange Zeiträume. Die tatsächliche Inanspruchnahme der Baukapazität und deren voraussichtliche Beanspruchung in den nächstfolgenden Monaten kann aus der derzeitigen Bautätigkeitsstatistik nicht abgeleitet werden. Für wirtschafts-, konjunktur- und baupolitische Zwecke ist das aber unerlässlich, vor allem im Hinblick auf die Bemühungen um einen möglichst kontinuierlichen Ablauf der Bautätigkeit (Winterbau) und damit der gesamten Wirtschaftstätigkeit. Deshalb soll die im Reichsgebiet schon vor dem letzten Kriege durchgeführte statistische Erfassung der Baubeginne — wie nach dem Kriege in verschiedenen Bundesländern — allgemein wieder aufgenommen und in einer möglichst einfachen Form durchgeführt werden. Eine Statistik der Baubeginne wird auch in der Mehrzahl der westeuropäischen Länder geführt.

4. Auf die Durchführung einer Tiefbaustatistik wurde bisher verzichtet, weil die Bautätigkeit zum weitaus überwiegenden Teil auf Hochbaumaßnahmen entfiel. In den letzten Jahren ist hier aber eine Änderung eingetreten, da der Tiefbau, und hier insbesondere der Straßenbau, sehr stark an Gewicht gewonnen hat. Es ist damit zu rechnen, daß dies in den kommenden Jahren noch mehr der Fall sein wird, wenn nach Überwindung der Wohnungsnot die Wohnungsbautätigkeit sich auf die Deckung des laufend entstehenden Neubedarfs an Wohnraum sowie die Sanierung des Altwohnungsbestandes und die anstehenden städtebaulichen Maßnahmen beschränken kann. Die statistische Erfassung des Tiefbaues ist vor allem aus Gründen der Konjunktur-

<sup>1)</sup> Bundestagsdrucksache Nr. 1491 vom 15. Dezember 1959 (siehe Vorbemerkung auf S. 156 oben).

turpolitik geboten, um eine vollständige Transparenz des Bau- marktes zu erlangen. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, daß hinsichtlich einer dämpfenden oder fördernden Beeinflussung der Bau- und damit der gesamten Konjunktur gerade die Tiefbautätigkeit in ihrer laufenden Entwicklung übersehbar sein muß, und zwar deshalb, weil über die Tiefbautätigkeit, die fast ausschließlich eine Sache der öffentlichen Hand ist, der saisonale und konjunkturelle Ablauf der Bautätigkeit in starkem Maße beeinflußt werden kann. Hierzu wird vor allem auf die verstärkten Bemühungen von Bundesregierung und Bundestag zur Einschränkung der winterlichen Arbeitslosigkeit im Baugewerbe hingewiesen. (Große Anfrage der Fraktion der SPD betr. Verhältnisse in der Bauwirtschaft vom 30. Juni 1958 — Drucksache 495 — und Beschluß des Bundestages vom 27. November 1958.)

5. An der Statistik der Wohnraumvergaben besteht sowohl für die Wohnungspolitik des Bundes als auch für die der Länder ein begründetes Interesse; hierbei sind die Erstvergaben der Wohnungen des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaues an die Vertriebenen, Flüchtlinge, Kriegssachgeschädigten (Evakuierten) und die Nichtgeschädigten von besonderer Bedeutung. Nach dem II. WoBauG und nach dem LAG haben Bund und Länder die erforderlichen Maßnahmen zur beschleunigten und gerechten Unterbringung der noch nicht oder nur unzureichend mit Wohnraum versorgten Haushalte zu treffen. Hierfür muß Klarheit darüber bestehen, wie die für diese Zwecke zur Verfügung gestellten Wohnbauförderungsmittel zu verteilen sind und welche Bevölkerungsgruppen in erster Linie mit Wohnraum versorgt werden müssen. Die Länder können nach dem Lastenausgleichsgesetz auch vom Präsidenten des Bundesausgleichsamtes verpflichtet werden, die Förderung des sozialen Wohnungsbaues mit LAG-Mitteln nachzuweisen und dabei die den einzelnen Geschädigtengruppen zugewiesenen Wohnungen anzugeben. Im Hinblick auf die Ergebnisse der Wohnraumvergabestatistik ist seit dem Jahre 1956 auf eine derartige, gesonderte Berichterstattung der Länder verzichtet worden; sie müßte aber — mit größerem Arbeits- und Mittelaufwand — wiederaufleben, wenn die Wohnraumvergabestatistik nicht mehr fortgeführt werden sollte. Die Beibehaltung der mit niedrigen Kosten verbundenen Wohnraumvergabestatistik dürfte daher der einfachsten und billigsten Weg sein, um die benötigten Unterlagen, insbesondere für das BAA zur Berechnung des Wohnungsfehlbestandes der Geschädigten und des Verteilungsschlüssels für die Aufbaudarlehen Wohnungsbau, ermitteln zu können.

6. Die Bautätigkeitsstatistik, einschließlich der Erfassung der Baubeginne und der Auftragsvergaben im Tiefbau, soll gemäß § 6 Abs. 1 StatGes durch Gesetz angeordnet werden, weil es sich einerseits um sachlich zusammenhängende Dauerstatistiken handelt, deren Erhebungsprogramm zum größten Teil feststeht und sich bewährt hat, und weil andererseits die Kosten die in § 6 Abs. 2 Nr. 3 des Statistischen Gesetzes (StatGes) vom 3. September 1953 bestimmte Grenze (von 500 000 DM) überschreiten. Da nach Beseitigung des gegenwärtig noch bestehenden Wohnungsmangels die Wohnraumbewirtschaftung entbehrlich und die öffentliche Förderung des sozialen Wohnungsbaues allmählich auslaufen wird, ist beabsichtigt, die in dem Gesetzentwurf enthaltenen Vorschriften über die Wohnraumvergabestatistik sowie über die Bewilligungsstatistik außer Kraft zu setzen, wenn die Vorschriften über die Bewilligung öffentlicher Mittel zur Förderung des sozialen Wohnungsbaues und über die Zuteilung öffentlich geförderter Wohnungen keine Anwendung mehr finden.

## B. Besonderer Teil

### Zu § 1

Die genannten Statistiken umfassen

1. die Hochbaustatistik mit folgenden Einzelerhebungen:

- a) Baugenehmigungen, Baubeginne, Baufertigstellungen und Bauüberhang am Jahresende (gemäß § 2 Abs. 2),
- b) Bewilligungen im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau (gemäß § 2 Abs. 3);

2. die Statistik der Auftragsvergaben im Tiefbau (Tiefbaustatistik gemäß § 3);
3. die Statistik der erstmaligen Wohnraumvergaben (Wohnraumvergabestatistik gemäß § 4).

### Zu § 2

Hier sind die zu erfassenden Tatbestandsmerkmale für die Hochbaustatistik geregelt. Genaue Rückschlüsse auf den Umfang und die Entwicklung des Baugeschehens im Hochbau sind nur dann möglich, wenn die Hochbautätigkeit nach ihren wichtigsten Merkmalen und nach den die Bautätigkeit bestimmenden Phasen erfaßt wird. Die Hochbaustatistik wird deshalb in die in den Erläuterungen zu § 1 angeführten Einzelerhebungen gegliedert, die wie folgt aufeinander abgestimmt sind:

Mit den Baugenehmigungen werden die Bauabsichten der Bauherren nach genehmigungs-, zustimmungs- oder anzeigepflichtigen Baumaßnahmen im Hochbau erfaßt und die Zahl der Gebäude und Wohnungen nach ihrer Lage, Art (z. B. Wohngebäude, Bürogebäude usw.), Größe, nach dem umbauten Raum, der Wohnfläche, den veranschlagten reinen Baukosten und der Art der Baumaßnahme (Neubau, Wiederaufbau usw.), wie in § 2 festgelegt, ermittelt. Da die Bekundung des Bauwillens nicht in allen Fällen in die Tat umgesetzt wird und die Bauausführung oftmals erst zu einem späteren Zeitpunkt erfolgt, sind die Baugenehmigungen zwar ein wichtiger Maßstab für die Entwicklung der Bauabsichten, aber zur Beurteilung der Inanspruchnahme der Bauwirtschaft allein nicht ausreichend. Die Erfassung der Baubeginne schaltet demgegenüber die Scheingenehmigungen aus und zeigt, in welchem Maße der in der Baugenehmigung bekundete Wille zu der tatsächlichen Inanspruchnahme von Baukapazitäten führt. Ein Vergleich der Entwicklung der Baugenehmigungen und Baubeginne ist insbesondere zur konjunkturellen Beobachtung und Beurteilung des Baumarktes unerlässlich.

Die Baufertigstellungen zeigen das Ergebnis der Bautätigkeit (die abgeschlossenen Baumaßnahmen) auf. Da die Bauämter die »Bauabnahme« nicht laufend und oft nicht sofort nach Beendigung des Baues durchführen können, ist zum Nachweis der effektiven Jahresbauleistung die Bauüberhangserhebung erforderlich. Sie ergänzt die Baufertigstellungsmeldungen durch die Erfassung der tatsächlichen Baufertigstellungen am Jahresende, und zwar auch unter Berücksichtigung der von den Bauämtern noch nicht abgenommenen fertiggestellten Gebäude, und ermöglicht außerdem die Feststellung der am Jahresende im Bau befindlichen, aber noch nicht fertiggestellten Bauten. Ihre Ergebnisse vermitteln einen Überblick über den Vorrat an Bauleistungen, der im abgelaufenen Baujahr neben den Fertigstellungen entstanden ist und im neuen Baujahr zur Fertigstellung ansteht.

Durch die in Absatz 3 angeordnete Bewilligungsstatistik werden diejenigen Baumaßnahmen besonders erfaßt, für die öffentliche Mittel in den verschiedensten Subventionsformen — als reine Kapitalhilfen oder reine Lastenhilfen bzw. in gemischter Form — im Rahmen des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaues bewilligt werden. Sie vermittelt außerdem einen Überblick über das Ausmaß der bewilligten Mittel einschließlich der gewährten individuellen Miet-(Lasten-)beihilfen, den Erfolg ihres Einsatzes in Gestalt von Wohnbauten und Wohnungen, insbesondere hinsichtlich des Familienheimbaues und der Wohnungsverorgung der sog. Leistungsschwachen, die Rechtsform der Nutzung, die Zusammensetzung der Kosten sowie die Finanzierung dieser Baumaßnahmen und die genehmigten Mieten sowie die Zweckbestimmung der geförderten Wohnungen.

Die Erhebungen der Baugenehmigungen, der Baubeginne und der Baufertigstellungen erfolgen mittels einer Zählkarte (im Durchschreibeverfahren in dreifacher Ausfertigung). Die erste Ausfertigung wird nach Erteilung der Baugenehmigung von den Baubehörden, die zweite Ausfertigung nach Inangriffnahme des Bauvorhabens — mit Datum des Baubeginns versehen — von den Bauherren und die dritte Ausfertigung nach vollzogener Bauabnahme bzw. Fertigstellungsmeldung von den Baubehörden den Statistischen Landesämtern übersandt.

**Zu § 3**

Die Tiefbaustatistik erfaßt die Vergaben öffentlicher Tiefbauvorhaben (Aufträge) mit einem Auftragswert von 25 000 DM und mehr. Die Auftragsvergaben sollen laufend erfaßt und unter Verwendung einer einfachen Zählkarte monatlich den Statistischen Landesämtern gemeldet werden, um einen Überblick über die laufende Entwicklung zu gewinnen. Die zu erfassenden Tiefbaumaßnahmen sollen gegliedert werden nach

- a) Straßenbauten,
- b) Tiefbauten an Bundeswasserstraßen,
- c) wasserwirtschaftlichen Baumaßnahmen,
- d) Kultur- und Flurbereinigungsmaßnahmen und
- e) sonstigen Tiefbaumaßnahmen.

Da die voraussichtliche Abwicklungsdauer (vorgesehene Bauzeit) der Tiefbauaufträge für Feststellungen über die Beanspruchung der Baukapazität von entscheidender Bedeutung ist, sollen die vergebenen Aufträge in 4 Gruppen (bis 3 Monate, 3 bis 6 Monate, 6 bis 12 Monate, 12 Monate und länger) erfaßt werden.

**Zu § 4**

In die Wohnraumvergabestatistik sollen — wie bisher — ausschließlich die Erstvergaben neugeschaffener Wohnungen und Wohnräume des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaues einbezogen werden.

Nach den Erfahrungen der letzten Jahre sind bei der Erfassung dieser Wohnungen (Haushalte) und Wohnräume keine Schwierigkeiten entstanden, zumal die Vergaben der neuen Sozialwohnungen an die einzelnen Bevölkerungsgruppen ohnehin von den zuständigen Behörden registriert werden. Zur Erstellung der Wohnraumvergabestatistik bedarf es also nur der Zusammenfassung der Erstvergaben auf einem Formblatt, auf dem sie nach den einzelnen Bevölkerungsgruppen wie folgt aufgeteilt werden:

- 1. Vertriebene,
- 2. Zugewanderte,
- 3. Sachgeschädigte (ohne zurückgeführte Evakuierte),
- 4. zurückgeführte Evakuierte und
- 5. sonstige.

Die an die kinderreichen Familien dieser Bevölkerungsgruppen vergebenen Wohnungen sollen — wie bisher — gesondert ausgewiesen werden.

**C. Kostenberechnung**

Bei der Durchführung des Gesetzes entstehen in recht geringem Umfang zusätzliche Aufwendungen nur bei der statistischen Erfassung der Baubeginne und der Auftragsvergaben im Tiefbau. Die jährlichen voraussichtlichen Kosten für diese Statistiken verteilen sich wie folgt auf Bund und Länder:

	Tiefbau			Baubeginne		
	persönlich	sächlich	zusammen	persönlich	sächlich	zusammen
	1000 DM					
Kosten des Bundes ....	0,5	1,5	2,0	14,4	4,4	18,8
Kosten der Länder ....	54,0	7,0	61,0	102,5	12,0	114,5
insgesamt .....	54,5	8,5	63,0	116,9	16,4	133,3

Für die übrigen im Gesetzentwurf aufgeführten Statistiken, die seit den Jahren 1949 bzw. 1952 zum ständigen Arbeitsprogramm der amtlichen Statistik gehören, sind die erforderlichen Mittel in den Haushalten des Bundes und der Länder enthalten.

**Gesetz über eine Zählung im Handel sowie im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe  
(Handelszählungsgesetz 1960)**

**Vom 27. Mai 1960<sup>1)</sup>**

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

**Erster Abschnitt**

**Allgemeine Vorschriften**

**§ 1**

Im Handel und im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe wird eine Zählung als Bundesstatistik durchgeführt. Sie umfaßt

- 1. eine allgemeine Zählung (Handels- und Gaststättenzählung; §§ 2 bis 5);
- 2. eine repräsentative Ergänzungserhebung zur Handels- und Gaststättenzählung (Ergänzungserhebung; §§ 6 und 7).

**Zweiter Abschnitt**

**Handels- und Gaststättenzählung**

**§ 2**

Die Handels- und Gaststättenzählung (§ 1 Nr. 1) wird im Handel mit Stichtag 30. September 1960, im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe mit Stichtag 31. August 1960 durchgeführt.

<sup>1)</sup> BGBl. I S. 313.

**§ 3**

(1) Die Handels- und Gaststättenzählung erfaßt folgende Tatbestände:

- 1. die beschäftigten Personen und die geleisteten Arbeitsstunden der Teilbeschäftigten am Stichtag der Zählung oder in dem Monat, in dem der Stichtag der Zählung liegt;
- 2. a) den Umsatz,  
b) den Wareneingang,  
c) die Löhne, Gehälter und Sozialaufwendungen in dem Kalenderjahr oder Geschäftsjahr, das dem Stichtag der Zählung vorausgegangen ist;
- 3. a) den Waren- und Materialbestand,  
b) die Außenstände am Anfang und am Ende des Kalenderjahres oder Geschäftsjahres, das dem Stichtag der Zählung vorausgegangen ist;
- 4. die Beherbergungskapazität (nur in Beherbergungsbetrieben) am Ende des Kalenderjahres oder Geschäftsjahres, das dem Stichtag der Zählung vorausgegangen ist.

(2) Außer den in Absatz 1 bezeichneten Tatbeständen werden Angaben zur Kennzeichnung der Unternehmen und Betriebe erhoben, die zu einer zutreffenden Beurteilung der statistischen Zuordnung der Unternehmen und Betriebe erforderlich sind.

#### § 4

(1) Auskunftspflichtig für die Handels- und Gaststättenzählung sind

1. die Unternehmen des Einzelhandels (einschließlich Versand- und Markthandel, Warenhandel außerhalb einer festen Betriebsstätte sowie Apotheken),
2. die Unternehmen des Großhandels und des Außenhandels (einschließlich Einkaufs- und Verkaufsvereinigungen und Verlagsbuchhandel),
3. die Unternehmen des Handelsvertreter- und Handelsmaklergewerbes, soweit sie den An- und Verkauf von Waren vermitteln,
4. die Unternehmen des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes.

(2) Auskunftspflichtig sind auch die in die Handwerksrolle eingetragenen Inhaber von Handwerksbetrieben, die Handel mit fremden Erzeugnissen, Handelsvermittlung oder Gaststätten betreiben. Die Zählung erstreckt sich auf höchstens 60 000 dieser Betriebe.

(3) Die Zählung erstreckt sich auch auf industrielle Unternehmen, die durch eigene, rechtlich unselbständige offene Verkaufsstellen eigene Erzeugnisse unmittelbar an Letztverbraucher liefern. Sie erfaßt bei diesen Unternehmen nur die in Satz 1 bezeichneten Verkaufsstellen und die in § 3 Abs. 1 Nr. 1 und 2 Buchstabe a und Abs. 2 bezeichneten Tatbestände.

(4) Bei Unternehmen mit Zweigniederlassungen, Verkaufsfilialen und sonstigen von der Hauptniederlassung räumlich getrennt liegenden Betriebsstätten sind die Auskünfte auch getrennt für die einzelnen Niederlassungen zu erteilen.

#### § 5

Die Finanzämter teilen den erhebenden Stellen Anschrift und Gewerkekennziffer aller Unternehmen im Sinne des Umsatzsteuergesetzes mit. Zur Feststellung der Anschriften der nach § 4 Abs. 3 zu befragenden Unternehmen wird im Jahre 1960 eine einmalige Befragung im Rahmen der durch das Gesetz über die Allgemeine Statistik in der Industrie und im Bauhauptgewerbe vom 15. Juli 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 720) angeordneten Statistik durchgeführt

#### Dritter Abschnitt

##### Ergänzungserhebung zur Handels- und Gaststättenzählung (Ergänzungserhebung)

#### § 6

Die Ergänzungserhebung erfaßt folgende Tatbestände:

1. a) die Umsatzstruktur,
- b) die Struktur des Wareneingangs,

#### A. Allgemeiner Teil

##### I. Zweck und Bedeutung einer Zählung im Handel sowie im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe

Der Umfang und die Bedeutung des Handels und des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes, die unter Einschluß der Handelsvertreter und Handelsmakler im Jahre 1950 (letzte Arbeitsstättenzählung) zusammen über 850 000 Betriebe mit nahezu 2,7 Millionen Beschäftigten zählten, werden durch die Tatsache gekennzeichnet, daß diese Wirtschaftsbereiche nach dem damaligen Stand etwa 40 v. H. aller in der Bundesrepublik bestehenden

<sup>1)</sup> Bundestagsdrucksache Nr. 1104 vom 15. September 1959 (siehe Vorbemerkung auf S. 156 oben).

c) die Aufwendungen für Lohnaufträge beim Groß-, Außen- und Einzelhandel sowie die Heimarbeiterentgelte beim Einzelhandel in dem Kalenderjahr oder Geschäftsjahr, das dem Stichtag der Zählung vorausgegangen ist;

2. die Aktiva und Passiva (soweit sie zur Ermittlung der Vermögens- und Kapitalstruktur erforderlich sind) nach der Einkommen- und Körperschaftsteuerbilanz am Anfang und am Ende des Kalenderjahres oder Geschäftsjahres, das dem Stichtag der Zählung vorausgegangen ist;
3. die Anschaffung und den Verkauf von Anlagevermögen in den Kalenderjahren 1958 und 1959 oder in den beiden dem Stichtag der Zählung vorausgegangenen Geschäftsjahren;
4. in Unternehmen des Außenhandels
  - a) Angaben über das Warenlager im Inland und im Ausland,
  - b) Angaben über die im Ausland gegründeten oder erworbenen rechtlich selbständigen Unternehmen, über die im Ausland errichteten Zweigniederlassungen und über die Beteiligungen an Unternehmen im Ausland.

#### § 7

Auskunftspflichtig für die Ergänzungserhebung sind die in § 4 Abs. 1 bezeichneten Unternehmen. Die Erhebung wird bei höchstens 15 vom Hundert dieser Unternehmen durchgeführt.

#### Vierter Abschnitt

##### Übergangs- und Schlußvorschriften

#### § 8

Zur Erzielung vergleichbarer Ergebnisse kann der Bundesminister für Wirtschaft im Benehmen mit der Regierung des Saarlandes durch Rechtsverordnung, welche nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, für das Saarland die Stichtage, das Erhebungsjahr und die Berichtszeiträume der Handels- und Gaststättenzählung abweichend von den Vorschriften der §§ 2, 5 und 6 Nr. 3 regeln.

#### § 9

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

#### § 10

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 27. Mai 1960.

Der Bundespräsident  
Lübke

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers  
Ludwig Erhard

Der Bundesminister für Wirtschaft  
Ludwig Erhard

#### Begründung<sup>1)</sup>

gewerblichen Arbeitsstätten auf sich vereinigten, in denen etwa 20 v. H. aller in nichtlandwirtschaftlichen Gewerben erwerbstätigen Personen ihren Arbeitsplatz fanden. Im Jahre 1956 betrug die Wertschöpfung allein beim Groß- und Einzelhandel nach den Berechnungen des Statistischen Bundesamtes etwa 20 Milliarden DM womit der die Verteilungswirtschaft repräsentierende Bereich im Rahmen der Gesamtaufbringung des Sozialprodukts der Bundesrepublik nach der Industrie an zweiter Stelle steht.

Während den an der Gestaltung der Wirtschafts- und Sozialpolitik auf Bundes- und Landesebene beteiligten Stellen für die Industrie und das Handwerk — also für die Gebiete der Gütererzeugung — umfassendes und hinreichend zeitnahes statistisches



Unterrichtungsmaterial vorliegt, das weitgehende Einblicke in die Strukturverhältnisse dieser Bereiche bietet, werden auf dem Gebiet der Absatzwirtschaft bisher nur wenige Repräsentativerhebungen in einzelnen Zweigen durchgeführt, die vornehmlich einer kurzfristigen Beobachtung des konjunkturellen und saisonalen Geschäftsablaufs dienen. Nachdem zuletzt im Jahre 1950 im Rahmen der Arbeitsstättenzählung für die Verteilungswirtschaft die Zahl der Betriebe, die Beschäftigten und der Umsatz ermittelt worden sind, fehlt es seitdem völlig an einer ausführlicheren Darstellung der Strukturverhältnisse in diesen Wirtschaftsbereichen. Der Handel ist seitdem nicht nur in seine ihm naturgemäße wirtschaftliche Betätigung hineingewachsen, sondern darüber hinaus in Nachholung des Vorsprungs, den die Handelsunternehmen in den anderen Ländern errungen haben, zu neuen Methoden gekommen, die seine Struktur im gesamten grundsätzlich geändert haben. Freiwillige Ketten, Werbegemeinschaften, Einkaufsverbände und Rationalisierungsbestrebungen auf dem Gebiete des Großhandels, Selbstbedienungssysteme, Selbstverkäuflichkeit der Ware und Neuorientierung der Sortimente im Einzelhandel bringen auch für statistische Erhebungen hinsichtlich der Umsatzgrößen, der Verschiebung der Umsatzgrößenklassen, der Zahl der Betriebe und der Beschäftigten sowie in vielen anderen Beziehungen völlig neue Verhältnisse, die für eine richtige Orientierung von grundsätzlicher Bedeutung sind. Die Bundesregierung und die gesetzgebenden Körperschaften schenken der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Mittelstandes ihre besondere Aufmerksamkeit. Daher ist es notwendig, gegenwartsnahe Unterlagen über die Bedeutung und den strukturellen Aufbau der Verteilungswirtschaft, die sich in besonders hohem Maße aus mittelständischen Unternehmen zusammensetzt, zu schaffen, um sowohl den obersten Bundes- und Landesbehörden als auch der beteiligten Wirtschaft und der Wirtschaftsforschung die dringend benötigte Unterrichtung zu ermöglichen.

Diese Unterrichtung kann nur mit Hilfe einer einmaligen Gesamterhebung aller Unternehmen des Handels und des Gaststättengewerbes gewonnen werden, wie sie der vorliegende Gesetzentwurf vorsieht, da für repräsentative Erhebungen über die Struktur dieses Wirtschaftsbereichs die notwendige Ausgangsgrundlage fehlt. Dem Gesetzentwurf zufolge wird die bei allen Unternehmen durchzuführende Hauptzählung (Totalzählung) im Gesamtbereich der Verteilungswirtschaft (§ 1 Nr. 1) mit einer noch tiefer eindringenden repräsentativen Ergänzungserhebung (§ 1 Nr. 2) verbunden, bei der einzelne statistische Merkmale aus der Hauptzählung weiter untergliedert und einzelne zusätzliche Merkmale erhoben werden, um das Gesamtbild des Aufbaus und der Struktur der Verteilungswirtschaft abzurunden.

Die Handels- und Gaststättenzählung 1959 steht im Rahmen der von den Vereinten Nationen für die Zeit um 1960 empfohlenen Großzählungen (Volkszählungen, Arbeitsstättenzählungen), die im allgemeinen in etwa 10jährigen Abständen (die letzte Arbeitsstättenzählung hat 1950 stattgefunden) durchgeführt werden. Nach der Konzeption des Zählungswerks soll die Arbeitsstättenzählung eine Rahmenerhebung sein, die sich auf eine Bestandsaufnahme aller Arbeitsstätten beschränkt. Die ausführlichere Feststellung der Strukturverhältnisse in den einzelnen Wirtschaftsbereichen soll durch Bereichszählungen erfolgen, die in ihrer Fragestellung auf die besonderen Verhältnisse des einzelnen Bereichs abgestellt und im Interesse einer möglichst gleichmäßigen Auslastung der Statistischen Ämter über mehrere Jahre verteilt werden sollen. In gleicher Weise wie die Handwerkszählung 1956 (vgl. Handwerkszählungsgesetz vom 12. Juni 1956 — Bundesgesetzbl. I S. 945) entspricht auch die auf Grund des vorliegenden Gesetzentwurfs vorgesehene Handels- und Gaststättenzählung 1959 dieser Gesamtkonzeption.

Die Zählung bedarf nach § 6 Abs. 1 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. September 1953 der Anordnung durch ein Bundesgesetz.

## II. Aufbau des Gesetzes

Das Gesetz gliedert sich in vier Abschnitte. Der Erste Abschnitt (§ 1) umschreibt in der bei statistischen Gesetzen üblichen Weise das gesamte durch dieses Gesetz angeordnete statistische

Erhebungsprogramm, das sich — wie bereits erwähnt — aus einer allgemeinen Handels- und Gaststättenzählung (§ 1 Nr. 1) und aus einer repräsentativen Ergänzungserhebung (§ 1 Nr. 2) zusammensetzt.

Zweiter und Dritter Abschnitt enthalten entsprechend den Vorschriften in § 7 StatGes die für die allgemeine Zählung (Zweiter Abschnitt) und für die repräsentative Ergänzungserhebung (Dritter Abschnitt) notwendigen Anordnungen hinsichtlich der zu erfassenden statistischen Tatbestände, des Kreises der Befragten (Auskunftspflichtige) und der Erhebungszeiten sowie sonstige besondere für die Durchführung der Zählung notwendigen Vorschriften.

Der Vierte Abschnitt enthält allgemeine Vorschriften und Übergangsvorschriften (Berlin-Klausel, Saar-Klausel).

Im übrigen gelten für die Zählung im Handel sowie im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe die allgemeinen Vorschriften des Statistischen Gesetzes vom 3. September 1953.

## B. Besonderer Teil

### ERSTER ABSCHNITT

siehe Allgemeiner Teil

### ZWEITER ABSCHNITT

(Handels- und Gaststättenzählung)

#### Zu § 2

Der Zählungsschichttag für das Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe wurde auf den 31. August 1959 vorverlegt, da besonders in Fremdenverkehrsgebieten zu dem späteren Termin schon die Saison beendet ist und die Zählungsergebnisse zweifelhaft werden müßten.

#### Zu § 3

Der § 2 zählt die zu erfassenden Grundtatbestände auf, die in den Fragebogen noch im einzelnen aufgegliedert werden. So werden die beschäftigten Personen sowohl nach der Stellung im Betrieb, wie Inhaber, mithelfende Familienangehörige, Angestellte, Facharbeiter usw., als auch nach Voll- und Teilbeschäftigten gesondert ermittelt, wobei letztere in ihrer Arbeitsleistung durch die geleisteten Arbeitsstunden gemessen werden. Zugleich wird das Alter der Beschäftigten anzugeben sein, um das Ausmaß der Überalterung bei den Inhabern und die Nachwuchsprobleme in der Verteilungswirtschaft übersehen zu können. Der Umsatz enthält neben den Verkaufserlösen aus fertig bezogenen Waren auch den Wert der selbsthergestellten Waren und der sonstigen Leistungen sowie die Einnahmen aus Provisionen. Beim Wareneingang ist die Art der Lieferanten gekennzeichnet. Der Warenbestand und die Außenstände werden am Anfang und Ende des Geschäftsjahres ermittelt. Die Tatbestände Nr. 2 bis Nr. 3 sind nur in DM-Werten anzugeben. In den verschiedenen Zweigen der Wirtschaftsbereiche werden je nach den besonderen Verhältnissen die Grundtatbestände in entsprechender Anpassung aufgegliedert.

Um die befragten Unternehmen und Unternehmensteile (Betriebe) fachlich einordnen zu können, bestimmt Absatz 2, daß die dazu notwendigen Angaben, wie genaue Bezeichnung und Rechtsform des Unternehmens, Kennzeichnung des Wirtschaftszweigs, Bezeichnung der hauptsächlich gehandelten Waren, wirtschaftliche Nebentätigkeiten, Vertriebenen- oder Flüchtlingseigenschaft usw. zu machen sind.

#### Zu § 4

In § 4 wird der Kreis der Auskunftspflichtigen festgelegt. Unternehmen des Markt- und ambulanten Handels (Absatz 1 Nr. 1) sollen durch die Zählung nur insoweit erfaßt werden, als sie sich mit dem Verkauf von Waren befassen. Das dem Dienstleistungsbereich zuzurechnende sonstige ambulante Gewerbe (z. B. Schaustellungsgewerbe) unterliegt der Zählung nicht. Als Unternehmen des Großhandels (Absatz 1 Nr. 2) sind auch die Unternehmen des Ein- und Ausfuhr Großhandels zu verstehen. Neben den Bereichen des Handels und des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes werden auch industrielle Unternehmen mit



offenen an Letztverbraucher liefernde Verkaufsstellen in die Auskunftspflicht einbezogen (Absatz 2). Die Verkaufsstellen industrieller Unternehmen mit Lieferungen an den Letztverbraucher sind in einigen Handelsbereichen in größerer Zahl vorhanden, so daß sich ihre Einbeziehung in die Zählung als notwendig erweist, um lückenhafte Ergebnisse zu vermeiden. Es ist hierbei vorgesehen, nur die Verkaufsstellen zu zählen, die regelmäßig wie Einzelhandelsunternehmen Waren an den Letztverbraucher abgeben. Gelegentliche Verkäufe in Räumen mit Zugang für Letztverbraucher sollen bei der Zählung nicht als Verkaufsstellen im Sinne des Zählungsgesetzes gelten.

Wegen der regionalen Darstellung der Zählungsergebnisse ist Erteilung der Auskunft für jede einzelne örtlich vom Hauptunternehmen getrennte Zweigniederlassung vorgesehen (Absatz 3).

**Zu § 5**

Die Ermittlung der Anschriften der Auskunftspflichtigen, die bei Großzählungen meist durch einen großen Stab von Zählern erreicht wird, bereitet für die Teilzählungen — wie im Falle des vorliegenden Zählungswerkes — beträchtliche Schwierigkeiten. Eine befriedigende Lösung bietet sich an, wenn die Anschriften aus den bei den Finanzämtern vorhandenen Karteien der Umsatzsteuerpflichtigen als Anschriftengrundlage für Zwecke der Zählung zur Verfügung gestellt werden. Da die Durchführung der Zählung von der Verfügbarkeit dieses Anschriftenmaterials abhängt, ist eine ausdrückliche gesetzliche Festlegung dieser Regelung notwendig.

Die Anschriften der industriellen Unternehmen mit offenen Verkaufsstellen können nur auf dem Wege einer Umfrage im Rahmen der amtlichen Industriestatistik ermittelt werden.

**DRITTER ABSCHNITT**  
(Ergänzungserhebung)

**Zu § 6**

Die in § 3 für die Handels- und Gaststättenzählung aufgeführten Tatbestände sind in ihrem Umfang und Inhalt darauf abgestimmt, daß sie von allen Auskunftspflichtigen aus den betrieblichen und steuerlichen Unterlagen für die Beantwortung der Fragebogen entnommen werden können. Da aber für die gesamtwirtschaftliche Strukturanalyse der von der Zählung erfaßten Wirtschaftszweige darüber hinausgehende Unterlagen erforderlich sind, ist eine Ergänzungserhebung vorgesehen, die von repräsentativ ausgewählten Unternehmen weitere Angaben

verlangt. So wird im Einzelhandel der bei der Zählung nur summarisch erfaßte Umsatz von Handelsware (Nr. 1 Buchstabe a) getrennt ausgewiesen nach Barumsatz, Teilzahlungsverkäufen und sonstigen Kreditverkäufen; ferner wird die Richtung des Absatzes an private Verbraucher und andere Abnehmer ermittelt. Für die weitere Analyse der Betriebsstruktur dient die Ausweisung nach den Einzelposten der Aktiva und Passiva (Nr. 2), die ergänzende Unterlagen erbringen soll, wie sie für Kapitalgesellschaften der Industrie vorliegen. Um die Zufälligkeiten eines Berichtsjahres auszuschalten, werden bei den Aufwendungen beim Anlagevermögen (Nr. 3) die Angaben für 2 Geschäftsjahre verlangt. Die Angaben über Aufwendungen für Lohnaufträge (Nr. 1 Buchstabe c) werden nur beim Groß- und Einzelhandel, die Angaben über Heimarbeiterentgelte (Nr. 1 Buchstabe c) nur beim Einzelhandel erhoben.

**Zu § 7**

Die Ergänzungserhebung wird nur bei einer Auswahl von höchstens 15 v. H. der Auskunftspflichtigen durchgeführt, um sowohl die Kosten des Zählungswerkes in vertretbaren Grenzen zu halten als auch die Vielzahl der kleinen und mittleren Betriebe nicht mit dem Frageprogramm zu belasten. Der Repräsentationsgrad ist mit Rücksicht auf brauchbare Länderergebnisse gewählt worden.

**C. Kostenberechnung**

Die voraussichtlichen Kosten (zusätzliche Ausgaben) der in diesem Gesetz geregelten allgemeinen Zählung im Handel sowie im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe (§ 1 Nr. 1) und der repräsentativen Ergänzungserhebung (§ 1 Nr. 2) werden vom Statistischen Bundesamt wie folgt schätzungsweise veranschlagt (in 1000 DM):

insgesamt		davon	
Bund:	1000	persönliche	520
Länder:	8000	persönliche	6100
zusammen:		persönliche	6620
		sächliche	2380

An Hilfskräften sind beim Bund erforderlich

- 4 Zeitangestellte für jeweils 36 Monate,
- 11 Zeitangestellte für jeweils 18 Monate,
- 20 Zeitangestellte für jeweils 15 Monate.

**Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über eine Zählung  
im Handel sowie im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe  
(Handelszählungsgesetz) im Saarland**

**Vom 13. Juli 1961<sup>1)</sup>**

Auf Grund des § 8 des Gesetzes über eine Zählung im Handel sowie im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe (Handelszählungsgesetz 1960) vom 27. Mai 1960 (Bundesgesetzbl. I S. 313) wird im Einvernehmen mit der Regierung des Saarlandes verordnet:

**§ 1**

Abweichend von den Vorschriften der §§ 2, 5 und 6 Nr. 3 des Gesetzes werden im Saarland

1. die Handels- und Gaststättenzählung im Handel mit Stichtag 30. September 1961, im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe mit Stichtag 31. August 1961 durchgeführt;
2. die einmalige Befragung der Unternehmen der Industrie (§ 5) im Jahre 1961 durchgeführt;

<sup>1)</sup> Bundesanzeiger Nr. 134 S. 1.

**§ 2**

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Bonn, den 13. Juli 1961.

Der Bundesminister für Wirtschaft

In Vertretung  
Westrick

**Gesetz über die Durchführung laufender Statistiken im Handel  
sowie über die Statistik des Fremdenverkehrs in Beherbergungsstätten (HFVStatG)  
Vom 12. Januar 1960<sup>1)</sup>**

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

**§ 1**

Über die Geschäftstätigkeit und den Wirtschaftsablauf im Handel sowie über den Fremdenverkehr in Beherbergungsstätten werden laufende Repräsentativ-Erhebungen als Bundesstatistik durchgeführt. Die Erhebungen umfassen

1. eine Umsatzstatistik im Groß- und Außenhandel (Großhandelsstatistik),
2. eine Umsatzstatistik im Einzelhandel (Einzelhandelsstatistik),
3. eine Statistik über den Fremdenverkehr in Beherbergungsstätten (Fremdenverkehrsstatistik).

**§ 2**

(1) Die Großhandelsstatistik (§ 1 Nr. 1) erfaßt folgende Tatbestände:

1. Monatlich den Wert des Umsatzes in eigenem Namen und in fremdem Namen sowie die Zahl der Beschäftigten;
2. jährlich den Wert der Einkäufe im Kalenderjahr oder Geschäftsjahr sowie den Wert der Lagerbestände am Ende des Kalenderjahres oder Geschäftsjahres.

(2) Auskunftspflichtig sind die Unternehmen des Groß- und Außenhandels einschließlich der Ein- und Verkaufsvereinigungen.

(3) Die Großhandelsstatistik wird bei höchstens 10 000 der in Absatz 2 bezeichneten Unternehmen durchgeführt.

(4) Die Großhandelsstatistik wird vom Statistischen Bundesamt erhoben und aufbereitet.

**§ 3**

(1) Die Einzelhandelsstatistik (§ 1 Nr. 2) erfaßt folgende Tatbestände:

1. Monatlich den Wert des Umsatzes sowie die Zahl der Beschäftigten;
2. jährlich den Wert der Einkäufe im Kalenderjahr oder Geschäftsjahr sowie den Wert der Lagerbestände am Ende des Kalenderjahres oder Geschäftsjahres.

(2) Auskunftspflichtig sind die Unternehmen des Einzelhandels. Bei Unternehmen mit mehreren Niederlassungen sind auch die einzelnen Niederlassungen auskunftspflichtig.

(3) Die Einzelhandelsstatistik wird bei höchstens 40 000 der in Absatz 2 bezeichneten Unternehmen durchgeführt.

**§ 4**

(1) Die Fremdenverkehrsstatistik (§ 1 Nr. 3) erfaßt folgende Tatbestände:

1. Monatlich die Zahl der Fremdenmeldungen und -übernachtungen, bei Fremden mit ständigem Wohnsitz im Ausland außerdem das Herkunftsland des Fremden;
2. jährlich am 1. April die Zahl der Fremdenzimmer und Fremdenbetten, die in dem am 1. April beginnenden Berichtsjahr ständig oder zeitweise für den Fremdenverkehr verfügbar oder die zweckentfremdet sind.

(2) Auskunftspflichtig sind die Betriebe des Beherbergungsgewerbes. Auskunftspflichtig sind ferner die Inhaber oder geschäftsführenden Personen von Sanatorien, Heilstätten, Kuranstalten, Erholungsheimen, Kinderheimen, Jugendherbergen und Campingplätzen sowie von sonstigen Unterkunftsstätten, in denen zum vorübergehenden Aufenthalt gegen Entgelt Personen Unterkunft gewährt wird.

(3) Die Fremdenverkehrsstatistik wird in höchstens 3 000 Gemeinden durchgeführt.

**§ 5**

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

**§ 6**

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft. Gleichzeitig treten außer Kraft

1. die Verordnung über die Großhandelsstatistik vom 27. Juni 1957 (Bundesanzeiger Nr. 122 vom 29. Juni 1957),
2. die Verordnung über die Statistik des Fremdenverkehrs in Beherbergungsstätten vom 20. Januar 1958 (Bundesanzeiger Nr. 18 vom 28. Januar 1958).

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt. Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 12. Januar 1960.

Der Bundespräsident  
Lübke

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers  
Ludwig Erhard

Der Bundesminister für Wirtschaft  
Ludwig Erhard

**Begründung<sup>2)</sup>**

**I. Allgemeine Begründung**

**1. Rechtsgrundlage**

Nach Auffassung der Bundesregierung sollen die bisher auf Grund

der Verordnung über eine Statistik im Einzelhandel vom 24. November 1956 (Bundesanzeiger Nr. 232 vom 29. November 1956),

der Verordnung über die Großhandelsstatistik vom 27. Juni 1957 (Bundesanzeiger Nr. 122 vom 29. Juni 1957) und

der Verordnung über die Statistik des Fremdenverkehrs in Beherbergungsstätten vom 20. Januar 1958 (Bundesanzeiger Nr. 18 vom 28. Januar 1958)

durchgeführten Statistiken im Sinne des § 6 Abs. 1 StatGes durch ein Sammelgesetz angeordnet werden, weil die Weiterführung dieser Statistiken auf längere Sicht für Zwecke der Wirtschaftsbeobachtung und Konjunkturpolitik unerlässlich ist. Der Erlaß einer neuen Rechtsvorschrift ist dringlich, weil die Geltungsdauer der Verordnung über eine Statistik im Einzelhandel bereits am 29. November 1959 endet.

**2. Bedeutung der Statistik**

Die auf Grund der Großhandels- und Einzelhandelsumsatzstatistik vom Statistischen Bundesamt ermittelten Meßziffern über die Umsatztätigkeit des Handels und seiner verschiedenen Zweige bilden ein besonders wichtiges Hilfsmittel für die Beurteilung der konjunkturellen Entwicklung. Sie sind damit eine unentbehrliche und zuverlässige Unterrichtsquelle für die zu-

<sup>1)</sup> BGBl. I S. 6. — <sup>2)</sup> Bundestagsdrucksache Nr. 1232 vom 6. August 1959 (siehe Vorbemerkung auf S. 156 oben).

ständigen obersten Bundes- und Landesbehörden, die Deutsche Bundesbank, die wirtschaftswissenschaftlichen Institute und für die Wirtschaft, die sie zur Beurteilung der konjunkturellen Veränderungen der Wirtschaftslage regelmäßig heranziehen und eingehend analysieren (vgl. Lagebericht des BWM und der DBBk).

Die Einzelhandelsstatistik dient im besonderen auch zur Beobachtung der Entwicklung des privaten Verbrauchs, der zu einem großen Teil von der Bevölkerung durch Käufe beim Einzelhandel gedeckt wird. Sie bildet damit zugleich ein wichtiges Hilfsmittel für die Fortschreibung der amtlichen Sozialproduktsberechnung.

Die Fremdenverkehrsstatistik ist erforderlich, um eine einheitliche Darstellung der Entwicklung des Fremdenverkehrs in Beherbergungsstätten für das gesamte Gebiet der Bundesrepublik zu ermöglichen.

Die Bedeutung des Fremdenverkehrs für die Volkswirtschaft wird dadurch gekennzeichnet, daß allein im Jahre 1957 in den gewerblichen Beherbergungsstätten rd. 105 Millionen Übernachtungen gezählt und aus dem Reiseverkehr ausländischer Gäste etwa 1,9 Mrd. DM an Devisen eingenommen wurden.

Für regionale Untersuchungen liefert die Fremdenverkehrsstatistik Unterlagen über den Umfang und die Struktur des Fremdenverkehrs in Bezirken, die wirtschaftlich vom Fremdenverkehr abhängen. Der Nachweis über das Herkunftsland der Auslandsgäste gibt wertvolle Hinweise für eine zweckmäßige Werbung. Die Angaben über die Beherbergungskapazität und deren Ausnutzung können einer sinnvollen Entwicklung der Investitionstätigkeit in diesem Wirtschaftszweig dienen.

Die Aufnahme einer Saar-Klausel ist entbehrlich, da die hier geregelten Statistiken baldmöglichst im Saarland eingeführt werden sollen.

## II. Begründung im einzelnen

### Zu § 2 Abs. 1 Nr. 1

Die Zahl der Beschäftigten soll mit diesem Gesetz auch beim Großhandel erfaßt werden, um in gleicher Weise wie schon bisher beim Einzelhandel die Veränderungen der Beschäftigtenzahlen unter dem Einfluß der konjunkturellen und saisonalen Bedingungen beobachten zu können.

### Zu § 2 Abs. 1 Nr. 2

Die jährlich einmalige Erfragung des Wertes der Einkäufe und der Lagerbestände dient ebenfalls der Beobachtung der wirtschaftlichen Entwicklung. Sie erscheint besonders wichtig, da sich in der Einkaufstätigkeit und in der Lagerhaltung u. a. die Erwartungen der Unternehmen niederschlagen. Auch für die Aufstellung von Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ist eine jährliche Beobachtung der Einkäufe und der Lagerbestände unentbehrlich.

### Zu § 2 Abs. 3

Da von vielen Seiten die Aufstellung eines Index der Umsätze im Großhandel für dringend erforderlich gehalten wird, ist die Einbeziehung weiterer wichtiger Fachzweige in die Großhandelsstatistik unumgänglich notwendig. Aus diesem Grunde und zur allgemeinen Verbesserung der Repräsentation sollen an der Berichterstattung an Stelle von bisher 4000 künftig bis zu höchstens 10 000 Unternehmen beteiligt werden, deren Auswahl durch das Statistische Bundesamt im Benehmen mit Sachverständigen der Wirtschaft vorgenommen wird. In dieser erhöhten Zahl sind auch Höchstzahlen für Berlin (West) und das Saarland einbezogen. Da bei jeder Repräsentativerhebung der Grad der Repräsentation den Erkenntnis- und Aussagewert der Ergebnisse bestimmt, muß für jeden ausgesuchten Großhandelszweig eine ausreichende Beteiligung und eine hinsichtlich der Betriebstypen den tatsächlichen Verhältnissen entsprechende Zusammensetzung des Berichtsfirmenkreises sichergestellt sein.

### Zu § 2 Abs. 4

Die Notwendigkeit einer zentralen Aufbereitung der Großhandelsstatistik für das Bundesgebiet mit Ausnahme des Landes Berlin ergibt sich aus der meist überregionalen Struktur der Großhandelsunternehmen. Dem Bedürfnis der Länder auf laufende Unterrichtung wird dadurch Rechnung getragen, daß in den Großhandelszweigen, in denen eine regionale Untergliederung der Ergebnisse möglich erscheint, auch Länderergebnisse erstellt werden.

### Zu § 3 Abs. 1 Nr. 2

wie zu § 2 Abs. 1 Nr. 2.

### Zu § 3 Abs. 3

Es hat sich als erforderlich erwiesen, die Repräsentation der Einzelhandelsstatistik in einer Zahl von Zweigen zu verbessern und einige weitere Zweige in die Statistik einzubeziehen. Zu diesem Zweck soll die Zahl der befragten Unternehmen von bisher 30 000 auf 40 000 heraufgesetzt werden, da sich herausgestellt hat, daß mit einer Erfassung von nur 30 000 Unternehmen die Umsatzentwicklung der einzelnen Einzelhandelszweige nicht mit genügender Zuverlässigkeit dargestellt werden kann. In dieser erhöhten Zahl sind auch Höchstzahlen für Berlin (West) und das Saarland einbezogen.

### Zu § 4 Abs. 3

Die Fremdenverkehrsstatistik wird nur in solchen Gemeinden durchgeführt, in denen der Fremdenverkehr besondere Bedeutung hat.

## III. Kosten

Die in diesem Gesetz geregelten Statistiken gehören zum laufenden Arbeitsprogramm und werden seit längerem vom Statistischen Bundesamt und den Statistischen Landesämtern durchgeführt. Die Mittel dafür sind deshalb in den Haushalten von Bund und Ländern bereits enthalten. Zusätzliche Haushaltsmittel werden nicht benötigt.

## Verordnung über die statistische Erfassung der Lieferungen und der Bestände eingeführter fester Brennstoffe

Vom 7. Juli 1959<sup>1)</sup>

Auf Grund des § 6 Abs. 2 und des § 9 Abs. 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1314) verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

### § 1

Über die Lieferungen und die Bestände eingeführter fester Brennstoffe wird eine Bundesstatistik durchgeführt.

<sup>1)</sup> Bundesanzeiger Nr. 132 S. 1.

### § 2

(1) Die Statistik erfaßt für die eingeführten festen Brennstoffe die folgenden Tatbestände:

1. die Lieferungen nach Arten, gegliedert nach Abnehmergruppen und Bundesländern;
2. die Bestände nach Arten.

(2) Die Statistik erfaßt die in Absatz 1 Nrn. 1 und 2 bezeichneten Tatbestände auch für die aus den Währungsgebieten der

Deutschen Mark der Deutschen Notenbank (DM-Ost) in das Gebiet des Geltungsbereichs dieser Verordnung verbrachten festen Brennstoffe.

### § 3

(1) Auskunftspflichtig nach § 10 des Gesetzes sind alle Unternehmen, die aus einem Gebiet außerhalb des Geltungsbereichs dieser Verordnung bezogene feste Brennstoffe an industrielle Verbraucher, an Kohलगroßhändler oder an Kohleneinzelhändler liefern.

(2) Die Meldungen nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 sind jeweils innerhalb von 10 Tagen nach der Einfuhr oder Weiterlieferung, die Meldungen nach § 2 Abs. 1 Nr. 2 sind bis zum 10. des auf den Berichtsmonat folgenden Monats durch den Auskunftspflichtigen unter Verwendung der amtlichen Erhebungsvordrucke dem Bundesminister für Wirtschaft oder der von ihm bestimmten Stelle einzureichen.

### § 4

Der Bundesminister für Wirtschaft oder die von ihm bestimmte Stelle wird ermächtigt, die Aufgaben des Statistischen Bundesamtes nach § 2 Nr. 2 des Gesetzes für diese Statistik wahrzunehmen, nachdem die beteiligten Länder die Zustimmung gemäß § 2 Nr. 2 des Gesetzes erteilt haben.

### § 5

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 17 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke auch im Land Berlin.

### § 6

Diese Verordnung gilt im Saarland von dem Zeitpunkt an, zu dem das Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1314) im Saarland in Kraft tritt.

### § 7

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft. Sie tritt 3 Jahre nach ihrer Verkündung außer Kraft.

Bonn, den 7. Juli 1959.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers  
Ludwig Erhard

Der Bundesminister für Wirtschaft  
Ludwig Erhard

## Verordnung über die Statistik des Fremdenverkehrs in Beherbergungsstätten

Vom 20. Januar 1958<sup>1)</sup>

Auf Grund des § 6 Abs. 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. September 1953 (BGBl. I S. 1314) verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

### § 1

Über den Fremdenverkehr in Beherbergungsstätten wird eine Bundesstatistik durchgeführt.

### § 2

Die Statistik erfaßt

1. monatlich: die Zahl der Fremdenmeldungen und -übernachtungen, bei Fremden mit ständigem Wohnsitz im Ausland außerdem das Herkunftsland des Fremden;
2. jährlich am 1. April: die Zahl der Fremdenzimmer und Fremdenbetten, die in dem am 1. April anlaufenden Berichtsjahr ständig oder zeitweise für den Fremdenverkehr verfügbar oder die zweckentfremdet sind.

### § 3

(1) Auskunftspflichtig nach § 10 des Gesetzes sind die Inhaber oder Leiter der Beherbergungsstätten.

(2) Beherbergungsstätten im Sinne dieser Verordnung sind Hotels, Gasthöfe, Fremdenheime, Hospize, Kurhäuser, Sanatorien, Erholungsheime, Kinderheime und Jugendherbergen. Beherbergungsstätten im Sinne dieser Verordnung sind ferner sonstige Unterkunftsstätten, in denen zum vorübergehenden Aufenthalt gegen Entgelt Personen Unterkunft gewährt wird.

### § 4

(1) Erhebungen nach § 2 sind nur in solchen Gemeinden durchzuführen, in denen die Zahl der Fremdenübernachtungen während der Dauer eines Jahres mindestens 25 vH der Einwohnerzahl beträgt, oder die nach Feststellung der für den Fremden-

verkehr zuständigen obersten Landesbehörde von besonderer Bedeutung für den Fremdenverkehr sind.

(2) In Gemeinden, die für den Fremdenverkehr nur geringe Bedeutung haben, kann abweichend von den Vorschriften des Absatzes 1 die für den Fremdenverkehr zuständige oberste Landesbehörde den Auskunftspflichtigen statt der monatlichen Meldung (§ 2 Nr. 1) eine Meldung in längeren Zeitabschnitten gestatten oder überhaupt die Meldepflicht erlassen.

### § 5

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (BGBl. I S. 1) in Verbindung mit § 17 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke auch im Land Berlin.

### § 6

Diese Verordnung gilt nicht im Saarland.

### § 7

Diese Verordnung tritt am 6. Februar 1958 in Kraft. Sie tritt mit Ablauf des 5. Februar 1961 außer Kraft.

Bonn, den 20. Januar 1958.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers  
Ludwig Erhard

Der Bundesminister für Wirtschaft  
Ludwig Erhard

Der Bundesminister für Verkehr  
Seehofer

<sup>1)</sup> Bundesanzeiger Nr. 11 S. 1.

# Gesetz über die Statistik des grenzüberschreitenden Warenverkehrs (Außenhandelsstatistik-AHStatGes)

Vom 1. Mai 1957<sup>1)</sup>

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

## § 1

Über den grenzüberschreitenden Warenverkehr wird eine Bundesstatistik durchgeführt.

## § 2

(1) Anzumelden ist der Warenverkehr über die Grenze des Erhebungsgebietes. Anzumelden sind ferner der übrige Warenverkehr der Freihäfen, der Zollgewahrsams- und der Zollvormerkverkehr sowie der Erwerb und die Veräußerung von Seeschiffen.

(2) Das Erhebungsgebiet umfaßt den Geltungsbereich dieses Gesetzes ohne die badischen Zollausschlüsse. Die Zollanschlüsse gehören zum Erhebungsgebiet.

(3) Waren im Sinne dieses Gesetzes sind alle beweglichen Sachen.

## § 3

Bei der Anmeldung werden folgende Tatbestände erfaßt:

1. Anschrift der Auskunftspflichtigen nach § 4; Name des Schiffes oder Zulassungszeichen des Luftfahrzeuges; Ankunfts- oder Verladetag; Ein-, Um- oder Ausladehafen; im Freihafenverkehr das Lager oder der Betrieb; Anlaß der Warenbewegung; Verkehrsart;
2. Benennung der Ware; Art der Veredelungsarbeit; Menge; Wert; Wertstellung; für den Warenverkehr maßgebende Währung; Herstellungs- oder Verbrauchsland, Versendungs- oder Empfangsland, Einkaufs- oder Käuferland; Zielort oder Herstellungsort im Erhebungsgebiet; Verpackungsart und -merkmale oder das Beförderungsmittel; Anzahl und Merkzeichen der Güter;
3. ferner
  - a) bei Einfuhr aus Zollvormerklager: Zolltarifnummer mit Absatz und Unterabsatz, Zollsatz, Grund der Zollbefreiung oder -ermäßigung, Zollbetrag;
  - b) bei Schiffsbedarf: Nationalität des Fahrzeuges, für das die Waren bestimmt sind;
  - c) bei Zwischenauslandsverkehr: das Land, durch dessen Gebiet die Waren gesandt werden, und bei Beförderung über See der Seeweg.

## § 4

(1) Zur Anmeldung ist verpflichtet

1. für die in das Zollgebiet eingehenden Waren derjenige, der den Zollantrag stellt;
2. in den übrigen Fällen derjenige, der die Waren in dem nach § 6 maßgebenden Zeitpunkt besitzt.

(2) Zur Ausstellung sowie zur Ergänzung des Anmeldepapiers ist verpflichtet

1. für die eingehenden Waren der Einführer;
2. für die ausgehenden Waren der Ausführer;
3. in den übrigen Fällen der Anmeldepflichtige.

(3) Durch Rechtsverordnung kann zur Erleichterung des Anmeldeverfahrens oder zur Regelung von Sonderfällen des Verkehrsablaufs bestimmt werden, daß andere am Warenverkehr beteiligte Personen zur Anmeldung sowie zur Ausstellung oder Ergänzung des Anmeldepapiers verpflichtet sind.

## § 5

(1) Anmeldestellen sind die Zollstellen.

(2) Durch Rechtsverordnung können zur Vereinfachung des Anmeldeverfahrens der Kreis der Zollstellen näher bestimmt und

begrenzt sowie andere Dienststellen zu Anmeldestellen erklärt werden.

## § 6

(1) Die Anmeldung ist durch Übergabe der amtlich vorgesehenen, ordnungsmäßig ausgefüllten Anmeldepapiere durch den Anmeldepflichtigen an die Anmeldestelle zu bewirken.

(2) Das Anmeldepapier ist der Anmeldestelle zu übergeben

1. beim Eingang von Waren in das Erhebungsgebiet, soweit eine Zollabfertigung stattfindet, zugleich mit dem Zollantrag;
2. beim Ausgang von Waren aus dem Erhebungsgebiet unverzüglich, sobald die Waren am Ort der Anmeldestelle eingetroffen oder dort zur Ausfuhr aufgeliefert worden sind.

(3) Durch Rechtsverordnung kann ein anderer Zeitpunkt der Anmeldung (Absatz 2) festgelegt werden

1. für die übrigen sowie für besondere Fälle des Wareneingangs oder Warenausgangs;
2. soweit andere Rechtsvorschriften über die Wareneinfuhr und die Warenausfuhr dies aus Gründen der Verwaltungsverfahrenvereinfachung erfordern.

## § 7

(1) Die Frachtführer im Land- und Luftverkehr haben im Falle der Ausfuhr bei der Übergabe der Anmeldepapiere an die Anmeldestelle schriftlich zu erklären, daß in ihnen alle der Anmeldepflicht unterliegenden Frachtstücke aufgeführt sind

(2) Für jedes von See in einen Freihafen beladen eingehende und für jedes seewärts oder auf einem Binnengewässer beladen ausgehende Schiff ist vom Verfrachter oder Frachtführer oder, wenn kein Frachtgeschäft vorliegt, vom Besitzer der Ladung der Anmeldestelle ein Ladungsverzeichnis einzureichen. Bei aus Freihäfen nach See ausgehenden Schiffen kann von der Anmeldestelle, soweit Schiffszettel oder sonstige Verlade- oder Übergabepapiere eingeführt sind, eine Ausfertigung eines dieser Papiere vom Verlader verlangt werden.

(3) Die Ladungsverzeichnisse nach Absatz 2 müssen folgende Angaben enthalten: Anzahl, Verpackungsart und Merkzeichen der Packstücke sowie in deutscher Sprache Benennung und Menge der geladenen Waren, und zwar in Übereinstimmung mit den Konnossementen oder sonstigen Ladungspapieren, ferner die Namen der Auskunftspflichtigen nach § 4. Die Angaben über die Waren sind in den Ladungsverzeichnissen nach Einlade- oder Ausladehäfen zu ordnen. Beim Ausgang sind die Sendungen in laufender Nummernfolge in die Ladungsverzeichnisse einzutragen. Auf den Konnossementen sind diese Nummern anzugeben. Die Ladungsverzeichnisse müssen die Erklärung des Verfrachters oder Frachtführers enthalten, daß in ihnen alle in den Schiffen verladenen Waren verzeichnet sind. Bei unbeladenen Schiffen ist vom Schiffsführer schriftlich zu erklären, daß das Schiff unbeladen ist. Die Ladungsverzeichnisse der von See in einen Freihafen zum Löschen eingehenden Schiffe sind innerhalb acht Tagen nach der Ankunft der Schiffe einzureichen. Für die aus den Freihäfen nach See ausgehenden Schiffe sind die Ladungsverzeichnisse binnen acht Tagen, für die aus anderen Seehäfen nach See ausgehenden Schiffe binnen drei Tagen nach der Abfahrt der Schiffe einzureichen, falls der Verfrachter eine Niederlassung oder eine ständige Vertretung (Makler, Agentur) im Ausgangshafen hat. In anderen Fällen ist das Ladungsverzeichnis der ausgehenden Schiffe sogleich nach Beendigung der Verladung einzureichen. Auf Anfordern sind den Meldestellen auch über die Sendung vorhandene Konnossemente, Frachtkarten und Ladelisten zur Einsicht vorzulegen.

(4) Im Zoll- und Freihafenverkehr können zur Sicherung der Anmeldung auch weitere am Warenverkehr und Transport be-

<sup>1)</sup> BGBl. I S. 413.

teiligte Personen durch Rechtsverordnung verpflichtet werden, Angaben über Waren, deren Herkunft, Bestimmung und Verbleib zu machen; örtliche Schiffs-meldestellen können verpflichtet werden, den Ein- und Ausgang der Schiffe der Anmeldestelle anzuzeigen.

(5) Bei der Ausfuhr von Waren des Zoll- oder Verbrauchssteuerverkehrs hat der Zoll- oder Steuerbeteiligte das Anmeldepapier der Zollstelle vorzulegen, die die Zoll- und Steuerpapiere ausfertigt. Entsprechendes gilt, wenn ein Nämlichkeitsschein oder Musterpaß für Freigut ausfertigt wird.

## § 8

In Ausnahmefällen können zur Vermeidung unbilliger Härten oder aus Gründen einer Erhebungstechnischen Vereinfachung durch Rechtsverordnung Erleichterungen im Anmeldeverfahren oder Befreiungen von der Anmeldung oder Ausnahmen von den Vorschriften des § 7 gewährt werden, soweit es mit dem Zweck der Außenhandelsstatistik vereinbar ist. In besonders gelagerten Einzelfällen können derartige Erleichterungen und Befreiungen auch durch den Präsidenten des Statistischen Bundesamtes verfügt werden.

## § 9

(1) Zur Auskunft verpflichtet nach § 10 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1314) sind Personen, die verpflichtet sind

1. nach § 4 Abs. 1 zur Anmeldung;
2. nach § 4 Abs. 2 zur Ausstellung sowie zur Ergänzung des Anmeldepapiers;
3. nach einer auf Grund des § 4 Abs. 3 und des § 13 Nr. 1 erlassenen Rechtsverordnung zur Anmeldung, zur Ausstellung oder Ergänzung des Anmeldepapiers;
4. nach § 7 Abs. 1 und 3 zur Abgabe der dort bezeichneten Erklärungen;
5. nach § 7 Abs. 2 zur Ausfüllung der dort bezeichneten Papiere;
6. nach einer auf Grund des § 7 Abs. 4 und des § 13 Nr. 1 erlassenen Rechtsverordnungen zu Erklärungen und Anzeigen.

(2) Die Anmeldestellen können im Zeitpunkt der Anmeldung (§ 6) durch Vergleich der Beförderungspapiere oder sonstiger Begleitpapiere mit den Anmeldepapieren oder durch Beschau der Waren nachprüfen, ob die nach Absatz 1 zur Auskunft verpflichteten Personen ihrer Auskunftsverpflichtung entsprochen haben.

## § 10

(1) Die Außenhandelsstatistik ist vom Statistischen Bundesamt nach § 2 Nr. 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke zu erheben und aufzubereiten.

(2) Das Statistische Bundesamt kann den Statistischen Ämtern in Hamburg, Bremen und Lübeck die für deren statistische Zwecke erforderlichen Unterlagen zur selbständigen Bearbeitung zur Verfügung stellen.

## § 11

(1) Die Weiterleitung von Einzelangaben für den Dienstgebrauch der fachlich zuständigen obersten Bundes- und Landesbehörden ist zugelassen, wenn der Name der Auskunftspflichtigen nicht bekanntgegeben wird.

(2) Die Ergebnisse der Außenhandelsstatistik können nach Waren, nach fremden Ländern und nach Bundesländern gegliedert veröffentlicht werden, wenn der Name der Auskunftspflichtigen nicht bekanntgegeben wird.

## § 12

Abkommen mit fremden Staaten bleiben unberührt.

## § 13

Der Bundesminister für Wirtschaft und der Bundesminister der Finanzen werden ermächtigt, im Einvernehmen miteinander

1. die in § 4 Abs. 3, § 5 Abs. 2, § 6 Abs. 3, § 7 Abs. 4 und § 8 vorgesehenen Rechtsverordnungen zu erlassen;
2. durch Rechtsverordnung die in §§ 3 und 4 verwendeten Begriffe näher zu bestimmen und Durchführungsbestimmungen für das Anmeldeverfahren zu erlassen.

## § 14

Dieses Gesetz gilt nicht für den Warenverkehr mit den Währungsgebieten der Deutschen Mark der Deutschen Notenbank (DM-Ost).

## § 15

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin. Rechtsverordnungen, die auf Grund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes.

## § 16

(1) § 13 tritt am Tage nach der Verkündung dieses Gesetzes in Kraft. Im übrigen tritt dieses Gesetz einen Monat nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Gleichzeitig treten § 1 Abs. 1, §§ 18 und 19 Abs. 1 des Gesetzes über die Statistik des Warenverkehrs mit dem Ausland vom 31. März 1939 (Reichsgesetzbl. I S. 645) außer Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 1. Mai 1957.

Der Bundespräsident

Theodor Heuss

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers

Blücher

Der Bundesminister für Wirtschaft

Ludwig Erhard

Der Bundesminister der Finanzen

Schäffler

## Begründung<sup>1)</sup>

### A. Allgemeine Begründung

#### I. Rechtsgrundlage

Die Außenhandelsstatistik wurde durch den Deutschen Zollverein bereits 1834 eingeführt. Nach der Reichsgründung erhielt sie ihre gesetzliche Grundlage durch die Reichsgesetze vom 20. Juli 1879 und vom 7. Februar 1906. Nach 1906 ist die Ge-

setzgebung des Reichs über die Außenhandelsstatistik, der Entwicklung folgend, wiederholt geändert worden; zuletzt durch das Gesetz über die Statistik des Warenverkehrs mit dem Ausland (Außenhandelsstatistik — HStatG —) vom 31. März 1939 (Reichsgesetzbl. I S. 645). Dieses Gesetz wurde durch die Verordnung über die Statistik des Warenverkehrs mit dem Ausland (Außenhandelsstatistik) vom 4. April 1944 (Reichsgesetzbl. I S. 93) bis auf § 1 Abs. 1 und die §§ 18 und 19 Abs. 1 außer Kraft gesetzt.

Die Außenhandelsstatistik war eine der ersten Statistiken, die bald nach dem Zusammenbruch wieder aufgenommen wurden.

<sup>1)</sup> Bundestagsdrucksache Nr. 2658 vom 8. August 1956 (siehe Vorbemerkung auf S. 156 oben).

Die »Gemeinsame Anordnung der Verwaltungen des Vereinigten Wirtschaftsgebietes zur Durchführung von Statistiken« vom 1. Juni 1949 — lfd. Nr. 30 der Anlage — (Öffentlicher Anzeiger für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet Nr. 50 S. 1), bildete in Verbindung mit den noch in Kraft gebliebenen Vorschriften des »Gesetzes über die Statistik des Warenverkehrs mit dem Ausland« vom 31. März 1939 ihre gesetzliche Grundlage in der Nachkriegszeit. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf soll die den Vorschriften des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1314) entsprechende Rechtsgrundlage geschaffen werden.

## II. Bedeutung der Außenhandelsstatistik

Die Außenhandelsstatistik dient den obersten Verwaltungsbehörden als unentbehrliches Hilfsmittel für die Erfüllung ihrer wirtschafts-, handels- und zollpolitischen Aufgaben. Sie bildet eine wichtige Unterlage für den Abschluß von Handels- und Zolltarifverträgen mit fremden Staaten, für die Aufstellung der Handels- und Zahlungsbilanz der Bundesrepublik, für die Aufstellung und Weiterbildung des Zolltarifs. Angesichts der engen Verflechtung der Bundesrepublik mit der Weltwirtschaft ist eine genaue Kenntnis der Warenströme über die Grenzen zwingend erforderlich.

In gleicher Weise ist die Außenhandelsstatistik unentbehrlich für die laufenden Einzeldispositionen der Unternehmen, sei es, daß diese unmittelbar oder mittelbar mit der Außenwirtschaft verbunden sind.

Außerdem wird die Außenhandelsstatistik auch benötigt, um die im Rahmen multilateraler Vereinbarungen (OEEC, Internationaler Währungsfonds, GATT, Weltbank, Montan-Union usw.) auftretenden Anforderungen an statistischen Unterlagen über die Außenhandelsituation der Bundesrepublik erfüllen zu können.

Entsprechend der zunehmenden Verflechtung der einzelnen Volkswirtschaften untereinander sowie der Vertiefung der Erkenntnisse volkswirtschaftlicher Zusammenhänge sind die Anforderungen, die heute an die Außenhandelsstatistik von allen Beteiligten gestellt werden müssen, größer als früher.

## III. Grundzüge des Gesetzes

Das vorliegende Gesetz soll — in Übereinstimmung mit der internationalen Handhabung der Außenhandelsstatistik — die statistische Erfassung des die Grenze überschreitenden Warenverkehrs, auch soweit er nicht kommerzieller Art ist, regeln. Ausgenommen ist der grenzüberschreitende Warenverkehr, der auf Grund des Völkerrechts oder auf Grund zwischenstaatlicher Vereinbarungen einer Erfassung durch deutsche Dienststellen entzogen ist. Außenhandelsgeschäfte, bei denen das Kriterium des Grenzübergangs fehlt — also Geschäfte eines Ausländers im Inland oder eines Inländers im Ausland —, werden dagegen grundsätzlich nicht durch das Gesetz erfaßt.

Die frühere Bezeichnung »Gesetz über die Statistik des Warenverkehrs mit dem Ausland« wurde nicht übernommen, um den gegenwärtigen politischen Verhältnissen Rechnung zu tragen. Als Kurzbezeichnung läßt sich der international übliche Ausdruck »Außenhandelsstatistik« jedoch vertreten.

Die am grenzüberschreitenden Warenverkehr beteiligten Personen werden durch das Gesetz zur Anmeldung und zur Ausstellung von Anmeldepapieren verpflichtet. Da die zur Anmeldung Verpflichteten oft nicht in der Lage sind, die geforderten Angaben ordnungsgemäß zu liefern, wurde für diese Fälle weiteren Personengruppen, vor allem Importeuren, Exporteuren und Frachtführern (Verfrachtern) die Pflicht zur Ausstellung von Anmeldepapieren auferlegt.

Anmeldestellen sind im allgemeinen die Zollstellen, denen ohnehin die Überwachung des Warenverkehrs über die Grenze obliegt. Zur Vereinfachung der Verwaltung und Entlastung der

Anmeldepflichtigen erfolgt die statistische Anmeldung in der Regel in Verbindung mit anderen unentbehrlichen Verwaltungsvorgängen beim Grenzübergang oder bei der Zollabfertigung vor (bei der Ausfuhr) oder nach dem Grenzübergang (bei der Einfuhr).

Die Außenhandelsstatistik kann technisch und methodisch einwandfrei nur von einer Stelle durchgeführt werden. Sie wurde deshalb seit ihrem Bestehen stets zentral geführt.

Die in dem Gesetz vorgesehenen Ermächtigungen zum Erlaß von Durchführungsverordnungen (vgl. § 13) sollen es ermöglichen, zur Erleichterung für die Anmeldepflichtigen, zur Vermeidung von Härten und zur Vereinfachung der Verwaltung in besonders gelagerten Fällen des Warenverkehrs das Anmeldeverfahren oder den Zeitpunkt der Anmeldung abweichend von den allgemeinen Vorschriften des Gesetzes regeln zu können.

## B. Begründung im einzelnen

### Zu § 2

Die Bestimmungen behandeln den Gegenstand der statistischen Erhebungen sowie den räumlichen Geltungsbereich des Gesetzes. Der Begriff des »Erhebungsgebietes« wurde eingeführt, da das für die Zwecke der Außenhandelsstatistik zu umschreibende räumliche Gebiet nicht mit dem politischen Staatsgebiet (Geltungsbereich des Grundgesetzes) oder dem Zollgebiet übereinstimmt. Näheres ergibt sich aus Absatz 2. Der Erwerb und die Veräußerungen von Seeschiffen (Absatz 1) müssen besonders angemeldet werden, gleichgültig ob diese im Inland oder im Ausland erfolgen, weil Seeschiffe im allgemeinen nicht als Ware, sondern als Transportmittel die Grenze überschreiten. Im übrigen wird die Schiffsbestandsstatistik durch dieses Gesetz nicht berührt (Bestimmungen über die Statistik der Seeschifffahrt vom 27. Juni 1907, Zentralblatt für das Deutsche Reich 1907 S. 371, in Verbindung mit § 16 Abs. 1 StatGes).

### Zu § 3

Die zu erfassenden Tatbestände entsprechen Mindestanforderungen, die von der Verwaltung an die Außenhandelsstatistik gestellt werden müssen. Die Erfassung dieser Tatbestände ermöglicht die Darstellung der bedeutsamen zwischenstaatlichen Güterströme sowie der daraus resultierenden Geldströme in der notwendigen Feingliederung.

Als Anlaß der Warenbewegung (Nummer 1) sind u. a. anzusehen: Kauf, Verkauf, Konsignation, Kommission usw.

Als Verkehrsarten (Nummer 1) sind zu unterscheiden Einfuhr, Ausfuhr, Schiffsbedarf, Durchfuhr (einschl. des See- und Luftumschlagverkehrs) und Zwischenauslandverkehr. Angaben über Menge und Wert (Nummer 2) sind erforderlich, weil diese Maßstäbe bei den verschiedenen Warenarten von unterschiedlicher Bedeutung und beide zusammen für die Beurteilung des Außenhandels notwendig sind; Entsprechendes gilt für Angaben über die Währung. Ebenso ist die Kenntnis der Art der Veredlungsarbeiten für die wirtschaftspolitische Beurteilung wesentlich. Mit der Unterscheidung nach Herstellungs-, Versendungs- und Einkaufsland sowie nach Verbrauchs-, Empfangs- und Käuferland wird dem Internationalen Abkommen über Wirtschaftsstatistik (Genf) vom 14. Dezember 1928 entsprochen. Das Herstellungs- bzw. Verbrauchsland kennzeichnet diejenigen Länder, mit denen letztlich ein Warenaustausch stattfindet.

Das Versendungs- bzw. Empfangsland kennzeichnet die Länder, mit denen im Rahmen des grenzüberschreitenden Warenverkehrs Verkehrsbeziehungen bestehen.

Das Einkaufs- bzw. Käuferland kennzeichnet die Länder, mit denen Außenhandelsgeschäfte abgeschlossen werden und in denen die Vertragspartner ihr Geschäft betreiben.

Praktisch kann das gleiche Land bei der Einfuhr Herstellungs-, Versendungs- und Einkaufsland bzw. bei der Ausfuhr Verbrauchs-, Empfangs- und Käuferland sein. Es gibt hiervon aber ins Gewicht fallende Abweichungen, deren Kenntnis volks-

wirtschaftlich und handelspolitisch von Bedeutung ist und die festzustellen die Außenhandelsstatistik ermöglichen soll.

Durch die Angabe des Zielortes im Erhebungsgebiet lassen sich die Beziehungen der großen Hafenstädte zu ihrem Hinterland erkennbar machen.

Die Angabe des Herstellungsortes ermöglicht die Darstellung der Ausfuhr in einer Aufgliederung nach Bundesländern.

Angaben über Verpackungsart und -merkmale oder das Beförderungsmittel und dgl. dienen technischen Erfordernissen einer Kontrolle sowie der Beobachtung des Warenverkehrs unter verkehrspolitischen Gesichtspunkten.

#### Zu § 4

Begrifflich ist zu unterscheiden zwischen den zur Anmeldung Verpflichteten (Absatz 1) und den zur Ausstellung oder Ergänzung des Anmeldepapiers Verpflichteten (Abs. 2). Wer zur Ausstellung der Anmeldepapiere verpflichtet ist, trägt die Verantwortung für deren Inhalt. Wer zur Anmeldung verpflichtet ist, trägt die Verantwortung für die Übergabe der Meldepapiere an die Meldestelle. Anmeldepflichtiger ist im allgemeinen der Besitzer der Waren, der bei der Einfuhr im allgemeinen mit demjenigen identisch ist, der den Zollantrag stellt. Bei dem zur Anmeldung Verpflichteten und dem zur Ausstellung der Anmeldepapiere Verpflichteten kann es sich um dieselbe Person handeln.

Absatz 3 sieht eine Ermächtigung vor zum Erlaß von Durchführungsbestimmungen in Form einer Rechtsverordnung, durch die der zur Anmeldung verpflichtete Personenkreis zur Erleichterung für die Verpflichteten oder für die Verwaltung in besonders gelagerten Fällen (z. B. Freihafenverkehr, Seeschiffs- und Luftverkehr) so bestimmt werden kann, daß sich die allgemeinen Vorschriften dieses Gesetzes den besonderen Verhältnissen anpassen.

#### Zu § 5

Zu Absatz 1: Siehe Allgemeine Begründung Ziffer III (Grundzüge des Gesetzes).

Die Ermächtigung zum Erlaß von Rechtsverordnungen gemäß Absatz 2 läßt die Möglichkeit offen, andere Dienststellen zu Anmeldestellen zu erklären, falls, wie z. B. im Freihafen Hamburg, die Überwachung des Warenverkehrs nicht in die Zuständigkeit der Zollverwaltung gehört.

#### Zu § 6

Zu Absatz 1: Ein besonderes Anmeldepapier ist notwendig, da keines der beim Grenzübergang verlangten Papiere, wie Zollanmeldung oder Transportbegleitpapiere, die für die Erstellung der Außenhandelsstatistik erforderlichen Angaben vollständig enthält.

Zu Absatz 2: Diese Vorschriften stimmen den Zeitpunkt der Anmeldung soweit wie möglich mit anderen Vorgängen der Ein- und Ausfuhr ab.

Die in Absatz 3 vorgesehene Ermächtigung zum Erlaß einer Rechtsverordnung ermöglicht es, zur Entlastung des Gesetzes von Einzelheiten in besonders gelagerten Fällen (z. B. Warenverkehr in Freihäfen, Seeumschlagverkehr, Zollvormerklagerverkehr) den Zeitpunkt der Anmeldung zu bestimmen.

#### Zu § 7

Die verschiedenen hier enthaltenen Vorschriften für am Warenverkehr beteiligte Personen sowie Schiffsmeldestellen sichern die ordnungsgemäße und rechtzeitige Anmeldung der Ein- und Ausfuhrwaren und sollen die Vollständigkeit der Statistik gewährleisten.

Die Ermächtigung zum Erlaß von Durchführungsvorschriften in Form einer Rechtsverordnung (Absatz 4) trägt den besonderen Verhältnissen des Zoll- und Freihafenverkehrs Rechnung, ohne das Gesetz durch Regelung von Einzelheiten unübersichtlich zu machen.

#### Zu § 8

Die Gewährung von Erleichterungen im Anmeldeverfahren oder Befreiung von der Anmeldepflicht auf Grund einer zu erlassenden Rechtsverordnung entspricht der bisherigen Handhabung und dient z. B. für die Zulassung der mündlichen Anmeldung bei der Ein- und Ausfuhr zollfreier Waren im kleinen Grenzverkehr, für die Befreiung von der Anmeldung des persönlichen Reisezeuges oder für Erzeugnisse aus der Bewirtschaftung von Grenzgrundstücken u. a. m.

#### Zu § 10

Diese Vorschriften entsprechen den Aufgaben, die das Statistische Bundesamt im Rahmen der Vorschriften des § 2 StatGes wahrnehmen kann.

Auf die Notwendigkeit der Durchführung der Außenhandelsstatistik durch den Bund wurde bereits in der Allgemeinen Begründung (Ziffer III) hingewiesen.

Mit der Vorschrift in Absatz 2 wird dem in Hamburg, Bremen und Lübeck bestehenden besonderen Interesse an der Erhaltung ihrer Statistik über den Verkehr im Seehafen Rechnung getragen. Unter »Statistischen Ämtern« sind diejenigen Behörden zu verstehen, die von den Landesregierungen jeweils bestimmt werden.

#### Zu § 11

Die für die Wirtschaft zuständigen Bundes- und Landesbehörden benötigen in vielen Fällen für ihre Arbeit Einzelangaben, ohne daß es hierbei einer Kenntnis des Namens des Auskunftspflichtigen bedarf. Mit der Vorschrift in Absatz 1 wird die Rechtsvoraussetzung für die Zulässigkeit der Weiterleitung der Einzelangaben in diesem Umfange in Übereinstimmung mit den Bestimmungen in § 12 Abs. 2 StatGes geschaffen.

Mit der Vorschrift in Absatz 2 wird es ermöglicht, die Ergebnisse der Außenhandelsstatistik in dem seit Einführung dieser Statistik stets üblichen und notwendigen Umfange zu veröffentlichen.

#### Zu § 12

Der grenzüberschreitende Warenverkehr ist in bestimmtem Umfang auf Grund des Völkerrechts oder auf Grund zwischenstaatlicher Vereinbarungen einer Erfassung durch deutsche Dienststellen entzogen. Insbesondere bezieht sich das auf das Gut von Personen und Einrichtungen, deren Exterritorialität anerkannt wurde (z. B. Gesandtschafts- und Konsulargut). Es bedarf daher einer Klarstellung, daß die Vorschriften des Gesetzes über die Außenhandelsstatistik in diesen Fällen keine Geltung haben.



# Gesetz über die Statistik des Schiffs- und Güterverkehrs auf den Binnenwasserstraßen und die Fortschreibung des Schiffsbestandes der Binnenflotte

Vom 26. Juli 1957<sup>1)</sup>

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

## ABSCHNITT I

### Die Statistik des Schiffs- und Güterverkehrs auf den Binnenwasserstraßen

#### § 1

Über den Schiffs- und Güterverkehr auf den Binnenwasserstraßen wird eine Bundesstatistik durchgeführt.

#### § 2

(1) Die Statistik des Schiffs- und Güterverkehrs auf den Binnenwasserstraßen erfaßt

1. an den Grenzzollstellen und an den Übergangsstellen zur sowjetischen Besatzungszone den Ein- und Ausgang von Schiffen sowie die von ihnen beförderten Güter,
2. in Häfen und an sonstigen Lade- und Löschplätzen die Ankunft und Abfahrt von Schiffen sowie die von ihnen ein-, aus- und umgeladenen Güter,
3. außerhalb der Lade- und Löschplätze die Ankunft und Abfahrt von Schiffen, die Güter ein-, aus- oder umladen, sowie die von ihnen umgeschlagenen Güter,
4. an Schleusen die Durchfahrt von Schiffen und die von ihnen beförderten Güter.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend für den Floßverkehr.

(3) Von der Erfassung nach den Absätzen 1 und 2 sind ausgenommen

1. die Schiffe und Güter, die ankommen und abgehen
  - a) in den Häfen Lübeck, Hamburg, Bremen und Haren,
  - b) in den Häfen und sonstigen Lade- und Löschplätzen seewärts der Linie, welche die im Buchstaben a genannten Orte verbindet,

sofern sie auf ihrer Fahrt die Grenzen der Seefahrt im Sinne des § 1 der Dritten Durchführungsverordnung zum Flaggenrechtsgesetz vom 3. August 1951 (Bundesgesetzbl. II S. 155) überschreiten;

2. Leichterungen;
3. die Ankunft, Abfahrt und Durchfahrt von Schiffen, die ausschließlich als Schleppkraft oder anderen Zwecken als denen des Güterverkehrs dienen;
4. die Ankunft und Abfahrt von Schiffen und Flößen in Häfen, wenn diese ausschließlich als Schutz- und Sicherheitshäfen angelaufen werden.

#### § 3

(1) Die in § 2 aufgeführten Tatbestände werden nach folgenden Merkmalen erfaßt:

1. Für das Schiff nach  
Namen und Wohnort des Schiffsführers,  
Bezeichnung des Schiffes,  
Register- oder Heimatstaat des Schiffes,  
Schiffsgattung,  
Eichtonnen,  
Maschinenleistung in effektiven Pferdestärken;

2. für die Fahrt nach  
Verkehrsrichtung,  
benutzten Schifffahrtswegen,  
Ankunfts-, Abgangs- oder Durchgangstag;

3. für die Güter nach  
Art,  
Bruttogewicht,  
Ein-, Aus- oder Umladeort, an den Auslandsgrenzen auch nach Herkunfts- oder Bestimmungsländern,  
Art des Antransports bei der Einladung,  
Art des Abtransports bei der Ausladung.

(2) Der Floßverkehr (§ 2 Abs. 2) wird nach den in Absatz 1 Nr. 2 genannten sowie folgenden Merkmalen erfaßt:

- Namen und Wohnort des Floßführers,  
Gewicht des Floßes,  
Ort der Zusammensetzung oder der Auflösung des Floßes, an den Auslandsgrenzen auch nach Herkunfts- oder Bestimmungsländern.

#### § 4

Auskunftspflichtig nach § 10 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1314) sind die Schiffs- oder Floßführer sowie die Frachtführer oder Verfrachter.

#### § 5

(1) Statistische Meldestellen sind für die Erfassung

1. der in § 2 Abs. 1 Nr. 1 genannten Tatbestände
  - a) an den Auslandsgrenzen die Zollstellen,
  - b) an den Übergangsstellen von Berlin (West) zur sowjetischen Besatzungszone die zuständigen Behörden der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung in Verbindung mit den Grenzkontrollstellen (W),
  - c) an den sonstigen Übergangsstellen zur sowjetischen Besatzungszone die Behörden der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes;
2. der in § 2 Abs. 1 Nr. 2 genannten Tatbestände
  - a) in öffentlichen Häfen und an sonstigen öffentlichen Lade- und Löschplätzen die örtlich zuständigen Verwaltungsbehörden,
  - b) in privaten Häfen und an sonstigen privaten Lade- und Löschplätzen die Besitzer;
3. der in § 2 Abs. 1 Nr. 3 genannten Tatbestände
  - a) die Behörden der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes oder die entsprechenden Behörden der Länder, sofern ihre Genehmigung zum Laden, Löschen oder Umladen außerhalb eines Lade- oder Löschplatzes erforderlich ist,
  - b) die für die Umschlagstelle zuständige Gemeindebehörde, sofern eine Genehmigung nach Buchstabe a nicht erforderlich ist;
4. der in § 2 Abs. 1 Nr. 4 genannten Tatbestände die Behörden der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes.

(2) Die Meldestellen sollen die Erhebungsvordrucke auf ihre vollständige Ausfüllung überprüfen.

#### § 6

Die Angaben über den Versand und Empfang der einzelnen Verkehrsbezirke, die tonnenkilometrischen Leistungen und den Schiffsverkehr werden vom Statistischen Bundesamt aufbereitet.

<sup>1)</sup> BGBl. II S. 742.

## ABSCHNITT II

### Die Fortschreibung des Schiffbestandes der Binnenflotte

#### § 7

Der auf Grund statistischer Erhebungen jeweils ermittelte Schiffbestand wird laufend durch Fortschreibung berichtigt und ergänzt. Die Fortschreibung wird vom Bundesminister für Verkehr oder von den von ihm bestimmten Stellen durchgeführt.

#### § 8

Für die Fortschreibung werden die dem Erwerb dienenden Binnenschiffe (einschließlich der Werkschiffe, Hafenschiffe und Fähren),

1. deren Tragfähigkeit mehr als 10 t beträgt oder
  2. die eine eigene Antriebsanlage von wenigstens 50 effektiven Pferdestärken Maschinenleistung haben oder
  3. die Fahrgastschiffe, Tankschiffe, Schlepper oder Stoßboote sind,
- nach Eigentums-, Art-, Verwendungs- und Baumerkmale erfaßt.

#### § 9

(1) Auskunftspflichtig nach § 10 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke sind die Schiffseigentümer und ihre nach § 4 Abs. 3 der Schiffsregisterordnung in der Fassung vom 26. Mai 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 360) bestellten Vertreter.

(2) Die Auskunftspflichtigen haben dem Bundesminister für Verkehr oder den von ihm bestimmten Stellen durch Ausfüllung amtlicher Vordrucke ohne besondere Aufforderung Angaben über die in § 8 genannten Merkmale der dort erfaßten Binnenschiffe zu machen,

1. wenn die Merkmale sich ändern,
2. wenn ein neu erbautes Binnenschiff in Dienst gestellt wird, wenn ein Binnenschiff untergeht und als endgültig verloren anzusehen ist oder wenn es ausbesserungsunfähig wird,
3. wenn ein Binnenschiff seinen Heimatort verändert oder wenn es diesen im Geltungsbereich dieses Gesetzes erhält oder aufgibt.

## Begründung<sup>1)</sup>

Nach § 16 Abs. 1 StatGes können die laufenden Statistiken des Bundes vier Jahre nach Inkrafttreten des StatGes, d. h. nach dem 25. September 1957, nicht mehr als Bundesstatistiken durchgeführt werden, wenn nicht bis zu diesem Zeitpunkt neue Rechtsgrundlagen geschaffen worden sind. Die Binnenschiffahrtstatistiken werden z. Z. erhoben auf Grund der Bekanntmachungen des Bundesrates vom 5. Dezember 1907 (Zentralblatt für das Deutsche Reich S. 590) und vom 25. Juni 1908 (Zentralblatt für das Deutsche Reich S. 269). Auf die Weiterführung der bisherigen Binnenschiffahrtstatistiken kann nicht verzichtet werden. Sie vermitteln einen Überblick über die Verkehrsbedeutung der einzelnen Häfen, der Schleusen und der Grenzstellen, den Ablauf und den Umfang des Güterverkehrs auf den Binnenwasserstraßen nach den Verkehrsbeziehungen, den Anteil der deutschen und fremden Schiffe am jeweiligen Verkehrsaufkommen, die tonnenkilometrischen Leistungen sowie die Umladungen von und zu den Binnenwasserstraßen und schließlich die Struktur des Schiffbestandes der Binnenflotte.

Die Ergebnisse der Statistik sind die Grundlage für verkehrspolitische Entscheidungen des Bundes und der Länder, wie z. B. den Neubau und Ausbau von Wasserstraßen und Häfen, die Bildung von Tarifen für die Binnenschiffahrt und die mit ihr im Wettbewerb stehenden Verkehrsträger, die Festsetzung der

<sup>1)</sup> Bundestagsdrucksache Nr. 2924 vom 28. November 1956 (siehe Vorbemerkung auf S. 156 oben).

## § 10

Die Amtsgerichte, bei denen ein Binnenschiffsregister geführt wird, haben Tatsachen, die nach § 12 und § 17 Abs. 1 und 4 der Schiffsregisterordnung zum Binnenschiffsregister angemeldet werden, dem Bundesminister für Verkehr mitzuteilen, soweit diese Tatsachen nach § 8 erfaßt werden.

## ABSCHNITT III

### Schlußbestimmungen

#### § 11

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

#### § 12<sup>1</sup>

Dieses Gesetz gilt nicht im Saarland.

#### § 13<sup>2</sup>

Dieses Gesetz tritt am 1. September 1957 in Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 26. Juli 1957.

Der Bundespräsident

Theodor Heuss

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers

Blücher

Der Bundesminister für Verkehr

Seehoß

Schiffahrtabgaben auf den abgabepflichtigen Wasserstraßen, die Steuerung des Neu- und Umbaus von Binnenschiffen durch Kredite aus öffentlichen Mitteln und durch steuerliche Maßnahmen. Zuverlässige statistische Unterlagen über alle wichtigen Verkehrsvorgänge sind weiter die Voraussetzung für erfolgreiche Verhandlungen auf internationaler Ebene, wie z. B. im Rahmen der europäischen Verkehrsministerkonferenz, der Montanunion, der Wirtschaftskommission für Europa, der Zentralkommission für die Rheinschiffahrt und von Handelsvertragsverhandlungen. Darüber hinaus ist die Bundesrepublik — als Mitglied internationaler Organisationen verpflichtet, diesen statistische Unterlagen zur Verfügung zu stellen.

Aber nicht nur die für die Verkehrspolitik verantwortlichen Behörden, sondern auch die Unternehmen und Verbände der Binnenschiffahrt sowie die Schiffswerften sind auf die Ergebnisse der Binnenschiffahrtstatistiken für ihre wirtschaftlichen und finanziellen Überlegungen angewiesen.

Aus diesen Gründen müssen die Binnenschiffahrtstatistiken im bisherigen Umfang fortgeführt und ihre Rechtsgrundlagen dem StatGes angepaßt werden. Hierfür reicht eine Rechtsverordnung nach § 6 Abs. 2 StatGes nicht aus, weil die jährlichen Kosten dieser Statistiken 500 000 DM überschreiten und die Geltungsdauer einer solchen Rechtsverordnung mit 3 Jahren zu kurz ist. Es ist daher das vorliegende Gesetz erforderlich.

## ZUM ERSTEN ABSCHNITT

### Zu § 1

Die Vorschrift ordnet gemäß § 6 Abs. 1 StatGes die Erhebung einer Bundesstatistik über den Schiffs- und Güterverkehr auf Binnenwasserstraßen an.

### Zu § 2

Die Bestimmung hat ihr Vorbild in § 1 der Bekanntmachung des Bundesrates vom 25. Juni 1908 (mit späteren Änderungen). Absatz 1 führt die einzelnen Tatbestände der Schiffs- und Güterbewegungen auf, die von der Statistik zu erfassen sind. Hierbei ist es gleichgültig, ob es sich um gewerblichen Verkehr oder um Werkverkehr handelt. Im Verwaltungswege wird bestimmt, in welchen Häfen, an welchen sonstigen Lade- und Löschplätzen und an welchen Schleusen die Schiffs- und Güterbewegungen zu erfassen sind.

Der Floßverkehr ist wegen seiner besonderen Natur in Absatz 2 besonders erwähnt.

Absatz 3 enthält diejenigen Tatbestände, die von der Erfassung nach Absatz 1 und 2 auszunehmen sind. Es handelt sich in Nr. 1 um die Abgrenzung gegenüber dem Seeverkehr, die ebenso wie in der Bekanntmachung des Bundesrates vom 25. Juni 1908 in Verbindung mit der Bekanntmachung vom 27. Juni 1907 (Zentralblatt für das Deutsche Reich S. 371) geregelt wird. In Nr. 2 werden wie bisher Leichterungen ausgenommen. Nach Nr. 3 bleiben die Bewegungen bestimmter Schiffe unberücksichtigt, von denen die ausschließlich als Schleppkraft verwendeten besonders genannt sind. Zu den Schiffen, die anderen Zwecken als denen der Güterbeförderung dienen, gehören Fahrgastschiffe, Hoheitsfahrzeuge, Sport- und Fischereifahrzeuge. Nr. 4 enthält eine Ausnahme für Schutz- und Sicherheitshäfen.

### Zu § 3

Die Bestimmung führt die Einzelmerkmale auf, in welche die nach § 2 Abs. 1 und 2 zu erfassenden Tatbestände zu untergliedern sind.

### Zu § 4

Die Vorschrift bestimmt im Hinblick auf § 7 Abs. 1 StatGes den Kreis der befragten Personen. Die Auskunft wird durch Ausfüllung amtlicher Fragebogen nach § 10 Abs. 2 StatGes erteilt. Die Erfüllung der Auskunftspflicht durch eine der genannten Personen befreit auch die übrigen. Die Verletzung der Auskunftspflicht wird nach den §§ 14 und 15 StatGes geahndet.

### Zu § 5

Die Vorschrift bestimmt gemäß § 11 StatGes die Stellen, welche die Erhebung durchzuführen haben (statistische Meldestellen — Absatz 1). Die statistischen Meldestellen sind nicht selbst auskunftspflichtig im Sinne des § 10 StatGes; ihre Mitwirkung beschränkt sich nach Absatz 2 auf die Sorge für die vollständige Ausfüllung der Vordrucke. Hierzu gehören die Aushängung der Erhebungsvordrucke an die Befragten und die Durchsicht der ausgefüllten Vordrucke mit dem Ziel, die Befragten zu sachgemäßen Antworten zu veranlassen. Statistische Meldestellen können Bundesbehörden (Grenzzollstellen, Behörden

der bundeseigenen Wasser- und Schiffsverkehrsverwaltung), Behörden der Länder einschließlich des Landes Berlin (an den nicht bundeseigenen Wasserstraßen sowie an den Übergangsstellen zwischen Berlin [West] und der sowjetischen Besatzungszone), Kommunalbehörden (Hafenverwaltungen, Gemeinden) oder private Besitzer von Häfen oder sonstigen Lade- und Löschplätzen sein.

### Zu § 6

Im Hinblick auf § 2 Nr. 2 StatGes wird bestimmt, welche Angaben das Statistische Bundesamt aufzubereiten hat. Die nicht genannten Angaben werden von den Statistischen Landesämtern aufbereitet.

## ZUM ZWEITEN ABSCHNITT

Der zweite Abschnitt behandelt die Statistik des Schiffsbestandes der Binnenflotte, ohne indessen die nach der Bekanntmachung des Bundesrates vom 5. Dezember 1907 vorgesehene Hauptidehebung in Abständen von 5 Jahren zu übernehmen. Der Entwurf geht vielmehr von dem bereits bekannten und beim Bundesminister für Verkehr karteimäßig erfaßten Schiffsbestand aus, der lediglich durch Fortschreibung auf dem laufenden zu halten ist. Hauptidehebungen in regelmäßigen Abständen werden hierdurch voraussichtlich erübrigt. Sie können im Bedarfsfalle durch eine Rechtsverordnung nach § 6 Abs. 2 StatGes angeordnet werden. Die Fortschreibung hingegen muß gesetzlich geregelt werden, weil sie nicht an die 3jährige Geltungsdauer einer Verordnung nach § 6 Abs. 2 StatGes gebunden werden kann. Im Gegensatz zur Statistik des Schiffs- und Güterverkehrs wird die Bestandsstatistik als Ressortstatistik im Sinne des § 9 Abs. 2 StatGes geführt.

### Zu § 7

Satz 1 weist auf die Gesamtzählung der Binnenschiffe hin, die die Grundlage der Fortschreibung bildet. Die gesetzliche Anordnung der Fortschreibung als Ressortstatistik in Satz 2 macht das Verfahren nach § 9 Abs. 2 StatGes überflüssig.

### Zu § 8

Die Vorschrift bestimmt, welche Binnenschiffe bei der Fortschreibung erfaßt werden und nach welchen Merkmalen die Fortschreibung erfolgt. Als untere Grenze ist in Nr. 1 und 2 die Eintragungsfähigkeit nach der Schiffsregisterordnung gewählt.

### Zu § 9

Die Vorschrift bestimmt den Kreis der auskunftspflichtigen Personen (Absatz 1) und die Tatbestände, die die Auskunftspflicht begründen (Absatz 2).

### Zu § 10

Die Schiffsregistergerichte teilen schon jetzt die Neueintragen nach § 12 der Schiffsregisterordnung und der nach § 17 Abs. 1 und 4 der Schiffsregisterordnung eingetragenen Veränderungen dem Bundesminister für Verkehr mit. Dieses Verfahren wird nunmehr gesetzlich festgelegt.

# Gesetz über die Statistik der Seeschifffahrt

Vom 26. Juli 1957<sup>1)</sup>

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

## ERSTER ABSCHNITT

### Allgemeines

Die Statistik der Seeschifffahrt wird als Bundesstatistik durchgeführt. Sie umfaßt

1. die Seeschiffsbestandsstatistik,
2. die Seemannsstatistik,
3. die Seeverkehrsstatistik,
4. die Seeunfallstatistik.

### § 2

Die Erhebung und Aufbereitung der Statistik der Seeschifffahrt sind, soweit nicht dieses Gesetz etwas anderes bestimmt oder zuläßt, Aufgaben des Statistischen Bundesamts; die Vorschrift des § 9 Abs. 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1314) bleibt unberührt.

## ZWEITER ABSCHNITT

### Seeschiffsbestandsstatistik

### § 3

Die Seeschiffsbestandsstatistik erfaßt Seeschiffe und Seeschiffsbauwerke mit einem Raumgehalt von mehr als 50 cbm (17,65 BRT) nach Eigentums-, Unterscheidungs-, Verwendungs- und Baumerkmale unter folgenden Voraussetzungen:

1. die Seeschiffe, die nach Maßgabe des Flaggenrechtsgesetzes vom 8. Februar 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 79) die Bundesflagge führen,
2. die Seeschiffsbauwerke, deren Besteller ihren Wohnsitz oder Sitz im Geltungsbereich dieses Gesetzes haben.

Bei Seeschiffsbauwerken sind als Unterscheidungsmerkmale die Bauwerft und die Baunummer anzugeben.

### § 4

(1) Auskunftspflichtig nach § 10 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke sind

1. für die Erfassung der Seeschiffe die Eigentümer sowie die nach § 4 Abs. 3 der Schiffsregisterordnung in der Fassung vom 26. Mai 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 360) bestimmten Vertreter,
2. für die Erfassung der Seeschiffsbauwerke die Besteller.

(2) Dem Bundesminister für Verkehr haben ohne besondere Aufforderung zu melden

1. die Auskunftspflichtigen nach Absatz 1 Nr. 1, sobald der Bestand an fahrfähigen Seeschiffen oder die Merkmale eines Seeschiffs im Sinne des § 3 sich ändern,
2. die Auskunftspflichtigen nach Absatz 1 Nr. 2, sobald ein Bauauftrag erteilt worden ist.

### § 5

Die Amtsgerichte, bei denen ein Seeschiffsregister geführt wird, haben Tatsachen, die nach §§ 11 und 17 der Schiffsregisterordnung zum Seeschiffsregister angemeldet werden, dem Bundesminister für Verkehr mitzuteilen, soweit diese Tatsachen nach § 3 erfaßt werden.

### § 6

(1) Einzelangaben zur Seeschiffsbestandsstatistik dürfen an die fachlich zuständigen obersten Behörden des Bundes sowie des Landes, in welchem der Heimathafen oder Bauort liegt, weitergeleitet werden.

<sup>1)</sup> BGBl. II S. 739.

(2) Einzelangaben über die erfaßten Seeschiffe dürfen in dem vom Bundesminister für Verkehr herausgegebenen Handbuch für die deutsche Handelsschifffahrt sowie in der »Amtlichen Liste der Schiffe mit Unterscheidungssignalen der Bundesrepublik Deutschland« veröffentlicht werden.

## DRITTER ABSCHNITT

### Seemannsstatistik

### § 7

Die Seemannsstatistik erfaßt die Besatzungsmitglieder der Seeschiffe unter der Bundesflagge sowie die sonstigen an Bord tätigen Personen nach ihren Personenstands-, Berufs- und Tätigkeitsmerkmalen.

### § 8

(1) Die Erhebung der Seemannsstatistik obliegt den Seemannsämtern. Die Aufbereitung obliegt der See-Berufsgenossenschaft in Hamburg.

(2) Die See-Berufsgenossenschaft ist berechtigt, Einzelangaben für ihre eigenen Aufgaben zu verwenden.

### § 9

Auskunftspflichtig nach § 10 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke sind die in § 7 bezeichneten Personen. Die Seemannsämter füllen gelegentlich der Musterungsverhandlungen die Erhebungsvordrucke aus und übersenden sie an die See-Berufsgenossenschaft.

## VIERTER ABSCHNITT

### Seeverkehrsstatistik

### § 10

(1) Die Seefahrtsstatistik erfaßt

1. in den Häfen Lübeck, Hamburg, Bremen und Haren sowie in den Häfen, Lade- und Löschplätzen seewärts der diese Häfen verbindenden Linie
  - a) die angekommenen und abgegangenen Handelsschiffe, wenn sie auf der vorangegangenen oder nachfolgenden Fahrt die Grenze der Seefahrt (§ 1 der Dritten Durchführungsverordnung zum Flaggenrechtsgesetz vom 3. August 1951 — Bundesgesetzbl. II S. 155) überschritten haben oder überschreiten werden,
  - b) deren Fahrtweg,
  - c) deren ein- oder ausgeschifftete Fahrgäste, soweit sie nicht im Trajektverkehr oder im innerdeutschen Personenverkehr über See befördert worden sind,
  - d) deren ein- oder ausgeladene Güter;
2. am Nord-Ostsee-Kanal die den Kanal befahrenden Fahrzeuge, deren Fahrtweg sowie die von ihnen beförderten Güter;
3. vom Seeverkehr zwischen Häfen außerhalb des Geltungsbereichs dieses Gesetzes
  - a) die von Verfrachtern, welche ihren Wohnsitz oder Sitz im Geltungsbereich dieses Gesetzes haben, verwendeten Handelsschiffe sowie die mit ihnen beförderten Personen und Güter,
  - b) die Handelsschiffe, welche die Bundesflagge führen und an Verfrachter mit Sitz oder Wohnsitz außerhalb des Geltungsbereichs dieses Gesetzes verchartert worden sind.

(2) Handelsschiffe im Sinne des Absatzes 1 sind die dem Erwerb durch Seefahrt dienenden Schiffe mit Ausnahme der Fischerei-, Bagger-, Montage- und Bergungsfahrzeuge sowie der Schiffe ohne festes Deck mit einem Raumgehalt von weniger als 10 BRT.

## § 11

(1) Bei einem Tatbestand nach § 10 Abs. 1 Nr. 1 werden erfaßt

1. das Handelsschiff  
nach Namen, Heimathafen, Unterscheidungssignal, Flagge, Hauptmerkmalen, Namen des Reeders oder Ausrüsters, Einsatzart;
2. der Fahrtweg  
nach Herkunfts- und Bestimmungshafen, angelaufenen Zwischenhäfen;
3. die Fahrgäste  
nach Namen, Geburtstag, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Land des letzten Aufenthalts, Reiseziel, Einschiffungs- und Ausschiffungshafen;
4. die Güter  
nach Art, Bruttogewicht, Verpackung, Ein- und Ausladehafen.

(2) Bei einem Tatbestand nach § 10 Abs. 1 Nr. 2 werden erfaßt

1. das Fahrzeug  
nach Namen, Heimathafen, Unterscheidungssignal, Flagge, Hauptmerkmalen, Tiefgang, Namen des Reeders oder Ausrüsters, Einsatzart;
2. der Fahrtweg  
nach Herkunfts- und Bestimmungshafen;
3. die Güter  
nach Art und Bruttogewicht.

(3) Bei einem Tatbestand nach § 10 Abs. 1 Nr. 3 werden erfaßt

1. das Handelsschiff  
nach Namen, Heimathafen, Unterscheidungssignal, Flagge, Namen des Reeders oder Ausrüsters, Einsatzart;
2. im Falle des § 10 Abs. 1 Nr. 3 Buchstabe a
  - a) die Fahrgäste  
nach Zahl der beförderten Personen sowie deren Einschiffungs- und Ausschiffungshafen,
  - b) die Güter  
nach Gütergruppen, Bruttogewicht, Ein- und Ausladeverkehrsbezirk;
3. im Falle des § 10 Abs. 1 Nr. 3 Buchstabe b  
das Land, in dem der Charterer seinen Sitz oder Wohnsitz hat, die Dauer der Vercharterung sowie das vereinbarte Fahrtgebiet.

## § 12

Auskunftspflichtig nach § 10 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke sind

1. in den Fällen des § 10 Abs. 1 Nr. 1 die Verfrachter, deren Vertreter und die Schiffsführer; sie haben für jede Fahrt das Einlaufen eines Schiffes unverzüglich, das Auslaufen rechtzeitig vorher der Meldestelle zu melden und dabei die Fahrgastliste und das Ladungsverzeichnis abzugeben;
2. in den Fällen des § 10 Abs. 1 Nr. 2 die Fahrzeugführer; sie haben die erforderlichen Angaben für jede Fahrt bei der Meldestelle zu machen;
3. in den Fällen des § 10 Abs. 1 Nr. 3 Buchstabe a die Verfrachter, in den Fällen des § 10 Abs. 1 Nr. 3 Buchstabe b die Reeder oder Ausrüster; sie haben die erforderlichen Angaben monatlich ohne besondere Aufforderung mitzuteilen.

## § 13

(1) Einzelangaben zur Seeverkehrsstatistik dürfen an die fachlich zuständigen obersten Behörden des Bundes und der Länder weitergeleitet werden.

(2) Die Länder können die ihre Häfen betreffenden Angaben zur Statistik nach § 10 Abs. 1 Nr. 1 für ihre eigenen statistischen Zwecke aufbereiten. Sie können im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Verkehr für ihre Häfen die Erhebung übernehmen.

## § 14

(1) Der Bundesminister für Verkehr ist ermächtigt, durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, für die Erfassungen nach § 10 Meldestellen festzusetzen oder im Falle des § 13 Abs. 2 Satz 2 die von den Ländern festgesetzten Meldestellen bekanntzumachen.

(2) Die Meldestellen haben für rechtzeitige und vollständige Ausfüllung der Erhebungsvordrucke zu sorgen.

## FÜNFTER ABSCHNITT

### Seeunfallstatistik

## § 15

Die Seeunfallstatistik erfaßt die Seeunfälle, soweit sie nach Maßgabe des Gesetzes über die Untersuchung von Seeunfällen vom 28. September 1935 (Reichsgesetzbl. I S. 1183) seeamtlich untersucht werden.

## § 16

Auskunftspflichtig nach § 10 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke sind die Seeämter. Sie genügen ihrer Auskunftspflicht, indem sie die Sprüche, die bei der Untersuchung von Seeunfällen ergehen, dem Bundesminister für Verkehr übersenden.

## SECHSTER ABSCHNITT

### Schlußvorschriften

## § 17

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin. Rechtsverordnungen, die auf Grund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes.

## § 18

Dieses Gesetz gilt nicht im Saarland.

## § 19

Dieses Gesetz tritt einen Monat nach seiner Verkündung in Kraft. Gleichzeitig treten die Bestimmungen über die Statistik der Seeschifffahrt vom 27. Juni 1907 (Zentralblatt für das Deutsche Reich S. 371) in der Fassung der Änderungsverordnungen vom 21. Juni 1912 (Zentralblatt für das Deutsche Reich S. 547), 6. März 1914 (Zentralblatt für das Deutsche Reich S. 220), 30. Dezember 1920 (Zentralblatt für das Deutsche Reich 1921 S. 6), 29. Juni 1922 (Zentralblatt für das Deutsche Reich S. 415), 19. Oktober 1928 (Reichsministerialblatt S. 585) und 17. März 1930 (Reichsministerialblatt S. 69) außer Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 26. Juli 1957.

Der Bundespräsident

Theodor Heuss

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers

Blücher

Der Bundesminister für Verkehr

Seeborn

## Begründung<sup>1)</sup>

### Erster Abschnitt

Die Seeschiffsstatistiken, die bisher im wesentlichen nach den mehrfach geänderten Bundesratsbestimmungen vom 27. Juni 1907 (vgl. § 18 des Entwurfs) erhoben wurden, können nach § 16 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1314) nur dann als Bundesstatistiken weiter durchgeführt werden, wenn sie eine neue, den Erfordernissen des genannten Gesetzes entsprechende Rechtsgrundlage erhalten. Eine Rechtsverordnung nach § 6 Abs. 2 StatGes kommt nicht in Betracht, da die Statistik der Seeschiffahrt ständig erforderlich ist und die für eine Rechtsverordnung nach § 6 a. a. O. vorgesehene Geltungsdauer von drei Jahren nicht ausreicht. Als Rechtsgrundlage kommt daher nur ein Bundesgesetz in Betracht.

Das vorliegende Gesetz verfolgt den Zweck, dem Bund das statistische Material zu verschaffen, dessen er zur Erfüllung seiner mannigfaltigen Aufgaben auf dem Gebiete der Seeschiffahrt bedarf. Dem Bund obliegen nach Artikel 89 Abs. 2 Satz 2 GG in Verbindung mit § 1 Abs. 1 des Gesetzes über die Aufgaben des Bundes auf dem Gebiete der Seeschiffahrt vom 22. November 1950 (Bundesgesetzbl. S. 767) die Förderung der Handelsflotte im allgemeinen deutschen Interesse und neben den beteiligten Ländern die Vorsorge für die Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Seehäfen. Neben diesen umfassenden Aufgaben sind dem Bund durch besondere Gesetzesbestimmungen auf dem Gebiete der Seeschiffahrt eine Reihe von Einzelaufgaben übertragen worden. Zu erwähnen sind hier namentlich die Förderung des Wiederaufbaues der deutschen Handelsflotte (Gesetz über Darlehen zum Bau und Erwerb von Handelsschiffen vom 27. September 1950 — Bundesgesetzbl. S. 684), Einzelaufgaben auf dem Gebiete des Flaggenrechts (§§ 9 bis 13 des Flaggenrechtsgesetzes vom 8. Februar 1951 — Bundesgesetzbl. I S. 79), die Aufsicht über die Durchführung der Schiffssicherheitsvorschriften (§ 4 des Gesetzes vom 22. November 1950 — Bundesgesetzbl. S. 767), die Weiterentwicklung dieser Vorschriften auf Grund der bei Seeunfalluntersuchungen gesammelten Erfahrungen (Artikel 3 des Gesetzes über den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum Internationalen Schiffssicherheitsvertrag London 1948 vom 22. Dezember 1953 — Bundesgesetzbl. II S. 603, Gesetz über die Untersuchung von Seeunfällen vom 28. September 1935 — Reichsgesetzbl. I S. 1183). Der Erste Abschnitt enthält die allgemeinen Vorschriften insbesondere über die Zuständigkeit für die Erhebung und Aufbereitung der Statistik. Vorschriften über die dabei entstehenden Kosten waren im Hinblick auf § 8 StatGes und Artikel 106 Abs. 4 Nr. 1 GG entbehrlich.

#### Zu § 1

Die Vorschrift erklärt die gesamte Statistik der Seeschiffahrt zur Bundesstatistik und führt die unter dieser Bezeichnung zusammengefaßten Einzelstatistiken auf.

#### Zu § 2

Die Vorschrift soll ermöglichen, das bestehende, auf praktischen Erfahrungen beruhende System der Erhebung und Aufbereitung der Seeschiffsstatistiken beizubehalten. Bei der Seeschiffsbestands-, Seemanns- und Seeunfallstatistik ist die Erhebung und Aufbereitung auch bisher eine Aufgabe des Bundes gewesen, der sie unter ständiger Kontrolle des Bundesrechnungshofes z. Z. durch die Abteilung Seeverkehr des Bundesverkehrsministeriums, bei der Seemannsstatistik durch die See-Berufsgenossenschaft in Hamburg, erfüllt. Auch zwei Teilstatistiken der Seeverkehrsstatistik, nämlich die Statistik des Verkehrs auf dem Nord-Ostsee-Kanal und die Statistik des deutschen Seeverkehrs zwischen ausländischen Häfen (§ 10 Abs. 1 Nr. 2 und 3) sind bisher allein vom Bund durchgeführt worden.

Bei der Statistik des Seeverkehrs der deutschen Häfen (§ 10 Abs. 1 Nr. 1) wird die Erhebung und Aufbereitung für die große Zahl der niedersächsischen und schleswig-holsteinischen Häfen

(mit Ausnahme von Lübeck) zur Zeit ebenfalls vom Bund zentral durchgeführt. Die Länder Bremen und Hamburg sowie seit einiger Zeit auch die Hansestadt Lübeck haben, da ihre Häfen für ihre eigene Gesamtwirtschaft von entscheidender Bedeutung sind, die Erhebung selbst durchgeführt. Von Seiten des Bundes bestehen gegen die Fortführung keinerlei Bedenken, da ihm das benötigte Material termingerecht zur Verfügung gestellt wird.

Die Vorschrift des § 2 trägt den dargelegten Gegebenheiten Rechnung. Sie erklärt die Erhebung und Aufbereitung der Seeschiffsstatistik, der durch § 2 Nr. 2 StatGes vorgezeichneten Linie folgend, grundsätzlich zur Aufgabe des Statistischen Bundesamtes. § 2 läßt aber für abweichende Regelungen, die sich nach den Erfahrungen der Praxis empfehlen, genügend Raum, indem er

1. die grundsätzliche Regelung dort zurücktreten läßt, wo das Gesetz etwas anderes bestimmt (so in § 8 für die Seemannsstatistik) oder zuläßt (so in § 13 Abs. 2 Satz 2 für die Erhebung der Seeverkehrsstatistik der Häfen),
2. klarstellt, daß die Regelung des ersten Halbsatzes Beschlüsse der Bundesregierung nach § 9 Abs. 2 StatGes nicht ausschließt, so daß die Übertragung der Erhebung und Aufbereitung für die Seeschiffsbestands-, Seeverkehrs- und Seeunfallstatistik an den Bundesminister für Verkehr möglich bleibt.

### Zweiter Abschnitt

Einwandfreies statistisches Material über den Bestand an Seeschiffen ist für den Wiederaufbau der Handelsflotte, für die Bereitstellung ausreichenden seemännischen Personals, für Anforderungszwecke in Krisenzeiten sowie für Handelsvertragsverhandlungen unbedingt erforderlich.

#### Zu § 3

In § 3 werden zwei Bestandsstatistiken zusammengefaßt, und zwar die eigentliche Seeschiffsbestandsstatistik, die bisher auf Grund der Bundesratsbestimmungen vom 27. Juni 1907 erhoben wurde und die Statistik über die Seeschiffsbauwerke, die auf Grund der Durchführungsverordnung Nr. 7 (Schiff- und Schiffbauinstitute) zum AHK-Gesetz Nr. 24 (Neufassung) — Amtsbl. AHK S. 1075 — entstand, seit der Aufhebung dieser Verordnung durch Artikel 2 des AHK-Gesetzes A — 38 vom 5. Mai 1955 (Amtsbl. AHK S. 3271) aber ohne Rechtsgrundlage ist.

#### Zu § 4

Die Vorschrift bestimmt im Hinblick auf § 7 Abs. 1 StatGes den Kreis der Auskunftspflichtigen. Die Auskunft wird durch Ausfüllung amtlicher Fragebogen nach § 10 Abs. 2 StatGes erteilt. Für die Ahndung bei Verletzung der Auskunftspflicht gelten die Vorschriften der §§ 14, 15 StatGes.

Da die Erfassungsbehörde die erfassungsbedürftigen Tatbestände nicht immer kennen kann, begründet Absatz 2 für die in Absatz 1 genannten Auskunftspflichtigen weiterhin die Verpflichtung, bestimmte Tatsachen ohne Aufforderung zu melden. Die Benennung des Empfängers dieser Meldung ist rechtlich notwendig, da die Regelung des § 11 StatGes für die Meldungen, die den Erhebungsvorgang erst einleiten, nicht ausreicht. Als Empfänger ist der Bundesminister für Verkehr vorgesehen, da er diese Meldungen, ebenso wie die Meldungen nach § 5, auch unabhängig von der Erhebungstätigkeit für die bei ihm geführte Seeschiffsbestandskartei dringend benötigt.

#### Zu § 5

Die Schiffsregistergerichte teilen schon heute die Neueintragen im Seeschiffsregister sowie die Veränderungen dem BMV mit. Zum Teil beruhen diese Mitteilungen auf AVn des RJM vom 6. Mai 1939 (DJ S. 798) und 23. April 1941 (DJ S. 525). Es empfiehlt sich jedoch, die Mitteilungsverpflichtung in diesem Zusammenhang gesetzlich zu verankern.

<sup>1)</sup> Bundestagsdrucksache Nr. 3162 vom 4. Februar 1957 (siehe Vorbemerkung auf S. 156 oben).

## Zu § 6

*Absatz 1* regelt im Hinblick auf § 12 Abs. 2 StatGes, inwieweit die Weiterleitung von Einzelangaben zulässig ist.

Im amtlichen Handbuch für die deutsche Handelsschifffahrt und in der als Anhang II des internationalen Signalbuches herausgegebenen »Amtlichen Liste der Schiffe mit Unterscheidungssignalen der Bundesrepublik Deutschland« werden Einzelangaben über die deutschen Seeschiffe veröffentlicht. Diese Angaben sind international üblich und für alle am Seeverkehr interessierten Kreise von großem Wert.

*Absatz 2* ermöglicht — in bewußter Abweichung von § 12 Abs. 4 StatGes — die Veröffentlichung der genannten Einzelangaben auch in Zukunft.

## Dritter Abschnitt

Die Seemannsstatistik ist eine unentbehrliche Grundlage für alle Maßnahmen zur Bereitstellung des erforderlichen seemannischen Personals, insbesondere zur Förderung des seemannischen Nachwuchses.

## Zu § 7

Die Vorschrift umreißt den zu erfassenden Tatbestand, soweit dies nach § 7 Abs. 1 StatGes erforderlich ist.

## Zu § 8

§ 8 regelt die Zuständigkeit für die Durchführung der Statistik sowie die Verwendung der Einzelangaben. In Anpassung an die bisherige bewährte Praxis soll die Erhebung bei den Seemannsämtern (Landesbehörden), die Aufbereitung jedoch bei der See-Berufsgenossenschaft in Hamburg (bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts) liegen.

## Zu § 9

§ 9 bestimmt den Kreis der Auskunftspflichtigen und regelt den Erhebungsvorgang. Um den letzteren so einfach wie möglich zu gestalten, ist — ebenfalls in Fortsetzung der bisherigen Praxis — vorgesehen, daß die Erhebungsvordrucke von den Seemannsämtern gelegentlich der Musterungsverhandlungen ausgefüllt und anschließend zur Aufbereitung an die See-Berufsgenossenschaft übersandt werden.

## Vierter Abschnitt

Die unter der Bezeichnung »Seeverkehrsstatistik« zusammengefaßten Einzelstatistiken sind erforderlich, um der Bundesregierung und allen sonstigen an der Seeverkehrspolitik beteiligten Stellen einen ausreichenden Überblick über den Umfang, die Richtung und die Struktur des deutschen Seeverkehrs sowie die Bedeutung der einzelnen deutschen Seehäfen und des Nord-Ostsee-Kanals zu geben.

## Zu § 10

§ 10 führt die im Rahmen der Seeverkehrsstatistik erfaßten Tatbestände auf. Die in Nr. 1 und 3 genannten Statistiken sind bisher im wesentlichen auf Grund der Bundesratsbestimmungen vom 27. Juni 1907 durchgeführt worden. Eine Erweiterung stellt bei diesen Statistiken die Erfassung der beförderten Personen, bei der Statistik nach Nr. 3 auch die Erfassung der beförderten Güter dar. Die statistische Erfassung des Personenverkehrs über die Häfen der Bundesrepublik ist gerade in einer Zeit, in welcher die Bedeutung der Passagierschifffahrt wegen des Ausbaues anderer Verkehrsträger (Luftverkehr über See) und wegen der damit aufgeworfenen Rentabilitätsfragen von großem Wert. Die Angaben über den Güter- und Personenverkehr zwischen Häfen außerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes geben wertvolle Hinweise für Transportbedürfnisse des Auslandes und sind namentlich für Verhandlungen über Schifffahrtsverträge von erheblicher Bedeutung.

Die Statistik über den Schiffs- und Güterverkehr auf dem Nord-Ostsee-Kanal (Nr. 2) ist ein unentbehrliches Hilfsmittel für die Tarifgestaltung nach dem Gesetz über die Abgaben auf dem Kaiser-Wilhelm-Kanal in der Fassung der Bekanntmachung

vom 14. November 1922 (Reichsgesetzbl. II S. 783). Da sie bisher ohne besondere Rechtsgrundlage durchgeführt worden ist, muß eine solche Rechtsgrundlage vordringlich geschaffen werden.

## Zu § 11

§ 11 gibt die Merkmale an, nach denen die einzelnen Tatbestände des § 10 zu erfassen sind. Ein Teil der insbesondere für die Schiffe und die Fahrgäste geforderten Angaben dienen lediglich der für die richtige Aufbereitung notwendigen Kontrolle.

## Zu § 12

Die Vorschrift bestimmt den Kreis der Auskunftspflichtigen und begründet dort, wo mit bloßen Auskunftsverpflichtungen nicht auszukommen ist, die weitergehende Verpflichtung, ohne besondere Aufforderung bestimmte Meldungen zu erstatten.

## Zu § 13

Die Angaben zur Seeverkehrsstatistik sind für die örtlich und sachlich zuständigen obersten Verkehrsbehörden des Bundes und der Länder von erheblichem Interesse. Die Vorschrift des § 13 läßt die Weiterleitung von Einzelangaben an diese Behörden ausdrücklich zu, wobei der Rahmen des § 12 Abs. 2 StatGes nicht überschritten wird.

Absatz 2 läßt bei der Statistik des Seeverkehrs der deutschen Häfen (§ 10 Abs. 1 Nr. 1) für die Erhebung eine von dem Grundsatz des § 2 abweichende Regelung zu, um insbesondere die bewährte bisherige Regelung in Bremen, Hamburg und Lübeck beibehalten zu können. Die Vorschrift gestattet den Ländern weiterhin, die an sie weitergeleiteten oder von ihnen selbst erhobenen Angaben für ihre eigenen Hafenstatistiken auszuwerten. Da das bearbeitete Material nach diesem Gesetz für Bundeszwecke erhoben wird, ist auch in diesen Fällen die Weiterleitung und Veröffentlichung von Einzelangaben nach § 12 StatGes unstatthaft.

## Zu § 14

Für die Erfassungen nach § 10 ist es üblich und aus praktischen Gründen unumgänglich, daß Meldestellen für die Abgabe der Erhebungsvordrucke zur Verfügung gestellt werden. Im Hinblick auf die Strafvorschrift des § 14 StatGes müssen die Stellen, bei denen die Erhebungsvordrucke und Meldungen abzugeben sind, rechtsverbindlich bekanntgemacht werden.

Absatz 2 ermächtigt den BMV zum Erlaß der erforderlichen Rechtsverordnung. Die Verordnung soll, da sie bei den von den Ländern festgesetzten Meldestellen lediglich eine Bekanntmachung darstellt und häufige Änderungen zu erwarten sind, nicht an die Zustimmung des Bundesrates gebunden sein.

Absatz 2 begründet für die nach Absatz 1 bekanntgemachten Meldestellen die Verpflichtung, auch von sich aus für rechtzeitige und vollständige Ausfüllung der Erhebungsvordrucke Sorge zu tragen.

## Fünfter Abschnitt

Die Statistik der Seeunfälle war bisher in den Abschnitten D (Schiffsunfälle an der deutschen Küste) und E (Unfälle deutscher Schiffe außerhalb des deutschen Hoheitsgebiets) der Bundesratsbestimmungen vom 27. Juni 1907 geregelt. Eine Neuordnung dieser Statistik ergibt sich aus der Notwendigkeit, den neuzeitlichen Schiffssicherheitsvorschriften und der Gleichwertigkeit mit anderen deutschen und ausländischen Verkehrsunfallstatistiken Rechnung zu tragen. Da allein die Sprüche der Seeämter eine genügend klare Grundlage für die Feststellung der Unfalltatbestände ergeben, ist die Seeunfallstatistik durch § 15 auf die seeamtlich untersuchten Unfälle beschränkt worden. § 16 begründet eine Auskunftspflicht für die in den einzelnen Küstenländern bestehenden Seeämter und das Bundesoberseeamt.

## Sechster Abschnitt

Die Schlußbestimmungen enthalten in § 17 die übliche Berlin-Klausel und in § 18 die nach Artikel 82 Abs. 2 Satz 1 GG erforderliche Bestimmung über das Inkrafttreten des Gesetzes. Die durch das Gesetz gegenstandslos werdenden Bestimmungen des Bundesrates vom 27. Juni 1907 werden mit allen dazu ergangenen Änderungen aufgehoben.

## **Verordnung über die Durchführung einer Statistik der Gemeindestraßen nach dem Stand vom 31. März 1956**

**Vom 15. September 1957<sup>1)</sup>**

Auf Grund des § 6 Abs. 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 (BGBl. I S. 1314) verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

### **§ 1**

(1) Im Geltungsbereich dieser Verordnung wird eine Bundesstatistik der Gemeindestraßen nach dem Stand vom 31. März 1956 durchgeführt.

(2) Gemeindestraßen im Sinne dieser Verordnung sind auch die nicht klassifizierten Straßen der Gemeindeverbände.

### **§ 2**

Erfaßt werden

1. in allen Gemeinden die Längen der Gemeindestraßen, getrennt nach Straßenarten und Deckenarten;
2. außerdem in Gemeinden mit mehr als 20 000 Einwohnern
  - a) die Längen der Schienenbahnen innerhalb des Verkehrsraumes der Gemeindestraßen, getrennt nach Straßenarten sowie nach Art und Lage der Schienenbahnen;
  - b) die Anzahl und die Gesamtfläche der öffentlichen Parkplätze.

### **§ 3**

Auskunftspflichtig sind die Träger der Straßenbaulast.

### **§ 4**

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (BGBl. I S. 1) in Verbindung mit § 17 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke auch im Land Berlin.

### **§ 5**

Diese Verordnung gilt nicht im Saarland.

### **§ 6**

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Bonn, den 15. September 1957.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers

Blücher

Der Bundesminister für Verkehr  
Seehofer

## **Verordnung über die Durchführung einer Statistik der Gemeindestraßen nach dem Stande vom 1. Januar 1961**

**Vom 16. Dezember 1960<sup>2)</sup>**

Auf Grund des § 6 Abs. 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1314) verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

### **§ 1**

(1) Im Geltungsbereich dieser Verordnung wird eine Bundesstatistik der Gemeindestraßen nach dem Stand vom 1. Januar 1961 durchgeführt.

(2) Gemeindestraßen im Sinne dieser Verordnung sind die dem öffentlichen Verkehr mit Kraftfahrzeugen dienenden Straßen mit Ausnahme der klassifizierten Straßen in der Baulast des Bundes, der Länder und von Gemeindeverbänden.

### **§ 2**

Erfaßt werden

1. in allen Gemeinden und gemeindefreien Gebieten die Längen und Fahrbahnbreiten der Gemeindestraßen, getrennt nach Straßenarten und Deckenarten;
2. außerdem in Gemeinden mit mehr als 20 000 Einwohnern die Anzahl und die Gesamtfläche der öffentlichen Parkplätze.

### **§ 3**

Auskunftspflichtig sind die Träger der Straßenbaulast.

### **§ 4**

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 17 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke auch im Land Berlin.

### **§ 5**

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Bonn, den 16. Dezember 1960.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers

Ludwig Erhard

Der Bundesminister für Verkehr  
Seehofer

## **Verordnung zur Durchführung einer Statistik der Beförderung von Personen zu Lande**

**Vom 7. August 1957<sup>3)</sup>**

Auf Grund des § 6 Abs. 2 und des § 9 Abs. 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. September 1953 (BGBl. I S. 1314) verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

### **§ 1**

Über den Straßen-Personenverkehr, der nach dem Gesetz über die Beförderung von Personen zu Lande vom 4. Dezember 1934 (RGBl. I S. 1217) in der Fassung des Gesetzes vom 6. Dezember 1937 (RGBl. I S. 1319), vom 16. Januar 1952 (BGBl. I S. 21) und vom 12. September 1955 (BGBl. I S. 573) anzeige- oder genehmigungspflichtig ist, wird eine Bundesstatistik durchgeführt.

<sup>1)</sup> Bundesanzeiger Nr. 180 S. 1. — <sup>2)</sup> Bundesanzeiger Nr. 247 S. 1. — <sup>3)</sup> Bundesanzeiger Nr. 153 S. 1.

### **§ 2**

(1) Es werden erfaßt.

1. im Verkehr mit Straßenbahnen und Oberleitungsbussen:

Zahl der beförderten Personen und Höhe der Einnahmen nach Art der Fahrausweise,  
Zahl und Art der Fahrzeuge,  
Wagen-Kilometer,  
Personen-Kilometer,  
Zahl und Länge der betriebenen Linien und Strecken,  
Verbrauch von elektrischer Energie;



2. im Linienverkehr mit Kraftfahrzeugen:

Verkehrsart,  
Zahl der beförderten Personen und Höhe der Einnahmen nach Art der Fahrausweise,  
Zahl und Art der Fahrzeuge,  
Wagen-Kilometer,  
Personen-Kilometer,  
Zahl und Länge der betriebenen Linien;

3. im Gelegenheitsverkehr mit Kraftomnibussen und Lastkraftwagen:

Verkehrsart,  
Zahl der beförderten Personen und Höhe der Einnahmen,  
Zahl und Art der Fahrzeuge,  
Wagen-Kilometer,  
Personen-Kilometer.

(2) Als Straßenbahnen gelten auch Hoch-, Untergrund- und Schwebebahnen.

§ 3

Auskunftspflichtig im Sinne des § 10 des Gesetzes sind die Unternehmen, die Verkehr nach § 1 betreiben. Sie haben die amtlichen Erhebungsvordrucke der zuständigen Landesbehörde monatlich vorzulegen.

§ 4

Die Zuleitung einer Abschrift des ausgefüllten Erhebungsvordruckes an die obersten Landesverkehrsbehörden oder an die von diesen bestimmten Stellen (§ 12 Abs. 2 des Gesetzes) ist zulässig.

§ 5

Das Kraftfahrt-Bundesamt nimmt die Aufgaben des § 2 Nr. 1 des Gesetzes im Einvernehmen mit dem Statistischen Bundesamt wahr.

§ 6

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (BGBl. I S. 1) in Verbindung mit § 17 StatGes auch im Land Berlin.

§ 7

Diese Verordnung gilt nicht im Saarland.

§ 8

Diese Verordnung tritt am 1. September 1957 in Kraft. Sie tritt am 31. August 1960 außer Kraft.

Bonn, den 7. August 1957.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers  
Blücher

Der Bundesminister für Verkehr  
Seehofer

## Verordnung zur Durchführung einer Statistik der Beförderung von Personen zu Lande

Vom 12. Juli 1960<sup>1)</sup>

Auf Grund des § 6 Abs. 2 und des § 9 Abs. 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1314) verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

§ 1

Über den Straßen-Personenverkehr, der nach dem Gesetz über die Beförderung von Personen zu Lande vom 4. Dezember 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 1217) in der Fassung der Gesetze vom 6. Dezember 1937 (Reichsgesetzbl. I S. 1319), vom 16. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 21) und vom 12. September 1955 (Bundesgesetzbl. I S. 573) anzeige- oder genehmigungspflichtig ist, wird eine Bundesstatistik geführt.

§ 2

(1) Es werden erfaßt:

1. im Verkehr mit Straßenbahnen und Oberleitungsomnibussen:

Zahl der beförderten Personen und Höhe der Einnahmen nach Art der Fahrausweise,  
Zahl und Art der Fahrzeuge,  
Wagen-Kilometer,  
Personen-Kilometer,  
Zahl und Länge der betriebenen Linien und Strecken,  
Verbrauch von elektrischer Energie;

2. im Linienverkehr mit Kraftfahrzeugen:

Verkehrsart,  
Zahl der beförderten Personen und Höhe der Einnahmen nach Art der Fahrausweise,  
Zahl und Art der Fahrzeuge,  
Wagen-Kilometer,  
Personen-Kilometer,  
Zahl und Länge der betriebenen Linien;

3. im Gelegenheitsverkehr mit Kraftomnibussen und Lastkraftwagen:

Verkehrsart,  
Zahl der beförderten Personen und Höhe der Einnahmen,

Zahl und Art der Fahrzeuge,  
Wagen-Kilometer,  
Personen-Kilometer.

(2) Als Straßenbahnen gelten auch Hoch-, Untergrund- und Schwebebahnen.

§ 3

Auskunftspflichtig im Sinne des § 10 des Gesetzes sind die Unternehmen, die Verkehr nach § 1 betreiben. Sie haben die amtlichen Erhebungsvordrucke der zuständigen Landesbehörde monatlich vorzulegen.

§ 4

Die Zuleitung einer Abschrift des ausgefüllten Erhebungsvordruckes an die obersten Landesverkehrsbehörden oder an die von diesen bestimmten Stellen (§ 12 Abs. 2 des Gesetzes) ist zulässig.

§ 5

Das Kraftfahrt-Bundesamt nimmt die Aufgaben des § 2 Nr. 1 des Gesetzes im Einvernehmen mit dem Statistischen Bundesamt wahr.

§ 6

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 17 StatGes auch im Land Berlin.

§ 7

Diese Verordnung tritt am 1. September 1960 in Kraft. Sie tritt am 31. August 1963 außer Kraft.

Bonn, den 12. Juli 1960.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers  
Ludwig Erhard

Der Bundesminister für Verkehr  
Seehofer

<sup>1)</sup> Bundesanzeiger Nr. 135 S. 1.

## Verordnung zur Durchführung einer Statistik des grenzüberschreitenden Personenverkehrs mit Kraftfahrzeugen

Vom 12. Juli 1960<sup>1)</sup>

Auf Grund des § 6 Abs. 2 und des § 9 Abs. 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1314) verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

### § 1

Über den grenzüberschreitenden Personenverkehr mit Kraftfahrzeugen wird eine Bundesstatistik geführt.

### § 2

Es werden bei der Einfahrt erfaßt:

#### 1. für Kraftomnibusse und ihre Anhänger:

Nationalitätszeichen des Fahrzeugs,  
Zahl der Fahrgäste,  
Einsatz im Linien- oder Gelegenheitsverkehr,  
Zielland der zurückgelegten Reise bei Fahrzeugen mit deutschen Nationalitätszeichen;

#### 2. für sonstige Kraftfahrzeuge des Personenverkehrs mit einem Hubraum von mehr als 50 Kubikzentimetern:

Art des Fahrzeugs,  
Nationalitätszeichen des Fahrzeugs.

### § 3

Auskunftspflichtig im Sinne des § 10 des Gesetzes sind die Führer der Kraftfahrzeuge. Anmeldestellen sind die Grenzzollstellen.

### § 4

Das Kraftfahrt-Bundesamt nimmt die Aufgaben des § 2 Nr. 1 und mit Zustimmung der Länder die des § 2 Nr. 2 des Gesetzes im Einvernehmen mit dem Statistischen Bundesamt wahr.

### § 5

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 17 StatGes auch im Land Berlin.

### § 6

Diese Verordnung tritt am 1. September 1960 in Kraft. Sie tritt am 31. August 1963 außer Kraft.

Bonn, den 12. Juli 1960.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers

Ludwig Erhard

Der Bundesminister für Verkehr

Seehofer

## Verordnung über eine Statistik der Kraftfahrzeugfahrleistungen des Jahres 1959

Vom 11. April 1959<sup>2)</sup>

Auf Grund des § 6 Abs. 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1314) verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

### § 1

(1) Über die Fahrleistungen der im Geltungsbereich dieser Verordnung zugelassenen Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeuganhänger sowie der Fahrräder mit Hilfsmotor wird für das Jahr 1959 eine Bundesstatistik durchgeführt. Die Statistik erstreckt sich nicht auf Kraftomnibusse und deren Anhänger sowie auf Zugmaschinen und deren Anhänger in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben.

(2) In die Erhebungen werden im Gesamtdurchschnitt höchstens 5 v. H. der Gesamtzahl der Fahrzeuge einbezogen.

### § 2

Es werden erfaßt:

1. das Datum, an dem das Fahrzeug von dem Halter erworben wurde;
2. die mit dem Fahrzeug im Jahre 1959 zurückgelegten Kilometer, bei Lastkraftwagen und Anhänger unterschieden nach Verkehrsarten;
3. die Zeit, während der das Fahrzeug im Jahre 1959 vorübergehend abgemeldet war;
4. das Verhältnis der privaten zur beruflichen Benutzung des Fahrzeugs während des Jahres 1959.

### § 3

Befragte im Sinne des Gesetzes sind die Halter der Fahrzeuge im Zeitpunkt der Erhebung. Die Beantwortung der Fragen ist freiwillig.

### § 4

Die Statistik wird vom Kraftfahrt-Bundesamt erhoben und aufbereitet.

### § 5

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 17 StatGes auch im Land Berlin.

### § 6

Diese Verordnung gilt nicht im Saarland.

### § 7

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft. Sie tritt 3 Jahre nach der Verkündung außer Kraft.

Bonn, den 11. April 1959.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers

Ludwig Erhard

Der Bundesminister für Verkehr

Seehofer

## Verordnung zur Durchführung einer Straßenverkehrsunfallstatistik

Vom 11. April 1959<sup>3)</sup>

Auf Grund des § 6 Abs. 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1314) verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

### § 1

Über Unfälle, bei denen infolge des Fahrverkehrs auf öffentlichen Wegen und Plätzen Personen verletzt oder getötet oder Sachschäden verursacht worden sind, wird eine Bundesstatistik (Straßenverkehrsunfallstatistik) geführt.

<sup>1)</sup> Bundesanzeiger Nr. 135 S. 1. — <sup>2)</sup> Bundesanzeiger Nr. 78 S. 1. — <sup>3)</sup> Bundesanzeiger Nr. 78 S. 1.

## § 2

(1) Es werden erfaßt:

1. Ort, Zeit und Art des Unfalles;
2. die am Unfall beteiligten Verkehrsteilnehmer und Verkehrsmittel;
3. die vorläufig festgestellten unmittelbaren Unfallursachen und die Unfallumstände;
4. die Unfallfolgen.

(2) Verkehrsunfälle, bei denen lediglich Sachschäden unter 500,— DM eingetreten sind, werden nur zahlenmäßig erfaßt.

## § 3

Auskunftspflichtig im Sinne des § 10 StatGes sind die Polizeidienststellen, deren Beamte den Unfall aufgenommen haben.

## § 4

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 17 StatGes auch im Land Berlin.

## § 5

Diese Verordnung gilt nicht im Saarland.

## § 6

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. August 1958, hinsichtlich des § 2 Abs. 2 jedoch erst mit Wirkung vom 1. Januar 1959 in Kraft. Sie tritt am 31. Juli 1961 außer Kraft.

Bonn, den 11. April 1959.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers  
Ludwig Erhard

Der Bundesminister für Verkehr  
Seehoß

# Gesetz zur Durchführung einer Straßenverkehrsunfallstatistik (StVUnfG)

Vom 18. Mai 1961<sup>1)</sup>

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

## § 1

Über Unfälle, bei denen infolge des Fahrverkehrs auf öffentlichen Wegen und Plätzen Personen getötet oder verletzt oder Sachschäden verursacht worden sind, wird eine Bundesstatistik (Straßenverkehrsunfallstatistik) geführt.

## § 2

Für diese Statistik werden folgende Tatbestände erfaßt:

1. bei Unfällen, bei denen Personen getötet oder verletzt oder Sachschäden von 500 Deutsche Mark und mehr je Unfall verursacht worden sind,
  - a) Art, Ort und Zeit des Unfalles,
  - b) die am Unfall beteiligten Verkehrsteilnehmer und Verkehrsmittel,
  - c) die polizeilich festgestellten unmittelbaren Unfallursachen und die Unfallumstände,
  - d) die Unfallfolgen;
2. bei allen anderen Unfällen
  - a) Ort des Unfalles,
  - b) die am Unfall beteiligten Verkehrsteilnehmer und Verkehrsmittel,
  - c) die Höhe des entstandenen Sachschadens.

## § 3

Auskunftspflichtig sind die Polizeidienststellen, deren Beamte den Unfall aufgenommen haben.

## § 4

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

## § 5

Dieses Gesetz tritt am 1. August 1961 in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 18. Mai 1961.

Der Bundespräsident  
Lübke

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers  
Ludwig Erhard

Der Bundesminister für Verkehr  
Seehoß

## Begründung<sup>2)</sup>

### I. Allgemeines

Die bereits vor dem zweiten Weltkrieg auf Grund der Erlasse des Reichsverkehrsministers vom 8. August 1935 (Az.: K 5 4540) und vom 2. Dezember 1935 (Az.: K 5 9659) durchgeführte Statistik der Straßenverkehrsunfälle wird seit dem Jahre 1948 auf Grund eines Erlasses der Verwaltung für Verkehr des Vereinigten Wirtschaftsgebietes vom 16. August 1948 (Az.: St. B. 20—8490) wieder geführt. Entsprechend den Vorschriften des § 16 Abs. 1 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1314) erhielt sie ihre Rechtsgrundlage durch die »Verordnung zur Durchführung einer Straßenverkehrsunfallstatistik« vom 8. August 1955 (Bundesanzeiger Nr. 153 vom 11. August 1955). Derzeitig wird sie auf Grund der »Verordnung zur Durchführung einer Straßenver-

kehrsunfallstatistik« vom 11. April 1959 (Bundesanzeiger Nr. 78 vom 24. April 1959) geführt. Diese Verordnung tritt am 31. Juli 1961 außer Kraft.

Das vorliegende Gesetz soll die ununterbrochene, unveränderte Fortführung der Straßenverkehrsunfallstatistik sichern.

Die Straßenverkehrsunfallstatistik ist notwendig, um Unterlagen für Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit und zur Bekämpfung der Straßenverkehrsunfälle zu gewinnen. Diese Unterlagen können auf andere Weise nicht geschaffen werden (vgl. II. zu § 3).

Die Statistik der Straßenverkehrsunfälle hat in den letzten Jahren ständig an Bedeutung zugenommen. Die von Jahr zu Jahr gestiegenen und noch weiter anwachsenden Kraftfahrzeugbestände und die damit einhergehende Zunahme der Unfallgefahr, sowie die zu beobachtende langsame Umschichtung in der Verkehrsstruktur (Übergang vom Zweirad auf Vierradfahr-

<sup>1)</sup> BGBl. I S. 606. — <sup>2)</sup> Bundestagsdrucksache Nr. 2310 vom 10. Dezember 1960 (siehe Vorbemerkung auf S. 156 oben).

zeuge) zwingen auch in Zukunft dazu, die Ursachen und die Begleitumstände laufend statistisch zu erfassen und auszuwerten, um alle denkbaren, geeigneten Gegenmaßnahmen treffen zu können. Allein im Jahre 1959 waren im Bundesgebiet (ohne Berlin [West]) mehr als 1,5 Mio Verkehrsteilnehmer an Straßenverkehrsunfällen mit Personen- oder Sachschaden beteiligt (darunter rund 1,2 Mio Kraftfahrzeuge, rund 180 000 Mopeds und Fahrräder und rund 84 000 Fußgänger).

Bei diesen Unfällen wurden 13 539 Menschen getötet, 143 000 schwer und 261 000 leicht verletzt.

Nachdem die in der Nachkriegszeit gewonnenen Erfahrungen mit der Erhebungsmethode für die Straßenverkehrsunfallstatistik sich über einen ausreichend langen Zeitraum erstrecken, kann nunmehr im Interesse der Verwaltungsvereinfachung eine gesetzliche Grundlage für diese Statistik vorgesehen werden. Der Erlaß einer neuen Rechtsverordnung auf Grund des § 6 Abs. 2 StatGes scheidet aber auch aus, weil nach den Ermittlungen des Statistischen Bundesamtes die voraussichtlichen Kosten der Erhebung ohne die Kosten für die Veröffentlichung den im StatGes als Höchstgrenze für den Erlaß einer Rechtsverordnung vorgesehenen Betrag von jährlich 500 000 DM überschreitet.

Die in dem Gesetz vorgesehene Regelung entspricht in materieller Hinsicht der derzeitigen Rechtsverordnung. Die abweichenden Formulierungen, insbesondere im § 2 Nr. 2, dienen lediglich der Klarstellung.

Die Durchführung der Straßenverkehrsunfallstatistik kostet nach dem gegenwärtigen Stand bei Bund und Länder einschließlich Berlins (West) jährlich 934 000 DM. Davon entfallen auf den Bund 112 000 DM, auf die Länder 822 000 DM. Die Länderkosten setzen sich aus 667 000 DM Personalkosten und 155 000 DM Sachkosten zusammen. Da es sich um eine bereits laufende Statistik handelt, deren Kosten in den Haushaltsplänen schon berücksichtigt sind, werden keine neuen Mittel benötigt.

## Verordnung zur Durchführung einer Luftfahrtstatistik

Vom 12. März 1959<sup>1)</sup>

Auf Grund des § 6 Abs. 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1314) verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

### § 1

Über den Umfang und die Entwicklung der zivilen Luftfahrt wird eine Bundesstatistik (Luftfahrtstatistik) durchgeführt.

### § 2

(1) Bei Flugzeugen, Hubschraubern und Luftschiffen des gewerblichen Luftverkehrs sowie des Werkverkehrs werden erfaßt:

1. Start und Landung,
2. Art, Datum und Nummer des Fluges,
3. Halter des Luftfahrzeugs,
4. Muster und Kennzeichen des Luftfahrzeugs,
5. angebotene Sitzplatz- und Nutzlastkapazität,
6. Abgangsort, Bestimmungsort und Zwischenlandungen,
7. Zahl der beförderten Fluggäste sowie deren Zielflugplätze,
8. Bruttogewicht der beförderten Post- und Frachtgüter,
9. Gattungen der nach einem Ort außerhalb des Bundesgebiets und des Landes Berlin versandten und von dort empfangenen Frachtgüter sowie die Herkunfts- und Zielflugplätze,
10. Ausfälle im Fluglinienverkehr.

(2) Bei Flugzeugen, Hubschraubern und Luftschiffen des nichtgewerblichen Luftverkehrs mit Ausnahme des Werkverkehrs werden erfaßt:

1. Start und Landung,
2. Art des Fluges.

<sup>1)</sup> Bundesanzeiger Nr. 52 S. 1.

## II. Besonderes

### Zu § 1

Diese Vorschrift begrenzt den Anwendungsbereich des Gesetzes und gibt eine Begriffsbestimmung der statistisch zu erfassenden Unfälle.

### Zu § 2

Es ist vorgesehen, die Zahl der zu erfassenden Tatbestandsmerkmale auf die dringend notwendigen Angaben zu beschränken, die eine hinreichende Analyse der Unfallvorgänge ermöglichen. Eingehend müssen in erster Linie die schweren Unfälle erfaßt werden, während für die Darstellung der Bagatellunfälle eine zahlenmäßige Erfassung der am Unfall beteiligten Verkehrsteilnehmer und Verkehrsmittel — jeweils mit Angabe der Ortslage und der Höhe des entstandenen Sachschadens — ausreichend ist.

### Zu § 3

Die von der Statistik zu erfassenden Unfälle und die Tatbestandsmerkmale der Unfälle sollen wie bisher von den Polizeidienststellen ermittelt und gemeldet werden. Es ist sichergestellt, daß den Polizeidienststellen durch die statistische Erfassung keine Mehrarbeit entsteht. Während früher für jeden Unfall ein besonderes statistisches Meldeblatt ausgefüllt werden mußte, werden jetzt die statistischen Angaben in allen Bundesländern aus den Durchschlägen der polizeilichen Unfallanzeigen und -meldungen entnommen.

### Zu § 4

Die Straßenverkehrsunfallstatistik soll wie bisher auch im Land Berlin durchgeführt werden.

### Zu § 5

Das Gesetz muß am 1. August 1961 in Kraft treten, um eine ununterbrochene statistische Erfassung der Straßenverkehrsunfälle auch nach Ablauf der Geltungsdauer der Rechtsgrundlage vom 11. April 1959 am 31. Juli 1961 zu ermöglichen.

### § 3

(1) Auskunftspflichtig nach § 10 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke sind:

1. für die Erfassung der Tatbestände nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 bis 9 die Luftfahrtunternehmen, die eine ständige Vertretung auf dem Flugplatz unterhalten oder, soweit dies nicht der Fall ist, die Führer der Luftfahrzeuge;
2. für die Erfassung der Tatbestände nach § 2 Abs. 1 Nr. 10 die Flughafenunternehmer;
3. für die Erfassung der Tatbestände nach § 2 Abs. 2 auf Flughäfen die Flughafenunternehmer, auf sonstigen Flugplätzen die Flugleiter sowie die Führer der Luftfahrzeuge.

(2) Für die Erfassung der Tatbestände nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 bis 8 sind amtliche Erhebungsvordrucke vorgesehen. Sie sind von den Auskunftspflichtigen auszufüllen und auf Flughäfen den Flughafenunternehmern, auf sonstigen Flugplätzen den Flugleitern zur Weiterleitung an das Statistische Bundesamt auszuhandigen.

(3) Für die Erfassung der in § 2 Abs. 1 Nr. 9 aufgeführten Tatbestände gilt als Erhebungspapier eine der beiden Ausfertigungen des Frachtmanifestes, die bei der zollamtlichen Abfertigung von Luftfahrzeugen an die Zollstellen abzugeben sind. Die Zollstellen übersenden diese Ausfertigung dem Statistischen Bundesamt.

(4) Ausfälle im Fluglinienverkehr nach § 2 Abs. 1 Nr. 10 teilen die Flughafenunternehmer dem Statistischen Bundesamt mit.

(5) Für die Erfassung der Tatbestände nach § 2 Abs. 2 sind monatlich Sammelvordrucke auf den Flughäfen von den Flughafenunternehmern, auf sonstigen Flugplätzen von den Flugleitern auszufüllen und dem Statistischen Bundesamt zu übersenden.

#### § 4

Die Luftfahrtstatistik wird mit Zustimmung der beteiligten Länder vom Statistischen Bundesamt durchgeführt. Die Weitergabe von Einzelangaben nach § 12 Abs. 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke ist zulässig.

#### § 5

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 17 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke auch im Land Berlin.

## Verordnung zur Durchführung einer Luftfahrtstatistik

Vom 30. Oktober 1961<sup>1)</sup>

Auf Grund des § 6 Abs. 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1314) verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

#### § 1

Über den Umfang und die Entwicklung der zivilen Luftfahrt wird eine Bundesstatistik (Luftfahrtstatistik) durchgeführt.

#### § 2

(1) Bei Flugzeugen, Hubschraubern und Luftschiffen des gewerblichen Luftverkehrs werden erfaßt:

1. Start und Landung,
2. Art, Datum und Nummer des Fluges,
3. Halter des Luftfahrzeugs,
4. Muster und Kennzeichen des Luftfahrzeugs,
5. angebotene Sitzplatz- und Nutzlastkapazität,
6. Abgangsort, Bestimmungsort und Zwischenlandungen,
7. Zahl der beförderten Fluggäste sowie deren Herkunftsort und Zielflugplätze,
8. Bruttogewicht der beförderten Post- und Frachtgüter,
9. Gattungen der versandten und empfangenen Frachtgüter sowie die Herkunftsort- und Zielflugplätze,
10. Ausfälle im Fluglinienverkehr.

(2) Bei Flugzeugen, Hubschraubern und Luftschiffen des Werkverkehrs werden erfaßt:

1. Start und Landung,
2. Art und Datum des Fluges,
3. Zahl der beförderten Fluggäste,
4. Bruttogewicht der beförderten Frachtgüter.

(3) Bei Flugzeugen, Hubschraubern und Luftschiffen des nichtgewerblichen Luftverkehrs werden erfaßt:

1. Start und Landung,
2. Art und Datum des Fluges.

#### § 3

(1) Auskunftspflichtig nach § 10 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke sind:

1. Für die Erfassung der Tatbestände nach § 2 Abs. 1 Nrn. 1 bis 9 die Luftfahrtunternehmen, die eine ständige Vertretung auf dem Flugplatz unterhalten oder, soweit dies nicht der Fall ist, die Führer der Luftfahrzeuge,
2. für die Erfassung der Tatbestände nach § 2 Abs. 1 Nr. 10 die Flughafenunternehmer,
3. für die Erfassung der Tatbestände nach § 2 Abs. 2 die Führer der Luftfahrzeuge,
4. für die Erfassung der Tatbestände nach § 2 Abs. 3 auf Flughäfen die Flughafenunternehmer, auf sonstigen Flugplätzen die Flugleiter sowie die Führer der Luftfahrzeuge.

<sup>1)</sup> Bundesanzeiger Nr. 210 S. 1.

#### § 6

Diese Verordnung gilt nicht im Saarland.

#### § 7

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 2. November 1958 in Kraft und am 1. November 1961 außer Kraft.

Bonn, den 12. März 1959.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers

Ludwig Erhard

Der Bundesminister für Verkehr

Seebohm

#### § 4

(1) Die Tatbestände nach § 2 Abs. 1 Nrn. 1 bis 9 und Abs. 2 werden mit amtlichen Erhebungsvordrucken erfaßt.

(2) Die Erhebungsvordrucke zu § 2 Abs. 1 Nrn. 1 bis 8 und Abs. 2 sind von den Auskunftspflichtigen ausgefüllt auf Flughäfen den Flughafenunternehmern, auf sonstigen Flugplätzen den Flugleitern zur Weiterleitung an das Statistische Bundesamt auszuhändigen. Das gleiche gilt bei innerdeutschen Beförderungen hinsichtlich des Erhebungsvordruckes zu § 2 Abs. 1 Nr. 9.

(3) Bei Beförderungen im grenzüberschreitenden Verkehr ist der ausgefüllte Erhebungsvordruck zur Erfassung der Tatbestände nach § 2 Abs. 1 Nr. 9 zusammen mit einer der beiden Ausfertigungen des Frachtmanifestes bei der zollamtlichen Abfertigung von Luftfahrzeugen an die Zollstellen abzugeben. Die Zollstellen übersenden diese Unterlagen dem Statistischen Bundesamt.

(4) Ausfälle im Fluglinienverkehr nach § 2 Abs. 1 Nr. 10 teilen die Flughafenunternehmer dem Statistischen Bundesamt mit.

(5) Für die Erfassung der Tatbestände nach § 2 Abs. 3 sind monatliche Sammelvordrucke auf den Flughäfen von den Flughafenunternehmern, auf sonstigen Flugplätzen von den Flugleitern auszufüllen und dem Statistischen Bundesamt zu übersenden.

#### § 5

Die in § 4 Abs. 2 und 3 bezeichneten Anmeldestellen sind berechtigt, auf die vollständige und richtige Ausfüllung der Erhebungsvordrucke hinzuwirken.

#### § 6

Die Statistik wird mit Zustimmung der beteiligten Länder vom Statistischen Bundesamt durchgeführt. Die Weitergabe von Einzelangaben nach § 12 Abs. 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke ist zulässig.

#### § 7

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 17 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke auch im Land Berlin.

#### § 8

Diese Verordnung tritt am 1. November 1961 in Kraft und mit Ablauf des 31. Oktober 1964 außer Kraft.

Bonn, den 30. Oktober 1961.

Für den Bundeskanzler

Der Bundesminister für Familien-  
und Jugendfragen

Dr. Wuermeling

Der Bundesminister für Verkehr

Seebohm

**Gesetz über die Statistik  
der Kosten und Leistungen im Güterverkehr mit Kraftfahrzeugen,  
mit Binnenschiffen und mit Eisenbahnen im Jahre 1959 (GüVerkStatG 1959)**

Vom 21. Dezember 1958<sup>1)</sup>

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Im Jahre 1959 wird im Güterverkehr mit Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern, mit Binnenschiffen und mit Eisenbahnen eine Bundesstatistik durchgeführt.

§ 2

Die Statistik umfaßt

1. eine Erhebung von Kosten und Leistungen von Fahrzeugen (Fahrzeugerhebung),
2. eine Erhebung der Kosten und der Umsätze von Unternehmen, die gewerblich Güter befördern, und der Deutschen Bundesbahn (Unternehmenserhebung).

§ 3

Es werden einbezogen

1. in die Fahrzeugerhebung  
bis zu 90 000 Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeuganhänger,  
bis zu 1800 Binnenschiffe und  
die Güterwagen auf dem Netz der Deutschen Bundesbahn  
und bis zu 100 anderer Eisenbahnen,
2. in die Unternehmenserhebung  
bis zu 3500 Unternehmen des Güterkraftverkehrs,  
bis zu 1200 Unternehmen der Binnenschifffahrt und  
die Deutsche Bundesbahn sowie bis zu 100 andere Eisenbahnen.

§ 4

- (1) Die Fahrzeugerhebung erstreckt sich  
für Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeuganhänger  
auf eine Woche im Kalenderjahr 1959 mit ergänzenden  
Angaben für einen Monat,  
für Binnenschiffe  
auf ein Vierteljahr im Kalenderjahr 1959 und  
für Güterwagen der Eisenbahnen  
auf das Kalenderjahr 1959.
- (2) Die Unternehmenserhebung erstreckt sich  
für Unternehmen des Güterkraftverkehrs  
auf das Kalenderjahr 1959 mit ergänzenden Angaben  
für einen Monat,  
für Unternehmen der Binnenschifffahrt und für Eisenbahnen  
auf das Kalenderjahr 1959.

Bei Unternehmen, deren Geschäftsjahr nicht das Kalenderjahr ist, tritt an die Stelle des Kalenderjahres das nach dem 31. Dezember 1959 abschließende Geschäftsjahr.

§ 5

- (1) Erfaßt werden in der Fahrzeugerhebung
  1. bei Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern
    - a) Angaben über den Fahrzeughalter, soweit sie seine Eigenschaft als Halter betreffen,
    - b) Angaben zur Kennzeichnung des Fahrzeuges und seiner Art,
    - c) die Fernverkehrsgenehmigung oder die Nahverkehrserlaubnis,
    - d) Angaben über Leistungen nach Art und Menge, über die unmittelbar zurechenbaren Kosten des Kraftstoffverbrauchs und des Personaleinsatzes, die Beförderungssteuer, soweit unmittelbar zurechenbar die Umsatzsteuer, die Kraftfahrzeugsteuer und die Kraftfahrzeugversicherung;

2. bei Binnenschiffen

- a) Angaben über den Eigentümer, Charterer oder Ausrüster, soweit sie seine Eigenschaft als Eigentümer, Charterer oder Ausrüster betreffen,
- b) Angaben zur Kennzeichnung des Fahrzeuges und seiner Art,
- c) Heimatort,
- d) Angaben über Leistungen nach Art und Menge, über die unmittelbar zurechenbaren Kosten des Verbrauchs von Kohle und Kraftstoff und des Personaleinsatzes sowie die Schlepplöhne, Schifffahrt-abgaben, Hafengebühren und die Schiffsversicherung;

3. bei Güterwagen der Eisenbahnen

- a) Angaben zur Kennzeichnung der Eisenbahnverwaltung,
- b) Angaben über Leistungen nach Art und Menge, über die Beförderungssteuer sowie über die anteilig zuzurechnenden Kosten des Personaleinsatzes, des Energieverbrauchs und der Schadensrisiken, jeweils unterteilt nach Fahrzeugarten, Güterarten und Entfernungen.

(2) Erfaßt werden in der Unternehmenserhebung

1. Angaben zur Kennzeichnung des Unternehmens,
2. Fahrzeugpark und Schiffspark für den Güterverkehr und deren Verkehrsleistungen,
3. Zahl und Art der Beschäftigten,
4. Umsatz,
5. Kosten nach Kostenarten,
6. Posten des Jahresabschlusses,
7. Wert der selbstgestellten Anlagen,
8. Zugang und Abgang von Anlagevermögen,
9. durchlaufende Posten.

Bei den Nummern 3 bis 6 sowie 8 und 9 sind von Betrieben, die auch andere Tätigkeiten als Güterverkehr ausüben, besondere Angaben für den Güterverkehr zu machen.

§ 6

Auskunftspflichtig nach § 10 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1314) sind

1. für die Fahrzeugerhebung  
die Halter der Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeuganhänger, die Eigentümer, Charterer oder Ausrüster der Binnenschiffe und die Eisenbahnen,
2. für die Unternehmenserhebung  
die Unternehmen des Güterkraftverkehrs und der Binnenschifffahrt und die Eisenbahnen.

§ 7

Die Statistik wird vom Statistischen Bundesamt durchgeführt.

§ 8

(1) Das Statistische Bundesamt leitet die Ergebnisse der Statistik an die Bundesregierung und die von ihr bestimmten Stellen weiter.

(2) Veröffentlichungen von Ergebnissen der Statistik sind im Rahmen allgemeiner Darstellungen der Kostenstruktur der Wirtschaft zulässig. Darüber hinaus dürfen Ergebnisse nur in einem von der Bundesregierung zu bestimmenden Umfang veröffentlicht werden.

(3) Die Ergebnisse der Statistik, die nach Absatz 1 weitergeleitet oder nach Absatz 2 Satz 2 veröffentlicht werden, dürfen Einzelangaben über die Deutsche Bundesbahn enthalten.

<sup>1)</sup> BGBl. I S. 988.

## § 9

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

## § 10

Dieses Gesetz gilt nicht im Saarland.

## § 11

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn/Lörrach, den 21. Dezember 1958.

Der Bundespräsident  
Theodor Heuss

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers  
Ludwig Erhard

Der Bundesminister für Verkehr  
Seeböhm

## Begründung<sup>1)</sup>

### A. Allgemeines

#### I. Volkswirtschaftliche und verkehrspolitische Notwendigkeit

1. Der Bundestag hat schon im Jahre 1949 auf die Notwendigkeit von Kostenuntersuchungen im Verkehr hingewiesen und zuletzt in einer einstimmig gefaßten Entschließung vom 12. Februar 1958 gefordert, daß »ein Selbstkostenvergleich zwischen der Bundesbahn, dem gewerblichen Güterkraftverkehr und der Binnenschifffahrt zu erstellen und bis zum 31. März 1959 vorzulegen« sei (vgl. Protokoll der 10. Sitzung des Deutschen Bundestages am 12. Februar 1958, S. 455, 478, 480).
2. Die Forderung nach Leistungs- und Kostenuntersuchungen im Binnenverkehr ist auch von parlamentarischen Gremien und anderen Stellen erhoben worden. In der zweiten Legislaturperiode hat ein Unterausschuß des Bundestagsausschusses für Verkehr (Bleiß-Ausschuß) auf die Notwendigkeit solcher Untersuchungen hingewiesen. Auch in dem Bericht eines auf Initiative der Länderverkehrsminister durch den Bundesminister für Verkehr eingesetzten Sachverständigen-Ausschusses über »Die betriebsfremden Lasten und gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen der Deutschen Bundesbahn« (Wetzler-Gutachten) wird das Fehlen vergleichbarer Kostenunterlagen als wesentlicher Mangel bezeichnet. Ferner wird in dem auf Anregung des Bundesministers für Verkehr gegründeten Sachverständigen-Ausschuß für die Neugestaltung des Gütertarifs (Beyer-Ausschuß) und schließlich auch in zahlreichen Verlautbarungen der Presse darauf hingewiesen, daß Unterlagen über die Höhe von Kosten und Leistungen der Verkehrsträger dringend benötigt werden.
3. Auch international werden solche Untersuchungen immer wieder gefordert. Beim Binnenverkehrsausschuß der Wirtschaftskommission für Europa (ECE) sind die Probleme der Kostenrechnung im Verkehr gründlich untersucht worden. Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) hat erst kürzlich einen Bericht ihres Ausschusses für Verkehrsträger über die Koordinierung des europäischen Verkehrs (Kapteyn-Bericht) vorgelegt. In diesem wird ausführlich dargelegt, daß eine Koordinierung und Harmonisierung des europäischen Verkehrs nur dann sinnvoll und rationell durchgeführt werden kann, wenn dafür Sorge getragen wird, daß die von den Volkswirtschaften benötigten Verkehrsleistungen jeweils von dem Verkehrsmittel erbracht werden, das sie mit den geringsten volkswirtschaftlichen Kosten darbieten kann. Insbesondere hat auch die Ständige Konferenz Europäischer Verkehrsminister (CEMT) auf die Bedeutung richtiger Kostenanalysen und Kostenvergleiche hingewiesen.
4. Gleiche Überlegungen haben den Bundesminister für Verkehr veranlaßt, bereits seit Anfang 1950 in seinem Selbstkosten-Ausschuß (SKA), der aus Vertretern von Praxis und Verwaltung gebildet wurde, Grundsätze zu entwickeln, nach denen Selbstkostenvergleiche zwischen den Verkehrsträgern sinnvoll durchzuführen sind.

5. Die Forderungen und die bereits eingeleiteten Maßnahmen gehen von der Erkenntnis aus, daß viele verkehrspolitische und tarifarische Entscheidungen erst dann in befriedigender Weise getroffen werden können, wenn ausreichend breit fundierte repräsentative Unterlagen für einen Kostenvergleich zwischen den Verkehrszweigen und über die wechselseitigen Zusammenhänge zwischen Kosten, Leistungen und Umsätzen zur Verfügung stehen werden.
6. Gerade bei der Behandlung von tarifpolitischen Maßnahmen für die Verkehrsgewerbe haben sich wegen des Mangels an beweiskräftigem Zahlenmaterial oft außerordentliche Schwierigkeiten ergeben, die Angemessenheit von Tarifmaßnahmen zu beurteilen. Diese Beurteilungsmöglichkeit wird erheblich verbessert, wenn ausreichend repräsentative Unterlagen über die Leistungen und Kosten des Verkehrs zur Verfügung stehen.
7. Die Ergebnisse der vorgesehenen statistischen Erhebung werden auch den Verkehrsunternehmen selbst wertvolle Unterlagen für Maßnahmen zur Rationalisierung ihrer Betriebe liefern und auch den Fachverbänden von Nutzen sein.
8. Die Ergebnisse der Statistik sollen ferner eine wesentliche Lücke in den Grundlagen zur Erstellung der wirtschafts- und verkehrspolitisch wichtigen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung schließen. Bisher müssen die Beiträge des Verkehrs zum Sozialprodukt zum Teil noch auf Grund wenig zureichender statistischer Unterlagen geschätzt werden.

#### II. Statistische Erhebung

1. Vor mehr als einem Jahr wurden beim Bundesminister für Verkehr zusammen mit dem Statistischen Bundesamt Vorarbeiten begonnen, um auf breiter Basis Untersuchungen der Kosten und Leistungen mit statistischen Mitteln durchzuführen. Diese statistischen Erhebungen können aus den nachstehend dargestellten Gründen nicht früher als für das Jahr 1959 durchgeführt werden. Die Ergebnisse werden zu dem vom Bundestag geforderten Termin noch nicht vorliegen.
2. Der Entschluß zur Anwendung der statistischen Methode und zur Wahl des Erhebungsjahres 1959 wurde aus folgenden Gründen gefaßt:
  - a) Die Ergebnisse aller in den vergangenen Jahren durchgeführten Kostenuntersuchungen in den verschiedenen Verkehrszweigen hatten neben vielen Vorzügen den Nachteil, daß ihnen entweder keine beweisbare Repräsentationskraft innewohnte oder daß sie nicht genügend detailliert waren. Zahlenmaterial, das verkehrspolitischen Entscheidungen zugrunde gelegt werden soll, muß aber unbedingt auf ausreichend breiter Basis repräsentativ gesichert sein und die Zusammenhänge zwischen Leistungen und Kosten genügend tief gegliedert erkennen lassen.
  - b) Der Verkehr besitzt keinen einheitlichen Kontenrahmen. Die Ergebnisse des Rechnungswesens der verschiedenen Verkehrszweige sind untereinander nicht vergleichbar.

<sup>1)</sup> Bundestagsdrucksache Nr. 586 vom 25. Oktober 1958 (siehe Vorbemerkung auf S. 156 oben).

Sehr viele Klein- und Mittelbetriebe besitzen keine ausreichende Buchhaltung und Statistik. Eine gesetzlich angeordnete Statistik bietet die Möglichkeit, die berichtspflichtigen Firmen — sofern sie rechtzeitig, d. h. vor Beginn der Berichtsperiode unterrichtet werden — zu veranlassen, innerhalb oder neben ihrer Buchhaltung die erforderlichen Aufschreibungen einheitlich vorzunehmen.

- c) Das Statistische Bundesamt, das die geplante Statistik durchführen soll, besitzt bereits gute Erfahrungen auf diesem Gebiet. Es hat im Jahre 1952 eine Fahrzeugerhebung über die Leistungen im Güterverkehr auf Straßen erfolgreich durchgeführt; durch Unternehmenserhebungen hat es die Kostenstruktur fast aller wichtigen Wirtschaftszweige für 1950 untersucht.
3. Die Ergebnisse einer statistischen Ermittlung würden sehr wenig aussagen, wenn sie nur globale Feststellungen über die Höhe der Kosten und Leistungen im Güterverkehr der einzelnen Verkehrszweige treffen würden. Die summarischen Ergebnisse wären zudem untereinander nicht vergleichbar. Vielmehr ist ein sinnvoller Vergleich zwischen den Verkehrszweigen nur möglich, wenn Kosten gleichartiger Leistungen verglichen werden. Um diesen zu erhalten, wäre es notwendig, den Rechnungswerken oder den Statistiken der Unternehmen fertig berechnete Angaben über die Kosten der verschiedenen Leistungsarten zu entnehmen. Die meisten Verkehrsbetriebe sind aber kaum in der Lage, derartige Berechnungen durchzuführen; keinesfalls würden diese Rechnungen einheitlich sein. Durch die Statistik, die eine Unternehmenserhebung und eine Fahrzeugerhebung umfaßt, werden einheitliche Aufschreibungen vorgeschrieben. Die Unternehmenserhebung wird es dem Statistischen Bundesamt ermöglichen, die Kosten und Leistungen des Güterverkehrs weitgehend isoliert von allen übrigen Tätigkeiten der Unternehmen zu errechnen, sehr viel detaillierter als für 1950. Die Fahrzeugerhebung bietet die Möglichkeit, wichtige direkte Kosten den einzelnen Leistungsarten zuzurechnen. Diese Erhebungsweise bietet sich im Güterkraftverkehr und in der Binnenschifffahrt an, weil hier ein verhältnismäßig großer Teil der Gesamtkosten unmittelbar einzelnen Fahrten zugerechnet werden kann.
4. Bei den Eisenbahnen hingegen können nur wenige Kosten unmittelbar der Fahrt eines Güterwagens zugerechnet werden. Im Grunde genommen kann nur die Beförderungssteuer unmittelbar auf die einzelne Fahrt verrechnet werden. Kostenarten hingegen, wie große Teile der Personalkosten, die Energiekosten, gewisse Versicherungskosten und bestimmte Gebühren, die in der Binnenschifffahrt und im Güterkraftverkehr in direktem Zusammenhang mit den einzelnen Fahrten entstehen, treten bei Eisenbahnen in anderer Form auf. Im Eisenbahnverkehr fehlt der eindeutige Zusammenhang zwischen den Fahrten der Güterwagen einerseits und den Personalkosten sowie den Zuförderungskosten andererseits. Es ist daher notwendig, daß, nach vorhergehender methodischer Abstimmung mit dem Statistischen Bundesamt, die Zurechnung der Kosten für Fahrzeugarten, Güterarten und Entfernungsleistungen von den Eisenbahnverwaltungen unmittelbar vorgenommen wird.

### III. Durchführung und Ergänzung der Arbeiten

1. Die statistische Erhebung wird ein extensives, repräsentativ gesichertes Bild der Leistungen und Kosten im Güterverkehr ergeben, das allgemeine Gesetzmäßigkeiten erkennbar machen wird. Sie wird, um der Forderung des Deutschen Bundestages nach einem Selbstkostenvergleich weitestgehend zu entsprechen und den Verkehrsverwaltungen für verkehrspolitische Zwecke benötigte Unterlagen zu liefern, ergänzt werden müssen durch intensive betriebswirtschaftliche Untersuchungen, die nach dem Plan des Bundesministers für Verkehr, ausgehend von den durch den Selbst-

kostenausschuß entwickelten Methoden, durchgeführt werden sollen. Schließlich müssen die dem Güterverkehr anteilig zuzurechnenden Wegekosten ermittelt werden; diese Arbeiten wurden bereits begonnen.

2. Statistische Erhebungen der beabsichtigten Art werden wegen der starken Belastung der Wirtschaft durch die Befragung und wegen der hohen Kosten der Aufbereitung nur in großen Zeitabständen durchgeführt werden können. Aus verkehrspolitischen Gründen erscheint es aber erforderlich, auch in der Zwischenzeit die Entwicklung der Kosten und Leistungen zu verfolgen. Dazu sollen vor allem die vorgesehenen betriebswirtschaftlichen Untersuchungen dienen. Ferner werden von der Bundesregierung geplante, in vierjährigen Abständen bei allen wichtigen Wirtschaftszweigen durchzuführende statistische Untersuchungen der Kostenstruktur hierzu beitragen. Durch bereits laufende Monatsstatistiken für den Fernverkehr auf Straßen, für die Binnenschifffahrt und für die Eisenbahnen steht weiteres Material über die Entwicklung der Leistungen zur Verfügung.

### B. Einzelne Bestimmungen

#### Zu § 1

Die Statistik wird für das Jahr und für Teile des Jahres 1959 durchgeführt. Die Befragten werden vor Beginn der jeweiligen Berichtszeiträume aufgefordert, die erforderlichen Aufschreibungen zu machen [siehe auch A. II. 2. b)].

#### Zu § 2

1. Die Unterlagen für die Statistik werden auf zwei Wegen gewonnen, durch eine Fahrzeugerhebung und durch eine Unternehmenserhebung [siehe auch A. II. 3.].
2. Durch Zusammenführung der Angaben über die Fahrzeuge und der Angaben über die Unternehmen wird es möglich sein, Einblick in die allgemeine Gesetzmäßigkeit der Zusammenhänge zwischen Kosten, Leistungen und Umsätzen im Güterverkehr der drei Verkehrszweige zu gewinnen.

Die Ergebnisse werden Aufschluß geben über

- a) die Höhe der Kosten und Kostenarten bei verschiedenartigen Beförderungsleistungen,
- b) das Zusammenwirken der verschiedenen Beförderungsleistungen und sonstiger Leistungen zum betriebswirtschaftlichen Erfolg, Gewinn oder Verlust, der Unternehmen.

#### Zu § 3

In die Statistik wird eine repräsentative Auswahl von Unternehmen und von Fahrzeugen einbezogen. Die Auswahlssätze richten sich danach, in welcher Tiefe das Material ausgewertet werden soll. Es sollen Feststellungen für Fahrzeugarten, für Fahrten verschiedener Länge, für Haus-Haus-Fahrten, für Zu- und Ablauf-Fahrten, ferner für Güterarten und für Gewerbezweige getroffen werden. Aus der Unternehmenserhebung sollen ferner unentbehrliche Unterlagen für die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung gewonnen werden. Die Auswahlssätze sind nach mathematisch-statistischen Methoden errechnet worden.

#### Zu § 4

1. Für die Fahrzeugerhebung sind im Güterverkehr mit Kraftfahrzeugen Aufschreibungen für eine Woche und ergänzende Angaben für einen Monat vorgesehen. Es ist damit zu rechnen, daß Kraftfahrzeuge bei normaler Beschäftigung im Verlauf einer Woche, selbst bei Fernfahrten, mindestens zwei volle Umläufe abgeschlossen haben. Es ist nicht beabsichtigt, Angaben für alle in die Erhebung einbezogenen Fahrzeuge für die gleiche Woche zu erfragen. Vielmehr soll für gleichmäßig über das Jahr verteilte Wochen berichtet werden, wobei die Gesamtzahl der erfaßten Fahrzeuge entsprechend aufgeteilt wird. Durch dieses Verfahren sollen saisonale Schwankungen ausreichend berücksichtigt und Einflüsse besonderer wirtschaftlicher und



außerwirtschaftlicher Zufälle, z. B. Betriebsferien, Streiks u. ä. ausgeschaltet werden. Bei bestimmten Kostenarten, die normalerweise monatlich anfallen, werden monatliche Angaben verlangt.

2. Im Güterverkehr mit Binnenschiffen, in dem die Umlaufzeiten sehr viel länger sind als im Güterverkehr mit Kraftfahrzeugen, ist als Anschreibezeit ein Vierteljahr angesetzt. Die Anschreibezeiten werden über das Kalenderjahr verteilt. Dadurch wird auch dem Umstand Rechnung getragen, daß die Leistungen der Binnenschifffahrt im besonderen Maße von jahreszeitlichen Bedingungen abhängig sind.
3. Bei den Eisenbahnen und insbesondere bei der Deutschen Bundesbahn werden entsprechende statistische Feststellungen schon seit jeher laufend für Kalenderjahre und für Jahresdurchschnitte getroffen.
4. Die Unternehmenserhebung erstreckt sich auf ein Jahr, und zwar im allgemeinen auf das Kalenderjahr 1959. Nur in den gerade im Verkehr seltenen Fällen, in denen das Geschäftsjahr vom Kalenderjahr abweicht, tritt an die Stelle des Kalenderjahres das Geschäftsjahr. Die Unternehmen des Güterkraftverkehrs, die in der Fahrzeugerhebung nur Angaben für eine Woche und ergänzende Angaben für einen Monat liefern, müssen in der Unternehmenserhebung einige zusätzliche Fragen für den Berichtsmonat der Fahrzeugerhebung beantworten, damit die Ergebnisse beider Erhebungen gemeinsam ausgewertet werden können.

#### Zu § 5

1. Für die einzelnen in die Erhebung einbezogenen Fahrzeuge des Güterverkehrs auf Straßen und der Binnenschifffahrt sollen neben Angaben zur Kennzeichnung der Art des Fahrzeuges und über seinen Inhaber auch genaue Angaben über Leistungen, unmittelbar zurechenbare Kosten und Personaleinsatz in den Berichtszeiten gewonnen werden. Es sind für jede Fahrt Aufschreibungen über Art und Umfang der Fahrleistungen und der Beförderungsleistungen der Fahrzeuge zu machen. Die Fahr- und die Stillstandszeiten sind festzuhalten. Als zuzurechnende Kosten sind vor allem die Kosten des unmittelbaren Personaleinsatzes, des Verbrauchs von Kraftstoff und Kohle sowie die Beförderungssteuer und die Umsatzsteuer für die Beförderungen in der Berichtszeit zu ermitteln. Die Vorschriften des § 5 Abs. 1 Nr. 1 und 2 gelten als erfüllt, wenn Firmen Angaben über den gesamten Fahrzeugpark nach dem Schema des bei der Auswertung vorgesehenen Tabellenprogramms methodisch gleichartig aus eigenen statistischen und buchhalterischen Leistungs- und Kostenaufzeichnungen liefern können. Voraussetzung für dieses für die betreffenden Auskunftspflichtigen kostensparende Erhebungsverfahren ist allerdings, daß das Statistische Bundesamt sich vor Beginn der Berichtszeit davon überzeugt, daß die Aufzeichnungen der betreffenden Auskunftspflichtigen methodisch den Anforderungen der Statistik entsprechen.
2. Bei den Eisenbahnen können, wie in A. II. 4. ausgeführt, die meisten Kostenarten nicht unmittelbar den Fahrten eines Güterwagens zugerechnet werden, vielmehr ist es erforderlich, die wichtigsten Kostenarten, wie die Personalkosten, Energiekosten usw., anteilig zuzurechnen. Diese Umlegung der Kosten kann nicht auf Grund von Angaben, wie sie im Fahrzeugfragebogen für die beiden anderen Verkehrsträger enthalten sind, durch eine aufbereitende Stelle außerhalb der Unternehmen durchgeführt werden. Es kann von den Eisenbahnen verlangt werden, daß sie diese Berechnungen, die großenteils ohnehin in der Betriebsrechnung anfallen, durch ihre eigenen Verwaltungen durchführen lassen. Es wird aber in Zusammenarbeit zwischen dem Statistischen Bundesamt und den Eisenbahnverwaltungen dafür Sorge getragen werden, daß methodisch

nach den gleichen Grundsätzen vorgegangen wird wie im Güterverkehr auf Straßen und mit Binnenschiffen. Insbesondere muß bei der Bewertung der Kosten, wie z. B. bei den Abschreibungen, den Grundsätzen kaufmännischer Kalkulation Rechnung getragen werden. Bei einer Aufbereitung durch das Statistische Bundesamt von den Grunddaten her würde Doppelarbeit entstehen.

3. Die Notwendigkeit, methodisch gleiche Wertansätze bei allen Verkehrszweigen zu wählen, gilt auch für die Unternehmenserhebung. In dieser Erhebung soll durch Aufteilung aller wichtigen Kostenarten in Kosten des Güterverkehrs einerseits und in Kosten sonstiger wirtschaftlicher Tätigkeiten andererseits erreicht werden, daß in die Berechnung der Kosten des Güterverkehrs nach Fahrzeugarten, Güterarten usw. nicht nur die unmittelbar zuzurechnenden Kosten, sondern auch die übrigen Kosten einbezogen werden können.

#### Zu § 6

Zur Auskunftserteilung werden in der Fahrzeugerhebung diejenigen Personen verpflichtet, die während des Berichtszeitraumes über das Fahrzeug Auskunft zu geben vermögen. Die Angaben zur Unternehmenserhebung liefert der Unternehmer.

#### Zu § 7

Die Statistik soll zentral durchgeführt werden. Grundlagen der Erhebung sind die zentralen Karteien des Kraftfahrzeugbestandes beim Kraftfahrt-Bundesamt und des Binnenschiffsbestandes beim Bundesminister für Verkehr. Die nichtbundes-eigenen Eisenbahnen können repräsentativ nur für das gesamte Bundesgebiet ausgewählt werden. Eine zentrale Aufbereitung der Statistik ist deswegen vorgesehen, weil nur beim Statistischen Bundesamt entsprechende Erfahrungen vorliegen. Die Auswahl-sätze sind aus Gründen der Kostenersparnis zu eng gehalten, als daß Sonderfeststellungen in der notwendigen sachlichen Untergliederung auch für sämtliche Bundesländer getroffen werden könnten.

#### Zu § 8

1. Die Erhebungen zu der durch das Gesetz angeordneten Statistik fordern von den Auskunftspflichtigen Angaben über die Kosten und Leistungen, die in erheblich weitergehendem Maße eine Offenlegung innerbetrieblicher Verhältnisse erbringen, als dies bei statistischen Untersuchungen in anderen Wirtschaftszweigen bisher der Fall ist. Durch eine vollständige Veröffentlichung aller Ergebnisse der Statistik über die Leistungen und insbesondere über die Kosten würden wichtige Kalkulationsgrundlagen der deutschen Verkehrszweige jedermann offengelegt werden. Andererseits können der Zweck der Statistik und das Anliegen der Entschließung des Bundestages nur erreicht werden, wenn insbesondere der Bundesregierung und den federführenden Ausschüssen des Bundestages und des Bundesrates die Ergebnisse der Statistik ohne Einschränkungen zur Kenntnis kommen. Aus diesen Gründen ist vorgesehen, daß
  - a) alle Ergebnisse der Statistik der Bundesregierung und den von ihr bestimmten Stellen zugeleitet werden und
  - b) die Ergebnisse, die über das bei anderen Wirtschaftszweigen übliche Maß hinaus die Verhältnisse in den untersuchten Zweigen der Verkehrswirtschaft offenlegen, nur insoweit veröffentlicht werden, als die Bundesregierung zu der Auffassung gelangt, daß der deutschen Verkehrswirtschaft und ihren Zweigen aus der Veröffentlichung keine ernststen wirtschaftlichen Schäden erwachsen.
2. Im Hinblick auf den Zweck der Statistik ist wegen der Vorschriften des § 12 StatGes die Bestimmung des Absatzes 3 notwendig; die Ergebnisse der Statistik für Eisen-

bahnen werden nämlich weitgehend durch die Angaben eines Auskunftspflichtigen, der Deutschen Bundesbahn, bestimmt.

#### Zu § 10

Das Saarland soll in die Statistik nicht einbezogen werden, weil die Kosten voraussichtlich auch noch 1959 vor allem wegen der abweichenden Steuer- und Sozialgesetzgebung und der Zugehörigkeit des Saarlandes zum französischen Währungs- und Wirtschaftsgebiet mit den Kosten der Verkehrszweige in den übrigen Teilen der Bundesrepublik nicht vergleichbar sind.

## Verordnung über die Durchführung von Statistiken auf dem Gebiet der Fürsorge und der Jugendhilfe

Vom 24. März 1960<sup>1)</sup>

Auf Grund des § 6 Abs. 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1314) verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

### § 1

Mit Wirkung vom 1. April 1960 werden im Geltungsbereich dieser Verordnung auf dem Gebiet der Fürsorge und der Jugendhilfe die folgenden Bundesstatistiken durchgeführt:

1. auf dem Gebiet der Fürsorge einschließlich der sozialen Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene
  - a) eine Jahresstatistik der offenen und der geschlossenen Fürsorge,
  - b) jährlich einmal eine Zusatzstatistik über Sonderfragen der Fürsorge,
2. auf dem Gebiet der Jugendhilfe eine Jahresstatistik.

### § 2

Es werden erfragt

1. in der Jahresstatistik der offenen und geschlossenen Fürsorge:
  - a) in der offenen Fürsorge  
Bestand und Veränderungen des Bestandes an laufend unterstützten Parteien und Personen sowie der Aufwand an laufenden und einmaligen Unterstützungen im Berichtsjahr, aufgegliedert nach Empfängergruppen und Leistungsarten,
  - b) in der geschlossenen Fürsorge  
Bestand und Veränderungen des Bestandes an untergebrachten Personen, die Zahl der Verpflegungstage sowie der Aufwand im Berichtsjahr, aufgegliedert nach Empfängergruppen und Anstaltsarten,
  - c) in der offenen und geschlossenen Fürsorge  
Einnahmen im Berichtsjahr;
2. in der Zusatzstatistik über Sonderfragen der Fürsorge:  
Aufgliederung der Parteien und Personen oder der Aufwendungen nach Empfängergruppen und Leistungsarten. Die zu erhebenden Sondertatbestände umfassen solche Fragen, deren Beantwortung für die Neuordnung des Fürsorgerechts und die Durchführung entsprechender Fürsorgemaßnahmen von besonderer Bedeutung sind; die Festlegung erfolgt im Einvernehmen zwischen dem Bundesminister des Innern, den beteiligten Bundesministern und den zuständigen obersten Landesbehörden;
3. in der Jahresstatistik der Jugendhilfe:  
zahlenmäßige Angaben

<sup>1)</sup> Bundesanzeiger Nr. 60 S. 1.

## C. Kostenberechnung

Die Kosten der Statistik werden sich auf 840 000 DM belaufen. Diese Kosten erwachsen ausschließlich beim Bund. Sie setzen sich zusammen aus Personalkosten für 12 Angestellte für zwei Jahre und für 31 Angestellte für ein Jahr in Höhe von insgesamt 529 000 DM und aus Sachkosten in Höhe von insgesamt 311 000 DM. Davon entfallen auf das Rechnungsjahr 1959/60 Personalkosten für 43 Angestellte in Höhe von 376 000 DM und Sachkosten in Höhe von 174 000 DM.

Bei den Ländern entstehen keine Kosten.

- a) über die Tätigkeit der Organe der öffentlichen Jugendhilfe im Berichtsjahr auf folgenden Arbeitsgebieten:  
Pflegekinderschutz, Amtsvormundschaften, Vaterschaftsfeststellungen, Adoptionen, Tätigkeit des Gemeindevaisenrates, Schutzaufsicht und sonstige Betreuung gefährdeter Jugendlicher, Amtspflegschaft bzw. Amtsbeistandschaft, Jugendgerichtshilfe, Bewährungshilfe, soweit diese von den Jugendämtern durchgeführt wird,
- b) über vorläufige und endgültige Fürsorgeerziehung, über freiwillige Erziehungshilfe sowie über die Kosten hierfür im Berichtsjahr,
- c) über den Bestand an Einrichtungen der halboffenen und geschlossenen Jugendhilfe nach Plätzen und Belegung im Berichtsjahr.

### § 3

(1) Die Angaben nach § 2 Nrn. 1 und 2 sind von den Fürsorgeverbänden, die Angaben nach § 2 Nr. 3 von den Organen der öffentlichen Jugendhilfe zu machen.

(2) Die Statistik nach § 2 Nr. 2 wird repräsentativ für bis zu 10 v. H. der in der Fürsorge unterstützten Parteien und Personen durchgeführt.

### § 4

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 17 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1314) auch im Land Berlin.

### § 5

Diese Verordnung tritt am 1. April 1960 in Kraft und am 31. Dezember 1962 außer Kraft.

Bonn, den 24. März 1960.

Für den Bundeskanzler  
Der Bundesminister der Justiz  
Schäffer

Für den Bundesminister des Innern  
Der Bundesminister der Justiz  
Schäffer

Der Bundesminister  
für Familien- und Jugendfragen  
Dr. Wuermeling

# Gesetz über die Finanzstatistik

Vom 8. Juni 1960<sup>1)</sup>

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

## § 1

Im Geltungsbereich dieses Gesetzes wird eine Statistik der öffentlichen Finanzwirtschaft (Finanzstatistik) als Bundesstatistik durchgeführt.

## § 2

Die Statistik erstreckt sich auf

1. die Einnahmen und Ausgaben des Bundes, der Länder, der Gemeinden und der Gemeindeverbände;
2. das Steueraufkommen, die Finanzzuweisungen und Umlagen des Bundes, der Länder, der Gemeinden und der Gemeindeverbände;
3. das Vermögen des Bundes, der Länder, der Gemeinden und der Gemeindeverbände;
4. die Schulden des Bundes, der Länder, der Gemeinden und der Gemeindeverbände;
5. das Personal des Bundes, der Länder, der Gemeinden und der Gemeindeverbände;
6. die Finanzen der staatlichen und kommunalen Einrichtungen und wirtschaftlichen Unternehmen, die als Eigenbetriebe oder in rechtlich selbständiger Form betrieben werden.

## § 3

Die Statistiken über die Einnahmen und Ausgaben (§ 2 Nr. 1) erfassen

1. die rechnungsmäßigen Einnahmen und Ausgaben des Bundes, der Länder, der Gemeinden und der Gemeindeverbände im Rahmen des finanzstatistischen Kennziffernplans, gegliedert nach Aufgabenbereichen (Verwaltungszweigen) und gruppiert nach Einnahme- und Ausgabearten, jährlich;
2. die Haushaltsansätze des Bundes, der Länder, der Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern und der Gemeindeverbände im Rahmen von Haushaltsquerschnitten jährlich;
3. die Einnahmen und Ausgaben des Bundes und der Länder nach Gruppen vierteljährlich;
4. die Ausgaben der Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern und der Gemeindeverbände für Investitionen vierteljährlich;
5. die Gesamteinnahmen und -ausgaben sowie die Kassenlage des Bundes und der Länder monatlich.

## § 4

Die Statistiken über das Steueraufkommen, die Finanzzuweisungen und Umlagen (§ 2 Nr. 2) erfassen

1. die Einnahmen des Bundes und der Länder aus Steuern und Zöllen nach Arten monatlich;
2. die Einnahmen aus Steuern, Finanzzuweisungen und die Umlagen
  - a) der Gemeinden mit 1000 und mehr Einwohnern und der Gemeindeverbände vierteljährlich,
  - b) der Gemeinden mit weniger als 1000 Einwohnern halbjährlich;
3. das Aufkommen aus Realsteuern mit Angaben der Bemessungsgrundlagen und der Hebesätze jährlich.

<sup>1)</sup> BGBl. I S. 322.

## § 5

Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates Gegenstand, Umfang und Art der Vermögensstatistik, den Zeitpunkt des Beginns und der Wiederholungen zu bestimmen sowie Vorschriften zur einheitlichen Bewertung des statistisch zu erfassenden Vermögens zu erlassen.

## § 6

Die Statistiken über die Schulden (§ 2 Nr. 4) erfassen

1. den Stand der Schulden des Bundes, der Länder, der Gemeinden und Gemeindeverbände nach Arten und Bedingungen sowie die Bürgschaften am 31. Dezember jedes Jahres;
2. die Schulden des Bundes, der Länder, der Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern und der Gemeindeverbände vierteljährlich.

## § 7

Die Statistiken über das Personal des Bundes, der Länder, der Gemeinden und der Gemeindeverbände (§ 2 Nr. 5) erfassen nach dem Stand am 2. Oktober

1. den Personalstand gegliedert nach Aufgabenbereichen, Geschlecht, Dienstverhältnis, Laufbahngruppen und Vertriebenen-(Flüchtling-)eigenschaft in jedem dritten Jahr;
2. den Personalstand gegliedert nach dem Dienstverhältnis jeweils zwischen den in Nummer 1 genannten Erhebungen.

## § 8

(1) Die Statistik über die Finanzen der staatlichen und kommunalen Einrichtungen und wirtschaftlichen Unternehmen, die als Eigenbetriebe oder in rechtlich selbständiger Form betrieben werden (§ 2 Nr. 6), erfaßt Bilanzen sowie Gewinn- und Verlustrechnungen jährlich.

(2) Als staatliche und kommunale Unternehmen in rechtlich selbständiger Form gelten Unternehmen, an denen der Bund, die Länder, die Gemeinden oder die Gemeindeverbände unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 50 vom Hundert des Nennkapitals oder des Stimmrechts beteiligt sind.

## § 9

Dieses Gesetz gilt nach § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin. Rechtsverordnungen, die auf Grund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes.

## § 10

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 8. Juni 1960.

Der Bundespräsident  
Lübke

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers  
Ludwig Erhard

Der Bundesminister der Finanzen  
Etzel

## Begründung<sup>1)</sup>

### A. Allgemeiner Teil

#### 1. Aufgabe und Umfang der Finanzstatistik

Die Finanzstatistik hat in erster Linie die Aufgabe, einen Überblick über die öffentliche Wirtschaft, d. h. über Ausmaß und Zusammensetzung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben zu schaffen. Zur Lösung dieser Aufgabe gehört es auch, den Überweisungsverkehr zwischen den Trägern öffentlicher Aufgaben (unter Ausschaltung von Doppelzählungen) und die Wirkung der öffentlichen Haushalte auf die Wirtschaft sichtbar zu machen.

Sie erstreckt sich auf den Bund, die Länder, die Gemeinden und die Gemeindeverbände, außerdem auf die Sondervermögen des Bundes und die Vermögen der übrigen Selbstverwaltungskörperschaften (teilweise — z. B. bei den Trägern der Sozialversicherung — unter ausschließlicher Benutzung der von diesen für eigene Zwecke erstellten Aufzeichnungen); sie erstreckt sich nicht auf Zweckverbände, Kirchen, karitative Einrichtungen u. dgl.

Bund, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände — und darüber hinaus alle Träger öffentlicher Aufgaben — sind durch die Verteilung der Aufgaben und Zuständigkeiten einerseits sowie der Einnahmen andererseits zu einer inneren Einheit verknüpft. Die Finanzstatistik muß sich daher die vollständige Erfassung der finanzwirtschaftlichen Vorgänge bei allen Gliedern der öffentlichen Hand in einem abgerundeten Bild zur Aufgabe setzen. Ein Urteil über die Zweckmäßigkeit finanzwirtschaftlicher Maßnahmen, beispielsweise des Bundes, läßt sich nicht gewinnen, ohne Stand und Entwicklung der Finanzen bei Ländern und Gemeinden mit zu überprüfen. Eine für Bundeszwecke zu erstellende Finanzstatistik muß sich daher aus Gründen, die im Wesen der Sache liegen, auf die Finanzvorgänge bei allen Gliedern der öffentlichen Hand erstrecken; gleiches gilt für eine Finanzstatistik für Länderzwecke usw.

Wie die Finanzstatistik sich auf alle Träger öffentlicher Aufgaben zu erstrecken hat, so muß sie auch alle finanzwirtschaftlich bedeutsamen Vorgänge bei den Trägern öffentlicher Aufgaben erfassen. Daher kann sich die Finanzstatistik nicht auf die Erfassung der Einnahmen und Ausgaben beschränken, sondern muß auch das öffentliche Vermögen einbeziehen und dabei unterscheiden zwischen dem Finanzvermögen einerseits, das die marktwirtschaftliche Leistungsfähigkeit seiner Träger erhöht, und dem Verwaltungsvermögen andererseits, das zwar die volkswirtschaftliche Leistungsfähigkeit erhöht, aber vom Standpunkt der einzelnen öffentlichen Körperschaft in erster Linie eine Steigerung der Lasten bewirkt. Ebenso wie das öffentliche Vermögen müssen auch die öffentlichen Schulden einen Bestandteil der Finanzstatistik bilden. Die Entwicklung und Zusammensetzung des Personalbestandes öffentlicher Dienststellen bedarf ebenfalls der Beobachtung.

Der als Rückgrat der Finanzstatistik unentbehrliche Grundsatz der möglichst lückenlosen Einbeziehung aller Glieder der öffentlichen Hand in die Finanzstatistik macht es notwendig, den Erhebungsbereich auf die öffentlichen Unternehmen in privater Rechtsform sowie auf Eigenbetriebe auszudehnen, zumal die Umwandlung öffentlicher Unternehmungen in Gesellschaften des privaten Rechts (Aktiengesellschaften und Gesellschaften mbH) oder in selbständige Eigenbetriebe in neuerer Zeit einen großen Umfang angenommen hat.

Eine wichtige Forderung, die man bei der gegenwärtigen schnellen Entwicklung in der Wirtschaft und im sozialen Bereich an die Finanzstatistik richten muß, ist die nach gegenwartsnahen Ergebnissen. Da die Haushaltsstatistiken erst nach Ablauf des Rechnungsjahres und nach Fertigstellung des Rechnungsabschlusses aufgestellt werden — und somit erst spät vorliegen können —, müssen die monatlichen und vierteljährlichen Zwischenstatistiken stärker in den Vordergrund gerückt werden. Außerdem sieht der Gesetzentwurf zum Zwecke der Bereitstellung zeitnaher statistischer Unterlagen die statistische Erfassung der Haushaltsansätze vor. Diese Statistik begegnet vom Standpunkte der

finanzwirtschaftlichen Exaktheit wegen der Unterschiedlichkeit von Soll und Ist manchen Bedenken. Sie ist aber wichtig, um Einblicke in die finanzwirtschaftlichen Planungen zu gewinnen und vorausschauend die aus dem öffentlichen Sektor zu erwartenden Einflüsse auf die Wirtschaftsentwicklung beurteilen zu können. Im privatwirtschaftlichen Bereich werden zur Ermittlung der für die zukünftige Wirtschaftsgestaltung wesentlichen Planungen in steigendem Umfange Testbefragungen durchgeführt.

Die Finanzstatistik unterrichtet mithin über

- a) den Umfang der öffentlichen Finanzwirtschaft, indem sie die Einzeldaten der verschiedenen Träger öffentlicher Aufgaben zusammenstellt und so ein »Gesamtbudget« für den öffentlichen Bereich erarbeitet,
- b) die Bedeutung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben im Rahmen der Volkswirtschaft, indem sie das erforderliche Zahlenmaterial für die Darstellung des Bereiches »Staat« für die volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen bereitstellt,
- c) die Verteilung der Einnahmen einerseits sowie der Ausgaben und Lasten andererseits zwischen Bund, Ländern und Gemeinden (Gv.), indem sie neben den Ausgaben und Einnahmen der einzelnen Körperschaften auch den Überweisungsverkehr zwischen den Körperschaften und das Funktionieren des horizontalen und vertikalen Finanzausgleichs und seine Entwicklungsmöglichkeiten darstellt.

Bei der stetig steigenden Bedeutung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben — der Anteil der Steuereinnahmen betrug gemessen am Bruttosozialprodukt im Jahre 1958 rd. 23 v. H. — ist eine fortlaufende und genaue Durchleuchtung der öffentlichen Finanzwirtschaft unentbehrlich.

#### 2. Überblick über die Entwicklung der Rechtsgrundlagen

Abgesehen von verschiedenen Einzelstatistiken, insbesondere auf dem Gebiet der kommunalen Finanzwirtschaft, und wertvollen Vorarbeiten des Deutschen Städtetages, wurde reichseinheitlich erstmals eine Finanzstatistik mit dem Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichs vom 10. August 1925 (Finanzausgleichsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. April 1926 — RGBl. I S. 203) angeordnet. Ergänzungen sind durch die Verordnungen über Finanzstatistik vom 23. Juni 1928 (RGBl. I S. 205) und vom 28. Februar 1931 (RGBl. I S. 32) vorgenommen worden.

Nach dem Kriege wurde die Wiederaufnahme einer einheitlichen Finanzstatistik zunächst durch Vereinbarungen oder Anordnungen in den einzelnen Besatzungszonen und dann durch das Gesetz über die Errichtung eines Statistischen Amtes des Vereinigten Wirtschaftsgebietes vom 21. Januar 1948 (WiGBl. S. 19) in Verbindung mit der Gemeinsamen Anordnung der Verwaltungen des Vereinigten Wirtschaftsgebietes zur Durchführung von Statistiken vom 1. Juni 1949 (Öff. Anz. f. d. VWG Nr. 50 S. 1) sowie die Verordnung über die Erstreckung von Recht der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes auf dem Gebiet der Statistik auf die Länder der französischen Besatzungszone vom 31. März 1950 (BGBl. S. 81) in die Wege geleitet.

Teile der Finanzstatistik, z. B. die Personalstandsstatistik, sind durch besondere Vereinbarungen mit den Ländern geregelt worden.

Da die jetzigen Regelungen nicht den Erfordernissen des Abschnitts III des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. September 1953 (BGBl. I S. 1314) entsprechen, muß nach § 16 Abs. 1 StatGes eine neue Rechtsgrundlage geschaffen werden. Die im Gesetzentwurf vorgesehenen Änderungen gegenüber der bisherigen Regelung werden unter B. der Begründung erläutert.

In methodischer und systematischer Hinsicht gelten für die Finanzstatistik weiterhin die zeitgemäß fortentwickelten Grundsätze der Vorkriegsstatistik. Die Zuständigkeit in methodischen und systematischen Fragen braucht dieses Gesetz nicht zu regeln, da sie sich bereits aus dem Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke ergibt.

<sup>1)</sup> Bundestagsdrucksache Nr. 1367 vom 9. November 1959 (siehe Vorbemerkung auf S. 156 oben).

## B. Begründung im einzelnen

### Zu § 2

Dieser Paragraph legt den Umfang der Finanzstatistik in seinen Grundzügen fest. Er unterscheidet 6 Gruppen von Statistiken, deren Durchführung anschließend in den §§ 3 bis 8 im einzelnen geregelt ist. Das finanzstatistische Gesetz bezieht sich auf statistische Erhebungen, die laufend benötigt werden. Es ist beabsichtigt, daneben je nach Bedarf Sonderstatistiken zur einmaligen Klärung bestimmter Tatbestände durch Rechtsverordnung nach § 6 Abs. 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 (BGBl. I S. 1314) anzuordnen. Eine solche einmalige Sonderstatistik wird beispielsweise bei den Zweckverbänden für notwendig gehalten.

### Zu § 3

Die Statistiken über Einnahmen und Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden (Gv.) sind nach der Häufigkeit ihrer Durchführung in 2 Gruppen unterschieden, und zwar

- a) in Jahresstatistiken und
- b) in kürzerfristig zu wiederholende Statistiken.

#### Nr. 1

Die Jahresstatistiken erfassen die Einnahmen und Ausgaben des Bundes, der Länder (einschließlich Berlin und Hansestädte) und der Gemeinden (Gv.). Durch die bereits laufende Rechnungssstatistik werden alle Ist-Einnahmen und Ist-Ausgaben entsprechend den Haushaltsrechnungen der verschiedenen öffentlichen Körperschaften erhoben. Der Rahmen des Erhebungsschemas, d. h. die einheitliche systematische Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Verwaltungszweigen und nach Arten, ist durch den finanzstatistischen Kennziffernplan festgelegt. Dieser vom Statistischen Bundesamt in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft der Innenministerien der Bundesländer, den Statistischen Landesämtern und den kommunalen Spitzenverbänden entwickelte Kennziffernplan ist für die kommunalen Körperschaften in allen Bundesländern mit Wirkung vom 1. April 1951 an verbindlich vorgeschrieben; er dient allgemein als Grundlage für ihre Haushaltsgliederung und -gruppierung.

Die Kombination Gliederung/Gruppierung, das sogenannte »Schachbrettmuster« der Finanzstatistik, wird auch für die finanzstatistische Erfassung der Jahresrechnungen des Bundes und der Länder verwendet — mit gewissen Modifikationen, die sich aus der anderen Aufgabenstellung im staatlichen Bereich ergeben. Diese einheitliche Gestaltung der Erhebungsbogen auch für die staatlichen Einnahmen und Ausgaben — unabhängig von der länderspezifischen Einteilung der Haushaltspläne nach Ressorts — ermöglicht die für finanzwirtschaftliche Betrachtungen unentbehrliche Zusammenfassung der Zahlen aus dem staatlichen und kommunalen Bereich unter Ausschaltung von Doppelzählungen.

An der Erfassung der Einnahmen und Ausgaben für das betreffende Rechnungsjahr — also einschließlich der Auslaufperiode — soll festgehalten werden unter Inkaufnahme der dadurch bedingten relativ späten Fertigstellung der Finanzstatistik, deren Unterlagen von den öffentlichen Körperschaften erst nach Abschluß der Rechnung geliefert werden können.

Aus Vereinfachungsgründen war zunächst daran gedacht, die jährliche Rechnungssstatistik auf die Haushalte des Bundes, der Länder, der Gemeinden mit 1000 und mehr Einwohnern und auf die Gemeindeverbände zu beschränken. Die Länder und die kommunalen Spitzenverbände halten aber auch für diese Gemeinden eine jährliche Wiederholung der Statistik — wenn auch in eingeschränktem Umfang — für erforderlich.

#### Nr. 2

Neben den rechnungsmäßigen Einnahmen und Ausgaben sollen künftig im Rahmen kurzer Haushaltsquerschnitte auch Haushaltsansätze finanzstatistisch erfaßt werden. Gegenwartsnahe Zahlen über die Zukunftserwartungen und die Vorhaben der öffentlichen Körperschaften werden für Bundeszwecke zur Fundierung der von NATO und OEEC geforderten Vorausschätzungen, zur Kon-

junkturbeobachtung für konjunkturpolitische Maßnahmen und zur Vorbereitung von Gesetzen immer unentbehrlicher, zumal der öffentlichen Finanzwirtschaft im Rahmen der Gesamtwirtschaft eine ständig steigende Bedeutung zukommt. Die Zweckmäßigkeit einer derartigen Querschnittsstatistik der Haushaltsansätze könnte mit dem Hinweis angezweifelt werden, daß die tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben oft stark von den Sollzahlen abweichen. Dem ist aber entgegenzuhalten, daß

- a) auch nicht realisierte Vorhaben die Preise und den Konjunkturablauf beeinflussen;
- b) es in der Konjunkturpolitik und in den Haushaltsberatungen (ebenso wie in der Kommunalaufsicht) gerade darauf ankommt, an Hand zusammengefaßter Haushaltsquerschnitte die Gefahr übermäßiger Beanspruchung der Wirtschaft oder depressiver Auswirkungen infolge unangebrachter Zurückhaltung in der Auftragserteilung frühzeitig zu erkennen, um konjunkturgerechte Gegenmaßnahmen ergreifen zu können.

Es ist beabsichtigt, die Haushaltsquerschnitte bei Bund und Ländern auf Grund statistischer Kennziffern zu erstellen, welche die Haushaltspläne durch — untereinander vergleichbare — »Funktionenhaushalte« ergänzen.

Bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden ist für Bundeszwecke nur an die Zusammenfassung weniger Zahlensummen als Unterlage für die Erstellung des öffentlichen Gesamthaushalts gedacht. Diese Zahlen können den »Haushaltsquerschnitten« entnommen werden, die in den meisten Bundesländern als Anlage zum Haushaltsplan vorgeschrieben sind. Dabei bedeutet der Verzicht auf die Erfassung der Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern eine Beschränkung auf etwa 500 Erhebungseinheiten (von insgesamt rd. 24 200).

#### Nr. 3 bis 5

Die vierteljährlichen und monatlichen Statistiken dienen der schnellen Unterrichtung der Verwaltung, der kommunalen Spitzenverbände und der Öffentlichkeit über die wichtigsten staatlichen und kommunalen Einnahmen und Ausgaben.

Die in der Vierteljahresstatistik der Gemeindefinanzen enthaltene Erhebung über die vierteljährliche Schuldenbewegung der Gemeinden und der Gemeindeverbände ist aus Gründen der Systematik in § 6 Nr. 2 aufgeführt.

Die Aufgliederung der zu erhebenden Tatbestände in den vierteljährlichen und monatlichen Statistiken muß auf die wechselnden Bedürfnisse je nach der Aktualität der im Vordergrund stehenden Fragen ausgerichtet werden. Die gegenseitige Abstimmung der Erhebungsrichtlinien ermöglicht — zumindest summarisch — eine Zusammenfassung der Vierteljahresstatistiken und eine Vergleichbarkeit mit den Jahresstatistiken.

Die monatlichen Berichte über die Kassenlage des Bundes und der Länder beschränken sich auf die Ermittlung des Kassenbestandes und seiner Zusammensetzung, wie er sich in den Abschlußnachweisungen der Bundes- und Landeshaupt-(Zentral-)kassen, aus den kumulativen Mehr- oder Minderausgaben, dem Saldo der rechnungsmäßig nicht verbuchten Zahlungen und den Kassenkrediten errechnet.

### Zu § 4

Die Statistiken über das Steueraufkommen und über die Umlagen gliedern sich in monatliche, vierteljährliche, halbjährliche und jährliche. Die Einnahmen des Bundes und der Länder aus Steuern und Zöllen umfassen nach der Vorschau auf das Rechnungsjahr 1959 = 46 Mrd DM; sie werden in der Gliederung nach Steuerarten monatlich erhoben. Die Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände aus Steuern belaufen sich z. Z. auf etwa 7,5 Mrd DM jährlich, die Einnahmen aus Finanzzuweisungen (Doppelzählungen im Rahmen des öffentlichen Gesamthaushalts) auf etwa 3 Mrd DM jährlich. Sie werden zusammen mit den Umlagen, die z. Z. etwa 0,9 Mrd DM jährlich ausmachen (Doppelzählungen im Rahmen des öffentlichen Gesamthaushalts), vierteljährlich ermittelt. Für Gemeinden mit weniger als 1000 Einwohnern genügt eine halbjährliche Erfassung. Außerdem wird jährlich einmal — der bisherigen

Übung entsprechend — das Aufkommen aus Realsteuern zusammen mit Angaben über die Bemessungsgrundlagen und über die Hebesätze festgestellt. Die laufende Beobachtung

der Entwicklung der Steuereinnahmen nach Arten im allgemeinen und der Anspannung der Realsteuern im besonderen

ist zur Überprüfung der Lastenwirkung und der allmählich sich vollziehenden Wandlungen des Steuersystems unentbehrlich.

#### Zu § 5

Die neu einzuführende Vermögenstatistik soll im Rahmen der Finanzstatistik entsprechend deren Gesamtzielsetzung der Ordnung der finanzwirtschaftlichen Vorgänge, der Verbesserung der Kontrollmöglichkeiten und der Verbreiterung der Publizität dienen. Der Ausbau dieser Funktionen ist wesentlich, da sie im öffentlichen Bereich größtenteils die Wirkungen ersetzen müssen, die im privaten Bereich das Gewinnstreben auslöst. Die Beobachtung des Vermögensbestandes und der Vermögensveränderungen bildet den erstrebenswerten und organischen Abschluß jeder Buchführung und auch der Rechnungslegung der öffentlichen Finanzverwaltungen, die verpflichtet sind, ihre Vermögenssubstanz zu erhalten. Das öffentliche Vermögen stellt einen nicht unbedeutenden Teil des Volksvermögens dar. Die aus der Vermögensteuerstatistik und der Einheitswertstatistik vorliegenden Angaben über den Stand und die Veränderung des privaten Vermögens bedürfen der Ergänzung durch eine Statistik des Vermögens der öffentlichen Hand. Da viele Gebietskörperschaften schon Nachweise über ihr Vermögen aufstellen (so der Bund, einige Länder und zahlreiche Gemeinden), werden einheitliche Methoden und Maßstäbe aufzustellen sein, mit deren Hilfe ein Vermögensvergleich zwischen den Gebietskörperschaften möglich ist.

#### Absatz 1

Eine Statistik des Vermögens der öffentlichen Hand muß den Stand des Vermögens und die Vermögensveränderungen erfassen. Da sich der Vermögensstand, wenn er einmal ermittelt ist, anhand der Vermögenszugänge und Vermögensabgänge fortzuschreiben läßt, ist es nicht erforderlich, die Bestände jährlich zu erheben. Es genügt, wenn die Fortschreibungsergebnisse in jedem fünften Jahre durch eine Bestandserhebung kontrolliert werden. Durch diese Handhabung wird die Verwaltung — im Vergleich zum sonst unvermeidlichen Arbeitsaufwand — wesentlich entlastet.

Die Vermögenszugänge und Vermögensabgänge müssen jährlich ermittelt werden. Die Unterlagen über die Vermögensveränderungen lassen sich ohne besondere zusätzliche Arbeitsbelastung in Zusammenhang mit der Rechnungsstatistik nach § 3 Nr. 1 gewinnen. Sofern die Vermögenszu- und -abgänge nur in der Vermögensrechnung erscheinen (die Zahl solcher Vorgänge ist verhältnismäßig gering), werden sie besonders festzuhalten und in einer Sonderübersicht jährlich nachzuweisen sein.

Die Vermögenstatistik sollte sich auf das gesamte öffentliche Vermögen erstrecken. Dabei wird nach dem Verwendungszweck zu unterscheiden sein zwischen dem Verwaltungsvermögen im engeren Sinne (Verwaltungsgebäude, Schulen u. dgl.), den Sachen im Gemeingebrauch (z. B. Straßen, Wege, Plätze, Kanäle) und den Anstalten und den Einrichtungen sowie dem Finanzvermögen (wirtschaftliche Unternehmen, Beteiligungen, Allgemeines Kapital- und Sachvermögen) und den Sondervermögen (z. B. Bundesbahn, Bundespost, Stiftungsvermögen, Treuhandvermögen).

Feststellungen haben ergeben, daß bei Bund, Ländern und Gemeinden (Gv.) Aufzeichnungen über den Vermögensbestand in Form von Vermögensverzeichnissen, Vermögenskarteien usw. vorhanden sind. Für die Zwecke der Vermögenstatistik müssen diese Vermögensverzeichnisse nach einheitlichen Gesichtspunkten aufgestellt werden.

Das öffentliche Vermögen erhöht — abweichend vom privatwirtschaftlichen Vermögen — nur zu einem verhältnismäßig geringen Teil die markt- und finanzwirtschaftliche Leistungskraft des Trägers (wie z. B. die wirtschaftlichen Unternehmen, die Kapitalbeteiligungen, das nicht für Verwaltungszwecke benutzte

Grundvermögen usw.). Der überwiegende Teil des öffentlichen Vermögens erhöht zwar die Leistungsfähigkeit des Gemeinwesens und der Volkswirtschaft, verursacht aber, betriebswirtschaftlich oder kameralistisch betrachtet, dem Vermögensträger nur zusätzliche Belastungen (insbesondere das Verwaltungsvermögen mit den Sachen im Gemeingebrauch).

#### Absatz 2

Bevor die Statistik des öffentlichen Vermögens durchgeführt werden kann, müssen noch zahlreiche Fragen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden geklärt werden, um einheitliche Ausgangspunkte für die Durchführung der Statistik zu gewinnen. Das gilt insbesondere für die einheitliche Gestaltung der Vermögensverzeichnisse und für die einheitliche Festlegung der Bewertungsgrundsätze sowie für die einheitliche Festlegung der Termine, zu denen die Vermögenstatistik für die einzelnen Vermögensgattungen entweder für Bund, Länder und Gemeinden gemeinsam oder auch nur für jene Gebietskörperschaften, die dazu bereits in der Lage sind, eingeführt werden kann.

Da diese Entscheidungen nur gemeinsam vorbereitet werden können, ist im Gesetz zunächst nur der Grundsatz der Einführung einer Vermögenstatistik verankert worden, um auf diese Weise eine Basis zur systematischen Durchführung der noch erforderlichen Vorarbeiten zu schaffen. Der Umfang der Vermögenstatistik und der Zeitpunkt ihres Beginns sollen zugleich mit den Vorschriften zur einheitlichen Bewertung des statistisch erfaßten Vermögens durch eine Rechtsverordnung bestimmt werden, die der Zustimmung des Bundesrates bedarf.

#### Zu § 6

##### Nr. 1 bis 2

Bei der Erfassung der Schulden des Bundes, der Länder und der Gemeinden (Gv.) sind, ebenso wie bei jener der Einnahmen und Ausgaben, Jahresstatistiken und Vierteljahresübersichten zu unterscheiden. Die jährliche Schuldenstatistik als »Strukturuntersuchung« erfaßt den Stand der Schulden und ihre Gliederung insbesondere nach Laufzeiten, Fälligkeiten, Zinsbedingungen und Arten der Verwendung. Da die Ergebnisse der Jahresstatistik verhältnismäßig spät vorliegen, ist zur Ergänzung der kurzfristigen Statistik über die Ausgaben (vgl. § 3 Nr. 3 und 4) auch eine kurzfristige Statistik über die Gesamtentwicklung der Verschuldung im Zusammenhang mit der Kassenlage notwendig. Sie liefert Unterlagen zu der Frage, inwieweit öffentliche Mittel oder Kreditmarktmittel zur Finanzierung der Investitionen verwendet worden sind. Die Statistik beschränkt sich auf den Bund, die Länder, die Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern und die Gemeindeverbände und ist deshalb wenig kostspielig. Die vierteljährlichen Übersichten über die Verschuldung der kommunalen Gebietskörperschaften sind aus erhebungstechnischen Gründen mit der Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben gekoppelt.

#### Zu § 7

Die Statistiken über den Personalstand sollen aus Vereinfachungsgründen in jedem zweiten und dritten Jahr in Form von Kurzerhebungen durchgeführt werden. Da unter den öffentlichen Ausgaben der Personalaufwand eine wichtige Rolle spielt, ist ein Überblick über die Entstehung und Zusammensetzung dieses Ausgabepostens z. B. für Zwecke der Ortsklasseneinteilung und zur Beurteilung von Maßnahmen auf dem Gebiete des Besoldungsrechts und der Rechtsverhältnisse der öffentlichen Bediensteten unerlässlich.

#### Zu § 8

In der Jahresrechnungsstatistik sind bis jetzt Angaben über die wirtschaftlichen Unternehmen nur insoweit erfragt worden, als sie aus den Haushaltsrechnungen entnommen werden konnten. Für den großen Komplex der Eigenbetriebe, d. h. der wirtschaftlichen Unternehmen, die nach den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung vom 21. November 1938 geführt werden, und für die in rechtlich selbständiger Form geführten Unternehmen liegen nur Angaben vor über die Ablieferungen an den staatlichen oder kommunalen Haushalt oder umgekehrt über die Zuschüsse, die an solche Betriebe gegeben wurden. Diese »Netto-

zahlen« sagen über das Finanzvolumen der wirtschaftlichen Unternehmen und über deren Finanzwirtschaft im einzelnen nichts aus. Fundierte finanzstatistische Zahlen für diesen Teil der öffentlichen Wirtschaft sind aber für volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen und gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen, wie sie u. a. für die OEEC zu erstellen sind, unentbehrlich.

Unbeschadet des Rechts der Eigenbetriebe, aus Gründen der Arbeitersparnis die nach der Eigenbetriebsverordnung ohnehin zu fertigenden Aufstellungen einzureichen, soll sich die statistische Erfassung dabei im allgemeinen auf diejenigen Angaben beschränken, welche auf Grund aktienrechtlicher Vorschriften oder darüber hinaus freiwillig von rechtlich selbstständigen Unternehmen des betreffenden Wirtschaftszweiges geliefert werden. Wesentlich ist hierbei die Möglichkeit einer Zusammenfassung mit den Ergebnissen der Bilanzstatistik der Aktiengesellschaften, soweit diese Statistik »Eigengesellschaften« erfaßt, d. h. in privater Rechtsform betriebene Unternehmen, die ganz in der Hand einer Gebietskörperschaft sind, oder Gesellschaften, an denen Gebietskörperschaften unmittelbar oder mittelbar (d. h. durch ihre Unternehmen in privatrechtlicher Form) mit mehr als der Hälfte des Nennkapitals oder des Stimmrechts beteiligt sind.

Im Gegensatz zu anderen Teilen der Finanzstatistik, bei denen auch Einzelergebnisse z. B. für eine Gemeinde oder für einen Kreis veröffentlicht werden, muß sich die Finanzstatistik der wirtschaftlichen Unternehmen darauf beschränken, gewisse Gruppen zusammenzufassen, so daß Einzelergebnisse für einen Betrieb aus den Veröffentlichungen dieser Statistik nicht entnommen werden können.

Die Gemeindeordnung von Nordrhein-Westfalen sieht vor, daß auch kommunale Einrichtungen, die keine wirtschaftlichen Unternehmen sind, nach den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung geführt werden können (z. B. Krankenhäuser, Schlachthöfe u. dgl.). Ähnliche Gedanken mögen auch den Verfassern der Gemeindeordnungen für Schleswig-Holstein (§ 82 Abs. 2) und Hessen (§ 98 Abs. 2) vorgeschwebt haben. Diese sehen vor, daß öffentliche Einrichtungen entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe geführt werden können. Zahlenmäßig spielen diese in die Eigenbetriebsform überführten kommunalen Einrichtungen zwar noch keine bedeutende Rolle; da aber die weitere Entwicklung noch nicht abzusehen ist, mußte im Gesetz die Möglichkeit berücksichtigt werden; auch diese Einrichtungen, die an sich Teile der Gebietskörperschaften sind, aber in deren Rechnung — ebenso wie die wirtschaftlichen Unternehmen — nur mit saldierten Abschlußzahlen erscheinen, in die finanzstatistische Erhebung einzubeziehen.

**Zu § 9**

Enthält die übliche Berlin-Klausel.

**Zu § 10**

Enthält die nach Artikel 82 Abs. 2 Satz 1 GG erforderliche Bestimmung über das Inkrafttreten des Gesetzes.

**C. Kosten der Statistik**

Die in diesem Gesetz geregelten Statistiken gehören mit Ausnahme der Statistik zu § 3 Nr. 2 (Statistik der Haushaltsquerschnitte) und der Statistik zu § 5 (Vermögensstatistik) zum laufenden Arbeitsprogramm und werden seit längerem vom Statistischen Bundesamt und den Statistischen Landesämtern durchgeführt. Die Mittel dafür sind in den Haushalten von Bund und Ländern bereits veranschlagt, zusätzliche Ausgaben entstehen mithin insoweit nicht. Die Statistik der Haushaltsquerschnitte (§ 3 Nr. 2) ist wenig umfangreich, weil Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern nicht erfaßt und die Erhebungsmerkmale auf die wichtigsten Tatbestände beschränkt werden. Bei der Statistik über die rechnungsmäßigen Einnahmen und Ausgaben (§ 3 Nr. 1) soll für Gemeinden mit weniger als 1000 Einwohnern künftighin ein vereinfachtes Erhebungs- und Aufbereitungsverfahren Anwendung finden. Die Kosten für die Durchführung dieser Statistik verringern sich infolgedessen. Die so eingesparten Mittel übersteigen die Kosten für die neu eingeführte Statistik zu § 3 Nr. 2. Zusätzliche Haushaltsmittel werden somit für die Statistik der Haushaltsquerschnitte nicht benötigt.

Die Vermögensstatistik wird erst zu einem späteren Zeitpunkt eingeführt werden. Da ihr Umfang noch nicht feststeht, ist eine Berechnung der mit dieser Statistik verbundenen zusätzlichen Kosten nur überschläglich möglich. Es kann mit folgenden zusätzlichen Kosten gerechnet werden:

	persönliche Kosten DM	sächliche Kosten DM	Kosten zusammen DM
<b>1. Jährliche Erhebungen über die Vermögensveränderungen</b>			
Kosten des Bundes .....	24 000	16 000	40 000
Kosten der Länder .....	8 000	6 000	14 000
Jährliche Belastung .....	32 000	22 000	54 000
<b>2. Erhebungen über den Vermögensbestand im Abstand von 5 Jahren</b>			
Kosten des Bundes .....	55 000	27 000	82 000
Kosten der Länder .....	18 000	10 000	28 000
Zusätzliche Belastung in jedem fünften Jahr .....	73 000	37 000	110 000

**Verordnung über die Durchführung einer Lohnsteuerstatistik für das Kalenderjahr 1957**  
**Vom 4. Juli 1958<sup>1)</sup>**

Auf Grund des § 6 Abs. 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 (BGBl. I S. 1314) in Verbindung mit § 3 des Gesetzes über die Statistiken, der Steuern vom Einkommen vom 21. Januar 1956 (BGBl. I S. 34) verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrats:

**§ 1**

Im Geltungsbereich dieser Verordnung ist eine Lohnsteuerstatistik für das Kalenderjahr 1957 durchzuführen.

**§ 2**

- (1) Als Zählpapiere dienen die Lohnsteuerbelege (Lohnsteuerkarten oder Lohnsteuerüberweisungsblätter).
- (2) Es werden aufbereitet:
1. die Lohnsteuerbelege, die sich auf Lohnsteuerpflichtige mit einem Bruttolohn von weniger als 16 000 DM beziehen, repräsentativ mit einem durchschnittlichen Auswahlatz von 1,3 vH;
  2. die Lohnsteuerbelege, die sich auf Lohnsteuerpflichtige mit einem Bruttolohn von 16 000 DM und mehr beziehen, total; eine repräsentative Aufbereitung ist zulässig, soweit sie den methodischen Anforderungen genügt.

<sup>1)</sup> Bundesanzeiger Nr. 128 S. 1.



### § 3

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (BGBl. I S. 1) in Verbindung mit § 17 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 auch im Land Berlin.

### § 4

Diese Verordnung gilt nicht im Saarland.

### § 5

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Bonn, den 4. Juli 1958.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers  
Ludwig Erhard

Der Bundesminister der Finanzen  
Etzel

## Verordnung über die Durchführung einer Statistik der veranlagten Einkommensteuer und der veranlagten Körperschaftsteuer für das Kalenderjahr 1957

Vom 4. Juli 1958<sup>1)</sup>

Auf Grund des § 6 Abs. 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 (BGBl. I S. 1314) in Verbindung mit § 3 des Gesetzes über die Statistiken der Steuern vom Einkommen vom 21. Januar 1956 (BGBl. I S. 34) verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

### § 1

Im Geltungsbereich dieser Verordnung ist eine Statistik der veranlagten Einkommensteuer und der veranlagten Körperschaftsteuer für das Kalenderjahr 1957 durchzuführen.

### § 2

(1) Als Zählpapiere dienen Abschriften der Einkommen- und Körperschaftsteuerbelege (Durchschriften der Steuerbescheide oder Statistische Blätter, auf welche die Erhebungsmerkmale aus den Steuerakten übertragen sind).

(2) In die Statistik der veranlagten Einkommensteuer werden einbezogen:

1. die Zählpapiere, die sich auf Steuerpflichtige mit Einkommen von weniger als 16 000 DM beziehen, repräsentativ mit einem durchschnittlichen Auswahlatz von 12 vH;
2. die Zählpapiere, die sich auf Steuerpflichtige mit Einkommen von 16 000 DM und mehr beziehen, total; eine repräsentative Aufbereitung ist zulässig, soweit sie den methodischen Anforderungen genügt.

(3) In die Statistik der veranlagten Körperschaftsteuer können sämtliche Zählpapiere einbezogen werden; eine Beschränkung der Aufbereitung auf einen Teil der Zählpapiere ist zulässig.

### § 3

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (BGBl. I S. 1) in Verbindung mit § 17 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 auch im Land Berlin.

### § 4

Diese Verordnung gilt nicht im Saarland.

### § 5

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Bonn, den 4. Juli 1958.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers  
Ludwig Erhard

Der Bundesminister der Finanzen  
Etzel

## Gesetz über eine Gewerbesteuerstatistik für das Kalenderjahr 1958

Vom 23. Dezember 1960<sup>2)</sup>

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

### § 1

Im Geltungsbereich dieses Gesetzes, mit Ausnahme des Saarlandes, wird eine Statistik der Gewerbesteuer nach dem Gewerbeertrag und dem Gewerbekapital, eine Statistik der Zerlegungsanteile sowie eine Statistik der Lohnsummensteuer für das Kalenderjahr 1958 durchgeführt.

### § 2

(1) Die Statistik der Gewerbesteuer nach dem Gewerbeertrag und dem Gewerbekapital erfaßt die im Gewerbesteuermeßbescheid 1958 enthaltenen Tatbestände; die Statistik der Zerlegungsanteile erfaßt die im Zerlegungsbescheid 1958 enthalte-

nen Tatbestände. Als Zählpapiere dienen die Durchschriften der Gewerbesteuermeßbescheide und der Zerlegungsbescheide.

(2) Bei der Statistik der Lohnsummensteuer sind für das Kalenderjahr 1958 oder das Rechnungsjahr 1958 von den Gemeinden, die eine Lohnsummensteuer erheben, aus den Steuerakten folgende Tatbestände über die steuerpflichtigen Unternehmen in ein Statistisches Blatt zu übertragen:

Steuernummer und Gewerbezug,  
Zweigstelle nach § 17 GewStG,  
Betrag der Lohnsumme nach § 24 GewStG,  
Freibetrag nach § 23 Abs. 2 GewStG,  
steuerpflichtige Lohnsumme,  
Steuersollbetrag für das Kalenderjahr 1958,  
Hebesätze für die Lohnsummensteuer.

### § 3

Die mit der Durchführung der Gewerbesteuerstatistik befaßten Personen in statistischen Behörden sind Amtsträger im

<sup>1)</sup> Bundesanzeiger Nr. 128 S. 1. — <sup>2)</sup> BGBl. I S. 1071.



‘Sinne des § 22 der Reichsabgabenordnung vom 22. Mai 1931 (Reichsgesetzbl. I S. 161) in der zur Zeit geltenden Fassung.

#### § 4

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

#### § 5

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 23. Dezember 1960.

Der Bundespräsident

Lübke

Für den Bundeskanzler

Der Bundesminister für Verkehr

Seehofer

Der Bundesminister der Finanzen

Etzel

### Begründung<sup>1)</sup>

#### I. Allgemeiner Teil

Die Gewerbesteuer ist heute die wichtigste Steuerquelle der Gemeinden. Ihr Anteil an den gemeindlichen Steuereinnahmen ist von rd. 30 v.H. in der Zeit vor dem zweiten Weltkrieg über 47 v.H. im Rechnungsjahr 1950 auf 73 v.H. im Rechnungsjahr 1958 gestiegen. Das kassenmäßige Ist-Aufkommen aus der Gewerbesteuer hat sich von 1,3 Mrd DM im Rechnungsjahr 1950 auf 5,6 Mrd DM im Rechnungsjahr 1958, also um mehr als das Vierfache, erhöht. Das Verhältnis zwischen den kassenmäßigen Einnahmen aus der Gewerbesteuer einerseits und aus der veranlagten Einkommen- und Körperschaftsteuer andererseits hat sich von 1 : 2,7 im Jahre 1950 auf 1 : 2 im Jahre 1958 verschoben. Diese Aufkommensentwicklung bringt zum Ausdruck, daß die Steuereinnahmen der Gemeinden sich in zunehmendem Maße auf die Ertragskraft der gewerblichen Wirtschaft stützen.

In dieser Entwicklung liegt eine wesentliche Ursache für die Bestrebungen nach einer grundlegenden Reform des gemeindlichen Steuersystems im allgemeinen und einer Reform der Gewerbesteuer im besonderen.

Reformmaßnahmen bei der Gewerbesteuer setzen eine Orientierung über die Ertrags- und Kapitalverhältnisse der gewerblichen Wirtschaft nach Ertragsgruppen und Wirtschaftszweigen, über die Zusammenhänge zwischen Gewinn und Betriebsvermögen und über die Auswirkungen des Systems der Hinzurechnungen und der Kürzungen voraus. Aus der laufend durchgeführten Finanzstatistik liegen nur Unterlagen über die Ist-Einnahmen aus der Gewerbe- und Lohnsummensteuer und über die Hebesätze vor. Es fehlen Zahlen über das Steuersoll und über den Anteil der Vorauszahlungen und der Abschlußzahlungen an den Ist-Einnahmen.

Bisher ist nur in den Jahren 1937 und 1938 eine Gewerbesteuerstatistik durchgeführt worden. Ihre Ergebnisse liegen 20 Jahre zurück und sind völlig überholt. Die reichsrechtliche Regelung der Gewerbesteuer durch das Realsteuereinführungsgesetz und das Gewerbesteuergesetz vom 1. Dezember 1936 bot damals erstmalig die Möglichkeit zu einer einheitlichen Gewerbesteuerstatistik für das ganze Reichsgebiet. Als Unterlagen für die Statistik der Gewerbesteuer nach dem Gewerbeertrag und nach dem Gewerbekapital dienten die Durchschriften der Gewerbesteuermeß- und Zerlegungsbescheide; die Statistik der Lohnsummensteuer beruhte auf einem von den Reichsministern des Innern und der Finanzen vorgeschriebenen einheitlichen Muster (Lohnsummensteuer-Sollbuch), das im Ministerialblatt des Reichs- und Preussischen Ministeriums des Innern 1937 S. 1241 veröffentlicht ist. Ziel der Statistik war, die Wirkungen des neuen Gewerbesteuergesetzes zahlenmäßig zu untersuchen, einen Überblick über Höhe und Zusammensetzung der Besteuerungsgrundlagen in den einzelnen Reichsteilen und den verschiedenen Gewerbezeigen zu erlangen und für Zwecke des Finanzausgleichs Unterlagen über die Gewerbesteuermeßbeträge in den einzelnen Gemeinden zu gewinnen. Die Ergebnisse der Statistik sind in »Statistik des Deutschen Reichs« Bd. 537 I und II veröffentlicht.

<sup>1)</sup> Bundestagsdrucksache Nr. 1624 vom 16. Februar 1960 (siehe Vorbemerkung auf S. 156 oben).

Die Ergebnisse der Gewerbesteuerstatistik sind jedoch nicht nur für finanz- und steuerpolitische Überlegungen von Bedeutung. Gewerbeertrag und Gewerbekapital stellen wichtige volkswirtschaftliche Meßgrößen dar. Die aus anderen Steuerstatistiken (so insbesondere aus den Statistiken der Steuern vom Einkommen) vorhandenen Materialien werden insoweit durch die Gewerbesteuerstatistik für allgemeine Zwecke der Wirtschafts- und Sozialstatistik sinnvoll ergänzt.

Die alsbaldige Durchführung einer neuen Gewerbesteuerstatistik ist aus staatspolitischen Gründen unaufschiebbar. Als Erhebungsjahr ist das Kalenderjahr 1958 vorgesehen. Die Gewerbesteuerstatistik soll u. a. auch das Grundmaterial zur Prüfung der Frage liefern, ob und inwieweit eine Gewerbesteuerreform durchgeführt werden muß. Sie soll deshalb insbesondere Aufschluß über folgende Fragen geben:

1. inwieweit der einheitliche Steuermeßbetrag aus dem Gewerbeertrag oder aus dem Gewerbekapital stammt,
2. wie sich die verschiedenen Hinzurechnungen und Kürzungen auswirken, die nach den §§ 8, 9 und 12 GewStG vorzunehmen sind, um aus dem Gewinn den Gewerbeertrag und aus dem Einheitswert des gewerblichen Betriebes das Gewerbekapital zu ermitteln,
3. wie sich die Steuermeßbeträge, die Besteuerungsgrundlagen sowie die Hinzurechnungen und Kürzungen auf natürliche und juristische Personen, auf die verschiedenen Gewerbeertragsgruppen und auf die einzelnen Gewerbezeigen verteilen.

Die statistische Erfassung der Lohnsummensteuer, die neben der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital erhoben wird, soll das aus der Gewerbesteuerstatistik zu gewinnende Bild über die Steuerbelastung der Wirtschaft vervollständigen. Die Statistik soll insbesondere die Verteilung der Lohnsummensteuer auf die einzelnen Gewerbezeigen und auf die Betriebsgrößen nachweisen. Erfasst werden nur die steuerpflichtigen Unternehmen mit einer Lohnsumme von mehr als 3600 DM in den rd. 1000 Lohnsummensteuer erhebenden Gemeinden.

#### II. Besonderer Teil

##### Zu § 1

Die Gewerbesteuerstatistik soll im Bundesgebiet und in Berlin (West) als einmalige Erhebung für das Kalenderjahr 1958 durchgeführt werden. Sie erstreckt sich auf eine Statistik der Gewerbesteuer nach dem Gewerbeertrag und dem Gewerbekapital sowie auf eine Statistik der Lohnsummensteuer. Da es sich um die erste Statistik dieser Art seit 20 Jahren handelt, muß sie möglichst umfassend gestaltet werden. Das Repräsentativverfahren ist wegen der verhältnismäßig tiefen Gliederung der Ergebnisse, insbesondere auch in fachlicher (Gliederung nach Wirtschaftszweigen) und in regionaler Hinsicht nicht anwendbar. Zudem fehlen zuverlässige Unterlagen für die Stichprobenplanung.

#### **Zu § 2 Abs. 1**

Die Gewerbesteuerstatistik greift als Sekundärstatistik auf die bei den Finanzverwaltungen im Veranlagungsprozeß anfallenden Unterlagen zurück. Aus diesen Zählpapieren werden die Angaben über den Gewinn und den Einheitswert, über die Hinzurechnungen und Kürzungen nach Arten, über den Gewerbeertrag und das Gewerbekapital sowie über den einheitlichen Steuermeßbetrag ausgewertet. Die Statistik wird so auf die für Bundeszwecke unverzichtbare Erfassung der im Gewerbesteuermeßbescheid enthaltenen Merkmale beschränkt. Eine gemeindeweise Erfassung der Zerlegungsanteile nach den Zerlegungsbescheiden (Zerlegung des einheitlichen Meßbetrages auf die Gemeinden, wenn gewerbliche Betriebsstätten in mehreren Gemeinden unterhalten werden) ist nicht vorgesehen. Eine derartige Ausweitung der Statistik würde bei den Finanzverwaltungen zu einer starken Mehrarbeit führen und die Kosten der Statistik erheblich erhöhen. Der zusätzliche Erkenntniswert ist demgegenüber verhältnismäßig gering. Über die Gewerbesteuerkraft der Gemeinden gibt bereits die Finanzstatistik hinlänglich Auskunft, so daß insbesondere für Zwecke des Finanzausgleichs weitere Unterlagen nicht benötigt werden. Nicht erkennbar wird bei einem Verzicht auf eine Zerlegungsstatistik die tatsächliche Gewerbesteuerbelastung von Unternehmen, die in mehreren Gemeinden Betriebsstätten unterhalten. Die Zahl dieser Unternehmen ist, gemessen an der Gesamtzahl der gewerblichen Betriebe, verhältnismäßig gering. Für die Mehrzahl der Unternehmen, insbeson-

dere für die Klein- und Mittelbetriebe, die nur über eine örtliche Betriebsstätte verfügen, wird die tatsächliche Gewerbesteuerbelastung aber erkennbar.

#### **Zu § 2 Abs. 2**

Für die Statistik der Lohnsummensteuer müssen die Gemeinden aus den Steuerakten die für die Statistik erforderlichen Merkmale in ein Statistisches Blatt übertragen, weil hier Steuerbescheide in der Regel nicht zur Verfügung stehen.

#### **Zu § 3**

Diese Bestimmung dient der Klarstellung, daß die Vorschriften der Abgabenordnung über die Unverletzlichkeit des Steuergeheimnisses auch für den statistischen Aufbereitungsgang und für die mit der Durchführung der Statistik befaßten Personen an statistischen Behörden gelten.

#### **Zu § 4**

Enthält die übliche Berlin-Klausel.

### **III. Kosten der Statistik**

Die Kosten der Statistik werden bei den Ländern auf 1,9 Mio DM veranschlagt, davon entfallen 1,4 Mio DM auf persönliche und 0,5 Mio DM auf sächliche Ausgaben. Dem Bund entstehen nur Veröffentlichungskosten, die aus laufenden Haushaltsmitteln gedeckt werden.

## **Verordnung über die Durchführung von Umsatzsteuerstatistiken für die Kalenderjahre 1956, 1957 und 1958**

**Vom 16. Mai 1958<sup>1)</sup>**

Auf Grund des § 6 Abs. 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 (BGBl. I S. 1314) verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

#### **§ 1**

Im Geltungsbereich dieser Verordnung sind Umsatzsteuerstatistiken für die Kalenderjahre 1956, 1957 und 1958 durchzuführen.

#### **§ 2**

Die Statistik erfaßt aus den bei den Finanzämtern geführten Umsatzsteuer-Überwachungsbogen folgende Tatbestände:

1. den Gesamtumsatz des jeweiligen Erhebungsjahres und des Vorjahres;
2. die mit eins vom Hundert besteuerten Umsätze;
3. die Umsatzsteuervorauszahlungen für den jeweiligen Veranlagungszeitraum (Kalenderjahr).

#### **§ 3**

Die mit der Durchführung der Umsatzsteuerstatistik befaßten Personen in statistischen Behörden gelten als Amtsträger im

Sinne der §§ 22 und 412 der Reichsabgabenordnung vom 22. Mai 1931 (RGBl. I S. 161) in der zur Zeit geltenden Fassung. Sie sind auf die Wahrung des Steuergeheimnisses (§ 22 AO) zu verpflichten.

#### **§ 4**

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (BGBl. I S. 1) in Verbindung mit § 17 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 auch im Land Berlin.

#### **§ 5**

Diese Verordnung gilt nicht im Saarland.

#### **§ 6**

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft. Sie tritt 3 Jahre nach ihrer Verkündung außer Kraft.

Bonn, den 16. Mai 1957.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers  
Blücher

Der Bundesminister der Finanzen  
Schäffer

## **Verordnung über die Durchführung von Umsatzsteuerstatistiken für die Kalenderjahre 1959, 1960 und 1961**

**Vom 1. März 1960<sup>2)</sup>**

Auf Grund des § 6 Abs. 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1314) verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

#### **§ 1**

Im Geltungsbereich dieser Verordnung sind Umsatzsteuerstatistiken für die Kalenderjahre 1959, 1960 und 1961 durchzuführen, im Saarland jedoch erst für die Zeit vom 6. Juli 1959 an.

<sup>1)</sup> BGBl. I S. 532. — <sup>2)</sup> BGBl. I S. 153.

#### **§ 2**

(1) Die Statistik erfaßt aus den bei den Finanzämtern geführten Umsatzsteuer-Überwachungsbogen folgende Tatbestände:

1. den Gesamtumsatz des jeweiligen Erhebungsjahres und des Vorjahres;
2. die mit eins vom Hundert besteuerten Umsätze;
3. die Umsatzsteuervorauszahlungen für den jeweiligen Veranlagungszeitraum (Kalenderjahr).

(2) Abweichend von Absatz 1 wird im Saarland in den Erhebungsjahren 1959 und 1960 der Gesamtumsatz des jeweiligen Vorjahres nicht erfaßt.

### § 3

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 17 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 auch im Land Berlin.

### § 4

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft. Sie tritt drei Jahre nach ihrer Verkündung außer Kraft.

Bonn, den 1. März 1960.

Für den Bundeskanzler  
Der Bundesminister der Justiz  
Schäffer  
Der Bundesminister der Finanzen  
Etzel

## Gesetz über die Preisstatistik

Vom 9. August 1958<sup>1)</sup>

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

### § 1

Im Geltungsbereich dieses Gesetzes wird eine Preisstatistik als Bundesstatistik durchgeführt.

### § 2

Die Statistik erstreckt sich auf

1. Preise für land- und forstwirtschaftliche und gewerbliche Güter auf der Stufe der Erzeugung oder Gewinnung, der Be- und Verarbeitung, des Großhandels, des Einzelhandels und des Außenhandels,
2. Preise und Entgelte für Werk- und Dienstleistungen, soweit nicht in Nummer 3 genannt,
3. Preise und Entgelte für Verkehrsleistungen sowie Entgelte für die Vercharterung von Schiffen,
4. Mieten und Pachten für Räume und Grundstücke,
5. Preise für Grundstücke.

### § 3

(1) Die Statistik nach § 2 Nr. 1 erfaßt die Preise für nach Art, Sorte, Qualität und Handelsbedingungen bezeichnete Güter.

(2) Auskunftspflichtig sind die landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen und gewerblichen Unternehmen, Behörden und Einrichtungen. Die Erhebungen werden bei höchstens 25 000 Auskunftspflichtigen durchgeführt.

### § 4

(1) Die Statistik nach § 2 Nr. 2 erfaßt die Preise und Entgelte für nach Arten und Merkmalen bezeichnete Werk- und Dienstleistungen.

(2) Auskunftspflichtig sind die Unternehmen und selbständig tätigen Personen des Werk- und Dienstleistungsbereichs sowie Behörden und Einrichtungen. Die Erhebungen werden bei höchstens 10 000 Auskunftspflichtigen durchgeführt.

### § 5

(1) Die Statistik nach § 2 Nr. 3 erfaßt die Preise und Entgelte für nach Arten und Merkmalen bezeichnete Leistungen und Nebenleistungen im Verkehr sowie die Entgelte für die Vercharterung von nach Arten bezeichneten Schiffen.

(2) Auskunftspflichtig sind die Unternehmen und selbständig tätigen Personen, die Verkehrsleistungen erbringen oder ver-

mitteln oder — in Fällen der Einfuhr von Gütern — in Anspruch nehmen, Schiffsmieten bezahlen oder erhalten sowie Behörden und Einrichtungen des Verkehrswesens.

### § 6

(1) Die Statistik nach § 2 Nr. 4 erfaßt

1. die Mieten und Pachten einschließlich Umlagen und Zuschläge für nach Arten und Merkmalen bezeichneten Wohnraum und Gewerberaum,
2. die Mieten und Pachten für nach Arten und Merkmalen bezeichnete Grundstücke.

(2) Auskunftspflichtig sind die Vertragsparteien. Die Erhebungen werden bei höchstens 25 000 Auskunftspflichtigen durchgeführt.

### § 7

(1) Die Statistik nach § 2 Nr. 5 erfaßt die Preise für nach Arten und Merkmalen bezeichnete Grundstücke.

(2) Auskunftspflichtig sind die Finanzämter.

### § 8

(1) Die Erhebungen nach §§ 3 bis 7 finden monatlich statt.

(2) Bei lebenswichtigen Gütern oder Dienstleistungen können die Erhebungen in kürzeren Zeitabständen durchgeführt werden, soweit wirtschaftspolitische Gründe es zwingend erfordern.

(3) Bei Gütern oder Dienstleistungen, bei denen Preisveränderungen nur in längeren Zeitabständen aufzutreten pflegen, können die Erhebungen in größeren Zeitabständen durchgeführt werden.

(4) Die Bundesregierung bestimmt durch Rechtsverordnung, welche nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, die Durchführung der Erhebungen nach den Absätzen 2 und 3.

### § 9

(1) Die Statistik wird hinsichtlich der Preise für Leistungen des Post- und Fernmeldewesens, für Verkehrsleistungen der Eisenbahnen und der Preise und Entgelte für Seeverkehrsleistungen sowie hinsichtlich der Entgelte für die Vercharterung von Schiffen vom Statistischen Bundesamt erhoben und aufbereitet, soweit nicht die Bundesregierung gemäß § 9 Abs. 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1314) etwas anderes bestimmt.

(2) Absatz 1 gilt hinsichtlich der Preise für Verkehrsleistungen der Eisenbahn nicht im Land Berlin.

<sup>1)</sup> BGBl. I S. 605.

## § 10

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin. Rechtsverordnungen, die auf Grund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes.

## § 11

Dieses Gesetz gilt im Saarland von dem Zeitpunkt an, zu dem das Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1314) im Saarland in Kraft tritt.

## § 12

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 9. August 1958.

Der Bundespräsident  
Theodor Heuss

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers  
Ludwig Erhard

Der Bundesminister für Wirtschaft  
Ludwig Erhard

## Begründung<sup>1)</sup>

### A. Allgemeiner Teil

#### I. Historische Entwicklung der Preisstatistik und ihrer Rechtsgrundlagen

Mit der Wiederaufnahme der statistischen Arbeiten nach dem Kriege wurde auch die früher durch das Statistische Reichsamt durchgeführte Preisstatistik wiederaufgebaut. Entsprechend dem föderalistischen Aufbau des Nachkriegsdeutschlands und seiner Aufgliederung in Besatzungszonen waren es im Gebiet der Bundesrepublik die Statistischen Landesämter der amerikanischen und die Zonenämter der britischen und französischen Besatzungszonen, in deren Händen zunächst die Preisstatistiken lagen. Mit der Vereinigung der amerikanischen und der britischen Besatzungszonen und der Errichtung eines Statistischen Amtes des Vereinigten Wirtschaftsgebiets mit Gesetz vom 21. Januar 1948 (WiGBI. S. 19) wurde eine Vereinheitlichung auf dem Gebiete der Preisstatistik für diesen regionalen Bereich herbeigeführt. Nach Gründung der Bundesrepublik wurde durch Verordnung vom 31. März 1950 (VO über die Erstreckung von Recht der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebiets auf dem Gebiet der Statistik auf die Länder Baden, Rheinland-Pfalz, Württemberg-Hohenzollern und den bayerischen Kreis Lindau — BGBl. 1950 S. 81) auch die französische Besatzungszone in den Geltungsbereich dieses Gesetzes und in den Wirkungsbereich der Gemeinsamen Anordnung der Verwaltungen des Vereinigten Wirtschaftsgebiets zur Durchführung von Statistiken vom 1. Juni 1949 (Öffentlicher Anzeiger für das VWG Nr. 50 vom 25. Juni 1949) einbezogen. Diese Anordnung hat die Durchführungen der Preisstatistiken rechtlich verankert. Sie galt bis zum Erlaß des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. September 1953 (BGBl. I S. 1314) als rechtliche Grundlage für die amtlichen Preiserhebungen. Von da ab wurden die Preisstatistiken auf Grund des § 16 StatGes in ihrem derzeitigen Umfang als Bundesstatistiken durchgeführt mit der Maßgabe, daß sie spätestens zwei Jahre nach Inkrafttreten des Statistischen Gesetzes durch besonderes Gesetz anzuordnen sind. Die Frist von zwei Jahren wurde durch Gesetz vom 8. August 1955 (BGBl. I S. 507) um weitere zwei Jahre verlängert. Diese Anordnungen machen den Erlaß eines Gesetzes über die Preisstatistik erforderlich.

#### II. Zweck und Bedeutung der Preisstatistik

Eine marktwirtschaftlich ausgerichtete Volkswirtschaft ist in besonderem Maße auf zuverlässige, regelmäßig dargebotene und umfassende Orientierungsmöglichkeiten über Preise und Preisbewegungen, d. h. auf eine Preisstatistik angewiesen, die gewissens, durch das allgemeine Interesse bestimmten Ordnungsprinzipien in fachlicher und regionaler Hinsicht unterliegt. Sie ist als eine nach übergeordneten Gesichtspunkten fortlaufend und systematisch vorgenommene Erhebung unentbehrlich für die Durchführung von Wirtschaftsanalysen sowie die Verfolgung wirtschafts- und sozialpolitischer Zwecke; sie dient einer großen Zahl von amtlichen Stellen, Verbänden, Betrieben, Instituten

und Privatpersonen als Arbeitsunterlage. Unberührt bleiben Maßnahmen der Preisverwaltung, die sich auf Preisbildung und Preisüberwachung beziehen.

#### III. Erhebungsprogramm der Preisstatistik

Entsprechend der Vielfältigkeit der Marktvorgänge ist auch die Preisstatistik in ein vielgestaltiges System von Preiserhebungen gegliedert, da nur die Kenntnis der Preisvorgänge bei den verschiedenen Güterarten und Leistungen und auf den verschiedenen Marktstufen die zur Beurteilung der Preisverhältnisse und Preisbewegungen notwendigen Aufschlüsse vermittelt. Die Gliederung entspricht den Erfordernissen einer Beobachtung des Preisgefüges und der Preisentwicklung innerhalb des volkswirtschaftlichen Güter- und Leistungskreislaufs. Sie unterscheidet die zu erhebenden Preise in Preiserhebungen für Güter, Preiserhebungen für Leistungen und Preiserhebungen für Grundstücke.

Die Güterpreise (§ 2 Nr. 1) werden in verschiedenen Wirtschaftsbereichen und verschiedenen Marktstufen erhoben. Die Wirtschaftsbereiche umfassen:

- Land- und Forstwirtschaft,
- Gütererzeugende Gewerbe (einschließlich Handwerk),
- Ein- und Ausfuhrwesen sowie Binnengroßhandel (einschließlich Gemeinschaftsein- und -verkauf und Verlagswesen),
- Einzelhandel,
- Öffentlicher Dienst.

Die Marktstufen werden unterschieden nach Erzeugerstufe, Ein- und Ausfuhrstufe, Großhandelsstufe und Einzelhandelsstufe.

Die Leistungspreise (§ 2 Nr. 2 bis 4) beziehen sich auf

- a) Werk- und Dienstleistungen der gütererzeugenden Gewerbe und des Baugewerbes einschließlich Reparaturhandwerk, des privaten Dienstleistungsgewerbes und des öffentlichen Dienstes,
- b) Werk- und Dienstleistungen der Verkehrswirtschaft,
- c) die Gebrauchsüberlassung von Räumen und Grundstücken.

Die Grundstückspreise (§ 2 Nr. 5) beziehen sich auf die bei Veräußerung und Erwerb von Grundstücken vertraglich vereinbarten Preise.

Infolge der Mannigfaltigkeit des Güter- und Leistungsaustausches können die Preiserhebungen naturgemäß nur auf repräsentativer Grundlage durchgeführt werden. Die Repräsentation erfolgt durch eine Auswahl von Auskunftspflichtigen (Preisberichtsstellen) unter gleichzeitiger Beschränkung auf ausgewählte Artikel oder Leistungen aus dem Tätigkeitsbereich der Berichtsstellen. Bei der Auswahl der Preisberichtsstellen muß der regionalen Standortverteilung der einzelnen Wirtschaftszweige und der Marktbedeutung der Betriebe Rechnung getragen werden. Im Bereich der güterproduzierenden Gewerbe verlangt die stark arbeitsteilige Organisation der deutschen Wirtschaft eine breite Streuung der Berichtsstellen, was gleichzeitig mit

<sup>1)</sup> Bundestagsdrucksache Nr. 44 vom 30. November 1957 (siehe Vorbemerkung auf S. 156 oben).

sich bringt, daß jede Berichtsstelle nur hinsichtlich der Preise für einige Güter oder Dienstleistungen in Anspruch genommen werden kann. Für die einzelnen Waren oder Leistungen muß jedoch eine gewisse Mindestzahl von Preisangaben vorliegen, um eine richtige Preiserfassung im Durchschnitt des Erhebungsgebietes zu gewährleisten.

Die Organisation der Statistik folgt im allgemeinen dem festgelegten Arbeitsschnitt zwischen Bund und Ländern. Danach sind — mit Ausnahme nach § 9 Abs. 1 — die Länder mit den Erhebungen der Preise befaßt, die vielfach als Einzelpreise an das Statistische Bundesamt weitergegeben werden. Soweit aus Zweckmäßigkeitsgründen in Einzelfällen von der allgemeinen Regelung abgewichen wird (z. B. bei zentral festgelegten Tarifen etc.), geschieht das im Einvernehmen mit den zuständigen Länderbehörden. Die Auswertung der Erhebungsunterlagen für Bundeszwecke in Form der Berechnung von Bundesdurchschnittspreisen und Indexzahlen erfolgt im Statistischen Bundesamt.

Im einzelnen umfaßt das Erhebungsprogramm der in diesem Gesetz im Rahmen angeordneten Preisstatistik nach dem gegenwärtigen Stand folgende Preiserhebungen:

Güter- und Leistungspreise (gemäß § 2 Nr. 1 und 2)

1. Statistik der Erzeugerpreise im Inland zur Erfassung von Erzeugerabsatz- bzw. Großhandelseinkaufspreisen für rd. 90 land- und forstwirtschaftliche Erzeugnisse sowie rd. 1200 Rohstoffe, Halb- und Fertigwaren der gewerblichen Wirtschaft einschließlich Gas und Wasser sowie Elektrizität in rd. 2500 ausgewählten Betrieben, Genossenschaften, Preisnotierungskommissionen, Marktverwaltungen und dgl.
2. Statistik der Ausführpreise von rd. 1000 Waren hauptsächlich industrieller Herkunft in 400 ausgewählten Betrieben.
3. Statistik der Einfuhrpreise von rd. 400 Waren, hauptsächlich von Rohstoffen und Halbwaren, in rd. 300 ausgewählten Betrieben.
4. Statistik der Großhandelspreise zur Feststellung von Großhandelsverkaufspreisen von rd. 500 Waren in rd. 1000 Betrieben.
5. Statistik der Verbraucherpreise sächlicher Betriebsmittel der Landwirtschaft für rd. 100 landwirtschaftliche Betriebsmittel und Leistungen in rd. 7900 Genossenschaften, Einzelhandelsgeschäften, Handwerksbetrieben und -Innungen.
6. Statistik der Preise wichtiger Baustoffe und Bauleistungen einschließlich Baunebenleistungen und Bauarbeiterlöhnen in Bauämtern bzw. 5000 Betrieben.
7. Statistik der Einzelhandelspreise und sonstiger Preise für die Lebenshaltung für rd. 520 Waren und Leistungen in 15 000 ausgewählten Betrieben des Einzelhandels, des Handwerks, der Dienstleistungsgewerbe und der öffentlichen Versorgung.

Preise und Entgelte für Verkehrsleistungen (gemäß § 2 Nr. 3)

8. Statistik der Verkehrspreise zur Erfassung von Personenfahrpreisen und Frachtsätzen im Eisenbahnverkehr, Preisen und Entgelten im gewerbsmäßigen Straßenpersonen- und -güterverkehr, Entgelten der Binnenschifffahrt, Frachtraten für die im Seeverkehr wichtigen Beförderungsgüter und Verkehrswege sowie zur Erfassung von Luftverkehrspreisen. Berichtsstellen sind z. B. die Deutsche Bundesbahn, der Verband der nichtbundeseigenen Eisenbahnen, die Unternehmungen, Verbände und Genossenschaften des gewerbsmäßigen Straßenpersonen- und -güterverkehrs sowie der Binnenschifffahrt, die Reeder, Ausrüster, Schiffsfahrtsagenten und Befrachtungsmakler bzw. deren Verbände, Fluggesellschaften.

Mieten und Pachten (gemäß § 2 Nr. 4)

9. Statistik der Mieten für rd. 5000 Wohnungen.

Die in dieser Aufstellung genannten Zahlen an Gütern, Leistungen und Berichtsstellen entsprechen dem derzeitigen Stande. Um jedoch etwas Spielraum für eventuell erforderlich werdende

Änderungen im Aufbau der Statistiken vorzusehen, ist in den Zahlen der §§ 3, 4 und 6 ein Aufschlag enthalten. Diese Zahlen sind damit als Höchstzahlen anzusehen.

Für die Erhebungen ist in der Regel die schriftliche Befragungsform vorgesehen; für besondere Gebiete, z. B. Einzelhandel mit Bekleidung und Hausrat, empfiehlt sich die Preiserhebung im Wege der persönlichen Befragung.

## B. Besonderer Teil

### Zu § 2

§ 2 umschreibt den allgemeinen Umfang der Preisstatistik, der in den §§ 3 bis 7 materiell noch im einzelnen näher festgelegt und begrenzt wird.

### Zu § 3

§ 3 umreißt die Tatbestände, die im Rahmen der Preiserhebungen für Güter regelmäßig benötigt werden. Dabei wird neben dem eigentlichen Preis auch auf die Erfassung etwa gewährter Rabatte Wert gelegt.

### Zu § 4

§ 4 behandelt die Erhebung von Preisen und Entgelten für Werk- und Dienstleistungen der verschiedensten Art, die von Betrieben des gütererzeugenden Gewerbes einschließlich Reparaturhandwerk, des privaten Dienstleistungsgewerbes und des öffentlichen Dienstes erbracht werden. Insbesondere handelt es sich hier auch um die Erfassung der Leistungen der Bauwirtschaft im Hoch- und Tiefbau; neben den Preisen für Reparaturen, Friseurarbeiten usw. der produzierenden und handwerklichen Gewerbe kommen hier ferner Preise für Kinokarten und dgl. in Betracht.

Für die Leistungen der öffentlichen Versorgung gelten meist öffentliche Tarife. Dies erleichtert die Preisfeststellung wesentlich und läßt die Inanspruchnahme von verhältnismäßig wenigen Berichtsstellen zu.

Die Abweichung in der Bezeichnung der Auskunftspflichtigen gegenüber § 3 Abs. 2 beruht darauf, daß freie Berufe keine gewerblichen Unternehmen sind.

### Zu § 5

§ 5 regelt die Erhebung von Preisen und Entgelten für Verkehrsleistungen der öffentlichen und privaten Verkehrsunternehmungen. Im Eisenbahnverkehr, Güterfernverkehr mit Kraftfahrzeugen und Binnenschiffsverkehr werden ganz oder z. T. Festpreise angewandt; dadurch wird die Preisfeststellung bei diesen Verkehrsträgern wesentlich erleichtert.

### Zu § 6

§ 6 regelt die Durchführung von Erhebungen kleineren Umfanges zur laufenden Beobachtung der Mietenentwicklung. Umfassende Erhebungen, wie sie im Zusammenhang mit der Wohnungszählung von 1950 durchgeführt wurden und für 1956/57 in ähnlicher Weise vorgesehen sind, werden auch künftig Gegenstand besonderer gesetzlicher Regelung bleiben. An dieser Stelle handelt es sich hingegen lediglich um eine laufende Erfassung der Wohnungsmieten, die mit der zunehmenden Lockerung auf Wohnungswirtschaftlichem Gebiet notwendig geworden und im Rahmen der Entwicklung der Lebenshaltungskosten von besonderer Bedeutung ist. Hierbei ist eine Aufteilung der Mieten nach reinen Mieten und nach Gebühren und Zuschlägen vorgesehen, um die Ursache der Veränderung der Gesamtmiete erkennen zu können.

Die mietrechtliche Freigabe der gewerblich genutzten Räume und die daraus zu erwartende Entwicklung läßt es angezeigt erscheinen, auch eine Möglichkeit zu Preiserhebungen auf diesem Gebiet zu schaffen. Ferner sieht das Gesetz die dringend notwendig gewordene Erstreckung der Preisstatistik auf die Mieten und Pachten für Grundstücke vor, deren Miterfassung im Rahmen der in Absatz 2 genannten Höchstzahl auskunftspflichtiger Berichtsstellen möglich ist.

## Zu § 8

Die Periodizität der Erhebungen wird in dieser Vorschrift für alle Preisstatistiken gemeinsam grundsätzlich auf monatliche Befragung festgesetzt. Eine Möglichkeit zur häufigeren Erhebung muß jedoch für die Waren offengehalten werden, die wegen ihrer wirtschaftlichen Bedeutung oder infolge besonderer Empfindlichkeit gegenüber saisonalen oder außenwirtschaftlichen Einflüssen (Kartoffeln, Gemüse, Obst und einige wichtige Einfuhr Güter, wie z. B. NE-Metalle) sehr starken Preisschwankungen unterliegen. Bei den kurzfristigen Preiserhebungen handelt es sich mit Ausnahme von Erhebungen für 30 wichtige Nahrungsmittel und andere Bedarfsartikel, für welche laufend wöchentlich erhoben wird, um vorübergehende, auf kurze Zeitabschnitte (z. B. in der Saison oder während rapider Preisent-

wicklung) beschränkte Feststellungen. Zum Zwecke der Entlastung der Berichtsstellen genügt andererseits bei manchen Gütern, vor allem in Zeiten ruhiger Preisbewegung, oder soweit Unterlagen z. B. über Tarife bei behördlichen Stellen vorliegen, eine Erhebung in längeren Zeitabständen.

## Zu § 9

Eine zentrale Bearbeitung dieser Statistik durch den Bund ist notwendig, weil bei der Post, bei den Eisenbahnen und bei der Seeschifffahrt eine Begrenzung der Verkehrsleistungen auf die einzelnen Bundesländer im allgemeinen nicht möglich ist und sich verkehrswirtschaftliche und verkehrspolitische Maßnahmen zum überwiegenden Teil auf das gesamte Bundesgebiet beziehen.

# Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Preisstatistik

Vom 29. Mai 1959<sup>1)</sup>

Auf Grund des § 8 Abs. 4 des Gesetzes über die Preisstatistik vom 9. August 1958 (Bundesgesetzbl. I S. 605) verordnet die Bundesregierung:

## § 1

- (1) Die Statistik nach § 2 Nr. 1 des Gesetzes wird hinsichtlich der Erzeuger- und Großhandelspreise für Speisekartoffeln, Gemüse und Obst, der Preise für Schlacht-, Nutz- und Zuchtvieh an den Viehmärkten, der Preise für Seefische einschließlich Heringe auf allen Handelsstufen, der Notierungen für Nichteisenmetalle an den Metallmärkten

an allen Tagen, an denen Umsätze stattfinden (Markttagen), durchgeführt.

- (2) Die Statistik nach § 2 Nr. 1 des Gesetzes wird hinsichtlich der Großhandels- und Verbraucherpreise für höchstens 30 Nahrungsmittel wöchentlich durchgeführt.

- (3) Die Statistik nach § 2 Nr. 1 des Gesetzes wird hinsichtlich der Erzeugerpreise für Getreide, der Erzeuger- und Großhandelspreise für Eier, der Verbraucherpreise für Kartoffeln, Gemüse und Obst in den Monaten Mai bis Oktober zweimal monatlich durchgeführt.

## § 2

- (1) Die Statistik nach § 2 Nr. 1 des Gesetzes wird hinsichtlich der Saatgutpreise auf allen Handelsstufen, der Erzeugerpreise für Erzeugnisse des Stahlbaus, der Verbraucherpreise für Pflanzenschutzmittel viermal jährlich durchgeführt.

- (2) Die Statistik nach § 2 Nr. 1 des Gesetzes wird hinsichtlich der Düngemittelpreise im Inlandsverkehr auf allen Handelsstufen, ausgenommen Düngekalk, der Erzeugerpreise für Zuckerrüben und inländischen Tabak einmal jährlich durchgeführt.

- (3) Die Statistik nach § 2 Nr. 2 des Gesetzes wird hinsichtlich der Preise für Bauleistungen vierteljährlich durchgeführt.

- (4) Die Statistik nach § 2 Nr. 4 des Gesetzes wird hinsichtlich der Wohnungsmieten vierteljährlich durchgeführt.

## § 3

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 10 des Gesetzes über die Preisstatistik auch im Land Berlin.

## § 4

Diese Verordnung gilt im Saarland von dem Zeitpunkt an, zu dem das Gesetz über die Preisstatistik im Saarland in Kraft tritt.

## § 5

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Bonn, den 29. Mai 1959.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers  
Ludwig Erhard  
Der Bundesminister für Wirtschaft  
Ludwig Erhard

# Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Preisstatistik

Vom 19. August 1960<sup>2)</sup>

Auf Grund des § 8 Abs. 4 des Gesetzes über die Preisstatistik vom 9. August 1958 (Bundesgesetzbl. I S. 605) verordnet die Bundesregierung:

## Artikel 1

Die Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Preisstatistik vom 29. Mai 1959 (Bundesanzeiger Nr. 104 vom 4. Juni 1959) wird wie folgt geändert:

§ 2 Abs. 4 wird gestrichen.

## Artikel 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 10 des Gesetzes über die Preisstatistik auch im Land Berlin.

<sup>1)</sup> Bundesanzeiger Nr. 104 S. 1. — <sup>2)</sup> Bundesanzeiger Nr. 160 S. 1.

## Artikel 3

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. August 1960 in Kraft.

Bonn, den 19. August 1960.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers  
Ludwig Erhard  
Der Bundesminister für Wirtschaft  
Ludwig Erhard

## Zweite Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Preisstatistik

Vom 30. August 1961<sup>1)</sup>

Auf Grund des § 8 Abs. 4 des Gesetzes über die Preisstatistik vom 9. August 1958 (Bundesgesetzbl. I S. 605) verordnet die Bundesregierung:

### § 1

Die Statistik nach § 2 Nr. 4 des Gesetzes wird hinsichtlich der Wohnungsmieten vierteljährlich durchgeführt.

### § 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 10 des Gesetzes über die Preisstatistik auch im Land Berlin.

### § 3

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Juli 1961 in Kraft.

Bonn, den 30. August 1961.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers

Ludwig Erhard

Der Bundesminister für Wirtschaft

Ludwig Erhard

## Gesetz über die Statistik der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte

Vom 11. Januar 1961<sup>2)</sup>

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

### § 1

Im Geltungsbereich dieses Gesetzes werden bei privaten Haushalten folgende repräsentative Erhebungen über Wirtschaftsrechnungen als Bundesstatistik durchgeführt:

1. monatliche Erhebungen bei Haushalten von Arbeitnehmern, Pensions-, Fürsorge- und Rentenempfängern;
2. Erhebungen, die sich jeweils auf ein Jahr beziehen, bei Haushalten aller Bevölkerungskreise. Die Erhebungen beginnen im Jahre 1962; sie sind in drei- bis fünfjährigen Abständen zu wiederholen; die Bundesregierung bestimmt durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates jeweils den Zeitpunkt der Erhebungen.

### § 2

(1) Die Erhebungen nach § 1 erfassen folgende Tatbestände:

1. die Einnahmen der Haushalte nach Quellen;
2. die Verwendung der Einnahmen für
  - a) den privaten Verbrauch (nach Art, Menge und Betrag),
  - b) Steuern und Abgaben,
  - c) Beiträge zur Sozialversicherung und zu privaten Versicherungen, soweit sie nicht unter Buchstabe e fallen,
  - d) Rückzahlung von Schulden,
  - e) Vermögensbildung,
  - f) sonstige Zwecke.

(2) Außer den in Absatz 1 bezeichneten Tatbeständen erfassen die Erhebungen Angaben über die Zusammensetzung der Haushalte und ihre wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse sowie über die Ausrüstung der Haushalte mit technischen Gebrauchsgütern, soweit diese Angaben für die statistische Zuordnung der Haushalte und für die Darstellung der Ergebnisse erforderlich sind.

### § 3

(1) Die Erhebungen nach § 1 Nr. 1 erstrecken sich auf höchstens 1000 Haushalte in jedem Monat.

(2) Die Erhebungen nach § 1 Nr. 2 erstrecken sich auf höchstens 0,3 vom Hundert aller Haushalte.

### § 4

Die Erteilung der Auskunft durch die Haushalte zu den Erhebungen nach § 1 ist freiwillig.

### § 5

Die Aufbereitung der Erhebungen nach § 1 Nr. 2 obliegt dem Statistischen Bundesamt.

### § 6

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin. Rechtsverordnungen, die auf Grund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes.

### § 7

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 11. Januar 1961.

Der Bundespräsident

Lübke

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers

Ludwig Erhard

Der Bundesminister für Wirtschaft

Ludwig Erhard

## Begründung<sup>3)</sup>

### A. Allgemeiner Teil

#### I. Zweck und Bedeutung der Erhebung von Wirtschaftsrechnungen

Amtliche Erhebungen über »Wirtschaftsrechnungen« privater Haushalte werden in der Bundesrepublik seit 1949 laufend durchgeführt. Sie beschränken sich jedoch auf die soziale Gruppe

der Arbeitnehmer (hauptsächlich Industriearbeiter), auf einen bestimmten Haushaltstyp (nämlich 4 Personen, bestehend aus einem Ehepaar und 2 Kindern, davon eins unter 14 Jahren) und nur einem Verdienner in der Familie. Ferner werden bestimmte Einkommensgrenzen eingehalten, die etwa dem Durchschnittsverdienst der Industriearbeiter folgen. Zusätzlich werden die Wirtschaftsrechnungen in Rentnerhaushalten mit 2 und 3 Personen unterhalb bestimmter Einkommensgrenzen, und einmalig wurden auch die Wirtschaftsrechnungen von Landarbeitern und Bauern statistisch beobachtet.

<sup>1)</sup> Bundesanzeiger Nr. 171 S. 1. — <sup>2)</sup> BGBl. I S. 18. — <sup>3)</sup> Bundestagsdrucksache Nr. 1623 vom 16. Februar 1960 (siehe Vorbemerkung auf S. 156 oben).

Trotz dieser Beschränkung auf die genannten Bevölkerungskreise und trotz der geringen Zahl der Beobachtungen (nur wenige hundert Haushalte werden laufend erfaßt) bieten die bisherigen Ergebnisse wichtige Einblicke in die Verbrauchsstruktur dieser Haushaltstypen. Mit ihrer Hilfe wird das Verbrauchsschema für den Preisindex der Lebenshaltung aufgebaut und laufend kontrolliert. Sie zeigen, für welche Zwecke die Einkommen verwendet worden sind, d. h. welcher Teil der Ausgaben dieser Haushaltstypen auf die Ernährung, die Bekleidung, die Wohnungsmieten und auf andere Bedarfsgruppen entfällt. Die Ergebnisse liefern dem Sozialpolitiker Grundlagen für die Festsetzung und Änderung von Renten und Unterstützungssätzen und erlauben es, die Auswirkungen von Reformen auf diesen Gebieten zu beobachten. Sie dienen ferner als Grundlage für ernährungswissenschaftliche Untersuchungen und ermöglichen in bescheidenem Umfang auch einen Einblick in die Veränderungen der Verbrauchsgewohnheiten bei steigendem Einkommen.

Die sehr schmale Grundlage der bisherigen Erhebungen und die damit notwendigerweise verbundene Beschränkung auf ausgewählte Haushaltstypen (nach Größe, Zusammensetzung und Einkommenshöhe) müssen in Kauf genommen werden, wenn Erhebungen laufend mit einem tragbaren Aufwand an Arbeitskraft und Kosten durchgeführt werden sollen; sie lassen es jedoch nicht zu, die für diese ausgewählten Gruppen gewonnenen Ergebnisse zu verallgemeinern. Schlüsse auf die allgemeine Entwicklung der Lebenshaltung in allen Bevölkerungsschichten; also ein Bild der Nachfrage der Gesamtheit aller privaten Haushalte, können auf dieser Basis nicht gewonnen werden. Hierzu ist es erforderlich, alle Bevölkerungsgruppen in repräsentativer Form in diese Statistik einzubeziehen und von Zeit zu Zeit Stichprobenerhebungen über Einkommen und Verbrauch in privaten Haushalten durchzuführen. Diesem Ziel dient der vorliegende Gesetzentwurf neben der Legalisierung der laufenden monatlichen Wirtschaftsrechnungen.

Es sei daran erinnert, daß die amtliche Statistik bisher und seit jeher stark auf die statistische Durchleuchtung der Produktion im weitesten Sinne und damit der Angebotsseite in einer Marktwirtschaft ausgerichtet ist. In der Marktwirtschaft entscheidet aber sehr weitgehend die Nachfrage und damit der Verbraucher über Ausmaß und Richtung der wirtschaftlichen Expansion. Die Transparenz der Märkte, ohne die eine Wettbewerbswirtschaft kaum funktionieren kann, verlangt also auch eine ausreichende statistische Darstellung des privaten Verbrauchs. Vom gesamten Sozialprodukt sind in den letzten Jahren fast zwei Drittel unmittelbar von den privaten Haushalten aufgenommen worden, ohne daß es bisher möglich ist, diesen Verbrauch auch nur unter einigen wesentlichen Gesichtspunkten ausreichend zu gliedern. Das Material der vorgesehenen Wirtschaftsrechnungen wird eine Gliederung nach Güterarten, also nach der Art der verbrauchten Waren und Dienstleistungen, erlauben, wobei dem Problem der sogenannten langlebigen Gebrauchsgüter, den Herkunftsbereichen der Güter und dem letzten Verwendungszweck der Güter Beachtung geschenkt werden kann. Der wesentliche Fortschritt liegt aber darin, daß der private Verbrauch auch nach Käufergruppen unterschieden werden kann, was bei keinem anderen statistischen Verfahren zur Erfassung des privaten Verbrauchs möglich ist. Die Haushalte können zunächst nach der Familiengröße und nach der Zahl der Verdienner gegliedert werden; das ist deshalb wichtig, weil der Beitrag mehrerer Mitglieder zum Familieneinkommen vielfach eine entscheidende Voraussetzung für einen erhöhten Lebensstandard und für den Absatz langlebiger Gebrauchsgüter ist. Auch die zusätzliche Gliederung nach der Einkommenshöhe ist entscheidend, denn die z. Z. beobachtete Einkommensgruppe stellt selbst unter den Industriearbeitern nur einen sehr kleinen Teil aus der weit gestreuten Masse der Einkommen dar.

Auch eine Gliederung nach sozialen und beruflichen Merkmalen wird möglich sein. Die Ergebnisse werden also Unterlagen über die unterschiedliche Zusammensetzung des Verbrauchs in den einzelnen Gruppen bringen und damit u. a. erlauben, die wahrscheinliche Richtung von Verbrauchsveränderungen bei steigendem Einkommen abzuschätzen, was nicht zuletzt auch für die Produktions- und Absatzplanung der Unternehmen von Bedeu-

tung ist. Diese statistischen Aufschlüsse sind von größter Bedeutung für die Marktbeobachtung und -analyse sowie für die Diagnose der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung und damit für die Wirtschafts-, Sozial-, Steuer- und Familienpolitik. Sie bilden darüber hinaus auch eine wichtige Grundlage für eine Gliederung der Verwendungsseite der Sozialproduktsberechnungen.

Die vorgesehenen Wirtschaftsrechnungen können aber — obwohl die Ausgabenseite im Vordergrund steht — auch wichtige und bisher fehlende Unterlagen über die Einnahmenseite, also insbesondere über die Einkommen der privaten Haushalte, liefern. Die häufigen Änderungen des Steuerrechts, die auf den Einkommensbegriff zurückwirken, und vor allen Dingen die Herausnahme oder pauschale Behandlung immer größerer Bevölkerungsgruppen bei der Einkommensbesteuerung erlaubten es nicht mehr, volkswirtschaftlich gültige Aussagen über die Einkommen auf Grund der Einkommensteuerstatistik zu machen. Eine vollständige Information über die Einkommen aus den verschiedenen Quellen und darüber hinaus über ihren Zusammenfluß zu Familieneinkommen ist daher dringend erforderlich. Die Wirtschaftsrechnungen werden daher auch eine bessere Darstellung der Einkommensströme im Rahmen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen erlauben. Auch die tatsächliche Belastung der Einkommen, z. B. durch Miet- und Preisveränderungen, läßt sich mit Hilfe der Wirtschaftsrechnungen durchleuchten. Die Wirtschaftsrechnungen lassen fernerhin einige Auskünfte über die Höhe der Ersparnisse und die Art der Vermögensbildung (z. B. Ankauf von Volksaktien, Eigenheimen usw.) erhoffen. Die hierfür wichtige Gliederung der Personen und Haushalte nach den wiederholt genannten Merkmalen (berufliche und soziale Stellung, Einkommenshöhe, Familiengröße usw.) kann noch am ehesten im Zusammenhang mit den Wirtschaftsrechnungen erfolgen.

Die allgemeinen Verbrauchs- und Einkommensstichproben können wegen des umfangreichen Arbeitsaufwands und der damit verbundenen Kosten nicht jährlich, sondern nur in Abständen von mehreren Jahren durchgeführt werden. Die Entwicklung der Verbrauchsverhältnisse der privaten Haushalte in den Jahren zwischen den umfassenden Stichproben soll deshalb an Hand laufender monatlicher Wirtschaftsrechnungserhebungen in einer relativ kleinen Zahl von Haushalten aus entsprechend ausgewählten Bevölkerungskreisen beobachtet werden.

## II. Die Rechtsgrundlagen der Statistik der Wirtschaftsrechnungen

Die zur Zeit laufenden Erhebungen über die Wirtschaftsrechnungen gehen in ihrer rechtlichen Grundlage zurück auf die Gemeinsame Anordnung der Verwaltungen des Vereinigten Wirtschaftsgebietes zur Durchführung von Statistiken vom 1. Juni 1949 (Öffentlicher Anzeiger für das VWG Nr. 50 vom 25. Juni 1949 S. 1), welche auch auf die Länder der ehemals französisch besetzten Zone durch Verordnung vom 31. März 1950 erstreckt wurde. Diese Rechtsgrundlage wurde abgelöst durch das Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. September 1953 (BGBl. I S. 1314), wonach gemäß § 16 die Erhebungen über Wirtschaftsrechnungen als Bundesstatistiken durchgeführt werden mit der Maßgabe, daß sie spätestens 2 Jahre nach Inkrafttreten des Statistischen Gesetzes durch besonderes Gesetz anzuordnen sind. Die Frist von 2 Jahren wurde durch die Gesetze vom 8. August 1955 (BGBl. I S. 507) und vom 15. Juli 1957 (BGBl. I S. 721) um weitere 4 Jahre bis einschließlich 24. September 1959 verlängert.

### B. Besonderer Teil

#### Zu § 1

Die in 3- bis 5jährigen Abständen vorgesehenen Jahreserhebungen müssen hinsichtlich des Zeitpunktes der Durchführung sowohl der wirtschaftlichen Entwicklung als auch der Arbeitslage in den Statistischen Ämtern angepaßt werden. Deshalb sieht das Gesetz eine Festlegung nur hinsichtlich des Beginns der Laufzeit der Erhebungen (ab 1961) und eine Rahmenanordnung über deren Periodizität (alle 3 bis 5 Jahre) vor.



Zu § 2

Bei Ermittlung der Einnahmen nach Absatz 1 Nr. 1 wird eine Aufgliederung nach Quellen und eine möglichst große Vollständigkeit angestrebt. So ist z. B. nach dem Einkommen aus Erwerbstätigkeit, Renten, Pensionen oder eigenem Vermögen sowie nach Vermögensauflösungen (Abhebung von Sparkonten, Verkauf von Wertpapieren, Verkauf von Sachvermögen, Verminderung der Barbestände u. ä.) nach Schuldenaufnahme usw. zu fragen.

Unter Absatz 1 Nr. 2 werden die zu erfragenden Tatbestände der Ausgabenseite festgelegt. Erfasst werden soll hier die Verwendung aller Einkommen und sonstigen Einnahmen (einschließlich Sacheinkünfte). Bei der Nachweisung der Aufwendung für den privaten Verbrauch sollen soweit wie möglich Art und Menge der Güter und Leistungen festgehalten werden. Daneben werden auch z. B. die von den Haushalten gezahlten Steuern, die Beiträge zur Sozialversicherung und zu privaten Versicherungen sowie die Vermögensbildung (Spareinlagen bei Banken, Käufe von Wertpapieren, Käufe von Grundstücken und Gebäuden, Erhöhung der Bargeldbestände, Gewährung von Darlehen usw.) berücksichtigt.

Unter Absatz 2 sind Tatbestände zusammengefaßt, die den Haushalt insgesamt betreffen, z. B. die Zahl der Haushaltsmitglieder und ihre Stellung im Haushalt, Alter und Geschlecht, die Zahl der Verdienner, ihr Beruf und ihre soziale Stellung, die Wohnverhältnisse der Haushalte und die Ausrüstung der Haushalte mit technischen Gebrauchsgütern, ferner die Beteiligung der Haushaltsmitglieder und Haushaltsfremden am Haushaltsverbrauch. Diese Angaben werden für den Nachweis der Ergebnisse in der Gliederung der Haushalte nach wirtschaftlichen und sozialen Gruppen benötigt.

Zu § 3

In die Erhebungen nach § 1 Nr. 1 werden bis zu 1000 Haushalte einbezogen, um statistisch einigermaßen gesicherte Ergebnisse über die Entwicklung des Verbrauchs zwischen den umfassenden Jahresherhebungen an Hand der in § 1 Nr. 1 genannten Bevölkerungsgruppen zu gewinnen.

Bei den Erhebungen nach § 1 Nr. 2 soll durch Anwendung des Stichprobenverfahrens eine repräsentative Auswahl der Haushalte sichergestellt werden. Bei der Festlegung der Höchstzahl von 0,3 v. H. aller Haushalte im Bundesgebiet wurde einerseits auf die statistische Zuverlässigkeit der Ergebnisse, andererseits auf die praktische Durchführbarkeit der Erhebungen und auf die Kosten Rücksicht genommen. Die Erhebungen müssen sich wegen der saisonalen Einkommens- und Verbrauchsschwankungen bei allen Haushalten grundsätzlich jeweils auf ein volles Jahr erstrecken. Gleichzeitig ist ein volles Jahr der mindeste Zeitraum für eine repräsentative Erfassung der seltener gekauften Gebrauchsgüter.

Zu § 4

Die Statistik der Wirtschaftsrechnungen stellt an die erfaßten Haushalte wegen Art und Umfang der erbetenen Angaben er-

hebliche Anforderungen. Es erscheint deshalb zweckmäßig, nur solche Haushalte zur Erhebung heranzuziehen, die freiwillig zur Mitarbeit bereit sind. Es ist zu erwarten, daß Haushalte in ausreichender Zahl zur freiwilligen Mitarbeit gewonnen werden können. Deshalb wird bei diesen Erhebungen auf eine Auskunftspflicht der Befragten (§ 10 StatGes) verzichtet.

Zu § 5

Bei den Erhebungen zu § 1 Nr. 2 ist eine zentrale Aufbereitung der von den Statistischen Landesämtern erhobenen und vorbereiteten Unterlagen durch das Statistische Bundesamt angebracht, weil wegen der sehr komplizierten und vielseitigen Einkommens- und Verbrauchsvorgänge in den Haushalten nicht von vornherein generelle Richtlinien aufgestellt werden können, wie sie für eine dezentrale Bearbeitung benötigt werden.

C. Kostenberechnung

a) Für die monatlichen Erhebungen (§ 1 Nr. 1) sind die jährlichen Kosten wie folgt veranschlagt worden:

	Bund DM	Länder DM	Insgesamt DM
Personalkosten .....	169 000	636 000	805 000
Sachkosten .....	61 000	234 000	295 000
Insgesamt .....	230 000	870 000	1 100 000

Hiervon sind in den Haushalten von Bund und Ländern für den gegenwärtigen Stand der Erhebungen bereits 199 000 DM beim Bund und 645 000 DM bei den Ländern veranschlagt. Die Erhöhung um 256 000 DM ergibt sich durch die Notwendigkeit, die Zahl der zu befragenden Haushalte auf bis zu 1000 zu erhöhen. Der zusätzliche Bedarf konnte durch Rationalisierungsmaßnahmen beim Aufbereitungsverfahren und Auswertungsprogramm in bescheidenen Grenzen gehalten werden.

b) Für die ab 1961 in mehrjährigen Abständen durchzuführenden Erhebungen (§ 1 Nr. 2) ist nach überschläglichen Schätzungen des Statistischen Bundesamtes je Erhebung mit insgesamt rd. 8 Mio DM zu rechnen. Dieser Betrag verteilt sich je nach Dichte der Erhebungsfolge auf 2 oder 3 Haushaltsjahre. Er setzt sich wie folgt zusammen:

	Bund DM	Länder DM	Insgesamt DM
Personalkosten .....	3 177 000	1 326 000	4 503 000
Sachkosten .....	833 000	2 650 000	3 483 000
Insgesamt .....	4 010 000	3 976 000	7 986 000

Bei diesen Beträgen handelt es sich um zusätzliche Kosten. Von den Sachkosten in den Ländern entfallen rd. 2,2 Mio DM auf Interviewerkosten.

Gesetz über die Lohnstatistik

Vom 18. Mai 1956<sup>1)</sup>

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

ERSTER ABSCHNITT

Allgemeine Bestimmungen

§ 1

(1) Im Geltungsbereich dieses Gesetzes wird eine Lohnstatistik als Bundesstatistik durchgeführt. Sie umfaßt

- 1. eine laufende Statistik über die Arbeitsverdienste und Arbeitszeiten in der Landwirtschaft,

- 2. eine laufende Statistik über die Arbeitsverdienste und Arbeitszeiten in anderen Wirtschaftsbereichen,
- 3. Sondererhebungen über Arbeitsverdienste und Arbeitszeiten.

(2) Die Statistik nach Absatz 1 Nr. 1 wird nicht in den Ländern Freie und Hansestadt Hamburg und Freie Hansestadt Bremen sowie im Land Berlin durchgeführt.

§ 2

Auskunftspflichtig für die Statistiken nach § 1 sind die Arbeitgeber.

<sup>1)</sup> BGBl. I S. 429.

## ZWEITER ABSCHNITT

### Laufende Statistiken über Arbeitsverdienste und Arbeitszeiten in der Landwirtschaft

#### § 3

(1) Die Statistik nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 erstreckt sich auf

1. in die Hausgemeinschaft aufgenommene, ständig beschäftigte männliche und weibliche landwirtschaftliche Arbeiter im Monatslohn,
2. nicht in die Hausgemeinschaft aufgenommene männliche landwirtschaftliche Arbeiter im Stundenlohn.

(2) Für die Statistik ist eine repräsentative Auswahl von landwirtschaftlichen Betrieben heranzuziehen; dabei ist die Repräsentation so zu bemessen, daß im Durchschnitt bis zu 10 vom Hundert der im Absatz 1 bezeichneten Arbeiter erfaßt werden.

(3) Die Statistik ist bis zum Jahre 1958 einschließlich in halbjährlichen, vom Jahre 1959 an in jährlichen Abständen durchzuführen, sofern nicht die Bundesregierung durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates bestimmt, daß die Statistik auch nach 1958 weiter in halbjährlichen Abständen aufgestellt wird.

#### § 4

(1) Durch die Statistik nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 sind die Barverdienste, für die landwirtschaftlichen Arbeiter im Stundenlohn außerdem die Arbeitsstunden zu erfassen, gegliedert nach Größenklassen der Betriebe sowie nach der Tätigkeit und dem Geschlecht der Arbeiter.

(2) Die Angaben nach Absatz 1 sind auf Fragebogen für jeweils einen Monat oder vier zusammenhängende Wochen zu machen.

## DRITTER ABSCHNITT

### Laufende Statistiken der Arbeitsverdienste und Arbeitszeiten in anderen Wirtschaftsbereichen

#### § 5

(1) Die Statistik nach § 1 Abs. 1 Nr. 2 erstreckt sich auf

1. die Arbeiter in den folgenden Wirtschaftsabteilungen nach dem Systematischen Verzeichnis der Arbeitsstätten:  
Bergbau, Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden, Energiewirtschaft,  
Eisen- und Metallerzeugung und -verarbeitung,  
Verarbeitende Gewerbe (ohne Eisen- und Metallverarbeitung),  
Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe;

2. die Angestellten in den unter Nummer 1 genannten Wirtschaftsbereichen sowie in der Wirtschaftsabteilung »Handel, Geld- und Versicherungswesen«.

(2) Für die Statistik ist eine repräsentative Auswahl von Betrieben heranzuziehen.

(3) Die Statistik ist in vierteljährlichen Abständen, für die erfaßten Handwerkszweige mit Ausnahme der handwerklichen Betriebe des Hoch-, Tief- und Ingenieurbaues in halbjährlichen Abständen durchzuführen.

#### § 6

(1) Durch die Statistik nach § 1 Abs. 1 Nr. 2 sind zu erfassen

1. gegliedert nach dem Geschlecht und der Tätigkeit
  - a) die Zahl der Arbeiter und der Angestellten,
  - b) die Zahl der Arbeitsstunden der Arbeiter unter besonderer Angabe der zuschlagpflichtigen Über-, Sonn- und Feiertagsstunden,
  - c) die Arbeitsverdienste der Arbeiter und der Angestellten;
2. die Art des Betriebes, die tarifliche Ortsklasse und die Zahl der Arbeitstage.

(2) In Abständen von drei Jahren, beginnend mit dem Jahre 1956, sind für einen Erhebungsmonat die in Absatz 1 Nr. 1 genannten Tatbestände untergliedert nach dem Alter zu erfassen.

(3) Die Angaben nach den Absätzen 1 und 2 sind auf Fragebogen für jeweils einen Monat oder vier zusammenhängende Wochen zu machen, und zwar für Betriebe mit zehn und mehr Arbeitern und Angestellten nicht über die einzelnen Arbeitnehmer, sondern über die Arbeitnehmergruppen (Lohnsummenverfahren).

## VIERTER ABSCHNITT

### Sondererhebungen über Arbeitsverdienste und Arbeitszeiten

#### § 7

In Abständen von drei bis fünf Jahren sind durch die Sondererhebungen nach § 1 Abs. 1 Nr. 3 die Arbeitszeiten und Arbeitsverdienste der einzelnen Arbeiter und Angestellten zu erfassen (Individualverfahren). Dabei ist insbesondere ihre Gliederung nach der Art der Tätigkeit sowie nach Alter und Geschlecht der Arbeitnehmer zu berücksichtigen. Für die Arbeiter sind ferner Arbeitszeit und Arbeitsverdienste getrennt nach Zeit- und Leistungslohn zu ermitteln. Diese Sondererhebungen erstrecken sich nicht auf den öffentlichen Dienst.

#### § 8

(1) Die Bundesregierung bestimmt durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates, in welchen Wirtschaftsabteilungen nach dem Systematischen Verzeichnis der Arbeitsstätten die Sondererhebungen nach § 1 Abs. 1 Nr. 3 jeweils durchgeführt werden.

(2) Die Rechtsverordnung kann die Sondererhebungen auch auf die sozialen Nebenleistungen der Betriebe erstrecken. Soziale Nebenleistungen, die einem einzelnen Arbeitnehmer nicht zugerechnet werden können, sind im ganzen zu erfassen.

## FÜNFTER ABSCHNITT

### Schlußbestimmungen

#### § 9

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin. Rechtsverordnungen, die auf Grund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes.

#### § 10

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft. Zum gleichen Zeitpunkt treten außer Kraft

das Gesetz über Lohnstatistik vom 22. August 1949 (WiGBI. S. 265),

lfd. Nr. 39 des Anhangs der Gemeinsamen Anordnung der Verwaltungen des Vereinigten Wirtschaftsgebietes zur Durchführung von Statistiken vom 1. Juni 1949 (Öffentlicher Anzeiger für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet Nr. 50 vom 25. Juni 1949),

die Verordnung zur Durchführung einer Statistik der Gehalts- und Lohnverhältnisse vom 22. Dezember 1951 (Bundesanzeiger Nr. 249 vom 28. Dezember 1951),

das Gesetz über Lohnstatistik vom 10. Januar 1952 (Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin S. 76).

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt. Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 18. Mai 1956.

Für den Bundespräsidenten

Der Präsident des Bundesrates  
von Hassel

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers  
Blücher

Der Bundesminister für Arbeit  
Anton Storch

## Begründung<sup>1)</sup>

### A. Im Allgemeinen

Die Lohnstatistiken wurden bisher auf Grund verschiedener Rechtsvorschriften durchgeführt. Die laufenden vierteljährlichen Lohnsummenerhebungen in der Industrie und im Baugewerbe beruhen auf der »Gemeinsamen Anordnung der Verwaltungen des Vereinigten Wirtschaftsgebietes zur Durchführung von Statistiken« vom 1. Juni 1949 (Öffentlicher Anzeiger Jahrgang 2 Nr. 50 S. 1), die auf Grund des »Gesetzes über die Errichtung eines Statistischen Amtes des Vereinigten Wirtschaftsgebietes« vom 21. Januar 1948 (WiGBI. S. 19) erlassen wurde. Die Sondererhebungen zur Lohnstatistik sind dagegen durch Verordnungen nach § 2 des »Gesetzes über Lohnstatistik« vom 22. August 1949 (WiGBI. S. 265) angeordnet worden. Die erwähnten Gesetze und die Gemeinsame Anordnung, die ursprünglich nur für das ehemalige Vereinigte Wirtschaftsgebiet galten, waren durch die Erstreckungsverordnung vom 31. März 1950 (Bundesgesetzbl. S. 81) auf das ganze Bundesgebiet ausgedehnt worden. Später hat aber das »Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke« vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1314) sowohl das »Gesetz über die Errichtung eines Statistischen Amtes des Vereinigten Wirtschaftsgebietes« als auch die genannte Erstreckungsverordnung aufgehoben. Damit hat die laufende Lohnsummenstatistik zum Teil ihre ursprüngliche Rechtsgrundlage verloren, und der Geltungsbereich des Gesetzes über Lohnstatistik ist wieder auf das ehemalige Vereinigte Wirtschaftsgebiet beschränkt worden. Die derzeitige Lohnstatistik beruht als Bundesstatistik nur noch auf der Übergangsvorschrift in § 16 des »Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke«, die besagt, daß laufende Statistiken des Bundes und der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, für die eine spezielle gesetzliche Grundlage nicht gegeben ist, zunächst noch als Bundesstatistiken durchgeführt werden dürfen. Damit ist eine gesetzliche Neuregelung der Lohnstatistik unumgänglich geworden, zumal es auch zweifelhaft sein kann, ob die in dem »Gesetz über Lohnstatistik« von 1949 enthaltenen Ermächtigungen mit Art. 80 GG vereinbar sind.

Für eine baldige Neuregelung spricht der Umstand, daß die Bundesrepublik Deutschland mit der Ratifizierung des »Übereinkommens der Internationalen Arbeitsorganisation vom 20. Juni 1938 über Statistiken der Löhne und der Arbeitszeit in den hauptsächlichsten Zweigen des Bergbaus und des verarbeitenden Gewerbes einschließlich des Baugewerbes sowie in der Landwirtschaft (Nr. 63)« Verpflichtungen übernommen hat, die eine gewisse Erweiterung der bisherigen Lohnstatistik notwendig machen (vgl. die Begründung zum Ratifikationsgesetz, Bundestags-Drucksache 126 vom 4. Dezember 1953 sowie Bundesrats-Drucksache Nr. 479/53 vom 6. und 7. November 1953).

Das vorliegende Gesetz ist ein Spezialgesetz zum »Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke«. Gegenstände, die dort allgemein für alle Statistiken geregelt sind, wie z. B. die Auskunftspflicht der Befragten, die Sicherung statistischer Angaben gegen mißbräuchliche Benutzung, organisatorische Fragen, die Kostenregelung, brauchen hier nicht nochmals behandelt zu werden.

Über die finanzielle Auswirkung des Gesetzes kann folgendes gesagt werden: Die Kosten für die laufende Lohnsummenstatistik in der Industrie und im Baugewerbe haben sich bisher beim Statistischen Bundesamt auf 52 000 DM, bei den Statistischen Landesämtern auf 306 000 DM jährlich belaufen. Diese Beträge werden sich durch die Einbeziehung einiger Handwerkszweige um 5000 DM bzw. 43 000 DM erhöhen. Die neu einzuführende laufende Lohnstatistik in der Landwirtschaft wird bis zum Jahre 1958 einschließlich beim Statistischen Bundesamt etwa 4000 DM, bei den Statistischen Landesämtern etwa 37 000 DM jährlich erfordern, vom Jahre 1959 ab etwa die Hälfte dieser Beträge. Für die erste Einrichtung der neuen Statistiken sind einmalig etwa 50 000 DM erforderlich. Die jährlichen Kosten der Sondererhebungen werden voraussichtlich die in den Jahren 1950 bis 1954 für solche Erhebungen im Durchschnitt aufgewendeten Jahresbeträge nicht übersteigen.

### B. Im einzelnen

#### Zu § 1

§ 1 bringt eine Übersicht der als Bundesstatistiken zu führenden Lohnstatistiken. Es handelt sich dabei um

1. eine laufende Statistik über die Barverdienste und die Arbeitszeit der ständigen Arbeiter in der Landwirtschaft,
2. eine laufende Statistik über die Verdienste und die Arbeitszeit in anderen Wirtschaftsbereichen,
3. die in größeren Zeitabständen durchzuführenden sogenannten Lohn- und Gehaltsstrukturserhebungen.

Die im Gesetz geregelte Lohnstatistik hat die Aufgabe, Stand und Bewegung der effektiven Arbeitsverdienste und der tatsächlichen Arbeitszeit möglichst weitgehend zu erfassen. Eine genaue Beobachtung dieser Vorgänge ist vor allem für die Sozialpolitik einschließlich der Arbeitsmarktpolitik, die Wirtschafts- und Konjunkturpolitik sowie die Finanzpolitik wesentlich. An den Ergebnissen der Lohnstatistik sind neben den für die genannten Sachgebiete zuständigen behördlichen und sonstigen Stellen besonders die Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer interessiert. Im einzelnen gilt folgendes:

#### Zu Nr. 1

In der Landwirtschaft sind bisher nur in größeren Zeitabständen Lohnerhebungen veranstaltet worden. Es hat sich aber gezeigt, daß ohne eine laufende Statistik ein genügend aktuelles und wirklichkeitsgetreues Bild über die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse in der Landwirtschaft nicht zu gewinnen ist, das für zahlreiche sozial-, wirtschafts- und finanzpolitische Maßnahmen unerlässlich ist. Im übrigen wird eine laufende Lohnstatistik in der Landwirtschaft auch durch das Übereinkommen Nr. 63 gefordert.

#### Zu Nr. 2

Diese Statistik (die sogenannte Industrielohnsummenstatistik) bezweckt eine ständige, schnelle Unterrichtung über die Entwicklung der tatsächlichen Arbeitszeit und der effektiven Verdienste in den wichtigsten Bereichen der gewerblichen Wirtschaft. Sie wird für die Arbeiter der Industrie (einschließlich des Bergbaus) und des Baugewerbes seit 1946 wieder durchgeführt. Das Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation Nr. 63 macht es erforderlich, in Zukunft auch die bedeutendsten Zweige des verarbeitenden Handwerks einzubeziehen.

#### Zu Nr. 3

Die Statistiken nach Nr. 1 und 2 vermögen — allein schon um der Aktualität willen — nur ein verhältnismäßig grobes Bild der Verdienstentwicklung zu geben. Sie beschränken sich auf einen Ausschnitt der Gesamtwirtschaft und können wegen des Lohnsummenverfahrens auch nur Durchschnittsangaben für ziemlich große Gruppen von Arbeitnehmern erbringen. Die laufenden Statistiken bedürfen daher einer Ergänzung durch Strukturuntersuchungen. Diese gehen von den einzelnen Arbeitern und Angestellten, nicht von Arbeitnehmergruppen aus, wodurch die notwendigen differenzierten Feststellungen ermöglicht werden. Auf diese Weise kann man insbesondere die Schichtung der Verdienste nach ihrer Höhe ermitteln, deren Kenntnis zur Beurteilung der sozialen Verhältnisse unerlässlich ist. Ferner ist der Einfluß bestimmter Faktoren auf die Höhe der Verdienste, wie Größe des Betriebes und der Gemeinde, Art der Entlohnung, Familienstand und Kinderzahl, feststellbar. Wesentlich ist weiter, daß bei diesen Erhebungen auch die gesetzlichen Abzüge und damit die Nettoverdienste untersucht werden können. Eine besondere Bedeutung gewinnen die Sondererhebungen noch dadurch, daß sie sich nicht nur auf die Arbeiter, sondern darüber hinaus auf die Angestellten erstrecken und je nach den Erfordernissen auch Wirtschaftszweige einbeziehen, die den laufenden Statistiken nicht unterliegen.

Sondererhebungen dieser Art wurden in der Nachkriegszeit regelmäßig durchgeführt, und zwar im Mai 1949 über die An-

<sup>1)</sup> Bundestagsdrucksache Nr. 1994 vom 30. Dezember 1955 (siehe Vorbemerkung auf S. 156 oben).

gestellten in der Industrie, im Handel sowie im Bank- und Versicherungswesen, 1949/50 über die Arbeiter in der Land- und Forstwirtschaft, im September 1950 über die Arbeiter, Angestellten und Beamten im öffentlichen Dienst, im November 1951 über die Arbeiter und Angestellten in nahezu allen Bereichen der gewerblichen Wirtschaft, 1952/53 erneut in der Forstwirtschaft und 1953/54 in der Landwirtschaft.

Der Verzicht auf eine laufende Lohnstatistik für die Landwirtschaft in Hamburg, Bremen und Berlin (§ 1 Abs. 2) erklärt sich aus der geringen Bedeutung der Landwirtschaft in diesen Ländern.

#### Zu § 2

Diese Vorschrift stellt klar, daß nicht die Arbeitnehmer, sondern die Arbeitgeber befragt werden.

#### Zu § 3

Die laufende Lohnstatistik in der Landwirtschaft soll nur auf die wichtigsten Kategorien der landwirtschaftlichen Arbeiter erstreckt werden. Die Einbeziehung der Aushilfskräfte, deren Zahl und Bedeutung in der Landwirtschaft sehr erheblich ist, erscheint wegen der hohen Kosten nicht möglich. Es spricht aber manches dafür, daß auf längere Sicht die Entwicklung bei den ständigen Arbeitern für die Gesamtheit der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte im großen und ganzen charakteristisch ist.

Um Kosten sowohl für die Auskunftspflichtigen als auch für die Statistischen Ämter zu sparen und um eine beschleunigte Durchführung der Erhebungen zu ermöglichen, wird das auf dem Gebiet der Lohnstatistik schon allgemein angewandte Repräsentativverfahren auch für die laufenden Statistiken in der Landwirtschaft zwingend vorgeschrieben.

Für die bis einschließlich 1958 zweimal jährlich durchzuführende Befragung sind die Monate März und September vorgesehen. Vom Jahre 1959 an soll die Erhebung nur noch einmal jährlich erfolgen, da anzunehmen ist, daß das ausreicht, um die Verdienstentwicklung in der Landwirtschaft zu erkennen. Sollte das nicht der Fall sein, so ist die Bundesregierung ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates zu bestimmen, daß der halbjährliche Turnus beibehalten wird.

#### Zu § 4

Hiernach sind nur die Barverdienste zu ermitteln. Naturalverdienste spielen zwar in der Landwirtschaft immer noch eine große Rolle, ihre statistische Erfassung ist aber methodisch außerordentlich schwierig und auch sehr kostspielig; sie ist daher allein bei den Lohnstrukturerhebungen vorgesehen, wodurch wenigstens in größeren Zeitabständen die Entwicklung der Naturalverdienste beobachtet werden kann. Eine weitere Beschränkung der Statistik liegt darin, daß sie die Arbeitszeit nur für die landwirtschaftlichen Arbeiter im Stundenlohn erhebt. Die Erfassung der Arbeitsstunden wäre an sich auch bei den landwirtschaftlichen Arbeitern im Monatslohn wichtig; frühere Versuche dazu haben aber zu keinen brauchbaren Ergebnissen geführt.

Die Aufteilung der Ergebnisse nach Betriebsgrößenklassen ist notwendig, da in der Landwirtschaft die Höhe der Verdienste in ziemlich starkem Maße nach der Größe der Betriebe schwankt.

#### Zu § 5

Die im Absatz 1 genannten Wirtschaftsbereiche werden, soweit es sich um industrielle Betriebe und die handwerklichen Betriebe des Hoch-, Tief- und Ingenieurbaues handelt, in der laufenden Lohnsummenstatistik seit jeher erfaßt. Aus dem verarbeitenden Handwerk sollen in Zukunft folgende Handwerkszweige neu ein-

bezogen werden: Kraftfahrzeugreparatur, Schlosserei, Bau- und Möbeltischlerei, Herren- und Damenschneiderei, Bäckerei und Konditorei, Fleischerei, Zimmerei und Holztreppebau, Klempnerei, Gas- und Wasserinstallation, Elektroinstallation, Malerei und Anstreicherei. Das bisher bei den Lohnsummenerhebungen allgemein angewandte Repräsentativverfahren wird aus den zu § 3 genannten Gründen weiterhin vorgeschrieben.

Die Arbeitgeber der Industrie und des Baugewerbes sind auch bisher vierteljährlich befragt worden, was sich als ausreichend, aber auch als notwendig erwiesen hat. Daß demgegenüber die neu einzubeziehenden Handwerkszweige nur halbjährlich erfaßt werden sollen, geschieht hauptsächlich zur Kosten- und Arbeitsersparnis, zumal es sich hierbei um eine ziemlich große Zahl von Betrieben handelt.

#### Zu § 6

Die Erhebungsmerkmale des Absatzes 1 entsprechen dem derzeitigen Programm der Lohnsummenstatistik. Dabei werden die Arbeiter bisher unterschieden in männliche Facharbeiter, männliche angelernte Arbeiter, männliche Hilfsarbeiter, weibliche Fach- und angelernte Arbeiter, weibliche Hilfsarbeiter. Die Formulierung »Tätigkeit der Arbeiter« läßt es zu, eine andere Aufteilung, zum Beispiel nach Berufen, einzuführen, wenn das — auch mit Rücksicht auf die internationale Vergleichbarkeit der Lohnstatistik — notwendig werden sollte. Die nach Absatz 2 in Abständen von drei Jahren vorzunehmende Gliederung der Arbeiter nach Altersgruppen ist nach Artikel 10 des Übereinkommens Nr. 63 der Internationalen Arbeitsorganisation erforderlich.

#### Zu § 7

Wegen des Programms und des Verfahrens der Sondererhebungen wird auf die Begründung zu § 1 Abs. 1 Nr. 3 hingewiesen. Der öffentliche Dienst ist aus diesen Erhebungen deswegen ausgeschlossen, weil für die Erfassung der Verdienste in diesem Bereich mit dem Finanzstatistischen Gesetz eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden soll. Der Entwurf des Gesetzes über die Finanzstatistik sieht u. a. vor, daß in Verbindung mit den Personalstrukturerhebungen auch Erhebungen über die Löhne und Gehälter der im öffentlichen Dienst Beschäftigten durchgeführt werden.

#### Zu § 8

Bei der Auswahl der bei den Sondererhebungen zu erfassenden Wirtschaftsabteilungen sollen sowohl die bei den Statistischen Ämtern gegebenen Möglichkeiten als auch die jeweiligen aktuellen sozialpolitischen Erfordernisse berücksichtigt werden. Die Notwendigkeit, von Zeit zu Zeit auch die sozialen Nebenleistungen der Betriebe zu erfassen, ergibt sich daraus, daß diese Aufwendungen in den letzten Jahren einen bedeutenden Umfang angenommen haben, ohne daß über ihr Ausmaß umfassende Angaben vorliegen. Diese Frage spielt auch in der internationalen Diskussion der Wettbewerbsverhältnisse eine große Rolle.

#### Zu § 9

Die Erstreckung des vorliegenden Gesetzes auf Berlin ist erforderlich, weil durch das »Achte Gesetz über die Anwendung von Bundesgesetzen über internationale Abkommen der Bundesrepublik« vom 1. Juli 1954 (Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin S. 378) das Übereinkommen Nr. 63 auch für das Land Berlin bindend geworden ist.

# Erste Verordnung über die Durchführung einer Sondererhebung zur Lohnstatistik

(Vom 7. Februar 1957<sup>1)</sup>)

Auf Grund der §§ 1 Abs. 1 Nr. 3 und 8 des Gesetzes über die Lohnstatistik vom 18. Mai 1956 (BGBl. I S. 429) verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

## § 1

Im Geltungsbereich des Gesetzes über die Lohnstatistik ist nach dem Stande vom Oktober 1957 eine Sondererhebung über Arbeitsverdienste und Arbeitszeiten gemäß § 7 des Gesetzes über die Lohnstatistik in folgenden Wirtschaftsbereichen nach dem Systematischen Verzeichnis der Arbeitsstätten, Ausgabe 1950, durchzuführen:

- 1 Bergbau, Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden, Energiewirtschaft,
- 2 Eisen- und Metallerzeugung und -verarbeitung,
- 3/4 Verarbeitende Gewerbe (ohne Eisen- und Metallverarbeitung),
- 5 Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe,
- 6 Handel, Geld- und Versicherungswesen,
- 941 Rechtsberatung,
- 945 Wirtschaftsberatung,
- 9921 Ärzte und Heilkundige (ohne Zahn- und Tierärzte),
- 9924 Zahnärzte,
- 9935 Tierärzte und andere freie Berufe des Veterinärwesens.

## § 2

In den Wirtschaftsabteilungen 1, 2, 3/4, 5 und 6 nach dem Systematischen Verzeichnis der Arbeitsstätten, Ausgabe 1950, ist die Sondererhebung auch auf die sozialen Nebenleistungen der Betriebe im Wirtschaftsjahr 1957 zu erstrecken. Dabei sind die Aufwendungen auf Grund des Kindergeldgesetzes, für die betriebliche Fürsorge und Verpflegung, für die berufliche Förderung, für die Bildung und Freizeit sowie im Rahmen der Wohnungshilfe nicht für die einzelnen Arbeitnehmer, sondern für jedes Unternehmen im ganzen zu erfassen.

## § 3

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (BGBl. I S. 1) in Verbindung mit § 9 des Gesetzes über die Lohnstatistik auch im Land Berlin.

## § 4

Diese Verordnung tritt am 1. Oktober 1956 in Kraft.

Bonn, den 7. Februar 1957.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers  
Blücher

Der Bundesminister für Arbeit  
Anton Storch

# Zweite Verordnung über die Durchführung einer Sondererhebung zur Lohnstatistik

(Vom 8. August 1961<sup>2)</sup>)

Auf Grund des § 1 Abs. 1 Nr. 3 und des § 8 des Gesetzes über die Lohnstatistik vom 18. Mai 1956 (Bundesgesetzbl. I S. 429) verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

## § 1

### Erfaßte Wirtschaftsbereiche

(1) Im Geltungsbereich des Gesetzes über die Lohnstatistik wird eine Sondererhebung über Arbeitsverdienste und Arbeitszeiten gemäß § 7 des Gesetzes über die Lohnstatistik in folgenden Wirtschaftsbereichen nach der Systematik der Wirtschaftszweige (herausgegeben vom Statistischen Bundesamt im Jahre 1961) durchgeführt:

1. in der Gruppe 000 »Allgemeine Landwirtschaft«;
2. in der Untergruppe 0010 »Gartenbau«;
3. in der Gruppe 005 »Forstwirtschaft«;
4. in den Abteilungen 1 »Energie- und Wasserwirtschaft, Bergbau«, 2 »Verarbeitende Gewerbe (ohne Baugewerbe)«, 3 »Baugewerbe«;
5. in der Unterabteilung 40/41 »Großhandel«;
6. in den Unterabteilungen 42 »Handelsvermittlung« und 43 »Einzelhandel«;
7. in den Untergruppen 5017 »Güterbeförderung mit Kraftfahrzeugen (ohne Möbeltransport)«, 5018 »Möbeltransport mit Kraftfahrzeugen«;
8. in den Gruppen 502 »Binnenschifffahrt, -wasserstraßen und -häfen« und 503 »See- und Küstenschifffahrt, Seehäfen«;
9. in der Abteilung 6 »Banken und Versicherungsgewerbe«;
10. in den Gruppen 700 »Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe«, 701 »Wäscherei und Reinigung«;

11. in den Untergruppen 7100 »Freiberufliches Gesundheitswesen« und 7110 »Freiberufliches Veterinärwesen« sowie in der Gruppe 712 »Rechtsberatung, Wirtschaftsberatung und -prüfung«.

(2) Die Erhebungen nach Absatz 1 Nrn. 1 und 3 finden in den Ländern Hamburg, Bremen und Berlin nicht statt.

## § 2

### Berichtszeiten

Berichtszeiten sind

1. für die Erhebung nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 das Jahr 1962,
2. für die Erhebung nach § 1 Abs. 1 Nr. 2 der Monat Mai 1962,
3. für die Erhebung nach § 1 Abs. 1 Nr. 3 das Forstwirtschaftsjahr 1962 (1. Oktober 1961 bis 30. September 1962),
4. für die Erhebungen nach § 1 Abs. 1 Nrn. 4 bis 11 der Monat Oktober 1962.

## § 3

### Berlinklausel

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 9 des Gesetzes über die Lohnstatistik auch im Land Berlin.

## § 4

### Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Bonn, den 8. August 1961.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers  
Ludwig Erhard

Der Bundesminister für Arbeit  
und Sozialordnung  
Blank

<sup>1)</sup> Bundesanzeiger Nr. 30 S. 1. — <sup>2)</sup> Bundesanzeiger Nr. 153 S. 1.

## Verordnung Nr. 10 zur Durchführung einer Lohnerhebung<sup>1)</sup>

Der Rat der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Bestimmungen des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und insbesondere auf Artikel 213,

in der Erwägung, daß die Kommission zur Erfüllung der ihr nach dem Vertrag, insbesondere nach den Artikeln 2, 3, 117, 118, 120, 122 und nach Abschnitt II des Protokolls über bestimmte Vorschriften betreffend Frankreich obliegenden Aufgaben über die Lohnverhältnisse in den sechs Ländern der Gemeinschaft, und zwar sowohl über die Arbeitskosten als auch über die Arbeitnehmerinkommen, unterrichtet sein muß,

in der Erwägung, daß die in den sechs Ländern verfügbaren Statistiken keine brauchbare Vergleichsbasis darstellen und daß infolgedessen eine Erhebung an Hand einheitlicher Begriffsbestimmungen und nach einer einheitlichen Methode durchgeführt werden muß,

in der Erwägung, daß die Kommission dringend über die Ergebnisse dieser Erhebung verfügen muß, um einzelne der eingangs erwähnten Aufgaben innerhalb der im Vertrag und insbesondere im Protokoll über bestimmte Vorschriften betreffend Frankreich gesetzten Fristen erfüllen zu können,

hat folgende Verordnung erlassen:

### Artikel 1

Die Arbeitgeber und Arbeitnehmer der im Anhang zu dieser Verordnung aufgeführten Industriezweige sind verpflichtet, auf der Grundlage des Zahlenmaterials der Buchhaltung für das volle Jahr 1959 alle für die Ermittlung der Arbeitskosten (Arbeiter und Angestellte) und des Einkommens der Arbeiter erforderlichen Auskünfte zu erteilen; das Nähere regeln die nachstehenden Bestimmungen.

Die Erhebung erstreckt sich auf alle Unternehmen, die im Jahresdurchschnitt 1959 in Belgien, in der Bundesrepublik Deutschland, in Frankreich, in Italien und in den Niederlanden mindestens fünfzig Arbeitnehmer und in Luxemburg mindestens zwanzig Arbeitnehmer beschäftigt haben.

### Artikel 2

Es sind zu erfassen:

1. die Lohnkosten und die Lohnnebenkosten, insbesondere die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialen Sicherheit, die sonstigen sozialen Leistungen einschließlich der freiwillig gewährten Sozialleistungen sowie die Aufwendungen im Zusammenhang mit der Einstellung und Berufsausbildung von Arbeitnehmern;
2. die Pflichtbeiträge der Arbeitnehmer zur Sozialen Sicherheit einschließlich der von den Arbeitgebern freiwillig übernommenen Beitragsanteile der Arbeitnehmer;

3. die Zahl der in den Unternehmen im Jahresdurchschnitt beschäftigten Arbeitnehmer;
4. die geleistete Arbeitszeit der Arbeitnehmer und die dafür gewährte Bezahlung.

### Artikel 3

Die Auskünfte werden durch Fragebogen eingeholt, die von der Kommission unter Mitwirkung der statistischen Ämter der Mitgliedstaaten aufgestellt werden.

Die Kommission bestimmt unter Mitwirkung der statistischen Ämter der Mitgliedstaaten die technischen Einzelheiten der Erhebung. Sie setzt ferner in der gleichen Weise den Zeitpunkt für Beginn und Abschluß der Erhebung sowie die Frist für die Beantwortung der Fragebogen fest.

Die Auskunftspflichtigen haben die Fragen wahrheitsgemäß, vollständig und fristgerecht zu beantworten.

### Artikel 4

Die Kommission ersucht die statistischen Ämter der Mitgliedstaaten, die Auskünfte einzuholen und aufzubereiten. Die nach Industriezweigen geordneten Gesamtergebnisse der Erhebung werden der Kommission, unter Ausschluß aller Einzelauskünfte, übermittelt.

### Artikel 5

Die im Rahmen der Erhebung erteilten Einzelauskünfte dürfen nur für statistische Zwecke verwendet werden. Ihre Verwendung für steuerliche Zwecke und ihre Weitergabe an Dritte ist untersagt.

### Artikel 6

Soweit diese Verordnung nichts anderes bestimmt, gelten für die Durchführung der Erhebung die Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten für innerstaatliche statistische Erhebungen.

### Artikel 7

Die den Mitgliedstaaten durch die Erhebung entstehenden Kosten gehen zu Lasten der in den Haushaltsplänen der europäischen Gemeinschaften für diesen Zweck bereitgestellten Mittel.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Geschehen zu Brüssel am 25. August 1960.

Im Namen des Rats

Der Präsident

J. M. A. H. Luns

### Anlage

- |   |  |
|---|--|
| <ol style="list-style-type: none"><li>1. Zuckerindustrie (Zuckerfabriken und Raffinerien)</li><li>2. Brauereien und Mälzereien</li><li>3. Wollspinnereien</li><li>4. Baumwollspinnereien</li><li>5. Herstellung synthetischer Fasern (ausgenommen in Belgien)</li><li>6. Herstellung von Halbstoffen, Papier und Pappe (ausgenommen Verarbeitung von Papier und Pappe)</li><li>7. Chemische Industrie (ausgenommen Kautschuk) (ausgenommen in Luxemburg)</li><li>8. Kautschukindustrie (einschließlich Schläuche und Schuhe aus Gummi, Reifen und Runderneuerung von Reifen) (ausgenommen in Luxemburg)</li></ol> | <ol style="list-style-type: none"><li>9. Zementwerke (ausgenommen Betriebe zur Herstellung von reinem Kalk, Zementagglomeraten und Asbestzement) (ausgenommen in Luxemburg und in den Niederlanden)</li><li>10. Herstellung von Töpfer-, Porzellan- und Steingutwaren</li><li>11. Herstellung von Werkzeugmaschinen (ausgenommen in Luxemburg und in den Niederlanden)</li><li>12. Elektrotechnische Industrie* (ausgenommen in Luxemburg)</li><li>13. Schiffbau und Schiffreparatur</li><li>14. Herstellung von Kraftfahrzeugen zur Personen- und Güterbeförderung (ausgenommen Montagewerke) (ausgenommen in Belgien, in Luxemburg und in den Niederlanden).</li></ol> |
|---|--|

<sup>1)</sup> Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. 56 S. 1199/60 und BGBl. II 1960 S. 2292.

# Verordnung Nr. 14 zur Durchführung einer Lohnerhebung<sup>1)</sup>

Der Rat der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft —

## Artikel 3

gestützt auf die Bestimmungen des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und insbesondere auf Artikel 213,

in der Erwägung, daß die Kommission zur Erfüllung der ihr nach dem Vertrag, insbesondere nach den Artikeln 2, 3, 117, 118, 120, 122 und nach Abschnitt II des Protokolls über bestimmte Vorschriften betreffend Frankreich, obliegenden Aufgaben über die Lohnverhältnisse in den sechs Ländern der Gemeinschaft, und zwar sowohl über die Arbeitskosten als auch über die Arbeitnehmerinkommen, unterrichtet sein muß,

in der Erwägung, daß die in den sechs Ländern verfügbaren Statistiken keine brauchbare Vergleichsbasis darstellen und daß infolgedessen eine Erhebung an Hand einheitlicher Begriffsbestimmungen und nach einer einheitlichen Methode durchgeführt werden muß,

in der Erwägung, daß in Durchführung der am 25. August 1960 erlassenen und am 31. August 1960 im Amtsblatt der europäischen Gemeinschaften veröffentlichten Verordnung Nr. 10 des Rats der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft eine erste Erhebung über die Lohnverhältnisse durchgeführt wurde, die sich auf die in 14 Industriezweigen ermittelten statistischen Daten für das Jahr 1959 erstreckte,

in der Erwägung, daß die Kommission Auskünfte über einige nicht von der ersten Erhebung erfaßten Industriezweige erhalten muß, die sich auf das Zahlenmaterial für das Jahr 1960 erstrecken, um den Bereich der statistischen Auskünfte zu erweitern und so eine vollständigere und genauere Übersicht über die Arbeitskosten und Arbeitnehmerinkommen innerhalb der Gemeinschaft zu erhalten —

hat folgende Verordnung erlassen:

## Artikel 1

Die Arbeitgeber und Arbeitnehmer der im Anhang zu dieser Verordnung aufgeführten Industriezweige sind verpflichtet, auf der Grundlage des Zahlenmaterials der Buchhaltung für das volle Jahr 1960 alle für die Ermittlung der Arbeitskosten (Arbeiter und Angestellte) und des Einkommens der Arbeiter erforderlichen Auskünfte zu erteilen; das Nähere regeln die nachstehenden Bestimmungen.

Die Erhebung erstreckt sich auf alle Unternehmen oder Niederlassungen, die im Jahresdurchschnitt 1960 in Belgien, in der Bundesrepublik Deutschland, in Frankreich, in Italien und in den Niederlanden mindestens fünfzig Arbeitnehmer und in Luxemburg mindestens zwanzig Arbeitnehmer beschäftigt haben.

## Artikel 2

Es sind zu erfassen:

1. die Lohnkosten und die Lohnnebenkosten, insbesondere die Arbeitgeberbeiträge zur sozialen Sicherheit, die sonstigen sozialen Leistungen einschließlich der freiwillig gewährten Sozialleistungen sowie die Aufwendungen im Zusammenhang mit der Berufsausbildung von Arbeitnehmern;
2. die Pflichtbeiträge der Arbeitnehmer zur sozialen Sicherheit einschließlich der von den Arbeitgebern freiwillig übernommenen Beitragsanteile der Arbeitnehmer;
3. die Zahl der in den Unternehmen oder Niederlassungen im Jahresdurchschnitt beschäftigten Arbeitnehmer;
4. die geleistete Arbeitszeit der Arbeitnehmer und die dafür gewährte Bezahlung.

Die Auskünfte werden durch Fragebogen eingeholt, die von der Kommission unter Mitwirkung der statistischen Ämter der Mitgliedstaaten aufgestellt werden.

Die Kommission bestimmt unter Mitwirkung der statistischen Ämter der Mitgliedstaaten die technischen Einzelheiten der Erhebung. Sie setzt ferner in der gleichen Weise den Zeitpunkt für Beginn und Abschluß der Erhebung sowie die Frist für die Beantwortung der Fragebogen fest.

Die Auskunftspflichtigen haben die Fragen wahrheitsgemäß, vollständig und fristgerecht zu beantworten.

## Artikel 4

Die Kommission ersucht die statistischen Ämter der Mitgliedstaaten, die Auskünfte einzuholen und aufzubereiten. Die nach Industriezweigen geordneten Gesamtergebnisse der Erhebung werden der Kommission, unter Ausschluß aller Einzelauskünfte, übermittelt.

## Artikel 5

Die im Rahmen der Erhebung erteilten Einzelauskünfte dürfen nur für statistische Zwecke verwendet werden. Ihre Verwendung für steuerliche Zwecke und ihre Weitergabe an Dritte ist untersagt.

## Artikel 6

Soweit diese Verordnung nichts anderes bestimmt, gelten für die Durchführung der Erhebung die Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten für innerstaatliche Erhebungen.

## Artikel 7

Die in den Mitgliedstaaten durch die Erhebung entstehenden Kosten gehen zu Lasten der in den Haushaltsplänen der europäischen Gemeinschaften für diesen Zweck bereitgestellten Mittel.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Geschehen zu Brüssel am 24. Juli 1961.

Im Namen des Rats

Der Präsident

L. Erhard

## Anlage

zur Verordnung Nr. 14 zur Durchführung einer Lohnerhebung Industriezweige

1. Schokoladen-, Konfekt- und Keksindustrie
2. Obst- und Gemüsekonservenindustrie
3. Nahrungsmittelindustrie
4. Herstellung von Lederschuh
5. Sperrholzindustrie
6. Holzmöbelindustrie
7. Herstellung von Hohl- und Flachglas (außer in den Niederlanden)
8. Feinmechanik und Optik

<sup>1)</sup> Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. 55 S. 1054/61 und BGBl. II 1961 S. 1605.

## Verordnung Nr. 28 zur Durchführung einer Lohnerhebung<sup>1)</sup>

Der Rat der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft —

gestützt auf den Vertrag und insbesondere auf Artikel 213 und in Erwägung folgender Gründe:

Die Kommission muß zur Erfüllung der ihr nach dem Vertrag, insbesondere nach den Artikeln 2, 3, 117, 118, 120 und 122 obliegenden Aufgaben über die Lohnverhältnisse in den sechs Ländern der Gemeinschaft, und zwar sowohl über die Arbeitskosten als auch über die Arbeitnehmer Einkommen, unterrichtet sein.

Die in den sechs Ländern verfügbaren statistischen Werte stellen keine brauchbare Vergleichsbasis dar; infolgedessen müssen Erhebungen an Hand einheitlicher Begriffsbestimmungen und nach einer einheitlichen Methode durchgeführt werden.

Der Bereich der bei den beiden ersten Erhebungen über die Lohnverhältnisse gewonnenen statistischen Werte — erstere wurden in Anwendung der Verordnungen Nr. 10 und 14 des Rats der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft an Hand statistischer Werte für die Jahre 1959 und 1960 durchgeführt — muß erweitert werden —

hat folgende Verordnung erlassen:

### Artikel 1

Die Arbeitgeber und Arbeitnehmer der im Anhang zu dieser Verordnung aufgeführten Industriezweige sind verpflichtet, auf der Grundlage des Zahlenmaterials der Buchhaltung für das volle Jahr 1961 alle für die Ermittlung der Arbeitskosten (Arbeiter und Angestellte) und des Einkommens der Arbeiter erforderlichen Auskünfte zu erteilen; das Nähere regeln die nachstehenden Bestimmungen.

Die Erhebung erstreckt sich auf alle Unternehmen oder Niederlassungen, die im Jahresdurchschnitt 1961 in Belgien, in der Bundesrepublik Deutschland, in Frankreich, in Italien und in den Niederlanden mindestens fünfzig Arbeitnehmer und in Luxemburg mindestens zwanzig Arbeitnehmer beschäftigt haben.

### Artikel 2

Es sind zu erfassen:

1. die Lohnkosten und die Lohnnebenkosten, insbesondere die Arbeitgeberbeiträge zur sozialen Sicherheit, die sonstigen sozialen Leistungen einschließlich der freiwillig gewährten Sozialleistungen sowie die Aufwendungen im Zusammenhang mit der Berufsausbildung von Arbeitnehmern;

2. die Pflichtbeiträge der Arbeitnehmer zur sozialen Sicherheit einschließlich der von den Arbeitgebern freiwillig übernommenen Beitragsanteile der Arbeitnehmer;

3. die Zahl der in den Unternehmen oder Niederlassungen im Jahresdurchschnitt beschäftigten Arbeitnehmer;

4. die geleistete Arbeitszeit der Arbeitnehmer und die dafür gewährte Bezahlung.

### Artikel 3

Die Auskünfte werden durch Fragebogen eingeholt, die von der Kommission unter Mitwirkung der statistischen Ämter der Mitgliedstaaten aufgestellt werden.

Die Kommission bestimmt unter Mitwirkung der statistischen Ämter der Mitgliedstaaten die technischen Einzelheiten der Erhebung. Sie setzt ferner in der gleichen Weise den Zeitpunkt für Beginn und Abschluß der Erhebung sowie die Frist für die Beantwortung der Fragebogen fest.

Die Auskunftspflichtigen haben die Fragen wahrheitsgemäß, vollständig und fristgerecht zu beantworten.

### Artikel 4

Die Kommission ersucht die statistischen Ämter der Mitgliedstaaten, die Auskünfte einzuholen und aufzubereiten. Die nach

Industriezweigen geordneten Gesamtergebnisse der Erhebung werden der Kommission, unter Ausschluß aller Einzelauskünfte, übermittelt.

### Artikel 5

Die im Rahmen der Erhebung erteilten Einzelauskünfte dürfen nur für statistische Zwecke verwendet werden. Ihre Verwendung für steuerliche Zwecke und ihre Weitergabe an Dritte ist untersagt.

Für die Verfolgung von Zuwiderhandlungen gegen Absatz 1, insbesondere die Verletzung von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen, gelten die Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten für innerstaatliche Erhebungen.

### Artikel 6

Soweit diese Verordnung nicht anderes bestimmt, gelten für die Durchführung der Erhebung die Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten für innerstaatliche Erhebungen.

### Artikel 7

Die in den Mitgliedstaaten durch die Erhebung entstehenden Kosten gehen zu Lasten der in den Haushaltsplänen der europäischen Gemeinschaften für diesen Zweck bereitgestellten Mittel.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Geschehen zu Brüssel am 14. Mai 1962.

Im Namen des Rats  
Der Präsident  
M. Couve de Murville

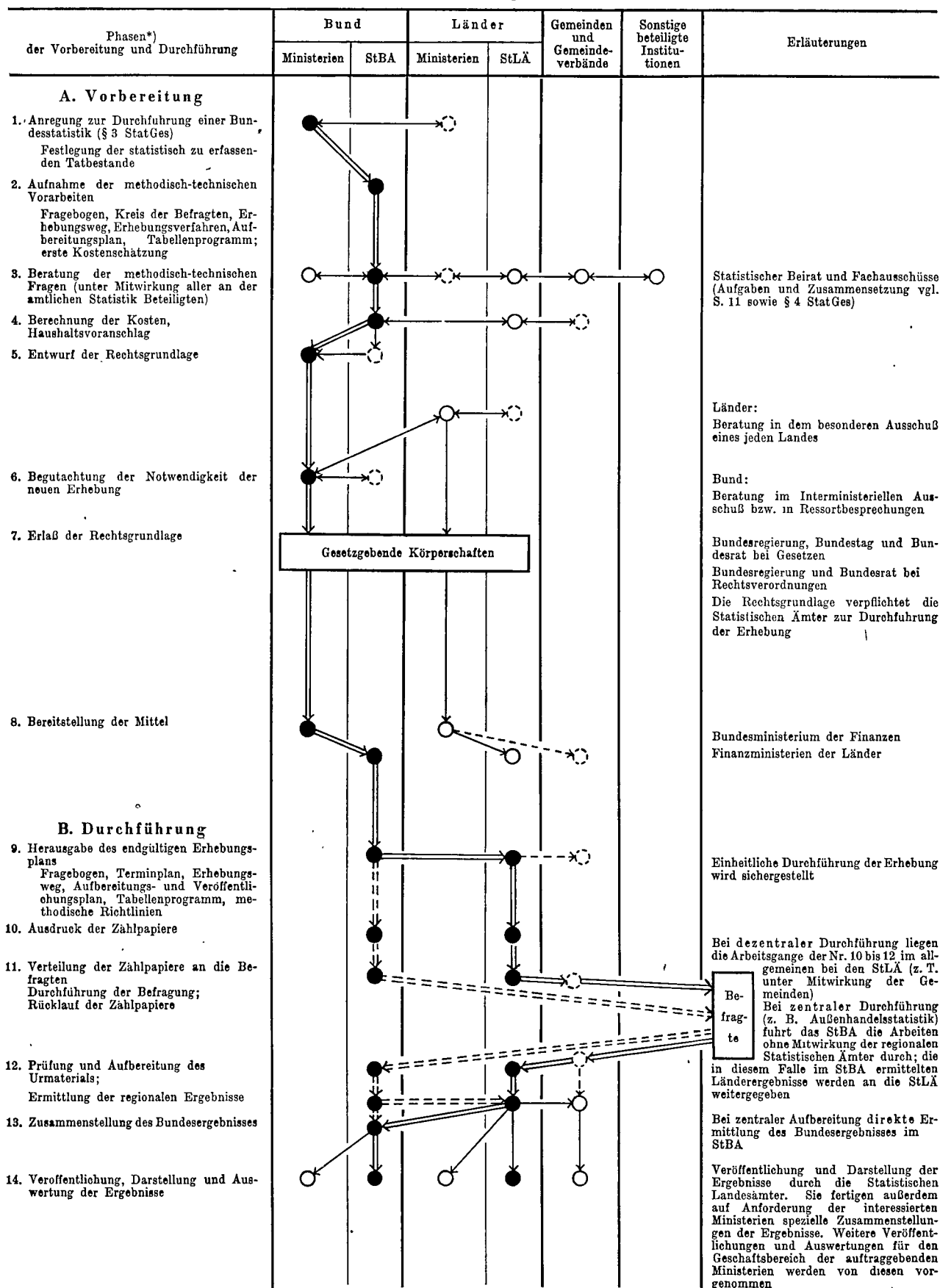
### Anhang

Industriezweige	Nummern des Systematischen Verzeichnisses der Industrien in den europäischen Gemeinschaften (NICE)
1. Fleischverarbeitung und Herstellung von Fleischkonserven .....	Teil von 201
2. Fischverarbeitung und Herstellung von Fischkonserven .....	Teil von 204
3. Wirkerei und Strickerei .....	237
4. Bekleidungsindustrie (Männer, Frauen, Knaben, Mädchen) ....	Teil von 243
5. Papierverarbeitung; Herstellung von Artikeln aus Holzschliff und Zellstoff, Papier und Pappe .....	272
6. Druckereigewerbe .....	Teil von 280
7. Herstellung, Zurichtung und Veredelung von Leder .....	291
8. Kunststoffverarbeitung .....	302
9. Herstellung von Ziegeleierzeugnissen ....	331
10. NE-Metallerzeugung und -bearbeitung ...	344
11. Herstellung von Metallerzeugnissen .....	Teil von 35
12. Herstellung von Landmaschinen und Acker-schleppern .....	361
13. Flugzeugbau und -reparaturen .....	386

<sup>1)</sup> Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. 41 S. 1277/62.



# Schematische Darstellung der Vorbereitung und Durchführung von Bundesstatistiken



\*) Anmerkung: Die vereinfachte schematische Darstellung bedingt, daß die teilweise Verzahnung einzelner Phasen vor allem bei der Vorbereitung nicht berücksichtigt werden konnte. — Die jeweils hauptbeteiligten und federführenden Stellen sind in der Darstellung durch einen ausgefüllten Kreis (●) herausgehoben.

**Übersicht über die wichtigsten  
in der amtlichen Statistik der Bundesrepublik Deutschland verwendeten Systematiken**

(ohne internationale Systematiken)

Bezeichnung	Ausgabe/ Fassung	Zahl der Positionen in der . . . . . Gliederungsstufe					Anwendungsgebiete	Bemerkungen
		1.	2.	3.	4.	5.		
Unternehmens- und Arbeitsstätten-systematiken								
Systematik der Wirtschaftszweige (Grundsystematik) <sup>1)</sup> <sup>2)</sup>	1961	10 Abteilungen	29 Unterabteilungen	206 Gruppen	669 Untergruppen	1397 Klassen	Kostenstrukturstatistik <sup>3)</sup> <sup>4)</sup> Statistik der Kapitalgesellschaften <sup>5)</sup> Bilanzstatistik der Aktiengesellschaften <sup>6)</sup> Handwerkszählung 1963 Industriezensus 1963 Totalerhebung im Bauhauptgewerbe <sup>7)</sup> <sup>8)</sup> Handels- und Gaststättenzählung 1960 <sup>9)</sup> Großhandelsstatistik <sup>10)</sup> Einzelhandelsstatistik <sup>11)</sup> Verkehrszensus <sup>12)</sup> Verdienststatistik in Industrie und Handel <sup>13)</sup> Verdienstenerhebung im Handwerk <sup>14)</sup> Verdienstenerhebung in der Landwirtschaft <sup>15)</sup> Gehalts- und Lohnstruktur- erhebung in der gewerblichen Wirtschaft und im Dienstleistungsbereich 1962 <sup>16)</sup>	<sup>1)</sup> Grundsystematik für den Nachweis von Institutionen nach der Art ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit, soweit nicht das »Systematische Verzeichnis zum monatlichen Industriebericht« verwendet wird. Drei spezielle Fassungen der Grundsystematik sind anschließend aufgeführt. Löst das »Systematische Verzeichnis der Arbeitsstätten« ab. <sup>2)</sup> Hierzu auch »Alphabetisches Verzeichnis der Betriebs- u. ä. Benennungen zur Systematik der Wirtschaftszweige« als gesonderte Veröffentlichung. <sup>3)</sup> Nur die betreffenden Teile der Systematik. <sup>4)</sup> Vom dritten Erhebungsjahr ab. <sup>5)</sup> Ab Berichtsjahr 1962. <sup>6)</sup> Ab Berichtsjahr 1961. <sup>7)</sup> Ab Berichtsjahr 1962 bzw. 1963 vorgesehen.
Systematik der Wirtschaftszweige für die Arbeitsstättenzählung 1961 <sup>1)</sup>	1961	10 Abteilungen	25 Unterabteilungen	165 Gruppen	436 Untergruppen	594 Klassen	Arbeitsstättenzählung 1961  ■	<sup>1)</sup> Das »Alphabetische Verzeichnis der Betriebs- u. ä. Benennungen zur Systematik der Wirtschaftszweige« wird auch hier verwendet.
Systematik der Wirtschaftszweige für die Berufszählung 1961 <sup>1)</sup>	1961	10 Abteilungen	38 Unterabteilungen	118 Gruppen			Berufszählung 1961 Mikrozensus <sup>2)</sup>	<sup>1)</sup> Nach 4 Wirtschaftsbereichen.
Systematik der Wirtschaftszweige für die Umsatzsteuerstatistik <sup>10)</sup>	1962	10 Abteilungen	25 Unterabteilungen	166 Gruppen	434 Untergruppen	634 Klassen	Umsatzsteuerstatistik Einkommensteuerstatistik <sup>11)</sup> Körperschaftsteuerstatistik <sup>11)</sup> Statistik der Hauptfeststellung der Einheitswerte des gewerblichen Betriebsvermögens <sup>11)</sup>	<sup>10)</sup> Soll für die ab 1962 aufzubereitenden Steuerstatistiken anstelle des »Systematischen Verzeichnisses der Unternehmen (für die Steuerstatistiken)« verwendet werden. <sup>11)</sup> Mit verschiedener Gliederungstiefe.
Systematisches Verzeichnis der Unternehmen (für die Steuerstatistiken) <sup>11)</sup> <sup>12)</sup> <sup>13)</sup> <sup>14)</sup>	1956	5 Hauptbereiche	10 Abteilungen	77 Gruppen	295 Zweige	489 Klassen	Umsatzsteuerstatistik Einkommensteuerstatistik <sup>11)</sup> Körperschaftsteuerstatistik <sup>11)</sup> Statistik der Hauptfeststellung der Einheitswerte des gewerblichen Betriebsvermögens <sup>11)</sup> Statistik der Wertpapiermärkte <sup>14)</sup>	<sup>12)</sup> Gegliedert in Abweichung von dem »Systematischen Verzeichnis der Arbeitsstätten«, aus dem es entwickelt ist, nach sogenannten Hauptbereichen, die verschiedenartige Zusammenfassungen und Ausgliederungen dieser Systematik darstellen. Wichtig insbesondere die Ausgliederung des Handwerks. <sup>13)</sup> Vgl. auch das »Systematische Verzeichnis der Arbeitsstätten«. <sup>14)</sup> Beim »Produzierenden Gewerbe« ist im Nachweis der Gliederungsstufen das Handwerk nicht berücksichtigt worden. <sup>15)</sup> Soll für die ab 1962 aufzubereitenden Steuerstatistiken durch die »Systematik der Wirtschaftszweige für die Umsatzsteuerstatistik« abgelöst werden. <sup>16)</sup> Mit erheblichen Modifikationen.
Systematisches Verzeichnis zum monatlichen Industriebericht	1962	32 Industriegruppen	141 Industriezweige				Monatlicher Industriebericht Industriebericht für Kleinbetriebe Zusatzerhebung zum Industriebericht	

Bezeichnung	Ausgabe/Fassung	Zahl der Positionen in der . . . . . Gliederungsstufe					Anwendungsgebiete	Bemerkungen
		1.	2.	3.	4.	5.		
Verzeichnis der Handwerkszweige	1958	7 Gruppen	140 Zweige				Handwerkszählung 1956, 1963	
Systematisches Verzeichnis der Arbeitsstätten <sup>17) 18)</sup>	1950	10 Abteilungen	77 Gruppen	382 Zweige	681 Klassen		Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstättenzählung 1950 Erhebung über die Kostenstruktur der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten <sup>1)</sup> Kostenstrukturstatistik <sup>1)</sup> Statistik der Kapitalgesellschaften Bilanzstatistik der Aktiengesellschaften Totalerhebung im Bauhauptgewerbe <sup>2)</sup> Großhandelsstatistik <sup>3)</sup> Einzelhandelsstatistik <sup>4)</sup> Zusatzerhebung bei den gewerblichen Straßenverkehrsbetrieben <sup>5)</sup> Statistik der Kosten und Leistungen im Güterverkehr (Unternehmenserhebung) <sup>6)</sup> Verdienststatistik in Industrie und Handel <sup>7)</sup> Verdienststerhebung im Handwerk <sup>8)</sup> Verdienststerhebung in der Landwirtschaft <sup>9)</sup> Gehalts- und Lohnstruktur-erhebung in der gewerblichen Wirtschaft 1951, 1957 <sup>10)</sup> Statistik der Streiks und Aussperrungen	<sup>17)</sup> Hierzu auch „Alphabetisches Verzeichnis der Betriebsbenennungen“ als gesonderte Veröffentlichung. <sup>18)</sup> Soll in den laufenden Erhebungen im allgemeinen ab Berichtsjahr 1962 durch die „Systematik der Wirtschaftszweige“ abgelöst werden (vgl. lfd. Nr. 4 bis 7 der Bemerkungen). <sup>19)</sup> Im ersten und zweiten Erhebungsjahr. <sup>20)</sup> Bis Berichtsjahr 1960 einschließlich.
Warensystematiken								
Systematisches Warenverzeichnis für die Industriestatistik <sup>21)</sup>	1962 <sup>22)</sup>	32 Warengruppen	170 Warenzweige	784 Warenklassen	5489 Warenarten		Vierteljährliche Produktionserhebung Berlin- und Interzonenhandelsstatistik	<sup>21)</sup> Hierzu auch „Alphabetisches Warenverzeichnis für die Industriestatistik“ als gesonderte Veröffentlichung. <sup>22)</sup> Zahl der Positionen in den Gliederungsstufen gemäß Fassung 1962 der Ausgabe 1958.
Nomenklatur zum Produktions-Eilbericht	1961	26 Warengruppen	551 EB-Nummern				Produktions-Eilbericht	
Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik <sup>23)</sup>	1962	21 Abschnitte	99 Kapitel	1115 Tarifnummern	6561 Warenarten		Außenhandelsstatistik	<sup>23)</sup> Enthält ein alphabetisches Stichwortverzeichnis.
Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik <sup>24) 25)</sup>	1962	10 Abteilungen	43 Hauptgruppen	169 Gruppen			Statistik der Güterbewegung auf den Eisenbahnen Binnenschiffahrtstatistik Seeschiffahrtstatistik Statistik des gewerblichen Güterfernverkehrs mit Kraftfahrzeugen Statistik des Werkfernverkehrs mit Kraftfahrzeugen Statistik des grenzüberschreitenden Güterverkehrs mit Kraftfahrzeugen Luftfahrtstatistik	<sup>24)</sup> Wird ab Berichtsjahr 1962 anstelle des bisherigen „Güterverzeichnisses für die Verkehrsstatistiken“ verwendet. <sup>25)</sup> Hierzu auch „Alphabetisches Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik“ als gesonderte Veröffentlichung.
Erzeugnisgliederung für die Land-, Forst-, Jagdwirtschaft und Fischerei	1959	6 Gruppen	11 Untergruppen	66 Klassen	927 Erzeugnisse		Textilstatistik <sup>26)</sup> Berlin- und Interzonenhandelsstatistik	
Personensystematiken								
Klassifizierung der Berufe <sup>27)</sup>	1961	8 Berufsabteilungen	41 Berufsgruppen	150 Berufsordnungen	437 Berufsklassen		Berufszählung 1961 Arbeitsstatistik der Arbeitsverwaltung	<sup>27)</sup> Enthält ein „Alphabetisches Verzeichnis der Berufsbenennungen“.
Internationales und Deutsches Verzeichnis der Krankheiten (Band I: Systematik der Krankheiten, Verletzungen und Todesursachen) <sup>28)</sup>	1958	10 Obergruppen	96 Hauptgruppen	380 Untergruppen			Todesursachenstatistik	<sup>28)</sup> Alphabetisches Register im Band II des Verzeichnisses.
Verzeichnis der Religionsbenennungen	1961	11 Einsteller	42 Zweisteller				Volks- und Berufszählung 1961	
Regionalsystematiken								
Amtliches Gemeindeverzeichnis <sup>29)</sup>	1957	11 Länder	33 Regierungs- und Verwaltungsbezirke	139 kreisfreie Städte	425 Landkreise	24 547 Gemeinden		<sup>29)</sup> Enthält ein „Alphabetisches Gemeindeverzeichnis“.
Länderverzeichnis für die Außenhandelsstatistik	1962	6 Erdteile	149 Länder				Außenhandelsstatistik	

## Auszüge aus wichtigen Systematiken

### Systematik der Wirtschaftszweige (Ausgabe 1961) Abteilungen, Unterabteilungen, Gruppen

Unter- abteilung	Gruppe	Bezeichnung	Unter- abteilung	Gruppe	Bezeichnung
		<b>Abteilung 0: Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei</b>			<b>Abteilung 2: Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)</b>
00		<b>Land- und Forstwirtschaft</b>	20		<b>Chemische Industrie (einschl. Kohlenwertstoffindustrie) und Mineralölverarbeitung</b>
	00 0	Allgemeine Landwirtschaft		20 0	Chemische Industrie (einschl. Kohlenwertstoffindustrie)
	00 1	Garten- und Weinbau		20 5	Mineralölverarbeitung, Braunkohlenteer- und Torfteerdestillation sowie Ölschieferschwelerei
	00 2	Landwirtschaftliche Tierhaltung und -zucht <sup>1)</sup>			
	00 5	Forstwirtschaft			
	00 9	Dienstleistungen auf der land- und forstwirtschaftlichen Erzeugerstufe			
05		<b>Fischerei und Fischzucht, gewerbliche Gärtnerei und gewerbliche Tierhaltung</b>	21		<b>Kunststoff-, Gummi- und Asbestverarbeitung</b>
	05 0	Hochsee- und Küstenfischerei		21 0	Kunststoffverarbeitung
	05 1	Binnenfischerei und Fischzucht		21 5	Gummi- und Asbestverarbeitung
	05 5	Gewerbliche Gärtnerei, gewerbliche Tierhaltung, -zucht und -pflege			
		<b>Abteilung 1: Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau</b>	22		<b>Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden; Feinkeramik und Glasgewerbe</b>
10		<b>Energiewirtschaft und Wasserversorgung</b>		22 0	Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden
	10 0	Allgemeine Energiewirtschaft <sup>2)</sup>		22 4	Feinkeramik
	10 1	Elektrizitätserzeugung und -verteilung		22 7	Herstellung und Verarbeitung von Glas
	10 3	Gaserzeugung und -verteilung	23		<b>Eisen- und NE-Metallerzeugung, Gießerei und Stahlverformung</b>
	10 5	Fernheizung		23 0	Eisen- und Stahlerzeugung (einschl. -halbzeugwerke)
	10 7	Wassergewinnung und -verteilung		23 2	NE-Metallerzeugung (einschl. -halbzeugwerke)
11		<b>Bergbau</b>		23 4	Eisen-, Stahl- und Tempergießerei
	11 0	Steinkohlenbergbau (einschl. -brikettherstellung) und Kokerei		23 6	NE-Metallgießerei
	11 1	Braun- und Pechkohlenbergbau (einschl. -brikettherstellung) und Braunkohlenschwelerei		23 8	Ziehereien und Kaltwalzwerke, Stahlverformung, Oberflächenveredlung und Härtung
	11 3	Erzbergbau		23 9	Schlosserei, Schweißerei, Schleiferei und Schmiederei (anderweitig nicht genannt)
	11 5	Kali- und Steinsalzbergbau sowie Salinen			
	11 6	Gewinnung von Erdöl, Erdgas und bituminösen Gesteinen	24		<b>Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau</b>
	11 8	Sonstiger Bergbau (einschl. Torfgewinnung)		24 0	Stahl- und Leichtmetallbau
	11 9	Bergbauliche Tiefbohrung, Aufschließung und Schachtbau (ohne Erdölbohrung)		24 2	Maschinenbau
				24 4	Straßenfahrzeugbau
				24 6	Schiffbau
				24 8	Luftfahrzeugbau

<sup>1)</sup> Ohne bzw. mit nur geringer Futtergrundlage aus eigener landwirtschaftlicher Erzeugung. — <sup>2)</sup> Ohne ausgeprägten Schwerpunkt.

Unter- abteilung	Gruppe	Bezeichnung
25		<b>Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik; Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren, Musikinstrumenten, Sport- geräten, Spiel- und Schmuckwaren</b>
	25 0	Elektrotechnik
	25 2	Feinmechanik und Optik
	25 4	Herstellung und Reparatur von Uhren
	25 6	Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren
	25 8	Herstellung von Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spiel- und Schmuck- waren
26		<b>Holz-, Papier- und Druckgewerbe</b>
	26 0	Säge- und Holzbearbeitungswerke
	26 1	Holzverarbeitung
	26 4	Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeerzeugung
	26 5	Papier- und Pappeverarbeitung
	26 8	Druckerei und Vervielfältigung
27		<b>Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe</b>
	27 0	Herstellung, Zurichtung und Ver- edlung von Leder
	27 1	Lederverarbeitung (ohne Herstellung von Schuhen)
	27 2	Herstellung und Reparatur von Schuhen aus Leder und Textilien
	27 5	Textilgewerbe
	27 6	Bekleidungsgewerbe
	27 9	Polsterei und Dekorateurgewerbe
28/29		<b>Nahrungs- und Genußmittelgewerbe</b>
	28 0	Herstellung von Nahrungs- und Genußmitteln verschiedener Art <sup>2)</sup>
	28 1	Mahl- und Schälsmühlen (ohne Ölmühlen)
	28 2	Stärkegewinnung und -verarbeitung, Verarbeitung von Kartoffeln (ohne Brennerei und Futtermittelherstellung)
	28 3	Herstellung von Nahrungsmitteln
	28 4	Herstellung von Backwaren
	28 5	Zuckerindustrie
	28 6	Obst- und Gemüseverarbeitung
	28 7	Herstellung von Süßwaren
	28 8	Milchverwertung
	28 9	Herstellung von Speiseöl und Speisefett
	29 1	Schlachtereien und Fleischverarbeitung
	29 2	Fischverarbeitung
	29 3	Brauerei und Mälzerei
	29 4	Alkoholbrennerei, Herstellung von Spirituosen, Weinherstellung und -verarbeitung
	29 5	Gewinnung von Mineralbrunnen, Her- stellung von Mineralwasser und Limonaden
	29 7	Tabakverarbeitung
	29 8	Sonstiges Nahrungs- und Genußmittel- gewerbe (ohne Herstellung von Futtermitteln)
	29 9	Herstellung von Futtermitteln

<sup>2)</sup> Ohne ausgeprägten Schwerpunkt.

Unter- abteilung	Gruppe	Bezeichnung
		<b>Abteilung 3: Baugewerbe</b>
30		<b>Bauhauptgewerbe</b>
	30 0	Hoch- und Tiefbau
	30 2	Spezialbau
	30 5	Stukkateurgewerbe, Gipserei und Verputzerei
	30 8	Zimmerei und Dachdeckerei
31		<b>Ausbau- und Bauhilfsgewerbe</b>
	31 0	Bauinstallation
	31 2	Glaser- und Malergewerbe, Tapetenkleberei
	31 5	Fußboden-, Fliesen- und Platten- legerei, Ofen- und Herdsetzerei
	31 8	Bauhilfsgewerbe
40/41		<b>Abteilung 4: Handel</b>
		<b>Großhandel</b>
	40 0	Großhandel mit Waren verschiedener Art <sup>2)</sup>
	40 1	Großhandel mit Getreide, Saaten, Pflanzen, Futter- und Düngemitteln sowie mit lebenden Tieren
	40 2	Großhandel mit textilen Rohstoffen und Halbwaren, Häuten und Fellen
	40 4	Großhandel mit technischen Chemi- kalien und Rohdrogen, Kautschuk und Kunstgummi
	40 5	Großhandel mit Kohle, sonstigen festen Brennstoffen und Mineral- ölerzeugnissen
	40 6	Großhandel mit Erzen, Eisen, NE-Metallen und Halbzeug
	40 7	Großhandel mit Holz, Holzhalbwaren, Baustoffen und Installationsbedarf
	40 8	Großhandel mit Schrott und sonstigen Abfallstoffen
	41 1	Großhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln
	41 2	Großhandel mit Bekleidung, Wäsche, Ausstattungs- und Sportartikeln sowie mit Schuhen
	41 3	Großhandel mit Eisen- und Metall- waren sowie mit Fertigwaren aus Kunststoffen, Glas, Feinkeramik und Holz (anderweitig nicht genannt)
	41 4	Großhandel mit elektrotechnischen, feinmechanischen und optischen Er- zeugnissen, Schmuck-, Leder-, Galanterie- und Spielwaren sowie mit Musikinstrumenten
	41 6	Großhandel mit Fahrzeugen und Maschinen (ohne Großhandel mit Spezialmaschinen der Unter- gruppe 41 76)
	41 7	Großhandel mit technischem Bedarf und Spezialbedarf verschiedener Wirtschaftszweige
	41 8	Großhandel mit pharmazeutischen und kosmetischen Erzeugnissen, Dental-, Labor-, Krankenpflege- und Friseur- bedarf
	41 9	Großhandel mit Papier, Papierwaren und Druckerzeugnissen

<sup>2)</sup> Ohne ausgeprägten Schwerpunkt.

Unter- abteilung	Gruppe	Bezeichnung
42		<b>Handelsvermittlung</b>
	42 0	Vermittlung von Waren verschiedener Art <sup>2)</sup>
	42 1	Vermittlung von Getreide, Saaten, Pflanzen, Futter- und Düngemitteln sowie von lebenden Tieren
	42 2	Vermittlung von Rohstoffen und Halbwaren (ohne solche der Ernährungswirtschaft) sowie von Brennstoffen und Mineralölerzeugnissen
	42 3	Vermittlung von Nahrungs- und Genußmitteln
	42 4	Vermittlung von Bekleidung, Wäsche, Ausstattungs- und Sportartikeln sowie von Schuhen
	42 5	Vermittlung von Eisen- und Metallwaren sowie von Fertigwaren aus Kunststoffen, Glas, Feinkeramik und Holz (anderweitig nicht genannt)
	42 6	Vermittlung von elektrotechnischen, feinmechanischen und optischen Erzeugnissen, Schmuck-, Leder-, Galanterie- und Spielwaren sowie von Musikinstrumenten
	42 7	Vermittlung von Fahrzeugen, Maschinen, technischem Bedarf und Spezialbedarf verschiedener Wirtschaftszweige
	42 8	Vermittlung von sonstigen Waren
	42 9	Versandhandelsvertretung
43		<b>Einzelhandel</b>
	43 0	Einzelhandel mit Waren verschiedener Art
	43 1	Einzelhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln
	43 2	Einzelhandel mit Bekleidung, Wäsche, Ausstattungs- und Sportartikeln sowie mit Schuhen
	43 3	Einzelhandel mit Eisen- und Metallwaren sowie mit Hausrat und Wohnbedarf aus Kunststoffen, Glas, Feinkeramik und Holz (anderweitig nicht genannt)
	43 4	Einzelhandel mit elektrotechnischen, feinmechanischen und optischen Erzeugnissen, Schmuck-, Leder-, Galanterie- und Spielwaren sowie mit Musikinstrumenten
	43 5	Einzelhandel mit Papierwaren und Druckerzeugnissen
	43 6	Einzelhandel mit pharmazeutischen, orthopädischen, medizinischen und kosmetischen Artikeln sowie mit Putz- und Reinigungsmitteln
	43 7	Einzelhandel mit Kohle, sonstigen festen Brennstoffen und Mineralölerzeugnissen
	43 8	Einzelhandel mit Fahrzeugen, Maschinen und Büroeinrichtungen
	43 9	Einzelhandel mit sonstigen Waren
		<b>Abteilung 5:</b>
		<b>Verkehr und Nachrichtenübermittlung</b>
50		<b>Verkehr und Nachrichtenübermittlung</b>
	50 0	Eisenbahnen
	50 1	Straßenverkehr
	50 2	Binnenschifffahrt, -wasserstraßen und -häfen

Unter- abteilung	Gruppe	Bezeichnung
	50 3	See- und Küstenschifffahrt, Seehäfen
	50 4	Luftfahrt, Flugplätze
	50 5	Transport in Rohrleitungen
	50 7	Deutsche Bundespost
	50 9	Spedition, Lagerei und Verkehrsvermittlung
		<b>Abteilung 6: Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe</b>
60		<b>Kredit- und sonstige Finanzierungs- institute</b>
	60 0	Deutsche Bundesbank
	60 1	Kreditbanken
	60 2	Institute des Sparkassenwesens (ohne Post- und Bausparkassen)
	60 3	Genossenschaftliche Kreditinstitute
	60 4	Hypothekenbanken und öffentlich-rechtliche Grundkreditanstalten
	60 5	Kreditinstitute mit Sonderaufgaben
	60 6	Postscheck- und Postsparkassenämter
	60 7	Sonstige Kreditinstitute
	60 8	Bausparkassen
	60 9	Effektenbörsen, Vermittlung von Bank- und Effekengeschäften
61		<b>Versicherungsgewerbe</b>
	61 0	Lebensversicherung, Pensions- und Sterbekassen
	61 2	Krankenversicherung
	61 4	Schaden- und Unfallversicherung
	61 6	Rückversicherung
	61 9	Vermittlung von Versicherungen
		<b>Abteilung 7: Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und Freien Berufen erbracht</b>
70/71		<b>Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und Freien Berufen erbracht</b>
	70 0	Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe
	70 1	Wäscherei und Reinigung (einschl. Schornsteinfegergewerbe)
	70 2	Friseur- und sonstige Körperpflegegewerbe
	70 6	Wissenschaft, Bildung, Erziehung und Sport
	70 7	Kunst, Theater, Film, Rundfunk und Fernsehen
	70 8	Verlags-, Literatur- und Pressewesen
	71 0	Gesundheitswesen
	71 1	Veterinärwesen
	71 2	Rechtsberatung, Wirtschaftsberatung und -prüfung
	71 3	Architektur- und Ingenieurbüros, Laboratorien und ähnliche Institute
	71 4	Wirtschaftswerbung (ohne Ausstellungen- und Messewesen)
	71 7	Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermögensverwaltung
	71 8	Sonstige Dienstleistungen

<sup>2)</sup> Ohne ausgeprägten Schwerpunkt.

Unter- abteilung	Gruppe	Bezeichnung
		<b>Abteilung 8: Organisationen ohne Erwerbscharakter und Private Haushalte</b>
80		<b>Organisationen ohne Erwerbscharakter</b>
	80 0	Christliche Kirchen, Orden, religiöse und weltanschauliche Vereinigungen
	80 1	Organisationen der freien Wohlfahrts- pflege
	80 2	Organisationen der Erziehung, Wissen- schaft und Kultur
	80 3	Organisationen der Sport- und Jugend- pflege
	80 4	Gewerkschaften und Arbeitgeberver- bände
	80 5	Berufsorganisationen und Wirtschafts- verbände (ohne öffentlich-rechtliche Wirtschafts- und Berufsvertretungen)
	80 6	Öffentlich-rechtliche Wirtschafts- und Berufsvertretungen
	80 7	Politische Parteien und sonstige Orga- nisationen ohne Erwerbscharakter
85		<b>Private Haushalte</b>
	85 0	Private Haushalte
		<b>Abteilung 9: Gebietskörperschaften und Sozialversicherung</b>
9. 3)		<b>Gebietskörperschaften</b>
	9. 0	Politische Führung und zentrale Ver- waltung
	9. 1	Verteidigung (ohne Dienststellen der Stationierungsstreitkräfte)

3) In die zweite Stelle sind je nach Bedarf folgende Ziffern einzusetzen:  
0 = Gebietskörperschaften insgesamt (einschl. Vertretungen fremder Staa-  
ten in der Bundesrepublik; inter- und supranationale Organisationen  
mit Behördencharakter)  
1 = Bund  
2 = Länder  
3 = Gemeinden, Gemeinde- und Zweckverbände.

Unter- abteilung	Gruppe	Bezeichnung
	9. 2	Öffentliche Sicherheit und Ordnung
	9. 3	Rechtsschutz
	9. 4	Unterricht, Wissenschaft, Kultur, Sport- und Jugendpflege
	9. 5	Soziale Sicherung und Wiedergut- machung
	9. 6	Gesundheitswesen
	9. 7	Wirtschaftsförderung, -ordnung und -aufsicht
	9. 8	Verschiedene (kommunale) Anstalten und Einrichtungen
	9. 9	Vertretungen fremder Staaten in der Bundesrepublik; inter- und supra- nationale Organisationen (mit Be- hördencharakter)
96		<b>Sozialversicherung</b>
	96 0	Soziale Rentenversicherung (ohne knappschaftliche Rentenversicherung) sowie Zusatzversorgung für Ange- hörige des öffentlichen Dienstes
	96 2	Soziale Krankenversicherung (ohne knappschaftliche KV)
	96 4	Knappschaftsversicherung
	96 6	Gesetzliche Unfallversicherung, land- wirtschaftliche Alterskassen und Fa- milienausgleichskassen
	96 9	Arbeitsvermittlung und Arbeitslosen- versicherung

## Systematisches Verzeichnis der Arbeitsstätten

(Ausgabe 1950)<sup>1)</sup>

### Abteilungen und Gruppen

Abteilung	Gruppe	Bezeichnung
0		<b>Land-, Forst- und Jagdwirtschaft, Fischerei (einschl. Gartenbau und Tierzucht)</b>
	01	Landwirtschaft (d. h. mit bewirtschafteter Bodenfläche) (ohne Gartenbau, Baumschulen und gewerbliche Tierzucht) <sup>2)</sup>
	02	Landwirtschaftlicher Gartenbau und Baumschulen (d. h. mit bewirtschafteter Bodenfläche) <sup>2)</sup>
	04	Forst- und Jagdwirtschaft <sup>2)</sup>
	06	Nichtlandwirtschaftliche (gewerbliche) Gärtnerei und Sämereiwirtschaft (d. h. ohne bewirtschaftete Bodenfläche)
	07	Nichtlandwirtschaftliche (gewerbliche) Tierzucht (d. h. ohne bewirtschaftete Bodenfläche)

<sup>1)</sup> Sämtliche vorgenommenen Änderungen sind berücksichtigt. — <sup>2)</sup> Betriebe mit bewirtschafteter Bodenfläche werden innerhalb der Landwirtschaftlichen Betriebszählung erfaßt. Verwaltungsämter werden bei der Gruppe 91 = »Öffentliche Verwaltung« ausgewiesen.

Abteilung	Gruppe	Bezeichnung
	08	Hochsee- und Küstenfischerei
	09	Binnenfischerei und Fischzucht <sup>3)</sup>
1		<b>Bergbau, Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden; Energiewirtschaft</b>
	11	Steinkohlenbergbau
	12	Braunkohlenbergbau
	13	Erzbergbau
	14	Salzbergbau und Salinen
	15	Sonstiger Bergbau (einschl. Erdöl- gewinnung, Gewinnung und Aufberei- tung von Bernstein und Torf)
	17	Gewinnung und Verarbeitung von Steinen, Erden und grobkeramischen Erzeugnissen
	19	Energiewirtschaft (Elektrizitäts-, Gas-, Wasser- und Fernheizwerke)

<sup>3)</sup> Betriebe mit bewirtschafteter Wasserfläche werden innerhalb der Landwirtschaftlichen Betriebszählung erfaßt. Verwaltungsämter werden bei der Gruppe 91 = »Öffentliche Verwaltung« ausgewiesen.

Abteilung	Gruppe	Bezeichnung	Abteilung	Gruppe	Bezeichnung
2		<b>Eisen- und Metallerzeugung und -verarbeitung</b>	6		<b>Handel, Geld- und Versicherungswesen</b>
	21	Eisen- und Stahlindustrie (Eisenschaffende Industrie einschl. Kaltwalzwerke und Eisen-, Stahl- und Tempergießereien)		61	Ein- und Ausfuhrhandel
	22	NE-Metallindustrie (einschl. NE-Metallhalbzeugwerke und NE-Metallgießereien)		62/63	Binnengroßhandel (einschl. Gemeinschaftsein- und -verkauf <sup>4)</sup> und Verlagswesen)
	23	Stahlbau		64	Einzelhandel
	24	Maschinenbau		67	Handelsvertretung, Vermittlung, Werbung und Verleih
	25	Schiffbau		68	Geld-, Bank- und Börsenwesen (ohne Postscheckdienst und Postsparkassen)
	26	Straßen- und Luftfahrzeugbau		69	Versicherungswesen (ohne Sozialversicherung)
	27	Elektrotechnik	7		<b>Dienstleistungen (ohne solche der Abteilung 9)</b>
	28	Feinmechanik und Optik		71	Wohnungs- und Grundstückswesen; Vermögensverwaltung
	29	Eisen-, Stahl-, Blech- und Metallwarengewerbe		72	Gaststättenwesen
3/4		<b>Verarbeitende Gewerbe (ohne Eisen- und Metallverarbeitung)</b>		73	Kunst, private Forschung, Theater, Film, Rundfunk, Schaustellung
	31	Mineralölverarbeitung und Kohlenwertstoffindustrie		74	Sportpflege, Bade- und Schwimmanstalten
	32	Chemische Industrie		75	Korrespondenz-, Nachrichten-, Schreib- und Übersetzungsbüros
	34	Kunststoffverarbeitung		76	Fotografisches Gewerbe
	35	Gummi- und Asbestverarbeitung		77	Friseurgewerbe und Schönheitssalons
	36	Feinkeramische und Glasindustrie		78	Übrige Dienstleistungen (ohne solche der Abteilung 9)
	37	Sägerei und Holzbearbeitung	8		<b>Verkehrswirtschaft</b>
	38	Holzverarbeitung (einschl. Verarbeitung von natürlichen Schnitz- und Formstoffen)		81	Deutsche Bundespost
	39	Papierherzeugung und -verarbeitung; Druckereigewerbe (einschl. Licht- und Fotopauserei)		82	Deutsche Bundesbahn
	41	Lederherzeugung und -verarbeitung		83	Schienenbahnen (ohne Deutsche Bundesbahn)
	42	Textilgewerbe		84	Straßenverkehr
	43	Bekleidungsgewerbe		85	Schifffahrt, Wasserstraßen- und Hafenwesen
	44	Herstellung von Musikinstrumenten, Spielwaren, Turn- und Sportgeräten, Schmuckwaren und Bearbeitung von Edelsteinen		86	Luftverkehr
	45	Mühlengewerbe, Nahrungsmittel-, Stärke- und Futtermittelindustrie, Bäckerei- und Süßwarengewerbe		87	Verkehrsneben- und -hilfsgewerbe
	46	Fleisch- und Fischverarbeitung, Milchverwertung, Speiseöl- und Speisefettherstellung; Zuckerindustrie	9		<b>Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen im öffentlichen Interesse</b>
	47	Obst- und Gemüseverwertung, Kaffee- und Teeverarbeitung, Herstellung von Gewürzen u. ä., Eisgewinnung und Kühlhäuser		91	Öffentliche Verwaltung
	48	Getränkherstellung		92	Ausländische Streitkräfte und ausländische Vertretungen
	49	Tabakwarenherstellung		93	Politische und Wirtschaftliche Organisationen
5		<b>Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe</b>		94	Rechts- und Wirtschaftsberatung
	51	Hoch-, Tief- und Ingenieurbau		95	Kirche, religiöse und weltanschauliche Vereinigungen
	55	Zimmerei und Dachdeckerei		96	Erziehung, Wissenschaft und Kultur
	56	Bauinstallation		97	Fürsorge und Wohlfahrtspflege
	57	Ausbaugewerbe		98	Sozialversicherung
	59	Bauhilfsgewerbe		99	Gesundheitswesen und Hygiene

<sup>4)</sup> Gemeinschaftsein- und -verkaufsbetriebe sind der fachlich entsprechenden Binnengroßhandelsklasse zuzuordnen.



# Systematisches Verzeichnis zum monatlichen Industriebericht

(Ausgabe 1962)

## Industriegruppen

Industrie- gruppe	Bezeichnung	Industrie- gruppe	Bezeichnung
21	Bergbau	40	Chemische Industrie
22	Mineralölverarbeitung und Kohlenwertstoff- industrie	51	Feinkeramische Industrie
25	Industrie der Steine und Erden	52	Glasindustrie
27	Eisenschaffende Industrie	53	Sägewerke und holzbearbeitende Industrie
28	NE-Metallindustrie	54	Holzverarbeitende Industrie
29	Gießerei-Industrie	55	Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe erzeugende Industrie
30	Ziehereien und Kaltwalzwerke, Stahlverformung	56	Papier und Pappe verarbeitende Industrie
31	Stahlbau (einschl. Leichtmetallbau)	57	Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie
32	Maschinenbau	58	Kunststoffverarbeitende Industrie
33	Fahrzeugbau	59	Kautschuk und Asbest verarbeitende Industrie
34	Schiffbau	61	Ledererzeugende Industrie
35	Luftfahrzeugbau	62	Lederverarbeitende und Schuhindustrie
36	Elektrotechnische Industrie	63	Textilindustrie
37	Feinmechanische und optische sowie Uhrenindustrie	64	Bekleidungsindustrie
38	Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie	68	Ernährungsindustrie
39	Musikinstrumenten-, Spielwaren-, Schmuckwaren- und Sportgeräte-Industrie	69	Tabakverarbeitende Industrie

## Bereichsgliederung des Sozialprodukts (Inlandsprodukts)

(Ausgabe 1960)

## Bereiche

Bereich	Bezeichnung	Bereich	Bezeichnung
1	<b>Land- und Fortwirtschaft, Fischerei</b>	5	<b>Handel</b>
a	Landwirtschaft (einschl. Gartenbau und Tierzucht)	a	Großhandel und Handelsvermittlung
b	Forst- und Jagdwirtschaft	b	Einzelhandel
c	Fischerei	6	<b>Verkehr und Nachrichtenübermittlung</b>
2	<b>Bergbau und Energiewirtschaft</b>	a	Eisenbahnen
a	Bergbau	b	Schifffahrt
b	Energiewirtschaft	c	Übriger Verkehr (einschl. Spedition und Lagerei)
3	<b>Verarbeitendes Gewerbe</b>	d	Nachrichtenübermittlung (Deutsche Bundespost)
a	Metallerzeugung und -bearbeitung	7	<b>Banken und Versicherungsgewerbe</b>
b	Stahl-, Maschinen-, Schiff- und Fahrzeugbau	8	<b>Wohnungsvermietung (einschl. Nutzung von Eigentümerwohnungen)</b>
c	Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik, Metall- warengewerbe, Herstellung von Musikinstrumen- ten, Spielwaren u. ä.	9	<b>Staat (einschl. Gemeinden und Sozialversicherung)</b>
d	Chemische Industrie und verwandtes Gewerbe	10	<b>Sonstige Dienstleistungen (ohne staatliche Dienstleistungen)</b>
e	Steine und Erden, keramische und Glasindustrie	a	Erziehung, Wissenschaft und Kultur
f	Holzbe- und -verarbeitung, Papiererzeugung und -verarbeitung, Druckerei	b	Gesundheitspflege und Hygiene
g	Textilgewerbe	c	Hotels und Gaststätten
h	Bekleidungsgewerbe (einschl. Ledererzeugung und -verarbeitung)	d	Häusliche Dienste
i	Nahrungs- und Genußmittelherstellung	e	Übrige Dienstleistungen
4	<b>Baugewerbe</b>		<b>Inlandsprodukt</b> darunter: Handwerk

**Internationale Systematik der Wirtschaftszweige**  
**International Standard Industrial Classification of All Economic Activities (ISIC)**  
**(Ausgabe 1958)**

**Abteilungen und Hauptgruppen**

Abteilung	Hauptgruppe	Bezeichnung	Abteilung	Hauptgruppe	Bezeichnung
0		<b>Land- und Forstwirtschaft, Jagd und Fischerei</b>		35	Herstellung von Metallwaren (ohne Maschinen- und Fahrzeugbau)
	01	Landwirtschaft und Tierzucht		36	Maschinenbau (ohne Elektromaschinenbau)
	02	Forstwirtschaft und Waldnutzung		37	Herstellung von Elektromaschinen, -apparaten, -geräten und -zubehör
	03	Jagd, Fallenstellerei und Wildhege		38	Fahrzeugbau
	04	Fischerei		39	Sonstiges verarbeitendes Gewerbe
1		<b>Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden</b>	4		<b>Baugewerbe</b>
	11	Kohlenbergbau		40	Baugewerbe
	12	Erzbergbau			
	13	Erdöl- und Erdgasgewinnung	5		<b>Energiewirtschaft, Wasserversorgung und sanitäre Dienste</b>
	14	Steinbrüche, Ton- und Sandgruben		51	Energiewirtschaft
	19	Übriger Bergbau und sonstige Gewinnung von Steinen und Erden		52	Wasserversorgung und sanitäre Dienste
2/3		<b>Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)</b>	6		<b>Handel</b>
	20	Nahrungsmittelgewerbe (ohne Getränkeherstellung)		61	Groß- und Einzelhandel
	21	Getränkeherstellung		62	Banken und andere Finanzinstitute
	22	Tabakwarengewerbe		63	Versicherungsgewerbe
	23	Textilwarenherstellung		64	Immobilien-geschäfte
	24	Schuhherstellung, Bekleidungs- und Textilfertigwarengewerbe und Textilausrüstung	7		<b>Verkehrswesen, Lagerung und Nachrichtenwesen</b>
	25	Be- und Verarbeitung von Holz und Kork (ohne Möbelherstellung)		71	Verkehrswesen
	26	Herstellung von Möbeln und Inneneinrichtungen		72	Lagerung, Speicherei
	27	Herstellung von Papier und Papierwaren		73	Nachrichtenwesen
	28	Druck, Verlag und verwandte Gewerbe	8		<b>Dienstleistungen</b>
	29	Leder-, Lederwaren-, Pelzwarenherstellung (ohne Herstellung von Schuhwerk und anderen Lederbekleidungsgegenständen)		81	Öffentlicher Dienst
	30	Gummiwarenherstellung		82	Dienstleistungen im öffentlichen Interesse
	31	Herstellung von Chemikalien und chemischen Erzeugnissen		83	Dienstleistungen für das Geschäfts- und Rechtsleben
	32	Herstellung von Erdölerzeugnissen und Kohlenverarbeitung		84	Dienste für die Freizeitgestaltung
	33	Verarbeitung von Steinen und Erden		85	Persönliche Dienstleistungen
	34	Eisen- und NE-Metallerzeugung	9		<b>Nicht ausreichend beschriebene Tätigkeiten</b>
				90	Nicht ausreichend beschriebene Tätigkeiten

**Systematisches Verzeichnis der Industrien in den Europäischen Gemeinschaften**  
 : Nomenclature des Industries établies dans les Communautés Européennes (NICE)  
 (Ausgabe 1961)

**Zweige und Klassen**

Zweig	Klasse	Bezeichnung	Zweig	Klasse	Bezeichnung
1		<b>Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden</b>		28	Druckerei, Verlags- und verwandte Gewerbe
	11	Gewinnung und Bearbeitung fester Brennstoffe		29	Herstellung von Leder und Lederwaren
	12	Erzbergbau		30	Gummi-, Kunststoff- und Chemiefaserindustrie
	13	Erdöl- und Erdgasgewinnung		31	Chemische Industrie
	14	Gewinnung von Baumaterial und feuerfesten und keramischen Erden		32	Mineralölverarbeitung
	19	Gewinnung von Mineralien, außer für die Bauwirtschaft		33	Herstellung nicht-metallischer Mineralerzeugnisse
2 und 3		<b>Verarbeitendes Gewerbe</b>		34	Eisen- und Metallerzeugung und -bearbeitung
	20 A	Herstellung nicht-industrieller Öle und Fette tierischer und pflanzlicher Herkunft		35	Herstellung von Metallerzeugnissen (außer Maschinen und Fahrzeugen)
	20 B	Nahrungs- und Genußmittelherstellung (außer Getränkeherstellung)		36	Maschinenbau
	21	Getränkeherstellung		37	Elektrotechnische Industrie
	22	Tabakverarbeitung		38	Fahrzeugbau
	23	Textilgewerbe		39	Feinmechanik und Optik sowie sonstige verarbeitende Gewerbe
	24	Herstellung von Schuhen, Bekleidung und Bettwaren	4		<b>Baugewerbe</b>
	25	Holz- und Korkverarbeitung (außer Holzmöbelherstellung)	5		<b>Energiewirtschaft und Wasserversorgung</b>
	26	Herstellung von Holzmöbeln		50	Gemischte Energie- und Wasserwirtschaft
	27	Papier- und Pappenerzeugung und -verarbeitung		51	Energiewirtschaft
				52	Öffentliche Wasserversorgung

**Warenverzeichnis für die Industriestatistik**

(Ausgabe 1958)<sup>1)</sup>

**Warengruppen**

Warengruppe	Bezeichnung	Warengruppe	Bezeichnung
21	Bergbauliche Erzeugnisse	38	Eisen-, Blech- und Metallwaren
22	Mineralölerzeugnisse und Kohlenwertstoffe	39	Musikinstrumente, Spielwaren, Turn- und Sportgeräte, Schmuckwaren, bearbeitete Edelsteine
25	Steine und Erden	40	Chemische Erzeugnisse
27	Eisen und Stahl (Erzeugnisse der Hochofen-, Stahl- und Warmwalzwerke sowie der Schmiede-, Preß- und Hammerwerke)	51	Feinkeramische Erzeugnisse
28	NE-Metalle und -Metallhalbzeug (einschl. Edelmetalle und deren Halbzeug)	52	Glas und Glaswaren
29	Gießereierzeugnisse	53	Schnittholz, Sperrholz und sonstiges bearbeitetes Holz
30	Erzeugnisse der Ziehereien und Kaltwalzwerke und der Stahlverformung	54	Holzwaren (einschl. Erzeugnisse aus natürlichen Schnitz- und Formstoffen)
31	Stahlbauerzeugnisse	55	Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe
32	Maschinenbauerzeugnisse (einschl. Lokomotiven und Ackerschlepper)	56	Papier- und Pappwaren
33	Landfahrzeuge (ohne Schienenfahrzeuge, Ackerschlepper und Elektrofahrzeuge)	57	Druckereierzeugnisse, Lichtpaus- und verwandte Waren
34	Wasserfahrzeuge	58	Kunststofferzeugnisse
35	Luftfahrzeuge (einschl. Flugbetriebs-, Rettungs-, Sicherheits- und Bodengeräte)	59	Gummi- und Asbestwaren
36	Elektrotechnische Erzeugnisse	61	Leder
37	Feinmechanische und optische Erzeugnisse; Uhren	62	Lederwaren und Schuhe
		63	Textilien
		64	Bekleidung
		68	Erzeugnisse der Ernährungsindustrie
		69	Tabakwaren

<sup>1)</sup> Sämtliche vorgenommenen Änderungen sind berücksichtigt.

# Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik

(Ausgabe 1962)

## Abschnitte und Kapitel

Abschnitt	Kapitel	Bezeichnung	Abschnitt	Kapitel	Bezeichnung
<b>I</b>		<b>Lebende Tiere und Waren tierischen Ursprungs</b>	<b>V</b>		<b>Mineralische Stoffe</b>
	1	Lebende Tiere		25	Salz; Schwefel; Steine und Erden; Gips, Kalk und Zement
	2	Fleisch und genießbarer Schlachtabfall		26	Metallurgische Erze sowie Schlacken und Aschen
	3	Fische, Krebstiere und Weichtiere		27	Mineralische Brennstoffe; Mineralöle und Erzeugnisse ihrer Destillation; bituminöse Stoffe; Mineralwachse
	4	Milch und Milcherzeugnisse; Vogeleier; natürlicher Honig	<b>VI</b>		<b>Erzeugnisse der chemischen Industrie und verwandter Industrien</b>
<b>II</b>	5	Andere Waren tierischen Ursprungs, anderweit weder genannt noch inbegriffen		28	Anorganische chemische Erzeugnisse; anorganische oder organische Verbindungen von Edelmetallen, radioaktiven Elementen, Metallen der seltenen Erden und Isotopen
		<b>Waren pflanzlichen Ursprungs</b>		29	Organische chemische Erzeugnisse
	6	Lebende Pflanzen und Waren des Blumenhandels		30	Pharmazeutische Erzeugnisse
	7	Gemüse, Pflanzen, Wurzeln und Knollen, die zu Ernährungszwecken verwendet werden		31	Düngemittel
	8	Genießbare Früchte; Schalen von Zitrusfrüchten oder von Melonen		32	Gerb- und Farbstoffauszüge; Tannine und ihre Derivate; Farbstoffe, Farben, Anstrichfarben, Lacke und Färbemittel; Kitte; Tinten
	9	Kaffee, Tee, Mate und Gewürze		33	Ätherische Öle und Resinoide; Riech-, Körperpflege- und Schönheitsmittel
	10	Getreide		34	Seifen, organische grenzflächenaktive Stoffe, zubereitete Waschmittel und Waschhilfsmittel, zubereitete Schmiermittel, künstliche Wachse, zubereitete Wachse, Schuhcreme, Scheuerpulver und dergleichen, Kerzen und ähnliche Erzeugnisse, Modelliermassen und Dentalwachs
	11	Müllereierzeugnisse; Malz; Stärke; Kleber; Inulin		35	Eiweißstoffe und Klebstoffe
	12	Ölsaaten und ölhaltige Früchte; verschiedene Samen und Früchte; Pflanzen zum Gewerbe- oder Heilgebrauch; Stroh und Futter		36	Pulver- und Sprengstoffe; Feuerwerksartikel; Zündhölzer; Zündmetalllegierungen; leicht entzündliche Stoffe
	13	Pflanzliche Rohstoffe zum Färben oder Gerben; Gummien, Harze und andere pflanzliche Säfte und Auszüge		37	Erzeugnisse zu photographischen und kinematographischen Zwecken
	14	Flechtstoffe, Schnitzstoffe und andere Waren pflanzlichen Ursprungs, anderweit weder genannt noch inbegriffen		38	Verschiedene Erzeugnisse der chemischen Industrie
<b>III</b>		<b>Tierische und pflanzliche Fette und Öle; Erzeugnisse ihrer Spaltung; genießbare verarbeitete Fette; Wachse tierischen und pflanzlichen Ursprungs</b>	<b>VII</b>		<b>Kunststoffe, Zelluloseäther und -ester und Waren daraus; Kautschuk (Naturkautschuk, synthetischer Kautschuk und Faktis) und Kautschukwaren</b>
	15	Tierische und pflanzliche Fette und Öle; Erzeugnisse ihrer Spaltung; genießbare verarbeitete Fette; Wachse tierischen und pflanzlichen Ursprungs		39	Kunststoffe, Zelluloseäther und -ester und Waren daraus
<b>IV</b>		<b>Waren der Lebensmittelindustrie; Getränke, alkoholische Flüssigkeiten und Essig; Tabak</b>		40	Kautschuk (Naturkautschuk, synthetischer Kautschuk und Faktis) und Kautschukwaren
	16	Zubereitungen von Fleisch, Fischen, Krebstieren und Weichtieren	<b>VIII</b>		<b>Häute, Felle, Leder, Pelzfelle und Waren daraus; Sattlerwaren; Reiseartikel; Täschnerwaren; Waren aus Därmen</b>
	17	Zucker und Zuckerwaren		41	Häute und Felle; Leder
	18	Kakao und Zubereitungen aus Kakao		42	Lederwaren; Sattlerwaren; Reiseartikel; Täschnerwaren; Waren aus Därmen
	19	Zubereitungen auf der Grundlage von Getreide, Mehl oder Stärke; Backwaren	<b>IX</b>	43	Pelzfelle und künstliches Pelzwerk; Waren daraus
	20	Zubereitungen von Gemüse, Küchenkräutern, Früchten und anderen Pflanzen oder Pflanzenteilen			<b>Holz, Holzkohle und Holzwaren; Kork und Korkwaren; Flechtwaren und Korbmacherwaren</b>
	21	Verschiedene Lebensmittelzubereitungen		44	Holz, Holzkohle und Holzwaren
	22	Getränke, alkoholische Flüssigkeiten und Essig		45	Kork und Korkwaren
	23	Rückstände und Abfälle der Lebensmittelindustrie; zubereitetes Futter		46	Flechtwaren und Korbmacherwaren
	24	Tabak			

Abschnitt	Kapitel	Bezeichnung	Abschnitt	Kapitel	Bezeichnung
X		<b>Ausgangsstoffe für die Papierherstellung; Papier, Pappe und Waren daraus</b>	XV		<b>Unedle Metalle und Waren daraus</b>
	47	Ausgangsstoffe für die Papierherstellung		73	Eisen und Stahl
	48	Papier und Pappe; Waren aus Papierhalbstoff, Papier und Pappe		74	Kupfer
	49	Waren des Buchhandels und Erzeugnisse des graphischen Gewerbes		75	Nickel
XI		<b>Spinnstoffe und Waren daraus</b>		76	Aluminium
	50	Seide, Schappeseide und Bourrette-seide		77	Magnesium, Beryllium (Glucinium)
	51	Synthetische und künstliche Spinnfäden		78	Blei
	52	Metallgarne		79	Zink
	53	Wolle, feine und grobe Tierhaare, Roßhaar		80	Zinn
	54	Flachs und Ramie	XVI	81	Andere unedle Metalle
	55	Baumwolle		82	Werkzeuge; Messerschmiedewaren und Eßbestecke, aus unedlen Metallen
	56	Synthetische und künstliche Spinnfasern		83	Verschiedene Waren aus unedlen Metallen
	57	Andere pflanzliche Spinnstoffe; Papiergarne und Gewebe aus Papiergarnen			<b>Maschinen, Apparate und mechanische Geräte; elektrotechnische Waren</b>
	58	Teppiche und Tapiserien; Samt, Plüsch, Schlingengewebe und Chenillegewebe; Bänder; Posamentierwaren; Tülle, geknüpfte Netzstoffe; Spitzen; Stickereien	XVII	84	Kessel, Maschinen, Apparate und mechanische Geräte
	59	Watte und Filze; Tauwerk und andere Seilerwaren; Spezialgewebe, getränkte oder bestrichene Gewebe; Gegenstände des technischen Bedarfs, aus Spinnstoffen		85	Elektrische Maschinen, Apparate und Geräte sowie andere elektrotechnische Waren
	60	Gewirke			<b>Beförderungsmittel</b>
	61	Bekleidung und Bekleidungszubehör, aus Spinnstoffen		86	Schienenfahrzeuge; ortsfestes Gleismaterial; nichtelektrische mechanische Signalvorrichtungen für Verkehrswege
XII	62	Andere fertiggestellte Waren aus Spinnstoffen	XVIII	87	Zugmaschinen, Kraftwagen, Krafträder, Fahrräder und andere nicht schienengebundene Landfahrzeuge
	63	Altwaren; Lumpen		88	Luftfahrzeuge
				89	Wasserfahrzeuge und schwimmende Vorrichtungen
					<b>Optische, photographische und kinematographische Instrumente, Apparate und Geräte; Meß-, Prüf- und Präzisionsinstrumente, -apparate und -geräte; medizinische und chirurgische Instrumente, Apparate und Geräte; Uhrmacherwaren; Musikinstrumente; Tonaufnahme- und Tonwiedergabegeräte</b>
				90	Optische, photographische und kinematographische Instrumente, Apparate und Geräte; Meß-, Prüf- und Präzisionsinstrumente, -apparate und -geräte; medizinische und chirurgische Instrumente, Apparate und Geräte
XIII	64	Schuhe, Gamaschen und ähnliche Waren; Teile davon		91	Uhrmacherwaren
	65	Kopfbedeckungen und Teile davon		92	Musikinstrumente; Tonaufnahme- und Tonwiedergabegeräte; Teile und Zubehör für diese Instrumente und Geräte
	66	Regenschirme, Sonnenschirme, Gehstöcke, Peitschen, Reitpeitschen und Teile davon	XIX		<b>Waffen und Munition; Teile davon</b>
	67	Zugerichtete Federn und Daunen und Waren aus Federn oder Daunen; künstliche Blumen; Waren aus Menschenhaaren; Fächer		93	Waffen und Munition; Teile davon
			XX		<b>Verschiedene Waren</b>
XIV		<b>Waren aus Steinen, Gips, Zement, Asbest, Glimmer oder ähnlichen Stoffen; keramische Waren; Glas und Glaswaren</b>		94	Möbel; medizinisch-chirurgische Möbel; Bettenausstattungen und ähnliche Waren
	68	Waren aus Steinen, Gips, Zement, Asbest, Glimmer oder ähnlichen Stoffen		95	Bearbeitete Schnitz- und Formstoffe; Waren aus Schnitz- und Formstoffen
	69	Keramische Waren		96	Besen, Bürsten, Pinsel, Staubwedel, Puderquasten und Siebwaren
	70	Glas und Glaswaren		97	Spielzeug, Spiele, Scherzartikel und Sportgeräte
		<b>Echte Perlen, Edelsteine, Schmucksteine und dergleichen, Edelmetalle, Edelmetallplattierungen, Waren daraus; Phantasieschmuck; Münzen</b>		98	Verschiedene Waren
	71	Echte Perlen, Edelsteine, Schmucksteine und dergleichen, Edelmetalle, Edelmetallplattierungen, Waren daraus; Phantasieschmuck	XXI		<b>Kunstgegenstände, Sammlungsstücke und Antiquitäten</b>
	72	Münzen		99	Kunstgegenstände, Sammlungsstücke und Antiquitäten

# Internationales Warenverzeichnis für den Außenhandel }

Classification Statistique et Tarifaire (CST)

(Ausgabe 1961)

## Teile und Abschnitte

Teil	Abschnitt	Bezeichnung	Teil	Abschnitt	Bezeichnung
0		<b>Nahrungsmittel</b>		54	Medizinische und pharmazeutische Erzeugnisse
	00	Lebende Tiere		55	Riechstoffe, Körperpflege-, Putz-, Wasch- und Reinigungsmittel
	01	Fleisch und Fleischwaren		56	Chemische Düngemittel
	02	Molkereierzeugnisse und Eier		57	Sprengstoffe
	03	Fisch und Fischwaren		58	Kunststoffe, regenerierte Zellulose und Kunstharze
	04	Getreide und Getreideerzeugnisse		59	Chemische Erzeugnisse, anderweitig nicht genannt
	05	Obst und Gemüse			
	06	Zucker und Zuckerwaren			
	07	Kaffee, Tee, Kakao, Gewürze und Waren daraus			
	08	Futtermittel, frisch, getrocknet, zerkleinert oder gemahlen, Abfälle	6		<b>Bearbeitete Waren nach Beschaffenheit gegliedert</b>
	09	Verschiedene Nahrungsmittelzubereitungen		61	Leder, Lederwaren und zugerichtete Pelzfelle
1		<b>Getränke und Tabak</b>		62	Kautschukwaren, anderweitig nicht genannt
	11	Getränke		63	Holz- und Korkwaren, ausgenommen Möbel
	12	Tabak und Tabakwaren		64	Papier, Pappe und Waren daraus
2		<b>Rohstoffe, ausgenommen mineralische Brennstoffe</b>		65	Garne, Gewebe, Textilfertigwaren und verwandte Erzeugnisse
	21	Häute, Felle und Pelzfelle, roh		66	Waren aus mineralischen Stoffen, anderweitig nicht genannt
	22	Ölsaaten und Ölfrüchte		67	Eisen und Stahl
	23	Rohkautschuk, natürlich, synthetisch oder regeneriert		68	NE-Metalle
	24	Holz und Kork		69	Metallwaren
	25	Zellstoff und Papierabfälle	7		<b>Maschinen und Fahrzeuge</b>
	26	Spinnstoffe und Abfälle von Spinnstoffen		71	Nichtelektrische Maschinen
	27	Mineralische Rohstoffe, ausgenommen Erze, Brennstoffe und Schmucksteine		72	Elektrische Maschinen und Apparate
	28	Erze und Metallabfälle		73	Fahrzeuge
	29	Tierische und pflanzliche Rohstoffe, anderweitig nicht genannt	8		<b>Verschiedene bearbeitete Waren</b>
3		<b>Mineralische Brennstoffe, Schmiermittel und verwandte Erzeugnisse</b>		81	Sanitäre und hygienische Artikel, Heizkessel usw. für Zentralheizungen und Beleuchtungskörper
	32	Kohle, Koks und Briketts		82	Möbel
	33	Erdöl und Erdöldestillationserzeugnisse		83	Reiseartikel, Täschnerwaren und dergleichen
	34	Erdgas und Industriegase		84	Bekleidung
	35	Elektrischer Strom		85	Schuhe
4		<b>Tierische und pflanzliche Fette und Öle</b>		86	Feinmechanische, optische und photochemische Erzeugnisse, Uhren
	41	Tierische Fette und Öle		89	Bearbeitete Waren, anderweitig nicht genannt
	42	Pflanzliche Öle	9		<b>Waren und Vorgänge, nicht nach Beschaffenheit gegliedert</b>
	43	Öle und Fette, verarbeitet und Wachse tierischen oder pflanzlichen Ursprungs		91	Postpakete, anderweitig nicht zugeordnet
5		<b>Chemische Erzeugnisse</b>		93	Rückwaren und besondere Ein- und Ausfuhren
	51	Chemische Grundstoffe und Verbindungen		94	Zootiere, Hunde, Katzen und dergleichen
	52	Mineralteere und rohe chemische Erzeugnisse aus Kohle, Erdöl und Naturgas		95	Kriegswaffen und Munition
	53	Farb- und Gerbstoffe		96	Nicht in Umlauf befindliche Münzen, ausgenommen Goldmünzen

**Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik**  
(Ausgabe 1962)

**Abteilungen und Hauptgruppen**

Abteilung	Hauptgruppe	Bezeichnung	Abteilung	Hauptgruppe	Bezeichnung
0		<b>Nahrungs- und Genußmittel (einschl. Rohstoffe)</b>		45	Rohes Erdöl
	00	Getreide		47	Kraft- und Leuchtstoffe, Heizöl
	01	Kartoffeln		48	Sonstige Mineralölerzeugnisse anderweitig nicht genannt, Natur-, Raffinerie- und verwandte Gase
	02	Frische Früchte, frisches und gefrorenes Gemüse		49	Benzol, Teer und ähnliche Destillationserzeugnisse
	03	Zuckerrüben			
	04	Getreide-, Obst- und Gemüserzeugnisse, Hopfen	5		<b>Chemische Erzeugnisse, Düngemittel</b>
	05	Zucker		51	Chemische Grundstoffe
	06	Lebende Tiere		55	Andere chemische Erzeugnisse (einschl. Stärke)
	07	Fleisch, Fische, Fleisch- und Fischwaren, Eier, Milch und Milcherzeugnisse, Speisefette		59	Düngemittel
	08	Getränke			
	09	Andere Nahrungs- und Genußmittel			
1		<b>Futtermittel, pflanzliche und tierische Öle und Fette</b>	6		<b>Kalk, Zement, keramische und ähnliche mineralische Erzeugnisse</b>
	11	Futtermittel		61	Kalk und Zement
	15	Ölsaaten, Ölfrüchte, pflanzliche und tierische Öle und Fette (ausgenommen Speisefette)		65	Glas, Baustoffe und ähnliche mineralische Halb- und Fertigwaren
2		<b>Andere pflanzliche, tierische und verwandte Rohstoffe</b>	7		<b>Eisen, Stahl und NE-Metalle (einschl. Halbzeug)</b>
	21	Grubenholz		71	Roheisen, Ferrolegerungen, Rohstahl
	22	Holz (ausgenommen Grubenholz) und Kork		72/73	Walzwerks-, Zieherei- und Gießereierzeugnisse, Schmiedestücke aus Eisen und Stahl
	25	Zellstoff und Altpapier		75	NE-Metalle und NE-Metallhalbzeug
	29	Textile und ähnliche pflanzliche, tierische und verwandte Rohstoffe			
3		<b>Steine und Erden, Salz, Erze und Schrott</b>	8		<b>Metallwaren, Maschinen, elektrotechnische Erzeugnisse, Fahrzeuge</b>
	31	Sand, Kies, Bims, Ton, Schlacken		81	Eisen-, Blech- und Metallwaren und Baukonstruktionen aus Metall
	33	Sonstige Steine, Erden und verwandte Rohmineralien		83	Maschinen und elektrotechnische Erzeugnisse
	34	Stein- und Salinensalz		85	Fahrzeuge
	36	Eisenerze			
	37	Eisen- und Stahlabfälle und -schrott			
	38	NE-Metallerze, -abfälle und -schrott	9		<b>Sonstige Halb- und Fertigwaren sowie besondere Transportgüter</b>
4		<b>Kohle, Mineralöl und Destillationserzeugnisse</b>		91	Sonstige Halb- und Fertigwaren
	41	Steinkohle, Steinkohlenbriketts und -koks		95	Gebrauchte Verpackungen
	42	Braunkohle, Braunkohlenbriketts und -koks, Torf		97	Umzugsgut, Baugeräte, Zirkusgut u. ä.
				99	Sammel- und Stückgut, sonstige Transportgüter

# Systematisches Güterverzeichnis für den Privaten Verbrauch

(Ausgabe 1962)

## Hauptgruppen

(in der Gliederung nach dem Verwendungszweck<sup>1)</sup>)

Hauptgruppe	Bezeichnung	Hauptgruppe	Bezeichnung
0/1	Nahrungs- und Genußmittel (einschl. Verzehr in Gaststätten)	7	Waren und Dienstleistungen für die Körper- und Gesundheitspflege (soweit nicht in sonstigen Hauptgruppen enthalten)
2	Kleidung, Schuhe	8	Waren und Dienstleistungen für Bildungs- und Unterhaltungszwecke (soweit nicht in sonstigen Hauptgruppen enthalten)
3	Wohnungsmieten u. ä.	9	Persönliche Ausstattung; sonstige Waren und Dienstleistungen
4	Elektrizität, Gas, Brennstoffe u. ä.		
5	Übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung (soweit nicht in sonstigen Hauptgruppen enthalten)		
6	Waren und Dienstleistungen für Verkehrszwecke, Nachrichtenübermittlung		

<sup>1)</sup> Gliederung nach der Dauerhaftigkeit und dem Wert (s. S. 20)

# Systematisches Verzeichnis der Berufsbenennungen

(Ausgabe 1961)

## Berufsabteilungen und Berufsgruppen

Berufsabteilung	Berufsgruppe	Bezeichnung	Berufsabteilung	Berufsgruppe	Bezeichnung
1		<b>Berufe des Pflanzenbaues und der Tierwirtschaft</b>	5		<b>Händels- und Verkehrsberufe</b>
	11	Ackerbauer, Tierzüchter, Gartenbauer		51	Handelsberufe
	12	Forst-, Jagd- und Fischereiberufe		52	Verkehrsberufe
	13	Mithelfende Familienangehörige in der Wirtschaftsabteilung Land- und Forstwirtschaft	6		<b>Berufe des Gaststättenwesens und der privaten Dienstleistung</b>
2/3		<b>Industrielle und handwerkliche Berufe</b>		61	Gaststättenberufe
	21	Bergleute, Mineralgewinner, Mineralaufbereiter		62	Hauswirtschaftliche Berufe
	22	Steinbearbeiter, Keramiker, Glasmacher		63	Reinigungsberufe
	24	Bauberufe		65	Körperpfleger
	25	Metallerzeuger und Metallbearbeiter		67	Dienst- und Wachberufe
	26	Schmiede, Schlosser, Mechaniker und verwandte Berufe	7		<b>Berufe der Verwaltung, des Rechtswesens und der Sozialpflege</b>
	27	Elektriker		71	Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufe
	28	Chemiewerker		72	Rechtswahrer
	29	Kunststoffverarbeiter		73	Ordnungs- und Sicherheitswahrer
	30	Holzverarbeiter und zugehörige Berufe		75	Wehrberufe
	32	Papierhersteller und -verarbeiter		77	Sozialpflegeberufe
	33	Lichtbildner, Drucker und verwandte Berufe	8		<b>Berufe des Gesundheitswesens, Geistes- und Kunstlebens</b>
	34/35	Textilhersteller, Textilverarbeiter, Handschuhmacher		81	Gesundheitsdienstberufe
	36	Lederhersteller, Leder- und Fellverarbeiter		82	Erziehungs- und Lehrberufe
	37	Nahrungs- und Genußmittelhersteller		83	Seelsorger
	38	Warennachseher, Versandfertigtmacher und Lagerverwalter		84	Übrige Berufe der Wissenschaft und des Geisteslebens
	39	Ungelernte Hilfskräfte, soweit nicht an anderer Stelle eingeordnet (Handlanger)		85	Künstlerische Berufe
4		<b>Technische Berufe</b>	9		<b>Arbeitskräfte mit unbestimmtem Beruf</b>
	41	Ingenieure, Techniker und verwandte Berufe		91	Mithelfende Familienangehörige außerhalb der Wirtschaftsabteilung Land- und Forstwirtschaft
	42	Technische Sonderfachkräfte		92	Arbeitskräfte mit nicht bestimmtem Beruf
	43	Maschinisten und zugehörige Berufe			





**Die methodischen Grundzüge**  
Die Hinweise im Kopf der Spalten geben die

	<b>Volks- und Berufszählung 1961</b>  <b>Repräsentative Haushalts- und Familienstatistik</b> (vgl. IA 1b)	<b>Repräsentativstatistik der Bevölkerung</b> (vgl. IA 2)			
		Plan für die Erhebungen von 1957 bis 1961			
		1 ‰-Erhebungen		0,1 ‰-Erhebungen	
<b>Grundlagen der Statistik</b>					
Vorgesehene Ergebnisse	Totalwerte, Anteilswerte, Mittelwerte	Totalwerte, Anteilswerte		Totalwerte, Anteilswerte	
Einsatzstelle	Aufbereitung	Erhebung		Erhebung	
Erhebungseinheit	Haushalt	Haushalt		Haushalt	
Erhebungsvordruck	Fragebogen	Fragebogen		Fragebogen	
Erhebungsverfahren	Selbstaussfüllung	Interview		Interview	
Aufbereitungseinheit	Haushalt bzw. Familie	meist: Person		Person	
<b>Auswahlverfahren</b>					
Stufen	einstufig	zweistufig		zweistufig	
Phasen	einphasig	1. Stufe einphasig	2. Stufe einphasig	1. Stufe zweiphasig	2. Stufe zweiphasig
Auswahleinheit	Zahlbezirk	Gemeinde	Wohnung,	1. Phase Gemeinde (gleich der Stichprobe erster Stufe in der vorangehenden 1 ‰-Erhebung)	2. Phase Gemeinde Wohnung (gleich der Stichprobe zweiter Stufe in der vorangehenden 1 ‰-Erhebung)
Anzahl der Auswahleinheiten	592 000	24 000	16 000 000 <sup>*)</sup>	2700	160 000 <sup>*)</sup>
Auswahlunterlagen	Liste der Zahlbezirke der Volks- und Berufszählung 1961	Lochkartei nach den Ergebnissen der Volks- und Berufszählung 1950	Zählpapiere der Wohnungsstatistik 1956/57 und der Statistik der Baufertigstellungen	Auswahllisten der vorangehenden 1 ‰-Erhebung	Auswahllisten der vorangehenden 1 ‰-Erhebung
Schichtungsmerkmale (Anzahl der Gruppen)	Bundesland (11)	Bundesland (11), Gemeindegrößenklasse (10)	—	Bundesland (11), Gemeindegrößenklasse (11)	—
Anzahl der Schichten <sup>1)</sup>	—	10	1	11	1
Auswahlsatz in den Schichten	10 ‰	3 bis 100 ‰	1 bis 30 ‰	10 bis 100 ‰	10 bis 100 ‰
Anordnung (merkmale)	Kreise, Zahl der Zahlbezirke je Gemeinde	11 Merkmale der Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur der Gemeinden; in den Gruppen regional	regional nach Ablage der Leitlisten der Wohnungszählung vom 25. 9. 1956	nach der Folge bei der Auswahl für die vorangehende 1 ‰-Erhebung	nach der Folge bei der Auswahl für die vorangehende 1 ‰-Erhebung
Anzahl der Anordnungsgruppen <sup>2)</sup>	—	3 bis 50	—	—	—
Auswahltechnik	systematisch	systematisch <sup>3)</sup>	systematisch <sup>4)</sup>	zufällig <sup>7)</sup>	systematisch <sup>4)</sup>
Durchschnittlicher Auswahl-satz <sup>2)</sup>	10 ‰	11 ‰	1 ‰ <sup>*)</sup>	3 ‰ <sup>*)</sup>	0,1 ‰ <sup>*)</sup>
Stichprobenumfang <sup>3)</sup>	59 200 Zahlbezirke	2700 Gemeinden	160 000 <sup>4)</sup> Wohnungen	760 Gemeinden	16 000 <sup>4)</sup> Wohnungen
<b>Hochrechnungsverfahren</b>	freie Hochrechnung bzw. unmittelbare Auswertung	Bildung von Hochrechnungsgruppen, Angleichen je Gruppe an 1 ‰ der Wohnbevölkerung zum Erhebungszeitpunkt durch Doppeln und Streichen auf Zufallsbasis		Anpassung an Strukturzahlen der vorangehenden 1 ‰ Erhebung	
<b>Anmerkungen</b>	—	Von 1957 bis 1961 jährlich im Oktober durchgeführt (ab Oktober 1962 wird ein neuer Stichprobenplan angewandt). — Auswahl für Erhebung im Oktober 1957 aus dem Material der (10 vH) Erhebung der Wohnungsstatistik (zweiphasige Auswahl), d. h. gleiche Stichprobe wie für 1 vH-Stichprobe der Wohnungsstatistik 1956/57.		1958 bis 1961 (ausgenommen 1960 und Januar 1961) jeweils im Januar, April und Juli durchgeführt (ab Januar 1963 wird ein neuer Stichprobenplan angewandt).	

<sup>1)</sup> Je Bundesland. — <sup>2)</sup> Anzahl innerhalb der einzelnen Schichten. — <sup>3)</sup> Gemäß Stichprobenplan. — <sup>4)</sup> Stand Oktober 1960. — <sup>5)</sup> Proportional zur Bevölkerungszahl der summe). — <sup>6)</sup> Gesamtauswahlsatz. — <sup>7)</sup> Im allgemeinen Auswahl von 4 Bezirken aus je 100 (400) aufeinanderfolgenden Wahlbezirken (Zonen).

der Stichprobenstatistiken  
laufende Nummer der Statistik im Katalogteil an

und des Erwerbslebens (Mikrozensus)			Repräsentative Wahlstatistik 1961 (vgl. IF 1)		
Plan für die Erhebungen ab Oktober 1962					
1%-Erhebungen		0,1%-Erhebungen			
Totalwerte, Anteilswerte		Totalwerte, Anteilswerte		Anteilswerte	
Erhebung		Erhebung		Erhebung	
Haushalt		Haushalt		Wahlberechtigter bzw. Wähler	
Fragebogen		Fragebogen		Wählerlisten bzw. Stimmzettel	
Interview		Interview		Ausfüllung durch Wahlbehörden bzw. durch Wähler	
meist: Person		Person		Wahlberechtigte bzw. Stimmzettel	
einstufig		einstufig		einstufig	
zweiphasig		dreiphasig		einphasig	
1. Phase	2. Phase	1. Phase	2. Phase	3. Phase	
Zählbezirk	Zahlbezirk	Zählbezirk	Zahlbezirk	Zählbezirk	Wahlbezirk
entspricht der 10%-Stichprobe für die Haushalts- und Familienstatistik im Rahmen der Volks- und Berufszählung 1961)	59 200	(entspricht der 10%-Stichprobe für die Haushalts- und Familienstatistik im Rahmen der Volks- und Berufszählung 1961)	(entspricht einem Drittel der Stichprobe für die vorangehende 1%-Erhebung)	1980	52 471
	Kartei der Zahlbezirke in der 10%-Stichprobe			Liste der Zahlbezirke in der 1%-Stichprobe	Ergebnisse der Bundestagswahlen 1953 und 1957
	Bundesland (11), Gemeindegrößenklasse (10), Anzahl der Zahlbezirke je Gemeinde (22)			Bundesland (11), Gemeindegrößenklasse (10)	Bundesland (10), Gemeindegrößenklasse (7)
	202			10	7
	10%			30%	1 bis 4%
	regional, je Gemeinde nach der Zahl der Gebäude im Zahlbezirk			entspricht der Anordnung in der 1%-Stichprobe	Stimmanteil der CDU/CSU, der SPD und der DP (bzw. BP) im Jahre 1953
	—			—	21 bis 63
	systematisch			systematisch	systematisch*)
	1%*)			0,1%*)	2,1%
	5930 Zahlbezirke			593 Zahlbezirke	1126 Wahlbezirke
freie Hochrechnung, Ergänzen von Antwortausfällen durch Doppeln auf Zufallsbasis		Anpassung an Strukturzahlen der vorangehenden 1%-Erhebung		freie Hochrechnung je Land	
Soll ab 1962 jeweils im Oktober durchgeführt werden. — Sonderregelung für Zahlbezirke mit Anstalten und für 1961 unbewohnte Flächen. — Berücksichtigung der Zahlbezirksgröße durch systematischen Austausch von Zahlbezirken bei Gemeinden mit 2 bis 20 Zahlbezirken. — Systematische Aufteilung der geordneten Stichprobe in Drittel zur Vorbereitung der Rotation von Zahlbezirken.		Soll ab 1963 jeweils im Januar, April und Juli durchgeführt werden		Im wesentlichen gleiche Stichprobe wie für die repräsentative Wahlstatistik 1957. — Austausch von Wahlbezirken in Gemeinden unter 500 Einwohnern gegen Wahlbezirke in Gemeinden von 500 bis unter 1000 Einwohnern.	

Gemeinden 1950. — \*) Stichprobe ist selbstgewichtet. — \*) Innerhalb von Zonen (Gruppen von Gemeinden in der Anordnung bei der 1 %<sub>0</sub>-Auswahl mit gleicher Richtgrößen-

noch: Die methodischen Grundzüge  
Die Hinweise im Kopf der Spalten geben die

	Arbeitskräfteerhebung 1960/61 — Nacherhebung zur Landwirtschaftszählung 1960 — (vgl. IIA 5b)	Bodennutzungserhebungen (vgl. II B  in Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Bayern und Saarland	
Grundlagen der Statistik			
Vorgesehene Ergebnisse	Totalwerte, Anteilswerte	Totalwerte	
Einsatzstelle	Erhebung	Erhebung	
Erhebungseinheit	landwirtschaftlicher Betrieb	landwirtschaftlicher Betrieb	
Erhebungsvordruck	Betriebsheft	Fragebogen	
Erhebungsverfahren	Selbstaussfüllung	Selbstaussfüllung	
Aufbereitungseinheit	Person	landwirtschaftlicher Betrieb	
Auswahlverfahren			
Stufen	einstufig	zweistufig	
Phasen	einphasig	1. Stufe einphasig	2. Stufe einphasig
Auswaleinheit	Betrieb	Gemeinde	landwirtschaftlicher Betrieb
Anzahl der Auswaleinheiten	1 760 000	21 000	1 400 000
Auswahlunterlagen	Betriebsbogen der Landwirtschafts- zählung 1960	Ergebnisse der Bodennutzungs- haupterhebung 1960	Hilfslisten der Bodennutzungs- haupterhebung 1960
Schichtungsmkmale (Anzahl der Gruppen)	Bundesland (8), Hauptbetriebs- arten (3), landwirtschaftliche Nutz- fläche (9) bzw. Waldfläche (4 oder 5), Bodennutzungssysteme (14), familienfremde Arbeitskräfte (2)	Bundesland (7), Regierungsbezirk <sup>1)</sup> (1 bis 8), gewogener Durchschnitt der Anbauflächen besonderer Fruchtartgruppen (3)	landwirtschaftliche Nutzfläche (3)
Anzahl der Schichten <sup>1)</sup>	77 oder 78	3 bis 24	3
Auswahlsätze in den Schichten	2 bis 100%	25%, 50%, 100%	10%, 25%, 100% <sup>2)</sup>
Anordnung(smerkmale)	regional nachAblage der Zählpapiere	nach der Größe der landwirtschaft- lichen Nutzfläche	regional nach Ablage der Zählpapiere
Anzahl der Anordnungsgruppen <sup>3)</sup>	—	—	—
Auswahltechnik	systematisch	systematisch	systematisch
Durchschnittlicher Auswahlsatz <sup>3)</sup>	3%	35% <sup>4)</sup>	7% <sup>4)</sup>
Stichprobenumfang <sup>3)</sup>	50 000 Betriebe	7 400 Gemeinden	105 000 Betriebe
Hochrechnungsverfahren	freie Hochrechnung, für einige Merk- male Verhältnisschätzung	Verhältnisschätzung	freie Hochrechnung
Anmerkungen	Monatlich von November 1960 bis Oktober 1961 durchgeführt. —  Zwei Stichproben zu je 3% monat- lich alternierend.	—	—

<sup>1)</sup> Je Bundesland. — <sup>2)</sup> Anzahl innerhalb der einzelnen Schichten. — <sup>3)</sup> Gemäß Stichprobenplan. — <sup>4)</sup> Gleicher Stichprobenplan für Vor-, Haupt- und Nacherhebungen. —  
nal zur Anbaufläche der jeweiligen Fruchtartgruppe im Kreis. — <sup>10)</sup> Gesteuert auf proportionale Erfassung von Betrieben in 3 Größenklassen der Nutzfläche. — <sup>11)</sup> Zusätzlich

der Stichprobenstatistiken  
laufende Nummer der Statistik im Katalogteil an

1961 und 1962 *) 1 a, b, c)		Nachprüfung der Bodennutzungserhebungen  (vgl. IIB 1 a, b)	Obstbaumzählung 1958 (vgl. IIB 2)	
in Baden-Württemberg			in Niedersachsen, Nord- rhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz und Bayern	in Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg
Totalwerte		Berichtigungsfaktoren	Totalwerte	
Erhebung		Erhebung	Erhebung	
landwirtschaftlicher Betrieb		landwirtschaftlicher Betrieb	Grundstück	
Fragebogen		Betriebsbogen	Zahlbezirksliste	
Selbstaussfüllung		Ausfüllung durch Kommission	Ermittlung durch Zähler	
landwirtschaftlicher Betrieb		landwirtschaftlicher Betrieb	Obstbaum	
zweistufig		zweistufig	einstufig	einstufig
1. Stufe	2. Stufe	1. Stufe	2. Stufe	einphasig
einphasig	einphasig	einphasig	einphasig	einphasig
Gemeinde	landwirtschaftlicher Betrieb	Gemeinde	landwirtschaftlicher Betrieb	Gemeinde
3 400	360 000	24 000	1 500 000	19 300
Ergebnisse der Boden- nutzungshaupterhebung 1960	Hilfslisten der Boden- nutzungshaupterhebung 1960	Ergebnisse der landwirt- schaftlichen Betriebs- zählung 1949	Bodennutzungsvor- erhebung im Berichtsjahr	Ergebnisse der Obst- baumzählung 1951
Anbaufläche je einer von 12 Fruchtartgruppen (3)	Anbaufläche besonderer Fruchtartgruppen in be- stimmten Gemeinden (2)	Bundesland (7), Landkreise (20 bis 140)	—	Bundesland (5), Obst- bäume insgesamt (9); in NRW: Landesteil (2), Obstbäume je ha Gemeindefläche (5)
36	2	20 bis 140	1	9 bzw. 10
6 bis 100%	1 bis 10%	2 bis 9%	1 bis 20%	1 bis 100%
Kreise	—	—	—	Kreise, weiter nach der üblichen regionalen Anordnung
bis 70	—	—	—	bis 140
zufällig*)	zufällig	zufällig	zufällig <sup>10)</sup>	systematisch
fast 100%	7% <sup>8)</sup>	4%	0,2% <sup>8)</sup>	11%
3 400	25 000	960	2 700	2000
Gemeinden	Betriebe	Gemeinden	Betriebe	Gemeinden
separate Verhältnisschätzung, gebunden an die Anbau- fläche 1960 je Fruchtartgruppe		kombinierte Verhältnisschätzung von Flächen- differenzen, gebunden an Ackerfläche im Berichts- jahr		kombinierte Verhältnis- schätzung (in NRW: Differenzschätzung), gebunden an Zahl der Obstbäume 1951
separate Verhältnis- schätzung, gebunden an Zahl der Obstbäume 1951		separate Verhältnisschätzung, gebunden an die Anbau- fläche 1960 je Fruchtartgruppe		—
Stichprobe besteht aus 12 unabhängigen Teilstich- proben. Endgültige Ergebnisse durch gewichtete Zu- sammenfassung der Teilergebnisse.		Für die Jahre 1949, 1952 und 1954 bis 1957 sowie für 1960 durchgeführt.		—

\*) In Schleswig-Holstein: Naturraum (4). — \*) Im Saarland: 45%. — \*) Im Saarland: 20%, 50%, 100%. — \*) Gesamtauswahlsatz. — \*) Mit Wahrscheinlichkeiten proportio-  
3200 Betriebe mit geschlossenen Obstanlagen in Schleswig-Holstein.

	<b>Besondere</b> (vgl. II B 5)			
	Probesschnitte und Proberodungen			
<b>Grundlagen der Statistik</b>				
Vorgesehene Ergebnisse	Verhältnisswerte (Erntemenge/Fläche in dz/ha)			
Einsatzstelle	Erhebung			
Erhebungseinheit	Probestück			
Erhebungsvordruck	Berichtsbogen			
Erhebungsverfahren	Probenahme durch Kommission			
Aufbereitungseinheit	Feld			
<b>Auswahlverfahren</b>				
Stufen	vierstufig			
Phasen	1. Stufe	2. Stufe	3. Stufe	4. Stufe
Auswahleinheit	einphasig	einphasig	einphasig	einphasig
Anzahl der Auswahleinheiten	Gemeinde	landwirtschaftlicher Betrieb	Feld mit Anbau der Fruchtart	Probestück
Auswahlunterlagen	24 000	1 100 000	—	—
Schichtungsmerkmale (Anzahl der Gruppen)	Ergebnisse der jeweils letzten totalen Bodennutzungshaupterhebung	Hilfslisten der jeweils letzten totalen Bodennutzungshaupterhebung	Auskunft des Betriebsinhabers	—
Anzahl der Schichten <sup>1)</sup>	Bundesland (7) <sup>4)</sup>	—	—	—
Auswahlsätze in den Schichten	1	1	1	1
Anordnungsmerkmale	etwa 20%	—	—	—
Anzahl der Anordnungsgruppen <sup>2)</sup>	Kreise, weiter nach der üblichen regionalen Anordnung	—	—	—
Auswahltechnik	20 bis 40	—	—	—
Durchschnittlicher Auswahlsatz <sup>3)</sup>	systematisch <sup>4)</sup>	zufällig <sup>5)</sup>	zufällig	systematisch
Stichprobenumfang <sup>6)</sup>	—	—	—	(0,001% der Fläche) <sup>7)</sup>
	500 bis 1400 Gemeinden <sup>8)</sup>	1000 bis 2800 Betriebe <sup>9)</sup>	1000 bis 2800 Felder <sup>7)</sup>	5000 bis 14 000 Probestücke <sup>7)</sup>
<b>Hochrechnungsverfahren</b>	Berechnung der durchschnittlichen Erträge als ungewichteter Mittelwert der auf den Probestücken ermittelten Erträge			
<b>Anmerkungen</b>	Jährlich durchgeführt seit 1948. — Ermittlungen für Winterroggen, Winterweizen und Spätkartoffeln sowie — seit 1953 in Süddeutschland — für Sommergerste.			

<sup>1)</sup> Je Bundesland. — <sup>2)</sup> Anzahl innerhalb der einzelnen Schichten. — <sup>3)</sup> Gemäß Stichprobenplan. — <sup>4)</sup> Im Saarland nach einem anderen Stichprobenplan durchgeführt. — <sup>5)</sup> Mit sachsen, Nordrhein-Westfalen, Hessen und Baden-Württemberg. — <sup>6)</sup> In Niedersachsen. — <sup>7)</sup> In Niedersachsen 90.

der Stichprobenstatistiken  
laufende Nummer der Statistik im Katalogteil an

Ernteermittlung	Viehzwischen- zählungen (vgl. IIC 1 b)	Nachprüfung der Viehzählungen		Milcherzeugungs- und -verwendungs- statistik (vgl. II C 5)	
Volldrusche und Vollrodungen		im Dezember (vgl. IIC 1 a)	im Juni (vgl. IIC 1 b)		
Verhältnismerte von Erträgen	Totalwerte	Systematische Fehler der Erhebung		Totalwerte	
Erhebung	Erhebung	Erhebung		Erhebung	
Feld	Viehhaltung	Viehhaltung		Kuhhaltung	
Berichtsbogen	Zählflächenliste	Zählflächenliste		Fragebogen	
Ermittlung durch Kommission	Ermittlung durch Zähler	Ermittlung durch Prüfer		Interview oder Selbstausfüllung	
Feld	Tier, Tierhaltung	Tier		Betrieb	
einstufig	einstufig	einstufig	einstufig	einstufig	
zweiphasig		einphasig	zweiphasig		
1. Phase	2. Phase		1. Phase	2. Phase	
Feld mit Anbau der Fruchtart (entspricht der Auswahl von Feldern für die Probeschnitte und Proberodungen)	Feld mit Anbau der Fruchtart  1000 bis 2800 <sup>7)</sup>  Anschriftenlisten für Probeschnitte und Proberodungen  Bundesland (7) <sup>4)</sup>  1 15 <sup>9)</sup> — — zufällig — 150 bis 400 Felder <sup>7)</sup>	Zählfläche  100 000  Liste oder Kartei der Zählflächen  Bundesland (7), Zahl der Zuchtsauen (3), Zahl der Kühe (4 oder 5) <sup>8)</sup> , Zahl der Schafe (6) <sup>9)</sup>  3 bis 15 <sup>10)</sup> 5 bis 50 <sup>9)</sup> Kreise, weiter nach der üblichen regionalen Anordnung 20 bis 140 systematisch 12 <sup>9)</sup> 12 000 Zählflächen	Zählfläche  100 000  Liste oder Kartei der Zählflächen  Bundesland (7), Zahl der Zuchtsauen (3)  3 0,3 bis 0,8 <sup>9)</sup> Kreise, weiter nach der üblichen regionalen Anordnung 20 bis 140 systematisch 0,4 <sup>9)</sup> 400 Zählflächen	Zählfläche  12 000  Liste oder Kartei der Zählflächen für geprüfte Erhebung  Bundesland (7), Zahl der Zuchtsauen (3)  3 1 bis 15 <sup>9)</sup> Kreise, weiter nach der üblichen regionalen Anordnung 20 bis 140 systematisch 0,4 <sup>9)</sup> 400 Zählflächen	Kuhhaltung  1 200 000  Zählflächenlisten der Viehzählung im Dezember des Vorjahres  Bundesland (7), Zahl der Milchkühe  4 oder 5 0,1 bis 10 <sup>9)</sup> Kreise, Gemeinden weiter nach der Anordnung der Zählflächenliste bis 7000 systematisch 0,4 <sup>9)</sup> 5000 Betriebe
Berechnung von »Korrektiven« (Verhältnismerte zur Verbesserung der mit Probeschnitten bzw. Proberodungen ermittelten Ertragswerte)	Schweine, Schafe: freie Hochrechnung; Rindvieh: freie Hochrechnung <sup>8)</sup> bzw. separate Verhältnisschätzung, gebunden an Rinderzahlen aus der vorangegangenen Zählung im Dezember	Kombinierte Verhältnisschätzung, gebunden an Viehzahlen der geprüften Erhebung		Freie Hochrechnung und Verhältnisschätzung, gebunden an die Zahl der Kühe im Dezember des Vorjahres	
Vgl. Anmerkungen zu Probeschnitten und Proberodungen.	Laufend durchgeführt im März und September seit 1954, seit 1956 auch im Juni.	Seit 1956 in jedem zweiten Jahr durchgeführt.		Ab Frühjahr 1960 monatlich probeweise durchgeführt.	

Wahrscheinlichkeiten proportional zur Anbaufläche der jeweiligen Fruchtart. — <sup>8)</sup> Mit Ausgleich nach 2 Betriebsgrößenklassen im Kreis. — <sup>7)</sup> Je Fruchtart. — <sup>9)</sup> In Nieder-

noch: Die methodischen Grundzüge  
Die Hinweise im Kopf der Spalten geben die

	Jahreserhebung der Nettoleistung der Industrie 1954 (vgl. IV A 3)	Handwerks- berichterstattung (vgl. IV E 3)	Wohnungs-  Repräsentative (10 vH) Erhebung 1956 (vgl. V 1a)
<b>Grundlagen der Statistik</b> Vorgesehene Ergebnisse Einsatzstelle Erhebungseinheit Erhebungsvordruck Erhebungsverfahren Aufbereitungseinheit	Totalwerte Erhebung Unternehmen Fragebogen Selbstaussfüllung Unternehmen	Verhältnisswerte, Totalwerte Erhebung Handwerksbetrieb Fragebogen Selbstaussfüllung Betrieb	Totalwerte Erhebung Wohnpartei Haushaltungsliste Selbstaussfüllung meist: Wohnpartei
<b>Auswahlverfahren</b>  Stufen  Phasen  Auswahleinheit Anzahl der Auswahleinheiten Auswahlunterlagen  Schichtungsmerkmale (Anzahl der Gruppen)  Anzahl der Schichten <sup>1)</sup> Auswahlsätze in den Schichten Anordnung(smerkmale)  Anzahl der Anordnungsgruppen <sup>2)</sup> Auswahltechnik Durchschnittlicher Auswahlsatz <sup>3)</sup> Stichprobenumfang <sup>4)</sup>	einstufig  einphasig  Unternehmen 48 300 Unternehmenskartei  Bundesland (9), Industriezweige (80), Zahl der Beschäftigten (2)  142 10 bis 100% Zahl der Beschäftigten  — systematisch 22% 10 700 Unternehmen	einstufig  einphasig  Betrieb 660 000 Fragebogen der Hand- werkszählung 1956, Handwerksrollen  Bundesland (11), Handwerkszweige (38), Zahl der Beschäftigten (bis 6), Neugründungen (1)  243 0,2 bis 100% Reihenfolge der Ablage der Fragebogen  — systematisch etwa 4% 26 000 Betriebe	einstufig  einphasig  Wohnung 14 000 000 Leitlisten der Totalzählung  Bundesland (10)  1 10% regional nach den Leitlisten der Totalzählung  — systematisch <sup>4)</sup> 10% 1 400 000 Wohnungen
<b>Hochrechnungsverfahren</b>	separate Verhältnisschätzung, gebunden an Gesamtwert des Materialeingangs aus Haupterhebung	Verhältnisswerte: freie Hochrechnung von Zahler und Nenner Totalwerte: meist kombinierte Verhältnis- schätzung, gebunden an die Total- werte der Handwerkszählung 1956	Bildung von Hochrechnungs- gruppen, Angleichen je Gruppe an die Ergebnisse der Total- zählung durch Umsetzen auf Zufallsbasis
<b>Anmerkungen</b>	Die repräsentative Ergänzungs- erhebung wurde auf totale Haupt- erhebung aufgestockt.	Ab Herbst 1960 vierteljährlich durchgeführt.	Erhebung erfolgte im Rahmen der Totalzählung.

<sup>1)</sup> Je Bundesland. — <sup>2)</sup> Anzahl innerhalb der einzelnen Schichten. — <sup>3)</sup> Gemäß Stichprobenplan. — <sup>4)</sup> Je Zahlbezirk mit besonderem Startpunkt. — <sup>5)</sup> Im Monatsdurchschnitt



der Stichprobenstatistiken  
laufende Nummer der Statistik im Katalogteil an

statistik 1956/57			Handels- und Gast- stättenzählung 1960 — Repräsentative Er- gänzungserhebung — (vgl. VI A 1)	Gaststättenstatistik (vgl. VI A 6)	Außenhandelsstatistik — Ausfuhr — (vgl. VI B 1)
Repräsentative (1 vH) Zusatzerhebung 1957 (vgl. V 1 b)					
Anteilswerte, Mittelwerte Erhebung Wohnpartei Fragebogen Interview meist: Wohnpartei			Totalwerte Erhebung Unternehmen Fragebogen Selbstaussfüllung Unternehmen	Verhältniswerte Erhebung Betrieb Meldekarte Selbstaussfüllung Betrieb	Totalwerte Aufbereitung — Ausfuhrmeldung Selbstaussfüllung Außenhandelsfall
1. Stufe	zweistufig		einstufig	einstufig	einstufig
	2. Stufe zweiphasig		einphasig	einphasig	einphasig
	1. Phase Gemeinde (gleich der Stichprobe erster Stufe für die 1 vH-Erhebung des Mikrozensus im Oktober 1957)	2. Phase Wohnung (gleich der Stichprobe für die 10 vH-Erhebung der Wohnungszählung 1956/57)	Unternehmen 850 000 Material der totalen Grunderhebung  Bundesland (10), Wirtschaftsklassen (217), Umsatzgrößenklassen (4 oder 5)	Unternehmen 162 000 Unterlagen der Handels- und Gaststättenzählung 1960, sowie der Gewerbe- ämter  Bundesland (11), Betriebs- arten (9), Umsatz- größenklassen (4 bis 7), Neugründungen (4)	Ausfuhrmeldung etwa 1 000 000*) —  Ausfuhrwert (3)
		Leitlisten der Total- zählung  Bundesland (10)  1 10% regional nach den Leitlisten der Totalzählung — nach Schlußziffern 1% 140 000 Wohnungen	965 1 bis 100%  — systematisch 12,5% 105 000 Unternehmen	54 0,5 bis 100%  Zahl der Beschäftigten (2), Regierungsbezirk (bis zu 8), Stadt- oder Landkreis (2)  bis zu 32 systematisch 8% 14 500 Unternehmen	3 0% und 100% — — — etwa 60%*) 600 000*) Ausfuhrmeldungen
unmittelbare Auswertung des Materials ohne Angleichung			freie Hochrechnung	freie Hochrechnung von Zahler und Nenner der Verhältniswerte	Fälle unter 280 DM werden weggelassen, dafür Fälle von 280 bis 500 DM doppelt einbezogen
Gleiche Stichprobe wie für die 1%-Mikrozensus-erhebung im Oktober 1957. — Die Stichprobe für die repräsentative (1 vH) Zusatzerhebung 1960 wurde durch 50%-Unterauswahl aus den Wohnungen gewonnen, die in die 1%-Mikro- zensuserhebungen 1958 und 1959 einbezogen worden sind (zusammen etwa 160 000 Wohnungen).				Erster Erhebungsmonat Januar 1962; im Saarland bereits ab Januar 1961.	Das »Dopplungsverfahren« wird seit Januar 1958 monatlich angewandt.

1961. — \*) Vgl. Hochrechnungsverfahren.

noch: Die methodischen Grundzüge  
Die Hinweise im Kopf der Spalten geben die

	Statistik des gewerblichen Güterfernverkehrs mit Kraftfahrzeugen (vgl. VII C 6c)	Statistik des Werkfernverkehrs mit Kraftfahrzeugen (vgl. VII C 6d)	Statistik der Kraftfahrzeugfahrleistungen im Jahr 1959 (vgl. VII C 9)	Verkehrszensus — Werkverkehr — (vgl. VII F 1)
<b>Grundlagen der Statistik</b> Vorgesehene Ergebnisse Einsatzstelle Erhebungseinheit Erhebungsvordruck Erhebungsverfahren Aufbereitungseinheit	Totalwerte Aufbereitung Beförderungsfall Frachtbrief Selbstaussfüllung Beförderungsfall	Totalwerte Aufbereitung Beförderungsfall Nachweis über Beförderungsleistung Selbstaussfüllung Beförderungsfall	Totalwerte Erhebung, Fahrzeug Fragekarte Selbstaussfüllung Fahrzeug	Totalwerte Erhebung Unternehmen Fragebogen Selbstaussfüllung Unternehmen
<b>Auswahlverfahren</b> Stufen Phasen Auswahleinheit Anzahl der Auswahleinheiten Auswahlunterlagen Schichtungsmerkmale (Anzahl der Gruppen) Anzahl der Schichten Auswahlsätze in den Schichten Anordnung(smerkmale) Anzahl der Anordnungsgruppen <sup>1)</sup> Auswahltechnik Durchschnittlicher Auswahlsatz <sup>2)</sup> Stichprobenumfang <sup>3)</sup>	einstufig einphasig Frachtbrief etwa 700 000 <sup>3)</sup> Eingesandte Frachtbriefe Frachtenprüfstellen 27 <sup>4)</sup> 20 <sup>1/2</sup> % <sup>4)</sup> Reihenfolge des Eingangs der Frachtbriefe — systematisch 20 <sup>1/2</sup> % <sup>4)</sup> 140 000 Beförderungsfälle	einstufig einphasig Beförderungsfall etwa 700 000 <sup>3)</sup> Eingesandte Nachweise über Beförderungsleistungen — 1 <sup>4)</sup> 20 <sup>1/2</sup> % <sup>4)</sup> Reihenfolge des Eingangs der Nachweisungen, weiter nach Anordnung auf den Nachweisungen — systematisch 20 <sup>1/2</sup> % <sup>4)</sup> 140 000 Beförderungsfälle	einstufig einphasig Fahrzeug 9 600 000 Fahrzeugsbestandskartei, Fahrgestellkartei Fahrzeuggruppe (24), Beruf bzw. Gewerbe des Fahrzeughalters (12) 277 <sup>4)</sup> 0,25 bis 100% Baujahrguppen, Standort, Antriebsart, weiter nach der Anordnung der Kartei 55 bzw. 110 systematisch 2,1% 200 000 Fahrzeuge %	einstufig einphasig Arbeitsstätten 1 200 000 Unterlagen der Landwirtschaftszählung 1960 und der Arbeitsstättenzählung 1961 Bundesland (11), Wirtschaftsabteilung bzw. -unterabteilung (21), Zahl der Fahrzeuge (3) 63 <sup>4)</sup> 5 bis 100% Wirtschaftsgruppe (bis zu 15), Zahl der Beschäftigten (4), Zahl der Fahrzeuge (8) bis zu 480 systematisch 12% 145 000 Arbeitsstätten
<b>Hochrechnungsverfahren</b>	freie Hochrechnung	freie Hochrechnung	Doppeln der echten Ausfälle, freie Hochrechnung	freie Hochrechnung
<b>Anmerkungen</b>	Monatlich durchgeführt seit Januar 1954.			—

<sup>1)</sup> Anzahl innerhalb der einzelnen Schichten. — <sup>2)</sup> Gemäß Stichprobenplan. — <sup>3)</sup> Im Monatsdurchschnitt 1961. — <sup>4)</sup> Im Bundesgebiet einschließlich Saarland und Berlin  
<sup>5)</sup> Gesamtauswahlsatz.

der Stichprobenstatistiken  
laufende Nummer der Statistik im Katalogteil an

Statistik der Kosten und Leistungen im Güterverkehr im Jahre 1959  
(vgl. VII F 2)

Güterverkehr mit Kraftfahrzeugen			Güterverkehr mit Binnenschiffen		Güterverkehr mit Eisenbahnen
Fahrzeugerhebung	Unternehmenserhebung		Unternehmens- erhebung	Fahrzeugerhebung	
Totalwerte	Totalwerte		Totalwerte	Totalwerte	Totalwerte
Erhebung	Erhebung		Erhebung	Erhebung	Erhebung
Fahrzeug	Unternehmen		Unternehmen	Fahrzeug	Unternehmen
Fragebogen	Fragebogen		Fragebogen	Fragebogen	Fragebogen
Selbstaussfüllung meist: Fahrzeug	Selbstaussfüllung Unternehmen		Selbstaussfüllung Unternehmen	Selbstaussfüllung meist: Fahrzeug	Selbstaussfüllung Unternehmen
einstufig	einstufig		einstufig	zweistufig	
einphasig	zweiphasig		einphasig	1. Stufe einphasig	2. Stufe einphasig
Fahrzeug	1. Phase Motorfahrzeug (gleich der Auswahl für die Fahrzeugerhebung)	2. Phase Motorfahrzeug*)	Unternehmen	Unternehmen (gleich der Auswahl für die Unternehmens- erhebung)	Binnenschiff
850 000		7 200	3 700		7 300
Fahrzeugbestands- kartei, Fahrgestellkartei		Lochkarten der Stichprobe der ersten Phase	Unternehmenskartei		Schiffskartei
Fahrzeuggruppe (12), Gewerbebezweig (35 bzw. 17)		Fahrzeuggruppe (6), Gewerbebezweig (2)	Zahl der Schiffe (4)		Zahl der Schiffe (4), Schiffe im Werk- verkehr (1)
312 <sup>7)</sup>		12 <sup>7)</sup>	4 <sup>7)</sup>		5 <sup>7)</sup>
2 bis 100%		3 bis 100%	25 bis 100%		20 und 25%
—		—	Besitz von Tankschiffen, Zahl der Schiffe, Zahl der Motorschiffe		Unternehmens- zugehörigkeit
—		—	2		—
zufällig		zufällig	systematisch		systematisch
10%		3% <sup>*)</sup>	30%		23%
85 000 Fahrzeuge		3 300 Fahrzeuge (entsprechend 3200 Unternehmen)	1100 Unternehmen		1700 Binnenschiffe
84 Unternehmen					
Doppeln der echten Ausfälle, freie Hochrechnung	freie Hochrechnung unter Berücksichti- gung der unterschied- lichen Auswahlwahr- scheinlichkeiten für Unternehmen		freie Hochrechnung	freie Hochrechnung	
Einteilung der Stichprobe in 26 Unterstichproben für die 26 Erhebungswochen im Jahr 1959.	—	—	Kontrolle der Auswahl.	Kontrolle der Auswahl. — Einteilung der Stichprobe in 4 Unterstichproben für die 4 Erhebungsquartale im Jahr 1959.	
				Angaben über Fahr- zeuge werden von den Unternehmen auf Grund ihrer Betriebsstatistik zusammengestellt.	

(West). — <sup>\*)</sup> Seit Januar 1962. — <sup>\*)</sup> Je Bundesland. — <sup>7)</sup> Im Bundesgebiet (ohne Saarland) einschließlich Berlin (West). — <sup>\*)</sup> Motorfahrzeuge des gewerblichen Verkehrs. —

noch: Die methodischen Grundzüge  
Die Hinweise im Kopf der Spalten geben die

	Zusatzstatistik über die öffentliche Fürsorge (vgl. IX C 1)	Statistik über die sozialen Verhältnisse der Renten- und Unterstützungsempfänger (vgl. IX C 3)		Lohnsteuerstatistik 1957 (vgl. X B 3)	Lohnsteuerstatistik 1961 (vgl. X B 3)
		Teil 1	Teil 2		
<b>Grundlagen der Statistik</b>					
Vorgesehene Ergebnisse	Totalwerte, Anteile, Mittelwerte	Totalwerte, Mittelwerte	Totalwerte, Mittelwerte	Totalwerte	Totalwerte
Einsatzstelle	Erhebung	Erhebung	Erhebung	Aufbereitung	Aufbereitung
Erhebungseinheit	Fürsorgeverband <sup>4)</sup>	Dienststelle der Sozialeinrichtungen	Haushalt	Lohnsteuerpflichtiger	Lohnsteuerpflichtiger
Erhebungsvordruck	Zahlblatt	Zahlblatt	Fragebogen	Lohnsteuerkarte	Lohnsteuerkarte
Erhebungsverfahren	Aktenauszug	Aktenauszug	Interview	Ausfüllung durch Behörden und Arbeitgeber	Ausfüllung durch Behörden und Arbeitgeber
Aufbereitungseinheit	lfd. unterstützte Partei	Sozialleistungsfälle und -empfänger	Haushalt	Lohnsteuerpflichtiger	Lohnsteuerpflichtiger
<b>Auswahlverfahren</b>					
Stufen	einstufig	einstufig		einstufig	einstufig
Phasen	einphasig	zweiphasig		einphasig	einphasig
		1. Phase	2. Phase		
Auswahlseinheit	lfd. unterstützte Partei	Sozialleistungsfall	künstlicher Klumpen <sup>4)</sup>	Lohnsteuerkarte	Lohnsteuerkarte
Anzahl der Auswahlseinheiten	etwa 510 000	14 000 000	9 400	17 500 000	etwa 20 000 000
Auswahlunterlagen	Unterlagen der Fürsorgeverbände	Unterlagen der Sozialeinrichtungen	Unterlagen über Sozialleistungsempfänger aus Teil 1 der Erhebung	eingesandte Lohnsteuerkarten	eingesandte Lohnsteuerkarten
Schichtungsmerkmale (Anzahl der Gruppen)	—	—	—	Bundesland (10), Bruttolohngruppen (5 bzw. 11)	Bundesland (11), Bruttolohngruppen (12), Steuerklassen (17)
Anzahl der Schichten <sup>1)</sup>	1	1	1	5 bzw. 11	204
Auswahlsätze in den Schichten	10‰	etwa 5‰	20‰	0,5 bis 100‰	0,5 bis 100‰
Anordnung(smerkmale)	Bundesland, Art des Fürsorgeverbandes, weiter nach regionaler Anordnung der Verbände	—	regionale Anordnung von Gemeinden	Reihenfolge des Materials bei Einsendung	Kreise, weiter nach der Reihenfolge des Materials bei Einsendung
Anzahl der Anordnungsgruppen <sup>2)</sup>	30	—	—	—	bis 70
Auswahltechnik	nach Namensanfang <sup>6)</sup>	nach Namensanfang	systematisch	systematisch	systematisch
Durchschnittlicher Auswahl-satz <sup>3)</sup>	10‰	etwa 5‰	20‰	2,5‰	
Stichprobenumfang <sup>3)</sup>	51 000 laufend unterstützte Parteien	700 000 Sozialleistungsfälle	1 880 Klumpen <sup>4)</sup> (entsprechen 94 000 Sozialleistungsempfängern)	460 000 Lohnsteuerkarten	
<b>Hochrechnungsverfahren</b>	freie Hochrechnung	freie Hochrechnung auf die Gesamtzahl der Sozialleistungsfälle	Doppeln und Streichen von Haushalten auf Zufallsbasis, anschließend freie Hochrechnung	freie Hochrechnung auf die Menge der erfaßten Lohnsteuerkarten	freie Hochrechnung auf die Menge der erfaßten Lohnsteuerkarten
<b>Anmerkungen</b>	In den Jahren 1956 bis 1961 sind 4 Erhebungen durchgeführt worden.	Bei der Aufbereitung wurden die Sozialleistungsfälle zu Sozialleistungsempfängern zusammengeführt.	—	—	Stichprobenplan noch in Arbeit.

<sup>1)</sup> Je Bundesland. — <sup>2)</sup> Soweit Schichten gebildet sind: Anzahl innerhalb der einzelnen Schichten. — <sup>3)</sup> Gemäß Stichprobenplan. — <sup>4)</sup> Auskunftstellen. — <sup>5)</sup> Jedem zehnten <sup>6)</sup> Im Dienstleistungsbereich: Dienstleistungsbetrieb. — <sup>7)</sup> Im Erwerbsgartenbau: Gartenbaubetrieb, in der Forstwirtschaft: Forstbetrieb. — <sup>10)</sup> In der Landwirtschaft. — <sup>11)</sup> In

der Stichprobenstatistiken  
laufende Nummer der Statistik im Katalogteil an

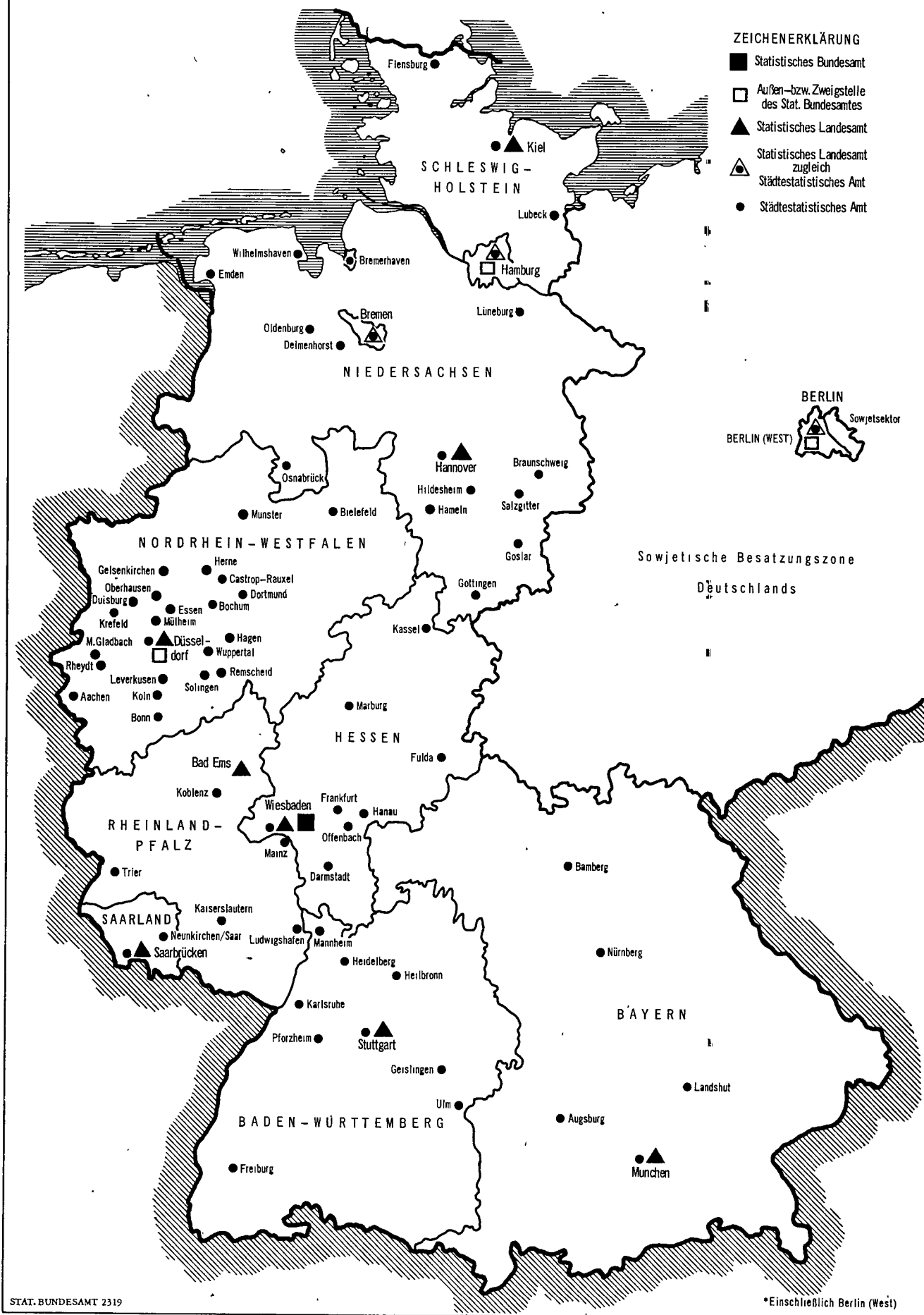
Einkommensteuerstatistik 1957 (vgl. X B 4)	Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962 (vgl. XI A 11 c)			Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1962	
				in der gewerblichen Wirtschaft und im Dienstleistungsbereich (vgl. XI B 4b)	in der Landwirtschaft, im Erwerbsgartenbau und in der Forstwirtschaft (vgl. XI B 4d, e, g)
Totalwerte	Mittelwerte, Totalwerte			Gliederung der erfaßten Fälle	Gliederung der erfaßten Fälle
Aufbereitung	Erhebung			Erhebung	Erhebung
Einkommensteuerpflichtiger	Haushalt			gewerblicher Betrieb*)	landwirtschaftlicher Betrieb*)
Statistisches Blatt	Fragebogen, Haushaltsbuch			Fragebogen	Fragebogen
Ausfüllung durch Finanzamt	Interview, Selbstausfüllung			Selbstausfüllung	Selbstausfüllung
Einkommensteuerpflichtiger	Haushalt			Arbeitnehmer (Tätigkeitsfall)	Arbeitnehmer (Tätigkeitsfall)
einstufig	dreistufig			zweistufig	
einphasig	1. Stufe einphasig	2. Stufe einphasig	3. Stufe einphasig	1. Stufe einphasig	2. Stufe einphasig
Statistisches Blatt 3 100 000	Gemeinde (gleich der Stichprobe erster Stufe für die 1 <sup>o</sup> / <sub>10</sub> -Mikro- zensuserhebung im Oktober 1960)	Wohnung (gleich der Stichprobe zweiter Stufe für die 1 <sup>o</sup> / <sub>10</sub> -Mikro- zensuserhebung im Oktober 1960)	Haushalt 170 000	Betrieb	Arbeitnehmer etwa 20 000 000.
eingesandte Statistische Blätter				Unterlagen aus Arbeitsstatten- zählung 1961, Industriebericht 1961 und Baubericht 1961	Unterlagen der Betriebe
Bundesland (10), Einkommensgruppen (7 bzw. 8), Steuerklassen (6)			Bundesland (11), soziale Stellung des Haushaltsvorstan- des (9), Anzahl der Personen im Haushalt (5), Nettoeinkommen des Haushalts (5)	Bundesland (11), Wirtschafts- gruppen und -klassen (57)	Bundesland (7 <sup>10</sup> ) bzw. 8 <sup>11</sup> ) bzw. 11 <sup>12</sup> ), Betriebs- arten (3), teilweise land- wirtschaftliche Nutz- fläche (2)
37 bzw. 43			103	57	1
5 bis 100%			25% bzw. 55%	7,5 bis 100%	7,5 bis 100%
veranlagte Lohnsteuerpflichtige — übrige Einkommensteuerpflichtige (2)			Gemeindegröße	nach Ablage der Unterlagen	nach Ablage der Unterlagen
—			—	—	—
systematisch 18%			systematisch etwa 0,3% <sup>7)</sup>	systematisch	nach Namensanfang etwa 15%
550 000 Statistische Blätter			50 000 Haushalte	1 700 000 Arbeitnehmer	25 000 Betriebe
freie Hochrechnung	Gewichtetes Zusammenfassen der Ergebnisse			Umrechnung auf 15% der Gesamtheit	unmittelbare Auswertung ohne Hochrechnung; nur in einigen Tabellen Umrechnungen wegen unterschiedlicher Auswahlätze erforderlich
—	Ein Teil der ausgewählten Haushalte war nicht bereit, an der Erhebung mitzuarbeiten. Solche Haushalte wurden — je Schicht gesondert — gegen bereitwillige Mikrozensus-Haushalte ausgetauscht; soweit das nicht möglich war, wurden Haushalte aus anderen Unterlagen ausgewählt und in die Stichprobe einbezogen. — Aufteilung der Stichprobe in 12 Unterstichproben für die monatliche Rotation der Feinanschriften.			Auswahl ist noch nicht abgeschlossen.	—

Fürsorgeverband wird die gleiche Buchstabenkombination zugeteilt. — \*) Je 50 Sozialleistungsempfänger in 1 bis 3 benachbarten Gemeinden. — <sup>7)</sup> Gesamtauswahlsatz. — der Forstwirtschaft. — <sup>12)</sup> Im Erwerbsgartenbau. — <sup>13)</sup> In der Forstwirtschaft 100%; Unterauswahl von 25% der Waldarbeiter, Haumeister total.

# STATISTISCHE ÄMTER IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND\*

## ZEICHENERKLÄRUNG

- Statistisches Bundesamt
- Außen- bzw. Zweigstelle des Stat. Bundesamtes
- ▲ Statistisches Landesamt
- ▲ (mit Kreis) Statistisches Landesamt zugleich Städtstatistisches Amt
- Städtstatistisches Amt



### Anschriften der Statistischen Ämter

Statistisches Bundesamt	62	Wiesbaden	Gustav-Stresemann-Ring 11, Postfach 828
Zweigstelle Berlin	1	Berlin W 30	Kurfürstenstraße 87
Außenstelle Düsseldorf (Eisen- und Stahlstatistik)	4	Düsseldorf	Jahnstraße 1
Außenstelle Hamburg	2	Hamburg 36	Neuer Wall 70–72
Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein	23	Kiel	Mühlenweg 166
Statistisches Landesamt Hamburg	2	Hamburg 11	Steckelhörn 12
Niedersächsisches Landes- verwaltungsamt — Statistik —	3	Hannover	Auestraße 14; Postfach
Statistisches Landesamt Bremen	28	Bremen	Herdentorsteinweg 37
Statistisches Landesamt Nordrhein-Westfalen	4	Düsseldorf	Ludwig-Beck-Straße 23
Hessisches Statistisches Landesamt	62	Wiesbaden	Rheinstraße 35–37
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz	5427	Bad Ems	Römerbad
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg	7	Stuttgart	Neckarstraße 18 B
Bayerisches Statistisches Landesamt	8	München 2	Neuhauser Straße 51
Statistisches Amt des Saarlandes	66	Saarbrücken	Hardenbergstraße 3 — NB —
Statistisches Landesamt Berlin	1	Berlin-Schöneberg	Salzburger Straße 21–25

Die Statistischen Ämter der Städte sind unter der Bezeichnung »Statistisches Amt der Stadt . . . .« zu erreichen.

## Übersicht

### über die vom Statistischen Bundesamt herausgegebenen Veröffentlichungen

#### I. Zusammenfassende Veröffentlichungen

Die zusammenfassenden Veröffentlichungen enthalten Ergebnisse aus mehreren oder allen Arbeitsgebieten des Amtes. Vom Inhalt her lassen sie sich in die nachstehend aufgeführten Untergruppen einteilen, von denen die erste die am meisten verbreiteten Standardveröffentlichungen mit Informationen über die Statistiken aus allen Bereichen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens enthält.

##### A. Allgemeine zusammenfassende Veröffentlichungen

###### 1. Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland

Umfassendes Nachschlagewerk über alle Sachgebiete, 1952 erstmalig nach dem Kriege erschienen. Enthält neben den Ergebnissen über Bevölkerung und Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) einen Hauptabschnitt »Internationale Übersichten« und, beginnend mit dem Jahrgang 1953, Abschnitte über die deutschen Gebiete außerhalb der Bundesrepublik Deutschland (Sowjetische Besatzungszone und Sowjetsektor von Berlin und die Deutschen Ostgebiete, zur Zeit unter fremder Verwaltung).

###### 2. Statistisches Taschenbuch für die Bundesrepublik Deutschland

Erscheint in handlichem Format im Abstand von drei Jahren und enthält ausgewählte Zahlen aus allen Bereichen der amtlichen Statistik, jedoch in stark zusammengefaßter Form: Letzte Ausgabe 1961. Eine englische Fassung hiervon ist unter dem Titel »Handbook of Statistics« und eine französische Fassung unter dem Titel »Mémento des Statistiques« herausgegeben worden.

###### 3. Wirtschaft und Statistik

Monatszeitschrift mit grundlegenden Aufsätzen über methodische Fragen sowie mit textlichen Darstellungen von Ergebnissen neuer und wichtiger laufender Statistiken unter Verwendung von zahlreichen graphischen Darstellungen. Außerdem Tabellenteil mit regelmäßig wiederkehrenden und einmaligen Übersichten sowie mit Ergänzungen zu Aufsätzen im Textteil. Als Ergänzungsbeilage erscheint einmal jährlich ein »Wirtschaftskalender«, in dem die für die Beurteilung der statistischen Ergebnisse wichtigen Daten aus dem wirtschaftspolitischen Geschehen zusammengestellt sind.

Ausgewählte methodische Aufsätze dieser Zeitschrift auch in englischer Sprache als »Studies on Statistics« in unregelmäßiger Erscheinungsfolge.

###### 4. Statistischer Wochendienst

Ausgewählte aktuelle Ergebnisse aus allen Gebieten der amtlichen Statistik in Form von Entwicklungsreihen mit kurzem Text über die wichtigsten Ergebnisse.

##### B. Organisation der Statistik, allgemeine Methodenfragen

###### 1. Das Arbeitsgebiet der Bundesstatistik

Zusammenfassende Darstellung der organisatorischen, methodischen und rechtlichen Grundlagen der Bundesstatistik mit einem Katalog der einzelnen Statistiken. Hierzu englische Ausgabe »Survey of German Federal Statistics«.

###### 2. Die statistische Erfassung der Produktionsgrundlagen, -vorgänge und -ergebnisse in den Bereichen der Wirtschaft (1959)

Systematisch gegliederte Zusammenstellung in Katalogform, aus der zu ersehen ist, für welche Tatbestände innerhalb der einzelnen Wirtschaftsbereiche statistische Angaben vorliegen und wo sie zu finden sind. (Erschienen als Band 233 »Statistik der Bundesrepublik Deutschland«.)

###### 3. Organisation und Technik des Volkszählungswerkes 1950

Beschreibung der organisatorischen Voraussetzungen und der methodisch-technischen Durchführung des Zählungswerkes 1950 (Erschienen als Band 31 »Statistik der Bundesrepublik Deutschland«, vergriffen. — Eine entsprechende Darstellung für das Zählungswerk 1960/62 ist vorgesehen.)

###### 4. Bibliographie zum Volkszählungswerk 1950

Zusammenfassende Übersicht über die Veröffentlichungen von Bund und Ländern in sachlicher und regionaler Gliederung. (Erschienen als Band 50 »Statistik der Bundesrepublik Deutschland«.)

###### 5. Stichproben in der amtlichen Statistik (1960)

Umfassende Darstellung der theoretischen und praktischen Grundlagen des Stichprobenverfahrens mit allgemeinverständlicher Einführung und ausführlicher Schilderung der wichtigsten Anwendungsgebiete in der amtlichen Statistik sowie einer mathematischen Formelsammlung für den Stichprobenspezialisten. Ausgewählte Abschnitte aus dieser Veröffentlichung in englischer Sprache als »Studies on Statistics«.

###### 6. Die Statistik in den internationalen Organisationen

Überblick über die allgemeinen Aufgaben, den Aufbau und die statistische Tätigkeit der inter- und supranationalen Organisationen.

###### 7. Ein Standardsystem Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen

Deutsche Übersetzung des im Jahre 1952 von der OEEC herausgegebenen »Standardised System of National Accounts«, das der Vereinheitlichung und Weiterentwicklung der nationalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen dienen soll. (Vergriffen.)

##### C. Strukturuntersuchungen,

##### Wirtschaftsbeobachtung

###### 1. Wirtschaftskunde der Bundesrepublik Deutschland (1955)

Zusammenfassende und gemeinverständliche Darstellung der wichtigsten Ergebnisse der amtlichen Statistik mit Text und Zahlen und zahlreichen graphischen Darstellungen.

###### 2. Die deutschen Vertreibungsverluste (1958)

Bevölkerungsbilanzen (1939/50) mit umfangreichem Zahlenmaterial über die Höhe der Kriegs- und Vertreibungsverluste der deutschen Bevölkerung sowie mit Angaben über die Zahl der Vertriebenen in den Aufnahmegebieten und über die in der Heimat zurückgebliebene und zurückgehaltene Bevölkerung.

###### 3. Statistisches Taschenbuch über die Heimatvertriebenen (1953)

Erste zusammenfassende Darstellung der wichtigsten statistischen Ergebnisse über die Heimatvertriebenen. Englische Fassung unter dem Titel »Statistical Pocketbook on Expellees« erschienen.

###### 4. Statistische Unterlagen zur Beurteilung der Bevölkerungsstruktur und Wirtschaftskraft der Bundesländer

Jährlich erscheinende Veröffentlichung mit Entwicklungsreihen über wichtige Bevölkerungs- und Wirtschaftsdaten, die insbesondere im Hinblick auf die öffentlichen Haushalte von Bedeutung sind. (Bisher »Statistischer Bericht« II/6, letzte Ausgabe 1961, Nr. 12.)

###### 5. Die Frau im wirtschaftlichen und sozialen Leben der Bundesrepublik

Zahlenmaterial über die Stellung der Frau im öffentlichen Leben mit einführenden textlichen Erläuterungen. (Bisher »Statistischer Bericht« II/2, letzte Ausgabe 1956, Nr. 3.)



## 6. Die Jugend im wirtschaftlichen und sozialen Leben der Bundesrepublik (1959)

Zusammenstellung der in den verschiedenen Statistiken vorhandenen Angaben über die Jugendlichen, erläutert durch Text und Schaubilder. (Erschienen als Band 220 »Statistik der Bundesrepublik Deutschland«.)

## 7. Bevölkerung und Wirtschaft/Langfristige Reihen 1871 bis 1957 für das Deutsche Reich und die Bundesrepublik Deutschland (1958)

Entwicklungsreihen aus allen Bereichen der amtlichen Statistik, in denen »historische« Daten vorhanden sind. (Erschienen als Band 199 »Statistik der Bundesrepublik Deutschland«.)

## II. Fachveröffentlichungen (Fachserien)

Die größte Gruppe von Amtsveröffentlichungen bilden die Veröffentlichungen mit Ergebnissen aus den einzelnen Fachgebieten. Sie erschienen bisher entweder im Rahmen von »Fachserien« oder aber im Rahmen der beiden Sammelreihen »Statistik der Bundesrepublik Deutschland« und »Statistische Berichte«. Ab Januar 1962 sind *sämtliche* Fachveröffentlichungen in »Fachserien« eingeordnet und die Sammelreihen »Statistik der Bundesrepublik Deutschland« und »Statistische Berichte« eingestellt worden. Die verschiedenen »Fachserien« sind äußerlich durch bestimmte Kennbuchstaben, Titel und durch die verschiedenen Farben des Randstreifens auf dem festen Umschlag gekennzeichnet. Der Titel der einzelnen Fachserien gibt, in Anlehnung an den organisatorischen Aufbau des Statistischen Bundesamtes, jeweils das Hauptsachgebiet an, aus dem die Veröffentlichungen stammen.

Jede Fachserie ist in eine bestimmte Anzahl von Veröffentlichungsreihen untergliedert, in denen die periodisch anfallenden Ergebnisse einer Statistik sowie die in unregelmäßigen Zeitabständen herausgegebenen Sonderbeiträge zu dieser Statistik enthalten sind. Die Reihentitel bezeichnen im allgemeinen das engere Aufgabengebiet der Statistik. Verschiedene Reihen sind noch in (mit römischen Ziffern numerierte) »Einzeltitel« bzw. »Untertitel« aufgeteilt. Die Ergebnisse von einmalig oder in unregelmäßigen größeren Zeitabständen durchgeführten Großzählungen erscheinen innerhalb der jeweiligen Fachserie als Einzelveröffentlichungen. An die Stelle des Reihentitels tritt in diesen Fällen die Bezeichnung der Zählung.

Zur Zeit bestehen 13 verschiedene Fachserien, die sich in die folgenden Veröffentlichungsreihen bzw. Einzelveröffentlichungen untergliedern:

### Fachserie A: Bevölkerung und Kultur

#### Veröffentlichungsreihen:

- Reihe 1: Bevölkerungsstand und -entwicklung
- Reihe 2: Natürliche Bevölkerungsbewegung
- Reihe 3: Wanderungen
- Reihe 4: Vertriebene und Flüchtlinge
- Reihe 5: Haushalte und Familien
- Reihe 6: Erwerbstätigkeit
- Reihe 7: Gesundheitswesen
- Reihe 8: Wahl zum Deutschen Bundestag
- Reihe 9: Rechtspflege
- Reihe 10: Bildungswesen
- Reihe 11: Bevölkerung des Auslandes

#### Einzelveröffentlichungen:

Volks- und Berufszählung vom 6. Juni 1961 (vorgesehen)

### Fachserie B: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

#### Veröffentlichungsreihen:

- Reihe 1: Bodennutzung und Ernte
- Reihe 2: Gartenbau und Weinbau
- Reihe 3: Viehwirtschaft
- Reihe 4: Fischerei
- Reihe 5: Technische Betriebsmittel

#### Einzelveröffentlichungen:

Landwirtschaftszählung vom 31. Mai 1960 und Nacherhebungen

### Fachserie C: Unternehmen und Arbeitsstätten

#### Veröffentlichungsreihen:

- Reihe 1: Die Kostenstruktur in der Wirtschaft
- Reihe 2: Kapitalgesellschaften
- Reihe 3: Öffentliche Unternehmen

#### Einzelveröffentlichungen:

Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstättenzählung vom 6. Juni 1961 (vorgesehen)

## D. Allgemeine Statistik des Auslandes

### 1. Internationale Monatszahlen

Ländervergleiche für ausgewählte Tatbestände, die für die außenwirtschaftlichen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland von besonderer Bedeutung sind.

### 2. Länderberichte

Zusammenfassung des jeweils neuesten Zahlenmaterials über wichtige wirtschaftliche und gesellschaftliche Tatbestände in einzelnen Ländern oder bestimmten Ländergruppen.

### Fachserie D: Industrie und Handwerk

#### Veröffentlichungsreihen:

- Reihe 1: Beschäftigung und Umsatz, Brennstoff- und Energieversorgung der Industrie
- Reihe 2: Produktion ausgewählter industrieller Erzeugnisse, Index der industriellen Produktion
- Reihe 3: Industrielle Produktion
- Reihe 4: Sonderbeiträge zur Industriestatistik
- Reihe 5: Energie- und Wasserversorgung
- Reihe 6: Düngemittelversorgung
- Reihe 7: Beschäftigte und Umsatz im Handwerk (vorgesehen)
- Reihe 8: Industrie des Auslandes

### Fachserie E: Bauwirtschaft, Bautätigkeit, Wohnungen

#### Veröffentlichungsreihen:

- Reihe 1: Ausgewählte Zahlen für die Bauwirtschaft
- Reihe 2: Bauhauptgewerbe
- Reihe 3: Bautätigkeit
- Reihe 4: Bewilligungen im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau
- Reihe 5: Rechnerisches Wohnungsdéfizit in den Kreisen
- Reihe 6: Bestand an Wohnungen

#### Einzelveröffentlichungen:

1 %-Wohnungsstatistik 1960

Ergebnisse der gebäudestatistischen Feststellungen im Rahmen der Volkszählung 1961 (vorgesehen)

### Fachserie F: Groß- und Einzelhandel, Gastgewerbe, Fremdenverkehr

#### Veröffentlichungsreihen:

- Reihe 1: Großhandel
- Reihe 2: Ein- und Verkaufsvereinigungen (Umsatzentwicklung)
- Reihe 3: Einzelhandel
- Reihe 4: Handelsvermittlung (vorgesehen)
- Reihe 5: Warenverkehr zwischen Berlin (West) und dem übrigen Bundesgebiet
- Reihe 6: Warenverkehr zwischen den Währungsgebieten der DM-West und der DM-Ost
- Reihe 7: Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe (vorgesehen)
- Reihe 8: Fremdenverkehr

#### Einzelveröffentlichungen:

Handels- und Gaststättenzählung vom 1. August bzw. 30. September 1960 (vorgesehen)

### Fachserie G: Außenhandel

#### Veröffentlichungsreihen:

- Reihe 1: Zusammenfassende Übersichten
- Reihe 2: Spezialhandel nach Waren und Ländern
- Reihe 3: Spezialhandel nach Ländern und Warengruppen
- Reihe 4: Generalhandel
- Reihe 5: Special Trade according to the Classification for Statistics and Tariffs (CST)
- Reihe 6: Durchfuhr
- Reihe 7: Sonderbeiträge
- Reihe 8: Außenhandel des Auslandes

### Fachserie H: Verkehr

#### Veröffentlichungsreihen:

- Reihe 1: Binnenschifffahrt
- Reihe 2: Seeschifffahrt
- Reihe 3: Luftverkehr
- Reihe 4: Eisenbahnverkehr
- Reihe 5: Straßenverkehr
- Reihe 6: Straßenverkehrsunfälle
- Reihe 7: Grenzüberschreitender Reiseverkehr
- Reihe 8: Nachrichtenwesen
- Reihe 9: Sonderbeiträge

#### Einzelveröffentlichungen:

Verkehrszensus vom 28. September 1962 (vorgesehen)

### Fachserie I: Kapitalmarkt und Zahlungsschwierigkeiten

#### Veröffentlichungsreihen:

- Reihe 1: Boden- und Kommunalkreditinstitute
- Reihe 2: Aktienkurse
- Reihe 3: Zahlungsschwierigkeiten (vorgesehen)

### Fachserie K: Öffentliche Sozialleistungen

#### Veröffentlichungsreihen:

- Reihe 1: Öffentliche Fürsorge
- Reihe 2: Öffentliche Jugendhilfe

## Fachserie L: Finanzen und Steuern

### Veröffentlichungsreihen:

- Reihe 1: Haushaltswirtschaft von Bund, Ländern und Gemeinden
- Reihe 2: Steuerhaushalt von Bund, Ländern und Gemeinden
- Reihe 3: Schulden und Vermögen von Bund, Ländern und Gemeinden
- Reihe 4: Personal von Bund, Ländern und Gemeinden
- Reihe 5: Sonderbeiträge zur Finanzstatistik
- Reihe 6: Einkommen- und Vermögensteuern
- Reihe 7: Umsatzsteuer
- Reihe 8: Verbrauchsteuern
- Reihe 9: Realsteuern

## Fachserie M: Preise, Löhne, Wirtschaftsrechnungen

### Veröffentlichungsreihen:

- Reihe 1: Einfuhrpreise und Index der Einkaufspreise für Auslandsgüter
- Reihe 2: Preise und Preisindex ausgewählter Grundstoffe
- Reihe 3: Preise und Preisindices für industrielle Produkte (Erzeugerpreise)

- Reihe 4: Preise und Preisindices für die Land- und Forstwirtschaft
- Reihe 5: Meßziffern für Bauleistungspreise und Preisindices für Bauwerke
- Reihe 6: Einzelhandelspreise und Indices der Verbraucherpreise
- Reihe 7: Preise für Verkehrsleistungen
- Reihe 8: Großhandelspreise im Ausland
- Reihe 9: Einzelhandelspreise im Ausland
- Reihe 10: Internationaler Vergleich der Preise für die Lebenshaltung
- Reihe 11: Tariflöhne und Tarifgehälter
- Reihe 12: Verdienste und Löhne im Ausland
- Reihe 13: Wirtschaftsrechnungen
- Reihe 14: Arbeiterverdienste in der Landwirtschaft
- Reihe 15: Arbeitnehmerverdienste in Industrie und Handel
- Reihe 16: Arbeiterverdienste im Handwerk

## Fachserie N: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Bisher sind noch keine Veröffentlichungen innerhalb dieser Fachserie erschienen.

## III. Systematische Verzeichnisse

Unter diesem Sammeltitle erscheinen alle Systematiken, die bei der Bearbeitung von Statistiken verwendet werden. Abgesehen vom »Amtlichen Gemeindeverzeichnis«, das auch Bevölkerungszahlen enthält, handelt es sich bei den systematischen Verzeichnissen nicht um Veröffentlichungen mit statistischen Ergebnissen, sondern um Hilfsmittel, die für die Erstellung bestimmter statistischer Unterlagen benötigt werden. Entsprechend der Art der klassifizierten Tatbestände wird im folgenden zwischen Unternehmens- und Arbeitsstätten-, Waren-, Personen-, Regional- und sonstigen Systematiken unterschieden.

### A. Unternehmens- und Arbeitsstättensystematiken

#### Systematik der Wirtschaftszweige (Ausgabe 1961)

##### a) Grundsystematik mit Erläuterungen

Enthält gründliche Ausführungen über den Aufbau der Systematik und für alle Positionen nähere Hinweise auf Inhalt und Abgrenzung.

##### b) Systematik mit Betriebs- u. ä. Benennungen

(aufgestellt für die Arbeitsstätten- und Berufszählung 1961)

Zeigt u. a. alle Betriebs-, Waren-, Dienstleistungs- u. ä. Benennungen jeweils bei der Klasse der Grundsystematik, zu der sie gehören. Für alle Positionen werden die Nummern der Grundsystematik und der Signierschlüssel für die Arbeitsstätten- und Berufszählung angegeben. Die Veröffentlichung stellt gleichzeitig die Verbindung zwischen den abgeleiteten Systematiken für die Arbeitsstätten- und Berufszählung 1961 und der Grundsystematik und untereinander her.

##### c) Alphabetisches Verzeichnis der Betriebs- u. ä. Benennungen

(aufgestellt für die Arbeitsstätten- und Berufszählung 1961)

Ordnet alle Benennungen alphabetisch und gibt für jede Benennung die Nummer der Grundsystematik sowie die Signierkennziffern für die Arbeitsstätten- und Berufszählung an.

### B. Warensystematiken

#### 1. Erzeugnisgliederung für die Land-, Forst-, Jagdwirtschaft und Fischerei (Ausgabe 1959)

Wird in erster Linie für Zwecke des Berlin- und Interzonenhandels verwendet und umfaßt 6 zweistellige Gruppen, 11 dreistellige Untergruppen, 66 vierstellige Klassen und 927 sechsstellige Erzeugnisarten.

#### 2. Warenverzeichnis für die Industriestatistik

##### a) Systematisches Verzeichnis

(Ausgabe 1957 mit Berichtigungen) nach 32 zweistelligen Warengruppen, 152 dreistelligen Warenzweigen, 787 vierstelligen Warenklassen und 5481 sechsstelligen Warenarten systematisch gegliedertes Warenverzeichnis. Ergänzend hierzu: »Kommentar zur Warengruppe 36« (Elektrotechnische Erzeugnisse) und Verzeichnis der in den Jahren 1952 bis 1960 erfolgten Veränderungen.

##### b) Alphabetisches Verzeichnis

(Ausgabe 1958 mit Berichtigungen) hat die Aufgabe, das Auffinden der einzelnen im systematischen Verzeichnis enthaltenen Waren und ihre Zuordnung zu den entsprechenden Warengruppen, -zweigen und -klassen zu erleichtern.

#### 3. Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (Ausgabe 1962)

Umfaßt 21 Abschnitte, 99 zweistellige Kapitel, 1115 vierstellige Tarifnummern und 6561 Warennummern (Warenarten). Abschnitte, Kapitel und Tarifnummern sind aus dem Deutschen Zolltarif 1962 übernommen und stimmen in dieser Form mit dem Brüsseler Zolltarifschema 1955 überein. Ein alphabetisches Stichwortverzeichnis im Anhang erleichtert das Auffinden der gesuchten Warenarten.

#### 4. Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik (Ausgabe 1962)

Systematisches Verzeichnis der Güterbenennungen mit 10 Abteilungen, 43 Hauptgruppen und 169 Gruppen. Es ist mit dem Internationalen Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik und dem Brüsseler Zolltarifschema 1955 vergleichbar.

### C. Personensystematiken

#### 1. Klassifizierung der Berufe (1961)

Systematisches Verzeichnis der Berufsbenennungen, gegliedert nach 8 Berufsabteilungen, 41 Berufsgruppen, 150 Berufsordnungen und 437 Berufsklassen. Alphabetisches Verzeichnis mit Angabe der jeweiligen Berufsklasse. Dient der einheitlichen beruflichen Zuordnung auf allen Gebieten des Erwerbslebens.

#### 2. Internationale Standardklassifikation der Berufe (1960)

Deutsche Übersetzung der 1958 vom Internationalen Arbeitsamt herausgegebenen »International Standard Classification of Occupations«.

#### 3. Handbuch der Internationalen Statistischen Klassifikation der Krankheiten, Verletzungen und Todesursachen (Ausgabe 1958)

Deutsche Ausgabe der 7. Bearbeitung des »Internationalen Verzeichnisses der Krankheiten, Verletzungen und Todesursachen«. Systematik, die hauptsächlich für die Statistik der Todesursachen verwendet wird. Band I enthält die Internationale und Deutsche Systematik, Band II das Alphabetische Register.

#### 4. Verzeichnis der Krankheitsarten und Todesursachen für die Statistik der Sozialversicherungsträger (1953)

Für die Zwecke der Statistik der Sozialversicherungsträger aus dem »Internationalen Verzeichnis der Krankheiten, Verletzungen und Todesursachen« abgeleitet. (Vergriffen, Neuauflage in Vorbereitung.)

**5. Verzeichnis der Religionsbenennungen (Ausgabe 1961)**  
Dient der Gruppierung der Bevölkerung nach der Religionszugehörigkeit in der Statistik.

## **D. Regionalsystematiken**

### **1. Amtliches Gemeindeverzeichnis** (Ausgabe 1957 mit Ergänzungen)

Alphabetisches und systematisches Verzeichnis der Gemeinden mit Bevölkerungszahlen 1950 und 1956. Gemeindeweise Angaben über Fläche, Ortsklasse, zuständiges Amtsgericht, Arbeitsamt und Finanzamt. Verwaltungsgliederung der Arbeits-, Justiz-, Finanz- und Zollverwaltung sowie der Bundespost. Zusammenfassende Angaben über Bundestagswahlkreise, Handwerks-, Industrie- und Handelskammerbezirke. (Eine Ausgabe für 1961 befindet sich in Vorbereitung.)

### **2. Statistische Kennziffern der Gemeinden und Verwaltungsbezirke** (Ausgabe 1960 mit Ergänzungen)

Enthält in systematischer und alphabetischer Ordnung die Verwaltungsbezirke und Gemeinden. Außerdem weist es die Gliederung nach Naturräumen nach. Für jede Gemeinde werden die statistische Kennziffer, die Naturraumkennziffer und der Koordinatenschlüssel nachgewiesen.

Diese Übersicht wird durch das »Verzeichnis der Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes — Stand Anfang 1962 —« ergänzt.

Weiterhin kann ein Quellennachweis im »Statistischen Jahrbuch« herangezogen werden, in dem u. a. auch Textbeiträge aus der Zeitschrift »Wirtschaft und Statistik« verzeichnet sind.

### **3. Alphabetisches Länderverzeichnis für die Außenhandelsstatistik** (Ausgabe 1962)

Enthält sämtliche Positionen des systematischen Länderverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik und die dazu gehörenden Teilgebiete in alphabetischer Folge.

### **4. Bezirks- und Hafenverzeichnis für die Binnenschifffahrt** (Ausgabe 1956)

Alphabetisches Hafenverzeichnis für das In- und Ausland sowie Kilometrierungstabellen für die Binnenschifffahrt nach Wasserstraßen. (Eine Ausgabe für 1962 befindet sich in Vorbereitung.)

### **5. Verzeichnis der Häfen des Auslandes für die Verkehrsstatistik** (Ausgabe 1961)

Alphabetisches und geographisches Verzeichnis der ausländischen Hafenplätze mit Verzeichnis der Küstenstrecken.

## **E. Sonstige Systematiken**

### **Verzeichnis der Höheren Schulen, Mittelschulen und Sonderschulen** (Ausgabe 1960)

Nach Bundesländern gegliedert mit Angaben der Adressen, des Schulträgers, Schultyps, Zahl der Schüler und Lehrkräfte usw.

Fotos:

Seite 4, 12, 24, 26, 27 Herbert Bicking, Wiesbaden  
Seite 10 Hans Gottschalk, Berlin

Statistisches Bundesamt

Präsident

Dr. Dr. h. c. Fürst

Bundeswahlleiter: Präsident Dr. Dr. h. c. Fürst

Stellvertreter: Lt. Reg.-Direktor Dr. Horstmann

Organisationsplan

(1. April 1962)

Unter Berücksichtigung der bis zum 1. August 1962 eingetretenen Änderungen.

Abteilung Z	2190	Abteilung I	2110	Abteilung II	2120	Abteilung III	2130	Abteilung IV	2140	Abteilung V	2150	Abteilung VI	2160	Abteilung VII	2170	Abteilung VIII	2180
Verwaltung	Dr. Schuch Vizepräsident	Allgemeine Organisation der Statistik, Allgemeine Auslandsstatistik	Dr. Scametal Lt. Reg.-Direktor	Allgemeine fachliche Koordinierung, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	Dr. Bartels Lt. Reg.-Direktor	Ernährungs- und landwirtschaftliche Statistik	Dr. Rautenberg Lt. Reg.-Direktor	Industrie- und Handwerksstatistik	Dr. Richter Lt. Reg.-Direktor	Handels- und Verkehrsstatistik	Schweda Lt. Reg.-Direktor	Statistik der Preise, Löhne und Wirtschaftsrechnungen, des Wohnungs- und des Sozialwesens	Dr. Horstmann Lt. Reg.-Direktor	Finanz- und Steuerstatistik	Mengert Lt. Reg.-Direktor	Bevölkerungs- und Kulturstatistik	Prof. Dr. Dr. Koller Lt. Reg.-Direktor
HPT.-REF. A Organisation, Haushalt, Druck- angelegenheiten z. Z. wahrgen. durch Abt.-Leiter	2190	HPT.-REF. A Organisations- u. Rechtsfragen der Statistik, Redaktion der Veröffent- lichungen	2508	HPT.-REF. A Abstimmung der Statistik auf die volkswirtschaftlichen Erforder- nisse	2530	HPT.-REF. A Bodenutzung und Ernte	2373	HPT.-REF. A Industrie- u. Bauberichterstattung, Handwerk, Arbeitsstätten	2117	HPT.-REF. A Außenhandel	2480	HPT.-REF. A Preise	2446	HPT.-REF. A Öffentliche Finanzen	2535	HPT.-REF. A Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung	2342
1 Organisation des Amtes, Wohnungsangelegenheiten	2158	1 Organisation der Bundesstatistik, Statistischer Beirat	2508	1 Allgemeine Fragen der Weiter- entwicklung des statistischen Ge- samtbildes	2163	1 Bodenutzung	2372	1 Industrieberichterstattung	2196	1 Methode der Außenhandelsstatistik, Organisation der Erhebung, zugeteilt: Außenstelle Hamburg	2232	1 Erzeuger- und Großhandelsver- kaufspreise des Inlandes, Einkaufs- preise, landwirtschaftlicher Brennsmittel	2586	1 Allgemeine Finanzwirtschaft	2552	1 Bevölkerungs- und Gebietsstand, Wanderungen	2344
2 Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen	2439	2 Rechtsfragen der Statistik	2443	2 Allgemeine Fragen der Systematiken, Warensystematiken	2325	2 Wachstumsstand und Ernte der landwirtschaftlichen Feldfrüchte und des Grünlandes	2373	2 Handwerksberichterstattung, Handwerkszählungen	2300	2/4 Aufbereitung, Zusammenstellung und Darstellung der Ergebnisse	2453	2 Großhandelspreise im Ausland, Preise der Ein- und Ausfuhrwaren, Verkehrspreise	2444	2 Staatsfinanzen	2555	2 Natürliche Bevölkerungsbewegung	2395
3 Druckangelegenheiten, Veröffentlichung	2107	3 Statistische Technik u. Methodik, Zählungswerke, Kostenfragen	2227	3 Unternehmens- und Betriebs- systematiken	2235	HPT.-REF. B Gartenbau und Weinbau	2382	3 Bauberichterstattung	2192	3 Außenhandel des Auslandes	2500	3 Einzelhandelspreise und Lebens- haltungsindeks, Verbrauchergeld- partien	2237	3 Kommunalfinanzen	2553	3 Wahlen, Rechtspflege	2343
		4 Redaktion der Veröffentlichungen, Graphisches Büro	2505	4 Kostenstrukturstatistik	2516	4 Gemüse, Wein, Gartenbau- erhebung	2386	4 Allgemeine Arbeitsstättenstatistik, Arbeitsstättenzählung 1961	2298	4 Berlin- und Interzonenhandel (s. auch Ref. I/18)	2427	4 Baupreise, Grundstückspreise	2441	4 Schulden und Vermögen	2538	4 Personal	2392
HPT.-REF. B Personalangelegenheiten	2177	4 Redaktion der Veröffentlichungen, Graphisches Büro	2505	5 Untersuchungen der deutschen Wirtschaftsstruktur und allge- meiner Auskunftsdiens	2509	HPT.-REF. B Industrielle Produktion	2198	5 Industrielle Produktion	2198	5 Berlin- und Interzonenhandel (s. auch Ref. I/18)	2427	5 Baupreise, Grundstückspreise	2441	5 Personal	2392	HPT.-REF. B Einkommensteuern	2365
4/5 Personalangelegenheiten (Beamte, Angestellte und Arbeiter)	2167	HPT.-REF. B Mathematisch-statistische Methoden	2224	6 Allgemeine Verbindung zu inter- nationalen Organisationen	2511	5 Grundstoffindustrien	2193	5 Grundstoffindustrien	2193	HPT.-REF. B Groß- und Einzelhandel, Gast- gewerbe, Fremdenverkehr	2527	6 Berichterstattung über Großhandel und Ein-u. Verkaufvereinigungen, Messwesen	2424	6 Allgemeine Finanzwirtschaft	2552	6 Allgemeine Finanzwirtschaft	2552
6 Allgemeine Personalangelegen- heiten, Dienstbezüge	2331	5 Math.-stat. Methoden bei Abt. V und VII	2389	6 Allgemeine Verbindung zu inter- nationalen Organisationen	2511	6 Eisen- und metallverarbeitende Industrien	2234	6 Eisen- und metallverarbeitende Industrien	2234	6 Berichterstattung über Einzelhandel und Ein-u. Verkaufvereinigungen, Messwesen	2424	6 Arbeiter- u. Angestelltenverdienste in allen Wirtschaftsbereichen außer Land- und Forstwirtschaft	2448	6 Allgemeine Steuerwirtschaft:	2543	6 Allgemeine Steuerwirtschaft:	2543
Rass Hammerbacher		6 Math.-stat. Methoden bei Abt. II und IV	2223	7 Allgemeine Verbindung zu inter- nationalen Organisationen	2511	7 Chemische und verwandte Indu- strien, Mineralölindustrie	2188	7 Eisen- und metallverarbeitende Industrien	2234	7 Berichterstattung über Einzelhandel und Ein-u. Verkaufvereinigungen, Messwesen	2424	7 Arbeiter- u. Angestelltenverdienste in allen Wirtschaftsbereichen außer Land- und Forstwirtschaft	2448	7 Einkommensteuern	2565	7 Einkommensteuern	2565
7 Innerer Dienst	2201	7 Math.-stat. Methoden bei Abt. III Dipl.-Math. Nourrey	2226	8 Math.-stat. Methoden bei Abt. III Dipl.-Math. Nourrey	2226	8 Berichterstattung über Einzelhandel m. d. W. b.: Dipl.-Volksw. Welser	2279	8 Chemische und verwandte Indu- strien, Mineralölindustrie	2188	8 Berichterstattung über Einzelhandel m. d. W. b.: Dipl.-Volksw. Welser	2279	8 Berichterstattung über Einzelhandel m. d. W. b.: Dipl.-Volksw. Welser	2279	8 Vermögenssteuern	2573	8 Vermögenssteuern	2573
8 Rechtsfragen der Verwaltung	2156	8 Math.-stat. Methoden bei Abt. VI und VII	2224	9 Produktion, Entstehung des Sozial- produkts	2510	8 Verbrauchsgüterindustrie (einschl. Nahrungs- und Genussmittel- industrie)	2314	9 Eisen- und Stahlstatistik (Außenstelle Düsseldorf)	2188	9 Berichte und Unternehmen des Handels u. Gaststättenzählung 1960	2279	9 Berichte und Unternehmen des Handels u. Gaststättenzählung 1960	2279	9 Umsatzsteuer	2575	9 Umsatzsteuer	2575
		9 Europäische Länder	2503	9 Produktion, Entstehung des Sozial- produkts	2510	9 Eisen- und Stahlstatistik (Außenstelle Düsseldorf)	2314	9 Eisen- und Stahlstatistik (Außenstelle Düsseldorf)	2188	9 Berichte und Unternehmen des Handels u. Gaststättenzählung 1960	2279	9 Berichte und Unternehmen des Handels u. Gaststättenzählung 1960	2279	10 Verbrauchssteuern	2574	10 Verbrauchssteuern	2574
9 Bibliothek, Archivalangelegenheiten	2412	HPT.-REF. C Allgemeine Auslandsstatistik	2576	10 Investitionen	2504	10 Produktionsindizes und Jahres- erhebungen	2369	10 Produktionsindizes und Jahres- erhebungen	2369	HPT.-REF. C Verkehr	2486	10 Produktionsindizes und Jahres- erhebungen	2369	HPT.-REF. C Geld und Kredit, Bilanzen der Unternehmen	2582	HPT.-REF. C Geld und Kredit, Bilanzen der Unternehmen	2582
Arch R. Kaiser		10 Amerikanische und afrikanische Länder	2504	10 Investitionen	2504	10 Produktionsindizes und Jahres- erhebungen	2369	10 Produktionsindizes und Jahres- erhebungen	2369	10 Produktionsindizes und Jahres- erhebungen	2369	10 Produktionsindizes und Jahres- erhebungen	2369	11 Kapitalmarkt	2568	11 Kapitalmarkt	2568
		10 Amerikanische und afrikanische Länder	2504	11 Aufgaben der Statistik	2507	11 Produktionsindizes und Jahres- erhebungen	2369	11 Produktionsindizes und Jahres- erhebungen	2369	11 Produktionsindizes und Jahres- erhebungen	2369	11 Produktionsindizes und Jahres- erhebungen	2369	12 Bevölkerung des Auslandes	2566	12 Bevölkerung des Auslandes	2566
10 Amerikanische und afrikanische Länder	2504	11 Asiatische Länder und Australien	2504	11 Aufgaben der Statistik	2507	11 Produktionsindizes und Jahres- erhebungen	2369	11 Produktionsindizes und Jahres- erhebungen	2369	11 Produktionsindizes und Jahres- erhebungen	2369	11 Produktionsindizes und Jahres- erhebungen	2369	13 Kapitalgeleischaffen	2566	13 Kapitalgeleischaffen	2566
11 Asiatische Länder und Australien	2504	12 Osteuropa, Sowjetunion, China	2434	12 Aufgaben der Statistik	2507	12 Produktionsindizes und Jahres- erhebungen	2369	12 Produktionsindizes und Jahres- erhebungen	2369	12 Produktionsindizes und Jahres- erhebungen	2369	12 Produktionsindizes und Jahres- erhebungen	2369	14 Öffentliche Wirtschaftsunternehmen Dipl.-Betriebsw. Brethinger	2566	14 Öffentliche Wirtschaftsunternehmen Dipl.-Betriebsw. Brethinger	2566
m. d. W. b.: RR Dr. Meckemul		12 Osteuropa, Sowjetunion, China	2434	13 Aufgaben der Statistik	2507	13 Produktionsindizes und Jahres- erhebungen	2369	13 Produktionsindizes und Jahres- erhebungen	2369	13 Produktionsindizes und Jahres- erhebungen	2369	13 Produktionsindizes und Jahres- erhebungen	2369	15 Volks- und Berufszählung 1961:	2566	15 Volks- und Berufszählung 1961:	2566
		13 Aufgaben der Statistik	2507	14 Aufgaben der Statistik	2507	14 Produktionsindizes und Jahres- erhebungen	2369	14 Produktionsindizes und Jahres- erhebungen	2369	14 Produktionsindizes und Jahres- erhebungen	2369	14 Produktionsindizes und Jahres- erhebungen	2369	16 Allgemeine Ausgaben	2566	16 Allgemeine Ausgaben	2566
12 Osteuropa, Sowjetunion, China	2434	14 Aufgaben der Statistik	2507	15 Aufgaben der Statistik	2507	15 Produktionsindizes und Jahres- erhebungen	2369	15 Produktionsindizes und Jahres- erhebungen	2369	15 Produktionsindizes und Jahres- erhebungen	2369	15 Produktionsindizes und Jahres- erhebungen	2369	17 Volks- und Berufszählung 1961:	2566	17 Volks- und Berufszählung 1961:	2566
Dr. Dr. Braeuwigam		15 Aufgaben der Statistik	2507	16 Aufgaben der Statistik	2507	16 Produktionsindizes und Jahres- erhebungen	2369	16 Produktionsindizes und Jahres- erhebungen	2369	16 Produktionsindizes und Jahres- erhebungen	2369	16 Produktionsindizes und Jahres- erhebungen	2369	18 Volks- und Berufszählung 1961:	2566	18 Volks- und Berufszählung 1961:	2566
HPT.-REF. D Maschinelle Aufbereitung (ohne Großrechenanlage)	2248	15 Aufgaben der Statistik	2507	17 Aufgaben der Statistik	2507	17 Produktionsindizes und Jahres- erhebungen	2369	17 Produktionsindizes und Jahres- erhebungen	2369	17 Produktionsindizes und Jahres- erhebungen	2369	17 Produktionsindizes und Jahres- erhebungen	2369	19 Öffentliche Wirtschaftsunternehmen Dipl.-Betriebsw. Brethinger	2566	19 Öffentliche Wirtschaftsunternehmen Dipl.-Betriebsw. Brethinger	2566
Maschinelle Aufbereitung (ohne Großrechenanlage)	2248	16 Aufgaben der Statistik	2507	18 Aufgaben der Statistik	2507	18 Produktionsindizes und Jahres- erhebungen	2369	18 Produktionsindizes und Jahres- erhebungen	2369	18 Produktionsindizes und Jahres- erhebungen	2369	18 Produktionsindizes und Jahres- erhebungen	2369	20 Allgemeine Ausgaben	2566	20 Allgemeine Ausgaben	2566
RR Thiel		17 Aufgaben der Statistik	2507	19 Aufgaben der Statistik	2507	19 Produktionsindizes und Jahres- erhebungen	2369	19 Produktionsindizes und Jahres- erhebungen	2369	19 Produktionsindizes und Jahres- erhebungen	2369	19 Produktionsindizes und Jahres- erhebungen	2369	21 Volks- und Berufszählung 1961:	2566	21 Volks- und Berufszählung 1961:	2566
13 Aufbereitungsverfahren, Auf- bereitungpläne	2248	17 Aufgaben der Statistik	2507	20 Aufgaben der Statistik	2507	20 Produktionsindizes und Jahres- erhebungen	2369	20 Produktionsindizes und Jahres- erhebungen	2369	20 Produktionsindizes und Jahres- erhebungen	2369	20 Produktionsindizes und Jahres- erhebungen	2369	22 Allgemeine Ausgaben	2566	22 Allgemeine Ausgaben	2566
RR Thiel		18 Aufgaben der Statistik	2507	21 Aufgaben der Statistik	2507	21 Produktionsindizes und Jahres- erhebungen	2369	21 Produktionsindizes und Jahres- erhebungen	2369	21 Produktionsindizes und Jahres- erhebungen	2369	21 Produktionsindizes und Jahres- erhebungen	2369	23 Volks- und Berufszählung 1961:	2566	23 Volks- und Berufszählung 1961:	2566
2249		19 Aufgaben der Statistik	2507	22 Aufgaben der Statistik	2507	22 Produktionsindizes und Jahres- erhebungen	2369	22 Produktionsindizes und Jahres- erhebungen	2369	22 Produktionsindizes und Jahres- erhebungen	2369	22 Produktionsindizes und Jahres- erhebungen	2369	24 Allgemeine Ausgaben	2566	24 Allgemeine Ausgaben	2566
Durchführung der Aufbereitungs- erbeiten	Richter	20 Aufgaben der Statistik	2507	23 Aufgaben der Statistik	2507	23 Produktionsindizes und Jahres- erhebungen	2369	23 Produktionsindizes und Jahres- erhebungen	2369	23 Produktionsindizes und Jahres- erhebungen	2369	23 Produktionsindizes und Jahres- erhebungen	2369	25 Volks- und Berufszählung 1961:	2566	25 Volks- und Berufszählung 1961:	2566
		21 Aufgaben der Statistik	2507	24 Aufgaben der Statistik	2507	24 Produktionsindizes und Jahres- erhebungen	2369	24 Produktionsindizes und Jahres- erhebungen	2369	24 Produktionsindizes und Jahres- erhebungen	2369	24 Produktionsindizes und Jahres- erhebungen	2369	26 Allgemeine Ausgaben	2566	26 All	